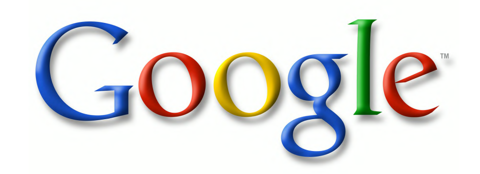
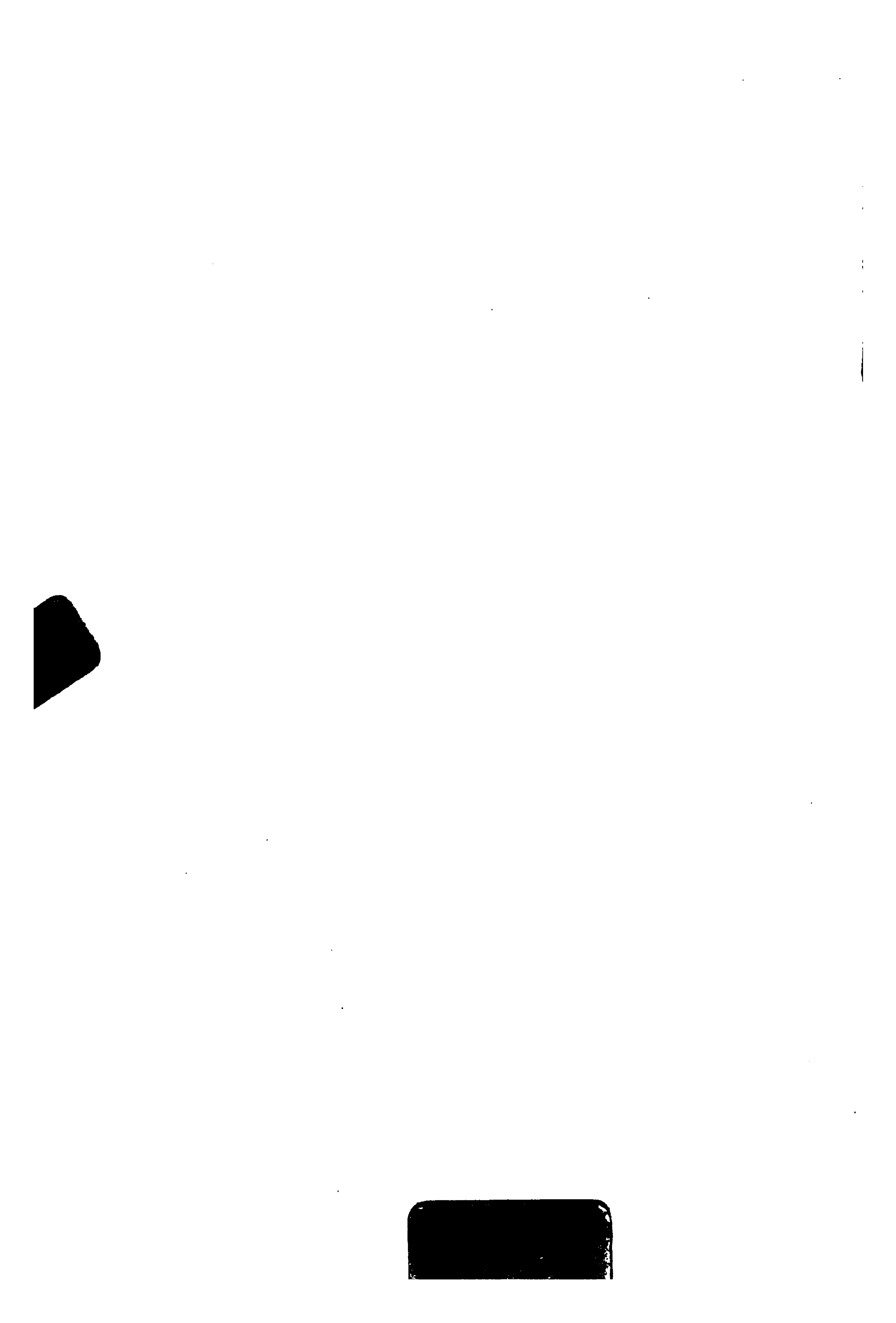




Geschichte

des

Königreichs Hannover

Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke

von

W. von Hassell.

Zweiter Teil.

Zweite Abteilung:

Von 1863 bis 1866.

Mit vier Porträts und zwei Karten.

Leipzig.
Verlag von M. Heinsius Nachfolger.
1901.

Geschichte

des

Königreichs Hannover.

Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke

von

W. von Hassell.

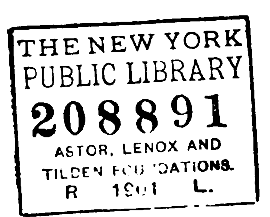
Zweiter Teil.

Zweite Abteilung:

Von 1863 bis 1866.

Mit vier Porträts und zwei Karten.

Leipzig.
Verlag von M. Heinsius Nachfolger.
1901.



Vorwort

zur 2. Abteilung des zweiten Teils.

Die Ereignisse welche den Inhalt der vorliegenden letzten Abteilung meiner „Geschichte des Königreichs Hannover" bilden, sind von einer wahrhaft erschütternden Tragik. Es muß jedes menschliche Herz aufs Tiefste ergreifen, wenn man sieht, wie ein hochsinniger Monarch, der blinde Neffe der edlen Königin Luise, ein Fürst, der keinen andern Wunsch hatte, wie das Glück seiner Unterthanen zu fördern, erbarmungslos vom Throne gestoßen und in die Verbannung getrieben wird.

Es hält schwer, in der Annexion des Königreichs Hannover einen Akt ausgleichender politischer Gerechtigkeit zu sehen. Nicht einmal deren Notwendigkeit läßt sich, wie das Beispiel Sachsens zeigt, erweisen. Vielmehr ist für die Festsetzungen des Prager Friedens nicht sowohl die Rücksicht auf die demnächstige beste Gestaltung Deutschlands als vielmehr die Besorgnis vor der Einmischung des Auslandes maßgebend gewesen — und es ist unwiderleglich dargethan, daß es für die deutschen Regierungen vorteilhafter gewesen ist, sich in großen europäischen Krisen mit Frankreich zu verbünden, als sich an Preußen zu schließen. Daß künftig, außer in Berlin, auf allen deutschen Königsthronen katholische Fürstenhäuser sitzen werden, erwähne ich nur nebenbei.

Daß ich wegen meines Werkes viele Angriffe würde zu erdulden haben, ließ sich vorhersehen. Wo ich indes, wie z. B. in der vorzüglichen

„Hannoverschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte" von E. von Meier in maßvoller Form auf einzelne kleine Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten aufmerksam gemacht wurde, bin ich für die Ausstellungen sehr dankbar. Zu meiner Entschuldigung aber gereicht es, daß sie sich größtenteils auf eine Periode beziehen, für die man mir kein ausreichendes Aktenmaterial zur Verfügung stellen wollte. Auf die gehässigen Kritiken des Professors Dr. Wolfstieg und des Dr. F. Thimme aber näher einzugehen, sehe ich keine Veranlassung.

Zum Schluß erwähne ich noch, daß mir, außer den bereits in der vorigen Abteilung erwähnten Akten, noch die Berichte des Bundestagsgesandten von Heimbruch und des Bevollmächtigten am Wiener Hofe v. d. Knesebeck, sowie die handschriftlichen Aufzeichnungen des Ministers Frhr. von Hammerstein, des Generaladjutanten Dammers und einiger anderer vorgelegen haben.

Rittergut Clüversborstel im Bremenschen, im Februar 1901.

Der Verfasser.

Inhalt des zweiten Bandes.

(2. Abteilung.)

Zehntes Kapitel.

Das Ministerium Graf Platen-Windthorst und die Bundes-Exekution.

Seite

Elftes Kapitel.

Ministerwechsel und deutsche Krisis.

Seite

*

Zwölftes Kapitel.

Der Krieg.

Seite

Dreizehntes Kapitel.

Das Ende.

*

Beilage V.

Brief des Königs Georg an den König Wilhelm vom 27. Juli 1866.

Beilage VI.

Schreiben des Grafen Platen an den Grafen Bismarck vom 27. Juli 1866.

Beilage VII.

Brief des Czaren Alexander II. an den König Georg vom 26. August 1866.

Kartenskizze

zu den Operationen der hannoverschen Armee vom 21. bis 29. Juni 1866.

Plan des Schlachtfeldes um Langensalza

(befinden sich in einer Tasche am hinteren Deckel).

Zehntes Kapitel.

Das Ministerium Graf Platen-Windthorst und die Bundes-Exekution.

Wie sich der Sonne Scheinbild in dem Dunstkreis
Malt, eh' sie kommt, so schreiten auch den großen
Geschicken ihre Geister schon voran,
Und in dem Heute wandelt schon das Morgen.
Schiller, Wallensteins Tod.

Mit der Anerkennung des Königreichs Italien durch Preußen im Anfang Juli 1862 erweiterte sich die Kluft zwischen den beiden Großmächten von neuem. Daß dieser auffallende Schritt gewissermaßen die Antwort auf die gemeinschaftliche Verwahrung der deutschen Regierungen gegen die preußischen Unionspläne war, ist wohl nicht zu bezweifeln, und die Erwiderung des Grafen Rechberg auf die Anzeige davon giebt Kunde von der tiefen Verstimmung, die sie in der Hofburg hervorgerufen hatte. Der Botschafter Graf Karolyi wurde angewiesen, dem Könige Wilhelm den Dank des Wiener Hofes dafür auszusprechen, daß er sich so lange gesträubt habe, dem Akt der Anerkennung zuzustimmen. „Die Kaiserliche Regierung sehe aber keinen Grund, auch dem Ministerium zu danken, da die von Italien gewährten ‚sogenannten Garantien' — vor allem das Versprechen, Venetien nicht anzugreifen — kaum mehr wert wären, als der Bogen Papier, auf dem sie geschrieben"*), — was sie in Wirklichkeit auch nicht waren.

Graf Bernstorff fühlte sich durch die Depesche Rechberg's aufs tiefste verletzt und war weniger als je geneigt, sich zuvorkommend zu zeigen. „Die Garantien und Zusicherungen seien durchaus nicht so wertlos, wie Oesterreich sie darstellte", schrieb er an den Baron von Werther. „Die Preußische Regierung aber habe aus der Aufnahme seiner Mitteilung in Wien die lehrreiche Erfahrung geschöpft, daß sie sich nicht mehr gebunden

*) Erlaß des Grafen Rechberg an den österreichischen Bevollmächtigten Graf Karolyi in Berlin d. d. 26. Juli 1862.

halten würde, andere Rücksichten auf die Kaiserliche Regierung zu nehmen, als die, welche die Bundespflicht vorschriebe"*).

Daß diese gegenseitige Erbitterung auch auf den Gang der damals schwebenden commerziellen Verhandlungen zurückwirkte, ist begreiflich. Im Jahre 1860 war der große englisch-französische Handelsvertrag geschlossen worden, der den fast vollständigen Uebergang zum Freihandelssystem bedeutete. Infolgedessen suchte Frankreich, um den Ausfall in der Bilanz seiner Aus- und Einfuhr zu decken, den Kreis seiner Handelsbeziehungen so sehr zu erweitern, wie möglich. Namentlich nach der Richtung, wo die französische Industrie und die französischen Produkte im Vorteil waren, mußte es suchen, deren Einfuhr möglichst zu erleichtern. Der Kaiser Napoleon gab daher schon bald nach dem Abschluß des englischen Vertrages in Berlin den Wunsch nach einem ähnlichen Uebereinkommen zwischen ihm und dem Zollverein zu erkennen. Hier ging man um so lieber auf den Plan ein, weil zu der Zeit ein etwas gespanntes Verhältnis zu Frankreich herrschte, das man zu bessern wünschte, und forderte zunächst die Zollverbündeten auf, Preußen zu solchen Verhandlungen zu ermächtigen. (Juni 1860.) Im Januar 1861 erschien sodann ein französischer Kommissar in Berlin, der „mit halber Drohung und schroffer Derbheit"**) auftrat, es indes erreichte, daß man sich über gewisse Grundsätze bezüglich der Freiheit der Durchfuhr und Ausfuhr sowie über die Ausgleichung der beiderseitigen Zolltarife einigte. Auch die Zollverbündeten erklärten sich im ganzen einverstanden mit dem Gange und der Fortsetzung der bisherigen Verhandlung. Allein, als Preußen mit dem Kommissar in spezielle Bearbeitung des Tarifs eintrat, zeigten sich ernste Meinungsverschiedenheiten. Dennoch wagte das Preußische Kabinett aus Besorgnis, Napoleon zu verletzen, nicht, die Verhandlungen ganz abzubrechen. Es erklärte sich vielmehr im September bereit, den neuen Tarif auf dem Wege der inneren Gesetzgebung zu regeln und die Ermäßigung der Eingangszölle allen denjenigen Nationen zu gewähren, welche die deutschen Erzeugnisse ebenso günstig wie die eines anderen Staats behandelten.

Bis dahin hatte sich die Frage ausschließlich in dem Rahmen commerzieller Verhandlungen bewegt. Jetzt nahm sie plötzlich einen hoch-

---

*) Erlaß des Ministers Graf Bernstorff an den Kgl. Preußischen Gesandten in Wien, Baron v. Werther d. d. 31. Juli 1862.

**) Immediat-Bericht Zimmermanns, d. d. 28. April 1862.

politischen Charakter an. Es war die Zeit, wo Graf Bernstorff das Ministerium des Auswärtigen in Berlin übernahm mit der ausgesprochenen Absicht, Oesterreich aus seiner Stellung als deutsche Vormacht zu verdrängen. Schon der Besuch des Königs Wilhelm in Compiegne am 7. September war ein Anzeichen dafür, daß Preußen sich gegen den Kaiser Napoleon nicht mehr so abweisend wie bisher verhalten wollte — vielleicht, um einen Rückhalt für seine späteren Pläne zu gewinnen. Rechberg richtete daher zunächst eine Anfrage nach Berlin, wie es sich mit den zu seiner Kunde gelangten französisch-preußischen Verhandlungen verhielte. Dabei machte er darauf aufmerksam, daß die beabsichtigte Zolleinigung im Widerspruch zu dem Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 stände, in dem ausdrücklich eine österreichisch-deutsche Zolleinigung als Ziel der Zukunft bezeichnet war, über deren Ausführbarkeit nach sechs Jahren weiter verhandelt werden sollte. Außerdem hatten sich beide Kontrahenten im § 25 nicht bloß eine Anzahl sehr erheblicher Zoll-Ermäßigungen zugesagt, sondern auch versprochen, daß, wenn einer von ihnen einer dritten Macht für gewisse Waren einen geringeren Zoll bewillige, dies dem anderen Teil drei Monate vorher angezeigt werden solle. Endlich wollte man auf weitere Verkehrs-Erleichterungen bedacht sein, wenn die Zolleinigung nach sechs Jahren nicht zu stande käme. Oesterreich aber hatte den für das Jahr 1860 vorgesehenen Termin zur Eröffnung dieser Verhandlungen ungenutzt verstreichen lassen. Und als es kurz nachher einen Antrag darauf stellte, wurde dies von Graf Bernstorff mit der Behauptung zurückgewiesen, daß man ihm preußischerseits nicht die Befugnis zuerkennen könne, in jedem ihm angemessen erscheinenden Zeitpunkt die Erfüllung der Verpflichtung zu fordern*).

Graf Rechberg war aber völlig in seinem Recht, wenn er wenigstens Auskunft darüber verlangte, ob Preußen mit Frankreich einen vollständigen Zollverein, wie er mit Oesterreich bestand, abschließen wollte. Graf Bernstorff dagegen zeigte sich weniger wie je geneigt, sich von dem Wiener Hofe in diese Dinge hineinreden zu lassen. Die Anfrage war ihm vielmehr ein Sporn, die Verhandlungen mit Frankreich möglichst schleunig zum Abschluß zu bringen. Auch der Verpflichtung, den Zollverbündeten Kenntnis von deren Fortgang zu geben, hielt er sich enthoben, seit sich die Mittelstaaten in der deutschen Streitfrage immer enger an Oesterreich schlossen. Jetzt kam er auf das Bereitwilligste den Anforderungen des

*) Erlaß des Grafen Bernstorff an den Freiherrn v. Werther d. d. 6. August 1862.

französischen Kommissars entgegen, der auch in einigen untergeordneten Punkten Konzessionen machte. So konnte schon am 29. März 1862 der Vertrag in Berlin paraphiert und fertig gestellt werden. Nach vier Tagen wurde er sodann den verbündeten Staaten und dem Wiener Hofe mitgeteilt.

Die Kunde von diesem Ereignis rief allenthalben die größte Aufregung hervor. Man begriff, daß Preußen nicht sowohl merkantile sondern politische Vorteile von dem Vertrage zu erlangen hoffte und in der That erlangt hatte; denn Frankreich mußte wegen der günstigen materiellen Aussichten, die er ihm versprach, Preußen schonen, im Frieden mit ihm zu bleiben wünschen. Und das war immerhin ein Gewinn, wenn es auch noch längst keine politische Allianz war. Außerdem aber hatte Preußen erlangt, daß man es in Paris als den berufenen Vertreter der Zollvereinsstaaten ansah und hatte zugleich Oesterreich eine empfindliche Schlappe beigebracht. Frankreich waren nämlich die Vorteile der meistbegünstigtsten Nation zugesichert worden, auf die der Kaiserstaat an der Donau nach dem Vertrage von 1853 allein Anspruch zu haben glaubte; er war also durch den neuen Vertrag noch weiter von dem Zollverein entfernt als bisher.

Es ist begreiflich, daß in Wien der Haß und das Mißtrauen gegen Preußen, die eben erst durch das Bernstorff'sche Bundesreform-Projekt von Neuem geweckt waren, um ein Bedeutendes gesteigert wurden. In einer Denkschrift vom 7. Mai erklärte Graf Rechberg, der neue französische Vertrag vernichte die in der Zolleinigung von 1853 Oesterreich zugesicherten Begünstigungen. Er sei eine Störung und Hintansetzung der damals versprochenen Erleichterungen; denn die deutschen Zollsätze seien so niedrig gestellt, daß Oesterreich sie nicht annehmen könne, ohne seine eigene Industrie durch Ueberflutung mit fremden Waren schwer zu schädigen. Die preußische Regierung blieb die Antwort nicht lange schuldig. Gerade diese zugegebene Unmöglichkeit sei der sicherste Beweis dafür, daß die 1853 in Aussicht genommene Zolleinigung für absehbare Zeit unausführbar wäre, erwiderte sie in einer Note vom 28. Mai. Unmöglich könne man dem deutschen Gewerbfleiß so lange Fesseln anlegen, bis Oesterreich nachkäme. Graf Rechberg dagegen stellte am 10. Juli bei allen Zollvereinsstaaten den Antrag, zunächst Oesterreich unter Beibehaltung des bisherigen Tarifs in den Zollverein aufzunehmen, und dann die beiden deutschen Großmächte gemeinschaftlich zu Verhandlungen über Handelsverträge mit Frankreich und England zu

bevollmächtigen. Daß die süddeutschen Königreiche Bayern und Württemberg sich in dieser Frage auf österreichische Seite stellten, ist begreiflich. Bei ihnen hatte das Schutzzoll-System zahlreiche Anhänger. Auch ihre Industrie erlitt unzweifelhaft beim Beitritt zu dem Vertrage einen harten Stoß. Ihre Opposition war daher sowohl materiell, wie politisch berechtigt. Anders lag die Sache in Sachsen. Beust, der auf dem Gebiete der deutschen Politik zu den entschiedensten Gegnern des Grafen Bernstorff gehörte, war unbefangen genug, einzusehen, daß die Rücksicht auf den Wohlstand und die Pflege der hochentwickelten Gewerbthätigkeit des Landes unabweislich den Anschluß an das neue Zollsystem verlangte. Die Unbrauchbarkeit des bisherigen Tarifs unter den jetzigen Verhältnissen hatte sich zur Genüge erwiesen. Dessen Umarbeitung im freihändlerischen Sinne war nach seiner Meinung zu einer Lebensfrage für die deutsche Industrie geworden. Zu allgemeinem Erstaunen sprach daher Sachsen bereits in einer Note vom 27. Mai seine Bereitwilligkeit aus, dem Vertrage beizutreten und im Laufe des Juni erteilten beide sächsische Kammern einstimmig demselben ihre Genehmigung. Oldenburg und die Thüringischen Staaten folgten bald nachher diesem Beispiel.

Besonders schwierig war die Lage Hannovers. Dem Könige schien das Verhalten Preußens gegen Oesterreich perfide, gegen seine Zollverbündeten im höchsten Grade rücksichtslos zu sein. Es hatte ihn verletzt, daß man ihm während der Verhandlungen die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages verheimlicht hatte, während er nach Geist und Inhalt der Preußen erteilten Vollmacht eine solche Mitteilung hätte erwarten müssen. Das Auftreten des Legationsrats Philippsborn, des „widerwärtigsten aufgeblasensten Fintenschlägers im preußischen Ministerium“*), den man von Berlin nach Hannover entsandte, um dieses zum Beitritt zu bewegen, bestärkte ihn in seiner Ansicht. Dazu hatte man in Berlin „unvorsichtig und plump“ deklariert, daß man diesen Weg gewählt habe, um der Diskussion und Zustimmung der andern Zollvereinsstaaten hinsichtlich der Grundprinzipien des Vertrages zu entgehen. Man gab ganz offen als dessen Ziel die Herstellung einer stärkeren Hegemonie im Zollverein zu erkennen, die Absicht, der bisherigen „Langmut Preußens“ ein Ende zu machen. Die um diese Zeit erfolgende schroffe Zurückweisung der hannoverschen Note über das Bundesreform-Project**) vermehrte die

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 28. April 1862, der auch den nachfolgenden Deduktionen zu Grunde liegt.

**) S. o. I. Abt. S. 466.

die Erbitterung Georgs gegen Preußen. Er wollte viel lieber die Vorteile des neuen Vertrages entbehren, als des bisherigen freien Rechts der Mitwirkung verlustig gehen. Endlich hielt er es für geboten, sich in dieser Frage nicht von Oesterreich und den süddeutschen Staaten zu trennen, mit denen er sich eben erst in andern Beziehungen verbunden hatte.

Der erfahrene Zimmermann aber riet dringend von einem so gefährlichen Wege ab. Das intime Verhältnis zu Oesterreich rechtfertigte nach seiner Ansicht die Verwerfung des Vertrages nicht. Mochte auch Hannover noch so sehr wünschen, daß der Kaiserstaat in den Zollverein träte, so war es doch ganz allein dessen Sache, sich Preußen zu akkomodieren. Konnte der Kaiserliche Hof dies Ziel nicht erreichen, so war Hannover noch weniger in der Lage, es für Oesterreich durchzusetzen. An und für sich widersprach der Grundsatz des freien Handels, wie sie der französisch-preußische Vertrag festsetzte, den hannoverschen Interessen nicht. Die Ermäßigung der Zollsätze war vielmehr für Hannover geradezu ein Gewinn, wenn es ihm nicht gelang, bei Erneuerung des Zollvereins des Präzipuum wieder zu erlangen. Gegen diese offenkundigen Vorteile, die der Beitritt zum Vertrage verhieß, kamen die politischen Erwägungen, welche dagegen sprachen, kaum in Betracht. Nicht einmal der „hegemonistische Gewinn“, den Preußen daraus zog, schien Zimmermann ein vollwichtiger Grund, die Zustimmung zu verweigern. Mochte der gerechte Widerwillen gegen die preußische Herrschsucht auch noch so groß sein; so war sie doch, gegen die Gefahren der Ablehnung gehalten, das geringere Uebel. Auch konnten die anderen Staaten bei der Erneuerung des Zollvereins im Jahre 1865 vielleicht solche Bedingungen ablehnen, welche darauf abzielten, die preußische Hegemonie gesetzmäßig zu systematisieren.

Zimmermann glaubte nicht einmal an die Möglichkeit des Ausscheidens Hannovers aus dem Zollverein, wie es die notwendige Folge der Ablehnung des französischen Vertrages sein mußte. „So leicht und so weise es in jeder Hinsicht gewesen wäre“, schreibt er, „nicht in den Zollverein zu treten, und unsere Verbündeten in den reißenden Strom zu bringen, der von Hannover ab und nach Berlin führt; so schwer, ja ich glaube fast unmöglich wird es sein, nunmehr, nachdem Hannover selbst auf den Zollverein zugeschnitten ist, wieder einen Sonderverein zu machen. Das Naturgesetz: „Was gewesen ist, kehrt nicht wieder, steht uns feindlich entgegen.“ Schon die Schwierigkeit, eine taugliche Zollgrenze zu bilden, verbot dieses, und ebenso unmöglich war es, einen großen

Zollbund mit Kurhessen und den süddeutschen Staaten inkl. Oesterreich zu schließen.

Dennoch riet Zimmermann, nicht sofort auf die preußischen Vorschläge einzugehen, sondern das Berliner Kabinett über die Entschlüsse Hannovers vorläufig im Ungewissen zu lassen, zu „temporisieren". Diese Zwischenzeit sollte man benutzen, um zu versuchen, ob man für die Süddeutschen und Oesterreich einiges von dem erreichte, was sie wünschten, „obgleich dieses Gewünschte im materiellen Interesse Hannovers nicht liegt." Ja, er gab sogar den hinterlistigen Rat, die süddeutschen Staaten zu dem Glauben zu bringen, daß Hannover selbst nötigenfalls aus dem Zollverein scheiden wollte, „obgleich man es in letzter Instanz gar nicht kann". Wenn man aber diese zum Widerstand stimulierte, und selbst sich am Ende dem Vertrage unterwürfe, so kam man ihnen gegenüber in eine höchst unangenehme Lage. Daher gab er anheim, schließlich die Sache so zu drehen, als nähme man den Beitritt nur auf französisches Zureden und in Rücksicht auf Frankreich an.

In Berlin war man bereits über die Zurückweisung der Anträge Philippsborn's sehr erzürnt gewesen. Und als der französische Vertrag am 2. August nach der Genehmigung durch die preußischen Stände definitiv unterzeichnet war, und Hannover trotz der erneuten Aufforderung zum Beitritt und der Zusicherung gewisser Zollerleichterungen mit einer bestimmten Erklärung zögerte, beklagte sich Graf Bernstorff in sehr erregtem Tone über diese feindselige Haltung. Er wies darauf hin, welch bedeutende Opfer Preußen bei Abschluß des Vertrages gebracht habe. Ja, er behauptete zu wissen, daß Hannover sich bemühte, auch Kurhessen von dem Beitritt abzuhalten, und daß Graf Ingelheim ähnliche Schritte thäte*). Allein es gelang ihm nicht, die königliche Regierung zum Verlassen ihrer abwartenden Haltung zu bewegen. Sie erklärte vielmehr, sie sähe in ihrem Zutritt nicht einmal einen besonderen Vorteil für Preußen, da der Widerstand Süddeutschlands dadurch nicht überwunden werden würde. Dabei sprach sie offen die Befürchtung aus, daß Preußen darnach strebe, die unbedingte Hegemonie im Zollverein zu erwerben**). Unter

*) Depesche Reitzensteins d. d. 22. September 1862.

**) „La Prusse veut reconstruire le Zollverein dans le sens, que les autres, qui en font parti, perdent la liberté du droit d'assentiment, qui leur appartient conformément à la constitution actuelle du Zollverein et que la Prusse acquière une hégémonie dans l'Union Douanière." — (Hannoversches Aide-Memoire über den französisch-preußischen Handelsvertrag d. d. 4. Dezember 1862.)

diesen Umständen könne ein souveräner deutscher Staat kaum dem Vertrage beitreten, gegen den Hannover im Uebrigen durchaus kein Vorurteil hege. Was es wolle, sei vielmehr einzig und allein, der Auflösung des Zollvereins vorbeugen, welche eine Teilung Deutschlands auf handelspolitischem Gebiete bedeuten und schließlich die Absorbierung Norddeutschlands zu Gunsten Großpreußens zur Folge haben würde. Eine Trennung von Oesterreich auf dem Handelsgebiete hielte es deshalb weder für vorteilhaft, noch durch die bestehenden Verträge gerechtfertigt. Auf alle Fälle aber müsse es darauf bestehen, daß ihm das Präzipuum garantiert würde, das sei eine Lebensfrage für Hannover.

Noch erbitterter war das preußische Kabinett über Bayern und Württemberg, die sofort den Beitritt zu dem Vertrage definitiv ablehnten. Auch Hessen-Darmstadt und Baden folgten bald ihrem Beispiel. Die Bayrische Note wurde bereits am 8. August abends nach Berlin expediert. Graf Bernstorff war natürlich wenig erfreut darüber. An Nachgeben Preußens sei nicht zu denken, sagte er. Selbst wenn Männer an der Spitze ständen, die es wollten, wäre es der Stimmung des Landes wegen unmöglich. In der ausgesprochenen Weigerung aber sah er nur die Wirkung von Machinationen einer Oesterreich ergebenen Koalition. Und diese Anschuldigung war keineswegs unberechtigt. Nicht einmal in Süddeutschland stand die Mehrzahl der Bevölkerung auf Seite der Regierungen. Der deutsche Handelstag, der am 14. Oktober unter dem Präsidium Hansemanns in München zusammentrat, sprach sich, wenn auch mit geringer Majorität, für unbedingte Annahme des Handelsvertrages aus. Von den 17 Abgeordneten des hannoverschen Kaufmanns- und Fabrikantenstandes stimmten gleichfalls 13 in diesem Sinne. Der Widerstand der vier Regierungsvertreter — Regierungsrat Schow, Finanzrat von Klenck, Kaufmann Ahrens und Direktor Karmarsch — war daher vergeblich, so kräftig und energisch auch der letztere sich gegen die Preußenfreunde aussprach*).

Unter diesen Umständen herrschte daher in Berlin eine wahrhaft grenzenlose Animosität gegen Oesterreich, und eine kaum geringere gegen die Mittelstaaten, die mit ihm gingen. Jedoch war man fest entschlossen, ohne Rücksicht auf die anderen Zollvereinsstaaten den Vertrag zu rati-

*) Depeschen des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. 15. u. 18. Oktober 1862. Daß, wie Sybel (II. T. S. 445) angiebt, außer 96 österreichischen nur 4 süddeutsche Stimmen gegen die Annahme des französischen Vertrages gewesen wären, ist hiernach unbegründet.

fizieren*). Demgemäß erging am 26. August an Bayern und Württemberg die Antwort, daß man ihre Ablehnung so auffasse, als ob sie den Zollverein mit Preußen nach dessen Ablauf nicht fortsetzen wollten, und das Abgeordnetenhaus beeilte sich, dieser Erklärung durch fast einstimmigen Beschluß beizutreten.

In denselben Tagen gelangten die in Wien beschlossenen Bundesreform-Vorschläge an den Bundestag. Graf Rechberg gab in der zuvorkommendsten Weise dem preußischem Kabinett in Voraus davon Kenntnis, „damit demselben kein möglicher Vorwand zu einer Beschwerde über den Formpunkt dargeboten werde" **). Allein er konnte doch nicht hindern, daß Preußen die Anträge auf Einführung eines repräsentativen Elements in den Bundestag zur Bearbeitung gemeinsamer Gesetzbücher über Civil- und Obligationen-Recht und auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Errichtung eines Bundesgerichts, die Oesterreich im Verein mit sieben verbündeten Regierungen am 14. August einbrachte***), mit großem Mißtrauen aufnahm. In der That war es ihm viel weniger um die Sache selbst zu thun, als darum, durch Gemeinsamkeit des Auftretens die bundestreue Liga fest an Oesterreich zu ketten, und ihren Gegensatz zu Preußen zu dokumentieren. Das war genau dieselbe Politik, die Fürst Schwarzenberg im Frühjahr 1850 verfolgte, als er dem preußischen Unions-Plan das Pfordtensche Reform-Projekt entgegensetzte. (Vergl. oben I. Abt. S. 111 ff.) Diesem hatte der ganze Entwurf, den er öffentlich als ein gelungenes Werk pries, damals, wie er sagte, nur der „Klotz" sein sollen, „um welchen die Contre-Union tanzt". Die hannoverschen Staatsmänner aber, die ihm weitläufige und tiefsinnige Einwände dagegen übersandten, hatte er „langweilige unverbesserliche Doctrinairs" genannt†). Auch das jetzige Projekt Rechberg's sollte nur den Glauben erwecken, daß man in Wien ernsthaft daran dächte, eine Reform des Bundes zu stande zu bringen, und zugleich beweisen, daß man verstand, etwas „theoretisch Glitzerndes" zu ersinnen. Zu einer wirklichen Verbesserung der Konföderation oder zu deren größerer Sicherheit und Dauer brachte er es nicht. „Die gegenwärtige Lähmung wird bis dahin fortdauern, daß eine

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 17. August 1862.

**) Erlaß des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten in Berlin Graf Karolyi d. d. 9. August 1862.

***) Es waren Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Großherzogtum Hessen, Kurhessen und Nassau.

†) Immediat-Bericht Zimmermanns an den König d. d. 11. September 1862.

große Krisis über den zukünftigen Zustand Deutschlands entscheidet, mag dies ein Krieg oder eine Revolution sein", schreibt Zimmermann*). „Man sollte daher nie aus den Augen setzen, daß die Reform-Anstrengungen nur Schauspiele oder vielmehr Trauerspiele sind, in denen man mit Anstand mitspielen muß, aber nur, um nicht teilnahmslos zu erscheinen und den Gegnern allein das Feld zu überlassen".

Diesen Gesichtspunkten gemäß handelte die hannoversche Regierung. So unbedingt sie sich an Oesterreich geschlossen hatte, als es galt, die Unabhängigkeit und Souveränität des Königreichs zu verteidigen, so wenig war sie geneigt, ihm Gefolgschaft zu leisten, als es darauf ausging, aggressiv gegen Preußen vorzugehen. Vergeblich suchte Graf Ingelheim den König zum unbedingten Anschluß an die Politik seines Hofes zu bewegen. Zu diesem Zwecke war schon im vorigen Jahre auf seinen Betrieb der Geschichtsschreiber Dr. Onno Klopp in die nähere Umgebung des Königs gezogen worden, von dem er hoffte, daß er in dem Sinne auf Georg einwirken würde. Er hatte sich zuerst — damals war er Gymnasiallehrer in Osnabrück — durch eine dreibändige Geschichte Ostfrieslands bemerklich gemacht. Im dritten Bande derselben fällte er auf Grund der ostfriesischen Landtags-Akten von 1792 ein sehr ungünstiges Urteil über den König Friedrich II. Nicht befriedigt mit seiner Stellung in Osnabrück begab er sich im Jahre 1858 nach Hannover. Hier veröffentlichte er sodann im Jahre 1860 das vielbesprochene Werk: „König Friedrich II. und die deutsche Nation", worin er diesen in scharfer Weise angriff und ihn nicht bloß — wie neuerdings der Biograph Scharnhorst's, Professor Lehmann — beschuldigte, den siebenjährigen Krieg in der Absicht, Böhmen zu erobern und dann gegen Kursachsen auszutauschen, unternommen zu haben, sondern ihn auch für den alleinigen Urheber der unglückseligen Machtlosigkeit und Zersplitterung Deutschlands erklärte. Bald nachher unternahm Klopp in einer Schrift „Tilly im dreißigjährigen Kriege" mit Geschick und Glück die Ehrenrettung des vielgeschmähten Feldherrn der Liga. Durch diese litterarische Thätigkeit in großdeutscher Richtung lenkte er die Aufmerksamkeit des österreichischen Bevollmächtigten auf sich, bei dem er durch Windthorst eingeführt wurde. Graf Ingelheim empfahl Klopp dem Grafen Platen und dieser bewirkte, daß ihm die Herausgabe der in der königlichen Bibliothek zu Hannover aufbewahrten Schriften Leibniz's übertragen wurde, und verschaffte ihm

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 14. September 1862.

dadurch eine sorgenfreie Existenz. Später wurde er zum Referenten im Hausministerium ernannt und ihm unter dem Titel „Archivrat" die Aufgabe übertragen, die sämtlichen Archive des Landes zu ordnen und in ein großes Landes-Archiv einzufügen. Daneben war Klopp für die hannoversche Politik schriftlich thätig, wenn und nur insoweit sie sich zu Oesterreich neigte. Eine eigentliche Vertrauensstellung beim Könige aber besaß er in Hannover nicht.

Inzwischen hatte sich mit der Ernennung Bismarck's zum preußischen Minister-Präsidenten eins der folgenschwersten Ereignisse des 19. Jahrhunderts vollzogen. Die Umstände, welche seine Berufung veranlaßten, sind längst bekannt, allein erst durch die „Gedanken und Erinnerungen" hat man die volle Größe der Verlegenheit erfahren, in der sich der König Wilhelm befand, als Roon diesen letzten Retter in der Not aus dem fernen Pyrenäen-Bade telegraphisch nach Berlin beschied. Der Kriegsminister war längst der Ansicht gewesen, daß Bismarck der einzige Mann wäre, der es vermöchte, den widerstrebenden Ständen gegenüber die vom Könige für notwendig erkannte Neuorganisation des Heeres voll und ganz durchzuführen. Zwar hatten die Kammern von 1860 durch die Gewährung von 9 Millionen Thalern die Mittel für die Formierung von 49 neuen Infanterie-Regimentern bewilligt. Diese Augmentation war die natürliche Folge des Umstandes, daß die Bevölkerung Preußens seit der Zeit des Erlasses von 1816 von 10 auf 18 Millionen gestiegen war. Es war daher eine Ungerechtigkeit gegen die 40000 jungen Männer, die nach der damaligen Normierung jährlich zum Kriegsdienst ausgehoben wurden, daß über 10000 ruhig zu Hause bleiben durften, und nur in den Listen des Aufrufs zu den Fahnen gewärtig sein mußten.

Um diese Nachteile auszugleichen, sollten statt 40000 künftig 63000 Mann alljährlich in das Heer eingestellt werden. Ueber die Notwendigkeit dieser Erhöhung der Wehrkraft waren also Volk und Regierung einig. Aber als es sich darum handelte, die einmal bewilligte Summe dauernd zu votieren, machte das Abgeordnetenhaus Schwierigkeiten. Namentlich verlangte es die gesetzliche Herabsetzung der Wehrpflicht von drei auf zwei Jahre, worauf sich der König unter keinen Umständen einlassen wollte. Und wenn auch 1861 die 9 Millionen noch einmal bewilligt wurden, so hatten sich doch die Gegensätze bereits so verschärft, daß eine Einigung ausgeschlossen war. Der Landtag wurde daher aufgelöst und zum 6. Mai 1862 Neuwahlen ausgeschrieben, allein diese Maßregel führte nicht zum Ziele. Die Fortschrittspartei kehrte

vielmehr mit überwältigender Mehrheit in den Landtag zurück, und die vollständige Verwerfung der Heeresreform war fast mit Sicherheit vorauszusehen.

Anfang August begannen die Beratungen des Militär=Etats in der Budget=Kommission, die sich schließlich zu dem Antrag vereinigte, alle Mehrausgaben für die Reform in das Extraordinarium zu setzen und sie dann zu streichen. Daß den König die Berichte über diese Vorgänge in die größte Aufregung versetzten, ist begreiflich. Wiederholt stampfte er zornig mit den Füßen und sprach sich über das oppositionelle Abgeordnetenhaus in den härtesten Ausdrücken aus*). Noch mehr erregten ihn die Debatten im Plenum, die am 17. September begannen. Die Verhandlungen nahmen von Tage zu Tage einen feindseligeren Charakter an. Vergeblich suchte die Regierung, den offenen Konflikt zu vermeiden, indem sie einen von Stavenhagen, Twesten und Sybel eingebrachten Vermittlungs=Antrag zum Etat von 1862 teilweise acceptierte. Sie wollte, wenn die Erhaltung der neuen Regimenter bewilligt würde, die faktische Einführung der 2jährigen Dienstzeit bei der Infanterie zugestehn, allein bloße Versprechungen genügten der Oppositions=Partei nicht. Die Majorität verlangte unentwegt gesetzliche Feststellung. Das geschah am 18. September und nun hielt Roon den Augenblick gekommen, Bismarck herbeizurufen. „Periculum in mora. Dépêchez-vous!“ lautete das Telegramm**). Am 20. September morgens traf der Ersehnte in der preußischen Hauptstadt ein. Er wurde sofort zum Kronprinzen beschieden, der ihn für die Forderungen der Opposition hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit zu gewinnen suchte***). Der König, der von dieser Audienz erfuhr, aber deren Ergebniß nicht kannte, schöpfte Argwohn. „Mit dem ist es auch nichts, der ist schon bei meinem Sohne gewesen“, äußerte er gegen Roon, und seine Hoffnungslosigkeit, die Heeresorganisation durchzuführen, stieg zu einer solchen Höhe, daß er sich entschloß, zu abdizieren, „da er keine Minister finden könnte, die bereit wären, die Regierung zu führen, ohne ihn und sich der parlamentischen Mehrheit zu unterwerfen.“ Erst als Bismarck ihm erklärte, auch gegen die Majorität des Landtages und deren Beschlüsse für die Militär=Reorganisation eintreten zu wollen, widerrief er seine Absicht, die Krone niederzulegen. Er hielt es nunmehr

*) Vertraulicher Bericht des Dr. Langbein d. d. 20. August 1862.

**) Vgl. auch für das Folgende: „Gedanken und Erinnerungen“ von Otto Fürst v. Bismarck I. Teil S. 266 ff.

***) Depesche des Gesandten von Reitzenstein d. d. 23. September 1862.

für seine Pflicht, mit dem mutigen Ratgeber, den er noch an demselben Tage zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannte, die Weiterführung des Kampfes zu versuchen.

Am andern Tage, dem 23. September, that das Abgeordnetenhaus den entscheidenden Schritt. Mit 273 gegen 68 Stimmen verweigerte es die Kosten für die bereits aufgestellten 117 neuen Bataillone. Die Regierung hätte also nach konstitutionellem Brauch diese Truppenkörper wieder auflösen und in irgend einer Form Idemnisation dafür nachsuchen müssen, daß sie im laufenden Jahre schon neun Monate lang die Kosten derselben ausgegeben hatte*). Dazu wollten sich jedoch selbst die liberalen Minister nicht verstehen und am 24. September nahm zunächst Herr v. d. Heydt seine Entlassung. Wenige Tage später folgten der Minister-Präsident Fürst Hohenlohe, der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff und der Handelsminister von Holzbrink seinem Beispiel.

Allgemein war man nun gespannt, welche Mittel und Wege Bismarck einschlagen würde, um sein Ziel zu erreichen. Sein erster Schritt war ungewöhnlich genug. Am 29. September verlas er unter lautloser Stille des Hauses eine Erklärung, worin die Regierung das vorgelegte Budget für 1863 zurückzog, da sie erwarten müsse, daß es gleicherweise vermindert werden würde, wie das von 1862. In der Budget-Kommission, wo Bismarck am nächsten Abend erschien, trat er jedoch unerwartet höflich und entgegenkommend auf**). Einen Oelzweig, den er in Avignon gebrochen hatte, um ihn, wie er sagte, „dem hohen Hause zu überreichen", schob er zwar wieder in seine Cigarrentasche zurück, „da es noch nicht Zeit dazu zu sein schiene". Aber er versuchte durch einen Schwall preußisch-patriotischer Redensarten und durch Schmeicheln des Preußentums die Opposition von ihrer Absicht abzulenken. Mit verblüffender Offenheit setzte er den Mitgliedern der Kommission auseinander, wie die durch die Wiener Verträge festgestellten Grenzen Preußens zu einem gesunden Staatsleben ungünstig wären. Preußen müsse daher seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt wäre. Das sei der Fehler von 1848 und 1849 gewesen. Nicht durch Reden und Majoritäts-Beschlüsse, sondern **durch Eisen und Blut** würden die großen Fragen der Zeit

*) Von Sybel a. a. O. II. T. S. 437.

**) Für das Folgende benutze ich die Depesche des Gesandten von Reitzenstein d. d. 2. Oktober 1862 und die „Wochenschrift des National-Vereins" Nr. 128 vom 10. Oktober 1862.

entschieden. „Deutschland fragt nicht nach Preußens Liberalismus, sondern nach seiner Macht.“ Auch sei das Preußische Volk vielleicht zu gebildet, um eine freie Verfassung zu ertragen, weil es, abgesehen von den am Umsturz Interesse nehmenden „katilinarischen Existenzen“, zu viel kritische Leute gäbe, welche Regierungsmaßregeln und Akte der Volksvertretung zu beurteilen verständen. Aber es war vergeblich, daß er den National-Verein als einen „wegen der Gerechtigkeit seiner Ansprüche zu Ansehen gelangten Verein“ pries; er fand keine Gegenliebe. Er hatte den Mitgliedern desselben, die in der Kommission saßen, als das von ihm erstrebte Ziel wohl ein arrondiertes Preußen, aber kein unter seinen Fittigen geeintes Kleindeutschland gezeigt. Von der Einführung der Reichsverfassung von 1849 und einem deutschen Parlament hatte er mit keinem Worte gesprochen. Deshalb galt „der Mustermann des Junkertums, der auserlesene Ritter des Königtums von Gottes Gnaden“ der National-Partei als „ein Abenteurer vom allergewöhnlichsten Durchschnitt, dem es lediglich um den nächsten Tag zu thun ist, komme hinterdrein was will“. Nichts schien ihnen „grundloser als die Befürchtung, daß Herr von Bismarck mit gefährlichen Plänen auswärtiger Politik im großen Stile schwanger gehe“ *).

Die Debatte über die Zurückziehung des Etats von 1863 am 7. Oktober gab daher Anlaß zu äußerst lebhaften Angriffen auf den neuen Minister-Präsidenten. Wegen seiner Aeußerungen in der Budget-Kommission wurde er in schonungsloser Weise verhöhnt. Man bezeichnete ihn von der Tribüne herab offen als den preußischen Polignac, den letzten Minister Karl X. von Frankreich. Mit 251 gegen 36 Stimmen wurde die von der Budget-Kommission eingebrachte Resolution Forckenbeck's angenommen, welche die fernere Verausgabung der ausdrücklich abgelehnten Kosten der Heeres-Organisation für verfassungswidrig erklärte. Die Theorie vom Notrecht, worin sich nach Bismarcks Auffassung die Regierung infolge der Nichtannahme des Budgets befand, wurde von allen Seiten als „unsinnig, frivol, offenbar gewaltthätig, zum Absolutismus zurückführend“ bezeichnet. Er sei vielmehr verpflichtet, das Budget für 1863 vor Beginn des Jahres 1863 vorzulegen, da jede Ausgabe vor dessen Genehmigung verfassungswidrig sei. Dennoch versuchte der Minister noch einmal, den offenen Konflikt zu vermeiden. Seine Erklärung aber, daß die Staatsregierung, an ihren Anschauungen festhaltend, das

*) Wochenschrift des National-Vereins Nr. 127 vom 3. Oktober 1862.

Amendement Vincke*) als ein Pfand der Verständigung ansehe und darauf eingehen wolle, ohne sich dessen Motive anzueignen, wurde mit höhnischem Gelächter aufgenommen.

Es war nun die Frage, wie das Herrenhaus sich zu der Budget-Angelegenheit stellen würde. Daß Konferenzen mit dem andern Hause keinen Erfolg versprächen, war klar. Graf Arnim-Boitzenburg beantragte daher, ohne weiteres die Ablehnung des übersandten Budgets auszusprechen, die denn auch nach zum Teil äußerst heftigen Debatten mit 150 gegen 17 Stimmen erfolgte. Ja, man ging noch weiter. Man nahm mit 114 gegen 44 Stimmen die ursprüngliche Regierungsvorlage an, — womit das Herrenhaus, das nur zur einfachen Annahme oder Ablehnnug des Etats in der von den Abgeordneten beschlossenen Gestalt berechtigt war, unbezweifelt seine Befugnisse überschritt.

Dieser Übergriff rief im Abgeordnetenhause eine gewaltige Entrüstung hervor. Der Präsident Grabow sprach unter stürmischem Beifall der Versammlung sein Bedauern darüber aus, daß er den verfassungswidrigen Beschluß nicht ohne weiteres von der Barre des Hauses hätte zurückweisen können. Dann aber erklärte die Kammer — nachdem die konservativen Mitglieder den Saal verlassen hatten — denselben einstimmig als einen Verstoß gegen den § 62 der Verfassung und die Regierung für nicht befugt, Rechte daraus herzuleiten. In dem Augenblicke, wo der Vorsitzende dieses Resultat verkündete, traten die Minister in den Sitzungssaal und der Chef des Kabinetts verlas eine Königliche Botschaft, wodurch der Landtag geschlossen wurde. (12. Oktober.)

Damit war der Konflikt in seiner ganzen Schärfe Thatsache geworden. Aber Bismarck täuschte sich keineswegs über das Bedenkliche seiner Maßregel. Er wußte nur zu wohl, daß die parlamentarische Mehrheit wenigstens den Schein des Rechts für sich hatte. Grobe Excesse, welche sie bei der königstreuen Bevölkerung verhaßt gemacht hätten, lagen vielmehr nicht vor. Unter diesen Umständen war die Berufung auf das monarchische Notrecht, auf die Befugnis, wegen bedrohter Monarchie aus dem Kreise des strengen konstitutionellen Rechts herauszutreten, von höchst zweifelhafter Natur, so sehr sie auch vom Standpunkte des preußischen absoluten Königstums empfehlenswert sein mochte. Auch hätte Bismarck

*) Vincke hatte beantragt, der Regierung auf ein Jahr einen extraordinären Kredit in der gewünschten Höhe zu bewilligen, im übrigen aber die verfassungsmäßigen Rechte des Hauses zu wahren.

es vielleicht vorgezogen, die ganze innere Politik in den Dienst der äußeren zu stellen — also unter den jetzigen Umständen mit der Fortschrittspartei zu schwimmen und ihr auf dem Umwege des auswärtigen Erfolges das wieder abzunehmen, was sie im Innern gewonnen hatte. Allein die Ansichten des Königs und sein gegebenes Wort machten diesen Pfad ungangbar. Bismarck selbst erzählt sodann in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (I. T. S. 284 ff.), wie er seinen Allerhöchsten Herrn, „in einer sanften Bogenlinie"*) auf den entgegengesetzten Weg gebracht habe. Während eines kurzen Aufenthalts in Baden-Baden hatte der König die unvorsichtigen Aeußerungen seines Minister-Präsidenten in der Budget-Kommission und den ungünstigen Eindruck, den sie auf die Bevölkerung und auf die Presse ganz Deutschlands gemacht, erfahren. Nach den Besprechungen der Angelegenheit mit seiner Gemahlin hatte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit seiner bemächtigt. Die drohenden Kundgebungen der öffentlichen Meinung machten ihn zweifelhaft, ob er auf dem richtigen Wege sei, und während seiner Rückfahrt nach Berlin sah er bereits den nahen Ausbruch einer Revolution voraus. „Auf dem Opernplatz unter meinen Fenstern wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir", sagte er zu Bismarck. Dieser aber wußte ihm bald seine eigene Zuversicht einzuflößen, indem er die augenblickliche Lage des Monarchen mit der eines für Königtum und Vaterland kämpfenden Offiziers verglich. Er bewies ihm, daß wenn das Abgeordnetenhaus von seinem Rechte, das Budget zu reduzieren, Gebrauch machte, und das Herrenhaus mit ebenso gutem Recht es dann en bloc verwarf, ihm als gewissenhaften Landesherrn die Pflicht oblag, die Regierung auf eigene Verantwortung weiter zu führen und demnächst darüber Rechenschaft abzulegen. So kam der König zu dem Entschluß, ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen die Schließung des Landtags anzuordnen.

Bismarck aber war fest entschlossen, die deutsche Frage nunmehr mit oder ohne die Zustimmung der Volksvertreter zum Austrag zu bringen. Daß er von Rußland keinen Einspruch zu befürchten hatte, wenn er es unternehme, Oesterreich aus seiner Vormachtstellung zu verdrängen, wußte er. Weniger gewiß war er, wie sich die Westmächte zu seinen Plänen stellen würden. Er benutzte daher den ostensibeln Anlaß der Ueberreichung seines Abberufungsschreibens, um über die voraussicht-

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 8. Oktober 1862.

liche Haltung Napoleons Klarheit zu erlangen. Am 28. Oktober traf er in Paris ein. Er fand den Kaiser entgegenkommender, als er sich gedacht hatte. Ein Bürgerkrieg, der Deutschland in zwei Teile spaltete, wäre diesem offenbar erwünscht gewesen; denn der Kampf sollte ihm, wie er meinte, Gelegenheit geben, den Schiedsrichter zu spielen, und sich für den Teil zu entscheiden, der am meisten bot. Wie Bismarck später dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal erzählt hat*), hätte Napoleon ihm angedeutet, daß er gegen gewisse Gebietsabtretungen Preußen nicht im Wege sein würde, wenn es sich in Norddeutschland vergrößerte. Andernfalls habe er Aussicht, für Ausführung seiner Pläne Oesterreichs Zustimmung zu erlangen. Bismarck aber, der es damals noch nicht für möglich hielt, daß er seinen hohen Herrn jemals zur Entthronung seiner Mitfürsten würde bewegen können, wies solche Verhandlungen entschieden von der Hand. „Der König wolle keine Annexionen; er wünsche vielmehr mit allen deutschen Fürsten auf bestem Fuße zu bleiben," entgegnete er. Infolge dieser Abweisung wurde der preußische Gesandte Graf Goltz am kaiserlichen Hof anfangs „en canaille" behandelt, während in den letzten zehn Jahren nach dem Ausdruck des Ministers das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich wie das zwischen „Joseph und der Frau des Potiphar" gewesen war. Deshalb war es auch entschieden dessen aufrichtige Meinung gewesen, als er kurz vorher an Beust schrieb: „Ich fühle nicht den Beruf, Preußen in die Bahnen sardinischer Politik zu drängen, und wenn ihn jemand in meiner Lage fühlte, so würden ihm alle Unterlagen fehlen, um die Theorie zur Praxis zu machen**)." Unverrückt aber hielt Bismarck an der Absicht fest, Oesterreich seine Stellung als deutsche Vormacht, wenn es sein mußte, durch einen Krieg, zu entreißen. Um diesen Zweck sicher zu stellen, scheute er vor keinem, auch noch so bedenklichen Mittel zurück. Schon damals knüpfte er im Geheimen Verhandlungen mit den Häuptern der ungarischen Emigration in Paris, dem Grafen von Seherr-Thoß und dem Herrn von Kiß, wegen eines Bündnisses an. „Ich will Preußen aufrichten," sagte er zu dem ersteren, „ihm die Stellung verschaffen, die ihm als rein deutschen Staate gebührt. Wenn wir siegen, wird Ungarn frei werden. Verlassen Sie sich darauf***)." Wegen der Haltung Napoleons machte er sich wenig

*) Vertrauliche Depesche Reitzensteins d. d. 7. Mai 1863.

**) Minister von Bismarck an den Freiherrn von Beust d. d 10. Oktober 1862. („Aus drei Vierteljahrhunderten von F. F. Grafen von Beust" I. T. S. 306 ff.)

***) Friedjung, „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland" I. T. S. 51 ff.

Sorgen. Gegen den Grafen Hohenthal äußerte er: „Wenn Oesterreich die freundschaftlichen Verhältnisse zu Frankreich weiter ausbilden, wenn die deutschen Regierungen im Verein mit ihm fortfahren sollten, auf Preußen zu drücken, so könne er auch den Weg nach Paris finden, und sein Weg sei kürzer als der des Grafen Rechberg".

Von Paris begab sich Bismarck nach London. Auch hier machte er aus seinen Absichten durchaus kein Hehl. Zu Disraeli sagte er ohne Umschweife, daß Preußen in Deutschland dieselbe Rolle spielen müsse, wie die, welche Cavour in Italien gespielt hätte. Schon während der Welt-Ausstellung einige Monate früher hatte er ihm dasselbe gesagt und hinzugefügt „er werde, wenn die Armee auf einen achtunggebietenden Stand gebracht sei, den ersten besten Vorwand ergreifen, um Oesterreich den Krieg zu erklären, den Deutschen Bund zu sprengen, die Mittelstaaten zu unterwerfen und Deutschland unter Preußens Führung eine nationale Einheit geben*)." Gegen Lord Palmerston äußerte sich Bismarck etwas zurückhaltender, stellte aber doch die Eventualität eines Bruches zwischen Oesterreich und Preußen in den Bereich der Wahrscheinlichkeit**). Und, als die anderen Minister nicht recht wußten, ob sie ihn wegen seiner erstaunlichen Offenheit ernst nehmen sollten, meinte Disraeli: „Take care of that man, he means what he says".

Nach seiner Rückkehr nach Berlin nahm Bismarck sofort die Ausführung seines Programms in Angriff. Zunächst verfolgte er die Absicht, die kleineren Staaten Norddeutschlands das Uebergewicht Preußens empfinden zu lassen. Vor allem wollte er die kurhessische Angelegenheit sobald wie möglich regeln, in der neue Schwierigkeiten entstanden waren, und zwar, wie er in Wien zu erkennen gab, „ohne den Bundestag damit zu behelligen***)." Die Sache, um die es sich handelte, war an und für sich von keiner großen Bedeutung. Entsprechend der Zusage vom 21. Juni 1862 war der Landtag gemäß der Verfassung von 1831 auf den 30. Oktober einberufen worden; allein, da die Wahlen nach den Bestimmungen von 1849 vorgenommen waren, die der Kurfürst nicht für rechtsbeständig hielt, so beabsichtigte er, den Ständen zunächst ein neues Wahlgesetz vorzulegen, um das konservative Element zu verstärken. Daß diese Maßregel innerhalb der rechtmäßigen Befugnisse des Landesherrn lag, ist nicht wohl

*) Graf Vitzthum, Petersburg und London. II. T. S. 158.

**) Depesche des Gesandten von Stockhausen d. d. 5. November 1862.

***) Depesche des Gesandten von Stockhausen d. d. 5. November 1862.

zu bestreiten. Allein die Stände sahen darin eine Anzweifelung ihrer Kompetenz, und verlangten zunächst rechtzeitige Vorlegung des Budgets — um es abzulehnen. Darauf antwortete die Regierung mit dem Antrage auf Bewilligung eines extraordinären Kredits, worauf wieder die Stände nicht eingehen wollten. Die Lage war also genau dieselbe wie in Preußen, und der Kurfürst folgte nur dem Beispiele des Königs Wilhelm, als er im November die Minister entließ und die Stände auf unbestimmte Zeit vertagte. Allein, „si duo facient idem non est idem*).“ Der liberale Abgeordnete Oetker hatte bereits am 15. Oktober im Geheimen mit Bismarck verhandelt, und dessen Aufforderung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des kleinen Nachbarstaates kam der preußische Minister-Präsident bereitwillig nach. Auch die österreichische Regierung wußte er davon zu überzeugen, daß am besten, durch „Ratschläge von oben nach unten**)“ das Einverständnis zwischen dem Kurfürsten und dem Volke hergestellt werden könne. Von Wien aus entsandte man daher den Feldmarschall-Lieutenant von Schmerling nach Kassel, der in der verbindlichsten Weise dem Kurfürsten zum Nachgeben riet und von diesem mit großer Auszeichnung empfangen wurde. Bismarck dagegen trat mit einer wahrhaft pyramidalen Grobheit auf. Nicht bloß drohte er im Falle des Nicht-Einlenkens mit dem selbständigen gewaltsamen Einschreiten Preußens, sondern er deutete auch auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels hin. Die Durchführung der beabsichtigten Maßregeln sollte so lange fortdauern, bis „unter Zustimmung der Agnaten“ ein Zustand geschaffen sei, welcher „die Bürgschaft gewähre, daß die kurfürstliche Regierung ihre Verpflichtungen vollständig erfüllen werde***).“

Und zu der Schroffheit seines Auftretens fügte Bismarck noch den Hohn und die Mißachtung, indem er unter Hintansetzung jeder diplomatischen Gepflogenheit das Schreiben direkt nur durch einen Feldjäger an den Minister von Dehn übersandte. Dem Kurfürsten, der nirgends auf Beistand rechnen konnte, blieb daher nichts anderes übrig, wie die Minister und Stände zu neuer Thätigkeit zu berufen.

Auch in der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage verfolgte

*) Nicht mit Unrecht rief damals der Kladderadatsch Bismarck zu:
„Warum in die Ferne schweifen,
Sieh, das Gute liegt so nah!“

**) Depesche Stockhausens d. d. 5. November 1862.

***) Depesche des hannoverschen Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 28. November 1862.

Bismarck die Tendenz, die Autorität des Bundes in jeder Weise herabzusetzen. Nach dem Beschlusse vom 24. Dezember 1858, welcher das Exekutions-Verfahren vorläufig sistierte, ruhte die Angelegenheit jahrelang. Zunächst verhinderte der infolge der Ereignisse des Jahres 1859 sich immer mehr verschärfende Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen ein gemeinsames energisches Einschreiten in Kopenhagen. Zwar berief die dänische Regierung gemäß dem alten Verfassungs-Gesetze den holsteinischen Landtag ein. Allein die Verhandlungen mit diesem führten zu keinem Ergebnis. Die Stände erklärten am 11. März 1859, die Regierung sei nicht befugt, die Verfassung vom 2. Oktober 1855 für einen Teil der Monarchie aufzuheben, und für den anderen Teil in Kraft zu lassen. Sie sei vielmehr verpflichtet, eine andere Gesamtverfassung für alle Teile des Königreichs auszuarbeiten, in der die Rechte der Herzogtümer entsprechend den Zusagen von 1851 und 1852 gewahrt wären.

Nun waren die Verhältnisse viel schlimmer als vorher, denn das dänische Kabinett wies die Vorschläge der holsteinischen Stände als unausführbar zurück, und die Gesamtverfassung blieb vorläufig in ungeschwächter Wirksamkeit.

Dennoch beschloß der Bund in seiner unerschöpflichen Langmut, von dem Exekutions-Verfahren noch ferner Abstand zu nehmen. Er sprach aber am 8. März 1860 den Satz aus, daß bis zur Herstellung eines den früheren Zusicherungen entsprechenden definitiven Verfassungszustandes hinsichtlich der Gegenstände, die als allgemeine oder als besondere gelten sollten, der Tenor der Bestimmungen vom 28. Januar 1852 ausschließlich maßgebend sei. Infolgedessen wäre kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich in Finanzsachen, rechtsverbindlich, wenn ihm die Stände von Holstein und Lauenburg nicht zugestimmt hätten. Allein die dänische Regierung ließ sich durch diese Verwarnung wenig stören. Am 23. September 1859 hatte der Finanzminister schon durch einfaches Patent Beiträge zur Gesamt-Staatskasse ausgeschrieben, und am 3. Juli 1860 publizierte er das neue Budget ohne Zustimmung der Holsteiner. Das war denn doch selbst der Bundesversammlung zu stark. Nach monatelangen nutzlosen Verhandlungen erließ sie am 7. Februar 1861 einen feierlichen Protest und drohte, im Fall nicht binnen sechs Wochen eine befriedigende Erklärung hinsichtlich des rechtswidrig erlassenen Patentes erfolgte, abermals mit der Exekution. Nun wurden die holsteinischen Stände von neuem einberufen. Allein, da diese der Unterstützung Deutschlands gewiß waren, so gaben die verworrenen und un-

erquicklichen Verhandlungen nur ein negatives Resultat. Eine Vorlage hinsichtlich des künftigen Definitivums wurde ihnen nicht gemacht. Auch räumte ihnen die Regierung nur das Recht der Begutachtung des Budgets, nicht das der Zustimmung ein. Demnach nahmen sie die ihnen vorgelegte Verfassung für Holstein als eine provisorische an. Dann wurden sie am 11. April vertagt.

Allein die festgesetzte sechswöchentliche Frist verstrich, ohne daß man in Frankfurt weitere Schritte unternahm. Die nach dem Regierungs-Antritt des Königs Wilhelm immer mehr hervortretende Schleinitz'sche „Politik der freien Hand" lähmte jede energische Thätigkeit des Bundes. Vielmehr nahmen jetzt die beiden deutschen Großmächte, ohne ein Mandat dazu zu besitzen, die Führung der Angelegenheit in die Hand und ließen der hohen Versammlung nur beiläufig Mitteilungen über den Gang der Dinge zukommen. Nur ganz gelegentlich erfuhr man, daß im Juni und Juli 1861 geheime Negociationen zwischen Berlin, London und Kopenhagen gepflogen waren. Die Ausschüsse wurden vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß das dänische Kabinett sich am 29. Juni bereit erklärt habe, zur Abwendung der Exekution in internationale Verhandlungen mit Oesterreich und Preußen einzutreten, und daß diese beschlossen hätten, auf den Vorschlag einzugehen*). Der Bund, der sich ganz beiseite geschoben sah, war daher gezwungen, sich zunächst jeder weiteren Thätigkeit zu enthalten.

Daß dies Arrangement der Sache selbst zum Vorteil gereicht hätte, läßt sich kaum behaupten. Monatelang rückte die Angelegenheit nicht vom Fleck. Erst am 21. Oktober richtete die dänische Regierung an die beiden Großmächte das Ersuchen, sie über das, was sie eigentlich verlangten, zu unterrichten. Es war die Zeit, wo zur Abwechselung einmal wieder eine versöhnlichere Stimmung in Wien und Berlin herrschte, wo sowohl Graf Bernstorff als Graf Rechberg die Beust'schen Bundesreform-Pläne zurückgewiesen hatten, und wo das preußische Kabinett eine Zeitlang glaubte, Oesterreich für den alten Unions-Plan von 1849 gewinnen zu können. (S. o. 1. Abt. S. 459 ff.) Oesterreich und Preußen forderten daher von Dänemark in fast gleichlautenden Noten die vollständige Erfüllung der im Jahre 1852 gegebenen Zusagen, wonach im Gesamtstaate alle Provinzen eine gleichberechtigte Stellung haben sollten. Jede Maßregel, welche auf die Einverleibung Schleswigs hinzielte, sei daher zu unter-

*) B. M. des Großherzogs von Oldenburg d. d. Mitte Juli 1861.

lassen. In Kopenhagen war im Jahre 1857 an Stelle Scheels als Minister-Präsident Hall getreten, ein kluger und energischer Mann, der von der Ansicht ausging, daß Dänemark in seiner Souveränetät schweren Schaden erleiden würde, wenn es seine Verfassungs-Angelegenheiten einer steten Aufsicht des Deutschen Bundes unterwürfe. Deshalb wollte er den Zusagen von 1852, soweit sie Schleswig betrafen, keine verbindliche Kraft zuerkennen. In seiner Erwiderung vom 26. Dezember lehnte er es ab, sich in eine Erörterung dieser Dinge einzulassen, da es ihm zweifelhaft erschiene, ob den Mächten ein vertragsmäßiges Recht zustände, sich in die inneren Verfassungsfragen der Monarchie einzumischen. Auf die bestimmte Frage, ob Dänemark die Vereinbarung von 1852 anerkenne oder nicht, erfolgte am 12. März eine ausweichende Antwort.

Mittlerweile war infolge der identischen Noten (S. o. 1. Abt. S. 463) das Verhältnis Preußens zu Oesterreich wieder ein äußerst gespanntes geworden. Mochten auch die Sympathien des Grafen Bernstorff für Schleswig-Holstein noch so lebhaft sein, so verbot sich doch für Preußen in seiner isolierten Lage ein energisches Vorgehn von selbst. Oesterreich dagegen, dem sich sämtliche Mittelstaaten angeschlossen hatten, fühlte das dringende Bedürfnis, die kleineren Staaten noch fester an sich zu ketten und sich die Gunst der deutschen Nation zu erwerben. Dazu gab es kein besseres Mittel, als die Förderung der schleswig-holsteinischen Sache. In einer Denkschrift vom 26. August 1862 bezeichnete Graf Rechberg die Auslassungen Halls rücksichtslos als eine offene Verletzung der Abreden von 1852. Er verlangte, daß der dänische Reichstag und die Stände der drei Herzogtümer gleichmäßig über eine neue Gesamt-Verfassung gehört würden, welche vor allem eine Schutzwehr gegen die Benachteiligung der deutschen Minorität durch die Dänen bieten müsse. Allein so patriotisch diese Auslassungen sein mochten, so lag es doch auf der Hand, daß sie kaum mehr wie akademische Betrachtungen waren. Oesterreich war auch im Verein mit den Mittelstaaten, schon seiner geographischen Lage nach, nicht imstande, die Erfüllung seiner Forderungen zu erzwingen, wenn Preußen nicht mit ihm ging.

Die anderen europäischen Mächte aber hatten für den Rechtspunkt der verwickelten Frage kaum Verständnis. Aber sie sahen so viel, daß dies brennende Zündhölzchen nur zu leicht den ganzen Weltteil in Flammen setzen konnte, wenn man es nicht frühzeitig löschte. Namentlich in England fürchtete man, daß Preußen, wo eben der energische Bismarck ans Ruder gelangt war, die Gelegenheit ergreifen könnte, den Kieler

Hafen zu erwerben. Diese Gefahr erschien so akut, daß Lord John Russell zu allgemeiner Ueberraschung plötzlich am 24. September mit einem Vermittelungs-Vorschlag hervortrat, in dem er sämtliche Forderungen Deutschlands für berechtigt erklärte und Dänemark dringend zum Nachgeben riet. Er forderte zunächst, daß Holstein und Lauenburg das erhielten, was der Bundestag verlangte. Ferner sollte Schleswig volle Autonomie bewilligt und ein Normal-Budget für die Gesamt-Monarchie auf die Dauer von 10 Jahren festgestellt werden. Außerordentliche Ausgaben für die Staatsbedürfnisse endlich sollten den Landtagen Dänemarks und der Herzogtümer vorgelegt werden.

Bevor diese Note in Kopenhagen überreicht wurde, suchte Russel die Zustimmung sämtlicher Großmächte dazu zu erwirken. Sie fand in der That die allgemeinste Billigung. In London erklärte der preußische Gesandte Graf Bernstorff unmittelbar, daß er die vier Punkte annähme. Auch Fürst Gortschakoff war bereit, sie sich vollständig anzueignen. „Je ferai plus dans cette affaire que je vous avais d'abord proposé," sagte er*). Graf Rechberg hatte erst einige Bedenken wegen der Einmischung des Auslandes in die holsteinischen Angelegenheiten, stimmte aber doch zu**). Die Vorschläge, welche nunmehr sämtliche Mächte im Sinne der Russell'schen Note in Kopenhagen machten, fanden dort jedoch keine günstige Aufnahme. Hall war keineswegs geneigt, in einer Angelegenheit, die er für eine interne dänische ansah, fremde Ratschläge zu berücksichtigen. Englands gutgemeinte Vorstellungen, die am 14. Oktober überreicht wurden, wies er bereits am folgenden Tage mit stolzer Entschiedenheit zurück, da ihre Befolgung eine Zerstückelung Dänemarcks bedeuten würde. Den deutschen Mächten erklärte Hall, daß von einer internationalen Verbindlichkeit zur Erfüllung der Abreden von 1851 und 1852 keine Rede sein könne. Er müsse vielmehr der dänischen Monarchie die souveräne Befugnis wahren, ihre inneren Angelegenheiten in voller Unabhängigkeit zu ordnen. Durch Interpretation einzelner Depeschen könne eine so wichtige Frage nicht entschieden werden. Dabei wies er auf die mangelnde Uebereinstimmung in der Auffassung der Höfe von Wien und Berlin hin, und betonte von neuem, daß Deutschland nicht das mindeste Recht habe, in die Verhältnisse Schleswigs, das ein dänisches Land sei, hineinzureden. Vergeblich kam Russell noch einmal auf seine

*) Depesche Reitzensteins d. d. 18. Oktober 1862.

**) Depesche des Gesandten von Stockhausen d. d. 2. November 1862.

früheren Vorschläge zurück, er wurde am 5. Januar abermals kurz abgewiesen. Nur die ablehnende Antwort nach St. Petersburg war in einem höflicheren Tone gehalten*).

Indessen war bei aller zur Schau getragenen Zuversicht die Stimmung in Kopenhagen doch sehr gedrückt. Die Regierung sah sich veranlaßt, das zu thun, was sie bis dahin entschieden verweigert hatte. Sie entschloß sich jetzt, den holsteinischen Ständen das gemeinsame Budget vorzulegen, um die Bewilligung der holsteinischen Quote zu erlangen. Auch der König Frederik hatte damals keineswegs die Absicht, alle Brücken der Verständigung hinter sich abzubrechen. Nur sollten die verfassungsmäßigen Rechte, die er seinen Unterthanen gewähren wollte, aus seiner eigenen Initiative hervorgehen, und nicht wie durch äußeren Druck erzwungen erscheinen. Gegen den Conseil-Präsidenten äußerte er: „Es sind zwei Dinge, die ich nicht will und zwei Dinge, die ich will: Was ich nicht will, ist: 1) die Rückkehr zum Absolutismus, denn mein Name ist mit der konstitutionellen Freiheit in Dänemark unauflöslich verbunden, und 2) die Inkorporierung Schleswigs. Ich habe versprochen, sie nicht vorzunehmen, und werde mein Wort halten, obgleich unsere Gegner die Voraussetzungen dieser Zusage nicht erfüllt haben. Was ich dagegen will, ist, daß Schleswig eine Verfassung auf liberaler Grundlage erhalte, und daß die holsteinischen Stände Steuern und Budget votieren sollen. Danach haben Sie sich zu richten**)."

Bei der Uebereinstimmung sämtlicher europäischen Mächte hätte Preußen eine günstige Gelegenheit gehabt, ohne jegliche Gefahr endlich einmal einen großen politischen Erfolg zu erzielen. Es brauchte nur am Bundestage darauf zu dringen, daß Dänemark kategorisch aufgefordert würde, binnen kurzer Frist zu erklären, ob es auf jener europäischen Basis verhandeln wolle oder nicht und im Weigerungsfalle sofort mit Exekution oder Krieg vorzuschreiten. Das Ministerium Bismarck würde, wenn es in dieser Sache thatkräftig als Vorfechter Deutschlands auftrat, unzweifelhaft einen großen moralischen Erfolg errungen haben, und der Widerstand im Innern würde stark erblichen sein. In der That scheint Bismarck einen Augenblick sich mit einem solchen Gedanken getragen zu

---

*) Vgl. über diese Episode v. Sybel, a. a. O. III. T. S. 104 ff.

**) Bericht des hanseatischen Ministerresidenten in Kopenhagen, Krüger, d. d. 17. November 1862.

haben*). Aber bei weiterer Ueberlegung kam er doch von diesem Plane zurück. Die schleswig-holsteinische Verfassungsfrage an und für sich war ihm höchst gleichgiltig. Sie sollte ihm nur der Anlaß sein, der im günstigen Augenblick zum Kriege führen konnte. Wie die Dinge aber jetzt lagen, schien ihm der Einsatz für den möglicherweise zu erhoffenden Gewinn zu hoch. Wenn Oesterreich nicht mitthat — und das war bei dem gespannten Verhältnis zum Wiener Hofe nur zu gewiß, — so konnte Preußen niemals darauf rechnen, gegen den Willen ganz Europas in Norddeutschland Gebietserwerbungen zu machen. Das einzige Resultat einer bewaffneten Aktion gegen Dänemark wäre also wahrscheinlich die Stärkung des Ansehens des deutschen Bundes gewesen, — und daran war Bismarck am allerwenigsten gelegen. „Es läßt sich nicht vorhersehen," schrieb er in dieser Zeit**), „welche Entwickelung den deutschen Bundesverhältnissen in der Zukunft beschieden ist. Solange sie annähernd dieselben bleiben wie bisher, kann ich es nicht für ein preußisches Interesse halten, einen Krieg zu führen, und im günstigsten Falle in Schleswig-Holstein einen neuen Großherzog einzusetzen, der aus Furcht vor preußischen Annexions-Gelüsten am Bunde gegen uns stimmt, und dessen Regierung ein bereitwilliges Objekt österreichischer Umtriebe sein würde, ungeachtet aller Dankbarkeit, die er Preußen für seine Erhebung schulden möchte."

Bei dieser Sachlage blieb den deutschen Großmächten nichts anderes übrig, als sich möglichst glimpflich wieder aus der Affaire herauszuziehen, — und dazu war ihnen der vielgeschmähte Bund gut genug. Sie teilten also in Frankfurt mit, daß sie sich von der Fortsetzung des Schriftwechsels keinen Erfolg versprechen könnten, und Oesterreich gab anheim, auf der Basis der Russell'schen vier Punkte die Geneigtheit zu einem Ausgleich mit Dänemark zu erklären***). Die Ausschüsse vermochten jedoch aus diesen Vorschlägen einen Beschluß nicht zu formulieren. Die hannoversche Regierung sprach sich vielmehr energisch dagegen aus, daß die Thätigkeit des

---

*) „Ich weiß aus vertrauter, durchaus sicherer Quelle, daß Bismarck den Plan hegt, Dänemark ein Ultimatum zu stellen auf Erfüllung der Verabredungen von 1851/52 und darauf sogleich den Krieg folgen zu lassen, um sich auf diese Weise Luft in den inneren Fragen zu schaffen. Offiziell äußert sich der Diplomat ganz lau". (Großherzog Peter von Oldenburg an den König von Hannover d. d. 4. Dezember 1862.)

**) Sybel a. a. O. III. T. S. 119.

***) Instruktion des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten Graf Ingelheim in Hannover d. d. 13. Dezember 1862.

Bundestages darin bestehen sollte, sich die Auffassung der außerdeutschen Großmächte anzueignen. Dadurch könne nach ihrer Ansicht die Stellung des Bundestages und der Herzogtümer nur schwer benachteiligt werden. Sie riet daher, unmittelbar auf die angedrohte Exekution zurückzugehen*). Von einer solchen aber wollte man in Berlin vorläufig nichts wissen. Die ganze Angelegenheit wäre also unrettbar der Versumpfung anheim gefallen, wenn nicht später — im Frühjahr 1863 — die herausfordernde Haltung Dänemarks die fast erkaltete Sympathie Deutschlands für die mit Füßen getretenen Rechte der Herzogtümer wieder erweckt hätte.

Bei der immer mehr hervortretenden Tendenz Bismarcks, jede weitere Entwickelung der Bundesverfassung zu hintertreiben, mußte der österreichische Versuch, sie durch Beigabe einer Volksvertretung auszubauen (vgl. o. 1. Abt. S. 473 ff.), resultatlos im Sande verlaufen. Auch der Beschluß einer zahlreichen großdeutschen Partei-Versammlung, die am 28. Oktober in Frankfurt a. M. tagte und sich einstimmig für das Projekt einer Zuziehung von Delegierten deutscher Stände-Versammlungen aussprach, konnte an diesem Ausgange nichts ändern. In Wien wußte man vielmehr ganz genau, daß Preußen fest entschlossen war, mit aller Energie gegen den Antrag vom 14. August vorzugehen. Anfänglich waren die diplomatischen Noten Bismarcks dem Grafen Rechberg in einem bessern Geiste abgefaßt erschienen, als die des „hochmütigen, aber hohlen“ Bernstorff**). Auch das rücksichtlose schroffe Auftreten Preußens in der kurhessischen Angelegenheit hielt er für eine der gewöhnlichen Berliner Rodomontaden, für ein Säbelgerassel, das man nicht ernst zu nehmen brauchte***).

Allein wenige Tage später klangen die Erlasse Bismarcks schon aus einer ganz anderen Tonart. Am 4. Dezember hatte der betreffende Ausschuß in Frankfurt einen empfehlenden Bericht über den Wiener Antrag fertiggestellt, dem auch der preußische Gesandte von Usedom zugestimmt zu haben scheint. Damit war Bismarck im höchsten Grade unzufrieden, und man erfuhr bald, daß in Berlin ein scharfes Separatvotum vorbereitet werde, welches sich im entgegengesetzten Sinne aussprach. Gleichzeitig verbreitete das „Frankfurter Journal“ die Nachricht, daß Herr von Bismarck-Schönhausen sich bemühe, das österreichische Gouvernement zu einer Teilung Deutschlands nach der Mainlinie und

*) Erlaß des Grafen Platen an den Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 13. März 1863.

**) Depesche Stockhausens d. d. 5. November 1862.

***) Depesche Stockhausens d. d. 3. Dezember 1862.

zu einem alternierenden Bundespräsidium zu bewegen. Graf Rechberg, den Herr von Stockhausen am 11. Dezember über diese Angelegenheit befragte, wollte von formellen Propositionen dieser Art nichts wissen. Er gab aber zu, daß der preußische Minister in der Konversation Ideen noch ganz anderer fremdartiger Natur äußere: „Seine heutige Sprache sei nicht weniger schlecht, wie 1859, wo er jedem, der es habe hören wollen, gesagt habe, es wäre jetzt der Moment, nicht Oesterreich zu Hilfe zu eilen, sondern ihm den Gnadenstoß zu versetzen". Und doch war die Zeitungsnachricht nur zu begründet gewesen. Wenige Tage später mußte Graf Rechberg zugeben, daß Bismarck in seinen Besprechungen mit dem Grafen Karolyi in der That hinsichtlich seiner äußeren Politik Ansichten entwickelt habe, die ganz einfach dem reinsten „Cavourismus" gleichkämen. Er habe nichts weniger wie die Leitung der deutschen Angelegenheiten, vorzüglich die Direktion Norddeutschlands, und zwar über die Mainlinie hinaus, gefordert. Und dabei behauptete er, nur zu verlangen, was Preußen schon zur Zeit des Fürsten Metternich konzediert gewesen wäre. „Zu dieser Zeit ließ uns das kaiserliche Kabinett in Deutschland machen, was wir wollten, und erhielt als Preis seiner Enthaltung unsere Unterstützung in den europäischen Fragen." — „Herr von Bismarck findet es merkwürdig," sagte Graf Rechberg, „daß wir die natürliche und legitime Herstellung des damaligen status quo nicht bewilligen wollen. Er rät uns ganz ernsthaft, unsern Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen. Ja, er hat die Stirn uns aufzufordern, daß wir dem, was ihm beliebt, unsere Intriguen zu nennen, ein Ziel setzen und aufhören sollen, die deutschen Höfe gegen Preußen aufzuhetzen."

Am 15. Dezember stellte Werther denn auch im Auftrage Bismarcks, gemäß einer Depesche, von der er keine Abschrift hinterlassen durfte, die kategorische Forderung, daß Oesterreich die Propositionen vom August am Bunde zurückziehe und drohte, falls dies nicht geschehe, mit der Abberufung des Bevollmächtigten aus Frankfurt. Und, als der österreichische Minister alle diese Insinuationen energisch zurückwies und erklärte, daß er von Preußen nichts weiter verlangte, als die Aufrechterhaltung des Rechts und die Achtung vor den Verträgen, beklagte sich Bismarck, nur eine ausweichende Antwort erhalten zu haben*).

*) Vertrauliche Immediat-Berichte Stockhausens an den König d. d. 14. und 15. Dezember 1862 und Depesche desselben d. d. 18. Dezember 1862. Die Behauptung Sybel's (II. T. S. 449), daß Bismarck „in dem gelassenen Tone, in welchem

In Hannover blickte man mit äußerster Besorgnis auf diese täglich zunehmende Spannung. Deutschland befand sich offenbar in einer bösen Alternative. Entweder Bismarck blieb in seiner Stellung, dann war der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen unvermeidlich; oder er wurde gestürzt, dann kam in Berlin die Fortschrittspartei ans Ruder und es folgte die Revolution. Die Ersetzung des preußischen Bundestags=Gesandten von Usedom durch Herrn von Sydow, die in diesen kritischen Tagen erfolgte, vermehrte die unbehagliche Stimmung. Man befürchtete allgemein, daß letzterer als „Sturmvogel" nach Frankfurt ginge, und glaubte, daß die beantragte Einberufung der Delegierten=Versammlung nur den Vorwand zu einem Konflikte abgeben sollte*).

Dem Fortgang dieser Verhandlungen sah man daher mit nicht geringer Spannung entgegen. Am 18. Dezember legte der Ausschuß seinen Bericht der Bundesversammlung vor. Die Mehrheit sprach sich in sehr entschiedenem Tone zu Gunsten des Antrages aus. Sie hielt die Berufung einer Delegierten=Versammlung, der die Gesetzentwürfe über Civilprozeß= und Obligationen=Recht vorgelegt werden sollten, für entschieden rätlich. Zwar erkannte sie in diesen Anträgen noch keine unmittelbare Bundesreform, aber eine solche wurde ihrer Meinung nach dadurch angebahnt. Die Majorität glaubte, daß diese Maßregel, welche zunächst auf zwei bestimmte Fälle beschränkt sein sollte, sehr wohl bei ähnlichen Gelegenheiten wiederholt und so zu einer dauernden organischen Einrichtung ausgebildet werden könnte. Denn der Kern derselben sei der repräsentative Gedanke, anknüpfend an die bestehenden ständischen Körper in den Bundesstaaten, „also an lebendige, rechtlich und thatsächlich wirksame Kräfte, welche sich dem aus ihnen hervorgehenden gemeinsamen Organe mitteilen, dasselbe tragen und mit sich selbst in belebender Wechselwirkung erhalten werden". „Die Eigentümlichkeit des deutschen Nationallebens", so heißt es in dem Ausschußbericht, „ist reiche Entfaltung der Individualität der Stämme, das Widerstreben gegen uniformierende Centralisation, und diese Eigentümlichkeit fordert bei jeder Reform des Bundes vorzugsweise Beachtung, da sie zur Klippe werden kann, an welcher alle

---

ein Geschichtsschreiber die Ereignisse alter Zeiten berichtet, dem Grafen Karolyi die Geschichte der deutschen Zukunft erzählt habe," findet wenigstens in den obigen Aktenstücken keine Bestätigung.

*) Depesche Reitzensteins d. d. 13. Dezember 1862.

Reformbestrebungen scheitern*)." Die Ausschuß-Mehrheit beantragte daher einen Beschluß, wonach der Bund die Einberufung einer solchen Versammlung für rätlich erklären und den Ausschuß beauftragen sollte, sofort nähere Vorschläge über deren Zusammensetzung und Einberufung zu machen.

Diesem Antrage trat der preußische Bundestags-Gesandte mit der Behauptung entgegen, „daß der Bund sich erst mit Stimmen-Einhelligkeit schlüssig gemacht haben müsse, ehe er eine solche Initiative seinerseits ergreifen könne". Ein Majoritätszwang hierzu gegen das Votum einer Minorität sei dem Geiste und dem Wortlaut der Bundesgesetze völlig zuwider. Es sei ein Novum und bedeute eine Ueberschreitung seiner Kompetenz, wenn der Bund mit Delegationen und Kommissionen vorgehe, um das eigentliche Objekt, die Civil-Prozeßordnung u. s. w. als „gemeinnützige Anordnung" im Sinne des § 64 der Wiener Schlußakte den Bundesregierungen zur freien Vereinbarung vorzuschlagen. Denn gerade für solche „gemeinnützige Anordnungen", die außerhalb des eigentlichen Bundeszwecks lägen, wäre Stimmeneinhelligkeit vorgeschrieben. Es müßte also eine Vereinbarung unter sämtlichen Bundesgliedern vorausgehen, ehe eine bundesgeschäftliche Beratung der Vorschläge eintreten könne. Nicht einmal die politische Zweckmäßigkeit der Anträge wollte der Gesandte anerkennen. Sie beträfen nicht etwa nur ein untergeordnetes Gebiet politischer und staatlicher Thätigkeit, sondern Gegenstände von der höchsten Wichtigkeit, sagte er. Der Bund würde nach Einführung des neuen Organismus ein ganz anderer werden als bisher. „Der Bundestag nebst den Delegierten würde den Anspruch erheben, die ganze Nation zu umfassen und darzustellen, während dessenungeachtet ein sehr großer, vielleicht der größere, in der Minorität repräsentierte Teil noch außerhalb derselben stände. Endlich sprach er noch sein Befremden darüber aus, daß die Mehrheit des Ausschusses über den präjudiziellen Einwand einer der beiden Großmächte durch formelle Fortsetzung des Majoritätsverfahrens ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen sei. Deshalb glaubte der Gesandte, „den Ausdruck der Besorgnis nicht zurückhalten zu sollen, daß die Fortsetzung des oben vorausgesetzten Verfahrens zu einem Punkte führen könne, wo die dissentierende Regierung außer stand

*) Vortrag des Ausschusses für Errichtung eines Bundesgerichts, die Zusammensetzung einer aus den einzelnen deutschen Ständekammern durch Delegationen hervorgehenden Versammlung, zunächst zur Beratung der Gesetzentwürfe über Civil- und Obligationenrecht betr. S. 9. (Verteilt am 17. Dezember 1862.)

gesetzt würde, in einer in Widerspruch mit den Bundesgesetzen verfahrenden Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung sie sich beteiligt hat."

Diese Erklärung, der sich der badische Bevollmächtigte im wesentlichen anschloß, rief begreiflicherweise die größte Sensation hervor. Es wurden aber von keiner Seite Bemerkungen zu den Vorträgen gemacht und beschlossen, daß die Abstimmung in fünf Wochen, am 22. Januar, stattfinden sollte.

In der Zwischenzeit schwebte die hannoversche Regierung zwischen Furcht und Hoffnung. Den Vorschlägen zur Vervollkommnung der Institutionen des Bundes hatte der König mit Freuden zugestimmt. Allein er war nicht gewillt, auf die Gefahr einer gewaltsamen Sprengung desselben hin daran festzuhalten, und gab dies in Wien zu erkennen. Dazu hielt er sich umsomehr berechtigt, weil Hannover in dem betreffenden Ausschuß nicht vertreten gewesen war. Durch dessen Abfall von der gemeinsamen Sache aber sah sich Graf Rechberg auf das Unangenehmste enttäuscht. Erst vor wenigen Tagen hatte er die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Oesterreich eintretendenfalls auf alle seine Alliierten zählen könne, und daß man deshalb sich wegen der Drohungen Preußens keine Sorge zu machen brauche*). Die Bedenken Hannovers gegen das Majoritätsgutachten erfüllten ihn daher mit ernsten Besorgnissen. Unverzüglich beauftragte er den Grafen Ingelheim, Platen eindringliche Vorstellungen zu machen, damit Hannover bei der Abstimmung dem Ausschußgutachten nicht entgegenträte. In einer Depesche, die der Gesandte jedoch nicht aus den Händen geben durfte, betonte er, daß er es „um der höchst ungünstigen Folgen willen" aufs tiefste beklagen würde, wenn der Ausschuß von den Regierungen, deren Anträge er befürwortet habe, gleichsam im Stiche gelassen würde! „Das Veto Preußens," so heißt es in dem Erlaß weiter, „hindert natürlich jeden definitiven Schritt in der Reform-Frage; aber ich würde es für einen sehr gefährlichen Schritt halten, wenn Hannover es förmlich darauf anlegen sollte, sobald als möglich von dem Mangel der nötigen Stimmen-Einhelligkeit Akt zu nehmen, und sich dadurch der unbequemen Anträge auf Bundesreform wieder zu entledigen. Ist einmal konstatiert, daß die Entwicklungsfähigkeit keine Wahrheit ist, so wird dies wahrlich nicht einen

*) Depesche Stockhausens d. d. 18. Dezember 1862.

Triumph des bestehenden Rechts über die destruktiven Tendenzen der Zeit, sondern eher einen Triumph der letzteren über die erstere bedeuten*)."

Nun war die Verlegenheit groß und sie stieg noch, als man fast gleichzeitig aus Berlin und Wien erfuhr, daß Preußen beabsichtigte, eintretendenfalls Hannover und Kurhessen zu besetzen**). Wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit das Land einer solchen Gefahr auszusetzen, wäre offenbarer Wahnsinn gewesen. Man beschloß daher auf dem neuerdings eingenommenen Standpunkt zu beharren, und Zimmermann wurde nach Hannover beschieden, um eine Note zu entwerfen, welche die österreichischen Rekriminationen energisch zurückweisen sollte. Dem gewandten Manne war es nicht schwer, die Absage staatsrechtlich zu begründen. Er wies darauf hin, daß das Majoritäts-Gutachten den Verabredungen der Wiener Konferenzen direkt widerspräche. Dort habe das Kaiserliche Kabinett selbst erklärt, daß Stimmen-Einhelligkeit für Durchführung der Reformen erforderlich sei. Es sei niemals davon die Rede gewesen, daß eine Delegiertenversammlung gegen den Dissens Preußens, wenn auch nur provisorisch, ins Leben gerufen werden könne. Nur durch freie Vereinbarung der Bundesglieder dürften vielmehr gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen der Wirksamkeit des Bundes übertragen werden, und in diesem Sinne erhielt Stockhausen am 14. Januar Instruktion, sich gegen den Grafen Rechberg vertraulich auszusprechen.

Auch materiell schien Zimmermann jetzt die ganze vorgeschlagene Einrichtung anfechtbar zu sein. Die deutschen Landstände besaßen nach seiner Ansicht gar keinen Anteil an der Wirksamkeit des Bundes, denn dessen Verfassung kannte nur eine Teilnahme der Regierungen. Nur durch einen besonderen Beschluß konnte daher dies Grundprinzip abgeändert werden.

Inzwischen hatte der Federstreit zwischen Wien und Berlin seinen Fortgang, und in Hannover war man fest davon überzeugt, daß der Ausbruch des Krieges nahe vor der Thür stand***). Rechberg war im höchsten Grade entrüstet über die Indiskretion des Journals „Europa"

*) Vertrauliche Depesche des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim d. d. 21. Dezember 1862.

**) Depeschen Reitzensteins d. d. 4. Jan. und Stockhausens d. d. 5. Januar 1863.

***) „Bismarck wirft die Maske ab. Es läßt sich deshalb vermuten, daß er mit Frankreich einig ist. Wir gehen einer schweren Zeit entgegen, aus der nur die Souveräne siegreich hervorgehen können, die sich auf ihr Volk stützen können." (Graf Platen an den Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 19. Dezember 1862.)

und des „Nürnberger Korrespondenten", welche einen Bericht über die Gespräche Bismarck's mit Karolyi brachten, der dann auch in der „Wiener Zeit" und der „Ostdeutschen Post" abgedruckt wurde. Er zweifelte keinen Augenblick, daß der preußische Minister diese Veröffentlichungen veranlaßt habe, „um Oesterreichs Bundesgenossen zu intimidieren*)." Ein offiziöser Artikel der „National-Zeitung" vom 7. Januar, der offenbar Oesterreich im voraus die Schuld beimessen sollte, wenn keine Verständigung erreicht würde, bestätigte diese Vermutung. Auch eine Unterhaltung Bismarck's mit dem in außerordentlicher Mission nach Berlin entsandten Grafen Thun brachte keine Aenderung in der Situation hervor. Er verlangte, daß das Kaiserliche Kabinett sich verpflichten sollte, das Delegierten-Projekt auch dann nicht ins Leben zu rufen, wenn es bei der Abstimmung die Majorität erhielte**). Gegen den Großherzog von Mecklenburg gab Bismarck später zu, daß er sich in seiner Erregung zu den heftigen Aeußerungen habe hinreißen lassen, aber er erklärte bestimmt, daß er die Koalition der vier Königreiche nicht dulden und sich eventuell mit der Abberufung des Bundestags-Gesandten nicht begnügen würde***). Am 14. Januar 1863 setzte er sodann die deutschen Gesandtschaften amtlich von seinen Gesprächen mit Karolyi in Kenntnis. Der Eindruck war ein gewaltiger. Der hessen-darmstädtische Minister Dalwigk war zwei Tage lang völlig konsterniert. Er sprach immer von der Notwendigkeit, daß österreichische Truppen die Besatzung von Mainz verstärkten. Der Württemberger Hügel dagegen nahm die Sache weniger tragisch. Er meinte vielmehr, Bismarck habe Rechberg einen großen Dienst erwiesen; denn „er fabriziere das Schießpulver, welches dieser bedürfe, um periodisch Schreckschüsse über Deutschland abzufeuern und die Konföderirten dadurch zusammenzuhalten†)."

Graf Rechberg war von der Unzuverlässigkeit der hannoverschen Regierung wenig erbaut. Er unterbrach Stockhausen bei der Vorlesung des Exposés vom 14. Januar wiederholt, um die Behauptung zu widerlegen, daß Oesterreich den Standpunkt der Wiener Beratungen verlassen habe. Wenn aber jetzt die königliche Regierung so weit ginge,

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 5. Januar 1863. Hiernach ist die Angabe Sybel's (II. T. S. 449 Anmerkung) zu berichtigen, der ohne jeden ersichtlichen Grund Oesterreich für diese Indiskretionen verantwortlich macht.

**) Bericht Stockhausens d. d. 13. Januar 1863.

***) Depesche Reitzensteins d. d. 10. Januar 1863.

†) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 18. Januar 1863.

Preußen ein Recht des Widerspruches gegen jeden auch nur geschäftsleitenden oder vermittelnden Mehrheitsbeschluß einzuräumen, sagte er, so hätte sie konsequenterweise auch nicht am 14. August in die Ueberweisung des Kollektiv-Antrages an den Ausschuß willigen dürfen, da Preußen schon damals erklärt hätte, daß es demselben von vornherein seine Zustimmung versage*).

Mit leicht begreiflicher Besorgnis sah man daher in Hannover der Abstimmung am 22. Januar entgegen. Um so größer war die Ueberraschung, als Prinz Ysenburg dem Grafen Platen am 14. Januar eröffnete, die Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen seien so gut wie beseitigt. Bismarck habe sogar niemals die Absicht gehabt, gegen die Würzburger Verbündeten aggressiv vorzugehen**). Ein gleichzeitiger Bericht Stockhausen's gab den Schlüssel zu dieser unerwarteten Wendung. Man hatte in Berlin auf die wenigstens schweigende Zustimmung Frankreichs gerechnet. Nun erklärte der französische Gesandte in Wien, Herzog von Gramont, plötzlich, daß, wenn ein sogenanntes Kleindeutschland unter der Aegide Preußens aus diesen Verwickelungen hervorginge, der Kaiser nicht unbeteiligter Zuschauer bleiben könne; denn der Deutsche Bund, wie er jetzt bestände, wäre eine europäische Macht, die man anerkannt habe***).

Bei dieser Sachlage war es ein großes Glück für Preußen, daß die Rätlichkeit des Delegierten-Projekts am 22. Januar mit neun gegen sieben Stimmen verneint wurde†). Der zweite Punkt des Ausschußgutachtens kam also gar nicht zur Verhandlung. Rechberg dagegen war über den kläglichen Ausgang der von ihm inscenierten großen Aktion sehr erzürnt. Oesterreich und Bayern hatten die Absicht gehabt, für die Bundesreform den schweren Weg der verfassungsmäßigen Stimmen-Einhelligkeit zu umgehen, und nun war man, als es ernst wurde, im letzten Augenblicke selbst in München schwankend geworden. Diplomatische Berichte sprachen von dem tiefen Eindruck, den die drohenden Aeußerungen Bismarck's und die militärischen Demonstrationen Preußens dort hervorgerufen hatten††). Der österreichische Minister äußerte sich daher über Bayern fast noch

*) Depeschen Stockhausens d. d. 18. und 22. Januar 1863.

**) Graf Platen an den Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 14. Januar 1863.

***) Depesche Stockhausens d. d. 15. Januar 1863.

†) Dafür stimmten: Oesterreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover und die beiden Hessen, dagegen Preußen, Baden, Dänemark, die Niederlande, die großherzoglichen und herzoglichen sächsischen Häuser und die 15., 16. und 17. Curie.

††) Depesche des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. 9. Januar 1863.

irritierter als über Preußen. „Von diesem erstaunt uns nichts,“ meinte er, „aber was wir nicht erwartet haben, ist, daß Bayern unserer Erklärung nicht zugestimmt hat. Darin erkenne ich die fatale Unentschlossenheit des König Max*).“ Aber er war durchaus nicht gewillt, auf ein entschlossenes Vorgehen in der deutschen Frage zu verzichten. „Wir müssen uns von neuem darüber verständigen, was wir thun sollen,“ sagte er zu dem hannoverschen Gesandten von Stockhausen. „Unser Zweck ist, zunächst Preußen seine jüngste Politik aufgeben zu machen, es zu zwingen, mit uns auf legalem Wege zu gehen, und wenn das nicht gelingt, uns über die ‚Widerstandsmittel‘ zu verständigen.“ Dazu schien ihm eine enge Vereinigung derjenigen Staaten, welche die vier letzten Armeekorps stellten, dringend notwendig. Aber das kaiserliche Kabinett zauderte dennoch, seinen Alliierten neue Vorschläge in der Bundesreformfrage zu machen, weil es fürchtete, keine genügende Anzahl von Zustimmungen zu erhalten**). Rechberg mußte sich daher vorläufig darauf beschränken, an den deutschen Höfen den Haß gegen Preußen nach Kräften zu schüren. In einer vertraulichen Cirkular-Depesche vom 28. Februar wies er die Anklagen eines durch die öffentlichen Blätter bekannt gewordenen Rundschreibens der preußischen Regierung, über die Abstimmung in Frankfurt vom 22. Januar energisch zurück. Mit äußerst scharfen Worten wandte er sich gegen die Beschwerde über das, was man in Berlin „Unsere Rücksichtslosigkeit“ genannt habe. „Wenn unser erhabener Monarch,“ so sagt er, „eine Stellung nicht opfert, die aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangen, geheiligt durch die Verträge, Seiner Krone von Rechts wegen gebührt und der Macht und Größe Seines Hauses und Reiches entspricht, so verletzt Oesterreich eine Rücksicht, die es dem verbündeten Preußen schuldig ist! Wenn der kaiserliche Hof der Politik Preußens nicht zur Befriedigung von Ansprüchen verhilft, die auf keinem Rechtstitel beruhen, so setzt Oesterreich abermals die Rücksichten außer Augen, die der anderen deutschen Großmacht gebühren! Verlangt man von uns, daß wir in Hannover und Kassel Gesandte unterhalten, um in Fragen, wo der Standpunkt der beiden deutschen Großmächte verschieden ist, nicht für uns, sondern für Preußen zu ar-

*) Depesche Stockhausens d. d. 26. Januar 1863.

**) „A Stuttgart, à Darmstadt et à Dresde on est impatient, M. de Beust surtout nous pousse en avant, tandis qu'on se montre tiède chez vous à Hanovre et complètement froid à Munich“ äußerte Graf Rechberg gegen den Gesandten von Stockhausen. (Depesche Stockhausens d. d. 12. Februar 1863.)

beiten? Beklagen wir uns über Preußens Einfluß in Karlsruhe? Einfluß und Vertrauen, sind dies überhaupt Dinge, über die man nach Willkür schalten und walten, die man nach Belieben einschränken, abgrenzen und an Andere übertragen kann?" —

„Wir freuen uns des Anlasses, laut und energisch gegen diese Beschuldigungen zu protestieren. Wenn man uns von Berlin aus die Alternative stellt, entweder uns aus Deutschland zurückzuziehen, den Schwerpunkt unserer Monarchie — wie der preußische Minister meinte — nach Ofen zu verlegen, oder im nächsten europäischen Konflikte Preußen auf der Seite unserer Gegner zu finden, so wird die öffentliche Meinung Deutschlands über solche Gesinnungen urteilen, die Ereignisse werden sie richten, wenn sie je zur That werden sollten!"

Und doch hatte zur Zeit dieses zornigen Erlasses die Krisis ihren Höhepunkt bereits überschritten. Bismarck hatte aus dem Verlauf der Bundesreform-Angelegenheit die Lehre geschöpft, daß er, ohne des Beistandes einer europäischen Großmacht sicher zu sein, das ungeheure Wagnis, die deutsche Frage mit Waffengewalt zu lösen, nicht unternehmen durfte, daß er die Ausführung seiner geheimen Pläne bis zu einem gelegeneren Zeitpunkte verschieben mußte. Daher suchte er in den nächsten Monaten das alte freundschaftliche Verhältnis zu den norddeutschen Nachbarstaaten wieder herzustellen. Der Staatssekretär von Thiele erhielt den Auftrag, sich den deutschen Gesandten gegenüber über die Politik des Ministeriums in der beruhigendsten Weise auszusprechen. Alle Befürchtungen, welche in Bezug auf die Absichten Preußens gehegt wurden, erklärte er für unbegründet, und, so fügte er hinzu, „die Person des Königs Wilhelm bürge jedenfalls für die Lauterkeit der Politik der Regierung*)." Wenige Tage später versicherte er Reitzenstein, daß die Beziehungen zu Oesterreich sich auf das Freundschaftlichste gestaltet hätten. „Wir werden uns im Angesicht Europas umarmen," sagte er.

Bismarck selbst, der den hannoverschen Gesandten seit Monaten nicht empfangen hatte, forderte ihn jetzt in der liebenswürdigsten Weise auf, ihn ohne Scheu aufzusuchen, wenn er irgend ein Anliegen hätte. Er ließ ihn sogar eigens zu sich bitten, um ihm mitzuteilen, daß Preußen einen Vertrag mit Belgien wegen des Scheldezolls geschlossen habe, und behauptete, bei diesem Akt besondere Rücksichten auf Hannover genommen

*) Depesche Reitzensteins d. d. 13. März 1863.

zu haben, — obgleich auf dieses mehr wie die Hälfte der Ablösungssumme fiel, die Preußen bezahlen mußte*).

In der That aber wurden die handelspolitischen Beziehungen durch die veränderte Sachlage günstig beeinflußt. Der Geheime Legationsrat Philippsborn erklärte sich jetzt bereit, die Hälfte des Präcipuums zu garantieren, wenn Hannover dem französischen Vertrage beiträte**). Allein der Regierung schien das Angebot nicht genügend, um durch frühzeitiges Verlassen ihrer zuwartenden Stellung auf ihre süddeutschen Zollverbündeten einen Druck auszuüben, und sie vermochte auch Kurhessen, sich ihrer Auffassung anzuschließen. Sie machte jedoch darauf aufmerksam, daß sie im Interesse des eigenen Landes das Angebot des vollen Präcipuums nicht würde ablehnen dürfen. Deshalb gab sie den süddeutschen Staaten, namentlich Bayern, anheim, wenn sie gleichfalls in den neuen Zollverein mit Preußen treten wollten, sich Hannover gegenüber zur Gewährung der früheren Entschädigung zu verpflichten und ihren Eintritt an die Erfüllung dieser Bedingung zu knüpfen. Gleichzeitig versuchte Oesterreich, Hannover für seine eigene Aufnahme in den Zollverein zu gewinnen, allein diese Lockung verfing nicht, denn von Wien kamen statt fester Zusicherungen nur schöne Worte***).

Daß die entgegenkommende Haltung Preußens nur den Zweck hatte, die anderen deutschen Bundesstaaten solange in Sicherheit zu wiegen, bis es gelang, für die Durchführung der im Stillen gehegten Umsturzpläne einen Verbündeten zu gewinnen, läßt sich kaum bezweifeln. Und dafür bot sich gerade damals eine günstige Gelegenheit. Ende Januar 1863, fast gleichzeitig mit der Abstimmung in Frankfurt, brach in Polen ziemlich unerwartet ein Aufstand aus. Bismarck selbst war längst von der hohen Bedeutung überzeugt, welche die Haltung Rußlands für Preußens deutsche Zukunft haben mußte. „Es lag aber damals auf der Hand, daß die preußische Politik in deutscher Richtung von Oesterreich keine Unterstützung zu erwarten hatte†).“ Auf die erste Nachricht von dem heimtückischen Ueberfall russischer Garnisonen und der Ansammlung bewaffneter Banden in den polnischen Wäldern erhielt daher der General von Alvensleben

*) Depesche Reitzensteins d. d. 28. März 1863. Nach dem am 16. Juli 1863 unterzeichneten Vertrage mußte Preußen 1 670 640 Francs, Hannover 948 720 Francs bezahlen.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 26. Januar 1863.

***) Graf Platen an Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 17. Februar 1863.

†) Vgl. „Gedanken und Erinnerungen“ a. a. O. I. T. S. 307 ff.

Auftrag, sich mit einem eigenhändigen Briefe des Königs Wilhelm an den Kaiser Alexander nach St. Petersburg zu begeben. Dort sollte er seiner Instruktion gemäß betonen, daß nach der Auffassung Preußens die Interessen beider Regierungen durch jede polnische Schilderhebung gleichzeitig bedroht wären und daß eine solche ebensosehr die Sicherheit der benachbarten königlichen Provinzen als diejenige der westlichen Gouvernements des Kaiserreichs gefährdete. „Unserer Ansicht nach ist demnach die Stellung beider Höfe der polnischen Revolution gegenüber sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, die von einem gemeinsamen Feinde bedroht werden*).“ Der Zar war von dieser freundschaftlichen Eröffnung aufs angenehmste überrascht. Auf seinen Befehl machte Fürst Gortschakoff den Vorschlag, die erforderlichen gemeinsamen Maßregeln in einer Konvention niederzulegen. Nichts konnte Bismarck erwünschter sein. Schon am 8. Februar unterzeichnete der russische Staatskanzler mit dem General von Alvensleben einen Vertrag, wonach auf Ersuchen des preußischen oder russischen Oberbefehlshabers oder der Grenzbehörden die beiderseitigen Truppenführer bevollmächtigt werden sollten, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, ja sogar nötigenfalls zur Verfolgung der Rebellen die Grenze zu überschreiten. In einem geheimen Artikel versprach Gortschakoff noch, dem preußischen Befehlshaber jede ihm zukommende Notiz über politische Umtriebe in Posen mitzuteilen. Des Beistandes Preußens sicher, beschloß die russische Regierung schon am folgenden Tage (9. Februar), den Aufstand mit aller Energie zu unterdrücken**), und ihr Alliierter zog vier kriegsbereite Armee-Corps an der polnischen Grenze zusammen.

Der Erfolg der Konvention war jedoch ein ganz anderer, als Bismarck gedacht hatte. Ihr Inhalt wurde bald bekannt und rief im Lager der Westmächte eine gewaltige Entrüstung hervor. In Frankreich verlangte die öffentliche Meinung ein energisches Einschreiten zu Gunsten Polens. Der Herzog von Gramont bezeichnete gegen den hannoverschen Gesandten in Wien die Allianz als eine „monströse“, als eine solche, die für den Frieden höchst gefährlich sei. Und als Stockhausen gegen diesen Ausdruck als zu stark remonstrierte, wiederholte er: „Je maintiens le mot et je trouve, qu'on ne saurait trop en vouloir à Mr. de Bismarck à qui en revient la responsabilité. Il sait qu'on veut rester tranquille, du moins pour le moment; c'est donc impardonnable de sa

*) Sybel a. a. O. II. S. 490.

**) Vertrauliche Depesche Reitzensteins d. d. 7. Mai 1863.

part que de venir compromettre ainsi le repos de l'Europe*)."
So war denn Bismarck als der allgemeine Friedensstörer Europas hingestellt, gegen dessen Versuch, die preußische Großmacht zu dokumentieren, man nicht energisch genug einschreiten konnte. Der französische Minister Drouyn de Lhuys entwarf daher eine identische Note, wodurch Frankreich, England und Oesterreich Preußen ihr Mißfallen über die Konvention aussprechen und deren baldige Kündigung empfehlen sollten. Allein Lord John Russell wollte sich an einem so gefährlichen Schritt nicht beteiligen. Auch Oesterreich verweigerte — zum Glück für Preußen — seine Unterschrift, und Bismarck hatte wahrlich allen Grund, dem Grafen Karolyi seinen besonderen Dank dafür auszusprechen**).

Auch im Innern erhob sich heftiger Widerspruch gegen Bismarck's polenfeindliche Haltung. Die Mehrzahl der Abgeordneten war der Ansicht, daß der übermütige Junker durch seine tolldreiste Politik das Land in einen großen europäischen Krieg hinein triebe. Drei Tage wurde in den Debatten mit der größten Leidenschaftlichkeit gestritten. Von beiden Seiten fielen harte Worte. Einmal warf Bismarck dem Abgeordneten von Unruh vor, er sei einer der Steuerverweigerer von 1848, und als er wegen dieser Aeußerung zur Ordnung gerufen werden sollte, erklärte er, der Präsident wäre dazu nicht berechtigt, denn er stände da im Namen des Königs***). Ueber den Inhalt der Konvention verweigerte er jedoch jede Auskunft, während das Haus mit überwältigender Mehrheit sich dahin aussprach, daß Preußens Wohl während der polnischen Kämpfe eine strenge Neutralität erfordere.

Uebrigens waren die Besorgnisse wegen Bismarck's herausfordernder Haltung durchaus nicht unbegründet. Ihn selbst bedrückte die isolierte Lage Preußens schwer. Denn nun unternahm es England, eine gemeinsame Pression auf Rußland auszuüben, um es auf Grund der Vereinbarungen von 1815 zur Erfüllung seiner Verheißungen an Polen zu zwingen, und in Paris schloß man sich diesem Schritte bereitwillig an. Wenn also Oesterreich sich von den Westmächten über die Grenzen einer diplomatischen Aktion hinausziehen ließ, so lief Preußen Gefahr, den ersten Stoß der Alliierten allein aushalten zu müssen. Zwar mobili-

*) Depesche des Gesandten von Stockhausen d. d. 26. Februar 1863.
**) Depesche Reitzensteins d. d. 6. März 1863.
***) Depesche Reitzensteins d. d. 26. Februar 1863.

sierte Rußland jetzt seine ganze Armee und setzte die Seefestung Kronstadt in Verteidigungszustand, allein es mußten doch Monate vergehen, ehe es an seiner Westgrenze irgendwie nennenswerte Streitkräfte versammeln konnte. Im März und April hatte man daher in Berlin das Gefühl, daß man nur knapp an der Gefahr eines Krieges mit Frankreich vorüber ging. Allein zum Glück für Preußen herrschte in Wien dieselbe Unentschlossenheit wie im Jahre 1855. Graf Rechberg hatte die Wahl zwischen zwei Wegen, die er einschlagen konnte. Entweder er erklärte sich bereit, gemeinsam mit den beiden anderen Teilungsmächten die Ordnung wieder herzustellen, oder er schloß sich an die Westmächte, selbst zu dem ausgesprochenen Zweck der Herstellung eines selbständigen Polens. In Berlin wünschte man natürlich, daß er sich für den ersteren Weg entschiede. Aber er gedachte die Verlegenheit Preußens zu benutzen, um es zu Konzessionen in der deutschen Frage und in der Zollsache zu bewegen. Bismarck befände sich im Irrtum, erklärte er, wenn er meinte, sich mit ihm über die polnische Frage allein verständigen zu können*). Ebensowenig aber konnte sich der österreichische Minister entschließen, offen auf die Seite der Westmächte zu treten. Vergeblich hatte Napoleon III. durch den Fürsten Metternich Oesterreich sehr positive und weitgehende Aussichten auf Gebietserweiterungen eröffnet. Graf Rechberg wollte sich an der westmächtlichen Aktion nur soweit beteiligen, als es möglich war, ohne den Frieden Europas aufs Spiel zu setzen. Ein Krieg mit Rußland wegen der Autonomie Polens schien ihm den Interessen Oesterreichs nicht zu entsprechen. Alles, was er wünschte, war, Preußen durch die Besorgnis vor einem Kampfe am Rhein gefügiger für seine Bundesreformpläne zu machen. Zwar beteiligte er sich dreimal (im April, Juni und August) an der diplomatischen Intervention der Westmächte zu Gunsten Polens in St. Petersburg, allein aus seiner reservierten Haltung ließ er sich nicht herausdrängen. Nicht einen Mann berief er zu den Fahnen, um den gemeinschaftlichen Forderungen Nachdruck zu geben. Für die Vorstellungen Drouyn de Lhuys', der nach der schroffen Zurückweisung der westmächtlichen Anträge in London und Wien Vorschläge zur Herstellung eines engeren Einvernehmens thun ließ, hatte er taube Ohren.

Allein Rechberg hatte die Konsequenzen seiner schwankenden Politik nicht wohl erwogen. An der Newa wie an der Spree sah man ihn als einen Parteigenossen der Westmächte an und das um so mehr, als er den Vor-

*) Depesche Stockhausens d. d. 21. April 1863.

schlag des Fürsten Gortschakoff, die polnische Frage in einer Konferenz der drei Teilungsmächte zu regeln, als der Würde des mit England und Frankreich verbündeten Oesterreichs widersprechend kategorisch ablehnte. Inzwischen hatte Rußland 400 000 Mann in Polen zusammengezogen, und die Folge war ein eigenhändiges Schreiben des Zaren Alexander an den König Wilhelm, worin er ihn zu einer gemeinsamen Kriegserklärung an Frankreich und Oesterreich aufforderte. Des Letzteren persönliches Gefühl sträubte sich jedoch gegen einen Bruch mit der verbündeten deutschen Großmacht, und auch Bismarck hielt es für bedenklich, in einen Kampf einzutreten, in welchem Preußen die schwerste Arbeit zugefallen sein würde.

Napoleon aber fühlte sich tief verletzt, daß Oesterreich alle seine Kriegspläne energisch von der Hand wies. Er wütete förmlich über dessen hinterhaltige Politik, und anstatt Rechbergs deutsche Ideen zu unterstützen, wie dieser gehofft hatte, wandte er sich von neuem Preußen zu. Der Minister hatte also für seine Intriguen nur allseitiges Mißtrauen geerntet.

Noch verfehlter war ein anderer Versuch Napoleons gewesen, auf dem Wege über Polen den Rhein zu erwerben. Er ließ allen deutschen Kabinetten den Wunsch zu erkennen geben, daß sie sich den englisch-französischen Schritten anschließen möchten, allein er wurde allenthalben mit Verweisung auf die Bundespflicht abgewiesen. Daß Hannover den Antrag in der „korrektesten Weise" ablehnend beantwortet habe, erkannte Bismarck besonders an*). Denselben negativen Erfolg hatte die gleiche Aufforderung Englands.

Die polnische Angelegenheit, welche während der ersten Hälfte des Jahres 1863 die Gemüter in Spannung hielt, hatte das Interesse an den andern politischen Vorgängen in den Hintergrund gedrängt. In Hannover täuschte man sich jedoch nicht darüber, daß, wenn auch Bismarck für den Augenblick gezwungen war, sich in der Defensive zu halten, er doch in der deutschen Frage sofort wieder die Offensive ergreifen würde, wenn sich ihm eine günstige Gelegenheit bot. Daß er auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung in seinem Lande zählen durfte, war gewiß genug. Alle Stände, welcher politischen Richtung sie auch huldigten, stimmten darin überein, daß Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten gebühre, und daß dagegen alle Rechte anderer Bundesfürsten zurücktreten mußten. Das Gefühl, daß Preußen vorwärts müsse,

*) Depesche Reitzensteins d. d 23. April 1863.

und daß, wo ein solcher Impuls in einer Nation stecke, das Vorwärtsgehen von selbst gegeben sei, liege in jedem Preußen, äußerte ein höherer Berliner Beamter gegen Zimmermann*). Die meisten öffentlichen Blätter sprachen sich in demselben Sinne aus, und in den Kasernen sangen die Soldaten:

„Zu aller Heil muß Preußen wachsen;
Die Mecklenburg, Hannover, Sachsen,
Die freien Städte, Oldenburg
Gehören auch zur festen Burg."

Dem König Georg war die Gefahr, welche seinem Lande, namentlich seit dem Amts-Antritt Bismarcks drohte, nicht entgangen. Er wußte nur zu wohl, daß der Minister trotz aller Fehler, die er machte, ein Mann von Geist, Geschick und gewaltiger Energie war. Deshalb war er stets ängstlich bemüht gewesen, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik jeden Anlaß zu Mißhelligkeiten aus dem Wege zu räumen.

Allein trotz des überschwenglichen Festjubels, mit dem er bei allen offiziellen Gelegenheiten empfangen wurde, verhehlte er sich nicht, daß das Borries'sche Regiment eine tiefgehende Mißstimmung in der Bevölkerung hervorgerufen hatte. Und nur zu leicht konnte Preußen eines guten Tages daraus Anlaß nehmen, wie in Kurhessen als Verteidiger der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes aufzutreten. Gegen eine solche Einmischung gab es nur ein Mittel: Die Umkehr zu einer wahrhaft gerechten, und sowohl im eigenen Lande beliebten, als auch im Auslande geachteten Regierung. „Denn es macht in der Welt einen ungeheuren Unterschied, ob eine Regierung, welche in Respekt steht und mit ihren Unterthanen in Eintracht und gutem Einvernehmen lebt, angegriffen wird und ihr unrecht geschieht, oder ob das einem Gouvernement widerfährt, welches im Auslande mißachtet ist, und dessen Land eine Arena für Zank und Streit bildet**)."

Der König war deshalb sehr froh, als es ihm nach monatelangen Bemühungen gelang, ein neues Ministerium liberalerer Färbung zustande zu bringen. Welchen Anteil Graf Platen, welchen Graf Kielmannsegge an der Auswahl der Persönlichkeiten gehabt hat, läßt sich nicht nachweisen. Jedenfalls aber bürgten deren Namen dafür, daß Georg ernstlich entschlossen war, den gerechten Wünschen seiner Unterthanen entgegenzukommen. „Gestern

---

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 18. Mai 1863.

**) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 8. Oktober 1862.

Abend," schrieb er am 10. Dezember 1862 an den Großherzog von Oldenburg, „habe Ich die Beeidigung Meiner neuen Minister vorgenommen. Da es Mir gelungen ist, sehr bedeutende Kapacitäten zu gewinnen, so hoffe Ich, daß unter dem Beistande und Segen des Allmächtigen Thron und Land einer glücklichen Zukunft entgegengehen."

Das Departement der Justiz übernahm von neuem Dr. Windthorst, der geniale Schöpfer der neuen Organisationen, der schon dem Schele'schen Kabinett angehört und mit dem der König im September gelegentlich seiner Anwesenheit in Osnabrück Verhandlungen angeknüpft hatte*). Er war ein Mann von kleiner, unscheinbarer Gestalt und unschönen Gesichtszügen, dabei so kurzsichtig, daß er selbst mit Hilfe einer scharfen Brille auch in nächster Nähe die Gegenstände kaum zu unterscheiden vermochte.

Aber, wenn er sich im Landtage erhob, um mit klar durchdachten Worten eine Regierungsvorlage zu begründen, oder die Einwände der Opposition mit überlegener Dialektik zu entkräften, vergaß man über der meisterhaften Rede die wenig ansprechende äußere Erscheinung. Jedoch

---

*) Ludwig Joseph Ferdinand Gustav Windthorst war am 17. Januar 1812 auf dem Gute Kaldenhoff bei Oster-Cappeln geboren, wo sein Vater sich als Doktor beider Rechte niedergelassen hatte. 1822 bezog er das Carolinum in Osnabrück und studierte von 1830—33 abwechselnd in Göttingen und Heidelberg die Rechte. 1836 bestand er das Staats-Examen mit Auszeichnung, ließ sich als Rechtsanwalt in Osnabrück nieder und wurde zum Syndikus der dortigen Ritterschaft gewählt. 1842 ward er zum Vorsitzenden Rat des katholischen Konsistoriums in Osnabrück und 1848 zum Oberappellations-Rat ernannt.

Als solcher trat er im nächsten Jahre für den ländlichen Wahlbezirk des Fürstentums Osnabrück in die zweite Kammer, die ihn am 21. Februar 1851 zu ihrem Präsidenten erwählte. König Georg ernannte ihn nach seinem Regierungs-Antritt zum Justizminister. Am 22. November 1853 trat er jedoch mit dem ganzen Schele'schen Ministerium zurück und ließ sich von neuem als Rechtsanwalt in Osnabrück nieder. Nach dem Rücktritt von seinem zweiten Ministerium im Herbst 1865 wurde er zum Oberkronanwalt in Celle ernannt. Die preußische Regierung versetzte ihn jedoch schon anfangs 1867 mit Pension in den Ruhestand. Das Anerbieten, in den preußischen Staatsdienst zu treten, lehnte er ab.

Seine weitere politische Thätigkeit ist bekannt. Am 24. Februar 1867 trat er zuerst für den Wahlbezirk Meppen in den konstituierenden Reichstag des norddeutschen Bundes, dem er, wie auch dem preußischen Abgeordnetenhause, bis zu seinem Tode ununterbrochen angehört hat. Auf seine Thätigkeit als Bevollmächtigter des Königs Georg bei den Verhandlungen über die Herausgabe von dessen Vermögen werde ich später zurückkommen. Am 14. März 1891 starb er in Berlin und die Stadt Meppen setzte ihrem langjährigen berühmten Vertreter ein Marmordenkmal.

erst der deutsche Reichstag gab ihm Gelegenheit, seine oratorischen und staatsmännischen Gaben voll zu entfalten, und hat seinen Namen für immer mit der Geschichte des deutschen Parlamentarismus verknüpft. Von ihm sagte der bekannte Abgeordnete H. von Vincke: „Wissen Sie, wer die drei gescheidtesten Leute bei uns jetzt sind? drei annektierte Hannoveraner! Bennigsen ist sehr gescheidt; Miquel ist noch gescheidter als der erste; der dritte ist Windthorst, der ist noch gescheidter als die beiden ersten zusammen". Es bleibt unvergessen, wie er an der Spitze des Centrums die Angriffe Bismarck's gegen die katholische Kirche furchtlos zurückwies, wie er immer und immer wieder dem gewaltigen Reichskanzler gegenübertrat, wenn dieser versuchte, die geistlichen Behörden unter die Gewalt des Staates zu beugen. Nicht um eines Haares Breite wich er jemals von seiner Ueberzeugung. Es gelang weder dem Könige Georg, ihn von seinen Kollegen, denen er versprochen hatte, mit ihnen zu stehen und zu fallen, abwendig zu machen, noch dem Fürsten Bismarck, seine treue Anhänglichkeit an sein angestammtes Königshaus zu erschüttern. Er gehörte zu den Wenigen, die ihren verewigten Monarchen zur letzten Ruhestätte in St. George's Chapel begleiten durften, und als er selbst am 14. März 1891 entschlafen war, gab das nach Tausenden zählende Gefolge, das seiner Beisetzung in der von ihm gestifteten Marien-Kirche in Hannover beiwohnte, Zeugnis von der hohen Achtung und Verehrung, die er bei allen Parteien genoß. Selbst Bismarck, dessen Sturz er überlebte, schätzte ihn als einen ebenbürtigen Gegner.

Das seit zwei Jahren verwaiste Kultusministerium übertrug der König dem Oberjustizrat Lichtenberg, einem Sohne des 1860 verstorbenen Steuer-Direktors, und Enkel des bekannten Göttinger Professors. Er war ein hochachtbarer Charakter, von strenger Rechtlichkeit, vielseitiger Bildung und ungemeiner persönlicher Liebenswürdigkeit. Der Umstand, daß er als Generalsekretär im Ministerium des Innern unter Lindemann in mehreren Schriften mit aller Entschiedenheit gegen die Anmaßungen der Ritterschaften aufgetreten war, hatte seinem Namen in weiteren Kreisen einen guten Klang gegeben. Unter dem Ministerium Schele wurde er zuerst mit den Geschäften des Oberstaatsanwalts betraut und sodann Generalsekretär im Justizministerium, eine Stellung, die er auch im Lütcken'schen Kabinett beibehielt. Borries setzte ihn zunächst, als Gegner der ritterschaftlichen Ansprüche, auf Wartegeld, stellte ihn jedoch zwei Jahre nachher als Vice-Direktor des Obergerichts in Hannover wieder an. Obgleich er der strengkirchlichen Richtung angehörte, suchte er doch

mit echt christlichem milden Sinn den Ausschreitungen der orthodoxen Geistlichkeit vorzubeugen.

Dem neuen Finanzminister, bisherigen Oberzollrat, Erxleben, wurde eine hervorragende Tüchtigkeit in seinem Fache nachgerühmt. Auch war er in den letzten Jahren öfter zu diplomatischen Verhandlungen wegen des Elbzolls und des französischen Handelsvertrages verwandt worden. Das Ministerium des Königlichen Hauses wurde nunmehr von diesem Departement getrennt und dem Oberhofmarschall von Malortie übertragen.

Besonders schwierig war es, für das Departement des Innern eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. Auch der frühere Minister von Hammerstein*) entschloß sich nur höchst ungern, die Borries'sche Erbschaft anzutreten. Er war ein wohlwollender Mann von leicht empfänglichem Geist und einer reichen, vielseitigen, aber mehr humanistischen als politischen Bildung. Durch seine erprobte Rechtschaffenheit und seine warme Fürsorge

*) Wilhelm Carl Conrad Freiherr von Hammerstein-Loxten gehörte einer der ältesten und vornehmsten Familien des Landes an, der bereits viele ausgezeichnete Beamte und Militärs entsprossen waren. Er war der dritte Sohn (das neunte Kind) des Obersten Christian von Hammerstein, an dessen segensreiche Thätigkeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft eine im Jahre 1850, kurz nach seinem Tode, bei Uelzen errichtete Sandstein-Pyramide erinnert. Wilhelm von Hammerstein war am 6. Mai 1808 auf dem Familiengute Castorff im Lauenburgischen geboren. Nachdem er von 1822—1824 die Ritter-Akademie in Lüneburg besucht hatte, vollendete er in den Jahren 1824—1827 seine wissenschaftliche Ausbildung auf der Universität Göttingen. Im Jahre 1828 wurde er im Staatsdienst zunächst als Amts-Auditor zu Bodenteich angestellt. Elf Jahre — von 1832 bis 1843 — arbeitete er sodann zuerst als Hilfsarbeiter und nachher als Regierungsrat bei der Landdrostei Lüneburg, bis er als Referent in das Ministerium berufen wurde. Stüve ernannte ihn am 26. März 1848 zu seinem Generalsekretär, welchen Posten er bis zu dessen Entlassung bekleidete. In das folgende Kabinett Münchhausen-Lindemann trat er als Minister der Finanzen und des Handels ein, und nahm an dem Abschluß des Zollvertrages vom 6. September 1851 hervorragenden Anteil. Am 10. April 1852 wurde er vom König Georg V. zum Minister des Innern ernannt, trat aber am 22. November 1853 mit dem ganzen Kabinett Schele wieder zurück. Nachdem wurde ihm die Verwaltung des Amts und des Dom-Vermögens zu Verden anvertraut. Am 16. Dezember 1862 abermals zum Minister des Innern ernannt, wurde ihm nach seiner Entlassung im September 1865 die durch den Tod Lütckens erledigte Stellung eines Landdrosten in Osnabrück verliehen. Nach der Annexion hielt er mit großer Selbstüberwindung auf seinem Posten aus, da er glaubte, seinen Untergebenen den Uebergang in die neuen Verhältnisse erleichtern zu sollen. Allein es bedeutete für den königstreuen Mann doch eine Erlösung, als er im Jahre 1867 als Staatsminister nach Mecklenburg-Strelitz berufen wurde. Dort starb er am 1. September 1872.

für das Wohl jedes Einzelnen seiner Untergebenen hatte er sich im hohen Grade die Liebe und Anhänglichkeit der Eingesessenen des Amtsbezirks Verden, den er in den letzten Jahren verwaltet hatte, zu erwerben gewußt. Noch heute sieht man dort in vielen Bürger- und Bauerhäusern sein Porträt. Er war jedoch kein scharf ausgeprägter politischer Charakter. Sein weiches versöhnliches Gemüt und seine Vergangenheit im Staatsdienst gaben vielmehr seinem Auftreten gegenüber den Bestrebungen der liberalen und demokratischen Partei von vornherein etwas Unsicheres. Diese aber suchte ihn immer mehr in ihre Kreise zu ziehen, während er sich nicht entschließen konnte, ihr zu rechter Zeit ein energisches Halt zuzurufen. Was Hammerstein am meisten schadete aber war, daß der König es nicht vergessen konnte, daß er einst den ultra-liberalen Ministerien Stüve und Münchhausen-Lindemannn angehört hatte. Volles Vertrauen hat er ihm deshalb nie geschenkt, und infolgedessen mag seinem persönlichen Verkehr mit dem Monarchen stets eine gewisse Befangenheit angehaftet haben. Nur zu leicht konnte er hier mit seinen früher geäußerten Grundsätzen in Widerspruch geraten. und Eingeweihte meinten, er habe sich vielleicht deshalb nicht immer überwinden können, eine ganz bestimmte Ansicht rückhaltlos auszusprechen. Von seiner hervorragenden Tüchtigkeit in der inneren Verwaltung ließ sich indes erwarten, daß er die Mißbräuche seiner Vorgänger abstellen, und neue Gesetzwidrigkeiten weder veranlassen noch gutheißen würde.

Im Anfang befanden sich die neu eingetretenen Minister mit den im Amte verbliebenen Mitgliedern des früheren Kabinetts — Graf Platen und Brandis — hinsichtlich aller Fragen der inneren und äußeren Politik in innigstem Einvernehmen. In allen Teilen des Landes brachte man dem neuen Ministerium volles Vertrauen entgegen. Die gesamte liberale Presse des In- und Auslandes begrüßte den Beginn der „neuen Aera“ mit Jubel und knüpfte namentlich an den Amtsantritt Hammersteins die übertriebensten Erwartungen. Die Mißwirtschaft der letzten sieben Jahre hielt man für endgiltig abgethan, weitgehende liberale Konzessionen für unausbleiblich. Eine „Straf-Epistel für Se. Excellenz den Grafen Borries,“ die im November 1862 in Hamburg erschien, hielt dem abgegangenen Minister in den schärfsten Ausdrücken alle seine Sünden vor. „Wenn Sie, Herr Graf,“ so heißt es darin, „nach Ihrem Werke, welches anhob mit einer Versündigung am Volke, dem Sie seine Verfassung und seine Freiheiten raubten, und welches endete mit einer Versündigung an Ihrem Königlichen Herrn, wenn Sie nach diesem un-

heilvollen Werke sich im niederdrückenden Gefühle einer verfehlten Existenz zurückgezogen hätten, ich würde die Feder nicht ergriffen haben." „Aber daß Sie sich nicht zurückziehen wollen vom öffentlichen Leben, in dem Sie eine so verderbliche Rolle gespielt haben, daß Sie auf den Straßen und in den Versammlungen des Volkes mit lächelnder Miene und freundlichen Händedrücken umherschmarotzen, das ist zu viel" .... „„Aufrechthaltung und Kräftigung der fürstlichen Souverainität," das war Ihr Losungswort nach außen hin. Und wann war seit dem März 1848 die Souverainität der kleinen deutschen Fürsten je so gegefährdet, als eben jetzt, da Sie den Kampfplatz verlassen? Mit einer Unterwerfung des Volkes und seiner Fürsten unter den Bundestag haben Sie Ihren Lauf begonnen, und wenn jetzt der preußische Minister von Bismarck die Hand ausstreckt nach Ihres Königs Krone, so ist das zum Teil Ihr Werk; denn, wie schlechte Regierungen in Toskana, Parma und Neapel Viktor Emanuel die Wege bahnten, so thaten Sie wahrhaftig dem hannoverschen Volke es so an, daß ich den Mann kennen lernen möchte, der sein Blut zu vergießen Lust hätte für ein solches engeres Vaterland!"

Diese Broschüre fand reißenden Abgang, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung dachte, was sie aussprach. Die Freude über den Sturz des verhaßten Ministers machte sich daher in begeisterten Ovationen für seinen Nachfolger Luft. Als Hammerstein am 13. Dezember abends nach Verden zurückkehrte, um seine Uebersiedelung nach Hannover zu bewerkstelligen, hatten sich die Einwohner der Stadt und Umgegend in dichten Massen vor dem Bahnhofe versammelt und auf dem Perron drängte sich Kopf an Kopf, um den Gefeierten zu sehen, der unter brausenden Lebehochs dem Wagen entstieg. Sämtliche Gemeindevorsteher des Amts Verden waren zu seinem Empfange erschienen. Eine Doppelreihe von Fackelträgern hatte sich längst des Weges aufgestellt, auf dem er sich mit seiner Gemahlin, unter Vorantritt des Musikcorps der Garde-Husaren und gefolgt von einer unabsehbaren Menschenmenge, nach seiner bisherigen Amtswohnung begab. Alle Häuser, die der Zug passierte, waren ihm zu Ehren festlich erleuchtet, und die Ansprachen, mit denen ihn die verschiedenen Korporationen begrüßten, gaben Zeugnis von den Hoffnungen, die das ganze hannoversche Land in seine demnächstige Thätigkeit setzte.

Nur die Wenigsten in der Bevölkerung besaßen eine richtige Vorstellung von den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die neuen Minister zu kämpfen hatten. Sie hatten sowohl dem Könige, wie dem Lande gegen-

über eine schlimme Erbschaft übernommen. „Der Weg, welchen wir zu wandeln haben, ist recht schwer, und je tiefer man in die Dinge hineinsieht, desto steiler wird er,“ schreibt Windthorst in dieser Zeit*). Da Georg bei allen Beratungen des Gesamt-Ministeriums den Vorsitz beanspruchte, so war die Vereinbarung eines gemeinsamen Programms von vornherein ausgeschlossen. Alle Versuche, ihn zur Annahme einer mehr konstitutionellen Regierungsform zu bewegen — an denen sich auch Zimmermann beteiligt zu haben scheint — waren vergeblich. Er sah darin nur die Absicht, ihn eines Teils seiner monarchischen Machtfülle zu entkleiden, und lehnte es mit aller Entschiedenheit ab, auf die „angeregten Bedenken und weiteren Umgestaltungen“ des „durch die Praxis als höchst zweckmäßig erwiesenen Geschäftsganges“ einzugehen. Ja, er untersagte unbedingt alle ferneren Vorstellungen darüber**).

So hatte es denn im Wesentlichen bei der Geschäfts-Ordnung, wie sie sich unter dem früheren Ministerium herausgebildet hatte, sein Bewenden. Nicht bloß bestand der König nach wie vor darauf, daß zu den Gesamt-Ministerialsitzungen nach seiner Auswahl auch andere Personen zugezogen werden durften, sondern er behielt sich auch vor, „nach Maßgabe der Gegenstände aus eigener Entschließung oder auf von Mir genehmigten Antrag eines Ministers Beratungen in einer Konferenz mehrerer einzeln dazu besonders bestimmter Minister abzuhalten***).“ Ferner wahrte er sich ausdrücklich die Befugnis, wenn nötig, einzelne Angelegenheiten mit seinen Ministern schriftlich zu erledigen. Das Schlimmste aber war die vorwaltende Neigung des Königs, mit „Persönlichkeiten zweiter und dritter Linie“, die außerhalb der Regierung standen — Wermuth, Schow, Meding ꝛc. — und die natürlich nur das sagten, was er gern hörte, die Sachen vorweg zu bereden und durch gegebene Zusicherungen zu entscheiden. Die Minister kamen daher bei den Konseils oft genug in die unangenehme Lage, entweder „gegen ihn anzugehen, oder nachzugeben, um ihn nicht zu kompromittieren†).“ Ob dagegen die gegenseitige Verpflichtung der Kollegen, „die gleiche Richtung zu verfolgen“ und „mit gleichen Schultern zu tragen“ genügenden Schutz gewährte, mußte die

*) Minister Windthorst an den Staatsrat Zimmermann d. d. 22. Dezember 1862.

**) Erlaß des Königs an das Gesamt-Ministerium d. d. 30. Januar 1863.

***) „Bestimmung über den zwischen Mir und Meinen Ministern einzuhaltenden Geschäftsgang“ d. d. 16. Dezember 1862.

†) Denkschrift Zimmermanns über „die Lage und notwendigen Ziele des Ministeriums“ d. d. 17. Dezember 1862.

Folge lehren. Durch die Korruption, welche unter der Borries'schen Verwaltung in der Beamtenschaft eingerissen war, wurden die Schwierigkeiten der Lage noch vermehrt. Hier konnten daher die Minister auf weit weniger Unterstützung rechnen, als sie bedurften. Nur, wenn es ihnen gelang, den König davon zu überzeugen, daß das Ministerium den Zweck, wegen dessen er es gewählt hatte, nur erfüllen konnte, solange er dessen Autorität vor dem Lande hob, durften sie hoffen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Im Anfange ließ sich jedoch die ganze Lage verheißungsvoll genug an. In das Jahr 1863 fielen gewissermaßen die Flitterwochen des neuen Ministeriums. Der König schenkte bereitwillig jedem ihm gemachten Ratschlage Gehör, und allmählig kehrten Friede und Vertrauen in die Bevölkerung zurück.

Jede neue Maßregel, die er genehmigte, bekundete seine ernste Absicht der Umkehr von den bisher betretenen Wegen. Zunächst brach man mit der Borries'schen Gepflogenheit, der den Staatsdienern den Urlaub zur Teilnahme an den Schwurgerichtssitzungen versagt hatte, weil diese ihm den „revolutionären Beigeschmack ihres Geburtsjahres“ zu haben schienen. Schon im Februar 1863 beseitigte ein Ministerialerlaß diesen Mißbrauch. Am 9. März 1863 erschien sodann eine Verfügung des Ministeriums des Innern, wodurch die Landdrosten angewiesen wurden, sich zur Beurteilung der von den Aemtern und Magistraten einlaufenden Berufungen und Beschwerden durch persönliche Wahrnehmung an Ort und Stelle eine lebendige Anschauung der Sache zu verschaffen. Ein zweites Ausschreiben vom 17. März erinnerte die Beamten an die vielfach in Vergessenheit geratene Vorschrift des § 68 der revidierten Amtsordnung vom 10. Mai 1859, wonach sie auch außer den Sprechtagen den Anfragenden zugänglich sein sollten. Noch allgemeinere Befriedigung erregte es, daß der Minister von Hammerstein dem unter seinem Vorgänger eingerissenen Remunerationsunwesen ein Ziel setzte. Es war zu Borries' Zeiten immer mehr üblich geworden, denjenigen Beamten, die sein System in den Kammern unterstützten, oder die sich durch das Zurschautragen konservativer Gesinnungen hervorthaten, Geldzulagen zuzuwenden. Namentlich wurden die convertierten Anhänger früherer liberaler Regierungen auf solche Weise belohnt, und die demoralisierende Wirkung einer so ausgedehnten Praxis der Parteiprämien auf den bis dahin so integren hannoverschen Beamtenstand war nicht ausgeblieben. Daß das neue Ministerium hier sofort Wandel schaffte, muß ihm hoch angerechnet werden.

Auch einige Personalveränderungen gaben dem Lande den unzweideutigen Beweis dafür, daß das alte System definitiv abgethan war. Daß der bisherige Generalsekretär des Ministeriums des Innern und langjährige Präsident der zweiten Kammer, Oberjustizrat Heise, beseitigt werden mußte, verstand sich von selbst. Allgemeine Befriedigung aber erregte es, daß zum Regierungs-Kommissar für die landwirtschaftliche Weltausstellung in Hamburg nicht der Graf Borries ernannt wurde, obgleich er Vorsitzender der königlichen Landwirtschafts-Gesellschaft war, sondern Graf Bennigsen. Einem anderen Mitgliede des Stüveschen Kabinetts, dem früheren Ministerial-Vorstand des Kultus, Braun, der seit langen Jahren nicht im Staatsdienste verwendet war, wurde nun die durch den Tod des Landdrosten in Stade — er hieß gleichfalls Heise — erledigte Stelle verliehen. Endlich stellte der König den von Borries so schmählich gemaßregelten Assessor Planck als Richter beim Obergericht zu Meppen wieder an. Auch gelang es Hammerstein, die Bestätigung der von den Städten zu Magistratsstellen gewählten nationalliberalen Männer durchzusetzen.

Vor allem lag den neuen Ministern daran, den kirchlichen Wirren ein Ende zu machen. In den ersten Tagen des Januar 1863 schon berief ein Erlaß des Kultusministeriums auf den 3. Februar eine „Synodal-Kommission“ von 14 „sachkundigen christlichen Männern“. Diese sollten über die demnächstige Zusammensetzung der in § 23 des Verfassungsgesetzes vom 5. September 1848 in Aussicht gestellten Synode beraten. Nach kurzer Debatte entschied man sich für die Berufung einer Vorsynode von 64 Mitgliedern. Davon sollten 16 (zur Hälfte geistliche, zur Hälfte weltliche) vom Könige ernannt und außerdem vom Klerus und den Laien je 24 erwählt werden. Trotzdem hielt es die Majorität des Ausschusses der Celler Prediger-Konferenz „nach ernster und gewissenhafter Erwägung aller betreffenden Verhältnisse“ für angezeigt, einen Aufruf an sämtliche für die Celler kirchliche Versammlung gewählte Vertrauensmänner und Geistliche zu erlassen, der sie aufforderte, sich am 22. April zur Besprechung der kirchlichen Frage in Celle einzufinden. Dieser Schritt erschien einigen hochangesehenen Geistlichen — Generalsuperintendent Rettig, Probst Oberdiek und Superintendent Thilo — „ebenso unangemessen als zwecklos und selbst bedenklich“. Sie schieden deshalb aus dem Komitee aus. Ihre Besorgnis, daß die Versammlung einen vorwiegend politischen Charakter tragen und mehr Schaden als Nutzen stiften würde, war nur zu begründet. Unter den 6—700 Ver-

trauensmännern, die am bestimmten Tage in Celle zusammenkamen, befanden sich nur 30 Geistliche, die sämtlich der nationalistischen Richtung angehörten, und die hervorragendsten Führer der liberalen Partei in der Stände-Versammlung. Die Debatten, zu denen man unbegreiflicherweise die Stadtkirche zur Verfügung gestellt hatte, waren zum Teil äußerst lebhaft. Pastor Pfaff aus Osterbruch wurde durch Akklamation zum Präsidenten, zum Vice-Präsidenten — Rudolf von Bennigsen gewählt.

Ungeachtet der Heiligkeit des Ortes kam es bei der Verlesung des vom Pastor Greiling in Celle verfaßten Entwurfes einer Petition an den König, die sich in heftigen Ausdrücken über die „Heuchelei" der streng kirchlichen Partei und den Glaubenszwang, den sie ausübte rc., erging, zu lauten Beifallsbezeugungen. Ja, der Senior Bödecker meinte, man trete durch diese von momentaner Aufwallung hervorgerufenen Aeußerungen weder der Würde des Ortes, noch der der Konsistorialräte, die von der Teilnahme an der Versammlung abgemahnt hätten, zu nahe, denn: „auf einen groben Kloß gehöre ein grober Keil!" Andere Redner fanden die Eingabe noch viel zu milde, und bei dieser Stimmung konnte es nicht ausbleiben, daß die Petition einstimmig angenommen wurde. Und doch war sie gänzlich überflüssig, denn, was sie wünschte, war im wesentlichen bereits in einem Ausschreiben der Synodal-Kommission vom 20. März aus eigener Initiative zugestanden worden. Darin war festgesetzt, daß sowohl die geistlichen als auch die weltlichen Abgeordneten schon für die Vorsynode aus gemeinsamer Wahl der je zu einem Wahlkörper zusammentretenden Geistlichen einerseits und der weltlichen Wahlmänner der Gemeinden andererseits hervorgehen sollten. Außerdem wurde der Eintritt des gewählten Abgeordneten davon abhängig gemacht, daß er ein Mann „von gutem Rufe und christlichem Sinne" sein sollte, „worüber in streitigen Fällen der Synode selbst die Entscheidung zustehe". Auch über die zu erstrebende demnächstige Kirchenverfassung und Kirchenleitung gab das Ausschreiben weitläufige Anhaltspunkte.

So hatte denn die Celler Versammlung nur den Erfolg, daß bei der Wahl der Wahlmänner sich der Zwiespalt zwischen den Anhängern der orthodoxen und der liberalen Richtung von neuem verschärfte. Man kann sich heutzutage keinen Begriff davon machen, bis zu welcher Höhe der religiöse Fanatismus der Strenggläubigen damals gestiegen war. In Sottrum erklärte ein starr-orthodoxer Schneider bei der Wahlversammlung in der Kirche mit lauter Stimme: „Ich wähle den Herrn

Jesum*)." Den Kirchlich-Liberalen gelang es jedoch nur, drei Geistliche ihrer Partei in die Vorsynode zu bringen, während die 24 gewählten Weltlichen sämtlich auf dem Boden des Celler Programmes standen.

Am 6. Oktober 1863 trat die Vorsynode zusammen. Die Verhandlungen wurden unter dem Vorsitz des Grafen Bennigsen in durchaus ruhiger geschäftsmäßiger Weise geführt. Nur einige Male platzten die Geister aufeinander. Als z. B. der Superintendent Lührs aussprach, die Kluft zwischen Geistlichen und Gemeinden sei im wesentlichen durch politische Eingriffe und Agitationen hervorgerufen, und durch die Zeitungen und politische Hetze genährt, zog er sich von R. von Bennigsen eine scharfe Zurechtweisung zu. „Wenn bei den Geistlichen noch nicht einmal der Anfang der Selbsterkenntnis gemacht sei," sagte er, „so wäre zu befürchten, daß die Möglichkeit der Heilung des Risses nicht vorhanden sei. Er müsse vielmehr behaupten, daß, wenn sich nicht in den Gemeinden eine besonnene kirchliche Partei gebildet hätte, eine Zeit der Aufregung und des Tumultes entstanden sein würde, der keine Behörde zu steuern im stande gewesen wäre."

Ein anderes Mal kam es gelegentlich der Besprechung einer Beschwerde gegen das Konsistorium in Osnabrück zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Einwohner führten Klage darüber, daß auf Veranlassung des Konsistorialrats Münchmeyer in den gemischten Gemeinden von Arenberg-Meppen und Lingen solche Geistliche angestellt wären, die durch ihre Predigten die Reformierten mit Mißtrauen erfüllten. Münchmeyer selbst, gegen den bereits im März eine Disciplinar-Untersuchung eröffnet war, sollte einige reformierte Mitglieder vom Abendmahl ausgeschlossen haben. Dabei kam zur Sprache, daß schon im Jahre 1856 in seinem Bezirke ein neues Gesangbuch eingeführt war, — eine Sammlung von Gesängen, die in völliger Verblendung für strenge Orthodoxie und altkirchliche Formen die Rücksicht auf das Passende und Schickliche außer acht gelassen habe**). Die Vorlesung einiger Verse, wie z. B.:

„Ich bin ein Scheusal ohne Dich,
Mein Heiland, wasche mich",

die durch ihren, namentlich für die Jugend unverständlichen Sinn dazu gedient hatten, Spott über das Gesangbuch zu erregen, riefen eine so

*) Aufzeichnungen des Pastors Bohn in Sottrum a. a. O.
**) Vgl. Protokolle der Vorsynode S. 588 ff.

allgemeine Heiterkeit hervor, daß mehrere Geistliche entrüstet den Saal verließen, und einer von ihnen — der ultraorthodoxe Pastor Münkel — schriftlich Protest erhob.

Am 14. Dezember 1863 hatte die Vorsynode in 53 Sitzungen ihr schwieriges Werk vollendet und mit wenigen geringfügigen Abänderungen den Entwurf einer Kirchen-Verfassung nach den Anträgen der Regierung fertiggestellt. Das Wichtigste darin war die Einsetzung eines Landeskonsistoriums als oberste Kirchenbehörde und die gesetzliche Einführung von Bezirkssynoden geistlicher und weltlicher Mitglieder, aus denen in gewissen Perioden eine allgemeine Landessynode hervorgehen sollte*).

Um den Beschlüssen Gesetzeskraft zu geben, bedurften sie noch der Genehmigung der neuen Stände-Versammlung, die am 18. Februar 1864 zusammentrat. Das Mandat der früheren Abgeordneten war am 10. Februar 1863 erloschen und die Regierung hatte im Juni desselben Jahres die Neuwahlen ausgeschrieben. Bei der günstigen Stimmung im Lande glaubte sie sich jeder Einwirkung darauf enthalten zu können. Auch von dem berüchtigten Borries'schen Notgesetz machte sie keinen Gebrauch, und anstandslos traten die früheren Minister Graf Bennigsen und Lindemann, sowie die Bürgermeister von Stade und Harburg, Neubourg und Grumbrecht, in die neue zweite Kammer ein. Daß die alten Führer der liberalen Opposition, R. von Bennigsen, Dr. Oppermann, Dr. Elissen, Redeker, Adickes u. a. wiedergewählt wurden, ist selbstverständlich. Einen ganz besonderen Zuwachs an Kraft aber erhielt sie durch den Eintritt des Obergerichts-Anwalts Miquel, den der 21. Wahl-Distrikt, — die kleinen Göttingenschen Städte — in die Kammer entsandte.

Graf Borries konnte sich nicht darein finden, daß seine politische Rolle definitiv ausgespielt sein sollte. Er bewarb sich daher um einen Sitz in der ersten Kammer, — obgleich seine eigene staatsmännische Vergangenheit ihn zuallererst von einem solchen Schritt hätte zurückhalten sollen. Denn er war der Urheber der Bestimmung, wonach Minister

*) Die Landessynode sollte bestehen aus:
1. 24 geistlichen und weltlichen Abgeordneten der Bezirkssynoden.
2. dem Präsidenten des Landeskonsistoriums.
3. dem Abt zu Loccum.
4. einem theologischen, von der Fakultät zu wählenden, und einem vom Könige zu ernennenden juristischen Professor.
5. 12 vom Könige zu ernennenden Mitgliedern (6 geistlichen und 6 weltlichen).

und Ministerial-Vorstände zum Eintritt in die Stände königlicher Erlaubnis bedurften. Er selbst hatte 1858 in der zweiten Kammer öffentlich die Länder beklagt, „wo ein System herrsche, nach welchem abgegangene Minister sich ungesäumt wieder in die Stände-Versammlungen begeben, sich dort an die Spitze ihrer Partei stellen, und so lange opponieren, bis sie mit ihrem System wieder siegreich an die Regierung gelangt sind*).“ Und nun erklärte sich derselbe Mann bereit, ein Mandat der Bremischen Ritterschaft anzunehmen, wenn die Wahl auf ihn fiele. Der Majorität aber glaubte er nach den Aeußerungen verschiedener Ritter sicher zu sein, und der König hatte ihn unter der Hand wissen lassen, daß ihm seine Wahl durchaus genehm sei**). Die Minister wurden durch die Absichten Borries' aufs unangenehmste berührt, und sie wußten eine Anzahl von Mitgliedern der Ritterschaft, die sich zur Feier des Geburtstages des Königs in Hannover eingefunden hatten, davon zu überzeugen, daß die Wahl des unpopulären Mannes eine tiefgehende Erbitterung im Lande hervorrufen würde, an der ihre Versöhnungspläne scheitern müßten. Infolgedessen wurden manche, die für Borries hatten votieren wollen, wieder bedenklich, und er hatte es nur dem Einfluß seines alten Gegners im Ministerium, des Präsidenten v. d. Decken, zu danken, daß er, allerdings erst im dritten Skrutinium mit einer Stimme Majorität (15 von 29) — die er wahrscheinlich selbst abgegeben hatte, — gewählt wurde, während die vier anderen Deputierten gleich im ersten Wahlgang die erforderliche Majorität erhielten. Auch auf den König hatten die Vorstellungen der Minister Eindruck gemacht. Er ließ durch den Kabinetts-Rat Dr. Lex dem Grafen Borries eröffnen, er sei von treuen Freunden des Ministers selbst aufmerksam gemacht, „daß es zweckmäßiger wäre, wenn Ew. Excellenz für jetzt noch nicht in die erste Kammer einträten***).“ Dieser Ansicht müsse er sich zu seinem „großen persönlichen Bedauern“ anschließen und ersuchte ihn deshalb „freundlichst“, keine Schritte zu seiner Erwählung zu thun. Durch einen unglücklichen Zufall erreichte dies Schreiben Borries vor seiner Abreise nach Stade nicht mehr und kam erst einige Stunden nach vollzogener Wahl in seine Hände. Die

---

*) S. Protokolle der Stände-Versammlung von 1858. S. 262.

**) Eigenhändige Aufzeichnungen des Grafen von Borries, denen auch das Folgende entnommen ist.

***) Kabinetts-Rat Dr. Lex an den Staatsminister a. D. Grafen von Borries d. d. 8. Juni 1863.

ganze Sache machte aber so unangenehmes Aufsehen, daß Graf Platen sich veranlaßt sah, dem Könige vorzustellen, wie, vorzugsweise im Interesse der Krone, Borries' Resignation dringend wünschenswert sei*), damit das Land sehe, daß der Monarch ihn nicht wieder zum Minister machen wolle. Allein Borries fühlte sich nicht bewogen, auf den Königlichen Wunsch einzugehen, und zwar um so weniger, „weil er in der jüngsten Zeit von der Regierungs-Presse in schmählicher Weise angegriffen und verdächtigt sei und seine Ehre ihm nicht gestatte, sich davor zurückzuziehen". Durch diese neue Unbotmäßigkeit seines früheren vertrauten Ratgebers, die ihn in die unangenehmste Zwangslage brachte, fühlte sich der König tief verletzt. Erst kurz vor Eröffnung der Stände-Versammlung entschloß er sich, ihm den Eintritt in die erste Kammer zu gestatten**). Deren Berufung verzögerte sich aber bis in den Beginn des nächsten Jahres, weil die Vorbereitung der verschiedenen wichtigen Gesetzes-Vorlagen, namentlich der neuen Synodal-Ordnung, lange Zeit erforderte.

Inzwischen war die schleswig-holsteinische Frage wieder akut geworden. Das dänische Kabinett glaubte die Verlegenheiten, welche die polnische Sache den beiden deutschen Großmächten bereitete, zu einem entscheidenden Schritt benutzen zu sollen. Am 30. März 1863 erschien eine Verfügung, welche Holstein hinsichtlich seiner Verfassung und des Bundes-Kontingents eine ziemlich ausgedehnte Autonomie gewährte, der vertragsmäßigen Zusammengehörigkeit der beiden Herzogtümer aber mit keinem Worte Erwähnung that. König Georg war der einzige gewesen, der in seinem Votum vom 11. Febr. 1858 (S. o. II 1, S. 371) daran erinnert hatte, daß sich die dänischen Verbindlichkeiten auch auf Schleswig bezögen. Er war daher sofort entschlossen, die Wiederaufnahme des am 24. Dezember 1858 sistierten Exekutions-Verfahrens am Bunde zu beantragen. Auch Beust sah in dem verletzenden Schritt des Ministers Hall eine günstige Gelegenheit für die Mittelstaaten, die dänische Sache in die Hand zu nehmen und durch rasches Vorgehen die Ehre Deutschlands zu retten***). Der Großherzog von Oldenburg ging noch weiter. Er meinte, es sei eine patriotische Pflicht des Bundes, sich von den Verabredungen von 1851/52 förmlich loszusagen und wieder zur Occupation Holsteins zu schreiten,

*) Graf Platen an den Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 24. Juni 1863.

**) Reskript des Gesamt-Ministerii d. d. 6. Febr. 1864.

***) Bericht des hannoverschen Geschäftsträgers in Dresden Baron Blome d. d. 13. April 1864.

die damals die Nachgiebigkeit Dänemarks veranlaßt habe*). Bismarck dagegen besaß kein Gefühl für die deutschnationale Seite der schleswig-holsteinischen Angelegenheit; der Wunsch des deutschen und insbesondere des preußischen Volkes, den bedrängten Brüdern im Norden zu helfen, galt ihm nichts**). Dennoch kam ihm das Wiederauftauchen der Frage sehr erwünscht, um Preußen aus der isolierten Lage, in die es durch den Vertrag mit Rußland geraten war, zu befreien. Er benutzte sie lediglich als Handhabe, um zunächst ein besseres Verhältnis zu den Mittelstaaten herzustellen. Schon am 8. April erklärte er gegen den Gesandten von Reitzenstein, er wolle zusehen, „ob sich nicht irgend ein Haken einschlagen ließe, der zur Exekution führen könne". Auch mit Oesterreich suchte er auf einen besseren Fuß zu kommen***). In diesem Sinne sprach er sich in der Kammer gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation Twesten's aus. Der Führer der Fortschrittspartei warf dem Minister-Präsidenten vor, er habe durch seine verkehrte äußere Politik und durch die von ihm hervorgerufenen inneren Wirren Preußen in die Unmöglichkeit versetzt, gegen Dänemark das Schwert zu ziehen, worauf dieser ihn mit den Worten abfertigte, die Regierung werde mit oder ohne Gutheißen des Landtages Krieg führen, wenn sie es nötig finde. Dazu sei aber vorläufig kein Anlaß vorhanden. Zwar erklärte er rückhaltslos, daß die Wahrung deutschen Rechts in Holstein-Lauenburg sowohl wie in Betreff Schleswigs eine nationale Ehrenpflicht sei und Dänemark durch den Erlaß vom 30. März den gegebenen Versicherungen direkt zuwider gehandelt habe. „Allein darüber, was zu thun ist, wird die Regierung in Gemeinschaft mit ihren deutschen Bundesgenossen Beschluß fassen, bei denen sie sicher ist, der vollsten Bereitwilligkeit zur Wahrung der Rechte Deutschlands zu begegnen†)." Was aber in seiner Rede am meisten überraschte, war die Eröffnung, daß „Preußen und Oesterreich in der Thatsache, daß der Bund durch sie vertreten würde, Anlaß gefunden

*) Großherzog Peter von Oldenburg an den König Georg von Hannover d. d. 19. April 1863.

**) Schleswig-Holsteins Befreiung von Jansen und Sammer S. 81.

***) Telegraphischer Bericht Reitzensteins d. d. 17. April 1863.

†) „Gleich dem Koloß von Rhodos denkt sich das preußische Kabinett mit dem einen Fuße auf die Westmächte, mit dem anderen auf Oesterreich zu stellen, in der Einbildung, daß es so keinen Teil zum Feind, und im Fall des Konflikts je nach Umständen und nach seinem Interesse die Wahl zwischen beiden habe, oder gar beiden die Bedingungen stellen könne." (Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 7. Juli 1863.)

hätten, sich über das zu verständigen, was ihnen bis zur Beschlußnahme des Bundes obliege". Noch am 8. April hatte Bismarck gegen Karolyi geäußert, er erachte den Charakter der Angelegenheit nicht für einen dem ganzen Bund gemeinsamen und dem angestrebten Ziele förderlichen. Und nun hatten sich Oesterreich und Preußen, die sich bis dahin fast feindlich gegenüber gestanden, bereits über gemeinschaftlich zu thuende Schritte verständigt, „welche die Solidarität Deutschlands in allen Stadien der Verhandlung zum Ausdruck bringen sollten". Graf Rechberg suchte Bismarck an patriotischer Gesinnung geradezu zu überbieten. Vor wenigen Wochen noch hatte er dem hannoverschen Gesandten Vorwürfe darüber gemacht, daß seine Regierung auf die Bundes-Versammlung eine Pression auszuüben suche, um sie zu energischen Schritten zu drängen, denn aus Rücksicht auf den Kaiser Napoleon wäre eine Aktion gegen Dänemark in dem gegenwärtigen Augenblick durchaus nicht opportun*). Jetzt legte er, um einem Abfall der Mittelstaaten von Oesterreich vorzubeugen und ohne sich an die Vorstellungen des französischen Gesandten zu kehren, in Kopenhagen energisch gegen den jüngsten dänischen Erlaß Verwahrung ein und veranlaßte Preußen, dasselbe zu thun. Wenige Tage später erfolgte die Ueberreichung identischer Noten an den Minister Hall.

Und nun kamen die Dinge in Frankfurt in einen rascheren Fluß. Am 23. April stellte Hannover am Bunde den Antrag, die königlich dänisch-holstein-lauenburgische Regierung aufzufordern, der Bekanntmachung vom 30. März keine Folge zu geben, vielmehr binnen sechs Wochen anzuzeigen, daß sie Einleitung getroffen habe, um die Herzogtümer Holstein, Lauenburg und Schleswig mit dem eigentlichen Dänemark in einem gleichartigen Verbande zu vereinigen — sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52, sei es auf Grundlage der großbritannischen Vorschläge vom 24. September 1862. Wenn aber das dänische Kabinett bei dem Erlaß vom 30. März beharre, so sollte nicht bloß zur Aufrechterhaltung der verletzten Rechte der Herzogtümer Schleswig und Holstein das Exekutions-Verfahren wieder aufgenommen, sondern auch „in Betreff des Herzogtums Schleswig alle geeigneten Mittel zur Anwendung gebracht werden, um die ihm durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte zu sichern".

Gegen diesen letzteren Passus erhob der Präsidial-Gesandte von Kübeck zuerst feierlich Protest. Daß der Bund seine Kompetenz auch

*) Depesche Stockhausens d. d. 23. März 1863.

auf Schleswig ausdehnen und eine internationale Angelegenheit an die vereinigten Ausschüsse überweisen wolle, schien ihm eine „formelle Abnormität". Dennoch gab er schließlich seiner Verwahrung keine Folge, und stimmte mit den übrigen dafür. Nur Holstein-Lauenburg und Luxemburg erklärten sich dagegen. Oldenburg hielt es sogar an der Zeit, sich schon jetzt von den Vereinbarungen von 1851/52 loszusagen, und behielt sich vor, in dem Sinne einen Antrag zu stellen*), der denn auch am 30. April eingebracht und gleichfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde.

In der ersten Beratung derselben, die zwei Tage nachher stattfand, ging es sehr lebhaft zu. Ganz besonders energisch trat der bayrische Bevollmächtigte v. d. Pfordten auf. Von einer Exekution riet er ab, denn die fremden Mächte würden deren Notwendigkeit in einem Augenblick, wo Dänemark hinsichtlich Holsteins weitgehende Konzessionen machte, nicht begreifen. Er hielt es sogar für besser, sich ganz von den Vereinbarungen von 1851/52 loszusagen und zu dem Zustande von 1846 zurückzukehren. Heimbruch befürwortete dagegen die Exekution, während Oesterreich und Preußen zwar derselben Ansicht zu sein schienen, aber eine auffallende Zurückhaltung beobachteten. Oesterreich beteiligte sich so wenig nachdrücklich an der Debatte, daß sich unschwer seine Absicht, unter keinen Umständen eine europäische Verwicklung heraufzubeschwören, erkennen ließ. Gegen diese Auffassung protestierte Heimbruch nachdrücklich. Er hielt dem Gesandten den ganzen Ernst der Lage und das ehrverletzende Verfahren der dänischen Regierung in so eindringlichem Tone vor, daß dieser die Deutung seiner Worte für ein Mißverständnis, und sich mit der eventuellen Exekution einverstanden erklärte**).

Es war ein großer Erfolg für die Politik Hannovers, daß Oesterreich und Preußen sich dessen Antrag, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, zu eigen machten. Namentlich verzichtete das Wiener Kabinett darauf, daß die Occupation Holsteins als Pfand erwähnt wurde***). Allein es kostete doch viele Mühe, und Wochen vergingen, ehe es gelang, die Ausschüsse dahin zu bringen, daß sie der Bundes-Versammlung die Annahme des Antrages empfahlen, (18. Juni 1863) — ohne trotzdem verhindern zu können, daß der englische Gesandte Sir Alexander Malet ver-

*) Bericht des hann. Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 23. April 1863.

**) Bericht Heimbruchs d. d. 25. April 1863.

***) Depesche Stockhausens d. d. 13. Mai 1863.

traulich Verwahrung einlegte*). Bismarck hatte sogar infolge einer dringenden Abmahnung des Lord John Russell**) am 7. Juni persönlich an den Großherzog von Oldenburg geschrieben und ihn vor den gefährlichen Komplikationen gewarnt, die die Verwerfung der Verträge von 1852 zur Folge haben würde. Er fürchtete, daß ein solcher Schritt England und Frankreich auf die dänische Seite herüberziehen werde. Selbst bei Rußland sei dies zu besorgen, wenn Deutschland sich zugleich von dem Londoner Protokoll über die Thronfolge lossage; — allein seine Vorstellungen hatten keinen Erfolg.

Vielmehr war die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation mit dem lahmen Auftreten des Bundestages höchst unzufrieden. Ganz besonders heftig äußerte sich die allgemeine Entrüstung über die schwächliche Politik Preußens. Der Ausschuß des Nationalvereins unter dem Vorsitz R. von Bennigsens sagte sich jetzt förmlich von Preußen los. Er erließ einen Aufruf an die Vereinsmitglieder, worin er die „von Europa verurteilte“ Politik Preußens in der polnischen Frage als eine solche bezeichnete, die die Ehre der Nation gefährdete und zugleich der bewaffneten

---

*) Die Ausschüsse empfahlen:

1. die dänische Regierung aufzufordern, daß sie binnen sechs Wochen die Verordnung vom 30. März zurücknehme und eine antraggemäße oder dem englischen Vorschlage vom 24. September 1862 entsprechende Gesamtverfassung in die Wege leite.
2. diesen Beschluß, soweit er Holstein betreffe, durch den dänischen Gesandten,
3. soweit er Schleswig betreffe, durch die großmächtlichen Gesandten mitzuteilen,
4. durch die Ausschüsse die im Weigerungsfalle nötigen Maßregeln beraten zu lassen. (Jansen-Sammer a. a. O. S. 86.)

**) „Her Majesty's Government have heard with much concern, that it is in contemplation, to consider in the Diet at Frankfort of a Federal execution in Holstein.

Without discussing the declaration of the King of Denmarck of the 30th of March they intrust You to say that it is very desirable not to add to the existing complications and dangers of Europe.

Austria and Russia declined in 1861 to negotiate on the affairs of Holstein without arranging those of Sleswig. But the affairs of Sleswig are matters of international concern and should be discussed with the utmost calmness and deliberation by the powers of Europe and cannot be decided by the Diet of Frankfort“ etc. (Erlaß des Lord John Russell an die britischen Gesandten in Wien und Berlin d. d. 27. Mai 1863.)

Einmischung des Auslandes die willkommenste Handhabe böte*). Sodann ward Bismarck beschuldigt, daß er vor dem einfachen diplomatischen Aufrechthalten unseres Rechts gegenüber der Anmaßung Dänemarks kraftlos zurückwiche. In Preußen erblickte der Ausschuß nicht mehr den „Schirmherrn, sondern den gefährlichsten Widersacher deutscher Interessen". „Heute, wie im Herbst 1860," so heißt es am Schluß, „ist es die gleiche Gesinnung, welche den Nationalverein beherrscht. Wenn aber diejenigen, die jetzt an der Spitze des preußischen Staats, vom eigenen Volke verurteilt, am Ruin der preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung des geeinigten Deutschlands greifen wollen, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen."

Auch der Beschützer desselben, der Herzog von Coburg, ging jetzt „avec armes et bagages" ins österreichische Lager über. Am 10. Juni traf er in Wien ein, um den dortigen Staatsmännern mit seinen Plänen über die Bundesreform unter die Arme zu greifen. Allein wenn auch die offiziösen Blätter sich in lobenden Ausdrücken über ihn ergingen, so hielt man sich am Hofe „innerhalb der Grenzen einer kühlen Höflichkeit". Auf seinen Wunsch, seinen intimen Ratgeber, den Staatsrat Francke, zur Kaiserlichen Tafel eingeladen zu sehen, ging man nicht ein, und da er selbst sich stets in fortschrittlichem Sinne äußerte, so mußte er gänzlich unverrichteter Sache wieder abreisen**).

Am 9. Juli 1863 wurde in Frankfurt der Antrag der vereinigten Ausschüsse mit 13 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben. Selbst der Bevollmächtigte Oldenburgs, obgleich er die Annahmen als „geradezu verhängnisvoll" bezeichnete, stimmte dafür, damit ein gemeinsamer Beschluß zu stande käme***). Was die beiden deutschen Großmächte für die Elbherzogtümer zu thun gedachten, klang allerdings nicht sehr imposant. Schon vorher hatte sich der österreichische Bundestags-Gesandte Baron Kübeck auf Rechbergs vertrauliche Instruktion in den Ausschüssen dafür aussprechen müssen, daß dem Bundes-Kommissär vorerst nur eine Eskorte

*) Vgl. den öffentlichen Erlaß des Ausschusses des Nationalvereins an die Vereinsmitglieder in der „Wochenschrift des Nationalvereins" Nr. 161 vom 31. Mai 1863.

**) Depeschen Stockhausens d. d. 11., 13. und 20. Juni 1863. Vergl. damit die eigene Erzählung des Herzogs in „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit" III. Teil S. 285 ff.

***) Bericht Heimbruchs d. d. 9. Juli 1863.

von etwa 1 Brigade beigegeben werde. Dabei sollte jedoch an Oesterreich und Preußen die Aufforderung gerichtet werden, eventuell eine Bundesarmee bereit zu halten.

Begreiflicherweise wünschte Hannover, welches in der Frage der Bundes-Exekution vorangegangen war, daß im Falle Dänemark diese geschehen ließe, ihm allein die Ausführung übertragen wurde. Auch erklärte es sich bereit, den Civil-Kommissär zu stellen. Oesterreich willfahrtete diesem Wunsche gern, allein, als Graf Karolyi ihn Bismarck gegenüber befürwortete, stieß er auf Widerspruch. Dieser meinte, Hannover habe immer weitergehende Absichten gehabt, und hielt es deshalb für zweckmäßiger, noch eine oder mehrere Regierungen bei der Exekution zu beteiligen*).

In Kopenhagen war man guten Muts. Niemand zweifelte mehr an englischer Hilfe, hatte doch Lord Palmerston am 23. Juli im Parlamente erklärt, die deutschen Ansprüche auf die Verbindung der beiden Herzogtümer seien erwachsen aus dem „Traume" einer deutschen Flotte und eines Kriegshafens in Kiel. Sollte aber Deutschland das kleine Königreich in seinem Bestande antasten, so sei er überzeugt, daß Dänemark nicht allein stehen werde. In denselben Tagen hatte der König Karl XV. von Schweden mit Frederik VII. Zusammenkünfte in Scodsborg und Malmö, wobei über eine Skandinavische Union verhandelt wurde, und im August kam es zu dem Entwurfe eines Bündnisses, worin Schweden sich verpflichtete, Dänemark im Falle der Bedrohung seines nördlich der Eider belegenen Gebiets durch eine deutsche Besetzung Holsteins mit 20 000 Mann zu Hilfe zu ziehen. Endlich war es der dänischen Regierung nicht entgangen, daß Oesterreich und Preußen „nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe" sich der Bundes-Aktion angeschlossen hatten. Sie besorgten offenbar, daß die Majorität, getragen von der öffentlichen Meinung, ohne ihre Beteiligung die Ruhe Europas gefährdende Beschlüsse fassen könnte, und sie verfolgten die Tendenz, den vereinbarten Maßregeln möglichst jeden bedrohlichen Charakter zu nehmen. Nicht einmal an die eventuelle Besetzung des Kronwerks bei Rendsburg und der sechs nördlich der Eider gelegenen holsteinischen Dörfer, die Dänemark im Jahre 1853 widerrechtlicher Weise mit Schleswig vereinigt hatte,

*) Instruktion für den Gesandten von Heimbruch d. d. 25. Juli 1863 und Berichte des Grafen Platen d. d. Berlin 3. und 4. August 1863. Hiernach sind die Angaben von Sybels (III. Teil S. 125 ff.) zu berichtigen.

wurde gedacht*). Insbesondere fühlte sich das Berliner Kabinett in seinen Entschließungen beengt. Bismarck wußte nicht, wie weit er in Wien auf Unterstützung in dieser Frage rechnen durfte. Vielmehr hatte die polnische Angelegenheit durch die scharfe Zurückweisung der zweiten Note Englands und Frankreichs, der sich Oesterreich abermals angeschlossen hatte, die Kriegsgefahr von neuem heraufbeschworen. Napoleon aber gab sich alle Mühe, Preußen als einen Gegner der Westmächte und als halben russischen Alliierten darzustellen und es in dieser Lage festzuhalten, um eventuell darüber herfallen zu können. Oesterreich war daher gezwungen, sich Preußen gegenüber kühl zu stellen, damit es nicht in den Ruf der Mitschuld geriete**). Vergeblich versuchte Bismarck, Rechberg zu einer persönlichen Zusammenkunft zu bewegen, um sich mehr Klarheit über die Situation zu verschaffen. Er sah aber doch so viel, daß er in seiner exponierten Lage gar nicht wagen durfte, sich im Norden in eine Aktion einzulassen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, von den drei verbündeten Mächten angegriffen zu werden.

In Wien hatte man mit innerer Befriedigung gesehen, wie Bismarck in seiner auswärtigen Politik Mißerfolg auf Mißerfolg erntete, und wie sich die öffentliche Meinung in Deutschland immer mehr von ihm abwandte. Man hielt daher den Zeitpunkt für günstig, um durch einen noch nicht dagewesenen kühnen Schritt die Bundesreform unter Dach und Fach zu bringen, bevor Preußen durch eine Aenderung in der politischen Konstellation seine Aktionsfreiheit wieder erlangte. Am 2. August überraschte der Kaiser Franz Joseph den König Wilhelm in Gastein durch die Mitteilung, daß er beabsichtige, alle deutschen Fürsten auf den 16. zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Frankfurt zu laden, um eine neue Bundesverfassung zu beraten und darüber Beschluß zu fassen. Aus wessen Kopfe der Gedanke ursprünglich hervorgegangen ist, läßt sich nicht mit Gewißheit entscheiden. Fast scheint es, als wenn Graf Blome nach der Fertigstellung der identischen Noten vom 2. Februar 1862 ihn zuerst angeregt hätte. Allein der Schriftsteller Julius Fröbel, ein Teilnehmer der Wiener Oktober-Revolution, der von dem Fürsten Windischgrätz zum Tode verurteilt, vor einigen Jahren aber von Schmerling angestellt war, um in der Presse für die österreichische Partei in Deutschland zu wirken, nimmt für sich das Recht der Priorität in An-

*) Bericht Heimbruchs d. d. Frankfurt 2. Oktober 1863.
**) Immediatbericht Zimmermanns d. d. 26. Juli 1863.

spruch. Er behauptet*), bereits im Sommer 1861 dem Minister eine Denkschrift überreicht zu haben, worin er den Plan eines deutschen Fürstentages unter Vorsitz des österreichischen Herrschers entwickelt hätte. Diese Denkschrift kam zur Kenntnis des Erbprinzen von Thurn und Taxis, der mit Feuereifer den Gedanken aufgriff und im Mai 1863 seinen Vertrauten, einen Freiherrn von Dörnberg, nach Wien entsandte, um seinen Schwager, den Kaiser Franz Joseph, dafür zu gewinnen. Der jugendliche Herrscher wurde von der Aussicht, als Nachfolger der römischen Kaiser in der alten Krönungsstadt im Kreise seiner erhabenen Bundesgenossen die Zukunft Deutschlands zu beraten, förmlich hingerissen. Er teilte den Plan jedoch vorläufig nur dem Referenten in deutschen Angelegenheiten Freiherrn von Biegeleben mit, der freudig zustimmte und sofort an die Ausarbeitung eines Reform-Entwurfes ging. Erst nachdem dieser fertig gestellt war, wurden Schmerling und Rechberg amtlich davon in Kenntnis gesetzt. Der erstere, der sich noch mit Stolz seiner einstigen Thätigkeit als Reichsminister in Frankfurt erinnerte und einer gewissen Popularität genoß, weil er die parlamentarische Verfassung in Oesterreich wieder hergestellt hatte, hielt die moralische Eroberung Deutschlands auf diesem Wege für möglich. Rechberg dagegen, den es tief verletzte, daß man ihn nicht früher ins Vertrauen gezogen hatte, widersprach lebhaft. Er betonte die völlige Aussichtslosigkeit des Unternehmens und bat um seine Entlassung. Allein der Kaiser lehnte sie ab. Er ließe sich von seinen Ministern den Stuhl nicht vor die Thüre setzen, sagte er, und Rechberg fühlte sich schließlich verpflichtet, zu gehorchen und an der Durchführung eines Planes teilzunehmen, den er von Anfang an bekämpft hatte. Er machte aber zur Bedingung, daß er und nicht Schmerling den Monarchen nach Frankfurt begleitete. Damit gab Franz Joseph eine große Chance des Gelingens aus der Hand; denn Schmerling's Name hatte weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus einen guten Klang, während Rechberg allenthalben als der Vertreter reaktionärer Tendenzen galt**).

Gewissermaßen war also die Ausführung des Projektes aus der eigensten Initiative des Kaisers hervorgegangen, und der Gedanke hatte „wegen des darinliegenden Elementes fürstlicher Solidarität in dem Kampfe gegen den parlamentarischen Liberalismus***)“ für den König

*) Julius Fröbel, ein Lebenslauf S. 252 ff.

**) Vgl. über diese Verhältnisse: Friedjung a. a. O. I. S. 54 ff.

***) Gedanken und Erinnerungen, a. a. O. I. Teil S. 339.

Wilhelm manches Verlockende. Aber in der Denkschrift, die ihm Franz Joseph am Morgen des 3. August übergab, war keine Rede von der gleichberechtigten Stellung im Bunde, auf die er Anspruch zu haben glaubte. Vielmehr ging daraus hervor, daß Oesterreich festhielte an den Grundsätzen der identischen Noten vom Februar 1862 und an dem Plane, der im Januar 1863 in Frankfurt abgelehnt war. Der Kaiser erklärte, er wolle ein Bundes-Direktorium und eine Delegierten-Versammlung mit lediglich beratender Stimme, sowie ein Bundesgericht in Vorschlag bringen, alles Dinge, gegen die Preußen bis jetzt immer Widerspruch erhoben hatte. Daran knüpfte er die Mahnung, daß das Berliner Kabinett von seiner der Stärkung des Bundes feindseligen Politik ablassen möge. Von Preußens Entschließungen allein hinge es ab, ob der Bund wieder die ihm im Rate Europas gebührende Stellung einnehmen solle.

Dennoch war dem Könige der Gedanke eines Kongresses aller deutschen Fürsten zur Beratung der nationalen Frage durchaus nicht unsympathisch. Auch nahm er an, daß der Kaiser ihn in seinen Plan in der Absicht eingeweiht habe, um das Projekt vor der Ausführung gemeinschaftlich mit ihm weiter zu erörtern. Er schrieb noch am Nachmittage desselben Tages ein Resumé nieder, in dem er seine Gedanken über die Angelegenheit zusammenfaßte. Darin gab er die Notwendigkeit einer Bundesreform zu, meinte aber, der Termin zur Berufung des Kongresses schiene ihm viel zu kurz. Seiner Ansicht nach wäre vielmehr eine beratende Minister-Konferenz der 17 Stimmen des engeren Rates der Bundes-Versammlung einer Zusammenkunft der Souveräne weit vorzuziehen. Eine solche könne nachher die Beschlüsse der ersteren sanktionieren. Auch gegen das Delegierten-Projekt und die Zusammensetzung des Bundes-Direktoriums erhob er Einwendungen.

Noch hatte der König dieses Resumé nicht abgesandt, da erschien am 3. August abends, nachdem sich der Kaiser bereits von ihm verabschiedet hatte, der Flügel-Adjutant Graf Fünfkirchen bei ihm, der ihm die vom 31. Juli datierte amtliche Einladung nach Frankfurt überbrachte. Er sah also, daß es auf eine Ueberrumpelung abgesehen gewesen war, und faßte daher die Hauptpunkte der Denkschrift in ein Privatschreiben an den Kaiser zusammen, in dem er sein Bedauern aussprach, daß er aus den entwickelten Gründen nicht im stande sei, der Aufforderung Folge zu leisten. Trotzdem Franz Joseph in einem verbindlichen Briefe vom 7. August seine Einladung wiederholte, beharrte der König bei seiner Ablehnung — und konnte es ohne besondere Gefahr thun, da er aus

dessen eigenem Munde wußte, daß er entschlossen war, von dem gemeinsamen Vorgehen gegen Rußland zurückzutreten, sobald die Westmächte darauf sännen, zu einem bewaffneten Angriff überzugehen*).

Nicht bloß in den offiziellen Kreisen Berlins teilte man die Ansicht des Königs. Die bittersten Vorwürfe über Oesterreich wurden geäußert. Man fand es unerhört, daß man in der Hofburg vor einer Verständigung mit Preußen den Termin des Fürsten-Kongresses festgestellt hatte. Zu lange war man gewohnt gewesen, „den eingebildeten besonderen Ansprüchen Preußens zuliebe jeden Gedanken an eine naturgemäße Befestigung und Entwickelung eines föderierten Deutschlands zu ertöten**)“, als daß man in dem überraschenden Vorgehen Oesterreichs etwas anderes gesehen hätte, wie das nackte Hervortreten seiner Suprematie- und Hegemonie-Gelüste. Graf Rechberg sprach offen aus, daß die Ablehnung Preußens „augenscheinlich nichts wie ein Versuch wäre, die Wirkung der Initiative Oesterreichs von vornherein zu brechen und dem Bundes-Prinzip durch das Schauspiel einer abermaligen wirkungslosen und in den bekannten Gegensätzen sich bewegenden Unterhandlung eine neue entscheidende Niederlage zu bereiten***).“ Einstimmig wurde daher in Berlin das durch das Wiener Kabinett gebotene ernste Paroli lebhaft bekämpft und im voraus verurteilt.

Anders war es in dem außerpreußischen Deutschland. Das Geheimnis des österreichischen Vorhabens war wunderbar gut bewahrt worden. Als dann aber mit einem Male die Nachricht die Lande durchflog, daß der Habsburgische Kaiserspresse die Bundesverträge in ihren Fundamenten für erschüttert erklärt habe, daß er selbst mit Vorschlägen hervortreten wolle, um dem „schlechthin chaotischen“ Zustande ein Ende zu machen, da wurden die Gemüter im Norden und Süden des großen Vaterlandes freudig ergriffen. Die Wiener „Presse“ erklärte, daß die von Oesterreich beabsichtigte Bundesreform „die kühnsten Erwartungen übertreffen, daß sie eine National-Vertretung mit vollem Inhalt“ gewähren werde. Dabei erinnerte sie daran, daß gerade vor 57 Jahren (6. August 1806) der Kaiser Franz die deutsche Kaiserkrone niedergelegt habe, und deutete an, daß es gar nicht so übel wäre, wenn sein Enkel sie jetzt

*) S. das Schreiben d. d. 4. August 1863 in Herzog von Koburg, a. a. O. III. Teil S. 302 ff. Danach ist der Bericht Sybels über die Gasteiner Verhandlungen (II. Teil S. 520 ff.) zu berichtigen bezw. zu ergänzen.

**) Bericht des Grafen Platen d. d. Berlin 13. August 1863.

***) Vertrauliche Cirkular-Depesche Graf Rechbergs an die deutschen Höfe d. d. 6. August 1863.

wieder aufnähme. Sogar der Nationalverein gestand, wenn auch widerwillig, zu, daß Oesterreich bei seinem Vorgehen alle Chancen für sich habe, wenn seine Reform-Vorschläge geeignet wären, „die öffentliche Meinung zu packen und zündend einzuschlagen in das einheits- und freiheitsbedürftige deutsche Volk*)“. Ihm stand „ein für allemal fest,“ daß sich der Kaiser durch Einbringung der Reform-Akte ein großes Verdienst um die deutsche Verfassungssache erworben habe. Ein Abgeordneten-Tag, der gleichzeitig mit dem Kongreß unter dem Vorsitze Bennigsen's in Frankfurt zusammenkam, sprach sich durchaus beifällig über das Vorgehen der Fürsten aus. Von hier aus schrieb der Ausschuß auf den 16. und 17. Oktober eine General-Versammlung aus, um „in einem Augenblicke, wo Preußens Einfluß und Preußens Kraft durch den innern Konflikt gelähmt sind“ und „wo der Kaiser von Oesterreich und alle übrigen deutschen Fürsten laut und offen vor der Nation die Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung bekennen,“ die deutsche Frage zur Beratung zu bringen. Für Preußen, auf das er früher seine Hoffnungen für Deutschlands Zukunft gesetzt hatte, wußte dagegen der Verein jetzt kaum genügend scharfe Ausdrücke zu finden, um sein Verhalten zu brandmarken. Nachdem er ihm „die vollkommenste Abwesenheit alles politischen Verstandes und daneben die verächtlichste Ohnmacht**)“ vorgeworfen hatte, erklärte er sogar: „Der heutige König von Preußen ist nächst Herrn von Bismarck ebenso, wie nach den Berliner Märztagen des Jahres 1848 Friedrich Wilhelm IV. nächst dem Fürsten Metternich, der unpopulärste Mann in Deutschland und wird sich in der öffentlichen Gunst — um keinen bezeichnenderen Ausdruck zu gebrauchen, — ebensowenig jemals wieder herstellen wie sein Vorgänger.“ (!!) ..... „Sturz des herrschenden Systems ist die Forderung, welche Deutschland an Preußen richtet. Und wenn das System untrennbar ist von König Wilhelm I., wenn es ihm unmöglich ist, sich und seine Ueberzeugung in Einklang zu bringen mit den Pflichten, welche die Lage Preußens und Deutschlands ihm auferlegen, — dann appelliert das deutsche Vaterland an das Gewissen des Königs, in welches noch niemand berechtigt ist, ein Mißtrauen zu setzen, und es fordert von ihm die Niederlegung der Krone in die Hände seines gesetzlichen Nachfolgers.“ ....

---

*) Wochenschrift des National-Vereins Nr. 173 d. d. 23. August 1863.

**) Wochenschrift des National-Vereins Nr. 174 d. d. 27. August und Nr. 176 d. d. 10. September 1863.

In auffallendem Gegensatz zu der jubelnden Begeisterung des Volkes stand die skeptische Auffassung, mit der die meisten deutschen Fürsten das kaiserliche Projekt begrüßten. „Die unleugbare Erfahrung, daß alle bisherigen Versuche zur Einigung Deutschlands gescheitert waren, erfüllte sie mit der bangen Vermutung, daß es auch dem neuesten nicht besser ergehen werde, als dem ersten*)." Namentlich der König Georg, dem die Einladung im Seebade Norderney zuging, verhehlte sich keinen Augenblick, daß der Versuch einer Bundesreform ohne Preußens Mitwirkung und wider Preußens Willen zu den verhängnisvollsten Erschütterungen in Deutschland führen mußte. Denn er wußte aus den Berichten seines Gesandten in Wien nur zu genau, daß der Gedanke des Fürsten-Kongresses durch die Absicht hervorgerufen war, vermittelst einer eklatanten Demonstration der deutschen Souveräne dem Prinzipe ihrer ferneren Selbständigkeit und Unabhängigkeit im Staatenbunde einen unzweideutigen Sieg über die entgegengesetzten Bestrebungen zu verschaffen, und diesen letzteren den Vorwand, als hätten sie nur das Wohl Deutschlands im Auge, unmöglich zu machen**).

Man war daher in der Hofburg von vornherein darauf gefaßt gewesen, Preußen gegen den Fürsten-Kongreß, der ihm den Boden seiner bisherigen Eroberungs-Politik zu entziehen drohte, auftreten zu sehen. Dazu fühlte sich der König Georg durch die schwere Rücksichtslosigkeit tief verletzt, die darin lag, daß man den Fürsten die Grundlagen der Beratung nicht vorher mitgeteilt hatte. Auch verhehlte er sich keineswegs das Gewicht der Motive, welche den König von Preußen zur Ablehnung bewogen hatten, und er fühlte durchaus keine Neigung, sich um Oesterreichs willen mit seinem mächtigen Nachbar zu verfeinden. Allein der Aufforderung, dessen Beispiel Folge zu leisten, die ihm durch eine preußische Cirkular-Depesche vom 7. August zuging, konnte er sich nicht entschließen, nachzukommen. Die Bundespflicht sowohl, als das Gebot der Höflichkeit schrieben ihm vor, die Einladung anzunehmen. Auch der spätere Versuch Bismarcks, Hannover von der Beteiligung an der deutschen Bundes-Reform zurückzuschrecken, hatte keinen Erfolg***).

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. S. 305.

**) Vertraulicher Bericht Stockhausens d. d. 8. August 1863.

***) Prinz Ysenburg wurde beauftragt, von Graf Platen eine „offene und entschiedene Erklärung" darüber zu erbitten, „ob, nachdem S. M. der König die durch das betreffende P. M. motivierte Einladung des Kaiserlichen Hofes angenommen, die Kgl. hannoversche Regierung die vertragsmäßigen Bundespflichten rückhaltlos anerkenne oder nicht." (Vertraulicher Erlaß Bismarcks an den Prinzen Ysenburg d. d. 26. Aug. 1863.) „Die

Am Sonnabend, den 15., Abends 11 Uhr traf König Georg in Frankfurt ein und nahm sein Quartier im „Russischen Hofe“. In Guntershausen waren der König von Sachsen und die Großherzoge von Oldenburg und Sachsen-Weimar mit in seinen Waggon gestiegen. In seiner Begleitung befanden sich außer den Flügel-Adjutanten der Generallieutenant Wehner, der Minister Graf Platen und der Staatsrat Zimmermann; — einige Tage später ließ er noch den Assessor Meding nachkommen. Der Glanz seines Auftretens erregte das allgemeinste Aufsehen. Lakaien in scharlachroten Livreen füllten die Korridore des Hotels und auf den Treppenstufen standen die Leibhusaren des Königs in ihrer prachtvollen Uniform. Wenn aber seine mit den eigenartigen mausegrauen Pferden bespannte Gala-Equipage in den Straßen sichtbar wurde, blieben alle Passanten stehen, um den ungewohnten Anblick nicht zu versäumen.

Alle Häuser, in denen die verschiedenen Fürsten absteigen wollten, hatten sich festlich mit Wappen und Guirlanden geschmückt. Das hauptsächlichste Interesse aber konzentrierte sich begreiflicherweise auf den Kaiser. Schon, als er die Reise nach der alten Krönungsstadt antrat, schlugen alle Herzen dem ritterlichen Fürsten entgegen und begleiteten ihn mit frohen Hoffnungen, während unterwegs bei jedem Halt ungezählte Menschenmassen ihn mit jubelnden Zurufen begrüßten. Die Stadt Frankfurt hatte zu seinem Empfange wahrhaft großartige Vorbereitungen getroffen. Vor allem prangten diejenigen Straßen, welche er auf seiner Fahrt nach dem zu seiner Residenz erkorenen Bundes-Palais an der Eschenheimer Gasse passieren mußte, im prachtvollsten Schmuck von Fahnen, Blumen und Teppichen. Als nun aber am Morgen des 15. August an dem Flaggenstocke des Portals langsam das so lange verpehmte schwarzrotgoldene Banner emporstieg und im frischen Winde flatterte, brach ein unermeßlicher Jubel los. Immer dichter wurde die Menge, welche die Straßen durchwogte, und auf der Promenade nach dem Main-Neckar-Bahnhofe zu war die Menschenmauer geradezu undurchdringlich. Und als dann der Kaiser in seiner einfachen grauen Generals-Uniform elastischen Schrittes dem Waggon entstieg, brauste ihm ein tausendstimmiges Willkommen entgegen und in das jubelnde Hochrufen des Volkes mischten sich die Klänge der österreichischen National-Hymne.

Königliche Regierung glaubt nicht“, erwiderte Graf Platen, „daß aus Verhandlungen mit deutschen Regierungen über eine Bundesreform gefolgert werden könne, daß sie den Rechtsboden des Bundesvertrages aufzugeben beabsichtigt“. (Depesche des Grafen Platen d. d. 7. Sept. 1863.)

Die deutschen Fürsten hatten sich fast vollzählig eingefunden. Außer dem König von Preußen fehlten nur der Herzog von Anhalt=Bernburg, der bereits auf dem Totenbette lag, der 80jährige Landgraf von Hessen=Homburg, der minderjährige Fürst von Reuß ä. L. und der Fürst von Lippe=Detmold. Der alte König von Württemberg ließ sich indes durch den Kronprinzen vertreten und statt des Königs der Niederlande erschien der Prinz Heinrich. Einen besonders wohlthuenden Eindruck machte es, daß auch alle die Fürsten, die auf Preußens Seite standen, der Einladung gefolgt waren. Sogar der Schwiegersohn des Königs Wilhelm, Großherzog Friedrich von Baden, war gekommen.

Die Gewandtheit und Sicherheit, mit der der Kaiser Franz Joseph die Verhandlungen eröffnete und leitete, erweckte von neuem die Hoffnung, daß die große deutsche Frage dennoch ohne Schwertstreich und Bruderkrieg gelöst werden könnte. Durch sein überlegenes und sicheres Auftreten zeigte er sich als den Meister in der Behandlung parlamentarischer Geschäfte. Ihm stand der König von Sachsen mit seiner reichen Erfahrung auf diesem Gebiete treu zur Seite, und „die ausgezeichnete vertrauenerweckende Art, wie Franz Joseph den deutschen Fürsten in diesem großen Momente seines Lebens entgegentrat, entwurzelte von vornherein jeden Versuch, Mißtrauen in die Versammlung hineinzutragen*)". Selbst die Unentschlossenen riß er durch den Zauber seiner Persönlichkeit mit sich fort, und alle gewannen die Ueberzeugung, daß sie die Stadt nicht verlassen dürften, ohne daß wenigstens etwas erreicht sei.

Am Montag, den 17. August, vormittags 11 Uhr fand die erste Sitzung des Kongresses statt. Eben waren die Fürsten erwartungsvoll im Sitzungssaale des Bundes=Palais versammelt, da öffneten sich die Flügel der Eingangsthür und der Kaiser erschien. Er trug die große österreichische Generals=Uniform, mit dem breiten grünen Band des St. Stephans=Ordens und dem goldenen Vließ. Nach einer kurzen Begrüßung seiner hohen Verbündeten nahm er an dem mächtigen runden Tische in der Mitte des Saales Platz. Rechts neben ihn setzte sich der König von Bayern, links der König von Sachsen, nachdem er den König Georg auf einen Sessel zur Seite des Königs Max geleitet hatte. Es war ein ernster, feierlicher Moment, als der Kaiser sich sodann erhob und mit voller und vernehmlicher Stimme die bekannte Begrüßungsrede ablas**), worin er seinen erhabenen Bundesgenossen seinen Dank für ihr

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. S. 306.

**) S. dieselbe in Herzog von Coburg a. a. O. III. S. 308 ff.

bundesfreundliches Entgegenkommen aussprach, und ihnen den Inhalt der unter seiner unmittelbaren Leitung ausgearbeiteten Reform-Akte kurz mitteilte, von der ihnen gleichzeitig ein vollständiger Abdruck überreicht wurde. „Durchlauchtigste Brüder und Vettern! Sehr liebe Bundesgenossen!“ so fuhr er fort: „Wie Sie mit mir die erhebenden Eindrücke dieses Augenblickes teilen, so teilen Sie auch mein tiefes Bedauern darüber, daß Preußen nicht unter Uns vertreten ist, eine große Genugthuung Unseren heiligsten Wünschen fehlt!“ Und dann nach einer kurzen Pause: „Es ist mir versagt geblieben, den König Wilhelm von Preußen zu bewegen, Unserem Einigungswerk seine persönliche Mitwirkung zu gewähren. Im Grundsatze hat sich der König nicht gegen eine Fürsten-Versammlung erklärt, sondern nur geglaubt, daß Beratungen Unserer Minister einer solchen vorangehen sollten .... Von Uns, die wir hier erschienen sind, hängt es nunmehr ab, zu beweisen, daß für Uns die Frage der Erneuerung des Bundes reif ist, daß in Unsern Gemütern der Entschluß, die deutsche Nation nicht länger die Mittel zu höherer politischer Entwickelung entbehren zu lassen, feststeht. Einigen Wir Uns, um des unberechenbar wichtigen Ganzen willen leicht und rasch über das Einzelne! Wahren Wir bundestreu in allem den Platz, der dem mächtigen Preußen gebührt! Und hoffen Wir zu Gott, daß das Beispiel Unserer Eintracht mit siegender Gewalt auf alle deutschen Herzen wirke!“

Der König Maximilian, dessen kränklich blasses, leidendes Gesicht deutlich die große Erschöpfung verriet, mit der er kämpfte, sprach mit leiser, fast tonloser Stimme einige warm empfundene Worte der Anerkennung aus, für die bundestreuen und vaterländischen Gefühle, aus denen die kaiserliche Einladung hervorgegangen: „Das Ziel, nach dem wir ringen“, sagte er, „ist uns klar, sind auch die Wege noch nicht geebnet und teilweise verhüllt.“

Innerhalb des tiefen Schweigens, das seiner Rede folgte, erhob sich der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und stellte den Antrag, aus der Mitte der versammelten Souveräne dem Könige von Preußen den gemeinsamen Wunsch zu übermitteln, daß er sich doch noch zu einer persönlichen Teilnahme an der Konferenz entschließen wolle. Sein Vorschlag, ihm durch eine Abordnung ein von sämmtlichen hohen Teilnehmern an der Konferenz unterzeichnetes Einladungsschreiben überbringen zu lassen, fand allgemeinen Beifall. Ueber dessen Form und Inhalt aber erhob sich eine lebhafte Diskussion. Der König von Sachsen hielt es für nötig, darin besonders zu betonen, daß die versammelten Fürsten die

vom Kaiser von Oesterreich vorgelegte Reform-Akte für eine entsprechende Basis der Beratungen erachtet hätten. Nur unter der Voraussetzung, daß auch in dem Falle einer ablehnenden Antwort des Königs von Preußen die Fürsten sich nicht abhalten ließen, die Verhandlungen auf Grund jener Vorschläge fortzusetzen, wollte er dem Antrage zustimmen. Damit waren die Könige von Bayern und Hannover, sowie der Kronprinz von Württemberg völlig einverstanden. Aber von anderer Seite, namentlich vom Großherzog von Baden und dem Herzoge von Coburg, erhob sich lebhafter Widerspruch. Allein die Besorgnis, daß sich die Versammlung von vornherein in zwei Lager spalten würde, bewirkte schließlich, daß man den König Johann mit der Abfassung des Schreibens in seinem Sinne und mit dessen Ueberbringung beauftragte. Dem Könige Georg schien es nicht angemessen, solange der definitive Entschluß des mächtigen Bundesgliedes noch ausstand, im Plenum zu beraten, und alle Souveräne stimmten ihm zu. Nur um das Schreiben zu verlesen und es von sämtlichen Fürsten unterzeichnen zu lassen, wurde noch am selben Nachmittage eine zweite Sitzung abgehalten.

Abends 6 Uhr gab sodann die Stadt Frankfurt den anwesenden Souveränen in dem altehrwürdigen Römersaal ein prunkvolles Bankett. Seit den Tagen der entschwundenen Römisch-Deutschen Kaiserherrlichkeit hatte noch kein Herrscher aus dem Hause Habsburg eine so vollzählige Korona von deutschen Fürsten um sich versammelt gesehen, seit jenen Tagen, wo:

. . . . „Alle die Wähler, die sieben,
Wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt,
Umstanden geschäftig den Herrscher der Welt,
Die Würde des Amtes zu üben.“

Eigentümliche Gefühle mögen die Brust Franz Josephs durchwogt haben, als man ihm in dem alten Rats- und Wahlzimmer den mit Perlen und Edelsteinen verzierten Krönungs-Ornat von purpurroter Seide und die violetten Seidenschuhe zeigte, mit denen die Kurfürsten so viele seiner Vorfahren nach der Wahl bekleidet hatten. Wohl mag ihm der geheime Wunsch gekommen sein, wie sie hinausgeführt zu werden auf den kleinen Söller, wo sich die erwählten Römischen Kaiser zum erstenmal in vollem Schmuck mit Krone und Scepter dem Volke zu zeigen pflegten. Und dieser Traum hätte vielleicht zur Wirklichkeit werden können, wenn dem Kaiser ein Ratgeber von der rücksichtslosen Energie des Fürsten Schwarzenberg oder — Bismarck's zur Seite gestanden

hätte. „Wäre 1862 Bismarck in der Wiener Staats-Kanzlei und Rechberg in der Wilhelmstraße am Ruder gewesen", meint Graf Vitzthum*), „so würde er in Böhmen, Tyrol und Vorarlberg einige Armeecorps aufgestellt und dann erst den Kaiser veranlaßt haben, nach Frankfurt zu gehen. Dort hätte er Mittel und Wege gefunden, die Könige von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg zu bestimmen, Franz Joseph die deutsche Kaiserkrone anzubieten und sich in Frankfurt krönen zu lassen .... Bei den damaligen Zuständen in Preußen würde dieser Schritt eine unwiderstehliche Anziehungskraft geäußert haben."

In dem alten weiten Römersaale, dessen Thüren sich heute nach siebzigjähriger Verschlossenheit zum erstenmal wieder öffneten, aber blickten die Bilder der Karolingischen, Sächsischen, Fränkischen, Hohenstaufischen und Habsburgischen Kaiser ernst herab auf die Epigonen der alten Kurfürsten und Fürsten an der großen von Gold, Silber und Krystall schimmernden Tafel. Draußen auf dem Römerberge hatte vorher eine unzählige Menschenmenge schon stundenlang der Anfahrt der Fürsten geharrt, die wetteifernd im Glanz der Equipagen und Livreen in fast ununterbrochener Reihe an dem Portale des Römers vorfuhren. Alle wurden mit lautem Jubel begrüßt, ganz besonders aber der Herzog von Coburg, obgleich er sich bei der Auffahrt nur der bescheidenen Equipage seines Wirtes bediente. Sein Auftreten während des vorigjährigen großen Schützenfestes hatte ihm den Ruf besonders volkstümlicher Gesinnung eingebracht und erweckte jetzt die lärmende Begeisterung der zahlreich aus Sachsenhausen herbeigeströmten Demokraten. Als dann aber der Kaiser selbst im einfachen zweispännigen Wagen herangefahren kam und, von den beiden Bürgermeistern am Portale begrüßt, durch die Reihe der Senatoren die mit Teppichen belegte Treppe zum Bankettsaale emporstieg, da erzitterte die Luft von dem tausendstimmigen Jubelruf, der ihn empfing. Zwar prangte auf der Festtafel das „quartier de boeuf historique", allein draußen wurde kein Krönungs-Ochse unter dem Volke verteilt; der altertümliche Springbrunnen spendete nicht wie in früheren Zeiten aus seinen sieben Röhren roten und weißen Wein, kein Erbschatzmeister ritt auf stolzem reichgeschmückten Rosse in das Gedränge und streute aus wohlgefüllten Satteltaschen Gold- und Silbermünzen freigebig aus; trotzdem aber wartete die Menge geduldig bis zur Abfahrt der Fürsten, die sie abermals mit begeisterterten Ovationen begleitete. Dann strömte

*) Graf Vitzthum „St. Petersburg und London" II. T. S. 200 ff.

alles nach dem Main, um das prachtvolle Schauspiel des großen Feuerwerkes zu genießen, das auf dem linken Ufer gegenüber der Villa des ehemaligen Kurerzkanzlers abgebrannt werden sollte. Von hier aus sahen die Souveräne dem zauberhaft schönen Bilde zu. Unzählige Raketen und Leuchtkugeln stiegen an dem dunklen Himmel empor. Dann erglänzten die beiden Mainbrücken tageshell in bengalischem Lichte und die Stadt mit dem alten Dome trat klar und hell aus dem Dunkel der Sommernacht hervor. Zum Schluß sollte die gewaltige Riesengestalt der Germania mit dem Schwert in der Rechten im Brillantlichte erscheinen. Allein durch einen unglücklichen Zufall fing die Figur Feuer und sank mit einem donnerähnlichen Krach in sich selbst zusammen — für abergläubische Gemüter ein böses Omen.

Als der greise Sendbote der Fürsten am 20. August nachmittags in Baden=Baden ankam, war der König Wilhelm noch nicht da. Er hatte auf seiner Rückreise von Gastein einen Abstecher nach Wildbad gemacht, wo sich seine Schwägerin, die Königin=Witwe Elisabeth, damals zur Kur aufhielt, und traf daher erst einige Stunden später ein. Auf der Fahrt durch Süddeutschland war er Zeuge der allgemeinen gewaltigen Begeisterung gewesen, die die That des Kaisers Franz Joseph hervorgerufen, und die über jedes Erwarten zahlreiche Beteiligung der Souveräne an der Konferenz hatte ernste Zweifel in ihm erweckt, ob er recht gethan, sich allein der Beratung fern zu halten. Schon in München hatte ihm die Königin Marie lebhaft zugeredet, doch nach Frankfurt zu gehen, und seine Schwägerin bestürmte ihn gleichfalls mit Bitten in demselben Sinne, da er doch für Preußens Interessen und Deutschlands Zukunft am wirksamsten inmitten seiner fürstlichen Bundesgenossen eintreten könne. Bismarck, der ihn an seinem ursprünglichen Entschluß festzuhalten suchte, hatte daher einen schweren Stand. Dennoch gelang es ihm auf der Fahrt von Wildbad nach Baden=Baden, seinen königlichen Herrn durch die Drohung des Rücktrittes abermals von der Notwendigkeit des Fernbleibens zu überzeugen.

Um so unangenehmer war daher seine Ueberraschung, als sie in Baden=Baden den König Johann vorfanden, der die Kollektiv=Einladung der Fürsten überbringen sollte. Das war auch der Grund, weshalb Bismarck den Minister von Beust, der seinen hohen Herrn begleitete und mit dem er sonst auf freundschaftlichem Fuße stand, äußerst unwirsch anließ. „Sie kommen, uns ins Verderben zu reißen — wird Ihnen nicht

gelingen", so empfing er ihn*). Und als Beust ihm klar zu machen suchte, daß der König sich dadurch nichts vergäbe, wenn er inmitten der Fürstenversammlung erschiene, dort erklärte, daß er wegen seines Gesundheitszustandes um Aufschub der Beratungen bitten müsse, und daß der Kongreß sich dann unfehlbar sofort auflösen würde, wies ihn Bismarck mit der Ausrede zurück, daß das, was er sagte, zwar möglich, aber nicht gewiß sei. „Vertrauen habe ich zu Ihnen gar nicht mehr, seitdem Sie die Leipziger Rede" — er hatte auf dem allgemeinen deutschen Turnfeste seine Sympathie für die Einheitsbestrebungen der verschiedenen nationalen Parteien offen ausgesprochen — „gehalten haben", setzte er hinzu. Dann eröffnete er ihm, daß der König über den Besuch seines Herrn sehr ungehalten sei: „Hätte man mir wenigstens meinen Schwiegersohn geschickt, dem würde ich den Kopf gewaschen haben, aber nun schickt man mir noch den ehrwürdigen König von Sachsen!" habe er gesagt.

In der That brachte die Ankunft des greisen Wettiners eine große Verlegenheit für den König Wilhelm, dem er am nächsten Morgen den österreichischen Reform-Vorschlag übergab. Der Entschluß, die Einladung „von dreißig regierenden Herren, die einen König als Kourier entsandt hatten", abzulehnen, wurde ihm unendlich schwer. Gegen Mitternacht erst errang Bismarck seine Unterschrift für die Absage**), mit der der königliche Unterhändler und sein Minister unverzüglich in einem Separatzuge nach Frankfurt zurückkehrten. Noch einmal war es also Bismarck gelungen, die Bedenken seines Königs siegreich zu überwinden, aber als er nach der aufregenden Besprechung in seine Wohnung zurückkehrte, machte sich der mühsam zurückgehaltene Groll darüber, daß man versucht hatte, die Wege seiner Politik zu durchkreuzen, in wahrhaft urwüchsiger Weise Luft. Die Klinke der Thüre zerbrach unter seinem wuchtigen Griff, als er das Audienzzimmer verließ, und erst nachdem er in seinem Gemach einen auf dem Tische stehenden Teller mit Gläsern zerschmettert hatte, wurde er wieder ruhig***).

In der Zwischenzeit hatten die Fürsten Muße gehabt, die Kaiserliche Reform-Akte eingehend zu prüfen, aber allgemeine Billigung fand sie nirgends. Nur darüber waren alle einig, daß ein resultatloses Auseinandergehen ein unheilvolles Ereignis sein würde, daß daher etwas

*) Vgl. auch für das folgende. Graf Beust „Aus dreiviertel Jahrhunderten" I. T. S. 382 ff.

**) „Gedanken u. Erinnerungen" a. a. O. I. T. S. 340.

***) Friedjung a. a. O. I. T. S. 83.

geschehen müsse, um die Erwartungen des deutschen Volkes wenigstens einigermaßen zu befriedigen.

Dennoch trat schon am 22. August in der dritten Sitzung des Kongresses, in der der Artikel 1 des Entwurfs „von der Erweiterung der Bundeszwecke" zur Beratung stand, der Gegensatz der Auffassungen in ganzer Schärfe hervor. Es galt zunächst, die Vorfrage zu erledigen, in welcher Weise über die zur Diskussion gebrachten Punkte des Reform-Entwurfs entschieden werden sollte. Graf Rechberg hatte in einer Denkschrift 12 besonders wichtige Artikel zu schleuniger Beratung und Beschlußfassung durch die Fürsten selbst hervorgehoben und anheim gegeben, die übrigen demnächst in Minister-Konferenzen zu erledigen. Allein der Großherzog von Baden war diesem Plane durchaus abgeneigt. Namentlich bekämpfte er die Ansicht, daß die Fürsten persönlich verpflichtet wären, an den Punkten festzuhalten, welche von der Versammlung vereinbart werden würden. Dadurch hoffte er, jede einzelne Bestimmung der Reform-Akte zu Falle bringen zu können, während der König von Sachsen sich für seine Person an die Aussprüche der Majorität von vornherein für gebunden erklärte. Auch die meisten anderen waren bereit, die eigene Ansicht derjenigen der Mehrheit unterzuordnen, wenn sie auch die Abstimmungen über die einzelnen Artikel zunächst nur als vorläufige betrachten wollten.

So konnte man denn ohne weiteres zur Beratung der Vorschläge selbst übergehen, und es zeigte sich bald, daß der Kaiser, der während des ganzen Verlaufs der Sitzungen seines Präsidial-Amts in umsichtiger und energischer Weise waltete, für seine Vorlage auf eine sichere Mehrheit rechnen konnte. Dieser stand bei den meisten Fragen eine Minorität von nur vier bis fünf Fürsten gegenüber, der außer den nächsten Verwandten des Königs Wilhelm*) noch der Großherzog von Oldenburg und die Fürsten von Waldeck und Reuß j. L. angehörten. Der Herzog von Coburg nahm meistens eine vermittelnde Stellung ein und brachte sich dadurch selbst in Verlegenheiten und Widersprüche mancherlei Art**).

---

*) Der Großherzog von Baden war der Schwiegersohn, der Großherzog von Weimar der Schwager und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin der Neffe des Königs.

**) Der König Wilhelm machte zu einem Briefe des Herzogs an den Kaiser, dessen Abschrift er ihm vorlegte, die eigenhändige Bemerkung: „Das Schreiben an den Kaiser beweist, daß der eingefangene Herzog von Coburg gern aus der Schlinge heraus möchte, es aber ohne Preußen nicht vermag." (Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 357.)

Ohne besondere Schwierigkeiten gelangte denn auch der Artikel 1 des Entwurfs zur Annahme. Damit wurde der Bundeszweck durch die Befugnis erweitert, gemeinnützige Einrichtungen aller Art seiner Verwaltung und Gesetzgebung zu unterstellen. Freilich erhob in der nächsten Sitzung — am 24. — der Großherzog von Baden nachträglich Einsprache gegen den Beschluß mit der Erklärung, daß er die Bestimmungen der Bundes-Akte und der Wiener Schlußakte denjenigen der Vorlage weit vorziehe!! —

Schwieriger war es, über den Artikel 2 „Neue Organe des Bundes" und den Artikel 3 „Das Direktorium betreffend" eine Einigung zu erzielen. Die vorgeschlagene Zusammensetzung dieses letzteren war allerdings eigentümlich genug. Es sollte aus fünf Mitgliedern gebildet werden, unter denen Bayern, das nur ein Armee-Corps zum Bundesheer stellte, gleichberechtigt neben Oesterreich und Preußen mit ihren je drei Armee-Corps stehen sollte. Ueber die Wahl der beiden letzten Mitglieder hatten sich die am 8., 9. und 10. Armee-Corps beteiligten Souveräne zu verständigen, und zwar war der Wahlmodus in der Weise geordnet, daß die betreffenden Regierungen aus ihrer Mitte je ein Direktorial-Mitglied für eine Periode von sechs oder nach Umständen von drei Jahren wählten, und abwechselnd in jedem dritten Jahr die Vertretung eines dieser Corps im Direktorium ruhte*)". Begreiflicherweise waren die Könige von Sachsen, Württemberg und Hannover über diese Einrichtung, die sie mit den kleinen und kleinsten Fürsten auf eine Stufe gestellt haben würde, nicht sehr erfreut. Denn es lag vollkommen im Bereich der Möglichkeit, daß z. B. die Stimmführung für das 10. Armee-Corps dem Großherzog von Oldenburg oder auch dem Fürsten von Schaumburg-Lippe übertragen wurde, während Hannover das Recht hatte, dessen Befehlshaber zu ernennen. Daß der König Georg in dieser Anordnung eine kränkende Degradierung sah, kann man ihm wahrlich nicht verdenken, und sein Ausruf: „Will uns denn Oesterreich kaput machen?**)" entbehrte um so weniger der Berechtigung, da der Kaiserstaat sich durchaus nicht bereit zeigte, auch nur das Geringste von seinen eigenen Ansprüchen zu opfern.

Bei dieser Sachlage kam es in der vierten Sitzung am 24. August zu ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen. Der König von Hannover hatte sich bei einer Vorbesprechung mit dem Könige von Sachsen über einen von diesem in der nächsten Plenarsitzung einzubringenden Vorschlag

*) Graf Beust a. a. O. I. T. S. 236.

**) Graf Beust a. a. O. I. T. S. 329.

geeinigt, wonach das Direktorium aus sechs Mitgliedern bestehen sollte*). Die Stellung Oesterreichs, Preußens und Bayerns blieb darin unverändert; während die drei anderen Könige alternierend vertreten sein und die sieben Großherzöge mit dem Kurfürsten ebenso wie die übrigen Bundesmitglieder auf drei Jahre einen Vertreter in das Direktorium entsenden sollten. In der Zwischenzeit aber hatte sich der König Georg offenbar anders besonnen. Ihm schien seine Souveränetät durch das Zugeständnis von nur einer Drittel-Stimme im Direktorium nicht genügend gewahrt. Er brachte deshalb in der Sitzung für die Wahl eines fünften oder siebenten Direktions-Mitgliedes ein System in Vorschlag, dessen komplizierte Form unschwer die Urheberschaft Zimmermanns erkennen ließ, rief damit aber eine Menge so gereizter Einwendungen hervor, daß er seinen Antrag zurückzog. Dennoch bedurfte es des persönlichen Eintretens des Kaisers von Oesterreich, der mit kräftigen Worten an die Friedensliebe und Opferwilligkeit der Fürsten appellierte, um die überwiegende Mehrzahl zu bewegen, daß sie ihren Widerspruch gegen den sächsischen Vorschlag fallen ließen. Nur die Großherzöge von Baden und von Mecklenburg-Schwerin blieben bei ihrem gegenteiligen Votum, und man beschloß, die Vermittlung dieser Gegensätze einem besonderen Komitee zu übertragen**).

Dann ging man an die Beratung des wichtigsten aller Punkte der Reform-Akte, des Artikels 5, der von dem Vorsitz im Direktorium und im Bundesrate handelte. Oesterreich hatte sich diesen vorbehalten, während es Preußen nur die Stellvertretung zuerkennen wollte. Daß man in Abwesenheit des Königs Wilhelm über diese Frage nicht wohl einen endgiltigen Beschluß fassen konnte, lag auf der Hand. Man setzte daher auf den Antrag des Königs von Sachsen die Beratung über den betreffenden Abschnitt des Artikels 5 vorläufig aus, der dann mit Hinweglassung dieser ersten und wichtigsten Bestimmung ohne weitere Einwendungen angenommen wurde.

In der nächsten Sitzung, am Dienstag, den 25. August, stand das im Januar abgelehnte Delegierten-Projekt zur Verhandlung. Dazu hatte der Herzog von Coburg einen Antrag eingebracht, welcher zwischen der österreichischen und preußischen Auffassung vermitteln sollte. Allein sein fein ausgesonnener Plan, wonach die von den deutschen Staaten zu entsendenden Abgeordneten zur Hälfte aus den Vertretungskörpern, zur

---

*) König Johann von Sachsen an den König von Hannover d. d. 17. Oktober 1863.

**) Vgl. auch für das Folgende Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 324 ff. und die Sitzungsprotokolle.

Hälfte aus Volkswahlen hervorgehen sollten, fand bei den übrigen Fürsten keinen Anklang. Nicht einmal der Großherzog von Baden wollte sich dafür aussprechen. König Johann und Georg V. aber wiesen mit scharfen Worten die „demokratischen Gelüste" des Coburgers zurück. Ebenso wurden alle Anträge auf eine öftere Berufung der Delegierten als in einem dreijährigen Turnus abgelehnt.

Immer deutlicher trat bei den folgenden Sitzungen die Absicht Oesterreichs hervor, seinen Einfluß im Bunde nicht bloß zu erhalten, sondern zu vergrößern. Besonders ergab sich das aus der Fassung des § 8 der Reform-Akte, welche sich auf Krieg und Frieden bezog. Um ähnlichen Vorkommnissen wie im Jahre 1859 vorzubeugen, sollte, so hieß es in dem Entwurf, auf Antrag des Direktoriums der Bundestag mit einfacher Mehrheit über die Beteiligung an dem Kriege in dem Falle entscheiden, wo ein Bundesstaat wegen seiner außerhalb des Bundesgebiets belegenen Besitzungen in einen Konflikt mit einer auswärtigen Macht geriete. Diese Bestimmung war um so seltsamer, da, wenn die Gefahr eines Angriffes auf den Bund einträte, oder das europäische Gleichgewicht in einer den Bund gefährdenden Weise bedroht erschiene, das österreichische Projekt für die förmliche Kriegserklärung eine Majorität von zwei Dritteln verlangte. Preußen konnte also eintretenden Falls im Direktorium überstimmt und gezwungen werden, gegen seinen Willen und seine eigenen Interessen einen Krieg für österreichische Zwecke zu führen. Auch für die übrigen Bundesstaaten waren die österreichischen Vorschläge höchst bedenklich und ein sächsisch-nassauischer Antrag, wonach für beide Fälle eine Zweidrittel-Majorität festgesetzt wurde, fand daher allgemeinen Anklang*).

Trotz aller Schwierigkeiten war man indes am Sonnabend, den 29. August, zu einem gewissen Abschluß der Beratungen über die Reform-Akte gelangt. Graf Rechberg glaubte daher über die zahlreichen von allen Seiten gemachten Vorbehalte einfach zur Tagesordnung übergehen und die wichtigsten und entscheidendsten Punkte in einer Schlußabstimmung erledigen zu können. Die weniger belangreichen Detailfragen wollte er einer demnächstigen Minister-Konferenz überweisen. Mit diesem Vorschlage erklärten sich die Könige von Bayern, Sachsen und Hannover einverstanden. Sie legten, wie der Kaiser, besonderen Wert darauf, daß das in Frankfurt erreichte Einverständnis Preußen gegenüber nicht durch eine Reihe von

---

*) Protokolle der Verhandlungen des Fürstentages.

Vorbehalten kompromittiert erscheinen dürfe. Allein die Großherzöge von Baden, Mecklenburg-Schwerin und Weimar erhoben lebhaften Widerspruch. Sie glaubten in der Absicht der österreichischen Denkschrift, die Beschlüsse der Fürstenkonferenz den nicht vertretenen Regierungen erst nach deren Ratifizierung zur Kenntnis zu bringen, eine gegen Preußen gerichtete Spitze zu erkennen, und „die Wogen der Erregung unter den gekrönten Häuptern gingen so hoch, daß niemand wissen konnte, wann und ob es unter diesen Umständen zu einer förmlichen Schlußsitzung des Kongresses kommen werde*)“.

Auch das aus neun Mitgliedern bestehende Komitee, welches am Sonntag, den 30. August, über diese Fragen entscheiden sollte, konnte lange nicht zu einem Einverständnis gelangen. Der König von Sachsen stellte sogar den Grundsatz auf, daß die Fürsten, welche sich dem Reformwerk nicht anschlössen, den Mut haben müßten, ihre abweichende Meinung offen einzugestehen, und daß ihnen nichts anderes übrig bliebe, als auszutreten. Georg V. dagegen erklärte, man müsse fair gegen Preußen handeln, das sich ja auch für Minister-Konferenzen ausgesprochen habe. Man möge an den besprochenen Punkten festhalten. Die Minister könnten das Uebrige vollenden, das Vollendete sodann Preußen vorlegen und in Minister-Konferenzen fortberaten. Rechberg aber meinte, Preußen wolle nur das „Klein-Deutschtum“, man müsse es nötigenfalls zwingen**). Allein die Dissentierenden wagten doch nicht, vor der Welt die Schuld des völligen Zusammenbruchs der Kongreß-Verhandlungen auf sich zu nehmen, und so einigte sich in der zwölften Stunde der Ausschuß zu einem Kompromiß, wonach die Gesamtheit der Fürsten und Vertreter der freien Städte sich bereit erklären sollte, „die künftige Verfassung Deutschlands nach Maßgabe der hier gefaßten Beschlüsse, soviel an ihnen liegt, zu vollenden und ins Leben zu rufen, und zu diesem Zwecke mit den hier nicht vertretenen Bundesfürsten, insbesondere dem Könige von Preußen, eine bundesverfassungsmäßige Verständigung auf dem Grund jener Beschlüsse anzustreben“.

Kaum war diese Schwierigkeit beseitigt, so ereignete sich ein neuer Zwischenfall, der das ganze Werk abermals in Frage zu stellen drohte. An demselben Tage hatte das österreichische Kabinett eine „Zusammenstellung der von der Konferenz der souveränen Fürsten und freien Städte

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 321.

**) Aufzeichnungen des Kabinettsrats Dr. Lex.

teils mit Stimmen-Einhelligkeit, teils mit überwiegender Stimmen-Mehrheit **genehmigten** Bestimmungen des Entwurfs einer Reform-Akte" ausarbeiten und zur Verteilung bringen lassen. Darunter befand sich auch der Abschnitt 1 des Artikels 5, welcher den Vorsitz im Direktorium und Bundesrat Oesterreich unbedingt übertrug, obgleich dessen Beratung in der Sitzung vom 24. August vorläufig ausgesetzt war. Es war ein diplomatischer Kunstgriff, um zu verhindern, daß nicht auch die Fortdauer der historischen Vormachtstellung Oesterreichs im Bunde der Entscheidung der Fürsten unterbreitet würde. In diesem Punkte nicht nachzugeben, war Graf Rechberg fest entschlossen. „Den österreichischen Minister möchte ich sehen," hatte er sich gegen Beust geäußert, „der sich in Wien nach dem Zugeständnis des Alternats im Präsidium könnte blicken lassen*)". Begreiflicherweise wurden die fürstlichen Mitglieder des Kongresses durch das eigentümliche Vorgehen des Wiener Kabinetts aufs peinlichste berührt. Sie sahen darin die Absicht, die bestrittenen Punkte des Reformentwurfs gegen ihren Willen rücksichtslos durchzusetzen, und erhoben so lebhafte Reklamationen, daß Graf Rechberg sich veranlaßt sah, in einem auf den 30. August zurückdatierten Nachtrag seiner „Zusammenstellung" ausdrücklich zu erklären, daß der Abschnitt 1 des Artikels 5 „selbstverständlich ohne Präjudiz für die erst **morgen** darüber stattfindende Beratung". darin aufgenommen wäre.

So begann denn die letzte Konferenz am Dienstag, den 1. September, mit der Diskussion dieser Frage. Es entsprach der parlamentarischen Gepflogenheit, daß der Kaiser bei einer Angelegenheit, die ihn persönlich betraf, sich nicht an den Verhandlungen beteiligte. Zuvor aber erklärte er, „das Recht Oesterreichs auf das Präsidium im Bunde auf das Allerbestimmteste wahren zu wollen**)". So wenig man eigentlich hätte erwarten können, daß Oesterreich die fürstliche Versammlung zusammenberufen hätte, um von seiner durch die Jahrhunderte geheiligten hohen Stellung freiwillig herabzusteigen, so machte die rückhaltslose Aussprache des Kaisers doch auf diejenigen, die nicht im voraus in das Vorhaben eingeweiht gewesen waren, einen beinahe verblüffenden Eindruck. Nachdem der Kaiser das Zimmer verlassen hatte, richtete der König von Bayern an die Versammlung die Aufforderung, sich über die Präsidial-Frage zu

---

*) Graf Beust, Erinnerungen a. a. O. I. T. S. 328.

**) Protokolle über die Verhandlungen des Fürstentages.

äußern. Zuerst erklärte sich der König Johann ohne weitere Erörterung kurz und deutlich mit der Bestimmung des Entwurfs einverstanden. Das Gleiche thaten der König Georg und der Kronprinz von Württemberg, denen sich noch der Kurfürst und der Großherzog von Hessen anschlossen. Nach einigen lautlosen Minuten, erhob sich der Großherzog von Baden zu der Auseinandersetzung, daß sich die realen Machtverhältnisse zu gleichberechtigter Bedeutung neben der historischen Tradition erhoben hätten. Er hielt deshalb eine einfache Fortführung des österreichischen Präsidiums für unthunlich und beantragte, jede Bestimmung über diesen Punkt in dem Entwurf fortzulassen. Der Großherzog von Oldenburg, sowie der Großherzog von Weimar und der Fürst von Waldeck hatten ähnliche Bedenken, während der Herzog von Coburg dem Entwurf mit dem Vorbehalt zustimmte, daß der heutige Beschluß künftigen Verhandlungen nicht präjudizieren solle.

Der König von Sachsen wollte indes alle diese Einwendungen nicht gelten lassen. Eine Formel, die ein bloßes Nichtberaten oder Offenhalten ausdrückte, schien ihm der Sachlage nicht zu entsprechen. Man müsse vielmehr diesen Artikel wie alle anderen behandeln, ihn also stehen lassen, sobald sich eine entschiedene Majorität dafür ausspräche. Der Minorität bliebe es natürlich unbenommen, ihre Vorbehalte über diesen und die anderen Punkte bei späteren Verhandlungen geltend zu machen. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für die einfache Beibehaltung der Fassung des Entwurfs. Nur Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Waldeck, der Prinz der Niederlande und Hamburg wollten den in Rede stehenden Punkt noch offen halten, während Baden nach wie vor die Streichung des ganzen Artikels verlangte.

Mit sichtlicher Bewegung und Freude verkündete der König von Bayern das Resultat dem Kaiser, der nach einigen kurzen Worten des Dankes für das ihm geschenkte Vertrauen den Vorsitz wieder übernahm. Nachdem dann noch auf Antrag des Königs Georg und des Herzogs von Braunschweig die von den Fürsten persönlich nicht diskutierten Artikel ebenfalls angenommen waren, konnte man zur Schlußabstimmung über das Gesamt-Ergebnis der gepflogenen Beratungen schreiten. Der Ausgang konnte nach dem Vorhergegangenen kaum mehr zweifelhaft sein. Mit 24 Stimmen, zu denen diesmal auch Oldenburg gehörte, nahm die Versammlung das End-Resultat der Verhandlungen an und erklärte sich solange an diese Beschlüsse gebunden, bis die nicht

vertretenen Bundesglieder den ihnen mitgeteilten Entwurf entweder definitiv abgelehnt oder Gegenvorschläge gemacht hätten. Nur 6 Stimmen votierten mit „Nein". Der Großherzog von Baden hielt es für unangemessen, daß man ohne vorherige Mitteilung des Resultats der Beratungen dem König von Preußen die beschlossene Reform-Akte vorlegen wolle, und die andern fünf (Schwerin, Weimar, Luxemburg, Waldeck, Reuß j. L.) stimmten ihm bei. Nur in dem einmütigen Zusammenwirken der beiden deutschen Großmächte — das freilich kaum jemals zu erwarten stand — sahen sie die Möglichkeit, „das so hochherzig eingeleitete Werk auf bundesgemäßem Wege endlich zum Abschluß zu bringen".

Nach der Abstimmung unterzeichnete die Mehrheit die von dem Ausschuß vereinbarte Erklärung und verpflichtete sich, statt der „bundesverfassungsmäßigen Verständigung", die der Entwurf wollte, eine „allseitige Verständigung anzustreben". Hierdurch hoffte man den Verdacht zu entkräften, als ob man daran dächte, eintretendenfalls auf Grund des § XI der alten Bundes-Akte nach Art der preußischen Union einen engeren Bund im Bunde zu gründen.

In einem Kollektivschreiben an den König von Preußen sprachen die 24 Mitglieder der Majorität sodann noch aus, daß: „Wir es als ein hohes Glück für Uns Alle und für Unsere Völker betrachten, wenn nunmehr in der Brust Ew. Majestät, Unseres mächtigsten und wohlgesinnten Bundesgenossen, Entschließungen reifen werden, durch welche Deutschland dank dem Einverständnis seiner Fürsten auf der bundesgesetzlichen Grundlage an das Ziel einer heilsamen Reform seiner Verfassung gelangen wird." — Mit einer tief empfundenen Dank- und Abschiedsrede des Kaisers wurden sodann die Verhandlungen geschlossen.

Die ganze Welt sah in den fast einstimmigen Beschlüssen der Konferenz einen glänzenden Sieg der österreichischen Politik. Von neuem hatte es sich gezeigt, wie groß und bedeutend die Stellung Oesterreichs in Deutschland noch wenige Jahre vor seinem Ausscheiden war. Auf die Königin von England machte der Verlauf der Dinge in Frankfurt einen so niederdrückenden Eindruck, daß sie die Zukunft ihrer eigenen Tochter und Enkel bedroht glaubte. Sie richtete daher an ihren Schwager, den Herzog von Coburg, ein persönliches Schreiben, worin sie ihn dringend bat, möglichst eine Schwächung Preußens zu verhindern, gegen die sich nicht allein ihr Gefühl sträubte, sondern „die auch sicher gegen das Interesse von Deutschland sein würde." Die mütterliche Sorge um ihre Kinder veranlaßte sie auch, dieselben dem Kaiser von Oesterreich, mit dem sie

nach dem Schluß der Konferenz in Coburg zusammentraf, warm zu empfehlen. Welcher Art auch die sachlichen Gegensätze zwischen der österreichischen und preußischen Politik sein möchten, sagte sie, „so hoffe sie doch, daß er unter allen Umständen die Stellung und die Rechte ihrer teuren Kinder in Berlin nicht beeinträchtigen lassen werde*)“.

Selbst der Kaiser Napoleon hielt es nicht für denkbar, daß der Wiener Hof sich mit einem so ephemeren Erfolg begnügen würde. Wenn das Direktorium der Reform-Akte wirklich ins Leben trat, so wäre das 70 Millionen-Reich Schwarzenbergs im Zentrum Europas eine Thatsache geworden. Am wenigsten aber war die deutsche Garantie Venetiens, die in dem 8. Artikel ziemlich unverhüllt ausgesprochen wurde, nach dem Geschmacke des Franzosenkaisers. Jedenfalls bot die bloß theoretische Unterstützung seiner polnischen Politik dafür keinen genügenden Entgelt. Er ließ daher durch seinen Minister in Berlin den lebhaften Wunsch zu erkennen geben, mit Preußen gemeinsam etwas zu thun. Nichts konnte Bismarck erwünschter kommen, als diese Eröffnung, die ihn von der Sorge einer Kriegsgefahr im Westen befreite. Unverzüglich erklärte er sich bereit, in Petersburg vermittelnd zu wirken.

Dabei hatte der scharfblickende preußische Staatsmann längst erkannt, daß die mit so großem Pomp in Scene gesetzte Aktion nichts weiter war, wie ein Schlag ins Wasser, und daß Graf Rechberg nicht entfernt daran dachte, die letzten Konsequenzen der von ihm vertretenen Politik zu ziehen. Schon bei der ersten Mitteilung des geplanten Fürsten-Kongresses hatte Bismarck dem Bundestagsgesandten von Sydow das österreichische Reform-Projekt als eine „Schaumwelle“ bezeichnet, „mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der inneren österreichischen Politik, als einen Schachzug antipreußischer Politik beabsichtigt**)“. Auch der Herzog von Coburg hatte während der Konferenz nicht den Eindruck gewonnen, als ob der österreichische Minister trotz der äußerst gereizten Stimmung, die er gelegentlich zur Schau trug, entschlossen war, das Reform-Programm nötigenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen***). Es war daher Bismarck leicht, den mit lahmer Hand gegen seine Zukunftspläne geführten Streich zu parieren. Am 15. September überreichte er dem Könige ein Gutachten des Ministerrats, worin er empfahl, sich zwar zu weiteren Ver-

---

*) Vergl. Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 349 ff.

**) Von Sybel a. a. O. II. T. S. 528.

***) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 331.

handlungen über die Bundes-Reform durch Minister-Konferenzen bereit zu erklären — aber erst dann, wenn vorher über drei entscheidende und unerläßliche Grundsätze ein Einverständnis erzielt sei. Er verlangte, „1. das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffs auf das Bundesgebiet unternommen wird, 2. die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich im Vorsitze und zur Leitung der Bundesangelegenheiten, 3. eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegationen, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht, deren Befugnisse jedenfalls ausgedehnter zu bemessen sein würden, als es in dem vorliegenden Entwurfe einer Reform-Akte der Fall ist".

Im Sinne dieses Berichts richtete König Wilhelm am 22. September gleichlautende Schreiben an sämtliche Mitglieder der Frankfurter Majorität, und sprach zugleich sein Bedauern aus, daß „seine Pflichten als König von Preußen und als deutscher Fürst ihm nicht gestatteten, den ihm mitgeteilten Entwurf als Grundlage einer neuen Bundesverfassung anzunehmen*)". Die Mitteilung der preußischen Forderungen rief in Wien eine hochgradige Entrüstung hervor. Daß deren Erfüllung von Oesterreich niemals zugegeben werden könne, stand für Graf Rechberg außer aller Frage. Bei dem gemeinsamen Einspruchsrecht gegen einen Bundeskrieg sei Oesterreich benachteiligt, sagte er, denn dieses könne wie schon früher in die Lage kommen, für seine außerdeutschen Gebiete der Bundeshilfe zu bedürfen, eine Gefahr, die für Preußen nicht vorläge. Auf sein altes historisches Ehrenrecht im Präsidium aber könne das Haus Habsburg unmöglich verzichten und die Uebertrumpfung des Delegierten-Projektes durch ein Parlament aus Volkswahlen schien ihm gleichbedeutend mit Revolution, Mediatisierung der Fürsten und Unterdrückung der Einzelstaaten. Eine Verhandlung auf der Grundlage dieser Bedingungen widerstritte, wie er sich in einem späteren Memorandum ausspricht, dem föderativen Prinzip, auf dessen Anerkennung und unverbrüchlicher Geltung Deutschlands Integrität, Sicherheit und Wohlfahrt beruhten. Denn der erste Punkt der preußischen Forderungen, das Veto, bedeute den Separatismus, der zweite den Dualismus und der dritte den Unitarismus. Sie ständen sonach weder mit sich selbst noch mit den Grundlagen der Bundesverfassung im Einklang**).

---

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 359.

**) Oesterreichisches Memorandum d. d. 20. Oktober 1863.

In einer Cirkular-Depesche vom 26. September gab Graf Rechberg den verbündeten Höfen anheim, in ihrer Antwort an den König Wilhelm den festen Willen auszusprechen, das Reform-Projekt vom 1. September auf jede Gefahr hin zur Ausführung zu bringen. Allein er fand damit wenig Anklang. Namentlich Hannover wollte sich auf einen so bedenklichen Schritt nicht einlassen. Auch Bayern und Württemberg widersprachen, während Beust sagte: „die Frankfurter Beschlüsse müßten nicht allein aufrecht erhalten, sondern auch ins Leben gesetzt werden*)“. Der sächsische Minister begab sich sogar persönlich zweimal nach Wien, um die Angelegenheit mit dem Grafen Rechberg zu betreiben, und das Resultat war die Zusammenberufung einer Konferenz der deutschen Staatsmänner, bei der über die Form der Ablehnung der preußischen Forderungen beraten werden sollte.

Am 23. Oktober traten demgemäß die Minister der meisten Fürsten, welche die gemeinsame Erklärung in Frankfurt unterzeichnet hatten, in Nürnberg zu einer Beratung zusammen, nicht ohne daß Bismarck in Dresden gegen die Konferenz als einen feindseligen Akt gegen Preußen Einspruch erhoben hätte. Graf Rechberg stellte drei Punkte zur Diskussion. Bezüglich der ersten Frage, ob Preußens Bedingungen annehmbar wären oder nicht, waren alle über die unbedingte Ablehnung einig. Aber schon bei der Debatte über den zweiten Punkt, in welcher Form Preußen zu antworten sei, traten erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervor. Der bayrische Minister von Schrenck wollte identische Noten und ihm traten die Bevollmächtigten Sachsens, Württembergs und des Großherzogtums Hessen unbedingt, Nassau und Sachsen-Coburg nur mit gewissen Einschränkungen bei. Graf Platen aber erklärte sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Die Ablehnung durch identische Noten, sagte er, würde von Preußen als ein besonders feindseliger Akt aufgefaßt werden. Auch entspräche es der Würde der Regierungen mehr, wenn sie ihre Antworten nicht nach österreichischem Modell einrichteten. Deshalb hielt er es für zweckmäßiger, sie vollkommen unabhängig voneinander zu gestalten, denn die Noten von Februar 1862 hätten bewiesen, daß die Verschiedenheit der Gründe eine gemeinsame Widerlegung erschwerten.

*) Depesche des hannoverschen Geschäftsträgers in Dresden, Grafen Platen, d. d. 21. Oktober 1863. Woher Sybel (II. Teil S. 544) die Nachricht hat, daß Beust gewarnt habe, den Hader mit Preußen nicht auf die Spitze zu treiben, ist schwer ersichtlich.

Nun entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte; allein Graf Platen's Widerstand war, obgleich er vereinzelt stand, nicht zu brechen. Vergeblich versuchte Beust, gewisse Vergleichs-Vorschläge zu formulieren und wenigstens eine Uebereinstimmung über die Hauptgrundzüge der zu erlassenden Antwort zu erzielen. Man mußte schließlich den Vorschlag identischer Noten ganz fallen lassen und es jeder Regierung überlassen, wie sie ihre Erwiderung einrichten wollte.

Am nächsten Tage, den 24. Oktober, ging man an die Diskussion des schwierigsten dritten Punktes. Was sollten die Regierungen weiter thun, nachdem sie die preußischen Vorbedingungen abgelehnt hatten? Graf Rechberg selbst gab zu, daß ohne Preußen die Reform-Akte nicht lebendig werden könne, aber aus keiner Andeutung ließ sich entnehmen, daß Oesterreich entschlossen war, die rivalisierende Großmacht nötigenfalls zur Annahme zu zwingen. Wie immer, wollte er die Mittelstaaten vorschieben, und sich dann je nach den Umständen seine eigenen Entschließungen vorbehalten. Er meinte zwar, man vermöchte vielleicht auf Preußen eine Pression zu üben, die es bestimmte, auf Verhandlungen einzugehen, aber darüber, wie dies geschehen könnte, ließ er sich nicht aus, sondern forderte seine Verbündeten auf, ihre Meinung zu äußern. Schrenck erklärte sich außer stande, ein Mittel anzugeben. Beust wußte dagegen einen Ausweg. Er riet, die Landtage der einzelnen Staaten behufs der Delegiertenwahl einzuberufen und ihnen unter Ausschluß jeder Diskussion die Reform-Akte zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Auch Graf Rechberg und der Württemberger Hügel sahen darin einen ganz geeigneten Weg, was Graf Platen mit aller Entschiedenheit verneinte. Er war überzeugt, daß sich die Majorität der meisten Stände-Versammlungen gegen das Delegierten-Projekt und für das Alternat im Bundespräsidium aussprechen würde. Statt also den Widerstand Preußens zu brechen, würde man es nur in seiner Opposition bestärken. Wenn also Rechberg nicht an die Gewalt appellieren wollte, so blieb seine Lösung der deutschen Frage ein totgeborenes Kind, und er konnte nichts weiter thun, wie mit dem Bedauern, daß an dem Widerspruch Preußens das Ganze scheiterte, die Sitzungen schließen.

Er versuchte zwar noch, nachmittags in einer vertraulichen Verhandlung die Minister, bei denen er eine Geneigtheit für die österreichischen Pläne voraussetzte, für die partielle Durchführung des vereinbarten Entwurfes auf Grund des § XI der Bundes-Akte zu gewinnen. Allein abermals erfuhr er von dem Grafen Platen eine entschiedene Ab-

weisung. „Hannover hat stets,“ so führte dieser aus, „die auf den Artikel XI gegründeten Unionsbestrebungen bekämpft, und es ist fest entschlossen, so lange unerschütterlich an der Bundesverfassung festzuhalten, als dieselbe nicht auf bundesmäßigem Wege abgeändert ist.“ Auch bei den übrigen Ministern zeigte sich wenig Neigung, auf den Gedanken Rechberg's einzugehen, und mit dem niederdrückenden Bewußtsein, daß er auf dem eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele gelangen würde, reiste dieser noch denselben Tag nach Wien zurück*).

In der That hatten sich alle seine Kombinationen als falsch erwiesen. Es war ihm nicht gelungen, Preußen durch die Besorgnis vor einem österreichisch-französisch-englischen Einverständnis seinen Plänen gefügig zu machen. Und nun ließen ihn auch noch die Mittelstaaten, auf deren unbedingte Gefolgschaft er gezählt hatte, im Stiche. Die herbe Enttäuschung und den Aerger, die ihm diese unerwartete Wendung bereiteten, las man auf seinem Gesicht, und rot vor Zorn sagte er zu Beust, als dieser sich von ihm verabschiedete: „Wenn Ihr es so haben wollt, mit Preußen können wir uns auch verständigen**).“

Dazu war jedoch vorläufig keine Aussicht. Jede Zeile der Antwort, welche Graf Rechberg auf das Schreiben des Königs Wilhelm vom 22. September nach Berlin richtete, verriet vielmehr die tiefe Erbitterung, welche über das Fehlschlagen der hochfliegenden Entwürfe in der Hofburg herrschte. Allein was half's, daß er auf die Widersprüche in den früheren Erklärungen Preußens mit dessen neuesten Kundgebungen hinwies, daß er daran erinnerte, wie vor nicht gar langer Zeit Graf Bernstorff selbst geschrieben habe: „Was die erste Begründung einer Volksvertretung beim Bunde anbetrifft, so teilen wir die Ausführungen der Denkschrift darin, daß eine solche wohl am besten durch Delegation von seiten der Landstände der einzelnen Staaten würde erfolgen können***)!“ Was half's, daß er die andern deutschen Kabinette aufforderte, sich seiner Rückäußerung anzuschließen, daß die Wiener Blätter die österreichische Depesche und die dazu gehörige Denkschrift „als erste Appellation an die öffentliche Meinung“ abdruckten! Man wußte dort nur zu genau, daß es sich bei Preußen „nicht um eine Frage

*) Die Erzählung der Nürnberger Konferenzen ist im wesentlichen nach dem Immediat-Bericht des Grafen Platen d. d. 24. Oktober 1863.

**) Graf Beust a. a. O. I. T. S. 336.

***) Instruktion des Grafen Rechberg an den Gesandten Grafen Karolyi d. d. 30. Oktober 1863.

des Rechts, sondern der zu erstrebenden Macht" handelte*) und daß jeder weitere Verständigungsversuch unvermeidlich zum Bruche führen mußte. Dazu aber konnte man sich nicht entschließen, und so blieb denn die tapfere Note nur die Grabrede für den mit so überschwenglichen Hoffnungen begrüßten Fürstenkongreß. Denn auch der Versuch, Bismarck jetzt noch mit der Drohung einer französisch-österreichischen Allianz einzuschüchtern, mißlang bei dessen genauer Kenntnis der politischen Sachlage vollständig. Gegen den Grafen Karolyi erklärte er, er könne sich in der Reformfrage auf gar nichts einlassen, auch nicht bezüglich der direkten Wahlen**).

Auch in der Angelegenheit des französisch-preußischen Handelsvertrages konnten die beiden deutschen Großmächte zu keiner Vereinbarung gelangen. Von vornherein war es für die Verhandlungen über diesen Gegenstand kein günstiges Prognostikon gewesen, daß Bismarck schon bald nach seinem Amtsantritt geäußert hatte, er halte den Abschluß des Vertrages mit Oesterreich vom 19. Februar 1853 für den größten Fehler des Manteuffel'schen Ministeriums. Schon damals habe er sich dagegen ausgesprochen und werde dem Könige dessen Kündigung anraten***). Fortwährend vertrat er die Ansicht, daß zunächst die Zollvereinsmitglieder ihren Beitritt zu dem französischen Vertrage erklären müßten und erst dann die handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich neu geregelt werden könnten. Durch die verschiedene Stellung, welche die nord- und süddeutschen Staaten zu dieser Frage annahmen, wurde die Lage noch verwickelter. Die Verhandlungen der General-Zoll-Konferenz, die Ende März 1863 in München zusammentrat und mit mehrfachen Unterbrechungen bis zum Oktober tagte, führte daher zu keinem Ergebnis. Oesterreich verlangte unter Berufung auf den § 34 des Zollvereinsvertrages wiederholt, daß seine Vorschläge vom 10. Juli 1862 (S. o. S. 4) in den Kreis der Beratungen gezogen würden, worauf Preußen nicht eingehen wollte.

Im Juni jedoch, wo die äußere Lage bedrohlich geworden war, forderte Bismarck plötzlich zu einer neuen Konferenz in Berlin auf, „um die Fortsetzung des Zollvereins unter Aufrechthaltung des mit Frankreich geschlossenen Vertrages und die Regelung der Verhältnisse desselben zu dem österreichischen Kaiserstaate anzustreben†)".

*) Depesche des Gesandten von Stockhausen d. d. 13. November 1863.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 5. November 1863.

***) Depesche Reitzensteins d. d. 21. November 1862.

†) Depesche des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. 14. Juni 1863.

Ein Erlaß Rechberg's dagegen verlangte für den Fall, daß Preußen seinen französischen Vertrag dem Zollverein aufdringen wollte, vor jeder weiteren Verhandlung den Zusammentritt einer besonderen Konferenz in München, um eine Verständigung zwischen Bayern, Württemberg und den übrigen gleichgesinnten Regierungen herbeizuführen*). Dieser Aufforderung kam Bayern bereitwillig nach. Ihm war die Tragweite der preußischen Einladung nicht deutlich genug erkennbar. Es weigerte sich daher, an den Verhandlungen teilzunehmen, „welche auf einer Grundlage vorgenommen werden, gegen die das Berliner Kabinett sich bis dahin bestimmt ausgesprochen hat**)." Gleichzeitig versandte es eine Note mit dem Entwurfe eines Vertrages an diejenigen Regierungen, die sich zu Gunsten vorläufiger Verhandlungen mit Oesterreich ausgesprochen hatten. Dazu rechnete man auch Hannover und schmeichelte sich, daß, wenn dieses auf seiten Oesterreichs und Bayerns stände, die Sprengung des Zollvereins durch Preußen zur Unmöglichkeit werden würde.

Allein diese Berechnung erwies sich als irrtümlich. In Hannover erkannte man sehr wohl, daß die bayerische Vertragspunktation nur den Zweck hatte, Preußen durch die Bedrohung der Zerreißung seines Gebietes in zwei getrennte Zollkörper zur Fortsetzung des Zollvereins zu nötigen. Warum aber sollte man sich Oesterreich gegenüber die Hände binden? Daß Preußen diesem niemals Sitz und Stimme bei den Zollvereinsberatungen einräumen würde, war klar genug. Das hannoversche Interesse verlangte vielmehr gebieterisch die Erneuerung der bestehenden Verträge unter Aufrechterhaltung der eigenen Selbständigkeit, und unter thunlichster Annäherung an die Zollsätze des preußisch-französischen Handelsvertrages. Dazu bedurfte es kaum neuer Verabredungen. Hannover konnte nur wünschen, daß die Beziehungen und Rechte der Staaten im Zollverein unverändert blieben — also auch das Recht des Fortbezuges des Präcipuums***).

Der hannoversche Bevollmächtigte, Geheimer Finanz-Direktor von Bar, der in diesem Sinne instruiert wurde, hatte daher bei den für ihn nichts weniger als angenehmen Konferenzen einen schweren Stand. Man hatte bayrischerseits den Anschluß Hannovers an die süddeutschen Staaten als gewiß angenommen. Als es sich aber zeigte, daß der preußischen Regierung

*) Depesche Stockhausens d. d. 13. Juni 1863.

**) Depesche v. d. Knesebecks d. d. 14. Juni 1863.

***) Vertrauliches Gutachten des Regierungsrats Schow d. d. 27. Juni 1863.

angesonnen werden sollte, anstatt des mit Frankreich vereinbarten Zolltarifs unter Berücksichtigung der neuesten österreichischen Vorschläge einen andern zu Grunde zu legen, erklärte Bar mit aller Entschiedenheit, seine Instruktion verbiete ihm, bindende Verpflichtungen der Art einzugehen. Namentlich weigerte er sich, einem Beschlusse beizustimmen, wonach auf der demnächstigen Berliner Konferenz dem preußischen Antrage auf Annahme des französischen Vertrages ein bayrischer Antrag auf Eröffnung von Verhandlungen mit Oesterreich gegenüber gestellt und solche Aenderungen darin begehrt werden sollten, daß diesem der Eintritt in den Zollverein erleichtert würde*).

In Berlin hatte man längst erkannt, von welch einschneidender Wichtigkeit das Verbleiben Hannovers im Zollverein sei, und war bereit, dafür erhebliche Opfer zu bringen. Reitzenstein sprach sogar die Ueberzeugung aus, daß man ihm die Fortdauer des ganzen Präzipuums garantieren würde, wenn man es dadurch erreichte, daß dem Widerstande der Süddeutschen die Spitze abgebrochen wurde. Deshalb wünschte man „in der lebhaftesten Weise“ Hannovers Beteiligung an der Zoll-Konferenz. Der Gesandte riet aber dringend, abzuwarten, bis Preußen mit seinen Propositionen hervorträte**).

Die Ergebnislosigkeit der Berliner Konferenz, die am 5. November zusammentrat, ließ sich daher fast mit Gewißheit vorhersehen. Zwar erklärten sich bei den Vorberatungen viele Kommissare bereit, in eine Besprechung des französischen Handelsvertrages einzutreten. Auch erbot sich Preußen zu weiteren Verhandlungen über etwaige Modifikationen desselben. Nur Bayern blieb bei der Behauptung, daß die preußischen Erklärungen nicht bestimmt genug lauteten, und Württemberg proponierte am 7. Dezember förmlich die Kündigung des Zollvereins. Hannover sprach sich in der entschiedensten Weise dagegen aus. Ihm sei die Erhaltung des Zollvereins das zu erstrebende Ziel, erklärte der Bevollmächtigte, und diesem Programme werde es unabänderbar treu bleiben***). (14. Dezember 1863.) Der Unterstützung Hannovers sicher, konnte daher Preußen einen entscheidenden Schritt thun. Am 14. Dezember kündigte es seinerseits den Vertrag vom 4. April 1853, „da die Verhandlungen trotz ernsten Willens zu einer Verständigung nicht geführt hätten†).“ Es konnte der weiteren Ent-

*) Bericht des Geheimen Finanz-Direktors von Bar d. d. 11. Oktober 1863.
**) Depesche Reitzensteins d. d. 13. Oktober 1863.
***) Berichte des General-Zolldirektors Albrecht d. d. 29. November u. 2. Dezbr. 1863.
†) Depesche des Prinzen Ysenburg an Graf Platen d. d. 16. Dezember 1863.

wicklung der Dinge mit um so größerer Ruhe entgegensehen, da es sich in der deutschen Politik mittlerweile mit Oesterreich vollständig geeinigt hatte.

In der Zwischenzeit war nämlich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eine entscheidende Wendung eingetreten. Dänemark hatte den Zeitpunkt, wo Preußens Nichtteilnahme am Fürsten-Kongreß den Zwiespalt zwischen den beiden deutschen Großmächten vor der ganzen Welt dokumentierte, für geeignet gehalten, um, — im Vertrauen auf den Beistand Schwedens — den Bundesbeschluß vom 9. Juli ablehnend zu beantworten (27. August 1863) und die Ausführung der Exekution ziemlich unverhüllt als Kriegsfall zu erklären. Die Erwiderung war so provozierend, daß Beust versuchte, durch Vermittelung des Grafen Rechberg den Kaiser Franz Joseph zu veranlassen, daß er die übrigen in Frankfurt versammelten Fürsten zu einer gemeinsamen Zurückweisung derselben bewöge — allein umsonst. Der österreichische Minister ließ die günstige Gelegenheit, wo ganz Deutschland freudig seiner Leitung gefolgt wäre, ungenutzt vorübergehen. Ohne vorheriges Einvernehmen mit Preußen wollte er nichts thun. Nicht einmal auf die schleunige Einbringung eines bezüglichen Antrages in der Bundesversammlung wollte er sich einlassen*). Bismarck dagegen, der durchaus nicht gewillt war, Oesterreich die Führung in der nationalen Frage, die alle Gemüter bewegte, allein zu überlassen, kam dem Wunsche Rechbergs bereitwillig entgegen, und beide einigten sich rasch, dem Exekutions-Verfahren seinen Lauf zu lassen. Jetzt konnten die Ausschüsse ihren Bericht feststellen. Sie beantragten demgemäß am 19. September das Zwangsverfahren zur Ausführung der Bundesbeschlüsse. Und zwar sollten: erstens Hannover und Sachsen je einen Civil-Kommissar zur Leitung des Verfahrens und der Verwaltung des Landes ernennen, und zweitens dieselben Regierungen veranlaßt werden, je 3000 Mann zu stellen, Preußen und Oesterreich aber, überlegene Streitkräfte zur Unterstützung bereit zu halten.

Dänemark endlich sollte aufgefordert werden, binnen drei Wochen Anzeige von der Folgeleistung zu machen. Am 1. Oktober wurde dieser Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben. Selbst Oldenburg stimmte zu, beantragte aber wenige Tage später einen Zusatz, wonach im Falle bewaffneten Widerstandes von seiten Dänemarks die Vereinbarungen von 1851/52 als hinfällig anzusehen seien. Vergeblich hatte der britische Gesandte am Bunde, Sir Alexander Malet, versucht, in einer energischen

*) Beust a. a. O. I. T. S. 335.

Note, die unmittelbar vor der Abstimmung einging, die Exekution zu hintertreiben, die er nicht als „a legitimate exercise of the powers of the confederation“ ansehen könne*). Ja, er forderte den Bundestag ernstlich auf, in dem Verfahren inne zu halten, und die Frage der Vermittlung der andern Mächte zu unterwerfen.

Bismarck dagegen, der in starken Worten die Einmischung Englands tadelte, sprach seine Billigung darüber aus, daß die Bundesversammlung sich dadurch nicht in ihrer Beschlußfassung hätte hindern lassen. „Kein deutscher Fürst dürfte in der Lage sein, das Exekutions-Verfahren noch hinauszuschieben,“ sagte er**). Inwieweit es ihm damit ernst war, sei freilich dahingestellt Reitzenstein meint, er wünsche äußere Komplikationen nur, um über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen. Und in der That ist es auffallend, daß er in denselben Tagen gegen den englischen Botschafter Buchanan äußerte, sein Wunsch sei „ein unabhängiges Dänemark bis zur Eider und ein unabhängiges Holstein bis zur Eider“. Ja, er versprach diesem schriftlich, zu versuchen, das Zwangsverfahren zu verhindern, wenn Dänemark Holstein und Lauenburg ihre eigene Gesetzgebung, Steuerbewilligung und Kontrolle gewähren und für Schleswig die englische Vermittlung annehmen wolle***).

Ob Dänemark sich darauf einlassen würde, schien bei der kriegerischen Stimmung in Kopenhagen freilich recht zweifelhaft. In Hannover hatte man sichere Nachrichten, daß man sich dort auf einen bewaffneten Widerstand vorbereitete. Es ist daher kaum berechtigt, wenn Sybel (III. T. S. 129) von einem Kleinmut der Küstenstaaten redet, weil Hannover nicht wünschte, sein kleines Exekutions-Corps von den Dänen in die Pfanne gehauen zu sehen. Graf Platen wies vielmehr den Militär-Bevollmächtigten in Frankfurt an, darauf zu dringen, daß sich ein österreichisches und preußisches Truppen-Corps gleichzeitig mit den sächsischen und hannoverschen Truppen nach der holstein-lauenburgischen Grenze in Marsch setze und eine deckende Aufstellung nehme†).

In der Bundesversammlung hatte die Erklärung des preußischen Gesandten von Sydow, „es sei nicht die Aufgabe Preußens, die Exekution um ihrer selbst willen zu fordern, wenn sich zu ihrer Verhütung ehren-

*) Depesche Sir Alexander Malet's d. d. 29. September 1863.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 3. Oktober 1863.

***) Jansen-Sammer a. a. O. S. 90.

†) Instruktion des Grafen Platen an den Bundes-Militär-Bevollmächtigten General Schulz d. d. 8. Oktober 1863.

volle Auskunftsmittel bieten," keineswegs den erwarteten Eindruck gemacht. Der Bund wies vielmehr am 22. Oktober eine dänische Vorstellung gegen den Exekutionsbeschluß kurz zurück, obgleich am 14. Oktober Lord John Russell durch Sir Alexander Malet die Versammlung zum zweiten Male ernstlich vor den Folgen ihres Thuns verwarnt hatte*).

Zur Ausführung der Exekution geschah aber auch nach Ablauf der gestellten dreiwöchentlichen Frist nichts. Bismarck befürchtete offenbar, daß das Exekutions-Verfahren einen europäischen Krieg heraufbeschwören könnte, und hielt den Einsatz Preußens im Vergleich zu dem zu hoffenden Gewinn für zu hoch. Daher suchte er noch in der elften Stunde durch englische Vermittlung einen friedlichen Ausgleich zustande zu bringen. Aber seine Bemühungen führten zu nichts.

Dänemark beharrte in seiner Erklärung vom 29. Oktober, allerdings „in versöhnlicher Sprache", auf dem bisherigen Standpunkt. Auf eine Zurücknahme des März-Patents wollte sich Hall nicht einlassen, erbot sich jedoch, „unter Beibehaltung der Hauptgrundzüge" über Aenderungen einiger Bestimmungen desselben in Verhandlung zu treten**).

Auch in Berlin befriedigte diese Antwort nicht. Bismarck erklärte, Preußen halte an der Bundes-Exekution fest und sei bereit, im Dezember 1863 mit 50000 Mann in Holstein einzurücken***). Ganz ernst erscheint es ihm aber mit dieser Drohung nicht gewesen zu sein. Er hoffte vielmehr auf einen Ministerwechsel im versöhnlichen Sinne in Kopenhagen. Und als Hall sich am 31. Oktober „trotz schwerster Bedenken" bereit erklärt hatte, das Bewilligungsrecht der holsteinischen Stände, den Forderungen Bismarcks entsprechend, noch weiter auszudehnen, ließ dieser am 5. November der britischen Regierung den Wunsch aussprechen, sie möchte dem Bunde, unter Hinweis auf Dänemarks Bereitwilligkeit und Entgegenkommen, in bestimmterer Form, als bisher, geradezu die englische Vermittlung anbieten†). Die Mitteilung dieser Aufforderung

*) pp. „You will represent to the president of the Diet, that a federal execution, even if it were strictly confined to Holstein, could not take place without an aggravation of the present difficulties.

Then again, if war should be extended to Sleswig, it must be remembered, that Austria and Russia as well as Great-Britain and France are bound to respect the integrity and independance of Denmarck" pp. (Note Sir John Russell's an den Gesandten Sir Alexander Malet d. d. 14. Oktober 1863.)

**) Telegramm des Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 29. Oktober 1863.

***) Vergl. Janssen-Sammer a. a. O. S. 95.

†) Depesche Reitzensteins d. d. 30. Oktober 1863.

an eine fremde Regierung, sich in deutsche Angelegenheiten einzumischen, rief in den Ausschüssen solchen Sturm der Entrüstung hervor, daß Sydow sie als nicht geschehen zurückziehen mußte. Jetzt erst gab Bismarck seinen Widerspruch gegen die Exekution auf. Jetzt schloß er sich zum großen Erstaunen der dänischen Regierung der Forderung des Bundestags, der eine bedingungslose Rücknahme der März-Verordnung verlangte, an, und bezeichnete den Antrag Halls im Reichsrate, die Verfassung bereits am 1. Januar 1864 in Kraft treten zu lassen, als eine direkte Durchkreuzung jeder weiteren Bemühung und Vermittlung, deren erste Bedingung der status quo sei*).

So trieben die Dinge unrettbar einer schweren Krisis entgegen. Am 13. November wurde auf Antrag des dänischen Minister-Präsidenten die Verfassung für Dänemark und Schleswig mit 40 gegen 16 Stimmen angenommen und der Konflikt war da. In einer Note von demselben Tage beauftragte Bismarck den preußischen Gesandten von Balan, er möge in Kopenhagen keinen Zweifel darüber lassen, wie ernst Preußen das Auftreten der dänischen Regierung auffasse. „Je weiter sie sich von den Bestimmungen von 1852 entferne, desto mehr vermindere sich die Aussicht auf eine friedliche Lösung".

Die Thronrede des Kaisers Napoleon, der am 5. November in den Kammern erklärte, „die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen," und sämtliche Souveräne Europas nach Paris einlud, um sie zu revidieren, brachte die Verwirrung auf den Gipfelpunkt. Auch dem Könige Georg übergab der Marquis de Ferrières am 9. November ein in den höflichsten Ausdrücken abgefaßtes Einladungsschreiben. Er mußte sich aber mit der Antwort begnügen, daß Seine Majestät sich über einen so inhaltsschweren Akt nicht sofort entscheiden könnte. Erst, als Preußen im Prinzip seine Zustimmung zu dem Kongreß gegeben hatte, nahm der König die Einladung mit gewissen Einschränkungen an. In Berlin und St. Petersburg hatte man jedoch zuerst gewichtige Bedenken. Dem französischen Gesandten gegenüber äußerte der König Wilhelm, wenn die Bestimmungen des

*) „Bismarck hat unzweifelhaft (Bericht des Herrn von Quade) erklärt, daß, wenn Dänemark nur in Holstein konstitutionelle Konzessionen mache, Preußen sich an der Exekution nicht beteiligen werde. Daher hat man das Normal-Budget für Holstein geopfert. Dieselben Mitteilungen hat Bismarck an Buchanan gemacht, der sie in Mitteilungen an Sir Paget bestätigt hat." Es folgen dann sehr gehässige Ausfälle gegen Bismarck, den man in Kopenhagen „jeder Lüge, jedes Verrats fähig" halte. (Depesche des Geheimen Legationsrats Krüger d. d. 7. Dezember 1863.)

zweiten Pariser Friedens nicht gelten sollten, müsse Preußen ja gewisse Gebietsteile wieder herausgeben, selbst wenn der Kaiser an den Verträgen von 1814 festhalten wolle*). In Bayern war man von Anfang an sehr entrüstet über den Kongreß-Vorschlag, der die Herausgabe von Landau involviert haben würde. Nur Sachsen nahm sofort „sehr gern die schmeichelhafte Einladung an"; denn es hatte in der That keinen Grund, auf die Verträge von 1815 mit besonderer Genugthuung zu blicken**). Die weitere Folge der Napoleonischen Schritte aber war eine ganz veränderte Gruppierung der europäischen Mächte. Sie alle fürchteten, durch offne Ablehnung den Zorn des Franzosenkaisers herauszufordern. Beschickten sie dagegen die Konferenz auf der angebotenen Basis, so war der Krieg erst recht unvermeidlich; denn die Tendenz des französischen Vorschlages lag klar genug vor Augen. Napoleon wollte sich offenbar Rußland und Preußen nähern, um an Oesterreich und England, die ihn bei seinem Vorgehen zu Gunsten Polens so schmählich im Stich gelassen hatten, Vergeltung zu üben. Das Inselreich freilich war gegen die Rachepläne des Napoleoniden durch die Meereswogen geschützt und lehnte kurzweg ab. Damit war das ganze Projekt schon so gut wie gescheitert. Oesterreich dagegen mußte fürchten, daß man ihm auf Grund des Kongreß-Gedankens seine italienischen Besitzungen streitig machen könnte. Bei Rußland und Großbritannien konnte es kaum auf Beistand rechnen; desto wichtiger war daher die Herstellung eines guten Einvernehmens mit Preußens. Ja, Rechberg hielt die Gefahr für so dringend, daß er gern bereit war, dafür seine deutschen Zukunftspläne fallen zu lassen. „Heute giebt's wichtigere Dinge als die Bundesreform," äußerte er am 14. November gegen den preußischen Gesandten von Werther. „Preußen, denke ich, hat mit uns das gleiche Interesse an der Anerkennung der Verträge von 1815***)." Nichts konnte Bismarck erwünschter kommen, wie diese Eröffnung, die Preußen auf einmal aus seiner Isolierung befreite. Von nun an war er ganz liebenswürdig und offen gegen Oesterreich und seine Lenker, seine Verbindungen mit den ungarischen Emigranten hörten jetzt für mehr als zwei Jahre ganz auf. Er wußte den Grafen Karolyi, Oesterreichs Botschafter in Berlin, ganz für sich einzunehmen†). Die

*) Depesche Reitzensteins d. d. 15. November 1863.

**) Depesche des hannoverschen Geschäftsträgers Graf Platen jun. d. d. 14. November 1863.

***) v. Sybel a. a. O. III. T. S. 148.

†) Friedjung a. a. O. I. S. 74.

Schreckbilder einer neuen Volkserhebung dienten ihm als Mittel, um das Wiener Kabinett von den liberalen Mittelstaaten zu trennen, und so gelang es ihm, die auswärtige Politik Oesterreichs ganz in seinen Dienst zu stellen. Unbedenklich opferte Rechberg die Mittelstaaten, die er bis dahin immer zum Widerstand gegen die ehrgeizigen Pläne Preußens aufgestachelt hatte, auf, um sich von seinem bisherigen Gegner ins Schlepptau nehmen zu lassen, und erwarb sich dadurch unter den Diplomaten den Spottnamen: „le nègre de Mr. de Bismarck".

Die ganze Gefahr der Situation aber kannten damals nur Wenige. Nach zuverlässigen Angaben war an demselben 13. November, wo der dänische Reichsrat die Verfassungsvorlage annahm, das Bündnis zwischen Dänemark und Schweden bis zur Unterschrift fertig. Danach verpflichtete sich letzteres, dem bedrohten Nachbarreiche mit 20000 Mann zu Hilfe zu eilen, falls Schleswig angegriffen würde, und sofort nach Annahme der Verfassung wurde der schwedische Gesandte Graf Hamilton telegraphisch beauftragt, zu unterzeichnen. Es war nämlich dem Könige Karl XV. bei seiner letzten Zusammenkunft mit Frederik VII. in Rekaskoog gelungen, diesen letzteren für die Vereinigung der drei nordischen Kronen zu gewinnen. König Karl aber hoffte, berauscht von dieser Idee, im Kriege die Sympathien der Dänen zu erwerben und sich so die Anwartschaft auf die Krone zu sichern.

So lagen die Dinge, da durchflog die Nachricht von dem plötzlichen unerwarteten Tod des Königs Frederik VII., der am 15. November nachmittags $2^1/_2$ Uhr auf dem Schlosse Glücksburg im 55. Lebensjahre an der Gesichtsrose gestorben war, ganz Europa und zerstörte alle diese Pläne. Die Kunde wirkte in Kopenhagen wie ein Donnerschlag. In den nationalen Kreisen Schwedens aber unterdrückte man mit Mühe das Gefühl der Bitterkeit über die unerwartete Täuschung. König Karl selbst wurde durch die Todesnachricht und die Kunde von der Thronbesteigung Christians IX. ganz außer Haltung gebracht. Um aber diese Stimmung zu verdecken und jedes Mißtrauen zu beseitigen, beeilte er sich, den General Bildt zur Beglückwünschung nach Kopenhagen zu schicken. Von der Verbindlichkeit, für die Verteidigung der Eidergrenze einzutreten, war aber jetzt keine Rede mehr*).

*) Diese Einzelheiten verdanke ich dem Bericht des stets gut unterrichteten Geschäftsträgers der Hansestädte am Hofe von Kopenhagen, Geh. Legationsrat Krüger d. d. 12. Dezember 1863.

Sie werden durch einen eigenhändigen gleichzeitigen Brief der Königin Louise

Die Proklamation des neuen Königs fand unbeanstandet statt. Am 16. November vormittags leistete er auf dem Schlosse Christiansborg vor dem Geheimen Staatsrat den vorgeschriebenen Eid auf die genaue Beachtung der bestehenden Verfassung vom 2. Oktober 1855. Dann trat er auf den Balkon des Schlosses, und Hall rief unter dem lauten Jubel der versammelten Volksmasse: „König Frederik VII. ist tot. Lang lebe König Christian IX.!“ Nichts Schlimmeres hätte, wie die geistvolle Königin Louise schreibt, dem Thronfolger zustoßen können, als der Tod des alten volkstümlichen Monarchen in diesem verhängnisvollen Augenblicke. Schon am nächsten Tage, den 17., kam die gesamte Stadtverwaltung in langem Zuge angefahren und drängte auf die Bestätigung der neuen Verfassung, an deren Vollziehung sein Vorgänger durch den Tod verhindert war. „Nur so könne die Freiheit Dänemarks zur Selbstständigkeit gesichert werden.“ Der wohlwollende Christian erklärte, sich bedenken zu wollen, aber obgleich die Ruhe nicht gestört wurde, stieg die Spannung mit jeder Stunde. Er wußte genau, was auf dem Spiele stand. Seine frühere große Popularität war „durch Bosheit, List und skandinavische Pläne“ geschwächt*). Genehmigte er nicht, so mußte er befürchten, daß er von dem eben gewonnenen Thron wieder herabgestürzt und die Skandinavische Union proklamiert wurde. Hall stellte die Kabinettsfrage und erklärte, für des Königs Leben nicht einstehen zu können, wenn er das neue Grundgesetz nicht annähme. Alle Gesamtstaatsmänner hielten die Vollziehung für unumgänglich. Die Warnung Bismarcks, der versuchte, den neuen König durch den englischen Botschafter zu bewegen, daß er keine übereilten Entschlüsse fasse**), verhallte daher wirkungslos. Auch die österreichische Regierung erteilte vergeblich kalmierende Ratschläge. Am 18. November sanktionierte Christian das Gesetz. Gleich-

---

von Dänemark, Gemahlin Christian's IX., an ihre Tante, die Prinzessin Louise von Hessen in Hannover, bestätigt. Darin heißt es: pp. „Nur zwei Tage vor dem Ableben des Königs ging das Gesetz durch den Reichsrat und wurde nach Glücksborg gesandt; — und da stirbt der König. Denke Dir alle dies Vorangegangene und frage Dich, was nun der Verweigerung der Unterschrift für Christian und seine Erben notwendige Folge war: — eine mögliche Ueberwerfung der Thronfolge und Grundlage für Skandinavien, da man nicht weiß, wie weit eine Verbindung mit Schweden schon organisiert ist.“ pp.

*) Schreiben der Königin Luise an die Prinzessin Louise von Hessen d. d. Dezember 1863.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 17. November 1863.

zeitig wurden sämtliche dänische Regimenter doubliert, neue Streitkräfte nach Holstein vorgeschoben, und das Verderben nahm seinen Lauf.

Trotz des Londoner Protokolls wurde nun von allen Seiten Einspruch gegen das Erbrecht des neuen Königs an die Elbherzogtümer erhoben. Am 17. November übersandte der Großherzog von Oldenburg dem Könige Georg einen Protest gegen das dänische Thronfolgegesetz, weil es ohne Zustimmung der schleswig-holsteinischen Stände zu stande gekommen wäre. Er habe den König Frederik VII. in einem Schreiben vom 2. Februar 1861 hierauf aufmerksam gemacht; deshalb könne er seinen Beitritt zum Protokoll, bezw. seinen Verzicht vom 28. März 1854 nicht mehr als bindend ansehen*).

Gleichzeitig stellte er einen Antrag am Bunde, in Erwägung zu ziehen, „welche Maßregeln unter den obwaltenden Umständen geboten erschienen, um bei dem eingetretenen Thronwechsel im Königreich Dänemark sowohl die Rechte der mit diesem Königreiche zu einer Monarchie bis dahin vereinigten Länder, als auch des deutschen Bundes in seiner Gesamtheit zu wahren". Wenn aber der Großherzog gehofft hatte, daß sein Schwager bei diesem energischen Vorgehen auf seiner Seite stehen würde, so hatte er sich verrechnet. Umgehend telegraphierte Georg zurück: „Ich werde deinen Antrag, der zu nichts führt, nicht unterstützen".

Noch fraglicher als die oldenburgischen Thronansprüche waren die des Erbprinzen von Augustenburg, und sie gewannen dadurch nicht an Gewicht, daß er sie mit der Entsagung seines Vaters, des Herzogs Christian August von Schleswig-Holstein, zu seinen Gunsten begründete. Denn dieser hatte nicht bloß für sich, sondern auch für seine gesamte Descendenz das Successionsrecht des Glücksburgischen Hauses „an alle Lande, die jetzt unter S. M. des Königs von Dänemark Scepter vereinigt sind," gegen Zahlung einer Summe von $2^1/_2$ Millionen Thaler ausdrücklich anerkannt. Wenn er also seinen Verzicht widerrufen wollte, so mußte er damit beginnen, daß er das empfangene Geld an die dänische Krone zurückerstattete. Aber auch ohne diesen Umstand sah es mit seinen Ansprüchen auf die Gesamtheit der beiden Herzogtümer zweifelhaft genug aus. Darüber äußert sich Zimmermann folgendermaßen**): „Das eventuelle Erbrecht der Augusten-

*) Eigenhändiges Schreiben des Großherzogs von Oldenburg an König Georg V. d. d. 17. November 1863.

**) Immediat-Bericht Zimmermanns an den König d. d. 19. November 1863. Dessen Ansicht stimmt im allgemeinen mit dem von Professor Pernice in Halle im Jahre 1851 abgegebenen Gutachten (vergl. von Sybel a. a. O. III. Teil S. 68).

burgischen Linie auf den sogenannten königlichen Teil Holsteins war schon im vorigen Jahrhundert verloren. Die Succession in das Plön'sche Land hatte sie verkauft. Die eventuelle Nachfolge in dem königlichen und gottorpschen Teil war eingebüßt durch Versäumnis der Lehns-Erneuerung und das kaiserliche Aufheben der Gesamtbelehnung. Gesetzt aber, es beständen noch eventuelle Successionsrechte der oldenburgischen Seitenlinie, so mußte Holstein beim Wegfall des königlichen Mannsstammes geteilt werden zwischen der Gottorper und der Sonderburger Linie. Gottorp hätte jedenfalls auf die Hälfte Anspruch; die andere Hälfte wäre zu teilen zwischen der Glücksburger und Augustenburger Linie. Die Gottorp'sche und Glücksburger Linie aus Holstein hinaus zu deduzieren, ist unmöglich. Die schauenburgischen Lande (Ranzau, Pinneberg, Altona) sind stets Allode gewesen. Sie würden also dem weiblichen Stamme der königlichen Linie zufallen. Im günstigen Fall hätte also Augustenburg auf ein Stückchen Holstein Anspruch." Gegen die Zerstückelung, welche unfehlbar die Folge dieser Verhältnisse sein mußte, war daher die einheitliche Erbfolge eine wahre Wohlthat.

Das alles hinderte den Erbprinzen jedoch nicht, schon am 16. November — also zu einer Zeit, wo die Sanktion der neuen Verfassung durch den König Christian noch ausstand — von Schloß Dolzig aus eine Proklamation zu erlassen, worin er sich als rechtmäßigen Herzog von Schleswig-Holstein, die fernere Herrschaft des Königs von Dänemark aber als „eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat" bezeichnete. Zwar meinte er, der Tod des Königs Frederik hätte in keine unglücklichere Zeit fallen können, als da Bismarck und Rechberg in Deutschland regierten, aber diese Schwierigkeit befreie ihn nicht von seiner Pflicht*). Ja sogar auf das Herzogtum Lauenburg erhob er in ziemlich unverblümten Ausdrücken Anspruch. Dabei passierte ihm jedoch das Unglück, daß er dies „schöne Land" als „Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage" (Erbe von Norwegen) bezeichnete, während es seinerzeit zunächst von Hannover an Preußen und erst nachher von diesem an Dänemark abgetreten war. (S. o. I. T., S. 152 ff.)

Das unvermutete Auftreten des Erbprinzen weckte in ganz Europa lebhaften Wiederhall. In allen deutschen Staaten hoben die liberalen

---

überein. Auch Bismarck ist derselben Ansicht. („Gedanken und Erinnerungen" II. Teil S. 11.)

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 113.

Parteien, sogar der größte Teil der Regierungen „Friedrich VIII.“ als den unzweifelhaft legitimen Herzog von Schleswig-Holstein auf ihren Schild und forderten dessen unverzügliche Einsetzung durch den Bund, ohne an die Folgen zu denken, die ein solcher Beschluß haben mußte. „Merkwürdig ist,“ schreibt Zimmermann, „daß viele deutsche Staatsmänner die auswärtige Seite der Frage so ansehen und so handeln, als wenn sie nicht existierte und in die Augustenburgische Erbfolge hineinspringen, wie die Fliegen in eine Milch-Pastete*).“ Allen voran in der Anerkennung des augustenburgischen Erbrechts ging der Herzog von Coburg, der es auf dem Wege der Bewaffnung und eines Krieges des deutschen Volkes zur Geltung zu bringen hoffte. Auf dieser Bahn glaubte er die deutschen Regierungen mit sich fortreißen zu können. Er gestattete sogar seinem Legationsrat Sammer und dem Staatsrat Francke, in den Dienst des Erbprinzen zu treten, der dem ersteren die auswärtigen, dem letzteren die inneren Angelegenheiten übertrug. Der frühere schleswig-holsteinische Oberst du Plat übernahm das Militär-Departement, mußte aber seine Thätigkeit vorläufig darauf beschränken, in Hamburg ein Werbebureau zu errichten, das indes schon nach wenigen Tagen auf Befehl des Senats wieder geschlossen wurde**).

Von den übrigen sächsischen Fürsten folgten Weimar und Meiningen dem Schritte des Coburgers. Auch der Großherzog von Baden, sowie der König von Württemberg und mehrere der kleinen Staaten der 16. Kurie erkannten ihn an. Bayern und Königreich Sachsen waren ihm gleichfalls günstig gestimmt, wollten aber der Bundes-Entscheidung nicht vorgreifen.

Neben den deutschen Großmächten verhielt sich fast allein Hannover abwartend in der Frage, die alle Gemüter bewegte. Es hatte, wie sie, das Londoner Protokoll unterzeichnet. Zwar übersandte am 17. November der Vater des Thronprätendenten dem Könige ein von einem langen Promemoria begleitetes Schreiben, worin er ihn aufforderte, zu ermessen, ob nicht in dem Umstande, daß Dänemark seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, für die deutschen Regierungen eine genügende Veranlassung liege, „ihrerseits des Rechts der Herzogtümer und deren legitimer Erbfolge sich anzunehmen“; allein er erhielt nur eine ausweichende Antwort. Der spätere Versuch, den König durch persönliche Intervention des Prinzen Christian, jüngeren Bruders des

---

* Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 19. November 1863.

**) Bericht Zimmermanns d. d. 28. November 1863.

Erbprinzen Friedrich, für diesen günstig zu stimmen, verlief gleichfalls resultatlos*).

Daß in Holstein die Bevölkerung den Schritt des Augustenburgers mit unermeßlichem Jubel begrüßte, ist begreiflich, hatte er sich doch ausdrücklich verpflichtet, ihr teueres Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848 anzuerkennen. Es scheint sogar, daß er sich bereits im Sommer während der Hamburger Ausstellung mit den schleswig-holsteinischen Emigranten in Verbindung gesetzt und durch bezahlte Advokaten allenthalben seine Ansprüche als staatsrechtlich unumstößlich hatte predigen lassen**). Durch das ganze Land erscholl der einstimmige Ruf: „Los von Dänemark!“ Was half es dagegen, daß Christian IX. der Sache der Herzogtümer durchaus nicht zuwider war, daß er in seiner Gerechtigkeitsliebe und Gutmütigkeit gewiß alles Mögliche gethan haben würde, um seine deutschen Unterthanen zufrieden zu stellen; ihnen galt Friedrich VIII. als der einzig berechtigte Erbe von Schleswig-Holstein. Weitaus die meisten geistlichen und weltlichen Beamten lehnten die Leistung des geforderten Huldigungseides an den König-Herzog ab. Eine Anzahl Ständemitglieder unterzeichneten in Kiel eine Eingabe an den Bund; auch die holsteinische Ritterschaft beschloß mit allen gegen eine Stimme, eine Petition zu Gunsten des Herzogs Friedrich nach Frankfurt zu schicken***).

Nun schwoll die Bewegung überall lawinenartig an. Alles, was zum National-Vereine gehörte, ergriff mit Eifer die Partei Augustenburgs. Der Ausschuß entsandte schon am 23. November in der Person seines Präsidenten von Bennigsen und dessen Stellvertreters Fries eine Deputation an „den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein“ nach Gotha, welche ihn „bei den gerechten Bestrebungen, alle Hindernisse zu überwinden, welche der Besitzergreifung der Herzogtümer im Wege stehen, der lebhaftesten Sympathien nicht allein, sondern auch der kräftigsten Unterstützung des National-Vereins“ versicherte. Und wie das gemeint war, ergab sich aus einem höchst agitatorischen Aufrufe des Vorsitzenden R. von Bennigsen vom nächsten Tage†). Nach der „verhängnisvollen Frage an das deutsche Volk“: ob es die Schmach dulden wolle, daß ein deutscher Bruderstamm das Schicksal von Elsaß-Lothringen teile, wandte

*) Das Nähere s. in Jansen-Sammer a. a. O. S. 133.

**) Depesche Zimmermanns d. d. 17. November 1863.

***) Jansen-Sammer a. a. O. S. 124.

†) S. denselben u. a. in der „Wochenschrift des National-Vereins“ Nr. 187 vom 26. November 1863.

er sich zunächst mahnend an die deutschen Fürsten, eingedenk zu sein der schweren Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastete. „Wer wird in Zukunft Eure eigene Legitimität achten, wenn Ihr die Rechte eines legitimen deutschen Fürsten dem fremden Unterdrücker preisgebt — wer an Euren Beruf zur Führung der Nation fernerhin glauben, wenn Ihr die gerechten Erwartungen des Volkes diesmal zu täuschen im stande seid?" ruft er ihnen zu. Und dann fährt er fort: „Wie aber immer der Beschluß der Fürsten ausfalle, — Euch, Ihr deutschen Brüder, beschwören wir, selbst zu handeln — jeder an seinem Platze, jeder mit seiner vollen Kraft, ohne Rücksicht auf Sonder- oder Partei-Interessen einig zu sein in der gemeinsamen Gefahr, — einig in der gemeinsamen Verteidigung der nationalen Ehre und Unabhängigkeit."

Zu diesem Zwecke wurden alle Gemeinden, Korporationen, Genossenschaften, — alle Vaterlandsfreunde aufgefordert, ungesäumt Geld herbeizuschaffen, und Mannschaft, Waffen und alle Mittel bereit zu halten, zur Unterstützung der bedrängten Brüder in Schleswig-Holstein. Die vom Nationalverein aufbewahrten Flottengelder sollten gleichfalls „im Sinne der Geber ihre Verwendung finden," um deutsches Küstenland gegen den auswärtigen Feind zu verteidigen.

Ein Hilfsausschuß des Nationalvereins, bestehend aus Bennigsen, Brater, Fries, Metz, Miquel, Schulze-Delitzsch und Streit trat in Göttingen zusammen, um die einlaufenden Gaben in Empfang zu nehmen, und forderte die deutsche Jugend auf, „die vielleicht nur sehr kurze Zwischenzeit zu benutzen zur Uebung in den Waffen und zur taktischen Ausbildung."

Der Aufruf hatte eine wahrhaft zündende Wirkung. Bis zum 7. Dezember waren bereits 1067 fl. 13 kr. bei der Expedition der Wochenschrift des Nationalvereins eingegangen. Am 21. quittierte Miquel als Geschäftsführer des Ausschusses bereits über den ferneren Empfang von 16000 fl. Die Gesamtsumme der bei dem am 22. Dezember 1863 eingesetzten Ausschuß der Landesvertretungen in Frankfurt bis zum 15. März eingegangenen Gaben aber bezifferte sich auf 437346 fl. 24 kr.*). Sogar kleinere Orte in Hannover, wie Verden, hatten sich mit 500 Rthlr, Gifhorn und Meine zusammen mit 100 Rthlr. beteiligt; die Residenzstadt selbst brachte über 5000 Rthlr. auf.

Namentlich richtete sich der Zorn des Nationalvereins gegen den

*) „Wochenschrift des National-Vereins" Nr. 205 S. 1740.

Leiter der preußischen Politik. In Hamburg wurde in einer Versammlung der Vereinsmitglieder der Antrag eines gewissen Dr. Wex einstimmig angenommen, wonach der Ausschuß zur Einleitung angemessener Schritte aufgefordert werden sollte, „um in Gemeinschaft mit der preußischen Fortschrittspartei den Sturz des Ministeriums Bismarck herbeizuführen*).“

Und diese selbst brachte am 23. November im preußischen Abgeordnetenhause durch Stavenhagen, Virchow und Genossen einen Antrag ein, der am nächsten Tage von der Kommission einstimmig angenommen wurde. Darin hieß es: „die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogtümer schützen, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm zur Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.“

Und doch war Bismarck der einzige, der die volle Bedeutung des dänischen Thronwechsels erkannt hatte, der sofort begriff, daß er sich zur Vergrößerung Preußens verwerten ließe. Die Beharrlichkeit und Verschlagenheit aber, mit der er, gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands, gegenüber dem Widerstande des Bundes und Oesterreichs, gegenüber der ausgesprochenen Absicht seines königlichen Herrn, dies Ziel zu erreichen wußte, stempelt ihn zu einem der größten Staatsmänner aller Zeiten. „Ich habe von Anfang an die Annexion unverrückt im Auge behalten, ohne die anderen Abstufungen aus dem Gesichtsfelde zu verlieren,“ sagt er selber**). Mit Recht ist er in späteren Jahren auf diesen diplomatischen Erfolg am meisten stolz gewesen. Man staunt über die Kühnheit des Gedankenfluges, mit der er gleich in dem ersten Conseil nach dem Tode Frederiks VII. am 26. November, das Samenkorn der Eroberungslust in die Seele des Königs zu senken suchte. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ (II. Teil S. 8 ff.) erzählt Bismarck, wie er seinen hohen Herrn daran erinnert habe, daß jeder seiner nächsten Vorfahren bis auf den großen Kurfürsten zurück für den Staat einen Zuwachs gewonnen: Friedrich Wilhelm IV. Hohenzollern und das Jahdegebiet, Friedrich Wilhelm III. die Rheinprovinz, Friedrich Wilhelm II. Polen, Friedrich II. Schlesien u. s. w., und wie er ihn ermuntert habe, ein Gleiches zu thun. Freilich machten seine Auseinander-

*) „Wochenschrift des National-Vereins“ Nr. 187 S. 1591.

**) „Gedanken und Erinnerungen“ a. a. O. II. T. S. 9.

setzungen wenig Eindruck. Der Kronprinz hob, während er sprach, die Hände zum Himmel, als wenn er an seinem gesunden Sinne zweifelte, und der König selbst schien zu glauben, daß der Minister „unter bacchischen Eindrücken eines Frühstückes“ gesprochen hätte.

Dennoch war es eine verhängnisvolle Täuschung, daß der Erbprinz Friedrich glaubte, mit Unterstützung des Königs Wilhelm, und im Vertrauen auf die freundschaftlichen Gesinnungen des Kronprinzen sein Erbrecht durchsetzen zu können. Diese Illusion ist aber begreiflich, da er wußte, daß es der Wunsch des Königs war, das Unrecht seines Vorgängers wieder gut zu machen, der am 24. März 1848 die Gerechtigkeit der Erbansprüche des Vaters des Prätendenten anerkannt und ihn trotzdem nachher hatte im Stiche lassen müssen.

Schon am 17. November richtete der Erbprinz ein Schreiben an den Kronprinzen von Preußen, der damals in England weilte, mit der Bitte, bei der Königin Viktoria sowohl, wie bei seinem Vater für sein Heimatland und ihn selber Fürsprache einzulegen. Am nächsten Tage reiste er persönlich nach Berlin. Dort hatte er eine Besprechung mit Bismarck, der ihm zwar tröstend versicherte, „er sei völlig im Rechte und er würde in seiner Lage ebenso handeln“, dann aber bedauernd hinzufügte, Preußen sei durch das Londoner Protokoll gebunden und könne sich um dieser Frage willen nicht gut in einen Krieg stürzen. Er hoffe vielmehr noch, daß eine Verständigung möglich sei, wenn Christian IX. die neue Verfassung nicht bestätige. Auf die bestimmte Entgegnung des Erbprinzen, daß er auf alle Fälle an seinem Rechte festhalten würde, meinte Bismarck, es bliebe ihm wohl nichts anderes übrig, „wenn er nicht wie sein Vater zurücktreten wollte“. Von einer Aussicht auf preußische Hilfe, auf die er gehofft hatte, war mit keinem Worte die Rede.

Ebensowenig hatte die Unterredung mit dem Könige Wilhelm ein positives Ergebnis. Bei allem Wohlwollen für den Prinzen erklärte er sich durch das „unglückliche“ Protokoll gebunden. Er ließ aber durchblicken, daß er sich freuen würde, wenn Preußen in der Erbfolge-Frage am Bunde überstimmt würde*).

Am 1. Dezember kam die schleswig-holsteinische Angelegenheit im preußischen Abgeordnetenhause zur Verhandlung. Zunächst verlas Bis-

*) Vgl. die Aufzeichnungen des Erbprinzen Friedrich über seine Unterredungen mit Bismarck und dem Könige Wilhelm in Jansen-Samwer Anl. Nr. 4 S. 686 ff.

marck im Namen der Staatsregierung eine Erklärung, die mit nüchternen Worten an dem Grundsatze festhielt, daß „für Preußens Stellung zur Sache im wesentlichen zunächst das Londoner Protokoll maßgebend sei." „Die Unterzeichnung mag beklagt werden", fuhr er fort, „aber es ist ein Gebot der Ehre und der Klugheit, an unserer Vertragstreue keinen Zweifel haften zu lassen. Nur der Londoner Vertrag giebt uns das Recht, auch für Schleswig einzutreten. Es ist wahr, Dänemark hat diesen Vertrag nicht gehalten, aber ob und wann wir uns deshalb von demselben lossagen, das behalten wir uns vor, darüber können wir die Entscheidung nicht dem Bundestage überlassen. Wir sind mit Oesterreich darüber einig, daß König Christian auch ohne den Londoner Vertrag in Lauenburg erbberechtigt ist; dagegen beruht seine Erbfolge in Holstein auf diesem und auf seiner Erfüllung, und nur wegen seiner Nichterfüllung haben wir mit Oesterreich die sofortige Vollziehung der Bundesexekution beantragt — und wegen Beschaffung der dazu nötigen Geldmittel werden wir dem Landtage demnächst eine Vorlage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme machen."

Nach dieser Erklärung brach ein unbeschreiblicher Sturm der Entrüstung los. Während der zweitägigen höchst erregten Debatten „über eine Lebensfrage deutscher Macht, deutschen Rechts und deutscher Ehre*)", die nun folgten, verhielt sich Bismarck indes meistens schweigsam. Gelassen hörte er die heftigen Angriffe der Fortschrittsmänner gegen seine Politik und seine Person an, deren Organ sich bis zu der Beschuldigung verstieg, daß ein Stück deutsches Land und Volk von Herrn von Bismarck auf offenem Markte verraten und verkauft werden sollte. Nur als Löwe von dem Sturze dieses Ministeriums durch den ausbrechenden Kriegssturm sprach, als Sybel erklärte, der Londoner Vertrag sei ein Vertrag gegen die öffentliche Moral und schon deswegen ungültig, flog ein höhnisches Lächeln über sein Gesicht, das sich wiederholte, als der berühmte Geschichtsschreiber die Ausführung des Bismarck'schen Programms geradezu als einen „Selbstmord" für Preußen bezeichnete, und dann, als wenn er die Annexionsgedanken des Ministers erraten hätte, wörtlich fortfuhr: „So viel ich weiß, rechnet das schleswig-holsteinische Volk zu seinen Rechten — und diese Rechte hat er (nämlich der Herzog von Augustenburg) gesagt, will auch er respektiert wissen — in erster Linie als das Kostbarste seinen Anspruch auf die männliche Erbfolge in seinem

*) „Wochenschrift des National-Vereins" Nr. 189 vom 10. Dezember 1863 S. 1603.

Fürstenstamme: Es will nicht preußisch werden! Das erlaube ich mir hier mit voller Kenntnis der Sache auszusprechen*)."

Bei dieser Stimmung des Abgeordnetenhauses ist es ebenso selbstverständlich, daß der Antrag der Kommission mit überwiegender Majorität (231 gegen 63 Stimmen) angenommen wurde, wie, — daß er auf den Gang der Bismarck'schen Politik nicht den geringsten Einfluß übte.

Auch die Verhandlungen der Bundesversammlung nahmen nunmehr einen ganz ungewöhnlich erregten Charakter an, und die Bevollmächtigten der beiden deutschen Großmächte hatten Mühe, sie einigermaßen in dem üblichen geschäftsmäßigen Gange zu erhalten. Schon am 18. November meldete der hannoversche Bundestagsgesandte von Heimbruch, daß in der nächsten Sitzung die Regierungen von Sachsen, Mecklenburg und Anhalt, sowie die sächsisch-ernestinischen Häuser ihre alten Ansprüche auf Lauenburg erneuern, und daß gegen die Fortführung der Stimme für dies Fürstentum durch Dänemark Protest erhoben werden würde. Gleichzeitig that Bayern auf das Energischste Einspruch gegen die Gültigkeit des Londoner Protokolls, die es — fast allein unter allen deutschen Staaten — niemals anerkannt hatte. Am nächsten Tage, den 19., versuchte der badische Gesandte von Mohl, sich unter Ueberreichung der Verzichturkunde des alten Herzogs von Augustenburg und eines Beglaubigungsschreibens des Erbprinzen als dessen Bevollmächtigter zu introduzieren, wurde aber von dem Präsidialgesandten auf den schriftlichen Weg verwiesen. Dann wieder erklärte Herr von Nostitz im Namen Sachsens, es dürfe kein Gesandter für Holstein-Lauenburg zugelassen werden, bevor nicht über die Erbfolge vom Bunde entschieden sei, während ein solcher in der Person eines Herrn von Dirking-Holmfeld der Versammlung offizielle Anzeige von dem Thronwechsel in Kopenhagen machte, ohne jedoch schon eine Vollmacht überreichen zu können. Endlich brachten — zum ersten Male seit acht Jahren — Oesterreich und Preußen am 21. November einen identischen Antrag ein, des Inhaltes: „es sei notwendig, von seiten des Bundes Protest einzulegen gegen alle nachteiligen Folgen, welche aus der Sanktion des dänisch-schleswigschen Grundgesetzes hergeleitet werden könnten**)." Kaum waren alle diese Anträge und Rechtsverwahrungen mit den Urkunden Mohl's 2c. den Ausschüssen überwiesen, so erhob das

*) Jansen-Sammer a. a. O. S. 144 ff. Anmerkung.

**) Telegramme des Gesandten von Heimbruch d. d. 18., 20. und 21. November 1863.

britische Kabinett energischen Einspruch gegen dieses Verfahren, von dem es „with much concern“ Kenntnis erhalten hätte. „Die Regierung Ihrer Majestät erwartet von den Mächten, die den Vertrag vom 8. Mai 1852 unterschrieben haben, oder demselben beigetreten sind“, so hieß es in der Depesche*), „dieselbe Achtung für das gegebene Wort, welche sie selbst als Leitfaden ihrem eigenen Verhalten zu Grunde legt.“

In den Ausschuß-Verhandlungen gingen die Ansichten weit auseinander. Der preußische Gesandte von Sydow wollte Dirking vorläufig zulassen, jedoch „mit der Maßgabe, daß durch die Nichterfüllung der Zusagen von 1851—52 auch die andererseits eingegangenen Verpflichtungen aus dem Londoner Traktat beseitigt würden“. Bayern widersprach heftig: „Durch einen solchen Antrag würde der Erbfolgefrage bereits präjudiziert,“ erklärte Pfordten. Deshalb müsse bis zur Entscheidung über das Erbrecht die holstein-lauenburgische Stimme ganz suspendiert werden; und ihm schloß sich auch der Gesandte Mecklenburg-Schwerins an, — zur großen Entrüstung Bismarck's**). Noch weniger Uebereinstimmung herrschte bei der Erörterung über die Frage, ob die Exekution als solche ihren Fortgang nehmen, oder die Occupation an deren Stelle treten solle. Kübeck und Sydow vertraten, entgegen der einstimmigen Ansicht sämtlicher anderen Ausschuß-Mitglieder mit aller Entschiedenheit die erstere Maßregel. Auf den Antrag Sachsens, Holstein bis zu dem Zeitpunkte durch das Exekutionscorps besetzen zu lassen, bis der Bund das Land dem rechtmäßigen Landesherrn überliefern könne, wollte sich Bismarck unter keinen Umständen einlassen — wenn auch der König vielleicht einem solchen Vorgehen geneigt war. Oesterreich und Preußen waren vielmehr entschlossen, selbst wenn ein solcher Antrag die Mehrheit der Stimmen erhielte, sich nicht fortreißen zu lassen***). In den maßgebenden Kreisen Wiens hielt man es für ausgemacht, daß durch die Occupation die revolutionäre Strömung verstärkt würde, Graf Ingelheim aber erhielt Auftrag, diese Auffassung in Hannover zur Geltung zu bringen und sich dafür zu verwenden, daß man dort dem Exekutions-Beschluß zustimmte†).

---

*) Telegraphische Depesche des Lord J. Russell an den englischen Gesandten Howard in Hannover.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 2. Dezember 1863.

***) Telegraphische Depesche Reitzensteins d. d. 25. November 1863.

†) Depesche des Grafen Rechberg an den Grafen Ingelheim d. d. 26. November 1863.

Am 28. November fand zunächst die Beschlußfassung über das Stimmverhältnis für Holstein-Lauenburg statt. Mit großer Mehrheit wurde die Vollmacht Dirking-Holmfeldt's beanstandet, und ihm nicht gestattet, amtliche Erklärungen im Protokoll niederzulegen. Nur „aus Courtoisie“ wollten Oesterreich und Preußen ihm das Protokoll bis zum nächsten Tage offen halten, allein sie wurden überstimmt. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde mit einer Majorität von 12 gegen 4 Stimmen dem nicht anerkannten dänischen Vertreter der Herzogtümer die weitere Teilnahme an den Verhandlungen untersagt, und die Sitzung vorläufig geschlossen. Erst nach der Entfernung Dirking's nahm sie ihren Fortgang*). Jetzt beantragte Sachsen dessen fernere Nichtzulassung und die Besetzung Holsteins durch ein verstärktes Bundescorps, während Pfordten im Namen des Ausschusses vorschlug, die holstein-lauenburgische Stimme zur Zeit zu suspendieren. Vergeblich versuchten Bismarck und Rechberg wenigstens die lauenburgische Erbfolgefrage zu Gunsten Christians IX. zu entscheiden, sie wurden überstimmt.

Somit hatte die Politik der Großmächte eine eklatante Niederlage erlitten, und wenn sie sich wiederholte, wenn es der Majorität am Bundestage gelang, die Occupation durchzusetzen, so war die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein nicht zu vermeiden. Diese Gefahr war um so dringender, weil der König Wilhelm im Herzen auf der Seite seiner deutschen Bundesgenossen stand. Für Bismarck galt es also zunächst, diesen für die Auffassung zu gewinnen, daß sich aus Rücksicht auf die auswärtigen Mächte ein Festhalten am Londoner Vertrage empfehle und demgemäß eine Erklärung, Preußen seinerseits hielte bis zum 1. Januar daran fest. Würden alsdann die Forderungen Deutschlands nicht erfüllt, so sei man nicht mehr daran gebunden**). Dieses Verfahren hatte den Vorteil, daß man sich nicht in direkten Gegensatz zu der öffentlichen Meinung Deutschlands setzte, und daß man zugleich die Möglichkeit einer Lossagung vom Londoner Protokoll in Aussicht stellte, ohne jedoch wegen der Zukunft der Herzogtümer irgend welche bindende Verpflichtungen einzugehen. So lange der König Frederik VII. lebte, war Bismarck nur höchst zögernd auf die Exekution eingegangen, die damals im günstigsten Falle kein anderes Resultat haben konnte, wie daß die Bundestruppen, wenn Dänemark sich den Forderungen Deutschlands fügte, das Land wieder verließen. Jetzt dagegen erschien

*) Depesche Heimbruchs d. d. 28. November 1863.

**) Telegraphische Depesche Reitzensteins d. d. 25. November 1863.

ihm die möglichst schleunige Vollziehung der Exekution als das geeignetste Mittel, um in Holstein festen Fuß zu fassen, und, ohne die Successionsfrage vorläufig zu berühren, sich doch schon den späteren Besitz zu sichern. Aus dieser Auffassung erklärt es sich auch, daß der Vertreter Preußens, um seinen Vorschlag annehmbarer zu machen, während der Ausschuß-Verhandlungen „unbegreiflicherweise" an der Voraussetzung festhielt, daß kein Widerstand von dänischer Seite erfolgen werde*).

Mit allgemeiner Spannung sah man daher der Abstimmung; ob die Occupation oder die Exekution erfolgen sollte, entgegen. Die Beratungen der vereinigten Ausschüsse führten zu keinem Ergebnis. Von Tage zu Tage verschärften sich die Gegensätze, und es blieb lange ungewiß, ob und wann eine Bundestags-Sitzung in dieser Angelegenheit anberaumt werden könnte. Die Instruktionen Sydow's gingen so ausschließlich auf die Festhaltung des Exekutions-Standpunktes hinaus, daß der Vorbehalt der späteren Regelung der Erbfolgefrage ganz illusorisch gemacht wurde**). Inzwischen ergingen von Wien und Berlin aus die dringendsten Vorstellungen an die deutschen Höfe, sich nicht in Opposition zu Oesterreich und Preußen zu setzen. Zu diesem Zwecke schlug das Wiener Kabinett vor, der Bund solle sich ausdrücklich dagegen verwahren, daß die Exekution als Anerkennung Christian's IX. zu gelten habe***). In einer von Bismarck verfaßten identischen Note der beiden Großmächte an die anderen Regierungen war jedoch von einer solchen Verwahrung keine Rede. Darin wurde ihnen vielmehr nur wegen ihrer politisch unklugen Haltung, die leicht den Krieg herbeiführen könne, derb der Text gelesen. „Die deutschen Bundesgenossen," so heißt es, „können überzeugt sein, daß Preußen und Oesterreich, nachdem sie sich über diese Frage völlig geeint haben, in derselben die Rechte und Interessen Deutschlands mit dem Nachdruck wahren werden, welcher auf die Gesamtlage Europas anwendbar ist. Wenn die beiden Mächte für sich das Vertrauen der Bundesgenossen in Anspruch nehmen, so müssen sie zugleich darauf aufmerksam machen, daß der Bund selbst, wenn er seine Stellung in Europa wahren will, die letztere in europäischen Fragen auch von europäischen Gesichtspunkten auffassen muß†)." Gleichzeitig äußerte der Unterstaats-

*) Bericht Heimbruchs d. d. 23. November 1863.

**) Bericht Heimbruchs d. d. 2. Dezember 1863.

***) Depesche Stockhausens d. d. 4. Dezember 1863.

†) Erlaß des Ministers von Bismarck an den Gesandten Prinzen Ysenburg in Hannover d. d. 4. Dezember 1863.

sekretär von Thile, das Ultimatum sei die Exekution; wolle man Preußen majorisieren, so marschiere kein Mann und es werde die Schuld auf die Mehrheit geworfen werden*).

Dennoch blieb es eine Zeitlang ungewiß, ob der österreichisch-preußische Antrag auf sofortigen Vollzug der am 1. Oktober beschlossenen Maßregeln die Majorität finden würde. Beust meinte, der identische Vorschlag „schmecke nach Bismarck'schem Eisen und Blut und nach Rechberg'scher Galle, und um das Ganze verdaulich zu machen, werde er gern das nötige Salz liefern**).“ In demselben Sinne sprach sich der bayrische Minister von Schrenck aus. Hannover dagegen schloß sich der Auffassung der beiden Großmächte an, und seiner Haltung ist es vornehmlich zu danken, daß am 7. Dezember eine Majorität von zehn gegen sieben Stimmen beschloß, über den dringlichen Antrag Oesterreichs und Preußens sofort abzustimmen, und daß dieser mit acht gegen sieben Stimmen zur Annahme gelangte***). Danach wurde den Regierungen von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover anheimgegeben, unverzüglich die geeignete Eröffnung an Dänemark zu machen und den Exekutions-Auftrag zur Ausführung zu bringen. Die vereinigten Ausschüsse aber wurden zur Stellung der nötigen Anträge veranlaßt.

Nun kamen auch die Verhandlungen über die Zusammensetzung des Exekutions-Corps zum Abschluß. In der Militär-Kommission, die am 23. November unter dem Vorsitz des Generals von Moltke in Frankfurt zusammentrat, herrschten zuerst ziemlich große Meinungsverschiedenheiten. Darüber, daß ein Corps von im ganzen 6000 Mann unter den vorliegenden Verhältnissen nicht ausreiche, waren alle einig. Man schlug daher vor, daß Sachsen allein die 6000 Mann stellen und eine ebenso starke hannoversche Reserve zu ihrer unmittelbaren Unterstützung an der Grenze bereit gehalten werden sollte. Hiergegen erhob der hannoversche Bevollmächtigte General Schultz auf besonderen Befehl des Königs Georg†) Einspruch. Ihm schien die Auseinandersetzung Moltkes, daß die Dänen höchstens 33000 Mann aufstellen, die preußischen Reserven aber nach Aufforderung in 14 Tagen in Holstein sein könnten, keine genügende

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 146.

**) Depesche des hannoverschen Geschäftsträgers in Dresden, Graf Platen jun. d. d. 5. Dezember 1863.

***) Dafür stimmten außer Oesterreich und Preußen: Hannover, Kurhessen, Mecklenburg und die 15., 16. und 17. Curie.

†) Notat des Dr. Lex d. d. 25. November 1863.

Sicherheit für das sächsisch-hannoversche Exekutions-Corps zu bieten, und er lehnte die Beteiligung Hannovers ab*). Ueber die Frage, welcher andere Bundesstaat dann die erste Reserve stellen sollte, war jedoch keine Einigung zu erzielen. Der König Georg hatte die Ansicht, es sei für das kleine Corps keine Schande, vor einer überlegenen Macht zurückzuweichen, gänzlich unzutreffend gefunden. Er wollte sein „durch eine glorreiche Vergangenheit ausgezeichnetes Heer" einer solchen Eventualität nicht aussetzen. „Vor allem aber wäre es ungerecht," sagte er, „daß Oesterreich und Preußen, die immer die Großmächte spielen wollten, gerade in dieser Eigenschaft nichts thun, sondern die andern Staaten gebrauchen wollten, für sie zu handeln." Auf die Vorstellungen Graf Platens ließ er jedoch seinen Widerspruch fallen, kurz bevor eine neue entgegenkommende Erklärung Oesterreichs und Preußens das allseitige Einvernehmen wiederherstellte**).

Am 30. November teilte nämlich General von Moltke der Militär-Kommission mit, die beiden Regierungen wären übereingekommen, gleichzeitig je 5000 Mann an der holsteinisch-lauenburgischen Grenze zusammenzuziehen. Hannover aber erbot sich, wenn nötig, 9000 Mann als unmittelbare Reserve zu stellen, nahm dabei jedoch das Recht, einen Civil-Kommissar zu ernennen, in Anspruch. Außerdem verpflichtete sich Oesterreich, noch 15 000, und Preußen, weitere 25 000 Mann als zweite Reserve bereit zu halten.

Damit waren jedoch noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Erst nach langen Debatten verstand man sich dazu, einige Schwadronen hannoverscher Kavallerie zu dem eigentlichen Exekutions-Corps stoßen zu lassen***). Während sodann sächsischerseits der Geheime Regierungsrat Freiherr von Könneritz zum Bundes-Kommissar designiert wurde, stieß die Ernennung des hannoverschen Kommissars auf ein ernstes Hindernis. Staatsminister a. D. von Münchhausen, den man für diesen Posten in Aussicht genommen hatte, lehnte die Berufung ab. Sein staatsmännischer Blick lehrte ihn, daß die Exekution nur der späteren preußischen Besitznahme die Wege ebnen würde. Nach seiner eigenen späteren Erklärung

*) Berichte des Generalmajors Schultz d. d. 23. u. 25. November 1863.

**) Protokoll einer vertraulichen Beratung, die unter Vorsitz des Königs am 26. November 1863 in der Privatwohnung der erkrankten früheren Gesandten Grafen Kielmannsegge in Hannover stattfand und an der außer diesem noch Graf Platen und der General von Tschirschnitz teilnahmen.

***) Depesche des Generals Schultz d. d. 1. Dezember 1863.

hatte er die Ueberzeugung gewonnen, daß in einer des Landes und des Volkes würdigen Weise die Bundes-Exekution und die Bundes-Maßregeln nach Wunsch nicht durchgeführt werden konnten*). Es scheint einigermaßen schwierig gewesen zu sein, einen geeigneten Ersatzmann zu finden, denn erst am 14. Dezember wurde Heimbruch telegraphisch angewiesen, der Bundes-Versammlung anzuzeigen, daß der Regierungsrat Nieper zu dem Posten designiert sei, — an demselben Tage, wo diese die von Preußen vorgelegte Instruktion für die beiden Bundes-Kommissäre genehmigte.

Am 14. Dezember stand die mobilisierte hannoversche Armee-Brigade in der Stärke von 6 Bataillonen, 3 Schwadronen, 3 Batterien (16 Geschützen) und 1 Pionier-Compagnie**) marschfertig in engen Kantonnements zwischen Harburg, Winsen und Hohnstorf auf dem linken Elbufer. Das Cambridge-Dragoner-Regiment, welches gleichfalls dazu gehörte, marschierte nach dem Amte Neuhaus a./E., um sich dem sächsischen Exekutions-Corps anzuschließen, das sich auf mecklenburgischem Gebiete um Boitzenburg konzentrierte. Die beiden hannoverschen Reiterregimenter zählten aber nur je drei Schwadronen, und selbst, um diese nur einigermaßen, den Bundesforderungen entsprechend, stark zu machen, hatten die Regimenter, die im Lande blieben, Pferde an sie abgeben müssen.

Den Befehl über das hannoversche Korps übernahm der Kommandeur der Kavallerie-Division, Generallieutenant Gebser, ein stattlicher Mann, mit dunkelgefärbtem Haar und Bart, der, obgleich er schon bei Waterloo mitgefochten, sich die Kraft und Elasticität der Jugend in vollem Maße bewahrt hatte. Dabei war er ein flotter eleganter Reiter und verstand es vorzüglich, zu repräsentieren. Ein vornehmer Kavalier und Weltmann, genoß er in hohem Maße das Vertrauen und die Gunst des Königs, die er sich durch kluges Eingehen auf dessen Schwächen und Eigentümlichkeiten zu erhalten wußte. Namentlich schmeichelte er dem Ahnenstolz Georgs in oft übertriebener und geschmackloser Weise. Zum Unglück für den König trug er außerdem bei passenden oder unpassenden Anlässen

*) Rede des Staatsministers a. D. von Münchhausen in der Sitzung der zweiten Kammer des hannoverschen Landtages am 6. Juni 1866. (Hannoversches Landtagsblatt von 1866 Nr. 29 S. 200.)

**) Sie bestand aus je einem Bataillon des 1. (Leib), 3., 5. und 7. Infanterie-Regiments, dem Garde- und 3. Jäger-Bataillon, dem Kronprinz-Dragoner-Regiment, der 2. reitenden Batterie (vier kurze Zwölfpfünder), 5. Fußbatterie (sechs leichte Zwölfpfünder), 7. Fußbatterie (sechs gezogene Sechspfünder), einer Munitions-Kolonne, einer Pionier-Compagnie und einem Sanitäts-Detachement.

einen glühenden Preußenhaß zur Schau*). Solche taktlose Kundgebungen mußten notgedrungen, wenn sie in Berlin bekannt wurden, dort den Glauben erwecken, daß der Monarch die Antipathie seines Günstlings teile, oder wenigstens derartige Aeußerungen nicht ungern sähe.

Am 18. Dezember traf der designierte Oberbefehlshaber der Bundestruppen, der sächsische General von Hake, in Boizenburg ein, ein tüchtiger, energischer Soldat, aber den diplomatischen Schwierigkeiten seiner Stellung wenig gewachsen. Glücklicherweise wurde dieser Mangel jedoch durch die ganz hervorragende Befähigung seines Stabschefs, des Obersten von Fabrice, völlig ausgeglichen, der hier zum ersten Male Gelegenheit fand, seine ausgezeichnete militärische und staatsmännische Begabung zu bethätigen. Seine ungewöhnlich hohe imponierende Gestalt, seine vornehmen Umgangsformen, nahmen von vornherein für ihn ein, und wenn er auch bisweilen durch seine aufbrausende Heftigkeit verletzte, so machte er doch auf jeden, der mit ihm in Verkehr trat, den Eindruck geistiger Ueberlegenheit. Dabei kam ihm seine genaue Bekanntschaft mit den maßgebenden Persönlichkeiten und Verhältnissen in Preußen vorzüglich zu statten, um auch in den bedenklichsten Situationen offene Konflikte zu vermeiden.

Hannoverscherseits wurden der Major Rudorff vom Generalstabe und der Verfasser dieses dem Stabe des Exekutions-Corps beigegeben. Oesterreich dagegen sandte den Major Dumoulin und Preußen den Major von Witzendorff in das Hauptquartier des Generals von Hake.

In Kopenhagen hatte man lange nicht an den Ernst der Situation glauben wollen; aber es herrschte doch schon eine gedrückte Stimmung, als am 28. November die Eider-Verfassung proklamiert wurde. Vergeblich suchten die Blätter durch die Nachricht, daß England seine Flotte Dänemark zur Verfügung gestellt habe, den gesunkenen Mut zu heben, eine Depesche Gortschakoffs, daß sich die deutschen Mächte im Falle der Annahme der Verfassung „presque dans l'impossibilité“ befinden würden, den Londoner Vertrag anzuerkennen, ließ keinen Zweifel darüber, daß man auf russische Hilfe nicht zu zählen habe**). Dennoch konnte sich das Ministerium nicht entschließen, das nach 20 jährigen Bemühungen

---

*) Als z. B. der Prinz Albrecht Vater am 5. Februar 1864 inmitten der gegen die Schlei vorrückenden preußischen Kolonnen in seiner russischen Troika durch die Straßen von Eckernförde fahrend, an einer Gruppe hannoverscher und sächsischer Offiziere vorbeikam, kehrte sich Gebser demonstrativ gegen eine nahe Hauswand, um den Prinzen nicht grüßen zu müssen, was von diesem natürlich nicht unbemerkt blieb.

**) Depeschen Krügers d. d. 30. November und 1. Dezember 1863.

inkorporierte Schleswig wieder herauszugeben. Die Regierung suchte daher den kommenden Sturm dadurch zu beschwören, daß sie am 3. Dezember das Gutachten des preußischen Kronjuristen Professor Pernice vom Jahre 1851 im Druck veröffentlichte, worin dieser die Successionsrechte der Sonderburger Linie wegen mangelhafter Ebenbürtigkeit bestritt. Am nächsten Tage setzte sie sodann die Bekanntmachung vom 30. März durch ein königliches Patent außer Kraft. Allein diese Konzession, die vielleicht noch vor einem Monate die Exekution verhindert hätte, wurde jetzt, nach dem rechtswidrigen Erlaß der damit im Zusammenhange stehenden November-Verfassung als ungenügend erachtet. Am 15. November mittags 12 Uhr ward vielmehr das Schreiben der vier Exekutionsmächte, worin sie die Räumung Holsteins binnen sieben Tagen forderten, dem Minister Hall persönlich übergeben. Warnend machte dabei der österreichische Gesandte Baron Brenner auf den Ernst der Lage aufmerksam*).

Mit dem 22. Dezember lief die den Dänen gestellte Frist ab und man war im Hauptquartier zu Boitzenburg überzeugt, daß sie Holstein nicht gutwillig räumen würden. Man wußte, daß sie auf dem linken Ufer der Eider gegenüber Friedrichstadt einen Brückenkopf gebaut und Neumünster mit einem Ring von Feldschanzen umgeben hatten, von denen es einem sächsischen Generalstabsoffizier gelungen war, ein genaues Croquis anzufertigen. In Kopenhagen hatte zur Abwechselung einmal wieder die Kriegspartei die Oberhand. Das „Faedrelandet" wollte wissen, daß der König von Schweden mit 22000 Mann den Dänen zu Hilfe eilen werde und eine Depesche Halls lehnte die Räumung Holsteins unter Protest ab**). Hake erteilte daher dem General Gebser den Befehl, am 23. Dezember mit seinem Corps die Elbe zu überschreiten und sich dem Vormarsch der Sachsen in der Richtung über Oldesloe gegen Neumünster anzuschließen. Die dortige befestigte Stellung sollte am 26. Dezember angegriffen werden. Die mittlerweile in Hamburg eingetroffene österreichische Brigade Gondrecourt sollte, gleichfalls am 23., Altona besetzen und sich der dortigen dänischen Vorräte bemächtigen, während die preußische Brigade Canitz, die sich zwischen Hagenow und Wittenberge sammelte, angewiesen wurde, über Lübeck in das östliche Holstein zu rücken. In leicht begreiflicher Spannung sah man im Hauptquartier

*) Depesche des Legationsrats Krüger d. d. 15. Dezember 1863.

**) Depeschen Krügers d. d. 17. und 19. Dezember 1863.

der Bundestruppen der weiteren Entwickelung der Dinge entgegen. Da überbrachte am 21. Dezember ein Adjutant des dänischen Generals Steinmann ein Schreiben, worin dieser sich von seiner Regierung autorisiert erklärte, Holstein zu räumen, und den Wunsch aussprach, durch eine bezügliche Verabredung etwaigen Konflikten vorzubeugen. Er wurde mit der Eröffnung abgewiesen, daß die Entscheidung über diesen Antrag der Bundesversammlung zustehe. Bis diese erfolgte, aber könnten die einmal getroffenen Dispositionen nicht mehr geändert werden, und man müsse es dem dänischen Kommandanten überlassen, unliebsamen Zwischenfällen vorzubeugen. Dementsprechend überschritten die sächsischen Truppen mit dem Cambridge-Dragoner-Regiment am 23. Dezember vormittags in der Gegend von Büchen die Grenze des Herzogtums Lauenburg. Die Bevölkerung verhielt sich völlig teilnahmlos. Es war ein kalter unfreundlicher Wintertag. Die Wege und namentlich die Brücke über die hier die Grenze bildende Stecknitz waren infolge Schneefalls so glatt geworden, daß der General von Hake und die Offiziere seines Stabes sich genötigt sahen, abzusteigen und ihre Pferde am Zügel hinüber zu führen — ein nicht gerade imposanter Einmarsch! —

Das erste Nachtquartier nahm der Oberkommandierende in der bekannten Eisenbahn-Station Schwarzenbeck. Dort ging ihm spät abends ein Telegramm der großmächtlichen Bundestagsgesandten Kübeck und Sydow zu, wonach er auf das dänische Räumungs-Anerbieten einzugehen habe, und das Einrücken der österreichischen und preußischen Reservetruppen in Holstein vorläufig unterbleiben solle. Demgemäß mußten noch in der Nacht alle Anordnungen geändert werden. Major Rudorff wurde nach Altona entsendet, um mit dem dänischen Kommandanten das Nötige zu regeln, und ein sächsisches Bataillon beordert, sich per Eisenbahn dorthin zu begeben. Am 24. Dezember früh 7 Uhr marschierten sodann die dänischen Truppen ab, und gleich nachher zogen die Sachsen, den offenen Wagen der Civil-Kommissäre in der Mitte, unter dem unbeschreiblichen Jubel der Bevölkerung und den Klängen des Schleswig-Holstein-Liedes in die Stadt ein.

Schon jetzt zeigte es sich, welche Schwierigkeiten sich der Aufgabe der Kommissäre entgegenstellten. Sie sollten im Auftrage des deutschen Bundes eine Landesverwaltung einrichten, während die Augustenburgische Partei darauf ausging, wenigstens gleichzeitig eine Regierung im Namen des Erbprinzen einzusetzen. Alsbald nach dem Abzuge der dänischen Truppen aus Altona proklamierte ein gewisser Dr. Callisen vom Balkon des Bahnhofsgebäudes

aus unter dem begeisterten Hoch der zu Tausenden herbeigeströmten Menge Friedrich VIII. als Herzog von Schleswig-Holstein, und in allen übrigen Städten ging es ebenso. Schritt auf Schritt, sowie die Dänen einen Ort verließen, rief das Volk in einmütiger Begeisterung den Herzog Friedrich als Landesherrn aus, und vertrieb die verhaßten Beamten, welche dem Könige Christian den Huldigungseid geleistet hatten. Nun gerieten die Bundes-Kommissäre in eine schlimme Lage. Den Prätendenten gewähren zu lassen, wäre eine Verhöhnung des Bundes gewesen, dessen Entscheidung noch ausstand. Festes Einschreiten gegen den Augustenburger aber durfte man noch weniger wagen, wenn man nicht den letzten Rest von Popularität, deren der Bund noch genoß, vernichten und die Majorität der Fürsten, die auf seiner Seite standen, der Gefahr einer Revolution im eigenen Lande aussetzen wollte. Außerdem hätte man durch eine solche Handlung nur den Großmächten in die Hände gearbeitet, deren Absicht, die ganze Frage zu ihrem ausschließlichen Vorteil durch den Krieg zu lösen, immer deutlicher hervortrat*). „So fährt die Bundes-Exekution in einem Meere voller Klippen," schreibt Zimmermann**), „und sie ist in beständiger Gefahr, an dem einen Felsen zu zerschellen, während sie den andern vermeiden will." Die Kommissäre suchten sich daher auf einer mittleren Linie zu halten. In einer öffentlichen Bekanntmachung vom 26. Dezember erklärten sie, daß wohl Kundgebungen der Anhänglichkeit für den Erbprinzen von Augustenburg, aber keine förmliche Proklamation desselben zum Herzog von Schleswig-Holstein, und andere „derartige" gegen die Autorität des Bundes gerichtete Ausschreitungen geduldet werden könnten***). Allein in dem Sturm

*) „Die neulichen Expektorationen Bismarcks, daß man jeden Tag Krieg haben könne, daß er vielleicht sehr bald in der Lage sein werde, noch größere Geldforderungen an die Kammern zu stellen, rc. lassen darauf schließen, daß die beiden Großmächte Krieg gegen Dänemark erklären wollen. Das wäre ein richtiger Ausweg, vom Londoner Vertrage loszukommen, ohne sich formell loszusagen. Sie entgingen außerdem dem Schicksal, vom Bundestage majorisiert zu werden und wider Willen für den Augustenburger einzutreten. Auch blieben sie dabei auf der Basis des Völkerrechts, wenn sie Krieg wegen Schleswigs erklären.

Spielen die beiden Großmächte das Prävenire, so hat die Bundes-Majorität mit ihren Erbfolge-Beschlüssen das Nachsehen, oder sie müßte beitreten, wenn sie nicht eine Passivität beschließen und sich in den Schmollwinkel setzen wollte, weil die Großmächte einig geworden sind." (Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 24. Dezember 1863.)

**) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 16. Dezember 1863.

***) Jansen-Samwer a. a. O. S. 161.

der allgemeinen Begeisterung verhallte diese Warnung wirkungslos. Die Dänen hatten es verstanden, durch ihre Wortbrüchigkeit, Quälerei und Zurücksetzung der deutschen Elemente die Gemüter so schwer zu erbittern, daß das Losreißen von Dänemark und die Einsetzung des Erbprinzen jetzt das allgemeine Losungswort war. Schon am nächsten Tage (dem 27. Dezember) wurde auf dem Probsten-Felde bei Elmshorn von einer großen Volksversammlung unter brausendem Hoch Friedrich VIII. zum Herzog von Schleswig-Holstein ausgerufen. In Kiel, das die dänische Besatzung am 29. Dezember kurz nach Mittag verließ, wiederholten sich dieselben Scenen der Begeisterung, die ihrem Abzug aus Altona gefolgt waren. Rasch hatte sich, schon bevor die Sachsen und zwei Schwadronen des Cambridge-Dragoner-Regiments einmarschierten, die Stadt mit deutschen und schleswig-holsteinischen Flaggen geschmückt. Und als dann gegen 2 Uhr die beiden Bundes-Kommissäre in offenem Wagen mit den Truppen einzogen, umtoste sie ein wahrer Sturm des lange verhaltenen Jubels. Tausende freudestrahlender Menschen jedes Alters, Standes und Geschlechts bewillkommneten sie mit lauten Zurufen und überschütteten sie mit Blumen und Kränzen. Kaum aber waren die Kommissäre wieder abgefahren, so verkündete der stellvertretende Bürgermeister Thomson von der Schwelle des Rathauses, daß der Magistrat schon am vorhergehenden Tage die Absendung einer Deputation an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein beschlossen habe, um ihm die Huldigungen der Stadt darzubringen. Durch einen brausenden Zuruf und die Absingung des Liedes: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ gaben die versammelten Bürger ihre Zustimmung zu diesem Schritt zu erkennen*).

Am 31. Dezember vormittags zog der General von Hake an der Spitze des sächsischen Corps in die Festung Rendsburg ein. Trotz der schneidenden Kälte war die Bevölkerung in großer Zahl nach dem Exerzierplatz vor dem Thore hinausgeströmt, um die sich dort sammelnden Truppen zu begrüßen, und in den verschneiten Straßen warfen Frauen und Mädchen aus den Fenstern Blumensträuße auf die einziehenden Krieger. An der Eiderbrücke aber stockte plötzlich der Einmarsch. Das nördlich derselben belegene „Kronwerk“ war noch von den Dänen besetzt, und der Kommandant weigerte sich unter Berufung auf seine Instruktionen entschieden, dasselbe zu räumen. Nun hatte zwar dies Werk sowie fünf auf dem rechten Eiderufer belegene Kirchspiele ursprünglich zu Holstein gehört

*) Jansen-Sammer a. a. O. S. 161 ff.

und war erst durch eine dänische Verfügung von 1853 zu Schleswig geschlagen. Allein der General von Hake mochte sich doch auf eigene Verantwortung nicht entschließen, die Eider zu überschreiten, und wandte sich um weitere Instruktionen nach Frankfurt. Kübeck und Sydow aber wäre eine Besetzung der streitigen Dörfer, die einen Bundeskrieg hätte herbeiführen können, höchst unerwünscht gewesen. Sie suchten daher die Entscheidung über diese Anlegenheit möglichst hinzuhalten und verwiesen sie zur nochmaligen Prüfung an den Ausschuß, wo sie bis auf weiteres begraben wurde*). Nun entwickelte sich ein höchst eigentümlicher Zustand. Am nördlichen Ende der Eiderbrücke stand eine dänische, am südlichen eine sächsische Schildwache, die bei ihren Postengängen in der Mitte zusammenstießen. Längs des linken Flußufers aber wurde in dem hartgefrorenen Boden ein Schützengraben mit Geschütz-Emplacements ausgehoben, um die Stadt gegen etwaige Offensivstöße der Dänen zu schützen.

Am 31. Dezember sprengten die Dänen den Brückenkopf gegenüber Friedrichstadt in die Luft. Somit war mit dem Schluß des Jahres 1863 das gesamte Holstein südlich der Eider in der Gewalt der Exekutions-Truppen. Nun galt es in Deutschland für eine ausgemachte Sache, daß der Bund unverzüglich das Erbrecht des Augustenburgers anerkennen, und ihn, wenn nötig, mit Waffengewalt auch in Schleswig als legitimen Landesherrn einsetzen müsse. Der Erbprinz selbst war unablässig bemüht gewesen, sein vermeintliches Recht zur Geltung zu bringen. Sogar dem Kaiser Napoleon hatte er einen eigenhändigen Brief geschrieben, um ihn „für die deutsche nationale Sache der Herzogtümer günstig zu stimmen**)." In einer zweiten Proklamation vom 10. Dezember ermahnte er die Schleswig-Holsteiner, die bundesverwandten Truppen als Freunde und Befreier zu empfangen, und sprach die Hoffnung aus, die Neubildung einer schleswig-holsteinischen Armee bald beginnen zu können. Allein sein Gesuch, deren Organisation zum Teil auf preußischem Gebiete vornehmen zu dürfen, fand bei dem Könige Wilhelm kein Gehör. Ebensowenig gelang es ihm, dem Monarchen ein bestimmtes Versprechen, daß er für sein Recht eintreten wolle, zu entreißen. Ueber die Versicherung der persönlichen Teilnahme, „herzlicher Sympathie" für seine Sache — und die Vertröstung auf den deutschen Bund ging er nicht hinaus.

*) Depesche Heimbruchs d. d. 31. Dezember 1863.

**) Jansen-Samwer a. a. O. S. 121.

Dagegen erstand dem Erbprinzen in dem Könige von Bayern ein neuer Beschützer. Trotz seines leidenden Gesundheitszustandes war Maximilian II. aus Italien herbeigeeilt, um das Gewicht seines Worts mit in die Wagschale zu Gunsten der Augustenburgischen Thronfolge zu werfen. „Glauben Sie, daß ich gern das schöne Italien verlassen habe?" sagte er zu dem hannoverschen Gesandten*). „Und dann die Reise über die Alpen mitten im Winter! Aber ich sah die Notwendigkeit ein, und befinde mich im Einklang mit meinem Volke." Die Presse begrüßte ihn als den Retter Deutschlands, und er selbst begeisterte sich in dem Gedanken, sich in einer großen Aktion an die Spitze der dritten Gruppe der deutschen Trias zu stellen. In einem Handschreiben an den Minister von Schrenck vom 17. Dezember bezeichnete er die Ansprüche der Augustenburger Linie als begründet, erklärte aber, sie nur am Bunde, und durch den Bund durchführen zu wollen. Was war daher natürlicher, als daß der Erbprinz den Entschluß faßte, dem Könige, den, wie Sybel damals sagte, „jetzt die Blicke der deutschen Nation als natürlichen Führer suchen**)," persönlich seinen Dank für das Opfer der Rückkehr aus Italien auszusprechen. Am 18. Dezember kam er in München an, wo ihn der General von der Tann am Bahnhofe empfing. Am 19. wurde er zur Königlichen Tafel geladen und wie ein gekröntes Haupt behandelt. In der Stadt herrschte eine unbeschreibliche Aufregung. Die ganze Bevölkerung hatte nur den einen Gedanken: „Rettung für Schleswig-Holstein". Nur mit ganz wenigen Personen war es möglich, die Frage ohne Leidenschaftlichkeit zu besprechen. Auf den Einwurf, daß Europa sich einmischen würde, erfolgte regelmäßig die Antwort: „Dann lassen wir es auf einen europäischen Krieg ankommen. Deutschlands Ehre steht auf dem Spiele!" In Württemberg, Baden, und den kleinen süddeutschen Staaten war die Aufregung wo möglich noch größer, als in Bayern, und es war zu befürchten, daß die Bewegung die des Jahres 1848 noch an Intensität übertreffen würde, wenn die Regierungen sich nicht an die Spitze stellten***). Beust, der am 19. Dezember in München ankam, vereinbarte daher mit Schrenk, die Erbfolgefrage am Bunde nach Kräften zu beschleunigen, und der württembergische Minister von Hügel schloß sich ihrer Anschauung an.

---

*) Depesche Knesebecks d. d. 14. Januar 1864.

**) Jansen-Sammer a. a. O. S. 166.

***) Depesche des hannoverschen Gesandten v. d. Knesebeck in München d. d. 21. Dezember 1863.

Auch der National-Verein hielt den Zeitpunkt für gekommen, um eine neue Kundgebung für den Augustenburger ins Werk zu setzen. Am 6. Dezember hatte eine Anzahl Landtags-Abgeordneter von Nürnberg aus einen „Aufruf an die Mitglieder der deutschen Landesvertretungen" erlassen und sie für den 21. Dezember nach Frankfurt eingeladen, um sich „für die Selbständigkeit der Herzogtümer und die Erbfolgeberechtigung Friedrichs von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg" auszusprechen. In der That fanden sich an diesem Tage, „zum erstenmal seit fünfzehn Jahren*)", nahe an 500 Abgeordnete aller Parteien in der alten Kaiserstadt ein, und beschlossen beinahe einstimmig die Einsetzung eines permanenten Central-Ausschusses von 36 Männern, der als Mittelpunkt der „gesetzlichen" Thätigkeit für die Durchführung der Rechte der Herzogtümer und ihres Herzogs dienen sollte. Diesem Ausschuß gehörten aus Preußen acht hervorragende Mitglieder der Fortschritts-Partei an, darunter von Sybel und Twesten, aus Hannover zwei: von Bennigsen und Miquel. „Deutsche Männer," so ließ sich der Ausschuß in einem Aufruf an das deutsche Volk vom 22. Dezember vernehmen: „Es ist Eure Pflicht, fortwährend jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, Euren Willen kundzugeben und Eure Regierungen zu bestimmen, solchen selbständig für sich wie beim Bunde zur Geltung zu bringen." Vor allem forderte er auf, schon jetzt die Listen der Freiwilligen einzusenden und „ungesäumt und mit Kraft dahin zu wirken", daß die einzelnen deutschen Staaten und die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung sich an der von der Herzoglichen Regierung ausgeschriebenen Anleihe beteiligten.

Die Zustände jener Tage in Frankfurt ähnelten denen des Jahres 1848, und selbst der preußische Bundestagsgesandte von Sydow hielt es für unmöglich, Beschlüsse unter anderer Voraussetzung als der Zerreißung des Londoner Protokolls zu fassen, wenn man nicht die Revolution, oder, was vielleicht noch schlimmer wäre, ein allgemeines Gefühl tiefer politischer Verzweiflung hervorrufen wollte***).

Um die öffentliche Aufregung einigermaßen zu beschwichtigen, hatten Beust und die bayrische Regierung einen Antrag am Bunde verabredet, wonach die Versammlung den schleswig-holsteinischen Ausschuß beauftragen

*) „Wochenschrift des National-Vereins" Nr. 192 d. d. 31. Dezember 1863.

**) S. denselben in der „Wochenschrift des National-Vereins" Nr. 192 d. d. 31. Dezember 1863.

***) Von Sybel a. a. O. III. T. S. 201.

sollte, binnen acht Tagen den Bericht über die Erbfolge zu erstatten. „Wenn die Mittelstaaten diese Frage aus Furcht noch lange unentschieden ließen," äußerte der Minister von Schrenck, „so wären sie faktisch schon mediatisiert*)." Vergeblich versuchte der österreichische Gesandte dem Antrage ein stilles Grab im Ausschusse zu bereiten, am 23. Dezember wurde er mit einer Majorität von 8 Stimmen, zu der auch Hannover gehörte, angenommen. Nur von einer präzisen Fristbestimmung sah man ab. Man hielt es für genügend, wenn der Ausschuß das Ergebnis seiner Prüfung „mit der, der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung" der Versammlung vortrüge.

Und nun erhoben auch die Männer der Wissenschaft ihre Stimme, um das Recht des Augustenburgers zu beweisen. Adolf von Warnstedt, ein grundgelehrter Mann, der im Jahre 1848 ein Mitglied der schleswig-holsteinischen Regierung gewesen war und nach den Ereignissen des Jahres 1850 das Land hatte verlassen müssen, 1853 aber in Hannover eine dauernde Anstellung als Regierungsrat im Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten gefunden hatte, veröffentlichte im Dezember 1863 eine Schrift, worin er mit einen großen Aufwand von Gelehrsamkeit nachzuweisen suchte, daß der Herzog von Augustenburg „weder ausdrücklich, noch feierlich, noch förmlich" auf sein Erbrecht Verzicht geleistet habe. Ferner behauptet Warnstedt, daß der Herzog „für seine damals majorennen Söhne, seinen Bruder und für dessen schon damals majorennen Sohn, seine Vettern Augustenburgischen Stammes weder verzichtet habe, noch habe verzichten können**)." Der Londoner Vertrag ist ihm daher, „nach allen Richtungen ein nichtiger, unsittlicher, dazu durch dänischen Betrug erschlichener, und wegen Mangels der Gegenleistung hinfälliger Vertrag, dessen Aufrechthaltung

---

*) Depesche des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. 22. Dezember 1863.

**) „Im Laufe von sieben Jahrhunderten zeigen mehrere tausend Urkunden und Traktate, daß in deutschen früher lehnbaren Territorien auch nicht der geringste Teil eines Dorfes oder Amtes ohne besondere Zustimmung und ausdrückliche Einwilligung der erbberechtigten Agnaten veräußert werden kann. Majorenne Agnaten müssen ausdrücklich, feierlich, förmlich, freiwillig konsentieren, agnoscieren, approbieren, ratihabieren, renuncieren, cedieren.

Wenn minorenne Agnaten vorhanden sind, so muß deren erlangte Majorennität abgewartet werden." (A. v. Warnstedt, Schleswig-Holsteins Recht, Deutschlands Pflicht und der Londoner Traktat S. 60 ff.)

Recht, Pflicht und Ehre verbieten, und dessen Festhalten als ein Attentat gegen legitime Rechte deutscher Fürsten und gegen die heiligsten nationalen Interessen erscheinen würde".

In demselben Sinne sprach sich der berühmte Germanist Beseler in der Schrift: „Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 in seiner rechtlichen Bedeutung" aus. Friedrich Mommsen, damals Professor des römischen Rechts in Göttingen, wies gleichfalls die Nichtigkeit des Londoner Vertrags mit großer Schärfe nach. Auch der bekannte Professor des Staatsrechts Zachariae in Göttingen trat durch sein „Staatsrechtliches Votum über die schleswig-holsteinische Successionsfrage" für die untrennbare Real-Union der beiden Herzogtümer, das Erbfolgerecht des Mannesstammes und die völlige Nichtigkeit des Londoner Traktats ein. Die nachhaltigste Wirkung aber erzielte die kurze Schrift eines anderen Göttinger Professors, des hervorragendsten Forschers deutscher Geschichte, Georg Waitz, in deren Schlußpassus es heißt: „Kein Recht eines regierenden Hauses in Deutschland oder Europa ist besser begründet, als das des Herzogs Friedrich. Wird dies nicht anerkannt, so hat alle Legitimität ein Ende!"

Daß der Erbprinz sich bereits seinem Ziele nahe sah, ist kaum zu verwundern. Trotz der Abmahnungen des Königs Wilhelm glaubte er sich den wiederholten Aufforderungen seiner „Unterthanen", in ihrer Mitte zu erscheinen, nicht länger entziehen zu sollen. Am 30. Dezember nachmittags überbrachte plötzlich Herr Samwer den Bundes-Kommissären in Altona die überraschende Kunde, daß der Prätendent am Morgen in Glückstadt gelandet und nach kurzem Aufenthalt nach Kiel weitergereist sei. „Der Prinz wäre erschienen," so erklärte sein Abgesandter, „weil er es für völlig unthunlich hielte, fern von seinem Volk in einer Zeit zu weilen, wo es neben mancher Freude auch viel Leid geben könne." Dabei habe er für jetzt ebensowenig die Absicht, die Regierungsgewalt auszuüben, wie dem Bundes-Beschluß vom 7. Dezember entgegenzutreten. Auch handele der Prinz nicht auf eigene Hand, sondern sei von einflußreicher Seite — wahrscheinlich von Bayern — veranlaßt, einen Schritt zu thun, von dem die Durchführung seines Rechts abhinge*). Die Kommissäre versetzte die Nachricht von diesem Ereignis in eine leichtbegreifliche Verlegenheit, die noch zunahm, als sie erfuhren, mit welch

---

*) Berichte des Geheimen Regierungsrats Nieper an das hannoversche Ministerium des Auswärtigen d. d. 30. und 31. Dezember 1863.

unermeßlichem Jubel der Prinz als „allein rechtmäßiger Herzog von Schleswig-Holstein“ in Kiel empfangen war, und wie schon am nächsten Tage zahlreiche Deputationen aus allen Teilen des Landes eintrafen, um ihm zu huldigen. In ihrer Not wandten sich Könneritz und Nieper telegraphisch nach Frankfurt und baten um Verhaltungs-Befehle, jedoch dort hüllte man sich in Stillschweigen.

Bismarck allein ließ sich von der allgemeinen Bewegung nicht fortreißen. Unerschütterlich verfolgte er den Plan, die Herzogtümer für Preußen zu erwerben, und nahm sich wohl in acht, amtlich oder außeramtlich eine Aeußerung zu thun, die als Anerkennung des Erbprinzen ausgelegt werden könnte. Er wußte aber nur zu wohl, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein würde, ihn demnächst zur Seite zu schieben, wenn er unter der Aegide Preußens für sein Erbrecht gefochten hatte. Deshalb hintertrieb er auch seine Absicht, auf preußischem Gebiet ein Truppen-Corps zu formieren. (S. o. S. 117.)

Der edelgesinnte König dagegen hatte den sehnlichsten Wunsch, sich je eher, je lieber mit Hilfe des Bundes von dem schmählichen Londoner Vertrag loszusagen und das Unrecht wieder gut zu machen, das dem Vater des Erbprinzen geschehen war. Das ganze Land hätte einer solchen Politik freudig zugestimmt. Im Abgeordnetenhause wurde am 18. Dezember auf Antrag Sybels mit großer Majorität eine Adresse angenommen, in der man die Bereitwilligkeit aussprach, für eine nationale Politik alle Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die Einwürfe und Bedenklichkeiten seines Ministerpräsidenten hatte der König kein Verständnis. „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ rief er ihm einmal vorwurfsvoll zu*).

Ende November erschien der dänische Kammerherr von Irmingher in Berlin, um die Anzeige von der Thronbesteigung Christians IX. zu überbringen. Er konnte jedoch trotz der Fürsprache Bismarcks keine Audienz erlangen. In Wien ging es ihm nicht besser. Man eröffnete ihm, daß man den Kopenhagener Hof nicht für legitimiert erachten könne, solange Dänemark seinen Verbindlichkeiten nicht nachgekommen sei**). Dennoch gelang es Bismarck, seinen königlichen Herrn durch die Besorgnis vor auswärtigen Komplikationen zu bestimmen, daß er mit einem entscheidenden Schritt wenigstens bis zum 1. Januar wartete, wo die neue Verfassung für

---

*) Gedanken und Erinnerungen a. a. O. II. T. S. 281.

**) Depesche Stockhausens d. d. 9. Dezember 1863.

Dänemark-Schleswig wirklich in Kraft treten sollte. Und in der That hatte dieser Aufschub mancherlei Vorteile. Nicht bloß gab er dem Auftreten der beiden deutschen Großmächte den Anschein großer Milde und Versöhnlichkeit, sondern er versetzte auch den König Christian in die Unmöglichkeit, die Verfassung auf gesetzlichem Wege zurückzunehmen; denn das Mandat des alten Reichsrats lief mit diesem Termin ab, und die Zusammensetzung des neuen beruhte gerade auf derselben Verfassung, deren Annullierung Oesterreich und Preußen verlangten.

Begreiflicherweise herrschte in Kopenhagen Ratlosigkeit und Verwirrung. Eine königliche Botschaft am Schlusse des Reichsrats (21. Dez.), die an der November-Verfassung festhielt und erklärte, an der Eider werde sich die ganze Widerstandskraft des Volkes sammeln, zerstörte die letzten Illusionen der Optimisten. Wie groß die allgemeine Niedergeschlagenheit war, zeigt ein Bericht Krügers aus jenen Tagen*), in dem er sagt: „Nicht einmal mit der Hoffnung des Sieges, nicht mit Begeisterung, nicht einmal mit gehobener Stimmung geht man dem Kriege entgegen, sondern mit dem Entschlusse des Selbstmörders, der, an seinem Leben verzweifelnd, sich in die Wellen stürzt." Gleichzeitig erklärte Schweden offiziell, daß es niemals willens gewesen sei, sich für die Inkorporierung Schleswigs zu engagieren.

Der König war in Verzweiflung. Das Einrücken der Exekutions-Truppen in Holstein belehrte ihn, daß er auf weitere Nachgiebigkeit Deutschlands nicht zu rechnen habe. Seine letzte Hoffnung beruhte darauf, daß Lord Wodehouse, den Russell nach Berlin entsandt hatte, noch in der letzten Stunde eine Verständigung zu stande bringen könnte. Allein dieser war von den dort empfangenen Eindrücken nicht sehr erbaut. Den König hatte er sehr einsilbig und wenig eingehend gefunden. Bismarck dagegen hatte geäußert, Preußen stehe nur vorläufig auf der Basis des Londoner Protokolls**). Insbesondere verlangte er im Verein mit dem österreichischen Gesandten Graf Karolyi, daß die dänische Regierung ihren Verpflichtungen von 1851/52 nachkommen, und namentlich Schleswig nicht enger mit Dänemark verbinde als Holstein. Sir Andrew Buchanan dagegen, der ständige englische Botschafter am Berliner Hofe, behandelte

*) Depesche des Legationsrats Krüger d. d. 22. Dezember 1863.

**) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 16. Dezember 1863.

die Frage mit einer so unerhörten Hitze und Leidenschaftlichkeit, daß er mehr schadete als nutzte*).

Lord Wodehouse aber schilderte dem Könige Christian die Gefahren der Lage so dringend, daß dieser sich entschloß, die kurze Spanne Zeit, die ihm bis zum Inslebentreten der November-Verfassung noch geblieben war, zu benutzen und den Reichsrat noch einmal, auf den 28. Dezember, zu berufen, damit er deren Suspension sanktionierte**). Allein Hall, der vielleicht im stande gewesen wäre, eine solche Maßregel durchzusetzen, weigerte sich, das schon auf dem Tische liegende Patent zu kontrasignieren. „Es sei völlig unmöglich", erklärte er, „in so kurzer Zeit den Reichsrat in beschlußfähiger Anzahl — $^3/_4$ — zusammenzubringen, und selbst, wenn dies gelänge, könne er zur Suspension der Verfassung unmöglich seine Zustimmung geben." Nun stieg die Verwirrung auf den Gipfelpunkt. Der König schwankte unschlüssig zwischen verschiedenen Plänen hin und her. Der Kronprinz rang in Verzweiflung die Hände. Niemand fand sich, der es übernehmen wollte, den Reichsrat noch einmal zu berufen. Nach 48 stündigen Beratungen mußte man diesen Plan definitiv aufgeben. Den Minister Hall, der ihn zur Sanktionierung der neuen Verfassung bewogen und ihn dadurch in die jetzige verzweifelte Lage gebracht hatte, wollte der König jedoch nicht länger in seinem Rate dulden. Am 28. Dezember mußte er zurücktreten, und an seiner Stelle übernahm der Bischof Monrad die Bildung eines sogenannten Koalitions-Ministeriums, von dem man hoffte, daß es dem Auslande die Bürgschaft eines völligen Systemwechsels bieten sollte. Allein alle Personen, an die er sich wandte, weigerten sich, ein Programm zu acceptieren, wonach die November-Verfassung am 1. Januar nur für Dänemark in Kraft treten, für Schleswig dagegen aufgehoben werden sollte. Zu einem Staatsstreiche aber konnte weder er, noch der König den Entschluß finden. Dennoch besaß der schlaue, nach Macht lüsterne Prälat nicht Selbstverleugnung genug, um seinen Auftrag in die Hände des Monarchen zurückzulegen. Es blieb ihm also nichts übrig, wie das alte eiderdänische Kabinett zu rekonstruieren, in das auch der bisherige Gesandte in Berlin, Quade, eintrat. Selbst Lord Wodehouse, der den Konflikt gern vermieden gesehen hätte, erkannte an, daß das Inslebentreten der Verfassung jetzt nicht mehr

*) Depesche Reitzensteins d. d. 22. Dezember 1863.
**) Depeschen Krügers d. d. 24. u. 25. Dezember 1863.

rückgängig zu machen sei, und damit war der Kampf um Schleswig zur unvermeidlichen Notwendigkeit geworden*).

Auf den König Wilhelm hatte die Nachricht von der Entlassung des Ministeriums Hall zuerst einen niederschlagenden Eindruck gemacht. Er fürchtete, daß man noch im letzten Augenblick in Kopenhagen nachgeben, und die Inkorporierung Schleswigs nicht zur Ausführung bringen könnte. Aber der erste Januar ging vorüber, ohne daß die Zurücknahme erfolgte. Nun war diese zur Unmöglichkeit geworden, und der König hielt sich daher mit Recht seiner Verpflichtungen aus dem Londoner Vertrage entbunden. Allein an dem Entschluß, den das mächtig angeschwollene National-Gefühl ganz Deutschlands mit Ungeduld herbeisehnte und der seinem eigenen innersten Gefühl entsprochen hätte**), wußte ihn Bismarck zu hindern. Dessen gewaltigem Einfluß gelang es, die Zustimmung des Königs zu einem dringlichen Antrag zu gewinnen, den Kübeck und Sydow am 28. Dezember zu allgemeiner Ueberraschung bei der Bundesversammlung einbrachten. Darin war weder von der Nicht-Anerkennung des Londoner Protokolls, noch von der Erbfolgefrage die Rede. Der Antrag beschränkte sich vielmehr darauf, zu konstatieren, daß Dänemark durch die Bekanntmachung vom 30. März der eingegangenen Verpflichtung, Schleswig nicht zu inkorporieren, entgegengehandelt und durch dies rechtswidrige Verfahren den deutschen Bund genötigt habe, sich Genugthuung zu verschaffen. Deshalb sollte die dänische Regierung aufgefordert werden, das Grundgesetz vom 18. Dezember definitiv aufzuheben. Eventuell müßte sich der Bund durch Besetzung des Herzogtums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen.

Die Versammlung hatte ganz etwas anderes erwartet. Inmitten der allgemeinen patriotischen Begeisterung wirkte daher dieser Antrag wie ein kalter Wasserstrahl. Die Mitteilung einer Tags zuvor dem Präsidial-Gesandten übergebenen englischen Note, die in drohendem Tone vor „übereilten“ Schritten warnte, vermehrte die Entrüstung über die Rücksichtnahme der beiden Großmächte auf die Meinung des Auslandes. „Die

*) Die Darstellung dieser Krisis ist im wesentlichen nach den Depeschen des Legationsrats Krüger d. d. 26., 28. und 31. Dezember 1863.

**) Am 30. Dezember teilte Bismarck dem englischen Gesandten Sir A. Buchanan mit, König Wilhelm sei fest überzeugt, daß dem Herzog von Augustenburg durch den Londoner Vertrag Unrecht geschehen sei, und werde sich nur mit äußerstem Widerstreben dazu bestimmen lassen, dem Einrücken eines sächsisch-bayrischen Heeres mit den Waffen entgegenzutreten. (Jansen-Sammer a. a. O. S. 185.)

Depesche Sir Alexander Malets machte einen sehr peinlichen Eindruck" berichtete Heimbruch*). „Eine derartige Sprache unter befreundeten Mächten, deren Machtverhältnisse gleichstehen, ist wohl kaum je erhört worden. Sie wird die Bitterkeit des Streits erhöhen und im Publikum die gleiche Wirkung hervorbringen". Der österreich-preußische Antrag wurde den Ausschüssen zur geschäftsmäßigen Erledigung überwiesen. Daß er Annahme finden würde, haben indes die Antragsteller wohl selbst nicht erwartet. Zwar suchten sie am 31. Dezember in einer warnenden Note die Aufmerksamkeit der deutschen Kabinette auf die Bestrebungen zu richten, „welche seit längerer Zeit Deutschland in Aufregung hielten und welche jetzt in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit und in dem Versuche, die Leitung derselben ihnen (den Regierungen) aus der Hand zu winden, einen willkommenen Vorwand und ein wirksames Mittel für ihre Agitation zu finden glauben"; allein einen besonderen Eindruck erzielten sie damit nicht. Jetzt verlangte derselbe Bismarck, der sich wenige Jahre später nicht scheute, zur Förderung seiner eigenen Zwecke den National-Verein und die Revolution zu Hilfe zu rufen, daß man den permanenten Ausschuß am Sitze des Bundestages auflöse und die Verbindung der Vereine untereinander beseitige. Seine Bemühungen waren jedoch vergeblich, denn an den mittelstaatlichen Höfen war man fest überzeugt, daß auch die beiden Großmächte schließlich dem Drucke der allgemeinen Meinung nachgeben müßten oder daß sie, schon um die Majorität der Bundesglieder nicht in die Arme Frankreichs zu treiben, — es wenigstens geschehen lassen würden, wenn diese den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein einsetzte. Daß sie dessen Verbleiben in Holstein ruhig duldeten, nachdem ihr Antrag, ihn auszuweisen, von der Bundesversammlung am 2. Januar mit großer Mehrheit abgelehnt war, schien diese Ansicht zu bestätigen.

Und doch war nur durch „die bundestreuen Gesinnungen Sr. Majestät des Königs Wilhelm" Deutschland vor den schwersten Verwicklungen bewahrt worden. Bismarck hatte am 3. Januar im Conseil beantragt, gemeinschaftlich mit Oesterreich die Besetzung Holsteins auszuführen, „um die eigene Politik zur Geltung, und trotz des bezüglichen Bundesbeschlusses die Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg aus Holstein zur Ausführung zu bringen**)." In Wien war man nicht weniger erbittert über

*) Depesche des Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 28. Dezember 1863.
**) Depesche des Gesandten von Reitzenstein d. d. 5. Januar 1864.

den Bundesbeschluß, in dem man die Absicht sah, den Erbprinzen auch in Schleswig zu proklamieren. Immer höher gingen die Wogen der nationalen Erregung. Am 29. Dezember erließ R. von Bennigsen an der Spitze einer Anzahl von Mitgliedern des National-Vereins der verschiedensten Stände — ich finde Anwälte, Kaufleute, Oekonomen, Tabaksfabrikanten, reitende Förster, Hofbesitzer, Professoren darunter — einen Aufruf an die „Hannoveraner aller Gauen, aller Stände, aller Parteien," sich am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr in Hannover zu versammeln, um durch eine feierliche Kundgebung der Ueberzeugung und des Willens des Landes ein schweres Gewicht in die Wagschale der Entscheidung zu legen". . . . . „Wenn Ihr gleichgiltig und bequem den Augenblick verstreichen laßt, so ist Deutschlands Ehre verloren, Deutschland aus der Reihe der Mächte gestrichen," ruft er mahnend.

In der That fand sich an dem bestimmten Tage eine außerordentlich zahlreiche Versammlung aus allen Teilen des Landes in der Residenz ein. Als Präsidenten fungierten R. von Bennigsen, Professor Hermann Sauppe und Landrat C. Neubourg. Zunächst wurde beschlossen, in Hannover ein Central-Komitee zu bilden als „Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der Hannoveraner für die Unterstützung der Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII." Dann fand der Vorschlag, Sr. Majestät in einer Petition*) die Wünsche der Versammlung vorzutragen, begeisterte einstimmige Annahme. Allein der König ließ der „Deputation der sogenannten Landesversammlung" durch den Minister von Hammerstein erklären, daß er sie nicht empfangen werde. „Es sei bekannt," eröffnete dieser ihnen, „wie sehr sich Se. Majestät für die Rechte der Herzogtümer interessierten. Die Angelegenheit aber liege dem Bunde vor. Der König hielte sich daher nicht berechtigt, dessen Beschlüssen vorzugreifen, würde jedoch demnächst nach reiflicher Erwägung und Ueberzeugung seine Stimme abgeben."

---

*) Die Petition lautet:

„Das Recht ist der heilige Grund des Lebens; jeder Bruch des Rechts gefährdet den Bestand der Staaten und lähmt alle gedeihliche Entwicklung der Völker . . . .

. . . . In Schleswig-Holstein ist das Recht durch Dänemark seit einer langen Reihe von Jahren gebrochen . . . . Durch Gottes Ratschluß ist die Stunde der Entscheidung herbeigeführt . . . . Wir hoffen mit Zuversicht, daß Ew. Kgl. Majestät von dem Londoner Vertrag als nichtig und hinfällig sich lossagen, den Herzog Friedrich VIII. als den einzig berechtigten Erben und Herrscher von Schleswig-Holstein anerkennen und mit denjenigen deutschen Staaten, welche sich dafür bereits erklärt haben, Ihren mächtigen Einfluß vereinigen werden . . . ."

Gleichzeitig wurde dem Central-Komitee, als dessen Vorstand ein gewisser Dr. Brande in Linden fungierte, das Handwerk gelegt. Ein Erlaß der Polizei-Direktion gab ihm auf, binnen drei Tagen eine schriftliche Erklärung des Inhalts beizubringen, daß er sich jeder Verbindung mit dem in Frankfurt a/M. bestehenden permanenten Ausschuß, insbesondere auch der Einsendung bezw. der Empfangnahme der Gelder enthalten wolle.

Rücksichtnahme auf die Agitationen des National-Vereins ist es also nicht gewesen, die Hannover veranlaßte, sich in dieser Krisis auf die Seite der Mittelstaaten zu stellen, sondern Argwohn gegen die Ziele der Bismarckschen Politik. Und der Argwohn war nur zu gerechtfertigt, hatte doch dieser im Conseil offen erklärt, Preußen habe ebensoviel Recht auf Schleswig wie der Erbprinz von Augustenburg; für den wolle er nichts thun, sondern nur für Preußen erobern*). Diese Absichten des Minister-Präsidenten aber waren gescheitert an dem Widerspruch des Königs, welcher „solchem Vorhaben, das den Bund hätte aufs tiefste erschüttern können, seine Sanktion versagt hatte**).“ König Georg durfte daher hoffen, der König Wilhelm würde nicht dazu die Hand bieten, daß Preußen sein Gebiet bis an die Nordsee ausdehnte***).

So wurde denn am 14. Januar der Antrag der beiden Großmächte am Bunde mit großer Majorität abgelehnt. Außer ihnen selbst stimmten nur Kurhessen, Mecklenburg und die 16. Kurie dafür.

Ueber das, was in dem Falle geschehen sollte, hatten Oesterreich und Preußen sich längst verständigt. Niemals aber hatte sich die staatsmännische Ueberlegenheit Bismarcks glänzender gezeigt, als bei den Verhandlungen, welche zu dieser Vereinbarung führten. Es gelang ihm, den Grafen Rechberg durch die Besorgnis, daß die Mittelstaaten sich mit Frankreich gegen Oesterreich alliieren könnten, zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Preußen allein zu überreden. Er stellte ihm vor, daß es bedenklich wäre, sich schon jetzt von dem Londoner Vertrage loszusagen, daß man aber durch die Forderung der Zurücknahme der November-Ver-

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 194.

**) Depesche Reitzensteins d. d. 5. Januar 1864.

***) Am 23. Dezember 1863 berichtete Zimmermann an den König: „Unter Umständen kann man dahin kommen, die Augustenburgische Thronfolge zu befördern. Wenn man zwischen Preußen und Augustenburg wählen soll, ist für Hannover dieses besser.“ Daß Graf Platen aus Besorgnis vor einer Kabinettskrisis sich den Mittelstaaten angeschlossen habe, wie er dem preußischen Gesandten sagte, (vgl. von Sybel III. T. S. 202) scheint hiernach nicht begründet.

fassung binnen 48 Stunden sich einen unanfechtbaren Grund schaffen könne, um unverzüglich in Schleswig einzurücken. Außerdem schilderte er ihm die ganze mächtig auflodernde Bewegung zu Gunsten Augustenburgs als das Werk der europäischen Revolutionspartei, gegen die man mit aller Energie auftreten müsse. Es war Bismarck sogar gelungen, den König Wilhelm durch das Schreckbild einer neuen Volkserhebung vollständig umzustimmen. Entgegen seiner ursprünglichen Weigerung genehmigte er jetzt den Vorschlag eines gemeinsamen Verbots, weder dänische noch augustenburgische Demonstrationen in Schleswig zu dulden*). In einem Conseil, der unter Vorsitz des Kaisers am 10. Januar in Wien stattfand, wurde daher beschlossen, auf die preußischen Propositionen einzugehen. Jedoch bevorwortete man, daß die Herzogtümer nach ihrer Eroberung nur dann von Dänemark getrennt werden sollten, wenn beide Großmächte darin übereinstimmten. Die Personal-Union war also das Aeußerste, was man in Wien erstrebte. Mit einem so bescheidenen Ziel war Bismarck jedoch nicht einverstanden. Er schlug deshalb eine allgemeinere Fassung des betreffenden Artikels vor, wonach Oesterreich und Preußen übereinkamen, „die zukünftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnis zu regeln," und wonach auch die Frage der Erbfolge nur im friedlichen Verein der beiden Großmächte entschieden werden sollte.

Daß die Annahme dieses Vorschlages für Oesterreich sehr bedenklich werden konnte, verhehlte sich Rechberg nicht. Zwar konnte er eventuell gegen die Einverleibung Schleswig-Holsteins Einspruch erheben, allein wie sollte er seinen Verbündeten zwingen, davon abzustehen, wenn er nicht äußerstenfalls zum Kriege gegen diesen entschlossen war? Dagegen mußte er mit der Thatsache rechnen, daß Preußen allein gegen Dänemark zog und ihm die Herzogtümer entriß. Demgegenüber schien es ihm immer noch besser, sich an der Aktion zu beteiligen und sich gewissermaßen wie ein Bleigewicht an die Fersen Preußens zu heften, um es von zu weitgehenden Schritten zurückzuhalten. Freilich hätte Oesterreich noch ein anderer Weg zu Gebote gestanden. Es konnte Preußen überbieten, sich offen von dem Londoner Protokoll lossagen, sich an die Spitze der Mittelstaaten stellen und den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein einsetzen; allein zu solch einem kühnen Entschluß

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 195.

war Graf Rechberg nicht der Mann. Er entschloß sich also zur Annahme des preußischen Bundes-Entwurfs*).

Und nun geschah genau das, was Zimmermann schon vor Wochen prophezeit hatte. Nach der Verwerfung ihres Antrages am Bunde erklärten Oesterreich und Preußen, sie dürften sich „wegen der großen Dringlichkeit der Sache" der Pflicht nicht entziehen, die Geltendmachung der ihnen aus den Verträgen von 1851/52 erwachsenen Rechte in ihre eigenen Hände zu nehmen und „ihrerseits zur Ausführung der in ihrem Antrage vom 28. Dezember bezeichneten Maßregeln zu schreiten". Von dem Sturm der Entrüstung, den diese Erklärung in der Versammlung und in ganz Deutschland hervorrief, kann man sich heutzutage kaum noch einen Begriff machen. Der bayrische Gesandte legte sofort — ohne jedoch dazu autorisiert zu sein — Verwahrung gegen die beabsichtigte Verletzung der Bundes-Verfassung ein. Sachsen protestierte gegen den Durchmarsch eines österreichisch-preußischen Heeres durch ein unter Bundes-Verwaltung stehendes Land. Die Badische Regierung beschloß bereits am Tage nach der Abstimmung, die Mobilisierung ihres Truppen-Kontingents vorzubereiten. Der oldenburgische Landtag forderte am 18. Januar die sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich und die Beteiligung des Staats an der schleswig-holsteinischen Anleihe. In München ließ eine große Volksversammmlung dem König Max eine Adresse überreichen, worin es hieß, das Volk werde mit Gut und Blut zu seinem König stehen, wenn er „zur Abwehr der angedrohten Demütigung die gesamte Kraft des Volkes" aufbiete; die Regierung aber verbat sich den Durchmarsch österreichischer Truppen, der nicht vom Bunde vorgeschrieben sei**), und lud am 21. die bundestreuen Mittel- und Kleinstaaten zu einer Besprechung nach einem noch näher zu bestimmenden Orte ein. Daß der 36er Ausschuß die fulminante Erklärung erließ, die beiden Großmächte hätten die führende Stellung in Deutschland verwirkt, begreift sich; allein daß auch die evangelische Geistlichkeit in ihrer Mehrzahl für das Recht Schleswig-Holsteins eintrat, giebt Zeugnis von der allgemeinen Bewegung, die damals das gesamte deutsche Volk ergriffen hatte. Sogar im preußischen Abgeordnetenhause kam es zu lebhaften Ausbrüchen der Erbitterung gegen die Politik der Regierung und ihren Leiter. Auch hier herrschte die Ueberzeugung, der Zweck der angekündigten Besetzung

*) Vgl. Friedjung a. a. O. I. T. S. 78.

**) Depesche Knesebecks d. d. 16. Januar 1864.

Schleswigs sei die Auslieferung der Herzogtümer an Dänemark und den „Protokoll-Prinzen". Am 4. Januar schon hatte Bismarck in der Kommission die verblüffende Erklärung abgegeben, er werde, wenn man ihm die notwendigen Mittel nicht auf legalem Wege bewilligte, „sie nehmen, wo er sie finde," „die deutschen Großmächte seien das Glashaus, welches den Bund vor europäischem Zugwind zu schützen habe*)." Ja, er hatte den Eindruck hinterlassen, als werde sich die Spitze des Schwertes gegen die Regierungen zu richten haben, welche am Bunde die Großmächte majorisieren würden**)." Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, wurde die geforderte Anleihe mit 271 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Dagegen gelangte eine Adresse zur Annahme, welche aussprach, daß das Haus der Abgeordneten „mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln" einer Politik entgegentreten würde, „welche den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert". —

Fast allein unter allen deutschen Regierungen ließ sich die hannoversche nicht von dem allgemeinen Strom fortreißen. Nach den Vorgängen in der Bundesversammlung war sie sich von vornherein klar darüber, daß sie mit der Annexion der Herzogtümer durch Preußen als mit einer unabwendbaren Thatsache zu rechnen hatte, und daß sie durch jedes Heraustreten aus einer reservierten freundnachbarlichen Haltung nur sich selbst in Gefahr bringen würde.

Beust hatte schon am 14. Januar abends den sächsischen Bundestagsgesandten telegraphisch instruiert, einen Antrag vorzubereiten, wonach die Bundes-Kommissäre, sowie der Kommandierende der Exekutions-Truppen angewiesen werden sollten, „an sie von anderer Seite, als dem Bunde ergehenden Weisungen nicht Folge zu leisten und nur der Uebermacht zu weichen". Graf Platen, um dessen Unterstützung er bat, aber erwiderte sofort, daß er sich dazu nicht verstehen könne. „Die Annahme eines solchen Antrages," schrieb er***), „würde den Konflikt mit den beiden Groß-

---

*) Depesche Reitzensteins d. d. 6. Januar 1864.

**) Daß das Ministerium in der That schon damals einen schweren Schlag gegen die deutschen Staaten im Schilde führte, welche sich den Anschauungen der Großmächte am Bunde nicht fügen wollten, wird durch die Veröffentlichung eines Briefes des Kriegsministers von Roon bestätigt, der am 2. Januar an den Hallischen Hilfsverein schrieb: „Es handelt sich im jetzigen Augenblick nicht bloß um einen speziellen Zweck, sondern um die ganze politische Zukunft des teuren Vaterlandes."

*) Graf Platen an den Minister v. Beust d. d. 16. Januar 1864.

mächten noch verschärfen und leicht zu einem völligen Bruch der Bundesverträge führen können." Um diese äußerste Eventualität zu vermeiden, hielt er es für ratsamer, dem Durchzug der österreichischen und preußischen Truppen durch Holstein keinen Widerstand irgend welcher Art entgegen zu setzen und nur dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesländer in der militärischen Besetzung und Verwaltung des Bundes erhalten würden. In diesem Sinne wurde denn auch der hannoversche Gesandte in Frankfurt instruiert.

Auch genehmigte der König nach einigem Zögern, das durch die Besorgnis vor unliebsamen Demonstrationen der Demokratie im Lande veranlaßt zu sein scheint, den Durchmarsch der westfälischen Division durch Hannover. Der Staatssekretär von Thile hielt es aber doch für nötig, schon am Tage, nachdem das Ersuchen gestellt war, in „ernster und dringender Weise" darauf hinzuweisen, daß „eine Verweigerung des Durchmarsches die unangenehmsten Ereignisse herbeiführen und von den ernstesten Folgen begleitet sein könnte*)."

Nun geriet der Erbprinz von Augustenburg in eine äußerst schwierige Lage. Der Bund, auf den er sich verlassen hatte, war zur Seite geschoben, und die von Berlin ihm erteilten Warnungen hatte er nicht beachtet. Wie schwer er die dortigen maßgebenden Kreise verletzt hatte, sollte er bald genug erfahren. Ein Schreiben, welches Samwer „auf Befehl Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein" an das Preußische Staatsministerium schickte, wurde dem Prinzen uneröffnet wieder zugestellt. Auch sein Versuch, durch persönliche Einwirkung den König Wilhelm damit zu versöhnen, daß er gegen seinen Rat nach Holstein gegangen war, schlug fehl. Samwer, den er mit einem eigenhändigen Briefe nach Berlin entsandte, gelang es indes, durch Vermittelung des Kronprinzen eine Audienz zu erhalten. Merkwürdigerweise erfüllten ihn die Aeußerungen des Königs, der im Sinne der bereits mit Bismarck vereinbarten Antwort, aber „noch etwas kühler und sehr ernst**)," mit ihm sprach, mit übertriebenen Hoffnungen. Um so größer war daher die Enttäuschung des Erbprinzen, als ihm wenige Tage später die offizielle schriftliche Erwiderung des Königs zuging, worin ihm Mangel an Vorsicht vorgeworfen und das Bedauern ausgesprochen wurde, daß er sich den wohlgemeinten Worten und Ratschlägen verschlossen und sich mit unreinen Elementen umgeben

*) Depesche Reitzensteins d. d. 16. Januar 1864.

**) „Gedanken und Erinnerungen" II. T. S. 27.

habe, die seine Sache zum Vorwand revolutionärer Bestrebungen machten*).

Mit der Eliminierung des Bundes aus der schleswigschen Frage hatte Bismarck die erste Etappe auf dem Wege zur Annexion glücklich erreicht. Es galt nun, Oesterreich, wenigstens vorläufig, auf der gemeinsamen Bahn festzuhalten.

Am 16. Januar nachmittags übergaben die Gesandten der beiden Großmächte in Kopenhagen das vereinbarte Ultimatum, von dem sie wohl wußten, daß seine Annahme ohne einen Staatsstreich unmöglich war. Nach Ablauf der 48 stündigen Frist setzten sich sodann die österreichisch-preußischen Heeressäulen gegen die Eider in Marsch und der Krieg war da. Nun blieb Dänemark noch ein Ausweg, um dem drohenden Verderben zu entrinnen. Es konnte Schleswig wie Holstein ohne Schwertstreich räumen und die Angelegenheit der Entscheidung der Signatar-Mächte des Londoner Traktats unterbreiten. Allein bei der aufgeregten Stimmung der Bevölkerung, die fest an die Unüberwindlichkeit der Danewirke glaubte, hätte die Regierung einen solchen Schritt kaum wagen dürfen. Zudem hatte Bismarck unter der Hand in Kopenhagen wissen lassen, „daß England, — was nicht geschehen war, — uns mit der effektiven Intervention für den Fall bewaffneten Angriffs gedroht habe**).“

Im Augenblicke eines auswärtigen Krieges wäre beiden Vormächten ein innerer Konflikt in Deutschland äußerst unerwünscht gewesen. Und diese Gefahr lag nahe genug, hatte doch Pfordten nach der Sitzung vom 14. Januar gegen Kübeck und Sydow geäußert, „Bayern suche einen Bundesbruch nicht, acceptiere ihn jedoch, wenn er von Oesterreich und Preußen aufgedrungen werde***).“ Um die in ihrem Selbstgefühl tief verletzten Mittelstaaten zu beschwichtigen, gaben daher die Großmächte am 19. Januar die einlenkende Erklärung ab, daß durch ihre Maßnahmen die vom Bunde für Holstein und Lauenburg angeordnete Exekution nicht beeinträchtigt werden solle. Sie forderten sogar Hannover und Sachsen in der zuvorkommendsten Weise auf, sich trotz der Bundes-Abstimmung als

*) Vgl. die Aufzeichnung Sammers über seine Audienz beim König Wilhelm am 17. Januar 1864 und dessen Schreiben an den Erbprinzen Friedrich d. d. 18. Januar 1864 in Jansen-Sammer a. a. O. Anl. 12 u. 14. S. 696 ff.

**) Graf von Beust „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“ I. T. S. 350.

***) Jansen-Sammer a. a. O. S. 200.

selbständige Mächte an dem Feldzuge zu beteiligen*). Zugleich sprachen sie die zuversichtliche Hoffnung aus, daß ihrem Vorgehen das „bereitwillige und bundesfreundliche Entgegenkommen der durch das Vorrücken der Truppen berührten Regierungen und der Bundesverwaltung nicht fehlen würde". Der Kaiser von Oesterreich empfahl dem F.-M.-L. von Gablenz bei seiner Abschiedsaudienz ausdrücklich, die Bundestruppen mit der größten Rücksicht zu behandeln**).

Mit diesen versöhnlichen Erklärungen stand freilich das rücksichtslose Auftreten der militärischen Befehlshaber nicht in Einklang. Schon am 18. Januar waren preußische Truppen ohne vorherige offizielle Benachrichtigung im südlichen Mecklenburg erschienen. Am 19. überbrachten Ordonnanz-Offiziere dem Senat der freien Stadt Hamburg die Mitteilung, daß am nächsten Tage preußische Truppen dort einträfen und untergebracht werden müßten. Die oldenburgische Regierung davon zu benachrichtigen, daß das Fürstentum Eutin von der Brigade Canstein durchzogen werden würde, hatte man überhaupt für unnötig gehalten. Der dortige Amtmann ließ daher beim Herannahen der Kolonne den Schlagbaum an der Grenze herunterziehen, — was natürlich den Durchmarsch ebensowenig hinderte, wie sein feierlicher Protest gegen die Verletzung oldenburgischen Territoriums.

Auch die Bundes-Kommissäre wurden von dem bevorstehenden Ueberschreiten der holsteinischen Grenze durch die großmächtlichen Truppen erst am Nachmittage vorher durch ein Telegramm aus Frankfurt unterrichtet. Der Oberbefehlshaber, Feldmarschall von Wrangel, dem sie vorhielten, daß sie wohl berechtigt gewesen wären, von ihm eine bezügliche Mitteilung zu erwarten, würdigte sie nicht einmal einer Antwort. Dennoch forderten sie „im Interesse des Landes und der allgemeinen Ordnung" die Bevölkerung und die Behörden zur freundlichen und willigen Aufnahme der Truppen auf***).

Dem General von Hake war die erste Nachricht von dem Anmarsche der preußischen Truppen durch ein Schreiben des Kriegsministers von Roon vom 18. Januar zugegangen, das ihm der Major von Bonin am 19. vormittags überbrachte. Darin teilte der Minister ihm mit, daß die ersten Echellons der 6. und 13. Division am 21. in der Gegend von

*) Moltke, Militärische Korrespondenz 1864 S. 81.

**) Depesche Stockhausens d. d. 20. Januar 1864.

***) Bericht des Geheimen Regierungsrats Rieper d. d. 21. Januar 1864.

Boitzenburg resp. Hamburg die Grenzen der Herzogtümer überschreiten würden und der General-Feldmarschall Freiherr von Wrangel am 20. den Oberbefehl übernähme. Dabei stellte er dem General von Hake anheim, sich „seinen früheren Instruktionen entsprechend“ mit den ihm untergebenen Truppen gleichfalls diesem unterzuordnen. Für den Fall aber, daß er mit bezüglichen Anweisungen nicht versehen sein sollte, forderte Roon ihn auf, dennoch den Feldmarschall von seinen bezüglichen Dispositionen in Kenntnis zu setzen*).

Dieses Ansinnen wurde von Hake energisch zurückgewiesen. Nur der durchlauchtigen Bundes-Versammlung, erklärte er, sei er für seine Handlungen verantwortlich, und nur von ihr habe er Direktiven für sein Verhalten zu erwarten. Bei dem damaligen Stande der Dinge aber wäre er nicht autorisiert, die Befehle des Generalfeldmarschalls Freiherrn von Wrangel einzuholen und die ihm unterstellte Armee-Division an den Operationen teilnehmen zu lassen, so sehr es ihr auch zur Genugthuung gereicht haben würde, auch hier ihren deutschen Waffenbrüdern zur Seite zu stehen**).

Trotzdem that Hake alles Mögliche, um der alliierten Armee den Durchmarsch zu erleichtern. Er schrieb Roon, daß bis zum 22. Januar der gesamte östliche Teil Holsteins bis zur Straße von Altona über Elmshorn, Itzehoe und Hohenwestedt nach Rendsburg von den Bundestruppen geräumt sein, Altona und Rendsburg aber bis auf weiteres besetzt bleiben würden. Infolgedessen zog auch aus Kiel die sächsische Besatzung ab, und am 25. rückten die Preußen in die Stadt ein, — um sie nicht wieder zu verlassen. Dem Chef des Stabes der Operationsarmee, General Vogel von Falkenstein, der persönlich in Hake's Hauptquartier in Altona erschien, wurden bereitwilligst alle eingegangenen Nachrichten über die Stellung der Dänen und die Armierung der Danewirke mitgeteilt.

Nur durch den Umstand, daß er nicht genügend von der Sachlage unterrichtet war, läßt es sich erklären, daß Wrangel aus eigener Machtvollkommenheit dem General von Hake den **Befehl** gab, die in Neumünster und Plön liegenden sächsischen Truppen nach Rendsburg zu instradieren, die Hannoveraner aber erst am 24. von Altona abmarschieren zu lassen, damit sie am 30. zwischen Jevenstedt und der Eider einträfen***).

---

*) Kriegsminister von Roon an den General von Hake d. d. 18. Januar 1864.

**) General von Hake an den Kriegsminister von Roon d. d. 19. Januar 1864.

***) Generalfeldmarschall von Wrangel an den General von Hake d. d. 19. Jan. 1864.

Diese Zumutung rief natürlich im Hauptquartier zu Altona nicht geringe Erregung hervor. Am Sitze des Bundestags aber erfuhr durch die Berichte über diese Vorfälle „der günstige Eindruck, den die beruhigende Erklärung Oesterreichs und Preußens vom 19. Januar hervorgerufen, eine wesentliche Beeinträchtigung*).“ Man sagte sich, daß das Roon'sche Schreiben in voller Kenntnis der für den nächsten Tag beabsichtigten Erklärung geschrieben war und durch seine „wirklich unbegreifliche“ Fassung das Mißtrauen und die gereizte Stimmung, die sich allgemein kund gaben, rechtfertigte. Glücklicherweise gelang es jedoch dem Präsidial-Gesandten, einen Beschluß zur Annahme zu bringen, wonach „die Bundesversammlung das von dem General von Hake eingehaltene Verfahren vollkommen billigte, und er zufolge einer an die Civilkommissäre erlassenen Instruktion diesen Standpunkt auch ferner festzuhalten, jedoch dem Durchmarsch der Kaiserlich Oesterreichischen und Königlich Preußischen Truppen alle thunliche Förderung zu gewähren habe“. Nur Baden erhob Widerspruch. Außerdem gaben die Großmächte die ausdrückliche Erklärung ab, daß die Truppenkommandanten nunmehr von den früheren Zusicherungen verständigt und Maßnahmen getroffen seien, „um die bisher in betreff des Durchmarsches geschehenen Schritte hiermit in Einklang zu bringen“.

Auch der König Georg erkannte „das entschiedene, gesetzliche und ruhige Verhalten des Generallieutenants von Hake“ in vollem Maße an. „Unter keinen Umständen,“ schrieb er**), „will ich einen Bundesbruch begehen. Werden daher Oesterreich und Preußen vom Bunde nicht als Mandatare mit der Führung des Krieges in Schleswig nachträglich beauftragt, so kann und werde ich meine Truppen den Befehlen des Generalfeldmarschalls von Wrangel nicht unterstellen.“ „Geschieht das nicht, so muß der Bund die Königlich hannoverschen und sächsischen Truppen nach wie vor unter seinen speziellen Befehlen behalten, oder aber den Beschluß fassen, den Generallieutenant von Hake mit den beiden Armeebrigaden aus Holstein zurückzuziehen. Sonst entstehen ohne alle Frage die ernstesten Verwicklungen, die Gott verhüten möge.“

Am 1. Februar in der Frühe überschritten die Heeresmassen der beiden Verbündeten an verschiedenen Punkten die Eider. Auch die öster-

*) Berichte des hannoverschen Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 22. Januar 1864.

**) Erlaß des Königs Georg an den Minister Graf Platen d. d. 21. Januar 1864 nachmittags 5 Uhr.

reichische und die preußische Brigade, die bislang die Reserve der Exekutionstruppen gebildet hatten, schieden nunmehr auf Antrag der alliierten Regierungen aus dieser Stellung und schlossen sich der Operationsarmee an. Die Dänen wichen nach einigen Schüssen in die Hauptstellung zurück, gegen die am nächsten Tage der Vormarsch begann. General von Hake aber erhielt schon im Laufe des 1. Februar aus Frankfurt telegraphisch Anweisung, „nach Ueberschreitung der Eider zur Besetzung des früheren Kronwerks und des für die Sicherung Rendsburgs nach Norden erforderlichen Terrains zu schreiten*)." Er entsandte daher noch am Abend den Obersten von Fabrice in das Hauptquartier Wrangels, um diesen zu ersuchen, daß er gemäß dem Bundesbeschluß, wonach die dauernde Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein überlassen bleiben sollte, Kiel und das Kronwerk bei Rendsburg diesen herausgäbe. „Das Kronwerk, das ich mit den Waffen in der Hand erobert habe, will ich Ihnen nicht ausliefern; Kiel aber kann ich Ihnen geben, verstehn Sie mir?" war die Antwort. Wiederholte Reklamationen der Bundeskommissäre wurden gleichfalls ohne Angabe der Gründe abgewiesen**).

Es ist hier nicht der Ort, den Verlauf des nun folgenden Feldzuges zu erzählen. Während die Fahnen der Alliierten von Sieg zu Sieg flogen, mußten die Bundestruppen fast noch ein Jahr in ruhmloser Unthätigkeit verharren und obendrein Rücksichtslosigkeiten und Demütigungen aller Art seitens ihrer Bundesbrüder erdulden. Ihre Beteiligung am Kriege beschränkte sich auf den Bau einer Batterie auf der Elbinsel Pagensand gegenüber Glückstadt und einige Schüsse, die am 12. April ein dänisches Kanonenboot vor der Neustädter Bucht mit einer sächsischen Batterie wechselte***).

Als ganz Schleswig mit Ausnahme der äußersten Spitze der Halbinsel Sundewitt sich im Besitz der Alliierten befand, hielt man in Berlin den Zeitpunkt für gekommen, um auch die Hand auf Holstein zu legen. So wenigstens urteilte alle Welt, als dem General von Hake am 11. Februar ein Schreiben Wrangel's zuging, worin dieser ihm ankündigte,

*) Bericht Heimbruchs d. d. 1. Februar 1864.

**) Bericht des Geheimen Regierungsrats Nieper d. d. 15. April 1864.

***) Damals scheint man im Hauptquartier der Alliierten ein gewisses Gefühl von der unglücklichen Lage gehabt zu haben, in welche die Bundestruppen ohne ihr Verschulden geraten waren. „Gratulor ob der Neustädter Affäre!" telegraphierte der General Vogel von Falkenstein an den General von Hake anläßlich dieses Zwischenfalls.

daß er sich zur Sicherstellung seiner rückwärtigen Verbindungen — man fragt sich vergeblich, gegen wen — genötigt sehe, von der nachrückenden preußischen 10. Brigade je ein Bataillon in Altona und Neumünster und zwei in Kiel zu belassen. Gleichzeitig besetzten zwei andere Bataillone das Kronwerk Rendsburg, zu dessen Kommandanten der Oberst von Winterfeld ernannt wurde. Größtenteils unbegründete Anklagen über verweigerte Einquartierung, erschwerte Lieferungen und gehemmten telegraphischen Verkehr dienten diesen befremdlichen Maßregeln zum Vorwand, während bis dahin der preußische Hauptmann von Kaltenborn-Stachau — der nachherige Kriegsminister — als Linien-Kommissar in freundschaftlichem Einvernehmen mit dem Kommando der Exekutionstruppen die Nachschübe zur Armee besorgt hatte. Daß Hake diesen neuen Eingriff in seine Befugnisse, der mit den Bundesbeschlüssen in direktestem Widerspruch stand, nicht dulden konnte, ist selbstverständlich. Er erklärte dem Generalfeldmarschall, daß er seinem Ansinnen nicht entsprechen könne, und er erbat telegraphisch vom Bunde Verhaltungsbefehle. Auch die Bundeskommissäre wandten sich nach Frankfurt und legten aktenmäßig dar, wie sie es nirgends an einem bundesfreundlichen Entgegenkommen hätten fehlen lassen, daß aber der Befehlshaber der verbündeten Armee rücksichtslos vorschritte, und das Bundesland Holstein als ein solches behandele, „welches, als dem jetzigen Feinde angehörend, die Folgen davon zu tragen habe*).“ Allein, bevor von dort irgendwelche Entscheidung kommen konnte, rückte am 12. Februar vormittags 10 Uhr das Füsilierbataillon des preußischen 52. Regiments unter persönlicher Führung des Generals von Raven — der nachher heldenmütig kämpfend bei Düppel fiel — in Altona ein und nahm vor der Hauptwache Aufstellung. Ein schriftlicher Protest, den General von Hake durch einen seiner Adjutanten überreichen ließ, fand ebensowenig Beachtung, wie der Widerspruch der städtischen Behörden. Raven sowohl wie der Feldmarschall beriefen sich auf direkte Befehle ihres Königs und die Soldaten bemächtigten sich ohne weiteres der nötigen Quartiere.

Hake hatte zuerst die Absicht, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und ein Telegramm aus Dresden wies ihn an, „festzuhalten, es komme, was da wolle**).“ Er erteilte der hannoverschen Brigade den Befehl, sich um

*) Bericht Niepers d. d. 4. Februar 1864.

**) Chiffrierte Depesche des hannoverschen Geschäftsträgers in Dresden Graf Platen an das Ministerium des Auswärtigen in Hannover d. d. 12. Februar 1864.

Altona zu konzentrieren. Allein General Gebser, so unentschuldbar er auch das preußische Verfahren fand, wollte doch zu einem so folgenschweren Vorgehen die Hand nicht bieten, und so unterblieb dieses. Nur das Garde-Jägerbataillon, das schon tags zuvor herbeordert war, traf am 12. vormittags in Altona ein. Man ließ es aber ruhig geschehen, daß am 13. Februar noch ein zweites preußisches Bataillon nach Altona verlegt wurde und am 14. und 15. zwei andere Neumünster und Kiel besetzten.

In Frankfurt herrschte infolge der telegraphischen Berichte Hake's und der Bundeskommissäre eine außerordentliche Aufregung. Wenn man auch bisher das rücksichtslose Vorgehen des preußischen Oberbefehlshabers vielleicht auf eine „bei militärischen Autoritäten erklärliche mangelhafte Beurteilung der politischen und administrativen Sachlage" zurückführen konnte; so ließ „das jetzige, in der Sache selbst nicht erklärliche und in der Form verletzende Vorgehen des Feldmarschalls von Wrangel" kaum noch einen Zweifel darüber, daß die Bundesautorität in Holstein beseitigt und durch diejenige Preußens ersetzt werden sollte*). Anfänglich hoffte man im Ausschusse noch immer auf ein Einlenken von preußischer Seite. Allein, als es bekannt wurde, daß dem Feldmarschall der Befehl seines Königs zur Seite stand, war die Wirkung eine so tiefgehende, daß man auf jede weitere Diskussion verzichtete und der Freiherr von Kübeck eine Bundestagssitzung für den nächsten Tag anberaumte. Von diesem Beschluß wurde Hake telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Die dringend erbetenen Instruktionen erhielt er jedoch nicht. Er mußte sich vielmehr mit der nachträglichen Billigung seines Verhaltens durch den sächsischen Kriegsminister von Rabenhorst begnügen. Fast wie Hohn aber klang es, als Preußen und Oesterreich in der Bundestagssitzung vom 13. Februar erklärten, „es handle sich im wesentlichen nur um eine Truppenregulierung auf der Hauptverbindungslinie der Armee", und bezügliche Instruktionen an den General von Hake beantragten. Namentlich der sächsische Gesandte zeigte sich sehr erregt über die „wider feierliche Zusage ohne Zustimmung des Bundes ergriffenen Maßnahmen" und verlangte die Berufung anderweiter Reserven aus dem 7. und 8. Armee-Corps nach Holstein. Hannover begnügte sich mit einem Proteste, bezeichnete es aber ausdrücklich als wünschenswert, „daß der Bund zu allen Maßregeln die Hand biete, welche die Sicherheit der Verbindungen der Armee in Schleswig und die

*) Depesche Heimbruchs d. d. 12. Februar 1864.

Erleichterung der Truppenzüge zum Zweck haben*)." Bismarck jedoch war über das Verhalten Sachsens und des Ministers von Beust so erbittert, daß er die Zusammenziehung eines Teils des schlesischen Armee-Corps an der sächsischen Grenze veranlaßte.

Auch dem hannoverschen Gesandten von Reitzenstein gegenüber**), der auf telegraphische Anweisung seiner Regierung dringende Vorstellungen gegen die Besetzung Altonas machte, erhob Bismarck, wenn auch „sehr ruhig und freundlich", doch ernste Klagen und Vorwürfe besonders über das Verhalten Beust's und Könneritz's, während er die Haltung Hake's als eine angenehmere bezeichnete. Dann erging er sich in heftigen Beschwerden über das Verhältnis zwischen der Okkupations- und der Exekutions-Armee, die sich fast wie zwei feindliche Heere gegenüberständen. Allenthalben zeigte sich, wie er sagte, der üble Willen der Bundeskommissäre gegen die Truppen der Alliierten. Ihr Auftreten sei recht deutsch; so etwas könne nur in Deutschland vorkommen. Von fünf Telegraphendrähten würde den Preußen nur einer zugestanden, die Verpflegung der Armee in Schleswig, die Munitionsbeförderung und der Rücktransport der Verwundeten auf der holsteinschen Eisenbahn müßten der Berücksichtigung entbehren, welche mit Recht zu verlangen sei. Ja sogar die notwendigsten Lazarettbedürfnisse, die für die Verwundeten bestimmten Erfrischungen kämen nur sehr verspätet oder gar nicht an dem Ort ihrer Bestimmung an."

„Solchen unglaublichen Zuständen aber müsse notwendigerweise ein Ende gemacht werden. Es sei deshalb bei dem betreffenden Bundestags-Ausschusse in Frankfurt die Erlaubnis beantragt, Etappen-Stationen in Neumünster und Altona zu etablieren. Ebenso sei es erforderlich, Kiel stark mit Artillerie und dazu gehöriger Bedeckungsmannschaft zu besetzen, denn es sei leicht möglich, daß die Dänen von Alsen aus dort einen Landungsversuch mit 10000 Mann machten, bis Neumünster vordrängen, die Kommunikation unterbrächen und dadurch für die Armee in Schleswig große Verlegenheiten herbeiführten!"

„Die Antwort des Frankfurter Ausschusses auf diese Erklärung habe er für eine zustimmende gehalten und daher sei der 10. Brigade der Befehl gegeben, Altona und Neumünster mit je einem Bataillon zu besetzen.

---

*) Instruktion des Ministers Graf Platen an den Gesandten von Heimbruch d. d. 12. Februar 1864.

**) Das Folgende ist dem Bericht Reitzensteins über seine Konferenz mit Bismarck am 12. Februar abends 9 Uhr fast wörtlich entnommen.

Wenn über die Ausführung dieser Maßregel Differenzen zwischen dem Feldmarschall und dem General von Hake entstanden wären, so käme das vielleicht daher, daß Wrangel, der ein alter Mann sei, in einem befehlenden und groben Tone geschrieben habe, was jedenfalls zu bedauern sein würde. Dem General Raven aber wäre gestern morgen (also am 11.) telegraphisch aufgegeben, bis auf weitere Ordre den Einmarsch zu sistieren. Er habe aber berichtet, daß ein Bataillon bereits in Altona stehe, und der König, dem er über die Sachlage Vortrag gehalten habe, sei der Ansicht, daß es nicht wohl wieder aus der Stadt zurückgehen könne. Uebrigens liege es keineswegs in der Absicht Preußens, den Bund in Holstein zu „depossedieren", man wolle nur eine Etappenstraße einrichten, um den Gang der militärischen Maßnahmen zu sichern und zu erleichtern."

In dieser Erklärung Bismarck's war so geschickt Wahres mit Falschem gemischt; er brachte seine Aeußerungen mit so großer Ueberzeugung vor, daß Reitzenstein den Eindruck gewann, die preußische Regierung erstrebe in der That in diesem Falle nichts anderes, als was sie offen aussprach. Auch Graf Karolyi, der anfänglich geglaubt hatte, Preußen führe Weiteres im Schilde, versicherte ihn, daß man in Berlin in dieser Sache keine Hintergedanken habe und Zimmermann teilte im allgemeinen dieselbe Ansicht*). Und doch stimmten nicht einmal die Daten mit den wirklichen Thatsachen. Wie erklärte es sich, daß General von Raven, der am 11. Februar morgens Befehl erhalten haben sollte, den Einmarsch in Altona zu sistieren, am 12. dennoch einrückte? Wie ließ es sich miteinander reimen, daß der Ausschuß, bei dem man angeblich die Erlaubnis zur Anlegung von Etappenstationen nachgesucht hatte, erst durch die Telegramme der Bundeskommissäre von den Vorfällen Kenntnis erhielt? Nicht einmal die Vorwürfe gegen deren Verwaltung waren begründet. Schon das Einrücken der alliierten Armee in Holstein hatte mit einer Rücksichtslosigkeit begonnen, „die selbst von einzelnen preußischen Offizieren nicht verkannt wurde". Jedes einzelne eintretende Hindernis wurde als eine Unwillfährigkeit von seiten der Bundesverwaltung gedeutet. Ueber die beabsichtigte Art der Verpflegung erfolgte keinerlei Mitteilung an diese. Es ergingen vielmehr von seiten der Intendanturen an die Lokalbehörden Mandate, die mit den Gesetzen nicht in Einklang standen, und Schwierigkeiten hervorriefen, die bei einem ordnungsmäßigen Vorgehen leicht zu vermeiden gewesen wären. Aehnlich lagen die Verhältnisse bei

---

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 12. Februar 1864.

der Telegraphendifferenz. Die preußische Telegraphendirektion war ursprünglich aus Unkenntnis der Verhältnisse eigenmächtig vorgeschritten. Sie hatte geglaubt, die Station in Rendsburg als dänisches Eigentum behandeln zu dürfen. Als sich der Irrtum aufklärte, genügte eine Konferenz von wenigen Stunden, um ein die preußische Armeeverwaltung vollständig befriedigendes Uebereinkommen zu stande zu bringen*).

Dem König Wilhelm scheint die Mißachtung, mit der der Ministerpräsident seinen fürstlichen Bundesgenossen begegnet war, denn doch etwas zu stark gewesen zu sein. Um den durch das schroffe Auftreten des Feldmarschalls Wrangel hervorgerufenen übeln Eindruck zu verwischen, entsandte er den General von Manteuffel mit eigenhändigen Schreiben an die Höfe von Dresden und Hannover. Der Abgesandte selbst waffnete sich für seine Mission mit einem Aide-Memoire, worin er die besonders den Charaktereigentümlichkeiten des Königs Georg angepaßte Ansicht entwickelte, die augenblicklichen Gegensätze zwischen der Auffassung der Großmächte und der Mittelstaaten entsprängen aus demokratischen Prinzipien oder dem Drange zur Revolution. Eine wirkliche Begeisterung der Kammern für das Erbrecht des Augustenburgers existiere nirgends. Wenn sie aber dessen Kandidatur durchsetzten, würde das Uebergewicht in den öffentlichen Dingen überhaupt nicht mehr den Fürsten, sondern den Kammermajoritäten zufallen. Dies zu hindern, wären allein die Großmächte im stande. Sich durch Mehrheitsbeschlüsse des Bundestags in europäischen Fragen aber die Hände binden zu lassen, widerspräche der Würde ihrer Stellung.

König Johann empfing den General in freundlicher versöhnlicher Weise. Mit Beust dagegen kam es zu einer etwas erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf sogar die Möglichkeit einer Besetzung Sachsens durch Preußen erörtert wurde. In Hannover, wo Manteuffel am 19. Februar eintraf, fand er den König Georg in heftiger und gereizter Stimmung. Die Formen wenigstens müßten beobachtet werden, sagte er. Wrangel aber schiene sich leicht über die Formen hinwegzusetzen, und die Formen seien nötig zur Erhaltung des Bundes. Auch Platen erklärte, er sei kein Preußenfeind, könne jedoch nur innerhalb des Bundesrechts seine freundschaftliche Gesinnung bethätigen. Wenn er aber in dieser Richtung zu schroff aufträte, so würde er in eine abhängige Stellung zu Preußen geraten, denn im Lande fände er keine Stütze für

*) Bericht des Bundeskommissars Nieper d. d. 12. Februar 1864.

eine solche Politik. Hier herrsche der Nationalverein, in Süddeutschland die Demokratie und Sachsen schüre das Feuer. Daß er als hannoverscher Minister eine bedingungslose Unterordnung unter Preußen nicht befürworten könne, dürfe man ihm daher nicht verdenken. Uebrigens versprach er, alles mögliche zu thun, damit das freundnachbarliche Verhältnis nicht gestört werde, und in demselben Sinne beantwortete der König das Schreiben des preußischen Monarchen. Damit war der unliebsame Zwischenfall erledigt*).

Wie ernst es aber Georg um ein gutes Einvernehmen mit Preußen zu thun war, hatte er eben erst bewiesen. Er hatte es abgelehnt, sich an einer Beratung zu beteiligen, zu der Bayern die nicht auf seiten der Großmächte stehenden Staaten eingeladen hatte. Die Konferenz fand unter dem frischen Eindruck des Altonaer Ereignisses am 18. und 19. Februar — gerade in denselben Tagen, wo Manteuffel in Hannover weilte — in Würzburg statt**).

Auch am Bunde hielt sich Hannover den extremen Schritten der Mittelstaaten fern. Die Regierung lehnte es ab, sich mit dem sächsischen Antrage einverstanden zu erklären, wonach anderweitige Reserven für Holstein und Lauenburg aus den Truppen des 7. und 8. Armeecorps berufen werden sollten. Wenn der Bedürfnisfall für eine Vermehrung der Exekutionstruppen vorläge, würden vielmehr, wie sie meinte, die österreichisch-preußischen Reserven auf Grund der früheren Bundesbeschlüsse in die holsteinischen Garnisonen einzurücken haben. Dabei machte sie noch darauf aufmerksam, daß die Ausführung der beantragten sächsischen Maßregel von den beiden Großmächten als eine feindlich gegen sie gerichtete aufgefaßt werden, und „die leider jetzt schon bestehenden Gegensätze nur noch verschärfen würde***)."

Ebenso stimmte sie am 25. Februar gegen einen bayrischen Antrag, wonach der Bund erklären sollte, daß er nicht in der Lage sei, den Londoner Vertrag unter nachträglicher Anerkennung desselben zur Grundlage seiner Entschließungen zu nehmen. Ja, Georg ging in seinem Entgegenkommen so weit, daß er in der Sitzung vom 3. März den Wunsch Oester-

*) Die Erzählung der Manteuffelschen Mission ist im wesentlichen nach Sybel a. a. O. III. T. S. 246 ff.

**) An der Konferenz beteiligten sich Bevollmächtigte Bayerns, Württembergs, Sachsens, Badens, Hessen-Darmstadts, Braunschweigs, Nassaus, Weimars und Sachsen-Coburgs.

***) Instruktion für den Bundestags-Gesandten von Heimbruch d. d. 22. Febr. 1864.

reichs und Preußens befürwortete, „zur Vermeidung weiterer Irrungen“ die Bundestruppen in Holstein dem Oberkommando der alliierten Armee zu unterstellen, ohne jedoch damit durchdringen zu können. Er wollte sogar von Bundes wegen Dänemark den Krieg erklären lassen, wenn es nicht die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe wieder herausgäbe, fand jedoch damit keinen Anklang*).

Hochgradige Erregung über die Altonaer Vorgänge herrschte im National-Verein. In einem Rundschreiben erklärte der 36er Ausschuß, daß die gegen den Feind nicht nötige Verstärkung der österreichisch-preußischen Streitkräfte in Holstein und die Besetzung der beherrschenden Punkte die Endziele der Großmächte klar genug bewiesen. „Die letzte Stufe der Erniedrigung sei erreicht, der letzte Augenblick, die Schande zu tilgen, gekommen. Eine Bundesarmee müsse in kürzester Frist der gesetzlosen Gewalt in Schleswig-Holstein entgegentreten**).“

Dem Vorgehen der „Würzburger“ fehlte es von vornherein an Einheit und Energie. Der König von Bayern, dem die Führung im Kampfe gegen die preußischen Uebergriffe gebührt hätte, war schon lange ein kranker Mann. Am 10. März starb er und damit hatte die nationaldeutsche Partei ihre Hauptstütze verloren. Wenige Monate später (25. Juni) sank auch der 83jährige König von Württemberg ins Grab. Ihm folgte sein schwacher, wenig begabter Sohn, der, obgleich er von demselben Preußenhaß wie sein Vater beseelt war, es ebensowenig wie der unerfahrene 18jährige König Ludwig II. von Bayern vermochte, dem entschiedenen Auftreten der beiden Großmächte gegenüber die Mittelstaaten zu einem gemeinsamen Widerstande zu einen. Auch der bayrische Minister von Schrenck war keine selbstgewisse, kühnen Entschlüssen geneigte Natur. So verliefen denn alle Versuche, am Bunde eine den Wünschen der Nation entsprechende Entscheidung herbeizuführen, resultatlos im Sande. Der in Würzburg verabredete Vorschlag einer Vermehrung der Bundestruppen in Holstein wurde den Ausschüssen überwiesen, und den Antrag auf beschleunigte Abstimmung über die Anerkennung des Erbprinzen Friedrich als legitimen Herzog von Schleswig-Holstein zog Pfordten sofort zurück, als Oesterreich und Preußen Einwände erhoben.

Zwischen den Bundestruppen und den Preußen in Holstein herrschte

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 83.
**) Jansen-Samwer a. a. O. S. 254.

jetzt das beste Einvernehmen. Am 13. April überbrachte eine Deputation dem alten Feldmarschall Wrangel ein Glückwunschschreiben des Generals von Hake zu seinem 80jährigen Geburtstage. Die Offiziere wurden in seinem Hauptquartiere sowohl, wie in dem des Prinzen Friedrich Karl in Gravenstein mit äußerster Liebenswürdigkeit empfangen. Man zeigte ihnen sogar mit größter Bereitwilligkeit den Fortgang der Belagerungsarbeiten vor Düppel, aus denen man ohne Schwierigkeit erkennen konnte, daß der Fall der dänischen Schanzen ganz nahe bevorstand.

Schon nach fünf Tagen erfüllte sich deren Geschick. Am 18. April vormittags 11½ Uhr erhielt König Wilhelm bei der Rückkehr von der Parade einiger Garderegimenter ein Telegramm des Prinzen Friedrich Karl mit der Meldung, daß die so lange mit Zähigkeit verteidigten Bollwerke im ersten Sturmanlauf genommen seien. Unverzüglich kehrte er um, um den Truppen die frohe Botschaft zu verkünden und ein Hurrah auf die Armee auszubringen. Dann reiste er selbst nach Schleswig, um die Düppelstürmer zu begrüßen. Am 21. April morgens 6 Uhr passierte er Altona, wo er die Bundeskommissäre in Audienz empfing. Hier, wie überall, wo man von seinem Kommen Kenntnis erhalten hatte, wurde er von Deputationen mit Ansprachen, Fahnenschwenken nnd Guirlanden bewillkommnet. Am nächsten Tage folgte ihm Bismarck, wie man glaubte, in der Absicht, etwaige inopportune Zusicherungen an die Bevölkerung zu verhindern.

Es war der erste große kriegerische Erfolg, den das preußische Heer seit Waterloo erfochten hatte, und man begreift die freudige Erregung, die beim Eintreffen der Kunde die Hauptstadt und das ganze Land ergriff. Die beiden Kaiser Napoleon und Franz Joseph übersandten dem Könige sofort telegraphische Glückwünsche. Graf Hohenthal, der sächsische Gesandte, erhielt Auftrag, die Gratulationen seines Hofes durch Vermittelung Bismarcks zur Kenntnis Sr. Majestät zu bringen. Um so mehr wunderte man sich, daß von seiten Hannovers keine ähnliche Kundgebung erfolgte. Vergeblich stellte Reitzenstein dem Könige Georg vor, daß eine solche anscheinend kühle Aufnahme der Siegesbotschaft falsch gedeutet werden könnte. Er meinte, der errungene Erfolg würde ganz Deutschland zu gute kommen. Eine Zurückhaltung wegen preußischer Annexionsgelüste wäre jetzt nicht angebracht. Ueberdies sei der König selber die beste Bürgschaft dagegen. Zugleich wies er darauf hin, daß man gerade bei dieser Gelegenheit durch Verleihung des Georgsordens an den nahe verwandten Prinzen Friedrich Karl dem preußischen

Hofe eine besondere Aufmerksamkeit erweisen könne. „Thun Sie bitte," schrieb er an Graf Platen*), „im Interesse Hannovers das Ihrige dazu, es deucht mir, daß wir nur Vorteil davon ziehen können, ich meine der König und sein Land, wenn wir freundlich mit Preußen stehen. Diese Kühle Hannovers dürfte nicht leicht vergessen werden." Allein die Vorstellungen des Gesandten hatten keinen Erfolg. Es verdroß den König, daß es seinen eigenen Truppen nicht vergönnt gewesen war, die kriegerischen Lorbeeren ihrer alten Waffenbrüder zu teilen, und er konnte sich nicht überwinden, diesen seine Freude über den allein erfochtenen Sieg auszusprechen. Auf dem Rand der Reitzenstein'schen Depesche findet sich von der Hand Lex's die Notiz: „Nicht genehmigt. Oesterreich haben wir auch kein Glück gewünscht. Daher ist es inkonsequent, wenn wir einzeln bei Preußen gratulieren."

Am 25. April fand die offizielle Eröffnung der Londoner Konferenz statt, zu der auf Aufforderung Englands alle Traktatmächte Bevollmächtigte entsandt hatten. Preußen und Oesterreich hatten die Einladung hauptsächlich aus Rücksicht auf eine immerhin zu besorgende und in einer englischen Cirkulardepesche vom 5. März ausdrücklich angedrohte**) britische Einmischung angenommen. Denn jenseits des Kanals herrschte damals in allen Kreisen eine Erbitterung gegen Deutschland, wie sie schärfer zwischen zwei Völkern kaum gedacht werden kann. Die Sympathie für Dänemark dagegen wurde noch gesteigert durch die Beliebtheit, welche die anmutige, jugendschöne Prinzessin von Wales, die Tochter des Königs Christian IX., bei der ganzen Nation genoß. Wo sie sich öffentlich zeigte, wurde sie mit begeisterten Zurufen begrüßt. Immer stürmischer verlangte die allgemeine Stimme des Volkes, daß England von drohenden Worten zu Thaten übergehen sollte. Die Königin allein beharrte auf dem Entschluß, sich nicht in kriegerische Verwicklungen hineinziehen zu lassen. Zwar hielt sie sich durch den Londoner Vertrag gebunden, glaubte aber doch im Sinne ihres verstorbenen Gemahls zu handeln, wenn sie jedem Versuch, sie zu einem aktiven Eingreifen zu veranlassen, widerstand. Und wenn die Königin auch stets versicherte, daß sie nur „unter Beirat ihrer Regierung" handeln könne; so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie durch ihren persönlichen Einfluß das Ministerium verhindert hat, aus der Passivität herauszutreten. Auf ihren Wunsch wurde sogar eine kriegerische

*) Reitzenstein an Graf Platen d. d. 23. April 1864.

**) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 433.

Wendung in der Thronrede wieder gestrichen, denn die liberalen Minister fürchteten, daß sie im Weigerungsfalle den Tories würden Platz machen müssen.

Ursprünglich hatte die Konferenz bereits am 12. April eröffnet werden sollen, allein bis dahin war die amtliche Zustimmung des gleichfalls eingeladenen Bundes noch nicht erfolgt. In Berlin war man mit dieser Verzögerung sehr einverstanden, da man dringend wünschte, vorher einen entscheidenden Sieg erfochten zu haben. Der König hatte daher dem Prinzen Friedrich Karl den bestimmten Befehl erteilt, die Düppeler Schanzen bis zum 20. April zu nehmen*). Der britische Konferenzvorschlag war der Bundesversammlung am 26. März übergeben worden. Eine Basis der Verhandlungen war darin nicht bezeichnet, aber da Oesterreich und Preußen ausdrücklich erklärten, sie hätten sich geweigert, die Verträge von 1851/52 als Ausgangspunkt zu acceptieren, so beschloß der Bund am 14. April, die Einladung anzunehmen und einen besonderen Bevollmächtigten aus den mittel- und kleinstaatlichen Diplomaten nach London zu entsenden. Die Wahl fiel auf Beust, zu dessen diplomatischer Geschicklichkeit die Großmächte mehr Vertrauen hatten, wie zu der Pfordten's, der dem Konferenzvorschlage nur dann hatte zustimmen wollen, wenn in der Vollmacht der Grundsatz der völligen Trennung der Herzogtümer von Dänemark und die Anerkennung des Erbprinzen ausgesprochen würde**). Noch lieber wäre es Oesterreich und Preußen freilich gewesen, wenn sie die Wahl des Grafen Platen hätten durchsetzen können, „dessen Anschauungen den unsrigen soviel näher stehen, als die des Herrn von Beust und des Freiherrn v. d. Pfordten“. Nur die Erwägung, „daß es bei den vorwaltenden Stimmungen schwer hätte gelingen können, eine Majorität für ihn zu gewinnen,“ hatte sie davon abgehalten, ihn in Vorschlag zu bringen***).

Die Instruktion, welche der Bund Beust mitgab, war ziemlich allgemein gehalten. Sie wies ihn an, auf die Anerkennung der Rechte und Sicherstellung der Interessen der Herzogtümer hinzuwirken und bei allen wichtigeren Beratungsgegenständen nach einer vorgängigen Verständigung mit den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens zu trachten. Sein nach Hannover gerichtetes Gesuch, ihm den Regierungsrat von Warn-

*) Depesche Reitzensteins d. d. 15. April 1864.

**) Depesche Heimbruchs d. d. 3. April 1864.

***) Erlaß des Unterstaats-Sekretärs von Meysenburg an den österreichischen Gesandten Graf Ingelheim in Hannover d. d. 9. April 1864.

stedt als juristischen Berater beizugeben, wurde indes vom König Georg entschieden abgelehnt*). Auch in Berlin scheint man einiges Mißtrauen in die politischen Tendenzen Beust's gesetzt zu haben. Ein Besuch, den er auf der Durchreise nach London dem Herzog von Coburg-Gotha abstattete und der nur den Zweck hatte, sich ein Empfehlungsschreiben an die Königin von England zu verschaffen, machte in Berlin einen höchst unangenehmen Eindruck**).

Es ist bekannt, daß die Friedenskonferenz infolge des Trotzes Dänemarks, das sich fest auf die Unterstützung Englands verließ, resultatlos blieb. Durch diesen Ausgang geriet der Erbprinz von Augustenburg in eine bemitleidenswerte Lage. Er hatte gehofft, durch die Vermittlung des ihm befreundeten Kronprinzen von Preußen das Ziel seiner Wünsche zu erreichen, und Bismarck, der bei dem hohen Alter des Königs die Meinung des Thronerben nicht außer acht lassen durfte, hielt ihm, bald näher, bald ferner, das lockende Bild einer Herzogskrone vor Augen, bis es schließlich in Dunst und Nebel zerfloß. Daß er von seiten des Prinzen nicht auf übergroße Zähigkeit und Entschlossenheit zu zählen haben würde, wußte der Minister außerdem aus seinen früheren Verhandlungen mit ihm***). Jetzt hielt er den Zeitpunkt für gekommen, um im Namen aller deutschen Mächte die Erklärung abzugeben, daß die Verträge von 1852 hinfällig geworden wären. Aber darüber, was er an deren Stelle zu setzen gedachte, namentlich über die Regulierung der Erbfolge, ließ er sich vorläufig nicht aus. In einer an den Wiener Hof gerichteten Note†), deutete er jedoch an, daß „in Preußen selbst in starken achtungswerten Elementen der Bevölkerung“ sich der

*) Die von Dr. Lex niedergeschriebene königliche Entscheidung lautet: „Ich muß das Gesuch ablehnen. Die Sächsische Regierung und Beust haben konsequent Augustenburgische Politik getrieben, und werden sie auf dem Kongreß durchzusetzen suchen.

Begleitete nun den Minister v. Beust der Kgl. hannov. Regierungsrat v. Warnstedt, dessen Name als Publizist im Augustenburgischen Interesse sich so sehr hervorgethan hat, so liegt es nur zu nahe, daß bei den übrigen Mitgliedern der Konferenz, insbesondere bei Großbritannien, der Glaube verbreitet wird, daß Hannover im Geheimen prononciert Augustenburgische Interessen unterstütze, welches dessen Stellung sehr kompromittieren würde.

Ich will daher, daß der Minister des Aeußern das Gesuch des Herrn v. Beust ablehne, unter der Angabe, daß Herr von Warnstedt nicht zu entbehren sei.“ —

**) Depesche Reitzensteins d. d. 21. April 1864.

***) Graf Vitzthum von Eckstaedt „London, Gastein und Sadowa“ S. 32.

†) S. dieselbe auszugsweise in von Sybel a. a. O. III. T. S. 322.

Gedanke einer Annexion geltend mache. Daß man an der Donau auf das Unangenehmste von dieser Eröffnung berührt wurde, ist begreiflich. Rechberg selbst geriet in die peinlichste Verlegenheit. Die Personal-Union Schleswig-Holsteins mit Dänemark unter dem Könige Christian IX. hatten die Kopenhagener Machthaber selbst abgelehnt. Die Herzogtümer Preußen zu überlassen, war bei der aufgeregten Stimmung in Oesterreich unmöglich. Rechberg eröffnete daher dem augustenburgischen Vertreter in Wien, Herrn von Wydenbrugk, er sei bereit, den Erbprinzen zum Herzog von Schleswig-Holstein zu machen, wenn er sich verpflichte, keinen Vertrag mit Preußen abzuschließen, der seine Hoheitsrechte einschränkte*). Am 23. Mai überraschte Rechberg sodann den preußischen Gesandten in Wien durch die Mitteilung, daß er beabsichtige, sofort den Augustenburger der Konferenz als souveränen Herzog vorzuschlagen. Diese unerwartete Erklärung kam Bismarck höchst ungelegen. Es lag die Gefahr nahe, daß Oesterreich sich an die Spitze der Mittelstaaten stellen und durch die Förderung dieser nationalen Angelegenheit dem Bundestage sein fast verlorenes Ansehen wieder verschaffen könnte. Deshalb legte er sofort energisch Verwahrung dagegen ein, daß Beust vor der Entscheidung durch die Konferenzmächte die Regelung der Erbfolgefrage durch den Bund anrege.

Den Aerger des sächsischen Ministers über die Durchkreuzung seines Planes beschwichtigte er jedoch durch die Mitteilung der Forderungen, welche die beiden Großmächte in der nächsten Sitzung der Konferenz stellen wollten. Darin kam er den Wünschen des Wiener Hofes auf das Bereitwilligste entgegen. Am 28. Mai verlas sodann Graf Apponyi, der Vertreter Oesterreichs, zur schmerzlichen Ueberraschung der Neutralen die Erklärung, daß die Bevollmächtigten der deutschen Großmächte die Weisung erhalten hätten, „im Einverständnis mit dem Vertreter des Bundes" die vollständige Lostrennung der Herzogtümer Schleswig und Holstein unter der Souveränität des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu verlangen, „der in den Augen Deutschlands nicht nur die meisten Erbfolgerechte auf die Herzogtümer geltend zu machen vermag und dessen Anerkennung von seiten des deutschen Bundes folgeweise gesichert erscheint, sondern welcher auch unzweifelhaft die Stimmen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung dieser Herzogtümer in sich vereinigt**)."

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 443 ff.

**) S. den Wortlaut der Erklärung des Grafen Apponyi in der sechsten Konferenz-Sitzung vom 28. Mai in Jansen-Samwer a. a. O. S. 315 ff.

Nun stiegen die Hoffnungen des Augustenburgers auf den Gipfelpunkt. Im Februar schon hatte er sich dem Kronprinzen gegenüber ganz im Geheimen bereit erkärt, Preußen für seine Anerkennung bedeutende Zugeständnisse zu machen. Wie weit er sich seiner Souveränitätsrechte entäußern wollte, durften jedoch Oesterreich und Preußen offiziell nicht erfahren. Rendsburg sollte Bundesfestung, Kiel Marinestation werden. Außerdem versprach er den Bau des Nord-Ostsee-Kanals und den Beitritt zum Zollverein. Im April sandte er den Fürsten Löwenstein mit diesen Anerbietungen zum Könige, erhielt aber durch Vermittlung des Kronprinzen die Aufforderung, er möge seine Vorschläge ihm — dem Könige — unmittelbar machen. Die Angelegenheit sollte als eine rein persönliche zwischen Fürst und Fürst behandelt werden. Die unerläßlichen Bedingungen, wie sie der König feststellte, deckten sich fast vollständig mit dem Anerbieten des Erbprinzen. Nur verlangte er noch eine Militär-Konvention im Sinne der Coburgschen. Alle Forderungen wurden von dem Prätendenten anstandslos bewilligt; er sagte sogar noch darüber hinaus eine Marine-Konvention zu. Lange Zeit erhielt er indes keine Antwort. Währenddem wurden von der Augustenburgischen Partei in Kiel tolle Dinge getrieben. Man hatte den Plan, eine Monstre-Deputation nach Paris zu entsenden. Erst auf die Vorstellungen des französischen Konsuls stand man davon ab*). Der Kronprinz aber, der mit dem Erbprinzen am 14. Mai in Hamburg zusammentraf, warnte ihn vor den Annexionsplänen Bismarcks**). Da trat plötzlich am Ende des Monats mit der Schwenkung Oesterreichs zu seinen Gunsten eine unerwartete Wendung ein. Schon am 24. sagte Bismarck dem Kronprinzen, daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, mit dem Erbprinzen direkt zu verhandeln. Ja er ließ ihm durch seinen bislang nicht anerkannten Vertreter am Bunde, den badischen Bevollmächtigten Mohl, raten, so schnell wie möglich nach Berlin zu reisen***).

Voll froher Hoffnung traf Prinz Friedrich in der Frühe des 1. Juni hier ein. Seine Mutter empfing ihn mit der Mitteilung, daß der König ihr einen Besuch gemacht habe, um ihr als erster die Nachricht zu bringen, daß ihr Sohn sicher zur Regierung gelange. Die bevorstehende Unterredung mit Bismarck solle nur zur Erledigung von

---

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 2. April 1864.

**) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 442.

***) Jansen-Samwer a. a. O. S. 331.

Förmlichkeiten dienen*). Abends 9 Uhr fuhr der Erbprinz bei dem Minister-Präsidenten in der Wilhelmstraße vor. Ueber die dreistündige Besprechung, die nun stattfand, gehen die Versionen auseinander. Bismarck behauptet, der Erbprinz habe sich durchaus den preußischen Wünschen nicht willfährig gezeigt, er hätte vielmehr Preußen als einen „unwillkommenen Mahner" betrachtet, zu dessen nicht einmal vollständiger Befriedigung er den Beistand der Stände und auch Oesterreichs anrufen müsse. Der Erbprinz dagegen gewann den Eindruck, daß es dem Minister gar nicht um eine wirkliche Verständigung zu thun war, sondern nur darum, die Entscheidung der brennenden Frage hinauszuschieben und zu verwirren. Daß die Unterhaltung infolgedessen bisweilen einen erregten Charakter annahm, ist sehr leicht erklärlich. Auch ist es trotz der nachherigen abschwächenden Darstellung des Erbprinzen kaum zu bezweifeln, daß ihm in der Hitze des Gesprächs die Worte entschlüpft sind, „es wäre für ihn und seine Sache besser gewesen, wenn Preußen sich in die schleswig-holsteinische Angelegenheit gar nicht gemischt hätte." Man erzählte sich, daß diese Aeußerung — so begreiflich sie ist — nicht bloß in Regierungskreisen, sondern auch beim Könige und dem Kronprinzen den allerübelsten Eindruck gemacht hätte. Sogar „der alte Herr in Dolzig sollte seinen undiplomatischen Herrn Sohn hart darüber angelassen haben**)." Die offiziellen Blätter thaten nun, was sie konnten, den Erbprinzen zu verdächtigen. Schon am 4. Juni wurden gouvernementale Mitteilungen veröffentlicht, wonach er für die Einrichtung Rendsburgs zur Bundesfestung, Kiels zum Bundeshafen und selbst für die Anlage eines Kanals in Holstein „wenig Sinn" zu haben scheine. Und doch hatte er diese Punkte längst anstandslos bewilligt. Jetzt aber erklärte er von neuem, daß er alles, was man von ihm verlangte — einschließlich des Aufsichtsrechts über den Kanal — zugestehen wolle. Ueberdem erbot er sich sogar, die Krone niederzulegen, wenn die Stände seinen Konzessionen die Zustimmung versagten.

In Deutschland herrschte allgemeiner Jubel über das wiederhergestellte Einvernehmen des Bundes mit den beiden Großmächten. Den Urheber dieser günstigen Wendung sah man in Beust, und die Bundesversammlung ließ ihm wiederholt durch den Präsidial-Gesandten ihre vollste Anerkennung für sein Verhalten aussprechen. Bei seiner Rück-

*) Vgl. auch für das Folgende: Jansen-Sammer a. a. O. S. 335 ff.

**) Geheimer Bericht eines hannoverschen Agenten aus Berlin d. d. 2. Juli 1864.

kehr in die Heimat bereitete man ihm einen glänzenden Empfang und feierte ihn mit Reden, Fackelzügen und dergleichen. Niemand zweifelte, daß, wenn Dänemark in seiner Hartnäckigkeit beharrte, die Exekutionstruppen an der Seite des österreichisch-preußischen Heeres die Einsetzung des Augustenburgers als Herzog von Schleswig-Holstein erzwingen würden. Allein in Berlin war man keineswegs gewillt, den Sachsen und Hannoveranern eine Rolle zuzuweisen, die dem Bunde den Anspruch verschafft hätte, demnächst bei der Festsetzung der Friedensbedingungen mitzureden. Man beschränkte sich daher darauf, ihnen die Besetzung der Insel Fehmarn, die damals zu Schleswig gehörte, anzubieten. Sie war im März durch einen kühnen Handstreich von dem General von Schlegel genommen worden, der sich aber jetzt danach sehnte, von seinem einförmigen Posten erlöst und aktiv verwendet zu werden. Der General von Hake, der durch Offiziere seines Stabes die Verhältnisse auf der Insel erkunden ließ, gewann indes die Ueberzeugung, daß seinen Truppen dort ebensowenig Gelegenheit zu kriegerischer Thätigkeit geboten werden würde, wie in Holstein, und lehnte das Anerbieten ab.

„Nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ war Bismarck für die Augustenburgische Kandidatur eingetreten. Sobald er gewiß war, daß es ihm gelingen würde, Oesterreich an dem Bunde mit Preußen festzuhalten, suchte er von seinen Zusicherungen wieder loszukommen. Den Anlaß dazu bot ihm die überraschende Erklärung des russischen Konferenzbevollmächtigten Brunnow, die dynastische Frage sei für die Mächte, die bis dahin auf der Basis des Londoner Vertrages gestanden hätten, noch gar nicht eröffnet. Werde der Vertrag hinfällig, so lebten damit die reservierten Ansprüche des Gottorp'schen Hauses wieder auf, die der Kaiser Alexander, um seine hohe Friedensliebe zu beweisen, dem Großherzog von Oldenburg übertragen habe. Jetzt hatte Bismarck eine treffliche Handhabe, um die Thronfolgefrage von neuem zu verschleppen. Er stellte die kühne Behauptung auf, die Erklärung vom 28. Mai wäre nichts anderes gewesen, wie ein Friedensvorschlag an die Konferenz. Nachdem diese ihn verworfen, sei auch der Vorschlagende nicht mehr daran gebunden. Es schiene vielmehr im preußischen Interesse geboten, so instruierte er den Grafen Bernstorff in London, die Ansprüche des Erbprinzen nicht weiter zu fördern, da er nach eingehender Verhandlung mit diesem die Ueberzeugung gewonnen habe, daß sich die Oldenburgische Kandidatur leichter durchführen ließe. In demselben Sinne sprach er sich gegen Rechberg aus und machte im besonderen geltend, daß hierfür die

Unterstützung Rußlands in sicherer Aussicht stände. Den Zaren selber, mit dem er am 10. Juni in Berlin eine Unterredung hatte, machte er begreiflich, daß Oesterreich und Preußen eines möglichst durchschlagenden Erfolges bedürften, um die Revolution zu bekämpfen. Es hieße aber dieser eine gefährliche Waffe in die Hand drücken, wenn man die Deutschen in Nordschleswig der dänischen Willkür preisgäbe. Dagegen wären nun gerade die Gottorp'schen Ansprüche das beste Mittel, weil sie sich auf ganz Schleswig erstreckten, für dessen Teilung Rußland doch gewiß nicht eintreten wolle. Er sei deshalb bereit, die Oldenburgische Kandidatur zu unterstützen. Der Kaiser Alexander erkannte die Richtigkeit dieser Schlußfolgerungen an, und am 23. Juni meldete der Großherzog Peter, der mit ihm in Kissingen zusammengetroffen war, sein angebliches Erbrecht bei der Bundesversammlung an. Daß dieses Recht durch den Beitritt zum Londoner Protokoll längst aufgegeben war, kam ebensowenig in Betracht, wie daß die Fürsten von der Glücksburger Linie sofort Verwahrung einlegten. Vielmehr beschloß der Bundestag am 7. Juli, nicht nur Oldenburg um möglichst schleunige Vorlegung einer Begründung seiner Ansprüche zu ersuchen, sondern vierzehn Tage später auf Antrag Oesterreichs und Preußens, die gleiche Aufforderung an den Erbprinzen Friedrich zu richten, den diese selbst bereits am 28. Mai als bestberechtigtsten anerkannt hatten. —

Um diese Zeit war diese Friedenskonferenz längst resultatlos auseinander gegangen. In tiefer Verstimmung hatten sich die Diplomaten nach der letzten Sitzung, die am 25. Juni stattfand, getrennt. Aber während die Neutralen wenigstens der loyalen Haltung Beust's ihre Anerkennung zollten, waren sie voll Erbitterung über die beiden deutschen Großmächte, die Russell im Parlament für unwürdig jedes Vertrauens erklärte. Namentlich gegen Bismarck, der die Schachzüge der englischen und dänischen Staatsmänner so wirksam durchkreuzt hatte, richtete sich ihr Zorn. „Je ne veux plus jamais rien avoir à faire avec cet homme sans foi ni loi qui s'appelle Mr. de Bismarck, ni avec celui qui est son nègre, Mr. de Rechberg,“ sagte Lord Clarendon zu dem sächsischen Minister, der sich bei ihm verabschiedete*).

Die Dänen, die sich auf ihren Inseln sicher fühlten und noch immer auf auswärtige Hilfe zählen mochten, wollten lieber noch einmal das Glück der Waffen versuchen, wie der Zerstücklung des Landes ohne

*) Graf Beust a. a. O. I. T. S. 377.

weiteres zustimmen. Vergeblich riet der König, äußerstenfalls Holstein und den südlichen Teil Schleswigs völlig preiszugeben, um den Rest für die Gesamtmonarchie zu erhalten, das Ministerium bestand darauf, alle über den englischen Vorschlag vom 28. Mai hinausgehenden Zugeständnisse abzulehnen, wonach die Schlei und das Danewerk die südliche Grenze bilden, auf dem künftig deutschen Anteil aber weder Festungen noch befestigte Häfen angelegt werden sollten.

So mußte denn von neuem das Schwert entscheiden. Es gelang Bismarck, den Grafen Rechberg, der des für Oesterreich aussichtslosen Krieges herzlich satt war und nur zu gern die Vermittlung Englands angenommen hätte, durch die Drohung, daß Preußen nötigenfalls allein die Angelegenheit zu Ende führen würde, abermals mit sich fortzureißen. Am 24. Juni schlossen die beiden Staatsmänner in Karlsbad einen neuen Vertrag, worin sie festsetzten, daß Dänemark durch eine Landung in Alsen und die Besetzung Nordjütlands jenseits des Lymfjord zum Nachgeben gezwungen werden sollte. Von einem Uebergang nach Fühnen stand man vorläufig ab, um England nicht zur Einmischung zu reizen. Die beiden Mächte wollten vielmehr ohne diese die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark in möglichst günstiger Form erzielen.

Mit dem nächsten Tage, dem 25. Juni, lief der Waffenstillstand*) ab, und am 26. Juni in der Frühe begann der Krieg von neuem. Es war ein kurzer verzweifelter Kampf, in dem das kleine Dänemark seinen beiden übermächtigen Gegnern erlag. An Stelle des alten Feldmarschalls Wrangel hatte der junge thatkräftige Prinz Friedrich Karl von Preußen das Oberkommando der alliierten Armee übernommen. Schon während des Waffenstillstandes waren in aller Stille die nötigen Vorbereitungen für den Uebergang nach Alsen getroffen. Am 29. Juni um 1 Uhr morgens bestiegen die ersten Truppenabteilungen die zu Lande herbeigeschafften Bote und Pontons und schon um 9 Uhr war die ganze Insel in der Gewalt der Preußen, mit Ausnahme der schmalen Landzunge Kekenäs, von wo aus sich der Rest der dänischen Streitmacht, der nicht in Gefangenschaft gefallen war, einschiffte. Wenige Tage später überschritten

---

*) Während des Waffenstillstandes war ich Zeuge einer ergötzlichen Scene. In Hamburg wurde im Cirkus Renz allabendlich unter großem Beifall eine Pantomime „Der Beginn des dänischen Krieges“ gegeben. Einmal wohnten auch Wrangel und Gablenz einer solchen Aufführung bei, und amüsierten sich höchlich, als sie sich selbst, von Clowns dargestellt, im Cirkus erblickten.

die Verbündeten den Lymfjord und am 14. Juli hißten preußische Soldaten auf der äußersten Nordspitze Jütlands, dem Skagenshorn, ihre Flagge. Gleichzeitig bemächtigten sich die alliierten Kriegsschiffe der westfriesischen Inseln. — Nun endlich war der Trotz Dänemarks gebrochen. Die Kopenhagener Machthaber fühlten sich nicht mehr sicher vor einem Gegner, gegen den selbst das Meer und die Flotte nicht schützten. Ebenso leicht, wie es ihm gelungen war, die Alsener Föhrde unter dem Feuer der Küstenbatterien zu überschreiten, konnte ihn auch der kleine Belt nicht hindern, nach Fühnen überzusetzen. Dazu war die Entscheidung so blitzartig schnell erfolgt, daß die befreundeten Mächte sich nicht entschließen konnten, für ihren Schützling einzutreten. England lehnte am 6., Frankreich am 8. Juli das Gesuch um bewaffnete Hilfe ab. Jetzt blieb nichts anderes übrig, wie sich der Gnade des Siegers zu überlassen. Das Ministerium Monrad trat zurück, und am 12. Juli entsandte der neue Kabinettschef Bluhme einen Kurier mit Waffenstillstands- und Friedensanerbietungen nach Berlin, Karlsbad und Wien. Am 18. Juli wurde sodann zwischen den beiden Oberbefehlshabern eine Waffenruhe vom 20. bis 31. Juli vereinbart.

Bevor Bismarck zur Feststellung der Friedenspräliminarien nach Wien reiste, lieferte er der Welt den Beweis, daß er das laut der eigenen Erklärung Oesterreichs und Preußens dem Bunde allein zustehende Besitz- und Besatzungsrecht in Holstein für nichts achtete, und sich dadurch in seiner Politik nicht beengen lassen wollte. Er fühlte sich verletzt, daß Beust auf der Konferenz die Stimme der Mittelstaaten hatte zur Geltung bringen und in Frankfurt die sofortige Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg durchsetzen wollen, gegen die von seiten der Großmächte nach ihrer Erklärung vom 28. Mai kein Widerspruch mehr zu erwarten sei. Ja der sächsische Minister hatte gewagt, in seinen Berichten eine sofortige Kriegserklärung des Bundes an Dänemark zu empfehlen und darauf hinzuweisen, wie viel leichter seine Aufgabe in London gewesen sein würde, wenn gemeinsame deutsche Central-Organe und ein nationales Parlament existiert hätten*). Das sollte er büßen.

Bismarck beschloß, durch einen brutalen Gewaltakt den Mittelstaaten ihre Ohnmacht recht eindringlich zu Gemüte zu führen. Eine Gelegenheit dazu war leicht gefunden. Die Besatzung der Festung Rendsburg bildete seit einiger Zeit das 2. Bataillon des 3. hannoverschen Infanterie-Regi-

*) von Sybel a. a. O. III. T. S. 365.

ments und zwei sächsische Jäger-Kompagnien. Zeitweiliger Platzkommandant war der hannoversche Oberstlieutenant Dammers, ein wissenschaftlich gebildeter Mann und einer der tüchtigsten Stabsoffiziere der Armee. In dem Kronwerk lag eine Abteilung des preußischen 8. Regiments, die andern mit stillschweigender Genehmigung des Generals von Hake in den umliegenden Dörfern. Sie gaben die Wachen für die in der Altstadt befindlichen preußischen Lazarette und Magazine. Auch eine Artillerie-Kompagnie hatten die Preußen kürzlich dort in Garnison gelegt, ohne es der Mühe wert zu halten, beim Kommandanten der Exekutionstruppen vorher um die Erlaubnis nachzusuchen. Bis dahin hatte indes zwischen den Bundestruppen und den Preußen das beste Einvernehmen geherrscht. Die Offiziere verkehrten in kameradschaftlich freundlicher Weise miteinander, und kleine Mißhelligkeiten waren stets durch beiderseitiges Entgegenkommen leicht und rasch geregelt worden.

Am 29. Juni mittags versetzte die Nachricht von dem gelungenen Uebergang nach Alsen nicht nur die militärischen Kreise, sondern auch die ganze Bevölkerung in der Stadt in die freudigste Erregung. Dammers selbst beglückwünschte mehrere ihm begegnende preußische Offiziere wegen dieser Waffenthat. Rendsburg aber war seit langem neben Kiel der Mittelpunkt der Augustenburgischen Agitationen. Nach der endgiltigen Niederwerfung Dänemarks glaubte man nun der Einsetzung des „legitimen“ Herzogs Friedrich VIII. nahe zu sein. Was war daher natürlicher, als daß die Einwohner der Dankbarkeit gegen die Mächte, deren Waffen sie so weit gebracht hatten, einen sichtbaren Ausdruck zu geben wünschten. Auf vielen Häusern wurden Wimpel und Fahnen mit allen möglichen Farben aufgesteckt, und bis abends spät wogte eine fröhlich bewegte Menge auf den Straßen. Nun befanden sich mitten auf dem großen Paradeplatze zwischen dem holsteinischen Kommandanturgebäude und der Hauptwache*) zwei Flaggenstöcke, an denen ein gewisser Petersen, ohne von dem Kommandanten die erforderliche Erlaubnis eingeholt zu haben, Fahnen in den österreichischen und preußischen Landesfarben aufzog. Einer Aufforderung, zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise im Bureau zu erscheinen, kam derselbe nicht nach. Nachdem Dammers einige Stunden vergeblich gewartet hatte, gab er Befehl, die Flaggen samt den Stangen durch eine sächsische

*) Nach der Erzählung Dammers' (Erlebnisse und Erinnerungen S. 50) scheint es, als wenn die Flaggenstöcke sich unmittelbar vor der Hauptwache befunden hätten. Das ist aber, wie ich mich damals persönlich überzeugt habe, ein Irrtum.

Patrouille zu entfernen. Hatte er hierzu auch unzweifelhaft völlige Berechtigung, so war es dennoch ein unüberlegter, Aufsehen erregender Schritt, der nur zu leicht in gehässiger Weise ausgebeutet werden konnte. Und in der That bemächtigte sich nun die Presse dieses Vorfalls in unliebsamer Weise. Die Blätter, namentlich die „Flensburger Zeitung", brachten verleumderische Artikel, welche das Verhalten Dammers', als eine absichtliche Beleidigung der beiden Großmächte darstellten. Sogar der „Preußische Staatsanzeiger" meinte, von seiten der hannoverschen Truppen wäre dem Unbehagen über die, jedem militärischen Herzen völlig verständliche fatale Lage, in die sie durch die seltsame Politik der betreffenden Regierungen versetzt seien, dadurch Ausdruck gegeben worden, daß die schlechte Laune sich gegen die Angehörigen der siegreichen alliierten Armee kehrte. Einen gewissermaßen offiziellen Ausdruck der Abneigung aber habe die preußische Regierung zuerst durch die Vorfälle des 29. Juni erhalten. „Es mag hier unerörtert bleiben," so heißt es weiter, „inwiefern der Kommandant dem Privatmann gegenüber, welcher in der Freude über den Sieg von Alsen die Fahnen der alliierten Armee aufgezogen hatte, in seinem Rechte war und denselben etwa hätte zur Verantwortung ziehen können; nimmermehr aber durfte er sich erlauben, bei dieser Gelegenheit durch eine gewaltsame Entfernung und Konfiskation der Fahnen eine verbündete Armee, die eben nach einem neuen Siege aus frischen Wunden blutete, auf eine so auffallende Weise zu beleidigen."

Es war ein geringer Trost für Dammers, daß der österreichische und preußische Etappenkommandant sich mit seinem Verhalten einverstanden erklärten, und daß Petersen vom Magistrat mit einem förmlichen Verweise bestraft wurde. In Altona dagegen war man mit seinem wenig taktvollen Verhalten durchaus nicht zufrieden. Der General von Hake erteilte ihm eine dienstliche Rüge und hoffte, daß damit die Sache abgethan sein würde. Allein das österreichische und preußische Oberkommando hatten mittlerweile von dem Vorfall Kenntnis erhalten und erhoben Reklamationen. Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz erklärte sich indes sofort zufriedengestellt, als ihm vom Kommando der Bundestruppen die nötigen Aufklärungen geworden waren. Er gab zu, daß der Kommandant innerhalb seiner Befugnisse gehandelt habe, meinte aber doch, er hätte die Flaggen mit den österreichischen und preußischen Farben nicht ohne weiteres entfernen dürfen. Anders Prinz Friedrich Karl, der sofort die Enthebung des Oberstlieutenant Dammers von seinem Posten als Platzkommandant in Rendsburg verlangte. Vergeblich ersuchte General

von Hake unter Mitteilung der gesamten Korrespondenz und des erteilten Verweises den Prinzen, von seiner Forderung Abstand zu nehmen. Der Oberkommandierende glaubte aus den Aktenstücken schließen zu müssen, daß das hannoversche Brigadekommando das Verfahren gutheiße, und bestand auf der verlangten Genugthuung. Er erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß die Abberufung in die schonende Form eines Garnisonwechsels gekleidet würde. Das Bataillon des 3. Regiments erhielt daher ebenso wie die sächsischen Jäger-Kompagnien den Befehl, am 19. Juli Rendsburg zu verlassen, wo an demselben Tage das 2. Bataillon des hannoverschen Leibregiments und 2 Kompagnien des 2. sächsischen Linien-Bataillons einrücken sollten. Hake erklärte aber dem General Gebser ausdrücklich, daß diese Verlegung eine reine politische Maßregel wäre, die durchaus keine Strafe für den Oberstlieutenant Dammers bedeutete*), und damit schien der unglückselige Zwischenfall erledigt. Allein bevor der Garnisonwechsel zur Ausführung kam, traten neue Ereignisse von viel weitgreifenderen Folgen ein.

Infolge des Fahnenkonflikts trübte sich das bisherige gute Einvernehmen zwischen den Bundestruppen und den Preußen, denn die liberalen Blätter ließen es sich angelegen sein, über die Einzelheiten desselben entstellte und übertriebene Nachrichten im Publikum zu verbreiten. Auch

---

*) General Gebser an den General-Adjutanten von Tschirschnitz d. d. 18. Juli 1864.

König Georg, obgleich er es beklagte, daß Dammers nicht schonender verfahren war, billigte die Nachgiebigkeit Hake's nicht. „Wenngleich nun Generallieutenant von Hake und Generallieutenant Gebser," schrieb er an den Minister Graf Platen, „die Entfernung des Oberstlieutenant Dammers auf die allerschonendste Weise für letzteren ausgeführt, so ist doch eben einer Forderung nachgegeben, die nach meinem geringen Dafürhalten die Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen von Oesterreich und Preußen nicht das Recht besitzen, an den Oberbefehlshaber der Bundestruppen zu stellen, um so weniger, als dem Oberstlieutenant Dammers nicht entfernt eingefallen, den Flaggen von Oesterreich und Preußen eine Beleidigung anthun zu wollen . . . . Ich richte nun diese Zeilen an Sie, mein lieber Graf, um Sie zu fragen, ob diese Sache nicht so angethan ist, daß meine Regierung allein oder in Verbindung mit der Königlich Sächsischen eine Eingabe an die Königlich Preußische Regierung machen könnte, um, zu deutsch gesprochen, dem Prinzen Friedrich Karl einen Verweis für seinen Uebergriff zuzuwenden . . . .

Ist meine Ansicht eine fehlsame, so muß die Sache auf sich beruhen bleiben, im entgegengesetzten Falle aber wünsche ich, daß Sie meinen Auftrag, auf welchem Wege immer, ausführen, aber so, daß er seinen Zweck erreicht." (König Georg an Graf Platen d. d. 21. Juli 1864.)

wollte sich zu dem preußischen 15. Regiment, das anfangs Juli die Quartiere des 8. (Leib)regiments in und um Rendsburg bezog, kein kameradschaftlicher Verkehr herstellen lassen. Reibereien in den Straßen zwischen hannoverschen und preußischen Soldaten gehörten jetzt nicht mehr zu den Seltenheiten und am 17. Juli abends — an einem Sonntage — kam es in einem Tanzlokale vor dem Thore zu einer richtigen Schlägerei. Es scheint, als wenn gelegentlich einer kameradschaftlichen Begrüßung zwischen den Hannoveranern und Soldaten des vor einigen Tagen eingetroffenen 2. Sächsischen Linien-Bataillons das Auftreten eines preußischen Unteroffiziers, der den Bundestruppen mit den Worten Schweigen gebot: „Sie hätten noch nichts geleistet, und keine Ursache sich hochleben zu lassen,“ die Veranlassung zu dem Streit gegeben hätte. Durch das energische Auftreten eines zufällig anwesenden hannoverschen Unteroffiziers wurde indes die Ruhe bald wieder hergestellt, und als eine sofort von der Hauptwache requirierte Offizierspatrouille eintraf, fand sie das Lokal und Umgebung sowie die dahinführende Straße bereits vollständig leer. Um aber der Wiederkehr ähnlicher unliebsamer Streitigkeiten vorzubeugen, traf Dammers unverzüglich geeignete Maßregeln. Den Mannschaften wurde für den Abend des 18. der Aufenthalt in Wirtshäusern und Schanklokalen überhaupt verboten. Die Unteroffiziere aber erhielten Befehl, die Quartiere gleich nach dem Zapfenstreich zu revidieren, um sich von der Anwesenheit der Leute zu überzeugen. Durch diese Anordnungen erklärte sich der preußische Etappenkommandant, Major von Hake, in jeder Weise zufriedengestellt. Es wurde eine gemeinsame Untersuchung des Vorfalles vom vorigen Abend verabredet, den er selbst als höchst unbedeutend bezeichnete. Die von Dammers getroffenen Vorsichtsmaßregeln aber schienen ihm völlig ausreichend und die Anordnung gemeinschaftlicher Patrouillen unnötig zu sein. Er meinte sogar, der „gestrige unbedeutende Streit“ würde gar nicht stattgehabt haben, wenn das 8. preußische Regiment in Rendsburg geblieben wäre.

Unglücklicherweise lag eine große Anzahl hannoverscher Soldaten in der Altstadt, gerade den sogenannten Baracken gegenüber im Quartier, die die Preußen zu Hospitälern eingerichtet hatten. Das war die Veranlassung, daß es am Abend des 18. in den Straßen abermals zu Raufereien zwischen preußischen Artilleristen und hannoverschen Soldaten kam. Sobald Dammers hiervon erfuhr, eilte er nach der Hauptwache und gab — es war kurz vor 9 Uhr — den Befehl, sofort den Zapfenstreich zu schlagen, um alle sächsischen und hannoverschen Mannschaften

in ihre Quartiere zu bannen. Zugleich entsandte er nach allen Richtungen Offiziere und Patrouillen mit der Instruktion, jeden Bundessoldaten zu arretieren, welcher sich noch in den Straßen befinde. Sie kehrten bald mit der Meldung zurück, daß sich kein Mann mehr außerhalb der Quartiere zeige. Möglich aber ist es, daß die Hannoveraner den Lazaretten gegenüber einen ungebührlichen Lärm gemacht und die Preußen geschmäht haben. Diese dagegen weigerten sich, der Mahnung, gleichfalls nach Hause zu gehen, nachzukommen. Ein Artillerieunteroffizier entgegnete dem Oberstlieutenant Dammers, der ihn dazu aufforderte, sogar: er hätte bis 10 Uhr Urlaub und brauchte nicht zu gehorchen. So waren denn die schwersten Konflikte gar nicht zu vermeiden. Zwei hannoversche Unteroffiziere, die vom Visitieren der Quartiere zurückkehrten, wurden von den bei den preußischen Hospitälern unter Gewehr stehenden preußischen Wachmannschaften angefallen und rücklings über den Kopf gehauen. Ein anderer wurde auf seinem Dienstgange von einer preußischen Patrouille arretiert; ein vierter von einer solchen ereilt, zu Boden geworfen und mit Kolbenstößen bearbeitet. Nur durch das rechtzeitige Dazwischentreten zweier hannoverscher Offiziere wurde er vor weiteren Mißhandlungen geschützt. Der preußische Patrouillenführer drang sogar auf den zuerst herankommenden Lieutenant Freiherr von Hammerstein mit erhobener Waffe ein, so daß dieser sich genötigt sah, seinen Säbel zu ziehen und den Unteroffizier niederzuschlagen.

Gegen 10 Uhr befanden sich indes weder hannoversche Soldaten noch Unteroffiziere auf den Straßen und die Ruhe schien wieder hergestellt. Da rückte plötzlich gegen 10¹/₄ Uhr eine etwa 40 Mann starke Abteilung im Laufschritt vom Kronwerk in die Altstadt und marschierte den Lazaretten gegenüber auf. Dann ließ der kommandierende Offizier laden und fertig machen, worauf er mit lauter Stimme rief, alles möge fortgehen, er würde sogleich scharf feuern lassen. Dammers, der sich mit einigen seiner Offiziere in der Nähe befand, trat vor die Abteilung und stellte den preußischen Hauptmann wegen dieses unerhörten Verfahrens zur Rede. Es gelang ihm aber erst nach wiederholten Vorstellungen, diesen zu bewegen, daß er „Gewehr ab“ nehmen ließ. Er berief sich auf einen bestimmten Befehl des Etappen-Kommandanten, der ihm gesagt habe, es seien Angriffe auf die preußischen Hospitäler beabsichtigt. Er selbst hätte das Gerücht von einer Dame gehört, die er morgen nennen könnte!! — Zugleich trafen immer mehr preußische Verstärkungen ein, so daß nunmehr zwei Kompagnien kampfbereit bei den Baracken standen.

Mittlerweile hatte sich Major von Hake selber eingefunden. Er be-

gründete die Verstärkung der Besatzung der preußischen Hospitäler mit denselben absurden Gerüchten, aber es gelang ihm nicht, bei den Verhören, die er an Ort und Stelle vornahm, ein einziges Faktum festzustellen, welches auf die Bundestruppen auch nur den geringsten Schein irgend welcher Schuld warf. Aus seinen Ermittlungen sollte sich zwar ergeben, daß die hannoverschen Soldaten am Abend vorher Steine in die Fenster der Hospitäler geworfen hätten, allein Dammers ließ augenblicklich bei dem hellen Mondschein sämtliche Fenster von seinen Offizieren nachsehen, und es ergab sich, daß nicht eine einzige Scheibe zerbrochen war. Der preußische Etappen-Kommandant, in dessen Gegenwart dem Oberstlieutenant diese Meldung überbracht wurde, mußte selbst den Ungrund seiner Beschuldigungen zugestehen und entließ, da alles ruhig blieb, zwischen 12 und 1 Uhr nachts die Hälfte der aufgestellten Infanterie, sowie die Artillerie wieder in ihre Quartiere.

Am 19. Juli vormittags ging beim Kommando der Bundes-Exekutionstruppen ein Telegramm des Majors von Hake ein, welches besorgen ließ, daß in der That ernstliche Ausschreitungen hannoverscher Soldaten gegen die preußischen Truppen und Hospitäler stattgehabt hätten. General von Hake entsandte daher sofort seinen Stabschef, Oberst von Fabrice, mittelst Extrazuges nach Rendsburg, um den Vorfall an Ort und Stelle zu untersuchen. Derselbe fand bei seiner Ankunft die Stadt völlig ruhig; auch in den Straßen zeigte sich nicht die geringste Aufregung. Oberstlieutenant Dammers war bereits am Morgen mit zwei Kompagnien seines Bataillons abmarschiert, aber alle hannoverschen Offiziere, die Fabrice befragte, bestätigten, daß es sich nur um unbedeutende Schlägereien gehandelt habe, wie sie in gemischten Garnisonen stets vorzukommen pflegen, und daß die Wiederkehr derartiger Vorfälle kaum zu besorgen sei. Dammers hatte sogar vor seinem Abmarsch noch die Räumung der den preußischen Baracken gegenüberliegenden Quartiere angeordnet und befohlen, daß die Mannschaften abends noch eine Stunde eher zu Hause sein sollten. Der Major von Hake dagegen, den Fabrice nachher in seiner Dienstwohnung im Kronwerk aufsuchte, zeigte sich merkwürdig aufgeregt und wenig entgegenkommend. Fast schien es, als wenn er seine Verlegenheit dadurch bemänteln wollte, denn er beharrte dem Obersten gegenüber, der ihm den wirklichen Thatbestand entgegenhielt, bei den unsinnigen Beschuldigungen von einem beabsichtigten Angriff der Hannoveraner auf die preußischen Lazarette. Und doch hatte er den Ungrund dieser Behauptungen Dammers bereits zugeben müssen. Dabei äußerte er wiederholt, daß er

sich veranlaßt gesehen habe, die Vorfälle telegraphisch an Bismarck und den Prinzen Friedrich Karl zu berichten.

Dennoch schien bei einer leidenschaftslosen Beurteilung der Dinge kein Grund zu Besorgnissen vorzuliegen, und Oberst von Fabrice kehrte abends mit der Ueberzeugung nach Altona zurück, daß keine ernstliche Trübung des Verhältnisses zu der alliierten Armee zu befürchten sei. Nur das eigentümliche widerspruchsvolle Benehmen des Majors von Hake, der noch am 18. abends von Dammers mit Umarmung und Kuß Abschied genommen und sich für die stets bewiesene Kameradschaft bedankt hatte, erregte Bedenken. Trotzdem ließ sich kein vernünftiger Grund ersehen, weshalb er die an sich unbedeutenden Raufereien in solch ungereimter Weise aufgebauscht hatte*). Um jedoch alles zu thun, was in seinen Kräften stand, veranlaßte Fabrice die Entsendung des hannoverschen Generals v. d. Knesebeck nach Rendsburg. Dieser sollte eine Untersuchung über die Exzesse einleiten, und traf unverzüglich dort ein. Allein vergeblich versuchte er den preußischen Etappen-Kommandanten zu einem gemeinschaftlichen Verfahren zu bewegen, er wurde schroff und unhöflich abgewiesen. Einige Stunden später erfuhr er, daß der preußische General von Goeben, ein Landsmann von ihm, im Kronwerk angekommen sei. Er begab sich also dahin, um ein gemeinsames Handeln zu verabreden. Dieser erklärte ihm aber, daß er nur dort sei, um ein Bataillon seiner Division zu mustern, und am nächsten Morgen abreisen werde, „wenn er nicht andere Instruktionen bekäme**)."

Da überbrachte am 21. Juli morgens 9 Uhr der preußische Major von Roos — der schon am Tage vorher in Altona angekommen war — dem General von Hake ein Schreiben des Prinzen Friedrich Karl, worin der preußische Oberbefehlshaber ankündigte, daß „wegen der in den

*) „Ich bin überzeugt von einem angelegten Plan auf Rendsburg. Der Kommandant vom Kronwerk zu Rendsburg, Preußischer Major von Hake, scheint, wahrscheinlich nach Instruktionen, ein doppeltes Spiel gespielt zu haben, und, während er mit dem Oberstlieutenant Dammers ein Herz und eine Seele schien, zu allem bereitwillig zu sein erklärte, ihm bei allem Recht gab und ihn vorwärts zu drängen suchte, hatte er ohne Zweifel die ungünstigsten unwahren Meldungen an sein Oberkommando gemacht, welches diese Dokumente wider besseres Wissen ausgenutzt und es hat in Scene setzen lassen, daß aus einer durch die Preußen veranlaßten und provozierten Mücke ein Elephant gemacht wurde." (Privatbrief des Generals Gebser an den Generaladjutanten von Tschirschnitz d. d. 21. Juli 1864.)

**) General Gebser an den Generaladjutanten von Tschirschnitz d. d. 24. Juli 1864.

letzten Tagen von Soldaten der Bundes-Garnison verübten Exzesse gegen preußische Wachposten und Lazarette" Se. Majestät zu dem Befehle veranlaßt sei, er solle sich in den Besitz von Rendsburg setzen und sich zum Herrn des Platzes machen. General von Goeben solle selbigen Tages mittags 12 Uhr zunächst mit 6000 Mann und zwei Batterien bereit stehen und die Besetzung der Wachen übernehmen. Wie das zu verstehen war, ergiebt sich am besten aus der Eröffnung, die Goeben, um dieselbe Stunde dem General von dem Knesebeck machte. „Er würde die Wachen mit Gewalt besetzen", erklärte er, „von der Schußwaffe aber erst dann Gebrauch machen, nachdem die Bundestruppen zuerst gefeuert hätten; um dieses alles zu umgehen, wünsche er eine förmliche Ablösung und freundschaftliche Uebergabe der Festung." Diesen „für die Ehre der preußischen Armee unvermeidlichen Schritt" abzuwenden, war es also auf alle Fälle zu spät. Zwar hatte General von Hake am 20. Juli nachmittags den Obersten von Fabrice in das Hauptquartier der alliierten Armee nach Apenrade entsendet, um wahrheitsgemäße Aufklärungen zu geben, und „wenn möglich der weiteren Heranziehung Königlich Preußischer Truppen nach Rendsburg und Umgegend vorzubeugen." Derselbe konnte jedoch unter diesen Verhältnissen sein Ziel nicht rechtzeitig mehr erreichen. Man mußte sich daher, um folgenschwere Konflikte zu vermeiden, darauf beschränken, den vier Kompagnien Bundestruppen telegraphisch den schleunigsten Abmarsch aus der Festung anzubefehlen. Alle Verantwortung für die Folgen überließ General von Hake ausdrücklich dem Prinzen Friedrich Karl. Mittags 12 Uhr rückten darauf, wie angekündigt, 6000 Preußen, die mit Eilzügen herangeführt waren — das Grenadierbataillon des Leibregiments in Kiel war sogar mitten in der Nacht alarmiert worden — unter den Klängen der Melodie: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?" in die Stadt ein, die die Hannoveraner und Sachsen bereits vorher verlassen hatten. Am 24. Juli fand sodann große Parade statt, mit feierlicher Aufhissung der großmächtlichen Flaggen an derselben Stelle, wo sie früher fortgenommen waren, worauf ein Vorbeimarsch der Truppen erfolgte.

Der Oberst von Fabrice kehrte am 22. Juli morgens nach Altona zurück. Er war am 21. mittags vom Prinzen Friedrich Karl empfangen worden, der ihm in unerwartet wohlwollender und freundlicher Weise entgegenkam, und sich anerkennend über das Verhalten des Kommandos der sächsisch-hannoverschen Division zur alliierten Armee aussprach. Er äußerte sogar, „daß er versuchen wolle, für die Bundestruppen eine

ehrenvolle Rückkehr nach Rendsburg zu ermöglichen und daß es ihn freuen solle, wenn er eine solche herbeiführen könne."

Jetzt aber sei es ihm unmöglich, fuhr der Prinz fort, die Allerhöchst befohlene Besetzung Rendsburgs rückgängig zu machen, wenngleich die wahrheitsgemäßen Darstellungen des Obersten über die Vorfälle in der Nacht vom 18. zum 19. Juli sichtlich ihres Eindrucks nicht verfehlten. Dem schneidigen Reiterführer war dabei das entschlossene, korrekte Verhalten der beiden hannoverschen Leutnants von besonderem Interesse. Offenbar „vertrat er eine politische Maßregel, die er nach Anlaß und Durchführung als Soldat in seinem Innern nicht billigen mochte". „Die Ueberzeugung aber habe ich mit hinweggenommen", so heißt es am Schlusse des Fabrice'schen Berichts*), „daß die Besetzung Rendsburgs bereits vor acht Tagen stattgehabt hätte, wenn nicht durch die schnelle Erledigung der Flaggenangelegenheit der hierzu nötige Anhalt genommen worden wäre." Die Exzesse und die dadurch gegebene Blöße aber waren nur ein sehr willkommener Vorwand gewesen, in der Sache ungesäumt vorzugehen**).

In Dresden war man mit dem nachgiebigen Verhalten des Generals von Hake keineswegs einverstanden. Man warf ihm vor, daß er ohne Autorisation des Bundes Rendsburg geräumt habe, während er seinerzeit nicht auf eigene Verantwortung das Kronwerk hätte nehmen wollen. Beust war der Ansicht, er hätte „unter verstärkter Besetzung der Wachen ruhig abwarten sollen, daß Gewalt zur Durchführung einer so schmählichen Drohung angewendet werde***)". Seine Abberufung wurde beschlossen und der Kriegsminister General von Rabenhorst, „ein Mann von

---

*) Vertraulicher Bericht des Obersten von Fabrice an den General von Hake d. d. 22. Juli 1864.

**) Die Erzählung der Rendsburger Vorgänge beruht im wesentlichen auf den offiziellen Untersuchungs-Akten, bei denen sich auch die Protokolle des Polizeiamts in Rendsburg befinden, den Berichten der Bundes-Kommissäre und des Generals von Hake an die Bundesversammlung und die hannoversche Regierung, den Meldungen des Generals Gebser und des Oberstlieutenants Dammers. Der Inhalt dieser Dokumente stimmt mit den Angaben Dammers' (Erinnerungen und Erlebnisse pp. S. 43 ff.) genau überein. Ich konnte die Erzählung aus meinen eigenen Erinnerungen vervollständigen, weil ich dem Obersten von Fabrice bei seiner Sendung nach Rendsburg am 19. Juli beigegeben war.

***) Vertrauliches Schreiben des Ministers Frhr. von Beust an Graf Platen d. d. 25. Juli 1864.

erprobter Energie," und — ein fanatischer Preußenfeind nach Altona entsendet, um das Kommando der Bundestruppen zu übernehmen. Selbst der friedfertige Zimmermann meinte, die Preußen würden höchstwahrscheinlich davon abgestanden haben, vorzugehen, wenn sie festen Willen des Widerstandes gesehen hätten*). Währenddem standen täglich in den angesehensten preußischen Zeitungen Artikel, welche die bewährte Disziplin der hannoverschen Armee auf die gehässigste und unverantwortlichste Weise verdächtigten. Die „Kreuzzeitung" wagte sogar die völlig aus der Luft gegriffene Beschuldigung auszusprechen, daß „die hannoverschen Truppen bekanntlich auch vor ihrem Ausmarsch Scenen in Hannover aufgeführt hätten, welche gewiß nicht als Zeichen der Disziplin angesehen werden können**)." Selbst der „Preußische Staatsanzeiger" wiederholte die Behauptung, am 18. Juli abends hätten „drei hannoversche nicht im Dienstanzuge befindliche Offiziere gegen eine Königl. Preußische Wachpatrouille den Säbel gezogen, um die Befreiung eines hannoverschen Unteroffiziers zu erwirken, der eine Schildwache thätlich angegriffen hatte". (Vgl. den thatsächlichen Hergang oben S. 160.) „Aus Rendsburg sind sie hinaus", aber schrieb die „Berliner Reform" am 24. Juli „und aus ganz Holstein werden sie in den nächsten Wochen wohl ebenfalls hinaus sein. Das „Demütigen und dann Zerstören" des Fürsten Schwarzenberg, diesmal aber von anderer Feder diktiert, hätte damit einen recht vielversprechenden Anfang gefunden. Bleibt es aber ein Weilchen bei dem Anfange, so fliegt der Pfeil — auch das weiß man in Oesterreich bisweilen — auf den Schützen zurück: das „Zerstören" muß raschen Schritts erfolgen und der Gang der Ereignisse hat bislang dies Tempo noch nicht angenommen. Die Bundestruppen werden mit Einem Hochgefühle aus dem Herzogtum Holstein scheiden können: die Lösung der Frage wird sie nicht vermissen."

Dem Könige Georg, der sich im Seebade Norderney aufhielt, war die erste Kunde von den Vorfällen in Rendsburg durch ein Telegramm des Grafen Platen zugegangen, das er am 20. Juli morgens 9½ Uhr erhielt. Darin setzte ihn der Minister von einer Mitteilung des preußischen Gesandten Prinzen Ysenburg in Kenntnis, wonach Angriffe hannoverscher Truppen auf preußische Posten und Soldaten stattgefunden hätten, und Preußen durch die Exzesse genötigt sei, „zur Sicherung der Lazarette

*) Immediat-Bericht Zimmermanns d. d. 26. Juli 1864.

**) Kreuzzeitung d. d. 2. August 1864 Nr. 178.

und Verbindungen Truppen der Verbündeten in hinreichend starker Anzahl nach Rendsburg zu legen."

Der König legte der Sache anfänglich keine große Bedeutung bei, da ähnliche Reibungen in den Garnisonen von Mainz und Frankfurt zwischen den verschiedenen Bundestruppen fast täglich vorkämen*). Daß aber ohne weitere vorgängige Untersuchung die Preußen zu Gewaltmaßregeln gegen die Exekutionstruppen schreiten würden, hielt er für ausgeschlossen.

Um so entrüsteter war er am nächsten Tage über die Nachricht von dem „exorbitanten Falle beispiellosen Uebergriffs einer Bundesregierung gegen den Bund selbst und die Truppen zweier Bundesregierungen**)." Der ganze Gewaltakt wurde dadurch noch unbegreiflicher, daß Graf Rechberg auf eine Anfrage Platen's zuerst antwortete, er sei dem Verfahren des Prinzen Friedrich Karl gegen Rendsburg völlig fremd, dann aber seine Mißbilligung offen aussprach***).

Es kann aber nicht genug anerkannt werden, daß der König Georg durch seine Verstimmung über die schmählichen Verunglimpfungen seiner Armee sich in seiner politischen Handlungsweise nicht beeinflussen ließ. Er sah voraus, daß ein Wechsel im Kommando der Exekutionstruppen von den bedenklichsten Folgen sein würde. Deshalb machte er sein Einverständnis mit der Abberufung des Generals von Hake davon abhängig, daß „auch die ebenfalls mit der Exekution beauftragten Regierungen von Oesterreich und Preußen in Gemäßheit des früheren Abkommens zustimmten†)." Die ganze Angelegenheit aber erledigte sich dadurch, daß in Dresden auf Grund der persönlichen Erhebungen des Generals von Rabenhorst eine veränderte Anschauung Platz griff und man das Verbleiben Hake's in seiner Stellung beschloß††).

Dennoch war der König durchaus nicht gewillt, die seinen Truppen zugefügte schwere Ehrenkränkung schweigend hinzunehmen. Heimbruch erhielt Anweisung, in den Ausschüssen mit aller Entschiedenheit auf der Wiederbesetzung der Festung durch die Bundestruppen zu bestehen, „welche allein als eine genügende Satisfaktion betrachtet werden könnte†††)."

*) Telegramm des Königs Georg an den Minister Graf Platen d. d. 20. Juli 1864.

**) Telegramm des Königs Georg an den Minister Graf Platen d. d. 22. Juli 1864.

***) Telegramme Graf Platens an den König d. d. 22. und 23. Juli 1864.

†) Telegramm des Grafen von Platen an den Minister von Beust d. d. 24. Juli 1864.

††) Minister von Beust an den Grafen Platen d. d. 27. Juli 1864.

†††) Instruktion an den Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 25. Juli 1864.

Allein der Gesandte konnte damit nicht durchdringen, obgleich auch die Bundeskommissäre eine solche Ausgleichung beantragten. Was half es, daß die Versammlung, die durch die telegraphische Nachricht von der Okkupation Rendsburgs „geradezu konsterniert" war, noch an demselben Tage dem General von Hake die Billigung seines Verfahrens aussprach und gegen den preußischen Uebergriff förmlichen Protest einlegte*)! Ein Bundesbeschluß, wodurch das den Exekutionstruppen zugefügte Unrecht wieder gut gemacht wurde, kam nicht zu stande. Nicht einmal Sachsen wollte sich dazu verstehen, einen darauf gerichteten Antrag zu unterstützen. Beust versprach sich im Hinblick auf frühere Erfahrungen von einem solchen Vorgehen keinen Erfolg. Im günstigsten Falle, meinte er, würde Preußen der allgemeinen Mißstimmung die Konzession machen, daß den Bundestruppen gestattet würde, unter preußischem Oberbefehl auf einigen Posten der Stadt den Wachdienst zu versehen. Im ungünstigen Falle aber würden den Regierungen von Sachsen und Hannover nur neue Unannehmlichkeiten vorbehalten sein**).

Inzwischen aber hatte Bismarck eingesehen, daß er bei seinem Vorgehen gegen den Bund auf Oesterreichs Unterstützung nicht zählen durfte. Als er am 22. Juli in Wien ankam, fand er die ganze Bevölkerung in einer beispiellosen Aufregung über die Rendsburger Ereignisse. Man war allgemein überzeugt, daß preußischerseits nur Händel gesucht waren, um einen Vorwand für den Einmarsch zu finden. „Und eine solche Schlägerei", hieß es in einem Artikel des „Botschafter", „soll Preußen berechtigen, das von Europa anerkannte Bundesrecht mit Artillerie und Kavallerie niederzureiten und Kriegsakte gegen den Bund vorzunehmen!" Rechberg aber machte auf Veranlassung des Grafen Platen Bismarck so ernste Vorstellungen wegen seines gewaltsamen Verfahrens, daß dieser, wenn er auch die Dringlichkeit der Maßregel verteidigte, sich zu einer Ausgleichung mit dem Bunde bereit erklärte***). Demgemäß wurde Stockhausen telegraphisch beauftragt, Bismarck zu fragen, ob er die von Hannover verlangte Genugthuung, d. h. die ehrenvolle Rückkehr der Bundestruppen nach Rendsburg, zu gewähren bereit sei, und dieser erklärte sich unbedingt damit einverstanden. Er betonte jedoch, daß zur Vermeidung von Reibungen das Dammers'sche Bataillon

*) Telegramm Heimbruchs an Graf Platen d. d. 21. Juli 1864.

**) Minister von Beust an Graf Platen d. d. 27. Juli 1864.

***) Telegramm des Grafen Platen an den König d. d. 24. Juli 1864.

von dem Wiedereinmarsche ausgeschlossen werden und die Kommandantur-verhältnisse die früheren bleiben müßten*).

Mit diesen versöhnlichen Aeußerungen stand die Erklärung, die Preußen am 28. Juli am Bundestage abgab, indeß durchaus nicht in Einklang, wenn sie auch in ruhigem, fast entgegenkommendem Tone gehalten war. Sie stimmte im wesentlichen mit dem Inhalte einer Cirkularnote vom 24. Juli an die deutschen Höfe überein, worin Bismarck seinen Gewaltschritt als eine militärische Notwendigkeit, „eine Pflicht gegen unsere und die mit uns verbündete österreichische Armee" darzustellen suchte. Savigny, der am 15. April an die Stelle Sydow's getreten war, wiederholte die Vorwürfe wegen der Angriffe auf die Lazarette und der Bedrohung der Verwundeten und behauptete, das Einschreiten sei zur augenblicklichen Sicherung der Heeresanstalten und Verbindungslinien notwendig gewesen**). Mündlich fügte er hinzu, man setze der Rückkehr der Bundestruppen ebensowenig Widerstand entgegen, als man deren Entfernung verlangt habe!!

Diese Erklärung rief eine allgemeine Sensation hervor. Der sächsische Gesandte erwiderte sofort, daß seine Regierung in Zukunft nur wirklicher Gewalt weichen werde, in diesem Falle aber zunächst von den nicht beteiligten Regierungen Anträge erwarte. Und daß solche in der nächsten Zeit erfolgen würden, ließ sich kaum bezweifeln; denn das Verfahren der Preußen in Rendsburg hatte in dem gesamten nichtpreußischen Deutschland, besonders in Bayern, einen „empörenden" Eindruck gemacht. Der Minister von Schrenk äußerte, man dürfe allenfalls nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschrecken. In der Württembergischen Kammer der Abgeordneten aber war am 26. Juli eine Resolution einstimmig zur Annahme gelangt, wodurch die Regierung dringend aufgefordert wurde, „in Gemeinschaft mit den übrigen Bundesgliedern der drohenden Vergewaltigung entgegenzutreten" und die Bereitwilligkeit ausgesprochen ward, „alle erforderlichen Opfer zu diesem Zweck zu bringen***)."

Der hannoversche Bundestagsgesandte von Heimbruch widersprach unter Berufung auf das ihm vorliegende Aktenmaterial in seiner Gegenerklärung den preußischen Behauptungen auf das Entschiedenste und behielt seiner Regierung alle weiteren Schritte vor. Der König aber be-

*) Telegramm Graf Platens an den König d. d. 28. Juli 1864.
**) Telegramm Heimbruchs an Graf Platen d. d. 28. Juli 1864.
***) Depeschen v. d. Knesebecks d. d. 26. und 28. Juli 1864.

auftragte Stockhausen, sofort Bismarck ernste Vorstellungen zu machen und ihn darauf hinzuweisen, daß er, um unangenehmen von Sachsen provozierten Anträgen der süddeutschen Staaten die Spitze abzubrechen, die Wiederbesetzung Rendsburgs durch Bundestruppen beschleunigen müsse. Wenn aber bezügliche Instruktionen an den Prinzen Friedrich Karl erlassen wären, so werde der König gern durch den Bundeskommissär das Weitere besorgen*).

Dem Gesandten, der sich seines Auftrags entledigte, erwiderte Bismarck, die in Aussicht stehenden Anträge machten ihm im Grunde wenig Sorge. Wenn die süddeutschen Regierungen es durchaus zum Bruche und zum Kampfe treiben wollten, so werde man nicht davor zurückschrecken. „Heraus mit der Plempe!“, war sein Ausdruck. „Wäre Herrn von Beust's Verhalten nur halb so maßvoll“, fuhr er fort, „als das des Grafen Platen, so würde es zu den jetzigen Zuständen nie gekommen sein. Mit seiner Rede zu den Turnern habe er seine neue Laufbahn begonnen und sei jetzt auf dem besten Wege, der Garibaldi Deutschlands zu werden. Von dem hohen Piedestal, auf welches er sich in London geschwungen, wisse er nicht mehr herunterzusteigen, und in Paris habe man ihm vollends den Kopf verdreht. „Mr. de Beust s'est pris lui-même au serieux“ habe jemand sein dortiges Gebahren charakterisiert.“

Dann zum eigentlichen Gegenstand der Konferenz übergehend, sagte Bismarck, der Befehl des Königs an den Prinzen Friedrich Karl, sich mit dem General von Hake wegen des Wiedereinrückens der Bundestruppen in Rendsburg, der Verteilung der Wachen usw. zu verständigen, sei bereits erlassen. Wiederholt aber äußerte der Minister, daß er den Rendsburger Konflikt besonders deshalb bedaure, weil er mit Hannoveranern stattgefunden, und zollte der versöhnlichen Haltung Graf Platen's, die sich bei jeder Gelegenheit bewährt habe, die vollste Anerkennung**).

Wer war froher als der König! Auch Graf Platen glaubte alle Schwierigkeiten erledigt, und auf seinen Rat ließ der Monarch durch den Regierungsrat Nieper dem General von Hake anheimgegeben, sofort ein hannoversches Bataillon wieder in Rendsburg einrücken zu lassen***). Allein General Gebser, den Georg von dieser Anordnung gleichzeitig eigen-

*) Chiffriertes Telegramm des Grafen Platen an den Gesandten von Stockhausen d. d. 28. Juli 1864 abends.

**) Bericht des Gesandten von Stockhausen d. d. 29. Juli 1864.

***) Telegramm Graf Platens an den König d. d. 29. Juli 1864.

händig in Kenntnis setzte, hatte ernste Bedenken. Er sah voraus, daß die Preußen außer dem Kronwerk auch die Besetzung der holsteinischen Altstadt Rendsburg fordern würden, und meinte, eine solche ungenügende Satisfaktion müßte nur unklare Verhältnisse schaffen und den Keim zu künftigen Zerwürfnissen mit den Preußen legen, „deren Tendenzen vor nichts zurückschrecken und jedem Recht, jeder Moral Hohn sprechen*).“ Seiner Ansicht schlossen sich die Bundeskommissäre sowohl wie der General von Hake an und berichteten in dem Sinne nach Hannover**) zur großen Enttäuschung Graf Platens***). Ja, dieser ging in seinem Aerger so weit, daß er den König zu der Eröffnung an den General von Hake veranlaßte, Se. Majestät würden sich, wenn er weitere Schwierigkeiten mache, gezwungen sehen, dem General Gebser unmittelbar den Befehl zum Einmarsch hannoverscher Truppen in Rendsburg zu erteilen†). Erst als er erfuhr, daß der Oberbefehlshaber der Bundestruppen unter der Hand beim Prinzen Friedrich Karl angefragt hatte, ob er bereit sei, Verhandlungen wegen der Wiederbesetzung Rendsburgs anzuknüpfen, beruhigte Platen sich, um so mehr da der preußische Gesandte ihm versprach, sich in Gastein bei Bismarck dafür zu verwenden, daß der Prinz sich bereitwillig zeige††).

Inzwischen hatte Gebser den General von dem Knesebeck mit einem Schreiben an den König nach Norderney entsendet, um Erläuterungen über die militärische Situation zu geben. Er stellte darin von neuem vor, daß er nur die alleinige Wiederbesetzung Rendsburgs durch Bundestruppen für eine ausreichende Genugthuung hielte und daß es auf letztere „einen äußerst schmerzlichen Eindruck machen würde, wenn sie nach alle

---

*) Vertraulicher Bericht des General Gebser an den Generaladjutanten von Tschirschnitz d. d. 29. Juli 1864.

**) Bericht des Geheimen Regierungsrats Nieper an das Ministerium des Auswärtigen in Hannover d. d. 30. Juli 1864.

***) „Mir scheint, es wäre weise, diese Genugthuung, auch wenn sie keine vollständige ist, vorläufig anzunehmen, um wenigstens in den Mitbesitz der Festung zu gelangen und das weitere dem Bunde zu überlassen. Ich beklage daher aufrichtig, daß General Hake sich weigert, dem Wunsche Hannovers nachzukommen und zwar um so mehr, als der Friedensschluß vor der Thür ist und dann die Exekution gegenstandslos und die Genugthuung unmöglich wird.“ (Telegramm Graf Platens an den König d. d. 31. Juli 1864.)

†) Telegramm des Königs an Graf Platen d. d. 1. August 1864.

††) Graf Platen an den König d. d. 3. August 1864.

den Unbilden jetzt mit den Preußen in ein Verhältnis treten sollten, wo eine gewisse Abhängigkeit von ihnen nicht zu vermeiden wäre*)".

Nun erkannte Georg, daß er sich übereilt hatte. General von dem Knesebeck überzeugte ihn, daß es wenig wünschenswert wäre, wenn Hannover sich einseitig ohne Zustimmung Hake's mit Preußen verständigte und daß es eine genügende Satisfaktion sein würde, wenn die Bundestruppen wieder in Rendsburg einzögen, einen Teil der Wachen besetzten und unter einem eigenen Festungskommandanten ständen. „Durch die mündliche Mitteilung eines Augenzeugen und Mitwirkenden", schrieb der König dem Grafen Platen**), „erhält man doch ein viel deutlicheres und richtigeres Bild sowohl der Thatsachen als der Verhältnisse, als durch die umfassendsten schriftlichen Schilderungen." „Die Hauptsache ist nun vor allem die, daß Preußen, das den Uebergriff gemacht und unser Recht sowohl, als unsere militärische Ehre gekränkt hat, uns das Anerbieten zur Ausgleichung stellt." Noch offener ließ er sich gegen den General Gebser aus. „Durch die Schilderung Knesebeck's habe ich von dieser ruchlosen Handlung genauere Einsicht bekommen", heißt es in dem Schreiben***), „als ich ohnehin schon durch die umfassenden Berichte und Untersuchungsakten erhalten.... Die gänzlich leidenschaftslose Beschreibung des Generals erweckte in mir womöglich noch größere Entrüstung, — was sehr viel sagen will — da jeder rechtliche Mann, geschweige denn mein Heer und mein Volk, wohl wissen wird, was diese empörende Frevelthat für Gefühle in meiner Seele hervorrufen mußte." .... „Vertraulich gesprochen, müssen Sie sich übrigens nicht wundern, daß sowohl Graf Platen als namentlich auch ich, vom Schauplatz entfernt, die Angelegenheit eben zu spezifisch hannoverisch auffaßten, weil eben meinen Truppen die ärgste Ehrenkränkung widerfahren, weil die Preußen sie allein wegen des behaupteten Lazarettangriffs so verleumderisch anklagen und dann, weil Minister von Beust nicht einmal einen Satisfaktionsantrag mit uns für den Fall am Bunde stellen wollte, daß Bismarck nicht nachgegeben hätte." Trotz seiner Verstimmung aber war der König bereit, Preußen auf jede Weise entgegenzukommen. Nachdem Prinz Ysenburg ihm von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen in Gastein Kenntnis gegeben, bestand er nicht länger auf der Forderung, daß Prinz Friedrich Karl den ersten

*) Immediatschreiben des General Gebser an den König d. d. 2. August 1864.
**) König Georg an Graf Platen d. d. 4. August 1864.
***) König Georg an den General Gebser d. d. 5. August 1864.

Schritt zur Verständigung thun müsse. Vielmehr erteilte er dem Regierungsrat Rieper Anweisung, die Initiative zur Eröffnung von Verhandlungen zu ergreifen. Daraufhin sprach General von Hake „infolge einer von Königlich hannoverscher Seite anher ergangenen Mitteilung“ dem Prinzen Friedrich Karl den Wunsch aus, es möge ein Offizier seines Stabes mit einem preußischen Offizier zu einer vorläufigen Besprechung über die Angelegenheit in Rendsburg oder Schleswig zusammenkommen*). Umgehend erklärte der Prinz seine Bereitwilligkeit und am 13. August begaben sich der Oberst von Fabrice und der Major Rudorff nach Schleswig, wo sie mit dem preußischen Oberst von Mertens in Beratung traten. Daß die Bundestruppen keine volle Genugthuung erlangen würden, ließ sich indes voraussehen; denn Bismarck, der anfangs zur völligen „restitutio in integrum“ bereit gewesen war, zog infolge der feindseligen Haltung der Süddeutschen und Sachsen sein Zugeständnis zurück**). Ueberhaupt scheint er es darauf abgesehen zu haben, die mit der Bundesexekution beauftragten Regierungen zu entzweien. Auf seine Anweisung mußte Prinz Ysenburg dem Grafen Platen mitteilen, „daß Sachsen unter dem Vorwande gelockerter Disziplin der Hannoveraner“ sächsische Truppen nach Rendsburg bringen wolle. „Wir gehen aber darauf nicht ein“, ließ Bismarck sagen „weil nach den von der sächsischen Regierung öffentlich gezeigten Feindseligkeiten der Friede mit sächsischen Truppen schwerer zu erhalten ist, als mit den hannoverschen“***). Auf den König aber machten diese Verdächtigungen keinen Eindruck. Er bezeichnete die Aeußerung des preußischen Ministerpräsidenten als „eine künstlich von ihm ausgedachte Erfindung, um Zwietracht zwischen den beiden Bundesregierungen und Bundestruppen zu säen†),“ und hielt an dem bestehenden Vertragsverhältnis unerschütterlich fest. Infolgedessen mußten seine Soldaten abermals das entgelten, was Beust in seinem Uebereifer verschuldet hatte.

Graf Rechberg befand sich bei allem Wohlwollen für die deutschen Bundesgenossen in einer unangenehmen Zwangslage; denn Bismarck beschwerte sich ihm gegenüber fortwährend über Uebergriffe der Bundes-

*) General von Hake an den Prinzen Friedrich Karl d. d. 8. August 1864, dessen Antwort vom 9. August 1864.

**) Depesche Stockhausens d. d. 5. August 1864.

***) Bericht des Grafen Platen an den König d. d. 9. August 1864.

†) Erlaß des Königs an Graf Platen d. d. 11. August 1864.

kommissäre, die durch Verträge über die Einrichtung und Verwaltung neuer Telegraphenlinien auf die Dauer von zehn Jahren ihre Befugnisse überschritten haben sollten, und verlangte ihre Beseitigung. „Es sei im politischen, wie im geselligen Verkehr vorteilhaft, nicht im Rufe äußerster Langmut zu stehen“, sagte er*). Der österreichische Minister mußte daher froh sein, als sein preußischer Kollege von der Beseitigung der Bundesverwaltung abstand und sich damit einverstanden erklärte, die Exekutionstruppen wenigstens vorläufig noch in Holstein zu belassen. Ueber das, was später werden sollte, kam es jedoch zu keiner bestimmten Aussprache. Hinsichtlich dessen aber, was man von dem niedergeworfenen Gegner verlangen sollte, einigten sich die Alliierten zu dem zweideutigen Ausdruck, daß Dänemark die Herzogtümer an die beiden Großmächte abtreten und sich verpflichten solle, „deren Verfügungen“ anzuerkennen. Dementsprechend wurde am 1. August der Präliminarfrieden unterzeichnet. Denselben der Bundesversammlung amtlich mitzuteilen, sahen sowohl Bismarck wie Rechberg keine Veranlassung**).

Beust kündigte daher am 11. August einen Antrag an, wonach der Bundestag die beiden Großmächte um beruhigende Auskunft über den Artikel 1 der Präliminarien ersuchen sollte; denn, so führte das offiziöse „Dresdener Journal“ am folgenden Tage aus, „sie besäßen danach an die Herzogtümer genau so viel Recht, wie Christian IX. ihnen hätte übertragen können, nämlich gar keins, wie von ihnen am 28. Mai selbst anerkannt sei“. Unter den abgetretenen „Rechten“ Dänemarks könnten also nach Beust's Meinung nur dessen „Ansprüche“ zu verstehen sein und die Beteiligung des Bundes an der Erbfolgeangelegenheit dürfe nicht in Frage gestellt werden. Die Hetzereien Beust's fachten den Haß Bismarck's von neuem an. Und seine Schlußfolgerungen, so überzeugend sie auf den ersten Blick erschienen, ließen sich nicht einmal staatsrechtlich begründen. Denn, wenn auch die beiden Großmächte nach ihren kriegerischen Erfolgen unzweifelhaft berechtigt waren, sich von der Garantie des Londoner Protokolls loszusagen, so waren damit keineswegs die Erbrechte Christians IX., die ihm nach dem Thronfolgegesetz König Frederiks VII. vom 31. Juli

*) von Sybel a. a. O. III. T. S. 366.

**) „In Bezug auf den beabsichtigten sächsischen Antrag, Aufklärung über die Tragweite der Präliminarien zu verlangen, ist Preußen mit uns darin einverstanden, daß, solange die Friedensverhandlungeu schweben, keine solchen Erläuterungen gegeben und Interpellationen nicht beantwortet werden können.“ (Telegraphischer Erlaß des Grafen Rechberg an den Gesandten in Hannover Baron Brenner d. d. 13. August 1864.)

1853 zustanden, hinfällig geworden. Diese Rechte mit den dazu gehörigen Verzichten und Konsensen der Agnaten konnte er daher sehr wohl an Preußen und Oesterreich übertragen. Am allerwenigsten aber ließ sich behaupten, daß durch den Friedensschluß die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg wieder aufgelebt wären, denn dessen Vater war durch die Zahlung von 2 500 000 Rthlr. endgültig abgefunden. „Sachsen ist unter Beust der Spielball der Revolution geworden“, urteilt Graf Platen. „Er hat die Turnerjacke angezogen und macht an der Popularitätskletterstange gymnastische Kunststücke, die seinem königlichen Herrn keinen Segen bringen werden*).“ In dem beabsichtigten Antrage am Bunde aber sah der hannoversche Minister ein großes Mißtrauensvotum für Oesterreich und beauftragte Heimbruch, eventuell dagegen zu stimmen.

Der Zorn Bismarcks entlud sich nun zunächst gegen die unglücklichen Bundestruppen. Auf der Konferenz in Schleswig hatten sich die drei Bevollmächtigten rasch verständigt. Sie waren überein gekommen, einstweilen der alliierten Armee und der sächsisch-hannoverschen Division gleiche Berechtigung zuzugestehen, und zwar sollte künftig je ein Bataillon der vier ursprünglich mit der Exekution beauftragten Regierungen die Garnison Rendsburgs bilden. Gouvernement und Kommandantur hatten zwischen der alliierten Armee und den Bundestruppen zu wechseln, während die Wachen nach Bestimmung des Gouverneurs verteilt wurden. Endlich ward ausgemacht, daß die Bataillone der alliierten Armee im Kronwerk und der Altstadt, die der sächsisch-hannoverschen Division im Neuwerk bequartiert werden sollten**).

Es läßt sich nicht bestreiten, daß General von Hake in seinen Zugeständnissen bis an die äußerst mögliche Grenze des Entgegenkommens gegangen war. Um so größer war daher seine Enttäuschung, als ihm der Prinz Friedrich Karl am nächsten Tage schrieb, daß er sich außer stande sähe, auf beschränkende Bedingungen, wie sie der Entwurf ihm vorzeichnen wolle, einzugehen. „Allein schon aus militärischen Gründen müsse er sich“, wie er sagte, „eine freie Verfügung an dem wichtigsten Depot- und Etappenpunkt im Rücken der Armee vorbehalten***).“

---

*) Bericht Graf Platens an den König d. d. 13. August 1864.

**) Entwurf eines Vertrags zwischen Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl, Höchstkommandierenden der alliierten Armee, und Sr. Excellenz dem Generallieutenant von Hake, Kommandierenden der sächs.-hannoverschen Armeedivision, d. d. 13. August 1864.

***) Prinz Friedrich Karl an den General von Hake d. d. 14. August 1864.

Daß diese ablehnende Antwort durch eine unmittelbare Verfügung Bismarck's veranlaßt war, ließ sich nicht bezweifeln. Mit Sachsen wollte er nach dem unpolitischen Verfahren Beust's überhaupt nicht mehr unterhandeln. „Wir wollen gern Hannover Genugthuung gewähren", so teilte in seinem Auftrage Prinz Ysenburg dem Grafen Platen mit, „nicht aber Hake Konzessionen über die früheren hinaus machen". Der König hätte sogar dem Oberkommando telegraphiert, hannoversche Truppen zuzulassen, weil Hannover sich sonst verletzt fühlen könne*).

Graf Platen glaubte also die Hoffnung auf schließliche Verständigung nicht aufgeben zu sollen und beantragte österreichische Vermittlung. Rechberg erklärte sich auch bereit, für Hannover einzutreten und versprach, die Anwesenheit Bismarcks, der auf der Rückreise von Gastein mit seinem königlichen Herrn in Schönbrunn eingetroffen war, dazu zu benutzen. In der That gingen der König Wilhelm und sein Minister im Prinzip auf Rechberg's Vorschlag ein, wonach die Angelegenheit auf einer Konferenz der vier Exekutionsregierungen geregelt werden sollte**). Allein es vergingen doch noch Monate, ehe die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß kamen.

Natürlich ließen sich die Großmächte in ihren politischen Maßnahmen weder durch die Rekriminationen Beust's noch durch die Kundgebungen der Ständeversammlungen und Volksvereine in den süddeutschen Staaten beirren. Aber die Festigkeit ihres Bündnisses hatte doch eine harte Probe zu bestehen, als es galt, sich über die Zukunft der Herzogtümer, die ihnen gemeinschaftlich abgetreten waren, zu verständigen. Bismarck selbst hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (I. T. S. 344) eine höchst anziehende Erzählung der Besprechung gegeben, welche die beiden Monarchen am 22. August in Schönbrunn unter Zuziehung ihrer Minister über diesen Gegenstand hatten. Der preußische Staatsmann suchte dem Kaiser Franz Joseph klar zu machen, daß „der Staat Oesterreich kein Interesse an der Gestaltung der dänischen Herzogtümer habe, dagegen ein erhebliches an seinen Beziehungen zu Preußen." Daraus ergebe sich die Zweckmäßigkeit einer für dieses wohlwollenden Politik, welche seine Dankbarkeit für Oesterreich erwecke. Diese Dankbarkeit aber schon jetzt durch Ueberlassung eines Aequivalents für den Erwerb Schleswig-Holsteins an seinen Verbündeten zu beteiligen, sah Bismarck keine Veranlassung. Er meinte,

*) Telegramm Stockhausens an Graf Platen d. d. 23. August 1864.

**) Telegramme Graf Platens an den König d. d. 21. und 24. August 1864.

„wenn die gemeinsame Erwerbung statt in Holstein in Italien läge, wenn der Krieg, den wir geführt haben, statt Schleswig-Holstein die Lombardei zur Verfügung der beiden Mächte gestellt hätte," so würde es ihm nicht eingefallen sein, den Wünschen seines Verbündeten Widerstand entgegenzusetzen, auch wenn ein Aequivalent für Preußen nicht disponibel wäre. Jetzt aber für die Elbherzogtümer altpreußisches Land abzutreten, wäre unmöglich, selbst wenn die Einwohner es wünschten. Es sei vielmehr für Oesterreich nützlich, Preußen gegenüber freigebig und gefällig zu sein, denn künftighin könne es sich wohl ereignen, daß die vorteilhaften Ergebnisse der Freundschaft in einem dem Kaiserstaat näheren Interessengebiete lägen.

Bevor sich Franz Joseph über diese höchst vage Anweisung auf die Zukunft weiter äußerte, stellte er zunächst die bestimmte Frage, „ob Preußen wirklich fest entschlossen sei, die Herzogtümer zu preußischen Provinzen zu machen, oder ob es mit gewissen Rechten in ihnen zufrieden sei." Dies war eine etwas heikle Frage für Bismarck, der bislang über die eigentliche Willensmeinung seines königlichen Herren noch nicht im Klaren war und mit seinen eigenen Gedanken nicht hervortreten mochte. Er überließ daher die Antwort dem Könige, der zögernd und in einer gewissen Verlegenheit erklärte, „er habe ja gar kein Recht an die Herzogtümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen."

Nach dieser Aeußerung konnte sich Bismarck nicht darüber täuschen, daß der König dem Erbprinzen von Augustenburg noch immer günstig gesinnt war. Ob es ihm jemals gelingen würde, seinen hohen Herrn für die Annexion zu gewinnen, mußte er der Zukunft überlassen. Er hielt es daher für geraten, dem Prätendenten gegenüber vorläufig einiges Entgegenkommen zu zeigen, um so mehr, da dieser sich bereit erklärt hatte, Samwer und Francke zu entlassen, die er beschuldigte, mittelstaatliche Könneritz-Beust'sche Politik getrieben zu haben. Herr von Ahlefeldt-Olpenitz, den der Erbprinz nach Berlin entsandte, wurde denn auch am 28. September von dem preußischen Ministerpräsidenten unerwartet freundlich aufgenommen. „Wenn nicht ein unvorhergesehenes Ereignis einträte", sagte dieser, „so würde er allerdings dafür sein, sofort den Herzog in Kiel zu proklamieren, damit nicht alle bislang erzielten Vorteile in Frage gestellt würden*)." Bei einer zweiten Besprechung am 1. Oktober äußerte er sich noch entgegenkommender. Er meinte, einem Uebereinkommen

*) Jansen-Samwer S. 394 ff. Beilage 48 S. 757.

stände nichts mehr im Wege und die Verhandlungen darüber könnten bald beginnen. Schließlich forderte er den Abgesandten auf, wegen der Stipulation nach seiner Rückkehr wieder bei ihm anzufragen, denn er sei eben im Begriff, nach Baden und Biarritz abzureisen. Als aber am 10. November Ahlefeldt abermals nach Berlin kam, fand er die Situation vollständig verändert. Bismarck nahm zwar seine früheren Zusagen nicht förmlich zurück, suchte aber den Abschluß der Angelegenheit unter allerlei Vorwänden immer weiter hinauszuschieben. Ahlefeldt mußte daher unverrichteter Sache wieder abreisen*).

Bismarck hatte infolge des angekündigten Vorgehens Sachsens am Bunde ein kategorisches Telegramm nach Dresden entsandt, welches Beust veranlaßte, seinen Antrag wieder zurückzuziehen. Die Konferenz in Schönbrunn aber erweckte bei dem sächsischen Minister die Besorgnis, daß Oesterreich und Preußen bereits die künftige Aufteilung Deutschlands nach der Mainlinie ernstlich in Erwägung gezogen hätten. Er entsandte daher am 24. August den Grafen Vitzthum nach Hannover, um zu erfahren, wie man sich dort zu einer solchen Eventualität stellen würde. Platen konnte den Abgesandten durch die Versicherung beruhigen, daß ihm nicht die geringste Mitteilung über derartige Verhandlungen aus Wien zugegangen sei. Solche Ideen, die den Traditionen des k. k. Kabinetts entschieden widersprächen, hielte er für gänzlich ausgeschlossen. „Sollten aber demungeachtet die Befürchtungen des Dresdener Kabinetts begründet sein", fuhr er fort, „so nähme er keinen Anstand, auf das Bestimmteste zu erklären, daß Se. Majestät der König jeder Bundesreform, die das Prinzip der Föderation verletze und die dualistische Idee zum Ausgangspunkt nähme, den äußersten Widerstand entgegensetzen und mit einem

*) Auf diese Verhandlungen bezieht sich offenbar die Erzählung Dammers' („Erinnerungen und Erlebnisse" S. 94), der König Wilhelm habe, nachdem der Erbprinz auf alle Bedingungen, unter denen er als regierender Herzog anerkannt und eingesetzt werden sollte, eingegangen sei, Bismarck zu ihm geschickt, „damit diese Abmachungen nun auch ihre formelle Erledigung und Sanktion fänden". Der Minister sei denn auch erschienen, habe aber erklärt, er hätte zu Verhandlungen keine Zeit, denn sein Wagen hielte bereits vor der Thür, und er müsse in diesem Augenblick nach Biarritz zum Kaiser Napoleon reisen. Nach seiner Rückkehr von dort aber wäre der Beauftragte des Prinzen von Bismarck lange hingehalten, bis man ihn endlich bedeutete, er möge abreisen. Ob der Ungenauigkeit dieser Angaben ein Gedächtnisfehler des Erbprinzen oder ein Mißverständnis Dammers' zu Grunde liegt, bleibe dahingestellt. Bismarck nennt sie (Gedanken und Erinnerungen II. T. S. 25) „eine plumpe Erfindung in der Hauptsache und in allen Einzelheiten".

entschiedenen Nein beantworten werde. Besonders abgeneigt aber wäre der König einer Unterordnung seiner Truppen unter die preußische Armee und würde darin nie willigen*)."

Die Successionsfrage, so führte Graf Platen ferner aus, betrachte Hannover trotz der Erklärung der Großmächte vom 28. Mai als eine offene. Keiner von den beiden Kandidaten habe wahrscheinlich ein unbedingtes Recht auf das Ganze. Der Großherzog von Oldenburg komme zwar mit seinen Ansprüchen spät, wenn nicht gar zu spät; aber für einen Nachbarstaat seien vor allem die politischen Garantieen von höchstem Interesse, die jeder der beiden Bewerber zu bieten habe. Hannover könne weder die demokratische Verfassung von 1849, noch die preußische Führung in militärischer und diplomatischer Beziehung mit gleichgiltigen Augen ansehen. Es wünsche und müsse wünschen, daß der neu zu gründende Bundesstaat weder ein Vasallenstaat Preußens, noch ein zweites Großherzogtum Baden an der Nordsee werde, d. h. unheilbaren anarchischen Zuständen anheimfalle. Darüber habe er sich dem preußischen Gesandten gegenüber unumwunden ausgesprochen. Nun aber sei der Erbprinz von Augustenburg nichts weiter wie „eine Drahtpuppe in der Hand seiner Umgebung", die sämtlich Mitglieder des Nationalvereins wären, der alle deutschen Fürsten diplomatisch und militärisch unter die Vormundschaft Preußens stellen wolle. Im gemeinsamen Interesse der vier Königreiche liege es daher, die weit größeren politischen Garantieen nicht zu unterschätzen, welche der Großherzog von Oldenburg bieten könne. Von einer Abtretung des neu zu errichtenden Staats an den am russischen Hofe lebenden Prinzen Peter, von der vielfach gefabelt wäre, sei keine Rede. Der Großherzog aber habe Hannover gegenüber die Verpflichtung übernommen, die liberale Verfassung von 1849, mit der in Schleswig-Holstein nicht zu regieren sei, keinenfalls anzunehmen. Ja, er habe sogar dem preußischen Gesandten die Ermächtigung erteilt, seinem Hofe zu melden, daß er niemals in eine Militärkonvention willigen werde. Er sei ebenso entschlossen wie der König von Preußen, seine Souveränetät zu behaupten und werde daher für die diplomatische Vertretung seiner Lande selbst Sorge zu tragen wissen.

„Die Vereinigung des jetzigen Großherzogtums Oldenburg mit den drei Elbherzogtümern aber", meinte Graf Platen weiter, „würde einen fünften Mittelstaat an der Elbe schaffen, einen Staat, der den Widerstand

*) Bericht Graf Platens an den König d. d. 25. August 1864.

gegen Mainliniengelüste weit kräftiger unterstützen würde, als ein von dem schwachen Augustenburger mit der Verfassung von 1849 regiertes Holstein."

Ueber das, was bis zur endgiltigen Entscheidung des Bundes geschehen sollte, gab sich Graf Platen seltsamen Illusionen hin. Er hielt es für ein Leichtes, in der Zwischenzeit die Wünsche der Bevölkerung auf den Großherzog zu lenken. Der Vorschlag Rechberg's, während des Interims eine dreiköpfige Verwaltung einzurichten, in der neben dem österreichischen und preußischen Kommissar ein Vertreter des Bundes sitzen sollte, schien ihm für die Interessen der Mittelstaaten ganz ungewöhnliche Vorteile zu verheißen. Durch eine solche Einrichtung erlangte, wie er meinte, der Bund das Recht, auch in Schleswig mitzusprechen, und der österreichische Bevollmächtigte wurde notgedrungen in die Lage versetzt, mit dem Bundeskommissar gemeinschaftlich gegen den Vertreter Preußens zu manövrieren. Deshalb sei es unabweisbar, daß der Bundestag möglichst bald wie zur Londoner Konferenz einen Delegierten wähle*).

Um dies politische Programm zu verwirklichen, fehlte es nur an einer Kleinigkeit — der Zustimmung Bismarcks. Dieser aber war durchaus nicht gewillt, den Bund bei der Regulierung der Herzogtümerfrage mitreden zu lassen. Freilich zeigte er auf Rechberg's Wunsch in der Rendsburger Frage sowohl, wie in der Angelegenheit der Hamburger Telegraphenverträge einiges Entgegenkommen; aber er beschuldigte das kaiserliche Kabinett „einer wachsenden Hinneigung zu der Tendenz, die kleinen Staaten in Oesterreich einen Schutz gegen Preußen erblicken zu lassen". Vergeblich sprach der österreichische Minister den Wunsch aus, „es möge in Berlin einmal ernstlich und gründlich erwogen werden, ob jene ganze Richtung der Politik noch heute zweckmäßig sei, die man als die der Lahmlegung des Bundes und der kleinen Errungenschaften bezeichnen könnte**)." Er meinte, „daß um großer europäischer Notwendigkeit willen die vereinte Aktion der beiden Mächte sich nur in konservativer Richtung bewegen kann, also mit strenger

*) Der Erzählung dieser Konferenz liegt im wesentlichen der höchst interessante Bericht des Grafen Vitzthum in seinem Buche „London, Gastein und Sadowa" S. 34 ff. zu Grunde, der durch das Immediatschreiben des Grafen Platen an den König d. d. 25. August in wünschenswerter Weise bestätigt und ergänzt wird.

**) Rechberg an Bismarck d. d. 17. September 1864 (v. Sybel a. a. O. III. T. S. 389 ff.).

Achtung des Bundesrechts und der Selbständigkeit der verbündeten Staaten"; allein er machte damit keinen Eindruck. „Der König hat gewiß manche Beweise geliefert", schrieb Bismarck zurück*), „daß es ihm nicht nach dem Gute seiner Nachbarn, nach der Unterdrückung deutscher Fürsten gelüstet. Wir haben keinen deutschen Staat in die Lage gebracht, Schutz gegen uns zu bedürfen; wir sind in der Defensive gegen Uebergriffe und Ueberhebungen der Bundesmajorität und ihrer einzelnen Mitglieder. War die Stellung, welche Herr von Beust und mit ihm andere im Bunde mit der Revolution gegen uns einnahmen, nicht eine durchaus aggressive? Zum thatsächlichen Angriffe fehlte nur die Macht; sonst hätte man ihn versucht. Ein Bund, in welchem die europäische Politik Preußens und Oesterreichs von der Majorität der Kleinstaaten dirigiert werden soll, ist schlimmer als keiner, und wenn ich die Wahl zwischen der Unterwerfung unter solche Ansprüche und der offenen Feindschaft der Mittelstaaten haben soll, so ziehe ich die letztere vor... Die bundesmäßige Unabhängigkeit unserer Nachbarn gefährden wir nicht; aber unsere eigene können wir dem mittelstaatlichen Ehrgeiz nicht preisgeben. Wenn wir Vorgänge, wie die Eskamotage, deren Opfer Preußen und Oesterreich in der Exekutionssache in Holstein wurden, öfter geschehen lassen, so gewöhnen wir die Mittelstaaten an Allüren, mit denen wir auf die Dauer nicht auskommen. Soll plötzlich der Zügel straffer angezogen werden, so heißt es, daß wir sie vergewaltigen, und sie drohen mit dem Rheinbund; fürchten wir diese Drohung, so wird sie gefährlich und schließlich auch ausgeführt; fürchten wir sie nicht, und lassen sie das fühlen, so wird sie nicht einmal ausgesprochen werden."

Diese Ausführungen stellten den wahren Sachverhalt geradezu auf den Kopf. Nicht die Großmächte waren in der Exekutionssache ein Opfer der „Eskamotage" der Mittelstaaten geworden, sondern diese hatten sehr gegen ihre ursprüngliche Absicht sich am Bunde dem Wunsche Oesterreichs und Preußens gefügt. Es gehörte aber ein gewisser Mut dazu, wenn Bismarck sie der Drohung mit dem Rheinbund beschuldigte, — in demselben Augenblick, wo er auf dem Wege nach Biarritz war, um sich der Unterstützung Napoleons für seine Annexionspläne zu versichern.

Rechberg aber konnte sich das gänzliche Fiasko seiner Politik nicht mehr verhehlen. Von den Vorteilen, die er sich von dem Bündnis mit Preußen versprochen hatte, war nicht ein einziger eingetreten. Mochte

*) Bismarck an Rechberg d. d. 4. Oktober 1864 (Sybel a. a. O. III. T. S. 402 ff.).

ihm Bismarck das System der Zweiherrschaft in Deutschland noch so verlockend vorstellen; er durfte kaum hoffen, „daß Oesterreich auf die Staaten, die jetzt mit Preußen das deutsche Reich bilden, bundesmäßigen Einfluß behalten haben würde*).“ Es trat vielmehr immer klarer zutage, daß er nur für die Ausdehnung der preußischen Hegemonie in Deutschland gearbeitet hatte, und daß sich die Mittelstaaten immer mehr von Oesterreich abwandten. Dankbarkeit hatte das bestehende Bündnis in Preußen wenigstens bis jetzt nicht erweckt. Statt daß es Oesterreich gegen einen französischen Angriff hätte schützen sollen, mußte Rechberg fürchten, daß Bismarck jetzt an Frankreich einen Rückhalt für seine Einverleibungsgelüste suchen wollte. Ist es da zu verwundern, daß er sich von neuem den Mittelstaaten näherte und in Berlin die Forderung stellte, auch nach der definitiven Abtretung der Herzogtümer an die Großmächte etwa 2000 Mann der Bundestruppen dort zu belassen? Dennoch hätte Bismarck den gefügigen Minister gern im Amte gehalten, von dem er sicher war, daß er ihn, selbst wenn er momentan auf Abwege geriet, schließlich immer wieder seine Straße führen konnte. Er befürwortete deshalb dringend ein Oesterreich entgegenkommendes Verhalten in der Zollangelegenheit, als „einen ganz freiwilligen Beweis bundesfreundlicher Gesinnungen“. Allein die Fachminister wollten sich nicht einmal dazu verstehen, den Artikel 25 des Handelsvertrages von 1853 beizubehalten, wonach binnen 12 Jahren eine neue Verhandlung über die Zolleinigung stattfinden sollte, obgleich er „finaliter und realiter zu nichts verpflichtete**).“ Vergeblich betonte Bismarck, daß die Ablehnung dieses Paragraphen, auf dessen Annahme der österreichische Ministerrat einstimmig bestand, den Verdacht erwecken müsse, Preußen sei an der Fortsetzung des Allianzverhältnisses nichts gelegen, und daß auch der Kaiser das bereits stark erschütterte Vertrauen auf Preußen ganz verlieren würde; er drang damit nicht durch. Schmerling dagegen, der in Bismarck's Aufenthalt in Frankreich die Einleitung eines preußisch-französischen Bündnisses sah, warf Rechberg die Resultatlosigkeit seiner Politik und die Vereinsamung Oesterreichs in Europa vor. Beide erklärten dem Kaiser, daß sie nicht mehr nebeneinander dienen könnten, und dieser entschied sich für die Beibehaltung Schmerlings, der ihm für die Lenkung des Reichsrats unentbehrlich schien. Rechberg dagegen schied

*) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“ I. T. S. 347.

**) Bismarck a. a. O. I. T. S. 348.

am 27. Oktober aus dem Amte, seinem Nachfolger ein wenig beneidenswertes Erbe hinterlassend. Hierzu wurde der Statthalter von Galizien Graf Mensdorff-Pouilly ausersehen, ein hocharistokratischer, ritterlicher, aufrichtiger Mann von streng konservativer Gesinnung, ein tapferer Soldat, der durch seinen Vetter, den Herzog von Koburg, nicht bloß zu der Königin von England, sondern auch zu den meisten europäischen Herrscherhäusern in verwandtschaftlichen Beziehungen stand. Auf dem Felde der hohen Politik aber hatte er sich bis dahin wenig versucht. Bei seinem leicht bestimmbaren und in seinem Urteil unsicheren Charakter geriet er daher bald unter den Einfluß des Ministers ohne Portefeuille, Graf Moritz Esterhazy, der, wie er, eifrig konservativ gesinnt und fest überzeugt war, daß die Mittelstaaten ganz von der Demokratie durchsetzt und der Revolution anheimgefallen wären*). Speziell in den deutschen Angelegenheiten aber mußte er sich ganz der Leitung des erfahrenen Hofrats Biegeleben überlassen, eines Mannes von feurigem Naturell, der selbst auf die Gefahr eines Bruches mit Preußen hin Oesterreichs Recht auf die Hälfte der Herzogtümer wahren wollte. So fiel denn Mensdorff eine kaum zu lösende Aufgabe zu. Auf der einen Seite sollte er das vom Kaiser gewünschte gute Einvernehmen mit Preußen weiter ausbilden, auf der andern den immer deutlicher hervortretenden Expansionsgelüsten Bismarck's Widerpart halten.

Wie schwer, ja geradezu unmöglich das war, sollte er bald genug erfahren. Drei Tage nach seinem Amtsantritt, am 30. Oktober, war der definitive Frieden mit Dänemark unterzeichnet worden, und am 16. November wurden die Ratifikationen ausgetauscht. Einige Tage früher schon (am 12. November) hatte Graf Mensdorff drei Erlasse nach Berlin gerichtet, worin er der preußischen Regierung den Vorwurf machte, sie suche die Angelegenheit zu verschleppen, und zugleich sich energisch gegen die Annexion der Herzogtümer an Preußen als „mit Gefahren für das moralische und politische Interesse der beiden Mächte verknüpft“ aussprach. Noch weniger zulässig hielt er die Gründung eines halbsouveränen Fürstentums. Die Herstellung eines selbständigen Bundesstaats sei daher die empfehlenswerteste Lösung und der Erbprinz von Augustenburg der bestberechtigte Kandidat. Der Großherzog von Oldenburg habe dagegen gar keine begründeten Ansprüche. Mündlich fügte aber Karolyi die Erklärung hinzu, daß Oesterreich trotz seiner offiziellen Perhorreszierung die Annexion

*) Friedjung a. a. O. I. T. S. 104.

genehmigen würde, wenn Preußen ihm einen entsprechenden Territorial-erwerb in Schlesien verschaffe.

Mit diesen Depeschen kreuzte sich eine andere, die Bismarck am 14. November, unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedens durch den König Wilhelm, nach Wien richtete. Darin schlug er vor, Hannover und Sachsen möchten nunmehr, da die Exekution beendet sei, aufgefordert werden, sofort ihre Truppen aus Holstein zurückzuziehen, und es genüge vollständig, wenn die vier ursprünglich an der Exekution beteiligten Regierungen dem Bunde nachträglich von der Räumung Anzeige machten.

Auf den früheren Vorschlag Oesterreichs, man möge aus „bundesfreundlicher Gesinnung" noch etwa 2000 Mann Bundestruppen im Lande lassen, wollte er nicht eingehen. Solange die innere Ordnung nicht gestört sei, habe der Bund kein Anrecht, ein Bundesland zu besetzen. Dies stände ganz allein den Großmächten zu, die durch den Frieden in den Besitzstand getreten seien, wenigstens so lange keiner der agnatischen Erbansprüche zur Anerkennung gelangt wäre. Damit wollte sich Graf Mensdorff jedoch nicht einverstanden erklären. In seiner Antwort vom 19. November wiederholte er, daß es sich empföhle und man berechtigt sei, die Bundestruppen noch in Holstein zu belassen, „deren Anwesenheit den hohen nationalen Charakter der Sache sichtbar mache*)." Auch sehe er in dieser Frage einen neuen Beweis für die Dringlichkeit der Einsetzung eines Landesherrn und hoffe auf Preußens bundesfreundliche Gesinnung.

Kaum hatte Bismarck auf telegraphischem Wege Kenntnis von dieser Eröffnung erhalten, so beschloß er die Angelegenheit eigenmächtig nach seinem Gutdünken zu erledigen. Noch an demselben Tage erging per Draht an die preußischen Gesandten in Hannover und Dresden die Instruktion, die schleunige Abberufung der Exekutionstruppen zu fordern und dabei zu erklären, daß Preußen entschlossen sei, seinen Ansprüchen gebührenden Nachdruck zu geben. Gleichzeitig wurde der Bundestagsgesandte angewiesen, der Versammlung anzuzeigen, daß Preußen eintretendenfalls die Exekution mit eigenen Mitteln beseitigen werde.

Das war ganz einfach die Proklamierung des Faustrechts in Deutschland. Aber was kümmerte es Bismarck, daß die Exekutionstruppen auf Grund eines Bundesbeschlusses, den Oesterreich und Preußen selbst beantragt hatten, in Holstein standen und daß also nur der Bund darüber bestimmen konnte, ob ihre Mission beendet war oder nicht? Er wußte

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 413.

nur zu genau, daß Oesterreich keine Neigung hatte und vielleicht auch nicht im stande war, seinen energischen Worten Thaten folgen zu lassen, und daß die Mittelstaaten sich ohne dessen Unterstützung der Gewalt beugen mußten.

Der König Georg aber war, nachdem ihn der Bund schon einmal im Stich gelassen hatte, durchaus nicht gewillt, seine Truppen abermals ähnlichen Insulten wie in Rendsburg auszusetzen. Mochte Bismarck mit seiner Forderung recht oder unrecht haben, mochte Oesterreich ihm beistimmen oder nicht; Georg sah voraus, daß die schwersten Verwicklungen und Zerwürfnisse für diejenigen Staaten entstehen würden, die Preußen im Norden aktiv hindern wollten. Sein Land solchen Gefahren auszusetzen, ohne daß mit der Fortdauer der Exekution irgend jemand etwas genützt wurde, glaubte er um so weniger verantworten zu können, da ihm der § 13 der Exekutions-Ordnung nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht gab, die Exekution ohne Verzug abzustellen, sobald ihr Zweck erfüllt war*). Daß dieser Fall unleugbar vorlag, ließ sich kaum bestreiten. Der König verhielt sich daher gegen das preußische Ansinnen nicht unbedingt ablehnend, sprach aber den Wunsch aus, zunächst die Auffassung des Wiener Kabinetts kennen zu lernen.

Mittlerweile waren die Verhandlungen wegen der Rendsburger Differenz einem befriedigenden Abschluß nahe gerückt. Schon am 30. August war die offizielle Einladung Oesterreichs zu einer Konferenz in Kiel behufs Ausgleichung des Konflikts ergangen. Aber monatelang hatte Preußen unter den nichtigsten Vorwänden die Absendung des von ihm designierten Kommissars, Oberstlieutenant von Stiehle, verzögert, der als militärischer Sachverständiger bei den Friedensverhandlungen in Wien fungierte. Anfangs Oktober noch äußerte Bismarck sich, wie Stockhausen berichtet**), gegen den österreichischen Gesandten in einer Weise, die wenig Hoffnung auf eine günstige Erledigung der Angelegenheit zuließ. „Er begreife nicht," hatte der Ministerpräsident gesagt, „daß Oesterreich Preußen in dieser Sache immer von neuem dränge, da man in Wien sich nicht verhehlen werde, wie leicht diese Verhandlung, in der Preußen nicht coulant sein könne, zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden alliierten Mächten führen möchte."

---

*) Denkschrift Zimmermanns ohne Datum, nach dem Zusammenhang jedoch unzweifelhaft Mitte November 1864 überreicht.

**) Depesche Stockhausens d. d. 12. Oktober 1864.

Nach dem Rücktritt Rechberg's wiederholte Stockhausen seine Bemühungen und erreichte es glücklich, daß Graf Mensdorff sich energisch für die schleunige Entsendung des preußischen Kommissars nach seinem neuen Bestimmungsorte verwandte*). So konnte denn die Konferenz am 15. November in Kiel zusammentreten. Den Vorsitz übernahm der österreichische Oberst Baron von Blasits, Preußen war durch den Oberstlieutenant von Stiehle, Sachsen durch den Oberst von Fabrice vertreten. Hannover entsandte den Oberstlieutenant von Landesberg vom Garderegiment, weil es sich nach Platen's Meinung „nicht um Genugthuung für Bundestruppen, sondern für selbständige hannoversche Truppen handelte", und er es deshalb empfehlenswert gehalten hatte, den Bevollmächtigten nicht aus der mobilen Brigade in Holstein zu wählen**).

Auch Bismarck scheint diese Auffassung geteilt zu haben. Durch die in Kiel geführte Untersuchung hatte sich zur Evidenz herausgestellt, daß die hannoverschen Soldaten für die Excesse am 18. und 19. August nicht die geringste Schuld traf. Er ließ also dem hannoverschen Gesandten mitteilen, daß er „mit Freuden" die Hand zu der von der Kommission empfohlenen Genugthuung bieten werde***). An Sachsen habe man bei den Verhandlungen gar nicht gedacht, „weil eben in letzterer Zeit nur von Oesterreich und Hannover die Sache weiter verfolgt worden sei". Der preußische Staatsmann aber wußte nur zu wohl, daß er seine Erfolge in der Herzogtümerfrage nicht zum geringsten Teil der entgegenkommenden freundnachbarlichen Haltung Hannovers verdankte, und es begreift sich, daß er nun vor allem den hannoverschen Truppen vor ihrem Scheiden aus Holstein für das ihnen widerfahrene Unrecht öffentlich Satisfaktion geben wollte. Auf die Vorstellungen des Grafen Hohenthal sicherte er indes den Sachsen ausdrücklich dieselbe Genugthuung zu.

Unglücklicherweise wurden jedoch die versöhnlichen Absichten Bismarck's zum zweiten Male von der feindseligen Haltung Beust's durchkreuzt. Der sächsische Minister war nach den neuesten Erklärungen Mensdorff's überzeugt, daß Oesterreich ihn gegen Vergewaltigung von seiten Preußens schützen würde, um so mehr, da die Kaiserliche Regierung in der Erbfolgefrage die Auffassung Sachsens teilte. Er wies daher das Verlangen Bismarck's unbedingt zurück. Von einer Beendigung der Exekution, er-

*) Depesche Stockhausens d. d. 2. November 1864.

**) Telegraphischer Bericht Graf Platens an den König d. d. 30. August 1864.

***) Depesche Reitzensteins d. d. 18. November 1864.

klärte er, könne so lange nicht die Rede sein, bis der rechtmäßige Landesherr eingesetzt wäre. Jedenfalls könne nicht die exequierende Regierung, sondern nur der Bund entscheiden, ob deren Zweck erfüllt sei. Mit schneidendem Hohne führte das „Dresdener Journal" aus, daß nach völkerrechtlichen Begriffen sich wohl des Feindes Rechte erlangen, des Feindes Länder erobern ließen; nicht aber könne man sich deshalb des Freundes Rechte aneignen und befreundetes Gebiet erlangen, weil man gegen des Freundes Feind gekämpft habe. General von Hake war bereits früher instruiert, ohne einen Bundesbeschluß lediglich der Gewalt zu weichen.

In Berlin war man über die Erklärung Sachsens nicht wenig entrüstet. Bismarck wußte den König davon zu überzeugen, „daß es im Völkerverkehr wünschenswert wäre, nicht für übermäßig geduldig gehalten zu werden". Das Verlangen Beust's, die Exekutionstruppen in einem Lande zu belassen, das durch den Friedensschluß in den Besitz Preußens übergegangen sei, beweise eine ganz unberechtigte Ueberhebung. Nach beendigter Exekution habe der Bund hier nichts zu suchen und gegen unbefugte Eindringlinge müsse Preußen sein Hausrecht wahren*).

Der König befahl also am 24. November, daß die 13. westfälische Division, die eben aus Holstein wieder in der Heimat angelangt war, in konzentrierter Stellung an der hannoverschen Grenze aufmarschieren, die 6. Division dagegen sich bei Torgau gegen Sachsen sammeln sollte. Außerdem erhielten die noch auf dem Rückmarsche durch Holstein befindlichen Truppen Befehl, in ihren Quartieren stehen zu bleiben, und die Anordnungen waren so getroffen, daß bis zum 3. Dezember 20000 Preußen zwischen Hamburg und Kiel gegen die Bundestruppen bereit standen.

Diese aber hatten seit Anfang November in entgegenkommendster Weise fast das ganze Land geräumt, damit die alliierte Armee in möglichst breiter Front den Rückmarsch ausführen könnte. Die Sachsen standen infolgedessen im östlichen Holstein in der Gegend von Neustadt. Die Hannoveraner lagen in engen Quartieren unterhalb Hamburg in der Elbe-Niederung.

General von Hake befand sich also in einer wahrhaft verzweifelten Lage. Daß er auf den Bund nicht rechnen konnte, wußte er aus früheren Erfahrungen zur Genüge. Er wandte sich daher telegraphisch nach

*) Sybel a. a. O. IV. T. S. 37.

Dresden und bat um Verhaltungs-Befehle. „Festhalten an den Pflichten gegen den Bund, es komme was da wolle", lautete das chiffrierte Antworttelegramm Beust's. In Hannover aber war man keineswegs gewillt, diesem auf seinem gefährlichen Wege zu folgen. Am nächsten Morgen erschien der General Gebser in Hake's Hauptquartier, um sich bei ihm abzumelden. Er hatte von seiner Regierung den Befehl erhalten, die hannoverschen Truppen sofort ins Land zurückzuführen.

Dennoch blieb dem General von Hake keine Wahl, und er zögerte nicht einen Augenblick, das zu thun, was ihm sein militärisches Ehrgefühl und seine Pflicht vorschrieben. Er beschloß, sich mit der sächsischen Brigade allein so gut und so lange zu wehren, wie er konnte. Zunächst wurden die Truppen bei Süßel an der Straße von Neustadt nach Lübeck in engen Alarmquartieren zusammengezogen, von wo aus sie Vorposten gegen die preußischen roten Husaren vorschoben*). Wenn es zum Kampfe käme, beabsichtigte man, sich in den äußersten Zipfel Holsteins, der Insel Fehmarn gegenüber, zurückzuziehen, wo der Gruber und Wesseker See mit der zwischen ihnen liegenden sumpfigen Niederung einen günstigen Abschnitt für die Verteidigung bildeten. General von Hake hielt seine Pferde und die der sächsischen Offiziere seines Stabes Nacht und Tag gesattelt, um sich im entscheidenden Augenblick zu seinen Truppen begeben zu können. Auch in seiner Heimat machte man sich auf das Äußerste gefaßt. Pferdekäufe wurden angeordnet, die Beurlaubten eingezogen und die Staatskassen nach dem Königstein geschafft.

Erst als die Dinge bis zu dieser Krisis gediehen waren, hielt es Bismarck für nötig, seinen Alliierten von den gegen Sachsen und Hannover getroffenen Maßnahmen offiziell in Kenntnis zu setzen. Am 26. November forderte er in einer ausführlichen Denkschrift Oesterreich auf, gleichfalls dem „agitatorischen und rechtswidrigen Treiben Sachsens, welches fortwährend die europäische Politik der Großmächte zu durchkreuzen suche", ernstlich entgegenzutreten**). Vor der Entfernung der Bundestruppen könne Preußen auf keine Verhandlungen über das künftige Schicksal der Herzogtümer eingehen.

Graf Mensdorff hatte sich also zu entscheiden, ob er sich den Mittelstaaten anschließen und an das Schwert appellieren, oder dem schlagfertigen Preußen gegenüber sich nachgiebig zeigen sollte. Zu dem ersteren

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 90.

**) Vgl. von Sybel a. a. O. IV. T. S. 37 ff.

Schritt drängte die gewaltig aufgeregte Stimmung der ganzen Nation. Allein man hatte zu erwägen, daß es doch schon zu spät war, Preußen in den bereits erhobenen Arm zu fallen. Dazu kam noch, daß Bismarck gerade damals sich den Anschein gab, als sei er der Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg geneigt*). Um dieses Hauptzwecks willen war es ratsam, in Nebendingen Konzessionen zu machen und den Kampf um die Oberhoheit in Deutschland noch nicht heraufzubeschwören. Mensdorff eröffnete daher dem preußischen Gesandten nach Empfang der Depesche, er sei bereit, bei der Vorlegung des Wiener Friedens am Bunde zu erklären, daß dieser die Exekution gegenstandslos mache und er deshalb die Rückberufung der Bundestruppen beantrage. Für die Annahme dieses Antrages glaubte er durch Einwirkung auf die mittelstaatlichen Höfe einstehen zu können. In einer Note vom 27. November fügte er ergänzend hinzu, „der Kaiser könne nimmermehr die dem Bunde angehörigen Könige von Sachsen und Hannover als Feinde ansehen, oder aus dem Inbegriff konservativer Prinzipien die Achtung vor dem Bundesrecht und vor dem Verbot der Selbsthilfe auslöschen**)."

Jetzt sah Bismarck ein, daß er den Bogen zu straff gespannt hatte. Solange die Situation noch nicht reif für die Annexion der Herzogtümer war, empfahl sich ein zu schroffes Auftreten gegen die Mittelstaaten nicht, das diese in die Lage brachte, bei der Bundes-Präsidialmacht Schutz gegen Vergewaltigung zu suchen. Um aus der vorgerückten Lage mit guter Manier wieder herauszukommen, erklärte er sich daher bereit, den gebotenen Ausweg zu ergreifen. Am 29. November erhielt der preußische Bundestagsgesandte von Savigny Weisung, sich dem Vorgehen seines österreichischen Kollegen anzuschließen. Daß deren gemeinsamer Antrag angenommen werden würde, unterlag kaum einem Zweifel. Bismarck teilte Savigny jedoch, um seinen Rückzug zu verstecken, unter der Hand mit, daß Preußen nur drei Tage bis zur Beschlußfassung warten, dann aber nötigenfalls durch seine eigenen Streitkräfte die Räumung Holsteins erzwingen werde. Gleichzeitig richtete er an Hannover und Sachsen das „bundesfreundliche Ersuchen", ihre Truppen schleunigst zurückzuberufen.

Was im Weigerungsfalle geschehen würde, erläuterte Bismarck dem sächsischen Gesandten am 30. November dahin, daß Prinz Friedrich Karl die Instruktion erhalten habe, „nach Ablauf der dreitägigen Frist so zu

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 411.

**) von Sybel a. a. O. IV. T. S. 40.

handeln, als ob Bundeskommissäre und Bundestruppen gar nicht existierten*)." Der Zweck dieser Drohung, die die Situation ganz unnötigerweise von neuem verschärfte, ist nicht recht ersichtlich. Sie hatte nur den Erfolg, daß der Bund mit 8 gegen 7 Stimmen dem General von Hake den Befehl erteilte, seine Stellungen bis auf weiteres nicht zu verlassen.

In Hannover aber war man nach den Berichten Stockhausen's dennoch überzeugt, daß die Angelegenheit ihrer friedlichen Erledigung am Bunde entgegenging. Der König nahm daher den bereits erteilten Rückzugsbefehl an seine Truppen einstweilen wieder zurück, denn auch in der Rendsburger Streitfrage, die sein militärisches Ehrgefühl tief verletzt hatte, fand er nun Preußen bereit, ihm volle Satisfaktion zu geben. Alle Forderungen, die sein Bevollmächtigter auf der Kieler Konferenz gestellt hatte, wurden ohne weiteres bewilligt. Den Bundestruppen wurde gestattet, in derselben Stärke, wie sie ausgerückt waren, mit allen militärischen Ehren in Rendsburg einzumarschieren. „Die Konvention wurde von den Preußen mit anerkennenswerter Artigkeit und auf eine Weise ausgeführt, daß damit auch der vorbeschriebene Flaggenstreit thatsächlich ausgeglichen betrachtet werden mußte", schreibt Dammers**).

Von seiten des Kommandos der Bundestruppen nahm der Major Rudorff vom hannoverschen Generalstabe an dem Einzug teil. Als sich aber General v. d. Knesebeck mit dem ihm unterstellten hannoverschen Bataillon und den beiden sächsischen Compagnien dem Thore der Festung näherte — es war am 27. November vormittags — wurde er von dem preußischen Kommandanten und vielen berittenen Offizieren empfangen, die ihn unter den Klängen ihrer Militärkapelle nach der Hauptwache geleiteten. Dort fand nicht bloß die förmliche Ablösung durch die Hannoveraner statt, sondern auch die Posten vor den Lazaretten wurden jetzt von diesen gestellt. Sogar die preußische Flagge vor der Hauptwache wurde eingezogen und eine hannoversche und eine sächsische statt dessen gehißt. Endlich überwies der preußische Oberst die an den bekannten Flaggenpfosten auf dem Paradeplatze wehenden preußischen und österreichischen Fahnen dem General v. d. Knesebeck mit der Bitte, sie vorläufig unter seinem Schutze dort zu belassen.

Mit dieser Genugthuung, die den Bundestruppen noch in der zwölften Stunde zu teil wurde, war ihre Thätigkeit in Holstein abgeschlossen.

*) Jansen-Samwer S. 415.

**) Dammers „Erinnerungen und Erlebnisse" S. 82.

Am 5. Dezember fand die Abstimmung über den am 1. eingebrachten Antrag der Großmächte am Bunde statt. Hannover, das auch in dieser schweren Krisis seine besonnene, versöhnliche Haltung nicht verleugnete, erklärte sich damit einverstanden, daß die Exekution für beendet zu erklären und die betreffenden Regierungen zu ersuchen seien, ihre Kommissäre abzuberufen und ihre Truppen zurückzuziehen. Es konnte das um so eher thun, da Oesterreich in einem Rundschreiben vom 3. den Regierungen mitgeteilt hatte, „daß die Entfernung der Bundestruppen die Geltung des vollen Rechts des Bundes auf kompetenzmäßige Entscheidung der Erbfolgefrage nicht beeinträchtige*).“ Für den Fall jedoch, daß „wider Erwarten“ der österreichisch-preußische Antrag abgelehnt werden sollte, wurde Heimbruch vertraulich angewiesen, zu erklären, daß nach Ansicht seiner Regierung der Zweck der Exekution durch die Abtretung der Herzogtümer an Deutschland nicht bloß erreicht, sondern „weit überholt“ sei. Hannover erkenne in der Fortdauer der Exekution „einen beklagenswerten Verstoß gegen das Prinzip des § 11 der Exekutions-Ordnung“ und werde sich den Schritten Oesterreichs und Preußens anschließen, um deren Aufhören zu erreichen**).

Glücklicherweise kam es jedoch nicht soweit. Der Bund verfügte vielmehr mit einer Majorität von 9 gegen 6 Stimmen den Abzug der Exekutionstruppen aus Holstein. Vergeblich führten Bayern, Württemberg, Sachsen, Darmstadt, die kleinen sächsischen Häuser und Braunschweig aus, daß Oesterreich und Preußen aus dem Artikel 3 des Friedens unmöglich die Uebertragung von Rechten herleiten könnten, die der König Christian IX. nach ihrem eigenen Zugeständnis zu der Zeit gar nicht besessen habe. Bismarck hatte somit seine Absicht, dem Bundestage jede unmittelbare Einwirkung auf die Erbfolgefrage abzuschneiden, glücklich durchgesetzt. Um so unnötiger war es daher, daß Prinz Friedrich Karl schon an demselben Tage, ohne den Bundesbeschluß abzuwarten, eine Bekanntmachung erließ, wodurch er die von den Bundeskommissären bisher geführte oberste Verwaltung für aufgehoben erklärte und sie provisorisch den bisherigen Civilkommissären für Schleswig übertrug. Am 7. Dezember fand dieser Wechsel statt. Könneritz und Nieper waren froh, endlich aus ihrer dornenvollen Stellung erlöst zu werden. An ihre Stelle traten

*) Jansen-Samwer a. a. O. S. 417.

**) Vertrauliche, von Zimmermann verfaßte Instruktion an den Gesandten von Heimbruch d. d. 4. Dezember 1864.

preußischerseits Herr von Zedlitz und österreichischerseits Baron Lederer, der indes bald durch den entschlosseneren Halbhuber abgelöst wurde.

Gleichzeitig begann die hannoversche Armeebrigade ihren Rückmarsch in die Heimat. Ohne Sang und Klang zogen die Truppen in ihre Garnisonen wieder ein, die sie vor Jahresfrist in der frohen Hoffnung auf kriegerische Lorbeeren verlassen hatten und das Gefühl tiefer Erbitterung über die erlittene Unbill zitterte noch lange in ihren Herzen nach.

Wenige Tage nachher traten auch die Sachsen ihren Abmarsch an. Wer es aber mit erlebt hat, wie die Offiziere der Bundestruppen, die sich in Hamburg sehen ließen, von den Preußen mit Hohnreden verfolgt wurden, wird es begreiflich finden, daß die sächsische Regierung es nicht für ratsam hielt, sie direkt über Magdeburg in die Heimat zu befördern. Sie wurden vielmehr von Harburg aus auf dem weiten Umwege durch Hannover, Kurhessen und Bayern nach Sachsen transportiert. Da aber in diesen Tagen ein unerwartet scharfer Frost einsetzte, und die Elbe mit Treibeis ging, so traten noch unliebsame Verzögerungen ein. Beispielsweise mußte die Reiterei einige Tage auf der Insel Wilhelmsburg liegen bleiben, weil die Süder-Elbe nicht zu passieren war.

Sonst glich die ganze Rückfahrt einem Triumphzuge. In Kassel und den kleinen thüringischen Residenzen wurde General von Hake mit großen Ovationen empfangen, und als man endlich nach langer ermüdender Fahrt die Grenze des Heimatlandes erreicht hatte, entschädigte das herzliche Willkommen ihrer Landsleute die heimkehrenden Krieger einigermaßen für die herben Enttäuschungen, die sie im deutschen Norden während des letzten Jahres hatten erdulden müssen.

Elftes Kapitel.

Ministerwechsel und deutsche Krisis.

Edelmut und Edelsinn können wohl ein großes Unglück verherrlichen, nicht immer aber es abwenden.
Felix Dahn, Kampf um Rom.

In denselben Tagen, wo die mobile Brigade aus Holstein in die Heimat zurückkehrte, machte der Selbstmord des Lieutenants a. D. Staats Nanne viel von sich reden. Sein Vater war als Lieutenant im ersten leichten Dragonerregiment der Königlich Deutschen Legion bei Waterloo sehr schwer verwundet, jedoch am Leben erhalten. Der Sohn war ein hochgewachsener, schöner Mann, von hervorragenden Geistesgaben. Leider wurden jedoch seine Fähigkeiten durch eine maßlose Eitelkeit und einen krankhaften Ehrgeiz stark beeinträchtigt. Im Unglück war er liebenswürdig und bescheiden. Lächelte ihm dagegen das Glück, so wurde er hochfahrend und streitsüchtig. Namentlich liebte er es, die Kameraden seine wirkliche oder vermeintliche geistige Ueberlegenheit empfinden zu lassen. Im Jahre 1848 trat er als Volontärkadett in das Gardeküraſſierregiment ein, avancierte bald zum Offizier und bezog schon im Herbst 1852 die Generalstabsakademie. Am Schlusse des fünfjährigen Kursus, währenddessen er sich durch eisernen Fleiß ausgezeichnet hatte, trug man jedoch wegen seiner Charaktereigentümlichkeiten Bedenken, ihn in den Generalstab aufzunehmen. Er kehrte also zum Regimente zurück und hatte während der Konzentrierung des X. Armeekorps im Herbste 1858 bei Nordstemmen das Unglück, im Lager über eine Zeltlinie zu stürzen und sich die ganze Oberlippe abzureißen. Zwar wurde er nach Monaten wieder geheilt, aber er trug für sein ganzes Leben eine entstellende Narbe davon. Vielleicht durch Teilnahme an diesem Mißgeschick bewogen, versetzte ihn der König während der Mobilisierung des Jahres 1859 nachträglich in den Generalstab, und nun glaubte er sich zum Regenerator der Armee berufen.

Auf jede mögliche Weise suchte er sich an den Monarchen zu drängen, um ihn für seine Pläne zu interessieren. Er trat in den Freimaurer-Orden und fand sich in Norderney ein, als die königliche Familie dort weilte. Als ihm erlaubt wurde, zur Rückkehr dasselbe Schiff wie der Monarch zu benutzen und dieses vor Emden auf eine Sandbank lief, wo es bis zur nächsten Flut liegen bleiben mußte, erbot er sich dienstfertig, ans Land zu rudern, um Lebensmittel herbeizuschaffen. Die gnädigen Dankesbezeugungen des Königs erweckten in ihm die Hoffnung, daß er auch seinen militär-wissenschaftlichen Vorträgen ein günstiges Ohr leihen würde. Und in der Erwartung, von ihm in ein Gespräch gezogen zu werden, richtete er es daher nach seiner Rückkehr nach Hannover stets so ein, daß er ihm auf seinen Spaziergängen begegnen mußte. Allein die Flügel-Adjutanten merkten die Absicht bald und wußten sie zu vereiteln.

Durch diese Abweisung aufs Tiefste gekränkt, nahm Nanne im Jahre 1860 seinen Abschied und steckte sich nun für seine Weltverbesserungsgedanken ein weiteres Ziel. Er trat plötzlich mit einem öffentlichen Aufruf zur Gründung einer deutschen Flotte hervor, für die er namentlich in Hamburg maßgebende Persönlichkeiten zu gewinnen suchte*). Auch eine Zeitung zur Förderung dieses Gedankens wollte er ins Leben rufen. Aber alle diese Pläne scheiterten kläglich. Seine Geldmittel reichten bald für die Agitationen nicht mehr aus, und er geriet in die bitterste Not, sodaß er gezwungen war, sich an die Großmut des Königs zu wenden, der ihn auch „aus dem Antriebe seines edlen Herzens" — wie Nanne selbst anerkannte — mit einer beträchtlichen Summe unterstützte. Nach und nach wurde er jedoch fast ganz vergessen, bis man nach Jahresfrist erfuhr, daß er im tiefsten Elend in einer bescheidenen Wohnung einer Vorstadt Hannovers lebte und durch ein schweres Fußleiden ans Bett gefesselt sei. Kaum hatte der König von diesem neuen Mißgeschick gehört, so verfügte er die Aufnahme Nanne's in das Militärhospital. Allein hier verschlimmerte sich, im wesentlichen durch seinen Ungehorsam gegen die Anordnungen des Generalstabsarztes Dr. Stromeyer, sein Zustand derart, daß ihm der Fuß abgenommen werden mußte. Nach seiner Heilung aber

*) Dem Syndikus Merck, mit dem er öfter über diesen Gegenstand konferierte, sagte er einmal im Scherz, er wette 10 Pfennig gegen 10000 Mark, daß nach zehn Jahren eine deutsche Flotte existieren würde, und diese Wette wurde ebenso im Scherz angenommen. Dann schrieb er dem Syndikus, er habe die 10 Pfennig gerichtlich deponiert und verlangte, daß er ein Gleiches mit seinen 10000 Mark thäte!! (Bericht Zimmermanns d. d. 17. April 1861.)

erhielt er auf die Verwendung des Generals Gebser eine Anstellung als Hilfsarbeiter im Kriegsministerium. Im April 1864 erbat er sich von seinem Chef einen Urlaub nach Hamburg und Altona, wie er behauptet in der eingestandenen Absicht, sich nach dem Kriegsschauplatz im Sundewitt zu begeben. In der That gelang es ihm, einen Militärpaß, auf dem als Reiseziel „Holstein und Schleswig“ angegeben war, zu erhalten, und auf Grund dieser Legitimation wenige Tage nach dem Sturm Düppel zu erreichen. Erfüllt von allem, was er dort gesehen, und begeistert von der unvergleichlichen Haltung der preußischen Armee kehrte er zurück und suchte durch den General-Adjutanten eine Audienz beim Könige zu erlangen, um ihm über seine persönlichen Erlebnisse Bericht zu erstatten und „die Aufträge höherer preußischer Offiziere“ auszurichten. Tschirschnitz bestritt jedoch energisch, Nanne zum Besuche des Kriegsschauplatzes die Erlaubnis gegeben, oder auch nur um dessen Absicht gewußt zu haben und berichtete in diesem Sinne an den König. Nanne dagegen sah in dessen Weigerung, ihn zu empfangen, nicht sowohl den Beweis einer preußenfeindlichen Gesinnung, wie einer Mißachtung der preußischen Armee, und in seinem Aerger richtete er eine Immediateingabe an Se. Majestät, worin er, um „das materielle Band seiner schuldigen Verpflichtung einzulösen“, erklärte, das ihm zugestandene unverzinsliche Darlehn wieder zurückerstatten zu wollen. Die Antwort war die Enthebung von seinem Posten im Kriegsministerium.

In seinem gekränkten Selbstgefühl erschienen Nanne nun die kleinen Mängel des vaterländischen Heeres in einem vergrößernden Lichte, und als es ihm nach seiner eigenen Angabe*) gelungen war, in Karlsbad Zutritt zum Könige von Preußen zu erlangen, schilderte er diesem die Einrichtungen der hannoverschen Armee als „zu miserabel schlecht, um überhaupt mit Ehren darin dienen, oder mit Ehren nur damit untergehen zu können“. Er wäre gern bereit, sagte er, zusammen mit den trefflichen Elementen, die sie enthielte, sein Blut und sein Leben im Kampfe für König und Vaterland einzusetzen. „Blut aber müßte Blut kosten. Diese Armee würde schon vor jeder Schlacht geschlagen sein, weil sie nicht zu marschieren verstände, und mit allen ihren schlechten Einrichtungen neben dem Wege liegen würde, ehe sie überhaupt auf das Schlachtfeld gelangte.“

*) Vergl. die beiden Broschüren Nanne's, die meiner Erzählung zu Grunde liegen: „Briefe aus den Welfischen Landen im neunzehnten Jahrhundert“ S. 12 und die „Oeffentliche Begründung der Klage bei dem hannoverschen Generalkriegsgericht gegen den General-Adjutanten und Generallieutenant von Tschirschnitz“. S. 5.

Wenn diese Aeußerungen schon eine große geistige Ueberspanntheit Nanne's bekundeten, so erweckten die verschiedenen Schreiben mit Beschwerden über den General-Adjutanten, die er inzwischen an diesen, das Gesamtministerium, die Ständeversammlung und das Ministerium des Innern richtete, ernste Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit. Tschirschnitz hatte ihm nämlich durch den Generalpolizeidirektor von Engelbrechten sagen lassen, er werde ihn, wenn er sich nicht beruhigte, aus dem Offiziercorps der Armee ausstoßen. Auch hatte er geäußert, er hielte Nanne für geisteskrank und würde ihn eventuell verhaften lassen, um die von ihm verlangte Untersuchung herbeizuführen. Es ist also begreiflich, daß eine polizeiliche Ueberwachung des unglücklichen Mannes nach seiner Rückkehr von Karlsbad angeordnet wurde. Diese Maßregel, sowie das Ausbleiben jeglicher Antwort auf alle seine Eingaben versetzte ihn in eine solche Erregung, daß er nunmehr schriftlich beim Königlichen General-Kriegsgericht gegen den General von Tschirschnitz die Anklage wegen böswilliger Verleumdung und wegen rechtswidriger Bedrohungen erhob. Und selbst das genügte ihm nicht. Er ließ vielmehr eine „öffentliche Begründung der Klage bei dem Hannoverschen Generalkriegsgerichte gegen den General-Adjutanten und Generallieutenant von Tschirschnitz“ im Druck erscheinen, worin er den alten verdienten Offizier mit den häßlichsten Beschuldigungen und den schwersten Beleidigungen überschüttete. Im Eingange dieser in Form eines Briefes an Tschirschnitz gehaltenen Schrift hieß es: „Es ist in meiner Anklageschrift erwähnt worden, daß es mir völlig begreiflich erscheine, daß Sie Geist und Verstand für eine Krankheit ansähen, und daher auch sich selbst so vortrefflicher Gesundheit erfreuten, daß Sie seit zehn Jahren zum **Schaden des Landes** und zum **Ruin** der **Armee** mit Zähigkeit Ihren Posten behaupten“, ferner, „daß Sie seit zehn Jahren ein **Lug-** und **Trugsystem** um die Person Sr. Majestät gewoben haben“. Um diese Beschimpfungen zu beweisen, machte Nanne den General-Adjutanten für alle Mängel, an denen nach seiner Meinung die Armee krankte, verantwortlich. Tschirschnitz's Werk und seine Schuld wäre es, daß gänzliche **Erschlaffung** und Gleichgiltigkeit im Dienste wie in der Disziplin, daneben völlige **Unselbständigkeit** und **Aengstlichkeit** vor Verantwortung seitens der Vorgesetzten darin herrschten. Er sollte „der Armee zu dem schlechtesten Gewehr verholfen haben, das bei irgend einer Infanterie in Europa zu finden ist“. Er sollte wissentlich viele unfähige Offiziere zu wichtigen Posten befördert, er sollte es verschuldet haben, daß die Mannschaften

ungenügend bezahlt würden, daß sie „zum Verhungern zu viel und zum Leben zu wenig erhielten" und was dergleichen ungereimte Behauptungen mehr sind*). „Es **fehlt** der Armee die **Erziehung** von **Oben nach Unten!** Die Armee ist aus Rand und Band, sowohl in Ausbildung, wie in Disziplin, wie in Geist und in Moral! Es ist **kein Zug** in der Armee von Oben nach Unten! Daher die Schlaffheit, die Undisziplin, der Mangel an jeder Dienstkenntnis und dienstlichem Takte! Es ist allein Ihre Schuld!" so lautet das Schlußresultat seiner Betrachtungen.

Der General-Adjutant nahm die gegen seine Person gerichteten Angriffe mit großem Gleichmut auf. „Es ist nicht anders, als wenn Einen ein Hund anp...!" äußerte er gegen einen Bekannten. Nanne aber wurde verhaftet und in das Offizier-Arrestlokal auf der Marktwache gebracht (Mitte Juli 1864).

Gleichzeitig schwebte ein höchst gehässiger Streit zwischen ihm und dem Offiziercorps der Garde du Corps, an deren Mittagstisch man ihm gestattet hatte, teilzunehmen. Fast täglich kam es infolge seiner Arroganz und Streitsucht zu äußerst peinlichen Scenen zwischen ihm und seinen Tischnachbarn, so daß der Kommandeur des Regiments schließlich das Gerücht von einer Prügelei, bei welcher Nanne den Kürzeren gezogen haben sollte, zum Anlaß nahm, um ihn aufzufordern, bis zum Ausgang der hierüber eingeleiteten Untersuchung die Messe der Garde du Corps nicht mehr zu besuchen. Nun geriet Nanne in eine unbeschreibliche Wut. Er übersandte nicht blos „dem Kommandeur in der Person des Oberstlieutenants von Hammerstein", sondern dem gesamten Offiziercorps eine Forderung „auf Säbel des Regiments Garde du Corps, Stich und Hieb", und forderte sie auf, bis zu einem bestimmten Tage ihre Sekundanten zu nennen. Als diese Herausforderung selbstverständlich bis zur Aufklärung der Angelegenheit abgelehnt wurde, übersandte Nanne dem Regimentskommandeur ein Schreiben, dessen Form und beleidigender Inhalt alle seine bisherigen Auslassungen überbot. „Für Leute, die halbwegs ihre fünf Sinne haben," so schrieb er u. a., „brauche ich nicht auszuführen, wie das vorstehend Dargelegte nicht nur ein dienstwidriges Verhalten, sondern ein sittlich gemeines und gesellschaftlich verwerfliches

*) Genau in denselben Tagen (8. Juli 1864) war der General von Tschirschnitz in der ersten Kammer energisch für die Forderung des Kriegsministeriums auf Erhöhung des Verpflegungszuschusses für die Infanterie eingetreten. (S. Hann. Landtagsblatt von 1864. Erste Kammer. Nr. 73. S. 503 ff.)

Verhalten seitens der Beteiligten dokumentiert.“ . . . „Das Kommando der Garde du Corps hat auf die bloße Anzeige eines einzigen Offiziers einseitig Partei ergriffen. Dasselbe hat durch die mir angekündigte Ausschließung von der Messe eine der schärfsten präventiven Maßregeln veranlaßt, die in analogen gemeinrechtlichen Fällen gesetzlich nur dann erlaubt sind, wenn augenscheinliche Thatsachen oder Gefahr im Verzuge vorliegen; dasselbe hat ferner dargethan, daß es nicht weniger aus Bosheit, als aus Unverstand gehandelt hat. Denn Jemand eines so beschränkten und dummen Verstandes, wie hier vorausgesetzt werden müßte, zu halten, ist ein psychologischer Widersinn; ein solcher Mensch müßte aus Rücksicht für das öffentliche Wohl eingesperrt und unschädlich gemacht werden.“

In diesem Stile ging es weiter, und es war ein glückliches Zusammentreffen, daß durch die Verhaftung Nanne's ferneren Skandalen vorgebeugt wurde. Die Untersuchung gegen ihn zog sich jedoch bei seinen spitzfindigen Antworten und ausweichenden Erklärungen monatelang hin. Dem Irrenarzt Dr. Meyer aus Göttingen, der seinen Geisteszustand prüfen sollte, setzte er konsequentes Stillschweigen entgegen. Allein schließlich erkannte er doch, daß er keine der gegen den General-Adjutanten geschleuderten Anklagen zu beweisen vermochte, und daß seine Verurteilung wegen böswilliger Verleumdung gewiß war. Diese Schmach nach seinem siegesgewissen Auftreten zu ertragen, hatte er nicht den Mut, und in der Nacht zum 6. Dezember 1864 schnitt er sich mit einem kleinen Federmesser, das er sich zu verschaffen gewußt hatte, die Schlagadern des Halses durch*).

Bei seiner Beerdigung am 12. Dezember amtierte auf Wunsch der Verwandten der Senior Bödeker als Geistlicher und hielt eine ergreifende Rede, die allgemeines Aufsehen erregte**). „Du allein, o Gott“, sagte er, „weißt auch, ob in diesem Sarge ein bewußter Empörer wider deine heilige Ordnung oder ein Verblendeter schläft; ob er mit klarem Geiste vorzeitig zu dir gegangen oder ob seine Seele umnebelt gewesen von heillosen Dämonen, ob ein edler Märtyrer oder ein Verblendeter, Ver-

*) Die Angaben über das Verhalten Nanne's während seiner Haft und sein Ende hat mir der in der Schlacht bei Brie-sur-Marne am 2. Dezember 1870 gefallene Lieutenant Basse, früher beim hannoverschen Leibregiment, gemacht. Er hatte seiner Zeit als wachthabender Offizier öfter Gelegenheit, Nanne zu beobachten und sich von ihm erzählen zu lassen.

**) Eine Abschrift dieser Rede verdanke ich der Güte des Oberstallmeisters Grafen E. von Wedel.

irrter, wenn auch nach eigener Meinung gerechter Vertreter deines heiligen Willens in diesem so reich von dir begabten Bruder von der Erde hinweggegangen." . . . Besonders aber die fernere Bitte an Gott, „daß du dem Vaterlande zum Segen gereichen lässest, was er Gutes und Rechtes erkannt und gewollt; . . . daß du sein heiliges Streben für Menschenwohl, seine mutige Auflehnung gegen wirkliche oder vermeintliche Mißbräuche und Verkehrtheiten liebevoll ansehest," verursachte höheren Ortes großes Mißfallen.

Namentlich den König verletzte es tief, daß der angesehenste Geistliche der Residenz einen Mann, der gegen seine Armee so unerhörte Verunglimpfungen ausgesprochen, wenn auch nur hypothetisch, als einen „edlen Märtyrer" bezeichnet hatte. Er beauftragte daher den Kultusminister Lichtenberg, den Senior Bödeker durch das Konsistorium amtlich vernehmen zu lassen. Dieser suchte sein Verhalten damit zu rechtfertigen, daß er die Unzurechnungsfähigkeit Nanne's nicht bezweifelt und aus dem Gesichtspunkte der christlichen Liebe gehandelt habe. Das Konsistorium wollte jedoch diese Entschuldigung nicht gelten lassen und beantragte, ihm eine Rüge wegen des Einsegnens der Leiche eines Selbstmörders zu erteilen. Allein das Ministerium sah die Angelegenheit in einem weniger strafbaren Licht und hielt es für genügend, wenn dem Pastor eine „milde Belehrung mit Vermeidung jeden Vorwurfs" und dabei das Bedauern der Oberbehörde ausgesprochen würde, daß er bei einzelnen Ausdrücken seiner Rede es an „pastoraler Vorsicht" hätte fehlen lassen*).

Damit war die Angelegenheit erledigt. Und doch konnte der König damals die volle Tragweite der Nanne'schen Auslassungen noch gar nicht ermessen. Denn nicht bloß, daß die liberale Partei darin einen Beweis für die Notwendigkeit einer Einverleibung des hannoverschen Kontingents in das preußische Heer sah, sondern auch der König Wilhelm und die maßgebenden militärischen Kreise Berlins wurden durch Nanne's herabsetzende Aeußerungen dahin gebracht, die Tüchtigkeit der hannoverschen Armee, sowie den darin herrschenden Geist zu unterschätzen und in ihr einen wenig widerstandsfähigen Gegner zu erblicken.

Am 18. Februar 1864 war die neue Ständeversammlung eröffnet worden. Die zweite Kammer trug einen gegen früher völlig veränderten Charakter. Fast alle bis dahin fern gehaltenen Koryphäen der Opposition, sowie die zurückgewiesenen Minister a. D. saßen darin. Nur in dem

---

*) Akten des königlichen Landeskonsistoriums in Hannover.

einen Falle des Obergerichtsrats Planck in Meppen hatte die Regierung von ihrer Befugnis der Urlaubsverweigerung Gebrauch gemacht. Zum Präsidenten wurde der frühere Ministerialvorstand Graf Bennigsen, zum Vizepräsidenten Landrat Neubourg gewählt. Noch bezeichnender ist die Wahl Rudolfs von Bennigsen und des Obergerichtsrats, früheren Ministers Meyer zu Generalsyndizis, und daß der König diese Wahlen anstandslos genehmigte. Ja, er ging in seinem aufrichtigen Streben nach Versöhnung so weit, daß er dem Dr. v. d. Horst, der zum zweiten Deputierten der Residenz gewählt war, die ihm „wegen Preßinjurie und deshalb erlittener krimineller Geldstrafe" vom Gesamtministerium abgesprochene Befugnis zum Eintritt in die Ständeversammlung kraft des ihm laut § 94 des Landes-Verfassungsgesetzes zustehenden Allerhöchsten Rechts wieder gewährte*). Auf eine sichere Majorität konnte indes die Regierung nicht zählen. Graf Borries rechnet, daß 42 ministeriellen Abgeordneten 48 Mitglieder der Opposition gegenüber standen.

Die Zusammensetzung der ersten Kammer war im wesentlichen die alte geblieben. Doch hatten auch entschiedene Gegner des Borries'schen Regiments, wie z. B. der Landrat von Bothmer und der Landdrost a. D. v. Marschalck, einen Sitz erhalten. Nur der Eintritt des Grafen Borries in dieselbe erregte unangenehmes Aufsehen. Vergeblich hatte ihm der König durch den Grafen v. d. Decken den Wunsch aussprechen lassen, er möge auf sein Mandat verzichten**). Er weigerte sich, zu resignieren, und der hochsinnige Monarch nahm Anstand, von der ihm durch die Ausführungsverordnung zum Staatsdienergesetz vom 15. Januar 1857 verliehenen Befugnis der Urlaubsverweigerung nun gegen deren Urheber Gebrauch zu machen.

Die erste Vorlage, welche den Ständen zuging, war der „Entwurf einer Kirchenvorstands- und Synodalordnung für die evangelisch-lutherische Kirche des Königreichs", wie er aus den Verhandlungen der Vorsynode hervorgegangen war. Nach wiederholten Kommissionsberatungen und lebhaften Debatten in den Kammern selbst gelang es endlich, die in mehreren wesentlichen Punkten anfangs weit auseinander gehenden Ansichten zu vereinigen und das Werk des Friedens zum Abschluß zu bringen. Am 9. Oktober 1864 wurde sodann das ganze Gesetz amtlich publiziert.

*) Erlaß S. M. d. Königs d. d. 3. März 1864. Ueber die Ausschließung des Dr. von der Horst vergl. II. T. 1. Abt. S. 357.

**) Notiz des Grafen Borries d. d. 1. Juli 1863.

Nicht so glücklich ging es mit dem „Entwurf über Abänderungen des Wahlgesetzes vom 6. November 1840", den die Regierung am 2. März 1864 den Ständen vorlegte. Sein Zweck war, weitgehenden Anträgen der Stände auf Aenderung der Landesverfassung vorzubeugen und die allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu beschwichtigen. Es würde zu weit führen, wenn ich auf die Einzelnheiten der Vorlage ausführlich eingehen wollte. Sie sollte hauptsächlich die Wahlen der Wahlmänner in den Städten und auf dem Lande nach rationelleren Grundsätzen regeln. In den ersteren hatte bislang die Zahl der Magistratsmitglieder das Verhältnis der Wähler im Ganzen bestimmt; denn es durften nur soviel Wahlmänner aus den Bürgervorstehern und aus den Wahlbürgern ausgelost werden, als Magistratsmitglieder vorhanden waren. Damit hatte man es zu erreichen gehofft, daß der mit einem vollen Drittel Stimmen beteiligte Magistrat auf die Wahlen im konservativen Sinne einwirkte. Man hatte aber übersehen, daß sich durch diese Vorschrift in den größeren Städten ein wahrhaft abnormer Zustand ergab. In der Residenz z. B., wo bislang 14 Magistratsmitglieder, 14 Bürgervorsteher und 14 Wahlbürger den Abgeordneten zur zweiten Kammer wählten, waren dadurch nicht weniger als $^5/_{12}$ der Berechtigten von der Wahl jeweilig ausgeschlossen*). Diesem Uebelstande sollte die neue Vorlage abhelfen. Sie bestimmte, daß an der Wahl außer den Magistratspersonen sämtliche Bürgervorsteher und alle nach einem bestimmten Census berechtigten Bürger teilnehmen sollten.

Auch das Verfahren bei der Wahl der 39 Deputierten des nicht in der ersten Kammer vertretenen Grundbesitzes war bislang ein äußerst kompliziertes gewesen. Zwar hatte die Königliche Verordnung vom 1. August 1855 das Wahlgesetz von 1840, wonach sämtliche in der Gemeinde stimmberechtigten Grundbesitzer zur Urwahl berufen werden sollten, wieder hergestellt. Allein die durch nichts gerechtfertigte Willkürmaßregel des Ministers von Borries beschränkte diese Bestimmung in der widersinnigsten Weise. Der § 9 der Ausführungs-Bekanntmachung vom 27. September 1855 berief nur diejenigen Grundbesitzer, welchen nach den vor dem Erlaß des Verfassungsgesetzes vom 5. September 1848 bestandenen Gemeinde-Einrichtungen bei den Urwahlversammlungen ein Stimmrecht zustehen würde, zur Wahlurne. Daraus ergab sich die heilloseste Verwirrung. Ueberall da, wo das Stimmrecht nach dem 5. September 1848 neu geregelt war, kam die

*) Denkschrift des Ministers Lichtenberg d. d. Anfang 1865.

Gemeinde, „wie sie jetzt leibt und lebt", nicht in Betracht, und zwar nur, „um einen Teil der Gemeindemitglieder nach dem abgestorbenen Verhältnisse einer früheren Zeit behufs der Urwahl auszuscheiden*)." Es war ein offenbarer Widersinn, die neuen Mitglieder der einen Gemeinde um deswegen von der Urwahl auszuschließen, weil in dieser zufällig das Stimmverhältnis erst nach dem 5. September 1848 reguliert, während in der Nachbargemeinde vielleicht die Regulierung bereits vor diesem Termine gelungen war. Ja noch mehr. Es ließ sich jetzt, nach 16 Jahren, vielfach gar nicht mehr feststellen, welcher Grundbesitzer vor dem gedachten Termine bereits stimmberechtigt gewesen war. Vollends groß wurde die Verlegenheit bei der nicht geringen Zahl von Gemeinden, welche überhaupt erst nach dem 5. September 1848 gebildet waren. Hier hatte man nur „durch eine neue Willkür die erste auszuführen vermocht". Es entsprach daher der Billigkeit, die wunderlich zusammengesetzte „dritte Wahlstufe" der Urwähler zu beseitigen und allen Grundbesitzern der Landgemeinden das Stimmrecht zu verleihen. Die Größe des Besitzes sollte dabei nicht in Betracht kommen, nur wer gar keinen Besitz hatte, war ausgeschlossen.

Die Vorlage fand jedoch weder bei der liberalen, noch bei der konservativen Partei allgemeinen Beifall. Den Oppositionsmitgliedern in der zweiten Kammer schienen die vorgeschlagenen Aenderungen längst nicht durchgreifend genug. Grumbrecht erklärte sogar, „er interessiere sich wenig für Wahlgesetze, so lange man an dem Prinzip der indirekten Wahlen festhalte." Miquel benutzte die Gelegenheit, sich über die Zusammensetzung beider Kammern, wie sie aus den 1855er Gesetzen hervorgegangen sei, zu ereifern. In seiner Erbitterung gegen die Ritterschaften bezeichnete er es als einen „anhaltlosen und heillosen Zustand", „wonach ein einziger Stand, Inhaber von nur fünf Prozent des Grundbesitzes, weder durch Intelligenz, noch durch sonstige in Betracht kommende Eigenschaft vor dem Bürgerstande ausgezeichnet, der Vertretung des ganzen Landes als gleichberechtigter Faktor sich gegenüberstelle**)."

In der ersten Kammer trat namentlich Graf Borries als entschiedener Gegner der Vorlage auf. Er sah darin eine ernste Gefahr für das „konservativ-monarchische Prinzip". Daß es keine Wahlreform gebe, welche unbedingt konservative Wahlen sicherte, gab er zu — aber, so

*) Denkschrift des Ministers Windthorst ohne Datum, wahrscheinlich vom Anfang 1865.

**) Sitzung der zweiten Kammer vom 2. März 1864. (Landtagsblatt Nr. 10, S. 61.)

drückte er sich aus, „je breiter die Grundlage genommen werde, desto größer sei auch die Gefahr der Agitation von destruktiven Elementen*).“ Besonders bedenklich schienen ihm die Bestimmungen über die Wahlen des platten Landes. Er rechnete aus, daß künftig anstatt 158 nicht weniger wie 2466 Wahlmänner an die Urne träten und sah die schlimmsten Folgen voraus, weil dadurch praktisch das Wahlgesetz von 1848 wiederhergestellt würde. Es gelang jedoch Borries nicht, die Majorität für seine Ueberzeugung zu gewinnen. Auch in der zweiten Kammer erlangten die gemäßigten Elemente das Uebergewicht, und am 15. Juli nahmen die Stände das Wahlgesetz mit geringfügigen Aenderungen nach den Vorschlägen der Regierung an.

Zu derselben Zeit wurde dem früheren Finanzminister, Grafen von Kielmannsegge, nachträglich eine große Genugthuung zu teil. Während der letzten Session hatten die Stände aus Parteihaß dem von ihm für Rechnung der Generalkasse eigenmächtig bewirkten Erwerb der Barsinghauser Kohlenwerke ihre Genehmigung versagt. Jetzt führte der Abgeordnete Miquel aus, daß dieser seiner persönlichen Ueberzeugung nach nicht bloß im allgemeinen Landesinteresse wünschenswert sei, sondern daß „wenn unter dem früheren Ministerium nicht so hinterhaltige Sachen getrieben wären, Stände sich wohl schon früher in der Lage befunden haben würden, den Ankauf zu genehmigen**).“ Und demgemäß erteilte der Landtag dem Kaufe seine Zustimmung.

Am 21. Juli wurden die Stände bis auf weiteres vertagt. Der König befand sich damals schon im Seebade Norderney; aber niemand zweifelte, daß er nach seiner Rückkehr das Wahlgesetz, dessen Entwurf er seinerzeit genehmigt hatte, sanktionieren würde.

In den folgenden Sommermonaten wurde das politische Interesse fast ausschließlich durch die schleswig-holsteinische Frage in Anspruch genommen. Schon in der ersten Sitzung der Stände am 18. Februar 1864 hatte Bennigsen in der zweiten Kammer den „Urantrag“ gestellt, „einen gemeinschaftlichen Ausschuß von sieben Mitgliedern jeder Kammer zu ernennen behufs schleuniger Beratung und Berichterstattung über geeignete Entschließungen der allgemeinen Ständeversammlung zur Wahrung und Durchführung der bedrohten Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein

*) Rede des Staatsministers a. D. Graf Borries d. d. 27. Februar 1864 (Hannov. Landtagsblatt Nr. 7, S. 36).

**) Sitzung der zweiten Kammer vom 26. Mai 1864 (Hannov. Landtagsblatt von 1864 Nr. 40. S. 266).

und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII." Der Antrag wurde mit allen gegen die drei Stimmen der Staatsminister Windthorst, Erxleben und Lichtenberg angenommen. Auch die erste Kammer erklärte sich nach einigen unwesentlichen Modifikationen mit diesem Beschluß einverstanden. Der Kommission lag nun die schwierige Aufgabe ob, Maßregeln ausfindig zu machen, wodurch „die gekränkten Rechte der Herzogtümer gewahrt werden könnten". Sie glaubte durch eine Adresse an Se. Majestät den König diesen Zweck am ehesten zu erreichen. Darin wurde ausgesprochen, daß, „wo der Bund berufen ist, über die verfassungsmäßigen Rechte eines Bundeslandes einen Ausspruch zu thun, das Recht und nur das Recht diesem Anspruch zu Grunde zu legen ist." .... „Und müßten denn nach dem Ratschlusse des Allerhöchsten die Rechte des deutschen Vaterlandes in blutigem Kampfe erstritten werden, so wird Ew. Majestät getreues Volk auch treu halten zu seinem Könige in diesem Kampfe für des deutschen Volkes Recht, seine Unabhängigkeit und seine Ehre." Diese Ausführungen gingen einzelnen Abgeordneten längst nicht weit genug. Miquel hätte die direkte Bitte an Se. Majestät den König um Anerkennung des Herzogs Friedrich und eine möglichst rasche Erklärung des Bundeskrieges an Dänemark gewünscht, und erging sich in heftigen Ausfällen gegen die beiden deutschen Großmächte. „Mögen doch die Regierungen," so schloß er, „ein Beispiel nehmen am Volke. Das deutsche Volk ist einig und opferbereit. Des Volkes Stimme aber ist hier gewiß Gottes Stimme. Mögen die Regierungen sie hören!"

Rebeker schlug noch pathetischere Seiten an. „Weinend ergreife der Genius der Geschichte den Griffel," sagte er, „wenn ein ganzes edles Volk im hoffnungslosen Kampfe sein Herzblut verspritze und im Bewußtsein des vollsten Rechts schnöde Ketten trage. Indessen er hielte fest an dem Glauben, daß es niemals gelingen werde, auseinander zu reißen, was Gott zusammengefügt habe durch die unzerreißbaren Bande gleicher Sprache, gleicher Sitte, gleicher Geschichte. Wenn auch die Diplomatie durch ein vergilbtes Stück Papier unsere Brüder verkauft habe, als wären sie Baumwollensäcke oder Opiumballen, so dürfe es doch niemals gelingen, sie von uns zu trennen. Das walte Gott!"

Bennigsen bewegte sich in dunkeln Andeutungen über die Politik „der Würzburger Konferenzstaaten" und sagte der Königlichen Regierung seinen Dank, daß sie einen Anschluß an die Bestrebungen einzelner süddeutscher Staatsmänner vermieden habe, „Bestrebungen, welche darauf

hinzielen, eine dritte Machtgruppe in Deutschland zu bilden, Bestrebungen, welche auf Konsolidierung einer dritten Macht, die gegen die Großmächte Front mache, gerichtet seien.“ Daß Hannover sowohl wie Kurhessen sich nicht schon vor Wochen zu Gunsten des Herzogs entschieden habe, bedauerte er jedoch.

Das Resultat der Diskussion stand von vornherein fest. Die Adresse wurde in der zweiten Kammer einstimmig, in der ersten gegen drei Stimmen angenommen. Die allgemeine Begeisterung aber war so groß, daß die zweite Kammer entgegen dem Ausschußantrag beschloß, außer der Adresse auch noch eine Anzahl von Petitionen in der schleswig-holsteinischen Frage der Regierung zu überweisen.

Wenige Tage später — am 15. März — wurden die Stände auf kurze Zeit vertagt, um den Kommissionen Muße zum Arbeiten zu geben. Während der Beratungen wurden die Führer der Opposition gewahr, daß die Minister ihren Wünschen und Forderungen längst nicht in dem Maße entgegenkamen, wie sie vorausgesetzt hatten. In dem Grafen Platen aber sahen sie ihren gefährlichsten Gegner, der seine Kollegen im reaktionären Sinne beeinflußte. Nur, wenn dieser verhaßte Mann gestürzt war, durften sie nach ihrer Meinung hoffen, der Regierung weitere Zugeständnisse abnötigen zu können. Gleich nach dem Wiederzusammentritt der Stände wurde daher ein großer Entrüstungssturm gegen ihn ins Werk gesetzt*). Mehrere neuerdings eingegangene Petitionen, „die gekränkten Rechte Schleswig-Holsteins betreffend“, gaben die erwünschte Gelegenheit, um den Minister in gehässiger Weise anzugreifen. Der Abgeordnete Miquel hatte es übernommen, gegen den Leiter der hannoverschen Politik die unerhörtesten Vorwürfe zu schleudern. Mittlerweile war Düppel gestürmt, die Londoner Konferenz zusammengetreten, und das englische Blaubuch hatte eine Menge Depeschen des britischen Gesandten in Hannover, Sir Henry Howard, veröffentlicht, worin dieser über seine Unterhaltungen mit dem Grafen Platen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit berichtete. In der Sitzung vom 30. April 1864 nahm nun Miquel daraus Anlaß, zu erklären, daß das hannoversche Volk das Ver-

*) Als einige Zeit nachher der Amtmann von Linsingen dem Obergerichtsanwalt Albrecht Vorstellungen über die ungerechte Blaubuchs-Agitation machte, erwiderte dieser: „Wir wissen sehr wohl, daß die Sache grundlos war, aber wir mußten sie treiben, um wo möglich den Grafen Platen los zu werden — mit den übrigen wollen wir schon fertig werden.“ (Immediatbericht des Regierungsassessors Meding an den König d. d. 4. August 1864.)

halten seiner Regierung schmerzlich bedauere. Zwar habe man sich bis dahin nicht der Hoffnung entschlagen, daß sie sich „trotz aller Gegensätze in ihrem Schoße doch noch auf die Seite der besseren Regierungen werfen und mit Bayern, Württemberg, Sachsen u. s. w. gemeinsam den Herzog Friedrich anerkennen und sich lossagen werde von einem Vertrage, welcher in der Zeit der Reaktion entstanden, an sich nichtig und, ohne Zustimmung der Agnaten und Stände abgeschlossen, wirkungslos sei."

„In diese zweifelhafte Stimmung des Landes, dieses Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung," so fuhr er mit erhobener Stimme fort, „ist die Veröffentlichung des englischen Blaubuchs gefallen! Und was müssen wir dort lesen!? Wir lesen, daß der Minister des Auswärtigen, Herr Graf von Platen, geradezu für die Integrität der dänischen Monarchie, für die Inkorporation der Herzogtümer in Dänemark gegen die Rechte des Herzogs Friedrich sich ausspricht. Wir müssen erleben, daß auch kein Wort von deutschem Patriotismus, von deutschem Rechtsgefühle in den Unterredungen des Herrn Grafen sich findet. Wir müssen es ansehen, wie der englische Gesandte gleichsam wie ein Gläubiger in unserm Vaterlande erscheint, um die Beitreibung einer Schuld zu erwirken und den säumigen Schuldner zu seiner Pflicht anzuhalten, zu zwingen, wie ferner der hannoversche Minister Herr Graf von Platen gleichsam wie ein Schuldner auftritt, der zwar seine Schuld nicht leugnet, aber befürchtet, daß es bekannt werde, welche böse Schuld er kontrahiert."

Zum Beweise dieser schweren Anklagen gab dann Miquel eine wahre Blumenlese aus den englischen Depeschen zum besten, aus denen sich aber nur ergiebt, daß er von dem internationalen Verkehr zwischen Diplomaten und der Art, wie politische Angelegenheiten zwischen ihnen verhandelt zu werden pflegen, eine etwas unklare Vorstellung hatte. Was läßt sich z. B. dagegen einwenden, daß Graf Platen mit dem englischen Gesandten in dem Wunsche übereinstimmte, die Ausführung der Exekution gegen Dänemark, wenn sie notwendig werden würde, so einzurichten, daß sie keinen größeren Konflikt herbeiführte? War es nicht vollkommen der Sachlage entsprechend, wenn Graf Platen nach dem Tode des Königs Frederik VII. sich bereit erklärte, alle Verpflichtungen zu erfüllen, welche Hannover durch seinen Beitritt zu dem die Erbfolge für die ganze dänische Monarchie regelnden Vertrage vom 8. Mai 1852 eingegangen sei? Außerdem hatte er aber dabei ausdrücklich hinzugefügt, daß von einer Vermittelung nicht länger die Rede sein könne und die Bundesexekution ihren vollen Fortgang nehmen müsse. Ferner ließ sich kaum bestreiten,

daß nur dadurch, daß der Bundestag die Angelegenheit selbst kräftig in die Hand nahm, eine gefährliche Volksbewegung in Deutschland verhindert werden konnte. Völlig unverständlich ist es weiter, wenn Miquel dem Grafen Platen vorwirft, er habe sich von dem englischen Gesandten Vorhalte machen lassen, „deren man sich in seiner Seele schämen müsse". Und um was handelte es sich? Sir Howard hatte dem Minister geraten, dem Volke gegenüber ehrlich zu sein, offen zu erklären, daß man sich durch das Londoner Protokoll gebunden erachte. Auf diesen Wunsch war Graf Platen nicht eingegangen, weil er fürchtete, daß sich die gegenwärtige Aufregung in eine revolutionäre Bewegung verwandeln könnte, wenn das Publikum erführe, daß Hannover seinerzeit dem Vertrage vom 8. Mai 1852 beigetreten sei.

Besonders verwerflich endlich däuchte es Miquel, daß es in der Frage, ob Exekution oder Okkupation, Hannover sein Votum in Uebereinstimmung mit Oesterreich und Preußen abgegeben hatte. Aus alledem schien ihm ein den Rechten Schleswig-Holsteins entschieden feindseliger Geist zu sprechen. „Und was das Schlimmste ist," sagte er, „stimmen nicht in höchst bedenklicher Weise die verschiedenen Akte unserer Regierung beim Bunde: die begünstigte Exekution statt der Okkupation, die verschleppte Abstimmung über die holsteinische Erbfolgefrage, die verzögerte Berufung der Stände der Herzogtümer mit den Auslassungen des Grafen Platen überein und empfangen sie nicht, wenn man mit ihnen den Inhalt jener Unterredungen mit dem englischen Gesandten vergleicht, ihr deutliches, widrig falbes Licht?!"

Und dann ging er auf den Kernpunkt der ganzen Angelegenheit über. „Gewiß werden auch die Herren unserer Regierung," fuhr er fort, „die — er sage vielleicht — mit dem Grafen Platen in jener unglückseligen Auffassung nicht einverstanden seien, es für Pflicht erachten, der ihnen obliegenden schweren Verantwortlichkeit dadurch gerecht zu werden, daß sie ihre eigene Ueberzeugung rückhaltlos vor dem Lande darlegen. Der Zweck seines Antrags sei indes nicht, Mißtrauen gegen die jetzige Gesamtregierung auszusprechen. Dies liege ihm um so ferner, je wahrscheinlicher durch die Depeschen selbst ein vorhandener Dissens zwischen dem Grafen Platen und den übrigen Mitgliedern gemacht sei. Die Gesamtregierung setze er nach den gemachten Enthüllungen ausdrücklich entgegen dem entdeckten und enthüllten Grafen Platen. Einen solchen Unterschied rechtfertige ferner die hohe Meinung, welche gewiß mit Recht das Land von dem Ehrlichkeits- und Rechtsgefühle der übrigen Minister

hege, während Graf Platen, der seinerzeit alle Akte der vergangenen Reaktionsperiode mit seinem Namen zeichnete, an Vertrauen im Lande schwerlich viel zu verlieren habe."

Lautes Bravo belohnte den Redner, als er seine Philippika schloß. Sein Gesinnungsgenosse Redeker aber sprach ihm seinen besonderen Dank für den auch mit gelegentlichen Ausfällen gegen Zimmermann gewürzten „unumwundenen" Vortrag aus. „Nur deshalb", meinte er, „sei das allgemeine Vertrauen zur Regierung nicht in den Grundfesten erschüttert, weil man bei diesem heillosen, ja entsetzlichen Gräuel die Mehrzahl der Minister nicht für beteiligt halte." „Alle Wasser der Sündflut," so schloß er, „würden nicht ausreichen, den Schandfleck wegzuwaschen, den die schleswig-holsteinische Frage auf Deutschland geladen."

Diesen Anschuldigungen gegenüber hatte Windthorst als Vertreter der Regierung einen schweren Stand. „Er wundere sich," sagte er, „daß ein Jurist auf die Berichte eines fremden Gesandten hin eine so fulminante Anklage habe gründen mögen. Lediglich um einseitige Berichte handle es sich, die, der offiziellen Form entbehrend, auf Mißverständnissen beruhen müßten, umsomehr, da sie vielfach mit den im Gesamtministerium geäußerten Anschauungen des Grafen Platen in geradem Widerspruch ständen."

Aber was half's, daß er ein völliges Einverständnis unter sämtlichen Mitgliedern der Regierung in dieser Frage konstatierte, daß er darauf hinwies, wie im wesentlichen durch die Haltung Hannovers in der Exekutionsangelegenheit die Einmischung fremder Staaten verhütet sei, daß Hannover allein die Entscheidung am Bundestage nicht zu dekretieren habe; er erzielte keinen Erfolg. Müller, Neubourg, Albrecht, Ellissen, alle Führer der Liberalen, beharrten bei der Ansicht einer unpatriotischen Politik des Grafen Platen und verlangten die schleunige Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII. Ganz besonders energisch aber trat Bennigsen für seinen Parteigenossen Miquel ein. „Gegenüber der dunkeln Folie des Herrn von Platen," sagte er, „hebe sich selbst die Gestalt des Herrn von Bismarck in lichter Glorie ab, strahlend von Männlichkeit und Patriotismus." Hannover habe dazu beigetragen, die Frage zu verschleppen. Denn von den 16 Stimmen am Bunde seien fortwährend 7 ganz fest gewesen für das Recht des Herzogs von Augustenburg; durch den Zutritt Hannovers wäre also die Majorität dafür gewonnen gewesen. Hannovers Bedeutung sei daher von dem Minister sehr niedrig angeschlagen.

„Wenn aber in Deutschland gar nichts geschehe, als was die Großmächte wollten, wenn die übrigen Staaten immer unthätig blieben, immer zur Seite ständen, so müsse das eine bedenkliche Wirkung auf ihre eigene Existenz und Sicherheit ausüben. Wenn die Mittelstaaten kein Gewicht hätten, so liege der Grund nur in ihrer eigenen Schwäche und Furcht. So lange die Regierung sich auf orakelhafte Aussprüche beschränke, müsse die Ständeversammlung um so deutlicher ihrer Ueberzeugung Ausdruck verleihen. Gelinge es nicht, in diese Sache endlich Klarheit zu bringen, so besorge er, daß das Band zwischen diesem Ministerium und dem Lande sich lockern und zerreißen werde."

Abermals versuchte Windthorst den Gegnern klar zu machen, daß Hannover da, wo die mächtigsten Regierungen erklärten, noch nicht abstimmen zu können, sich für die Vertagung deshalb ausgesprochen habe, um einen Riß in Deutschland zu vermeiden. Er sei überzeugt, nur das vereinte Deutschland könne das erreichen, was die Mehrheit der Abgeordneten wünschte. Vergeblich wies er darauf hin, daß, wenn man mit dem Kopfe durch die Wand wolle, man zuvor die Zahl der Armeen vergleichen möge — er fand kein Gehör.

Oppermann glaubte sogar, daß, wenn man das Spiel von 1851 wiederholen wolle, die Urheber derartigen Frevels durch nichts den revolutionären Elementen so kräftig in die Hände arbeiten würden, als durch solchen Verrat. Dabei erinnerte er an das Wort, welches sein alter Lehrer Dahlmann im Jahre 1849 gesprochen habe: „Wenn nochmals eine Flut käme und die Wasser sich verlaufen hätten, so würde man die Reste der alten Monarchien in den Grabgewölben ihrer Dynastien suchen müssen."

Das Resultat der Abstimmung war danach nicht zweifelhaft. Mit großer Majorität wurde der Antrag Miquels angenommen. Er charakterisiert sich als ein scharfes Tadelsvotum gegen die auswärtige Politik Hannovers und ihren Leiter. Die Petitionen in Sachen Schleswig-Holsteins sollten der Regierung mit dem Hinweis überreicht werden, daß die Stände deren zögernde und nie ganz klare Politik mit einiger Besorgnis betrachteten und die Hoffnung aussprächen, daß sie sich von dem „an sich nichtigen und jedenfalls wirkungslosen Londoner Vertrage lossagen und den Herzog Friedrich anerkennen möge."

„Um so schmerzlicher," so lautet der Antrag weiter, „ist das Erstaunen des ganzen Landes über den Inhalt des dem englischen Parlamente vorgelegten Blaubuchs, wonach der Minister der Auswärtigen An-

gelegenheiten, Herr Graf von Platen, in seinen vertraulichen Unterredungen mit dem englischen Gesandten sich rücksichtslos für die Integrität der sogenannten dänischen Monarchie und gegen die Successionsrechte des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ausgesprochen haben solle und die bedauerlichsten Ansichten und Intentionen in dieser heiligen Sache kund gegeben haben würde."

„Stände halten es deshalb für ihre heilige Pflicht, dem allgemeinen Bedauern und Mißmut des Landes über diese Dinge Ausdruck zu geben, und die Königliche Regierung dringend zu ersuchen, schleunigst offen sich darüber zu erklären, ob und inwiefern der Inhalt jener im Blaubuch enthaltenen Depeschen in der Wahrheit begründet ist, und in allen Fällen nicht nur die große Besorgnis des Landes durch die endliche, offene Darlegung des wahren Standpunktes der Königlichen Regierung selbst in der schleswig-holsteinischen Sache zu zerstreuen, ... sondern unzweifelhaft klarzustellen, daß die Königliche Regierung den nach den erwähnten Depeschen von dem Herrn Grafen von Platen eingenommenen Standpunkt in keiner Weise billigt*)."

Die Verhandlungen der ersten Kammer nahmen einen wesentlich anderen Verlauf. In der Sitzung vom 10. Mai, wo der Beschluß der zweiten Kammer auf der Tagesordnung stand, verlas zunächst der Minister von Hammerstein zwei Erklärungen. In der ersten lehnte es die Regierung mit voller Entschiedenheit ab, „über den Inhalt einseitiger und in keiner Weise beglaubigter Berichte auswärtiger Gesandten aus deren Unterredungen mit einzelnen Mitgliedern des Königlichen Ministeriums in irgend welche Erörterungen einzutreten". Die zweite gab er im Auftrage seines „verehrten Kollegen", des Grafen Platen, ab. Darin bestritt dieser, daß die dem englischen Parlamente vorgelegten, von ihm nicht verifizierten Berichte des Gesandten ein vollständiges oder richtiges Bild von den stattgehabten Unterhaltungen gäben.

„Berichte über die mehrfach erfolgte entschiedene Wahrung des deutschen Rechts", so fährt die Erklärung wörtlich fort, „und die energische Zurückweisung versuchter Einwirkung auf die innere Landesverwaltung, wie über den Ausdruck der Ueberzeugung des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, daß nur durch Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark ein dauernder Friede erreichbar sein werde, fehlen gänzlich und die vorgelegten Berichte, die nur Aus-

*) Vergl. über diese Verhandlungen das „Hannoversche Landtagsblatt" von 1864, Nr. 23, S. 129 ff.

züge sind, enthalten in den wesentlichsten Punkten eine irrtümliche Auffassung und Mißverständnisse."

Mit der Ablehnung jeglicher Verantwortlichkeit des Ministers für diese Berichte und dem Hinzufügen, daß er gegen jede Beurteilung der hannoverschen Politik auf Grund derselben Verwahrung einlegen müsse, schloß das Aktenstück.

Dessen Verlesung aber machte durchaus nicht den erwarteten Eindruck. Im ganzen Hause gab sich ein tiefgehendes Mißtrauen gegen die Politik der Regierung und — gegen die Wahrheitsliebe des Grafen Platen kund. Man fand die Erklärung des Ministers längst nicht bestimmt und deutlich genug und meinte, daß sie im wesentlichen nur Negatives enthielte. Ja, ein Redner verwahrte sich entschieden dagegen, den Grafen völlig frei zu sprechen. Indessen hielt man es doch bei der regierungsseitig abgegebenen Erklärung, daß nach ihrer Ueberzeugung „nur durch die volle politische Selbständigkeit der Herzogtümer ein dauernder Friede gesichert werden könne", angemessen, keine Adresse zu erlassen, sondern sich auf den „Uebergang zur motivierten Tagesordnung" zu beschränken*).

Die Ausgleichung zwischen den widersprechenden Beschlüssen beider Kammern mußte also einer Konferenz überlassen werden, die zu einem ganz unerwarteten Ergebnisse kam. Entgegen dem früheren Beschluß schlug sie nun vor, die eingegangenen Petitionen der Regierung mit dem Zusatz zu übersenden, Stände könnten die Bemerkung nicht unterdrücken, „daß die Erklärung des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten in ihrer Allgemeinheit und Unbestimmtheit nicht genüge, rücksichtlich der von demselben wirklich befolgten Politik die Besorgnisse des Landes zu beseitigen". Es gelang jedoch dem Minister von Hammerstein, der energisch für seinen Kollegen eintrat, die Verwerfung des Konferenzvorschlages, dessen Annahme namentlich der General-Syndikus von Lenthe befürwortete, durchzusetzen. Insbesondere machte es einen tiefen Eindruck, als er erklärte, „die Regierung habe sich den Bestrebungen der beiden deutschen Großmächte und des Bundesvertreters völlig angeschlossen, welche dahin gehen, die Lostrennung der Herzogtümer von der dänischen Krone und deren ungetrennte Vereinigung unter der erblichen Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg herbeizuführen". Demgemäß wurde die

*) S. „Hannoversches Landtagsblatt" von 1864 Nr. 29, Sitzung vom 10. Mai und Nr. 31 vom 12. Mai 1864.

Zurückverweisung des Antrages an eine verstärkte Kommission beschlossen*).

In der zweiten Kammer hatte man sich mittlerweile überzeugt, daß der erste Antrag bei der durch die abgegebene Erklärung veränderten Sachlage nicht mehr passe, und man kam schließlich überein, es bei dem Beschlusse eines Ueberganges zur motivierten Tagesordnung bewenden zu lassen. Auch Bennigsen trat dafür ein, glaubte aber daneben, „daß — möge die frühere Haltung des Grafen Platen gewesen sein, welche sie wolle — die ganze Behandlung der Angelegenheit für diesen Herrn eine heilsame Lehre gewesen sein, und daß er sich hüten würde, selbst wenn er im Herzen noch ähnliche Tendenzen nähren sollte, deren Ausführung zu versuchen**)."

Bald nachher wurde jedoch dem Minister durch die Abberufung des englischen Gesandten, an dessen Stelle der Jugendfreund des Königs, Sir Charles Wyke, trat, eine glänzende Genugthuung zu teil.

Und nun wurde es offenbar, wie verhängnisvoll es gewesen war, daß der Graf von Borries, im wesentlichen durch seine eigene Stimme, (S. o. S. 53) sich einen Sitz in der ersten Kammer errungen hatte. Auf den König hatten seine Reden in der Wahlgesetzdebatte einen tiefen Eindruck gemacht. Es war ihm aus der Seele gesprochen, daß sein früherer Minister in der Vorlage eine Gefahr für das „monarchisch-konservative Prinzip" sah und erklärte, er halte die vorgeschlagenen Aenderungen politisch für sehr bedenklich, er erblicke darin den Uebergang zur breiten demokratischen Grundlage. Für den inneren Frieden würde nach Borries' Meinung nichts erreicht, sondern nur der Erfolg zuwege gebracht, daß die Oppositionspartei immer mehr Mut fasse zu weiter gehenden Forderungen. Hatte doch in der zweiten Kammer der Abgeordnete Ellissen ausdrücklich erklärt, daß er die Vorlage gewissermaßen nur als Abschlagszahlung acceptiere und sich Anträge auf eingreifendere Verfassungsänderungen, namentlich in Bezug auf die Bildung der ersten Kammer und die Ausscheidung der Domänen, vorbehalte***).

---

*) Vergl. die Verhandlungen vom 6. Juni 1864 in der ersten Kammer im „Hannoverschen Landtagsblatt" Nr. 45, S. 276 ff.

**) Hannoversches Landtagsblatt Nr. 55. Zweite Kammer. S. 399.

***) Hannoversches Landtagsblatt Nr. 69. Sitzung der ersten Kammer vom 4. Juli 1864. S. 472 ff.

Daß bei dem Könige durch diese Reden erhebliche Bedenken über einzelne Punkte des Wahlgesetzes erweckt wurden, und er deshalb zögerte, es zu sanktionieren, ist begreiflich genug. Unglücklicherweise ließ er sich aber verleiten, den Landdrosten Wermuth zur Abgabe eines Gutachtens in dieser Angelegenheit aufzufordern, und dieser unheilvolle Mann stimmte im wesentlichen den Ausführungen seines Gesinnungsgenossen Borries zu. Er hielt es für bedenklich, in den Städten den Einfluß der Kopfzahl maßgebend zu machen, wodurch der Magistrat den anderen Wahlfaktoren gegenüber in eine „völlig unterworfene Stellung" gebracht würde.

Bei den Wahlen auf dem Lande fürchtete er, daß durch den Ausfall der dritten Wahlstufe die Einwirkung der Beamten und sonstigen Vertrauensmänner der Regierung in bedenklicher Weise erschwert werden würde. Er meinte, bei den großen Wählerversammlungen fiele die Möglichkeit der Kontrolle fort. „Eine sehr große Menge von Wählern würde aus Furcht vor dem Terrorismus der Demokratie ein doppeltes Spiel spielen, und eine stets steigende Zahl von Personen, welche nicht den konservativen und besitzenden Klassen zugezählt werden können, das Wahlrecht erhalten. Diesen aber würde bei aufgeregten Zeiten und bei thätiger Agitation der Demokratie der Ausfall der Wahl in die Hände gegeben werden*)."

Den Ministern war es nicht entgangen, welchen ungünstigen Eindruck die in den Kammern geäußerten Bedenken gegen das von ihnen entworfene Gesetz auf den König gemacht hatten. Ganz besonders aber erfüllten die ihnen mitgeteilten Bemerkungen Wermuth's sie mit schweren Besorgnissen für das Schicksal der Vorlage. Windthorst und Lichtenberg suchten daher die erhobenen Einwürfe in ausführlichen Denkschriften zu widerlegen. Sie wiesen nach, daß der bisherige Wahlmodus in den Städten durchaus nicht den Beweis dafür erbracht habe, daß die Magistratspersonen die Wähler im konservativen Sinne beeinflußten. Bei ihnen selber läge vielmehr in den meisten Städten „die intensivste Kraft der Opposition". Sie wären auf Lebenszeit gewählt, hätten also von der Regierung nichts mehr zu fürchten und zu hoffen. Nicht anders wäre es auf dem Lande. Die Behauptung, daß die Königliche Regierung auf die kleineren Versammlungen der Vorwähler leichter einwirken könne, wurde als völlig irrig widerlegt. Es sei ferner eine große Täuschung,

---

*) Denkschrift des Landdrosten Wermuth ohne Datum, wahrscheinlich vom Herbst 1864.

entwickelte der Minister Windthorst, wenn man den Reichtum als die sicherste Basis konservativer Gesinnung betrachte, wenn man annehmen wolle, daß diese sich an eine bestimmte Hufenzahl binde. Gerade die reichen ländlichen Abgeordneten aus der Elb- und Wesermarsch hätten ebenso, wie die Abgeordneten des dritten Standes Ostfrieslands regelmäßig zur Opposition gehört. Sie wären, schon weil sie ihr sozial näher ständen, den Einwirkungen der Demokratie weit mehr ausgesetzt als die kleineren Grundbesitzer. „Sie hätten mehr Zeit und Geld, die benachbarten großen Städte aufzusuchen und zu Hause die Zeitungen zu studieren und würden daher sicher weniger konservativ sein als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts seinem Acker eine zwar bescheidene aber sichere Existenz abgewinnt, und keine Zeit und kein Geld erübrigt, um aus unverdauten Reden und schlechtverstandener nivellierender Litteratur verkehrte Anschauungen gewinnen zu können*).“

In ähnlicher Weise trat der Minister Lichtenberg für die Aufrechterhaltung des Gesetzes ein. Beide warnten energisch davor, nicht im Lande den Glauben zu erwecken, als ob Gesetzesvorlagen nicht vor ihrem Einbringen bei den Ständen nach allen Seiten reichlich geprüft wären. Sie machten darauf aufmerksam, daß das Gesetz mit ausdrücklicher Genehmigung des Königs entworfen war und daß dieser in der Thronrede dessen Vorlage feierlich angekündigt habe; allein Monat auf Monat verging, ohne daß die vom ganzen Lande sehnlichst erwartete Publizierung des Gesetzes erfolgte.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Ursache dieser ablehnenden Haltung des Königs zumeist in dem geheimen Einflusse des Regierungsassessors Meding sucht**). Diesem intriguanten Manne war es noch vor dem Ministerwechsel gelungen, sich aus seiner bescheidenen Stellung bei der Landdrostei zum Referenten für Preßangelegenheiten beim Gesamtministerium emporzuarbeiten. Nun wurde täglich während der Vormittagsstunden aus den einlaufenden Zeitungen ein nach Materien geordneter politischer Tagesbericht angefertigt und in metallographierten Abzügen dem Könige und sämtlichen Ministern überreicht. Dem Monarchen gefielen die Leistungen Meding's auf diesem Gebiete außerordentlich, und in der That hat es niemand besser verstanden, den Allerhöchsten Gedankengang im voraus zu erraten und zum

*) Denkschrift des Ministers Windthorst vom Herbst 1864.

**) Für das folgende vergl. O. Meding, „Memoiren zur Zeitgeschichte“ I. T. S. 266 ff.

Ausdruck zu bringen. Seine Broschüre über „die Politik der Königlich hannöverschen Regierung in der deutsch-dänischen Frage“, die im Sommer des Jahres 1864 erschien und überallhin verbreitet wurde, erregte allgemeines Aufsehen und wurde namentlich von der Augustenburgischen Presse auf das Heftigste angegriffen.

Auf das Selbstgefühl des Königs dagegen machte die Behauptung, daß „ohne die unerschütterliche Festigkeit der Königlich hannöver'schen Regierung weder die Einmütigkeit Deutschlands bewahrt, noch der allseitig unanfechtbare Weg des strengen Rechts innegehalten worden wäre*)“, einen tiefen Eindruck. Nach dem Rendsburger Zwischenfalle veranlaßte Meding sogar die Veröffentlichung eines von Sr. Majestät fast wörtlich diktierten Artikels in der Kreuzzeitung. Darin war die Notwendigkeit betont, trotz aller momentanen Irrungen an der Tradition Friedrichs II. und an dem historischen Bündnis mit Preußen festzuhalten**).

Wenn sich nun Meding darauf beschränkt hätte, die äußere und innere Politik Hannovers in der Presse zu vertreten, so wäre dagegen nichts zu erinnern gewesen. Allein der Umstand, daß der König sich die Leitung des Gesamtministeriums vorbehalten hatte, brachte es mit sich, daß er ihm über Preßangelegenheiten persönlich Vortrag halten mußte. Dadurch erhielt „seine Stellung zu ihm, die bisher eine rein außerdienstliche Vertrauenssache gewesen war, einen offiziellen Boden“. Diesen Umstand wußte Meding vortrefflich auszunutzen. Sein hervorragendes Unterhaltungstalent kam ihm zu Hilfe und die fast täglichen Konferenzen mit dem Könige brachten es nach und nach dahin, daß er auch politische Themata berühren durfte, die nicht zu seinem eigentlichen Ressort gehörten. So gewöhnte sich Georg allmählich daran, ihn bei den allerintimsten Regierungsangelegenheiten ins Vertrauen zu ziehen, und fast alle wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik mit ihm durchzusprechen.

Meding aber erkannte bald, daß es für ihn von Vorteil war, die Ansichten des Monarchen über Personen und Dinge stets zu den seinigen zu machen, um so mehr, da er mit den inneren Verhältnissen des Landes nur sehr unvollständig bekannt war. Die Minister dagegen hatte es verletzt, daß er häufig, ohne ihnen davon Kenntnis zu geben, dem König

*) „Die Politik der Königlich hannöverschen Regierung in der deutsch-dänischen Frage.“ S. 28.

**) Meding a. a. O. I. T. S. 321 ff.

über Preßangelegenheiten Vortrag hielt und von ihm direkte Befehle über die Behandlung der Sache erwirkte. Sie hatten es für unter ihrer Würde gehalten, den untergeordneten Preßagenten als einen maßgebenden Faktor im Rate des Königs anzusehen, und waren ihm — mit Ausnahme des Grafen Platen — nicht mit den Rücksichten begegnet, auf die er Anspruch zu haben glaubte. Auch ihre Achtung vor seinem Charakter war nur eine sehr geringe. Windthorst, dem man wohl einige Menschenkenntnis zutrauen kann, äußerte einmal im Herbst 1863 gegen den Archivrat Klopp: „Dieser Mensch ist im stande, Ihnen das Haus über dem Kopfe anzuzünden*).“

Was ist also natürlicher, als daß der schlaue Mann, schon um sich selbst in der Allerhöchsten Gunst zu behaupten, gelegentlich Andeutungen über die mangelnde politische Zuverlässigkeit der Minister fallen ließ und dadurch das Vertrauen zu ihnen untergrub. Mit großem Geschick nährte er die Besorgnis des Königs, daß sie auf der schiefen Ebene des Liberalismus immer weiter herabgleiten und zu Zugeständnissen genötigt sein würden, welche seine monarchische Gewalt erschütterten. Er bewies ihm, daß die Minister ihn absichtlich über die Bedeutung des Wahlgesetzes getäuscht, daß sie es ihm lediglich als eine prinzipiell bedeutungslose und nur zur Erleichterung des Wahlverfahrens dienende Modifikation dargestellt hätten, während sie gleichzeitig der Opposition gegenüber die Maßregel als eine politisch liberale bezeichneten. Insbesondere beschuldigte er den Minister von Hammerstein, er habe einem Organe des Nationalvereins Subventionen dafür zugewandt, daß es den Grafen Platen in gehässiger und bitterer Weise angriffe**).

Allgemeines Mißfallen aber erregte es im Lande, daß Meding fast regelmäßig nicht bloß an den Konferenzen mit einzelnen Ministern, sondern auch an den Konseils als votierendes Mitglied teilnahm, und nicht mit Unrecht sah man, und zwar nicht allein in der Oppositionspresse, in seinem geheimen Einflusse die Ursache, daß manche liberale Maßregeln, die man erwartet hatte, unterblieben. Denn gewöhnlich war der König durch seine vertrauten Erörterungen mit Meding bereits vor der offiziellen Beratung zu einer ganz bestimmten Ansicht gelangt. Dieser Umstand gab den Debatten von vornherein ein ganz eigentümliches Gepräge. Georg bediente sich der dialektischen Gewandtheit seines Günstlings, um im Konseil seiner eigenen Willensmeinung zum Siege zu verhelfen, oder wenigstens,

*) Mitteilung des Hofrats Dr. Klopp d. d. Dezember 1898.

**) Meding a. a. O. I. S. 281 ff.

darauf fußend, seine definitive Entscheidung hinauszuschieben. Es war, wie Zimmermann sagt*), längst bei ihm zur vorwaltenden Neigung geworden „die Leute aus zweiter, dritter und vierter Linie zu Rate zu ziehen, mit ihnen die Sachen vorweg zu bereden und durch gegebene Zusicherungen ꝛc. zu entscheiden, ohne den Minister vorher zu hören, so daß man alle Minuten in der Lage ist, gegen den König anzugehen, oder nachzugeben, um ihn nicht zu kompromittieren". In den Konseils, wo der Monarch mit großer Sicherheit und Gewandtheit die Verhandlungen leitete, hatte nun Meding als der jüngste die Aufgabe, zuerst sein Votum abzugeben. Es war aber durchaus nicht seine eigene Meinung, die er aussprach und mit schlagenden Gründen zu belegen suchte, sondern die ihm bekannte und längst feststehende Ansicht des Königs. Dadurch glaubte dieser dem Nachteile vorzubeugen, daß sich jemand durch eine von ihm etwa vorab ausgesprochene Ansicht in der freien Aeußerung seiner Gedanken und Gründe beirren und einschüchtern ließe. Und in der That ließen diejenigen, die nicht wußten, daß eigentlich die Allerhöchste Meinung diskutiert wurde, sich dadurch oft bewegen, auf die von Meding verteidigten Sätze in energischerer Weise zu replizieren, als sie es vielleicht gethan haben würden, wenn sie den wahren Sachverhalt gekannt hätten. Eingeweihte freilich, wie Graf Platen, hüteten sich wohl, sich durch zu entschiedenen Widerspruch gegen die Aeußerungen des gewandten Günstlings die Finger zu verbrennen.

Dabei täuschten die „gefährlichen und mißbeliebten Subjekte (Wermuth, Schow, Meding ꝛc.)," wie Zimmermann sagt, den König geflissentlich über die wahre Stimmung im Lande. Am 20. Dezember 1863 besuchte er mit dem Kronprinzen Hildesheim, um der feierlichen Konsekration der auf Königliche Kosten restaurierten altehrwürdigen St. Godehardi-Kirche beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit hatte der Landdrost Wermuth alles Mögliche gethan, um ihm einen festlichen Empfang zu bereiten. Berittene Einwohner der Provinz begleiteten ihn auf dem Hin- und Herwege, und abends arrangierte man einen glänzenden Fackelzug. Wermuth aber und seiner Gemahlin ward die hohe Ehre zu teil, ihn in ihrem eigenen Hause empfangen und bewirten zu dürfen. Alle die Zeichen „fester und treuer Anhänglichkeit"**) aber machten auf den König einen so

*) Denkschrift Zimmermanns über „die Lage und notwendigen Ziele des Ministeriums", geschrieben zur Orientierung für den Minister Windthorst nach dessen Amtsantritt im Dezember 1862.

**) Telegramm des Königs an den Landdrosten Wermuth d. d. 20. Dezbr. 1864.

nachhaltigen Eindruck, daß er noch nach Jahresfrist bei der Wiederkehr des Tages dem Bischof, dem Festkomitee und ganz besonders dem Landdrosten telegraphisch seinen wärmsten Dank aussprach.

Ein ähnlicher Anlaß, die Einweihung der restaurierten St. Salvatoris-Kirche, bewog den König, im November 1864 der Bergstadt Zellerfeld einen Besuch abzustatten. Zugleich nahm er dort an einem Logenfeste teil, wo man seine Gegenwart mit einem überschwenglichen, aber gut gemeinten Gedichte feierte*).

Während des Winters 1864/65 trat es immer deutlicher hervor, daß geheime Einflüsse in der Umgebung des Königs die Thätigkeit der neu eingetretenen Mitglieder des Kabinetts paralysierten. Vergeblich bemühten sich die vier Minister Windthorst, Hammerstein, Erxleben und Lichtenberg, eine Königliche Entscheidung in der Wahlgesetzfrage herbeizuführen. Georg wich allen Erörterungen über diese Angelegenheit absichtlich aus, und gab ihnen nicht undeutlich zu verstehen, daß ihm jedes

*) Ich kann es mir nicht versagen, einige Strophen dieses wundersamen Poëms der Vergessenheit zu entreißen:

„Die heilige Flamme herzinniger Liebe
Durchglühet des Maurers hochwogende Brust,
Wenn Brüder sich nahen mit herzlichem Triebe,
Die Bruderhand drückend in Leid und in Lust.

Doch heute, o Muse, wo finde ich Worte,
Damit ich dem Innern kann Ausdruck verleihn?
Ja, heute da klopft's an des Herzens Pforte,
Und seliger Jubel kehrt bei uns ein.

Denn Brüder, der Bruder vom Throne der Welfen
Stieg huldreich zu uns in die Hütte hinab,
Um uns an dem Tempel der Wahrheit zu helfen,
Der lichtvoll einst strahlet weit über das Grab.

O Brüder! Ihr wißt ja das Glück zu erkennen,
Daß heute der edelste Fürst bei uns weilt:
Der Bravste der Braven, den Bruder wir nennen,
Dem jeder sein Herzblut zu bringen sich eilt.

Den frommen Protektor, den Stolz unseres Bundes,
Den mildesten Herrscher verehren, ist Lust,
Zu schwach ist jedes Wort unseres Mundes,
Wenn ungestüm woget das Herz in der Brust.

weitere Drängen zu einem Entschluß unerwünscht sei. Die Minister dagegen waren sich längst klar darüber, daß sie mit dem Gesetz stehen oder fallen mußten. Sie stellten ihrem Königlichen Herrn daher ihre Portefeuilles für den Fall, daß er dessen Ablehnung beschließen sollte, zur Verfügung. Allein dem Monarchen wäre eine Ministerkrisis in diesem Zeitpunkte äußerst unerwünscht gewesen. Jedenfalls hätte er sich nur höchst ungern von Windthorst getrennt, dessen Wirksamkeit als Justizminister er wohl zu schätzen wußte. Er ließ diesem daher durch den General von Brandis eröffnen, daß er ihn möglichst für sein Ressort zu behalten wünsche und daß er sich das Vertrauen Seiner Majestät sichern könne, wenn er die Wahlangelegenheit nach dem Allerhöchsten Willen lenke*). Windthorst aber war durchaus nicht gewillt, sich von seinen Kollegen zu trennen. Die Angelegenheit blieb also in der Schwebe; denn die Minister konnten wochenlang nicht zum mündlichen Vortrag gelangen. Als nun aber die Stände durch Königlichen Erlaß auf den 30. März einberufen wurden, hielten sie es für ihre Pflicht, dringende Vorstellungen wegen der Nichtvollziehung des Wahlgesetzes zu erheben.

In ziemlich gleichlautenden Schreiben machten sie den König auf die inneren und äußeren Gefahren aufmerksam, welche die weitere Hinausschiebung der Publikation über das Land heraufbeschwören würde. Ganz besonders energisch wies Hammerstein darauf hin, daß „in dem Augenblicke, wo die Mittelstaaten durch offene und geheime Angriffe auf die ihnen gebührende Macht schon in die schlimmste Lage gebracht werden, und ganz besonders Hannover bei Operationen des großen Nachbarstaats als nächste Konsequenz so bedenklich ins Auge gefaßt wird", es nicht an der Zeit sei, „durch die Meinung, daß das nicht gewährt werde, was feierlich angekündigt und angenommen ist", die Gemüter von sich abzuwenden. Er warnte davor, „damit die Kraft der Krone zu schwächen, die den auswärtigen Ereignissen gegenüber wesentlich in dem innern Frieden und in der Ueberzeugung der Hannoveraner beruht, daß

---

*) pp. „Ew. Excellenz könnten dem Herrn Minister Windthorst etwa sagen:
daß Se. Majestät mit seiner Wirksamkeit als Justizminister sehr zufrieden wären,
daß Se. Majestät ihn daher als solchen möglichst zu behalten wünschten,
und daß, wenn er die Wahlangelegenheit nach dem Willen Sr. Majestät lenke, dies nur dazu dienen könne, ihm das Vertrauen Sr. Majestät zu sichern."
(Kabinettsrat Dr. Lex an den Kriegsminister General von Brandis d. d. 16. März 1865.)

sie bei ihrem angestammten Könige und Herrn ihr Wohl am besten gesichert finden*)".

Mit der Redaktion des Antwortschreibens auf diese Eingaben wurde Meding beauftragt, der sich zunächst mit Graf Platen über die Fassung verständigte**). Den Ministern wurde darin eröffnet, daß „infolge der Beratungen der Allgemeinen Stände" bei Sr. Majestät erhebliche Bedenken über einzelne Punkte des Gesetzentwurfs rege geworden seien, über welche er bis jetzt noch nicht mit sich zum Abschluß gekommen wäre. Deshalb könne er über die Genehmigung und den Erlaß desselben noch keine Entscheidung abgeben. „Daß einer erfolgreichen Wirksamkeit der Minister den Ständen gegenüber deshalb erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen würden", so heißt es in dem Erlaß weiter, „vermag Ich nicht einzusehen, da die Minister unzweifelhaft auf dem Boden des zweifellosen Verfassungsrechts der Krone stehen, und die Stände selbst gewiß nicht werden beanspruchen wollen, daß eine Königliche Entscheidung über eine so wichtige und folgenreiche Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick abgegeben werde, in welchem Meine Erwägung der entstandenen Bedenken noch nicht abgeschlossen ist***)."

So trat denn der Landtag am 30. März wieder zusammen, ohne daß eine Königliche Entschließung erfolgt wäre. Die Befürchtungen, welche die Minister an diesen Umstand geknüpft hatten, zeigten sich jedoch nur zu begründet. Schon ehe die Stände sich des Osterfestes wegen auf kurze Zeit vertagten, brachte der Abgeordnete Ellissen die Angelegenheit in der zweiten Kammer zur Sprache. Er drückte sich jedoch sehr milde aus und war sogar geneigt, zu glauben, daß der Thatsache der Verzögerung, wegen der im Publikum die ungünstigsten Vermutungen kur-

*) Immediat-Eingabe des Ministers Freiherrn v. Hammerstein an den König d. d. 23. März 1865.

**) „Der Schluß soll eine gewisse Freundlichkeit und die Mahnung an die Pflicht der Minister enthalten, die Rechte der Krone zu vertreten." (Meding an den Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 25. März 1865.)

***) Erlaß des Königs an die Herren Minister
der Justiz
des Innern
des Kultus
der Finanzen und des Handels.
Jedem einzeln.
d. d. Herrenhausen, d. d. 28. März 1865.

sierten, erfreuliche Motive zu Grunde lägen. Vielleicht habe man die Notwendigkeit erkannt, viel weitgehendere Verfassungsreformen vorzunehmen. Als aber dann wochenlang von seiten des Ministeriums keine beruhigende Erklärungen erfolgten, stellte R. v. Bennigsen am 6. Mai den Urantrag, die Königliche Regierung um baldige Publikation des von ihr vorgelegten und in der Ständeversammlung zur Annahme gelangten Gesetzentwurfs zu ersuchen. Am 12. Mai kam die Angelegenheit zur Verhandlung. Der Antragsteller bewegte sich in äußerst gelinden, wie er selbst zugestand, in „vielleicht übermäßig lauen und objektiven Formen." „Er habe aber diese Form ausdrücklich gewählt", sagte er, „weil der Ausdruck des Unwillens über die stattgehabte Verzögerung, eine Rüge der unbegreiflichen Schwäche, die sich in der Thatsache der Nichtpublikation des Entwurfs bei Königlicher Regierung kund gebe, möglicherweise zu einer Ablehnung seines Antrages hätte hinführen können." Er gab sogar zu, daß nach dem Wortlaut der Verfassung für die Publikation der Gesetzentwürfe die Regierung weder an eine bestimmte Frist, noch an eine formelle Verpflichtung dazu gebunden sei. Allein für ein bloß negatives Verhalten müsse sie ihre gewichtigen Gründe haben. Diese ließen sich aber hier absolut nicht erkennen. Aenderungen in der Gesetzesvorlage, die der Regierung hätten bedenklich erscheinen können, wären von den Ständen nicht beschlossen. Im Gegenteil, alle von ihr gemachten Vorschläge wären unverändert angenommen. Man habe in diesem hohen Hause eine große Resignation und den ernsten Willen bewiesen, das gebotene Gute als einen Fortschritt zum Bessern anzunehmen. Angesichts dieser Thatsachen sei es schwer, die wirklichen Gründe, welche der Publikation entgegenständen, zu erkennen, und er müsse sich bescheiden, seinen persönlichen Standpunkt nur eben durchblicken zu lassen. Schon früher habe er darauf hingewiesen, daß das Land von dem gegenwärtigen Ministerium mehr erwartet habe. Im Besonderen habe man es allgemein für unmöglich gehalten, daß dies Ministerium im Jahre 1865 wieder vor die Stände hintreten würde, ohne jenen Entwurf publiciert zu haben. „Und auch wohl die Herrn Minister haben es im vorigen Jahre für unmöglich gehalten", so schloß er, „daß sie sich in eine solche Lage bringen würden. Wenn sie aber von Anfang an eine feste politische Position nicht eingenommen, so haben sie sich damit in eine Stellung gebracht, die einer Bewegung auf abschüssiger Bahn nur allzusehr gleicht. Rasch und immer rascher gelangt man dabei nach unten. Man verliert fast das Gefühl dafür, welche hohe Stellung im Lande ein Ministerium ein-

nehmen sollte und büßt nahezu die Erinnerung daran ein, eine wie hohe Stellung man selbst noch eben im Ministerium eingenommen hat."

Diesen Angriffen, namentlich der Andeutung gegenüber, daß er selbst seine unabhängige Ueberzeugung dem Willen des Königs geopfert habe, war Windthorst als Regierungsvertreter in einer schlimmen Lage. Er sollte eine Maßregel verteidigen, die er selbst in seinem Innern, wenn nicht als fehlerhaft, so doch als unpraktisch erkannte. Dennoch that er, was er konnte, um nachzuweisen, daß der Antrag in jeder Beziehung inopportun sei. Schon der Umstand, daß die jetzige Diät eine außerordentliche wäre, hätte, wie er meinte, den Vorredner verhindern sollen, ihn zu stellen. Sodann berief er sich auf den § 68 der Verfassung, wonach der König befugt sei, ein den Ständen zur verfassungsmäßigen Mitwirkung vorgelegtes Gesetz bis zu dessen Verkündigung zurückzunehmen. Endlich wies er darauf hin, daß die gegenwärtig tagende Ständeversammlung auf 6 Jahre gewählt sei, das Gesetz also erst nach dem Erlöschen des Mandats derselben praktisch werde. Eine Notwendigkeit, es vor dem Abschluß der Königlichen Erwägungen jetzt schon zu publicieren, läge also gar nicht vor.

Diese Auseinandersetzungen erregten lebhaften Widerspruch. Ellissen wiederholte, daß er in der Wahlgesetzvorlage nur eine Abschlagszahlung auf eine völlige Restitution der dem Lande durch den Staatsstreich von 1855 entrissenen Verfassung erkenne. Grumbrecht war durch die Aeußerungen des Justizministers, der Antrag sei „nicht opportun", in ein „wahres Erstaunen" versetzt. Neubourg meinte, die Herren, die das Osterfest in ihrer Heimat zugebracht, würden es bezeugen können, daß die Zurückhaltung die größte Sensation mache. Oppermann wußte „leider aus Erfahrung", wie lange die Erwägungen der Königlichen Regierung zu dauern pflegten. „Uebrigens sei der Schleier des Geheimnisses, welcher über der Sache ruhe, für den Einsichtigen nicht undurchdringlich, und gerade deshalb sollte die Königliche Regierung den Antrag nicht so schnöde behandeln, wie es durch die diplomatisch verklausulierten und im Grunde nichtssagenden Erklärungen des Herrn Justizministers geschehen sei."

Bei dieser Stimmung des Hauses war es nicht zu verwundern, daß der Bennigsen'sche Antrag mit allen gegen 6 Stimmen angenommen ward. In der ersten Kammer kam er nicht zur Verhandlung, weil mittlerweile die Stände vertagt wurden*).

*) Vgl. über diese Verhandlungen: Hannoversches Landtagsblatt. Erste ordentliche Diät. Verhandlungen der zweiten Kammer. S. 687, 761, 796—799.

Die wichtigste Vorlage, welche dem Landtage in dieser Session zugegangen war, betraf die Erneuerung des Zollvertrages mit **Preußen**. Hannover hatte durch seine Erklärung vom 14. Dezember 1863 (S. o. S. 89) es der preußischen Regierung ermöglicht, den Vertrag kündigen zu können, ohne den Austritt der süddeutschen Staaten aus dem Verein befürchten zu müssen. Das war denn auch zwei Tage später — am 16. Dezember — geschehen. Nun beeilten sich die Regierungen von Sachsen, Baden, Kurhessen, Braunschweig und der freien Stadt Frankfurt, sowie den bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine beteiligten Staaten, unter Beitritt zu dem mit Frankreich vereinbarten Tarif, von neuem mit Preußen einen Zollbund zu schließen. Die Verhandlungen mit Hannover und Oldenburg zogen sich jedoch etwas in die Länge, weil die Frage der Erneuerung des Präcipuums geregelt werden mußte. Als hannoverscher Bevollmächtigter fungierte der Geheime Finanzdirektor von Bar und dessen versöhnlicher Haltung ist es zu danken, daß man zu einem allseitig zufriedenstellenden Abkommen gelangte. Am 28. Juni 1864 wurde der Vertrag zwischen Preußen und den oben genannten Staaten des neuen Zollvereins einerseits und Hannover sowie Oldenburg andererseits unterzeichnet. Darin ward festgesetzt, daß an die Stelle des früher gewährten Präcipuums die Garantie eines Ertragsminimums treten sollte, die sich jedoch nur auf die Eingangs- und Ausgangsabgaben erstreckte*).

Man berechnete, daß infolge dieser Bestimmungen Hannover wahrscheinlich ein Zollvoraus von 10 Sgr. pro Kopf erhalten würde, ein Anteil, der etwa der Hälfte des Betrages des früheren Präcipuums gleichkam. Die Bestimmungen des Schlußprotokolls vom 11. Juli 1864 waren indes für Hannover weniger günstig. Es mußte sich dazu verstehen, die Salzsteuer auf 2 Thaler pro Centner zu erhöhen, und die Branntweinsteuer auf den preußischen Satz — $25^1/_2$ Pfennig für jede 20 Quartier — der um die Hälfte höher war, als der bisherige, zu bringen.

Nun waren auch die süddeutschen Staaten gezwungen, ihren Widerstand fallen zu lassen. Am 12. Oktober traten Bayern, Württemberg, das Großherzogtum Hessen und Nassau dem Zollverein von neuem bei, und die handelspolitische Einheit Deutschlands schien für die nächsten

---

*) Der Anteil für jeden Kopf der Bevölkerung wurde auf $27^1/_2$ Groschen festgesetzt, und mußte auf diesen Betrag von den übrigen Staaten ergänzt werden, wenn die Zölle nicht so viel einbrachten.

zwölf Jahre von neuem hergestellt. Jetzt zeigte sich Preußen in jeder Weise dankbar und entgegenkommend. Es gewährte durch das Zusatzprotokoll vom 14. Dezember den Zollvereinsstaaten einen entsprechenden Anteil an allen künftig von Frankreich zu bewilligenden Ermäßigungen. Auch die Beziehungen zu Oesterreich wurden nunmehr nach manchen Weiterungen, namentlich wegen des Weinzolls, die einige Male fast zum Abbruch der Verhandlungen geführt hatten, durch einen Handels- und Zollvertrag d. d. 11. April 1865 anderweit geregelt. Nachdem die Stände allen diesen Verträgen ihre Zustimmung erteilt, wurden sie am 18. Mai bis auf weiteres vertagt.

Auch den Forderungen der Militärverwaltung gegenüber waren sie in dieser Session weniger zurückhaltend gewesen, als sonst. Am 22. Juli 1862 hatten sie die Aufhebung der Naturalbequartierung der Kavallerie beantragt. Es erregte daher allgemeine Genugthuung, als die Regierung jetzt — am 28. April 1864 — die Erklärung abgab, daß sie in Erwartung bereitwilligen Entgegenkommens die Aufhebung beschlossen habe und einen Plan und Kostenanschlag demnächst vorlegen werde. Redeker, der kurz vorher noch „in die Kavallerietrompete“ gestoßen hatte, „um ein altes widriges Lied zu blasen, das man nachgerade auswendig wisse“, ließ es sich nicht nehmen, „auf die Gefahr hin, über die Schnur zu hauen“, seiner Freude über dies Schreiben Ausdruck zu geben. Bennigsen aber hielt es für nötig, seine Ueberzeugung dahin auszusprechen, „daß es nicht in der Absicht der Stände liege, für die ganze Kavallerie Kasernenpaläste zu bauen*).“ In seiner späteren Laufbahn dachte er anders.

Uebrigens erklärten sich beide Kammern nach langen Debatten damit einverstanden, der Kriegsverwaltung für die nächsten zwei Jahre einen temporären Verpflegungszuschuß von 46000 Thlr. zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung im nächsten Budget mit einer Vorlage zur anderweiten Regelung der Ausgaben des Militärhaushalts hervortrete.

Auch die Forderung wegen der dauernden Aufstellung eines Stammes des Traincorps und Beschaffung eines Kasernements für dasselbe wurde bewilligt.

Endlich gelangte aus der Mitte der Stände ein Urantrag an die Regierung, worin sie aufgefordert wurde, wegen einer am fünfzigsten

*) Vergl. Landtagsblatt. Erste Diät. 1864/65. Verhandlungen der zweiten Kammer. S. 43, 118 und 586.

Jahrestage der Schlacht von Waterloo den bedürftigen Veteranen zu gewährenden Unterstützung geeignete Vorschläge zu machen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich jedoch, namentlich in der zweiten Kammer, durchaus nicht die patriotische Opferwilligkeit, die man erwartet hatte. Man stellte zwar der Königlichen Regierung die Summe von 12000 Thlr. zur Verfügung behufs Gewährung einer einmaligen Festesspende, welche am Jubeltage „als Zeichen der dankbaren Anerkennung des Landes" unter die bedürftigen Waterlookämpfer verteilt werden sollte, und bestimmte andere 12000 Thlr., um zunächst im Rechnungsjahr 1865/66 denjenigen Veteranen, „welche auf der siegenden Seite an den Kriegen von 1813—1815 teilgenommen hatten", monatliche Unterstützungen zukommen zu lassen. Auf eine dauernde Bewilligung dieser Summe aber wollten die Stände sich erst dann einlassen, wenn ihnen der für diese Zwecke erforderliche Betrag des Näheren nachgewiesen sein würde.

Am 18. Juni, $3^1/_2$ Uhr nachmittags, begann die Jubelfeier. Die ganze Stadt hatte sich festlich geschmückt. Zahllose Fahnen und Banner wallten und wogten in den Straßen, Guirlanden schmückten die Häuser. Vor dem Bahnhofsgebäude waren mehrere 50 bis 60 Fuß hohe, mit Blumenkränzen umwundene Rüstbäume aufgerichtet. Um die Waterloo-Säule und das Denkmal des Generals von Alten standen im Halbkreise weiße mit Guirlanden verzierte Stäbe, die durch Festons verbunden waren.

Auf dem Rundteil vor dem Schützenhause war ein Ehrentempel in gotischem Stil erbaut. An den vier Ecken hatte man Pyramiden von Kanonenkugeln, Trommeln, Kürassen und dergleichen aufgetürmt. Ueber dem Tempel aber erhob sich ein schlanker, von einer Germania gekrönter Bau mit den Bildnissen von Wellington, Blücher, Baring und Alten.

Etwa 2—300 Veteranen hatten sich eingefunden, die von den städtischen Schützen mit sieben Musikcorps nach dem Waterlooplatze geleitet wurden. Auf dem Schloßhofe schlossen sich weißgekleidete Mädchen an, die unter dem Gesange patriotischer Lieder Kränze am Fuß der Säule niederlegten. Dann ging der Zug weiter nach dem Schützenplatze, wo er mit 21 Kanonenschüssen begrüßt und vom Stadtsyndikus Albrecht mit einer Festrede empfangen wurde. Unter den Klängen des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?" löste sich der Zug sodann auf.

Abends wurden die Veteranen an zahlreichen Tischen gespeist. Mehrere von ihnen, sogar einzelne Marketenderinnen, waren in ihren alten Uniformen gekommen. Der König, der 60 Waterloomänner und alle an-

wesenden Offiziere aus jener Zeit ins Schloß zur Tafel geladen hatte, erschien abends 7 Uhr auf dem Festplatz, ging von einem Tisch zum anderen, und trank an jedem auf das Wohl der Veteranen aus einem vom Stadtdirektor ihm präsentierten silbernen Humpen. Bis gegen 10 Uhr verweilte der hohe Herr im Kreise der alten Krieger. Aber auch nach seinem Fortgehen blieb alt und jung noch lange in gehobener Stimmung beisammen, und immer wieder mußten die ergrauten Helden von den Thaten der großen Zeit erzählen.

Mitte Juli bereiste der König mit dem Kronprinzen einen Teil der Provinz Lüneburg, der „Wiege des Welfischen Hauses". Wohin er kam, wurde er mit „rührenden Beweisen innigster Liebe, unerschütterlicher Treue und wärmster Anhänglichkeit für sich und sein Königliches Haus"*) erfreut. 653 berittene Landleute geleiteten ihn durch den Bezirk des Amts Lüchow. In Breese, wo der König als Gast des Grafen Grote verweilte, empfing ihn eine junge Dame mit einer plattdeutschen, patriotischen Ansprache, und abends brachten ihm die Sänger des Lüchower Arbeiterbildungsvereins eine Serenade. In Hitzacker überreichten die Schulkinder einen Festgruß in Versen. Ein kleines Mädchen aber, das „zu bange war", alles zu sagen, was es auf dem Herzen hatte, schrieb in ihrer kindlichen Einfalt dem „lieben guten König", sie hätte für ihn einen schönen Kranz gebunden und sie würde ihn immer lieb behalten und „für Dich und Deine Königin und Deine Kinder immer beten".

Der König riß eben allenthalben durch seine Liebenswürdigkeit und Herablassung die Gemüter unwiderstehlich mit sich fort. Unter andern war ein alter Bauer so gerührt, daß sein Landesherr „sich zu uns Erniedrigt", auch ihm „nach alter deutscher gebrauch" die Hand gereicht und mit einem „Gruß von ihren Hochwohlgebohrne Frau Gemahlin beehret" hatte, daß er ihm in einem selbstverfaßten Briefe gelobte, künftig keine Fürbitte für „einen Christlichen Landes-Vater und einen Christlichen Landes-Mutter zu vernachlässigen". Zum Schluß wünschte er „Sie mit ihre ganzen Hochwohlgebohrene Fammilie die Gnade des Herrn".

Aehnlich war es bei einem Besuche des Königs in Osterode am 22. Juli, zu dem er durch eine Deputation des Bürgervereins bereits an seinem Geburtstage eingeladen war. Die Eröffnung eines neugegründeten Bades hatte dazu den Anlaß gegeben.

Gegenüber den unverfälschten Kundgebungen aber, welche auch hier

*) Erlaß des Königs an den Landdrosten von Issendorf d. d. 18. Juli 1865.

Zeugnis ablegten von der innigen Liebe und Verehrung, mit der die Bevölkerung an ihrem angestammten Herrscherhause hing, hatte der Festjubel in Ostfriesland bei der fünfzigjährigen Gedenkfeier der Vereinigung dieser Provinz und der Niedergrafschaft Lingen mit der Krone Hannover im Dezember 1865 beinahe etwas Erkünsteltes. Alle Rücksichten, welche die neue Regierung auf die Eigentümlichkeiten des Landes und des friesischen Volksstammes genommen, hatten die Erinnerung an die Zeiten nicht zu vertilgen vermocht, wo sie mit der Monarchie Friedrichs des Großen verbunden gewesen waren. Zwar beschlossen die ostfriesischen Stände am 1. Dezember einstimmig, den König und den Kronprinzen durch eine Deputation zur Jubelfeier einladen zu lassen und bewilligten 10000 Reichsthaler für eine würdige Begehung des Tages. Allein aus vollem Herzen scheint dieser Beschluß nicht gekommen zu sein. Der frühere Landdrost Bacmeister wenigstens rühmt sich, durch seine „erfolgreiche, wenn auch geräuschlose Thätigkeit zu dem Gelingen beigetragen" und es erreicht zu haben, daß „zu einer Zeit, wo man in manchen Provinzen das Jubiläum der Angehörigkeit an Preußen feiert, Ostfriesland es als ein Fest feiern will, von Preußen weg an Hannover gekommen zu sein*)."

Meding aber hatte zur „genauesten und weitverbreitetsten Behandlung der ostfriesischen Feier" in der Presse die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Er selbst verfaßte einen ausführlichen Bericht für die illustrierte Zeitschrift „Ueber Land und Meer", in dem er nicht unterließ, seinen Gönner, den Minister Bacmeister, als einen der „hervorragendsten und schöpferischsten Staatsmänner unserer Zeit" zu preisen, „der mit besonderem Verständnis die Ideen des Königs zu erfassen und auszuführen verstand und viel dazu beitrug, daß die inneren Hilfsquellen Ostfrieslands immer mehr geöffnet wurden**)." Außerdem veranlaßte er den Herausgeber des Blattes, den Professor Döpler von der Akademie in Weimar mit der Anfertigung von Zeichnungen aller Festlichkeiten in Ostfriesland zu beauftragen, der denn auch im königlichen Gefolge mit nach Aurich fuhr.

In der That war von seiten des Festkomitees nichts versäumt, um die Feier möglichst glänzend zu gestalten. In Emden nahmen die königlichen Gäste nach ihrer Ankunft am 14. Dezember mittags im historischen Saale des altehrwürdigen Rathauses ein Frühstück ein. Bei der Weiterreise

*) Minister Bacmeister an den Kabinettsrat Dr. Lex d. d. 1. Dezember 1865.

**) „Ueber Land und Meer" Nr. 17 vom Januar 1866. S. 262.

zu Wagen war die ganze Wegesstrecke hell erleuchtet, und die Bewohner der anliegenden Dörfer begrüßten den vorüberfahrenden Monarchen und den Kronprinzen mit lauten Zurufen. Es war schon fast 10 Uhr abends geworden, als der königliche Zug vor Aurich anlangte. Hier hatten die Turner, Schützen und Gilden in langer Reihe Spalier gebildet bis zum eigentlichen Eingang in die Stadt, wo Magistrat und Bürgerschaft den König mit einer Festrede empfingen. Am nächsten Tage, den 15. Dezember, fand in dem festlich geschmückten Thronsaale des Schlosses die Erbhuldigung der ostfriesischen Stände statt. Nachdem der König in der Uniform der Garde du Corps mit dem Kronprinzen in Gardehusaren-Uniform an seiner Seite vor dem mit dem fürstlichen Wappen der Provinz geschmückten Throne Stellung genommen, verlas sein früherer Adjutant, General von Frese, als Präsident der Landschaft eine Adresse, worin er die Verdienste des Königshauses um Ostfrieslands Handel und Schiffahrt und dessen Ackerbau und Viehzucht dankbar hervorhob. Der fromme König aber glaubte in der Vereinigung Ostfrieslands mit Hannover ein besonderes Walten der Vorsehung zu erkennen. In längerer Rede führte er aus, wie er „in dieser glaubensarmen Zeit einen Anhalt für den Glauben an die ewige Gerechtigkeit Gottes darin erkannt habe, daß das Fürstentum Ostfriesland der welfischen Krone zugefallen sei, wie es schon in dem alten Erbvertrage mit dem Hause Cirksena von 1691 festgesetzt war, obwohl im Jahre 1744 die Vorsehung es zugelassen, daß die alten Erbverträge nicht zur Geltung gekommen seien".

An demselben Tage, den 15. Dezember, gab die Landschaft dem Könige ein großes Diner im landschaftlichen Hause. Vor dem Platze Sr. Majestät stand der herrliche silberne Upstallsboom*), den einst die ostfriesischen Stände ihm zur Hochzeit geschenkt hatten, sowie zwei uralte der Landschaft gehörige silberne Pokale wunderschöner Arbeit.

Am 16. Dezember fand große Cour in der königlichen Residenz statt. Abordnungen aller Stände und Korporationen bewegten sich nach dem Schlosse, um dem Landesherrn ihre Huldigungen einzeln darzubringen. Für jeden der ihm Vorgestellten hatte der Monarch ein freundliches

*) Der „Upstallsboom" war eine alte Eiche auf dem Schwur- und Freiheitshügel bei dem Dorfe Rahe in der Nähe von Aurich, unter deren Aesten sich ehemals jedes Jahr um Pfingsten die Abgeordneten der sieben friesischen Seelande zur Beratung zu versammeln pflegten.

Die silberne Nachbildung dieses Baumes ist eines der schönsten Prunkstücke des „Welfenschatzes".

Wort. Zum Schlusse aber versammelte er alle noch einmal um sich und sprach ihnen in einer längeren Anrede aus, wie er in der Rettung des Kronprinzen aus Lebensgefahr gerade auf der ostfriesischen Insel Norderney eine erhöhte Bürgschaft dafür sehe, „daß der Mannesstamm des welfischen Hauses mit dieser Provinz, wie mit allen Seinen Unterthanen und Landen bis zum Ende aller Dinge verwoben bleiben solle."

Wie bitter sollte diese gläubige Zuversicht schon binnen Jahresfrist getäuscht werden!

Bei dem glänzenden Festmahl, das Se. Majestät nachmittags den Spitzen der Behörden und den Mitgliedern der Stände gab, bildete wieder der silberne Upstallsboom, „jenes prachtvolle Symbol unerschütterlicher friesischer Treue, jenes Sinnbild der Biederkeit und Festigkeit des edlen Friesenstammes", wie der König ihn in seiner Ansprache bezeichnete, den vornehmsten Schmuck der Tafel. Graf Knyphausen, aber — der jetzige Fürst — erwiderte, die königlichen Worte apostrophierend: „Nun, Ostfriesen, im welfischen Lande hat der Baum kräftige Wurzeln geschlagen, unter welfischem Scepter ist er herrlich gewachsen; seine Wurzeln treiben kräftige Sprossen, seine Blätter grünen in frischem Saft, und seine goldenen Früchte sind sichtbare Beweise königlicher Gnade und Liebe, unserer liebevollen Gesinnungen für unsern Königlichen Herrn!"

Mit einer Serenade, welche die Liedertafeln Aurichs und die Vertreter sämtlicher Gesangvereine des Landes abends dem Monarchen brachten, nahmen die Festlichkeiten ihr Ende. Am nächsten Tage, Sonntag den 17. Dezember, trat der König nach dem Gottesdienste die Rückreise an. Die Hoffnung aber, daß die verrauschten Festesklänge im Herzen der Ostfriesen fort und fort ein teures Gedächtnis sein würden, daß „das Fest, welches im hohen Norden Deutschlands gefeiert wurde, seine Bedeutung nicht nur für Ostfriesland und Hannover, nicht nur für das welfische Königshaus, sondern für das ganze Deutschland*)" haben würde, hat sich nicht erfüllt.

Die spätere Regierung bemühte sich sogar, alle Zeichen der Erinnerung an diese Jubelfeier verschwinden zu lassen. In Hannover hatte man eine große Anzahl von Gedenkthalern geprägt, wahre Muster der Münzkunst. Auf der einen Seite trugen sie das Bildnis des Königs, auf der andern den Upstallsboom mit der Umschrift „Eala Freja Fresena". Soweit man nach der Annexion preußischerseits ihrer habhaft

*) Festbericht Medings in „Ueber Land und Meer" Jahrg. 1866, Nr. 18, S. 276.

werden konnte, wurden sie eingezogen und eingeschmolzen, und die einzelnen Stücke, die sich erhalten haben, werden jetzt von Sammlern mit hohen Preisen bezahlt.

Während des Sommeraufenthalts des Königs im Seebade Norderney war die Ministerkrisis akut geworden*). Schon auf der Reise durch das Lüneburgische hatten seine gelegentlichen Aeußerungen deutlich genug verraten, wie gern er den Grafen Borries wieder als Ratgeber an seiner Seite hätte, wenn es nur möglich gewesen wäre, ohne die Gefühle des Volks aufs tiefste zu verwunden. Diese Stimmung seines Königlichen Herrn wußte der schlaue Meding vortrefflich auszunutzen. Er redete ihm ein, daß die jetzigen Minister ihn immer mehr auf demokratische Abwege verlocken wollten. Ja, er brachte ihn durch seine Einflüsterungen dahin, daß er beschloß, den Männern, die er für die Hauptstützen seiner unumschränkten monarchischen Gewalt hielt, eine öffentliche Anerkennung zu erteilen. Als nun der Minister von Hammerstein am 9. September 1865 zum Vortrage in Norderney erschien, erklärte ihm der König plötzlich ohne alle Vorbesprechung in Gegenwart des Grafen Platen und des Finanzrats von Klenck, daß er hiermit den Grafen von Borries an Stelle des verstorbenen Ministers a. D. v. d. Wisch zum Präsidenten, den Landdrosten Bacmeister zum Vizepräsidenten und den Landdrosten Wermuth zum Mitglied des Staatsrats ernenne. Allen Einwendungen gegen diese Maßregel aber ging der hohe Herr dadurch aus dem Wege, daß er rasch hinzufügte, „Ich danke Ihnen, meine Herren, adieu" und sich in ein anderes Zimmer begab. —

Hammerstein war wie vom Donner gerührt. Auch Graf Platen teilte seine Bedenken. Beide waren der Ansicht, daß durch das auf Allerhöchsten Befehl erfolgte, wenn auch vor Zeugen niedergeschriebene Klenck'sche Notat über den Vorfall die königliche Willensmeinung nicht genügend legalisiert werden könne. Sofortige Vorstellungen aber widerriet Platen auf das Bestimmteste. Dadurch würde man, wie er meinte, nur Oel ins Feuer gießen. Auch später fügte er hinzu, er habe den König, den er auf das Bedenkliche der Lage en passant aufmerksam gemacht, durchaus nicht geneigt gefunden, von dem, was er einmal beschlossen habe, wieder zurückzugehen. Wenigstens müsse man noch einige Tage warten, bis er sich etwas beruhigt habe.

---

*) Für das Folgende benutze ich im wesentlichen die Aufzeichnungen des Ministers Freiherrn von Hammerstein über diese Krisis.

Damit ließ sich Hammerstein beschwichtigen und reiste nach Hannover zurück. Noch immer hoffte er die Angelegenheit durch persönlichen Vortrag regeln zu können und die Rückfahrt des Königs von Norderney schien ihm dazu eine günstige Gelegenheit zu bieten. Obgleich er ihn aber am 16. September in Papenburg empfing und ihn auf der Rückfahrt nach Hannover in seinem Wagen begleiten durfte, gelang es ihm nicht, zu Worte zu kommen. Der Monarch setzte sich vielmehr im Coupé stets so, daß es unmöglich war, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, ohne daß die Umgebung jedes Wort hörte.

Merkwürdigerweise vermied es Graf Platen nach der Rückkehr nach Hannover, die andern Minister zu sehen. Auch die von ihnen verlangte Berufung des Gesamtministeriums lehnte er ab, erklärte sich aber schließlich bereit, den König unter Darlegung ihrer Bedenken um Aufschub zu bitten Diese Vorstellung wurde in der schroffsten Form zurückgewiesen. „Ich bin", so schrieb Georg an Graf Platen*), „in dieser Angelegenheit durchaus im Recht. Ein Nachgeben Meinerseits in einer Frage, die wie die vorliegende das Ernennungsrecht, eines der wichtigsten monarchischen Rechte, betrifft, hieße das erste Prinzip jeder monarchischen Regierung umstoßen." Dem am 9. September zu Protokoll gegebenen Befehl sei deshalb „pflichtschuldigst und pünktlichst" nachzukommen.

Obwohl nun Graf Platen seinen Kollegen dringend riet, sich dabei zu beruhigen und die Frage der Publizierung nicht zum Anlaß einer Ministerkrisis zu machen, hielten sie es dennoch für ihre Pflicht, noch einmal ihre Bedenken gegen diese schwerwiegende Ernennung an den Stufen des Thrones niederzulegen. In einer gemeinschaftlichen Eingabe vom 21. September 1865 wiederholten die vier Minister Hammerstein, Windthorst, Erxleben und Lichtenberg in eindringlichen Worten männlich und offen ihre Bitte um Hinausschiebung der verhängnisvollen Maßregel.

„Ew. Königlichen Majestät Ernennungsrecht bei dieser Sache", so sagten sie in der Eingabe, „irgend in Frage zu stellen, ist nicht entfernt unsere Absicht gewesen. Dasselbe steht fest wie die Monarchie. Es sind nur Bedenken über die schweren Folgen der Ausübung desselben für Krone und Land in dem vorliegenden einzelnen Falle, welche uns zu der Bitte um Hinaussetzung und vorherige Anhörung verpflichteten." Der König wisse, so stellten sie vor, daß Graf Borries während seiner letzten amtlichen Thätigkeit sich nicht des Vertrauens, auch nur des wohlgesinnten Teils Seiner

*) Erlaß des Königs an Graf Platen d. d. 20. September 1865 12 Uhr nachts.

Unterthanen erfreut habe. Se. Majestät hätten deshalb gutgeheißen, daß die Minister „das geltende Recht in einem versöhnlicheren Sinne, als es vom Grafen Borries geschehen, zur Anwendung brachten, und in solcher Weise die zur Zeit unseres Amtsantritts besonders hochgehende politische Erregung zu beschwichtigen versuchten". Dies sei denn auch nicht mißlungen, aber „wir haben uns bei unsern Maßnahmen der Unterstützung des Grafen Borries in keiner Weise zu erfreuen gehabt. Von diesem in seiner Eigenschaft als Mitglied der ersten Kammer ist vielmehr den Vorlagen der Regierung, mochten dieselben mehr oder minder das politische, das kirchliche oder das rein volkswirtschaftliche Gebiet berühren, eine geradezu prinzipielle Opposition entgegengestellt, so daß man im Lande und in beiden Kammern ihn als den direkten Gegensatz des Ministeriums anzusehen sich gewöhnt hat. . . . Das Land kann in dieser Berufung nur den unwiderleglichen Beweis erblicken, daß Ew. Majestät das Allerhöchst Ihren Ministern entzogene Vertrauen wiederum auf den Grafen Borries übertragen haben, und solche Auffassung der Verhältnisse wird einen um so breiteren Boden finden, als schon jetzt innerhalb und außerhalb der Stände der Glaube verbreitet ist, daß die verzögerte Publikation des Wahlgesetzes lediglich in den durch den Grafen Borries angeregten Bedenken wider dasselbe ihren Grund habe." Die Minister wiesen ferner hin auf die zu befürchtende Aufregung im Innern, die drohenden äußeren Verwickelungen, insbesondere die von neuem angeregte braunschweigische Erbfolgefrage*), den Zusammentritt der Stände, die Schwierigkeiten wegen eines neuen Militär-Abkommens u. s. w., aber ihre Bitte um Zurücknahme oder wenigstens Verschiebung der Entscheidung bis zur weiteren Entwickelung der Dinge fand kein Gehör. Ein kurzes Telegramm an Graf Platen überbrachte den Bescheid, daß es bei dem gestrigen Befehl zu verbleiben habe. So mußte denn wohl oder übel das Ernennungsschreiben für Graf Borries und die andern mit der Unterschrift des Gesamtministeriums noch am 21. September veröffentlicht werden. Daß dies gerade am Geburtstage des Kronprinzen geschah, gab der ganzen Sache noch eine erhöhte Bedeutung.

Die schriftliche Erwiderung des Königs auf die Vorstellung der Minister war in einem äußerst schroffen Tone gehalten. Ihnen wurde

---

*) Eine Depesche des Gesandten von Stockhausen in Berlin vom 19. Mai 1865 hatte berichtet, daß preußischerseits alle Maßregeln getroffen seien, um das Herzogtum Braunschweig sofort nach dem Tode des Herzogs zu besetzen.

vorgeworfen, daß sie in einer Geschäftsangelegenheit eine Form gewählt hätten, „welche der Dienst nicht kennt". „Ich muß daher die ganze Eingabe", so schrieb er an den Grafen Platen, „als nicht erhalten ansehen, und beauftrage Sie, dieselbe den Herren zurückzugeben. Es bleibt um so mehr bei Meinem Beschlusse vom 9. September und Meinem erneuerten Befehle von gestern."

Nach „dieser fast höhnenden Abweisung" der vier Minister blieb ihnen nichts anderes übrig, wie ihre Entlassung zu fordern. Die Gesuche gingen am 24. September morgens ab und wurden umgehend in ziemlich ungnädigen Worten genehmigt. Die abtretenden Herren erklärten sich jedoch bereit, bis zur Ernennung ihrer Nachfolger die betreffenden Ressorts weiter zu verwalten.

Damit ging es jedoch nicht so rasch, als man gedacht hatte. Daß Graf Platen ursprünglich die ernste Absicht gehabt hat, zwischen dem Könige und den Ministern zu vermitteln, unterliegt indes keinem Zweifel. Aber als der Monarch, der sich am 27. September, einem Ruhetage während der bei Hildesheim stattfindenden Manöver*), in dem Jagdschlosse des Sauparks aufhielt, es ablehnte, ihn dort zu empfangen, Meding jedoch zu sich berief, erkannte Platen, daß jeder Versuch einer Verständigung unmöglich war. Er mußte sich also darauf beschränken, wenigstens das Schlimmste, die Berufung Borries' und Wermuth's für die erledigten Portefeuilles, abzuwenden, und Meding eine Kandidatenliste mitzugeben, durch die er den bösen Eindruck des Ministerwechsels

---

*) In der letzten Hälfte des Monats September war unter dem Oberbefehl des Generals Gebser bei Hildesheim eine Armeedivision zusammengezogen, bestehend aus der 2. und 4. Infanteriebrigade, dem Garde-Husaren- und dem Garde-Kürassierregiment, einer reitenden und zwei Fußbatterien. Außerdem beteiligten sich drei braunschweigische Bataillone, zwei braunschweigische Husaren-Schwadronen und eine braunschweigische Batterie zu 6 Geschützen an den Manövern. Der braunschweigische General von Bernewitz führte zeitweilig die 4. hannoversche Brigade.

Der Herzog Wilhelm wohnte fast täglich den Truppenübungen bei. Am Schlusse der Manöver, am 29. September, gab der König ein glänzendes Bankett auf der Marienburg, wo sich nach der Vollendung des Baues in diesem Jahre zum ersten Male das königliche Hoflager befand. Dabei brachte „den ersten hier erschallten Toast" auf „seinen geliebten Vetter", den Herzog von Braunschweig, aus, „welcher bereitwilligst gestattet hat, daß seine Truppen zusammen mit den hannoverschen gemeinschaftliche Uebungen vornehmen, wie dieselben, den hellleuchtenden Blättern der Geschichte zufolge, schon oft dem Feinde gegenüber gemeinsame glorreiche Siege erfochten und ihre eigene, wie der Welfenfürsten Ehre verteidigt haben."



Adolf Ludwig Karl Reichsgraf von Platen-Hallermund,
Königl. Hannoverscher Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

einigermaßen zu paralysieren hoffte. Zum Kultusminister brachte er den Legationsrat Freiherrn von Hodenberg in Vorschlag, einen feingebildeten Mann, der sich besonders dadurch empfahl, daß er der strengkirchlichen Richtung angehörte. Außerdem gab dessen Ernennung ihm Gelegenheit, den dadurch freiwerdenden Posten eines Ministerresidenten im Haag seinem Neffen, dem Geschäftsträger in Dresden, zu verschaffen.

Zum Minister des Innern hatte Platen den Landdrosten Bacmeister ausersehen, dessen eminente Fähigkeiten — mochte man über seinen Charakter urteilen wie man wollte — im ganzen Lande bekannt waren und der schließlich auch seinem angestammten Herrscherhause bis zum Tode unverbrüchliche Treue bewahrt hat. Wie schwer er sich jedoch zur Uebernahme des Portefeuilles entschloß, hat er selbst dem Minister von Hammerstein, dessen Nachfolger er ja werden sollte, erzählt*). Danach saß er auf der Rückreise von Marienbad, wo er seine Ernennung zum Vicepräsidenten des Staatsrats erfahren, an der Table d'hôte des Unionhotels in Hannover. Dort suchte ihn Platen auf und sagte ihm: „die Sache sei kaput, eine Vermittlung könne nichts mehr helfen, er müsse gleich mit nach der Marienburg, um sich dem Könige vorzustellen". Bacmeister aber bat dringend, ihn aus dem Spiele zu lassen, und fuhr nach Aurich weiter.

Nun gab Platen jede weitere persönliche Thätigkeit in der Angelegenheit auf. Er reiste eilends zu Verwandten nach Holstein und überließ es Meding, die Verhandlungen zu Ende zu führen. Zunächst erhielt jetzt Bacmeister, als er kaum wieder zu Hause angelangt war, durch ein Schreiben des Kabinettsrats Lex den Befehl, sich unverzüglich auf der Marienburg einzufinden. Dort empfing ihn der König mit den Worten: „Ich habe Sie bitten lassen, hierher zu kommen, weil ich es Ihnen selbst zu sagen wünsche, daß ich Sie zu meinem Minister des Innern ernannt habe." Vergeblich machte Bacmeister alle möglichen Einwendungen. Er bat dringend, doch mit dem Ministerwechsel bis nach dem Ende der nächsten Ständediät zu warten, oder wenigstens, bis sich die Entwickelung der Dinge in Berlin übersehen ließe. Auch seinen schwächlichen Gesundheitszustand schützte er vor. Endlich aber, als der König nicht nachließ, ihn zu bestürmen, fragte er, „ob Majestät etwa in Not sei", und als Georg

*) Niederschrift des Ministers von Hammerstein über eine Besprechung mit Bacmeister am 20. Oktober 1865 abends.

dies zugestand, hielt es Bacmeister für seine Pflicht, wenigstens für kurze Zeit, gleichsam als einen Versuch, das schwere Amt anzunehmen. Er lehnte es aber bei der weiteren Besprechung auf das Entschiedenste ab, mit Wermuth und dem früheren Generalsekretär Heise zusammenzugehen.

Kaum wieder in Aurich angekommen, fühlte er immer mehr, daß er die Sache doch nicht übernehmen könne. Innerlich gestand er zu, daß die Wechselung des Ministeriums „unanständig, ja frevelhaft" war. Er bat also nach zwei Tagen den König schriftlich, er möge ihn loslassen; denn er sei ein körperlich völlig gebrochener Mensch und fürchte zu erblinden. Alles war umsonst. Der Monarch erinnerte ihn an sein Versprechen, und erklärte, er baue fest auf seine Loyalität. Es blieb Bacmeister also nichts übrig, wie, wenn auch mit schwerem Herzen, sich dem königlichen Willen zu fügen. „Aber", so schrieb er an Hammerstein*), „ich passe weder nach Stand, noch nach moralischen Eigenschaften für einen solchen Posten. Ich bin unbeliebt, herrschsüchtig, bald zu nachgiebig, bald zu viel fordernd. Alles das weiß ich und wissen auch andere. Eins aber wissen andere nicht: ich werde geschlagen, aber mit Ehren aus dem Kampfe hervorgehen, wenn Gott hilft." Durch die Vorlage einer neuen Städteordnung und die Regelung der Gewerbefrage aber hoffte er das Vertrauen des Landes zu gewinnen.

Mit der Ernennung Bacmeisters war die Hauptschwierigkeit der Bildung des neuen Kabinetts beseitigt. Bei der Besetzung der anderen Ressorts aber hatte Meding die ausschlaggebende Stimme, der nunmehr recht selbstbewußt auftrat. Als er einmal erfuhr, der König wolle, ehe er die alten Minister entlasse, sich von dem Generalpolizeidirektor von Engelbrechten Stimmungsberichte vorlegen lassen, äußerte er verächtlich: „Die Kerls bilden sich wohl ein, daß das sie noch erhalten werde." Gegen seine Beamten im Preßbureau aber rühmte er sich, „er habe die Minister in seinem Portefeuille und die Leute würden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn der neue Finanzminister bekannt würde". Und damit hatte er allerdings Recht.

Nach seiner eigenen Erzählung**) hätte der König die Ernennung des Herrn von Hodenberg sofort genehmigt, bei den Namen der vom Grafen Platen für die Justiz und die Finanzen proponierten Persönlich-

*) Bacmeister an Hammerstein d. d. 11. Oktober 1865.

**) Memoiren zur Zeitgeschichte I. Teil S. 365 ff.

keiten aber gestutzt und gesagt: „Die Herren sind ja völlig unfähig, die ihnen zugedachten Posten auszufüllen.“ Und als Meding darauf hinwies, daß dafür auch die beiden zugleich vorgeschlagenen Generalsekretäre um so tüchtigere Leute wären, habe der König gemeint, wenn diese Männer den Arbeiten des Amts gewachsen wären, so sollten sie auch wirkliche Minister sein: „Ich habe keine Strohmänner nötig — wer die Arbeitslast des Amtes trägt, soll auch die Ehre tragen.“

Gegen die Beförderung des tüchtigen bisherigen Generalsekretärs Leonhardt zum Justizminister ließ sich in der That nichts einwenden. Desto mehr Aufsehen aber erregte es, als der Finanzrat im Generalpostdirektorium Dieterichs zum Finanzminister ernannt wurde, von dem man weiter nichts wußte, als daß er ein Neffe Wermuth's war. Dieser selbst war von der Erhebung nichts weniger als angenehm überrascht. Er hatte sogar, als er sie erfuhr, beim Könige dagegen Einspruch erhoben, jedoch vergeblich.

Auch Graf Platen war nicht sehr erbaut von der Art und Weise, wie Meding in seiner Abwesenheit die Angelegenheit erledigt hatte, und begann zu fürchten, daß sein Günstling ihm über den Kopf wachsen könnte.

Am 21. Oktober wurden die neuen Minister in Eid und Pflicht genommen. Die Entstehung und Zusammensetzung dieses Kabinetts charakterisiert sich aber am besten dadurch, daß seine Mitglieder teilweise erst bei der gemeinsamen Hinfahrt nach der Marienburg einander vorgestellt wurden, und nachher einzeln wieder nach Hause fuhren. Des Königs Wunsch aber, nicht unabhängige Ratgeber zur Seite zu haben, sondern Büreauchefs, die er einzeln nach seinem Gutdünken leiten konnte, war damit erfüllt.

So ist der offenkundige Hergang des letzten unseligen Ministerwechsels. Ueber die eigentlichen Beweggründe desselben aber wird es wohl kaum jemals möglich sein, volle Klarheit zu erlangen. Unwillkürlich jedoch drängt sich der Argwohn auf, daß Meding bei dieser Gelegenheit im Interesse, wenn nicht gar im Auftrage Preußens ein verräterisches Spiel gespielt hat. Bismarck war sich seit dem Frühjahr klar darüber, daß die Streitigkeiten wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit früher oder später zum Bruche mit Oesterreich führen mußten. Daß ein so umsichtiger Staatsmann nichts außer acht ließ, um für einen Weltkampf, der zur Vergrößerung der preußischen Macht in Norddeutschland dienen sollte, den Erfolg im voraus möglichst sicher zu stellen, kann man

ihm nicht verdenken. Das innere Verfassungsleben Hannovers war ihm zwar an und für sich höchst gleichgiltig. Aber er sagte sich, daß es für seine geheimen Zukunftspläne von großem Vorteil sein würde, wenn er durch den Sturz des populären Ministeriums das Land von neuem in Unruhe und Verwirrung versetzte.

Mit der delikaten Mission, auf den König in diesem Sinne einzuwirken, durfte er den ehrlichen Prinzen Ysenburg nicht beauftragen. Für diese unterirdische Minierarbeit aber war Meding die geeignete Persönlichkeit. Es scheint nun, als wenn diesem gefährlichen Intriganten durch seine Berliner Freunde Wagner und Genossen der Wunsch Bismarck's übermittelt wäre, er möge dem Könige die Notwendigkeit und Ersprießlichkeit eines Ministerwechsels deduzieren, und diesem Auftrage ist er mit nur zu gutem Erfolge nachgekommen. Graf Platen dagegen, der im allgemeinen von der Anschauung der preußischen Regierung unterrichtet war, hat die wirkliche Sachlage nur sehr unvollständig durchschaut. Er wußte aber aus den Berichten Stockhausen's, daß sich Bismarck sehr energisch über das Verhalten ausgesprochen hatte, welches seiner Ansicht nach die Regierungen der Opposition gegenüber inne halten müßten*). „Unsere eigene zweite Kammer und die Verfassung auch, zumal die jetzige, hat aufgehört zu leben," hatte er kurz vorher gesagt, „wenn sie nicht ganz unbedingt die Maßregeln der Regierung billigt**)."

Es war daher Meding nicht schwer, Platen davon zu überzeugen, daß Bismarck die Entlassung der liberal angehauchten Minister im gemeinsamen, konservativen Interesse für wünschenswert hielte, und es sich bei den jetzigen bedenklichen Zeitläuften empföhle, auch in dieser inneren Frage sich gegen Preußen entgegenkommend zu zeigen. Insbesondere glaubte Platen sich dadurch einen Anspruch auf die Anerkennung Bismarcks zu erwerben, daß er Bacmeister, der während der Krisis des Jahres 1853 in seiner politischen Auffassung am meisten mit diesem harmoniert hatte, für den Posten eines Ministers des Innern in Aussicht nahm. Bacmeister selbst hatte den festen Glauben, daß von Preußen her ein Druck zu Gunsten eines Kabinettswechsels auf den König ausgeübt sei.

*) „Les oppositions n'ont que le pouvoir, que l'on veut bien leur accorder et elles ne deviennent redoutables que lorsqu'on se laisse effrayer par elles et leur montre de la faiblesse." (Depesche Stockhausens d. d. 5. Mai 1865.)

**) Depesche des interimistischen Geschäftsträgers in Berlin, Grafen Platen jun., d. d. 25. April 1865.



Bodo Ernst von Stockhausen,
Königlich Hannoverscher Geheimer Rat und Kammerherr,
außerordentlicher Abgesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hofe.

Aus seinen Mitteilungen an Hammerstein ergiebt sich sogar mit ziemlicher Gewißheit, daß der Monarch ihn persönlich von seiner Zwangslage in Kenntnis gesetzt hat. Das Eingeständnis, daß er „in Not“ sei, und die Bitte Bacmeister's, mit der Entscheidung wenigstens bis nach dem Januar zu warten, wo es sich übersehen ließe, ob Bismarck im preußischen Ständehause unterliege, lassen kaum eine andere Deutung zu. Ganz besonders gravierend endlich ist es, daß auf die Aufforderung Medings am 20. Oktober, dem Tage vor der Beeidigung der neuen Minister, der Hofrat L. Schneider plötzlich auf der Marienburg erschien, sofort in das Kabinett des Königs geführt wurde und gleich nachher wieder abreiste. Dabei kann es sich kaum um etwas anderes gehandelt haben, wie um die Vorlegung der Ministerliste an den Vertrauten des Königs Wilhelm.

Während die Kunde von der Zusammensetzung des neuen Kabinetts im ganzen Lande und sogar über die Grenzen des Königreichs hinaus Trauer und Bestürzung hervorrief und die Blätter aller Färbungen die schlimmsten Prophezeiungen daran knüpften, verdüsterte sich der politische Horizont immer mehr. Hannover mußte sich dabei vorläufig auf die Rolle eines aufmerksamen Beobachters beschränken. Insbesondere war es von ausschlaggebender Wichtigkeit, über die Vorgänge in Berlin stets genau und zuverlässig unterrichtet zu sein. Dort war an Stelle des am 5. Dezember 1864 nach längerer Krankheit verstorbenen Gesandten von Reitzenstein der bisher in Wien beglaubigte Freiherr von Stockhausen*) getreten, einer der ausgezeichnetsten, scharfblickendsten Staatsmänner, die das Königreich

---

*) Bodo Albrecht von Stockhausen war am 30. Mai 1810 als einziger Sohn des Drosten Ernst von Stockhausen zu Lachen bei Hameln geboren. Nach dem Besuche der Lüneburger Ritterakademie studierte er abwechselnd in Göttingen, Heidelberg, Bonn und anderen Universitäten, und arbeitete sodann eine Zeitlang als Forst-Auditor in Northeim. Aus Neigung für staatswissenschaftliche und kameralistische Studien gab er den Forstdienst jedoch bald wieder auf und trat, nachdem er Sprachstudien halber wiederholt die Schweiz und Frankreich bereist hatte, in den diplomatischen Dienst über. Er wurde zunächst als Legationssekretär in Berlin angestellt, und von da Ende 1840 unter Beförderung zum Legationsrat nach Paris versetzt, wo er bis 1852 blieb. Alsdann zum Gesandten in Wien ernannt, vertauschte er diesen Posten im Frühjahr 1865 mit dem in Berlin. Durch die Ereignisse des Jahres 1866 außer Thätigkeit gesetzt, lebte er abwechselnd in Dresden, Florenz, Paris oder auf Reisen und genoß infolge der ihm gewährten Gunst und Gnade der königlich hannoverschen Herrschaften das Glück, ein häufiger Gast derselben besonders in Gmunden sein zu dürfen. Während eines solchen Besuches verschied er dort noch in völliger Rüstigkeit, plötzlich und unerwartet am 25. Dezember 1885.

Hannover je besessen hat. Er war ein unabhängiger, aufrichtiger Charakter, dabei ein Mann von durchaus vornehmen Formen, der sich durch keine Nebenrücksicht jemals verleiten ließ, dem Könige die volle Wahrheit, wie er sie erkannt hatte, vorzuenthalten. Wäre doch Georg seinen Ratschlägen gefolgt! —

Graf Platen aber glaubte in seiner maßlosen Eitelkeit, daß Bismarck in ihm den Staatsmann sähe, der durch seine geschickte Politik in der schleswig-holsteinischen Frage den Ausbruch eines Krieges in Deutschland verhindert hätte und war fest überzeugt, daß der preußische Minister nichts sehnlicher wünschte, wie auch künftig das freundschaftliche Einvernehmen mit Hannover aufrecht zu erhalten. Stockhausen's Auffassung war die diametral entgegengesetzte. Ernste Differenzen mit seinem Chef ließen sich daher mit Sicherheit voraussehen. Meding dagegen teilte — ob aus Ueberzeugung oder auf Anregung von auswärts, sei dahingestellt — die Auffassung Platen's vollständig, und sein maßgebender Einfluß auf den Gang der Politik trat von Monat zu Monat deutlicher hervor. Im Sommer 1865 war es schon so weit gekommen, daß Platen ihn mit der Abfassung der geheimsten Erlasse an die Gesandtschaften beauftragte. Sogar streng vertrauliche Rügen an diese finden sich von seiner Hand geschrieben. Namentlich wußte er es zu hintertreiben, daß Mitteilungen fremder Regierungen ohne sein Vorwissen direkt an den König gelangten.

Hinsichtlich der ferneren Entwickelung der schleswig-holsteinischen Frage gab man sich in Hannover seltsamen Illusionen hin. Sybel erzählt in höchst anziehender Weise*) den Verlauf der Verhandlungen, welche Bismarck nach dem Abzuge der Exekutionstruppen anknüpfte, um seinen Verbündeten mit Güte oder Gewalt aus dem Mitbesitz der Herzogtümer zu verdrängen, wie er schon den Bund in Holstein beiseite geschoben hatte. Daß dies der schwierigere Teil seiner Aufgabe war, wußte er ebensowohl, wie daß es am schwierigsten sein würde, die Bedenken seines königlichen Herrn gegen eine Annexion zu überwinden. Um diesen letzteren Zweck zu erreichen, veranlaßte er bereits am 14. Dezember 1864 einen Befehl des Königs an den Justizminister, wonach dieser die Mitglieder des Kronsyndikats zu einem Gutachten über die Ansprüche sämtlicher Prätendenten auffordern sollte.

*) Vgl. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. IV. Band, S. 48 ff.

Ueber alle diese Vorgänge war man in Hannover nur sehr unvollständig unterrichtet. Graf Platen jun., der bis zur Uebernahme der Geschäfte durch Stockhausen als hannoverscher Bevollmächtigter in Berlin fungierte, klagte wiederholt, daß er über den Inhalt der zwischen den Großmächten gewechselten Depeschen nichts erfahren könne. Auch der österreichische Gesandte Graf Karolyi hülle sich in Stillschweigen. Erst am 20. Februar konnte er berichten, daß Bismarck ihm zwar als „ehrlicher Mann offen" gesagt habe, er sähe das Verhältnis der Herzogtümer zu Preußen am liebsten durch eine direkte Annexion geregelt, allein er werde niemals dazu die Hand bieten, deshalb Preußen in einen Krieg zu verwickeln, oder dazu ein Abkommen mit einer benachbarten Macht zu treffen. „Man könne den Louisd'or doch auch zu teuer bezahlen*)." Dann kam Bismarck auf die Bedingungen zu sprechen, unter denen er geneigt sei, den Erbprinzen von Augustenburg als souveränen Herzog von Schleswig-Holstein einzusetzen und gab die Versicherung, daß das, was Preußen verlangte, mit dem Bundesrechte in keinem Widerspruch stände. „Zu Ihrer besonderen Beruhigung füge ich hinzu," so fuhr er fort, „daß Preußen nicht daran denkt, die holsteinischen Truppen aus dem Verbande des 10. Armeecorps herauszunehmen." Einem bayrischen Antrage auf sofortige Anerkennung des Erbprinzen oder auf Zulassung eines Gesandten desselben am Bunde aber würde er mit aller Energie entgegentreten. Da nun noch die preußische Thronrede am 14. Januar das enge Bündnis mit Oesterreich als ein solches bezeichnet hatte, „welches seine feste und dauernde Grundlage in Meinen und Meines erhabenen Verbündeten deutschen Gesinnungen fand", so zweifelte man in Hannover nicht, daß die gefahrdrohenden Differenzen auf friedlichem Wege geschlichtet werden würden. „Denn", so hieß es in der Thronrede weiter, „in diesen Gesinnungen und in der Treue gegen die Verträge liegt die Bürgschaft für die Erhaltung des Bandes, welches die deutschen Staaten umschlingt und ihnen den Schutz des Bundes sichert".

In der That hatte Bismarck die damalige politische Situation im ganzen richtig gezeichnet. Zu der Zeit hoffte er noch, Oesterreich durch Verschleppung der Angelegenheit mürbe machen zu können, es durch Kriegsdrohungen dahin zu bringen, daß es seinen Rechten auf die Herzogtümer

*) Depesche des interimistischen Geschäftsträgers Grafen Platen jun. d. d. 20. Februar 1865.

entsage. Er glaubte, bessere Geschäfte zu machen, wenn er das Wiener Kabinett zwischen der Hoffnung auf den Beistand Preußens und der Furcht vor dessen Uebertritt auf Seite der Gegner Oesterreichs erhielt, als schon „jetzt das Band unter allen Nachteilen zweifelloser Perfidie zu zerreißen". Ihm war „das Bündnis mit Frankreich nur ein Notanker für den Fall, daß das Wiener Kabinett uns einen billigen Abschluß versagt*)." Aber nicht einmal zu einer Garantie des außerdeutschen Besitzstandes Oesterreichs wollte er sich verpflichten. In Wien dagegen wurde man von Tage zu Tage ungeduldiger, als auf die Vorschläge wegen der Einsetzung des Augustenburgers keine Antwort erfolgte. Die Mittelstaaten drängten, der Kaiser selbst war desperat über das lange Hinziehen der Sache. Bismarck aber erkannte nur zu wohl die Vorteile, welche die geographische Lage Preußen gewährte, und daß es in weit höherem Grade Besitzer der Herzogtümer war, als Oesterreich. Er ließ sich daher auch durch die erneuten Vorstellungen des österreichischen Gesandten nicht aus seiner wohlerwogenen Zurückhaltung herausdrängen. Ja, er behauptete, es sei schon eine Konzession, daß er überhaupt über eine Veränderung des Status quo unterhandle, der für Preußen besser sei als alles, was Oesterreich angeboten habe. „Sehen Sie," so sagte er zu Karolyi, „wir stehen da vor der Frage der Herzogtümer, wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben: der eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem anderen, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen**)."

Endlich aber hielt er es doch wegen der Gefahr, daß Oesterreich zu den Mittelstaaten und der Bundesmehrheit übertreten würde, für geraten, die Bedingungen zu formulieren, unter denen er bereit sei, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen. Es blieb aber seine unabänderliche Ansicht, erst die Stellung der Herzogtümer zu Preußen und dann die Personalfrage zu ordnen. Den Bundestag ließ er daher wissen, daß er ihm nicht das Recht zugestehen könne, über eine streitige Thronfolge zu entscheiden.

Am 22. Februar 1865 wurden die preußischen Forderungen nach Wien mit dem Zusatze übermittelt, daß Preußen vor deren Sicherstellung seine Herrschaftsrechte keinem anderen Landesherrn übertragen würde.

*) Sybel a. a. O. IV. T. S. 75 ff.
**) Sybel a. a. O. IV. T. S. 57 ff.

Lange konnte Graf Platen über den Inhalt der Denkschrift nichts Authentisches in Erfahrung bringen. Bismarck lehnte es sogar bestimmt ab, ihm die Propositionen mitzuteilen, bevor aus Wien eine Antwort darauf eingegangen sei*). Keinem der anderen Gesandten ging es besser. Einige beklagten sich sogar darüber, daß auf die Worte des Ministerpräsidenten gar kein Verlaß sei. Endlich am 7. März gab Bismarck Platen Kenntnis von dem Inhalt der österreichischen Antwort; jedoch entsprach seine Mitteilung ebensowenig den Thatsachen, wie die Andeutungen, welche er ihm am 20. Februar über die an das Wiener Kabinett gestellten Forderungen gemacht hatte. Bismarck behauptete nämlich ihm sowohl wie den übrigen Gesandten gegenüber, Oesterreich habe „pur et simple“ abgelehnt**), während es in Wirklichkeit mit seinen Konzessionen bis an die äußerst mögliche Grenze des Entgegenkommens gegangen war. Dabei bestrebte er sich, Se. Majestät den König Wilhelm als den „enragiertesten Annexionisten“ hinzustellen***), während er selbst in den Propositionen das Maximum der principiellen Zugeständnisse sähe. Ueber deren Inhalt erfuhr der hannoversche Geschäftsträger erst am 13. März „aus der allerbesten Quelle via Wien“ näheres†). Preußen verlangte — jetzt als Minimum dessen, was es fordern müsse — ein Schutz- und Trutzbündnis der Herzogtümer mit Preußen auf ewige Zeiten, Abtretung der Stadt Sonderburg mit einem entsprechenden Gebiet auf Alsen, Abtretung der sogenannten Düppelposition, Abtretung der Halbinsel Kekenis zur Etablierung eines preußischen Kriegshafens, Abtretung der Häfen von Kiel und Friedrichsort, Oberaufsicht Preußens über den neu anzulegenden Nord-Ostseekanal, Abtretung eines näher zu bestimmenden Terrains am Anfangs- und Endpunkte dieses Kanals, Oberaufsicht über das Lotsenwesen und die Feuerzeichen an der Nord- und Ostsee und endlich die Verpflichtung des demnächstigen Souveräns der Herzogtümer, nichts gegen die Erhebung von Rendsburg zur Bundesfestung thun zu wollen.

Außerdem verlangte Preußen noch folgende Zugeständnisse in der Militärfrage: Die schleswig-holsteinische Armee sollte dem Könige den Fahneneid leisten. Sie sollte aus zwei Abteilungen bestehen, von denen die eine das Bundeskontingent bilden, die andere von dem höchsten

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 1. März 1865.
**) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 15. März 1865.
***) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 12. März 1865.
†) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 13. März 1865.

Kriegsherrn nach Belieben dislociert und einem oder mehreren preußischen Armeecorps zugeteilt werden könnte. Ferner sollte die Militäraushebung nach den preußischen Vorschriften unter Zusammenwirkung der preußischen Militär- und Civilbehörden erfolgen, und die Marinepflichtigen auf der preußischen Marine ausgebildet werden. Daß endlich der Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein verlangt ward, ist selbstverständlich, aber daß sie auch für ewige Zeiten Preußen die Ausbeutung des Post- und Telegraphenregals überlassen und ihm für seine Bemühungen in militärischer und sonstiger Beziehung einen jährlichen Tribut zahlen sollten, übersteigt jedes Maß berechtigter Ansprüche.

Daß Oesterreich auf diese exorbitanten Forderungen nicht sogleich alle weiteren Verhandlungen abbrach, ist ein Beweis seines großen Friedensbedürfnisses und seines Wunsches, lieber, auch unter den erschwerendsten Bedingungen, einen neuen Bundesstaat im deutschen Norden herzustellen, wie die Annexion durch Preußen ohne Kompensation zuzugeben. Graf Mensdorff hatte schon am 27. Februar — sofort nach Empfang der Bismarck'schen Denkschrift -- sich bereit erklärt, Preußen alle Vorteile zuzuerkennen, zu denen es nach seinen Opfern, seinen Aufgaben und seiner geographischen Lage berechtigt sei. Dazu rechnete er die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, den Kieler Hafen für Preußens Marine, den Nord-Ostseekanal und den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein*). Allein als Bundespräsidialmacht lehnte es Oesterreich ab, und mußte es nach der damaligen Rechtsordnung in Deutschland ablehnen, auch nur auf Verhandlungen über die preußische Militär- und Finanzhoheit in Schleswig-Holstein einzugehen**).

Gerade auf der Erfüllung dieser Forderungen aber war Bismarck entschlossen, zu bestehen, wenn er auf die Annexion verzichten sollte. Da jedoch Oesterreich, trotz der erdrückenden Schwierigkeiten seiner inneren und äußeren Lage Preußen den Alleinbesitz der gemeinsam eroberten Elbherzogtümer nicht überlassen wollte, so machte er sich schon jetzt mit

---

*) Sybel a. a. O. IV. S. 66.

**) Der Artikel V des Grundgesetzes über die Kriegsverfassung des Deutschen Bundes vom 9. April 1821 lautet: „Kein Bundesstaat, dessen Kontingent ein oder mehrere Armeecorps für sich bildet, darf Kontingente anderer Staaten mit den seinigen in eine Abteilung vereinigen".

Der Artikel VI desselben Gesetzes bestimmt: „Bei den zusammengesetzten Armeecorps und Divisionen werden sich die betreffenden Bundesstaaten über die Bildung der erforderlichen Abteilungen und deren vollständige Organisation unter-

dem Gedanken vertraut, daß er früher oder später würde an das Schwert appellieren müssen, um es dazu zu zwingen. An demselben Tage, wo ihn Werther telegraphisch von der Aufnahme seiner Propositionen in Wien unterrichtete (27. Februar), forderte in seinem Auftrage der Kriegsminister von Roon von dem General von Moltke ein Gutachten über die Stärke der eventuell gegen Preußen disponibeln österreichischen Streitkräfte.

In keinem Falle aber, selbst wenn er sich allen Forderungen fügte, wollte Bismarck den Erbprinzen von Augustenburg, den er für ein willfähriges Werkzeug des Nationalvereins ansah, unter die Zahl der souveränen deutschen Fürsten aufnehmen. Gleichfalls an demselben Tage, wo er die teilweise Ablehnung seiner Vorschläge in Wien erfuhr, teilte der Unterstaatssekretär von Thile dem hannoverschen Geschäftsträger mit, daß seine Regierung jetzt bereit sei, dem Großherzoge von Oldenburg die Elbherzogtümer zu übergeben, falls er die wegen deren künftigen Verhältnisses zu Preußen gestellten Bedingungen erfülle*).

Es war daher Bismarck im höchsten Grade unerwünscht, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins, der Unterstützung Oesterreichs und der süddeutschen Mittelstaaten gewiß, sich immer energischer für die Einsetzung des Augustenburgers aussprach. Eine Huldigungsadresse an den „angestammten Landesherrn" bedeckte sich rasch mit 50,000 Unterschriften während eine von Herrn von Scheel-Plessen veranlaßte Bittschrift um engen Anschluß an Preußen mit Mühe nur 200 Unterzeichner fand. Hier und da kam es sogar zu Thätlichkeiten, die den allgemeinen Haß gegen Preußen dokumentierten. Gelegentlich wurden die preußischen Schildwachen in Kiel von der Bevölkerung insultiert, ja der Unterstaatssekretär von Thile glaubte zu wissen, „daß der Minister Sr. Durchlaucht, Samwer, den Excessen nicht fremd sei**)." Bei dieser Sachlage kam die Ankün-

---

einander verständigen. Wenn dies nicht geschieht, wird die Bundesversammlung entscheiden."

Sodann Artikel VIII: „Nach der grundsätzlichen Gleichheit der Rechte und Pflichten soll selbst der Schein von Suprematie eines Bundesstaats über den andern vermieden werden".

Ferner Artikel XVII:

„Die Befehlshaber der einzelnen Truppenabteilungen werden von dem Staate, dessen Truppen sie befehligen sollen, ernannt.

Für die Abteilungen, welche aus mehreren Kontingenten zusammengesetzt sind, bleibt die Ernennung der Vereinigung der beteiligten Regierungen überlassen."

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 27. Februar 1865.

**) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 9. April 1865.

digung eines bayrischen Antrages wonach der Bund unter Bezeugung seines Vertrauens zu den deutschen Großmächten diese um eine Mitteilung über ihre weiteren Absichten zur Lösung der Herzogtümerangelegenheit ersuchen solle, Bismarck durchaus nicht erwünscht, da „sein mutmaßlicher Zweck nur der sein konnte, die Herzogtümerfrage wieder vor das Forum der Bundesversammlung zu bringen*).“ Aber als man in Berlin erfuhr, daß der Antrag auf Veranlassung Beust's und Dalwigk's dadurch eine bedeutend verschärfte Fassung erhalten hatte, daß die „vertrauensvolle Erwartung“ ausgesprochen werden sollte, Oesterreich und Preußen würden den Erbprinzen nunmehr als Herzog einsetzen, als man ferner erfuhr, daß Oesterreich in einem Cirkular seine Zustimmung dazu ausgesprochen habe, da beschloß der König sofort, die preußische Stimme gegen den bayrischen Antrag, „der eine Anerkennung der augustenburgischen Successionsansprüche involviere“, abzugeben. „Wenn wir die Absicht gehabt hätten, die Ansprüche des Erbprinzen anzuerkennen“, setzte Bismarck erläuternd gegen den Grafen Platen hinzu, „so würden wir nicht das Recht gehabt haben, die bekannten Forderungen zu stellen**).“ Vergeblich versuchte Graf Karolyi, um den Antrag von vornherein unschädlich zu machen, den Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen Enthaltung von der Abstimmung zu bewegen; Bismarck bestand darauf, ihn an den Ausschuß zu verweisen — und dabei keinen Zeitpunkt für die Berichterstattung zu bezeichnen.

So trat denn in der Bundestagssitzung am 27. März der Zwiespalt zwischen den beiden Großmächten von neuem deutlich zu Tage. Auf Oesterreichs Betreiben wurde mit einer Majorität von neun gegen sechs Stimmen beschlossen, daß die Abstimmung über den bayrisch-sächsisch-darmstädtischen Antrag binnen acht Tagen stattfinden sollte. Hannover war mit Preußen für die Verweisung an den Ausschuß. Nach der Auffassung Graf Platen's — oder vielmehr Zimmermann's — mutete der Antrag der Bundesversammlung zu, sich die Voraussetzung, daß der Erbprinz von Augustenburg der bestberechtigte unter den Prätendenten sei, als Basis für die Rechtsfrage und für ihre Weiterprocedur in der Angelegenheit anzueignen***).

---

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 15. März 1865.

**) Vertrauliche Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 22. März 1865 abends 9 Uhr.

***) Instruktion an die hannoversche Bundesgesandtschaft d. d. 2. April 1865.

„Wie ist Ihnen nach der gestrigen Niederlage zu Mute?“ fragte **Bismarck** tags darauf den hannoverschen Geschäftsträger in erregtem Ton. „Möge man nun in Frankfurt beschließen, was man wolle, und versuchen, mit bewaffneter Hand den Erbprinzen von Augustenburg einzusetzen; Preußen wird es darauf ankommen lassen und die Herzogtümer nicht räumen*).“

Und wie ernst es ihm mit dieser Entschließung war, bewies er dadurch, daß er schon am 24. März, vor der Abstimmung, den König Wilhelm zum Erlaß einer Ordre an den Marineminister veranlaßt hatte, wodurch die Verlegung der preußischen Marinestation von Danzig nach Kiel angeordnet wurde. Damit war er nach seinen eigenen Aeußerungen in den Beziehungen zu Oesterreich an einem Scheidewege angelangt, von dem er wünschte, „daß er uns nicht zu weit führen möge**).“

In Wien dagegen war man noch immer zur Versöhnung geneigt. Zwar gab Oesterreich am 6. April bei der Beschlußfassung am Bunde seine Stimme für den mittelstaatlichen Antrag ab, der mit derselben Majorität wie am 27. März angenommen wurde; allein es erklärte sich gleichzeitig bereit, seine Rechte auf Schleswig-Holstein an den Erbprinzen abzutreten, wenn Preußen dasselbe thäte.

Daß sich das Kaiserliche Kabinett bei dieser Sachlage durch die eigenmächtige Besitznahme des Kieler Hafens von seiten seines Verbündeten tief verletzt fühlte, ist begreiflich genug; hatte doch der Kriegsminister von Roon bei der Einbringung der betreffenden Vorlage im Landtage offen erklärt, daß Preußen denselben niemals wieder aufgeben werde. Graf Karolyi erhielt daher Auftrag, energisch gegen die Errichtung preußischer Marine-Etablissements in Kiel Protest einzulegen, und der Civilkommissar von Halbhuber wurde telegraphisch angewiesen, sofort gegen die Vorarbeiten einzuschreiten.

In Berlin empfand man den Einspruch Oesterreichs wie einen Akt offenbarer Feindseligkeit. Vorläufig aber suchte man den gereizten Nebenbuhler möglichst zu beschwichtigen, da man, ohne über die Haltung der anderen Mächte vollständig unterrichtet zu sein, es nicht für opportun hielt, die Dinge auf die Spitze zu treiben. In einer Note vom 17. April***) setzte Bismarck dem Grafen Mensdorff auseinander, daß jeder der beiden Miteigentümer das Recht habe, die Buchten und Häfen des Landes für seine Schifffahrt zu benutzen. Der Gedanke, die gleiche Befugnis des

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 29. März 1865.

**) v. Sybel a. a. O. IV. S. 100.

***) S. dieselbe auszugsweise in von Sybel a. a. O. IV. T. S. 105.

Genossen zu verkümmern, liege der preußischen Regierung fern. Sie habe aber keinen Grund, den Kieler Hafen für ihre Flotte unbenutzt liegen zu lassen, weil Oesterreich nach den geographischen Verhältnissen nicht in der Lage sei, ihn selbst für diesen Zweck in Gebrauch zu nehmen. Roon's Aeußerung im Abgeordnetenhause hätte nur konstatieren sollen, was man in Wien längst wisse, nämlich, daß Preußen in keine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage willigen würde, die es nicht im Besitze des Kieler Hafens ließe. Uebrigens sei man bereit, um keine Aenderung in der Stärke des Besatzungscorps herbeizuführen, so viel Landtruppen aus Holstein wegzuziehen, wie das Seebataillon Köpfe zählte.

Diese Ausführungen klangen versöhnlich genug, und in der That sollte nach den Aeußerungen des Unterstaatssekretärs von Thile Graf Mensdorff in der Depesche manche Anknüpfungspunkte zur Beseitigung der Kieler Differenzen gefunden haben. Allein es war doch bedenklich genug, daß Bismarck wenige Tage nach deren Absendung die preußischen Gesandten in Paris und Florenz aufforderte, umgehend zu melden, wie sich die Kabinette, bei denen sie beglaubigt waren, zu einem Kriege mit Oesterreich stellen würden.

Die Berichte des hannoverschen Bevollmächtigten in Berlin endlich ließen keinen Zweifel darüber, wie ernst Bismarck die Beziehungen zu dem Kaiserstaat in Wirklichkeit auffaßte*). Graf Platen jun., der infolge telegraphischer Anweisung aus Hannover den preußischen Ministerpräsidenten persönlich aufsuchte, wurde von diesem sehr liebenswürdig empfangen und mit scheinbar großer Offenheit über die augenblickliche politische Situation unterrichtet. Das Verhältnis zu Oesterreich, so begann Bismarck, sei leider ein sehr schlechtes geworden; das bisherige unbedingte Vertrauen Preußens nicht allein bei ihm, sondern vor allem bei dem Könige geschwunden. Man dürfe es daher Preußen nicht verdenken, wenn es sich nach anderen Bundesgenossen umsähe. Er könne überhaupt nicht begreifen, was Oesterreich veranlasse, in der Kieler Angelegenheit so feindselig aufzutreten; denn es handle sich einfach darum, 700 Mann Matrosen, einiges Ankertau und altes Eisen nach Kiel zu bringen. Der Entschluß dazu sei bereits im Januar gefaßt, und er verstehe nicht, wie Freiherr von Halbhuber behaupten könne, nach der bekannten Kabinettsordre vom 24. März erst durch die Zeitungen Kenntnis von der ganzen Maßregel erhalten zu haben, während doch Herr von Zedlitz schon lange

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 25. April 1865.

vorher mit ihm darüber gesprochen. Außerdem hätte der österreichische Civilkommissar geäußert, Preußen sei ein unzusammenhängendes Land, ein reiner Militärstaat, dazu im Innern sehr krank. Es bedürfe eines auswärtigen Krieges, so daß Oesterreich sich gezwungen sehen würde, ihm ein zweites Olmütz zu bereiten. „Ueber diese Aeußerungen, die ich Sr. Majestät gemeldet habe", so fuhr Bismarck fort, „ist der König im höchsten Grade entrüstet und hat mir erwidert: ‚Oesterreich soll sich irren, wenn es mich für so dumm hält, daß ich in die von ihm mir gestellte politische Falle hineingehen werde. Will Oesterreich Krieg haben, so bin ich bereit, ihn in drei Tagen aufzunehmen, zurückgehen werde Ich nicht.' Als Beweis dafür aber, daß wir nicht zurückgehen werden, und damit es auch nicht den Anschein gewinne, als würden wir es thun, hat die „Arcona" bereits den Befehl erhalten, in Kiel zurückzubleiben."

„Uebrigens habe ich", so sprach der Minister weiter, „einen Contrecoup gegen Oesterreich ausführen müssen. Die preußisch-österreichische Allianz beruht nicht in der Abfassung freundlicher Depeschen, sondern kann nur auf gegenseitiges Vertrauen basiert sein. Oesterreich verweigert aber jedes Symptom eines solchen Vertrauens; wir müssen uns daher nach anderen Bundesgenossen umsehen, und haben deshalb in Wien vorgeschlagen, die Stände der Herzogtümer zu berufen."

Denn mit Hilfe eines nur für diese eine Diät octroyierten Wahlgesetzes mit allgemeinem und geheimem Stimmrechte, das die Masse des Volkes an die Wahlurne führte, hoffte Bismarck eine Versammlung zu stande zu bringen, welche er für die Einverleibung in Preußen gewinnen könne. „Ich wünsche nicht", so äußerte er sich weiter, „daß Advokaten, sondern daß loyale Bauern gewählt werden. Ihnen werde ich dann die Frage vorlegen, ob sie lieber für 70 Millionen einen Herzog haben wollen, der doch im Grunde nichts weiter als höchstens ein erblicher Oberpräsident sein würde, oder ob sie die 70 Millionen verdienen und preußisch werden wollen. Durch das von mir ausgedachte Wahlgesetz, welches auf die Massen berechnet ist, will ich nicht der Demokratie Vorschub leisten. Wenn ich z. B. hier in Preußen von meinem Gute 100 Arbeiter zur Wahlurne schicken könnte, so würden die jede andere Meinung im Dorfe tot stimmen; dies hoffe ich mit Hilfe der Gutsbesitzer in den Herzogtümern zu erreichen."

Dann ging Bismarck auf die Erbfolgefrage näher ein, um gegen Oesterreich abermals den Vorwurf der Treulosigkeit zu schleudern — und den König Georg davon zu überzeugen, daß er in der Frage der Herzog-

tümer dasselbe Ziel verfolge, wie er. „Ich stand im Begriff", sagte er, „mich mit Oldenburg auf Grund der preußischen Forderungen zu verständigen. Das österreichische Kabinett hatte zu verstehen gegeben, man möge sich preußischerseits nur mit irgend einem der Prätendenten abfinden, und Herr von Biegleben hatte mir mündlich gesagt, Oesterreich wollte vorher gar nicht wissen, was wir abmachten, aber es werde später sein Siegel darunter setzen und alles gut sein. Als ich aber dem Wiener Kabinett vertraulich von dem Stande der Verhandlungen mit Oldenburg Kenntnis gab, erhielt ich umgehend die Erwiderung, daß Oesterreich den Großherzog nicht in die Herzogtümer einsetzen werde. Mir wäre dieser Fürst der angenehmste gewesen, weil er Souverän ist, und als solcher bindende Staatsverträge abschließen kann. Was aber Oesterreich veranlaßt, in dieser Weise Front gegen uns zu machen, das ist der Glaube an eine Allianz mit Frankreich. Der eitle Geck von Metternich, der sich in Paris die Jacke voll lügen läßt, schreibt wohl wieder Berichte, wie zur Zeit der polnischen Frage, Berichte, die teils Lügen, teils Phantasien enthalten. Ich brauche nur einen Finger aufzuheben, und wir distanzieren Oesterreich so völlig, daß es höchstens noch den Staub unserer Huftritte sieht. Was aber etwa die Hilfe der süddeutschen Regierungen anlangt, so ist es wohl mehr als zweifelhaft, ob sie im gegebenen Augenblicke sich für Oesterreich erklären werden."

Daß eine solche Sprache in Hannover zu denken gab, ist begreiflich; aber auch in Wien verhehlte man sich den Ernst der Situation nicht länger. Schon bei der Grundsteinlegung des Düppeldenkmals am 18. April war das äußerst stille und zurückhaltende Wesen des dazu nach Berlin entsandten Fürsten Schwarzenberg allgemein aufgefallen*). Graf Karolyi selber äußerte sich über die Gestaltung der Beziehungen zu Preußen durchaus nicht hoffnungsvoll. Er glaubte ebensowenig, daß seine Regierung von ihrem Standpunkte in der Kieler Frage zurücktreten, wie daß man sich hinsichtlich der Einberufung der Stände würde einigen können. Oesterreich dürfe sich nur darauf einlassen, wenn die Wahlen nach dem Gesetz von 1848, — also in Gemäßheit der „Schandverfassung" dieses Jahres, wie Bismarck sie bezeichnete**) —, ausgeschrieben würden. Von praktischer Bedeutung aber könne selbst in diesem Falle der Zusammentritt nicht sein, denn es wäre mehr als wahrscheinlich, daß es zu einer

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 19. April 1865.
**) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 25. April 1865.

zuvorigen Vereinbarung über ein gemeinsames Programm nicht kommen, die Stände sich aber sofort für den Erbprinzen von Augustenburg aussprechen würden*).

Zwar gestand der Wiener Hof noch zu, daß jeder der Civil-Kommissare mit den Ständen für sich verhandeln könne. Auf das fernere Verlangen Bismarck's aber, den Erbprinzen und sein „sogenanntes" Ministerium aus Holstein zu entfernen, bevor die Vorbereitungen zu den Wahlen begönnen, wollte man österreichischerseits nicht eingehen.

So lagen die Dinge, als der neu ernannte hannoversche Gesandte, Baron von Stockhausen, die Geschäfte übernahm. Am 5. Mai überreichte er Bismarck seine Kreditive, der seine Klagen über das Wiener Kabinett in lebhaftem Tone wiederholte. Nicht bloß gegen den Grafen Mensdorff, sondern gegen den Kaiser selbst erging er sich in heftigen Beschuldigungen. „Herr von Mensdorff", sagte er, „läßt sich durch die Herren von Meysenbuch und von Biegeleben leiten. Die Depeschen, welche er an den Grafen Karolyi richtet, gleichen weder in der Form, noch im Inhalt denen aus der Zeit Rechberg's. Die Sprache der offiziösen und inspirierten Blätter wird von Tage zu Tage aggressiver, weil sie fast ausschließlich von Herrn von Schmerling inspiriert werden. Die guten Absichten des Kaisers will ich nicht in Zweifel ziehen, aber augenscheinlich wendet er den auswärtigen Angelegenheiten nicht mehr die ernste und beständige Aufmerksamkeit zu, die er in den ersten Jahren seiner Regierung darauf richtete**)."

Im allgemeinen aber gewann Stockhausen damals den Eindruck, daß Bismarck sich nur deshalb so lebhaft über Oesterreich beklage und von dem Bruche der Allianz wie von einer drohenden Gefahr spräche, um das Wiener Kabinett zu neuen Konzessionen zu drängen.

Am 8. Mai wurde der neue Gesandte vom Könige Wilhelm in besonderer Audienz empfangen, der mit ausdrücklicher Wärme seine freundschaftlichen Gesinnungen für den König Georg betonte, und den aufrichtigen Wunsch aussprach, daß die Beziehungen zwischen den beiden Höfen und ihren Regierungen in derselben Weise aufrecht erhalten werden möchten und sich konsolidierten, wie sie sich namentlich in der letzten Zeit entwickelt hätten. Er selbst würde alles thun, was in seinen Kräften stände, um diesen Wunsch zu realisieren***).

*) Depesche des Grafen Platen jun. d. d. 28. April 1865.

**) Depesche Stockhausens d. d. 5. Mai 1865.

***) Depesche Stockhausens d. d. 8. Mai 1865.

Stockhausen war jedoch nicht der Mann, sich durch solche Freundschaftsbeteuerungen in Sicherheit wiegen zu lassen. Er wußte nur zu wohl, welche Gefahren der Selbständigkeit der kleineren Bundesstaaten und namentlich Hannovers drohten, wenn der rücksichtslose Staatsmann, der die auswärtige Politik Preußens lenkte, die Lösung der deutschen Frage in Angriff nahm. Und bald genug überzeugte er sich, daß Bismarck in der That auf einen Bruch mit Oesterreich lossteuerte; denn er erfuhr, daß die preußische Regierung sich für diesen Fall bereits ein Anlehen von 200 Millionen Thaler gesichert habe. Daneben erhielt Werther schon am 12. Mai Auftrag, dem Grafen Mensdorff die Gewißheit des bewaffneten Konflikts in Aussicht zu stellen, falls Oesterreich nicht nachgäbe.

Währenddem rückte die Angelegenheit der Elbherzogtümer nicht vom Fleck. Vergeblich bot Preußen als Kompensation für deren Einverleibung dem Wiener Kabinett die Abtretung der hohenzollernschen Fürstentümer. Dieses aber, dem die Entschädigung ungenügend schien, verlangte außerdem die Cession der Grafschaft Glatz, und darauf wollte sich der König unter keinen Umständen einlassen*). So mußte denn vorläufig der provisorische Zustand in den Herzogtümern aufrecht erhalten werden. Aber die Arbeiten am Kieler Hafen gingen trotz der ablehnenden Haltung des preußischen Landtages ihren Gang, und bei dem streitsüchtigen Charakter des Herrn von Halbhuber stieg die Gefahr, daß irgend ein unliebsamer Zwischenfall einen Krieg der beiden Großmächte herbeiführen konnte, von Tage zu Tage. Die letzte Hoffnung einer friedlichen Lösung der Differenzen beruhte auf einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Souveräne, die man gelegentlich des Aufenthalts des Königs Wilhelm in Karlsbad herbeizuführen dachte. Auch von einer versöhnlichen Mission des Generals von Manteuffel nach Wien war die Rede.

Bismarck aber war fest entschlossen, je eher je lieber die Entscheidung auf die Spitze des Degens zu stellen. Stockhausen konnte bereits am 23. Mai aus zuverlässiger Quelle berichten, daß für diesen Fall die Okkupation Hannovers und der übrigen angrenzenden Staaten: Mecklenburg, Oldenburg und der Hansastädte durch ein preußisches Corps fest beschlossene Sache sei. Nur wenn man unverzüglich eine Militär- und Marinekonvention im Sinne der jetzt von

*) Mitteilung Bismarcks an den kurhessischen Gesandten von Schachten (siehe Depesche Stockhausens d. d. 22. April 1865).

den Herzogtümern verlangten Zugeständnisse abschlösse, fügte er hinzu, und auf die diplomatische Vertretung nach außen verzichtete, würde es nach der Meinung seines Gewährsmannes vielleicht möglich sein, das Unheil abzuwenden*).

Ob es indes dem Ministerpräsidenten gelingen würde, den König seinen Annexionsplänen gefügig zu machen, schien damals noch recht zweifelhaft. Er selbst beklagte sich oft darüber, daß es ihm schwer genug würde, die Anstrengungen zu paralysieren, die von allen Seiten gemacht würden, um das Vertrauen seines königlichen Herrn zu erschüttern und ihn für eine andere Politik zu gewinnen. „Dazu bedarf es“, so äußerte er sich in vertraulichen Gesprächen, „einer stündlichen und unablässigen Aufmerksamkeit. Kaum hat der König sich erhoben, so beginnt diese Arbeit „geistiger Sappe“. Da sind zuerst der Kronprinz und seine Gemahlin, welche Sr. Majestät ihre Aufwartung machen. Beim Frühstück serviert man ihm sodann einen Brief der Kronprinzessin, bei Tisch ein Schreiben Ihrer Majestät der Königin Viktoria und beim Souper ein anderes vom Könige Leopold. Am nächsten Tage kommt dann eine Botschaft von Herrn von Auerswald, darauf die Kuriere aus Weimar und Koburg und alle arbeiten für den Erbprinzen von Augustenburg und gegen den Großherzog von Oldenburg**).“

Allen diesen Einflüsterungen zum Trotz behielt Bismarck sein Ziel fest im Auge. Die europäische Lage schien ihm für einen Krieg mit Oesterreich günstig. Nach den Berichten der Gesandten durfte er auf die Neutralität Rußlands und Frankreichs hoffen, und daß Italien unverzüglich mit 250000 Mann Venetien angreifen würde, war gewiß. In einer Sitzung des Staatsministeriums, das am 29. Mai auf Befehl des Königs zusammentrat***), eröffnete er die Verhandlungen mit der Erklärung, daß Preußen durch die neue Ordnung der Dinge mindestens nicht in eine schlechtere Stellung gebracht werden dürfe, als dieses früher dem befreundeten Dänemark gegenüber der Fall gewesen. Die Schöpfung eines neuen, von Preußen unabhängigen Mittelstaats aber würde eine solche mit sich bringen; denn bei der jetzigen Feindseligkeit Dänemarks reiche die schleswig-holsteinische Armee zum Schutze der Nordmark nicht

*) Postscriptum zur Depesche Stockhausens d. d. 23. Mai 1865.

**) Depesche Stockhausens d. d. 27. Mai 1865.

***) Vergl. über diese Verhandlung Sybel a. a. O. IV. T. S. 121 ff. und von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland Bd. I S. 9.

aus. Man müsse daher entweder dem künftigen Souverän gegenüber auf den Forderungen vom 22. Februar bestehen, oder die Zustimmung Oesterreichs zur Einverleibung der Herzogtümer durch Gewährung einer Entschädigung zu erlangen suchen und die Prätendenten durch eine Geldabfindung befriedigen. Dieser zweite Weg aber sei nicht angängig, da der König keine Gebietsabtretung wolle. Der einzige Ausweg wäre daher die formelle Forderung der Annexion — und der Krieg mit Oesterreich. „Früher oder später wird ein solcher Kampf doch nicht zu vermeiden sein", so schloß er, „aber den Rat dazu können wir Sr. Majestät nicht erteilen. Der Entschluß dazu muß aus der freien Königlichen Ueberzeugung hervorgehen. Würde aber ein solcher gefaßt, so würde das gesamte preußische Volk ihn freudig begrüßen", — eine Behauptung, die der wirklichen Sachlage wohl kaum entsprach.

Mit Ausnahme des Finanzministers von Bodelschwingh stimmten alle Kollegen Bismarcks seinen Ausführungen zu. Auch Moltke trat bedingungslos für die Forderung der Annexion, ein, für die sich auch die allgemeine Stimme der Armee ausspräche. Mit ebensogroßer Bestimmtheit erklärte sich der Kronprinz gegen den Krieg und für die Einsetzung des Augüstenburgers. Nur dadurch könne das Unheil eines Kampfes mit Oesterreich, der Deutschland zerfleischen und die fremden Mächte zur Einmischung veranlassen würde, abgewendet werden, sagte er.

Dem Widerspruch des Thronerben gegenüber konnte der König zu keinem bestimmten Entschluß kommen. Vorläufig mußte sich daher Bismarck zu seinem großen Aerger aufs Abwarten verlegen. „An die Möglichkeit eines friedlichen Uebereinkommens glaube ich immer weniger", äußerte er einige Tage nach dem Conseil gegen den hannoverschen Gesandten*), „und zwar, weil man in Wien den Charakter des jetzigen Königs und seines Ministeriums verkennt. Man glaubt immer noch mit dem hochseligen Monarchen und dessen Ministern zu thun zu haben. Friedrich Wilhelm IV. lud immer sein Gewehr, feuerte es aber niemals ab. Der jetzige König dagegen brennt vor Begierde, Feuer zu geben."

„Nicht auf Oesterreich, hoffe ich", warf Stockhausen ein.

„Nein", erwiderte Bismarck, „aber im allgemeinen und er wird von der ersten Gelegenheit profitieren, um es zu thun. Die Meinung Sr. Majestät über diese Angelegenheit ist auch die meinige; ich habe sie niemals meinen Kollegen verheimlicht und ich bin ihrer Zustimmung sicher.

*) Depesche Stockhausens d. d. 3. Juni 1865.

Man glaubt in Wien, es mit Schreiberseelen zu thun zu haben, wird aber sehen, daß man heute mit Edelleuten rechnen muß."

Stockhausen äußerte einige Zweifel, daß man dort derartige Ansichten hegte. Er glaubte vielmehr, daß man sich in Berlin im Irrtum befände, wenn man sich schmeichelte, daß Oesterreich nur einen schwachen Widerstand leisten und vor dem Aeußersten zurückweichen würde.

„Ich persönlich", erwiderte der Minister, „habe diese Ansicht auch niemals geteilt. Niemals ist der Kaiserliche Hof vor einem Kriege zurückgewichen; selbst nicht im Augenblick der größten finanziellen Verlegenheiten. In Wien sind es die Militärs und vornehmen Herren, welche in diesen Dingen das letzte Wort zu sagen haben, aber ich glaube fest, daß die österreichische Regierung nicht im stande ist, uns ein zweites Olmütz zu bereiten."

Auch von einer Zusammenkunft der Souveräne versprach sich Bismarck keinen Erfolg. „Ihre persönliche Freundschaft ist zwar heute noch intakt, aber man darf deren Einfluß nicht zu hoch anschlagen. Was dagegen Mensdorff betrifft, so ist er ohne Zweifel ein ausgezeichneter Militär, aber ihm fehlt die Geschäftskenntnis. Es ist eben nicht mehr Herr von Rechberg, mit dem ich zu thun habe. Ich erinnere mich eines alten Majors", so schloß der Minister, „der zu sagen pflegte: ‚Wenn das Einverständnis aufhört, so fängt die Zwietracht an.' Danach muß man sich einrichten."

Es ist indes nicht wahrscheinlich, daß man sich in Wien bereits damals mit dem Gedanken der Unabwendbarkeit eines kriegerischen Konflikts vertraut gemacht hatte. Vielmehr war man dort zu bedeutenden Zugeständnissen bereit, um die schwebenden Streitfragen in beiderseitigem Einvernehmen zu regeln. In einer Note vom 5. Juni erklärte Mensdorff die Geneigtheit seines Hofes, der preußischen Regierung den Hafen von Kiel zu vollem Eigentum zu überlassen und die Forderungen hinsichtlich der Rekrutierung für die Marine zuzugestehen. Ueber die Frage der künftigen Militärhoheit Preußens hielt er sich dagegen nicht befugt, zu entscheiden, und schlug vor, sie dem Bunde zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Auch gegen die alleinige Besetzung der Festung Rendsburg durch preußische Truppen hatte er nichts einzuwenden, verlangte aber, daß Oesterreich dieselbe Befugnis hinsichtlich Rastatts eingeräumt würde*). Die Entscheidung über die anderen Punkte der Februarforderungen endlich

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 15. Juni 1865.

wollte Mensdorff der Vereinbarung zwischen Preußen und dem künftigen Souverän überlassen. Nur darüber, wen man als solchen einsetzen wollte, kam es zu keiner Verständigung, da Preußen es ablehnte, über die eventuelle Kandidatur zu verhandeln, bevor nicht der Erbprinz und seine Minister aus dem Lande entfernt wären. Daß dessen Abwesenheit während der Sitzungen des Landtages notwendig sei, gab man in Wien zu, wollte sich aber zu etwas weiterem wie freundschaftlichen Vorstellungen nicht verstehen*).

Dem preußischen Ministerpräsidenten kam die nachgiebige Haltung des Wiener Kabinetts wenig gelegen, und man geht wohl nicht fehl, wenn man es der direkten Einwirkung des Königs zuschreibt, daß er die Note in versöhnlichem Sinne beantwortete. Dem Gerechtigkeitsgefühl des Monarchen leuchtete es ein, daß die Frage der militärischen Organisation des holsteinischen Kontingents der Erörterung am Bunde überlassen werden müsse, und er gab hierzu bereitwillig seine Zustimmung, in der Hoffnung, daß man sich dort dem sachlichen Bedürfnis nicht verschließen würde. Man war also einer Verständigung näher gerückt, wie je zuvor, wenn es Bismarck nicht gelungen wäre, den Unmut des Königs gegen den Erbprinzen von Augustenburg zu verschärfen, der fortfuhr, wie ein anerkannter Souverän die Huldigungen der Bewohner entgegenzunehmen, während die Landesregierung die Wahlumtriebe in den Herzogtümern mit erneutem Eifer begann und allenthalben die Parole ausgab, nur der dürfe gewählt werden, der sich verpflichte, gleich in der ersten Sitzung des Landtages für die Proklamation des Herzogs Friedrich VIII. zu stimmen. Das Gutachten der Kronsyndici über die Erbfolgefrage, das um diese Zeit einging, förderte die Absichten Bismarcks wesentlich. Es lautete dahin, daß dem Erbprinzen von Augustenburg auch nach dem Tode seines Vaters kein Successionsrecht an die Herzogtümer zustehe, er vielmehr für alle Zeiten an dessen Verzicht gebunden sei. Vom völkerrechtlichen Standpunkt aus aber wären die durch das Londoner Protokoll festgesetzten Rechte des Königs Christian IX. einzig und allein auf Oesterreich und Preußen übergegangen. Zur Anerkennung anderer Erbrechte seien diese nicht verpflichtet.

Eine besonders unglückliche Fügung war es ferner für den Augustenburger, daß der König mittlerweile sich nach Karlsbad begeben hatte (21. Juni), wo er den Einflüssen seiner Verwandten entzogen war.

*) Depesche Stockhausens d. d. 12. Juni 1865.

Namentlich mußte der Erbprinz der freundschaftlichen Fürsprache des Kronprinzen entbehren, während von allen Ministern nur Bismarck sich in der Begleitung des Königs befand. Diesem gelang es daher leicht, seinen königlichen Herrn dahin zu bringen, daß er in dem Auftreten des Prätendenten eine Verletzung der ihm nach dem Wiener Frieden zustehenden Herrschergewalt sah. Eigenhändig schrieb er an den Kaiser Franz Joseph, er vermöge auf die Dauer die Beeinträchtigung seiner Würde als Landes- und Kriegsherr nicht zu ertragen und begehre die Ausweisung des Prätendenten. Gleichzeitig forderte er diesen in einem Privatschreiben auf, die Schwierigkeiten der Lage durch seine persönliche Entfernung zu vermindern. Das Ergebnis war eine ablehnende Antwort und die Erklärung, daß er entschlossen sei, in keinem Falle das Land zu verlassen.

Damit war die Sache des Augustenburgers rettungslos verloren. In einer Note vom 3. Juli erklärte Bismarck, Preußen werde sich denselben nach seinem fortwährend feindseligen Verhalten niemals aufzwingen lassen, sei aber bereit, zur Einsetzung eines andern Souveräns zu schreiten, wenn Oesterreich dazu den Großherzog von Oldenburg annähme*). Dazu wollte man sich in Wien nicht verstehen. Der Kaiser richtete vielmehr die dringende Bitte an den König, er möge von seiner Ungnade gegen den Erbprinzen absehen, und ihn als rechtmäßigen Herzog anerkennen, während inzwischen Werther bereits beauftragt war, zu erklären, daß der König die öffentlichen Verunglimpfungen Preußens und seines Heeres nicht länger dulden und den General von Herwarth anweisen werde, selbständig geeignete Maßregeln zum Schutze und zur Genugthuung zu ergreifen.

So waren die Dinge an einer gefahrdrohenden Krisis angelangt. Vergeblich suchte Mensdorff durch ein entgegenkommendes Schreiben an den Gesandten von Werther**) den kommenden Sturm zu beschwören. Er erkannte bereitwillig an, daß Preußen auf Spezialvorteile Anspruch habe, „weil es in dem gemeinsam geführten Kriege höhere Leistungen übernommen hat, als wir, weil seine geographische Lage ein höheres Interesse an der Zukunft der Herzogtümer bedingt und weil wir wünschen, ihm unsere Allianz nicht nur durch die geleistete Hilfe, sondern auch in den Resultaten

*) von Sybel a. a. O. IV. S. 135.

**) Vertrauliches Schreiben des österreichischen Ministers Grafen Mensdorff an den preußischen Gesandten Freiherrn von Werther d. d. 10. Juli 1865.

als vorteilhaft erscheinen zu lassen." Dann wiederholte Mensdorff noch einmal die Konzessionen, zu denen sich Oesterreich in der Note vom 5. Juni bereit erklärt hatte, und sprach die Hoffnung aus, „daß Se. Majestät der König von Preußen und sein erster Minister uns die Gerechtigkeit leisten werden, daß wir uns bei der Anwendung der Gesichtspunkte unseres Bündnisses versöhnlich und im höchsten Grade frei von engen Bedenklichkeiten gezeigt haben".

In der Souveränetätsfrage jedoch erklärte er, den preußischen Forderungen nicht nachgeben zu können. Er glaubte, daß nach allem, was in dieser Sache geschehen sei, die beiden Mächte sich nur dann „ihrer moralischen Verpflichtung für den augustenburgischen Anspruch entledigt halten möchten, wenn für den Großherzog von Oldenburg ein positiver Rechtsvorzug geltend zu machen wäre." „Wie man auch über die augustenburgische Prätension denken möge", so heißt es in der Note weiter, „sie war doch die einzige, die dem Londoner Vertrage gegenüberstand, und die beiden Mächte haben sich auf dieselbe gestützt, als sie die Trennung der Herzogtümer von Dänemark forderten... Ich würde es daher für höchst bedenklich halten, wenn man jetzt abermals, wie zur Zeit des Londoner Vertrages, über den Protest Augustenburgs hinweggehen, die deutschen Bundesverhältnisse dadurch wieder schwieriger gestalten, die Rechtsunsicherheit fortpflanzen und der Demokratie auch für die Folgezeit die Möglichkeit offen halten wollte, sich mit dem Schilde eines angeblich verletzten Rechts zu decken... Wenn aber Preußen uns jetzt die Einsetzung des Großherzogs von Oldenburg vorschlägt, so bedürfen wir einer ganz bestimmten und positiven Garantie, daß Preußen diesen Vorschlag auch wirklich ausführen wolle und könne. . . . Bis jetzt ist es Thatsache, daß seiner Kandidatur in den Herzogtümern jeder feste Boden fehlt . . . . Wenn aber die Mächte von den Ständen die Thronbesteigung eines Fürsten verlangen, an dessen Legitimität das Land nicht glaubt, ja, dessen Einsetzung von ihnen selbst nicht im Namen eines klaren und vollständigen Rechts verlangt werden kann, dann wird ein kritischer Augenblick eintreten und ein Umschwung in der Stimmung des Landes und der Sieg der Annexionspartei unberechenbar an Wahrscheinlichkeit gewinnen . . . Wird aber dann Preußen willens sein, den Gedanken einer Annexion, den es uns mehr als einmal als in seinen eigenen Wünschen liegend bezeichnet hat, zurückweisen? . . . Jedenfalls müßten wir eine sehr offene und bestimmte Erklärung hierüber erwarten, da uns nach Lage der Dinge nur die vollste Gewißheit über diesen Punkt beruhigen kann."

Diese Versicherung aber war Bismarck durchaus nicht gewillt zu geben. In einem Ministerrat, den der König gelegentlich seiner Durchreise nach Gastein auf den 21. Juli nach Regensburg zusammenberief, wurde die Absendung eines Ultimatums nach Wien beschlossen. Die Forderungen desselben deckten sich ziemlich genau mit den letzten an Werther gerichteten Weisungen. Jede weitere Verhandlung über die Zukunft der Herzogtümer wurde kategorisch abgelehnt, bis die Autorität der gemeinschaftlichen Besitzer hergestellt und jede Agitation beseitigt wäre. Erst dann sei Preußen bereit, über die Einsetzung des Großherzogs von Oldenburg zu unterhandeln. Die Kandidatur des Augustenburgers dagegen erklärte man für vollständig ausgeschlossen. Uebrigens sollte erst nach dem Ergebnis der beabsichtigten Zusammenkunft der beiden Monarchen in Gastein entschieden werden, ob der Stand der Dinge es rechtfertigte, dem General von Herwarth Auftrag zum einseitigen Vorgehen in den Herzogtümern zu erteilen. Jetzt schon aber wurde dieser angewiesen, alles vorzubereiten, um im gegebenen Augenblick den Erbprinzen zu verhaften und an Bord der preußischen Korvette Vineta zu bringen.

In Hannover scheint man sich über den Ernst der Situation bedenklichen Illusionen hingegeben zu haben. Den „incendiären" Depeschen Stockhausens schenkte Graf Platen keinen Glauben. Nach den Berichten seines Neffen war er vielmehr fest überzeugt, daß er das volle Vertrauen Bismarcks besäße, und daß dieser das bestehende freundnachbarliche Verhältnis unter allen Umständen aufrecht erhalten wollte. Daß ihn der preußische Ministerpräsident in einer vertraulichen Stunde persönlich vor seinen Zukunftsabsichten mit den Mittelstaaten gewarnt hatte (cf. II 1. Abt. S. 453), schien er völlig vergessen zu haben. Ja, er glaubte nicht nur, daß die beiden Großmächte einer friedlichen Verständigung nahe gerückt wären, sondern er hoffte sogar, daß es ihm gelingen könnte, Hannover zum Dank für seine Haltung in der Herzogtümerfrage einen Gebietszuwachs zu verschaffen.

Graf Platen hatte nämlich im Sommer 1864 auf Umwegen erfahren*), daß man in Wien sehnlichst wünschte, eine permanente Flottenstation in der Nordsee zu errichten, um demnächst zur Gründung einer norddeutschen Marine die Hand bieten zu können. Als Einleitung hierzu sollte die hannoversche Regierung zunächst ersucht werden, den in die Nordsee

*) Dr. Orges, Redakteur der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" an Graf Platen d. d. 21. August 1864.

kommandierten kaiserlichen Schiffen während der bevorstehenden stürmischen Jahreszeit in Geestemünde oder Emden eine gesicherte Unterkunft zu gewähren. Der König war natürlich gern bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen und nach Empfang der offiziellen vertraulichen Anfrage*) wurden die betreffenden Hafenämter angewiesen, den österreichischen Wünschen in jeder Weise entgegen zu kommen. „Unser Ziel aber muß dahin gehen", schrieb Graf Platen an den König, „aus der einmaligen Ueberwinterung in eine permanente österreichische Flottenstation überzugehen**)." Demgemäß erfolgte die Genehmigung des Gesuchs und der Admiral von Tegetthoff nahm während der Wintermonate mit seinem Geschwader Aufenthalt in Geestemünde.

Nun hielt Graf Platen im Juli 1865 den Zeitpunkt für geeignet, um von Oesterreich eine Belohnung für das Entgegenkommen Hannovers in der Flottenangelegenheit zu fordern. Und dazu bot sich bald eine passende Gelegenheit. Graf Mensdorff beauftragte am 6. Juli den Gesandten Grafen Ingelheim, mit Platen die Herzogtümerfrage „in der vertrauensvollsten Weise" zu besprechen***). Er sollte ihm auseinander setzen, wie in der großen Verschiedenheit der Ansichten Hannovers mit denen Oesterreichs „fast eine Art von Rätsel zu liegen schiene". „Wir sind wahrlich nicht aus Sympathie für die augustenburgische Sache", so führte Mensdorff aus, „an diese leidige Verwickelung herangetreten, und es sind auch jetzt nicht Sympathien oder Antipathien, die uns leiten. Wir haben den großen Zweck der Erhaltung der Grundlagen der deutschen Verfassung vor Augen. Dazu gehört vor allem das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen, und dieses Gleichgewicht kann nur gewährt werden, entweder durch den status quo oder durch eine gleichmäßige Territorialvergrößerung beider Mächte. . . . Wir können sogar dem Grafen Platen ohne Bedenken im Vertrauen eingestehen, daß auch nach unserer Ansicht die Abtretung der Herzogtümer an Preußen gegen Territorial-Kompensationen vielleicht eine zweckmäßigere Lösung sein würde, als die Gründung eines eigenen schleswig-holsteinischen Staates. In aller Aufrichtigkeit können wir hinzufügen, daß diese Art der Lösung uns doppelt zusagen würde, wenn sich damit durch irgend eine Kombination ein Gewinn für Hannover verbinden ließe . . . ."

---

*) Vertrauliche Depesche des Grafen Rechberg d. d. 27. August 1864.

**) Immediatbericht Graf Platens an den König d. d. 30. August 1864.

***) Depesche des Grafen Mensdorff an den Grafen Ingelheim in Hannover d. d. 6. Juli 1865.

„Kann uns aber von Hannover aus irgend eine greifbare Möglichkeit der Verwirklichung solcher Entwürfe vor Augen gestellt werden? . . . Der König von Preußen will sich zu keiner Cession verstehen, und die Zukunft des verfügbaren Objekts Schleswig-Holstein und Lauenburg bildet für uns den einzig praktischen Gegenstand der Verhandlung . . . . ."

„Wir geben ferner dem hannoverschen Kabinett an und für sich durchaus nicht Unrecht, wenn es in dieser Voraussetzung den Erfolg der Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg wünscht. . . . . Auch hier liegt uns aber die entscheidende Frage nahe, ob denn die Staatsmänner Hannovers wirklich und ernstlich glauben, daß Preußen den Großherzog von Oldenburg, der in den Herzogtümern keine Partei für sich hat, den Schleswig-Holsteinern wider ihren Willen aufdringen werde, auch wenn dort nach der Niederlage der augustenburgischen Partei die Stimmung zu Gunsten der Annexion an Preußen umschlägt. Wie wir die Dinge ansehen, ist nicht einmal die königlich preußische Regierung, geschweige denn Oldenburg selbst, im stande, uns für den Fall der Beseitigung der augustenburgischen Kandidatur die Errichtung eines unabhängigen schleswig-holsteinischen Staates unter Oldenburg zu garantieren. Für Oldenburg Partei nehmen, nur um den augustenburgischen Staat nicht zu stande kommen zu lassen, scheint uns daher praktisch nichts anderes zu bedeuten, als indirekt in die Annexion der Herzogtümer an Preußen zu willigen, und zwar ohne Territorial-Entschädigung an Oesterreich. Eine solche Einwilligung aber scheint uns in gleichem Maße verderblich für Hannover, wie für uns . . . Selbst wenn der Erbprinz von Augustenburg ein unbedingter Anhänger des Nationalvereins wäre, so würde doch in dieser allerdings bedauerlichen Verstärkung des kleindeutschen Lagers bei weitem keine so große und unmittelbare Gefahr für Hannover und die allgemeinen konservativen Interessen liegen, als in einer direkten norddeutschen Gebietsvergrößerung des zur Annexionspolitik hinneigenden und im Punkte der Legitimität wenig skrupulösen Preußens, während Oesterreich mit diesem Machtzuwachs nicht gleichen Schritt hielte. Kämen die Dinge zu solchem Ende, so würde Hannover kaum noch einen freien Atemzug thun können; Oesterreich würde — um von dem Ehrenpunkt gar nicht zu reden — immer größere Mühe haben, die Stellung in Frankfurt mit Anstand zu behaupten, und es ist wirklich besser, von den weiteren Folgen zu schweigen." . . .

Den Wunsch der Bundes-Präsidialmacht, Aufklärung über die Stellung Hannovers zur brennenden Frage zu erhalten, konnte Graf

Platen kaum zurückweisen, aber die Regierung war durchaus nicht gewillt, dem Wiener Kabinett irgend welchen Einfluß auf den Gang der hannoverschen Politik zu gestatten. Auf den Rat Zimmermanns betonte daher der Minister in der an den Grafen Ingelheim gerichteten Antwortdepesche*) die „Einfachheit, Klarheit und Folgerichtigkeit des Ganges der hannoverschen Politik". Hannover sei stets dafür eingetreten, daß zunächst die Rechtsfrage einer technisch-juristischen Prüfung unterzogen werde. Da dies bislang nicht geschehen sei, so habe es durchaus keine Veranlassung gehabt, für die Kandidatur des Erbprinzen von Augustenburg in die Schranken zu treten. Auch hielte die Regierung dafür, daß es aus Rücksicht auf die selbständige, staatliche Ordnung der Herzogtümer jedenfalls glücklicher sei, wenn der Großherzog von Oldenburg in Schleswig-Holstein zur Regierung gelangte. Die Lösung der Frage wäre daher nach ihrer Ansicht am sichersten zu erreichen, wenn die k. k. Regierung den preußischen Vorschlag zu dessen Einsetzung annähme — vorausgesetzt, daß man preußischerseits keine die bundesgemäße Souveränetät des neuen Herzogs verletzende Bedingungen stellte.

Daß Oesterreich diesen Ratschlägen Gehör schenken würde, hat man in Hannover wohl selbst nicht geglaubt. Nun aber hatten die Eröffnungen des Grafen Mensdorff und namentlich sein Versprechen, für die Rechte des Bundes, sowie der einzelnen Bundesregierungen einzutreten, auf den König einen tiefen Eindruck gemacht. Und, hätte er seinen persönlichen Neigungen folgen können, so würde er sich Oesterreich und den Mittelstaaten angeschlossen haben, mit deren Hilfe er vielleicht für Hannover die ersehnte Vormachtstellung an der Nordsee erlangen konnte. Allein Graf Platen setzte ihm auseinander**), daß die Depesche Mensdorffs nur ein Versuch sei, „mittelst einer hohlen phrasenvollen mit Widersprüchen gefüllten Argumentation" Hannover in das Oesterreichisch-Pforten'sche Lager hinein zu scheuchen, „wie man die Hühner in den Stall bringt". „Wir oben im Norden", so führt der Minister, der die hannoverschen Interessen durch die Einsetzung des Augustenburgers ernstlich gefährdet glaubte, weiter aus, „haben ein viel s t ä r k e r e s Interesse an einer guten konservativen Ordnung als Oesterreich. Die Zwecke aber, welche das Wiener

*) Depesche des Grafen Platen an den k. k. österreichischen außerordentlichen Gesandten Grafen von Ingelheim d. d. 26. Juli 1865.

**) P. M. des Grafen Platen ohne Datum, dem Zusammenhange nach jedoch etwa vom 23. Juli 1865. Dasselbe verrät übrigens seiner ganzen Fassung nach die Autorschaft Zimmermanns.

Kabinett mit seiner Politik zu erreichen hofft, sind unklar und widerspruchsvoll. Auf der einen Seite redet man der Erhaltung der Grundlagen der deutschen Verfassung, auf der anderen der Annexion das Wort." Der Satz ferner, „daß eine Annexion für Hannover unschädlich und die zweckmäßigste Lösung sei, wenn Oesterreich eine gleichmäßige Territorialentschädigung erhielte", erschien dem Grafen Platen „gar zu einfältig". Nur dann hielt er die Einverleibung der Herzogtümer für ein geringeres Uebel, als die Herstellung eines preußischen Vasallenstaates, wenn Hannover anderweitig entschädigt würde.

Diesen Gesichtspunkten gemäß eröffnete der Minister dem österreichischen Gesandten*), daß jede Vergrößerung des preußischen Einflusses, sei es durch vollständige Annexion oder durch teilweise Gebietserweiterungen neben einer angemessenen Kompensation für Oesterreich eine Stärkung der Stellung Hannovers an der Nordsee notwendig mache.

„Ein Machtzuwachs für Preußen nach bloßer Quadratmeilen- und Seelenzahl fällt weniger ins Gewicht, als dessen Annäherung an das Nordseegebiet, welches im österreichischen und deutschen Interesse von Hannover behauptet werden muß. Wie sehr aber Preußen nach der Gewinnung von Einfluß auf diesem Gebiete strebt, beweist das große Gewicht, welches man in Berlin auf den Nord-Ostseekanal legt." . . .

„Um so mehr ist es dringend erforderlich, daß Oesterreich mit allem Ernst daran denkt und schleunige Schritte thut, daß die Nordsee für Oesterreich und für Deutschland erhalten werde. Der Weg dazu ist der, seine maritimen Streitkräfte in den Nordseehäfen Hannovers zu stationieren, und auf diese Weise dasjenige Gebiet von preußischem Einfluß auszuschließen, auf welchem später eine hannoversche Flotte als Kern der Bundesflotte gegründet werden muß."

In einer dem Grafen Ingelheim gleichzeitig übergebenen vertraulichen Denkschrift erörterte Graf Platen sodann die näheren Modalitäten der Ausführung dieses Planes. Preußen durch Waffengewalt aus seinem wohlerworbenen Besitz treiben zu wollen, hielt er für ausgeschlossen, „denn von allem Schlimmen, was Deutschland begegnen kann, ist Bürgerkrieg das Aergste". Es wäre daher notwendig und vielleicht noch möglich, Preußen durch Abschluß einer hannoversch-österreichischen Marinekonvention zuvorzukommen, bevor es im stande wäre, die Interessen der Nordsee-

*) Aide-Memoire für den Grafen Ingelheim von der Hand Medings mit der Marginalnotiz: „am 26./7. mitgeteilt".

anwohner an sich zu knüpfen. Dem stände aber die Schwierigkeit entgegen, daß Hannover im Falle eines solchen Vertrages eine jährliche Subvention würde zahlen müssen, von seinen Landständen aber nach Lage der Dinge eine Bewilligung dafür nicht zu hoffen habe. Nur durch Darbietung eines Aequivalents könnte diesen die Sache vielleicht annehmbar gemacht werden. Ein solches aber sah Platen in der Cession des Herzogtums Lauenburg an Hannover und hielt es für möglich, diese zu erreichen, wenn Oesterreich sich das Ländchen als einen Teil des Kompensationsobjekts von dem Mitbesitzer abtreten ließe. Selbst wenn Preußen auf die Annexion verzichtete, glaubte er, daß Oesterreich berechtigt sein würde, als gleichwertiges Zugeständnis für seine Einwilligung in die dem Prätendenten auferlegten Bedingungen für sich den Alleinbesitz von Lauenburg zu fordern.

Ob man in Hannover wirklich eine Zeit lang an die Möglichkeit der Verwirklichung dieses kühnen Gedankens geglaubt hat, steht dahin. Jedenfalls zerflossen alle diese phantastischen Zukunftspläne mit dem Abschluß der Gasteiner Konvention in Dunst und Nebel.

Im höchsten Grade auffallend aber ist es, daß Meding, der die Sympathien des Königs für Oesterreich genau kannte und der in allen Konseils nur die Meinung Sr. Majestät verfocht, in den Fragen der auswärtigen Politik stets den Ansichten des Grafen Platen zustimmte und ihn in seiner Vertrauensseligkeit gegen Preußen bestärkte. Daß er dies aus eigener Ueberzeugung gethan, ist bei seinem Charakter vollständig ausgeschlossen. Vielmehr drängt sich unabweisbar die Vermutung auf, daß der schlaue Intriguant auf Anregung von außen den Argwohn des Königs gegen die Ziele der preußischen Politik so lange eingeschläfert hat, bis es zu spät war. Jedenfalls ist es wohl nicht zu bezweifeln, daß er seine Auftraggeber in Berlin fortlaufend von den intimsten Vorgängen am hannoverschen Hofe unterrichtet hat. Bismarck selbst spricht gelegentlich (Gedanken und Erinnerungen II. Teil S. 24) von Nachrichten, die ihm „aus intimen hannoverschen Quellen“, mit denen der Sachlage nach nur Meding gemeint sein kann, zugegangen seien.

Die österreichische Depesche vom 6. Juli, die geeignet war, das alte Mißtrauen des Königs gegen die Absichten Preußens von neuem zu erwecken, kam ihm daher äußerst unerwünscht. Besonders bedenklich aber erschien es ihm, daß Graf Ingelheim beauftragt war, deren Inhalt dem Könige in einer besonderen Audienz persönlich vorzutragen. Meding wußte jedoch diese Absicht zu hintertreiben und es zu erreichen, daß der

Gesandte auf den vorgeschriebenen Weg der Uebergabe der Depesche durch den Minister des Auswärtigen verwiesen ward. Ja, es findet sich sogar von Meding's Hand ein „vollständig geheimer“ Erlaß des Grafen Platen an den Gesandten v. d. Knesebeck in Wien, worin gerügt wird, daß dieser die Verletzung der ordnungsmäßigen Rücksichten und Formen nicht zu verhindern gewußt habe.

Noch schwieriger aber war es gewesen, den Eindruck, den die beiden vertraulichen Depeschen Stockhausen's vom 19. und 23. Mai auf den König gemacht hatten, zu paralysieren. Die erste, welche ihn vor den fortdauernden begehrlichen Absichten Preußens auf Braunschweig warnte (vgl. oben S. 231 Anm.), erklärte Graf Platen für einen „kompletten Unsinn“, obgleich der Gewährsmann des Gesandten die Nachricht aus dem Munde Bismarck's selbst erhalten haben wollte. Der Minister glaubte mit dem Abschluß des Erbvertrages vom 3. Januar 1863 einen großen diplomatischen Sieg davon getragen zu haben und sah in dem Bericht nur einen Beweis, daß der Gesandte das Berliner Terrain noch nicht kannte. Einige Monate später ward jedoch Stockhausen die Genugthuung zu teil, daß ihm der englische Gesandte Lord Napier die Wahrheit seiner Angaben aus bester Quelle bestätigte*).

Die Bedeutung der zweiten Depesche zu entkräften, welche mit wahrhaft unheimlicher Genauigkeit den Gang der Ereignisse des Jahres 1866 vorhersagte, gelang indes nicht vollständig. Diese Mitteilungen, die der Hofkommissar Elster überbrachte und bestätigte, wirkten vielmehr auf den König wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel. Zwar suchte Meding Stockhausen als einen erbitterten Preußenfeind darzustellen, der es sich außerdem zur Aufgabe gesetzt habe, „Se. Majestät von seinem jetzigen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu befreien“. Trotzdem konnte sich der Monarch nicht entschließen, die Berichte seines alten bewährten Dieners ohne weiteres in das Gebiet der Fabel zu verweisen. Um ohne Voreingenommenheit zu entscheiden, forderte er Stockhausen auf, ihm vertraulich weitere Erläuterungen zu dem Bericht und über die Vorgänge zu geben, die Veranlassung zu dem abfälligen Urteil des Grafen Platen gewesen wären.

„Ich kann das Gefühl nicht bemeistern“, antwortete der Gesandte mit männlicher Offenheit**), „daß man Ew. Majestät in der auswärtigen

*) Vertrauliche Depesche Stockhausens d. d. 23. Dezember 1865.
**) Vertraulicher Bericht Stockhausens d. d. 30. Mai 1865.

Politik in einen Weg zu drängen sucht, welcher dem Interesse der Krone und des Landes nicht entspricht. Meine Ansicht ist nämlich, daß die Beziehungen zu Preußen auf einem möglichst freundschaftlichen Fuße erhalten werden müssen, daß aber Hannover sich nicht dazu hergeben darf, Preußen zur Erreichung von Zwecken behülflich zu sein, wenn diese einerseits mit denen Hannovers selbst nicht vereinbar sind, und wenn dadurch andererseits die alte Allianz mit Oesterreich gefährdet würde. . . . . Wenn ich aber meine Befürchtungen bis jetzt nicht offener und bestimmter ausgesprochen habe, so ist das geschehen, weil ich mich der Besorgnis nicht erwehren konnte, daß solche dem Grafen Platen unwillkommene Warnungen mißbraucht und nur dazu dienen würden, mir die Möglichkeit zu nehmen, meine Aufgabe als Vertreter Ew. Majestät in solcher Weise zu erfüllen, wie es das Interesse Ew. Majestät und des Landes erheischt. Bei der Umgebung des Grafen Platen, welcher, wie allgemein bekannt, Personen sein Vertrauen schenkt, deren Antecedentien dasselbe nicht genügend zu rechtfertigen scheinen, möchte dies Mißtrauen nicht ganz als grundlos sich darstellen."

Und wie begründet im Gegenteil diese Befürchtung war, dafür konnte Stockhausen als Beweis sich auf eine Aeußerung Meding's berufen, die diesem in einem unvorsichtigen Moment entschlüpft war. „Obwohl der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten davon durchdrungen ist, wie sehr der König seine Politik Preußen gegenüber billigt", hatte er zu dem Sohne des Gesandten gesagt, „so befürchtet er dennoch, daß die extremen Berichte Ihres Vaters dazu angethan sein könnten, bei Sr. Majestät Zweifel aufsteigen zu lassen. Wenn es nun auch dem Könige vollkommen bekannt sein wird, wie sehr Ihr Vater ein Schwärmer quand même für die österreichische Allianz ist, und der Minister nicht unterlassen hat, wiederholt darauf hinzuweisen . . . . ., so bringen diese seiner Politik entgegengesetzten Bestrebungen doch eine solche Verstimmung bei ihm hervor, daß er sich leicht hinreißen lassen könnte, Ihren Vater zu blamieren." Und auf die Frage, wie letzteres ausgeführt werden könne, hatte Meding erwidert, daß ein Wink des Grafen Platen dem Prinzen Ysenburg gegenüber genügen würde!! Sogar der Einwurf, daß der Minister es doch wohl nicht wagen werde, gegen einen Vertreter des Königs so zu verfahren, entwaffnete den selbstbewußten Günstling nicht. Auch der Gesandte v. d. Knesebeck sei bereits in ähnlicher Weise zurechtgewiesen, meinte er.

Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, daß Stockhausen den Wunsch

aussprach, sich unter Umständen ohne Vermittelung des Ministeriums des Aeußern an den König wenden zu dürfen, eine Bitte, die dieser gern gewährte. Allein gegenüber der täglichen Beeinflussung durch die mündlichen Vorträge Platen's und Meding's verhallten die gelegentlichen Warnungen des treuen Mannes wirkungslos, und so trieb das Königreich unabwendbar seinem Verderben entgegen.

Bekanntlich wurde durch den Gasteiner Vertrag vom 14. August 1865 die drohende Gefahr vorläufig beseitigt. Die traurige finanzielle Lage und die inneren Zerwürfnisse machten den Kaiserstaat zu jeder kriegerischen Aktion unfähig, und Bismarck gelang es durch kluge Benutzung aller dieser Umstände, dem Wiener Kabinett Konzessionen abzunötigen, zu denen es sich unter andern Verhältnissen kaum verstanden haben würde. Mit gewohnter Aufrichtigkeit rief er dem österreichischen Bevollmächtigten, Grafen Blome, als dieser eben das Dokument vollzogen hatte, zu: „Nun, das hätte ich auch nicht geglaubt, daß ich einen österreichischen Diplomaten finden würde, der mir das unterzeichnete!“ *) Und doch war die Nachgiebigkeit begreiflich angesichts der schweren Ministerkrisis, die gerade in den Tagen der Regensburger Konferenz zur Entlassung Schmerlings, der stets für die augustenburgische Kandidatur und für die Allianz mit den deutschen Mittelstaaten eingetreten war, und zur Ernennung des Grafen Belcredi zu seinem Nachfolger führte. Das geistige Haupt des neuen Kabinetts aber war Graf Moritz Esterhazy, der Sympathien für das konservative politische System Bismarck's hegte. Ebenso vertrat Graf Blome, der Unterhändler des neuen Vertrages, die Ansicht, daß die Solidarität Oesterreichs und Preußens die wichtigste Stütze gegen Parlamentarismus und Demokratie wäre. Ja, er sprach im Ministerrat mit großer Wärme die Ueberzeugung aus, daß Bismarck die Verständigung mit Oesterreich jeder andern Kombination und Eventualität vorziehen würde **). Deshalb machte er während der Verhandlungen zur ausdrücklichen Bedingung, daß sie vor dem Referenten in den deutschen Angelegenheiten, Biegeleben, geheim gehalten werden müßten, denn er wußte nur zu wohl, daß dieser sich jedem Nachgeben Oesterreichs widersetzen würde ***). So kam denn der verhängnisvolle Vertrag zu stande, welcher den ewigen Streitigkeiten der gemeinsamen Besitzer Schleswig-Holsteins durch Teilung der „up ewig ungedeelten“ Länder ein Ende machen sollte.

*) Graf Vitzthum, „London, Gastein und Sadowa“ S. 101.

**) von Sybel a. a. O. IV S. 171.

***) Friedjung a. a. O. I. T. S 119.

Man kam überein, daß Schleswig Preußen, das Bundesland Holstein dagegen Oesterreich „unbeschadet der Fortdauer der Rechte beider Mächte an der Gesamtheit beider Herzogtümer“ zur alleinigen Verwaltung überlassen werden sollte. Außerdem wurde Preußen der ausschließliche Besitz des Kieler Hafens und die Befestigung von Friedrichsort zugestanden. Dagegen mußte es sich mit der gemeinschaftlichen Besetzung der Festung Rendsburg unter einem jährlich wechselnden Ober-Kommando begnügen. Endlich trat Oesterreich seine Rechte auf Lauenburg gegen eine Summe von $2^1/_2$ Millionen dänischer Thaler an Preußen ab. Durch die Ernennung des Generals von Manteuffel zum „Zivil- und Militär-Gouverneur“ Schleswigs und des gewandten Feldmarschallieutenants Frhr. von Gablenz zum „Statthalter“ in Holstein hoffte man das erreichte Einvernehmen noch mehr zu sichern.

Das Bekanntwerden des Gasteiner Vertrages rief allenthalben die größte Sensation hervor. Fast alle namhaften Politiker und Diplomaten in Berlin aber waren darüber einig, daß er nur einen weiteren Schritt zur Annexion der Herzogtümer bedeute, und daß die Stellung Oesterreichs in Holstein nur kurze Zeit haltbar sein würde*). Von der Oldenburger Kandidatur war jetzt keine Rede mehr. Um so größer war die Entrüstung in Paris und London. Der französische Geschäftsträger am preußischen Hofe, Lefèvre, äußerte sich in bitteren Worten über die Verletzung des Princips der „Unteilbarkeit der Herzogtümer“, welches die beiden Mächte bei ihren Verhandlungen mit Dänemark stets hervorgehoben hätten. Außerdem richtete er die Aufmerksamkeit Stockhausens auf einen Artikel in dem „Neuen Allgemeinen Volksblatt“, welcher unter dem Titel „Die hanseatische Frage“ mit cynischer Offenheit den „vollgültigsten Anspruch“ Preußens auf den engsten Anschluß der Hansestädte behauptete**). Die Morning-Post veröffentlichte sogar angebliche „Geheimartikel“ des Vertrages, wonach Oesterreich und Preußen überein gekommen wären, dem Bundestage Vorschläge zur Aenderung der Kriegsverfassung Deutschlands zu unterbreiten und den kleineren Staaten ihre militärische Suprematie aufzuzwingen***).

Auch in Florenz war man aufs höchste entrüstet. Nach den Versicherungen des preußischen Gesandten war man dort fest überzeugt ge-

*) Depesche Stockhausens d. d. 30. August 1865.
**) Depesche Stockhausens d. d. 21. September 1865.
***) Depesche Stockhausens d. d. 21. September 1865.

wesen, daß die Einigung mit Oesterreich unmöglich sei und der Krieg nicht ausbleiben konnte, wenn Italien seine Allianz zusage, wozu es bereit war. Die Gasteiner Verständigung erschien daher fast wie Verrat, und Usedom hielt es für besser, sich während der nächsten zwei Monate in der italienischen Hauptstadt nicht sehen zu lassen*).

In den süddeutschen Mittelstaaten dagegen wuchs die Erbitterung gegen Oesterreich, das sie von neuem hinters Licht geführt und in Stich gelassen hatte, zu einer bedenklichen Höhe. Wenige Tage vor den Gasteiner Konferenzen hatte nämlich Pfordten Bismarck, der damals noch höchst ungewiß gewesen zu sein scheint, ob er den König zu einem kriegerischen Entschluß fortreißen könnte, von einer mit Beust verabredeten neuen Aktion am Bunde in Kenntnis gesetzt und im allgemeinen dessen Zustimmung erhalten**). Der Antrag lautete auf Berufung der Stände in den Herzogtümern und die Aufnahme Schleswigs in den Bund, wogegen dieser die gesamten Exekutions- und Kriegskosten übernehmen sollte. Außerdem erbot sich der bayrische Minister, auf den Erbprinzen von Augustenburg in dem Sinne einzuwirken, daß er wegen seines usurpatorischen Auftretens dem König Wilhelm eine Genugthuung gäbe, während Bismarck andeutete, daß Preußen sich vielleicht mit einer auf bestimmte Zeit bemessenen Militärkonvention begnügen würde. Ueber diese Zusicherungen war Pfordten im höchsten Maße erfreut. Er sah darin eine geeignete Basis, um zu einer Vereinbarung zwischen den beiden Großmächten zu gelangen. Um so herber war daher seine Enttäuschung, als er erfuhr, daß Oesterreich sich über die Köpfe der Bundesmajorität hinweg auf einer ganz anderen Grundlage mit Preußen verständigt hatte. —

Doch ward ihm wenigstens die Genugthuung zu teil, daß Bismarck öffentlich seiner deutschen Gesinnung und seinem Nationalgefühl Anerkennung zollte, und die Ueberzeugung aussprach, es geschehe ihm Unrecht, wenn man ihn „des Strebens nach partikularistischen Bündnissen mit dem Auslande beschuldigte***).“ Beust dagegen fand in den offiziösen Blättern eine weniger günstige Beurteilung. Sie äußerten den Verdacht, daß er im Aerger über den Mißerfolg seiner Politik die französische Cirkularnote vom 28. August veranlaßt habe, in der der Minister Drouyn de Lhuys sich in höchst abfälliger Weise über den Gasteiner Vertrag geäußert und deren Gedankengang sich Lord John Russell in einem

*) Lamarmora, „Etwas mehr Licht“ S. 45 u. 46.

**) Vgl. v. Sybel a. a. O. IV. T. S. 155 ff.

***) „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ d. d. 29. September 1865.

Rundschreiben vom 24. September angeeignet hatte. Jeden Versuch einer Einwirkung auf das Pariser Kabinett nahm der sächsische Minister indeß auf das Bestimmteste in Abrede. Auch glaubte er für den Augenblick nicht an ein weiteres Vorgehen der Westmächte, obgleich er überzeugt war, daß sie schließlich intervenieren würden, wenn Preußen auf dem betretenen Wege fortschritte und Oesterreich es gewähren ließe*).

Mit der Haltung des hannoverschen Kabinetts war Bismarck dagegen sehr zufrieden. Er erging sich in lebhaften Lobeserhebungen über die Art und Weise, in der Graf Platen das französische Cirkular entgegengenommen hatte, und erklärte die Absicht, diesen auf der Durchreise nach Biarritz aufzusuchen, ein Plan, der wegen unvorhergesehener Zwischenfälle nicht zur Ausführung kam**).

Ganz besonders schmerzlich wurde der Nationalverein durch die Mißachtung berührt, mit der Oesterreich und Preußen über seine Gedanken zur Lösung der Herzogtümerfrage zur Tagesordnung übergegangen waren. Wenige Tage nach dem Abschluß des Gasteiner Vertrages, am 3. September, trat der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Leipzig zusammen, um zu beraten, was in dieser Lage zu thun sei. Es wurde beschlossen, auf den 1. Oktober einen Abgeordnetentag nach Frankfurt einzuberufen. Für diesen wurden so provokatorische Anträge vereinbart***), daß der Staatsanwalt Schulz in Aurich beim Justizministerium beantragte, Bennigsen als den Vorsitzenden wegen Aufreizung zum Aufruhr vor das Schwurgericht zu stellen. Allein Windthorst glaubte nicht, daß es bei der immerhin keinen bestimmten Anhalt bietenden Fassung gelingen würde, eine Verurteilung zu erzielen, und fürchtete, daß ein freisprechendes Verdikt die Sache nur verschlimmern könnte. Er riet daher von einem solchen Vorgehen ab, und der König, dessen Entscheidung er und Schulz in Norderney einholten, stimmte ihm bei.

Die politische Windstille, welche während der Herbstmonate herrschte, benutzte Bismarck, um die Wege für die von ihm beschlossene große Aktion zu ebnen. Der Neutralität Rußlands war er sicher. Von größter

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 24. September 1865.

**) Depesche Stockhausens d. d. 30. September 1865.

***) Wohl der gravierendste Passus ist folgender:

„III. Die Versammlung erklärt es für Pflicht der deutschen Volksvertretungen: 1) Anlehen oder Steuern, welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fördern, sind keiner Regierung zu verwilligen“ ꝛc. („Wochenschrift“, vom 1. April 1865 an „Wochenblatt des Nationalvereins“ Nr. 27. d. d. 5. Oktober 1865. S. 214.)

Bedeutung aber war es für ihn, daß bei dem Könige, der sich bis jetzt immer gegen den Gedanken eines Krieges mit seinen deutschen Bundesgenossen gesträubt hatte, nach der Besitznahme Lauenburgs „ein psychologischer Wandel in seiner Stimmung, ein Geschmackfinden an Eroberungen*)“ eingetreten war, der in der Erhebung des Ministerpräsidenten in den Grafenstand einen sichtbaren Ausdruck fand. Auch war Bismarck überzeugt, daß Napoleon, der ihm stets Wohlwollen gezeigt hatte, die scharfe Auffassung seines Ministers nicht teilte. „Man lenkt in Paris bereits ein“, versicherte der Unterstaatssekretär von Thile dem diplomatischen Corps**), eine Nachricht, die durch die Meldungen des Grafen v. d. Goltz bestätigt wurde. Unter diesen Umständen nahm der König keinen Anstand, den Wunsch Bismarck's, in Biarritz über die eigentliche Stimmung des Kaisers nähere Erkundigungen einzuziehen, zu genehmigen.

Am 30. September abends reiste er von Berlin nach dem Pyrenäenbade ab, wo er bis zum 12. Oktober mit Napoleon zusammen verweilte. Was zwischen den Beiden dort verhandelt wurde, wird wohl vollständig niemals bekannt werden. Soviel steht aber nach den von Sybel mitgeteilten Depeschen fest, daß der Kaiser sich mit dem Plane, Holstein durch eine an Oesterreich zu zahlende Geldentschädigung zu erwerben, einverstanden erklärt hat. Auch soll ihm die Argumentation Bismarcks, die Angliederung der Herzogtümer sei gewissermaßen nur ein Angeld, Preußen bedürfe zur Erfüllung seiner historischen Aufgabe eines weiteren Machtzuwachses im Norden, zu dessen Erlangung es der Freundschaft Frankreichs benötige, „völlig einleuchtend und sympathisch“ gewesen sein***). Ueber die Kompensationen, die Napoleon für seine moralische Unterstützung verlangt, und was ihm Bismarck in Aussicht gestellt hat, gehen jedoch die Versionen auseinander. Graf Vitzthum (London, Gastein und Sadowa S. 137) freilich behauptet, von dem Kaiser selbst erfahren zu haben, daß der preußische Minister ihm allerhand Entschädigungen versprochen — bei denen es sich um eine Grenzregulierung vornehmlich auf Kosten Belgiens gehandelt haben mag —; allein zu schriftlichen Abmachungen wäre es nicht gekommen. Damit steht es jedoch nicht im Einklang, daß Napoleon nach Berichten von Augenzeugen Bismarck sehr kühl aufgenommen, ja sogar sich bemüht haben soll, den Begegnungen mit ihm auszuweichen†). Diese

*) Gedanken und Erinnerungen II. T. S. 17.

**) Depesche Stockhausens d. d. 30. September 1865.

***) von Sybel a. a. O. IV. S. 219.

†) Graf Vitzthum, „London, Gastein und Sadowa“ S. 183.

Erzählung gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß nach den eigenen Depeschen des preußischen Staatsmannes der Kaiser unzweifelhaft das Cirkular Drouyn de Lhuys' vom 29. August gebilligt hatte, obgleich er es nachher abzuleugnen suchte. Auch die offiziöse „France" sprach sich äußerst kühl über den Besuch aus*), und die in Berlin beglaubigten Diplomaten glaubten nicht, daß sowohl Drouyn de Lhuys, wie der Kaiser in Bismarck genügendes Vertrauen setzten, um auf Vorschläge von ihm einzugehen, und die Kompensationsfrage zu erörtern**). Es ist daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Bismarck das Ergebnis der Verhandlungen seinem königlichen Herrn in einem glänzenderen Lichte dargestellt hat, als es der Wirklichkeit entsprach, um in ihm den Entschluß zu dem großen Entscheidungskriege zur Reife zu bringen.

Die Mißstimmung Italiens suchte der Ministerpräsident durch Entgegenkommen auf handelspolitischem Gebiet zu beschwichtigen. Und das war um so notwendiger, weil Lamarmora in seiner Enttäuschung über den Gasteiner Vertrag geheime Verhandlungen mit dem Wiener Hofe angeknüpft und demselben den Verkauf Venetiens gegen 1000 Millionen Lire vorgeschlagen hatte. Dies Angebot lehnte der Kaiser Franz Josef in der entschiedensten Weise ab, ebenso wie auch das fast gleichzeitig an ihn gelangte Angebot Preußens, das ihm die Herzogtümer gegen Zahlung einer Geldsumme überlassen wollte. Diese beiderseitige Abweisung führte Preußen und Italien wieder mehr zusammen. Jetzt wurden die vor dem Gasteiner Vertrage abgebrochenen Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag wieder aufgenommen. Bayern und Sachsen, die sich bis dahin aus Rücksicht auf Oesterreich geweigert hatten, darauf einzugehen, erklärten nun ihre Bereitwilligkeit, sich dem Vorgehen Preußens anzuschließen. Beide Staaten aber waren darin einverstanden, daß ein solcher Schritt auch ohne eine offizielle Erklärung die Anerkennung des Königreichs Italien involviere***).

Am 21. Dezember erfolgte sodann die formelle Unterzeichnung des Vertrages durch die Bevollmächtigten Preußens, Bayerns, Sachsens und Württembergs einerseits und den Grafen Barral als Vertreter Italiens

*) „Si l'illustre visiteur avait jamais pensé, que la France pouvait s'associer à une politique d'agitation en Europe, nous croyons qu'il s'en serait retourné complètement édifié sur l'attitude nettement pacifique et nettement conciliante de notre pays." („La France" d. d. 9. Novembre 1865.)

**) Depesche Stockhausens d. d. 10. November 1865.

***) Depesche Stockhausens d. d. 14. November 1865.

andererseits. In einem geheimen Protokolle erklärten die vier deutschen Diplomaten, daß der Vertrag nur dann rechtskräftig werden sollte, wenn **alle** Zollvereinsregierungen ihm beiträten, und verpflichteten sich, sie dazu zu bewegen*). Demgemäß fand am 3. März 1866 die definitive Unterzeichnung des Handelsvertrages Italiens mit dem Zollverein statt. Auch Hannover, das sich lange gesträubt hatte, durch diesen Schritt das auf revolutionärer Grundlage auferbaute Königreich Italien anzuerkennen, trat bei.

Bis zum Ende des Jahres 1865 herrschte ein leidliches Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen. Sie bekämpften gemeinsam denselben mittelstaatlichen Antrag am Bunde, mit dem Bismarck sich in seinen Konferenzen mit Pfordten einverstanden erklärt hatte. Hannover stand, wie immer, auch in dieser Frage treu zu den Großmächten und ihm ist es zu danken, daß der Antrag am 18. November mit einer Stimme Majorität an die Ausschüsse verwiesen und dort begraben wurde.

Auch ein neuer Zwischenfall gab zu keiner ernstlichen Trübung des wiederhergestellten bundesfreundlichen Verhältnisses Veranlassung. Am 1. Oktober hatten sich infolge der Aufforderung des Sechsunddreißiger Ausschusses 272 Abgeordnete der Ständekammern aller deutschen Staaten in Frankfurt a. M. eingefunden. Aus Preußen waren jedoch nur sehr wenige, aus Oesterreich gar nur einer erschienen. Die Resolutionen, welche dort zur Annahme kamen und in der Behauptung gipfelten, daß der Gasteiner Vertrag alle Rechtssicherheit und Rechtsordnung in Deutschland vernichte, mithin als „Rechtsbruch“ von der Nation verworfen würde, erregten sowohl in Berlin wie in Wien großen Unwillen. Graf Bismarck erklärte in der „Provinzialkorrespondenz**),“ die Ziele des Nationalvereins wären **niemals** die Ziele Preußens gewesen, und beantragte den Erlaß einer strengen Note an den Senat der freien Stadt, der in seinem Gebiet einen solchen Eingriff in die Rechte der beiden Großmächte dulde. In Wien war man anfangs damit einverstanden, und

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 31. Dezember 1865.

) „Die Ziele des Nationalvereins sind **niemals die Ziele Preußens gewesen; die Führung Deutschlands, **wie sie der Nationalverein versteht**, hat Preußen jederzeit von sich abgewiesen, **weil dabei der Untergang Preußens die Voraussetzung ist.** Der Nationalverein will allerdings einen deutschen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze, aber nur **auf der Grundlage einer rein demokratischen Verfassung** u. s. w.“ (Provinzialkorrespondenz vom 8. November 1865.)

richtete, gleichzeitig mit Preußen, an den Senat die Aufforderung, sich künftig solcher Attentate zu enthalten.

In der preußischen Note war sogar angedeutet, daß die Mächte eintretendenfalls sich zu eigenem Vorgehen genötigt sehen würden. Allein als Graf Mensdorff nach längerer Abwesenheit nach Wien zurückkehrte, schlug dort die Stimmung um. Er wollte nicht zugeben, daß, wie die Kreuzzeitung behauptete*), dem Senat der freien Stadt nur eine „halbsouveräne" Stellung gebühre, und lehnte es ab, sich an einem Akt der Selbsthilfe zu beteiligen, falls man der gemeinsamen Rüge nicht Folge leistete**). Bismarck dagegen erzürnte es, daß der österreichische Minister die Abmachungen nicht anerkennen wollte, die Graf Esterhazy in seiner Abwesenheit getroffen hatte, und sah darin den Einfluß Biegeleben's. Den Vorschlag Mensdorff's aber, welcher die Verhinderung ähnlicher Ausschreitungen für die Zukunft dem Bundestag zuweisen wollte, hielt er bei der Stimmung der Mehrzahl der deutschen Regierungen für aussichtslos. Ein Einverständnis war also nicht zu erzielen, und die ganze Angelegenheit versumpfte allmählich. Dennoch versicherte die Provinzialkorrespondenz noch am 15. November, daß die Mitteilungen einzelner Blätter, als ob zwischen den Regierungen Preußens und Oesterreichs eine Mißstimmung bestehe oder doch einzutreten drohe, der Wahrheit durchaus zuwider wären. „In den wirklichen Beziehungen der beiden Regierungen" — so heißt es wörtlich — „ist nicht das Mindeste vorgekommen, was für eine solche Auffassung einen thatsächlichen Anhalt geben könnte." Und wenige Tage später betonte dasselbe Blatt die feste „Gemeinschaft Preußens und Oesterreichs" gegenüber den Mittelstaaten, und erklärte alle Vermutungen von einer Aenderung der Politik Preußens, „zumal in den Beziehungen zu Oesterreich und zu den übrigen Mächten" für müßige Erfindungen***). Auch Stockhausen sprach die Ueberzeugung aus, daß man in Wien trotz der augenblicklichen Verstimmung nicht daran dächte, einen Bruch herbeizuführen — wenigstens so lange nicht die ungarische Frage in befriedigender Weise gelöst wäre†).

Gleich nach dem Anfang des neuen Jahres gewannen indeß die Dinge ein weniger hoffnungsvolles Ansehen. Bismarck hatte mit dem Abschluß des Handelsvertrages von neuem einen festen Rückhalt an Italien ge-

*) Kreuzzeitung d. d. 11. November 1865.

**) Depesche Stockhausens d. d. 8. Dezember 1865.

***) Provinzialkorrespondenz d. d. 22. u. 29. November 1865. Nr. 47 und 48.

†) Depesche Stockhausens d. d. 25. November 1865.

wonnen. Allein trotz der Verstimmung, welche die Nachricht von dessen Abschluß in Wien erregte, mochte man anfangs dort nicht gleich dem Gedanken Raum geben, daß Preußen, mit dem man eben erst einen Vertrag zur gemeinsamen Bekämpfung der liberalen Mittelstaaten geschlossen hatte, eine Waffenbrüderschaft mit dem revolutionären Italien eingehen könnte, um das verbündete Oesterreich mit Krieg zu überziehen. Soviel jedoch sah man, daß es mit der Auseinandersetzung wegen der Herzogtümer nicht so glatt von statten gehen würde, wie man gedacht. Fast täglich liefen Klagen über das herrische Auftreten des Generals von Manteuffel ein*). Und vielleicht, um auf das Berliner Kabinett einen Druck auszuüben, erhielt Gablenz die Instruktion, zwar mit Sorgfalt alles zu vermeiden, was den Absichten des Gasteiner Vertrages zuwider wäre, aber gleichzeitig nicht zu dulden, daß der Gouverneur von Schleswig seine Befugnisse überschritte. Derartige Versuche sollte er mit der äußersten Energie, selbst auf die Gefahr eines ernsten Konflikts hin, zurückweisen. Andrerseits aber wurde dem Statthalter empfohlen, die Führer der augustenburgischen Partei ernstlich davor zu warnen, daß sie Zwietracht zwischen den gemeinsamen Besitzern säeten. Lieber würde das kaiserliche Kabinett die Interessen des augustenburgischen Hauses opfern, wie sich ohne Not zu einem Bruch mit Preußen drängen lassen**).

Ob diese widerspruchsvolle Anweisung durchführbar war, stand freilich dahin. Bis dahin hatte nach Einführung der getrennten Verwaltung ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden regierenden Generalen geherrscht. Zwar kontrastierte das schroffe Auftreten Manteuffel's, der auf die Wünsche der Bevölkerung wenig Rücksicht nahm, seltsam mit dem entgegenkommenden Verhalten Gablenz's, der eine „herzogliche" Landesregierung einsetzte, und sogar dem Herzog von Augustenburg einen Besuch machte — allerdings nur, um ihm zu sagen, daß er lediglich als „Privatperson" zum Aufenthalt berechtigt sei. Auch an dem benachbarten hannoverschen Hofe machte Gablenz im November seine Aufwartung und wurde mit dem Großkreuz des Guelphenordens dekoriert. Indes selbst durch das ziemlich formlose Einschreiten Manteuffel's gegen den Prinzen,

*) „Es hat sich in unsern Beziehungen etwas geändert", äußerte der Civiladlatus des Statthalters von Holstein, Herr von Hofmann, „wir werden künftig unsere Stellung in den Herzogtümern mit der äußersten Energie verteidigen, und Preußen wird uns zu keiner Konzession mehr bewegen." (Depesche Stockhausens d. d. 6. Januar 1866.)

**) Depesche Stockhausens d. d. 10. Januar 1866.

der es am 14. Oktober gewagt hatte, auf schleswigschem Boden eine Huldigungsdeputation zu empfangen, und dem er im Wiederholungsfalle mit Verhaftung drohte, wurde das gute Einvernehmen zwischen den beiden Statthaltern nicht gestört. Gablenz unterzeichnete sogar auf preußischen Wunsch eine gemeinsame Verordnung für beide Herzogtümer, welche den Zeitungen verbot, den Prätendenten fürderhin als „Friedrich VIII." oder den „Herzog von Schleswig-Holstein" zu bezeichnen. Ja, er sprach wiederholt die Ueberzeugung aus, daß Preußen schließlich die Herzogtümer bekommen werde und müsse, — allerdings gegen eine Landentschädigung für Oesterreich*).

Im neuen Jahre aber mehrten sich die Reibungen zwischen den beiden Mitbesitzern. Manteuffel beschwerte sich, daß die holsteinschen Zeitungen den Erbprinzen einfach als „Se. Hoheit den Herzog" bezeichneten, daß seine Gemahlin auf einer Fahrt von Altona nach Kiel von weißgekleideten Mädchen empfangen war, die ihr Blumen streuten, und daß Turner und Feuerwehren ihr als Herzogin gehuldigt hatten. Der Prätendent selbst sah mit Befriedigung, daß die Wagschale wieder zu seinen Gunsten stieg. In einem Schreiben an den badischen Bundestagsgesandten von Mohl vom 3. Januar beschwerte sich sein „Minister" Samwer darüber, daß man ihm die Berechtigung zur Führung des Herzogstitels absprechen wollte, der allen Prinzen des Holsteinschen Hauses gebühre. Mohl sah sich veranlaßt, dies Schreiben dem Bundespräsidialgesandten zu überreichen, zugleich mit einer ausführlichen Denkschrift desselben Verfassers, worin der aus dem Verkauf der augustenburgischen Fideikommißgüter hergeleitete Verzicht des Prinzen widerlegt werden sollte. Das Schriftstück gelangte durch Vermittelung des hannoverschen Bevollmächtigten in Frankfurt auch in die Hände des Grafen Platen. Dieser fühlte sich schon durch „die Unanständigkeit der Form und des Tones, deren sich Herr Samwer gegen Preußen bedient", verletzt, und ermächtigte Heimbruch ausdrücklich, bei den Besprechungen mit seinen Kollegen „den irrigen und parteiischen Behauptungen entgegenzutreten, welche von der augustenburgischen und den ihr befreundeten Seiten vorgebracht werden**)."

In allen diesen Kundgebungen des Erbprinzen aber sah Bismarck den Beweis eines von Oesterreich geschürten preußenfeindlichen Treibens.

*) Sybel a. a. O. IV. S. 236.

**) Erlaß des Grafen Platen an den Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 11. März 1866.

Sie gaben ihm den erwünschten Vorwand, um von dem Wiener Kabinett dessen Entfernung als unerläßliche Bedingung des weiteren Friedens zu fordern, „denn", so schrieb er damals, „die drei Monate, welche wir in Gastein als Versuchszeit für Oesterreichs wahre Gesinnung in Betracht nahmen, sind herum." Liefert Oesterreich nicht durch das Zugeständnis der Ausweisung den Beweis für seine fortdauernde Freundschaft, „so ist die Klarheit vorhanden, welche man haben wollte, ehe unliebsame Allianzen geschlossen würden, und dann schließe man sie*)."

Bei dem Grafen Platen hatten die letzten Berichte Stockhausen's eine gewisse Besorgnis hervorgerufen. Er sah, daß Oesterreich und Preußen sich wieder fordernd und grollend, wie vor dem Gasteiner Vertrage, gegenüberstanden und beschloß, sich persönlich nach Berlin zu begeben, um einen klaren Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen. Am 20. Januar abends kam er dort an, und wurde nicht bloß von Bismarck, — der damals noch keineswegs gewiß war, ob er den König für die Endziele seiner deutschen Politik würde gewinnen können — sondern auch von der ganzen königlichen Familie mit der größten Zuvorkommenheit empfangen. Es war „als wenn man ihn auf jede mögliche Weise den Wert empfinden lassen wollte, den der Hof und das Kabinett auf die engen und intimen Beziehungen zu Hannover legte**)." Schon vor seiner Abreise hatte er einen Brief von Bismarck mit der Ankündigung erhalten, daß Se. Majestät ihm als Zeichen seiner besonderen Hochachtung das Großkreuz des roten Adlerordens verliehen habe, und zwar mache er ihm diese Mitteilung so früh, damit er die Dekoration schon am Ordensfeste tragen könne.

Bei den vertraulichen Unterhaltungen Bismarck's mit Platen kam auch der Plan einer Vermählung des jugendlichen Prinzen Albrecht von Preußen mit der ältesten schönen Lieblingstochter des Königs Georg zur Sprache. Dieser hatte bei seiner Ankunft in Norderney am 31. Juli 1865 dort den jungen liebenswürdigen Prinzen vorgefunden, dessen Persönlichkeit ihm außerordentlich gefiel. Es ist daher natürlich, daß ihm der Gedanke kam, die wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen durch eine abermalige eheliche Verbindung der hohenzollernschen und welfischen Herrscherhäuser noch fester zu knüpfen. Er veranlaßte deshalb den Prinzen, bei seiner Rückkehr auf der Marienburg

*) von Sybel a. a. O. IV. S. 260.

**) Depeschen Stockhausens d. d. 21. und 24. Januar 1866.

vorzusprechen und der Königin einen Besuch zu machen. Am 5. **August** abends kam er mit seiner Schwester in Hannover an, wo er im Ernst-Palais an der Adolfstraße abstieg. Am nächsten Tage machten die beiden Herrschaften sodann einen Ausflug nach der Marienburg, von wo sie am Abend höchst befriedigt zurückkehrten. Insbesondere hatte die Prinzessin Friederike durch ihre anmutige Erscheinung, in der sich die stolze Haltung der Fürstin mit dem bezaubernden Liebreiz der Jugend paarten, einen tiefen Eindruck auf den Prinzen gemacht. Am 7. August reiste er nach Berlin zurück, nachdem er wiederholt seine vollste Anerkennung über den zuvorkommenden Empfang ausgesprochen hatte. Um so auffallender ist es, daß nach einer Mitteilung Malortie's, der es wissen mußte, der König Wilhelm sich später dahin geäußert haben soll, „er hätte doch wenigstens erwarten können, daß seine Familienglieder anständig behandelt würden*).“

Bismarck und Platen aber waren bald darüber einig, daß eine solche Verbindung für die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Hannover und Preußen von großem Vorteil sein würde, und eine persönliche Begegnung der jungen Herrschaften wünschenswert wäre, „um deren gegenseitigen Eindruck festzustellen**).“

Vor allem wurde natürlich die Herzogtümerfrage ausführlich erörtert. Bismarck hatte am Tage vorher eine energische Note nach Wien erlassen, worin er sich über die fortdauernden Demonstrationen des Erbprinzen beschwerte und erklärte, daß er dessen längeren Aufenthalt im Lande nicht dulden könne. Im Laufe des Gesprächs warf er nun den Gedanken hin, ob Hannover nicht durch seine Vermittelung bei Oesterreich die drohende Gefahr abwenden könne. Den König Georg berührte die Idee, den Streit der beiden Großmächte zu schlichten, äußerst sympathisch. Er war gleich bereit, dem Wiener Kabinett seinen Vorschlag vom 26. Juli (s. o. S. 260) abermals zu unterbreiten und die Einsetzung des Großherzogs von Oldenburg in den Herzogtümern ohne wesentliche Beschränkung seiner Souveränetät zu befürworten. Allein Graf Platen trug Bedenken, bei der völlig veränderten Situation den Gesandten v. d. Knesebeck in dem Sinne zu instruieren, bevor er nicht mit Zimmermann Rücksprache genommen hatte. Er begab sich also nach Hamburg, und dort verfaßten die beiden eine gemeinsame Denkschrift, worin sie dem Könige ihre Einwände

*) Notiz Zimmermanns nach einer Mitteilung Malorties.

**) Gedanken und Erinnerungen II. T. S. 23.

gegen den beabsichtigten Schritt ausführlich darlegten. Sie setzten ihm auseinander, daß Oesterreich voraussichtlich den hannoverschen Vorschlag rund ablehnen oder nur dann auf die oldenburgische Kandidatur eingehen würde, wenn Bismarck ernstlich und bindend erklärte, er verzichtete auf die Annexion. Und wer stände dafür, daß, wenn man in Berlin wirklich das geforderte Versprechen gäbe, Oesterreich dies Zugeständnis nicht illusorisch machte, indem es aus dem unerfüllbaren Verlangen, daß der Großherzog nicht geradezu gegen den Willen der Bevölkerung eingesetzt würde, wieder die Notwendigkeit der Anerkennung des Augustenburgers herleitete.

„Dem gegenwärtig gespannten Verhältnisse gegenüber", so heißt es wörtlich*), „bleibt es das beste, wenn Se. Majestät die bisherige Politik fortsetzt, welche darin besteht, daß Hannover keiner der beiden Mächte ganz beitritt und keiner sich völlig ergiebt, sondern bald der einen, bald der andern in den Punkten, worin sie Recht hat, erklärt, man finde sie darin im Rechte, ferner, daß Hannover fortdauernd den Konflikt für das größte Unglück erklärt, und behauptet, derjenige lade eine furchtbare Schuld auf sich, der ihn herbeiführt, und daß Hannover endlich unter der Hand Mahnungen nach beiden Seiten sendet, dabei die Opposition wider die augustenburgische Einsetzung konsequent festhaltend, ohne jedoch für eine andere Lösung die Initiative zu nehmen. Mit dieser Politik der freien Hand hat Se. Majestät bereits für Hannover eine höhere Stellung in dem österreichisch-preußischen Streite errungen, als dessen physische Größe sie sonst mit sich brächte .... Weshalb sollte man von dem guten Rezepte abgehen, da jetzt die Krankheit des gespannten Verhältnisses sich wiederholt?" ....

„Die Thätigkeit Hannovers kann daher in gegenwärtigem Augenblick nur etwa in folgendem bestehen:

1. An Oesterreich fortwährend unter der Hand, ohne ihm etwas Schriftliches in die Hand zu geben, noch mehr aber, ohne eine Vermittelung oder Verwendung daraus zu formen, zu mahnen, daß es in Holstein nicht die Halbhuber'sche Wirtschaft repetieren und dem Kondominus keinen Grund zu Beschwerden über Verletzung seiner Ehre durch die holsteinschen Parteien und Presse oder durch Handlungen der Gablenz'schen Verwaltung geben möge, weil es damit Unrecht thue und wie vor der Gasteiner Konvention den Konflikt herbeiziehe .... Mit Verwendung,

*) Promemoria des Grafen Platen und Zimmermanns vom Ende Januar 1866.

Vermittelung oder in Schrift Oesterreich anzugehen, geht schon deshalb nicht, weil Hannover dann auch Beweise seiner Behauptungen beifügen müßte, und wahrscheinlich in einen unerquicklichen Disput geriete. Außerdem heißt es bekanntlich: litera scripta manet und in solchen Dingen ist es klüger, keine nachweisbaren Fußtapfen zu hinterlassen." . . . .

„2. Auf Preußen auf dieselbe Weise einzuwirken streben und kaltes Wasser auf die Hitze gießen. Man wiederhole stetig: Ihr tragt in den Herzogtümern selbst wenigstens einen Teil der Schuld an dem, was auch dort Unangenehmes geschieht. Eure gegenwärtigen Beschwerden sind auch lange nicht so himmelschreiend und so begründet, als sie vor der Gasteiner Konvention waren; Ihr könnt also auf dieser Basis die Lektion von Gastein nicht wiederholen; denn sie bieten keinen Grund, ja nicht einmal genügenden Vorwand, um mit Krieg zu drohen oder gar dazu zu schreiten."

Diese Grundzüge der Zimmermann'schen Staatsweisheit sind denn auch für den Gang der hannoverschen Politik bis zur Schlußkatastrophe maßgebend gewesen, aber das Ergebnis war leider ein ganz anderes, als er sich gedacht. Sein unglückseliges Bestreben, es weder mit Oesterreich, noch mit Preußen, noch mit dem Bunde zu verderben, und sich durch die auftauchenden Schwierigkeiten nur immer schlau hindurchzuwinden, erweckte statt Vertrauen auf allen Seiten Argwohn, und führte das Königreich unrettbar seinem Untergang entgegen.

Daß es Bismarck mit dem Vorschlage einer hannoverschen Vermittelung ernst gemeint hat, ist kaum wahrscheinlich. Schon wenige Tage nachher gab ihm ein neuer Vorfall Anlaß, um alle seine Beschwerden gegen Oesterreich in einem acht Folioseiten langen Erlaß an den Gesandten von Werther in Wien zusammen zu fassen. Gablenz hatte nämlich die Erlaubnis zu einer von den Führern der augustenburgischen Partei auf den 23. Januar nach Altona berufenen Volksversammlung unter der Bedingung gegeben, daß keine politischen Resolutionen gefaßt werden dürften. Er hatte aber nicht zu verhindern gewußt, daß am Schluß die Versammlung ein dreimaliges donnerndes Hoch auf den „rechtmäßigen, geliebten Fürsten, Herzog Friedrich", ausbrachte. Dies gab Bismarck den erwünschten Vorwand, in einer neuen Depesche vom 26. Januar*) „mit der bekannten eigenartigen Aufrichtigkeit" den Kaiser von Oesterreich und seine Minister

*) Vergl. die Analyse derselben in Graf Vitzthums vertraulichem Bericht d. d. London, 17. Februar 1866 (Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa S. 147 ff.).

daran zu erinnern, wie der gemeinsame Feind, **die Revolution** erfolgreich **nur** dann bekämpft werden könne, wenn Oesterreich und Preußen mit **Aufbietung** aller ihrer Mittel dagegen Front machten. Weiter wurde mit **Bedauern** hervorgehoben, daß die wider Frankfurt verabredeten Maßregeln nicht zur Ausführung gelangt seien, weil der Wiener Hof die anfangs zugesagte Unterstützung im entscheidenden Moment verweigert habe. Aber nicht nur dem **rebellischen Frankfurt** (?) gegenüber habe Oesterreich das konservative Preußen im Stich gelassen; es habe auch in **Altona** Massenversammlungen süddeutscher und holsteinscher Demokraten geduldet, denen ähnlich, gegen welche in Frankfurt einzuschreiten man sich in Salzburg und Gastein versprochen habe.

„Wir müssen das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein geradezu als ein agressives bezeichnen", so heißt es in der Depesche*). „Ew. Excellenz überlasse ich es, zu erwägen, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege jetzt im Frieden auf Se. Majestät den König, unsern Allergnädigsten Herrn machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Throne feindliche Tendenzen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen und das liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen."

In schwungvollen Klagetönen wurde sodann das kaiserliche Kabinett im Namen der beiderseitigen Interessen gebeten, „den Schädigungen, welche das monarchische Princip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit der beiden Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen." . . . . „Eine verneinende oder ausweichende Antwort aber würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen hat, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen. Wir müssen, wenn die aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen, und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten."

---

*) Dieselbe ist, sowie die österreichische Antwort vom 7. Februar zuerst im Anfang April von der „Neuen freien Presse" veröffentlicht worden und findet sich u. a. abgedruckt im „Hamburger Korrespondenten" vom 10. April 1866 No. 84.

Es mag Bismarck Mühe genug gekostet haben, den König zum Erlaß dieser Note zu bewegen, die fast den Charakter eines Ultimatums trug. Nach dem Kriege hat er einmal gesagt: „Die Oesterreicher zu schlagen war keine Kunst. Die Schwierigkeit war, meinen König über den Graben zu bringen. Daß mir das gelungen, ist mein Verdienst, und dafür darf ich den Dank des Vaterlandes beanspruchen *).“

Mit großem Geschick benutzte er dabei die Händel in Schleswig-Holstein zur Förderung seiner Pläne. Er stellte das Auftreten des Augustenburgers so dar, als wenn er auf Anstiften Oesterreichs es gewagt hätte, die Preußen vertragsmäßig zustehenden Rechte anzutasten, und es gelang ihm allmählich, die alte Anhänglichkeit seines königlichen Herrn an Oesterreich zu erschüttern. Eine wie tiefe Wandlung aber damals bereits in der Gesinnung des Monarchen eingetreten war, ergiebt sich daraus, daß er dem alten Alliierten mit außerdeutschen Bündnissen drohte, daß er gar „die Grafen Belcredi und Esterhazy, diese Hüter der Ueberlieferungen Metternich's, als die Förderer der Revolution hinstellte**),“ und — daß er gleichzeitig dem Könige Victor Emanuel den Schwarzen Adlerorden verlieh (29. Januar 1866).

Während man in den diplomatischen Kreisen Berlins noch über die Situation im Unklaren war, wußte man in Wien bereits, daß der politische Horizont sich von neuem verdüsterte. Nach den persönlichen Aeußerungen des Königs gegen den Grafen Karolyi und den Auslassungen des Freiherrn von Werther hielt man einen diplomatischen Bruch für nahe bevorstehend***). Trotz der sich täglich mehrenden inneren Schwierigkeiten aber war man fest entschlossen, dem drohenden Verhängnis mutig die Stirn zu bieten. Der Beschwerde über das unvorsichtige Verhalten Gablenz's ließ sich freilich eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, und er erhielt deshalb einen Verweis. Allein Preußen gegenüber stellte sich Mensdorff auf den Standpunkt des Gasteiner Vertrags. „Unsere Auffassung ist im klaren Wortlaut der Gasteiner Bestimmungen begründet“, sagte er in seiner Antwortdepesche†). „Sie ist gerecht gegen Preußen, wie gegen uns selbst. Sie entspricht dem Gefühl

*) Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa S. 191.

**) Friedjung a. a. O. I. T. S. 149.

***) Depesche Stockhausens d. d. 27. Januar 1866.

†) Depesche des Grafen Mensdorff an den österreichischen Gesandten in Berlin d. d. 7. Februar 1866.

unserer Würde, sie ist von der notwendigen Sorge für unsere Interessen gefordert. Der Minister des Kaisers aber muß den Anspruch des Königlichen Gesandten, Rechenschaft über einen Akt der Verwaltung Holsteins zu erhalten, auf das Entschiedenste zurückweisen, und ich befolge, indem ich dies ausspreche, nur die Befehle meines Kaiserlichen Herrn, Allerhöchst welchem ich die Depesche des Herrn Grafen Bismarck zu unterlegen mir zur Pflicht gemacht habe."

Auf den König Wilhelm scheint diese Antwort einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Wenigstens konnte man in Berlin über den nunmehr einzuschlagenden Weg lange Zeit nicht zum Entschluß kommen. Zwar hatte die Kreuzzeitung in einem Artikel vom 6. Februar die Beschuldigungen der Depesche vom 26. Januar wiederholt; auch sprach man von einem in den nächsten Tagen nach Wien abzusendenden Ultimatum, und die Ueberzeugung, daß der König sich niemals zu einem Bruderkriege mit Oesterreich entschließen würde, stand weniger fest, als bisher; aber Stockhausen erfuhr doch, daß er sich im letzten Augenblick geweigert habe, der Absendung einer Sommation zuzustimmen*). Mit begreiflicher Spannung sah man daher dem Ergebnis des großen Ministerconseils entgegen, der am 28. Februar in Gegenwart des Königs, des Kronprinzen, des aus Paris herbeschiedenen Grafen v. d. Goltz und der Generale Moltke, Manteuffel und Alvensleben zusammentrat. Anfangs konnte der hannoversche Gesandte nichts Zuverlässiges über das Ergebnis der Beratung in Erfahrung bringen, aber schon nach wenigen Tagen berichtete er, daß nach der Ueberzeugung aller Politiker in Berlin Bismarck mit seinen Ansichten durchgedrungen, und kaum noch eine Hoffnung auf friedliche Beilegung des Konflikts vorhanden wäre**).

Und diese Befürchtung war nur zu begründet. Alle Minister mit Ausnahme des Ministers von Bodelschwingh hatten ebenso wie die Generäle für den Krieg gestimmt. Auch der König war der Ansicht gewesen, daß man auf dem Wege der Erwerbung der Herzogtümer vorwärts gehen müsse, ohne vor dem Kriege zurückzuschrecken. Einen solchen Krieg hielte er für gerecht, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen***). Vergeblich wiederholte der Kronprinz seine bereits im Mai 1865 gemachten Bedenken. Er betonte von neuem, daß er den

*) Depeschen Stockhausens d. d. 17. und 26. Februar 1866.

**) Depesche Stockhausens d. d. 5. März 1866.

***) von Sybel a. a. O. IV. T. S. 284.

Krieg mit Oesterreich für einen Bruderkrieg halte, der die Einmischung des Auslandes herbeiführen würde; seine Worte machten keinen Eindruck. Vielmehr entsandte der König am 3. März den Grafen v. d. Goltz mit einem persönlichen Schreiben an den Kaiser Napoleon, um zu erfahren, ob und unter welchen Bedingungen dieser sich im Kriegsfalle zu einer unbedingten Neutralität verpflichten würde.

Ueber die Wichtigkeit des bewaffneten Eingreifens Italiens an der Seite Preußens aber war schon während des Conseils kein Zweifel gewesen*). Bei der Ueberreichung des Schwarzen Adlerordens hatte der König Victor Emanuel gegen den Gesandten von Usedom geäußert „die Interessen Italiens seien identisch mit denen Preußens**).“ Bismarck schlug daher vor, den General Moltke zum Abschluß eines Bündnisses nach Florenz zu entsenden, nach welchem Italien sich verpflichten sollte, gleichzeitig mit Preußen gegen Oesterreich loszuschlagen, während beide Teile bis zur Erlangung der vereinbarten Objekte auf jeden Separatfrieden verzichteten.

Damit ging es jedoch nicht so rasch, wie man gedacht hatte. Lamarmora wollte seit Gastein von dem Argwohn nicht lassen, daß es Bismarck mit dem Bündnis gar nicht ernst sei, daß er es nur als Schreckmittel gebrauchen wolle, um Oesterreich durch die Besorgnis vor einem Kriege nach zwei Seiten zum Nachgeben in der Herzogtümerfrage zu veranlassen. Und gerade damals bot sich ihm, wie er glaubte, eine Gelegenheit, Venetien ohne Schwertstreich zu erwerben. Am 24. Februar war Fürst Cusa von Rumänien durch eine unblutige Revolution vom Throne gestürzt, und nun entstand bei der italienischen Regierung der Gedanke, daß man vielleicht Oesterreich durch Ueberlassung der Donaufürstentümer zur Abtretung Venetiens bewegen könne. Napoleon, dessen Rat sich Lamarmora erbat, war damit einverstanden. Er sah darin einen Ausweg, um die deutschen Komplikationen auf die Ueberlassung der Herzogtümer an Preußen zu beschränken. Deshalb empfahl er den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit diesem, um auf das Wiener Kabinett einen Druck auszuüben, und verpflichtete sich, eventuell den Tauschplan zu unterstützen.

---

*) Es ist charakteristisch, daß Sybel „diese Hereinziehung des Auslandes in die deutschen Wirren“ damit zu rechtfertigen sucht, daß auch Oesterreich die in seinem Staatsgebiete ansässigen Slaven, Magyaren und Venetianer ins Feld führte!! (von Sybel a. a. O. IV. S. 289.)

**) Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa S. 160.

Es war ein unerwünschter Querstrich durch den politischen Kalkul **Bismarck's** gewesen, daß man in Florenz die Ankündigung der Mission **Moltke's** so kühl aufgenommen hatte. So lange er der Allianz Italiens **nicht gewiß** war, hielt er sich nicht berechtigt, das Wagstück eines Krieges **mit** Oesterreich zu unternehmen. Ein Telegramm des Grafen Usedom, **worin** ihn dieser benachrichtigte, daß Italien beabsichtigte, einen Offizier **behufs** politischer und militärischer Verhandlung nach Berlin zu entsenden, **kam ihm** daher äußerst erwünscht. Im Bewußtsein seiner staatsmännischen **Ueberlegenheit** war er nun seines Erfolges gewiß, und mit dem Eintreffen des Generals Govone in Berlin am 14. März ward der baldige **Ausbruch** des Krieges zur Gewißheit.

Stockhausen machte seinen Hof sofort auf die ernste Bedeutung dieses Besuches aufmerksam, erzielte aber dadurch ebensowenig einen Erfolg, wie durch die Mitteilung der bedrohlichen Gerüchte, die damals die Luft durchschwirrten. Man wollte wissen, daß die preußische Regierung beschlossen habe, noch vor der Kriegserklärung an Oesterreich Sachsen zu occupieren*), eine Nachricht, die mit dem von Moltke im Winter ausgearbeiteten Feldzugs-Entwurf**) merkwürdig übereinstimmt. Auch gegen diejenigen Regierungen, die Preußen keinen Grund zur Klage gegeben hatten, suchte man die öffentliche Meinung aufzureizen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 19. März wollte sogar das hannoversche Gouvernement für die Erklärung der 16 Fakultäten in der Erbfolgefrage und für Zachariae's Broschüre über diese Angelegenheit verantwortlich machen***).

In Wien täuschte man sich nicht über die nahende Gefahr. Man hatte rechtzeitig von den Beschlüssen des Ministerconseils und von den Bündnisverhandlungen mit Italien Kunde erhalten. Zwischen dem 7. und 14. März fanden deshalb die ersten militärischen Beratungen in Wien statt, zu denen die leitenden Generäle aus den Kronländern zugezogen wurden. Gleichzeitig erhielt Gablenz die Instruktion, „in Holstein so zu operieren, daß für Oesterreich die Disposition über das Land nach allen Seiten hin offen bliebe, also auch nach der augustenburgischen Richtung hin†)."

*) Depesche Stockhausens d. d. 10. März 1866.

**) Vgl. Moltke „Militärische Korrespondenz" I Nr. 6.

***) Depesche Stockhausens d. d. 20. März 1866.

†) Vertraulicher Immediat-Bericht Zimmermanns über eine Unterredung mit dem Civiladlatus von Hofmann d. d. 15. März 1866.

In einer Cirkularnote vom 10. März setzte Graf Mensdorff sodann die deutschen Regierungen davon in Kenntnis, daß er beabsichtige, ein Einschreiten des Bundes auf Grund der Artikel 11 und 19 der Wiener Schlußakte zu beantragen. Alle seine Bemühungen, eine definitive Lösung der Herzogtümerfrage im Einvernehmen mit Preußen herbeizuführen, seien gescheitert. Er sehe sich daher genötigt, alle weiteren Entschließungen dem Bunde anheim zu stellen. Wenn aber die Gefahr eines Friedensbruches noch dringender geworden wäre, namentlich in Preußen eine Mobilisierungsordre erfolgte, würde Oesterreich die Kriegsbereitschaft des 7., 8., 9. und 10. Armeecorps beantragen. Endlich, nach der Ankunft des Generals Govone in Berlin, wurde Graf Karolyi telegraphisch angewiesen, von Bismarck eine kategorische Erklärung darüber zu verlangen, ob er beabsichtige, den Gasteiner Vertrag mit Gewalt zu zerreißen. Bei einer Unterredung am 17. März*) glaubte der Ministerpräsident die Berechtigung zu einer solchen Anfrage in Abrede stellen zu können. Eine Mobilmachung in Preußen habe gar nicht stattgefunden, kein einziger Mann sei eingezogen. Eher behauptete er zu einer solchen Interpellation an Oesterreich berechtigt zu sein, das Truppen nach Böhmen gezogen habe. Auf Grund einer bloß mündlichen Anfrage könne er sich nicht herbeilassen, weiteres über Preußens Absichten zu sagen. Nach den weiteren Vorstellungen Karolyi's, daß er keine Ermächtigung zu einer schriftlichen Interpellation habe, und daß doch gewiß niemand Oesterreich agressive Intentionen zuschreiben werde, hielt es Bismarck doch nicht für geraten, den Gesandten ganz ohne Antwort zu entlassen. Er meinte, eine solche Anfrage müsse mit „Nein“ beantwortet werden. Selbst wenn eine Macht am nächsten Morgen die Grenzen überschreiten wolle, würde sie dies am Vorabend in Abrede stellen. Auf den Einwand, daß im letzteren Falle eine ausweichende Antwort die geeignetere sein würde, erklärte er schließlich, die mündliche Interpellation nur mit „Nein“ beantworten zu können. „Sprechen nun auch“, so schloß Graf Karolyi seinen Bericht, „derartige Auslassungen für den geringen Wert der Erklärung, so glaube ich doch ausdrücklich konstatieren zu sollen, daß Preußen durch dieses „Nein“ eine präzisierende Antwort an Oesterreich gerichtet hat.“

In Berlin scheint man die Ableugnung anfänglich für ernster gemeint gehalten zu haben, als sie verdiente. Für einen Augenblick überwogen

*) Die Erzählung dieser Konferenz und ihrer Folgen ist einem Schreiben des Grafen Platen an Zimmermann d. d. 19. März 1866 entnommen.

noch einmal die friedlichen Hoffnungen. Prinz Bernhard zu Solms-Braunfels, hannoverscher General à la suite, ein Vetter des Königs Georg, der sich damals in Berlin aufhielt, teilte Stockhausen durch ein Handbillet die „konfidentielle tröstliche" Nachricht mit, „daß man in dieser Frage glücklich über den Berg sei".

„Ich habe allen Grund, auf die Aeußerung Gewicht zu legen", fügte er hinzu, „und möchte ich Ew. Excellenz ganz ergebenst ersucht haben, selbige in meinem Namen zur Allerhöchsten Kenntnisnahme unsers Königs bringen zu wollen*)."

Auch in Wien wollte man nach der ausweichenden Antwort Bismarck's noch nicht jede Hoffnung eines friedlichen Ausgleichs aufgeben, und verzichtete vorläufig auf die Einbringung eines Antrags in Frankfurt.

Dem Grafen Platen schien jede Diskussion der brennenden Frage, wenigstens in der offiziösen Presse, vom Uebel. Die von Meding beeinflußte „Nordseezeitung", welche einen, wie sich nachher herausstellte, vom König selbst verfaßten Aufsatz veröffentlichte, der sich ganz auf den preußischen Standpunkt stellte**), erhielt sogar deswegen einen Verweis.

Die Absicht Oesterreichs, die Herzogtümerangelegenheit von neuem an den Bund zu bringen, hatte ihn daher mit jähem Schreck erfüllt. Um so froher war er, als die neueste Wendung ihn der Notwendigkeit überhob, schon jetzt einen bestimmten Entschluß zu fassen. Die seltsamen Illusionen aber, die er sich über die Situation machte, ergeben sich am besten aus einem Schreiben an Zimmermann vom 22. März 1866, in welchem er sich folgendermaßen ausläßt: „Ueber die von uns zu beobachtende Politik in dem leider wahrscheinlichen Konflikt habe ich folgende Ideen: Sobald Preußen mobil macht, müssen wir auch mobil machen, wenigstens die nötigen Pferdeankäufe machen. Ich habe dies bereits Ysenburg gelegentlich beigebracht, indem ich ihm sagte: ‚Nach dem Bundesrechte ist der Krieg unter den Bundesgliedern verboten, und

*) Depesche Stockhausens d. d. 24. März 1866.

**) . . . „Oesterreich ist verpflichtet, der Agitation für Augustenburg ein Ende zu machen. Es sollte die volle Berechtigung des Erlasses vom 11. März anerkennen. Geschieht das, so wird diesem augustenburgischen Treiben in Holstein endlich das Handwerk gelegt, und dann ist dem Konflikte zwischen Oesterreich und Preußen die Spitze abgebrochen. Wenn nicht, dann ist freilich das Aeußerste zu befürchten, vor allem der von verschiedenen Organen als beabsichtigt angekündigte Coup der preußischen Politik und what next?!" — . . (Nordseezeitung vom 17. März 1866, Beilage.)

wenn der Bund auf Grund des § 11 der Bundesakte und des § 19 der Wiener Schlußakte Vermittelungsversuche macht, so können wir nicht umhin, dem beizustimmen; führen Oesterreich und Preußen Krieg, so thun sie es als Europäische Großmächte, und dann werden wir neutral bleiben und uns nur zur Wehr setzen, wenn man uns angreift.' Damit kann Preußen sehr zufrieden sein, denn eine Besetzung Hannovers kostet ihm 30000 Mann, die es besser brauchen kann. Der Kleine*) war ganz damit einverstanden und wird gewiß alles thun, damit man uns zufrieden läßt. Ich glaube auch nicht, daß Preußen uns hindern wird, mobil zu machen.

Unsere Politik erfordert, von allen Separatbündnissen uns fern zu halten, weder mit Oesterreich, noch mit Preußen, noch mit den Mittelstaaten.

Bringen die letzteren die schleswig-holsteinische Sache wieder in Fluß, und knüpfen sie an den Bundesbeschluß vom 6. April (S. o. S. 245) an, so müssen wir unsern alten Standpunkt der juristisch-technischen Untersuchung festhalten. Kommt es dann zur Exekution gegen Preußen, so mögen die Mittelstaaten sie übernehmen. Was wir thun, wird sich finden. Schon jetzt etwas darüber zu sagen, ist unmöglich.

Ingelheim hat mich natürlich sehr gedrängt, einem etwaigen Antrage am Bunde auf Grund der Artikel 11 und 19 zuzustimmen. Ich habe ihm gesagt, daß, wenn der Bund einen Vermittelungsvorschlag machen wolle, den ich aber nicht darin sehen könne, wenn er in der schleswig-holsteinischen Sache Beschlüsse faßt, wie am 4. April, so würden wir gewiß nicht dagegen sein; ich machte ihn aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß der Bund wahrscheinlich seine Kompetenz überschreiten werde und wir dies nicht gut heißen würden. Ueberhaupt hätten wir alle Ursache, vorsichtig zu sein; für einen unrechtmäßigen Bundesbeschluß würden wir nie die Exekution übernehmen."

Neben diesen Schwierigkeiten der äußeren Lage hielt es Graf Platen nicht minder wichtig, auch die innere Situation gegen Zimmermann zu erörtern, umsomehr, da die Wiedereröffnung der Ständeversammlung vor der Thür stand.

„Es ist durchaus nötig", so schrieb er, „daß der König die sehr schlechte Stimmung im Lande bessert. Will er bei den herannahenden Stürmen bestehen bleiben, so muß er das Vertrauen wieder zu gewinnen suchen, was er verloren hat. Ich verlange nicht, daß er liberale Konzessionen macht, aber er muß halten, was er versprochen hat: er muß

*) Scherzhafte Bezeichnung für den Prinzen Ysenburg.

das Wahlgesetz publizieren, die versprochene Vorlage wegen der Städteordnung machen, die Gewerbeordnung, die Wegegesetzgebung, das Oberkonsistorium und die Gesamtsitzungen des Ministerii erlauben. Das sind Erfordernisse, die durchaus notwendig sind, wenn er sich halten will. Hiermit versöhnt er sich die Vernünftigen und legt die Opposition lahm. Er zeigt hiermit, daß ein konservatives Ministerium mehr vermag, als ein liberales. Der König muß wissen, in welcher Gefahr er schwebt."

Allein, ohne vorher den Rat Zimmermann's einzuholen, konnte Platen sich nicht entschließen, seinem königlichen Herrn den von diesem gewünschten Vortrag über die politische Situation zu halten. Er forderte daher seinen Mentor auf, ihm mit möglichster Beschleunigung ein Memoire zukommen zu lassen, und dieser kam dem Wunsche bereitwilligst nach.

Aber schon die Absicht Oesterreichs, die Herzogtümerfrage an den Bund zu bringen, erklärte Zimmermann für eine „große Perfidie" und das in Platen's Brief entwickelte politische Programm schien ihm viel zu kühn*). Er sah die Aufgabe der hannoverschen Politik darin, „sich zu drehen und zu wenden, um die parteilose Stellung Hannovers so lange als nur möglich zu behaupten, und Gott für jeden Tag zu danken, an welchem man unangefochten und ungeschlagen davon kommt"... „Wenn die Großen mit Krieg und Frieden würfeln", führte er aus, „so bleibt für die Kleinen kein Raum für heroische Kombination, sondern sie müssen manövrieren wie ein kleines Fahrzeug, das innerhalb einer großen Kriegsflotte sich bewegt." ... „Keinem der drei Teile, Oesterreich, Preußen und Würzburger darf man sich ergeben, und Keinem bindende Zusage machen, daß man auf seine Seite treten werde." ... „Zumutungen, die von einer der Parteien gemacht werden, muß man in einer Form ablehnen, die freundlich ist, und wenn es möglich ist, den Teil, welchem man abschlägt, nicht zum Feinde macht." ... „Die Behauptung, daß beide Teile teils Recht, teils Unrecht haben, wird wohl regelmäßig von Zumutungen befreien, so lange der österreichisch-preußische Streit in dem gegenwärtigen Zwischenzustand läuft." ... „Am Bundestage selbst wird es der größten Sorgfalt und Energie bedürfen, um eine Konfusion nicht mitzumachen, welche, wie es scheint, beabsichtigt wird, um den Bund einseitig wider Preußen zu treiben." ... „Es scheint mir sehr wichtig, wenn

*) Das Folgende ist nach Zimmermanns „Memoire betreffend die politische Situation und die einzuschlagende Politik. Ende März 1866".

Hannover von vornherein auf das österreichische Escamotieren aufmerksam macht, und sich am Bunde nicht herbeiläßt, ein solches Escamotieren zu unterstützen ... Oesterreich hat kein Recht, den österreichisch-preußischen Streit unter der Einrede drohenden Friedensbruches an den Bund zu bringen, womit es nur den Zweck verfolgt, durch die Bundesmajorität den Augustenburger in den Herzogtümern einzusetzen. Oesterreich verlangt etwas viel Parteilichkeit von seinen deutschen Bundesgenossen."

In der Frage endlich, was Hannover thun solle, wenn beide Großmächte oder Preußen mobilisierten, war Zimmermann durchaus nicht mit Platen einverstanden. „Mir scheint es", so äußert er sich, „als ob Hannover nicht rasch zur Hand sein dürfte mit Kriegsbereitschaft oder Mobilisierung und deshalb möchte ich der Ansicht sein, daß man nicht eher beginne, als bis der Bundestag dergleichen Maßregeln anordnet. Schon wegen der Stände möchte es geraten sein, nicht ohne Bundesbefehl dergleichen zu thun, da möglicherweise die Rüstung vergeblich sein könnte. Sodann glaube ich aber, daß Hannover eher eine Neutralität von Preußen erhält, wenn es keine Rüstungen macht und keine Armee aufstellt. Preußen läßt schwerlich in seinem Rücken ein größeres Land neutral stehen, wenn es dies in einem Augenblick auch zulassen sollte; denn es muß befürchten, daß diese Armee sich sofort wider Preußen kehrt, sobald es eine Schlappe erleidet. Und es möchte doch nicht zu bezweifeln sein, daß Preußen wider ein gerüstetes Land eine starke Observation aufzustellen hätte, die ihm zu viel Kräfte entzöge. Genug, ich habe die Ueberzeugung, Rüstung und Aufstellung Hannovers führen gerade am sichersten binnen kurzer Zeit dahin, daß Preußen die Teilnahme Hannovers am Kriege fordert, sollte jenes auch vorher die Neutralität zugesagt haben. Schon der preußenfeindliche Geist, welcher in unserer Armee laut werden würde, wenn gerüstet und aufgestellt wird, brächte Preußen wahrscheinlich dahin, entweder — oder zu sagen. Und auch Oesterreich und die Süddeutschen dürften es vielleicht vorziehen, wenn Hannover vorläufig ungerüstet bleibt, damit Preußen nichts von Hannover fordert." ...

Dem ferneren Wunsche Platen's, den König über die ungünstige Stimmung im Lande aufzuklären, und Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen, entsprach Zimmermann jedoch mit großem Geschick. Er entwickelte, wie in ganz Europa die Luft des Liberalismus hier schwächer, dort heftiger wehte, und wie infolgedessen die jetzige konservative Regierung

das Vertrauen der Unterthanen entweder gar nicht oder doch nur in geringem Maße besäße, und wie es in Krisen, wie die jetzige, doppelt notwendig sei, mit dem Lande in Eintracht zu leben. „Liberale Konzessionen in eigentlichem Sinne werden dazu wohl kaum erforderlich sein", meinte er, aber er riet dringend, das geschwächte Vertrauen nicht durch bloße Erklärungen, sondern durch diejenigen Handlungen zu beleben, die Graf Platen in Vorschlag gebracht hatte.

Dem furchtlosen Sinn des Königs kann eine zaghafte Politik, wie sie der Minister, den Ausführungen Zimmermann's entsprechend, empfahl, unmöglich sympathisch gewesen sein. Aber Meding wußte ihm diese Vorschläge in so eindringlicher Weise als den Inbegriff aller politischen Weisheit darzustellen, daß er schließlich seine Zustimmung gab. Ob der schlaue Ratgeber dabei seine eigene Ueberzeugung ausgesprochen hat, steht dahin. Jedenfalls hat er damit den geheimen Plänen Bismarck's wirksam in die Hände gearbeitet.

Auch die Vorstellungen Platen's über die innere Situation machten einen tiefen Eindruck auf den König. Er genehmigte den von Bacmeister mit großer Sachkenntnis ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Gewerbeordnung, wodurch mit den veralteten Gildeeinrichtungen aufgeräumt werden sollte. Zugleich machte die Ernennung des früheren Ministers Lichtenberg zum Präsidenten des Landeskonsistoriums, die am 17. April erfolgte, den langjährigen kirchlichen Wirren ein Ende. Zu einer Publizierung des Wahlgesetzes wollte Georg sich jedoch nicht verstehen und am 11. April verkündete ein offizieller Erlaß, daß der Entwurf wieder zurückgenommen sei.

Schon bald genug bot sich ein Anlaß, das von Zimmermann empfohlene politische Schaukelsystem in die Praxis zu übertragen. Am 26. März las Prinz Ysenburg dem Grafen Platen eine Note Bismarck's vom 24. vor, worin dieser nach einem kurzen Ueberblick über den Verlauf der diplomatischen Verhandlungen sich darüber beklagte, „daß Oesterreich fortführe, sich in direkten Widerspruch zu setzen mit den Basen, auf welchen der Wiener Frieden und demnächst die Gasteiner Konvention beruhten." Die preußische Note vom 26. Januar bezeichnete er als eine „von den versöhnlichsten Gesinnungen eingegebene und in der Form freundschaftliche Mitteilung", und fügte hinzu, daß er nach dem Empfang der ablehnenden Antwort Oesterreichs es nicht für angemessen gehalten habe, die Korrespondenz fortzusetzen. Mündlich aber habe er dem Grafen Karolyi eröffnet, „daß die Beziehungen zu Oesterreich nunmehr anstatt des intimen

Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt worden seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen — nicht besser, aber auch nicht schlimmer, als zu jeder fremden Macht". Jede Drohung mit Krieg aber habe ihm damals ebenso fern gelegen wie jetzt.

Daß Preußen am Tage der Ueberreichung der Note noch keine Schritte zur künftigen Mobilisierung gethan halte, entsprach der Wahrheit. Mit Recht konnte Bismarck sagen, daß man „bislang noch nicht den entferntesten Anfang zu Rüstungen gemacht, keine Truppen dislokiert, keine Vorbereitungen getroffen habe". Aber es gehört doch ein ungewöhnliches Maß von Un—befangenheit dazu, wenn er genau in denselben Tagen, wo die letzten Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß des Offensiv- und Defensivbündnisses mit Italien entgegengestellt hatten, überwunden waren*), und wo dieses 100000 Mann zu den Fahnen berief, den Kaiserstaat beschuldigte, daß er plötzlich zu einem großen Kriege Vorbereitungen treffe und gleichzeitig Preußen den Vorwurf mache, „als ob wir es seien, die den Frieden zu stören beabsichtigten". Nun aber hatte sich die österreichische Armee seit 1848 auf keinem so niedrigen Friedensstande befunden als jetzt**). Es war daher eine völlig ungereimte Behauptung, die wenigen Vorsichtsmaßregeln, die man in Wien bei dem mangelhaften Militärsystem für unerläßlich hielt, so auszulegen, als wenn sie darauf abzielten, schon bald „eine starke Heeresmacht an unserer vollkommen von allen Gegenmaßregeln entblößten Grenze" aufzustellen. „Aber wir werden", so entwickelte Bismarck weiter, „angesichts der österreichischen Aufstellungen nun auch unsererseits nicht länger zögern dürfen, damit sich die Situation von 1850 nicht wiederhole, wo eine schlagfertige österreichische Armee drohend an unserer Grenze stand, bevor wir gerüstet waren. ... Aber Maßregeln zu unserer augenblicklichen Sicherheit sind nicht das Einzige, was die Situation von uns gebieterisch fordert. Die Erfahrung, welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Kabinetts gemacht haben, nötigen uns, auch die Zukunft ins Auge zu fassen, und uns nach Garantien umzusehen, die wir in dem Bunde mit der andern deutschen Großmacht nicht nur vergebens gesucht, sondern sogar durch dieselbe bedroht sehen. ... Auf dem Boden der

*) Vergl. Friedjung a. a. O. I. S. 179 ff.

**) Depesche des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. Wien 8. April 1866.

deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen, und werden wir immer zuerst (Italien!?) suchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden."

An eine weitläufige Auseinandersetzung, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für eine aktive Politik nicht ausreichend sei, daß er in großen europäischen Krisen Deutschland nicht vor dem Schicksale Polens schützen werde, daß insonderheit das Bundesmilitärwesen nicht in einer für die Sicherheit Deutschlands genügenden Weise geordnet sei, knüpfte Bismarck sodann die Mitteilung, daß Preußen sich baldige weitere Eröffnungen zur Reorganisation des Bundes vorbehalte. Zunächst aber erbat er von der hannoverschen Regierung eine Beantwortung der Frage, „ob und in welchem Maße wir auf ihre Unterstützung in dem Falle zu rechnen haben, daß wir von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt werden".

Den Grafen Platen brachte die Anfrage Bismarck's in die größte Verlegenheit. So lange das bestehende Bundesrecht galt, durfte er sie, selbst wenn er gewollt hätte, nicht zustimmend beantworten, und sagte er „Nein", so setzte er sich dem Verdacht aus, daß er die Absicht hätte, für Oesterreich Partei zu ergreifen. Er wich daher jeder bestimmten Erklärung vorsichtig aus. Stockhausen wurde angewiesen, dem preußischen Ministerpräsidenten zu eröffnen, daß „selbst unter Voraussetzung der unerfreulichen Lage der Sache", wie sie sich aus der Depesche Bismarck's ergäbe, es weder dem Interesse Preußens noch dem Hannovers entspräche, „im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit auf die gestellte Frage direkt zu antworten*)." „Zunächst ist es wohl für jede der mittleren und kleineren Regierungen Deutschlands fast unmöglich", führte Platen aus, „so lange der deutsche Bund formell und thatsächlich noch existiert, auch nur eventuell dessen Verschwinden zum Ausgangspunkt zu machen . . . Sodann muß doch wohl angenommen werden, daß der Streit zwischen Oesterreich und Preußen an den Bundestag kommt, bevor er in einen Krieg ausläuft, einmal diesen unglücklichen Ausgang vorausgesetzt, obgleich wir nur um so fester an eine friedliche Lösung glauben, als wir die Versicherung von Oesterreich erhalten haben, keine Friedensstörung und keinen Angriff auf Preußen zu beabsichtigen. . . . Im eigenen Interesse Preußens können wir nicht wünschen, daß die

*) Erlaß des Grafen Platen an den Gesandten von Stockhausen d. d. 28. März 1866.

Königlich Preußische Regierung einen Weg einschlägt, welcher sie dem formellen Rechte und Gange des Bundes gegenüber in Nachteil bringt. Wir würden aber dazu beitragen, wenn wir jene an uns gerichtete Frage direkt beantworteten. Wir ersuchen daher den Herrn Grafen von Bismarck, uns eine unmittelbare Erklärung darauf zu erlassen."

Der Kasseler Hof wurde bewogen, sich in gleichem Sinne zu äußern, und am 30. März Abends 10 Uhr wurde Stockhausen zugleich mit dem kurhessischen Gesandten von Schachten von Bismarck empfangen, der ihnen nicht verhehlte, daß, nachdem Oesterreich gerüstet habe, die Lage täglich ernster werde, und mit der Miene vollster Aufrichtigkeit versicherte, er könne sich den Grund der österreichischen Rüstungen durchaus nicht erklären*). Auf den Einwurf Stockhausen's, daß die Aeußerungen des Ministerpräsidenten selbst in dem sogenannten Kriegsrat vom 28. Februar über die Unvermeidlichkeit des Krieges die Kaiserliche Regierung wohl zu jenen angeblichen Rüstungen veranlaßt hätten, erwiderte er, „daß die Vorkommnisse bei dieser Beratung in volles Geheimnis gehüllt wären und dem Könige doch wohl nicht das Recht abgesprochen werden könne, Conseils abzuhalten." Eher möchte ein durch individuelle Auffassung gefärbter Bericht über seine Unterredung mit dem englischen Botschafter am 12. März den Entschluß des Wiener Kabinetts beeinflußt haben**). Das Gasteiner Provisorium hätte noch viele Jahre

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 31. März 1866.

**) Bismarck scheint dabei auf folgenden Vorfall angespielt zu haben. Die Königin Viktoria hatte durch einen Privatbrief im Sinne des Friedens auf den König Wilhelm einzuwirken versucht und der englische Botschafter Lord Loftus im Auftrage Clarendons gelegentlich einer Soirée bei dem preußischen Ministerpräsidenten diese Vorstellungen unterstützt. Nun wollte Bismarck den hannoverschen Gesandten glauben machen, daß Oesterreich im Vertrauen auf englische Unterstützung Rüstungen vornehme, um Preußen zum Nachgeben in der Herzogtümerfrage zu veranlassen.

Uebrigens hatte die Intervention der britischen Monarchin durchaus keinen Erfolg. Der König antwortete, „er wünsche den Frieden, er habe alles gethan, um denselben aufrecht zu erhalten, aber die Herzogtümer müsse er haben, denn das wünsche sein Volk, dieses dränge ihn und er müsse sich fügen. Von allen Seiten höre er, das Volk sei nur deshalb unzufrieden mit seiner Regierung, weil so viel Geld und Blut für die Befreiung der Herzogtümer verschwendet worden sei, ohne den geringsten Vorteil für Preußen."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der König, als er dies schrieb, von der Wahrheit eines jeden Wortes überzeugt war. Lord Clarendon aber meinte: „I have never seen such a letter, there is not a single word of truth in it." (Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa S. 188.)

dauern können. Oesterreich habe also durch seine Rüstungen einen großen Fehler begangen. Es habe 50 Bataillone in Böhmen aufgestellt, daher sei zu besorgen, daß es von seiner Seite zum Kriege kommen werde. Seine Organisation gestatte ihm, 150000 Mann rascher ins Feld zu stellen, als Preußen. Man müsse also darauf gefaßt sein, daß eines Morgens 120000 Mann, inkl. der Sachsen 140000 Mann, bei Riesa ständen.

Deshalb müsse er wissen, fuhr Bismarck fort, ob er auf die deutschen Bundesgenossen zählen könne oder nicht. Preußen habe, um sich und das übrige Deutschland gegen Gefahr zu schützen, seine Armee auf einen Stand setzen müssen, welcher seine Finanzen unverhältnismäßig beschwere. Und dann äußerte Bismarck sich in der absprechendsten Weise über die Tüchtigkeit der hannoverschen Armee. „Preußen ist gerüstet gegen alle Eventualitäten", sagte er. „Sie sind es nicht. Unter vier Augen können wir uns das schon sagen. Ihre Armee ist nicht darnach beschaffen, daß wir auf sie zählen können. Vor dreißig Jahren noch war das anders. Ihre Wehrkraft ist aber nicht mehr, was sie damals war."

Immer wieder kam er auf den Gedanken einer Reform der Bundeskriegsverfassung zurück und Stockhausen gewann die Ueberzeugung, daß der preußische Minister sich das Ziel gesteckt habe, wenigstens in Beziehung hierauf den Gedanken der Mainlinie zu verwirklichen. Diese Mitteilungen lauteten dem Grafen Platen so bedenklich, daß er sich doch lieber persönlich in Berlin über den Stand der Dinge unterrichten wollte. Er kehrte von dort mit der Ueberzeugung zurück, daß Bismarck unabänderlich zum Kriege entschlossen war, und berichtete in dem Sinne an den König. Wenige Tage später ging eine neue Depesche Stockhausen's ein, welche diese Auffassung bestätigte. In einer Note vom 31. März hatte nämlich die österreichische Regierung Anlaß genommen, sich „ausdrücklich gegen die mit der Evidenz der Thatsachen so vollkommen unvereinbare Beschuldigung" zu verwahren, daß sie eine Bedrohung der preußischen Monarchie im Sinne habe. Graf Karolyi erklärte in aller Form, daß den Absichten Sr. Majestät des Kaisers nichts ferner liege, als ein offensives Auftreten gegen Preußen. „Nicht nur die so vielfach durch Wort und That erwiesenen freundschaftlichen Gesinnungen für die Person Sr. Majestät des Königs, wie für den preußischen Staat schlössen eine solche Absicht entschieden aus, sondern der Kaiser sei auch fest entschlossen, sich nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels XI der Bundesakte zu setzen, welche es den Mitgliedern des Bundes verböten, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen."

Graf Bismarck gab sich den Anschein, als ob er diesen Versicherungen keinen Glauben schenkte. Kaum 30 Stunden nach dem Empfang der Note äußerte er gegen Stockhausen: „Alles was Oesterreich uns über seine Gesinnungen sagt, ist nichts wie Lug und Trug. Während man uns durch die Depesche einzuschläfern sucht, gehen seine Rüstungen in verdoppeltem Maße vorwärts. Ich habe die sichersten Beweise in Händen, daß Oesterreich seine ganze Armee mobilisiert. Wir sind daher gezwungen, das Gleiche zu thun, und wenn wir einmal mobilisiert haben, werden wir auch Krieg führen — wenn der König mir anders die Leitung der Angelegenheiten noch weiter überlassen will*)."

Vergeblich suchten die Königin-Witwe, die Königin Augusta, der Kronprinz und seine Gemahlin in ihrem eigenen Namen und dem der Königin Viktoria den König auf seiner verderblichen Bahn anzuhalten und ihm die Gefahren begreiflich zu machen, denen die Politik Bismarck's das Land und die Krone aussetzte. Dessen Drohungen, sein Amt niederzulegen, genügten immer, um seine Zweifel und Zögerungen zu überwinden. Dabei fühlte sich der greise Monarch von neuem dadurch verletzt, daß der Kaiser von Oesterreich, den Gepflogenheiten der letzten Jahre entgegen, ihm diesmal keine Glückwünsche zu seinem Geburtstage übersandte**) und die geheimen Agenten, die man nach Böhmen gesandt hatte, um die dortigen Rüstungen zu überwachen, waren so gut instruiert und thaten so gut ihre Schuldigkeit, daß sie durch ihre allarmierenden Berichte nicht bloß den König von den kriegerischen Absichten Oesterreichs überzeugten, sondern auch Schlesien in Schrecken setzten.

Ueber den baldigen Ausbruch eines bewaffneten Konflikts zwischen Oesterreich und Preußen konnte man also in Hannover kaum mehr in Zweifel sein. Aber daß Bismarck sich mit der frevelhaften Absicht trüge, gleichzeitig einen Krieg von Norddeutschen gegen Norddeutsche zu entzünden, hielt Graf Platen, zumal nach den feierlichen Zusicherungen des Königs Wilhelm in Baden (S. o. II. Theil 1. Abt. S. 431) für undenkbar. Und doch steht es jetzt unzweifelhaft fest, daß der preußische Minister von vornherein sein Absehen auf die Annexion Hannovers gerichtet und daß er sich dabei mit der Mehrheit der Volksvertreter in Einklang befunden hat. In einer vertraulichen Sitzung der Marinekommission kurz vor seiner Abreise nach Biarritz hatte er sich dahin ausgesprochen,

*) Depesche Stockhausens d. d. 3. April 1866.
**) Depesche Stockhausens d. d. 26. März 1866.

daß er, wie sie, die Einheit Deutschlands herzustellen wünsche. Auf welchem Wege er suchen wolle, dies zu erreichen — wenigstens, soweit es sich um den Norden Deutschlands handelte, — deutete er nur an. „Aber ich stoße dabei auf ein ernstes Hindernis, den Kronprinzen von Hannover, jedoch hege ich das festeste Vertrauen, daß ich trotzdem meine Absichten durchsetzen werde*)“, fügte er hinzu.

Die Thatsache aber, daß Bismarck seinem Königlichen Herrn die Ueberzeugung beizubringen wußte, sein blinder Vetter führe Böses gegen ihn im Schilde, beweist, welche wahrhaft unwiderstehliche Gewalt er damals bereits über den sonst so milde und gerecht denkenden Monarchen gewonnen hatte. Die fortlaufenden Berichte aus „intimen hannoverschen Quellen**)“ kamen dem Minister dabei trefflich zu statten. Er war stets von den geheimsten Vorgängen am hannoverschen Hofe unterrichtet und dadurch in den Stand gesetzt, seinem königlichen Herrn das, was er von dort erfuhr, in einer Weise vorzutragen, die seinen innersten Gedanken entsprach.

Schon der besondere Unstern, der über dem zwischen ihm und Platen besprochenen Heiratsprojekt des Prinzen Albrecht gewaltet hatte, scheint ihm Anlaß gegeben zu haben, die Gesinnungen des Königs Georg als feindselig gegen Preußen zu schildern. Und doch hatte Graf Platen ihm in dessen Auftrage amtlich geschrieben, daß der König „einer solchen Verbindung natürlich nicht entgegen sei, aber bei der zärtlichen Zuneigung, die er für seine Töchter hege, von dem Grundsatz ausgehe, in der für sie so entscheidenden Frage die Prinzessinnen nach ihrem eigenen freien Willen entscheiden zu lassen.“ Ausdrücklich fügte aber Graf Platen gegen Stockhausen, den er von dem Inhalt dieses Schreibens vertraulich in Kenntnis setzte***), hinzu, daß nach seiner Ansicht der König „einer Verbindung, wie sie in Anregung gebracht ist, **zugethan** zu sein schiene“. Danach war also der Plan keineswegs aufgegeben. Bei dem Prinzen Albrecht war ganz im Gegenteil Neigung vorhanden, ihn zu verfolgen†). Erst die sich immer mehr verdüsternde politische Lage brachte ihn zum Scheitern.

Andere Dinge kamen dazu, um die Mißstimmung am Berliner

*) Vertrauliche Depesche Stockhausens d. d. 5. Oktober 1865.

**) Gedanken und Erinnerungen II. T. S. 25.

***) Vertraulicher Erlaß Graf Platens an den Gesandten von Stockhausen d. d. 24. Februar 1866.

†) Stockhausen an Zimmermann d. d. 3. März 1866.

Hofe zu verschärfen. Unvorsichtige Aeußerungen an der Königlichen Tafel in Herrenhausen kamen auffallenderweise sofort zur Kenntnis des preußischen Gesandten und seines Chefs. Sogar der Umstand, daß die hannoversche Infanterie statt der bisherigen Pickelhauben Käppis zur Kopfbedeckung erhielt, und die reitende Artillerie mit Helmen, wie sie die englisch-deutsche Legion geführt hatte, ausgerüstet wurde, mußte dazu dienen, den Antagonismus der Hannoveraner gegen Preußen zu beweisen. Ja, man hielt es für denkbar, daß man in Hannover das Zündnadelgewehr nur deshalb nicht einführte, weil es aus Preußen stammte, obgleich gerade der König sich in der bezüglichen Kommission energisch dafür ausgesprochen hat. Der Plan der Neubewaffnung scheiterte ganz allein an der Erwägung, daß die Stände niemals die nötigen Geldmittel bewilligen würden.

Graf Bismarck aber wußte nur zu wohl, wie störend eine kriegsbereite hannoversche Armee für seine norddeutschen Umsturzpläne werden konnte. Sein Sinnen und Trachten war daher darauf gerichtet, das kleine Nachbarkönigreich und die anderen Staaten, die im Machtbereich Preußens lagen, so lange in einem Zustand der Wehrlosigkeit zu erhalten, bis es Zeit war, die Maske abzuwerfen, und daß ihm das so vollständig gelungen ist, verdankt er der Unentschlossenheit Graf Platen's, der Superklugheit Zimmermann's, — vor allem aber dem geheimen Einfluß Meding's.

In Hannover pflegte man alljährlich am 1. April gleichzeitig mit dem Eintreffen der Infanterierekruten den 7. Jahrgang, die sogenannte Kriegsreserve, die sich natürlich in der Heimat auf Urlaub befand, definitiv zu entlassen. Diese Maßregel bedeutete also, so lange die neu ausgehobenen Mannschaften noch nicht ausgebildet waren, eine Herabsetzung der Kombattantenzahl um 132 Mann pro Bataillon.

Nachdem ihn der preußische Gesandte offiziell von der drohenden allgemeinen Kriegsgefahr in Kenntnis gesetzt hatte, hielt es der König begreiflicherweise für bedenklich, die sonst übliche Reducierung auch in diesem Jahre eintreten zu lassen, und eine Generalordre vom 28. März verfügte die Zurückhaltung der 7. Altersklasse. Es ist geradezu lächerlich, daß Graf Bismarck aus diesem Vorgang Anlaß nahm, durch den preußischen Gesandten der hannoverschen Regierung eröffnen zu lassen, daß die Anordnung eine Tendenz verriete, welche geeignet sei, „ernste Zweifel und Bedenken über deren Absichten zu erregen*). Die Rüstungen hätten

*) Vergl. auch für das Folgende die offiziöse im Jahre 1867 veröffentlichte

nur einen Zweck, wenn sie ein eventuelles Eintreten Hannovers in die Aktion vorbereiten sollten. Mit der Absicht einer wirklichen Neutralität wären sie unverträglich. Ein erhöhter Stand der hannoverschen Armee würde vielmehr den Grafen Bismarck veranlassen, die Ausdehnung der bisher in Preußen angeordneten Maßregeln auch auf das westfälische Armeekorps bei Sr. Majestät dem Könige zu beantragen."

Dem König Georg kamen diese Vorstellungen im höchsten Grade überraschend. Er konnte der Wahrheit gemäß versichern, daß er nur in Voraussicht eines europäischen Krieges die Maßregel angeordnet und nicht entfernt an Rüstungen gegen Preußen und Oesterreich gedacht habe. Ja, er erklärte sich bereit, die Reservisten am 15. April zu entlassen, wenn Bismarck in deren Zurückhaltung einen Grund zu Mißtrauen erblickte. Inzwischen erfuhr man, daß in Preußen 75 Bataillone auf den erhöhten Stand von 685 Mann gesetzt, die Festungen Minden und Erfurt armiert und Pferdeankäufe für die Hälfte der preußischen Armee angeordnet wurden. Dem gegenüber war es völlig absurd, die Entlassung der auf Urlaub befindlichen hannoverschen Reservisten als unerläßliche Vorbedingung für die Anerkennung der gewünschten Neutralität zu verlangen. Dennoch wiederholte König Georg dem Prinzen Ysenburg gegenüber die feierliche Versicherung und bekräftigte sie mit seinem Wort, daß die getroffene militärische Maßregel auch nicht im Entferntesten gegen Preußen gerichtet gewesen wäre und bat, daß man aus Rücksicht auf die militärische Autorität des Kriegsherrn auf deren Zurücknahme nicht bestehen möge. Nach einigen Zögerungen erklärte man sich in Berlin dazu bereit, und damit war der Zwischenfall erledigt. So oft aber in den nächsten Wochen der preußische Gesandte den Ankauf eines Remontepferdes erfuhr, erschien er auf der General-Adjutantur, um Erklärungen über die „Rüstungen" zu fordern. So geriet man in Hannover allmählich in einen Zustand hinein, der sich mit dem eines Kolibris vergleichen läßt, welcher, gebannt durch den starren Blick einer Klapperschlange, nicht davonzufliegen wagt.

Am 8. April 1866, abends $8^1/_2$ Uhr, wurde die „Offensiv- und Defensiv-Allianz" zwischen Preußen und Italien vollzogen. Es war das Bündnis eines deutschen Bundesfürsten mit einer ausländischen Macht gegen einen deutschen Bundesfürsten zu dem ausgesprochenen Zwecke,

Broschüre: „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitätsvertrages" S. 10 ff.

letzteren zu gleicher Zeit von zwei Seiten anzugreifen. Das war eine Handlung, die in direktem Widerspruch mit den Grundgesetzen des Bundes stand und das erste und einzige Beispiel in dessen fünfzigjähriger Geschichte*).

Es kommt wenig darauf an, ob, wie Lamarmora behauptet**), „auf Wunsch des Königs Wilhelm“ im letzten Augenblick in dem Bismarck'schen Vertrags-Entwurf noch eine Stelle gestrichen ist, wonach Italien verpflichtet werden sollte, eintretendenfalls auch „gegen die deutschen Regierungen, welche mit Oesterreich gegen Preußen verbündet sein könnten“, den Krieg zu erklären; denn in Wirklichkeit haben die beiden Kontrahenten, wie sich aus der bekannten „Stoß ins Herz“-Depesche Usedom's ergiebt, nicht daran gedacht, sich solche Beschränkungen aufzuerlegen. In der offiziösen Provinzial-Korrespondenz vom 24. Juni steht außerdem wörtlich: „Italien hat nunmehr auch seinerseits den Krieg gegen Oesterreich beschlossen und angekündigt . . . Der Krieg wird nicht nur in Venetien, sondern auch in Tyrol und wenn die Waffen Italiens glücklich sind, zugleich gegen Bayern geführt werden.“

Sybel hat zuerst den authentischen Wortlaut des Vertrages nach den Akten veröffentlicht. Dabei fällt es besonders auf, daß die Fassung des Artikels IV so wenig mit der von den italienischen Ministern Jacini und Lamarmora***) gegebenen Version übereinstimmt.

Beide beziehen sich allerdings nur auf den Entwurf des Vertrages, aber sie referieren fast mit denselben Worten, daß die Zustimmung zum Frieden oder Waffenstillstand nicht verweigert werden könne, „wenn Oesterreich sich der Annexion des lombardisch-venetianischen Königreichs durch Italien nicht mehr widersetzt“ und einwilligt, daß Preußen „gleichwertige benachbarte Gebiete“ sich einverleibe. Sybel dagegen behauptet (IV, S. 312), es sei in dem Vertrage nur von einer eventuellen Abtretung gleichwertiger österreichischer Landstriche die Rede, mündlich sei aber hierzu erläutert, „daß Preußen beabsichtige, statt einer solchen Landerwerbung entsprechende Zugeständnisse in der deutschen Frage anzunehmen“. Es bliebe also noch zu erklären, wie Sybel so lange nachher von dieser mündlichen Erläuterung Kenntnis erhalten hat. Auch ist

*) F. F. Graf von Beust: „Aus dreiviertel Jahrhunderten“ I. T. S. 412.

**) Lamarmora: „Etwas mehr Licht“, deutsche Ausgabe S. 136.

***) Jacini: „Due anni di politica italiana“ und Lamarmora: „Le général Lamarmora et l'Alliance Prussienne“. Beide Schriften sind im Jahre 1868 erschienen.

es auffallend, daß die übrigen von den beiden italienischen Staatsmännern veröffentlichten Artikel des Entwurfs wörtlich mit der von Sybel mitgeteilten definitiven Fassung übereinstimmen.

Doch, sei dem wie ihm wolle, jedenfalls hatte sich die überlegene Staatskunst Bismarck's bei diesen Verhandlungen wieder im glänzendsten Lichte gezeigt. Italien war drei Monate lang verpflichtet, mit allen seinen Streitkräften gleichfalls zu Felde zu ziehen, wenn Preußen Oesterreich den Krieg erklärte. Preußen dagegen war in keiner Weise gebunden. Es konnte, ohne wortbrüchig zu werden, mit Oesterreich ein Abkommen treffen. Mochte im Süden der Alpen vorgehen was da wollte, es hatte völlig freie Hand.

Daran dachte Bismarck jedoch keineswegs. Er wollte sich nur für den immerhin möglichen Fall sichern, daß es ihm nicht gelänge, seinen königlichen Herrn zum Entschluß des Krieges fortzureißen. Der Unterstützung des Auslands gewiß, war er vielmehr fest entschlossen, die deutsche Frage binnen kürzester Frist durch das Schwert zu entscheiden. „Wir können sogar hoffen, anfangs Mai zum Kriege zu kommen“, hatte er am 5. April gegen den italienischen Unterhändler, General Govone, geäußert*).

Im Innern aber wollte er die liberalen Parteien und, wenn es sein müßte, die Revolution zu Hilfe rufen, um sein Ziel zu erreichen. Schon am Tage nach der Unterzeichnung des Allianz-Vertrages, am 9. April, brachte der preußische Bundestags-Gesandte von Savigny zu allgemeiner Ueberraschung einen dringlichen Antrag ein, welcher eine Reform der Bundes-Verfassung im demokratischen Sinne zum Vorwurf hatte. Nach seinen eigenen Aeußerungen gegen den General Govone erwartete Bismarck von diesem Vorschlage „die größte Verwirrung in Deutschland und dann den Krieg**).“ Die Miene und das ganze Gebaren des hochkonservativen Savigny verrieten deutlich die Verlegenheit, in die ihn der Inhalt des Schriftstücks versetzte. Erst nach minutenlangem Räuspern gelangte er dazu, den Antrag zu verlesen***), der mit einem ausführlichen Rückblick auf das Ungenügende der bestehenden Bundes-Verfassung motiviert wurde. Freilich fehlte es bei der im ganzen zutreffenden Schilderung der Mängel des Bundes auch nicht an „Verdrehungen und Entstellungen

*) Lamarmora: „Etwas mehr Licht“ S. 130.

**) Lamarmora: „Etwas mehr Licht“ S. 142.

***) Tagebuchblätter aus dem Jahre 1866. „Erlebtes und Durchdachtes von einem deutschen Diplomaten“ S. 1 ff.

thatsächlicher Verhältnisse, an denen das preußische Ministerium unter seinem gegenwärtigen Leiter so unerschöpflich reich ist." So war es z. B. eine gewagte Behauptung, wenn gelegentlich des dänischen Krieges gesagt ward: „selbst hier, wo die beiden deutschen Großmächte in voller Einigkeit der Nation vorangingen, hat es auf Grund der Bundesinstitutionen nicht gelingen wollen, Deutschland an einer aktiven, nationalen und erfolgreichen Politik teilnehmen zu lassen." Und doch hatten gerade die beiden deutschen Großmächte in ihrer identischen Note vom 4. Dezember 1863 die deutschen Regierungen, welche eine nationale Politik verfolgen wollten, ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahren ein solches Vorgehen haben würde, und wie notwendig es wäre, den europäischen Interessen und Rücksichten Rechnung zu tragen!!

Allgemeinstes Erstaunen aber erregte es, als die preußische Regierung die wirklichen und vermeintlichen Mißstände der Bundes-Verfassung zum Anlaß nahm, um die Einberufung „einer aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehenden Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag" zu beantragen, welche die Vorlagen der deutschen Regierungen entgegennehmen und zu beraten hätte. In der Zwischenzeit bis zu deren Zusammentritt sollten letztere sich über diese Vorlagen verständigen.

Der Vorschlag, das künftige deutsche Parlament auf das allgemeine Stimmrecht zu basieren, war nur eine Wiederholung des Gedankens, den Bismarck bereits gelegentlich der Verhandlungen über die Einberufung eines Landtages der Elb-Herzogtümer ventiliert hatte. (S. o. S. 247.) Nach den ihm am besten bekannten Verhältnissen in den Landesteilen östlich der Elbe glaubte er mit Hilfe der Großgrundbesitzer eine überwiegende Mehrzahl von konservativen Männern an die Wahlurne bringen und den Einfluß des liberal gesinnten Mittelstandes paralysieren zu können — eine Voraussetzung, die sich als völlig fehlsam erwiesen hat. Auch als Schachzug, um die Regierungen in Verwirrung zu bringen und die Massen zu födern, verfehlte der Antrag seinen Zweck.

Ebensowenig gelang es, Bayern durch das geheime verlockende Angebot des militärischen Oberbefehls über die Südstaaten auf Preußens Seite zu ziehen. An den deutschen Höfen war vielmehr der Eindruck des neuesten Schrittes Bismarck's ausnahmslos ein höchst ungünstiger. Man traute seinem Ehrgeiz und seiner Rücksichtslosigkeit alle möglichen geheimen verderblichen Pläne zu. König Georg sagte dem preußischen Ge-

sandten, es sei ganz schauderhaft, daß in solcher Weise durch die direkte Volksabstimmung auf die Fürsten und Regierungen gedrückt werden sollte*). Aber er durfte ebensowenig wie die übrigen sich vollständig ablehnend verhalten, wenn er sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, daß er kein Herz für die Bedürfnisse der Nation habe. Trotz der Aufforderung Oesterreichs an die bundestreuen Regierungen, sich vor der Berufung des Parlaments über die Reformvorschläge zu einigen, kam es indes zu keiner gemeinsamen Erklärung. Hannover ging aber sofort auf den Wunsch des Prinzen Ysenburg ein, den Antrag an einen Ausschuß ad hoc zu überweisen**), und demgemäß wurde denn auch in Frankfurt in der Sitzung vom 21. April mit großer Majorität beschlossen. Bei der Abstimmung aber machte der hannoversche Bundestags-Gesandte noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam, „deren Berücksichtigung er bei der Deliberation und Berichterstattung des Ausschusses für unerläßlich hielt***)." Er erklärte, seine Regierung „könne es nicht mit den Begriffen von Freiheit in der Verständigung und von würdiger Stellung, namentlich der mittleren und kleineren Regierungen vereinigen, wenn Oesterreich und Preußen in außergewöhnlicher Rüstung dastehen, während unter den Regierungen über die Bundesreform verhandelt und eine Einigung erzielt werden soll." Deshalb hielte sie es für durchaus geboten, daß der Ausschuß vor allem den Antrag stelle, den beiden Großmächten dringend zu empfehlen, daß sie vor dem Beginn der Verhandlungen ihre Rüstungen und Truppenansammlungen einstellten.

Ferner machte Hannover darauf aufmerksam, daß der Ausschuß seine Thätigkeit nicht wohl früher beginnen könne, als bis die preußische Regierung ihre Vorschläge eingebracht habe. Bis dahin müßte es auch die größten Bedenken erregen, einen bestimmten Tag zum Zusammentreten der Abgeordneten-Versammlung festzusetzen. Endlich hielt die Regierung dafür, daß der Ausschuß zu erwägen haben würde, ob eine Abänderung der Grundgesetze des Bundes, wie sie die Zuziehung einer Versammlung von Abgeordneten der deutschen Nation enthielte, „nur im Plenum und nur mittelst Stimmen-Einhelligkeit" beschlossen werden könne oder nicht.

Graf Platen hatte geglaubt, durch diese Erklärung sowohl den Wünschen Oesterreichs wie denen Preußens entgegengekommen zu sein; allein

*) von Sybel a. a. O. IV. T. S. 325.
**) Graf Platen an Zimmermann d. d. 13. April 1866.
***) Instruktion an den Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 20. April 1866.

eine Cirkular-Depesche Bismarck's setzte ihn davon in Kenntnis, daß das Berliner Kabinett auf der Festsetzung eines Termins zur Einberufung eines Parlaments vor Mitteilung seines Projekts und vor Verständigung der Regierungen bestände — aus dem einfachen Grunde, weil der Minister bis dahin noch „gar keinen bestimmt gedachten Plan" über die Reform der Bundesverfassung hatte*)!! Nun geriet Platen in die hellste Verzweiflung. „Meiner Ansicht nach ist das beste", schrieb er an Zimmermann**), „daß Hannover auf vorgängiger Abrüstung besteht und sich auf nichts einläßt, bevor nicht diesem Antrage deferiert ist. Geht der Antrag nicht durch, so müssen wir dann in Erwägung ziehen, ob wir nicht auch an Kriegsbereitschaft denken müssen. Der Teufel weiß nur, ob unsere Stände das Geld dazu bewilligen .... Oesterreich hat uns durch seine Politik in der schleswig-holsteinischen Frage eine hübsche Suppe eingebrockt .... Hätte es sich mit Preußen verständigt, so hätte es das größere Uebel verhindern können. Dies größere Uebel aber ist, daß Bismarck jetzt auf dem Wege der Revolution für ganz Norddeutschland verlangt, was er für Holstein haben wollte .... Aber die Wiener Staatskanzlei ist mit Ochsen besetzt, die mit Blindheit geschlagen sind. Aber was hilft das alles! Die Dummheit ist einmal geschehen und jetzt muß man sehen, wie man mit heiler Haut herauskommt."

Noch ablehnender als die Regierungen verhielten sich die liberalen Parteien gegen das Reform-Projekt. Sie waren durch den unerwarteten Schachzug geradezu verdutzt. In Berlin nahm eine Versammlung des Nationalvereins die Resolution an, daß ein solcher Plan nur unter einer Staatsregierung durchgeführt werden könne, welche das verfassungsmäßige Recht des eigenen Landes gelten lasse. Die Hauptredner sprachen offen aus, daß sie gegen das Projekt wären, weil es von Bismarck ausginge. Einer von ihnen meinte sogar: „Wenn es sich ereignen sollte, daß der Antrag Fleisch und Blut gewönne, so würden die Herren, die diese Geister gerufen, sie nicht bannen können***)."

Der Ministerpräsident war dagegen der Ansicht, daß die Liberalen ihn unterstützen müßten, wenn sie verständig wären†). „Um das bißchen Liberalismus", das sie dabei etwa einbüßten, sollten sie sich keine Sorgen

*) „Aus dem Leben Th. von Bernhardis" VI. T. S. 304 ff.

**) Graf Platen an Zimmermann d. d. 28. April 1866.

***) Erlebtes und Durchdachtes a. a. O. S. 5.

†) Vergl. auch für das Folgende „Aus dem Leben Th. von Bernhardis" VI. T. S. 294 ff.

machen, meinte er. Unter dem ersten liberalen Ministerium holten sie das **leicht** wieder ein. Er beauftragte daher den bekannten Theodor von Bernhardi, sich nach Hannover zu begeben, um den Präsidenten des Nationalvereins zu sondieren, ob er geneigt sei, seine Politik zu unterstützen. Am 28. April hatte der Emissär ein anderthalbstündiges Gespräch mit Bennigsen, aber schon bei der Mittheilung, daß die Annexion der Herzogtümer eine Notwendigkeit geworden sei, widersprach dieser lebhaft. „Bismarck hat nun seinerseits", fuhr Bernhardi fort, „die Bundesreform und das deutsche Parlament auf seine Fahne geschrieben mit einer Art von Notwendigkeit; denn der Preis muß des Kampfes wert sein, und die Herzogtümer allein wären kein angemessener Preis für einen Kampf, wie der ist, der uns bevorsteht." Aber Bennigsen wollte durchaus nicht den Anerbietungen Bismarck's zustimmen, obgleich Bernhardi ihn versicherte, daß „die Reste der altliberalen Partei in Preußen", und selbst ein Teil der Fortschrittspartei dies thäten. Das Aeußerste, was er versprach, war, sich abwartend zu verhalten. Es wäre gegen seine Ueberzeugung, sagte er, seinen politischen Freunden zu raten, diese Vorschläge zu unterstützen, denn niemand glaubte, daß es Bismarck Ernst sei mit der Bundesreform. Und mit eigentümlicher Selbstüberschätzung setzte er hinzu „Bismarck könne gar nicht Krieg führen; er habe die öffentliche Meinung zu bestimmt und zu allgemein gegen sich". Nur, wenn der Minister seine Vorlagen jetzt gleich öffentlich bekannt mache und den inneren Konflikt beilege, würde man auch in Hannover „die Sache aufnehmen, für die Bundesreform eintreten und Preußen unterstützen. Anfangs allerdings etwas kühl und mit geringem Eifer — nach und nach aber mit steigendem Interesse — und, kommt es dann zu einem Kriege, dann erwacht der zweihundertjährige Haß gegen Oesterreich, — dann kann Preußen die Hand auf Hannover legen und über dessen Kräfte verfügen!!"

Dann ging Bennigsen zu einer näheren Auseinandersetzung der hannoverschen Verhältnisse über. Den König erklärte er für unzurechnungsfähig, die gesamten Zustände für unsicher, „weil die Unzufriedenheit vorzugsweise in den Kreisen herrschend ist, in denen die Regierungen sonst ihre Stütze zu suchen pflegen: unter dem Adel, in der Armee und im Beamtenstande — und weil die Erbitterung, die in diesen Kreisen herrscht, schon längst nicht mehr gegen das Ministerium gerichtet ist, sondern gegen den König persönlich. Tritt eine erregte Krisis ein, so wird der König sofort gezwungen abzudanken und dann" — so wiederholte er — „kann Preußen die Hand darauf legen". Mit einer längeren

Schilderung der Persönlichkeit des Kronprinzen, den er als in der Erziehung vernachlässigt und wenig geeignet zur Regierung bezeichnete, schloß er seine Auseinandersetzung.

Bismarck war von dem Ergebnis der Bernhardi'schen Sendung wenig befriedigt. Namentlich der Gedanke, daß er wegen der öffentlichen Meinung gar nicht Krieg führen könne, verletzte ihn tief. „Man schießt nicht mit der öffentlichen Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei", sagte er. Immerhin lautete die pessimistische Darstellung der inneren Zustände Hannovers günstig für seine Annexionspläne.

Inzwischen wurde die Tonart der zwischen Wien und Berlin gewechselten Depeschen immer gereizter. In einer Note vom 4. April wiederholte Bismarck die Behauptung, daß Oesterreich zum Kriege rüste, und begründete die eigenen am 29. März angeordneten Maßregeln mit der Notwendigkeit, die Grenzen gegen einen von dieser Seite drohenden Angriff sicherstellen zu müssen.

Begreiflicherweise rief diese Beschuldigung in Wien eine hochgradige Entrüstung hervor. „Wir zweifeln in der That," so wurde Graf Karolyi angewiesen, sich zu äußern*), „ob der Charakter der Würde, welcher von einer Verhandlung zwischen zwei großen Mächten unzertrennlich sein soll, uns erlaubt, diese Behauptung nochmals ausdrücklich zu widerlegen." „Wäre die preußische Note im Recht, so müßte Europa während der letzten Monate in schwerem Traume befangen gewesen sein .... Daß der Minister Graf Bismarck am 16. März die offene Frage, ob Preußen die Gasteiner Konvention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für wertlos und nichtig erklärte — daß Preußen mit dem Florentiner Hofe über die Eventualität eines Krieges mit Oesterreich unterhandelte, — dieses alles müßte eitel Sinnentäuschung gewesen sein." Und dann wiederholte Graf Mensdorff auf ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät des Kaisers die bestimmte Versicherung, daß in Oesterreich noch bis zum heutigen Tage keine der Verfügungen getroffen sei, „welche nach unserer Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Krieges vorbereiten müssen". Ja er erklärte, daß er infolge ausdrücklicher Ermächtigung seines Kaiserlichen Herrn dem preußischen Gesandten ohne Rückhalt von denjenigen Dislokationen, welche in Wahrheit vorgenommen seien, Kenntnis gegeben habe.

*) Erlaß Mensdorffs an den Grafen Karolyi d. d. 7. April 1866.

Selbst Lettow giebt zu, daß in Berlin der Umfang der österreichischen Rüstungen überschätzt sei*).

Aber vergeblich sprach das Wiener Kabinett die Erwartung aus, daß nach der Verpfändung des kaiserlichen Worts die in Preußen am 28. März erlassene Mobilisierungsordre unausgeführt bleiben werde. Vielmehr kam es bei der Auseinandersetzung bereits zu sehr heftigen Explikationen**). Bismarck meinte, schon die Form, in der die österreichische Eröffnung gehalten sei, ließe schwer einen Schluß auf konziliante Absichten der kaiserlichen Regierung zu. Auf eine Zurückweisung des Vorwurfs eines geheimen Einverständnisses mit Italien ließ er sich wohlweislich nicht ein. Dagegen könne, wie er sagte, die Zusammenstellung von Vermutungen, Auslegungen, Gerüchten, Erzählungen nur den Zweck haben, die Vorbereitungen Oesterreichs zu sehr ernsten Zielen zu motivieren. Auf das durch Bayerns Vermittelung von Oesterreich gemachte Erbieten, den status quo ante herzustellen, wenn Preußen seine Rüstungen sistiere und eine vollständig beruhigende Erklärung abgebe, erfolgte anfangs die Erwiderung, sistiert könne nicht werden, weil die befohlenen Rüstungen bereits vollständig ausgeführt seien***). Endlich aber, auf wiederholtes Drängen Oesterreichs, erklärte man sich preußischerseits in einer neuen Note bereit, die angeordneten partiellen Maßnahmen aufzuheben, wenn die kaiserliche Regierung die Initiative ergriffe und die von ihr zugestandenen „Dislokationen und verwandten Maßregeln" annulliere†).

Auch auf diese Forderung ging man in Wien bereitwilligst ein. Als einen neuen Beweis seiner Friedensliebe erklärte sich der Kaiser in der verbindlichsten Form bereit, durch einen am 25. April zu erlassenden Befehl alle bis jetzt getroffenen Vorbereitungen rückgängig zu machen, wenn eine königliche Ordre am nachfolgenden Tage auch in Preußen den normalen Friedensstand wiederherstellte††).

Diese versöhnliche Erklärung kam Bismarck im höchsten Grade ungelegen. Wer stand dafür, daß nicht in der zwölften Stunde sich sein

---

*) von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland. I. T. S. 70 ff.

**) Chiffriertes Telegramm Stockhausens d. d. 9. April 1866.

***) Chiffriertes Telegramm Stockhausens d. d. 15. April 1866.

†) Erlaß des Grafen Bismarck an den Freiherrn von Werther d. d. 15. April 1866.

††) Erlaß des Grafen Mensdorff an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, d. d. 18. April 1866.

hoher Herr von den friedfertigen Gesinnungen Oesterreichs überzeugte, und zu einer aufrichtigen Versöhnung die Hand bot.

Auch von den andern Höfen gingen in diesen Tagen Nachrichten ein, die geeignet waren, den König in seinen kriegerischen Entschlüssen wankend zu machen. Dem Kaiser Napoleon hatte das am Bunde eingebrachte Reformprojekt über die Endziele der Bismarckschen Politik die Augen geöffnet. Er sah, daß der unternehmende Staatsmann nicht bloß die schleswig-holsteinische Angelegenheit, sondern die ganze deutsche Frage im preußischen Sinne lösen wollte und zu diesem Zwecke vor einem Weltkriege nicht zurückschreckte*). Monatelang hatte der Kaiser vergeblich gehofft, daß der Minister mit dem bestimmten Anerbieten von Kompensationen hervortreten sollte, die er ihm bei ihren persönlichen Besprechungen in unbestimmten Redewendungen als Preis der französischen Neutralität in Aussicht gestellt hatte. Graf Goltz berichtete mit Besorgnis, daß Napoleon III. von Tag zu Tag kühler gegen ihn würde. Er erklärte sich unfähig, die von Frankreich drohenden Gefahren zu bannen und riet dringend, in der Politik friedlichere Bahnen einzuschlagen**).

Bei dieser Sachlage wuchs bei Bismarck die Besorgnis, daß der König sich weigern könnte, ihm noch weiter auf einem Wege zu folgen, der unausbleiblich zum Kriege führen mußte. Sehr mit Widerstreben hatte er sich dazu verstanden, der letzten Depesche einen versöhnlichen Schluß anzuhängen. Noch mehr wurde er durch die unerwartet friedliche Antwort Oesterreichs betroffen. Er gab dem italienischen Gesandten gegenüber zu, daß es schwer sei, das Angebot Oesterreichs abzulehnen, um so mehr da der König energisch darauf bestände, dem Antrag auf gemeinschaftliche Abrüstung zuzustimmen. Demgemäß wurde der Freiherr von Werther ermächtigt zu erklären, daß Preußen den in der Depesche vom 18. April enthaltenen Vorschlag mit Genugthuung annähme. Eine bestimmte Angabe des Datums, wann die Reduktion der betreffenden preußischen Heeresteile eintreten sollte, wurde jedoch vermieden. Dabei

*) „Die Bundesreform, welche man plant", äußerte der französische Botschafter Benedetti gegen Stockhausen, „wird niemand gefallen. Sie wird sogar Preußen die wenigen Freunde entfremden, die ihm noch bleiben; namentlich Sie, Hannover; und ich habe das Herrn von Bismarck selbst gesagt. Aber die Berufung des Parlaments, wenn sie in der Absicht geschehen ist, eine große Verwirrung entstehen zu lassen, ist ein sehr geschickt erdachtes Projekt und verpflichtet übrigens zu nichts" u.s.w. (Depesche Stockhausens d. d. 9. April 1866.)

**) Th. von Bernhardi a. a. O. VI. T. S. 193.

sprach Bismarck noch die Erwartung aus, „daß auch die von anderen **deutschen** Regierungen begonnenen militärischen Vorbereitungen wieder **abbestellt** und durch Fortsetzung und Erneuerung derselben nicht ander**weite** Veranlassung zu militärischen Gegenmaßregeln gegeben werde*)“.

Erläuternd fügte die offiziöse „Zeidlersche Korrespondenz“ hinzu, „**daß** es vor einer vollständigen Zurückziehung der in Böhmen zusammengezogenen Truppen in ihre Standquartiere kaum gerechtfertigt sein **würde**“, wenn Preußen die Defensivanstalten an seiner Grenze gänzlich **aufheben** wollte. Auch würde der „eigentliche Charakter der Situation **durch** diese Abrüstungsscenen wenig alteriert werden“.

Und so war es in der That.

Zu gleicher Zeit ließ Bismarck an das italienische Ministerium die Mitteilung gelangen, er könne seinerseits keinen Vorwand mehr auffinden, um Oesterreich zum Kriege zu nötigen; man möge daher jetzt in Italien anfangen, möglichsten Lärm zu schlagen. Diesen Wink befolgte man in Florenz nur zu bereitwillig. Die italienischen Journale, die sich bis dahin verhältnismäßig ruhig verhalten hatten, erhoben nun mit einem Male ein gewaltiges Kriegsgeschrei. In Wien las man plötzlich mit Ueberraschung, daß fortdauernde Truppenmärsche von Neapel nach Bologna stattfänden, daß der Mannschaftsstand der Regimenter bedeutend vermehrt würde. Ja man wollte, nach einer besonders glaubwürdig erscheinenden Quelle, wissen, daß eine Schar Garibaldianer bereits über die Grenze nach Rovigo hereingebrochen sei, eine Nachricht, die auch der hannoversche Gesande von dem Knesebeck nach Haus berichtete, — der freilich wegen seiner Leichtgläubigkeit einen Verweis erhielt.

Alle diese Alarmnachrichten waren darauf berechnet, auf das leicht erregbare Gemüt des jugendlichen Kaisers Franz Josef Eindruck zu machen, „der nie aus Ueberlegung, sondern stets nur nach Laune und momentanen Eindrücken handelte**).“ Und sie erfüllten nur zu gut ihren Zweck. Ohne das Eintreffen der preußischen Antwort auf die Depesche vom 18. April abzuwarten, ja sogar, ohne den Grafen Mensdorff vorher davon in Kenntnis zu setzen, verfügte er am 21. April die Mobilisierung der Südarmee und lieferte damit ahnungslos Bismarck die erwünschte Handhabe, um die zugesicherten Abrüstungsmaßregeln nicht in Ausführung zu bringen.

---

*) Erlaß des Grafen von Bismarck an den Freiherrn von Werther d. d. 21. April 1866.

**) Tagebuchblätter a. a. O. S. 9—10.

Durch ein Telegramm Mensdorffs an die österreichische Gesandtschaft in Hannover*) wurde der König Georg davon in Kenntnis gesetzt, daß die kaiserliche Regierung in ihrer Antwort auf die mittlerweile eingetroffene preußische Note sich bereit erklärt habe, ihrem Versprechen gemäß die Initiative zur Abrüstung Preußen gegenüber zu ergreifen, daß aber die Rüstungen in Italien Oesterreich nötigten, militärische Vorkehrungen zum Schutz seiner Grenzen am Po und in seinem ausgedehnten Küstengebiete zu treffen. Daß die italienischen und preußischen Rüstungen in irgend welchem Zusammenhange stehen könnten, ahnte der König nicht. Er hielt es vielmehr für denkbar, daß Oesterreich, um seine ganze Kriegsmacht zur Verteidigung seiner Südgrenze verfügbar zu haben, zu Konzessionen in der schleswig-holsteinischen Frage bereit sein würde.

Und in der That bot es in einer zweiten Depesche vom 26. April noch einmal der preußischen Regierung die schon früher gemachten Zugeständnisse, und schlug vor, dem Bunde die Entscheidung der Erbfolgefrage zu überlassen. Auch glaubte König Georg vielleicht, daß Preußen nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn das kaiserliche Heer die Südmarken des deutschen Gebiets gegen die Scharen des Usurpators Viktor Emanuel schützte. Genug, er hielt den Augenblick für geeignet, um auf den von Bismarck vor einigen Wochen geäußerten Wunsch einer Vermittelung zwischen den beiden deutschen Großmächten zurückzukommen.

Als die passendste Persönlichkeit, eine solch schwierige Verhandlung zu führen, aber erschien Zimmermann, der denn auch nach Hannover beschieden wurde. Allein der erfahrene Mann lehnte den Auftrag, nach Berlin zu gehen, den er mit Recht für völlig aussichtslos hielt, entschieden ab. Er wußte dem König sogar plausibel zu machen, daß Hannover schon „denjenigen Einfluß auf die Gestaltung der Sache und was es ungefähr an Kraft, zur Verhütung des Konfliktes beizutragen, besäße" durch das Anerbieten seiner guten Dienste verlieren würde. Diese Kraft aber bestünde darin, „daß jeder der beiden Teile unser Urteil scheut, so lange wir jedem Teil in den Punkten Recht geben, worin er Recht hat, und nicht im ganzen Partei nehmen!!"**) Man beschränkte sich also darauf, dem Prinzen Ysenburg zu erklären, daß Hannover bei dem be-

*) Chiffriertes Telegramm d. d. Wien 26. April an die österreichische Gesandtschaft in Hannover.

**) Aide Memoire Zimmermanns d. d. 1. Mai 1866.

vorstehenden Konflikt neutral zu bleiben beabsichtige, solange es nicht angegriffen würde (1. Mai).

Nach einer Note Bismarck's vom 30. April, worin er die österreichische Depesche vom 26. April beantwortete, war kein Zweifel mehr möglich, daß man unaufhaltsam einem großen Kriege entgegentrieb. Ihr Inhalt übertraf an Entstellung der Thatsachen alles, was der Ministerpräsident bis jetzt geleistet hatte.

In der Bereitwilligkeit des Wiener Kabinetts, auch jetzt noch die zur Verstärkung der Garnisonen nach Böhmen verlegten Truppen zurückzuziehen, sah er kein genügendes Aequivalent für die Rückkehr Preußens zum Friedensstande, da Oesterreich gleichzeitig die Absicht erklärte, seine italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen. Die Rechtfertigung dieser veränderten Haltung durch Nachrichten aus Italien schien Bismarck unzutreffend. Derselbe Mann, der genau wußte, daß die Regierung Viktor Emanuels sich drei Monate lang bereit halten mußte, auf seinen Ruf den Krieg zu erklären, wagte jetzt zu behaupten, daß nach den ihm zugegangenen Nachrichten „ein unprovozierter Angriff auf den Kaiserstaat den Intentionen des Florentiner Kabinetts fernliege". Ja, er erklärte sich überzeugt, daß, wenn dennoch in der jüngsten Zeit in Italien militärische Vorbereitungen begonnen hätten, „sie ebenso bereitwillig als die diesseitigen abgestellt werden würden, sobald die Ursachen, durch welche sie veranlaßt würden, fortfielen". Mit welchem Rechte sodann die Depesche die Hoffnung aussprach, „daß die kaiserliche Regierung durch nähere Ermittelungen die Ueberzeugung gewinnen werde, daß ihre Nachrichten über die agressiven Absichten Italiens unbegründet wären", ist völlig unerfindlich, da man in Florenz bereits am 27. April die Mobilmachung der ganzen Armee angeordnet hatte. Oesterreich war dadurch in die Unmöglichkeit versetzt, dem Wunsche, „daß es alsdann zur effektiven Herstellung des Friedensfußes in der gesamten kaiserlichen Armeen schreiten und uns dadurch zur Genugthuung Sr. Majestät dasselbe Verfahren ermöglichen werde", nachzukommen.

In einer ähnlichen Drohnote forderte Bismarck die sächsische Regierung auf, die angeordneten Rüstungsmaßregeln rückgängig zu machen. Die „Provinzial-Correspondenz" hatte sogar von einem Ankauf von 5000 Pferden gesprochen. Daraus nahm der König Johann Anlaß, am 1. Mai in einem eigenhändigen Schreiben den König Wilhelm auf das Uebertriebene dieser Nachricht hinzuweisen und zu versichern, daß die von Beust bereitwillig gegebenen Nachweisungen völlig der Wahrheit ent-

sprächen. Namentlich wären nur 1073 Pferde angekauft worden*). Aber trotzdem schoben sich immer größere preußische Truppenmassen an der sächsischen Grenze zusammen. Am 5. Mai wandte sich Beust daher mit dem Ersuchen an den Bund, „derselbe wolle Preußen angehen, beruhigende Erklärungen gemäß des § 11 der Bundesverfassung zu geben".

In Wien konnte man sich nun nicht mehr darüber täuschen, daß man sich auf einen Krieg nach zwei Seiten gefaßt machen müsse. Bei dieser Sachlage erklärt es sich, daß Oesterreich nun auch an seiner Nordgrenze umfassende Vorbereitungen anordnete und in einer neuen Note vom 4. Mai die Verhandlungen über eine gleichzeitige Zurücknahme der gegenseitigen Rüstungen für erschöpft erklärte. In bitteren Worten beschwerte sich Mensdorff darüber, daß die Regierung Preußens in den Defensivmaßregeln gegen Italien ein Motiv erblickte, um ihre eigene Kriegsbereitschaft aufrecht zu erhalten.

„Daß wir übrigens nicht bloß die Integrität unseres Reiches, sondern auch das Gebiet des deutschen Bundes gegen eine Offensive sicher zu stellen haben", so heißt es wörtlich, „wird man sich in Berlin nicht verhehlen können, und wir dürfen und müssen im Interesse Deutschlands die ernste Frage stellen, wie Preußen das Verlangen, daß wir die deutschen Grenzen unbewacht lassen sollen, mit den Pflichten einer deutschen Macht vereinbar finden kann. Wenn endlich Herr Graf von Bismarck uns mitteilt, daß Preußen die königlich sächsische Regierung aufgefordert habe, ihre Rüstungen einzustellen, so müssen wir die Ueberzeugung aussprechen, daß der König von Sachsen ebenso wie der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, nur an notgedrungene Selbstverteidigung denkt."

Jetzt, als man die ganze Größe der Gefahr erkannt hatte, kam man in Wien auf den Gedanken, die Vermittelung Napoleons anzurufen, von dem man wußte, daß er sich von Bismarck hinters Licht geführt glaubte. Am 30. April bot Oesterreich dem Kaiser die Abtretung Venetiens an, wenn er sich verpflichten wollte, Italien zur Neutralität während des Krieges gegen Preußen zu bestimmen. Denn auf die Niederwerfung des deutschen Rivalen wollte man alle Kräfte verwenden. Ihm hoffte man sogar Schlesien zu entreißen**).

Während dieser Vorgänge herrschte in Hannover eine dumpfe, fast hoffnungslose Stimmung. Man sah das Verhängnis, das seit 50 Jahren

*) Depesche Stockhausens d. d. 3. Mai 1866.
**) Friedjung a. a. O. I. T. S. 255.

über dem Lande geschwebt hatte, näher und näher kommen, ohne daß von seiten der Regierung etwas geschah, um es abzuwenden. Täglich entführten Händler hunderte von Pferden über die preußische Grenze, während die eigene Militärverwaltung sich nicht einmal zu dem Entschluß aufraffen konnte, die Kavallerie auf den normalen Friedensstand zu komplettieren*).

Nur ganz im Geheimen erzählte man sich, daß Geschütze, Gewehre, Munitions- und Bekleidungsvorräte nach der Festung Stade in Sicherheit gebracht würden. Offenbar sah man an maßgebender Stelle jeden Widerstand gegen einen etwaigen preußischen Ueberfall für unmöglich an, und auch in militärischen Kreisen griff die Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit immer mehr um sich. Ein höherer Offizier hielt es für denkbar, daß zwei Stunden nach der Kriegserklärung schon ein preußisches Bataillon auf der Eisenbahn zur Besetzung der Hauptstadt eintreffen könnte. Ein anderer General, dessen militärische Tüchtigkeit und Entschlossenheit außer allem Zweifel stand, äußerte gelegentlich: „Wenn der Himmel einstürzt, sind die Mücken nicht zu retten."

Nur dem König wollte es nicht einleuchten, daß er, wie seine Umgebung ihm einzureden suchte, stillsitzen sollte, während die Geschicke Deutschlands auf den Schlachtfeldern entschieden würden. Lieber wollte er in aussichtslosem Kampfe mit Ehren untergehen, wie in stiller Ergebung abwarten, was sein mächtiger, annexionslüsterner Nachbar mit ihm im Sinne hatte.

Wie ein Retter in der Not erschien ihm daher sein Stiefbruder, der österreichische General Prinz Karl zu Solms-Braunfels, der am 1. Mai abends unerwartet in Hannover eintraf. Er richtete im Auftrage des Kaisers an den König die Anfrage, ob er von Preußen schon die Zusicherung der Neutralität erlangt hätte, und bot, wenn dies noch nicht geschehen sei, die Unterstützung der in Holstein stehenden Brigade Kalik für den Fall, daß er in seinem eigenen Lande angegriffen würde. Auch garantierte er ihm die Erhaltung der Integrität seines Landes.

Mit Freuden ging Georg auf diesen Vorschlag ein. In einem Konseil am 2. Mai abends wurde trotz des heftigen Widerspruchs Zimmer-

*) Nach dem Etat vom 16. September 1856 sollte die Schwadron 96 königliche Pferde zählen. Der Ersparung wegen aber mußten bei jeder derselben 10 sogenannte „permanente Vakanzen" geführt werden, so daß die Schwadron in Wirklichkeit nur 86 königliche Pferde zählte — unter denen sich noch 10—12 3½jährige Remonten befanden.

manns beschlossen, das Anerbieten anzunehmen, und die Antwort an den Kaiser verlesen, in der der König erklärte, „er sei entschlossen, wenn des Königreichs Rechte von Preußen angegriffen würden, sich und sein Land aufs äußerste zu verteidigen". Sollte diese Eventualität eintreten, so sei er gewillt, dem kriegserfahrenen General Gablenz den Oberbefehl über die vereinigten hannoversch-österreichischen Truppen zu übertragen*). Mit dieser Antwort reiste Prinz Solms sofort wieder ab.

Und nun stürmten Schlag auf Schlag die unheilvollsten Nachrichten auf den König ein. Am 3. Mai abends meldete Stockhausen, daß nachmittags ein dreistündiger Ministerkonseil unter dem Vorsitze des Königs abgehalten sei, an dem auch — zum ersten Male seit dem 28. Februar — der Kronprinz teilgenommen habe. Am nächsten Tage schon konnte er berichten, daß die vollständige Mobilisierung des 3., 4., 5. und 6. Korps und der Pferdeankauf für die gesamte Artillerie beschlossen sei. Wenige Tage später (6. und 7. Mai) erfolgte auch in Sachsen die Einberufung der Beurlaubten und Kriegsreserven der aktiven Armee; Bayern und die anderen süddeutschen Staaten mobilisierten gleichfalls ihre Kontingente.

Nun glaubte es der König nicht länger vor dem Lande verantworten zu können, wenn er, während ganz Deutschland sich in ein großes Heerlager verwandelte, noch länger jede militärische Vorsichtsmaßregel unterließ. Am 5. Mai befahl er die sofortige Einberufung von drei Jahresklassen der Infanterieurlauber (de 1861, 1862 und 1864), die sonst gewöhnlich erst am 1. September zu den Herbstübungen eingezogen wurden. Dadurch erhöhte sich der Mannschaftsstand der Bataillone, einschließlich des Jahrgangs von 1865, auf 528 Kombattanten, wozu noch 132 erst vor drei Wochen eingestellte Rekruten kamen, die kaum in Anrechnung gebracht werden durften**).

Im Lande begrüßte man die Kunde, daß doch endlich Anstalten getroffen wurden, um sich nicht vollständig wehrlos überfallen zu lassen, mit großer Genugthuung. Die eingezogenen Urlauber eilten freudig zu den Fahnen, obgleich sie instinktmäßig ahnten, daß sie wahrscheinlich berufen waren, ihr angestammtes Herrscherhaus und die Unabhängigkeit

---

*) König Georg an den Kaiser Franz Josef d. d. 2. Mai 1866. Merkwürdigerweise war das Schreiben des Kaisers an den König, das Prinz Solms überbringen sollte, unterwegs auf unaufgeklärte Weise abhanden gekommen, so daß er seinen Auftrag nur mündlich ausrichten konnte.

**) Zur Vergleichung will ich noch erwähnen, daß nach dem heutigen Friedens-Etat die Bataillone 501, bezw. 573 und 639 Mann permanent bei der Fahne haben.

ihres teuren Heimatlandes mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Ganz besonders erbost aber waren sie gegen Bismarck, den sie als den alleinigen Urheber des kommenden Unheils ansahen*).

Die Einberufung der Urlauber hatte nur dann einen Sinn, wenn man sicher war, sich im Notfall hinter einen Terrain-Abschnitt zurückziehen zu können, wo man hoffen durfte, durch Pferdeankäufe u. s. w. die Mobilisierung zu vollenden — und eine solche Stellung war vorhanden. Es war dieselbe Position hinter den bremischen Mooren, in die sich die alliierte Armee im Sommer 1757 nach der unglücklichen Schlacht bei Hastenbeck zurückgezogen hatte, und aus der sie im Frühling 1758 hervorgebrochen war, um die Franzosen über den Rhein zurückzuwerfen.

Sie besteht aus zwei sehr verschiedenen Abschnitten. Der westliche, ungefähr sieben geographische Meilen lange Teil wird durch eine fast ununterbrochene Kette flacher Anhöhen gebildet, die sich von der Einmündung des durch Zusammenfluß von Wümme und Hamme entstehenden Lesumstromes in die Weser bis kurz vor Bremervörde erstrecken. Davor dehnt sich eine fast unabsehbare Fläche niedriger sumpfiger Wiesen aus, zwischen denen die schiffbare Hamme mit ihren zahllosen Nebenkanälen träge dahinfließt. Brauchbare Uebergänge über dieses Fronthindernis giebt es eigentlich nur bei Burgdamm, wo die Eisenbahn und die Chaussee nach Bremerhafen auf zwei nebeneinander liegenden Brücken die Lesum überschreiten, und bei Gnarrenburg, wo die Landstraße von Zeven nach Beverstädt über die Niederung führt Nur der weithin sichtbare „Weiher Berg", an dessen nördlichem Abhang das Dorf Worpswede liegt, ragt wie eine Insel im Weltmeere aus der grünen Ebene hervor. Es ist die nämliche Gegend, die in den letzten Jahren durch die Landschaftsbilder der Worpsweder Malerschule auch in weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Nun hatten die Moore im Jahre 1866 bereits viel von ihrer Unwegsamkeit eingebüßt. Auch erschien es zweifelhaft, ob für die Besetzung der ganzen ausgedehnten Verteidigungslinie die hannoversche Armee

*) Aus einem Trupp einberufener Beurlaubter, der mir in der Gegend von Bremerhaven begegnete, tönte mir auf die Frage, zu welchem Zwecke sie sich denn eigentlich zu ihren Truppenteilen begäben, die Antwort entgegen: „Wir wollen die Preußen an den Kopf schlagen". Beim Ausmarsch zu einer Besichtigung im Anfang Juni aber sangen die Soldaten:

„General . . . . . . steigt zu Pferde,
Führet uns ins Feld;
Wie wird er den Bismarck schlagen,
Als ein tapfrer Held!"

ausreichte. Immerhin aber wäre es möglich gewesen, wenigstens deren östlichen Abschnitt zwischen Bremervörde und Stade zur Aufnahme des Heeres einzurichten. Zwar befand sich die Festung Stade seit Jahren in einem ziemlich desolaten Zustande. Die Wälle, durchgängig Erdwerke, lagen im Verfall. Verschiedene Ravelins wurden zur Anlage von Obstgärten, andere als Sägeplätze für Holzhändler benutzt. Das Glacis war mit Gärten, Bäumen und Hecken bedeckt, ohne daß bis zum Ausbruch des Krieges Anstalten zu seiner Rasierung getroffen waren. Dennoch wäre es gar nicht so schwer gewesen, die Festung in einen für längere Zeit haltbaren Zustand zu setzen, namentlich wenn man auf dem dominierenden „Schwarzen Berge“ am linken Schwingeufer eine Batterie schwerer Geschütze erbaut hätte, die die gegenüberliegenden niedrigeren Höhen vor dem „hohen Thore“ wirksam bestreichen konnte. Außerdem war es möglich, mittelst einer Schleuse innerhalb der Stadt das aufwärts Stade zu beiden Seiten der Schwinge gelegene niedrige Wiesenland bis etwa eine Stunde weit unter Wasser zu setzen.

Ein Vorbeidringen des Feindes über die Schwinge unterhalb Stade verbot sich wegen der Konfiguration des Landes von selbst, und die im Jahre 1859 erbaute Küstenbatterie in Brunshausen wehrte den feindlichen Kanonenbooten das Einlaufen in den Fluß. An die sumpfige Niederung der Schwinge endlich schloß sich bis zu den Thoren von Bremervörde das „Hohe Moor“ und „Hornermoor“ und das Städtchen selbst ließ sich durch Anlage einiger Feldbefestigungen ohne Mühe in einen leicht zu verteidigenden Platz verwandeln.

Daß also die hannoversche Armee sehr wohl im stande war, sich in dieser etwa $3^3/_4$ Meilen langen Strecke monatelang zu verteidigen, läßt sich kaum bezweifeln. Im Osten und Norden schützte sie der gewaltige Elbstrom, im Westen der Ostefluß, der zwischen Bremervörde und seiner Mündung in die Elbe wegen des nach Ebbe und Flut wechselnden Wasserstandes und seiner sumpfigen Ufer einem Uebergang fast unübersteigliche Schwierigkeiten bot. Brücken gab es damals auf der ganzen Strecke gar nicht und die wenigen vorhandenen Fähren ließen sich durch kleine detachierte Abteilungen leicht verteidigen. Jedenfalls hätte der Gegner die Stellung ohne Herbeischaffung schwerer Belagerungsgeschütze kaum bewältigen können, und eine solche erforderte voraussichtlich soviel Zeit, daß er Gefahr lief, mittlerweile im Rücken von den heranziehenden süddeutschen Armeen angegriffen zu werden. Die reichen Pferdebestände der Kehdinger und Oestinger Marsch endlich hätten es den Hannoveranern gestattet, die Bespannungen der

Geschütze und des Fuhrwesens rasch zu komplettieren, und die unerschöpflichen Vorräte des Landes an Vieh schützten sie auf lange Zeit vor Mangel*).

Es lag aus den 20er Jahren eine ausführliche Denkschrift des alten Generals Prott über diese Stellung mit Vorschlägen zu deren Verteidigung vor. Auf Grund derselben wurde nun der Chef des Generalstabes von Sichart beauftragt, an Ort und Stelle sich von den jetzigen Verhältnissen zu überzeugen. Dazu nahm er nicht etwa einen Offizier seines Stabes, sondern den Ingenieur-Hauptmann Andreae mit. Als er aber am dritten Tage seiner Erkundungstour in Osterholz-Scharmbeck eintraf, erhielt er eine Depesche des Kriegsministers, die ihm aufgab, seine Reise abzubrechen und in unauffälliger Weise zurückzukehren, da der preußische Gesandte erklärt haben solle, Hannover hätte die Entscheidung der Lage auf die Spitze des Degens gestellt. Sichart begab sich daher schleunigst nach der Hauptstadt zurück, Andreae die Anfertigung des Rekognoszierungsberichts übertragend**). Damit war die Sache für ihn erledigt und abgethan***).

Dem König war es nicht entfernt in den Sinn gekommen, daß die verfrühte Anordnung der alljährlichen Exerzierzeit, die sich aus der Rücksicht auf die Eventualität eines europäischen Krieges genügend erklärte, von Preußen als eine feindselige Maßregel aufgefaßt werden könnte.

Dem Prinzen Ysenburg gegenüber begründete sie Graf Platen damit, daß unter den obwaltenden Zeitverhältnissen die Ruhe des Landes leicht gestört werden könne, und man deshalb einige Soldaten mehr zur Disposition haben müsse†). Daß indeß Georg niemals den wahnsinnigen Gedanken eines Offensivstoßes gegen Preußen gehabt hat, bedarf keines weiteren Beweises. Man kann es ihm aber schließlich kaum verdenken, wenn er für den äußersten Fall, wo es um sein Land und seine Krone ging, die gebotene Waffenhilfe Oesterreichs nicht von der Hand wies. Gablenz, der durch den Kaiser von der Absicht, ihm den Oberbefehl zu übertragen, verständigt wurde, erklärte sich dazu bereit, sprach

---

*) Zum Beweise, daß ich dies Urteil nicht erst post festum abgebe, will ich erwähnen, daß ich bereits im April 1865 dem Chef des Generalstabes einen auf diese Terrainverhältnisse basierten ausführlichen Vertheidigungsplan überreicht habe.

**) Mitteilung des Generallieutnants z. D. Andreae d. d. 8. Februar 1895.

***) Am 18. Mai antwortete er mir auf gewisse ergänzende Vorschläge zur Verteidigung des Königreichs, die ich ihm unterbreitet hatte: „Ich bemerke indessen, daß hinsichtlich unserer politischen Verhältnisse die Benutzung dieser Linien noch sehr fern liegt", daß er mich aber „zur Rekognoszierung der fraglichen Terrainstrecke mit Vergnügen verwenden werde, wenn eine solche erforderlich sein sollte." Dazu ist es natürlich nie gekommen.

†) von der Wengen a. a. O. S. 115.

aber den Wunsch aus, daß eine oder zwei hannoversche Persönlichkeiten nach Harburg entsandt werden möchten, um dort mit seinem Generalstabschef das Nähere zu verabreden. Gelegentlich der Anwesenheit des Königs bei den Harburger Rennen am 21. Mai könnten dann diese Vereinbarungen sanktioniert werden*).

Nun gab sich Bismarck den Anschein, als wenn er in der Einberufung der Urlauber, die genau in demselben Umfange wie in andern Jahren erfolgt war, eine bedrohliche Rüstung sähe. Diese Beschuldigung war um so ungereimter, weil die preußischen Bataillone sich schon seit dem 28. März auf dem weit höheren Mannschaftsstande von 680 Köpfen befanden und gerade jetzt auf den Etat von 1002 Mann komplettiert wurden. Außerdem war man in Preußen schon seit Monatsfrist mit ausgedehnten Pferdeankäufen vorgegangen, und am 3. Mai hatte man die Anschaffung der nötigen Bespannung für die gesamte Artillerie angeordnet, während in Hannover nicht ein einziges Pferd über den Friedensetat angekauft war.

Zur größten Ueberraschung des Königs teilte ihm Prinz Ysenburg am 10. Mai einen Erlaß des Grafen Bismarck vom Tage vorher mit**), worin dieser ihm eröffnete, daß das Motiv für die am 7. Mai angeordnete Mobilisierung des 7. Armeekorps in der Feindseligkeit Hannovers liege, wodurch Preußen genötigt sei, auf seine Sicherheit „auch an einer Seite Bedacht zu nehmen, von welcher wir bisher hoffen durften, uns nicht für bedroht erachten zu müssen". . . . „Die friedliche Neutralität konnte uns genügen, die bewaffnete Neutralität ist bei der geographischen Lage Hannovers für uns eine Bedrohung, gegen die wir uns in Verfassung setzen müssen."

Nach einer Wiederholung der Versicherung, daß der König Wilhelm „niemals die Absicht gehabt hat, die Souverainetät der deutschen Fürsten anzutasten oder zu gefährden", daß aber nach den unerwarteten Entschließungen Hannovers die deutsche Reformbewegung „aus den bescheidenen Bahnen geworfen werden würde, die sie nach den Intentionen des Königs innehalten sollte", und daß Preußen sich eventuell gezwungen sähe, „sich ihrer als Verteidigungswaffe gegen drohende Vergewaltigung durch seine Bundesgenossen zu bedienen", erhielt der Gesandte den Auftrag, „die Zurücknahme der angeordneten Rüstungen ausdrücklich zu verlangen,

---

*) F. M. L. Baron Gablenz an den Kriegsminister Frhr. von Brandis d. d. 11. Mai 1866.

**) S. die Depesche u. a. in von der Wengen a. a. O. S. 116 ff.

und an den Herrn Minister die Anfrage zu richten, ob die Königlich **hannoversche** Regierung bereit sei, mit uns einen Vertrag über **Bewahrung** der Neutralität abzuschließen".

Gleichzeitig berichtete Stockhausen, Bismarck habe sich gegen den **bayrischen** Gesandten in sehr scharfen Ausdrücken über Hannover **beschwert**. „Hannover ist es, daß durch seine Rüstungen dem Faß den **Boden** ausgeschlagen hat*)," hatte er gesagt. „Auf die Meldung hier**von** habe ich die Mobilisation des 7. Armeekorps vorgeschlagen, und der **König** hat nicht bloß diese Maßregel genehmigt, sondern aus eigenem **Antriebe** die Mobilisierung des 1. und 2. Armeekorps angeordnet. Han**nover** hat durch seine Maßregel einen Verrat begangen, weil die Re**gierung** sich nicht bloß verpflichtet hatte, neutral zu bleiben, sondern selbst **diese** Neutralität vorgeschlagen hat."

Platen war starr. Auf dem Rand der Depesche findet sich von seiner Hand die Bleistiftnotiz: „Ist eine Lüge. Hannover hat immer das Bundesrecht als seine einzigste Richtschnur betrachtet. Es sind bis jetzt keine Rüstungen erfolgt." An Stockhausen telegraphierte er: „Behauptung aus der Luft gegriffen. Hannover hat nicht gerüstet, und begreife ich das plötzliche Geschrei nicht**)."

Diese Bundestreue hatte Hannover eben erst bei der Abstimmung über den sächsischen Antrag vom 5. Mai bethätigt. Es hatte in Gemeinschaft mit sämtlichen andern Bundesregierungen an Preußen das Ersuchen gerichtet, beruhigende Erklärungen über seine Rüstungen an der sächsischen Grenze zu geben. Die preußische Regierung dagegen erklärte, daß sie „mit Befremden die Verhältnisse umgekehrt sähe" und sprach die Erwartung aus, daß die Bundesversammlung die hohen Regierungen von Sachsen und Oesterreich veranlassen werde, ihre eingestandenermaßen Preußen gegenüber getroffenen Rüstungen baldmöglichst einzustellen***). Außerdem hielt es die hannoversche Regierung für nötig, in einer Cirkularnote an ihre Gesandtschaften†) alle Gerüchte, welche über ihre politische Haltung in den öffentlichen Blättern verbreitet wurden, für grundlos zu

---

*) Depesche Stockhausens d. d. 10. Mai 1866.

**) Telegramm Graf Platens an Stockhausen d. d. 11. Mai abends 10 Uhr 18 Minuten.

***) „Abstimmung Preußens über den sächsischen Antrag in betreff eines auf Grund des Artikels XI der Bundes-Akte an die Königl. Preußische Regierung zu richtenden Ersuchens" laut Protokoll vom 9. Mai 1866.

†) Vertrauliche Instruktion an sämtliche hannoversche Gesandtschaften mit Ausnahme derer zu St. Petersburg und München d. d. 10. Mai 1866.

erklären. Namentlich bezeichnete sie es als unzutreffend, daß Hannover nach einigen Nachrichten ein Bündnis mit Preußen abgeschlossen, nach andern Preußen eine Sommation an die Regierung gerichtet haben sollte. Graf Platen teilte vielmehr den Gesandtschaften mit, „daß die Königliche Regierung sich streng an das Bundesrecht halten und, ihrer Vergangenheit treu, fest zu dem deutschen Bunde stehen würde... Bei dieser Politik kann daher von dem Abschlusse irgend einer mit den Bundesverhältnissen unverträglichen Allianz ebensowenig die Rede sein als von Maßregeln, welche einem benachbarten Staate zu einer Sommation Veranlassung geben könnten".

In Wien war man nunmehr überzeugt, daß Hannover an dem Bundesstandpunkt festhalten würde. Graf Mensdorff war sehr befriedigt. Bei einer Soiree in seinem Palais kam er trotz lahmen Fußes durch zwei Vorzimmer eigens zu dem Gesandten v. d. Knesebeck, um ihm zu sagen: „A propos, ich habe Ihnen noch nicht gedankt für Hannovers Abstimmung am Bundestage, die mich sehr erfreut hat*)."

Inzwischen begann Bismarck zu besorgen, daß er mit seiner Drohnote den Bogen zu straff gespannt hatte. Vor der Vollendung der eigenen Kriegsrüstungen wäre es ihm im höchsten Grade unerwünscht gewesen, wenn Hannover das entwürdigende Ansinnen, die einberufenen Urlauber zu entlassen, mit einer Mobilisierung der Armee beantwortet hätte. Es war daher von der größten Wichtigkeit, über die eigentlichen Absichten des hannoverschen Kabinetts authentische Nachrichten zu erhalten. Friedrich der Große hatte zu einem ähnlichen Zwecke den General von Schmettau, Friedrich Wilhelm IV. den Major von Manteuffel nach Hannover entsendet, — Bismarck betraute mit dieser delikaten Mission den früheren Schauspieler und Unteroffizier, jetzigen Vorleser des Königs, Leontin Abrahamowitsch — so nennt ihn Treitschke**) — Schneider. Nach dessen eigener Erzählung***) wurde er am 10. Mai telegraphisch zum Legationsrat von Keudell berufen, der ihn im Auftrage Bismarck's aufforderte, er möge bei dem ihm befreundeten Regierungs-Rat Meding über die von Hannover seit einigen Tagen angenommene kriegerische Haltung Erkundigungen einziehen. Prinz Ysenburg, sagte Keudell, habe schon einen Traktats-Entwurf in Händen. Preußen wolle zusichern, daß in der Bundesreform kein Schritt ohne Einverständnis und Einvernehmen mit

*) Depesche v. d. Knesebecks d. d. 12. Mai 1866.

**) Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. IV. T. S. 513.

***) L. Schneider, „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms", I. T. S. 211 ff.

Hannover geschehen solle. Ueberhaupt wolle man besondere Rücksichten auf dessen Integrität nehmen; nur von der Hauptsache, einem einheitlichen preußischen Ober-Kommando in Norddeutschland, könne man nicht abgehen. Käme es zum Kriege, so würde Hannover den ersten Choc einer preußischen militärischen Aktion auszuhalten haben.

Schneider, der, wie er versichert, stets eine besondere Vorliebe für den König Georg „wegen seiner unwandelbaren Treue für das konservative Princip" gehabt, war bereit, die Mission zu übernehmen, nachdem sein hoher Herr sich damit einverstanden erklärt hatte. Bevor der König aber Hannover weitere Konzessionen machte, verlangte er, daß „die neuerdings angelegte Rüstung wieder abgelegt werden müsse".

Am 11. Mai vormittags traf Schneider in Hannover ein und suchte sofort seinen „langjährigen geprüften Freund" Meding auf. Was zwischen den beiden verhandelt ist, wird wohl niemals vollständig aufgeklärt werden. Schneider behauptet, er hätte von Meding sich nur eine klare Uebersicht der dortigen Lage und Stimmungen geben lassen. Im höchsten Grade auffallend ist es aber, daß der letztere gleich nachher dem Archivrat Klopp erzählt hat, Schneider habe ihm eine hohe Summe — 2000 oder 3000 Goldstücke — geboten, wenn er im preußischen Sinne auf den König wirken wollte, sei aber bei ihm an den Unrechten gekommen. Auch dem Könige machte Meding von diesem Antrage Mitteilung*). Dem Zusammenhange nach kann Schneider nur gemeint haben, er möge den Monarchen zum Beharren bei der unbewaffneten Neutralität bewegen, und diesen Auftrag hat Meding mit nur zu gutem Erfolg ausgerichtet. Der Umstand aber, daß er selbst den Vorfall sofort mit anscheinender Offenheit erzählte, lenkte jeden Verdacht von ihm ab.

Auf der Fahrt nach Herrenhausen begegnete Schneider dem Könige, der ihn aufforderte, mit in sein Arbeitszimmer zu kommen. Georg befand sich in einer erregten aber mutvollen Stimmung. Ihm war eben die Nachricht zugegangen, daß Preußen sich endlich dazu bequemt hatte, in Frankfurt dem Ausschusse nähere Mitteilung über das Bundes-Reform-Projekt zu machen. Zwar beschränkten sich diese auf einige möglichst allgemein gehaltene Gesichtspunkte über die Zusammensetzung und Berufung der künftigen Nationalvertretung und die demnächstige Bundesgesetzgebung. Auch war von einer Revision der Bundeskriegsverfassung nur in dem Sinne die Rede, „daß durch eine bessere Zusammenfassung der

*) P. M. des Hofrats O. Klopp vom Dezember 1898.

deutschen Wehrkräfte die Gesamtleistung erhöht und deren Wirkung gesteigert, die Leistung des Einzelnen dagegen möglichst erleichtert werde"*), allein trotz seiner gemäßigten Fassung ließ der Antrag deutlich genug erkennen, daß Preußen auf die militärische Oberhoheit, wenigstens in Norddeutschland, lossteuerte.

„Was sagen Sie zu der gespannten Situation, in der sich ganz Deutschland befindet?" so redete der König Schneider an, und entwickelte ihm sodann in einer 1½ stündigen Unterredung seine Anschauungen über die politische Lage. Die früher als sonst geschehene Einberufung der Beurlaubten erklärte er mit der in Aussicht stehenden ungewöhnlich gesegneten Ernte, während deren er dem Landbau nicht die kräftigsten Arme entziehen wollte. Doch gab er zu, daß diese Maßregel ihn in den Stand setze, allen Eventualitäten, welche die gegenwärtige äußerst beklagenswerte Lage herbeiführen könne, zu begegnen.

Daß sie keinerlei feindselige Zwecke gegen Preußen verfolge, versicherte er wiederholt. „Aber", so setzte er hinzu, „ich halte fest am Bunde und am Bundesrechte bis ans Ende. Ich werde nicht zugeben, daß man Oesterreich, welches bis jetzt korrekt gehandelt hat, angreift. Ich kann Preußen kein Recht auf die Annektierung der Elbherzogtümer Schleswig und Holstein zugestehen. Preußen und Oesterreich haben sie nur für den Bund erobert, und es widerstreitet meinem Gefühl, fremdes Gut zu nehmen. Ich habe keinen Begriff von einer anderen Organisation der Bundes-Kontingente ohne Beeinträchtigung der Souveränetät der Einzelstaaten. Wer mir den Befehl über meine Truppen nimmt, der nimmt mir meine Souveränetät."

Schneider, auf den der König Georg den Eindruck eines „wahrhaft religiösen, streng konservativen und durchaus rechtlichen" Mannes machte, fühlte sich durch die Auseinandersetzungen „erquickt und gestärkt"**). Als er aber am nächsten Tage seinem königlichen Herrn über das Ergebnis seiner Mission Bericht erstattete, antwortete dieser: „Ich weiß, sie sind alle gegen mich, alle, bis auf Hessen und Mecklenburg***). Aber ich

---

*) Schriftliche Aufzeichnung der von dem königlich preußischen Gesandten in der Ausschußsitzung vom 11. Mai gemachten vertraulichen Mitteilung.

**) L. Schneider a. a. O. I. T. S. 217.

***) Mecklenburg-Schwerin war aufgefordert worden, eventuell die Herzogtümer zu besetzen, lehnte dies Anerbieten jedoch ab, verpflichtete sich aber gleichzeitig, keinenfalls die Waffen gegen Preußen zu erheben. (Depesche Stockhausens d. d. 6. Mai 1866.)

werde selbst an der Spitze meiner Armee den Degen ziehen und lieber untergehen, als daß Preußen nachgiebt."

Nun wurde Graf Platen bei dem Beschlusse, auf jede Gefahr hin an dem Bundesstandpunkte festzuhalten, doch etwas schwül zu Sinne. Und gleichzeitig berichtete Stockhausen*), daß sich der Unterstaatssekretär von Thile in noch heftigeren Ausdrücken wie der Minister-Präsident ausgelassen habe. „Man wolle die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es möglich sein werde, den Krieg zu vermeiden", hatte er gesagt. „Sollte es aber dazu kommen, dann wäre es Hannover, gegen welches man zuerst die Waffen kehren würde." In ähnlicher Weise sprach sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus; auch erfuhr der Gesandte, daß Emissäre nach Dresden abgesandt waren, um dort zu wühlen und Volks-Demonstrationen zu Gunsten Preußens zu veranlassen**).

In seiner Not berief Graf Platen seinen vertrauten Ratgeber Zimmermann nach Hannover, der am Mittage des 12. Mai eintraf. Jetzt waren die düsteren Vorhersagungen, die er bereits in dem Konseil vom 2. Mai geäußert hatte, eingetroffen, die Lage durch die preußische Drohnote kritisch geworden. In einer vorläufigen Beratung beim Könige am 12. Mai abends***), an der außer dem Grafen Platen noch der frühere Gesandte in London, Graf Kielmannsegge, teilnahm, wurden merkwürdigerweise gar keine Zweifel an der Aufrichtigkeit des preußischen Neutralitäts-Anerbietens geäußert, obgleich Stockhausen seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen hatte, daß Preußen im Kriegsfalle die **aktive Waffenhilfe** verlangen würde†). Vielmehr beschloß man auf Zimmermanns Rat, auf das Gablenz'sche Anerbieten keinenfalls einzugehen, sondern sich Preußen zuzuwenden. Besonders energisch sprach sich der alte Kielmannsegge gegen den Anschluß an Oesterreich aus. „Majestät können es vor Gott und dem Lande nicht verantworten, wenn Sie diese Gefahr auf das Land ziehen", sagte

*) Depesche Stockhausens d. d. 11. Mai 1866.

**) Chiffre-Telegramm Stockhausens d. d. 12. Mai 1866.

***) Meine Erzählung der Konseils vom 12., 13. und 23. Mai 1866 beruht im wesentlichen auf den zum Teil schon während der Sitzungen gemachten handschriftlichen Aufzeichnungen Zimmermanns, der auch den Wortlaut der zwischen dem Könige Georg und dem Kaiser Franz Joseph gewechselten Briefe rekapituliert. Die Angaben von der Wengens über den Konseil am 13. Mai (S. 121 ff. seines Werkes), die er der als Manuskript gedruckten Lebensbeschreibung des Generals von Jacob entnommen hat, stimmen damit ziemlich genau überein.

†) Depesche Stockhausens d. d. 6. Mai 1866.

er, und bat, ihn künftig nicht weiter zu den Konseils zuzuziehen*). Sodann erhielt Zimmermann den Auftrag, eine Antwort an Preußen zu entwerfen, die dem großen Konseil, der auf den 13. Mai zusammenberufen wurde, vorgelegt werden sollte.

An dieser entscheidenden Beratung unter dem Vorsitze des Königs nahmen der Kronprinz, sämtliche Minister, die Generäle von Tschirschnitz und Gebser, der Staatsrat Zimmermann und der Kabinettsrat Dr. Lex als Protokollführer teil. Außerdem wurde noch der alte General z. D. Jacobi, der in militärischen Dingen als eine unanfechtbare Autorität galt, zugezogen. Der König eröffnete die Verhandlung mit einer längeren Auseinandersetzung über die politische Situation. Er begann mit der Darlegung der schwierigen Lage, in die Hannover durch die zunehmende Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten geraten sei und gab der Befürchtung Ausdruck, daß das Land, wenn es sich nicht auf die Seite Preußens stellte, von diesem feindlich behandelt werden würde. Die Politik seines Hauses aber wiese auf einen Anschluß an Oesterreich hin. Deshalb habe er durch ein Handschreiben an den Kaiser sich bereit erklärt, auf dessen Anerbieten, die in Holstein verbliebene Brigade Kalik mit seinen Truppen in einem verschanzten Lager bei Stade zu vereinigen, einzugehen. Neuerdings habe nun die preußische Regierung die Geneigtheit zu erkennen gegeben, für den Kriegsfall einen Neutralitäts-Vertrag mit Hannover abzuschließen. Und darüber, ob man auf dieses Anerbieten eingehen oder bei der Vereinbarung mit Oesterreich verharren sollte, forderte er die Anwesenden auf, sich zu äußern.

Zuerst mußte Zimmermann seine Meinung abgeben. Er suchte in einem langen Sermon aus einer Menge staatsrechtlicher Gründe die Notwendigkeit der Annahme des preußischen Neutralitäts-Angebots zu beweisen. Ganz besonders bedenklich aber hielt er es, auf die Gablenzschen Propositionen einzugehen. „Eine Separat-Konvention mit Oesterreich oder gar eine Konvention auf dem Umwege durch die Brigade Kalik und Gablenz“ schien ihm der schlimmste von allen Wegen, die man einschlagen könnte. Denn dadurch entfernte man sich von der Bundes-Kriegs-Verfassung; man sprengte gewissermaßen das 10. Armeecorps und gäbe allen anderen Teilhabern desselben „das Signal und Recht zum Hinüberlaufen nach der

*) Die Angabe Wengens (S. 124 ff.), wonach am 14. Mai noch ein zweiter Konseil stattgefunden habe, zu dem auch Kielmannsegge zugezogen sei, beruht hiernach auf einem Irrtum. Wahrscheinlich liegt eine Verwechselung mit der Vorberatung am 12. Mai vor.

Seite, die ihnen am beste gefällt". Preußen aber würde durch diese bedrohliche nordische Diversion und die Absicht, „unsere Truppen einem feindlichen (!) General zu unterstellen", mit Recht äußerst erbittert werden, während Hannover das eigene Land zum Tummelplatz des Krieges machen würde.

Auch andere gewichtige Gründe, schon die geographische Lage, machten es seiner Ansicht nach für Hannover unmöglich, mit Oesterreich zu gehen, ohne Krone und Land in die äußerste Gefahr zu bringen. Sich mit Preußen zu verbünden, hielt er indes schon wegen der Stimmung der Armee für unmöglich, deshalb plädierte er mit aller Entschiedenheit für die Annahme des preußischen Neutralitätsvorschlages. Ja, er wollte über die am Tage vorher entworfene Antwort noch hinausgehen, und schlug als seine persönliche Ansicht vor, daß man sich bereit erklären sollte, sofort mit Preußen in Verhandlung darüber zu treten. Man müsse dieses rasch beim Worte nehmen, da sich seine Absichten leicht ändern könnten. Auch die ihm gestern zur Einfügung in die Antwort „unter vielen Disputen auferlegten Klauseln": daß der Vertrag erst beim Beginn des Krieges in Kraft treten solle und Bundestreue vorbehalten bliebe, bat er, wegzulassen.

Der Kriegsminister sprach sich gleichfalls für die Neutralität als die geeignetste Politik aus, meinte aber, daß man, wenn keine ehrenvollen Bedingungen zu erzielen wären, den Kampf gegen Preußen nicht zu scheuen brauchte. In etwas leichtfertiger Weise setzte er sodann die Vorteile des Stader Projekts auseinander. Man könne sich in der fraglichen Gegend mit Leichtigkeit vier Jahre halten, sagte er. Daß sich die nötigen Befestigungen rasch herstellen ließen, bewies er aus der Verteidigung von Sebastopol. Wenn sich aber die hannoversche Armee mit der 5000 Mann starken österreichischen Brigade und dem holsteinischen Volks-Aufgebot, das er auf 10000 Mann schätzte, vereinigte, so wäre man mit einer Streitmacht von 40000 Mann im stande, jedem preußischen Angriffe zu begegnen.

Alle warteten gespannt, was der alte Jacobi auf diese Auseinandersetzungen erwidern würde. Aber aus dem thatkräftigen energischen Mann der früheren Jahre war ein hinfälliger grämlicher Greis geworden, der alles, was um ihn her vorging, in dem düstersten Lichte sah. Zwar hörte er es nicht ungern, wenn der König ihm gelegentlich erzählte, der Graf Alten habe ihn als Lehrer der Militärwissenschaften über den berühmten Scharnhorst gestellt*); aber von dem unerschütterlichen Mut

*) S. o. I. T. S. 322 Anmerkung.

dieses seines großen Vorgängers, der selbst in den verzweifeltsten Lagen niemals die Hoffnung auf die Errettung des Vaterlandes verlor, war bei ihm nichts zu verspüren. Außerdem war ihm die Persönlichkeit des Kriegsministers wegen dessen oberflächlicher Geschäftsführung, die allerdings mit seinem Fleiß und seiner Gewissenhaftigkeit seltsam kontrastierte, im höchsten Grade antipathisch. Er freute sich daher, daß sich eine Gelegenheit bot, seinen Nachfolger im Amte gründlich abzufertigen.

Schon während des Vortrages Brandis', namentlich, als er die Verteidigungsfähigkeit der Stader Stellung in übertriebenen Farben schilderte, hatte er einige Male höhnisch aufgelacht. Jetzt ergriff er das Wort, um der Versammlung auseinanderzusetzen, daß es im ganzen Lande keinen Punkt gäbe, in dem man sich auch nur acht Tage halten könne. Dazu erschien es ihm äußerst zweifelhaft, ob die im Lande zerstreuten Truppen rechtzeitig ihre Vereinigung mit den Oesterreichern bei Stade bewerkstelligen könnten. Das bereits gerüstete Preußen würde vielmehr beim Uebergang der hannoverschen Armee auf den Kriegsfuß sofort zur Okkupation des Landes schreiten, die gleichzeitig von Münster, Minden, Magdeburg und Hamburg aus erfolgen könnte.

Dann kam er auf den unschlagfertigen Zustand des eigenen Heeres zu sprechen, für den er, deutlich genug, den Kriegsminister verantwortlich machte. Er behauptete, es seien nur 60 Patronen für jeden Mann vorhanden und die ganze Ausrüstung so unvollständig, daß die Truppen zum Bivouakieren unfähig wären. Die Armierung von Stade aber sei so sehr vernachlässigt, daß die dort versammelte Armee binnen kurzem zur Kapitulation gezwungen werden würde. Eher schiene ihm eine Konzentrierung bei Göttingen, bei der man eine Vereinigung mit den Kurhessen anstreben könne, ratsam zu sein. Endlich bezeichnete er es noch als Schwindel, wenn Brandis gemeint habe, Gablenz könne im Notfalle über ein holsteinisches Volksaufgebot von 10000 Mann verfügen*). Ebenso gut könne er auch 60000 Mann in Anschlag bringen. Aus allen diesen Gründen stimme er unbedingt für die unbewaffnete Neutralität.

---

*) Wie es sich damit verhalten hat, ist nicht ganz aufgeklärt. Wenige Tage später berichtete Zimmermann (Immediatberichte d. d. 25. Mai und 2. Juni 1866), daß in Holstein in der That Vorbereitungen zur Einberufung des dortigen Kontingents getroffen würden, an dessen Spitze sich der Erbprinz selbst stellen wolle. Ja, Gablenz rechne darauf, mit Einschluß der Freiwilligen 25 000 Mann (!!?) zusammen zu bringen. Aus der gemeinschaftlichen Hauptkasse in Rendsburg würden ganz geheim in der Nacht

Gegen das Urteil Jacobis wagte niemand einen Widerspruch. Sichart, der ihn vielleicht hätte widerlegen können, war noch zur Rekognoszierung der Stader Stellung abwesend. Gebser aber pflichtete ihm in allen Punkten bei, Tschirschnitz schwieg. Die Minister dagegen erklärten sämtlich, daß sie, so sehr sie auch eine energische Politik gewünscht und ihr gern beigestimmt hätten, nach den Jacobi'schen Ausführungen sich für unbedingte Neutralität erklären müßten. Auch Graf Platen, der überhaupt keine sehr vorteilhafte Meinung von der Armee hatte — er soll sie gelegentlich als eine „Rasselbande" (!) bezeichnet haben — war derselben Ansicht, wie seine Kollegen. Er suchte nicht einmal die Befürchtung Jacobis, daß Preußen infolge hannoverscher Rüstungen sofort losschlagen würde, zu widerlegen, während er sich doch als Minister des Auswärtigen sagen mußte, daß es um des kleinen Hannovers willen den Krieg nicht früher eröffnen würde, als es ihm nach der allgemeinen Weltlage paßte.

Der Kronprinz aber, so heftig er sich auch in jugendlichem Eifer über die preußische Politik der letzten Jahre aussprach, konnte nach den Jacobi'schen Ausführungen nicht umhin, sich gleichfalls für die Neutralität, als den einzig möglichen Ausweg zu erklären.

Den König brachte es fast zu Thränen, als er die kleinmütigen Voten der Konseil-Mitglieder in ein Endresumé zusammenfaßte. Der Groll über die Unbill, die er in der braunschweigischen und schleswig-holsteinischen Frage in der letzten Zeit hatte erdulden müssen, machte sich wiederholt Luft. Es sei eine schreckliche Lage für ihn, sagte er, nicht mit Oesterreich, seinem natürlichen Bundesgenossen, gehen zu können, während Preußen von jeher der Erbfeind Hannovers gewesen wäre und nur auf Raub ausgehe. Besonders erbost war er über Bismarck, den Urheber der jetzigen unglücklichen Lage. Allein, da seine Generäle erklärten, es ließe sich nichts machen, und auch seine Minister für Neutralität wären, schloß er, „so wolle er, wenn auch mit schwerem Herzen", darauf eingehen.

Dementsprechend wurde der von Bacmeister entworfene Erlaß an den Gesandten von Stockhausen verlesen und genehmigt, worin dieser ermächtigt ward, „für den Fall, daß die Grundsätze des deutschen Bundes-

---

bedeutende Geldsendungen nach Hamburg geschafft. Auch wollte er von geheimen Waffensendungen nach Schleswig gehört haben. Außerdem sollten in Braunschweig und Lübeck bedeutende Vorräte von Uniformen, Armaturen und Waffen in Bereitschaft gehalten werden.

rechts ihre Geltung nicht mehr finden würden", „über die Bewahrung der Neutralität mit der Königlich Preußischen Regierung sofort in die angebotenen Unterhandlungen zu treten*)!"

Den Kaiser von Oesterreich setzte der König durch ein Handschreiben, mit dem ein besonderer Kurier am 14. Mai nach Wien abging, von seinen veränderten Entschließungen in Kenntnis. Darin teilte Georg seinem Bundesgenossen mit, wie die von ihm angeordnete Einberufung der Beurlaubten von Preußen als eine feindliche Maßregel angesehen sei, wegen deren es „unglaublicherweise" drei Armeecorps mehr als es ursprünglich beabsichtigt, mobil gemacht habe. Da nun ferner der Einmarsch in sein Land gleichzeitig von vier Seiten erfolgen könne, so würde jeder Versuch zur Mobilmachung eventuell „erstickt" werden. Unter diesen Umständen hätte Hannover die Neutralität nicht ablehnen können, und da danach „auch ein Angriff auf Meine und Meines Königreichs Rechte nicht stattfinden wird", so wäre dem Könige sogar der Vorwand genommen, „die Brigade Kalik, die Ew. Majestät Mir für diesen Fall zur Disposition gestellt haben, zu berufen". Da außerdem Preußen jeden Anlaß suche, sich behufs Erweiterung seiner Macht in Norddeutschland Hannover einzuverleiben, Oesterreich aber das lebhafteste Interesse daran habe, dessen Unabhängigkeit zu erhalten, so wäre die Neutralität das sicherste Mittel dazu. Der ungestörte Rückzug der Brigade Kalik wurde dagegen fest zugesichert.

Mit der Mission, den F.=M.=L. von Gablenz davon in Kenntnis zu setzen, daß man sich auf Verhandlungen wegen eventueller Kooperation nicht einlassen könne, wurde der Major Braun des Gardehusaren=Regiments beauftragt, der sich als vom Könige ernanntes Mitglied der zweiten Kammer der Ständeversammlung damals in Hannover aufhielt. Gablenz war sehr enttäuscht, daß man in Hannover eine gemeinschaftliche Operation für unmöglich hielt. „Es sei seine Sache zu entscheiden, ob es mit der Brigade ginge", sagte er, „aber er hätte von den Leimsiedern in Hannover nichts anderes erwartet**)."

*) S. diese Depesche u. a. in v. d. Wengen a. a. O. S. 125 ff.

**) Notiz Zimmermanns und persönliche Mitteilungen des Majors Braun. Eine Notiz Th. von Bernhardis (VI T. S. 314) bestätigt, daß Gablenz in der That auf eine erfolgreiche Verteidigung der Stader Stellung gerechnet hatte. Roon erzählte am 7. Mai: „Gablenz hat doch zu unserem Admiral Jachmann gesagt: ‚Ich habe hier eine Stellung bereit, von der Ihr alle nichts wißt, und aus der Ihr mich nicht herausbringen sollt'."

Endlich legte Graf Platen noch besonderen Wert darauf, auch unter den veränderten Umständen das Einverständnis mit Kurhessen aufrecht zu erhalten und es zum Abschlusse eines gemeinsamen Neutralitäts-Vertrages mit Preußen zu bewegen. Mit dem bezüglichen Schreiben des Königs an den Kurfürsten wurde Meding am 16. Mai nach Cassel entsendet. Allein dieser Unterhändler wurde dort, wie er selbst schreibt*), mit großem Mißtrauen aufgenommen. Auch wollte der Kurfürst vor dem Eintreffen des Grafen Wimpffen, dessen Ankunft in besonderer Mission des Kaisers von Oesterreich ihm soeben angekündigt war, sich nicht bestimmt entscheiden. „Wir haben schon einmal gleiches Schicksal gehabt in Hannover und Hessen", sagte er jedoch zu Meding, „und ich denke, sie sollen auch jetzt nicht mit uns fertig werden. Wir haben harte Köpfe, Ihr König und ich, das kommt vom englischen Blute**)."

An demselben Tage wurde auch Graf Ingelheim durch ein Chiffre-Telegramm Mensdorffs benachrichtigt, daß Prinz Solms mit einem kaiserlichen Handschreiben sofort nach Hannover abgehen würde. Dabei erhielt er Auftrag, den innigsten Wunsch des Kaisers auszusprechen, daß vor Ankunft der Abgesandten kein definitiver Entschluß gefaßt werden möge. Infolge dieses Telegramms wurde Meding am 19. von Cassel zurückberufen.

Stolz auf seinen Erfolg war Zimmermann am Tage vorher (18.) nach Hamburg zurückgekehrt. Er war nunmehr fest überzeugt, daß es, wenn man nur immer seinen Ratschlägen folgte, möglich sein würde, das Königreich unversehrt durch die kommenden Stürme hindurchzusteuern. Wenige Tage vor der Katastrophe noch beschwor er Graf Platen, sich nicht von dem Wege der unbewaffneten Neutralität zu entfernen. „Um Gottes Willen", schreibt er***), „seien Sie vorsichtig und bringen Sie das Land nicht ins Unglück. Ich fürchte, wenn wir in der Tinte sitzen, werden wir, wie König Kroesus auf der Richtstätte: ‚o Solon, Solon!' rief, auch rufen: ‚o Jacobi, Jacobi!'"

Auch der König gewann die Ueberzeugung, daß ihn der alte Jacobi von einem verhängnisvollen Entschluß zurückgehalten habe. Und es ist beinahe eine Ironie der Weltgeschichte, daß er ihm am 18. Mai

*) Memoiren zur Zeitgeschichte II. Th. S. 88.
**) Vertraulicher Bericht Medings d. d. Cassel 18. Mai 1866.
***) Zimmermann an Graf Platen d. d. 11. Juni 1866.

durch die Erhebung in den erblichen Adelstand öffentlich seine Anerkennung dafür aussprach.

Nur Stockhausen ließ sich nicht zu der Ansicht hinüberziehen, daß man auf dem richtigen Wege sei. Zwar hatte Graf Platen ihn gleichzeitig mit dem offiziellen Erlaß in einem Privatbrief ausführlich über die Situation unterrichtet. Er setzte ihm auseinander, weshalb man die Neutralität beschlossen hätte. Natürlich solle sie aber nur für den Fall gelten, wenn der Bund durch einen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich faktisch aufgelöst würde. „Mir blutet das Herz“, so klagte er verzweiflungsvoll*) „wegen des traurigen Zustandes der Armee, die nichts in Ordnung hat und nicht einmal die nötige Munition besitzt. Es ist unter diesen Umständen schwer, eine energische Politik zu führen. Ich weiß, daß man auf mich Steine werfen wird, aber ich möchte wissen, was ich thun soll .... Ich führe ein Leben, das bei Gott nicht beneidenswert ist, und wundere mich, daß ich es überhaupt noch aushalte .... Es giebt wohl keine schwierigere Aufgabe, als die Hannovers in der gegenwärtigen Krisis. Die Süddeutschen und Sachsen haben gut reden, da sie Oesterreichs Schutz nahe haben. Aber Hannover steht verlassen, wird beim ersten Kanonenschuß, der fällt, niedergeworfen und dient Preußen als Kornkammer für seine Armee. Wer mag das Land einer feindlichen Besetzung und allem damit verbundenen Elend aussetzen? Und wem nützt man damit? Unser armer König! Es ist wahrlich zum verzweifeln.“

Umgehend antwortete Stockhausen**), er wäre der Ansicht, daß man dem preußischen Drängen nicht hätte nachgeben, sondern auf dem Standpunkt der Depesche vom 10. Mai (s. o. S. 317 ff.) hätte bleiben sollen. Sein männlicher Stolz bäumte sich dagegen auf, daß man widerstandslos das Land dem Feinde in die Hände liefern wollte. „Unsere Armee in dem traurigen Zustande, wie Ihre Zeilen sie schildern“, schrieb er, „könnte freilich selbst mit der österreichischen Brigade einer Occupation Preußens sich nicht mit Erfolg widersetzen; aber sie könnte es wenigstens versuchen, ihre Niederlage wäre dann keine unehrenvolle gewesen. Wir könnten Preußen, wenn nicht einen materiellen, doch einen moralischen Widerstand entgegensetzen. Wir wären dann gewiß, Verbündete zu haben und zu bewahren, jedenfalls Verbündete zu finden, wenn demnächst am grünen Tische die Geschicke Europas geregelt werden.“

*) Graf Platen an Stockhausen d. d. 14. Mai 1866.
**) Stockhausen an Graf Platen d. d. 16. Mai 1866.

„Durch den Vertrag, den wir jetzt abschließen werden, mag er auch nur eventuell sein, ergeben wir uns Preußen auf Gnade und Ungnade. Die Neutralen, das Wort ist in Aller Munde, werden demnächst Kompensations-Objekte abgeben. Wenn Preußen eine Niederlage erleidet, so haben wir keine Freunde mehr, auf die wir rechnen können. Unsere Neutralität, die nur eine für Preußen wohlwollende sein kann, entfremdet uns Oesterreich für immer .... Wir werden Vasallen werden im vollsten Sinne des Worts. Aber auch, daß man unsere Neutralität auf die Dauer respektiert, glaubt niemand; möge sie uns auch noch so feierlich zugesichert werden in einem Vertrage ...."

Die Vorstellungen des patriotischen Mannes machten jedoch auf Platen keinen Eindruck. Er war zu sehr in die Anschauungen der Zimmermannschen Staatsweisheit verstrickt, als daß er darin etwas anderes gesehen hätte, wie den Alarmruf eines aufgeregten Schwarzsehers.

Bismarck dagegen durchschaute die Sachlage mit klarerem Blick. Durch die Berichte Schneiders war er über die Stimmung des Königs Georg genau unterrichtet. Wenn er zu schroff gegen den stolzen Monarchen auftrat, mußte er besorgen, daß er gerade das herbeiführen würde, was er vor allem verhindern wollte — eine Kriegsrüstung Hannovers. Er sprach daher gegen Stockhausen, den er mit äußerster Liebenswürdigkeit empfing, seine „besondere Befriedigung" darüber aus, daß durch die Mitteilung vom 14. „eine Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Regierungen in erwünschter Weise angebahnt sei". Sachsen allein hätte Oesterreich zu seinen Rüstungen veranlaßt (!!), die neuesten ausgedehnten Kriegsvorbereitungen Preußens aber wären durch die von Hannover momentan angenommene Stellung hervorgerufen*) (!!) Dann ging er auf eine Besprechung der Angelegenheit selbst über. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen über den Neutralitätsvertrag in Hannover geführt werden möchten, erklärte er sich „gern" einverstanden. Auch glaubte er, daß die bisherigen Bestimmungen über die Etappenstraßen vielleicht ausreichend sein dürften, und es eventuell überflüssig sein würde, hierüber etwas neues zu stipulieren. Endlich fügte er aus freien Stücken hinzu, daß man für jetzt davon abstehen würde, die Entlassung der zu den ins Frühjahr verlegten Truppenübungen einberufenen Mannschaften zu beanspruchen, „weil eine solche Maßregel die Autorität des Königs bloßstellen könnte". Auch erklärte er, daß man eventuell

*) Depesche Stockhausens d. d. 16. Mai 1866.

dem Rückzug der Brigade Kalik, auch auf nichtpreußischem Gebiet, nichts in den Weg legen würde, „vorausgesetzt, daß zuvor Kurhessen, Hannovers Beispiel folgend, sich zur Neutralität bekannt haben werde".

Nachdem sodann noch Prinz Ysenburg dem Grafen Platen die Grundzüge des Neutralitäts-Vertrages*) mündlich mitgeteilt hatte, schien alles aufs beste geregelt. Zimmermann erhielt Auftrag, sich darüber zu äußern und eventuell einen Konventionsentwurf vorzulegen. Noch war er mit der Arbeit nicht zu Ende gekommen, da hatte sich die ganze Situation wieder vollständig geändert. In den nächsten Tagen scheinen Bismarck nach den Verhandlungen am Bunde — oder vielleicht auch infolge von Berichten aus „intimer hannoverscher Quelle" — seine Zugeständnisse halb und halb wieder gereut zu sein. Jetzt war er gewiß, daß er keine Mobilisierung Hannovers zu befürchten hatte und seine Sprache wurde von neuem schroff und drohend. Am 21. Mai teilte Prinz Ysenburg in seinem Auftrage dem Grafen Platen streng vertraulich mit, „sein Gouvernement sehe den von Bayern und mehreren anderen Regierungen in der letzten Bundestags-Sitzung gestellten Antrag auf Abrüstung als eine Vorbereitung zur Mobilmachung der Bundesarmee an, welche zur Exekution gegen Preußen führen solle .... Daß Hannover bis zum ausbrechenden Kriege den Bundesstandpunkt wahre, finde seine Regierung ganz natürlich. Sie könne aber, ihr gegenüber, den Bundesstandpunkt nicht gewahrt finden, wenn Hannover einen durch eine ihr feindliche Majorität gegen sie oder ohne ihre Zustimmung gefaßten angeblichen Bundesbeschluß auf Mobilmachung auch seinerseits zur Ausführung brächte. Preußen würde einen solchen Bundesbeschluß gegen ein Bundesglied, das den Bundesfrieden nicht gebrochen habe, nicht als legal aner-

---

*) 1. Hannover sagt zu, bei dem etwa zwischen Preußen und Oesterreich ausbrechenden Kriege neutral zu bleiben, und Preußen verspricht, diese Neutralität zu respektieren.

2. Die geographische Lage der beiden Staaten gegeneinander bedingt, daß die Neutralität nicht zum Nachteil Preußens gewendet werden darf.

3. Die Benutzung der Etappenstraßen bleibt selbstverständlich gesichert, ebenso wird die hannoversche Regierung zur Verständigung über Durchmärsche der Truppen, Benutzung der Eisenbahnen dafür bereit sein, sowohl zwischen den beiden Teilen der preußischen Monarchie, als für Kommunikationen mit dem Herzogtum Schleswig.

4. Hannover verspricht, seine Armee auf dem Friedensfuße zu halten, resp. soweit dieser durch die verfrühte Exercierzeit überschritten ist, nach Beendigung der letzteren zu demselben zurückzukehren. (Graf Platen an Zimmermann d. d. 19. Mai 1866.)

kennen. Sein Hof halte deshalb keine Bundesregierung für verpflichtet, einem solchen Bundesbeschluß Folge zu geben und sehe ihn als mit der Neutralität unverträglich an. Es gäbe nur eine Exekution als Gewaltmittel gegen Bundesglieder und zu diesem Falle läge Preußen gegenüber keine Veranlassung vor. Die Rüstung zu dem durch Bundesrecht verbotenen Kriege gegen ein Bundesglied wäre die Vorbereitung zu einer bundesbrüchigen Gewaltthat und könne daher bundesrechtlich nicht beschlossen werden. Einen solchen Beschluß gegen Preußen und sein Votum würde sein Gouvernement mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern und damit wäre der Kriegsfall eingetreten*)."

Uebrigens war Prinz Ysenburg beauftragt, dem Grafen Platen wiederholt die Bereitwilligkeit auszusprechen, „sobald Hannover für die Zukunft eine Sicherstellung wünscht, schon jetzt über eine Konvention, welche die Unabhängigkeit des Königreichs Hannover in einem neuen Bundesverhältnis gewährleistet, in Verhandlung zu treten**)."

Nun befand sich Graf Platen in einem schwierigen Dilemna. Auf der einen Seite drohte Preußen mit Krieg, wenn er den Bundesbeschlüssen Folge leistete, auf der anderen erhob Oesterreich Einspruch gegen einen Neutralitätsvertrag, der mit den Bundesvorschriften nicht in Einklang stände. Knesebeck hatte bereits am 15. Mai telegraphisch berichtet, daß man auf der Wiener Staatskanzlei „tief bekümmert" sei über den Entschluß Hannovers, mit Preußen wegen Neutralität zu verhandeln. Graf Ingelheim aber erhob sofort, als er von der Absicht, eine solche Konvention zu schließen, Kenntnis erhielt, energisch Protest dagegen, und Mensdorff ließ die hannoversche Regierung wissen, „daß die ganze Verhandlung rechtlich ebensowenig statthaft wäre, wie sie unfähig sei, dem Königreich Hannover irgend welchen Grad von Sicherheit zu gewähren***)." „Wiederholen Sie dem Grafen Platen", so trug er dem Gesandten auf, dem er zugleich die bevorstehende Ankunft des Prinzen Solms mitteilte, „daß den Einschüchterungsversuchen Preußens schwerlich die wirkliche Gewaltthat folgen

*) Eigenhändiges Notatum des Grafen Platen über seine Konferenz mit dem Prinzen Ysenburg am 21. Mai 1866. Es stimmt mit der durch die bekannte offiziöse Broschüre: „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitätsvertrages" S. 25 ff. veröffentlichten Depesche d. d. 20. Mai 1866 fast wörtlich überein.

**) Erlaß des Grafen Bismarck an den Prinzen Ysenburg d. d. 20. Mai 1866.

***) Vertraulicher Erlaß des Grafen Mensdorff an den Grafen Ingelheim d. d. 18. Mai 1866.

würde, wenn Hannover ruhig am Bunde festhielte und dadurch in Berlin die Erkenntnis hervorriefe, daß Preußen nicht nur Oesterreich, sondern auch die engverbündete Gesamtheit der mächtigeren Staaten im Norden und Süden Deutschlands zu Gegnern haben würde ... Kommt es zum Kriege, so können wir zwar, der Entfernung wegen, den hannoverschen Staat und dessen Dynastie nicht vor augenblicklichen Gefahren und Unannehmlichkeiten schützen, wohl aber ist Hannovers Zukunft im Bunde mit uns und dem bundestreuen Deutschland doch ganz anders gesichert, als durch einen Pakt mit dem übergreifenden und herrschsüchtigen Nachbar, der es mit Hannover niemals ehrlich meinen kann und dem die Souveränetät Hannovers notwendig zum Opfer fallen müßte, sobald er seine Zwecke durchsetzen könnte."

Auch beim Bunde beschwerte sich Oesterreich über das Vorgehen Hannovers. Am 19. Mai stand der gemeinsame, von einer Anzahl Regierungen*) in Bamberg beschlossene Antrag zur Verhandlung, wonach „alle diejenigen Bundesglieder, welche über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben", aufgefordert wurden, „in der nächsten Sitzung zu erklären, ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, gleichzeitig und zwar von einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage an, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen". Diese Veranlassung benutzte der österreichische Gesandte, um darauf aufmerksam zu machen, daß, „sicherem Vernehmen nach", zwischen der königlich preußischen und königlich hannoverschen Regierung Verhandlungen gepflogen würden, „welche zur Folge haben könnten, daß die Befolgung der Bundesbeschlüsse, namentlich solcher, welche auf Grund des Artikel XI der Bundesakte und des Artikels XIX der Wiener Schlußakte gefaßt würden, nicht unter allen Umständen gesichert wäre".

War hierdurch die Situation der hannoverschen Regierung schon ziemlich kompliziert geworden, so wurde sie durch die abermalige Ankunft des Prinzen Solms in der Nacht vom 19. zum 20. Mai noch schwieriger. Er überbrachte ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph, worin dieser dem König Georg, als seinem „wahren Freunde" seine „nicht wenig schmerzliche Enttäuschung" darüber aussprach, daß er geglaubt habe, „sich mit Preußen in eine Neutralitäts-Verpflichtung einlassen zu müssen." Da

*) Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen, Großherzoglich und Herzoglich Sächsische Häuser für Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha, sowie Braunschweig und Nassau für Nassau.

aber bis jetzt der entscheidende Federzug noch nicht geschehen sei, so hielt es der Kaiser für seine Pflicht, persönlich an die bundestreuen Ueberzeugungen des Königs zu appellieren, und ihn „in unserem gemeinsamen Interesse zu bitten, unerschütterlich am Bunde festzuhalten und im Verein mit Oesterreich und den übrigen foederativ gesinnten Staaten für die Aufrechterhaltung des Rechts und der deutschen Fürstenthrone einzustehen". Schon in dem Eingehen auf das Angebot der Neutralität sehe er eine Lossagung von der Bundespflicht. —

Hierdurch und durch die fast gleichzeitigen Eröffnungen des preußischen Gesandten sah sich Graf Platen daher in die peinlichste Lage versetzt. Daß der König niemals bundesbrüchig werden würde, wußte er gewiß. Hielt er aber an dem bestehenden Bundesrecht fest, so stand der Krieg vor der Thür. Dennoch erklärte der Minister dem Prinzen Ysenburg mit Festigkeit, daß Hannover, wenn der Bund die Mobilmachung der Kontingente anordnen sollte, sich durch nichts abhalten lassen würde, diesem Befehl Folge zu leisten. Daß Preußen hierin einen Kriegsgrund fände, schien ihm unmöglich. Er meinte vielmehr: „wenn Preußen dennoch Hannover um seiner Bundestreue willen abzustrafen sich entschließen könnte, daß dann ein Schrei des Entsetzens durch ganz Europa gehen und Preußen damit nicht allein alle Bundesregierungen, sondern auch selbst alle auswärtigen Mächte gegen sich in die Waffen rufen würde*)."

Es entsprach daher völlig der Sachlage, wenn Ysenburg nach Berlin berichtete, es sei eine Wandlung eingetreten, welche ihn fürchten ließe, daß es vorerst kaum zum Abschlusse eines Neutralitäts-Vertrages kommen dürfte, und wenn er die Mission des Prinzen Solms mit dieser veränderten Anschauung in Verbindung brachte.

Platen fühlte sich außer Stande, den drohenden Kriegssturm zu beschwören. Um einen rettenden Pfad aus diesem Wirrsal ausfindig zu machen, ließ er Zimmermann, der eben erst in der Meinung, daß alle Schwierigkeiten geebnet seien, nach Hamburg zurückgekehrt war, von neuem nach Hannover kommen. Nach seiner Ankunft am 22. wurde dieser sofort zu einer Konferenz nach Herrenhausen beschieden, an der außer dem König nur noch Graf Platen und der Kabinettsrat Lex

*) v. Lettow-Vorbeck a. a. O. I. Th. S. 121 ff. Dessen Annahme, daß Graf Platen dem Grafen Ysenburg diese Erklärung spontan gegeben habe, ist jedoch bei einer Nachprüfung der Akten nicht stichhaltig. Aus dem oben zitierten „Notatum" ergiebt sich unzweifelhaft, daß sie durch das Verlesen der Bismarckschen Note vom 20. Mai veranlaßt ist.

teilnahmen. Georg war über die preußische Drohnote äußerst erbittert. Wiederum war er es, der die Situation am richtigsten beurteilte. Er ahnte gewissermaßen, was Roon vor wenigen Tagen offen ausgesprochen hatte*), und hielt sich durch die preußischen Drohungen seines Neutralitäts-Versprechens entbunden. Auch Platen war nun der Ansicht, daß man mit Oesterreich und dem Bunde gehen müsse. Zimmermann dagegen hatte den seltsam verklausulierten Entwurf eines Neutralitäts-Vertrages mitgebracht, dessen Annahme er durchzusetzen hoffte.

Die Drohung eines Bundesgliedes, das andere mit Krieg zu überziehen, falls es den Beschlüssen desselben Bundes Folge leistete, schien ihm so ungeheuerlich, daß er ihr ein möglichst geringes Gewicht beilegen wollte. Sie dürfe „zu keinem Eckstein gemacht werden, an dem die Neutralität zerschellt oder ihre Feststellung auch nur verzögert wird**)." Irgendwelche Vorsichtsmaßregeln für den äußersten Fall hielt er nicht für erforderlich, ja geradezu für gefährlich. Den eventuellen Verteidigungsplan in Erwägung zu ziehen, schien ihm aber nach dem Gutachten Jacobis vollkommen überflüssig.

In dem großen entscheidenden Minister-Conseil am folgenden Tage (23. Mai) führte Zimmermann, nachdem der Brief des Kaisers verlesen war, seine Ideen weiter aus. Durch die Bismarck'schen Drohungen, die er „auch gar nicht hoch ansah", dürfe man sich in den Verhandlungen nicht stören lassen, sagte er; denn das, was dieser verlangte, wäre auch dasjenige, was Hannover unterlassen müsse, wenn es wirklich die Neutralität wolle! „Hat Hannover den Willen, vor Ausbruch des Krieges, sei es aus eigener Entschließung oder infolge Aufforderung des Bundes, mobil zu machen, so befindet es sich auf anderem Wege, als auf dem der Neutralität ... Wenigstens so lange die Brigade Kalik nicht weg ist, bildet die Mobilisation ein Mittel und ein Bestandteil zu einem Mitgehen mit Oesterreich ... Will Hannover unbedingt jenes Axiom des Gehorsams gegen einen Bundesbeschluß festhalten und befolgen, so geht es den Weg der Allianz mit Oesterreich oder wenigstens der Feindseligkeit wider Preußen."

*) „Daß aber die Dinge in Hannover sehr unsicher stehen — daß überhaupt gar manches in Deutschland zusammenbrechen wird, sobald die Krisis da ist; — was alles bevorsteht, das wollen wir den Leuten von nicht ganz zuverlässigen Nerven lieber gar nicht zum Voraus sagen". (Aus dem Leben Theodor von Bernhardis VI. T. S. 304).

**) Eigenhändige Aufzeichnungen Zimmermanns über die Sitzungen vom 22. und 23. Mai 1866.

Ein solcher unweigerlicher Gehorsam aber schien Zimmermann durch die Bundesverfassung keineswegs geboten. „Der Bundestag hat bei Thätlichkeiten der Bundesglieder kein weiteres Recht“, so führte er aus, „als entweder vorbeugende Maßregeln, oder Maßregeln zum Schutz des jüngsten Besitzes oder Exekution nach einer Austrägal-Instanz.“ Nur die erste dieser drei Maßregeln käme hier in Betracht. Es sei aber klar, daß die Mobilisierung der vier gemischten Armeekorps gar kein Mittel zur Vorbeugung wäre, weil diese nicht die Gewalt besäßen, die Thätlichkeiten zweier Großmächte zu verhindern. Sie diene also einem anderen versteckten Zwecke, als dem, welchen die Bundesgrundsätze im Auge hätten. Hannover aber dürfe wegen seiner Lage weder aus Neigung, noch aus Pflicht zu diesem letzteren Zweck mitspielen.

„Genug, mir scheint es“, so schloß er, „daß man auf dem Wege der Verhandlung mit Preußen fortschreiten, die preußische Sommation extra behandeln und ihr gebührend entgegentreten muß. Handelt man anders, so giebt man die Neutralitätsidee ganz auf, und gerät in das gefährliche Fahrwasser der österreichischen Allianz.“

Der König wurde durch die Zimmermannschen Ausführungen keineswegs überzeugt. Ihm wollte es nicht einleuchten, daß es in direktem Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Artikels XI der Bundes-Akte gestattet sein sollte, sich durch einen Separat-Vertrag mit Preußen zur Neutralität zu verpflichten. Denn eigentlich existierte der Begriff „Neutralität“ im Verhältnis der Bundesstaaten zu einander gar nicht, da die Bundesgrundgesetze weder einen Krieg zwischen Bundesstaaten, noch einen Krieg des Bundes gegen einen einzelnen oder mehrere Bundesstaaten kannten. (Art. XVIII der Wiener Schlußakte.) Vielmehr hatte unzweifelhaft kein Bundesstaat die Befugnis, ohne Teilnahme zu bleiben, wenn der Bund bei Streitigkeiten von Bundesstaaten untereinander vorbeugende Maßregeln beschloß, die sich gegen beide streitenden und zur Selbsthilfe greifenden Teile richteten. Einseitige Neutralität im Bunde war daher unerlaubt, wenn nicht gar strafbar. Es blieb jedoch nach Art. XLII der Wiener Schlußakte den Einzelstaaten unbenommen, Verteidigungsmaßregeln zu verabreden, wenn sie an eine Gefahr glaubten, die die übrigen als nicht vorhanden ansahen. Aber erst, wenn der Bund durch den Ausbruch des Krieges gesprengt war, gewann jeder Einzelstaat, also auch Hannover, das volle Recht wieder, nach eigener Bestimmung zu beschließen. Alsdann konnte es nach Gutdünken neutral bleiben, oder Partei nehmen.

Das war die mildeste Auslegung der Bundesvorschriften. Schlimmer lag die Frage, wenn es zur Erwägung kam, daß Preußen mit Italien ein Bündnis gegen Oesterreich geschlossen hatte. Denn nach Artikel XI der Bundesakte waren Allianzen eines Bundesgliedes, welche die Sicherheit eines anderen Bundesstaates bedrohen, verboten. Die Einzelstaaten waren also unzweifelhaft verpflichtet, sich mit Oesterreich gegen Preußen zu wenden. Selbst wenn dieses seine Verbindung mit Italien leugnete, kam Hannover in eine schwierige Lage, falls Oesterreich auf Grund des Artikel XXXVIII der Wiener Schlußakte Krieg oder wenigstens Vorbeugungsmaßregeln gegen Italien beantragte, das ohne Frage deutsches Gebiet bedrohte; denn Preußen konnte kaum umhin, für seinen Alliierten einzutreten.

Bei der Abstimmung gewann die Ansicht des Königs die Majorität, und Zimmermann kehrte, höchlichst erzürnt, unmittelbar nach der Sitzung nach Hamburg zurück. Nur Bacmeister und Malortie erklärten sich für die Fortsetzung der Verhandlungen. Niemandem aber scheint der Gedanke gekommen zu sein, daß eine bundestreue Politik gefährlich werden könnte. Wenigstens ist, mit Ausnahme von Zimmermann, von keiner Seite der fast beleidigende Verdacht gegen Preußen geäußert, daß es diesen Anlaß zu einem feindseligen Vorgehen gegen Hannover benutzen würde. Man war naiv genug zu glauben, daß man durch eine offenkundig wehrlose Haltung den Zorn Bismarcks entwaffnen und ihn davon abhalten könnte, das Land, das während der ganzen schleswig-holsteinischen Krisis stets treu zu Preußen gestanden hatte, mit Krieg zu überziehen. Ganz unmöglich endlich schien es, daß der preußische Minister jemals seinen königlichen Herrn davon zu überzeugen vermöchte, daß sein nächster Blutsverwandter, der blinde Neffe der Königin Luise, sein erbitterter Feind wäre. So versteht man es, daß Platen meinte, die preußische Regierung würde sich nach dem Zerfall des Bundes gern dazu verstehen, die neutrale Haltung, die man beobachten wollte, durch einen Vertrag festzulegen. Vorher hätte Hannover auf die angebotenen Verhandlungen nur mit der „reservatio mentalis“ eingehen können, „daß es den eventuellen Vertrag dann nicht halten wolle, wenn der Bund auf Grund bundeskompetenzmäßiger Beschlüsse das hannoversche Bundeskontingent in Thätigkeit setzen würde*).“

---

*) Geheimer Erlaß Graf Platens an den Gesandten von Stockhausen in Berlin d. d. 30. Mai 1866.

Dem Majoritätsbeschluß entsprechend, wurde an den Kaiser Franz Joseph ein Schreiben des Königs abgesandt, des Inhalts, daß es **nie** seine Absicht gewesen sei, von dem alten Prinzip der hannoverschen Politik, dem unerschütterlichen Festhalten am Bunde, abzugehen. „Nur allein für den hoffentlich **gar nicht eintretenden Fall**, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen ausbräche und die thatsächliche Wirksamkeit des Bundes für Schutz und Sicherheit aufhörte, habe Ich bei der geographischen Lage Meines Landes geglaubt, das Anerbieten Preußens auf Neutralität nicht ablehnen zu können, und Verhandlungen über die Ausführung desselben einleiten zu müssen.“

Sodann folgte die Mitteilung dessen, was Graf Platen auf die Kundgebung des Ministers von Bismarck über den bayrisch-württembergischen Antrag am Bunde erwidert hatte (s. o. S. 301) und der Ausdruck der Hoffnung, daß der Kaiser daraus „einen erneuten thatsächlichen Beweis Meiner bundestreuen Gesinnungen erkennen“ werde. „Ew. Majestät bitte ich überhaupt, Sich überzeugt zu halten, daß Ich stets und unerschütterlich bei denselben beharren werde“, so schloß das Schreiben.

Gleichzeitig erging an den Bundestags-Gesandten von Heimbruch die Instruktion, am folgenden Tage (24. Mai) in der Sitzung zu erklären, daß seine höchste Regierung „sich vollkommen bewußt sei, was zu den in den Bundesgrundgesetzen enthaltenen Rechten und Pflichten der Bundesglieder gehört, und daß sie diese Pflichten auch in der gegenwärtigen Lage gewissenhaft innehalten werde*).“

Auf den Betrieb des Kriegsministers, der es für bedenklich hielt, auf jede Verteidigungsmaßregel zu verzichten, wurde sodann für den äußersten Fall noch ein Konventionsentwurf mit Ingelheim verabredet. Darin ward festgesetzt, daß die Vereinigung der Brigade Kalik mit den hannoverschen Truppen nur dann stattfinden sollte, wenn sie von Hannover angesprochen würde. Dieser Anspruch aber träte jedenfalls ein, „wenn der Bund die Exekution beschließt, oder wenn von preußischer Seite irgend welche Eingriffe in die diesseitigen Souveränetätsrechte geschehen sollten, worüber indes die Entscheidung Seiner Majestät dem König überlassen bleibt“. Dagegen verpflichtete sich die Königliche Regierung, „falls genannte Veranlassungen nicht stattänden“, und wenn sie überhaupt von der fraglichen Vereinigung

*) Instruktion für den Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 23. Mai 1866.

keinen Gebrauch machen wollte, „der kaiserlichen Brigade bei ihrem etwaigen Abzug aus Holstein den freien ungehinderten Durchzug durch hannoversches Gebiet bis an die Grenze zu sichern, und jeden feindlichen Angriff auf dieselbe während dieses Durchzuges als gegen Hannover selbst gerichtet anzusehen und mit Waffengewalt zurückzuweisen“. Ob Gablenz freilich mit dieser Präzisierung einverstanden sein würde, blieb zunächst zweifelhaft.

In Wien machte der Brief des Königs im Ganzen einen günstigen Eindruck. Nur hätte Graf Mensdorff gewünscht, die Beziehungen zur Brigade Kalik so geregelt zu sehen, daß man mit mehr Sicherheit auf die Vereinigung mit den hannoverschen Truppen rechnen könnte. Doch erklärte er sich bereit, eventuell noch 1500 Mann Verstärkungen nach Holstein zu senden, wenn man auch diesen den sicheren Durchzug zubillige*).

Am 24. Mai forderte Prinz Ysenburg den Grafen Platen amtlich auf, ihm zu erklären, ob Hannover noch gesonnen sei, einen Neutralitätsvertrag der Art, wie er bisher ins Auge gefaßt worden, mit Preußen zu schließen. Der Minister erwiderte, „daß der gegenwärtige Moment zu diesen Verhandlungen wohl nicht der geeignete sei, da die Königlich preußische Regierung einen etwaigen Bundesbeschluß auf Mobilmachung des Bundesarmeekorps thatsächlich verhindern zu müssen erklärt habe, die Königlich hannoversche Regierung dagegen auf dem Bundesstandpunkt stehe und jedem innerhalb der Kompetenz des Bundes gefaßten Beschluß Folge zu geben entschlossen sei. Wolle man schon jetzt einen Neutralitätsvertrag schließen, so könne die hannoversche Regierung in die Lage versetzt werden, infolge eines Bundesbeschlusses ihre Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, was mit einer unbewaffneten Neutralität nicht zu vereinbaren sei. Jedenfalls müsse man doch erst abwarten, was der Bund beschließe“.

„Ein zweiter Grund, der gegen die Eröffnung der Verhandlungen im gegenwärtigen Moment spreche, sei der, daß Oesterreich die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf die zwischen Hannover und Preußen schwebenden Neutralitätsverhandlungen gelenkt habe, und es im Interesse Hannovers liege, erst abzuwarten, ob etwaige Anträge in dieser Beziehung darauf erfolgen würden**).“

*) Chiffriertes Telegramm Mensdorffs an den Grafen Ingelheim d. d. 28. Mai 1866.
**) Notatum des Grafen Platen d. d. 24. Mai 1866.

So ist der Verlauf der Neutralitätsverhandlungen, wie er sich aus den Akten ergiebt. Zwar wurde die Frage zwischen dem Prinzen Ysenburg und dem Grafen Platen noch mehrfach erörtert, aber am 31. Mai eröffnete der preußische Gesandte diesem, daß bei der Haltung, wie sie die hannoversche Regierung neuerdings angenommen habe, „Preußen allerdings nicht mehr auf den Abschluß eines Neutralitätsvertrages rechnen könne*)." Unbegreiflicherweise aber glaubte man trotzdem in Hannover, daß man durch eine notorisch friedfertige Haltung sich am besten gegen den mächtigen Nachbar sichern, durch das Unterlassen jedweder Rüstungsmaßregeln ihm jeden Vorwand zum Angriff nehmen könne. Es geschah nicht das Geringste, um die Festung Stade auch nur einigermaßen in Verteidigungszustand zu setzen, und es entsprach völlig der Wahrheit, wenn der General von Tschirschnitz am 29. Mai dem Prinzen Ysenburg versicherte, daß, wenn die Idee eines befestigten Lagers bei dieser Stadt „überhaupt fest bestanden hätte, sie längst wieder verworfen worden sei**)." Ja, der General-Adjutant ging in der Besorgnis, durch militärische Maßnahmen in Berlin Argwohn zu erregen, so weit, daß er den Regimentskommandeuren, die ihn darum fragten, ausdrücklich verbot, beim Ausrücken aus der Garnison zu den angeordneten Manövern die Feldausrüstung mitzunehmen und den Kavallerieoffizieren untersagte, Pferde über den Friedensetat anzuschaffen (!!).

Schon aus dieser vollkommenen Passivität ergiebt sich, daß man nicht entfernt daran dachte, sich aktiv am Kriege zu beteiligen oder gar sich durch denselben irgendwelche Vorteile zu verschaffen. Es ist vielmehr eine bewußte Unwahrheit, wenn Meding in seinen „Memoiren zur Zeitgeschichte" (II. Teil, S. 94 ff.) erzählt, der Kaiser von Oesterreich habe in seinem Schreiben an den König diesem für den Fall seines Anschlusses eventuell gewisse Vergrößerungen „teils in Holstein, teils in anderen Gebieten" versprochen. Vollständig erlogen aber ist es, wenn er hinzufügt, der betreffende Brief sei bei der eiligen Abreise des Königs nach Göttingen auf dem Schreibtisch liegen geblieben und von dem Hofmarschall Graf Wedel den Flammen überliefert worden. Nicht bloß der Gesandte Graf Ingelheim hat schon bald nach dem Erscheinen des bekannten Romans „Um Szepter und Kronen", welcher dieselbe Angabe enthält, eine öffentliche Erklärung des Inhalts abgegeben, daß ein derartiges Angebot nicht geschehen, sondern auch die nächsten Verwanden des Grafen

*) „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover" S. 34.

**) von Lettow-Vorbeck a. a. O. I. T. S. 124.

Wedel haben mich versichert, daß an der ganzen Erzählung kein wahres Wort sei. Endlich ergiebt sich aus dem citierten Wortlaut des kaiserlichen Briefes, daß die Geschichte von Anfang bis zu Ende auf freier Erfindung beruht. Daneben läßt sich freilich nicht wohl bezweifeln, daß Prinz Solms gegen Personen, denen er einen gewissen Einfluß auf den König zutraute, so namentlich auch gegen Zimmermann, in Privatgesprächen es als seine eigene Meinung hingestellt hat, daß im Falle eines günstigen Ausgangs des Krieges eine Vergrößerung Hannovers nicht ausgeschlossen sei. Auch hat er die Nachricht verbreitet, Preußen habe Frankreichs Unterstützung durch die Zusage des linken Rheinufers gewonnen, sodaß Bismarck sich veranlaßt sah, diese Behauptung, „von welcher Seite sie auch immer aufgestellt werden mag, einfach als eine Lüge zu bezeichnen*).“ Der König Georg endlich legte überhaupt, wie von völlig unanfechtbarer Seite bezeugt wird, auf alle diese, jedes positiven Hintergrundes entbehrenden Solmsschen Erzählungen „keinen Wert**).“ Um so mehr ist es zu bedauern, daß sie, „aus intimer hannoverscher Quelle“ nach Berlin hinterbracht, dort einen so tiefen Eindruck machten. Dem König Wilhelm aber muß die Kunde, daß sein Vetter „durch das Erbieten territorialer Vergrößerung“ und noch dazu des Erwerbs des preußischen Regierungsbezirks Minden für Oesterreich gewonnen sei***), die letzten Zweifel an dessen feindseliger Gesinnung genommen haben.

In den letzten Wochen vor dem Sturm herrschte in Hannover fast vollständige politische Windstille. Wie der Vogel Strauß beim Herannahen der Gefahr seinen Kopf in den Sand steckt, so verschloß man geflissentlich gegen die Dinge, die sich ringsumher abspielten, die Augen. Während in den Tagen vom 27. Mai bis 5. Juni auf Grund der Etappenkonvention vom 16. Juni 1838, sowie der Eisenbahnverträge vom 10. April 1841 und 4. Dezember 1845 das VIII. preußische Armeecorps in voller Kriegsrüstung auf dem Schienenwege das Königreich passierte, hielten die hannoverschen Truppen wie im tiefsten Frieden ihre Exerzierübungen ab, wurden von den höheren Vorgesetzten besichtigt, und schickten sich in der ersten Hälfte des Monats Juni an, ihre Garni-

*) Depesche Bismarcks d. d. 28. Mai 1866. („Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover“ S. 32.)

**) Aeußerung Graf Platens nach einer Notiz Zimmermanns in seinen Aufzeichnungen über den Konseil am 23. Mai.

***) „Gedanken und Erinnerungen“ a. a. O. II. T. S. 24 ff.

sonen zu verlassen, um gemeinsame Uebungen im Brigadeverbande abzuhalten*). Die Zeitdauer der Manöver war auf etwa acht Tage berechnet, nach deren Ablauf man hoffte, daß sich die Verhältnisse so weit geklärt haben würden, um die älteren Jahrgänge wieder in die Heimat entlassen zu können**).

Die Debatten in der am 18. April wieder zusammengetretenen Ständeversammlung aber standen lediglich unter dem Eindruck des letzten unseligen Ministerwechsels. Sie traten jedoch niemals aus dem Rahmen der üblichen besonnenen Geschäftsbehandlung heraus. Durch einige Personalveränderungen war die Physiognomie der Kammer nicht unwesentlich anders geworden.

---

*) Es sollten konzentriert werden:

1. Bei Verden:
   das 7. Infanterie-Regiment (Osnabrück),
   „ 2. Jäger-Bataillon (Hildesheim),
   „ 3. „ „ (Hannover),
   „ Garde-Husaren-Regiment (Verden),
   „ Kronprinz-Dragoner-Regiment (Osnabrück),
   1. reitende Batterie (Wunstorf).
2. Bei Harburg:
   das 4. Infanterie-Regiment (Stade),
   „ 5. „ „ (Lüneburg),
   „ Königin-Husaren-Regiment (Lüneburg),
   1 Fuß-Batterie (Stade).
3. Bei Burgdorf:
   das 2. Infanterie-Regiment (Celle),
   „ 3. „ „ (Einbeck und Northeim),
   „ Cambridge Dragoner-Regiment (Celle),
   1 Fuß-Batterie (Hannover).
4. Bei Hannover:
   das Garde-Regiment (Hannover),
   „ Leib-Regiment (desgl.),
   „ 6. Infanterie-Regiment (desgl.),
   die Garde du Corps (desgl.),
   das Garde-Kürassier-Regiment (Northeim),
   2. reitende Batterie (Wunstorf).

**) Ich bin im Besitze eines Schreibens des Chefs vom Generalstabe d. d. 3. Juni 1866, wodurch er mir nach Lehe, wo ich mich damals zur Landesvermessung aufhielt, den Befehl übermittelte, an den Truppenübungen bei Verden, die bis zum Ende des Monats dauern sollten, als Generalstabs-Offizier teilzunehmen. Da ich aber dann wieder zu meinen Vermessungs-Arbeiten zurückkehren sollte, gab er mir anheim, meine Meßinstrumente gleich dort zurückzulassen.

In die erste Kammer war an Stelle des freiwillig zurückgetretenen Generals von Tschirschnitz der Minister von Hodenberg vom Könige entsandt worden. Auch traten u. a. der Geheimrat Graf Bremer für den inzwischen verstorbenen Landrat von Marschalck und der Obergerichtsassessor von Lenthe in dieselbe ein. Zu Abgeordneten in die zweite Kammer für den Klosterfonds wurden der Regierungsrat Schow, der Oberstlieutenant Dammers vom 3. Infanterieregiment und der Major Braun vom Gardehusarenregiment ernannt, die letzten beiden in der Absicht, die zu erwartenden wichtigen Militärvorlagen zu verteidigen. Endlich wählte noch die Universität Göttingen an Stelle des zum Präsidenten des Landeskonsistoriums ernannten Ministers a. D. Lichtenberg den Staatsminister a. D. von Münchhausen zu ihrem Vertreter.

Gleich in den ersten Sitzungen gab sich ein tiefes Mißtrauen gegen die jetzige Regierung kund. Gelegentlich der Verhandlungen über die Zurücknahme des Wahlgesetzes äußerte Bennigsen, es sei „an die Stelle jenes Ministeriums, welches sich durch persönliche Ehrenhaftigkeit und jedenfalls auch durch ausgezeichnete Befähigung für Departementsangelegenheiten das Vertrauen des Landes erworben habe, ein Ministerium gesetzt worden, welches sich mehr nach rechts wendete, übrigens ohne allen Zusammenhang wäre, und Mitglieder in sich schließe, welche bis dahin durchaus keine hervorragende Thätigkeit auf den ihnen zugeteilten Gebieten entwickelt hätten .... Der jetzige Minister des Innern insbesondere habe bei seiner langen politischen Thätigkeit, bei seiner früheren Thätigkeit als Minister, die nicht zum Glück des Landes gereicht habe, dazu mitgewirkt, die Neigung des Monarchen zum persönlichen Regiment zu befördern, und die verfassungsmäßige Stellung des Gesamtministeriums herabzudrücken*)."

Unter den zahlreichen Vorlagen, die den Ständen zur Beratung überwiesen wurden, war der „Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. August 1847 und die Aufhebung des Gesetzes vom 15. Juni 1848 betreffend", eine der wichtigsten. Er war von dem Minister Bacmeister mit einer so erschöpfenden Sachkenntnis ausgearbeitet, daß selbst Miquel seine Genugthuung darüber aussprach. Freilich würde seine Freude, wie er sagte, durch eine Befürchtung wesentlich getrübt, nämlich die, daß auch dieser Entwurf, wie es bei dem Wahlgesetz geschehen, niemals werde publiziert werden.

*) Hannoversches Landtagsblatt von 1866, zweite Kammer. Sitzung vom 24. April 1866 S. 26 ff.

Freilich habe die Zurückziehung dieses letzteren Gesetzes nicht einmal große Trauer erregt, weil es „doch nur mit Widerstreben als Ersatz eines bessern angenommen sei"; aber er hoffe doch, daß die Regierung in diesem Fall eine beruhigende Erklärung werde abgeben können*).

Den Verdacht, als ob der Entwurf nach irgendwelcher Richtung mit politischen Bestrebungen verknüpft sei, als ob diejenigen, welche das Gesetz vorlegten, nicht die Absicht hätten, dasselbe durchzuführen, wies Bacmeister energisch zurück. Ein solcher Gedanke sei unwürdig für die, gegen die er gesprochen, und für die, welche ihn aussprächen, sagte er, aber er konnte das der Regierung entgegengetragene Mißtrauen nicht beschwichtigen.

Die Vorlage wurde auf Antrag R. von Bennigsens mit einigen andern zunächst einer Kommission überwiesen. Ebenso ging es mit einer Regierungsvorlage hinsichtlich der Verhältnisse der Presse, die zu ziemlich erregten Diskussionen Veranlassung gab. Am heftigsten sprach sich wieder Miquel aus, der überhaupt in dieser Session als Führer der Opposition Bennigsen weit überragte. Mit deutlicher Hinweisung auf das Meding'sche Preßbureau meinte er: „Nirgends sei ein solches verderbliches System der Korruption als hier, wenn auch ganz Deutschland in Gefahr sei, seine Presse entsittlicht und demoralisiert zu sehen. Wenn aber durch Regierungskorrespondenzen, welche Blättern von allen politischen Färbungen aufgenötigt und von diesen aufgenommen würden, ohne den Stempel ihres Ursprungs zu tragen, wenn durch solche Kuckuckseier das Publikum hintergangen und getäuscht werde, so sei das verderblich und gefährlich."

Da fuhr der Minister Dieterichs zornig auf und bat um eine Erklärung, ob die Bezeichnung „Kuckuckseier" sich auf Hannover beziehen sollte. Miquel aber ließ sich nicht zum Schweigen bringen. Er wiederholte, daß die Methode der Regierungen, in Blätter aller Farben Artikel zu bringen, welche deren Tendenzen nicht entsprächen, demoralisiere. Das nenne er „Kuckuckseier". Wer sie hineinbringe, wolle nicht demoralisieren, bringe aber diese Wirkung hervor.

Um den Kommissionen Zeit zum Arbeiten zu geben, vertagten sich die Stände am 5. Mai auf mehrere Wochen. Die Militärvorlage aber kam gar nicht zur Verhandlung**).

*) Landtagsblatt, Verhandlungen der zweiten Kammer der 15. allgemeinen Ständeversammlung, 2. ordentliche Diät. S. 20 ff.

**) Nach den Angaben von A. und R. von Sichart (Geschichte der Königlich hannoverschen Armee V. Teil S. 301 ff.) bestand die Absicht, die Kavallerie künftig

Die Pause zwischen den Kammerverhandlungen benutzte Bennigsen zu einer Fahrt nach Berlin. Er sah in der am 9. Mai erfolgten Auflösung des dortigen Abgeordnetenhauses einen „versöhnlichen Schritt der Regierung," die Absicht, die Stimme des Landes hören zu wollen*), und fühlte das Bedürfnis, sich mit „seinen Freunden von der Fortschrittspartei", von Unruhe, Schultze-Delitzsch, Löwe-Calbe u. s. w., über das künftig einzuhaltende Verfahren zu verständigen. Während der Konferenzen ging ihm ein Brief des Legationsrats von Keudell zu, in dem er Bennigsen den Wunsch des Ministerpräsidenten, nach einer persönlichen Besprechung übermittelte. Die erste Anregung zu diesem Schritt scheint von Oetker, dem Führer der kurhessischen Liberalen, ausgegangen zu sein. Trotz des lebhaften Widerspruchs einiger Ausschußmitglieder ging Bennigsen auf den Vorschlag ein und noch an demselben Tage (14. Mai, abends 9 Uhr) fand die Unterredung statt. Sie führte aber zu keinem positiven Ergebnis. Bennigsen glaubte, wie früher, auf der Bewilligung gewisser Zugeständnisse bestehen zu müssen, bevor der Nationalverein sich zu einer Unterstützung der Bismarckschen Politik verpflichtete. Namentlich verlangte er die vorherige Ausgleichung des Verfassungskonflikts und eine nähere Mitteilung über die beabsichtigte Reform des Bundes. Eventuell wollte er sich auch zufrieden geben, wenn man die Verfassung von 1849 ausdrücklich für die Basis der künftigen Parlamentsverhandlungen erklärte. Wenn er aber später vor Gericht**) ausgesagt hat, er habe vor Eintritt in die politische Besprechung ausdrücklich befürwortet, daß „von Hannover nicht gesprochen werden solle", so hat er anderen Personen gegenüber diese Zurückhaltung durchaus nicht beobachtet. Gegen Bernhardi z. B.

---

auf 4 Regimenter (1 schweres und 3 leichte) zu reduzieren. Jedes Regiment aber sollte 5 Schwadronen zu 187 Köpfen und 143 Pferden stark gemacht und die regelmäßige Bequartierung auf dem Lande abgeschafft werden. Dafür beabsichtigte man, für jede Schwadron eine besondere Kaserne in deren Stabsquartier zu erbauen, so daß also im Stabsquartiere des Regiments, wo schon eine Kaserne war, wenn man wollte, zwei volle Schwadronen hätten untergebracht werden können. Außerdem wollte man die Bewilligung für den Bau eines Militärakademie-Gebäudes, einer Ingenieurkaserne, einer Kaserne für die reitende Artillerie in Hannover und zweier Infanteriekasernen (in Celle und Lüneburg) sowie endlich eines Militär-Gefangenhauses beantragen und auf der Ahrensheide bei Walsrode ein stehendes Lager zu Artillerieschießübungen errichten.

*) Th. von Bernhardi a. a. O. VI. T. S. 316.

**) Bericht über die im Jahre 1889 stattgehabte Verhandlung vor der Strafkammer in Hannover gegen den Redakteur der „Deutschen Volkszeitung", von Dannenberg, nach einem Referat in der Münchener Allgemeinen Zeitung von demselben Jahr.

hat er sich am 13. Mai abends dahin ausgesprochen, daß in Hannover „mit entschiedenen, recht bestimmt und rücksichtslos ausgesprochenen Drohungen auch jetzt noch der Anschluß an Oesterreich verhindert werden könne"*). Uebrigens hütete sich der preußische Ministerpräsident wohl, den hannoverschen Deputierten die letzten Ziele seiner Politik zu enthüllen. Gegen Miquel, der gleichfalls an den Ausschußverhandlungen des Nationalvereins teilgenommen hatte und während derselben einmal noch spät in der Nacht zu ihm kam, äußerte er: „Wir haben mit Hannover gefochten im siebenjährigen Kriege und im Freiheitskriege. Preußen, wenn es zu einem Konflikte und Bruch kommt, was ich nicht weiß (!!), ist in einer gefährlichen Lage. Wir können nur dringend wünschen, daß Hannover sich **neutral** hält, — mehr verlangen wir nicht, — und Geneigtheit zeigt, teilzunehmen an der Rekonstruktion der Bundesverhältnisse, die nicht so bleiben können, wie sie sind."

Am 23. Mai wurden in Hannover die Sitzungen der Ständeversammlung wieder eröffnet, und am 29. stellte Bennigsen den „Urantrag", eine Adresse an Seine Majestät den König zu beschließen, des Inhalts, daß es der dringende Wunsch des Landes sei, Deutschland vor den Gefahren und unheilvollen Folgen eines inneren Krieges bewahrt zu sehen.

Die hannoversche Regierung aber habe „die Pflicht, für die Aufrechthaltung des Friedens thätig zu sein, sowie zur Herstellung einer, die Wiederkehr ähnlicher Zustände verhindernden bundesstaatlichen Gesamtverfassung Deutschlands auf schleunige Einberufung eines freigewählten Parlaments hinzuwirken, in dem Konflikte zwischen Preußen und Oesterreich nicht durch vorzeitige Parteinahme oder Rüstungen die Gefahr des Ausbruchs des Krieges zu vergrößern und endlich auf eine ähnliche Haltung der übrigen deutschen Regierungen ihre Bemühungen zu richten."

Die Gedanken des Antragstellers über die innezuhaltende äußere Politik deckten sich sonach vollständig mit dem Programm der Regierung. Destoweniger aber war er mit den Maßregeln im Innern einverstanden. „Nicht das jetzige Ministerium", so schloß der Adreßentwurf, „sondern nur ein mit dem vollen Ansehen nach oben und unten ausgerüstetes Gesamtministerium ist in der Lage, auf Grund der Wiederherstellung des seit langen Jahren gestörten politischen Friedens im Königreiche mit Kraft

*) Th. von Bernhardi a. a. O. VI. T. 320.

und Erfolg für die wahren Interessen des Landes und die oben bezeichneten nationalen Interessen einzutreten."

In der Voraussicht, daß dieser Antrag von der zweiten Kammer angenommen, von der ersten aber abgelehnt werden würde, beantragte in letzterer am 2. Juni der Generalsyndikus von Rössing, sich nicht bloß negativ zu verhalten, sondern gleichfalls an Seine Majestät eine Adresse zu richten, welche zu dessen bundestreuer Politik volles Vertrauen und die Hoffnung aussprach, „Allerhöchstderselbe werde auch fernerhin sowohl bei den Abstimmungen am Bundestage, als auch im Falle eines ausbrechenden Krieges zwischen den deutschen Großmächten, lediglich sich das Bundesrecht zur Richtschnur nehmen". Für eine solche Politik sei man gern bereit, freudig alle Opfer zu bringen, welche die Wiederherstellung des Bundesfriedens auf Grundlage des Bundesrechts erfordern möchte. Endlich erkenne man zwar die Notwendigkeit der Teilnahme einer Volksvertretung an der Leitung der Bundesangelegenheiten an, meine aber, „die Gewähr für eine gedeihliche Entwickelung der deutschen Bundesverfassung nur in einer Versammlung finden zu können, welche von den ständischen Vertretungen der einzelnen Regierungen gewählt wird".

Schon zwei Tage nachher, am 4. Juni, wurde der Antrag mit großer Majorität (25 gegen 17 Stimmen) angenommen. Auch die in der Sitzung anwesenden Minister Hodenberg und Malortie erklärten sich mit der Fassung einverstanden. Dagegen machte der Klosterkammerdirektor von Wangenheim geltend, er finde in dem Schlußsatz des Entwurfs „eine für die Verhältnisse der hannoverschen Stände nicht indizierte Provokation" oder wenigstens eine ungerechtfertigte Kritik gegen Preußen, und zwar, weil dieses der Volksvertretung am Bunde eine andere Grundlage zu geben beabsichtige*). Seine Bedenken wurden jedoch nicht beachtet.

Die Verhandlungen am 6. Juni über den Urantrag Bennigsens in der zweiten Kammer gestalteten sich zu einer Haupt- und Staatsaktion ersten Ranges**). Bennigsen begann die Begründung seines Entwurfs mit einem langen historischen Rückblick auf die Entwickelung der deutschen Frage seit dem Jahre 1848, um die Wertlosigkeit der Bundesverfassung und des Bundesrechts zu beweisen. Jedenfalls brauche Hannover nicht

*) Hannoversches Landtagsblatt von 1866. Erste Kammer. S. 145 ff.

**) Hannoversches Landtagsblatt von 1866. Zweite Kammer. S. 189 ff.

einseitig als Champion des Bundesrechts aufzutreten, Hannover, „wo zweimal durch dieses Bundesrecht, einmal unter Mitwissen und Genehmigung, einmal auf Anrufen der Regierung, unser Verfassungsrecht gebrochen sei“. Es sei nun aber jetzt „eine eigentümliche Koalition zu stande gekommen zwischen der österreichischen Regierung, einem Teil der deutschen Mittel- und Kleinstaaten und der radikalen Partei, welche die Verteidigung des Bundesfriedens und Bundesrechts erstrebe, und, gestützt auf das heilige Recht des Bundes, den Friedensbrecher bekämpfen wolle“.

Dann ging er zu einer Beleuchtung der Stellung über, die seiner Ansicht nach Hannover in der kommenden Krisis einnehmen müsse — und merkwürdigerweise stimmten seine Ansichten mit den Anschauungen der Regierung, beziehungsweise Zimmermanns in allen wesentlichen Punkten überein. „Wenn uns unsere geographische Lage“, so führte er aus, „bei einem Kriege, der nicht bloß ein kurzer Kabinettskrieg ist, sondern geführt wird um die gegenseitige Machtstellung in Deutschland, keine Wahl läßt, so liegt es um so mehr im Interesse unserer Regierung, unseres Volkes, die Entscheidung wegen des Krieges hinauszuziehen, und Beschlüsse gegen eine der großen Mächte, gegen Preußen oder gegen Oesterreich zu verhindern. Wenn wir nicht neutral bleiben, so werden auch die andern Mittelstaaten dies nicht bleiben können, was bis jetzt doch glücklicherweise der Fall ist, wenn sie auch schon auf alle Eventualitäten gerüstet haben. Der erste Anfang, die Neutralität aufzugeben, zieht alle Staaten, ganz Deutschland mit sich fort in den Krieg. Aber auch abgesehen von dieser geographischen Lage wird uns, wenn das preußische Volk es dahin bringt, das System Bismarcks zu stürzen, wenn also der Krieg nicht mehr gegen Bismarck, sondern gegen Preußen und im Interesse Habsburgs geführt wird, um die preußische Macht niederzuhalten, wenn dann die preußische Regierung nicht allein für Preußen, sondern für Deutschland einsteht, dann wird uns durch unsere Stellung, unser politisches Interesse, unser Gefühl, ja durch die Ueberlieferung unseres Herrscherhauses geboten, auf preußische Seite zu treten.“

Bismarck stütze er nicht, fuhr er fort, er hoffe, daß es lieber heute als morgen dem preußischen Volke gelingen werde, denselben zu entfernen; dagegen habe er aber sonst die Bedeutung des preußischen Staates nicht vergessen, dessen Aufgabe es sei, die Entwickelung Deutschlands zu vollenden.

Dann suchte er den Passus seines Antrages zu rechtfertigen, worin er den Wunsch nach einem Systemwechsel und der Einrichtung eines Gesamt-Ministeriums aussprach. Unter den jetzigen ganz ungewöhnlichen Verhältnissen habe er nur von dem ganz allgemeinen Recht der Bitte und Beschwerde Gebrauch gemacht und sich dabei der ehrerbietigsten Form bedient. Die Stände seien keine Hofbeamte und hätten die Pflicht, auch unangenehme Wahrheiten dem Könige mitzuteilen, zumal wenn so Großes auf dem Spiel stehe.

Wie aber seien die Zustände im Lande? Es sei nicht das Gesamt-Ministerium, nicht einmal die einzelnen Minister die Ratgeber der Krone, sondern schon seit längeren Jahren Personen ohne die Verantwortlichkeit eines Ministers, Personen ohne Ansehen im Lande, ja zum Teil mit dem Gegenteil des Ansehens ausgestattet. In den letzten Monaten solle dies noch mehr als früher der Fall sein, und wenn schon das vorige Ministerium sich dagegen nicht habe schützen können, so werde solches diesem noch schwächeren Ministerium gewiß nicht gelingen.

Dann gab Bennigsen eine Charakteristik der einzelnen Minister, bei der namentlich Graf Platen und Bacmeister schlecht wegkamen. Dem letzteren, den er übrigens für „eine der bestbefähigten Persönlichkeiten im Lande" erklärte, machte er zum Vorwurf, daß der Sturz des Ministeriums Schele, „des letzten, welches aufrichtig einen Verfassungsausgleich angestrebt habe, zum größten Teile sein Werk wäre, obgleich er selbst damals ein Mitglied dieses Ministeriums gewesen sei".

Nachdem er endlich noch hervorgehoben hatte, daß gerade Hannover eine große Anzahl bedeutender Männer besitze und sich durch seine Anhänglichkeit an ein Fürstenhaus auszeichne, an dem weder hier noch in Braunschweig ein Fluch des Verrats an Kaiser und Reich hafte, sprach er den Wunsch aus, „daß sein Antrag nicht so angesehen werden möge, als ob er von einer Partei ausginge. Man möge vielmehr glauben, daß er von einem Manne gestellt sei, der nur das Wohl des Landes und ganz Deutschlands dabei im Auge habe".

Diesen Angriffen gegenüber hatte Bacmeister einen schweren Stand. Zunächst erklärte er, daß er den Invektiven, welche die Presse wiederholt gegen Bennigsen geschleudert habe, völlig fremd sei. „Es komme ihm nicht in den Sinn, daß ein hannoverscher Edelmann und Unterthan jemals ein Landesverräter werden könne."

Richtig aber sei es, daß die Regierung die Pflicht habe, für die Aufrechterhaltung des Friedens thätig zu sein, und nicht durch vorzeitige

Rüstungen die Gefahr des Ausbruches eines Krieges zu vergrößern. Der Auffassung jedoch, als sei die Einberufung eines freigewählten Parlaments ein geeignetes Mittel, um aus dem Staatenbunde einen Bundesstaat zu machen, konnte er sich nicht anschließen. Ihm schien vielmehr die Bildung eines völkerrechtlichen Vereins souveräner Fürsten seinerzeit ein glücklicher Gedanke gewesen zu sein. Diesem Staatenbunde verdanke man — was noch niemals in der deutschen Geschichte vorgekommen sei — einen fünfzigjährigen Frieden, ihm verdanke man, daß seitdem keine Bündnisse der einzelnen Staaten mit dem Auslande vorgekommen. Die Reformbedürftigkeit des Bundes erkannte er jedoch an, aber er glaubte, daß ein langsamer kontinuierlicher Fortschritt besser sei, als ein Fortschritt in Sprüngen. Ob zu der Reform eine Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde gehöre, wolle er um so mehr dahin gestellt lassen, „da über diese Angelegenheit jetzt auch beim Bunde Verhandlungen zugelegt seien". Er glaube auch nicht, daß es die Ansicht des hohen Hauses sei, „daß man, entgegen dem jedem selbständigen Staatskörper innewohnenden Streben nach Erhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, auf eine bundesstaatliche Gesamtverfassung Deutschlands hinarbeiten müsse". Erst vor zwei Jahren habe diese verehrte Versammung sich dahin ausgesprochen, daß man am Bundesrecht festhalten solle und müsse. Auch jetzt glaubte er, daß Hannover keine Wahl habe, sondern nur eine Pflicht, und die sei, „Hannover müsse bundestreu bleiben". Jeder im Hause werde nun mit ihm darin einverstanden sein, daß es dem Bundesrecht widerstrebe, wenn zwei Bundesglieder sich offen bekriegen. „Sobald sie es doch thun, treten sie aus dem Rahmen des Bundesrechts heraus, und darin dürfen ihnen die andern nicht folgen." Ein System nun bestehe darin, daß diese mit untergeschlagenen Armen zusähen, wie zwei Bundesglieder miteinander Krieg führen. Ein solches nur passives Verhalten aber widerspräche der Bundespflicht. Jedes einzelne Bundesmitglied habe vielmehr keine Wahl, wie es sich stellen wolle. Es müsse mit allen zu Gebote stehenden Kräften die Aufrechterhaltung des Bundesrechts anstreben. Daß die Ausübung dieser Pflicht thatsächlich mit Gefahren verbunden sein könne, wolle er nicht leugnen. Aber er habe die feste Zuversicht, daß die Königliche Regierung, wenn sie ihre Bundespflicht vorsichtig aber fest erfülle, keinen Schaden für das Land heraufbeschwöre. Auch die Rücksicht auf die geographische Lage könne ihn nicht zu der Ansicht bringen, daß Hannover Gefahr laufe. Er erklärte daher offen und frei, „daß es seine Ansicht sei, daß Hannover fest und ohne Wanken am Bunde festhalten müsse".

Mit einer Abwehr der gegen das Ministerium und ihn insbesondere gerichteten Angriffe schloß er seine Rede.

Dann aber erhob sich Bennigsens Gesinnungsgenosse Miquel, um den Minister zu beschuldigen, „daß er zwar sehr objektiv und allgemein, so objektiv und so allgemein gesprochen habe, als sei er ein Historiker oder ein Philosoph und nicht ein verantwortlicher Minister, ein Minister eines deutschen Mittelstaats in der gefährlichsten Lage und Bedrängnis, wo das Volk Aufklärung haben wollte über die Intentionen der Königlichen Regierung gegenüber dem drohenden Konflikte der beiden deutschen Großmächte".

Ueber die Politik des jetzigen Ministeriums habe der Vorredner so gut wie nichts geäußert. Er habe gesagt, „man wolle den Frieden erhalten", „es sei gut, so lange wie irgend möglich neutral zu bleiben", aber wohin man sich, wenn dies nicht mehr ginge, schlagen wolle, habe er nicht angegeben. Er habe eingeräumt, daß eine Volksvertretung am Bunde erforderlich sei; aber welche Kompetenz derselben beigelegt werden solle, habe er nicht geäußert. Also sei die Stellung der Königlichen Regierung jetzt nicht um einen Deut klarer als früher. Von allen Seiten, von Einzelnen, von Vereinen, von Kollegien und andern Organen seien dringende Aufforderungen an die Abgeordneten dieses Hauses ergangen, nach Aufklärung der politischen Situation, des politischen Programms des jetzigen Ministerii zu streben. Die widersprechendsten Zeitungsgerüchte durchliefen das Land. Jetzt habe die Regierung Grund und Gelegenheit gehabt, die Unklarheit zu heben. Glaube dieselbe etwa, daß man ihr ohne Kenntnis von ihren Absichten mit blindem Vertrauen folgen werde?

Man verweise uns auf das Bundesrecht! Wie könne dasselbe Bundesrecht, welches gerade diesen so gefahrdrohenden Zwiespalt herbeigeführt habe, Mittel der Abhilfe sein? Der 50jährige Friede sei nicht eine Folge der Bundesverfassung, sondern man könne eher sagen: „Trotz des Bundes haben wir 50 Jahre Frieden gehabt". Er sei erkauft mit dem größten Schaden materieller Interessen, mit der Demütigung und Erniedrigung der deutschen Nation! Den Aufschwung der Industrie und des Handels haben wir trotz der Bundesverfassung durch den Zollverein errungen, welcher mit Oesterreich nicht möglich gewesen. Und was endlich die idealen Güter anlange, die wir dem Bunde verdanken — nun, so sehe es damit kläglich genug aus. Das sei das Bundesrecht! Das sei der Bund! —

Das Beharren bei dem jetzigen Bundesrecht sei daher nicht vereinbar mit den Pflichten gegen den Thron. Wenn wir also in einem

ehrfurchtsvollen Vortrage mit unsern Wünschen uns dem Throne nahen, wie könne man sagen, das sei entgegen den Pflichten eines treuen Unterthans! Gleichgiltig dem ausbrechenden Kampfe zusehen, die Dinge gehen und kommen lassen wie sie wollen, das sei kein Beweis pflichttreuer Unterthanenschaft! Die Existenz der deutschen Mittel- und Kleinstaaten sei gefährdet durch zwei Umstände, einmal durch das unfertige Bedürfnis eines Staats, zu einer Großmacht zu werden, und zweitens durch das das deutsche Volk durchdringende Streben nach Einigung, durch das Streben der Nationalitäten. Den sichersten Schutz für die Erhaltung ihrer Existenz hätten die deutschen Mittelstaaten zu suchen im Volke. Noch wolle man keinen Einheitsstaat, noch seien zurückzuweisen die Bestrebungen des Junkertums nach Arrondierung. Noch habe diejenige Partei die Oberhand, welche die Existenz der Mittelstaaten als selbständige politische Körper zu vereinigen suche mit einer bundesstaatlichen Gesamt-Verfassung Deutschlands. Das sei die Partei, der er angehöre. Nun seien aber auf vielen Seiten die Zweifel gewachsen, ob die Souveränetät der Mittelstaaten mit einer bundesstaatlichen Entwickelung Deutschlands zu vereinigen sei. Die Königliche Regierung thue nicht wohl daran, wenn nicht zu wollen, doch zu dulden, daß solche Männer, die jenem Zweifel noch entgegentreten, Verräter gescholten werden.

Was seien denn aber solche Rechte, deren Aufgeben der Mediatisierung gleich stehen solle? Auf das deutsche Parlament, welches seine Partei wolle, müsse ein gewisser Einfluß auf die Bildung neuer militärischer Körper übertragen werden. Im Frieden könne das Militär so bleiben wie es jetzt ist. Im Kriege werde es sich anlehnen müssen an einen unter einheitlicher Leitung stehenden militärischen Gesamtkörper — eine Forderung, die Hannover stets als berechtigt anerkannt hat!!!

Für die traurigen Vorgänge in Holstein machte der Redner natürlich allein die mangelhafte Militär-Organisation verantwortlich. „Würde solche erbärmliche Stellung dort möglich gewesen sein“, rief er wehklagend, „wenn wir eine deutsche Armee besessen hätten?“

Auch auf dem Gebiete der Handelsgesetzgebung, des Eisenbahnbaues, müsse man jetzt schon thun, was die Großmächte wollen. Hier habe man bereits auf die Geltendmachung der vollen Souveränetät verzichtet, und ebenso werde man die Einführung einer gemeinsamen Prozeß-Ordnung, eines Obligationenrechts, eines Eisenbahnrechts nicht hindern wollen und können. Dem gegenüber sei die Mediatisierung eine Phrase. Es

sei aber nicht immer früh genug, eine weise vernünftige Politik einzuschlagen, häufig aber, wenn im Falle der Not damit hervorgetreten werde, zu spät.

Wenn aber die Regierungen in die Lage kommen sollten, sich nach zuverlässigen Bundesgenossen umzusehen, so fänden sie diese im deutschen Volke. Das deutsche Volk wolle den Frieden und es sei Verblendung, wenn die so gefährdeten Regierungen sich dieses guten getreuen Bundesgenossen nicht versicherten.

Wie der Redner jedoch die Macht und den Einfluß dieses Verbündeten wirksam zu machen gedachte, geht aus seinen Ausführungen nicht deutlich hervor. „Das unorganisierte Volk", sagte er, „könne den Regierungen nichts nützen; wenn es Einfluß üben, wenn es den kriegslustigen Vergewaltiger zurückdrängen wollte, so müsse man ihm eine gehörige Organisation geben."

Daneben versprach er sich von der Berufung eines aus Volkswahlen hervorgegangenen Parlaments, „welches die Landesinteressen zurückdränge", eine wahrhaft magische Wirkung. Er wünschte dessen Zusammentritt möglichst bald, sagte er, am liebsten schon heute, denn morgen sei es vielleicht schon zu spät. Wäre der Krieg ausgebrochen, dann könne kein Parlament zusammenkommen, es sei denn nach dem Kriege. Dann aber sei der Einfluß des deutschen Volkes beseitigt, wie der der Regierungen. Dann entscheide nicht die Ueberzeugung der Nation, sondern die Gewalt der Waffen, und er fürchte, das werde gegen die Mittelstaaten entscheidend sein.

Das Bundesrecht endlich sei entweder Preußen, wenn das der mächtigere ist, oder Oesterreich, wenn dieses der mächtigere ist, oder die Contrebalance beider Großmächte, oder aber das Bundesrecht ist Nichts. Wenn es zum Konflikt komme, so sei das Bundesrecht nichts als Schein, denn es gebe Vorwände, unter der Form des Bundeskrieges sich auf Seite derjenigen Großmacht zu schlagen, von der die wenigste Gefahr zu befürchten sei, um die am tiefsten zu demütigen, von welcher anscheinend die größte Gefahr drohe.

Nun habe der Minister des Innern zwar geleugnet, daß hier eine Gefahr vorhanden sei. Derselbe werde die Dinge vielleicht besser beurteilen können, als er; mit dem gewöhnlichen Unterthanenverstande lasse sich jedoch das schwerer begreifen, und er wolle nicht versuchen, das Rätsel zu lösen.

Mit einer Warnung vor den Folgen einer Politik, die das Bundesrecht zur höchsten Richtschnur ihres Verhaltens machte und vielleicht dazu führte, daß man dem Beschlusse einer Bundes-Exekution gegen Preußen Folge leisten müsse, und einer lebhaften Schilderung der Schrecknisse, welche eintreten müßten, „wenn ein Heer von rohen Tschechen, Kroaten und Panduren, fanatisiert durch die Hetzartikel der österreichischen Presse, über die deutschen Fluren herfiele und sie verwüstete“, schloß der Redner. Den Ministern aber rief er zu: „Eine einheitlich organisierte Regierung mit dem Wahlspruch: Voran, auf Gott und das Recht vertraut, so kommt man am weitesten.“

Nachdem sodann der Justizminister Leonhardt den Standpunkt, daß man den legalen Beschlüssen des Bundes und seinen Gesetzen Folge leisten müsse, verteidigt und die Vorwürfe der Opposition gegen die Amtsführung der jetzigen Regierung zurückgewiesen hatte, erhob sich unter atemlosen Schweigen des Hauses der Staatsminister a. D. von Münchhausen, um seinen Standpunkt zu der brennenden Frage darzulegen. Dem erfahrenen Staatsmann entging es nicht, daß in dem Phrasengeklingel der Oppositionsführer nicht ein einziger praktischer Fingerzeig enthalten war, der der Regierung in der gärenden Zeit als Wegweiser dienen konnte, daß ihnen vielmehr die drohende äußere Lage nur ein erwünschter Anlaß war, um durch Schürung der Unzufriedenheit im Lande die inneren Schwierigkeiten zu vermehren.

Daß es berechtigt sei, Se. Majestät in der jetzigen Zeit über die Stimmung des Landes aufzuklären, erkannte Münchhausen an. Aber es sei durchaus zweckwidrig und nicht geboten, „jetzt eine Kundgebung an Se. Majestät den König zu erlassen, welche nach Form und Inhalt ungewöhnlich sei, dem Inhalte nach, weil die Landesvertretung regelmäßig sich auf die Angelegenheiten innerhalb der Landesgrenzen zu beschränken und sich nicht auf ein so allgemeines und schlüpferiges Feld auszudehnen habe, auf welchem sich nur das reiffste politische Urteil mit Sicherheit zu bewegen vermöge“. Ihm mache der Urantrag den Eindruck, daß bei der jetzigen Lage der Dinge der Antragsteller eine starke Regierung für notwendig erachte. Auch er könne nur diejenige Regierung für stark halten, welche das Vertrauen der Krone und des Landes in sich vereinige, während die Handlungen des jetzigen Ministeriums ihm objektiv darzulegen schienen, daß „die Harmonie mit der Vertretung nicht zu den Lebenselementen gehöre, welche die Regierung für erforderlich halte“.

Für den Antrag, wie er vorliege, könne er indes nicht stimmen. Die

beiden ersten Punkte desselben richteten sich eigentlich an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Es sei aber von diesem durchaus nichts vorgenommen, was nicht mit dem wörtlichen Inhalt des Antrages in Einklang stände. Im allgemeinen könne man sich also damit einverstanden erklären. Der Zusammenhang zwischen Nr. 2 und 3 aber sei nicht logisch und erinnere an die Schlußfolgerung: „Dieweil der Löwe ein grimmig Tier ist, also laßt uns in einem neuen Leben wandeln“.

So lange Redner sich ein politisches Urteil zugemutet, habe er sich nicht befriedigt gefühlt von dem deutschen Bunde als Central-Gewalt. Diese Ansicht habe er stets bethätigt. Sobald er gelegentlich der Herzogtümerfrage die Ueberzeugung gewonnen, daß in einer des Landes und des Volkes würdigen Weise die Bundesexekution und die Bundesmaßregeln nicht durchzuführen seien, habe er sich nicht entschließen können, als Bundeskommissar einzutreten. Und doch existiere der Staat Hannover in Deutschland nur kraft des Bundesrechts. So wenig er nun auch ein Verehrer desselben sei, und so wenig er auch der Behauptung zu widersprechen vermöge, daß das Bundesrecht materiell schon vielfach verletzt worden sei, wo die Mittelstaaten nicht mit den beiden Großmächten gegangen wären; so sei es doch die einzige Richtschnur für die Thätigkeit und die korrekte Begrenzung der Vertretung der einzelnen Staaten in Deutschland.

Wenigstens nicht angenehm stoße ihm daher der Ausdruck „bundesstaatlich“ in dem Antrage auf. Der Ausdruck sei so dehnbar, daß nähere Detailbestimmungen möglicherweise die Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder stärker stellen könnten, als in dem jetzigen Staatenbunde.

Der wichtigste Punkt des Antrages liege für ihn darin, daß gesagt sei, die Regierung möge in dem Konflikte zwischen Oesterreich und Preußen nicht durch vorzeitige Rüstungen und Parteinahme die Gefahr des Kriegsausbruchs vergrößern. Die Bestimmung dieses Zeitpunkts scheine ihm besonders schwierig. Nach dem ständischen Eide, welcher vorschreibt, das Wohl unseres Landes zunächst zur Grundlage unserer Beratungen zu nehmen, frage es sich einfach, worin dieses Wohl bestehe. Materielle Interessen seien hier nicht allein maßgebend; er halte vielmehr die Verfassungstreue, die Achtung vor Recht und Gesetz an und für sich ebenso maßgebend für Staaten wie für Individuen. „Die Regierung würde sich schwer versündigen, wenn sie die Armee, die durch alle Fibern mit dem Volke verwachsen ist, in die Lage brächte, ihre militärische Ehre nicht wahren zu können und zwar zur rechten Zeit.“

Die Ansicht des Antragstellers, daß der geographischen Lage nach für Hannover keine andere Möglichkeit bestände, als mit Preußen zu gehen, könne er nicht teilen. Er finde in dem ganzen bisherigen Verfahren der Regierung nur den Versuch, die Politik der freien Hand zu beobachten. Eine solche Politik sei wohl einer starken Regierung möglich, nicht aber einer schwachen. Auch wolle er einräumen, daß im vollen Kriege, selbst bei der Aufstellung der stärksten Armee, die Hannover aufstellen könne, unser Land für Preußen offen liege, und wir es nicht nach allen Seiten hin zu schützen vermöchten. Er müsse aber der Meinung sein, daß auch der Mangel an Kraft der jetzigen Regierung und ihre schwächliche Haltung das Resultat niemals verändern würde. Von seiten des Nachbarstaats könne kein anderes Auftreten erwartet werden, als die Neigung zu gewinnen, sich zu vergrößern. Die Gefahr sei unvermeidlich, möge der Krieg günstig oder ungünstig für Preußen ausfallen. Das isolierte Hannover würde keine Hoffnung auf Hilfe von Bundesmitgliedern haben. Deshalb halte er das unbedingte Mitgehen mit Preußen für unzulässig. Die Aeußerung des Herrn Minister des Innern, welcher versichert habe, daß das Bundesrecht noch immer genügt habe, um den Abschluß von Bündnissen mit außerdeutschen Staaten zu verhüten, sei für ihn neu. Obgleich seine authentischen Nachrichten längst nicht so weit reichten wie die des Herrn Ministers, so müsse er doch nach den in die Oeffentlichkeit gedrungenen Gerüchten den wahrscheinlichen Bestand eines solchen Vertrages vermuten, wenn er auch noch nicht von den betreffenden Monarchen unterzeichnet sei.

Von dem Standpunkt eines Vertreters des hannoverschen Landes könne er es nicht für geraten halten, sich dem Nachbarstaate wehrlos in die Arme zu werfen. Auch glaube er nicht, daß irgend eine Regierung, die jetzige oder eine andere, im stande sein möchte, sich vollständig wehrlos, das heißt ungerüstet zu verhalten. Dann bliebe also nur noch ein moralischer Einfluß auf die übrigen Bundesglieder, die schon vollständig gerüstet dastehen, übrig.

Sein Antrag gehe deshalb dahin, dem Adreßentwurf noch einen Passus hinzuzufügen, worin gesagt werde, daß man hoffentlich entschlossen sei, „für den Fall der beginnenden Ausführung des Versuchs einer moralischen oder thatsächlichen Vergewaltigung mit unbedenklicher Entschiedenheit auf die Seite des Rechts zu treten, sowohl durch Abgabe der Abstimmung am Bunde, als auch durch Beteiligung bei der Ausführung von Bundesbeschlüssen“.

Zum Schluß beantragte Münchhausen noch, die schwierige Lage des Landes Sr. Majestät dem Könige im Anfange der Adresse darzulegen, und zu betonen, „wie diese Lage noch dadurch erschwert werde, daß die Räte Sr. Majestät keinen Wert auf gemäßigte Wünsche und Ansichten der Landesvertretung zu legen schienen".

Die Entgegnung Bennigsen's war ziemlich schwach. Der Vorredner müsse ihn mißverstanden haben, sagte er, wenn er glaubte, daß er das Verlangen, sich auf preußische Seite zu stellen, ausgesprochen habe. Er und seine Freunde wünschten nicht mit der preußischen Regierung zu gehen, und wünschten auch nicht, daß unsere Regierung das thue, aber auch nicht mit der österreichischen.

„Wenn sich die Verhältnisse ganz ändern", fuhr er fort, „wenn wir zur Selbstverteidigung schreiten müssen, dann werden wir allerdings rüsten müssen, wenn auch mit Mitteln, die vielleicht für eine solche Katastrophe nicht ausreichen." Schon jetzt aber solche Aussprüche zu thun, für Ereignisse, die vielleicht gar nicht eintreten würden, schien ihm gefährlich.

Nach einigen weiteren Reden für und gegen von geringerem Interesse wurde die Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten, die mit bedeutender Majorität die Annahme des Bennigsen'schen Antrages ergab.

Zimmermann war es im höchsten Grade unerwünscht, daß man die de facto von ihm geleitete Politik vor das Forum der Oeffentlichkeit gezogen hatte. Namentlich war er unzufrieden mit Bacmeister, weil er sich nicht vollständig zu den Grundsätzen seiner Staatsweisheit bekannt hatte. „Bacmeister hat geredet, wie wenn er eben Reinecke's Leben und Thaten studiert hätte", schrieb er an Graf Platen*). Ueber Münchhausen aber äußerte er sich in so wenig parlamentarischen Ausdrücken, daß ich Anstand nehme, sie wiederzugeben.

Während der letzten acht Tage ihres Daseins mühten sich die Stände ab, aus den entgegenstehenden Beschlüssen der beiden Kammern eine gemeinsame Adresse an den König zu formulieren. Auch sonst debattierten sie, ohne die leiseste Ahnung von der Nähe der Gefahr, friedlich über das Ausgabebudget, die Civilehe, gewisse Aenderungen der Posttaxen und Stempelsteuer u. dergl., bis der Einbruch des Feindes den Beratungen ein jähes Ende machte.

---

*) Zimmermann an Graf Platen d. d. 10. Juni 1866.

In Frankfurt lag gleichfalls bis fast zur Mitte Juni nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß Bismarck beabsichtigte, einen Schlag gegen den Bund zu führen. Die Versammlung hatte am 24. Mai dem Antrag vom 19. auf allgemeine Abrüstung allseitig zugestimmt; Hannover mit der Bemerkung, daß es überhaupt nicht gerüstet habe*). Oesterreich, Preußen und die übrigen hatten dagegen erklärt, daß sie am 1. Juni die Voraussetzungen angeben würden, unter denen sie zur Entwaffnung bereit seien. In dieser Sitzung gab der Präsidialgesandte sodann noch die Erklärung ab, Kaiser Franz Josef sei in seinen Zugeständnissen gegen Preußen so weit gegangen, „als es Oesterreichs Würde und seine angestammte Stellung in Deutschland, als es des Deutschen Bundes Recht und Verfassung nur irgend gestatteten." „Allein der Berliner Hof hat nicht nur unberechtigte Forderungen gestellt, sondern auch unglücklicherweise in stets sich steigerndem Maße die Neigung bethätigt, diese Forderungen mit Hintansetzung aller andern Rücksichten und selbst mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen." Nach einem kurzen Rückblicke auf die erzwungene Räumung Holsteins durch die Bundes-Exekutionstruppen und das immer deutlicher hervortretende Bestreben Preußens, Holstein nach den Diktaten der preußischen Annexionspolitik zu verwalten, legte er die Notwendigkeit dar, daß das von zwei Seiten gefährdete Oesterreich sich in Verteidigungszustand setzen müsse. „Hier handelt es sich aber nur um die Heeresaufstellung gegen Preußen. Was diese betrifft, so würde der Kaiserliche Hof gern bereit sein, sie rückgängig zu machen, sobald Oesterreich weder auf eigenem Gebiete, noch in Holstein, noch auf dem Gebiete seiner Bundesgenossen einen Angriff von seiten Preußens zu besorgen hätte, und ihm gegen die Wiederkehr der entstandenen Kriegsgefahr genügende Sicherheit geboten wäre."

Damit verband der Gesandte die Anzeige, daß die Kaiserliche Regierung ihre Bemühungen, einen definitiven bundesgemäßen Abschluß der Herzogtümerfrage durch ein Einverständnis mit Preußen herbeizuführen, für jetzt als vereitelt betrachte, und daß sie alles weitere den Entschließungen des Bundes anheimstelle. Schließlich teilte die österreichische Regierung der Versammlung mit, daß dem Statthalter die erforderliche Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Stände übersendet worden sei**).

*) Instruktion an den Gesandten von Heimbruch d. d. 23. Mai 1866.

**) Erklärung von Oesterreich, den Bundesfrieden betreffend, laut Protokoll d. d. 1. Juni 1866.

Preußen dagegen wiederholte die bereits früher abgegebene Erklärung, daß es zur Mobilmachung seiner Streitkräfte lediglich durch die vorangegangenen Rüstungen Oesterreichs und Sachsens veranlaßt sei. Nur wenn diese zur Abstellung ihrer Kriegsvorbereitungen bewogen und „Bürgschaften gegen die Wiederkehr derartiger Beeinträchtigungen des Bundesfriedens" gegeben würden, sei man bereit, die Armee wieder auf den Friedensfuß zu setzen. Auch gegen die seiner Regierung zugeschriebenen Motive hinsichtlich der Lösung der Herzogtümerfrage mit Waffengewalt legte Savigny Verwahrung ein. Die Wiederholung dieser Behauptungen rief bei den anderen Gesandten lebhafte Proteste hervor. Namentlich der württembergische Bevollmächtigte wies im Namen seiner Regierung den „im Angesichte Deutschlands öffentlich gegen sie geschleuderten Vorwurf einer Verletzung ihrer Bundespflicht und dadurch verschuldeten Teilnahme an der Herbeiführung der gegenwärtigen traurigen Lage Deutschlands" energisch zurück.

„In der Sache selbst wurde leider durch alle diese Erklärungen wenig gefördert, und höchstens erreicht, daß die verschiedenen Standpunkte schärfer hervortraten und mehr und mehr einer Entscheidung zudrängten*)."

An diese Diskussion knüpfte die bayrische Regierung den Antrag, aus den Bundesfestungen Mainz und Rastatt, sowie vom Sitze des Bundestags selbst, die gemeinschaftlichen Besatzungen von Oesterreich und Preußen zurückzuziehen um zu verhindern, daß wenigstens nicht in diesen Plätzen Konflikte unter den bisherigen Waffenbrüdern zum Ausbruch kommen könnten.

Endlich kam noch eine am 28. Mai an den Bund gelangte Aufforderung der neutralen Mächte (Frankreich, England, Rußland) zur Teilnahme an einer Konferenz in Paris zur Verhandlung. Als Gegenstände der Beratung wurde die Frage der Herzogtümer, der italienische Konflikt (le differend Italien) und die Bundesreform, soweit sie das europäische Interesse berührte, angegeben. Noch in derselben Sitzung wurde ohne Widerspruch Herr v. d. Pfordten zum Bevollmächtigten des Bundes gewählt. Auch Preußen erklärte sich einverstanden. Nur Oldenburg hatte einige Bedenken und würde vorgezogen haben, daß Hannover den Bund bei den Konferenzen vertreten hätte**).

Am 6. Juni erfolgte sodann die einstimmige Annahme des bayrischen Antrags über die Besatzungsverhältnisse in Mainz, Rastatt und

*) Bericht des Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 1. Juni 1866.

**) Immediatbericht Zimmermanns d. d. 5. Juni 1866.

Frankfurt a. M. Am nächsten Tage regte Pfordten eine rein deutsche Konferenz von Preußen und Oesterreich nebst anderen vermittelnden Bundesgliedern an*), fand damit jedoch keinen Anklang.

In einer neuen Sitzung des Bundestages am 9. Juni zeigte es sich vielmehr, daß der Zwiespalt zwischen Preußen und Oesterreich schon zu weit gediehen war, um noch Raum für eine friedliche Lösung zu lassen. Der preußische Gesandte v. Savigny erklärte die österreichische Behauptung, seine Regierung beabsichtige die Annexion der Herzogtümer gewaltsam durchzuführen, als „wahrheitswidrig", und suchte darzulegen, daß die Zurückgabe der holsteinischen Frage an den Bund und die Einberufung der Stände weder mit den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Verträgen, noch mit der Kompetenz der hohen Versammlung im Einklang stände**). Dennoch hielt der hannoversche Bevollmächtigte von Heimbruch die ganze Lage für so wenig gefahrdrohend, daß er noch an demselben Tage in Familienangelegenheiten einen längeren Urlaub antrat.

Bismarck war klug genug, die Einladung zur Pariser Konferenz nicht abzulehnen. An demselben Tage, wo er sie erhielt, wiederholte er in einem Rundschreiben an seine Bundesgenossen, daß den Absichten Sr. Majestät des Königs von Preußen nichts ferner liege, als die deutschen Fürsten unterdrücken zu wollen***). Den Gesandten der drei vermittelnden Großmächte aber eröffnete er, daß es nicht die Frage der Herzogtümer sei, welche die drohende Lage veranlaßt habe, sondern die Rüstungen Oesterreichs und einiger anderen Staaten des Bundes. Dennoch willigte er ein, daß die angeführten Fragen auf der Konferenz diskutiert würden und erklärte sich bereit, sich persönlich nach Paris zu begeben, wenn die Minister der auswärtigen Angelegenheiten der übrigen Mächte sich dort einfänden.

Der hannoversche Gesandte aber war überzeugt, daß trotz dieser versöhnlichen Aeußerungen Bismarck jeden Vorwand ergreifen würde, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen†).

Weniger umsichtig handelte das Wiener Kabinett. Auch dort hegte man kein Vertrauen zu dem Ergebnis der Konferenzen, „desto größeres aber zu der herrlichen Armee und zu Oesterreichs gutem Recht". Die

*) Telegramm des hannoverschen Gesandten in München, von Ompteda, d. d. 7. Juni 1866.

**) Bericht des Bundestagsgesandten von Heimbruch d. d. 9. Juni 1866.

***) Preußisches Rundschreiben an die deutschen Höfe d. d. 27. Mai 1866.

†) Depeschen Stockhausens d. d. 1. und 2. Juni 1866.

allgemeine Stimme des Reichs war: „besser ein baldiger entscheidender Krieg, als ein längeres Hinhalten oder gar ein fauler Friede". Man antwortete also den drei neutralen Mächten, daß Oesterreich, um einen neuen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, zwar bereit sei, die Konferenzen zu beschicken, bevorwortete aber, daß, sowie man keine Gebietsabtretung irgend welcher Art begehre, man auch keine Diskussion acceptieren könne, welche zum Zweck habe, von Oesterreich die Abtretung von Ländergebiet zu beanspruchen. Graf Mensdorff meinte zwar, daß diese Erklärung wohl eine Verzögerung der Konferenzen zur Folge haben, aber schwerlich deren Zustandekommen hindern könnte*); allein der Kaiser Napoleon ließ sofort nach Empfang der österreichischen Antwort die übrigen eingeladenen Regierungen telegraphisch wissen, daß die Konferenz nicht stattfinden werde**).

Bismarck aber hatte die am 1. Juni von Oesterreich am Bunde abgegebene Erklärung den längst ersehnten casus belli geliefert. Am 2. Juni berief der österreichische Statthalter von Gablenz die Stände-Versammlung des Herzogtums Holstein auf den 11. Juni nach Itzehoe. Am nächsten Tage, den 3. Juni, nachdem er erfahren, daß Oesterreich dem Kongreßvorschlage nur bedingungsweise zustimmte, protestierte Bismarck in einer nach Wien gerichteten Depesche gegen dessen Vorgehen am Bunde, das er für eine „ausdrückliche Lossagung vom Gasteiner Vertrage" erklärte.

Dadurch sei die im Wiener Frieden stipulierte gemeinschaftliche Herrschaft Oesterreichs und Preußens über die Elbherzogtümer wieder hergestellt. Der König werde deshalb seinen Statthalter in Schleswig, General von Manteuffel, „mit der Wahrung der Preußen aus diesem Vertrage zustehenden Rechte beauftragen". Zugleich wurde Werther ermächtigt, seine Pässe zu verlangen, sobald er es für angemessen hielte***).

Am 4. Juni, wo es bereits gewiß war, daß Oesterreich infolge seiner Vorbehalte auf die Unterstützung Frankreichs nicht zu rechnen hatte, veröffentlichte Bismarck ein Rundschreiben, welches die Kaiserliche Regierung aufs Tiefste verletzen mußte. Sein Inhalt war das Stärkste, was vielleicht je in diplomatischem Stile geschrieben ist. „Für diese Art von

*) Depeschen v. d. Knesebecks d. d. 29. Mai, 2. und 5. Juni 1866.

**) Telegramm des hannoverschen Gesandten in Paris, von Linsingen, d. d. 5. Juni 1866.

***) Telegramm Stockhausens en chiffres d. d. 5. Juni 1866.

Grobheit muß noch ein besonderer Name erfunden werden*)", denn die kaiserlichen Minister wurden darin beschuldigt, den Krieg um jeden Preis zu wünschen, „zum Teile in der Hoffnung, Erfolge auf den Schlachtfeldern zu erringen, zum Teile, um über die inneren Schwierigkeiten hinweg zu kommen und selbst in der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott Hilfe zu verschaffen".

Auch der König Wilhelm war jetzt von der Notwendigkeit des Krieges gegen Oesterreich überzeugt. Dem Erzbischof Paulus Melchers erwiderte er auf dessen Vorstellungen über die trübe und gedrückte Stimmung im ganzen Lande, über den Unmut und die Abneigung, womit die Landwehrmänner dem Rufe ihres Kriegsherrn unter die Fahnen gefolgt seien, mit einer ausführlichen Auseinandersetzung der politischen Lage**). Er behauptete, Oesterreich beabsichtige, Preußen wieder zu einer Macht zweiten Ranges zu degradieren. Alle von ihm erkauften Zeitungen Europas verfolgten die Tendenz, die öffentliche Meinung gegen Preußen aufzustacheln, dasselbe als von Ehrgeiz und Eroberungssucht aufgeblasen zu schildern, und so vornehmlich die deutschen Staaten aufzuhetzen. Ein solches „Lügengewebe" müsse unausbleiblich zum Kriege führen. Oesterreich aber sei am 13. März unter den lügenhaftesten Vorwänden ganz unerwartet (??) zu Truppen-Konzentrationen an der preußischen Grenze geschritten. „Vor vier Tagen aber habe es den Gasteiner Vertrag zerrissen, einseitig, ohne Preußens Vorwissen, und die Herzogtümer-Frage, die zwischen uns und nicht am Bundestage geschlichtet werden sollte, gegen jenen Vertrag diesem vorgelegt. ——— So folgte Perfidie, Lüge, Vertragsbruch unaufhaltsam seitens Oesterreichs. ..... Ich habe mit meinem Gott gerungen im Gebet, um Seinen Willen zu erkennen und nur so habe ich Schritt vor Schritt, Preußens Ehre im Auge haltend, nach meinem Gewissen gehandelt" .....

Gleichzeitig veröffentlichte der „Staats-Anzeiger" den entscheidenden Artikel des Bündnis-Vertrages vom 16. Januar 1864, worin sich die beiden Mächte verpflichteten, über die Herzogtümer nur im gemeinsamen Einvernehmen zu entscheiden, und die offiziöse „Provinzial-Correspondenz" (Nr. 23 vom 6. Juni 1866) begann ein längeres Exposé über die poli-

---

*) Tagebuchblätter a. a. O. S. 23.

**) S. das Schreiben des Königs Wilhelm von Preußen an den Erzbischof von Köln d. d. 4. Juni 1866 in Schneider a. a. O. I. T. S. 326 ff.

tische Lage mit dem Satz: „Oesterreich will keinen Frieden, Oesterreich sinnt nur auf Krieg“.

Nach Eintreffen der offiziellen Nachricht, daß Frankreich die Kongreßidee definitiv aufgegeben habe, erhielt am 6. Juni General Manteuffel den Befehl, Gablenz zu eröffnen, daß Preußen die Zusammenkunft der Stände hindern werde*). Noch an demselben Abend erschien ein Adjutant des preußischen Gouverneurs in Kiel mit der Aufforderung an den österreichischen Statthalter, die Einberufung der Stände zurückzunehmen. Darauf wollte sich dieser jedoch nicht einlassen, beschloß aber sofort, am nächsten Tage abzureisen, weil er sich in Kiel wegen der preußischen Kriegsschiffe nicht eine Stunde halten könne. Das ganze preußische Offiziercorps mit Musik und Ehrenwache war am Bahnhofe anwesend, als er am Mittage des 7. Juni den Zug bestieg, der ihn nach Altona entführte, wo auch die Brigade Kalik in größter Eile konzentriert wurde. Der Erbprinz, den Gablenz in der Nacht von dem Vorgefallenen unterrichtet hatte, war bereits in der Frühe dahin abgereist.

Manteuffel dagegen ließ sich Zeit. Am 7. Juni überschritten seine Truppen die holsteinische Grenze und dirigierten sich langsam auf Itzehoe. Von Rendsburg aus erließ er eine Proklamation an die Bewohner Schleswigs, worin er ihnen mitteilte, er sei genötigt, auch die Regierungsgewalt in Holstein an sich zu nehmen. „Zu mir habt Ihr Vertrauen, aber an der Macht und dem Willen Preußens zweifelt Ihr“, fügte er selbstbewußt hinzu. Am 10. Juni besetzte er mit zwei Bataillonen und einigen Schwadronen Itzehoe, wo die ständischen Mitglieder anfingen, sich zu versammeln. An demselben Tage erschien ein zweiter Erlaß, wodurch Baron Scheel-Plessen als Oberpräsident an die Spitze der Civil-Regierung gestellt, also eine preußische Verwaltung eingesetzt wurde.

Schon in der Nacht vom 10. zum 11. Juni wurde der Regierungsrat Lesser aus Kiel, der als Kommissär des österreichischen Gouvernements die Stände eröffnen sollte, von zwei preußischen Offizieren arretiert und nach Rendsburg gebracht. Der Ministerialrat von Hofmann aber, der gleichfalls den Sitzungen beiwohnen wollte, machte sich schleunigst aus dem Staube, als er diese Verhaftung erfuhr, und war am 11. morgens bereits wieder in Altona. Die Deputierten aber fanden, als sie sich zur

*) Das Folgende ist nach den Immediatberichten und Telegrammen Zimmermanns vom 6. bis 12. Juni 1866.

Sitzung begeben wollten, die Kirche und das ständische Lokal verschlossen und besetzt. Sie mußten sich also darauf beschränken, vor ihrem Auseinandergehen einen Protest zu erlassen, der in allen Zeitungen des Landes veröffentlicht wurde.

Bismarck war mit dem rücksichtsvollen, zögernden Verhalten Manteuffels höchst unzufrieden. Er hatte gehofft, er würde „ein bischen York spielen*)" und „nicht den ganzen europäischen Plan aus militärischer Höflichkeit gegen Gablenz umstoßen". Nach seinem vertraulichen, die offizielle Instruktion interpretierenden Telegramm an den General hatte er angenommen, daß dieser sofort nach Ablehnung seiner Forderung die Eider überschreiten, und die österreichischen Truppen aus ihren Garnisonen vertreiben würde. Kam es dabei zum Kampfe, um so besser, denn Manteuffel stand eine Streitmacht zu Gebote, die allen möglichen Wechselfällen gewachsen war. Außer den ihm unmittelbar unterstellten 15000 Mann, verfügte er noch über 4 Landwehr-Regimenter und 2 Eskadronen Kavallerie, welche in Lauenburg zusammengezogen waren. Außerdem erschienen in den nächsten Tagen der Panzer Arminius und zwei Kanonenboote auf der Elbe. Wenn also Gablenz es auf eine Waffenentscheidung ankommen ließ, so konnte der Erfolg kaum zweifelhaft sein. Was man sich aber im Bundesland Holstein erlaubte, konnte man ebenso im Bundesland Hannover thun. Verfolgte Manteuffel also die Oesterreicher auf das linke Elbufer — so war Hannover vertragsmäßig verpflichtet, sie zu schützen, und man hatte einen staatsrechtlich unanfechtbaren Grund, diesem als Alliierten Oesterreichs den Krieg zu erklären. Man begreift daher, mit welcher Ungeduld Bismarck die Nachricht von dem ersten Kanonenschusse erwartete. „Wenn wir wieder in den Morast halber Maßregeln und des Kondominiums zurückfallen", schrieb er an Manteuffel, „so wird es schwer für uns werden, im rechten Moment wieder einen so günstigen casus belli zu finden, wie im gegenwärtigen."

Allein auch die Absicht, gelegentlich der Eröffnung der Stände einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen, wurde durch die Vorsicht Gablenz', vereitelt. Dieser hatte längst nur den einen Gedanken, möglichst bald aus der wenig erbaulichen Rolle herauszukommen, in welche das Wiener Kabinett ihn gebracht hatte. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni setzten seine Truppen in zahlreichen Dampfschiffen, Schuten und anderen Fahrzeugen von Altona nach Harburg über; er selbst folgte morgens 3 Uhr.

*) Schreiben Bismarcks an den General von Manteuffel d. d. 9. Juni 1866.

In einer Abschiedsproklamation erklärte er, daß er, — außer stande, mit seiner kleinen Schar der verübten Gewalt wirksam entgegenzutreten und das Recht zu schützen — dem Befehle des Kaisers folgend, der Uebermacht wiche. In Harburg wurde das kleine Corps ohne Aufenthalt einwaggoniert und nach Böhmen befördert.

So sehr Bismarck nun in Verlegenheit war, einen neuen Kriegsgrund gegen Hannover ausfindig zu machen, so wenig wünschte er, durch Anschluß der Süddeutschen an Oesterreich die Zahl der Gegner Preußens zu vermehren. Die „Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung", welche er durch ein Rundschreiben vom 10. Juni den deutschen Regierungen mitteilte, hatten offenbar nur den Zweck, die Staaten jenseits der Mainlinie, vor allem Bayern, durch verlockende Anerbietungen wenigstens zu einer neutralen Haltung zu bewegen. Gleich der erste Artikel des Entwurfs setzte fest, daß das Bundesgebiet demnächst „aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der Kaiserlich Oesterreichischen und Königlich Niederländischen Landesteile" bestehen sollte. Sodann folgten einige Bestimmungen über die Kompetenz des künftigen Bundestages und der National-Vertretung, welche letztere aus direkten Wahlen nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 hervorgehen sollte. Der Artikel VIII ferner handelte von der Kriegs-Marine der Nord- und Ostsee, die eine einheitliche unter Preußens Oberbefehl werden sollte, während der Kieler und der Jahdehafen zu Bundeskriegshäfen erklärt wurden.

Von ausschlaggebender Bedeutung aber waren die Bestimmungen des Artikel IX über die Landmacht des Bundes. Dieselbe sollte in zwei Bundesheere eingeteilt werden: eine Nord-Armee und eine Süd-Armee. Bundesfeldherr der ersten sollte im Krieg und Frieden der König von Preußen, der zweiten der König von Bayern werden. Das Recht, „unter Voraussetzung übereinstimmender Vorbildung bis zur Grenze des Kontingents die Offiziere zu ernennen", stand jeder Regierung zu; nur diejenigen Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent stand, sollte der Oberfeldherr besetzen.

Endlich bestimmte der Artikel X, daß die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen Oesterreichs durch besondere, mit dem künftigen Parlamente zu vereinbarende Verträge geregelt werden sollten.

Pfordten aber, dem Bismarck schon einige Tage früher eine Skizze dieses Entwurfs mitgeteilt hatte, erwiderte ihm sofort, daß Bayerns

Interesse Oesterreichs Verbleiben im engern Bunde fordere. In München hatte nämlich seit einigen Wochen die Gleichgiltigkeit gegen den Streit der Großmächte einer entschiedenen Parteinahme gegen Preußen Platz gemacht. „Das Gefühl des Hasses und der Erbitterung richtete sich indessen nicht sowohl gegen den preußischen Staat und die Armee als gegen den Grafen Bismarck persönlich, da man ihn als den ausschließlichen Urheber der Beschwerden und Leiden betrachtete, welche die allgemeine Geschäftsstockung und die tiefgreifende Mobilmachung schon jetzt in Preußen hervorgerufen haben*).“ Zugleich konstatierte der hannoversche Gesandte, daß die zeitweise Abwesenheit des jungen Königs, der in so schwerer und drangvoller Zeit eine Reise nach Luzern unternahm, um den Komponisten Wagner zum Geburtstage zu beglückwünschen, eine ernste und tiefgehende Verstimmung hervorgerufen hatte.

Am 8. Juni gab sodann der Minister v. d. Pfordten in der zweiten Kammer die Erklärung ab, daß Bayern nur dann den Gedanken des engeren Zusammenschlusses der reindeutschen Staaten mit Ausnahme von Preußen und Oesterreich aufgreifen könne, wenn man jeden Gedanken an eine Hegemonie in Süddeutschland zurückwiese. Als den Standpunkt der bayrischen Regierung aber bezeichnete er nicht die Neutralität, sondern die Bekämpfung des Friedensbrechers. „Die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens“, sagte er, „ist gerade, daß Bayern und die mit ihm zusammenstehenden Staaten erklären, wir werden nicht neutral bleiben.“ Als Friedensbrecher bezeichnete er den, „der zuerst von der Waffe Gebrauch macht“. Mit einer offenen und entschiedenen Erklärung für Oesterreich hielt er jedoch zurück, „weil eine solche dasselbe zum Losschlagen veranlassen könnte**)“ .... „Das Richtige nach seiner Meinung aber würde sein, daß der Bund die beiden Großmächte aufforderе, Holstein zu räumen und ihm zu überliefern!“

Diesem Gedankengange entsprach der Inhalt eines vertraulichen Schreibens, das Pfordten am 11. Juni an Bismarck richtete***). Darin legte er die Unmöglichkeit Bayerns, in einen Bund auf parlamentarischer Grundlage einzutreten, dar. „Wollen Sie mit nur einer Großmacht die

*) Depesche des hannoverschen Gesandten in München, Baron von Ompteda, d. d. 5. Juni 1866.

**) Depesche des Gesandten von Ompteda d. d. 10. Juni 1866.

***) Vergl. von Sybel a. a. O. IV. S. 429 ff. Wie dieser hienach glauben kann (vergl. S. 440), daß „Bismarck bis zur letzten Stunde noch an der Hoffnung auf Pfordtens gute Gesinnung“ festgehalten habe, verstehe ich nicht.

Annexion der Herzogtümer um jeden Preis", schrieb er, „so ist der Krieg unvermeidlich." „Entschließt sich Preußen, darauf zu verzichten, dann ist der Krieg unmöglich." „Wollte Oesterreich aus irgend einem Grunde Krieg beginnen, so bliebe es isoliert; kommt es zum Kriege um der Herzogtümer willen, so, glaube ich wenigstens, wird Preußen isoliert werden. Als Deutscher bitte ich Sie und beschwöre ich Sie, gehen Sie noch einmal mit Ihrer starken Seele zu Rate, ehe das entscheidende Wort gesprochen wird, dessen Folgen unberechenbar sind."

Bei dieser Sachlage war Bismarck, sehr gegen seine ursprüngliche Absicht, genötigt, den Bundestag zum Centrum seiner politischen Aktionspläne zu machen. Am 11. Juni stellte Oesterreich in außerordentlicher Sitzung den Antrag auf Mobilisierung aller nicht preußischen Armeecorps, weil Preußen zum Schutze vermeintlich verletzter Rechte durch den Einbruch in Holstein den Weg der Selbsthilfe betreten habe. Es liege demnach der im Artikel XIX der Wiener Schlußacte vorhergesehene Fall vor, und die Bundes-Versammlung sei berufen, der unternommenen Selbsthilfe Einhalt zu thun. Als man in die geschäftliche Behandlung dieses Antrages eintreten wollte, verlangte Mecklenburg-Schwerin Aussetzung der Beratung auf Grund des § 30a der Geschäfts-Ordnung. Der Gesandte drang jedoch damit nicht durch, und es ward nach längeren Debatten beschlossen, daß die Abstimmung über den Antrag selbst am Donnerstag den 14. Juni stattfinden solle. Der preußische Bevollmächtigte beteiligte sich an der Beratung gar nicht, weil seine Regierung keine vorherige Kenntnis von der Sache erhalten habe*).

In der kurz bemessenen dreitägigen Frist hatten daher die deutschen Kabinette über die wichtigste aller Fragen schlüssig zu werden, die ihnen seit dem Bestehen des Bundes überhaupt gestellt waren. Bismarck war keinen Augenblick in Zweifel darüber, daß er nun, „da Oesterreich in Holstein den Handschuh nicht aufgenommen**)", diesen Anlaß benutzen müsse, um zum Kriege zu kommen.

„Mit zögerndem Entschluß, mit wankendem Gemüt,
Zog ich das Schwert, ich that's mit Widerstreben,
Da es in meine Wahl noch war gegeben!

---

*) Bericht des stellvertretenden hannoverschen Bundestagsgesandten, königlich sächsischen Bevollmächtigten von Bose d. d. 11. Juni 1866.

**) Schreiben Bismarcks an den Herzog von Coburg d. d. 9. Juni 1866 (Sybel a. a. O. IV. S. 427.)

Notwendigkeit ist da, der Zweifel flieht,
Jetzt fecht' ich für mein Haupt und für mein Leben."

citiert er selbst aus Wallensteins Tod*)."

In einer Denkschrift vom 12. Juni**) legte er dem Könige und den Ministern dar, wie der Antrag Oesterreichs, welcher eine Bundes-Exekution gegen Preußen ohne die vorgeschriebenen Formen bezwecke, eine offene Kriegs-Erklärung bedeute. „Die Würde der Monarchie und das Nationalgefühl des preußischen Volkes verlangen nicht nur, daß Preußen einem Bunde, in dem ein solches Verfahren möglich geworden, nicht mehr angehöre, sondern daß diesem Versuche der Exekution durch eine entsprechende Aktion geantwortet werde."

Daß man bei einer solchen eine neutrale Haltung der übrigen deutschen Staaten gestatten dürfe, hielt er nicht für angängig. Denn durch eine anerkannte Neutralität hätte sich Preußen für den Friedensschluß die Hände gebunden, während es am Ende eines siegreichen Krieges je nach den Umständen über die Gebiete seiner Gegner verfügen könnte. Deshalb riet Bismarck, am Tage nach der Abstimmung an die Regierungen der Staaten, die innerhalb der preußischen Machtsphäre lagen, Hannover, Kurhessen und Sachsen, eine Sommation zu richten, wodurch sie aufgefordert wurden, ihre mobilen Truppen zu entlassen, und gleichzeitig den preußischen Bundes-Reform-Vorschlag anzunehmen. Daß der erste Teil dieser Forderung auf das völlig ungerüstete Hannover gar nicht paßte, kam nicht in Betracht. Auch ist es merkwürdig, daß die Denkschrift die Forderung eines Bündnisses gar nicht enthält, während doch das nachherige Ultimatum einfach auf Bündnis oder Krieg lautet — vielleicht, um es noch unannnehmbarer zu machen.

An demselben Tage (12. Juni) verlangte der Kaiserliche Gesandte Graf Karolyi seine Pässe, und zugleich schloß Oesterreich mit Frankreich einen geheimen Vertrag, wodurch es sich Napoleons Unterstützung zu sichern glaubte. Es verpflichtete sich, mochte sein Heer siegreich bleiben oder nicht, Venetien für alle Fälle an Italien abzutreten. Außerdem versprach Oesterreich, demnächst zu etwaigen Gebietsveränderungen in Deutschland zuvor die Zustimmung Frankreichs einzuholen, womit dessen Anspruch auf eventuelle Kompensationen zugestanden wurde. Nur die verzweifelte Kopflosigkeit

*) Graf Bismarck an den General von Manteuffel d. d. 9. Juni 1866.
**) S. dieselbe auszugsweise in von Sybel a. a. O. IV. S. 437 ff.

der Wiener Staatsmänner macht einen solchen Vertrag einigermaßen erklärlich. „Es ist das unglaublichste Aktenstück, das mir je vorgekommen", sagte Beust, der in seiner Stellung als österreichischer Staatskanzler später Gelegenheit hatte, das Dokument einzusehen*).

In Hannover hatte man nicht die leiseste Ahnung von dem, was bevorstand. Zwar erhielt Prinz Ysenburg, der Bismarck'schen Denkschrift entsprechend, noch an demselben 12. Juni telegraphisch Weisung, der hannoverschen Regierung zu eröffnen, daß nach Auffassung seines Gouvernements dem österreichischen Mobilisierungs-Antrage vom 11. jede bundesrechtliche Grundlage fehle, und daß durch dessen Annahme die Beteiligten das Bundes-Verhältnis lösen und als Bundeslose mit einem Akte der Feindseligkeit gegen Preußen auftreten würden. „In dem ausbrechenden Kriege werden wir uns alsdann nur durch das Interesse Preußens und der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen." Als aber der Gesandte dies, seinem Auftrage entsprechend, am 13. Juni „in freundlichster Form" dem Grafen Platen mitteilte, erwiderte der Minister, es stehe schon fest, daß Hannover für die Mobilmachung der Bundes-Corps stimmen werde, „weil die Regierung in dieser ernsten Zeit ihr Land nicht ungeschützt zu sehen wünschte".

Freilich wußte er nicht, daß an demselben Tage bereits der General Vogel von Falckenstein, Kommandeur des VII. Armee-Corps, durch eine Königliche Kabinetts-Ordre angewiesen war, sich bereit zu halten, auf telegraphischen Befehl sofort in das Königreich einzurücken, „wenn das Verhalten Hannovers bei der morgenden Abstimmung am Bundestage Mich zu einer Kriegs-Erklärung gegen erstgenanntes Königreich veranlassen" würde. Zu diesem Zwecke wurde ihm die Division des Generals von Manteuffel bei Altona zur Verfügung gestellt, und ihm anheimgegeben, die hannoverschen Truppen durch Entwaffnung oder durch Angriff außer Wirksamkeit zu setzen. Offenbar war diese Ordre bereits am 12. Juni ausgefertigt, als man in Berlin noch nicht annehmen konnte, daß Hannover im Vertrauen auf Preußens Bundestreue die bodenlose Thorheit begehen würde, die in der Nacht nach Harburg übergegangene österreichische Brigade Kalik abziehen zu lassen. Nur so erklärt es sich, daß Falckenstein aufgegeben wurde, genauere Nachrichten über diese Verhältnisse einzuziehen. Eventuell sollte er „den etwa im Königreich Hannover verbliebenen österreichischen Offizier von dem Kriegsfalle zwischen Preußen

*) Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa S. 203.

und Hannover amtlich in Kenntnis setzen, „damit er in der Lage ist, sich mit seinen Truppen dem thatsächlichen Konflikte entziehen zu können. Sollte derselbe demungeachtet in Verbindung mit den hannoverschen Truppen sich an deren Operationen gegen Sie beteiligen, so haben Sie auch ihn als Feind zu behandeln".

In voller Unkenntnis dieser bedrohlichen Anordnungen bewilligte die hannoversche Regierung sogar an demselben 13. Juni „in bundesfreundlicher Weise" den auf Grund der bestehenden Etappen-Konvention beantragten Durchzug der Manteuffel'schen Division durch das Land, obgleich die Richtung nach Minden sie hätte stutzig machen sollen.

Selbst Zimmermann, der seit seiner Rückkehr von dem letzten Konseil in Herrenhausen in steter Angst geschwebt hatte, es könnte von dem Abkommen mit der Brigade Kalik etwas ruchbar werden, sah nach deren Abzuge keine besondere Gefahr in der Zustimmung zu dem Mobilisierungs-Antrage, obgleich er die Notwendigkeit nicht einsah*).

Daß Hannover freilich den österreichischen Ausgangspunkt nicht acceptieren durfte, „dessen Konsequenz unausbleiblich Allianz mit Oesterreich und erklärte Teilnahme am Krieg wider Preußen" sein mußte, verhehlte sich der gründliche Kenner der Bundesgesetze nicht. Ein Mobilisations-Beschluß zu vorbeugendem Zwecke gegen beide Teile aber schien ihm eine „Farce", da durch die Aufstellung der vier Armeecorps die Thätlichkeiten zweier Großmächte nicht verhindert werden konnten. Mochte auch der nach seiner Meinung „einfältige" Kübeck sagen, jede bundestreue Regierung könne sich seinen Antrag aneignen, ihm entging es nicht, daß die Artikel XVIII und XIX der Wiener Schlußakte, mit denen Oesterreich ihn begründet hatte, auf den vorliegenden Fall gar nicht paßten. Denn es ließ sich weder feststellen, ob das Vorgehen Preußens in Holstein wirklich ein Akt widerrechtlicher Selbsthilfe war, noch ob Oesterreich „zum Schutze seines jüngsten Besitzstandes" vorbeugende Maßregeln beantragen konnte. Außerdem entsprach das Tumultuarische des ganzen Vorgehens durchaus nicht den Bundesvorschriften. Denn, bevor man zu eigentlichen Exekutions-Maßregeln gegen Preußen schritt, mußte durch ein gerichtliches Verfahren „der jüngste Be-

*) „Ist Mobilisation für uns ein wünschenswertes Gut? Ich finde es gar nicht. Wenn sie mit Preußen vereinbart wäre, ja. Ohne dies, fürchte ich, binden wir uns eine Rute auf. Mobilisation ohne zu wissen, was man mit den Truppen machen soll, ist nur eine Verlegenheit, kein Gewinn". (Zimmermann an Graf Platen d. d. 11. Juni 1866.)

sitzstand" festgestellt, und dann erst, wenn der Anspruch des Klägers als begründet anerkannt war, zunächst die Vermittelung durch einen Ausschuß, sodann durch ein Austrägal-Verfahren, versucht werden, ehe man zum Aeußersten schritt.

Daß ein solches methodisches Vorgehen in der jetzigen Lage nicht zum Ziele führen würde, lag auf der Hand, ebenso, daß die Mehrzahl der Bundesglieder von der Notwendigkeit eilender Rüstung überzeugt waren. Auch der König Georg war der Meinung, daß die einzelnen deutschen Staaten nicht unbewaffnet bleiben könnten, wenn innerhalb des deutschen Bundesgebiets ein Krieg auszubrechen drohte, und niemand wußte, ob und wann ein außerhalb desselben stehender Staat in die Lage kam, sich verteidigen zu müssen.

Zimmermann erhielt also Auftrag, das zustimmende hannoversche Votum zur Mobilmachung in diesem Sinne zu formulieren. Er begründete es im wesentlichen mit der Erwägung, „daß die gegenwärtig zwischen den höchsten Regierungen von Preußen und Oesterreich bestehenden Differenzen die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes bedrohen und Thätlichkeiten zwischen jenen beiden Bundesgliedern besorgen lassen". Dadurch glaubte er, jeden Schein irgendwelcher Parteinahme für eine der beiden Mächte abgewandt und Oesterreich, „das zu meinen scheint, im Norden wohnten nur Gimpel*)", überlistet zu haben. Nirgends aber, selbst nicht in den vertraulichsten Aeußerungen, liegt die geringste Andeutung dafür vor, daß er es für möglich gehalten hätte, ein solches Votum könne von Preußen als Vorwand benutzt werden, um feindselig gegen Hannover aufzutreten. Und diese vertrauensvolle Auffassung entbehrte nicht der Berechtigung. Denn nach Artikel XLII der Wiener Schluß-Akte blieb es, selbst in dem Falle, wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorliege, durch die Majorität **verneinend** beantwortet war, den Staaten, die daran glaubten, unbenommen, Verteidigungsmaßregeln zu verabreden!! —

Am Donnerstag den 14. Juni traten die Bundestags-Bevollmächtigten zur entscheidenden Sitzung zusammen — ahnungslos, daß es die letzte sein sollte. Nachdem Oesterreich seinen Antrag begründet und die Erklärung hinzugefügt hatte, daß die Mobilisierung der drei von ihm zu stellenden Armeecorps vollendet sei, folgte Preußen mit einem Protest gegen jede Behandlung des formell und materiell bundeswidrigen Antrages.

---

*) Zimmermann an Graf Platen d. d. 12. Juni 1866.

Dann erklärte der bayrische Gesandte, dem sich der sächsische anschloß, daß seine Regierung, noch immer an der Hoffnung der Erhaltung des Friedens festhaltend, dem österreichischen Antrage nur insoweit zustimmen könne, als er die Mobilisierung des 7., 8., 9. und 10. Bundes-Armeecorps beträfe. Sie erachte aber „die hohe Bundesversammlung ebenso für verpflichtet, wie berechtigt, in der beantragten Weise die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um etwaigen Störungen des Bundesfriedens gegenüber die ihr obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen. Dabei vermag sich indessen die Königliche Regierung die Motivierung des Antrages mit dem erfolgten Bruche der Gasteiner Konvention nicht anzueignen, da diese Konvention für die Königliche Regierung wie für den Bund nicht existiert“.

Das hannoversche Votum stimmte im wesentlichen mit diesen Ausführungen überein. An den Ausdruck der Besorgnis, daß die Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen Thätlichkeiten zwischen jenen Bundesgliedern besorgen ließen, knüpfte die Regierung noch die Schlußfolgerung, „daß hienach die Bundes-Versammlung auf Grund der Artikel XVIII und XIX der Wiener Schluß-Akte vom 15. Mai 1820 berufen ist, zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Bundes die geeigneten Entschlüsse zu fassen, um jeder Selbsthilfe vorzubeugen; — und daß zur Ausführung solcher etwa zu fassenden Beschlüsse die schleunige Disposition über alle bereit zu stellenden Streitkräfte für die bei den schwebenden Differenzen nicht beteiligten Regierungen als notwendige Vorbedingung für jede erfolgreiche Vermittelung angesehen werden muß“. Aus diesen Gründen stimmte die Regierung der Nr. 1 des österreichischen Antrages nur unter der bereits von Bayern begründeten Modifikation bei. Außerdem erklärte sie, der Nr. 4 des Antrages, welcher sich auf die Ernennung des Oberbefehlshabers für die Bundes-Armeecorps bezog, nicht zustimmen zu können, weil sie eine solche Maßregel der gegenwärtigen Sachlage noch nicht angemessen hielte.

Ganz ähnlich sprach sich Kurhessen aus, von dem Bismarck schon länger behauptete, daß es sich „im Schlepptau Hannovers“ befände. Auch dieses betonte, daß es nur wegen der Gefahr eines Friedensbruches dem deutschen Bunde die Möglichkeit verschaffen wolle, durch Entfaltung aller seiner Machtmittel sein Friedenswahrer-Amt zu üben.

In der schwierigsten Lage war Baden. Der Großherzog hatte sich am 4. Juni ganz im geheimen nach Pillnitz begeben, um mit dem König

von Sachsen zu konferieren*). Dennoch mochte er nicht offen eine Stellung einnehmen, die als Parteinahme für Oesterreich aufgefaßt werden konnte, und enthielt sich deshalb einstweilen der Abstimmung.

Bei der Schlußabstimmung wurde der österreichische Antrag abgelehnt und das **bayrische Amendement**, welches, unter ausdrücklicher Desavouierung der österreichischen Motivierung, die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens noch immer nicht aufgeben wollte, mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Auch die Ernennung eines Oberbefehlshabers wurde noch hinausgeschoben. Das war nichts anderes, als Feststellung einer bewaffneten Neutralität.

Nach der Verkündigung dieses Resultats erhob sich Herr von Savigny. Er hatte zwei Instruktionen in der Tasche, die eine für den Fall der Annahme des österreichischen Antrages, die andere für den der Ablehnung desselben. Sie wiesen ihn gleichmäßig an, natürlich mit verschiedener Begründung, Preußens Austritt aus dem Bunde zu erklären.

Es wird sogar erzählt, daß in der Erregung des Augenblickes der Gesandte sich erst in den Papieren vergriffen und die Instruktion abzulesen begonnen habe, die auf den zweiten Fall, — die einfache Ablehnung der Mobilisierung — zugeschnitten war**). Aber auch die zweite Erklärung, die er nach der Entdeckung seines Irrtums hervorzog, stimmte zu dem vorliegenden Bundesbeschluß gar nicht. „Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegs-Erklärung gegen ein Bundesglied", so trug er vor, „welche durch den Antrag **Oesterreichs** und das Votum derjenigen Regierungen, welche ihm beigetreten sind, bedingt ist, sieht das Königliche Kabinett den Bundesbruch als vollzogen an ..... Indes will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten..... Die Königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge zu einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiemit noch vor (s. dieselben o. S. 364) und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform modifizierten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen". Dann erklärte der Gesandte seine bisherige Thätigkeit für beendet.

Die Versammlung hätte eher des Himmels Einsturz erwartet, als diese Eröffnung. Eben erst hatte der bayrische Gesandte Einladungen

*) Depesche des hannoverschen Gesandten in München, v. Ompteda, d. d. 10. Juni 1866.
**) Tagebuchblätter a. a. O. S. 24.

zu einer Minister-Konferenz in Frankfurt am 16. Juni erlassen, worin ein Bundes-Antrag in der holsteinischen Erbfolgefrage beraten werden sollte*). Von allen Seiten folgten nun lebhafte Proteste und Verwahrungen. Der Bundes-Präsidial-Gesandte hob hervor, daß nach Art. I der Bundes-Akte der deutsche Bund ein unauflöslicher Verein sei, aus dem nach Art. V der Wiener Schluß-Akte der Austritt keinem Mitgliede gestattet wäre. Die Motive der preußischen Erklärung seien faktisch und rechtlich ungegründet, alle Rechte und Zuständigkeiten des Bundes beständen vielmehr in vollkommener bindender Kraft fort. Der bayrische Gesandte traf sofort den Nagel auf den Kopf, indem er hervorhob, daß die Motivierung der preußischen Erklärung auf die Abstimmung Bayerns und auf den dadurch herbeigeführten Bundesbeschluß gar nicht passe. Aber erst, als der württembergische Gesandte in seiner emphatischen Weise von dem allgemeinen Erstaunen sprach, den dieser Schritt der preußischen Regierung in ganz Deutschland hervorrufen werde, und dieser das Recht bestritt, wiederum die Behauptung aufzustellen, als habe Württemberg in Uebereinstimmung mit Oesterreich gerüstet, — erst da empfand Herr von Savigny, daß er schon längst nicht mehr an seinem Platze sei. Er unterbrach daher den Gesandten und entfernte sich, jedoch ohne sich von seinen bisherigen Kollegen zu verabschieden**).

Am Hoflager zu Herrenhausen herrschte am Abend des 14. Juni eine gehobene Stimmung. Die Nachricht von dem Siege der bundestreuen Majorität erfüllte den König mit großer Freude, während er von der allen Bundesgesetzen widersprechenden preußischen Erklärung keine schwerwiegende Folgen befürchtete. Vielmehr hielt er jede unmittelbare Gefahr für beseitigt, hatte doch erst vor 14 Tagen Bismarck in einem Rundschreiben erklärt, seinem Königlichen Herrn liege nichts ferner, als seine deutschen Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, unterdrücken zu wollen (s. o. S. 359). Nun endlich war er im stande, seine Armee in die Verfassung zu setzen, die die drohende Weltlage erheischte. Unverzüglich ergingen an die Truppenteile die langersehnten Befehle zur Einziehung der Urlauber, die für die Infanterie und das Ingenieur-Corps auf den 23., für die Artillerie und das Train-Corps auf den 20. Juni beordert wurden. Der Präsident der Remonte-Kommission endlich ward angewiesen, die nötigen Anordnungen zum Ankauf der Augmentations-Pferde zu treffen.

*) Graf Platen an Zimmermann, d. d. 14. Juni 1866.

**) Tagebuchblätter a. a. O. S. 28 ff.

Georg war sich keiner feindseligen Absichten gegen Preußen bewußt. Noch vor wenigen Tagen hatte er einen eminenten Beweis seiner friedfertigen Gesinnung gegeben, als er die Brigade Kalik in die Heimat abziehen ließ, während es ihm nur ein Wort gekostet hätte, sie auf Grund des bestehenden Vertrages im Lande festzuhalten. Auch die beschränkenden Bestimmungen, unter denen er seine Zustimmung zu dem Mobilisierungsbeschluß gegeben hatte, lieferten den unwiderleglichen Beweis dafür, daß er nicht entfernt daran dachte, sich an Oesterreichs Seite aktiv am Kriege zu beteiligen. Ja er wäre, wenn es trotz allem dahin kam, daß das Bundesrecht nicht mehr bestand, unzweifelhaft gern bereit gewesen, die vor Monatsfrist abgebrochenen Neutralitätsverhandlungen wieder aufzunehmen. Daß aber Preußen die Befolgung eines völlig legalen Bundesbeschlusses zum Anlaß nehmen könnte, um ihn mit Krieg zu überziehen, erschien zu widersinnig, als daß er nur einen Augenblick einem solchen Gedanken Raum gegeben hätte.

Graf Platen dagegen glaubte, einen diplomatischen Sieg über Bismarck erfochten, ihm jede Handhabe zum feindseligen Auftreten gegen Hannover genommen zu haben. Freilich übersandte ihm sein Bruder, der frühere Hoftheater-Intendant, der sich seit dem im Februar erfolgten Rücktritt von seinem Posten bei Verwandten in Holstein aufhielt, durch seinen vertrauten Kammerdiener ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die preußischen Offiziere, welche in der dortigen Gegend in Quartier lagen, offen erzählten, sie seien zur Occupation Hannovers bestimmt; — er beachtete die Warnung nicht. Seinem Bruder erwiderte er, das wisse er längst, er habe den Preußen selbst den Durchmarsch gestattet. Auch einem Telegramm Stockhausens, der schon am Vormittag des 14. Juni berichtet hatte, der Einmarsch der Preußen in Sachsen, Hannover und Hessen würde bereits in der Nacht vom 15. zum 16. Juni erfolgen, falls die Bundes-Mobilisierung votiert werde, schenkte er keinen Glauben.

In der Stadt Hannover aber erhielt man im Laufe des 14. durch Reisende, welche aus der Gegend von Minden kamen, die unerfreuliche Nachricht, daß die preußische 13. Division in dortiger Gegend konzentriert würde. Gegen Abend traf dann noch die Frau des Oberstlieutenants von Goeben von dort ein, welche von ihrem Schwager, dem preußischen General, erfahren hatte, daß seine Division den Befehl habe, Hannover zu occupieren. Unverzüglich fuhr sie zum Generaladjutanten, der dann voll Schrecken noch in später Stunde mit dem Chef des Generalstabes nach Herrenhausen hinauseilte, um dem Könige eine schleunige Konzen-

trierung der Armee bei der Hauptstadt vorzuschlagen, von wo aus man dann eventuell den weiteren Rückzug über Verden nach Stade antreten konnte. In Herrenhausen war gerade Hofkonzert; es dauerte daher ziemlich lange, bis die beiden Generäle vorgelassen wurden. Dann aber genehmigte der König, obgleich ihm die Alarmnachricht nicht recht glaubwürdig erschien, ihre Vorschläge, und noch spät in der Nacht ergingen die nötigen Befehle an die verschiedenen Truppenabteilungen.

Unbegreiflicherweise wollte Graf Platen auch jetzt noch nicht an die Gefahr der Situation glauben. Am 15. Juni morgens ging dem Eisenbahnbetriebsdirektor Bensen in Harburg ein anonymes Telegramm aus Hamburg zu, wonach die preußischen Truppen in Altona sich anschickten, auf allen möglichen Fahrzeugen die Elbe zu überschreiten. Er beförderte die Nachricht sofort auf telegraphischem Wege weiter an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Hannover, erhielt jedoch keine Antwort. Platen fand es aber doch nötig, Zimmermann über diesen Vorfall zu beruhigen, und telegraphierte ihm 9[14] Uhr morgens wörtlich: „Die Preußen sind in Harburg, mit Genehmigung der Regierung, um nach Minden befördert zu werden ohne Aufenthalt im Lande; können aber noch nicht befördert werden, weil die Waggons unsere Truppen befördern."

Bismarck war indes nicht der Mann, sich durch bundesrechtliche Skrupeln beirren und seine Pläne von den Spitzfindigkeiten Platen-Zimmermanns durchkreuzen zu lassen. Man versteht es, wenn seine wiederholten Behauptungen, daß Preußen sich den Rüstungen Oesterreichs gegenüber im Stande der Notwehr befinde, schließlich hie und da Glauben fanden. Aber es übersteigt doch das erlaubte Maß diplomatischer Verstellungskunst, wenn er sich nun den Anschein gab, als traue er dem kleinen friedfertigen ungerüsteten Hannover die wahnwitzige Absicht zu, das mächtige, in Waffen starrende Preußen mit Krieg zu überziehen. Am Freitag, den 15. Juni vormittags, überreichte Prinz Ysenburg dem Grafen Platen eine Sommation*), worin es hieß, daß die Vorgänge in

---

*) Dieselbe lautet:

Der in der Sitzung des Bundestages vom 11. d. Mts. gestellte Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen in Verbindung mit der Haltung, welche eine Anzahl von Bundesregierungen in Anlehnung an die bundeswidrigen und drohenden Rüstungen gegen uns angenommen, hat den Bruch des bisherigen Bundesverhältnisses herbeigeführt.

Diese Vorgänge legen Sr. Majestät dem Könige, des Unterzeichneten hohem

Frankfurt „Sr. Majestät dem Könige, des Unterzeichneten hohem Herrn die Pflicht auferlegten, die zum Schutze Preußens gegen den beabsichtigten Angriff geeigneten und durch das Bedürfnis der Selbsterhaltung gebotenen Mittel zur Anwendung zu bringen". Als Bürgschaft für die friedfertige Haltung Hannovers, „dessen geographische Lage es zu einem wichtigen Moment in dem System dieser Verteidigung" mache, verlangte Preußen den Abschluß **eines Bündnisses**. Der Preis, den es dafür bot, war freilich nicht glänzend. Friedrich der Große hatte im Jahre 1756 in ähnlicher Lage dem Könige Georg II. den Erwerb

---

Herrn, die Pflicht auf, die zum Schutze Preußens gegen den beabsichtigten Angriff geeigneten und durch das Bedürfnis der Selbsterhaltung gebotenen Mittel zur Anwendung zu bringen.

Die geographische Lage des Königreichs macht dasselbe zu einem wichtigen Moment in dem System der Verteidigung. Die Königlich hannoversche Regierung wird es daher gerechtfertigt finden, wenn in der Spannung der gegenwärtigen Situation Deutschlands, welche durch den bundeswidrigen Antrag Oesterreichs vom 11. cr. gekennzeichnet wird, Preußen von ihr bestimmte Erklärungen und Bürgschaften über die zukünftige gegenseitige Stellung zu erbitten sich genötigt sieht.

Diese Bürgschaften können der Lage der Dinge nach und dem Verhalten Hannovers seit der Mitteilung des Herrn von Stockhausen vom 14. v. Mts. nur in dem Abschlusse eines Bündnisses zwischen Preußen und Hannover auf folgende Bedingungen gefunden werden, daß

1. Die Königlichen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März cr. zurückgeführt werden,

2. Hannover der Berufung des deutschen Parlaments zustimmt und die Wahlen dazu ausschreibt, sobald es von Preußen geschieht,

3. Preußen dem Könige sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. cr. gewährleistet.

Der Unterzeichnete ist beauftragt worden, eine Erklärung darüber nachzusuchen, ob Sr. Majestät der König von Hannover Willens ist, das erwähnte Bündnis zu schließen.

Im Falle der Zustimmung Sr. Majestät des Königs ist der Unterzeichnete ermächtigt, im Namen Se. Majestät des Königs, seines Allergnädigsten Herrn, die Zusicherung zu erteilen, daß Allerhöchstdieselben das Königreich verteidigen und die Rechte und Interessen Seines nunmehrigen Bundesgenossen mit Seinen eigenen wahrnehmen werde.

Sollte wider Erwarten eine ablehnende oder ausweichende Antwort erfolgen, so würde Seine Majestät der König sich zu Seinem lebhaften Bedauern in die Notwendigkeit versetzt finden, das Königreich als in Kriegszustand gegen Preußen versetzt zu betrachten und demgemäß in Seinen Beziehungen zu demselben nur noch die Rücksichten auf den Schutz des eigenen Landes und das militärische Erfordernis maßgebend sein zu lassen.

der Bistümer Osnabrück und Paderborn in Aussicht gestellt*). Jetzt forderte Preußen für eine Allianz, die immerhin seine Streitmacht um 25 000 tapfere Krieger vermehrt haben würde, daß Hannover seine Truppen auf den Friedensstand vom 1. März — also auf 132 Rekruten pro Bataillon — zurückführe und der Berufung eines deutschen Parlaments zustimme, wogegen Preußen dem Könige sein Gebiet und seine Souveränetäts-Rechte, aber nach Maßgabe der Reform-Vorschläge vom 14. cr., gewährleistete.

Eine Antwort auf die Sommation wurde noch im Laufe desselben Tages erbeten.

Aufs höchste bestürzt eilte Platen hinaus zum Könige, der natürlich nicht minder überrascht war, aber den Gesandten zu einer persönlichen Audienz nach Herrenhausen beschied. Es war etwa Mittag, als dieser dort eintraf**). In der Vorhalle des Schlosses begegnete ihm zunächst die Königin Marie, die ihn aufforderte, mit ihr in ein Nebenzimmer zu treten, wo sie ihn dringend bat, ihren Gemahl nicht mit dem Ansinnen eines Nachgebens behelligen zu wollen; „denn“, so fügte sie hinzu, „der König kann nicht nachgeben, er kann die preußischen Bündnisvorschläge unmöglich annehmen, kann und darf sich nicht mediatisieren lassen.“ Ein Flügeladjutant rief den Gesandten sodann in das Schreibkabinett des Monarchen. Der blinde König stand in würdevoller Haltung in der Uniform des Gardejäger-Bataillons an der einen Seite des Schreibtisches,

---

Indem der Unterzeichnete noch zu bemerken sich beehrt, daß er eine Antwort im Laufe des Tages zu erbitten angewiesen ist, benutzt er u. s. w.

gez. Prinz zu Ysenburg.

An
die Königliche Hannoversche Regierung.

Ganz unbegreiflich ist es, wie hienach die von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des großen Generalstabes redigierte Geschichte des Feldzuges 1866 in Deutschland (S. 26) behaupten kann, es sei den Königen von Sachsen und Hannover, sowie dem Kurfürsten von Hessen die **Neutralität** ihrer Länder unter den oben angeführten Bedingungen angeboten worden, und daß die meisten preußischen Geschichtswerke dieselbe falsche Angabe bringen.

*) Vergl. den eigenhändigen Brief des Königs Friedrich II. von Preußen an den König Georg II. von England d. d. 25. Dezember 1756 in des Verfassers Werke: „Die schlesischen Kriege und das Kurfürstentum Hannover“, Anlage 5, S. 496 ff.

**) Vergl. den „Bericht des Prinzen Ysenburg über die Audienz am 15. Juni 1866 beim Könige von Hannover“ in v. Lettow a. a. O. Anlage III, S. 362 ff.

rechts der Kronprinz, der erst am 13. von Verden, wo er den Uebungen des Gardehusaren-Regiments beigewohnt hatte, zurückgekehrt war, und an der dritten Seite des Tisches Graf Platen. Prinz Ysenburg, an die vierte leere Seite herangerufen, begann mit einer Klarlegung des vollen Ernstes der Situation, und beschwor den Monarchen, er möge den Bündnisvorschlag seines Königs annehmen und sich nicht zu den Gegnern Preußens gesellen, zu denen er ja ohnehin nach seinen früheren Aeußerungen nie habe gezählt werden wollen.

Dem Prinzen war es unzweifelhaft vollständig Ernst mit seinen Vorstellungen. Daß er sich aber den Dank Bismarcks verdient hätte, wenn es ihm gelungen wäre, auf den König Eindruck zu machen, wage ich nicht zu behaupten. Vielleicht zum Glück für ihn blieb Georg unerschütterlich. Er entgegnete, daß nach den Vorgängen der letzten Zeit auch seine Ansichten sich hätten ändern müssen. Vor allem hätten die preußischen Reformvorschläge seine vollständigste Mißbilligung, die Parlamentsberufung sei ihm ein unerträglicher Gedanke, und die Bedingungen, die ihm und seiner Regierung heute gestellt wären, seien so unannehmbar, daß er sie nur einer Mediatisierung gleich achten könne. Mediatisieren aber, das erkläre er offen, lasse er sich nicht. Lieber wolle er zuvor mit Ehren untergehen.

Vergeblich suchte der Gesandte den ritterlichen Fürsten durch eine Schilderung der verzweifelten Lage des Landes in seinen Entschließungen wankend zu machen. Er stellte ihm vor, daß, wenn er nicht rasch auf Preußens Seite trete, morgen früh schon 30 000 bis 36 000 Preußen innerhalb der Grenzen des Königreichs stehen würden, während Hannover nicht mehr wie 15 000 Mann aufzustellen vermöchte, die noch dazu mit einem abgeänderten, dem Manne noch nicht handgerechten Gewehre bewaffnet wären*). Auch auf die Mission des Prinzen Solms kam er zu

*) Seit dem Jahre 1857 war die Infanterie mit einem siebenzügigen Perkussionsgewehr bewaffnet, das bis auf 800 Schritt mit einer bis dahin nicht erreichten Genauigkeit schoß. Am Boden des Rohres, in der sogenannten Schwanzschraube, war ein Pickel angebracht, welcher dazu dienen sollte, beim Ansetzen der Ladung die Patronenhülse zum Platzen zu bringen. Dieser Pickel erschwerte jedoch das Reinigen des Gewehrs in erheblicher Weise, und nach längerem Gebrauch verschleimte die Pulverkammer vollständig. Der König, der die Vorzüge des preußischen Zündnadelgewehrs in vollem Maße erkannte, hätte daher seine Armee auch gern damit ausgerüstet. Er wußte jedoch nur zu wohl, daß die Stände nicht schon wieder die nötigen Mittel zur Neubewaffnung bewilligen würden. Man mußte sich daher auf andere Weise behelfen. Der Pickel wurde entfernt und ein neues Expansivgeschoß, die sogenannte „Neßler-

sprechen und behauptete, zu wissen, daß der Kaiser Franz Joseph in einem von diesem überbrachten Handschreiben dem Könige für den festen Anschluß an Oesterreich versprochen habe, sein Land „durch Hinzuziehung der Gebiete von Oldenburg, Lippe, Waldeck und durch gleichzeitige Einverleibung einiger von Preußen zu erobernder Gebietsteile zu vergrößern".

Diese Behauptungen wies der König mit Entschiedenheit zurück und mit dem Wunsche, „daß Gott ihn erleuchten möge, noch den rechten Weg für sich und sein Land einzuschlagen", verabschiedete sich der Gesandte und wurde kalt entlassen.

Die Lage des Königreichs war nun eine wahrhaft verzweifelte. Sie ähnelte einigermaßen der Preußens im Jahre 1812, als Napoleon gebieterisch den Abschluß eines Bündnisses verlangte. Allein zu dem kleinmütigen Entschluß, der damals zu dem Allianzvertrage vom 21. Februar 1812 geführt hatte, vermochte sich der König Georg nicht zu verstehen. In dem Konseil, der gleich nach der Audienz zusammenberufen wurde, traten sämtliche Minister ihm einstimmig bei. Dieselben Männer, die am 13. Mai es für ungerechtfertigt gehalten hatten, zu Rüstungen zu schreiten, schwankten jetzt keinen Augenblick, als es galt, den fast aussichtslosen Kampf für die Ehre des Landes und der Dynastie aufzunehmen.

In der Stadt Hannover hatten die Truppenbewegungen während der Nacht bereits eine gewaltige Aufregung hervorgerufen. Und als sich am Morgen die Kunde von der Abstimmung in Frankfurt und der Uebergabe der preußischen Sommation verbreitete, steigerte sie sich zu einer fieberhaften Höhe. Immer mehr machte sich das dumpfe Gefühl einer nahen Katastrophe, die Besorgnis, daß der Anfang vom Ende gekommen sei, geltend. R. von Bennigsen aber vereinbarte unter dem Eindrucke dieser Vorgänge mit seinen politischen Freunden einen neuen

---

Patrone" eingeführt, wodurch man zugleich eine rasantere Flugbahn zu erzielen hoffte. Das an seiner Basis ausgehöhlte Geschoß aber war mit seiner Spitze gegen das Innere der Patrone gerichtet. Dadurch gestaltetete sich das Laden zu einer etwas komplizierten Manipulation. Der Infanterist riß zunächst mittelst eines Zipfels, welcher sich an dem das Pulver enthaltenden Ende der Patrone befand, dieselbe auf, und schüttete das Pulver in den Gewehrlauf, dann kehrte er die Patrone um, wodurch die Spitze des Geschosses mit dem entleerten Papier nach oben zu liegen kam und stieß das Ganze mit dem Ladestock herunter. Die Umänderung der Gewehre, sowie der Ladestöcke war jedoch im Juni 1866 noch nicht ganz beendet, doch war die bei der Fahne befindliche Mannschaft zumeist schon mit deren Handhabung bekannt gemacht. (Vergl. von der Wengen a. a. O. S. 253 ff.)

„Urantrag“, von dem sie sich sagen mußten, daß er völlig nutzlos war, wenn er nicht den Zweck verfolgte, in diesem verhängnisvollen Augenblick die Unzufriedenheit und das Mißtrauen im Lande von neuem zu schüren. Sie verlangten in der Sitzung der 2. Kammer, daß an die Regierung das dringende Ersuchen gestellt werden möge:

„1. Diejenigen Ratgeber der Krone, welche den verderblichen Schritt (für den österreichischen Antrag zu stimmen) befürwortet haben, sofort zu entlassen.

2. Den Bundesbeschluß nicht zur Ausführung zu bringen.

3. Jedes Heraustreten aus der Neutralität durch Parteinahme, sei es für Oesterreich oder für Preußen, ohne die dringendste Notwendigkeit zu vermeiden und

4. Auf die schleunigste Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuwirken.“

Als es jedoch am nächsten Tage, den 16. Juni, bekannt wurde, daß der Antrag durch die erfolgte Kriegserklärung gegenstandslos geworden war, zog ihn Bennigsen wieder zurück.

Zugleich wurden die Stände durch ein Schreiben des Königlichen Gesamtministerii bis auf weiteres vertagt. Die erste Kammer ging mit einem begeisterten Hoch auf Se. Majestät den König, die zweite schweigend auseinander.

Da Prinz Ysenburg bis 8 Uhr abends am 15. Juni noch keine Antwort auf seine Sommation erhalten hatte, begab er sich zu Graf Platen, der ihm eröffnete, daß er dieselbe noch vor Mitternacht haben könnte. Zugleich sprach der Minister im Namen des Königs die dringende Bitte an den Gesandten aus, er möge um 10 Uhr noch einmal nach Herrenhausen kommen. Dort würde ein Extrazug für ihn bereit stehen, um die besonderen Aufträge für seinen Allerhöchsten Herrn, mit denen ihn Georg betrauen wollte, nach Berlin zu überbringen. Allein darauf wollte sich Prinz Ysenburg, der sich keines besonders freundlichen Empfangs von seiten seines Chefs versehen mochte, nicht einlassen. Auch lehnte er es bestimmt ab, noch einmal nach Herrenhausen hinauszufahren. Doch meinte er, es bliebe dem König ja selbst unbenommen, nach Berlin zu reisen, um sich mit seinem mächtigen Vetter über den Bündnisvorschlag zu verständigen.

Gegen 11 Uhr abends*) begaben sich der Magistrat und die Bürger-

*) Bei dieser Zeitangabe folge ich dem Prinzen Ysenburg (siehe dessen Denkschrift in v. Lettow a. a. O. I. S. 365). Meding (Memoiren zur Zeitgeschichte II. T.

vorsteher in 22 Wagen hinaus nach Herrenhausen, um dem Könige die dringende Bitte vorzutragen, daß er durch Verständigung mit Preußen das Land vor den Drangsalen des Krieges bewahren möge.

Es war eine tiefergreifende Scene, als der unglückliche Fürst den Deputierten seiner Hauptstadt entgegentrat. Die hohe königliche Gestalt mit dem edlen noch immer schönen Antlitz rief mehr wie je ein überwältigendes Gefühl der Ehrfurcht hervor. „Noch nie," so erzählte nachher ein Mitglied der Deputation, welches seit langen Jahren der Regierung die energischste Opposition machte*), „noch nie hatte ich das Gesicht meines Fürsten mit dem Ausdruck so hoher Majestät gesehen." Er sah bleich und abgespannt aus, aber seine Stirne leuchtete, und in längerer Rede, die voll und kräftig von seinen Lippen strömte, setzte er ihnen auseinander, wie seine Politik nur dem Bundesrecht gelte, und er nur in diesem Sinne dem Bundesbeschlusse vom 14. seine Zustimmung, und zwar in einer gegen Preußen nicht feindseligen Form, erteilt habe. Die von dieser Macht jetzt gestellten Forderungen bezeichnete er als eine Mediatisierung, als solche, die mit seiner königlichen Ehre und Pflicht nicht vereinbar wären. Das Land und die Hauptstadt vor feindlicher Occupation zu bewahren, sei ihm indes nicht möglich. Er konzentriere deshalb seine Armee in den südlichen Provinzen, wo er hoffe, sich einige Zeit halten zu können. „Als Christ, Monarch und Welf kann ich nicht anders handeln!" so schloß er.

In einer Abschieds-Proklamation „An den Magistrat, die Bürgervorsteher und die Bürger Meiner geliebten Residenzstadt Hannover", erklärte der König nachher, daß er sich mit dem Kronprinzen zu seiner Armee begäbe, die Königin und seine geliebten Töchter zu Herrenhausen unter dem Schutze der bewährten Treue und Anhänglichkeit der Bürger zurücklassend.

Kurz vor Mitternacht erschien Graf Platen im Hause des Gesandten, dem jetzigen „Bayrischen Hofe" an der Louisenstraße, ließ ihn auf die Treppe hinausbitten und sprach sein Bedauern aus, daß er noch nichts Schriftliches bringe, ihm jedoch mündlich eröffnen wolle, daß Se. Majestät den preußischen Bündnisvorschlag nicht annehmen könne. Dann wollte er sich eilig wieder entfernen. Prinz Ysenburg hielt ihn jedoch zurück und

S. 124 ff.) befindet sich im Irrtum. Offenbar ist ihm die Deputation beim Herausfahren nach Herrenhausen und nicht bei seiner Rückkehr begegnet.

*) „Von der Elbe bis zur Tauber. Der Feldzug der preußischen Main-Armee im Sommer 1866" vom Berichterstatter des Daheim S. 294 ff.

fragte nochmals, ob das in der That sein und seines Königs letztes Wort sei. Und als er das bejahte, erklärte der Gesandte, daß er auf dieses „Nein“ beauftragt sei, „im Namen Seines Allergnädigsten Herrn, Sr. Majestät des Königs Wilhelm von Preußen, Sr. hannoverschen Majestät den Krieg zu erklären.“

Vergeblich bat Graf Platen den Gesandten, er möge mit der telegraphischen Meldung von der Kriegserklärung nach Berlin noch ein halbes Stündchen oder doch wenigstens so lange warten, bis er den König davon in Kenntnis gesetzt habe. Ysenburg wollte sich auf nichts einlassen und sandte kurz nach Mitternacht sein Telegramm ab.

Mit der Redigierung der schriftlichen Antwort auf das Ultimatum hatte Graf Platen Meding beauftragt. Dieser entledigte sich der Aufgabe zur vollen Zufriedenheit seines Chefs, der, bevor er sich zu der letzten entscheidenden Konferenz mit Prinz Ysenburg begab, das Konzept signierte. Die Erwiderung war in thunlichst milder und versöhnlicher Form gehalten, wies jedoch die preußischen Forderungen in entschiedener Weise zurück*). „Wenn die königlich hannoversche Regierung“, so heißt es darin, „die Anerkennung glaubt beanspruchen zu können, die Wahrung des Bundesrechts mit der bundesfreundlichsten Rücksicht gegen die königlich preußische Regierung vereinigt zu haben, so hat der Unterzeichnete um so mehr überrascht sein müssen durch die Bedingungen des Vertrages, welche Se. Durchlaucht der Prinz von Ysenburg ihm mitgeteilt hat.“ . . . Auf die erste Bedingung, die hannoverschen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März zurückzuführen, konnte mit Wahrheit erwidert werden, daß die Armee sich durchaus nicht im Kriegszustande befände. Die Zurücknahme der an sich bedeutungslosen Maßregel der Einberufung der Beurlaubten aber würde „ein so schwerer Schlag gegen die Ehre der hannoverschen Armee sein, daß Se. Majestät, mein Allergnädigster Herr, einer solchen Zumutung sich niemals unterwerfen kann“.

Was die Berufung eines deutschen Parlaments anbetrifft, so erklärte die Note, daß die hannoversche Regierung, „eingedenk ihrer Bundespflicht eine vom Bunde abgesonderte Behandlung dieser für die ganze deutsche Nation so hochwichtigen und folgenschweren Angelegenheit nicht für zulässig erachten kann“.

---

*) Das Dokument ist später in verschiedenen Zeitungen, Broschüren und dergl. veröffentlicht. Meding bringt in seinen „Memoiren zur Zeitgeschichte“ (II. T. S. 117 ff.) den genauen Wortlaut sogar mit den vom Könige befohlenen Aenderungen.

Die Reformvorschläge vom 14. cr. endlich griffen so wesentlich gerade in die Souveränetätsrechte ein, „daß sie einen einer Mediatisierung gleichen Erfolg besorgen ließen".

Dabei wiederholte Graf Platen, „daß die königlich hannoversche Regierung sich bewußt sei, auf dem Boden des unanfechtbaren völkerrechtlich garantierten Bundesrechts zu stehen, und daß das Festhalten an diesem Rechte nach ihrer Ansicht der königlich preußischen Regierung keine Veranlassung bieten könne, das Königreich Hannover als im Kriegszustande zu Preußen befindlich zu betrachten".

Auch jetzt noch, „bei der gegenwärtigen Spannung der Verhältnisse in Deutschland", wollte die Regierung „der Hoffnung nicht entsagen, die bundesfreundliche Gesinnung Hannovers und deren stets erfolgte Bethätigung von der königlich preußischen Regierung anerkannt, und das bisherige für beide Regierungen wertvolle nachbarliche Verhältnis bethätigt zu sehen."

Es war etwa 12 Uhr nachts, als Meding mit dem Entwurf der Antwortnote in Herrenhausen ankam. Er fand den König zum letzten Male im Kreise seiner Familie am Theetisch.

Ganz gegen seine sonstige Gewohnheit befahl der Monarch das Aktenstück in Gegenwart der Seinigen vorzulesen, damit auch sie dem Inhalt, der nicht bloß für sein Land, sondern auch für sein Haus von großer und folgenschwerer Bedeutung sei, ihre Zustimmung geben könnten.

Völlig ruhig und gefaßt, den Kopf auf die Hand gestützt, hörte der König der Vorlesung des Konzepts mit größter Aufmerksamkeit zu. „Die Antwort ist vollkommen treffend", sagte er, nachdem ihm das Ganze Satz für Satz langsam vorgelesen war, „und spricht genau das aus, was ich zu sagen wünsche; auch bin ich mit der freundlichen Form durchaus einverstanden." „Aber", fügte er hinzu, „es sind einzelne Stellen darin enthalten, welche den Gedanken erwecken könnten, als ob ich noch weiter verhandeln und vielleicht doch noch den preußischen Forderungen mit einigen Modifikationen zustimmen möchte. Das ist nicht der Fall. Ich war *entschlossen, neutral zu bleiben, und bin es noch*; aber von den souveränen Rechten meiner Krone werde ich niemals ein Titelchen aufgeben, und niemals werde ich den preußischen Forderungen in dieser Beziehung nachgeben. Man muß in einem entscheidenden Augenblick wie dieser vollkommen aufrichtig sein. Es wäre Unrecht, etwas zu sagen,

was ich nicht so meine, und Erwartungen zu erregen, die ich niemals erfüllen kann*)."

Nachdem sodann, diesem Gedankengange entsprechend, einzelne Stellen des Entwurfs modifiziert oder gestrichen waren, genehmigte er am Schreibtisch der Königin durch seine Unterschrift das Dokument. Es war genau 9 Minuten vor 1 Uhr nachts.

Dann ordnete er an, daß sein Reisegepäck und das des Kronprinzen in Bereitschaft gesetzt werde. „Ruhig und heiter, wie er immer war, wenn er einen Entschluß gefaßt hatte", bat er die tiefbewegte Königin, in Herrenhausen zu bleiben, und durch ihre Gegenwart den Mut und das Vertrauen der Bürger zu erhalten. Meding, der sodann nach Hannover zurückfuhr, beauftragte er, dem Grafen Platen, dem Kriegsminister und dem Generaladjutanten zu sagen, daß er um 4 Uhr nach Göttingen abreisen werde und sie auf dem Bahnhofe erwarte.

Die Reinschrift der Antwortnote konnte indes vor der Abreise des Königs nicht mehr fertiggestellt werden. Sie wurde erst am 17. vormittags dem Prinzen Ysenburg überbracht, der sie sofort ungelesen mit Protest nach Göttingen, woher sie gekommen, zurücksandte.

Unter einem frivoleren und widerspruchsvolleren Vorwand ist unter civilisierten Völkern wohl noch niemals eine Kriegserklärung erfolgt. Selbst das Ultimatum Nordamerikas an Spanien im Jahre 1898 ist dagegen sanft und wohl berechtigt. Daß man einem deutschen Nachbarstaat, mit dem man jahrhundertelang in Freundschaft und Waffenbrüderschaft gelebt hatte, unter Kriegsdrohungen ein Bündnis aufdrängen wollte, ist zwar an und für sich schon ungewöhnlich genug, aber, daß man dies Bündnis gleichzeitig dadurch wertlos machte, daß man zugleich die Entwaffnung forderte und binnen der kurzen Frist von 12 Stunden eine Entscheidung verlangte, obgleich gar keine Gefahr im Verzuge war, ist wohl noch nie dagewesen.

Und noch bevor diese kurze Frist abgelaufen war, brach der Feind in das Land. Der General von Manteuffel fühlte sich tief verletzt, daß ihm Bismarck Mangel an Schneidigkeit vorgeworfen hatte. Nun wollte er beweisen, daß es ihm daran nicht fehle. Ihm war am 14. Juni mitgeteilt worden, daß Hannover den Durchzug seiner Truppen nach Minden gestattet habe, und man hatte ihm anheimgegeben, diesen Umstand zu benutzen, um seinen Uebergang nach Harburg zu sichern. Zugleich ward

*) Meding a. a. O. I. T. S. 116, dessen Beschreibung dieser Scene ich folge.

ihm eröffnet, daß der Einmarsch nicht vor dem 17. stattfinden sollte. So lange zu warten aber war der unternehmende General nicht gesonnen. Ihm kam vielmehr die Gelegenheit, sein Versäumnis wieder gut zu machen, äußerst erwünscht. Sofort telegraphierte er an den König*), er sei bereit, schon am folgenden Tage (den 15.) mit seinem Corps nach Harburg überzugehen und „das ganze Hannover aufzurollen". Er wußte, daß am 16. die dritte hannoversche Brigade dort zu Truppenübungen eintreffen würde, und bat dringend, den morgenden Tag, wo „der Uebergang allein frei sei", benutzen zu dürfen. „Wie die Dinge heute liegen entscheidet allein das rechtzeitig gebrauchte Schwert, und ist jeder diplomatische Schachzug, der Verzögerung bringt, gefährlich" ... „Mein Einrücken ist kein Friedensbruch (!!), sondern nur Sicherung meiner militärischen Stellung. Telegraphieren Ew. Majestät in Gnaden, ich würde vor ein Kriegsgericht gestellt, so ist die politische Stellung gewahrt; ich handle und der politische Effekt ist da."

Bismarck hatte gegen diesen unerhörten Gewaltschritt nichts einzuwenden, und nach einer Besprechung mit Moltke telegraphierte er an Manteuffel: „Gehen Sie also dreist und schnell über die Elbe." Am 15. Juni um 7 Uhr 25 Minuten morgens war dieser im Besitz des Befehls, ließ seine Truppen alarmieren und begann sofort den Uebergang.

Ein seine erste Depesche ergänzendes, von dem Betriebsdirektor Bensen um 12 Uhr 25 Minuten expediertes zweites Telegramm**), das er jedoch diesmal an die Generaldirektion der Eisenbahnen adressiert hatte, die es eilends nach Herrenhausen weiter beförderte, setzte die Regierung davon in Kenntnis, daß die Preußen nach Harburg eingeschifft würden, angeblich mit dem Auftrage, die Etappenstraßen zu besetzen. Fast zu gleicher Stunde überreichte Prinz Ysenburg das preußische Ultimatum. Nun

---

*) Den genauen Wortlaut der originellen Depesche hat zuerst v. Lettow (Geschichte des Krieges von 1866 I. T. S. 139 ff.) veröffentlicht. Sie wirft ein so eigentümliches Licht auf die Auffassung des staatsrechtlichen Verhältnisses Preußens zu seinen deutschen Bundesgenossen, wie sie damals in den maßgebenden Kreisen Berlins herrschte, daß selbst Sybel Anstand nimmt, sie unverkürzt wieder zu geben.

**) Das Telegramm lautet:

Der Flügeladjutantur S. M. d. K. in Herrenhausen zur schleunigen Nachricht.
An Kgl. General-Direktion.

Soeben geht aus Hamburg die überraschende Nachricht ein, daß preußische Truppen, darunter 25. Infanterie-Regiment, nach Harburg zur Besetzung der Etappenstraßen im Königreich Hannover eingeschifft werden.

Direktor Bensen.

endlich fielen dem Grafen Platen die Schuppen von den Augen. Umgehend erhielt jetzt Bensen den Befehl, das rollende Eisenbahnmaterial schleunigst in Sicherheit zu bringen. Der Kommandant des kleinen Wachkommandos, Hauptmann Hugues, kam ihm hierbei in der geschicktesten Weise zu Hilfe. Er wußte den die Avantgarde kommandierenden preußischen Offizier durch kameradschaftliches Entgegenkommen und ein gutes Frühstück so lange hinzuhalten, bis der letzte Zug glücklich abgefahren war.

Dann marschierte er selbst mit seiner Abteilung ab. Dicht vor der Stadt begegneten ihm die Quartiermacher des 5. Infanterie-Regiments, die noch im tiefsten Frieden für dessen Unterbringung während der befohlenen Brigadeübungen sorgen wollten!! Sie kehrten natürlich schleunigst mit um und erreichten bei Winsen glücklich wieder ihr Regiment.

Um 1 Uhr 30 Minuten aber betrat das 2. Bataillon des preußischen Grenadier-Regiments No. 11 das hannoversche Ufer, und zog unter den Klängen des Nationalliedes: „Ich bin ein Preuße, kennt Ihr meine Farben?“ in die Stadt ein.

Zwölftes Kapitel.

Der Krieg.

Mag Irrtum sein, was Euch die Schwerter gab —
Da Ihr die Schwerter nahmt, zwang jeder Streich
Dem starken, stolzen Feinde Achtung Euch,
Der kummervollen Zeit Bewund'rung ab.

Mag's Irrtum sein, der Brave frug nicht, was,
Er war Soldat und der Soldat war brav,
So ging er in den Kampf und ew'gen Schlaf,
Kein Königssöldling, ein Leonidas.

(Aus dem Gedichte: „Die Löwen von Langensalza"
in den Hamburger „Wespen" vom 7. Juli 1866.)

Nachdem die Minister sich in dem unmittelbar nach Prinz Ysenburg's Audienz zusammenberufenen Konseil einstimmig für die Zurückweisung des preußischen Ultimatums ausgesprochen hatten, galt es, die schwierigere Frage zu entscheiden, was geschehen sollte, um der drohenden feindlichen Invasion zu begegnen. Nur zwei Alternativen konnten in Betracht kommen: der Rückzug in die Bremische Verteidigungsstellung oder die Konzentrierung der Armee bei Göttingen, um möglichst mit den Kurhessischen und Braunschweigischen Kontingenten vereint, sich nach Süddeutschland Bahn zu brechen. Unglücklicherweise aber hatte die wahrhaft verächtliche Art, in der sich der General Jacobi während des Konseils vom 13. Mai über die Stader Position ausgesprochen, bei dem Könige einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Er war daher dem zweiten Plane, den dieser bedingungsweise empfohlen hatte, mehr geneigt, übersah dabei jedoch, daß zu seinem Gelingen ein mobiles, marschbereites Heer die notwendige Voraussetzung war. Auch Graf Platen, der die Angelegenheit nur aus dem politischen Gesichtspunkte beurteilte, von der militärischen Lage aber keine Ahnung hatte, redete diesem Plane lebhaft das Wort. Nachher hat er sich damit entschuldigt, daß er von der Fortschaffung des Armeematerials nach Stade nichts gewußt habe.

Ein besonderes Verhängnis endlich wollte es, daß im Drange des Augenblicks von höheren Offizieren nur der General-Adjutant und der Chef

des Generalstabes zur Beratung nach Herrenhausen waren beschieden worden. Der alte Tschirschnitz saß völlig gebrochen und zu jeder Meinungsäußerung unfähig fassungslos in einem Sessel. Sichart dagegen, der geglaubt zu haben scheint, daß es eintretenden Falls von Hannover abhinge, ob es zum Kriege käme oder nicht, hatte es seit seiner Rückkehr von der Rekognoszierung im Bremischen für überflüssig gehalten, sich mit der Frage der Verteidigung des Landes weiter zu beschäftigen. Auch mag er Anstand genommen haben, sich über die Vorzüge und Nachteile der von ihm erkundeten Stellung weiter zu äußern, nachdem der König sich gegen den Rückzug dahin ausgesprochen hatte. Jedenfalls aber wäre es seine Pflicht gewesen, darauf hinzuweisen, daß man bei der Konzentrierung im Süden des Landes die Armee einer fast sicheren Katastrophe entgegenführte, da man sich von allen Hilfsquellen entfernte und es in der pferdearmen Gegend fast unmöglich sein würde, sie nur einigermaßen operationsfähig zu machen. Aber sei es, daß eine gewisse Scheu ihn davon abhielt, eine Meinung offen auszusprechen, die mit der anerkannten Autorität Jacobis im Widerspruch stand, genug, er beschränkte sich auf die Aeußerung des Bedauerns, daß die Absicht, nach Göttingen zu ziehen, nicht früher ventiliert wäre. Dann hätte man durch Anordnung der Brigadeübungen in den südlichen Landesteilen diese Maßregel besser vorbereiten können*).

So führte die Diskussion bei dem Mangel eines ausschlaggebenden militärischen Urteils längere Zeit zu keinem Ergebnis. Da entsann man sich, daß der Hauptmann Grumbrecht vom Generalstabe, der dem Kronprinzen in verschiedenen militärischen Fächern Unterricht erteilte, zufällig in Herrenhausen anwesend war. Der König ließ ihn also in den Konseil entbieten und forderte ihn auf, seine Meinung abzugeben. Allein auch er erklärte, er sei nicht imstande, so völlig unvorbereitet in der schwierigen Lage eine bestimmte Ansicht zu äußern**). Da wandte sich der König in der allgemeinen Ratlosigkeit schließlich an seinen vertrauten Flügeladjutanten von Kohlrausch und da dieser, der den Unterschied zwischen einer mobilen und immobilen Armee nicht genügend bedacht haben mag,

*) Mitteilung des Generals z. D. R. von Sichart d. d. 14. Januar 1898.

**) Wengens Angabe, (S. 222) Grumbrecht habe sich dahin geäußert, daß ihm die Konzentrierung der Armee im Götting'schen als eine vorteilhafte Maßregel erscheine und er damit den Ausschlag gegeben habe, ist nicht zutreffend. Auf der Fahrt nach Göttingen, die ich mit ihm in demselben Eisenbahncoupé machte, hat er sich gegen mich auf das Allerentschiedenste gegen eine solche Insinuation verwahrt.

die Konzentrierung bei Göttingen für die geeignetste Maßregel erklärte, wurde dieser Plan zum Beschlusse erhoben*).

Das war gegen 1 Uhr mittags, und nun ergingen mit Hilfe des Telegraphen an sämtliche Truppenteile die entsprechenden Marschbefehle. Daß der abenteuerliche Zug nach dem Süden infolge der fast übermenschlichen Anstrengungen aller Beteiligten und einer Menge von unvorhergesehenen Zufälligkeiten dennoch fast geglückt wäre, rechtfertigt ihn nicht. Der Rückzug nach dem Bremischen, den weder der General Vogel von Falkenstein, noch Manteuffel hindern konnte, wäre unzweifelhaft der richtigste Ausweg gewesen. In Stade fand man überreichliche Vorräte an Waffen und Munition, die man im Hinblick auf die Möglichkeit des jetzt eingetretenen Kriegsfalls dahin geschafft hatte. Dort hätte man voraussichtlich wochenlang Zeit gehabt, die Armee zu mobilisieren und in der pferdereichen Gegend mit Leichtigkeit die Bespannungen der Artillerie und des Fuhrwesens ergänzen können.

Alle diese Vorteile gab man bei der Konzentrierung um Göttingen auf, alle Anordnungen, die man in Voraussicht einer Aufstellung der Armee im Bremischen getroffen hatte, mußten nun im letzten Augenblick umgestoßen werden. Das Ingenieurcorps hatte sogar schon am Morgen, nach Eingang der ersten bedrohlichen Nachrichten aus Minden, Marschbefehl nach Bremervörde erhalten und gleichzeitig war der Kommandant von Stade, Generalmajor Rechtern, benachrichtigt worden, daß er zum Gouverneur des Platzes ernannt sei und die ganze Armee sich in den nächsten Tagen dort versammeln werde. Durch den Umstand, daß die einzelnen Truppenteile sich teils auf dem Marsche nach den in Aussicht genommenen Brigadeübungsplätzen bei Verden und Burgdorf befanden, und daher kein telegraphischer Befehl sie erreichen konnte, teils während der Nacht in entgegengesetzter Richtung in Bewegung gesetzt waren, wurden die Schwierigkeiten der Lage noch vermehrt. Daß hierbei einige Verwirrung unvermeidlich war, daß hie und da Ordres und Contreordres sich kreuzten, ist nur zu begreiflich. Es kann vielmehr nicht hoch genug anerkannt werden, daß der General von Sichart, nachdem einmal die verhängnisvolle Entscheidung erfolgt war, unterstützt von den über alles Lob erhabenen Leistungen der Eisenbahnverwaltung alle nötigen Anordnungen mit seltener Energie und Umsicht getroffen hat, auch als infolge der Besetzung Harburgs durch die Preußen die größte Eile geboten schien.

*) Mitteilung des Flügeladjutanten von Kohlrausch.

Schon um 4 Uhr nachmittags begannen die Eisenbahntransporte. Zuerst wurden das aus Nienburg eintreffende 7. Infanterieregiment und das 3. Jägerbataillon, die in der Nacht nach der Hauptstadt beordert waren, nach Göttingen weiter befördert. Ihnen folgte das Garderegiment. Auch der Oberstlieutenant Cordemann vom Generalstabe begab sich dahin, um wegen der vorläufigen Unterbringung der Truppen die nötigen Anordnungen zu treffen. Endlich erhielt der General Gebser zu seiner Ueberraschung abends 10 Uhr auf dem Klub den Königlichen Befehl, unverzüglich nach Göttingen abzureisen, um das Kommando über die sich dort sammelnde Streitmacht zu übernehmen.

Es würde zu weit führen, wenn ich im einzelnen die bereits von anderen Seiten eingehend geschilderten Truppenbewegungen beschreiben wollte, wodurch es erreicht wurde, daß am 18. Juni die gesamte Armee mit Ausnahme einiger kleinen Detachements bei Göttingen versammelt war. Die Infanterie wurde durchweg mit der Eisenbahn befördert. Zuletzt traf — am 17. morgens — das 4. Regiment aus Stade dort ein. Es hatte in seiner entlegenen Garnison am 15. Juni nachmittags ganz überraschend den Versammlungsbefehl erhalten. Drei Stunden später schon setzte es sich, zugleich mit der ebenfalls dort stehenden gezogenen Fußbatterie — der einzigen, die bespannt war —, in Bewegung und erreichte nach einem 14stündigen ermüdenden Gewaltmarsch um 9 Uhr morgens die 8 Meilen entfernte Eisenbahnstation Stubben. Hier wurden die Truppen am Vormittag und Mittag verladen und gelangten am frühen Morgen des nächsten Tages glücklich nach Göttingen, wo man sie fast verloren gegeben hatte. Das letzte Bataillon der Garnison der Residenz war nämlich bereits am Abend des 16. eingetroffen. Man befürchtete daher, daß vorausgeschickte feindliche Kavallerieabteilungen die Eisenbahn unfahrbar gemacht haben könnten.

Das ebenfalls in der Hauptstadt garnisonierende 6. Infanterieregiment, welches erst am Tage vorher die neuen Gewehre in Empfang genommen hatte, wurde am 16. morgens $4^1/_2$ Uhr durch den Hofmarschall Grafen Wedel alarmiert. Als es aber zur Fahrt nach Göttingen auf dem Bahnhofe eintraf, war alles vorhandene Wagenmaterial zur Beförderung der Königlichen Effekten in Beschlag genommen. Es blieb also nur der Fußmarsch übrig und man erreichte nachmittags gegen 3 Uhr Elze, wo Quartiere bezogen wurden. Da das Regiment aber keinen Train besaß, so mußte das Offiziergepäck auf drei requirierten Droschken und einem Milchwagen mitgeführt werden. Nachmittags 4 Uhr gelang es der Eisenbahnverwaltung, hier einen Zug zusammenzustellen, mit dem das Regiment

nach Nörten weiter befördert wurde, in dessen Umgegend es Quartiere bezog*).

Zwischen die Truppentransporte wurden in bunter Unordnung andere Eisenbahnzüge eingeschoben, welche das notwendigste Armeematerial nach Göttingen beförderten. Als es gegen Mittag des 15. Juni in der Stadt bekannt wurde, daß der preußische Gesandte ein Ultimatum übereicht hatte, infolgedessen der Ausbruch des Krieges unmittelbar vor der Thür stand, und daß die hannoverschen Truppen bereits Befehl zur Konzentrierung bei Göttingen erhalten hatten, da bemächtigte sich der Bevölkerung eine namenlose Wut über die hinterlistige Politik Preußens und ihres Leiters. Alle waren darin einig, daß der König vollkommen im Recht war, wenn er die ganz unannehmbaren Forderungen entschieden zurückwies, und jeder war bereit, nach seinen geringen Kräften zur Rettung des teuren Vaterlandes mitzuwirken. Alt und jung, hoch und niedrig eilten nach dem Zeughause, um bei der Fortschaffung der dort aufbewahrten Ausrüstungsstücke hilfreiche Hand zu leisten. „Man sah Knaben Patronenpakete auf Schubkarren zum Bahnhofe fahren. Das ganze Dienstmannsinstitut war in Anspruch genommen und trug Waffen nach der Eisenbahn. Proviantwagen, Lazarettwagen, ja Protzkasten wurden von Menschenhänden gezogen, und den abfahrenden Offizieren fehlte oft das Unentbehrlichste. Eine Frau aus dem Volke trug drei Trommeln, Knaben waren mit Patronentaschen beladen, und eine elegante Karosse mit Dienern in Livree fuhr, das Innere mit den großen hölzernen Feldflaschen gespickt, dem Bahnhofe zu**)." Erst das Einrücken der Preußen machte dieser patriotischen Thätigkeit ein Ende.

Die Kavallerieregimenter und die beiden reitenden Batterien waren im wesentlichen auf den Fußmarsch angewiesen und erreichten teils am 17., teils am 18. Juni die Kantonnements um Göttingen. Zwei Schwadronen der Garde du Korps waren bereits in der Nacht vom 14. zum 15. Juni plötzlich alarmiert worden, um im Verein mit dem Leibregiment nach Wunstorf zu marschieren, wo unter ihrem Schutze die Eisenbahn gegen Minden unfahrbar gemacht werden sollte. Sie haben ihre Kaserne nicht wiedergesehen. Am 16. früh 5 Uhr setzte sich das ganze wiedervereinigte Regiment nach Süden in Marsch. Nach einer kurzen Abendrast bei Elze traf es am 17. zwischen 6 und 7 Uhr morgens in Northeim und Umgegend ein. Es hatte also innerhalb 25 Stunden 10 Meilen zurückgelegt.

*) v. d. Wengen a. a O. S. 311.

**) „Von der Elbe bis zur Tauber" a. a. O. S. 31.

Am Nachmittage des 16. Juni passierte das Gardehusaren-Regiment die Residenz. Es hatte in der Frühe des 15. ganz unerwartet den Befehl zum Abmarsch nach Hannover erhalten und an demselben Tage Hudemühlen erreicht. Während des Weitermarsches am nächsten Tage ging dem Kommandeur die Nachricht von der Konzentrierung der Armee bei Göttingen und dem bereits erfolgten Abzug der hauptstädtischen Garnison zu. Er führte also sein Regiment mit möglichster Beschleunigung weiter nach Hannover. Hier durchlief die Kolonne plötzlich die Kunde, daß auf der „Langen Laube" die Königin mit ihren beiden Töchtern im Wagen hielte. Mit einem Schlage war nun alle Sorge um die ungewisse Zukunft verschwunden. Auf jedem Gesichte strahlte die Freude, die geliebte Landesmutter, die holden Prinzessinnen noch einmal zu sehen, und mit begeistertem Hurrarufen und unaufhörlichen Säbelschwenken zog das schöne Regiment an den huldvoll winkenden hohen Damen vorüber. Die Königin gab dabei dem Kommandeur, Oberst von der Decken, eine Depesche, worin der preußische General Vogel von Falckenstein schon für den folgenden Tag die Besetzung der Residenz ankündigte. Hinter Hannover stieß man auf die abziehenden langen Train- und Artilleriekolonnen. Wiederholt geriet dadurch der Weitermarsch ins Stocken, so daß es 6 Uhr abends wurde, bis das Regiment in Pattensen anlangte. Hier wurde es mit den aus der Gegend von Suhlingen eingetroffenen Kronprinz-Dragonern und den beiden reitenden Batterien vereinigt, mit denen es unter dem Befehl des Generals v. d. Knesebeck die Nachhut zur Deckung des Rückzugs nach Göttingen bilden sollte. Am 17. ging der Marsch auf der großen Göttinger Straße weiter bis in die Gegend von Northeim. Am 18. gelangte die Nachhut zur Armee und wurde aufgelöst.

Die wenigsten Schwierigkeiten, sein Marschziel zu erreichen, hatte das Garde-Kürassierregiment. Zwar war es eben zu der befohlenen Konzentrierung bei Hannover in nördlicher Richtung abgerückt, da erhielt es in Alfeld am 15. Juni Contreordre und kehrte am 16. nach seiner Garnison Northeim zurück, marschierte sodann über Göttingen nach der Gegend von Friedland, wo es Vorposten gegen die preußische und hessische Grenze aufstellte.

Die Cambridge-Dragoner, welche auf der Allerheide bei Wienhausen ihre Regimentsübungen abhielten, hatten am 16. Juni früh noch keinen Befehl zum Aufbruch nach Hannover erhalten. Sie marschierten daher, der früheren Anordnung entsprechend, ab, um sich in der Gegend von Burgdorf an den Manövern der 2. Infanteriebrigade zu beteiligen. Beim Eintreffen im ersten Nachtquartier Uetze ging dem Regiment die

Weisung zu, in vier Tagemärschen nach Göttingen zu rücken. Wenige Stunden später aber überbrachte ein Bote dem Kommandeur, Oberstlieutenant Grafen Kielmannsegge den telegraphischen Befehl, sich mit möglichster Beschleunigung dahin in Bewegung zu setzen. Er ließ also das Regiment alarmieren und marschierte zunächst nach Hohenhameln, von wo man nach $1^1/_2$ stündiger Rast wieder aufbrach. Der Weitermarsch ging über Hildesheim, das man um Mitternacht passierte. In den Dörfern südlich der Stadt gewährte der Kommandeur dem Regiment eine kurze Rast in Quartieren. Jedoch schon um 8 Uhr morgens wurde der Marsch fortgesetzt, bis man gegen $6^1/_2$ Uhr abends am 17. Juni nach einer längeren Mittagsruhe in Lamspringe die Gegend von Northeim erreichte. Man hatte also in 36 Stunden die Strecke von etwa 14 Meilen bewältigt.

Noch bewunderungswürdiger waren die Leistungen des Königin-Husarenregiments. Der Kommandeur, Oberst Freiherr von Halkett, ein Sohn jenes berühmten Generals Sir H. Halkett, welcher in der Schlacht bei Waterloo den General Cambronne mit eigener Hand gefangen nahm, erhielt den telegraphischen Befehl zum schleunigen Abmarsch nach Hannover am 15. Juni morgens 3 Uhr. Die Schwadronen lagen mit Ausnahme einer einzigen, welche die Kaserne bezogen hatte, in Kantonnements zwischen Lüneburg und Bardowiek. Ordonnanzen überbrachten ihnen nun den Befehl, sich um 8 Uhr morgens vor der Kaserne zu versammeln. Mit der Requisition von Vorspannpferden und anderen unumgänglichen Vorbereitungen verging indes einige Zeit, so daß der Abmarsch von Lüneburg erst um 9 Uhr erfolgte. Der Oberst wollte am ersten Tage bis Uelzen — $4^3/_4$ Meilen — marschieren, wo er um $2^1/_2$ Uhr nachmittags anlangte und die Mannschaften in die Quartiere entließ. Da wurde ihm ganz unerwartet das Eintreffen eines Extrazuges gemeldet, welcher zwischen 6 und 7 Uhr die Eisenbahnstation passierte und das 5. Infanterieregiment, das sich in Winsen und Stelle eingeschifft hatte, nach Hannover führte. Durch die Offiziere erfuhr er, daß die Preußen, ohne die Kriegserklärung abzuwarten, bereits Harburg besetzt hatten. Ein solcher Einbruch konnte auch in anderen Richtungen z. B. von Magdeburg und Braunschweig her erfolgt sein. Dem Oberst erschien es daher geraten, den Marsch nach Süden möglichst schleunig fortzusetzen, um der Gefahr, abgeschnitten zu werden, zu entgehen. Abends 10 Uhr rückte daher das Regiment bei strömendem Regen wieder ab. Es war eine stockfinstere Nacht und eine drückende Hitze. In Eschede machte man einen $^3/_4$ stündigen Halt, um die Pferde zu füttern und die Mannschaften

mit Kaffee zu stärken. Dann ging's weiter und am 16. Juni um 7 Uhr morgens erreichte man Celle, wo man hoffte, einige Stunden Ruhe genießen zu können, um so mehr, da der Kommandeur hier ein vom 15. abends datiertes Telegramm aus Hannover vorfand, welches für den 16. einen Rasttag und erst für den 17. den Weitermarsch anordnete. Die Entfernung von Uelzen nach Celle beträgt 7 Meilen; im ganzen waren also schon $11^{3}/_{4}$ Meilen zurückgelegt.

Kaum aber hatte der Oberst die Husaren in die Quartiere entlassen, so ging ihm ein zweites, offenbar unter dem Eindruck der Besetzung Harburgs erlassenes, und am 16. morgens 6^{25} Uhr expediertes Telegramm zu, wonach er sofort aufbrechen und versuchen sollte, über Hildesheim und Alfeld das Göttingensche zu erreichen.

Aufs Höchste überrascht, entsandte Halkett nun seinen Adjutanten auf einer Lokomotive nach Hannover, um sich über die Situation zu orientieren und nähere Instruktionen einzuholen. Nach ein paar Stunden kehrte dieser mit der wenig tröstlichen Nachricht zurück, daß die Residenz schon von den hannoverschen Truppen verlassen sei, und er von höheren Kavallerieoffizieren niemand mehr getroffen habe, der ihm Befehle erteilen könnte. Nur dem General von Sichart war er zufällig auf dem Wege zum Bahnhofe begegnet, doch hatte dieser sich außer stande erklärt, ihm Verhaltungsmaßregeln zu geben, da das Regiment schon so gut wie abgeschnitten sei. Nun galt es Eile. Zunächst versuchte daher der Oberst, in Celle genügendes Eisenbahnmaterial zum Weitertransport zu erhalten. Allein seine Bemühungen waren vergeblich. Man vertröstete ihn jedoch auf die Station Lehrte, wohin das Regiment am 16. mittags 1 Uhr wieder abrückte. Von abwechselnden Gewitterschauern zum zweitenmal völlig durchnäßt, kam man Abends dort an, aber nur, um zu erfahren, daß auch hier auf eine Beförderung mit der Bahn nicht gerechnet werden konnte. Während der zum Füttern gehaltenen Rast telegraphierte der Oberst daher nach Nordstemmen, dem Knotenpunkte der Göttinger und Hildesheimer Bahn, daß man dort das nötige Transportmaterial bereit halten möge, was auch bestimmt zugesagt wurde. Inzwischen hatte sich das Wetter wieder aufgeklärt, und bei sternenheller Nacht ging nun $^{1}/_{2}$ 12 Uhr der Marsch weiter. Am 17. Juni früh zwischen 3 und 4 Uhr endlich erreichte das Regiment glücklich Nordstemmen, wo es in zwei Zügen eingeschifft wurde und zwischen 6 und 7 Uhr auf der Station Nörten anlangte.

Die Pferdeparade am 18. Juni morgens ergab ein für jeden

Kavalleristen staunenswertes Resultat. Außer einem rheumatisch lahmen fand sich kein einziges dienstuntüchtiges Pferd im ganzen Regiment. Selbstverständlich waren einige gedrückt und gescheuert, jedoch keines in hohem Grade, so daß drei Tage später beim Abmarsch nach dem Süden nicht eines zurückgelassen zu werden brauchte. Der ungeheure, fast ununterbrochene Marsch von 20 Meilen in zwei Tagen und zwei Nächten aber bewies auf das Schlagendste, welcher Leistungen das edle hannoversche Pferd fähig ist, und mit welcher Sorgsamkeit der innere Dienst in der hannoverschen Kavallerie beaufsichtigt wurde.

Es war ursprünglich die Absicht gewesen, die in Hannover garnisonierende Artillerie möglichst lange dort zu lassen, um bei der Fortschaffung des Materials thätig zu sein. Auch hatten die Mannschaften schon seit dem 15. nachmittags in der angestrengtesten Weise gearbeitet, als die in der Nacht eintreffenden Schreckensnachrichten eine gewisse Ueberstürzung hervorriefen. Man glaubte schon für den Nachmittag den Einmarsch der Preußen erwarten zu müssen. Nun wurden in der größten Eile Vorspannpferde requiriert, mit denen man eine Fußbatterie von 6 leichten 12=Pfündern bespannte, die sich der Arrièregarde anschließen sollte. Sie setzte sich am 16. gegen 11 Uhr vormittags zugleich mit der Handwerkerkompagnie, welche das bis dahin flottgemachte Material an Geschirren, Montierungsstücken u. s. w. in 41 Wagen mit sich führte, auf der großen Straße nach Göttingen in Bewegung, das sie am 18. morgens erreichten. Gleichzeitig traf das Ingenieurcorps, welches einen ebenfalls mit Vorspannpferden bespannten Brückentrain, Schanzzeug=Wagen und dgl. mit sich führte, sowie das Traincorps dort ein. Die mit den Pferden des Friedens=Etats bespannten beiden gezogenen Batterieen des 1. und 2. Artilleriebataillons wurden dagegen mittags des 16. per Eisenbahn nach Göttingen befördert.

Glücklicherweise gelang es, die disponibeln Barbestände der Königlichen Generalkasse rechtzeitig in Sicherheit zu bringen*). In einer Ministerberatung am 15. Juni nachmittags gegen 6 Uhr war beschlossen worden, diese Gelder nach London zu schaffen und sie dort in der Bank von England zu deponieren. Mit der Ausführung dieses Auftrages wurde der Generalsekretär des Finanzministeriums, Geheime Finanzrat von Klenck, beauftragt, der schon längst einen Plan dazu ausgearbeitet und

*) Das Folgende ist dem Konzept des offiziellen Berichts des Geh. Finanzrats von Klenck d. d. 10. Juli 1866 entnommen. Die Reinschrift scheint in die Hände Medings gefallen zu sein.

vorbereitet hatte. Nachdem man die Summen, welche zur Einlösung der auf den 1. Dezember gekündigten Landes-Obligationen, sowie zur Bestreitung der sonstigen laufenden Ausgaben erforderlich waren, ausgeschieden hatte, wurden ihm außerdem noch folgende Gelder übergeben:

1. Die Wertpapiere des Domanial-Ablösungs- und Veräußerungsfonds.
2. Die Depots für Darlehen, soweit sie nicht in der nächsten Zeit zur Rückzahlung kamen, und
3. Die im Depositum des Finanzministeriums befindlichen Wertpapiere des Reservefonds der Clausthaler Zehntkasse.

Das bare Geld — 720 000 Thaler und 39 000 Goldkronen*) war in 79 Tonnen verpackt. Die Summen von 54 000 Pfund Sterling (Noten der Bank von England), 46 000 Thaler preußischen Banknoten und 250 000 hannoversche Bankbillets waren in drei kleineren Paketen enthalten. Die Wertpapiere endlich — etwa 19 Millionen — befanden sich in 7 großen Kisten, 3 Aktenkisten und 1 Sack.

Diesen riesigen Schatz sollte ein Extrazug nach Geestemünde führen. Trotz der äußersten Beschleunigung aber war es nicht möglich, denselben vor $11^1/_2$ Uhr am 15. abends zum Abgang zu bringen. Die Fahrt ging langsam, weil auf der Strecke von Wunstorf nach Bremen keine Signale gezogen waren; allein, als man morgens in Geestemünde ankam, lag, der getroffenen Anordnung gemäß, bereits eins der beiden der Regierung gehörigen Schleppschiffe unter Dampf und die nötige Mannschaft war zum Umladen bereit. Nun aber erklärte der Hafenmeister daß er das größere, welches zur Ueberfahrt nach England tauglich wäre, nicht hätte erhalten können. Das disponibele kleinere dagegen wäre bei unruhigem Wetter nicht dazu zu empfehlen. Der Versuch, ein anderes Dampfschiff unter neutraler Flagge, welches im Laufe des Tages direkt nach England ging, zu chartern, mißglückte. Klenck sah sich daher auf den Dampfer „Bremen" des Norddeutschen Lloyd angewiesen, welcher in der folgenden Nacht (16/17. Juni) über Southhampton nach New-York abfahren wollte, und schon um 9 Uhr morgens wurde mit der Verladung der Güter auf diesen begonnen.

*) Die Goldkronen waren durch das Gesetz vom 3. Juni 1857 eingeführt worden. Es war eine neue Vereinsmünze, welche an die Stelle der bisherigen Pistolen treten sollte. 45 Kronen sollten 1 Pfund wiegen und bestimmte sich der Wert einer Krone dadurch auf 8 Thaler 11 Groschen 8 Pfennige Gold. In Courant galten sie je nach dem Kurse etwa $9^1/_2$ Thaler.

Im Laufe des Tages verbreiteten sich die abenteuerlichsten Gerüchte in Bremerhaven: Preußische Truppen seien bereits in Verden, der bremische Senat sei aufgefordert worden, Klenck festzuhalten, es lägen erst eins, dann drei, endlich sechs preußische Kriegsschiffe beim Leuchtturm. Der Kapitän der „Bremen“ wurde dadurch so in Schrecken gesetzt, daß er erklärte, er werde auf den ersten blinden Schuß beidrehen. Erst auf vieles Zureden und nachdem ihm vorgestellt war, daß er unter Hinweis auf die Papiere eventuell Unkenntnis der Ladung, bei der als Verlader der Konsul Beuermann genannt sei, vorschützen, sowie daß er Klencks Namen verschweigen könne, versprach er, das Aeußerste zu thun.

So lichtete denn das Schiff mit seiner kostbaren Last um $2^1/_2$ Uhr morgens des 17. Juni die Anker und lief am 19. früh in den Hafen von Southampton ein, ohne von preußischen Kriegsschiffen etwas gesehen zu haben. Hier aber stellten sich der Bergung des Schatzes neue Hindernisse entgegen. Durch unvorsichtige Reden des Lootsen wurde die Nachricht von der wertvollen Sendung in der Stadt ruchbar, und der Umstand, daß der Kapitän, um Weiterungen wegen des Mangels eines Gesundheitsattestes zu vermeiden, sich auf das Zeugnis Klencks, als des hannoverschen Finanzministers berief, schien das Gerücht zur Gewißheit zu machen. Unter diesen Umständen wäre es gefährlich gewesen, die Gelder während der Nacht etwaigen Angriffen auf dem Bahnhofe von Southampton oder London auszusetzen. Die Bank von England aber schloß ihre Geschäftsstellen bereits um 3 Uhr nachmittags, und es war unmöglich, vor dieser Stunde mit einem der gewöhnlichen Züge die englische Hauptstadt zu erreichen. Rasch entschlossen bestellte Klenck daher einen Extrazug und wies den hannoverschen Generalkonsul Wehner in London telegraphisch an, alles Nötige wegen der Abwickelung der Geschäfte bei der Bank vorzubereiten. Am Bahnhofe schon konnte Wehner ihm berichten, daß alles nach Wunsch geregelt sei. Bereits um $2^1/_2$ Uhr Nachmittags langte der erste Transportwagen bei der Bank an, und um 4 Uhr lagen sämtliche Päckereien sicher in einem Keller des Gebäudes.

Damit waren aber noch längst nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Um wenigstens das bare Geld für den König verfügbar zu halten, zahlte Klenck zunächst die 54000 £ Noten der Bank von England derselben zurück und ließ sich dafür ein Accountbook geben, welches auf seinen, resp. des ihm beigegebenen Finanzrevisors Kniep Namen als Deponenten lautete. Das gesamte Silber wurde für 105805 £ verkauft, und der

Erlös ebenso wie der für die preußischen und 100000 Thaler von den hannoverschen Banknoten in das Accountbook eingetragen, das auf die Western Branch der Bank ausgestellt ward.

Diese letztere Maßregel empfahl sich deshalb, weil sich in der City von London, nicht aber in dem westlichen Stadtteil, der höchst eigentümliche Gerichtsgebrauch herausgebildet hatte, daß, „wenn jemand ein Affidavit dahin einreichte, ein Dritter schulde ihm eine gewisse Summe, oder halte eine dem Kläger gehörende Sache im Besitz, das Depositum oder das Eigentum ohne weiteren Prozeß mit Beschlag belegt werden konnte," wenn der Kläger den Ort der Aufbewahrung dieser Gegenstände anzugeben vermochte. Deshalb hielt es der Londoner Rechtsanwalt des Königs, Mr. Pemberton, für ratsam, den Schatz nach irgend einem anderen Ort zu schaffen, der dem preußischen Gesandten und dem preußischen Konsul unbekannt war.

Indes dieser Rat, so gut er sein mochte, war nicht wohl ausführbar. Namentlich hätten die 72 Fässer Silber, die jedes etwa 400 Pfund wogen, selbst in dem Gewühle Londons nicht unbemerkt fortgeschafft werden können, und deshalb hatte sich Klenck für den Verkauf entschieden.

Dagegen hatte er kein Bedenken, die verschiedenen Staatsobligationen an ihrem bisherigen Aufbewahrungsort zu belassen, da die Zinscoupons dieser Papiere, welche in den nächsten Monaten fällig wurden, in Hannover abgetrennt waren und zur freien Verfügung gehalten werden sollten. Man konnte es daher in Gemütsruhe abwarten, ob es dem preußischen Konsul gelang, ein „attachment" wegen der Obligationen zu erwirken und einen langwierigen Prozeß darüber anzustrengen.

Auch die 7 Tonnen Gold und der Rest der hannoverschen Banknoten (150000 Thaler) verblieben vorläufig in den Kellern der Bank von England, nachdem sie der Vorsicht halber auf einen fremden Namen übertragen waren, der geheim gehalten wurde. Der Herzog von Cambridge, bei dem Klenck zuerst die Umschreibung auf seinen Namen beantragte, hatte nach Beratung mit seinem Anwalt Bedenken getragen, das Mandat zu übernehmen.

So war es Klenck nach menschlicher Voraussicht gelungen, durch seine Umsicht und Energie den gesamten Staatsschatz für die Dauer des Krieges zur freien Disposition des Königs zu erhalten. Gern hätte man auch die berühmte Silberkammer nach England geflüchtet, allein da man bis zur Ueberreichung des Ultimatums keines Ueberfalls gewärtig gewesen war, fehlte dazu die Zeit. Auf Befehl des Oberhofmarschalls von Malortie

wurde daher beschlossen, den Silberschatz zunächst an einem sicheren Ort zu verbergen, und ihn, wenn erforderlich, demnächst der feindlichen Gewalt durch Transport in das Ausland zu entziehen. Schon am Nachmittage des 15. Juni wurde mit dem Einpacken der Silbersachen begonnen. Sie befanden sich in der zweiten Etage des Königlichen Residenzschlosses, in dem nach der Leine zu gelegenen Flügel in vier aneinander stoßenden Zimmern, zu denen von der Schloßstraße her ein besonderer Aufgang führte.

Das vorhandene fest angestellte Personal war indes wenig zahlreich. Man sah sich daher gezwungen, eine Anzahl als sicher und zuverlässig bekannter Arbeiter zu Hilfe zu holen. Auch die sonst zur Verpackung verwendeten Silberkörbe reichten, wie sich schon beim ersten Ueberblick ergab, nicht aus, und zur Anfertigung geeigneter Kisten fehlte die Zeit. Dennoch begann man ziemlich methodisch damit, die Sachen einzeln aus den Aufbewahrungsbehältern herauszunehmen, sie sorgfältig von dem Silbermeister mit dem Inventarium vergleichen zu lassen und sie dann in den dazu bestimmten Korb zu legen, nach dessen Füllung ein anderer an die Reihe kam. Damit verging noch der ganze Sonnabend, der 16. Juni, ohne daß dem Personal der Zweck der Verpackung bekannt geworden wäre. In der Nacht ward nicht gearbeitet, damit keine Aufmerksamkeit erweckt würde. Am Sonntag, den 17. vormittags, aber erschien der Oberhofmarschall selbst auf der Silberkammer und geriet in die größte Erregung, als er sah, daß noch nichts fortgeschafft war. Jetzt ordnete er an, daß unverzüglich der ganze vorhandene Bestand in Bausch und Bogen, wie er zu greifen war, in das dazu ausgesuchte Versteck getragen werden sollte.

Der Einmarsch der feindlichen Truppen in die Residenz war jede Stunde zu erwarten. Die ganze dienstfreie Hofdienerschaft vom Salonkammerdiener herab bis zum jüngsten Lakaien wurde daher noch als Verstärkungsmannschaft herangezogen, und als auch dieses sich bald nicht als ausreichend erwies — die ersten feindlichen Reiter plänkelten schon in der Stadt — griffen noch der bei Hofe beschäftigte Tischlermeister Purnhagen mit seinen drei Gesellen und zwei Lehrlingen sowie der alte Hofbaupolierer Baumgarten mit mehreren Lohnarbeitern tüchtig mit zu. Zur Bergung des Schatzes war von dem Hofbaurat Molthan ein unterirdisches Gewölbe angewiesen worden, das unter der Einfahrt des Schlosses nach der Leinstraße zu lag und auf dem Grundrisse desselben nicht verzeichnet war. Wahrscheinlich hat es als Fundament für den neuen Flügel

des Schlosses dienen sollen, den man an der Stelle des früheren Hoftheaters erbauen wollte. Der Weg dahin war lang. Da bei dem direkten Transport über den Schloßhof die Sache nicht unbemerkt bleiben konnte, so trugen die opferwilligen Männer anfänglich ihre Lasten zur dritten oder Mansardenetage hinauf, dann hinabsteigend in die zweite Etage bis zur sogenannten Wachstreppe, diese hinunter in die erste Etage, den langen Gang vor dem Thronsaale vorbei bis weiter zur sogenannten Halle. Von da an nahmen sie ihren Weg die Treppe, welche die Herrschaften zum Kirchgange zu benutzen pflegten, hinab und gelangten so endlich durch die Garde du Corps-Wache in das darunter befindliche Gewölbe. Bei der drängenden Eile gab man indes diesen Weg bald auf, und trug die Sachen direkt durch den Thronsaal und die Fremdenzimmer der ersten Etage hinab in ihr Versteck. Alles, was nicht in die Körbe und Kisten ging, so namentlich die größeren Stücke, wie die etwa 80 Pfund schweren großen Girandolen, der sogenannte Achillesschild u. a. wurden in Silberlaken geschlagen und im Keller auf Stellagen gelegt, die man in der Eile aus Tafelböcken und Tischplatten hergestellt hatte.

Am Nachmittage des 17. Juni aber gegen $2^1/_2$ Uhr lag der gesamte Silberschatz bis auf das letzte Stück glücklich geborgen im Gewölbe. Unmittelbar darauf, ja sogar schon während der Füllung des Raumes, begann man unter der Leitung Molthans mit der Vermauerung. Dann wurde die Mauer mit einem schmutzigen Anstrich überdeckt, Schutt dagegen geworfen und einzelne alte Bretter davor gestellt, so daß das Ganze den Anschein hatte, als ob es die Fundamentmauer des Schlosses bildete und kein Raum dahinter läge. Erst als die feindliche Besetzung der Stadt schon völlig vollzogen war, kam man mit diesen Arbeiten zu Ende.

Bis zur Aufhebung des Sequesters über das Königliche Vermögen im Anfang Dezember 1867 hat die Silberkammer in ihrem sicheren Versteck geruht. Dann wurde sie wieder ans Licht gebracht, aufs neue verpackt und per Extrazug nach Wien geschafft, wo sie am zweiten Weihnachtstage glücklich ankam. Kein Stück fehlte.

Etwa dreißig zum Teil fremde Arbeiter waren bei der Bergung behilflich gewesen. Aber obgleich ihnen nicht einmal die Verpflichtung zum Schweigen auferlegt wurde, hat keiner von ihnen jemals auch nur mit einem Worte seine Kenntnis der Sache verraten. Oft genug freilich ist die Versuchung an sie herangetreten. Mehrfach hat sich später der Gouverneur General von Voigts-Rhetz die Kellerräume des Schlosses zeigen lassen und sie gründlich durchsucht. Seine Führer aber, die sich leicht durch eine leise

Andeutung eine hohe Belohnung hätten verdienen können, verrieten durch keine Miene, daß sie das Versteck kannten, und blieben standhaft bei der ihnen empfohlenen Aussage, die Silberkammer sei nach England geflüchtet. Niemand hat sich gefunden, der sich dazu hergegeben hätte, Verrat an dem Eigentum seines Königs und Herrn zu üben.

Am Sonnabend, den 16. Juni, morgens 4 Uhr, fuhr der König mit einem Sonderzuge nach Göttingen ab. Bevor er das Schloß seiner Ahnen — für immer — verließ, ging er noch einmal ins Mausoleum und empfahl hier, am Sarge seiner Eltern, im stillen Gebet die Geschicke seines Landes und seines Hauses dem Schutze des Allmächtigen. — Trotz der frühen Morgenstunde hatte sich ein ziemlich zahlreiches Publikum auf dem Bahnhofe versammelt, das ihn tief bewegt und traurig begrüßte. Ernst und ruhig schritt der Fürst zum Salonwagen; dort neigte er sich aus dem Fenster und empfahl mit einigen herzlichen Abschiedsworten die Königin und die Prinzessinnen nochmals dem Schutze seiner treuen Hannoveraner. Langsam setzte sich der Zug in Bewegung. Der blinde König stand, auf den Arm des Kronprinzen gestützt, am Fenster. Noch verharrte die Menge in ehrfurchtsvollem Schweigen. Nun aber erklang inmitten der lautlosen Stille hier und da verhaltenes Schluchzen und wie mit elementarer Gewalt machte sich die mühsam zurückgehaltene dumpfe Erregung Luft in dem lauten und immer lauteren Ruf: „Auf Wiedersehn!"

„Auf Wiedersehn!" rief auch der König, und bis der Zug den Blicken entschwand, sah man seine Hand ein letztes Lebewohl winken.

Um 6 Uhr morgens kam der Monarch in Göttingen an, wo ihn die bereits eingetroffenen Generäle und Kommandeure mit ihren Stäben auf dem Bahnhofe empfingen. „Er sah übernächtig, aber nicht niedergedrückt aus", so erzählt ein Augenzeuge*). „Mit der gewohnten gütigen Herablassung begrüßte er die erschienenen Offiziere, und in seiner stolzen Haltung sprach sich rücksichtslose Entschlossenheit aus." Dann begab er sich in das für ihn zum Hauptquartier bestimmte „Hotel zur Krone".

Alle Zimmer des Gasthauses waren für ihn, den Kronprinzen und das unmittelbare Gefolge, für den Grafen Platen mit seinen beiden Hilfsarbeitern, den Regierungsräten Rudloff und Meding, sowie für den Kriegsminister und den Generaladjutanten mit Beschlag belegt. Auch der österreichische Gesandte Graf Ingelheim logierte dort, so daß der joviale Wirt

*) Der damalige Brigadeadjutant H. Vogt in seiner kleinen Schrift: „Aus dem alten Hannover".

später meinte, er sei der erste gewesen, dem man in Deutschland seine „Krone“ genommen.

Um seinem Lande und seinem Gewissen gegenüber ganz darüber ins Reine zu kommen, ob er recht gethan hatte, das preußische Ultimatum zurückzuweisen, beschied der König den Professor Zachariä zu sich. Er legte ihm die Sachlage mit allen ihren Einzelheiten dar, und der berühmte Staatsrechtslehrer bewies ihm die vollständige Korrektheit seiner Handlungsweise*).

Es fragte sich nun, ob man die als richtig erkannte Politik auch durchzuführen vermochte. Und da erwiesen sich zunächst alle Voraussetzungen, mit denen Graf Platen seinen Rat, nach Süden durchzubrechen, begründet hatte, als eitel. Schon von Hannover aus hatte man in der Nacht zum 16. Juni den Ordonnanzoffizier des Kronprinzen, Rittmeister von Schnehen, mit einem Königlichen Handschreiben nach Cassel entsendet, um den Kurfürsten zu einer Kooperation mit den hannoverschen Truppen zu bewegen. Allein dieser, der den Sendboten am 16. morgens 7 Uhr auf der Wilhelmshöhe empfing, erklärte, daß er wohl dazu bereit sei, aber nur dann auf den Vorschlag eingehen könnte, wenn man ihm den sofortigen Aufbruch der hannoverschen Armee nach Cassel in Aussicht zu stellen vermöchte. Länger wie 24 Stunden aber könne er mit dem Abmarsch seiner Truppen südwärts nicht warten**).

Ebensowenig gelang es, den Herzog von Braunschweig zu einer Vereinigung seines Kontingents mit den stammverwandten Waffenbrüdern zu vermögen. Dem Hauptmann Reichard gegenüber, der ihm den Brief des Königs überbrachte, wies er auf die geographische Lage seines Landes hin, die es ihm völlig unmöglich machte, dem Wunsche seines Vetters zu entsprechen. Am 17. Juni morgens 6 Uhr kehrte Reichard mit seiner ablehnenden Antwort nach Göttingen zurück, und erhielt vormittags vom Könige persönlich den Auftrag, Bundeshilfe heranzuholen und namentlich noch einmal zu versuchen, ob sich nicht wenigstens die Vereinigung der kurhessischen Truppen mit den hannoverschen erwirken ließe. Er sollte einen gemeinsamen Abmarsch nach dem Süden vorschlagen; bei seiner Ankunft in Cassel fand er jedoch die Hauptstadt bereits von der Garnison verlassen und der Kriegsminister von Meyerfeld eröffnete ihm, daß man bei dem immobilen Zustand der Armee sich veranlaßt gesehen habe, sämtliche Truppen möglichst

*) „Erinnerungen aus meinem Leben“ von Dr. K. E. Hasse, als Manuskript gedruckt, S. 210 ff.

**) Mitteilung des Generals a. D. von Schnehen d. d. 11. August 1900.

schleunig über Bebra auf Hanau in Marsch zu setzen. Von einer Hilfeleistung könne schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes nicht die Rede sein. Auch das Gesamtministerium wünsche den Kampf zwischen den preußischen und hessischen Truppen vermieden zu sehen. Selbst wenn der Kurfürst Hilfe zusagen wollte, würde das Ministerium dem kommandierenden General von Schenck keinen entsprechenden Befehl zugehen lassen.

Reichards letzte Hoffnung beruhte also darauf, daß er diesen zu einem selbständigen energischen Eingreifen bewegen könnte. Er reiste deshalb mit dem nächsten Zuge weiter über Bebra nach Hersfeld, von da mit Extrapost nach Hünfeld, wo er am 18. Juni 3½ Uhr früh eintraf und den General von Schenck aufsuchte. Das Gesuch, mit den kurhessischen Truppen bei Bebra stehen zu bleiben, lehnte derselbe indes definitiv ab, obgleich Reichard ihm versprach, sofort nach seiner Rückkehr nach Göttingen zu veranlassen, daß 2 bis 3 Kavallerieregimenter, die reitende Artillerie und eventuell auch ein Jägerbataillon in Gewaltmärschen nach Bebra in Bewegung gesetzt würden.

Ziemlich niedergeschlagen machte sich Reichard wieder auf die Reise nach dem nächsten bayerischen Hauptquartier, von dem er erfahren hatte, daß es sich in Schweinfurt aufhielt. Noch an demselben Tage (18.) traf er über Fulda, Brückenau und Kissingen abends 6½ Uhr dort ein, allein auch der General von Hartmann weigerte sich, seine Truppen auf eigene Verantwortung den Hannoveranern entgegen zu führen.

Reichard beschloß daher, einen letzten Versuch bei dem Kommandierenden des VIII. Bundesarmeecorps, dem Prinzen Alexander von Hessen, zu machen. Nach einem 2½ stündigen Aufenthalt verließ er Schweinfurt wieder und erreichte am 19. Juni zwischen 5 und 6 Uhr morgens glücklich Frankfurt. Hier wurde er durch den hannoverschen Bundesmilitärbevollmächtigten, General Schultz, dem Prinzen vorgestellt, der zufällig in der Stadt war. Allein auch dieser erklärte sich völlig außer stande, dem Hilfegesuche zu entsprechen, da sein Corps noch in der Formation begriffen sei. Auch die wiederholte dringende Bitte an den bayerischen General Hartmann, den Reichard abermals am 19. abends in Schweinfurt aufsuchte, hatte keinen Erfolg. Er sah sich daher gezwungen, ohne irgend einen Erfolg erzielt zu haben, mit möglichster Beschleunigung seine Rückreise anzutreten. In Fulda traf er am 20. Juni morgens mit dem österreichischen Major a. D. von Wacquant zusammen, der, als man von Reichard einige Tage ohne Nachricht geblieben war, auf Veranlassung

des Grafen Ingelheim am 19. Juni gleichfalls nach Süden entsandt war, um Bundeshilfe zu requirieren. Sein Gesuch war jedoch von dem General von Schenck ebenso entschieden abgelehnt worden. Beide Offiziere setzten daher ihre Rückreise nach Göttingen gemeinsam fort. In der Nacht zum 21. kamen sie dort an — wenige Stunden, bevor die Armee sich in Marsch setzte, um ihren süddeutschen Waffenbrüdern, auf deren Hilfe der König nach den Versicherungen Graf Platens fest vertraut hatte, die Hand zu reichen.

Noch verzweifelter wie die politische, war die strategische Lage des hannoverschen Heeres. Jeder nur einigermaßen einsichtige Militär mußte sich sagen, daß man mit den Truppen, die in bunter Unordnung in Göttingen zusammenströmten, nicht sofort nach dem Süden aufbrechen konnte*). Und in den ersten Tagen, wo man nicht wußte, wie viel von dem Armeematerial und der Munition aus den Zeughäusern in Hannover würde gerettet werden, wagte niemand zu hoffen, daß es gelingen könnte, die Armee nur einigermaßen marschfähig zu machen, bevor die übermächtigen, feindlichen Heeresmassen, die von Norden und Süden heranrückten, sich zu einem eisernen Ring zusammenschlossen. Bei jedem auch noch so tapferen Widerstand ließ sich daher kaum etwas anderes wie eine ehrenvolle Kapitulation erhoffen. Daß die Stimmung unter den Offizieren daher keine besonders freudige war, ist leicht begreiflich. Oft genug machte sich die allgemeine Erbitterung in scharfen Urteilen über die offenen und geheimen Ratgeber des Königs Luft, die durch ihren Mangel an Voraussicht die Armee in diese schlimme Lage gebracht hatten. In

---

*) „Noch jetzt", schreibt Dammers (Erinnerungen und Erlebnisse S. 99) „liest man ja darüber die lächerlichsten Ansichten von sonst ganz gebildeten Männern, welche meinen, daß man mit einer sich allmählich sammelnden, taktisch nicht organisierten Armee ohne Munition und Bespannung, ohne einigermaßen genügende Nachrichten über Stärke und Aufstellung des Feindes wie eine Herde wehrloser Schafe habe in die Welt hineinziehen können."

Daß Meding als Nichtmilitär solche Ansichten äußert, kann man ihm schließlich nicht übel nehmen.

Wie aber Lettow (I. T. S. 164) meinen kann, man hätte mit Zurücklassung der aus Hannover geretteten unbespannten Geschütze und der Munitionsvorräte, sogar ohne Sanitätsvorrichtungen, sofort nach dem Süden flüchten sollen, verstehe ich nicht recht. Mit einer völlig operations- und gefechtsunfähigen Armee wäre, wie das Beispiel der Kurhessen zeigt, weder dem eigenen Lande noch den Süddeutschen gedient gewesen. Außerdem mußte man doch annehmen, daß die Preußen den Weg rechtzeitig verlegt hatten.

Meding aber sah man allgemein einen bewußten Verräter, und wo immer eine Anzahl Offiziere kameradschaftlich zusammensaß, bezeichnete man ihn offen als den von Preußen erkauften Mann, durch dessen Ratschläge der König und das Land vornehmlich in die jetzige verhängnisvolle Situation geführt seien. Niemand aber, der an dem rothaarigen, hageren Manne vorüberging, wenn er auf der Bank vor der „Krone“ saß, würdigte ihn eines Grußes. Der König, dem diese Stimmung nicht verborgen blieb, wollte ihn nach Hannover zurückschicken. Meding aber, der fürchtete, daß man ihn dort massakrieren würde, bat so inständig, ihn im Hauptquartier zu belassen, und Platen redete ihm so dringend das Wort, daß der König schließlich nachgab*).

„In einsichtsvollen militärischen Kreisen war man über diese Zustände im höchsten Grade niedergeschlagen und ahnte nichts Gutes. Allerwärts machte sich die Unfertigkeit der Verhältnisse fühlbar und äußerte ihren lähmenden Einfluß**).“ Sogar der General Gebser fühlte sich bewogen, das ihm übertragene Kommando bereits am 16. Juni wieder niederzulegen.

Innerhalb der allgemeinen Niedergeschlagenheit behielt allein der König den Kopf oben. Weder der Umstand, daß der General, dem er seit Jahren sein vollstes Vertrauen geschenkt hatte, jetzt, wo er zeigen konnte, daß er es verdiente, sich weigerte, den Oberbefehl zu übernehmen, noch daß die meisten höheren Offiziere jeden Kampf für unmöglich erklärten — nichts konnte seinen Mut beugen. Trotz des furchtbaren Chaos, das während der ersten Tage des Aufenthalts in Göttingen entstand, verzagte er nicht. „Inmitten der allgemeinen Unruhe“, erzählt Dr. Hasse***), „verlor der König keinen Augenblick den Gleichmut. Mit freudiger Zuversicht sah er den kommenden Ereignissen entgegen; seine ideale Auffassung von der hohen Zukunft des Welfenhauses beherrschte ihn ganz, und in gehobener Stimmung sprach er aus, wie er hoffe, daß ihm in dem Kampfe für seine Ueberzeugung und sein Recht der göttliche Beistand nicht fehlen würde. Trotz der Anforderungen, die unaufhörlich an seine Zeit und Kraft gestellt wurden, blieb dem Könige noch Sinn und Geistesfrische, um über den Drang des Augenblickes hinaus auf andere Dinge Bedacht zu nehmen. Zum Mittagsmahl erließ er täglich Einladungen

*) Mitteilung des Flügel-Adjutanten von Kohlrausch.

**) Fr. v. d. Wengen „Rückblicke auf den hannoverschen Feldzug von 1866“. (Deutsche Heereszeitung vom 1. September 1897, Nr. 70, S. 550.)

***) Dr. K. E. Hasse, „Erinnerungen aus meinem Leben“, S. 210 ff.

an die Spitzen der örtlichen Behörden, an Mitglieder der Universität und Geistlichkeit und regte eine lebhafte Unterhaltung an. Keinen vergaß er dabei, für jeden hatte er ein freundliches Wort und ließ sich auf persönliche und amtliche Verhältnisse verständnisvoll ein. Alle wußte er durch seine Huld zu gewinnen, und überall verstand er es, durch seine sichere königliche Haltung die wankende Zuversicht zu befestigen. Selbst entschiedene Gegner der ganzen bisherigen Regierung und Politik konnten sich dieser starken Wirkung des Augenblickes nicht entziehen und bei vielen blieb der Eindruck dauernd zurück."

Um so mächtiger war der Einfluß, den die unerschütterliche Energie des Königs, sein unbeugsamer Entschluß, für das, was er als sein unbezweifeltes Recht ansah, bis zum letzten Atemzuge einzutreten, auf die Armee ausübte. In den höheren militärischen Kreisen, wo im Anfange eine gewisse Niedergeschlagenheit geherrscht hatte, begann man allmählich wieder Vertrauen in die Zukunft zu gewinnen, als man sah, mit welcher Umsicht und Entschlossenheit der König die notwendigsten Anordnungen traf, um die Armee einigermaßen schlagfertig zu machen. Seine persönlichen Neigungen mußten vor diesen höheren Rücksichten zurücktreten. Schon seit einigen Jahren war es ihm nicht entgangen, daß die zunehmende Altersschwäche den Generaladjutanten von Tschirschnitz immer unfähiger zu seinem Amte machte. Er hatte es jedoch nicht übers Herz bringen können, den alten treuen Diener zu verabschieden, und dieser selbst hatte seine einflußreiche Stellung zu lieb, als daß er sich entschlossen hätte, freiwillig um seine Entlassung nachzusuchen.

Daß in der jetzigen Lage aber ein Wechsel in dieser verantwortlichen Stelle die nächste Notwendigkeit war, verhehlte sich der König nicht. Vor seiner Abreise nach Göttingen hatte er dem Oberstlieutenant Dammers*), der bekanntlich während der Landtagssession als vom

*) Georg Friedrich Ferdinand Dammers war am 8. September 1818 in Einbeck geboren, wo sein Vater, der in der kurhannoverschen Armee und der königlich deutschen Legion mit Auszeichnung gedient hatte, als Bataillons-Kommandeur stand. Nachher wurde er Kommandant von Nienburg. Der Sohn wurde im Jahre 1833 als Kadett beim 6. Linien-Bataillon eingestellt, welches in Stade garnisonierte. Aber erst 1835 avancierte er zum Sekonde-Lieutenant, und im Jahre 1840 erfolgte seine Ernennung zum Generalstabs-Offizier 2. Klasse. Nach absolviertem Kursus kehrte er zu seinem Regiment — dem nunmehrigen 5. Infanterie-Regiment — zurück, mit dessen 1. Bataillon er 1848 den Feldzug in Schleswig mitmachte, wobei er für sein tapferes Verhalten im Gefechte bei Nübel den Guelfen-Orden erhielt.

Im Herbst 1851 wurde er zum Hauptmann und Kompagniechef und 1858 zum



Georg Friedrich Ferdinand Dammers,
Königl. Hannoverscher Oberst und General-Adjutant.

König ernanntes Mitglied den Sitzungen der zweiten Kammer beiwohnte, den Befehl zugeschickt, sich sofort nach Vertagung der Stände nach Göttingen zu begeben und sich dort bei ihm zu melden. Als er am 16. abends dem Befehle gemäß sich in der „Krone" einstellte, eröffnete ihm der Monarch zu seiner größten Ueberraschung, daß er ihn zu seinem Generaladjutanten ernannt habe. Schon seit zwei Jahren habe er diese Absicht gehabt, da der General von Tschirschnitz wegen seines hohen Alters nicht mehr im stande sei, den Posten zu bekleiden. „Wenn ein Blitzstrahl zu meinen Füßen niedergefahren wäre, so würde mir das nicht unerwarteter gekommen sein, und mich nicht so bestürzt haben, als diese Worte Sr. Majestät", schreibt Dammers selber*).

Er wußte weder, welche Kriegsvorbereitungen getroffen waren, noch wo die einzelnen Truppenteile standen und wann und wo sie bei Göttingen eintreffen konnten. Man kann es ihm daher nicht verdenken, wenn er sich außer stande erklärte, die mit der ihm angetragenen Stelle verbundene Verantwortlichkeit zu übernehmen. Dazu war ihm sehr wohl bekannt, daß er trotz der Anerkennung, die man seinen militärischen Fähigkeiten zollte, wegen seines schroffen und aufbrausenden Wesens bei der Armee wenig beliebt war, daß man ihm hie und da Neigung zu Intriguen zuschrieb und daß man namentlich anläßlich der Rendsburger Affaire manches böswillige Urteil über ihn gefällt hatte. Endlich mußte er befürchten, daß einzelne höhere Offiziere, die ihm nicht wohl wollten, dem einfachen Bataillonskommandeur seine hohe, einflußreiche Stellung neiden und ihn nur widerwillig unterstützen würden. Der König wußte indes seine Bedenken zu beschwichtigen und mit schwerem Herzen entschloß er sich endlich, den verantwortungsreichen Posten anzunehmen. Welch gewaltige Schwierigkeiten aber sich der Lösung der ihm zugefallenen Aufgabe entgegenstellten, sollte er in vollem Maße erst nachher erfahren. Und daß er ihrer überhaupt Herr geworden ist, verdankte er nur seiner unerschütterlichen Energie und seiner unermüdlichen Thätigkeit.

Major im 2. Bataillon des 3. Infanterie-Regiments in Northeim ernannt, dessen Kommando er als Oberstlieutenant im Jahre 1861 übernahm und das er im Dezember 1863 nach Holstein führte.

1866 zum Generaladjutanten ernannt, nahm er nach der Auflösung der Armee seinen Abschied und zog zuerst nach Pirna, sodann nach Dresden, wo er am 15. Mai 1887 starb. Vor und nach der Annexion aber hat er den König Georg bei schwierigen Fragen noch oft mit seinem Rat unterstützt und ihn auf seiner Reise nach England im Jahre 1876 begleitet.

*) Dammers, Erinnerungen und Erlebnisse, S. 98.

Um sich von dem Stand der Dinge zu unterrichten, hatte ihn der König an den bisherigen Generaladjutanten von Tschirschnitz verwiesen, zu dem er sich noch denselben Abend (16.) verfügte. Er traf den alten Herrn völlig ratlos und niedergeschlagen in seinem Zimmer. Weder über das, was bisher geschehen war, noch über das, was geschehen sollte, vermochte er Auskunft zu geben. Akten und Pläne hatte er nicht. Er wußte nur so viel, daß alle Truppenabteilungen auf Befehl des Königs hieher beordert seien und vom Generalstabe in der Umgegend untergebracht würden. Kriegs- und Ausrüstungsmaterial wäre, wie er sagte, wohl vom Kriegsministerium abgesandt worden, es sei ihm aber völlig unbekannt, welcher Art es sei, noch ob es angekommen wäre. Auch gab er auf weiteres Nachfragen zu, daß die Regimenter wenig scharfe Munition besäßen, weil sie auf seine Anordnung nur mit Platzpatronen ihre Garnisonen verlassen hätten, daß weder Anstalten zur Bildung von Munitions-, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen getroffen, noch Hospitäler errichtet, daß Pferde weder angekauft, noch requiriert wären. Dabei lief er fortwährend verzweiflungsvoll auf und ab und rief, die Hände ringend, einmal über das andere: „Das giebt ein ungeheures Unglück!“

Da keine weitere Auskunft von ihm zu erlangen war, so begab sich Dammers zu dem Chef des Generalstabes, General von Sichart, um zu erfahren, wo die Truppen bequartiert waren und werden sollten. Allein dieser war selbst noch nicht orientiert, sondern verwies ihn an den Oberstlieutenant Cordemann, der mit der Unterbringung beauftragt sei. Im übrigen äußerte er sich sehr pessimistisch. Die Unterbrechung des Eisenbahnbetriebes von Hannover her sei jeden Augenblick zu erwarten. Es würde daher kaum allen Abteilungen der Armee, — geschweige denn den einberufenen Reservisten und Beurlaubten — gelingen, Göttingen zu erreichen. Schon am nächsten Tage könne man einen feindlichen Angriff erwarten, während Pläne zur Abwehr desselben nicht gemacht, bei dem Zustand der Armee auch wohl unnütz wären. Ebensowenig hätte man Sicherheitsmaßregeln für das Kantonnement getroffen.

Mit diesen wenig tröstlichen Nachrichten verfügte sich Dammers zu dem Oberstlieutenant Cordemann, durch dessen Vermittelung er endlich die Quartierliste der Armee erhielt.

Dann eilte er ziemlich spät in der Nacht nach dem Bahnhofe, wo es ihm gelang, des Eisenbahndirektors Hartmann habhaft zu werden. Von diesem erfuhr er, daß lange mit Ausrüstungsgegenständen aller Art

vollbepackte Wagenzüge auf große Strecken nördlich und südlich des Bahnhofes hinaus hielten und der Entladung harrten. Mit Mühe habe er ein Geleis frei halten können; es würden jedoch wenigstens acht Tage vergehen, bis alles in den vorhandenen Güterschuppen untergebracht wäre — vorausgesetzt, daß diese Raum genug böten. Was aber sich in den Güterzügen befände, ahne er nicht.

Hier that also zunächst Eile not, um in dem heillosen Wirrwarr wenigstens einigermaßen Ordnung zu schaffen. Dammers erklärte, es sei unumgänglich nötig, daß spätestens bis zum Mittage des nächsten Tages alles ausgeladen und sortiert sei, und er würde deshalb so früh als möglich 500 Soldaten mit den nötigen Offizieren und Unteroffizieren schicken, um diese Arbeit rechtzeitig zu bewältigen.

Von dem Generalarzt Dr. Stromeyer, der sich gleichfalls auf dem Bahnhofe eingefunden hatte, erfuhr Dammers zu seinem höchsten Schrecken noch, daß Hospital- und Sanitätseinrichtungen bis jetzt nicht vorhanden, auch keine Maßregeln zu deren Beschaffung getroffen seien. Er erteilte daher sofort dem Generalsekretär des Kriegsministeriums, General Schomer, der in Hannover zurückgeblieben war, telegraphisch den Befehl, außer thunlichst großen Munitionsvorräten die Wagen und Einrichtungen zu einer Sanitätskompagnie, alle vorhandenen Hospitalrequisiten, die chirurgischen Instrumente u. s. w. mit dem nächsten vielleicht noch durchzubringenden Zuge nach Göttingen zu senden. Dem Magistrat aber wurde aufgegeben, sofort ein Hospital von 300 Betten zu errichten*).

Es war bereits 1 Uhr früh geworden, als Dammers müde und abgespannt in sein Quartier zurückkehrte. Den übrigen Teil der Nacht verbrachte er damit, die Vorschläge auszuarbeiten, welche er dem Könige am nächsten Morgen unterbreiten sollte. Sie umfaßten die Durchführung der nunmehr schleunigst anzuordnenden Mobilisierung, den Entwurf eines taktischen Formationsplanes der Armee, deren vorläufige Aufstellung in der Göttinger Gegend, sowie die Anordnung der nötigen Sicherungsmaßregeln und für den Notfall Vorbereitungen gegen einen feindlichen Angriff.

Daß man mit der Konzentrierung bei Göttingen die Armee in eine böse Sackgasse geführt hatte, verhehlte sich Dammers indessen nicht. Ja, es war im höchsten Grade zweifelhaft, ob die erstrebte Vereinigung mit

*) Dammers a. a. O. S. 105 ff.

den süddeutschen Truppen politisch und militärisch von irgend welchem Vorteil gewesen wäre. Dennoch blieb, nachdem der verhängnisvolle Mißgriff einmal geschehen war, nichts anderes übrig, wie thunlichst bald nach dem Süden aufzubrechen. Es kam darauf an, nicht nur überlegenen Abteilungen des Feindes auszuweichen, sondern vor allem sich der strategischen und taktischen Umzingelung durch die feindliche Uebermacht dadurch zu entziehen, daß man möglichst schleunig die Eisenbahnlinie Erfurt-Gotha-Bebra an irgend einem Punkte überschritt. Hierzu erschien nach dem damals vorhandenen Eisenbahnnetze Eisenach als der geeignetste Ort. Daß dieses gelingen könnte, wagte freilich Dammers anfangs kaum zu hoffen, aber er durfte seine schweren inneren Zweifel sich nach außen hin nicht merken lassen. Er mußte mit fester Zuversicht auftreten, als ob es eine Kleinigkeit wäre, eine solche Situation zu beherrschen. Nur dadurch konnte er denen freudigen Mut und festes Vertrauen einflößen, auf deren Einblick und Urteil die Armee Wert legte. Nur dadurch konnte er willigen Gehorsam bei solchen erwecken und erhalten, welche seine im Namen des Königs erteilten Befehle auszuführen hatten und denen es oblag, wieder gleiche Gefühle bei ihren Untergebenen zu fördern*).

Der König war mit allen Vorschlägen Dammers' einverstanden. Nach österreichischem Muster beschloß man, die bisher bestandenen Divisionsverbände ganz aufzuheben, und die vier Infanteriebrigaden durch permanente Beigabe von Artillerie und Kavallerie möglichst selbständig zu machen. Außerdem wurde aus den beiden schweren Reiterregimentern eine Reservekavalleriebrigade formiert**).

---

*) Dammers a. a. O. S. 102.

) Die **Ordre de bataille der Armee beim Abmarsch war folgende:

1. Brigade (Generalmajor von dem Knesebeck).
   Garderegiment
   Leibregiment
   Gardejägerbataillon
   Königin-Husarenregiment
   eine leichte 12-Pfünder Batterie zu 6 Geschützen.

2. Brigade (Oberst de Vaux).
   2. Infanterieregiment
   3. Infanterieregiment
   1. Jägerbataillon
   Regiment Herzog von Cambridge-Dragoner
   eine gezogene 6-Pfünder Batterie zu 6 Geschützen.

3. Brigade (Oberst von Bülow-Stolle).
   4. Infanterieregiment

Von welcher Seite man den ersten feindlichen Angriff zu erwarten hatte, wußte man nicht. Die zweite Brigade mit dem Stabsquartier Marienstein wurde deshalb beauftragt, nach der Gegend von Nörten zu rücken und die Verteidigung in der Richtung der nordwärts nach Hannover führenden Straßen zu übernehmen. Sie schob eine Avantgarde, bestehend aus 2 Kompagnien 3. Infanterieregiments und einer Schwadron Cambridge-Dragoner über Northeim hinaus vor.

Für die Sicherung der südlichen Richtung kamen die Straßen über Münden nach Cassel und über Niedernjesa nach Witzenhausen und Heiligenstadt in Betracht. Zum Schutz der ersteren wurde die 4. Brigade mit dem Stabsquartier Wellersen in die Gegend von Dransfeld disloclert und Münden durch eine Kompagnie des 3. Jäger-Bataillons und eine Schwadron Gardehusaren besetzt. Die 3. Brigade mit dem Hauptquartier Niederjesa kantonnierte in den Ortschaften um diesen wichtigen Straßenknoten. Zwischen den letzteren beiden Brigaden und zu ihrer eventuellen Unterstützung wurde mit dem Stabsquartier Mengershausen die Reservekavallerie in engen Quartieren untergebracht. Jede Brigade erhielt Auftrag, innerhalb ihres Rayons eine geeignete Stellung mit

---

5. Infanterieregiment
2. Jägerbataillon
Regiment Kronprinz-Dragoner
eine gezogene 6-Pfünder Batterie zu 6 Geschützen
eine Pionier-Kompagnie.

4. Brigade (Generalmajor von Bothmer).
6. Infanterieregiment
7. Infanterieregiment
3. Jägerbataillon
Garde-Husarenregiment
eine reitende Batterie kurzer 12-Pfünder zu 4 Geschützen
eine gezogene 6-Pfünder Batterie zu 4 Geschützen
eine Pionierkompagnie.

Reserve-Kavallerie-Brigade (Oberstlieutnant von Geyso).
Garde du Corps
Garde-Kürassierregiment.

Reserveartillerie (Major Hartmann).
eine reitende Batterie kurzer 12-Pfünder zu 4 Geschützen
eine gezogene 6-Pfünder Batterie zu 6 Geschützen
eine 24-Pfünder Haubitzbatterie zu 6 Geschützen.

Munitons-Kolonne (Hauptmann von Stolzenberg).
Artilleriedepot (Hauptmann Comperl).
Armee-Train (Rittmeister Marckstadt).

Emplacements für die unbespannten Geschütze und dergl. aufzusuchen, in der sie sich so lange verteidigen könnte, bis die anderen zur Unterstützung herankämen. Die 1. Brigade endlich, welche in Göttingen und Umgegend lag, sollte als allgemeine Reserve dienen.

Daß unter den obwaltenden Umständen für die Mobilisierung die bestehenden reglementarischen Vorschriften nicht anwendbar waren, lag auf der Hand. Als unumgänglich notwendig aber bezeichnete Dammers die Beschaffung von so viel Munition, um wenigstens ein ernstes Gefecht liefern zu können. Sodann müßten, wenn irgend möglich, so viele mit Geschirren versehene Pferde vorhanden sein, um die Geschütze, die Protzmunitionswagen, die Fuhrwerke der Sanitätsabteilung und den Pontontrain bespannen zu können. Ob es thunlich war, noch so viel Mundvorrat und Fourage mitzuführen, um die Truppen mit einem eisernen Bestande für einen bis zwei Tage versehen zu können, mußte die Folge lehren.

Während Dammers sich nach der Aula des Universitätsgebäudes, wo mittlerweile die Büreaux der Generaladjutantur und des Generalstabes eingerichtet waren, begab, um der Armee die vom obersten Kriegsherrn genehmigten Maßregeln durch eine Generalordre bekannt zu machen, hatte sich dieser über die Ernennung eines neuen kommandierenden Generals und die Besetzung einiger anderer vakant gewordener höherer Kommandostellen schlüssig gemacht. Dafür, daß bei deren Auswahl irgendwelche persönliche Sympathien und Antipathien maßgebend gewesen sind, liegt nicht der geringste Anhalt vor. Der König hielt aber, vielleicht mit Recht, die beiden Divisionäre der Infanterie, von Rambohr und Freiherr Grote, sowie den Kommandeur der Artilleriebrigade, General Müller, und den alten Chef des Ingenieurcorps, General Dammert, den körperlichen und geistigen Anstrengungen eines Feldzuges nicht mehr gewachsen, und glaubte, daß er nur von jüngeren Kräften die rücksichtslose Energie erwarten dürfte, welche die verzweifelte Lage der Armee erheischte. Sein Augenmerk richtete sich daher vorzugsweise auf diejenigen Persönlichkeiten, von denen er sich erinnerte, daß sie der alte Jacobi als besonders qualifiziert bezeichnet hatte. Dadurch erklärt es sich auch, daß er dem General von Sichart den Oberbefehl nicht anvertrauen mochte, obgleich dieser den unter den jetzigen Verhältnissen erforderlichen Wagemut besaß und obendrein Schwierigkeiten, vor denen mancher andere zurückschreckte, auf die leichte Achsel zu nehmen wußte — Eigenschaften, die gerade in diesem Moment besonders wertvoll waren. Um ihn über die schmerzliche Enttäuschung zu trösten, die ihm die Beiseiteschiebung bereitete, ernannte ihn der König jedoch in einem



Alexander von Arentsschildt,
Königlich Hannoverscher Generalleutnant und kommandierender General der Hannoverschen Armee im Feldzuge von 1866.

höchst schmeichelhaften Schreiben an Stelle des Generals von Ramdohr, der in Pension trat, zum Divisionskommandeur, mit der Aussicht, ihm beim Wiedereintritt der früheren Verhältnisse die Führung derselben zu geben.

So schwankte denn die Wahl lange zwischen den beiden Generälen von Arentsschildt und von Bothmer, die beide von Jacobi sehr günstig beurteilt waren. Die Vorstellungen Dammers', daß sich der erstere auch schon bei ernsten Gelegenheiten — im Jahre 1848 in Schleswig — als umsichtig und tüchtig bewährt habe, gaben jedoch schließlich den Ausschlag für Arentsschildt*).

Dieser selbst aber, ein biederer schlichter Charakter, setzte in seine Befähigung zu einem so verantwortlichen Posten, der nicht nur eine ganz besondere militärische Begabung, sondern vor allem unerschütterliche Entschlossenheit erforderte, schwere Zweifel. „Auch hatte er im Laufe der letzten Jahre durch mehrfache Krankheiten und zunehmendes Alter die Festigkeit der Nerven und Glieder, sowie die Spannkraft des Geistes verloren, welche zur Durchführung seiner Aufgabe nötig gewesen wären**).“ Er bat daher den König inständig, ihn in dem Kommando der 2. Brigade, deren Vertrauen er besaß, zu belassen. Allein dem Appell an seinen Patriotismus konnte er sich doch nicht entziehen und übernahm schließlich das ihm übertragene Kommando. Doch machte er zur ausdrücklichen Bedingung, daß von keiner Seite in seine Anordnungen hineingeredet werden dürfe. Hoffnung auf das Gelingen seiner Aufgabe hat er freilich niemals gehabt***).

---

*) Alexander von Arentsschildt war am 14. Oktober 1806 geboren, stand also damals im 60. Lebensjahre. Er war ein Sohn des Kaiserlich russischen Oberstlieutenants im Generalstabe, von Arentsschildt, der während des Befreiungskrieges, namentlich in dem Gefecht bei der Göhrde, die von ihm formierte russisch-deutsche Legion kommandierte. Im Jahre 1822 trat er als Kadett beim 1. oder leichten Infanterieregiment in Münden ein und wurde nach zwei Jahren zum Sekondelieutenant beim 3. Infanterieregiment ernannt, das damals in Hildesheim stand. Von 1829 bis 1831 besuchte er die Generalstabsakademie und wurde 1840 zum Adjutanten der 2. Infanteriebrigade befördert. Als Kompagniechef im 3. Infanterieregiment nahm er an den Feldzügen in Schleswig 1848 und 1849 Teil. 1855 zum Major im 6. Infanterieregiment ernannt, avancierte er 1858 zum Oberstlieutenant und Kommandeur desselben. 1861 wurde er zum Kommandeur der 2. Infanteriebrigade und 1863 zum Generalmajor befördert. Am 18. Juni 1866 wurde er unter Beförderung zum Generallieutenant zum kommandierenden General der hannoverschen Armee ernannt. Im Januar 1867 nahm er seinen Abschied und starb am 14. Mai 1881 in Hannover.

**) Dammers a. a. O. S. 116.

***) Vergl. seine Aeußerungen gegen den General von Manteuffel am 29. Juni in von Lettow a. a. O. I. T., S. 347 ff.

An seiner Stelle übernahm der tapfere brave Oberst de Vaux, bisher Kommandeur des 7. Infanterieregiments, die Führung der 2. Brigade. Dem Kommandeur des Garde-Kürassierregiments, Oberstlieutenant v. Geyso, auf den man als Reiterführer große Hoffnungen setzte, wurde der Befehl über die Reserve-Kavalleriebrigade übertragen. Der ihm in Anciennität vorgehende Kommandeur der Garde du Corps, Oberst Freiherr von Hammerstein, ward zum Kommandanten des Königlichen Hauptquartiers, der Oberst von Stoltzenberg zum Kommandeur der Feldartillerie ernannt. An die Stelle des altersschwachen Generals Dammert, der pensioniert wurde, trat als Chef des Ingenieurcorps der Oberstlieutenant Oppermann.

Zum Chef des Generalstabes an Stelle von Sicharts wurde der nächsthöhere Offizier desselben, Oberstlieutenannt Cordemann, ernannt. Er war ein tüchtiger, praktischer Offizier, der als Abteilungschef der Artillerie, aus der er hervorgegangen war, vorzüglich an seinem Platze gewesen sein würde. Seit langen Jahren hatte er als Lehrer der Kriegswissenschaften an der Generalstabsakademie gewirkt. Seine Vorträge beschränkten sich jedoch auf das schablonenhafte, mit nicht sehr geistreichen Bemerkungen gewürzte Vorlesen der Kompendienhefte des alten Generals Jacobi, die diesem als Anhaltspunkte bei seinem Unterrichte gedient hatten. Dabei neigte er sehr zur Hypochondrie und besaß Selbsterkenntnis genug, um sich zu sagen, daß es ihm an genügender eigener Initiative fehlte, um dem General von Arentsschildt in schwierigen Lagen mit seinem Rat zur Seite zu stehen.

Zu seinem Unglück machte er nun die Uebernahme seines Postens davon abhängig, daß ihm der Major von Jacobi vom Generalstabe — ein Sohn des alten Generals — beigegeben würde, auf dessen militärische Befähigung er mit Recht große Stücke hielt. In der That war Jacobi ein äußerst begabter, wissenschaftlich gebildeter Mann und unter gewöhnlichen Verhältnissen höchst brauchbar. Auch hat er später bewiesen, daß es ihm an persönlichen Mut nicht fehlte. Leider aber hatte ein schweres Leberleiden die Festigkeit seiner Nerven erschüttert, und infolgedessen sah er die Dinge in einem noch düsterem Lichte als Cordemann. Niemand hat ihn jemals lächeln sehen.

Seit Jahren pflegte er an den Zuständen und Einrichtungen der Armee und namentlich des Generalstabes gelegentlich eine beißende Kritik zu üben. Aber statt, was er tadelnswert fand, in schweigsamer Brust zu verschließen, oder nur unter vertrauten Freunden zu äußern, hielt er selbst in größeren Kreisen mit seinem absprechenden

Urteil über Personen und Dinge nicht zurück. Daß das Heer aber in seiner jetzigen Verfassung dem unentrinnbaren Verderben entgegenging, war für ihn eine ausgemachte Sache*). Diese melancholische Gemütsart Jacobi's war ebenso allgemein bekannt, wie, daß er auf fast alle, mit denen er verkehrte, einen wahrhaft fascinierenden Einfluß übte. Wer ihn genauer kannte, aber war froh, als es verlautete, daß Dammers den gefährlichen Schwarzseher zum Generalstabsoffizier der 4. Brigade designiert hatte, wo seine Thätigkeit wenigstens nicht dem allgemeinen Wohl Schaden bringen konnte. Cordemann aber trat dieser Anordnung auf das Heftigste entgegen und reklamierte den Major von Jacobi als ihm ganz unentbehrlich, sodaß Dammers ihn wohl oder übel dem Generalstabe der Armee zuteilen mußte**). Und schon in Göttingen machten sich die finsteren Auffassungen Cordemanns und Jacobis in so besorgniserregender Weise geltend, daß der Generaladjutant den Verfasser dieses, der dem Stabe der Reservekavallerie zugeteilt war, ermächtigte, vorläufig im Hauptquartier der Armee zu verbleiben, weil er ihn für die geeignetste Persönlichkeit hielt, um durch seinen Gleichmut und seinen Humor den verhängnisvollen Einfluß der Beiden auf den kommandierenden General zu paralysieren — was indes nur in sehr beschränktem Maße gelang. Doch hat mir dieses Kommando Gelegenheit gegeben, an maßgebendster Stelle Zeuge der entscheidenden Vorgänge zu werden.

Durch eine Generalordre vom 17. Juni wurde der Armee die für den Feldzug angeordnete taktische Formation und die Besetzung der höheren Stäbe mitgeteilt. Am nächsten Tage trat auch die neue Dislokation in Kraft, und der General von Arentsschildt verkündete durch einen Tagesbefehl den Soldaten, daß er den Oberbefehl „in dem festen Vertrauen auf die gerechte Sache, auf die altbewährte Tapferkeit der Hannoveraner und die Liebe für König und Vaterland" übernommen habe. „Welche Anforderungen an Euch gestellt werden, Ihr werdet sie mit Festigkeit ertragen, vor allem aber werdet Ihr freudig in einen Kampf gehen, der in der gerechtesten Sache das Wohl Eures Königs und des Vaterlandes Rechte zu wahren bestimmt ist."

---

*) Am 18. Juni mittags saß ich mit Jacobi im Gastzimmer des Hotels „Zur Krone", als das Regiment Garde du Corps in schönster kriegerischer Haltung, die Pallasche schwingend, mit begeistertem Hurra unter den Fenstern des Königs vorüberzog. „Die Unglücklichen, sie ahnen nicht, daß sie ihrem Untergang entgegen reiten!" war Jacobis einziger Ausruf beim Anblick der kampfesfrohen Schar.

**) Dammers a. a. O. S. 116.

Eine Königliche Proklamation vom 17. wandte sich in tiefergreifenden Worten „An Mein getreues Volk“.

„Se. Majestät der König von Preußen hat Mir den Krieg erklärt.“

„Das ist geschehen, weil Ich ein Bündnis nicht eingehen wollte, welches die Unabhängigkeit Meiner Krone und die Selbständigkeit Meines Königreichs antastete, die Ehre und das Recht Meiner Krone demütigte und die Wohlfahrt Meines getreuen Volkes zu verletzen geeignet war.“

„Eine solche Erniedrigung war gegen Mein Recht und Meine Pflicht, und weil Ich sie zurückwies, brach der Feind in Mein Land!“ . . . . .

„Ich begab Mich mit dem Kronprinzen, wohin Meine Pflicht Mich rief, zu Meiner getreuen und auf Mein Geheiß im Süden Meines Königreichs rasch sich sammelnden Armee.“

„Von hier aus richte ich an Mein getreues Volk Meine Worte: Bleibt getreu Eurem Könige, auch unter dem Drucke der Fremdherrschaft, harret aus in den Wechselfällen der kommenden Zeiten, haltet fest, wie Eure Väter, die für ihr Welfenhaus und für ihr Vaterland in nahen und fernen Landen kämpften und endlich siegten; und hoffet mit Mir, daß der allmächtige Gott die ewigen Gesetze des Rechts und der Gerechtigkeit durchführt zu einem glorreichen Ende.“ . . . . .

„Meine Zuversicht steht zu Gott, Mein Vertrauen wurzelt in Eurer Treue.“ . . . . . .

Mit der Ernennung eines kommandierenden Generals trat die Thätigkeit des Generaladjutanten naturgemäß hinter die des Generalstabes zurück. Sein Geschäftskreis umfaßte vornehmlich die Regelung der Personalfragen. Er hatte dem Könige über die Besetzung der vakanten Offizierstellen Vortrag zu halten, dessen Entscheidung einzuholen und die betreffenden Ordres auszufertigen. Auch lag ihm die Ausrüstung der Sanitäts-Kompagnie ob, die auch in Friedenszeiten direkt unter der Generaladjutantur stand. Außerdem aber griff Dammers allenthalben, wo es not that, fördernd und belebend ein. Leider geschah dies nur nicht immer mit dem nötigen Takt und so waren Reibungen unvermeidlich.

Die Zuversicht, welche er zur Schau trug, teilte der Generalstab jedoch anfänglich nicht. Die Unschlagfertigkeit der Armee war so augenfällig und die allgemeine Verwirrung in den ersten Tagen so himmelschreiend, daß die besonnensten, unterrichtetsten Offiziere kein Vertrauen in das Gelingen eines Zuges nach dem Süden zu fassen vermochten. Auch konnte man sich so rasch nicht an den Gedanken gewöhnen, daß

aus dem treuen Waffengefährten der letzten hundert Jahre über Nacht ein erbarmungsloser Feind geworden war, daß das althistorische Freundschaftsband zwischen Hannover und Preußen für immer zerrissen sein sollte. Am Jahrestage der Schlacht von Waterloo — 18. Juni —, deren man in wehmütigen Gefühlen gedachte, überreichten daher die beiden Generalstabsoffiziere Oberstlieutenant Rudorff und Major von Jacobi ihrem Chef eine Denkschrift, worin sie ihre Ansichten über „die politische und militärische Lage des Landes" entwickelten. Sie hielten sich in ihren Gewissen verpflichtet, zu erklären, daß man nach ihrer Meinung „durch die bundestreue Entschließung Sr. Majestät" das wichtige Ziel erreicht habe, daß ein bedeutender Teil der preußischen Streitkräfte von dem Kampfplatze, wo die Entscheidung herbeigeführt würde, fern gehalten wäre. Die Armee aber könne Süddeutschland nur dann erreichen, wenn es sich im wesentlichen um die Ausführung eines Friedensmarsches handle. Deshalb empfahlen sie neue Verhandlungen und meinten, eine Verschlimmerung der rechtlichen und politischen Lage Sr. Majestät des Königs könne dadurch nicht herbeigeführt werden, „da durch einen zu erhoffenden Sieg Oesterreichs jede Konzession, die der force majeure gegenüber jetzt gemacht wird, keinen Einfluß auf die dauernde Gestaltung Deutschlands haben wird".

Dem Obersten Cordemann waren diese Anschauungen höchst willkommen und er erklärte sich bereit, beim Könige die Vorlesung des Promemoria durch den Oberstlieutenant Rudorff selbst zu beantragen. Damit war der Monarch sofort einverstanden und entbot den von ihm hochgeschätzten Offizier noch denselben Vormittag ins königliche Hauptquartier. Dort wurde er im Beisein des Kronprinzen, des Grafen Platen, des Kriegsministers, des kommandierenden Generals, des Generalstabschefs, des Generaladjutanten, sowie des österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim empfangen. Der König hörte den Vortrag Rudorffs ruhig an, entgegnete aber, daß der Fortsetzung der Verhandlungen mit Preußen jede Basis fehle. Man werde in Berlin auf den alten unannehmbaren Bedingungen bestehen. Eher wolle er alles, wie durch Eingehen auf diese Forderungen seine Ehre opfern. Graf Platen, der Kriegsminister und Graf Ingelheim dagegen sahen in dem Abmarsch nach dem Süden weder ein gewagtes, noch ein aussichtsloses Unternehmen. Sie waren von dem Erfolg der Reichardschen Sendung überzeugt und meinten, daß man spätestens im Thüringer Walde den Spitzen der bayerischen Armee begegnen würde, unter deren

Schutze man die Mobilmachung des eigenen Heeres vollenden könnte*). Man mußte also versuchen, ob sich das unmöglich Erscheinende dennoch vielleicht möglich machen ließe.

Und in der That gewannen in den nächsten Tagen die Dinge eine etwas hoffnungsvollere Gestalt. Es hätte des von Dammers gegebenen Impulses kaum bedurft, um die ganze Armee bis zum letzten Trainsoldaten herab zur äußersten Anspannung aller Kräfte anzuspornen. „Ein freudiger Geist der hingebendsten Pflichttreue“, sagt der offizielle Bericht**), „wie in den schönsten Tagen der hannoverschen Kriegsgeschichte, erfüllte die Truppen. Dadurch zeigten sie sich einer Aufgabe gewachsen, die schwieriger nicht wohl einem Heere gestellt worden sein mag“. Alle Führer aber, der General wie der jüngste Lieutenant, waren, obgleich man ihnen sehr wohl die schwere Sorge um ihre Verantwortung bei der geringen Aussicht auf Erfolg anmerken konnte, und trotz der fast verzweifelten Lage ausnahmslos bemüht, die bis dahin verschobene Kriegsbereitschaft jetzt noch, so gut es ging, herzustellen.

Kaum zwei Stunden nach Ankunft der beiden Artilleriebataillone aus Hannover, am 17. Juni mittags, begannen die Ausrüstungsarbeiten. Schon vorher hatte man auf Anordnung des Kommandeurs der Artilleriebrigade, General Müller, angefangen, mit Hilfe der von Dammers kommandierten Infanteriemannschaften die Eisenbahnzüge zu entladen, deren Inhalt, wie es nicht anders sein konnte, in höchster Unordnung und bunt durcheinander geworfen, anlangte. Auf dem freien Platze vor dem Bahnhofe wurde nun mit der Errichtung eines Armeematerial- und eines Artilleriedepots begonnen, deren Bildung zunächst zwei eben vom Urlaub in Göttingen eingetroffenen Artillerieoffizieren, Hauptmann Knauer und Lieutenant Hartmann, übertragen wurde. Jedoch erst, nachdem der Oberst von Stoltzenberg mit den Artilleriemannschaften angekommen war, die in Hannover bei der Räumung des Arsenals und der Wagenschuppen auf der Bult geholfen hatten, konnten die Arbeiten systematisch betrieben werden. Was aber dann in diesen schweren Tagen geleistet ist, übertraf selbst die weitestgehenden Erwartungen.

Nur fünf Batterien befanden sich beim Eintreffen in Göttingen in einem einigermaßen gefechtsfähigen Zustande. Es waren dies die beiden

*) Vgl. über diese Episode die Erzählung Wengens (S. 397), die offenbar auf den Mitteilungen Rudorffs beruht.

**) „Offizieller Bericht über die Kriegsereignisse zwischen Hannover und Preußen im Juni 1866.“ I. Teil, S. 7.

reitenden Batterien, welche je vier kurze 12-Pfdr. Kanonen nebst den dazu gehörigen feldmäßig bepackten Protzmunitionswagen führten, sowie drei ebenso ausgerüstete Fußbatterien zu je sechs gezogenen 6-Pfdr. Kanonen. Sie waren jedoch sämtlich an Fuhrwerken, Mannschaften, Pferden u. s. w. nur mit der Hälfte, resp. $^2/_3$ des normalen Feldetats ausgestattet. Außerdem war es gelungen, das gesamte Feldausrüstungsmaterial einer leichten 12-Pfdr. Batterie von 6 Geschützen, einer 24pfündigen Haubitzbatterie zu 8 Geschützen und einer gezogenen 6pfündigen Batterie zu 4 Geschützen feldmäßig bepackt und mit Munition versehen nach Göttingen zu retten.

An eine Ordnung und Sortierung der verschiedenen Gegenstände in den einzelnen Depots war freilich in den ersten Tagen nicht zu denken. Der ganze Bahnhof stand voller Wagen, und es kam vorläufig nur darauf an, die Sachen überhaupt abzuladen, um für die unaufhörlich folgenden Nachschübe Platz zu schaffen. Trotz angestrengtester, Nacht und Tag fortgesetzter Arbeit lagen noch am 18. Juni morgens Montierungsstücke, Munition, selbst Pulver in Tonnen mangelhaft verpackt zusammen mit Geschirrteilen, Feldrequisiten und dgl. in den Depots wüst durcheinander. Erst am 19. konnte man das Material für die Ausrüstung der neuen Batterien und der Ersatzkörper einigermaßen sortieren. Dann trafen auch die in der Umgegend angekauften und ausgehobenen Pferde ein, die jedoch meistens nur klein und von minderwertiger Beschaffenheit waren. Um so erwünschter war es, daß der Pferdehändler Oppenheimer in Hannover es möglich machte, einen Eisenbahnzug mit etwa 100 Pferden nach Göttingen durchzubringen. So gelang es, die drei genannten Batterien — die Haubitzbatterie wurde jedoch statt auf 8, nur auf 6 Geschütze gesetzt — bis zum Abmarsche zu bespannen; jedoch waren die neu gelieferten Pferde meist in schlechter Kondition, uneingefahren und der militärischen Beschirrung ungewohnt. Zwar gab man jeder Batterie 4 bis 6 alte königliche Pferde bei, allein die Manövrierfähigkeit blieb doch eine höchst beschränkte. Die Unteroffiziere konnten nur in sehr geringer Zahl, die Trompeter gar nicht beritten gemacht werden. Auch vermochte man die 12-Pfdr. Kanonen und die 24-Pfdr. Haubitzen nur mit 6 statt mit 8 Pferden zu bespannen. Es standen also im ganzen acht einigermaßen operationsfähige Batterien mit 42 Geschützen zur Verfügung.

Man hatte ursprünglich beabsichtigt, aus den sonst noch geretteten Geschützen weitere Batterien zu bilden; allein als am 20. Juni der Befehl

zum Abmarsch erfolgte, mußte man mit den Ausrüstungsarbeiten einen Abschluß machen. Zunächst wurde nun eine Munitionskolonne zusammengestellt. Im Verlaufe von wenig mehr wie zwölf Stunden brachte man es fertig, 14 Protzmunitionswagen für gezogene 6-Pfdr. Kanonen, 4 dergleichen für leichte 12-Pfdr., 2 für kurze 12-Pfdr., 6 für 24pfündige Haubitzen sowie 5 dergl. und 3 Deckelwagen mit Infanteriemunition zu bepacken. Außerdem wurden noch zwei Feldschmieden und zwei große Armeefuhrwerke mit Ersatzpferdegeschirren mitgeführt. Und wenn man bedenkt, daß die ganze Kolonne ausschließlich auf Vorspannpferde angewiesen und zu ihrer Führung nur zwei berittene Offiziere und drei Unteroffiziere disponibel waren, so kann man es nicht genug bewundern, daß sie trotz aller Hin- und Hermärsche bei Tag und Nacht oft auf steil bergab und bergan führenden Wegen stets ihr Marschziel erreicht hat, ohne ein Fuhrwerk und einen Mann zurückzulassen*).

Außerdem wurde noch alle als nächster Ersatz nach einem Gefechte nicht erforderliche Munition dem Armeetrain übergeben. Auch die letzten 10 Geschütze, deren Ausrüstung nicht mehr möglich gewesen war, wollte man nicht stehen lassen. Für vier davon (kurze 12-Pfdr.) konnte man noch genügenden Vorspann auftreiben. Zum Transport der anderen sechs aber (4 leichte 12-Pfdr. Kanonen und die beiden zurückgestellten 24-Pfdr. Haubitzen) überwies der König dem Artillerie-Depot 24 Pferde des Königlichen Marstalls, die von Stallbedienten in roten Röcken und weißen Lederhosen gefahren wurden.

Weniger Mühe als bei der Artillerie verursachte es, die Infanterie einigermaßen gefechtsmäßig zu machen. Man konnte aus den geretteten Vorräten bei allen Abteilungen, sogar bei dem 4. und 7. Infanterie-Regiment, die mit den nicht umgeänderten Pickelgewehren bewaffnet waren, nicht nur die Taschenmunition bis zu 60 Patronen per Mann ergänzen, sondern einzelne Bataillone auch noch mit den vorschriftsmäßigen Munitionswagen ausrüsten, während andere ihre Reservemunition auf den Bagagewagen mitführen mußten.

Durch eine am 16. Juni erlassene Bekanntmachung in der Hannoverschen Zeitung war den einberufenen Urlaubern und Reservisten aufgegeben worden, sich sofort in Göttingen bei ihren Truppenteilen zu stellen. Selbst durch die Drohung des Generals Vogel von Falckenstein, die Soldaten, welche dem Befehl ihres rechtmäßigen Kriegsherrn Folge

*) Bericht des Obersten von Stoltzenberg im „Offiziellen Bericht“ a. a. O. S. 79.

leisteten, in eine preußische Festung abzuführen, ließen sich die königstreuen Männer nicht abhalten, zu thun, was ihre militärische Pflicht ihnen gebot. Allenthalben spannten die Bauern an, um sie rasch zur Armee zu bringen. Tausende, die sich zum Teil durch die preußischen Vorposten hindurch schleichen mußten, erreichten während des Aufenthalts bei Göttingen, andere sogar noch während des Marsches nach dem Süden ihre Regimenter. Auch genügten die bei einzelnen Abteilungen vorhandenen Vorräte an Waffen und Feldrequisiten, um sie notdürftig damit und mit Munition zu versehen. Besonders schwierig aber war es, für die Kriegsreservisten, die ohne Uniform beurlaubt wurden, Montierungsstücke herbeizuschaffen, da diese meistens beim eiligen Ausmarsch aus der Garnison auf den Kompagniekammern zurückgelassen waren. Und wenn auch die Bataillone, welche Depots davon besaßen, den andern nach Kräften aushalfen, so trat doch bald ein fühlbarer Mangel ein, und man sah viele Soldaten in bürgerlicher Kleidung mit dem Gewehr auf der Schulter in den Kolonnen marschieren. Namentlich in den Reihen des 3. Jägerbataillons waren die mit ihren heimischen blauen Kitteln bekleideten Harzer besonders zahlreich. Auch die zur Landesvermessung nach dem Bremenschen kommandierten Offiziere kamen in Civilkleidung noch glücklich zur Armee und mußten sich hier von ihren Kameraden mit Uniformen aushelfen lassen.

Endlich traf noch am 20. Juni mittags das kleine Besatzungskommando des Forts Wilhelm bei Bremerhaven — 55 Mann vom 2. Infanterieregiment nebst 12 zugeteilten Artilleristen — in Göttingen ein. Der Detachementsführer, Prem.-Lieutenant O. Freiherr von Hammerstein, hatte erst am 17. Juni nachmittags den Befehl erhalten, schleunigst aufzubrechen und zu versuchen, ob er die Armee noch erreichen könnte. Die Eisenbahnverwaltung lehnte es jedoch ab, einen Extrazug zu stellen. Hammerstein konnte daher erst am nächsten Morgen (18. Juni) 9 Uhr mit dem gewöhnlichen Personenzuge Geestemünde verlassen. Da er aber unterwegs erfuhr, daß die Preußen bereits Hannover besetzt hatten, so hielt er es für ratsam, die Eisenbahn nur bis Neustadt a/R. zu benutzen. Dort wurde der Wagen unbemerkt abgehängt und das Detachement stieg erst aus, als der weiterfahrende Zug außer Sicht war. Nach $^3/_4$ stündiger Rast wurde sodann der Marsch zu Fuß fortgesetzt und um 5 Uhr nachmittags Ricklingen erreicht. Hier ward die Mannschaft von der dort weilenden Gemahlin des Kriegsministers reichlich verpflegt, und abends 10 Uhr ging's bald zu Fuß, bald auf requirierten Wagen weiter über den Deister nach dem

Städtchen Münder, wo man am 19. Juni nachmittags 2 Uhr anlangte. Dann zog die kleine Schar, um den bereits umherstreifenden preußischen Husaren zu entgehen, auf Umwegen über Lauenstein und Stadtoldendorf nach Dassel, das man am 20. früh 6 Uhr erreichte. In Rotenkirchen stieß man endlich auf die ersten hannoverschen Vorposten, eine Feldwache des Königin-Husarenregiments, und in Northeim erlangte Hammerstein einen Extrazug, welcher die ganze, durch Urlauber, die sich angeschlossen hatten, auf 120 Mann angewachsene Abteilung nach Göttingen führte, wo sie vor dem Gasthofe zur Krone aufmarschierte und dem Könige ein dreimaliges Hurra brachte.

Während so die Gesamtstärke der Infanterie nach und nach auf ungefähr 15700 Köpfe anwuchs, unter denen sich jedoch 2000 erst vor zwei Monaten eingezogene Rekruten befanden, die zu einem Feuergefecht gänzlich unbrauchbar waren*), sah sich die Kavallerie völlig außer stande, ihren schwachen Friedensetat an Pferden zu vermehren. Zwar waren die Offiziere, die man beim Ausmarsch mit den jüngsten Remonten in der Kaserne zurückgelassen hatte, rasch entschlossen ihren Regimentern nachgefolgt, als sie die Kriegserklärung und die Konzentrierung der Armee bei Göttingen erfuhren. Auch erreichten sie sämtlich, mit Ausnahme des Depots der Kronprinz-Dragoner, teils auf dem Marsche, teils im Kantonnement um Göttingen ihr Ziel, aber damit kamen die Regimenter doch nur auf einen Bestand von 350—375 königlichen Pferden, so daß sich die Gesamtstärke der Reiterei mit Einrechnung der Chargenpferde der Offiziere auf etwa 2200 Pferde bezifferte. Die unberittenen Reservisten, welche etwa in der Zahl von 200 Köpfen eintrafen, waren mehr eine Last, wie ein Gewinn. Sie wurden zumeist der Bagage zugeteilt.

Das Ingenieurcorps hatte mit seinen beiden Pionierkompagnieen eine Gesamtstärke von 208 Mann. Der von ihm aus Hannover geettete Pontontrain zählte 27 Fuhrwerke, welche, mit Vorspannpferden bespannt, dem Armeetrain überwiesen wurden, während die in

*) Die Stärke der Bataillone war sehr verschieden. Am schwächsten waren die des 4. und 7. Infanterieregiments, die ihre Rekruten in den Garnisonen zurückgelassen hatten und deren Ergänzungsbezirke weit von Göttingen entfernt waren. Sie zählten nur etwa 450, resp. 500 Mann. Am stärksten waren die drei Linien-Jägerbataillone und die des 3. Infanterieregiments, deren Aushebungsdistrikte dem Sammelplatz der Armee am nächsten lagen. Das 1. Jägerbataillon, das in Goslar garnisonierte, zählte z. B. 906 Mann. Nach Abzug der Rekruten, der Nichtkombattanten und der unbewaffneten Mannschaften blieben im ganzen kaum 13000 Streitbare übrig.

gleicher Weise bespannten Pionier-Schanzzeugwagen bei den Kompagnieen verblieben.

Das Traincorps selbst konnte seinen schwachen Friedensetat von 60 Pferden nur mit äußerster Mühe auf 100 ergänzen. Damit wurde zunächst die Sanitätskompagnie, soweit es ging, feldmäßig ausgerüstet. Der energische und umsichtige Generalstabsarzt Dr. Stromeyer brachte es nicht nur glücklich fertig, jeder der 4 Infanteriebrigaden einen Zug derselben, bestehend aus 1 Offizier, 1 Arzt und 35 Mann mit 4 Krankenwagen beizugeben, sondern noch unter der Direktion des Oberstabsarztes Dr. Schmidt ein Feldlazarett von 200—240 Betten nebst einigem Verbandzeug auf 9 Requisitenwagen zu verladen.

Eine geordnete Hospitalverwaltung ließ sich bei dem unzureichenden ärztlichen Personal natürlich ebensowenig wie ein Hospitaltrain herrichten. Nur eine geringe Anzahl von Studenten der Medizin meldete sich, um der Armee ins Feld zu folgen. Sie wurden als provisorische Assistenzärzte bei den Batterien, den Pionierkompagnieen u. s. w. eingeteilt, während infolge der notwendigen Abkommandierungen für jedes Bataillon und jedes Kavallerieregiment nur ein Arzt verblieb*).

Was noch an Trainpferden übrig war, mußte dazu dienen, die Ingenieuroffiziere sowie für den Armeetrain 2 Offiziere und 21 Unteroffiziere beritten zu machen. Diesen wenigen Vorgesetzten lag die Führung der ganzen, ausschließlich aus unmilitärischen Elementen bestehenden Kolonne ob, die sich aus den vom Artillerie- und Armeematerial-Depot ihr überwiesenen Geschützen und Militärfuhrwerken, dem Pontontrain, einer durch Kriegerfuhren gebildeten Proviantkolonne, einer Ochsenherde und einer Anzahl disponibler, den Zwecken des Kommissariats dienender Kriegerfuhren zusammensetzte.

Ganz unmöglich zeigte es sich, die Armee-Intendantur in nur einigermaßen genügender Weise zu organisieren. Verpflegungsschwierigkeiten machten sich daher bald genug bemerkbar. Namentlich fehlte es schon bei Göttingen an ausreichender Fourage. Zwar that der energische und in diesem Geschäft außerordentlich bewanderte Kriegsrat Flügge, was er konnte, aber ihm gebrach es an Zeit und an Gelegenheit, ein ausreichendes Personal an routinierten Kommissariatsbeamten und Magazinoffizianten zu engagieren**). Es war daher ein besonderes Glück, daß sich der umsichtige und thätige Amtsauditor H. Frhr. von Hammerstein Flügge

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 380.

**) Offizieller Bericht a. a. O. S. 13.

zur Verfügung stellte und daß dieser den Hauptmann a. D. von Scriba, der sich freiwillig zum Wiedereintritt in die Armee gemeldet hatte, für seine Zwecke verwenden konnte. Ferner war es glücklicherweise schon im Laufe des 15. und 16. Juni gelungen, einen für die nächsten Bedürfnisse ausreichenden Geldvorrat nach Göttingen zu bergen. Außerdem brachte Dammers 20 000 Thlr. bar und einen größeren Sichtwechsel mit und endlich lieferte noch der Hauptmann Schambach des 3. Infanterieregiments, der zur Rettung der Barbestände des Bergamts Clausthal und der Aemter Osterode und Northeim entsandt war, am 18. Juni eine beträchtliche Menge Gold und Silber ab*). Da ferner das notwendigste Bureaupersonal des Kriegsministeriums rechtzeitig nach Göttingen gelangt war, so konnte wenigstens das Kassen- und Rechnungswesen einigermaßen geordnet werden.

Um aber einen richtigen Maßstab dafür zu gewinnen, was in diesen vier Tagen, noch dazu fern von allen Garnisonen und Depots, geleistet ist, genüge die Bemerkung, daß damals in Preußen — wo bereits die Pferdeaushebung gesetzlich geregelt war — zur Vollendung der Mobilisierung elf Tage vorgeschrieben waren.

Während so jeder an seinem Platze alle Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung einsetzte, machte das Auftreten des Kriegsministers von Brandis einen seltsamen Eindruck. Von dem Major von Jacobi, in dessen Gegenwart sich ein Kavallerieoffizier bei ihm darüber beschwerte, daß es hier und da an Fourage fehlte, wofür Brandis wiederum den Generalstab verantwortlich machen wollte, mußte er sich auf offener Straße sagen lassen: „Ich dächte, wir hätten genug an dem Schweinekohl, den Sie in Hannover eingerührt haben**)." Auch zwischen ihm und dem Obersten von Stoltzenberg kam es einmal zu einer heftigen Auseinandersetzung, als er gelegentlich — in Husarenstiefeln, mit hineingesteckter Generalshose und das goldgestickte Säbelkoppel über den Waffenrock geschnallt — auf dem freien Platze vor dem Bahnhofe erschien, wo die Artillerie mit aller Anstrengung daran arbeitete, den neu angekauften Pferden die Geschirre anzupassen. Brandis, der eben von der Königlichen Tafel kam, an der er ein täglicher Gast war, hatte dabei

*) Er lieferte ab: 46½ Kronen, 827 Pistolen, 115⅜ Dukaten, ferner 10000 Thaler in Silber- und Papiergeld und endlich gegen 1000 Pfund ungemünztes Silber (v. d. Wengen a. a. O. S. 382).

**) von der Wengen. „Rückblicke auf den hannoverschen Feldzug von 1866" in der „Deutschen Heereszeitung" Nr. 70 vom 1. September 1897. S. 550 Anmerkung.

für die braven Leute nichts als Vorwürfe über die nicht genügende Sorgfalt, mit der das „Königliche Material" behandelt würde. Ja, die Artillerie mußte ihm sogar, trotz des eigenen dringenden Bedürfnisses und trotzdem er für 10 Pferde die Rationsvergütung zog, ein Reitpferd stellen, da er kein eigenes mitgebracht hatte.

Ueber die Bewegungen auf feindlicher Seite schwebte man einigermaßen im Dunkeln. Man war von der übrigen Welt so gut wie abgeschnitten, und was man erfuhr, beschränkte sich zum größten Teil auf die Erzählungen von Urlaub eintreffender Offiziere. Die Besetzung der Hauptstadt war schon mehrfach berichtet worden, aber erst durch das Ausbleiben der Materialzüge in der Nacht vom 17. zum 18. Juni erlangte man darüber Gewißheit. Den Telegraphenbeamten auf den Eisenbahnstationen war aufgegeben worden, sich beim Herannahen der Preußen mit ihren Apparaten zu entfernen, und aus deren successivem Schweigen konnte man ungefähr abnehmen, wie weit der Feind vorgedrungen war. Im Laufe des 18. und 19. Juni wurde sodann durch stärkere Pionierabteilungen der Bahnkörper auf der Strecke von Nordstemmen bis südlich Salzderhelden an vielen Stellen unfahrbar gemacht, nachdem man das gesamte Eisenbahnmaterial nach Göttingen in Sicherheit gebracht hatte.

Noch größere Ungewißheit wie über den feindlichen Anmarsch von Norden herrschte über das, was in anderen Richtungen vorging. Die abenteuerlichsten Gerüchte über von allen Seiten heranziehende preußische Heeresmassen kursierten und fanden hie und da Glauben. So wollte eine Nachricht von der Occupierung des Harzes, eine andere von einer großen Armee-Abteilung in der Gegend von Hörter wissen. Dann wieder erzählte der aus Süddeutschland eingetroffene Oberstlieutenant von Löfecke, daß die Bayern im Vorrücken und nur noch einen Tagemarsch entfernt wären*).

Die Besetzung von Kassel durch die Division Beyer**) wurde fast jeden Tag gemeldet und ebenso oft widerrufen. Der General von Bothmer

---

*) von Diebitsch: „Die Königlich hannoversche Armee auf ihrem letzten Waffengange." S. 164. Anmerkung.

**) Die Einteilung der Division Beyer war folgende:

Avantgarde: General von Schachtmeyer	Bataillone	Eskadrons	Batterien
Regiment Nr. 39, Füsilierbataillon des 32. Regiments	4	—	—
2 Eskadrons des 9. Husarenregiments	—	2	—
1 12pfdge. Batterie des 8. Feldartillerie-Regiments .	—	—	1
Summa:	4 Bat.	2 Eskadr.	6 Gesch.

ließ daher die Eisenbahnbrücke über die Werra bei Münden zur Verteidigung einrichten und den Schienenstrang Göttingen—Kassel durch Sperrung des Tunnels bei Dransfeld unfahrbar machen. Um sich jedoch über den Hauptpunkt Klarheit zu verschaffen, ordnete Bothmer am 19. Juni morgens eine Rekognoszierung an. Das dazu befehligte Detachement, dem er sich selbst anschloß, bestand aus dem 3. Jägerbataillon und der 2. Schwadron des Gardehusarenregiments. Bis Landwehrhagen, dem letzten etwa $1^1/_2$ Stunden von Kassel entfernten hannoverschen Dorfe, war nichts vom Feinde zu bemerken. Man brachte aber in Erfahrung, daß bereits am Tage vorher in der Gegend feindliche Husaren gestreift hätten. Während das Gros der Abteilung halten blieb, ritten der Rittmeister von der Wense und der in der Gegend genau bekannte Brigadeadjutant Vogt mit einer Patrouille von 20 Husaren weiter. Ein hessischer Gendarm, der ihnen entgegenkam, bestätigte, daß die Preußen in der That schon den Bahnhof nebst dem anliegenden Stadtteil besetzt hatten. Die beiden Offiziere ließen sich jedoch dadurch nicht abschrecken. Ein Teil ihrer Eskorte blieb als Repli diesseits der Fulda zurück. Sie selbst ritten, von nur vier Husaren begleitet, über die Brücke durch Seitengassen nach dem Hause des Kriegsministers von Meyerfeldt. Dieser, im höchsten Grade überrascht, glaubte zuerst preußische Offiziere vor sich zu sehen, die ihn verhaften wollten. Nach Aufklärung des Irrtums bestätigte er jedoch den Einmarsch der Preußen. Als die hannoverschen Offiziere ihre an der Thür zurückgelassenen Pferde wieder bestiegen, erschien schon die Spitze der preußischen Kolonne am Ende der Straße. Sie setzten sich daher in Galopp, um zu der Fuldabrücke und der dort zurückgelassenen Abteilung zu gelangen. Dann ritten sie in scharfem Tempo weiter nach Land-

	Bataillone	Eskadrons	Batterien
Gros: General von Glümer Transport:	4	2	1
Regimenter 19, 20 und Rest des 32. Regiments . .	8	—	—
1 Eskadron des 9. Husaren-Regiments	—	1	—
12pfdge. Reserve-Batterie	—	—	1
Reserve: Oberst von Selchow			
Regimenter Nr. 30 und 70	6	—	—
2 Eskadrons des 9. Husaren-Regiments	—	2	—
1 4pfdge. gezogene Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 8	—	—	1
Total	18 Bat.	5 Eskadr.	18 Gesch.
	circa 19000 Mann.		

wehrhagen, wo sie dem General das Ergebnis ihrer Rekognoszierung meldeten*).

Je näher die feindlichen Heersäulen von Norden und Süden heranrückten, desto wichtiger wurde es, über die Verteilung der preußischen Streitkräfte längs der Eisenbahnlinie Erfurt-Gotha-Eisenach-Bebra Zuverlässiges in Erfahrung zu bringen. Der Gefahr einer Kundschafterreise in dieser Richtung unterzog sich mit patriotischer Bereitwilligkeit ein junger Graf Bernstorff-Gartow, der in Göttingen studierte und in der Nähe von Eisenach Verwandte hatte. Er konnte also, ohne Verdacht zu erregen, am 18. Juni dorthin reisen und die nötigen Erkundigungen einziehen. Schon am 19. sandte er durch einen hannoverschen Forstakademiker, der ihm unterwegs begegnet war, die erfreuliche Nachricht zurück, daß er auf seiner Fahrt über Allendorf und Eschwege nach Eisenach nichts vom Feinde gesehen habe und auch die ganze Eisenbahnstrecke von Gotha bis Bebra mit Ausnahme einiger unbedeutender Detachements unbesetzt sei. Nur in betreff der Festung Erfurt lauteten die Nachrichten zweifelhafter, indem er von einer dort stehenden Abteilung von 3000—6000 Mann gehört haben wollte**).

Der General von Arentsschildt hatte Anstand genommen, für den demnächstigen Abmarsch Anordnungen zu treffen, so lange er nicht durch den Hauptmann Reichard, dessen Rückkehr er mit Ungeduld erwartete, Nachrichten über die Verhältnisse in Süddeutschland erhalten hatte. Allein als ihm am Nachmittag des 19. die Besetzung von Kassel durch eine feindliche Vorhut von dem General von Bothmer telegraphisch gemeldet wurde, schien es doch ratsam, dem Plane näher zu treten. Trotz der peinlichen Ungewißheit, in der man schwebte, erhielt nun der Generalstab Auftrag, eine Marschdisposition auszuarbeiten. Von der ursprünglich ins Auge gefaßten Richtung abzuweichen, lag indes vorläufig keine Veranlassung vor, da nach allen eingehenden Nachrichten der General von Beyer sich anschickte, von Kassel in nördlicher Richtung gegen Göttingen vorzugehen, so daß Bothmer sich bewogen fand, am 20. früh zwischen Varlosen und Wellersen Brustwehren für Infanterie und Geschützemplacements aufwerfen zu lassen. Man beschloß also, sich auf dem geradesten Wege durch Hessen über Witzen-

*) Vgl. über diese Rekognoszierung von Diebitsch a. a. O. S. 160 ff. und von der Wengen a. a. O. S. 383 ff., dessen Angaben über eine „johlende und heulende Menge", die die hannoverschen Offiziere bei ihrem Fortreiten begleitet haben soll, mir jedoch von einem Augenzeugen als irrtümlich bezeichnet sind.

**) Mitteilung des Landschaftsrats Grafen Bernstorff-Gartow d. d. 7. Aug. 1900.

hausen auf Eschwege zu dirigieren, das man in einem Tage zu erreichen hoffte. Je nach den Nachrichten, die man hier erhielt, sollte es dann entschieden werden, ob der weitere Marsch auf Bebra oder Eisenach ginge. Jedenfalls durfte man hoffen, an einem dieser beiden Punkte auf die Spitzen des VIII. Armeecorps oder der Bayern zu stoßen. Weit vorgeschobene Detachements sollten in der Richtung der Straßen nach Kassel, Heiligenstadt und Hersfeld den Marsch sichern*).

Der König war mit diesen Anordnungen völlig einverstanden. Auch genehmigte er, daß sofort ein Kanzlist Medings Namens Duve mit einem Briefe des Generals von Arentsschildt an den kurhessischen General von Loßberg und einem Schreiben des Grafen Ingelheim an den Bundespräsidialgesandten Baron Kübeck entsandt wurde, um ihnen von den Entschließungen des hannoverschen Hauptquartiers Kenntnis zu geben und sie aufzufordern, möglichst schleunig das Heraufrücken der südwärts stehenden Bundestruppen zu veranlassen. Arentsschildt sagte bestimmt zu, daß er mit seiner Armee in der Richtung nach Eschwege aufbrechen würde, falls er bis zum 23. Nachricht erhielte, daß ihm befreundete Truppen entgegenkämen**). Duve konnte jedoch erst um 11½ Uhr nachts in einem Privatfuhrwerk seine Reise antreten und erreichte die Armee vor ihrem Abmarsche nicht wieder***).

*) Die Ausfertigung der Marschdisposition wurde dadurch erschwert, daß kein genügendes Kartenmaterial zu Gebote stand. Es gelang jedoch, durch die Guiden des Generalstabes Kartenskizzen in Zinküberdruck herstellen und an die Truppen verteilen zu lassen, aus denen sich die Lage der hauptsächlichsten Orte ersehen ließ. Ja, als die Disposition im Laufe des 20. Juni abgeändert ward, wurde noch während der Nacht ein ergänzendes Kartenstück angefertigt und die Skizze durch Ankleben desselben vervollständigt. —

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 431.

***) Am 21. Juni morgens 9 Uhr gelangte Duve nach Hanau, wo er dem General von Loßberg das Schreiben Arentsschildts übergab. Derselbe erklärte jedoch, nichts thun zu können, weil die kurhessischen Truppen unter dem Oberbefehl des Prinzen Alexander von Hessen ständen, der sein Hauptquartier in Darmstadt aufgeschlagen hätte. Duve begab sich also dorthin und wurde nachmittags desselben Tages von dem Prinzen empfangen, dem er die Marschdisposition der hannoverschen Truppen ausführlich mitteilte, und den er auch zur Hilfeleistung bereit fand. Von ihm erhielt er den Auftrag, dem Könige mitzuteilen, daß das VIII. Armeecorps schleunigst über Fulda auf Eschwege vorrücken solle, um dort der hannoverschen Armee die Hand zu reichen, und daß er auch die Bayern ersuchen wolle, schnell nach Norden vorzugehen. Allein als Duve mit diesen immerhin einen kleinen Hoffnungsschimmer gewährenden Nachrichten nach Göttingen zurückkehren wollte, wurde er am 22. in Allendorf von preußischen Truppen festgehalten.

Am späten Abend des 19. Juni traf der britische Gesandte am hannoverschen Hofe, Sir Charles Wyke, in Göttingen ein. Er überbrachte ein Handschreiben der Königin Viktoria an den König mit friedlichen, aber ganz unerfüllbaren Wünschen und Ratschlägen. Zwar hatte er die große Heerstraße ungehindert zu Wagen passieren können, aber doch auf seiner Fahrt die Truppen des Generals Vogel von Falckenstein bereits südwärts Hannover in Anmarsch gesehen. Daß die Manteuffelsche Division noch weit zurück und ein Angriff des vereinigten Armeecorps in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten war, ließ sich indes aus seinen Aeußerungen entnehmen. Dennoch schien es dem Könige bedenklich, noch länger auf Nachrichten aus dem Süden zu warten. Er beschied daher den Generaladjutanten zu sich und beauftragte ihn, dem kommandierenden General den Befehl zum schleunigsten Aufbruch zu überbringen. Die am 20. noch nicht eingetroffenen Abteilungen sollten nicht abgewartet und die Gewinnung Eisenachs in kürzester Frist erstrebt werden*). Demgemäß wurde am 20. vormittags der Befehl zum Abmarsch frühmorgens am 21. Juni in der Richtung nach Eschwege ausgegeben.

Nachdem der König Dammers zwischen 2 und 3 Uhr morgens entlassen, ließ er den Adjutanten des Kronprinzen, Rittmeister von Klenck, vor sein Bett kommen und eröffnete ihm, daß nach den eingegangenen Nachrichten ein Angriff des Feindes noch im Laufe des Tages nicht ganz unmöglich sei. „Ich mache Sie dafür verantwortlich“, fuhr er fort, „daß der Kronprinz nicht ins Feuer reitet. Wenn er fällt, ist alles verloren; wenn ich falle, ist das einerlei.“ Vergeblich weigerte sich Klenck, diese Verantwortung zu übernehmen, der König wiederholte: „Ich verlange von Ihnen, daß Sie den Kronprinzen abhalten, ins Feuer zu reiten.“ „Allein ihn daran zu verhindern, bin ich nicht im stande“, erwiderte Klenck. „Nur wenn Sr. Königlichen Hoheit noch ein zweiter Adjutant zugeteilt wird, ließe es sich vielleicht ermöglichen.“ Auf seinen Vorschlag erhielt daher der Ordonnanzoffizier des Kronprinzen, Rittmeister C. v. Schnehen vom Gardehusarenregiment, der sich zum Wiedereinrücken in die Front gemeldet hatte, Befehl, bis auf weiteres in seiner Stellung zu verbleiben**).

Als man auch im Laufe des 20. Juni keine Kunde von den süddeutschen Bundesgenossen erhielt, als weder Reichard noch Wacquant

*) Dammers a. a. O. S. 119.

**) Mitteilung des Oberstallmeisters S. K. H. des Herzogs von Cumberland von Klenck d. d. 6. August 1899.

das Geringste von sich hören ließen, begann man im hannoverschen Hauptquartier zu befürchten, daß der Beschluß, die direkte Marschrichtung im Werrathal aufwärts einzuschlagen, ein zu gewagter gewesen war. Offenbar war die Voraussetzung, daß das VIII. Bundesarmeecorps den General Beyer an der Besetzung Kurhessens hindern oder wenigstens seine Operationen stören könnte, eine irrige. Man mußte vielmehr besorgen, daß der preußische General den Hannoveranern bei der Besetzung der Werradefileen zuvorkommen und ihnen den Durchbruch nach dem Süden verwehren würde. Dann aber riskierte man, in den Gebirgspässen des „Kaufunger Waldes" und des „Hohen Meißner" so lange festgehalten zu werden, bis überlegene feindliche Streitkräfte herankamen. Diese Erwägungen — die sich nachträglich als nur zu begründet erwiesen —, führten am Nachmittage des 20. Juni zu dem Entschluß, statt der geplanten kürzesten eine andere Marschrichtung einzuschlagen, die Dammers schon früher in Vorschlag gebracht hatte.

Demgemäß wurde gegen 5 Uhr eine neue Disposition ausgegeben, wonach sich die Armee am nächsten Morgen früh in der Richtung auf Heiligenstadt in Bewegung setzen sollte. Daß die ganze Gegend zwischen dieser Stadt, Mühlhausen und der Werra frei von feindlichen Truppen war, wußte man durch den Pr.-Lieutenant E. Frhr. von Hammerstein vom 3. Infanterieregiment — denselben, dessen entschlossenes Verhalten während der Rendsburger Affaire ich oben erwähnt habe. Er hatte auf Veranlassung Dammers', seines früheren Bataillons-Kommandeurs, freiwillig das Wagestück unternommen, sich in Civilkleidung auf preußisches Gebiet zu begeben, und es war ihm gelungen, unerkannt von Landeseinwohnern die nötigen Nachrichten einzuziehen. Nach den Berichten des Grafen Bernstorff konnte man ferner darauf rechnen, auch weiterhin nach Eisenach zu höchstens ganz unbedeutenden feindlichen Abteilungen zu begegnen. Also hatte es kein Bedenken, in möglichst breiter Front zu marschieren, was in der ärmlichen Gegend des Eichsfeldes, die man zu passieren hatte, doppelt wünschenswert war.

Es wurde daher von Heiligenstadt ab die Teilung der Armee in zwei getrennte Kolonnen angeordnet, von denen die linke (die Brigaden Bülow und Knesebeck mit der Reserveartillerie) sich über Mühlhausen, die rechte (die Brigaden Bothmer und de Vaux) über Wanfried südwärts dirigieren sollte. Immerhin verlor man auf diesem Umwege einen Tag. Die Armee konnte erst am dritten Tage (23.) mit ihrem Gros (den vereinigten Brigaden Knesebeck und Bothmer mit der Reserveartillerie) Eisenach, die

Brigade de Vaux gar erst Kreuzburg erreichen. Daß die Kurhessen die Eisenbahn zwischen Bebra und Eisenach unfahrbar gemacht hatten, wußte man nicht*). Man durfte jedoch hoffen, die Division Beyer zu überwältigen, wenn es ihr gelungen war, den Hannoveranern in der Besetzung Eisenachs zuvorzukommen. Um sich aber gegen das Heranziehen preußischer Truppen von Erfurt her zu sichern, wurde die Brigade Bülow von Langula südwärts Mühlhausen über Weberstaedt nach Mechterstaedt mit dem Auftrage dirigiert, dort die Eisenbahn Gotha-Eisenach zu zerstören. Ihr hatte die Reservekavallerie, die am 22. jenseits Mühlhausen Vortruppen in der Richtung auf Langensalza vorschieben sollte, bis Hayna zu folgen.

Während die Armee ihre letzten Vorbereitungen für diesen Marsch traf, kam ein Teil der Truppen durch einen unnötigen Alarm um die Nachtruhe, deren sie so notwendig bedurften. Von der Brigade de Vaux war ein Arrièregarde-Detachement unter dem Major Brauns, bestehend aus 2 Kompagnien des 3. Infanterieregiments und einer Schwadron Cambridgedragoner nach Northeim vorgeschoben worden. Es wurden Feldwachen ausgestellt und Kavalleriepatrouillen durchstreiften die Gegend in der Richtung auf Seesen, Einbeck und Osterode. Im Laufe des 20. Juni erfuhr man durch Reisende, daß der Feind gegen Lamspringe und Alfeld vorrücke. Abends berichteten die Telegraphenbeamten das Eintreffen feindlicher Vortruppen bei Kreiensen, Einbeck und Salzderhelden**). Nach Einbruch der Dunkelheit wurde von einer Feldwache, welche durch das Getrappel einer Rinderherde auf der Weide getäuscht war, anrückende Kavallerie gemeldet. Dieses brachte den Major Brauns zu der Annahme, daß größere feindliche Abteilungen im Anmarsch seien und er gab sofort eine dahin lautende Meldung an das Brigadekommando. Als er dann später noch glaubte, bei den Vorposten an der Eisenbahnbrücke Schüsse fallen zu hören und ihm abermals gemeldet wurde, daß ein Kavallerieregiment und eine starke Infanterieabteilung heranrückten, hielt er es für geraten, abzumarschieren und sich auf das Gros der Brigade zurückzuziehen, die infolge seiner Meldungen bereits alarmiert war und gegen 11 Uhr die vorbereitete Gefechtsstellung zwischen Sudheim und Nörten bezogen hatte. Bald genug stellte sich indes durch vorgesandte Patrouillen heraus, daß Northeim noch frei vom Feinde war. Oberst de Vaux ließ daher die Stadt noch im Laufe der Nacht durch das

*) Lettow a. a. O. S. 195.

**) Offizieller Bericht a. a. O. S. 17.

1. Jägerbataillon und eine andere Schwadron Cambridgedragoner wieder besetzen, welche die Flußübergänge verrammelten und von neuem Vorposten vorschoben.

Als die hannoversche Armee ihren berühmten Zug nach dem Süden antrat, befand sich fast das ganze Königreich bereits in Feindes Hand. Der General Vogel von Falckenstein hatte die in und bei Minden konzentrierte 13. Division (Goeben)*) für den 16. Juni morgens 5 Uhr zu einer „Besichtigung" auf die Straße nach Bückeburg — „den rechten Flügel an der Grenze" — bestellt und, als er bis 6 Uhr morgens keine Gegenordre erhalten hatte, den Marsch gegen die hannoversche Grenze angetreten. Ein Armeebefehl machte den Truppen bekannt, daß „Hannover, Sachsen und Kurhessen, mit denen wir bis jetzt in Frieden und Freundschaft lebten, auf Ansuchen Oesterreichs beschlossen hätten, eine Exekutionsarmee gegen Preußen ins Feld zu stellen" (!) und daß „selbstverständlich Sr. Majestät, unserm Allergnädigsten Könige, nichts übriggeblieben sei, als den Regierungen jener übermütigen Kleinstaaten den Krieg zu erklären". (!!) — Das erste Nachtquartier wurde in Stadthagen genommen. Da man aber erfuhr, daß Wunstorf nicht, wie man angenommen hatte, besetzt war, so beschloß der General, am nächsten Tage gleich bis Hannover vorzugehen, das er am Sonntag den 17. abends 6 Uhr nach einem zwölfstündigen anstrengenden Marsche

---

*) Die Division war folgendermaßen formiert:

Avantgarde: Generalmajor von Kummer	Bataillone	Eskadrons	Batterien
53. Infanterieregiment	3	—	—
4 Eskadrons des 8. Husarenregiments	—	4	—
dritte 4pfündige Batterie Feld-Art.-Regt. Nr. 7	—	—	1
Gros: Generalmajor Frhr. von Wrangel			
15. Infanterieregiment	3	—	—
55. Infanterieregiment	3	—	—
1 Eskadron des 8. Husarenregiments	—	1	—
vierte 4pfündige Batterie Feld-Art.-Regt. Nr. 7	—	—	1
dritte 6pfündige Batterie Feld-Art.-Regt. Nr. 7	—	—	1
Reserve: Generalmajor von Tresckow			
13. Infanterieregiment	3	—	—
Westfälisches Kürassier-Regiment Nr. 4	—	4	—
dritte 12pfündige Batterie Feld-Art.-Regt. Nr. 7	—	—	1
Ersatzabteilung des 7. Feldartillerieregiments	—	—	4
3 Munitionskolonnen			

Total: 12 Bat. 9 Eskadr. 41 Gesch.
3 Munitionskolonnen, ca. 13000 Mann.

erreichte und von den hannoverschen Truppen verlassen fand. Die Soldaten wurden von den Bürgern mit schweigender Ergebung, aber nicht unfreundlich aufgenommen. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie nur mit Widerstreben in den Kampf gezogen waren und man wollte sie die feindselige Politik ihres Kriegsherrn nicht entgelten lassen*). Noch denselben Abend erließ der General eine Proklamation, die durch Straßenanschlag bekannt gemacht wurde. Darin zeigte er den Bewohnern an, was sie von ihm zu erwarten hätten und was er von ihnen erwartete. Zuvörderst wollte er nur „die für die etwaige Sicherheit seines Corps notwendigen Maßregeln herbeiführen und veranlassen, daß die Verpflegung desselben, die nach dem Kriegsgebrauch jedem feindlichen Lande anheimfällt, in geregelter Weise herbeigeschafft werde".

Durch einen seiner Adjutanten, den Major von Waldow, ließ er sodann der Königin den Einmarsch der preußischen Truppen melden und anfragen, ob er am folgenden Tage um 1 Uhr Ihrer Majestät seine Aufwartung machen dürfe. Zur festgesetzten Zeit erschien der General in Herrenhausen, begleitet von seinem Ordonnanzoffizier, einem Lieutenant Grafen Wedel, der sich nicht von der Teilnahme an diesem peinlichen Besuch hatte dispensieren lassen, obgleich zwei seiner Brüder in der hannoverschen Armee dienten und er wußte, in welch' nahen Beziehungen mehrere seiner Verwandten zu dem hannoverschen Königshause standen. Der Schloßhauptmann Graf Wedel empfing die Herren, hierbei seinen Vetter keines Blickes würdigend, führte sie in den großen Empfangssaal und meldete sie sodann Ihrer Majestät. Die Flügelthüren zum sogenannten „blauen Zimmer" öffneten sich und in edler hoheitsvoller Haltung, voll ruhiger, vom Schmerz geadelter Würde, trat die Königin, gefolgt von den beiden Prinzessinnen und umgeben von ihrem ganzen Hofstaat, dem feindlichen General entgegen. In ihrem Gefolge befand

---

*) Auf dem benachbarten Rittergute des Barons von Alten-Hemmingen wurden eine große Anzahl Offiziere einquartiert, die er am folgenden Rasttage in freigebiger Weise bewirtete. Die Mittagstafel war zum Erstaunen der Gäste mit zwei lebensgroßen aus der Hauptstadt herbeigeholten Büsten Victor Emanuels und Garibaldis geschmückt. „Ich wußte nicht", meinte einer der Offiziere, „daß die beiden Führer der italienischen Revolutionspartei hier so warme Verehrer hätten." „Das haben sie auch nicht", war die Antwort des Barons, „aber ich glaubte, Ihnen eine besondere Freude zu machen, wenn ich Ihnen Ihre Verbündeten wenigstens in effigie vorführte."

sich außer dem Kammerherrn Grafen Linsingen und mehreren Hofdamen auch der Geheimrat von Stockhausen, der nach seiner Abberufung von Berlin Befehl erhalten hatte, sich zu Ihrer Majestät nach Herrenhausen zu begeben.

Sichtlich befangen, vermochte Falckenstein anfangs nur einige undeutliche Worte hervorzubringen, auf welche die hohe Frau durch eine zurückhaltende Begrüßung antwortete. Darauf hielt sie inne, um dem General Zeit zur Anrede zu lassen. „Es ist mir sehr schmerzlich", begann er, — und dabei versagte ihm einige Male die Sprache — „und mein Allergnädigster Herr, der König, beklagt es tief, daß wir nicht, wie wir es gewünscht hätten, in freundschaftlicher Weise hier einziehen konnten. Leider haben sich jedoch die Verhältnisse so gestaltet, daß die Ausführung meiner Aufgabe hier eine sehr peinliche geworden und der Bruderkrieg nicht mehr zu vermeiden ist." Hier unterbrach ihn die Königin mit fester Stimme: „Ja, Herr General, es ist leider nicht zu ändern. Auch ich beklage es tief, daß wir jetzt Bruder gegen Bruder stehen, aber *wir* haben den Krieg nicht angefangen, wir sind in unserm guten Recht vor Gott und Menschen und der liebe Gott wird uns auch schützen. Deshalb bleibe ich auch hier, unter dem Schutze unserer guten Bürger", so fuhr sie mit jetzt vor innerer Bewegung zitternder Stimme fort, „in der festen Zuversicht und mit dem Vertrauen auf den lieben Gott, daß Er unsere gerechte Sache führen und uns nicht verlassen, und daß der letzte Ausgang es an den Tag bringen wird, wer von uns in seinem Rechte ist." „Wir werden es auch nie an dem schuldigen Respekte vor Ew. Majestät fehlen lassen", antwortete Falckenstein. „Das habe ich gar nicht anders von Ihnen erwartet, Herr General!" erwiderte die Königin kurz und bestimmt. „Leben Sie wohl!" Und mit einer gemessenen würdevollen Verbeugung zog sie sich in ihre Gemächer zurück*).

Am 18. Juni gewährte Falckenstein seinen stark erschöpften Truppen einen Ruhetag. Zwar war es ihm nicht gelungen, die hannoversche Armee abzuschneiden, aber ein über Erwarten reiches Kriegsmaterial fiel in seine Hände. „Gegen 700 Wagen aller Art, etwa 60 Geschütze, 10 000 bis 12 000 teilweise noch in Kisten verpackte neue Gewehre, viele andere

*) Obige Darstellung entnahm ich fast wortgetreu dem mir hierfür gütigst zur Verfügung gestellten Auszuge aus dem Tagebuch einer Dame des Gefolges Ihrer Majestät. Dieselbe war bei der Audienz gegenwärtig und schrieb den Hergang unmittelbar darauf nieder.

Waffen, Munition (darunter 200 Centner Pulver), Pferdeausrüstungen, ein Brückentrain bilden eine so reiche Beute, daß zu deren Aufnahme mehrere Wochen erforderlich sein werden", berichtet er selber*). Mit diesem vorgefundenen Material suchte man zunächst die eigene Ausrüstung zu vervollständigen. Ein leichtes Feldlazarett und eine Krankenträgerkompagnie wurden organisiert, ein leichter Brückenzug mit vom Lande requirierten Pferden bespannt und ein Pferdedepot gebildet. Endlich erhielt das 53. Regiment, welches bis dahin zur Garnison von Mainz gehört hatte und deshalb weder mit Mobilmachungspferden, noch mit Fuhrwerken versehen war, jetzt hannoversches Material.

Daß die Hannoveraner noch einen ernsten Widerstand versuchen würden, traute der preußische General ihnen nicht zu. Er hegte die feste Ueberzeugung, daß sie, wenn sie wider Erwarten in Göttingen verblieben, es auf einen blutigen Zusammenstoß nicht ankommen lassen würden. Aus den aufgefangenen kolossalen Kriegsvorräten schloß er, daß sie nach keiner Richtung kriegsmäßig ausgerüstet sein könnten. Auch wollte er wissen, daß in dem Offiziercorps die tiefste Erbitterung herrschte „über die unglückliche und deprimierende Lage, in welche man die Truppen durch die unerhört unklugen politischen Maßregeln versetzt hat".

Am 19. Juni ließ Falckenstein die Division Goeben nach Süden zu wieder aufbrechen. Er selbst blieb noch einige Tage in Hannover. An demselben Morgen war auch der General von Manteuffel dort eingetroffen, um mit ihm die weiteren Operationen zu vereinbaren. Er war am 16. morgens 9 Uhr seinen bereits am Tage vorher übergesetzten Truppen nach Harburg gefolgt, wo nunmehr sein ganzes Corps vereinigt stand. In einer Proklamation teilte er den Landeseinwohnern den bestehenden Kriegszustand und seine Ursachen mit. Wider besseres Wissen behauptete er: „Die Sicherheit Preußens verlangt, daß im Rücken seiner Armee keine Feinde bleiben. Mein Königlicher Herr hat daher die Entlassung der Soldaten verlangt, welche über den Friedensstand der Königlich hannoverschen Armee eingezogen sind; nur durch Gewährung dieser Forderung würden Hannover die Leiden des Krieges erspart sein."

Seine erste Thätigkeit war die Beschlagnahme sämtlicher Kassen in Harburg und die Ausschreibung einer Kriegskontribution von täglich 3000 Thalern. Nachdem er sodann durch ein Telegramm Moltkes

*) Siehe auch für das folgende von Lettow a. a. O. I S. 201 ff.

erfahren hatte, daß der größte Teil der hannoverschen Besatzung von Stade nachmittags — noch bevor Falckenstein die Hauptstadt erreicht hatte — abgezogen war, setzte er am 17. seine Truppen in zwei Kolonnen südwärts gegen Celle in Marsch*). Diese Teilung empfahl sich aus Verpflegungsrücksichten in der öden Heidegegend, die man zu passieren hatte, von selbst, und es scheint mir nicht gerechtfertigt, wenn Lettow (S. 145) darauf den Vorwurf eines absichtlichen Zögerns Manteuffels gründet, „um die direkte Unterordung unter Falckenstein zu vermeiden".

Mit dem „Aufrollen des ganzen Hannovers", das er seinem Könige in Aussicht gestellt hatte, aber war es zunächst nichts. Der Eisenbahnbetriebsdirektor Bensen in Harburg hatte das ganze Material rechtzeitig weggeschafft, und der Versuch, mittelst der Lauenburger Fähre Lokomotiven und einige Waggons auf das linke Elbufer zu bringen, gelang nur sehr unvollständig. Es war daher ein besonderer Glücksfall für Manteuffel, daß man in der Residenz einen bedeutenden Wagenpark vorgefunden hatte, aus dem man schon am 18. hinlängliches Transportmaterial zusammenstellen und nach Lüneburg schicken konnte. Noch an demselben Abend begann die Einschiffung der linken Kolonne (Korth) nach Hannover. Eine vorausgehende Spitze derselben aber hatte bereits

*) Das „Corps" Manteuffel war (nach Lettow I S. 146) folgendermaßen formiert:

Linke Kolonne (über Lüneburg), General von Korth:

	Bataillone	Eskadrons	Batterien
59. Infanterieregiment . . .	3	—	—
25. Infanterieregiment . . .	2	—	—
17. Landwehrregiment . . .	3	—	—
6. Dragonerregiment . . .	—	4	—
4. 4pfündige, 3. 12pfündige Batterie . .	—	—	2
eine Pionierabteilung . . .	—	—	—
ein leichtes Feldlazarett . .	—	—	—
drei Munitionskolonnen . .	—	—	—
Summa:	8 Bat.	4 Eskadr.	2 Batt.

Rechte Kolonne (über Soltau), General von Flies:

	Bataillone	Eskadrons	Batterien
11. Grenadierregiment . .	3	—	—
36. Füsilierregiment . . .	3	—	—
4. Dragonerregiment . . .	—	4	—
3. 4pfdge. u. 3. 6pfdge. Batt.	—	—	2
Summa:	6 Bat.	4 Eskadr.	2 Batt.
Total:	14 „	8 „	24 Geschütze

circa 16000 Mann.

die Salinenkasse mit 3700 Thaler beschlagnahmt, in der Postkasse jedoch nur — 7 1/2 Sgr. gefunden*). General von Manteuffel begab sich gleichfalls in der Nacht nach der Hauptstadt.

Eine Depesche Moltkes vom 16. abends hatte ihn angewiesen, mit Falckenstein wegen der weiteren Operationen „in Kommunikation" zu treten**). In seiner bisherigen Stellung als Oberbefehlshaber der Truppen in den Herzogtümern hatte er den Rang eines Corpskommandeurs bekleidet. Er war deshalb aufs Unangenehmste überrascht, als er bei seiner Ankunft in Hannover erfuhr, daß er für die Zeit der Kooperation gegen die Hannoveraner an die Befehle Falckensteins gewiesen war. Außerdem mußte er von diesem Vorwürfe darüber entgegennehmen, daß er — allerdings auf Autorisation Bismarcks — eine Proklamation an die Bevölkerung Hannovers erlassen hatte. Und wenn er vielleicht bis dahin gehofft, nach Beendigung des hannoverschen Feldzuges eine selbständigere Stellung zu erhalten, so mußte ihm eine Königliche Kabinettsordre vom 20., welche ihn „auch außerhalb Hannovers bis auf weiteres", dem General Falckenstein unterstellte, eine herbe Enttäuschung bereiten. Das Verhältnis zwischen den beiden bisher befreundeten Generälen wurde daher von Tage zu Tage unerquicklicher, und blieb nicht ohne Einfluß auf die einheitliche Kommandoführung. Vorläufig aber telegraphierte Falckenstein bereits am 19. nach Berlin, daß die Divisionen Goeben und Manteuffel am 22. Juni vereint bei Northeim stehen würden. „Allgemeiner Sinn meiner Operationen: Unaufhaltsam gegen Süden***)."

Auf den Vorschlag der drei Führer der Liberalen, Bennigsen, Miquel und Grumbrecht, die am 18. mit dem Anerbieten, die Regierung zu übernehmen, zu ihm gekommen waren, ging der preußische Oberbefehlshaber nicht ein. Am 19. veröffentlichte er vielmehr einen Erlaß, in welchem er die Verwaltung des Königreichs als auf ihn übergegangen bezeichnete und anordnete, daß die verschiedenen Behörden von nun an nur von ihm und dem als Königlich Preußischen Kommissarius für die Civilverwaltung bestimmten Landrat Freiherrn von Hardenberg Befehle anzunehmen und auszuführen hätten. Danach wurden die Minister mit Ausnahme des Ministers des Königlichen Hauses ihrer Funktionen enthoben, und die Geschäftsführung den bisherigen Generalsekretären übertragen. Alle übrigen Beamten sollten vorläufig in ihren Stellen verbleiben. Ein schriftlicher

*) A. und R. von Sichart a. a. O. S. 489.

**) von Lettow a. a. O. I S. 140.

***) von Lettow a. a. O. I S. 187.

Protest der Minister, worin sie erklärten, „an der Fortführung ihrer Aemter gewaltsam gehindert zu sein", blieb natürlich ohne Erfolg.

Ferner setzte Falckenstein durch eine Proklamation von demselben Tage die Verordnung der hannoverschen General-Adjutantur außer Kraft, wonach alle beurlaubten Mannschaften sich unverzüglich zu ihren Truppenteilen zu begeben hatten. Diejenigen, welche derselben dennoch Folge leisteten, sollten als Kriegsgefangene behandelt und nach einer preußischen Festung abgeführt werden. Versprengten bewaffneten Abteilungen wurde anbefohlen, sich bei der Kommandantur in Hannover zu melden und die Waffen abzuliefern. Hierauf sollten die Mannschaften entlassen und die Offiziere unter Gewährung des Halbsoldes beurlaubt werden, wenn sie sich durch Revers verpflichteten, während der Dauer des Krieges sich jeder feindseligen Handlung gegen Preußen zu enthalten.

Hinsichtlich der Proklamation des Königs Georg vom 17. Juni „An mein getreues Volk" und des gleichzeitigen Erlasses an die Civildienerschaft, welcher diese autorisierte, ihre Dienstgeschäfte „zum Besten Unserer Landesunterthanen und der Landesinteressen weiter auszuüben" erklärte der preußische General, daß sie „selbstverständlich" durch seine Bekanntmachung über die Fortführung der Geschäfte ihre Erledigung gefunden hätten.

Endlich wurde dem Magistrat der Residenzstadt aufgegeben, bis zum 21. Juni die Verpflegung für 25000 Mann zu beschaffen, und ein Befehl, der als „Falckensteinscher Speisezettel"*) eine gewisse Berühmtheit erhalten hat, regelte dieselbe dahin, daß die Offiziere täglich morgens Kaffee mit Zuthat, mittags Suppe, Fleisch, Gemüse, Braten und eine Flasche Wein sowie ein entsprechendes Abendbrot zu verlangen hätten. Die Mannschaften sollten zur „hinlänglichen Sättigung" morgens Kaffee mit Brot, mittags ein Pfund Fleisch mit Gemüse und Brot nebst einem Seidel Bier und abends Imbiß erhalten. „Für diejenigen Fälle aber, in welchen die Verpflegung durch die Quartierwirte oder die Verabreichung der Verpflegungsbedürfnisse aus Magazinen nicht rechtzeitig erfolgen kann, sind die Truppenkommandeure ebenso befugt als verpflichtet, den nötigen Bedarf direkt von den Ortsbehörden zu requirieren."

Obgleich erst am 21. Juni von dem Civilkommissar 200000 Thaler aus der Generalkasse erhoben waren, mußten schon am nächsten Tage die interimistischen Verwalter der Ministerien des Handels und der Finanzen

---

*) Siehe denselben in v. d. Wengen a. a. O. S. 357 ff.

auf Befehl des kommandierenden Generals eine Kriegssteuer ausschreiben, „da die erforderlichen Geldmittel nicht aus den Vorräten der Generalkasse und den laufenden Einnahmen derselben“ entnommen werden sollten. Jedem Steuerpflichtigen wurde daher aufgegeben, außer den für den Monat Juni zu entrichtenden regelmäßigen Steuern noch den doppelten Betrag derselben an die betreffenden Hebestellen abzuführen. Das Ergebnis dieser Kriegskontribution bezifferte sich auf etwa 516000 Thaler.

Erst nachdem Falckenstein alle diese Dinge erledigt hatte, reiste er am 22. Juni frühmorgens zur Armee ab*). Mit dem Verhalten Manteuffels war er fortwährend unzufrieden**). Schon daß dieser sich durch die ungewissen Nachrichten über die Besetzung von Stade hatte bewegen lassen, einen ganzen Tag in Harburg stehen zu bleiben, war ihm „unverständlich“ gewesen. „Selbst die vorläufige gänzliche Ignorierung dieses Platzes hätte wohl nicht viel geschadet“, urteilt Major Wiebe vom Stabe Falckensteins***). Manteuffel dagegen hatte zunächst durch das Kanonenboot Arminius am 17. den hannoverschen Zollkreuzer vor der Schwinge — der verfassungsmäßig dem Zollverein gehörte — aufbringen und die Besatzung entwaffnen lassen. Außerdem wurden die nicht einmal mit scharfer Munition versehenen, nur zu Zollzwecken aufgestellten alten glatten Geschütze in der unbesetzt gefundenen Brunshausener Batterie vernagelt.

Mittlerweile hatte Manteuffel auch auf direktem Wege die Gewißheit erlangt, daß in Stade nur noch ganz schwache Abteilungen zurückgeblieben waren. Er ließ also bei seinem Abmarsch am 17. nachmittags das Füsilierbataillon des 25. Regiments unter dem Oberstlieutenant von Cranach mit dem Auftrage zurück, in der Nacht einen Ueberfall des Platzes zu versuchen. Zu diesem Zwecke wurden ihm das Kanonenboot Cyklop, der Aviso Loreley und der Privatdampfer Harburg zur Verfügung gestellt. Um 9 Uhr abends begann die Einschiffung der Truppen bei stürmischem und regnerischem Wetter. Gegen 1 Uhr nachts landeten die beiden

---

*) von Lettow a. a. O. S. 204.

**) Nach dessen ursprünglichen Dispositionen hatte die rechte Kolonne (von Flies) erst am 22. Celle, die linke (von Korth) an demselben Tage Eschede erreichen sollen. Falckenstein hatte deshalb wiederholte Aufforderung zum schleunigeren Vorgehen an ihn erlassen, infolge deren die erste Kolonne schon am 20. abends in Celle eintraf, die zweite mittelst Eisenbahntransports zu derselben Zeit nach Hannover gelangte. (von Lettow a. a. O. S. 146.)

***) von Lettow a. a. O. S. 144.

letztgenannten Schiffe bei Twielenfleth $2^2/_3$ Kompagnien, die sich sofort auf der Landstraße gegen Stade in Marsch setzten. Der Cyklop war aus Versehen nach Brunshausen weiter gefahren, kehrte aber sofort um, als er seinen Irrtum bemerkte.

Die „Festung“ Stade befand sich in einem völlig wehrlosen Zustande. Zwar standen wie im tiefsten Frieden in den Bastionen zu Exerzierzwecken einige eiserne Geschütze alten Modells, und hier und da waren Pyramiden von Kanonenkugeln aufgetürmt. Aber weder an die Herstellung von Bettungen, noch an die Einrichtung von bombensicheren Pulvermagazinen war gedacht worden. Noch weniger hatte man das Setzen von Pallisaden, die Rasierung des Glacis und die Anspannung des Schwingeflusses zur Herstellung einer Inundation in Angriff genommen. Seit dem Abmarsch der Garnison am 15. nachmittags bestand die Besatzung aus etwa 260 Rekruten des 4. Infanterieregiments, die noch niemals eine Flinte abgefeuert hatten und mit den alten glatten Exerziergewehren englischen Modells ausgerüstet waren. Außerdem hatte das Artilleriebataillon drei seiner Kompagnien, etwa 250 nur mit Faschinenmessern bewaffnete Soldaten und elf Pferde, zurückgelassen. Daß man mit diesen Mannschaften kaum die Thorwachen besetzen konnte und jeder Versuch eines bewaffneten Widerstandes fast ein Frevel gewesen wäre, läßt sich nicht bestreiten. Die einzige Hoffnung, den Platz zu erhalten, beruhte also darauf, daß man einige Tage unbehelligt blieb. Dann durfte man mit Bestimmtheit auf das Herzuströmen einberufener Beurlaubter rechnen, die aus den vorhandenen Beständen bewaffnet werden konnten. Etwa hundert Infanteristen älterer Jahrgänge waren bereits eingetroffen. Auch war man dann im stande, die bis jetzt versäumten Armierungsarbeiten nachzuholen. Bis dahin aber mußte man sich lediglich auf den Schutz der Wälle und der Thore verlassen. Zu alledem ließ jedoch das rasche energische Vorgehen der Preußen keine Zeit. Schon um Mitternacht des 17. Juni war die Besatzung des Platzes vorübergehend alarmiert worden, als von Brunshausen die telegraphische Meldung kam, daß ein feindliches Kanonenboot (der Cyklop) dort etwa 200 Mann gelandet habe. Bald nachher traf jedoch die Kunde ein, daß der Feind wieder eingeschifft und stromaufwärts abgefahren sei. Infolgedessen hatte man eben die Truppen wieder in ihre Kasernen entlassen, da überbrachte gegen $^1/_2$4 Uhr morgens der auf der Straße nach Twielenfleth aufgestellte berittene Artillerist die Nachricht, daß eine starke feindliche Kolonne von dort her in Anmarsch sei. Von neuem gellte das Alarmsignal durch die öden Straßen. Die Truppen traten

unters Gewehr, aber bevor die designierten Verstärkungsmannschaften die Thorwachen hatten erreichen können, drang der Feind schon in die Stadt. Der wachhabende Unteroffizier am äußeren Zollthore hatte nämlich eben die meldende Ordonnanz eingelassen, die dortige Lattenthür geschlossen und das Schlüsselbund noch in der Hand, als die Spitze des preußischen Bataillons schon davor erschien. Patronen besaßen die drei Infanterierekruten, die er bei sich hatte, nicht. Sie stachen daher, natürlich ohne Erfolg, mit ihren Bajonetten durch die Latten, um den preußischen Füsilieren das Herannahen zu wehren. Der Unteroffizier aber, der sah, daß jeder Widerstand unmöglich war, und der unter der Drohung sofortigen Erschießens aufgefordert wurde, das Thor zu öffnen, war eben beschäftigt, den betreffenden Schlüssel hervor zu suchen, als schon ein Offizier und ein mit einem gewaltigen Hammer bewaffneter Heizer über das Seitengeländer kletterten und hinter das Thor gelangten. Nun eilte der Unteroffizier unter Mitnahme der Schlüssel mit seinen drei Infanteristen schleunigst davon. Auch die am innern, aus festen Balken gefügten Thore postierte, aber ebenfalls nicht mit Patronen versehene Wachmannschaft folgte diesem Beispiel und flüchtete, von jähem Schrecken ergriffen, in die Stadt.

Erst nach einer längeren Bearbeitung mit den verschiedensten Brechinstrumenten — den zu diesem Zwecke angefertigten „Widder" hatte man unterwegs liegen lassen — stürzte das Thor zusammen, und nun drang die preußische Kolonne mit dem Rufe: „Hoch lebe unser König Wilhelm, hurra!" ein. Da trat ihr an dem Punkte, wo die Straße von dem Zollthor in die „Große Schmiedestraße" mündet, eine hannoversche Infanterieabteilung von 16—20 Mann entgegen, welche sich nach dem gefährdeten Punkt hatte begeben wollen und den oberen Eingang zu der Zollthorstraße mit gefälltem Bajonett absperrte. Ihr Führer, Hauptmann Bergmann, aber gab seine Absicht, zu verhandeln, deutlich zu erkennen, indem er allein mit gezogenem Säbel und „Halt! Halt!" rufend, der feindlichen Abteilung entgegenging. In seiner Eigenschaft als Befehlshaber der hannoverschen Infanterie in der Festung ersuchte er den preußischen Kommandanten, vorzutreten. Oberstlieutenant von Cranach aber war nicht zur Stelle. In demselben Augenblick fielen aus der Mitte der Anrückenden einige Schüsse, deren einer einen hannoverschen Soldaten schwer verwundete*), ein anderer den preußischen Adjutanten

*) Dieser Rekrut — er hieß Thiele — war der erste Verwundete in dem Kriege von 1866. Wie man damals erzählte, erhielt er infolgedessen eine Gratifikation von

kontusionierte. Bergmann, welcher in der Morgendämmerung noch das Vorgehen feindlicher Schützen auf beiden Seiten der Straße wahrnehmen konnte und sah, daß man sich seiner bemächtigen wollte, gab daher seinen Leuten durch das laute Kommando: „Senkt's Gewehr! Kehrt Euch! Marsch!“ den Befehl zum Rückzuge.

Er selbst wurde aus seiner gefahrvollen Lage durch den mittlerweile herangekommenen Oberstlieutenant von Cranach befreit, der sofort das Feuern einstellen ließ. Bergmann, der sich als Kommandant des hannoverschen Infanteriedepots vorstellte, gab die Erklärung ab, daß er sich unter den vorliegenden Umständen genötigt sähe, der Gewalt zu weichen. Dann forderte er den Oberstlieutenant auf, sich mit ihm zum Festungskommandanten Generalmajor Rechtern zu begeben, um das Geschehene zu melden. Auf dem Wege dahin begegneten ihnen zwei hannoversche Offiziere, welche sich durch weiße Tücher an ihren Säbeln als Parlamentäre kennzeichneten und dem preußischen Befehlshaber im Namen des Generals Rechtern den Wunsch aussprachen, daß er sich zu ihm bemühen möge. Cranach folgte der Aufforderung und nach kurzen Verhandlungen, zu denen auch der Bürgermeister Neubourg zugezogen wurde, kam es zum Abschluß einer Kapitulation, wonach den Platz mit sämtlichem darin befindlichen Material den Preußen überliefert wurde. Die Mannschaften mußten im Laufe desselben Tages ihre Waffen abgeben und wurden in die Heimat beurlaubt. Die Offiziere dagegen erhielten ohne irgend welche sonstige Verpflichtung die Erlaubnis, sich mit Beibehaltung des Seitengewehrs hinzubegeben, wo sie wollten. Die meisten versuchten daher, die Armee zu erreichen, aber nur einem von ihnen, dem jungen Lieutenant Stöhr von der Artillerie, gelang es — und er wurde am 27. Juni bei Langensalza erschossen.

Während der Kapitulationsverhandlungen waren auch die anderen Thorwachen, zu denen man ja nun den Zugang von der Stadtseite hatte, ohne Gegenwehr entwaffnet worden. Wenn aber auf preußischer Seite nachher behauptet ist, die Hannoveraner hätten zuerst gefeuert, es seien sogar aus den Fenstern Schüsse gefallen, so ist das ebenso, wie die Erzählungen von den Heldenthaten des Heizers Martin in das Gebiet der Fabel zu verweisen.

Somit war infolge der verkehrten strategischen Anlage des Feldzuges

---

25 Pfund Sterling, die ein Engländer demjenigen Soldaten ausgesetzt hatte, der zuerst in dem Kampfe blessiert werden würde.

der einzige halbwegs befestigte Platz des Königreichs widerstandslos in die Hände des Feindes gefallen. Das gesamte reiche Kriegsmaterial, welches man in der Absicht, sich bei Stade zu verteidigen, erst vor wenigen Wochen dorthin geschafft hatte, wurde nun eine leichte Beute des Siegers. Um 9 Uhr vormittags lieferten die Besatzungstruppen ihre Waffen ab und am Nachmittage erfolgte die Uebergabe des Materials. Nicht weniger wie 6 gezogene 6-Pfdr., 8 gezogene 12-Pfdr., 7 gezogene zur Armierung der Brunshausener Batterie bestimmte 24-Pfdr., 8 Haubitzen und viele andere Kanonen, 14000 neue gezogene Gewehre, 1 Million Patronen, 2000 Centner Pulver, 2000 gefüllte Granaten, 10600 neue Decken, 48 große Wagen, 180 Pferdegeschirre und 100 Sättel gelangten zur Ablieferung. An Stelle des Bataillons vom 25. Regiment, welches der Manteuffelschen Division nachrückte, wurde ein Landwehrbataillon als Besatzung herangezogen*).

Am 20. Juni erfolgte die Besitznahme des verlassenen Forts Wilhelm an der Wesermündung durch das Kanonenboot Arminius. Auch hier fielen zahlreiche Geschütze und Pulvervorräte in die Hände der Preußen. Außerdem wurde der Betrag der Königlichen Kassen in Lehe — 20000 Thaler — beschlagnahmt und an Bord gebracht.

Am 21. früh erschien das Kanonenboot „Tiger“ vor dem Dollart und hißte zunächst auf der Insel Borkum die preußische Flagge, dann dampfte es stromaufwärts weiter bis zur Knocker Landspitze, wo die Geschütze der unbesetzt gefundenen Uferbatterie durch ein Landungsdetachement vernagelt wurden. In Emden befand sich eine kleine hannoversche Besatzung vom 7. Infanterieregiment, die durch den damals grassierenden Typhus auf einen Dienstthuer-Bestand von 2 Offizieren und 40 Mann zusammengeschmolzen war. Sie wurde von dem Hauptmann von Düring, einem ehrgeizigen, höchst unterrichteten Offizier befehligt. Außerdem fungierte als Stadtkommandant der Oberstlieutenant a. D. von Freitag, dessen Befehlen Düring unterstellt war. Am 16. Juni wurde in Emden der Rückzug der hannoverschen Armee nach Göttingen bekannt. Unter diesen Umständen in der äußersten Ecke des Königreichs unthätig stehen zu bleiben, während seine Kameraden kriegerische Lorbeeren ernteten, war für Düring ein unerträglicher Gedanke. Er erbat und erhielt daher von dem Oberstlieutenant von Freitag die Erlaubnis, zur Armee abzumarschieren und

*) Bei der Darstellung des Ueberfalls von Stade bin ich im wesentlichen der ausführlichen und genauen Erzählung v. d. Wengens (S. 385 ff.) gefolgt. Vergl. damit von Lettow a. a. O. I. S. 146 ff.

fuhr am 17. Juni morgens mit seinem kleinen Detachement auf der Eisenbahn nach Meppen.

Seine Absicht war, sich mit den in Osnabrück zurückgelassenen Depots seines und des Kronprinz-Dragonerregiments zu vereinigen, die er in Diepholz zu treffen hoffte, und dann in der Richtung über Stolzenau und das Deistergebirge wenn möglich die Armee zu erreichen. Weiter wie bis Meppen durfte er die Eisenbahn, die durch preußisches Gebiet führte, nicht benutzen. Von hier aus ging der Marsch bei strömendem Regen auf requirierten Wagen weiter über Haselünne nach Herzlake und dann zu Fuß bis Menslage dicht vor Quakenbrück, wo die kleine Abteilung spät abends anlangte und sich in einigen Scheunen einquartierte. Hier wurde Hauptmann von Düring am folgenden Morgen 3½ Uhr durch einen reitenden Boten geweckt, der ihm den Befehl der Generaladjutantur überbrachte, das Wachtdetachement habe in Emden zu verbleiben. Er trat also schleunigst den Rückmarsch an und war abends 7½ Uhr wieder in seiner alten Garnison. Unterwegs erfuhr er, daß die Urlauber Befehl erhalten hatten, sich zur Armee nach dem Göttingenschen durchzuschleichen. Daß dies für die ostfriesischen Reservisten fast unmöglich war, lag auf der Hand. Er beschloß also, im Einverständnis mit Freitag, diese Mannschaften, deren Zahl auf etwa 400 anzuschlagen war, auf den 22. Juni nach Emden zu beordern und sie dort zur Verteidigung der Küste zu organisieren. Die Grafen von Wedel-Gödens und von Knyphausen erboten sich mit patriotischer Bereitwilligkeit, die nötigen Geldmittel herbeizuschaffen, während auf Dürings Veranlassung der Landdrost von Hammerstein Waffen, Uniformstücke und Munition von Osnabrück in einem verschlossenen Eisenbahnwagen von den Preußen unentdeckt nach Emden zu befördern wußte. Am 21. Juni nachmittags waren bereits etwa 125 Beurlaubte eingetroffen, darunter auch Artilleristen und Unteroffiziere, die nach der Kapitulation von Stade von da entwichen waren. Düring, dem etwa 1½ Uhr mittags gemeldet wurde, daß bei der Knocker Landspitze ein feindliches Kriegsschiff in Sicht sei, beschloß nunmehr, die etwa ¾ Stunden südlich von Emden belegene Hauptbatterie an der Nesserlandschleuse zu besetzen. Mit Hilfe von drei beurlaubten Kanonieren, die sich freiwillig gemeldet hatten, wurden nun die sechs in der Batterie vorhandenen eisernen Neunpfünder eiligst in Stand gesetzt, sogar der Ofen für die glühenden Kugeln geheizt. Auch ein kleiner Pulvervorrat, der allerdings nur für sieben Schüsse genügte, war vorhanden. Unglücklicherweise aber gab es keine Ladeschaufeln, und der Oberstlieutenant von Freitag, der ganz den Kopf verloren hatte,

schickte weder die bereits angefertigten Flanellbeutel zu Patronen, noch konnte er sich entschließen, die 50 Artilleristen, die sich in der Stadt befanden, zur Batterie hinauszusenden. Statt deren erschien eine Deputation des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums und forderte Düring dringend zur Verhütung des Blutvergießens auf, wurde jedoch gebührend abgewiesen.

Die Batterie war aber noch nicht im stande, auch nur einen einzigen Schuß abzugeben, als bereits das feindliche Kanonenboot in Sicht kam und sich auf etwa 6000 Schritt Abstand vor Anker legte. Der kommandierende Offizier, Lieutenant Stenzel, entsandte, ehe er mit seinen zwei Geschützen das Feuer eröffnete, den Unterlieutenant Glomsda in einem Boote unter Parlamentärflagge und ließ die Besatzung unter denselben Bedingungen, die man der Garnison von Stade bewilligt hatte, zur Uebergabe auffordern. Düring lehnte anfänglich ab. Auch die Drohung, daß bei der „Knocke“ noch mehrere große Kriegsschiff lägen, machte keinen Eindruck. Mittlerweile aber erschien noch der preußische Aviso „Loreley“ und ging neben dem „Tiger“ vor Anker. Als sodann der preußische Parlamentär erklärte, daß er, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, verhältnismäßig günstige Zugeständnisse machen könne, und auch der noch anwesende Oberbürgermeister Beide von neuem mit der Bitte bestürmte, die Stadt vor den Folgen einer Beschießung zu bewahren, mußte sich Düring endlich nach schwerem inneren Kampfe zum Nachgeben verstehen. Seine einzige Hoffnung war, zur Armee zu gelangen. Nach kurzen Verhandlungen, die im Zollhause an der Nesserlandschleuse geführt wurden, kam ein Kapitulationsentwurf zu stande, nach dem die Batterie binnen einer halben Stunde geräumt werden und die Besatzung mit militärischen Ehren nach Emden abziehen sollte, um dort die Waffen niederzulegen. Am nächsten Tage sollten dann die Unteroffiziere und Mannschaften in die Heimat beurlaubt, den Offizieren dagegen die Beibehaltung der Waffe gestattet und ihnen keine Beschränkung hinsichtlich ihres Aufenthaltes auferlegt werden.

Der Oberstlieutenant von Freitag erklärte sich mit den vereinbarten Bedingungen einverstanden. Am 22. Juni morgens marschierte Lieutenant Stenzel sodann nach Emden und übernahm das dort zurückgelassene Kriegsmaterial. Gegen Mittag lichtete der „Tiger“ die Anker, ließ durch die Landungsmannschaft die Geschütze in der gleichfalls unbesetzten Uferbatterie bei Petkum vernageln und dampfte stromaufwärts weiter nach Leer, woselbst er vor der Stadt in der Leda Anker warf. Der Unterlieutenant Glomsda

ging an Land und versammelte die Spitzen der Behörden auf dem Rathause, um sie für den König von Preußen in Pflicht zu nehmen(!!) Darauf nahm Lieutenant Stenzel noch die Privatyacht des Königs Georg, „Königin Marie“, in Beschlag und führte sie im Schlepptau nach Emden.

Damit war die Thätigkeit der preußischen Flotille in diesem Kriege zu Ende. Sie hatte aber an der Ems 22 schwere Geschütze, 1450 Feuergewehre und große Munitionsvorräte erbeutet*).

Noch schlechter wie dem Emdener Detachement erging es dem Depot des 7. Infanterieregiments, welches am 7. Juni beim Ausmarsch zu den

---

*) Vergl. v. d. Wengen a. a. O. S. 1118 ff. und 1186 ff. Außerdem liegen die von dem Hauptmann von Düring am 9. November 1866 persönlich eingezogenen Nachrichten meiner Erzählung zu Grunde.

Düring, der keine Verpflichtung bezüglich seiner Nichtbeteiligung am Kriege eingegangen war, begab sich mit dem Lieutenant v. Brandis und vier Unteroffizieren in Zivilkleidung zunächst nach Amsterdam, wo sie von dem hannoverschen Geschäftsträger, Grafen Platen, mit Pässen versehen wurden. Dann reisten sie über Brüssel, Charleroi, Thionville, Metz, Straßburg und Kehl nach Karlsruhe und von da nach Frankfurt a. M., wo sie am 30. Juni abends eintrafen. Dort hatte sich auch eine Anzahl versprengter hannoverscher Urlauber eingefunden, über die Düring auf Veranlassung des hannoverschen Bundestagsgesandten den Oberbefehl übernahm. Durch eine Bekanntmachung in Frankfurter und hessischen Zeitungen setzte er sodann für jeden Tag morgens 11 Uhr und nachmittags 5 Uhr einen Appell an, damit sich alle sonst abgekommenen hannoverschen Soldaten bei ihm melden konnten. Dann reiste er am 1. Juli morgens in das bayrische Hauptquartier in Meiningen, wo er durch die Nachricht von der Kapitulation von Langensalza schmerzlich überrascht wurde. Prinz Karl von Bayern setzte ihm, was er gethan, um die Hannoveraner zu degagieren, so weitläuftig auseinander, daß einem anwesenden bayrischen Generalstabsoffizier die Bemerkung entschlüpfte: „qui s'excuse, s'accuse“. Nun beschloß Düring, aus den sich sammelnden hannoverschen Reservisten ein besonderes Detachement zu bilden, für das die Bundesmilitärkommission die nötigen Mittel bewilligte. Schon am 8. Juli nachmittags konnte er mit seinen Leuten, die er zu einer Kompagnie in der Stärke von 2 Offizieren und 87 Mann formiert hatte, nach Mainz abrücken, wo sie im Turm Montebello bei Fort Hessen untergebracht wurden. Die Ausrüstung und Bewaffnung der Mannschaften, deren Zahl durch Freiwillige aller Stände auf 112 Köpfe anwuchs, verursachte manche Schwierigkeiten, und nur der Initiative des Herzogs von Nassau, der ihm eine Anzahl Minié-Gewehre aus dem Wiesbadener Zeughause zur Verfügung stellte, verdankte es Düring, daß sein kleines Corps nicht ganz wehrlos blieb. Die Uniformen des Detachements wurden nach hannoverschem Muster angefertigt; doch trugen sie als Kopfbedeckung eine Mütze mit gelbweißem Federbusch. Zu einer kriegerischen Thätigkeit, die Aussetzung einiger Feldwachen und das Aussenden von Rekognoszierungspatrouillen abgerechnet, gelangte das Corps jedoch nicht. Nach Abschluß des Waffenstillstandes vom 24. Juli wurde es aufgelöst.

Manövern in der Garnison zurückgeblieben war. Dem Befehlshaber, Premierlieutenant Schneider, ging am 16. nachmittags der schriftliche Befehl der Generaladjutantur zu, sobald als thunlich mit möglichst vielen der zurückgelassenen Militäreffekten nach Hannover abzumarschieren und dem Regimente, falls es dort nicht mehr angetroffen würde, unter Vermeidung einer Begegnung mit den preußischen Truppen zu folgen. Schneider brach demgemäß am 17. Juni morgens mit seinem 230 Mann starken Detachement in der Richtung auf Diepholz auf, das er am 18. nachmittags erreichte. Alle brauchbaren Armatur- und Montierungsstücke, darunter circa 1000 Gewehre, sowie die Pulver- und Patronenvorräte führte er auf 27 requirierten Wagen mit. Ein zweiter Befehl der Generaladjutantur, den ihm ein Guide des Generalstabes hier überbrachte, wies ihn an, nach Suhlingen weiter zu marschieren und dort fernere Befehle zu erwarten. Ein solcher Befehl kam aber nicht, dagegen verbreiteten sich in den nächsten Tagen die bedrohlichsten Gerüchte. Auch erfuhr man die Kapitulation von Stade und die Besetzung Nienburgs durch die Preußen. Ein Durchkommen nach der Hauptstadt schien also unmöglich. Schneider setzte seine Soldaten offen von dieser aussichtslosen Sachlage in Kenntnis und sagte ihnen, daß er beschlossen habe, sich von Suhlingen hinter das unwegsame Wietingsmoor nördlich der Straße nach Diepholz zurückzuziehen. Am 22. nachmittags bezog er eine Verteidigungsstellung bei Dörpel. Die mitgeführten Effekten wurden an zuverlässige Bauern der Umgegend verteilt. Die Munitionsvorräte hatte man schon in Suhlingen in einem am Flusse belegenen Gartenpavillon verborgen, um sie eventuell ins Wasser zu versenken.

Am 24. Juni nachmittags ging die Nachricht ein, daß in der Gegend von Ehrenburg preußische Einquartierung angesagt sei. Schneider mußte daher fürchten, daß der Feind in seinem Rücken auf der Straße von Bremen in Anmarsch wäre und marschierte nach Bahrenburg, einem kleinen Flecken südlich Suhlingens, von dem er nach der Karte annahm, daß er sich besonders gut zur Verteidigung eigene. Wenige Stunden nach seiner Ankunft, am 25. aber meldeten drei verschiedene Boten übereinstimmend den Anmarsch preußischer Infanterie- und Kavallerieabteilungen auf Suhlingen. Auf den Rat eines in der Gegend genau bekannten Gendarmen zog sich Schneider deshalb nach einem kleinen, rings von Moor umgebenen, etwa $^1/_2$ Meile nordwestlich von Uchte belegenen Gehölz zurück, das für seine schwache Abteilung bessere Chancen der Verteidigung bot. Die Mannschaft blieb auf dem Bivouacplatze in Bereitschaft; auf

den drei dahinführenden Moordämmen stellte er Feldwachen aus. Hier befand man sich in der That in verhältnismäßiger Sicherheit. Lebensmittel für die nächsten Tage hatte man von Bahrenburg mitgebracht und am Nachmittage des 26. wurde die kleine Schar noch aufs Angenehmste durch die Ankunft von fünf Wagen überrascht, welche freiwillig gespendete Liebesgaben der Einwohner von Uchte überbrachten. Nur an gutem Trinkwasser mangelte es bei dem moorigen Untergrund. Es mußte aus den benachbarten Ortschaften herangefahren werden.

Inzwischen hatte der preußische Kommandant von Hannover, Oberst von Kortzfleisch, den Aufenthalt des hannoverschen Depots bei Dörpel erfahren. Um es zu entwaffnen, entsandte er eine Landwehrkompagnie unter dem Premierlieutenant Sandkuhl nach Suhlingen, welche gegen Mitternacht des 25. Juni von Nienburg her auf requirierten Wagen eintraf. Aber weder hier noch in Bahrenburg fand der Lieutenant die Gesuchten, und als er ihnen über Kirchdorf auf der Straße nach Uchte folgte, verlor er in der öden Heide jede Spur. Erst durch einen Postboten, der ein Schreiben des Kriegsministeriums an Schneider bestellen sollte, erfuhr Sandkuhl nachmittags dessen Aufenthalt und ließ ihn schriftlich auf den 27. morgens 10 Uhr zu einer Zusammenkunft im Gasthause des einsamen Weilers „Klick" an der Bahrenburg-Uchter Straße einladen.

Die Besprechung führte indes zu keinem Ergebnis. Schneider weigerte sich entschieden, auf die ihm gestellten Bedingungen — Verpflichtung auf Ehrenwort, nicht gegen die preußischen Truppen kämpfen zu wollen und Entlassung der Mannschaften in die Heimat — einzugehen, verlangte vielmehr freien Durchzug zur Armee. „Se. Excellenz, der kommandierende General", so gab er zu Protokoll, „werden die Gefühle eines Offiziers in meiner Lage zu würdigen wissen, und glaube ich, daß Se. Excellenz mich als Offizier verachten müßten, wenn ich anders handeln würde." Man vereinbarte also Waffenruhe bis zum Eintreffen der Entscheidung.

Eine solche erfolgte denn auch von Hannover aus, aber in ganz anderer Weise, als Schneider gehofft hatte. Noch an demselben Nachmittage wurde ihm ein Schreiben des mit der Administration des Kriegsministeriums betrauten Generalsekretärs des Innern von Seebach übergeben, welches ihm unter Hinweis auf die Proklamation des Generals Vogel von Falckenstein vom 19. Juni aufgab, auf den nutzlosen und gefährlichen Widerstand zu verzichten. Schneider war wie vom Donner gerührt. Er hatte eben mit Anspannung aller Kräfte einen Zufluchtsort

erreicht, wo ihm vorläufig niemand etwas anhaben konnte, und seinem tapferen Soldatenherzen kam es hart an, daß er nun auf einen am grünen Tische gegebenen Befehl hin die Waffen strecken sollte, ohne sich mit dem verhaßten Gegner gemessen zu haben. Aber er mußte sich sagen, daß, wenn die dem feindlichen Befehlshaber zugesicherten Verstärkungen — 1 bis 2 Eskadronen und 2 Geschütze — eingetroffen waren, jeder weitere Widerstand unmöglich wurde.

Bei der Rückkehr ins Bivouac sagte er also seinen Offizieren, daß ihr Schicksal unabwendbar sei und daß am andern Morgen die förmliche Kapitulation vollzogen werden sollte. Um ihnen aber wenigstens das Schlimmste — die Verpflichtung, in diesem Kriege nicht mehr gegen Preußen zu fechten — zu ersparen, beurlaubte er sie, verteilte das vorhandene Geld unter die Mannschaften und ließ noch, so weit es ging, die Gewehre zerstören.

Am 28. Juni mittags übergab sodann das kleine Detachement, was von Wehr und Waffen übrig war, an die preußische Kompagnie und wurde in die Heimat entlassen. Schneider aber, der das Versprechen nicht geben wollte, sich ein Jahr hindurch jeder Feindseligkeit gegen Preußen zu enthalten, wurde verhaftet und als Gefangener mit nach Hannover genommen. Später wurde er in seine Heimat Einbeck überführt, wo er gegen Ehrenwort interniert blieb, bis sein Kriegsherr die Armee ihres Fahneneides entband*).

An demselben Tage, wo die letzte hannoversche Truppenabteilung im Lande gezwungen wurde, die Waffen zu strecken, erfüllte sich auch in Thüringen das Geschick der tapferen Armee. Sie hatte sich am Donnerstag den 21. Juni früh nach Süden in Bewegung gesetzt in einer Gesamtstärke von circa 20 600 Köpfen mit 52 Geschützen. Darunter waren jedoch nur etwa 16 200 Kombattanten und zwar 13 000 Mann Infanterie, 2200 Mann Kavallerie und 1000 Mann bei den 9 Batterien eingeteilte Artillerie. 2000 unausgebildete Infanterie-Rekruten konnten ebensowenig wie 200 unberittene Kavallerie-Reservisten, etwa 800 Artilleristen, die zur Munitionskolonne ꝛc. kommandiert waren, die Pioniere und der Train als Streitbare gezählt werden. Vor dem Abmarsche war noch das Offiziercorps durch die Ernennung von 51 Portepee-Fähnrichs

*) Die Erzählung dieser Episode ist im wesentlichen nach v. d. Wengen a. a. O. S. 1176 ff. Nach den genauen Mitteilungen, die mir der Sekondelieutenant Schlüter, einer der Offiziere Schneiders, der auch den Verhandlungen in Klick persönlich beigewohnt hat, am 25. Juli 1866 machte, konnte ich sie vervollständigen und ergänzen.

und Kadetten zu Sekondelieutenants komplettiert und für die Erleichterung der Mannschaft auf dem Marsche alle mögliche Fürsorge getroffen worden. Die Reserve=Kavalleriebrigade ließ ihre Kürasse und alles entbehrliche Gepäck in der Klosterkirche von Mariengarten zurück. Auch legten die Mannschaften statt der weißen Koller ihre blauen Interimswaffenröcke an. Aehnliche Maßnahmen trafen auch die Kommandeure der leichten Reiterregimenter. Das Gepäck der Truppen sollte auf das Aeußerste beschränkt, jedem Bataillon und jedem Kavallerieregiment nur die Mitnahme von vier Vorspannwagen zum Transport der nötigsten Bagage und des eisernen Verpflegungsbestandes gestattet werden. Und selbst diese wenigen Fuhrwerke waren schwer genug zu erlangen. Ich erinnere mich, auf dem Rendezvousplatze der Brigade Knesebeck einen Wagen gesehen zu haben, der von einer mit einem Esel zusammengespannten Kuh gezogen wurde. Alles sonst nicht zu transportierende Eigentum der Truppen aber mußte in den Kantonnements zurückbleiben. Auch die Offiziere erhielten Befehl, die Epaulettes abzulegen. Was dagegen von Armeematerial nicht fortgeschafft werden konnte, wurde in die Leine versenkt.

Die Truppen erreichten sämtlich anstandslos die ihnen angewiesenen Marschziele. Die Brigade Bülow, die am meisten südwärts gelegen hatte, wurde nach Dingelstädt an der Straße nach Mühlhausen vorgeschoben. Hinter ihr übernachtete die Reservekavallerie bei Kreuzeber, teils in Quartieren, teils in Bivouacs.

Als die nach Heiligenstadt bestimmte Brigade Knesebeck während des taufrischen Morgens in dem romantischen Bremker Thal rastete, ritt ihr blinder Kriegsherr, das Pferd von dem Armeebereiter Major Schweppe am Zügel geführt, mit dem Kronprinzen und einem zahlreichen Gefolge*) an ihr vorüber und wurde mit jubelndem Hurra begrüßt. Eigentümliche Gefühle mögen die Brust des Königs bewegt haben, als er kurz nachher an dem Grenzstein seines Landes vorüberkam.

*) In der Suite des Königs befanden sich außer den beiden Flügeladjutanten von Kohlrausch und Graf Wedel der Generaladjutant Dammers, der Kriegsminister General Frhr. von Brandis, der Generallieutenant von Schwanewede (Kommandeur der 2. Kavalleriebrigade), auf dessen Meinung als Kavallerieführer er große Stücke hielt, weil er sich in dem Gefecht bei Bilschau am 24. April 1848 (S. I. T. S. 600 ff.) ruhmvoll hervorgethan hatte, und der dem 1. Jägerbataillon aggregierte Prinz Hermann Solms. Außerdem hatte der frühere österreichische Offizier Graf Oskar Hardenberg, der sich damals auf dem Schlosse Hardenberg bei Göttingen aufhielt, die Erlaubnis

Wer mochte sagen, wann und unter welchen Verhältnissen er es wieder sehen würde!!

In einer Abschieds-Proklamation „An meine Hannoveraner“ gab er seinen Unterthanen kund, daß er in der Mitte seines schlagfertigen und von opferfreudigem Mute beseelten Heeres den heimischen Boden verließe, um die Sache des angegriffenen Rechts zu verteidigen, und „unter dem Beistand des Allmächtigen für die heiligsten Güter des Vaterlandes mit umso größerem Nachdruck zu kämpfen“ .... Er erinnerte sie daran, „wie vor länger als einem halben Jahrhundert die unvergeßlichen Männer der englisch-deutschen Legion ausgezogen waren, um für die Sache des von Feinden besetzten Vaterlandes in fernen Ländern zu kämpfen und dann glorreich wieder einzogen“ ... Wie sie, „so werden auch wir — das ist meine feste freudige Zuversicht — als würdige Söhne jener Väter den vaterländischen Boden siegreich wieder betreten“.

Gegen 2 Uhr nachmittags traf der König in Heiligenstadt ein. Eine halbe Stunde später langte die Brigade Knesebeck dort an. Major von Jacobi war an der Spitze der Brigade Bülow mit einer Schwadron Kronprinz-Dragoner schon morgens dort eingeritten und hatte sofort die Telegraphenleitungen zerstören lassen. Dann verteilte er unter die neugierig herzuströmende Einwohnerschaft einen von ihm selbst mit großem Geschick verfaßten Aufruf des Generals von Arentsschildt, worin ihr verkündet ward, daß „ein trauriger Akt verwerflicher brudermörderischer Politik Hannover und Preußen zu Feinden gemacht habe, Länder, die die innigsten Bande verknüpfen, die seit Jahrhunderten nur gewußt haben, daß ihre Krieger Schulter an Schulter dem Feinde entgegenzutreten berufen sind. Fluch treffe den Urheber dieses Bruderkrieges, den wir verabscheuen. Auch Ihr, so wissen wir, verdammt den Ehrgeiz, der unendliches Elend über alle deutschen Lande zu bringen bestimmt ist“ ... „Für die Haltung der Mannszucht bürgt der Name der hannoverschen Truppen. Sie fordern friedlichen Marsch durch Euer Land und werden nur gezwungen als Feinde auftreten“ ... „Unser Feldruf

erhalten, sich dem Königlichen Hauptquartiere anzuschließen. Die Stabswache bestand aus zwei Zügen Cambridge-Dragoner und einem Detachement von 50 Infanteristen des Garderegiments. Den Generallieutenants Gebser, Müller und von Sichart war am 20. der Auftrag erteilt, sich sofort auf neutralen Boden nach Braunschweig zu begeben und hier die Nachricht zu verbreiten, die Armee marschierte über den Harz und Winzenburg und werde morgen die Preußen angreifen.

wird sein, wie vor 100 und 50 Jahren bei Minden und Waterloo: ‚Gott schütze das Vaterland!‘“

Dem Magistrat teilte Jacobi mit, daß er für die Unterbringung von 10 Bataillonen und 3 Batterien in der kleinen nur etwa 5000 Einwohner zählenden Stadt zu sorgen habe, und die Behörden kamen trotz der starken Truppenanhäufung den Anforderungen auf das Bereitwilligste entgegen. Man hatte Mitgefühl für die unglückliche Lage der hannoverschen Armee und zeigte den Soldaten, daß man sie durchaus nicht als Gegner, sondern als deutsche Landsleute betrachtete. Willig gaben die braven Bürger das Letzte her, was sie hatten. Aus Rücksicht auf die Verpflegungsschwierigkeiten erklärte sich das Armee-Kommando denn auch gern bereit, die Reserveartillerie nebst den Munitionskolonnen und dem Artilleriedepot mit ihrer Infanteriebedeckung, welche ursprünglich ebenfalls nach Heiligenstadt instradiert waren, noch $^1/_2$ Meile weiter nach Geisleden marschieren zu lassen. Die Landräte und sonstigen königlichen Beamten verließen stets vor dem Anrücken der hannoverschen Truppen ihren Posten, was durchaus nicht zum Vorteil der Landeseinwohner gereichte. Denn dadurch wurde es unmöglich, die Requisitionen auf einen ausgedehnteren Bezirk zu verteilen, und die Befehlshaber waren daher bei der Ausschreibung von Lieferungen auf die Leistungsfähigkeit der in ihrer unmittelbaren Gewaltsphäre liegenden Gemeinden angewiesen.

Dennoch wurde von seiten der Hannoveraner nicht nur hier, sondern auch in den folgenden Tagen ebensoviel Verständnis wie Takt bewiesen. Man beschränkte sich auf das unbedingt Notwendige. Jede Gewaltmaßregel war auf das strengste untersagt. Nirgends wurden die öffentlichen Kassen angetastet. Die Offiziere bezahlten ihre Bedürfnisse bar und die Haltung der Mannschaft gegen ihre Quartiergeber war allenthalben eine ruhige und bescheidene*).

Streng militärisch betrachtet, läßt sich gegen dies schonende Auftreten, so erklärlich es auch vom rein menschlichen Standpunkte ist, manches einwenden. Auch kontrastiert es seltsam mit der preußischen Gepflogenheit und namentlich mit den rigorösen Maßnahmen, die General Vogel von Falckenstein daheim in Hannover in Anwendung brachte. Schon in dem stark belegten Bezirke des nicht wohlhabenden Eichsfeldes konnte aber dadurch die Verpflegung nicht in genügendem Maße beschafft werden und mußte man schon vielfach auf den schwachen eisernen Bestand zu rückgreifen.

*) Vergl. v. d. Wengen a. a. O. S. 483.

Um 4 Uhr traf die Brigade Bothmer, von der Mittagsglut fast zu Tode ermattet, in Heiligenstadt ein. Sie hatte den weitesten Weg zurückzulegen gehabt und war bereits in früher Morgenstunde von ihrem Sammelplatz bei Jühnde aufgebrochen. Die 2. Schwadron des Garde-Husarenregiments, die bisher bei Münden auf Vorposten gestanden, hatte Befehl erhalten, als rechte Flankendeckung die Richtung über Hedemünden, Witzenhausen und Hohengandern einzuschlagen und dort so lange Stellung zu nehmen, bis die Brigade auf der Straße Friedland—Ahrendhausen—Udra vorbeigezogen war.

In Witzenhausen erzwang der Führer des Avantgarden-Zuges, Lieutenant von der Decken, von dem dortigen Brückenaufseher das Geständnis, daß vor kurzem eine preußische Patrouille vom 9. Husarenregiment den Ort passiert habe und in derselben Richtung, die er einschlagen wollte, weiter geritten sei. Sie war von dem gegen die Werra vorgeschobenen Detachement des Generals von Glümer zur Aufklärung entsendet worden. Sofort machte sich Decken zu deren Verfolgung auf, konnte jedoch zuerst nichts vom Feinde entdecken.

Schon glaubte er durch eine falsche Nachricht irre geführt zu sein, da kam nach einer Viertelstunde ein Mann der Spitze in Karriere zurück. Gleichzeitig wurden vorn Schüsse gewechselt. „Gewehr auf, Galopp marsch!“ kommandierte Decken und in flottem Tempo gings vorwärts An einer Straßenbiegung bekam die Abteilung Karabinerfeuer, dann aber sah man endlich die feindlichen Husaren die Straße entlang davon jagen. Nun war kein Halten mehr; mit lautem Hurra stürmten die hannoverschen Reiter dem Feinde nach. Vorüber an dem auf steilem Felskegel malerisch gelegenen Schlosse Arnstein ging die wilde Jagd. Immer mehr verringerte sich die Entfernung zwischen den beiden Abteilungen. Der Führer der Preußen, Lieutenant von Houten, aber erkannte bald, daß ein Entkommen bei dem besseren Pferdematerial der Hannoveraner unmöglich war. Etwa da, wo sich die Straße nach Göttingen von der nach Heiligenstadt abzweigt, machte er daher plötzlich Kehrt und ging den Verfolgern im Galopp entgegen, er selbst voran, sein Zug mit hochgehobenen Säbeln ziemlich geschlossen hinterdrein. Jetzt prallten die Gegner aufeinander. Einen gegen seinen Kopf geführten Terzhieb des preußischen Offiziers parierte Decken gewandt, dann aber schlug der Wachtmeister Ruröde den Angreifer so gewaltig über die Schulter, daß er fast vom Pferde fiel und seinen Säbel fallen ließ. In demselben Augenblick kam, durch die Meldung Decken's herbeigerufen, der Schwadrons-Chef,

Rittmeister v. d. Wense, in voller Rennpace herangesprengt, und brach sich durch die hannoverschen Reiter Bahn. Er hatte die Gewalt über sein Pferd nahezu verloren, aber sein Anrann war so kräftig, daß Vorder- und Hintermann der feindlichen Husaren zusammenbrachen, er selbst jedoch mit seinem Fuchs kopfüber in den Chausseegraben geschleudert wurde. Nun löste sich das Gefecht in erbitterte Einzelkämpfe auf. Wense war bald wieder auf den Beinen und forderte seine beiden Gegner, die sich unter ihren Pferden herausgearbeitet hatten, zur Uebergabe auf. Der eine erklärte sich auch dazu bereit und gab seinen Säbel ab. Der andere aber holte plötzlich aus und schlug Wense quer durchs Gesicht. Dieser parierte den Hieb nur unvollständig, so daß die scharfe Spitze seines eigenen Säbels ihm das Nasenbein zerschlug und er betäubt in den Straßengraben taumelte. Dann warf der preußische Husar seine Klinge weg und ergab sich. Die hannoverschen Reiter, die ihren Führer fallen sahen, gerieten in die furchtbarste Wut. Sie wollten alles niederhauen, obgleich die Preußen sich größtenteils schon ergeben hatten. Seitwärts auf dem Felde kämpften noch zwei Husaren zu Pferde miteinander. Der Preuße wurde heruntergehauen und war im Begriff, mit dem Zündnadel-Karabiner auf seinen Gegner anzulegen. Da kam der Rekrut Höltje seinem Kameraden zu Hilfe. „Satan, du schast us dat nich wedder pro-beern!*)" rief er und hieb mit dem stark gekrümmten hannoverschen Husarensäbel den Gegner so wuchtig in den Nacken, daß der Kopf beinahe vom Rumpfe getrennt ward. Dann hörte jeder Widerstand auf. Sieben Preußen, die sämtlich leicht verwundet waren, ergaben sich zu Gefangenen und acht Pferde wurden erbeutet. Der Rest entfloh. Auch dem Lieutenant von Houten, der sich seiner Verfolger durch Revolverschüsse erwehrte, gelang es, nach Lindenwerra zu entkommen, wo er durch den Fluß setzte.

Als der Rest der Schwadron herangekommen war, marschierten die Hannoveraner weiter, und bezogen ihrem Auftrage gemäß bei Hohengandern Vorposten. Kaum waren die Verwundeten notdürftig verbunden, so machte sich bei den Mannschaften die angeborene Gutmütigkeit geltend. Sie teilten mit ihren Gegnern die Schnapsflaschen und schenkten ihnen Cigarren.

Bald nachher kam die Brigade Bothmer auf dem Marsche nach Heiligenstadt heran und zog an der Schwadron vorüber, die mit großem

*) Satan, du sollst uns das nicht wieder probieren.

Jubel begrüßt wurde. Es war das erste Zusammentreffen mit dem Feinde und es war siegreich gewesen. Die Garde-Husaren folgten nun als Arrieregarde und stellten nachmittags in der Gegend von Udra Feldwachen aus. Der getötete preußische Husar wurde in Heiligenstadt begraben, die Gefangenen entließ man in ihre Heimat. Der Säbel des Lieutenants von Houten ward dem Kronprinzen überreicht. Rittmeister v. d. Wense aber verblieb zur Heilung seiner Wunde im Hauptquartier des Königs und wurde in der Folge mehrfach zu diplomatischen Sendungen benutzt*).

Die nordwärts Göttingen gestandene Brigade de Vaux machte bei Siemerode, etwa $^1/_2$ Meile diesseits Heiligenstadt, Halt. Hinter ihr zog der Armeetrain in langer Kolonne mit dem zahlreichen Troß von Kommissariats-Fuhrwerken, Ponton-Wagen, Hofequipagen, Postkutschen, Droschken und der Ochsenherde in bunter Reihenfolge unter der Bedeckung einer Schwadron Königin-Husaren durch das Bremker Thal bis zu dem ersten preußischen Dorfe Bischerode, wo er parkierte.

Das in der Nacht nach Northeim beorderte 1. Jäger-Bataillon hatte Befehl erhalten, bis nachmittags dort stehen zu bleiben und sodann mit der ihm beigegebenen Schwadron Cambridge-Dragoner die Nachhut der Armee zu bilden. Gegen 4 Uhr wurde es auf der dann sofort unfahrbar gemachten Eisenbahn nach Göttingen befördert, und bezog abends ein Bivouac bei der Landwehrschenke in der Höhe von Geismar. Ihm hatten sich noch einige Hundert eben eingetroffene Urlauber aller Waffen angeschlossen, die zu einer besonderen Kompagnie formiert wurden**).

Eine Sicherheitsatmosphäre von weit vorgeschobenen Kavallerieposten umgab nach allen Seiten die hannoverschen Stellungen. Auf Veranlassung des Majors von Jacobi, der glaubwürdige Nachrichten eingezogen haben wollte über preußische Truppen-Abteilungen in der Gegend des - - übrigens fast sieben Meilen entfernten — Nordhausen, mußte am Nachmittage ein Bataillon des Leibregiments seine Quartiere mit dem Bivouac vertauschen, um den im Leine-Thal aufwärts bei Broderode und Westhausen postierten Königin-Husaren als Repli zu dienen.

Abends spät erschien dann noch der General von Bothmer im Hauptquartier, um Befürchtungen wegen eines möglichen nächtlichen Ueberfalles zu äußern. Das Verhalten seiner Quartierwirte war ihm verdächtig

*) Die Erzählung dieses kleinen Reitergefechts habe ich, zum Teil wörtlich, den Aufzeichnungen des Kgl. sächs. Majors a. D. und Kammerherrn von der Decken entnommen. (Vergl. damit v. d. Wengen a. a. O. S. 480 ff.)

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 484.

vorgekommen. Ihr ängstliches Benehmen und das Hin- und Hertragen von brennenden Lichtern hatten ihn auf die Vermutung gebracht, daß sie ihre Landsleute durch Signale über die Stellungen der Hannoveraner unterrichten wollten.

Endlich weckte noch um Mitternacht der Oberst Cordemann den Generaladjutanten mit der ihm durch einen vertrauenswürdigen Spion zugegangenen unglaublichen Nachricht, eine preußische Abteilung sei von Nordhausen aufgebrochen, um den König inmitten seiner Armee aufzuheben. Da aber die Vorposten nichts dergleichen gemeldet hatten, so ließ Dammers sich nicht weiter beunruhigen*).

Die Besorgnisse Cordemanns und Jacobis waren um so unbegreiflicher, weil das Hauptquartier sich seit Mittag bereits im Besitz ziemlich authentischer Nachrichten über die Bewegungen des Feindes befand. Graf Bernstorff, der für seine Rückreise den Weg über Rotenburg nach Waldkappel eingeschlagen hatte, war nämlich dort in der Nacht vom 20./21. Juni bereits auf durchmarschierende Abteilungen der Division Beyer gestoßen. In Reichensachsen wollte ihn die Avantgarde nicht durchlassen. Er ließ sich also bei Tagesanbruch durch einen hessischen Müller auf Nebenwegen über Harmuthsachsen und den Hohen Meißner nach Allendorf fahren. Als er hier ankam, sah er den Rest der durch die Gardehusaren zersprengten preußischen Patrouille die Brücke passieren, gelangte aber selbst glücklich über die Werra und erreichte das Hauptquartier noch während des Marsches auf Heiligenstadt. Dort wurde er in die Armee eingestellt und als Kriegsfreiwilliger dem Stabe des Generals von Arentsschildt zugeteilt**).

Aus seinen Mitteilungen ergab sich zwar noch keine unmittelbare Gefahr. Allein zusammen mit dem Gefecht der Gardehusaren und einer andern von einer „sehr zuverlässigen, vertrauten Person" eingezogenen Nachricht, wonach ein Bataillon Infanterie auf Wagen mit einer Schwadron und $1/2$ Batterie von Kassel gegen Eschwege vorgeschickt sein sollte***), ließ sie doch befürchten, daß die Preußen den Hannoveranern in der Erreichung der Werradefileen zuvorkommen könnten.

Ein Zusammentreffen mit dem Feinde aber wollte man, wenn es irgend ging, vermeiden. Die am 20. ausgegebene Marschdisposition wurde

---

*) Dammers a. a. O. O. 120 ff.

**) Mitteilung des Landschaftsrats Grafen von Bernstorff-Gartow zu Wehningen d. d. 7. August 1900.

***) Offizieller Bericht I. T. S. 24.

also dahin abgeändert, daß man die rechte Kolonne nicht auf Wanfried dirigierte, sondern sie bis Dingelstädt den Brigaden Bülow und Knesebeck folgen und von da auf Eigenrieden, ein ärmliches auf dem Höhenzuge des Hainich zwischen Wanfried und Mühlhausen belegenes Gebirgsdorf, marschieren ließ.

Um der Mittagsglut möglichst zu entgehen, setzte sich die Armee am nächsten Tage bereits um 4 Uhr morgens in Bewegung. Allein schon gegen 9 Uhr machte sich die Hitze in höchst unbequemer Weise bemerkbar, und um Mittag wurde sie fast unerträglich. Erbarmungslos brannte die Sonne auf die langen Kolonnen nieder, die auf der schattenlosen, staubigen, oft steil ansteigenden Straße dahinzogen. Verschiedene Brigadiere machten daher von der durch Dammers erwirkten königlichen Erlaubnis Gebrauch und gestatteten den Mannschaften, sich aller Ausrüstungsgegenstände zu entledigen, welche nicht gänzlich unentbehrlich erschienen. Nun suchte der Soldat diejenigen Kleidungsstücke, welche er auf dem Leibe trug, mit den bessern seines Tornisterinhalts zu vertauschen, und die offene Heerstraße wurde dadurch während der Rastpausen zu einer einzigen großen Garderobe. Es gab sehr komische Scenen, wenn ganze Bataillone auf freiem Felde ihre Beinkleider und Wäsche wechselten. Große Haufen von Montierungsstücken wurden an der Chaussee aufgestapelt und den Bewohnern der umliegenden Ortschaften überlassen. Auch die vorbeipassierende Reiterei suchte hie und da aus diesen abgelegten Sachen ihre Ausrüstung zu vervollständigen. Trotz alledem blieben zahlreiche Marode am Wege liegen, so daß der Oberstlieutenant Graf Kielmannsegge mit einem Teile des Cambridge-Dragonerregiments in Dingelstädt zurückgelassen wurde, um sie auf requirierten Wagen der Armee nachzuführen.

Es war bereits Nachmittag, als die Avantgarde-Brigade Bülow die gewerbthätige Stadt Mühlhausen passierte, um nach Seebach weiter zu marschieren, von wo sie eine Vorhut von 1 Bataillon, 2 Schwadronen und 4 Geschützen südwestlich gegen den Hainich nach Herholdthausen vorschob. Ein anderes Bataillon mit einer Schwadron beobachtete in einer Stellung bei Großgottern die Straße nach Langensalza. Hinter der Brigade lagerte die Reserve-Kavallerie bei Höngeda.

Wieder wie am Tage vorher war Major von Jacobi mit einer Schwadron Kronprinz-Dragoner nach Mühlhausen vorausgeeilt, um die Telegraphenleitungen zu zerstören und Requisitionen anzukündigen. Und wiederum fanden die durchpassierenden und einrückenden Truppen bei der

Bürgerschaft einen freundlichen Empfang. Die Bewohner standen mit Wassereimern voll Bier an den Straßen und labten die vorbeimarschierenden Krieger mit einem erfrischenden Trunk. Den bei ihnen Einquartierten aber machten sie es nach besten Kräften behaglich.

Der König nahm sein Hauptquartier im „Hotel zum Schwan". Auf besondere Anordnung des Majors von Jacobi mußte die bald nachher eintreffende Brigade Knesebeck, die ein Bataillon und eine Schwadron weiter vorwärts nach Felchta entsandte, nebst der Reserve-Artillerie in enge Massenquartiere im südlichen Teile der Stadt zusammengedrängt werden, damit sie im Falle eines feindlichen Ueberfalls rascher zur Hand wäre. Denn es schien ihm nach den von Einwohnern eingezogenen Nachrichten unzweifelhaft — und sein Bruder, der Kommandeur des 2. Jäger-Bataillons hatte es ihm bestätigt —, daß das zwischen Mühlhausen und Eisenach belegene Waldgebirge des „Hainich" stark vom Feinde besetzt sei. Und in der That meldeten nachmittags die Vortruppen von verschiedenen Seiten, daß noch am Morgen feindliche Kavallerie und auch Infanterie in Langula an der direkten Straße nach Eisenach gewesen wäre, sich aber wieder zurückgezogen hätte.

Noch düsterer wurde die Stimmung im Hauptquartier, als gegen Abend Meldungen von der Brigade Bothmer eintrafen, die 5 Uhr nachmittags abermals im höchsten Grade erschöpft, ihren Bestimmungsort Eigenrieden erreicht hatte. Auch ihre Vorposten, Feldwachen der Gardehusaren, berichteten gerüchtweise von preußischen Abteilungen bei Wanfried — wirklich gesehen aber hatte niemand etwas vom Feinde.

Als man nun den Befehl für den nächsten Tag entwerfen wollte, trug Jacobi dem General von Arentsschildt alle eingegangenen Schreckensnachrichten vor und erklärte, an einen Versuch, durchzudringen, sei bei der großen Verteidigungsfähigkeit des engen langen Walddefilees, das man beim Weitermarsch zu passieren haben würde, nicht zu denken. Es gebe daher keinen andern Ausweg, wie in Mühlhausen stehen zu bleiben und sich da zu verschanzen (!) Diesem Vorschlag widersprach Oberstlieutenant Rudorff in erregter Weise. „Ein solcher Plan kann nur zur Kapitulation führen", sagte er. „Der bestimmten Behauptung des Majors aber, wir würden nicht nach Eisenach durchdringen können, stelle ich mit derselben Bestimmtheit die Behauptung entgegen: wir werden am morgenden Tage ohne erheblichen Verlust Eisenach erreichen."

Nun entspann sich eine äußerst gereizte Diskussion zwischen den beiden Generalstabs-Offizieren. Der General-Adjutant, der gleichfalls bei

der Beratung gegenwärtig war, erklärte auf das Allerentschiedenste seine Uebereinstimmung mit den Ansichten Rudorffs und den Entschluß, seinen Posten niederzulegen, falls man auf den Weitermarsch verzichtete. Cordemann sprach sich nicht bestimmt aus, schien aber der Ansicht Jacobis zu sein.

General von Arentsschildt dagegen brach, als dieser ihm nochmals ein schreckliches Bild von der Situation entwarf, unter Thränen in den Ruf aus: „Ach hätte ich doch nicht das Unglück, an der Spitze dieser Armee zu stehen; säße ich doch als friedlicher Ackerbürger in der Lüneburger Heide, wie glücklich könnte ich dann sein!" Unter diesen Umständen konnte Rudorff mit seiner Meinung nicht durchdringen, und es wurde endlich, da man über die Wegsamkeit des „Hainich" nicht genügend unterrichtet war, nach langen Diskussionen beschlossen, am folgenden Tage zunächst nach Langensalza zu marschieren*).

Nach der spät abends ausgegebenen Disposition sollte die Brigade Bülow über Mülverstädt und Weberstädt auf Reichenbach marschieren und von dort auf der Straße nach Eisenach bis Oster-Behringen rücken. Die ihr unterstellte Reserve-Kavallerie dagegen mit der zugeteilten reitenden Batterie sollte ein Bivouac bei Tüngeda beziehen und abends ein Detachement nach der Gegend von Mechterstädt vorschieben, um die Eisenbahn Gotha-Eisenach zu zerstören. Die Brigaden Bothmer und Knesebeck sowie die Reserve-Artillerie wurden nach Langensalza dirigiert, mit Ausnahme des nach Feldta entsandten Jäger-Bataillons, welches mit einer Schwadron Königin-Husaren gegen Langula demonstrieren mußte, und erst in der Nacht wieder zur Brigade stieß. Die Brigade de Vaux hatte bis Groß-Gottern zu folgen. Der Armeetrain, welcher am vorigen Tage bis Helmsdorf marschiert war, kam nach Höngeda. Die Arrieregarde endlich, die nach einem sehr starken Marsche in Dingelstädt genächtigt hatte, gelangte nach Mühlhausen.

Bei weitem schwankender wie die Dispositionen des hannoverschen Hauptquartieres waren die Anordnungen der preußischen Heeresleitung. Die 13. Division (Goeben) war am 19. von Hannover in zwei Kolonnen über Nordstemmen und Hildesheim aufgebrochen, sollte am 21. Northeim erreichen, die Manteuffelschen Truppen auf der wiederhergestellten Südbahn heranziehen und am 22. gemeinsam mit diesen gegen Göttingen vorgehen. Dem General v. Beyer, der damals noch nicht dem

*) P. M. des Oberstlieutenant Rudorff d. d. 24. März 1869.

General Vogel von Falckenstein unterstellt war, wurde dagegen direkt von Berlin aus anheimgegeben, „den Marsch über Kassel hinaus nur insoweit fortzusetzen, als es zur Entwaffnung der noch bei Göttingen vermuteten Hannoveraner angemessen erscheine*)," von denen man merkwürdigerweise glaubte, daß ein großer Teil auf der Eisenbahn über Hersfeld nach dem Süden dirigiert sei. Kaum war dieser Befehl expediert, so erhielt am 19. spät abends der General von Moltke eine Depesche des Landrats von Wintzingerode in Mühlhausen des Inhalts, daß die Hannoveraner anscheinend beabsichtigten, über Wanfried bei Bebra oder Eisenach die Eisenbahn zu erreichen. Es war also das Merkwürdige geschehen, daß man in Berlin über den Weg, den die hannoversche Armee einschlagen wollte, früher unterrichtet war, als man im Hauptquartier in Göttingen einen bestimmten Entschluß gefaßt hatte! Und das ging so zu. Dem Lieutenant von Hammerstein waren auf seiner Rückfahrt von Heiligenstadt (S. o. S. 430) zwei ihm bekannte preußische Studenten zu Pferde begegnet**). Sie hatten in den letzten Tagen vielfach in Göttingen von dem bevorstehenden Abmarsch der hannoverschen Armee nach dem Süden reden hören. Als ihnen daher der rekognoszierende Offizier von Heiligenstadt her entgegen kam, zogen sie daraus Schlußfolgerungen auf die demnächstige Marschrichtung und berichteten das Ergebnis ihrer Kombinationen dem Landrat des Kreises.

Moltke aber gab auf diese höchst ungewissen Nachrichten hin schon am 20. morgens dem in Gotha in der Mobilisierung befindlichen Sachsen-Coburgschen Regiment den Befehl, schleunigst nach Eisenach abzurücken. Ebendahin wurden auch drei Bataillone des 27. und 32. Landwehrregiments, die Besatzungs-Eskadron vom 12. Husaren-Regiment und die Ausfall-Batterie aus Erfurt beordert. Ueber das ganze Detachement, das etwa 2300 Mann, 75 Reiter und 4 Geschütze zählte, übernahm der Coburgsche Oberst von Fabeck den Oberbefehl.

Moltke vermutete die Hannoveraner schon denselben Abend (den 20.) bei Eschwege***). Er beauftragte daher den Militär-Gouverneur von Magdeburg, von Schack, am nächsten Morgen ein gemischtes Detachement auf der Eisenbahn nach Nordhausen und von da per Fußmarsch gegen die hannoversche Grenze zu dirigieren.

Dem General von Falckenstein gab er anheim, eine Division auf der

*) von Lettow a. a. O. I. Teil S. 189.

**) Mitteilung des Hauptmanns a. D. E. Freiherr von Hammerstein d. d. 10. August 1900.

***) von Lettow a. a. O. I. Teil S. 193.

Eisenbahn über Magdeburg nach Eisenach zu entsenden, um sich dort den Hannoveranern vorzulegen. Allein der energische General hielt die hannoversche Armee zu weitausgreifenden Operationen unfähig und sah sich nicht veranlaßt, auf vage Gerüchte hin die bereits angeordneten Dispositionen abzuändern. Auch als ihm nachmittags des 20. ein zweites Telegramm aus dem Großen Hauptquartier zuging, wonach der Abmarsch der Hannoveraner wahrscheinlich schon in der Nacht beginnen und über Wanfried und Treffurt auf Eisenach gehen sollte, nahm er von dem ihm erteilten Ratschlage keine Notiz.

Anders der General von Beyer. Infolge eines gleichlautenden Telegrammes, welches mit den Worten schloß: „Es ist Alles von Ihnen anzuordnen, das Entkommen der Hannoveraner zu verhindern", erteilte er dem Kommandeur seines Gros, General von Glümer, nachmittags des 20. den Befehl, mit einem Detachement gegen die Werradefileen vorzugehen und nach eigenem Ermessen zu handeln*).

Dieser erreichte denn auch nach einem anstrengenden Nachtmarsche über Lichtenau und Oetmannshausen am 21. gegen 10 Uhr vormittags mit seiner Tête Reichensachsen. Unterwegs hatte er von Walburg aus eine Husaren-Patrouille nach Witzenhausen entsendet, deren Schicksale oben erzählt wurden. Am nächsten Tage wollte er seine gesamten Truppen bei Oetmannshausen konzentrieren und im Verein mit dem Fabeckschen Detachement, mit dem die Verbindung hergestellt war, am 23. in der Richtung auf Mühlhausen vorgehen. Eine Seitenkolonne, bestehend aus zwei Bataillonen des 19. Regiments, besetzte am Nachmittage des 21. den Werra-Uebergang bei Allendorf. Hier erhielt der Kommandierende, Oberstlieutenant von Hennings, die sichere Nachricht, daß die hannoversche Armee bei Heiligenstadt eingetroffen sei. Er beschloß daher, am nächsten Morgen gegen Helmsdorf zu marschieren, um etwaige feindliche Truppen in Dingelstädt überraschend anzugreifen**).

Somit zog sich von allen Seiten das Netz um die hannoversche Armee zusammen. Denn auch von Magdeburg her erreichte ein kleines Detachement von zwei Bataillonen des 20. Landwehr-Regiments unter dem General von Seckendorff schon am 21. abends das Städtchen Bleicherode

*) Daß Beyer, wie Wengen (S. 492) meint, den General von Glümer infolge der unbestimmten Nachricht, eine feindliche Abteilung von 1200 Mann wäre im Marsche auf Witzenhausen, entsendet hätte, will mir nicht recht einleuchten. Auch wäre es nicht erklärlich, weshalb er ihm eine südöstliche Marschrichtung angewiesen hätte.

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 501.

westlich Nordhausen. Ebendahin gelangte am 23. die Ersatz-Eskadron des 10. Husaren-Regiments*), und die Wahrscheinlichkeit des Entrinnens wurde immer geringer. Im Laufe des 21. Juni erhielt Moltke von verschiedenen Seiten Nachrichten, welche seine Annahme bestätigten. Der Landrat von Wintzingerode meldete telegraphisch, daß 16000 Hannoveraner bei Heiligenstadt, 2- bis 3000 Mann zwischen Dingelstädt und Kreuzeber kantonnierten und friedlichen Durchmarsch verlangten. Abermals wurde nun Falckenstein dringend angeraten, eine Division auf der Eisenbahn nach Gotha zu transportieren, um sich dort vorzulegen. Eine solche Zersplitterung seiner Streitkräfte schien dem General jedoch bedenklich, und um 10 Uhr 12 Minuten abends telegraphierte er zurück: „Vorschlag unausführbar, da diesseitige Truppen in Konzentration auf Northeim begriffen sind". Entgegen den früheren Anordnungen aber bestimmte er, daß die Division Goeben zusammen mit den disponibeln Truppen des Corps Manteuffel am 22. über Northeim hinaus bis Nörten gehen sollte, um am 23. die Offensive gegen die Hannoveraner, die er zwischen Nörten und Göttingen vermutete, zu ergreifen.

General von Beyer, der ihm jetzt unterstellt war, wurde angewiesen, so zu operieren, daß er dem Feinde den Rückzug abschnitte. Infolgedessen erging am Nachmittage des 21., an den General von Glümer der Befehl, seine Truppen bei Witzenhausen zu sammeln und den Hannoveranern sowohl die von Göttingen dorthin, wie die über Heiligenstadt führende Straße zu verlegen.

Auch der Oberstlieutenant von Hennings erhielt denselben Befehl, als er eben im Begriff war, sich nach Helmsdorf in Bewegung zu setzen. Selbst wenn Beyer damals noch nicht im Besitze eingehender Nachrichten über den Abmarsch des Feindes auf Heiligenstadt war, hätten die Mitteilungen des Lieutenants von Houten, der nachmittags in Kassel anlangte, bei ihm Zweifel erregen müssen, ob die Hannoveraner wirklich noch da standen, wo sie nach der Ansicht Falckensteins stehen *sollten* — aber freilich hatten ihm unbegreiflicherweise seine Vortruppen deren Abzug aus Münden nicht gemeldet. Die weiteren sehr bestimmten Nachrichten über ihren erfolgten Abmarsch, welche dem General von Falckenstein noch in der Nacht zum 22. von Berlin aus zugingen, scheint er Beyer nicht übermittelt zu haben. Sonst läßt sich das Telegramm, welches dieser am 22. 8 Uhr 36 Minuten morgens an das Oberkom-

---

*) von Lettow a. a. O. I. S. 207.

mando richtete, absolut nicht erklären. Er fragte an, ob trotz der ihm zugegangenen Meldungen Glümers die für den kombinierten Angriff auf Göttingen getroffenen Anordnungen unverändert Giltigkeit hätten. Und, als er bis Mittag keine Antwort erhielt, gab er nicht bloß seiner Avantgarde den Befehl, von Münden auf Dransfeld zu marschieren, sondern dirigierte auch die Reserve, welche ursprünglich bei Kassel hatte stehen bleiben sollen, nach Münden. Das Gros blieb im Marsche auf Witzenhausen*).

Man kann sich daher die peinliche Ueberraschung des Generals von Beyer denken, als ihm um 4 Uhr nachmittags eine Depesche Falckensteins aufgab, seine Truppen um Oetmannshausen zu konzentrieren, von wo aus am 24. der weitere Vormarsch erfolgen sollte. Nun kreuzten sich Ordres und Contreordres. Eben hatte die Avantgarde unter dem General von Schachtmeyer 10 Uhr abends Dransfeld erreicht, da erhielt sie den Befehl, schleunigst nach Kassel umzukehren. Der Detachements-Kommandeur erklärte sich jedoch wegen Uebermüdung seiner Truppen dazu außer stande und ließ sie bis zum nächsten Morgen enge Quartiere beziehen. Die Reserve der Division wurde abends 6 Uhr bei Lutterberg von dem Gegenbefehl ereilt und kehrte sofort um. Sie konnte jedoch ihr Marschziel — Lichtenau — nicht erreichen und bivouakierte bei Kaufungen. Das Gros (Glümer) endlich erhielt den Befehl erst am 23. morgens in der Nähe von Friedland und mußte in derselben Richtung wieder zurückgehen, in der es Tags zuvor den Marsch auf Witzenhausen angetreten hatte.

Dem König Wilhelm lag am Morgen des 22. Juni die Meldung des Landrats von Wintzingerode über das Eintreffen der Hannoveraner bei Heiligenstadt-Dingelstädt vor. Eigenhändig schrieb er an Moltke, der geforderte friedliche Durchzug sei natürlich nicht zu gewähren. Er fürchtete jedoch, daß seine Generäle nicht stark genug wären oder zu spät kommen würden, um einen Angriff zurückzuweisen, und gab den Versuch anheim, durch Anknüpfung von Verhandlungen wenigstens einige Stunden Zeit zu gewinnen.

Dementsprechend erließ Moltke an den Oberst von Fabeck telegraphisch den Befehl, „sogleich durch Parlamentär mit dem bei Heiligenstadt kommandierenden General dahin zu verhandeln, daß derselbe die Waffen streckt, da er von allen Seiten umstellt ist". Zugleich sollte er anfragen, ob der König bei den Truppen anwesend sei, und es ward ihm empfohlen,

*) von Lettow a. a. O. I. T. S. 208 ff.

die Unterhandlungen möglichst zu trainieren, damit die Generäle Beyer und Glümer im stande wären, rechtzeitig Truppen nach Eisenach, eventuell mit der Eisenbahn nach Gotha heranzuschaffen.

Diese Depesche erhielt Fabeck jedoch erst abends, weil er zu den mit Glümer verabredeten Operationen mit seinem Detachement über Kreuzburg nach Mihla aufgebrochen war. Natürlich hatte er diesen aber nicht mehr gefunden. Nach seiner Rückkehr schickte er indeß gegen 7 Uhr den zum gothaischen Kontingent kommandierten preußischen Hauptmann von Zielberg als Parlamentär in das bei Heiligenstadt vermutete hannoversche Hauptquartier ab.

In Berlin war es begreiflicherweise eine höchst unangenehme Ueberraschung, als man nachmittags erfuhr, daß die Truppen Glümers, die man im Vormarsch gegen die Werra wähnte, am Morgen sich rückwärts gegen Witzenhausen in Bewegung gesetzt hatten. Dazu ging noch um 5 Uhr eine Meldung des Postamts Langensalza ein, wonach stärkere hannoversche Truppenabteilungen bereits südlich Mühlhausen gesehen sein sollten.

Die Gefahr eines Durchbruchs der Hannoveraner nach Süden war nun so dringend geworden, daß der König Wilhelm persönlich in den Gang der Operationen eingriff. Durch ein Handbillet erteilte er Moltke den Befehl, zu veranlassen, daß noch denselben Abend 11 Uhr zwei Bataillone des 4. Garderegiments auf der Eisenbahn nach Gotha-Eisenach abfahren und möglichst rasch nach Berlin zurückkehren sollten. Er selbst begab sich nach der Kaserne des 2. Garderegiments, die das 4. interimistisch bezogen hatte, um diesem von seiner Bestimmung Kenntnis zu geben*).

Außerdem wurde das Kommando der Elbarmee in Dresden telegraphisch befehligt, zwei Batterien gleichfalls nach Gotha zu entsenden. Endlich erhielten noch das Ersatzbataillon des 26. Infanterie- und ein Bataillon des 20. Landwehrregiments in Magdeburg die Bestimmung, dahin abzurücken.

Bevor diese Verstärkungen ihren Bestimmungsort erreichten, hatte die hannoversche Armee am 23. Juni in der Frühe den befohlenen Marsch auf Langensalza angetreten. Da die Nacht ohne Störung vergangen war, so befanden sich der kommandierende General und sein Stabschef in einer etwas zuversichtlicheren Stimmung. Zwar rief das Knattern

*) von der Wengen a. a. O. S. 553.

von Flintensalven, das bald nach dem Abmarsch aus der Gegend von Felchta herübertönte, einen momentanen Schrecken hervor, allein man beruhigte sich bald, als es sich herausstellte, daß das dort postierte Garde-Jägerbataillon unvorsichtigerweise seine Gewehre ausgeschossen hatte. Nur der Major von Jacobi wollte sich nicht davon überzeugen, daß die von ihm angekündigten feindlichen Truppenmassen nur in seiner Phantasie existierten.

Südlich Höngeda machten die Brigade Knesebeck und die Reserveartillerie Halt, um die Brigaden Bothmer und de Vaux, die um 4 Uhr aus ihren Bivouacs bei Eigenrieden resp. Struth aufgebrochen waren, herankommen zu lassen. Als diese aber gegen 8 Uhr dort eintrafen, befand sich namentlich die erstere in einem so erschöpften Zustand, daß man ihr eine längere Rast gewähren mußte. In der That hatten die Soldaten eine sehr schlechte Nacht gehabt. Schon am Tage vorher in Heiligenstadt waren sie zum Teil um ihre Verpflegung gekommen, da die vor ihnen eingetroffenen Mannschaften der Brigade Knesebeck sich aus Mißverständnis in den Häusern einquartiert hatten, die für sie reserviert bleiben sollten. Aus unangebrachter Rücksicht des Generals für die Einwohner wurden ihnen nun noch Requisitionen verboten, und sie litten geradezu Hunger. Die im Hauptquartier nachgesuchte Zufuhr an Lebensmitteln aber kam erst gegen Mitternacht und obendrein in spärlicher Menge an, weil ein Teil der Wagen irrtümlicherweise zur Brigade de Vaux nach Struth gefahren war. „Dazu fehlte es an Stroh und sonstigen Lebensbedürfnissen. Brunnen waren auch nicht in genügender Zahl vorhanden. So gut und schlecht es eben ging, behalfen sich die lagernden Truppen mit ein wenig Speck und Brot, den Resten des mitgeführten eisernen Bestandes und den in den nächsten Ortschaften erkauften Lebensmitteln. Bald lagen die sehr ermatteten Leute in tiefem Schlafe, aber auch diese Ruhe war kurz. Zuerst wurde sie unterbrochen durch wolkenbruchartige Regenschauer, die das Bett der Erde so gründlich durchnäßten, daß nur die völlig Schlaftrunkenen liegen blieben. Dann gegen 2 Uhr nachts ertönten Schüsse und die Bataillone traten unter die Waffen. Es herrschte völlige Dunkelheit und anfangs Verwirrung. Die ausgesandten Patrouillen bemerkten indes nirgends feindliche Annäherung; bei einer der nach Südwest vorgeschobenen Feldwachen war ein Schuß abgegeben worden und der falsche Alarm hatte sich in der Vorpostenkette fortgepflanzt. Erst bei anbrechendem Morgen kehrten die Rekognoszierungsabteilungen durchnäßt und ermüdet ins Bivouac zurück, um nach kurzer Ruhe bereits um 4 Uhr ohne Verpflegung

zum Weitermarsch wieder unters Gewehr zu treten. Aber auch jetzt ertrugen die Leute, die eiserne Notwendigkeit erkennend, alle Entbehrungen mit bewundernswürdiger Geduld. Der Zuspruch ihrer Offiziere, mit denen sie sich in den schweren Marschtagen verbunden fühlten, genügte, um sie geduldig und pflichtbewußt aushalten zu lassen. Die Hoffnung, glücklich nach Süden durchzukommen, belebte jedermann, und instinktiv erkannten die Leute in Reih' und Glied, daß die Chancen des Erfolges gewachsen*)."

General von Bothmer, der seinen Truppen vorangeeilt war, traf zwischen Mühlhausen und Höngeda den Generaladjutanten Dammers, der mit Genehmigung des kommandierenden Generals im Begriff war, mit einer Schwadron Königin-Husaren vorauszutraben, um der Armee einen ungestörten Marsch und Verpflegung für zwei Tage zu verschaffen. Auch hatte er sich erboten und dringend befürwortet, nach der Besetzung Langensalzas mit der Reservekavallerie, den reitenden Batterien und einem Jägerbataillon noch denselben Tag Gotha oder Eisenach zu nehmen und sich für den Erfolg verbürgt**).

Bothmer erging sich nun ihm gegenüber in den bittersten Kritiken über die Maßnahmen des Generalstabes. Sogar für den Mangel an Wasser im Bivouac wollte er das Armeekommando verantwortlich machen. Seine Leute hungerten und könnten nicht mehr vorwärts, es sei nichts zum Leben vorhanden, sagte er. Dammers wies ihn auf das benachbarte große Kirchdorf Höngeda hin und versprach ihm, er würde seine ganze Brigade binnen ganz kurzer Zeit aus diesem Dorfe verpflegen, er möge nur Fouriere und Mannschaften vorsenden, um die Lebensmittel in Empfang zu nehmen. Seinem Adjutanten gab er Befehl, gegen Bons alles Eßbare und genügendes Vieh zu requirieren und auf geeigneten Plätzen zusammenbringen zu lassen***). Dann ritt er nach Langensalza weiter.

Die Brigade aber, die gegen 8 Uhr bei Höngeda eintraf, konnte nun mit genügenden Lebensmitteln erquickt werden. Man hielt es aber für besser, sie nur bis Groß-Gottern weitermarschieren zu lassen und statt ihrer die gegen 9 Uhr eintreffende Brigade de Vaux auf Langensalza zu dirigieren, was sie gegen 3 Uhr nachmittags erreichte. Die Brigade Knesebeck war bereits um 1 Uhr dort angelangt.

Während der Rast bei Höngeda war zu allgemeiner Ueberraschung plötzlich der Hauptmann von Zielberg erschienen. Er war auf seiner

*) von Diebitsch a. a. O. S. 182 ff.

**) P. M. des Obersten Dammers d. d. 20. September 1866.

***) Dammers a. a. O. S. 124.

Fahrt nach Heiligenstadt in der Gegend von Dingelstaedt gegen 5 Uhr auf eine Vedette des Cambridge-Dragonerregiments gestoßen, die ihn ohne weiteres hatte passieren lassen. Der Kommandeur der eben im Aufbruch begriffenen Arrièregarde, Oberst v. d. Decken, gestattete ihm, in Begleitung eines Offiziers des 1. Jägerbataillons in seinem Wagen nach Mühlhausen weiter zu fahren. Dort meldete er sich im Hauptquartier des Königs, der ihn durch den Flügeladjutanten von Kohlrausch zu Pferde zum General von Arentsschildt geleiten ließ, nachdem er sich durch Ehrenwort verpflichtet hatte, nichts über die Bewegungen der hannoverschen Armee auszusagen*).

Auf Arentsschildt und Cordemann übte die verblüffende Aufforderung, die Waffen zu strecken, „da die Armee von allen Seiten umstellt sei", eine geradezu niederschmetternde Wirkung. Es war also doch wahr gewesen, was Jacobi am Abend vorher von überwältigenden feindlichen Truppenmassen berichtet hatte. Bis jetzt hatten sie sich stets der Hoffnung geschmeichelt, daß die Armee ohne Kampf und Blutvergießen nach Süden gelangen könnte. Damit war es nun nichts. Daß dies Verlangen der Kapitulation gebührend zurückgewiesen werden müsse, stand freilich unzweifelhaft fest. Aber sie wähnten die preußische Heeresleitung von den gleichen friedfertigen Gesinnungen beseelt, die sie selber hegten und kamen daher auf den unsinnigen Gedanken, daß es möglich wäre, auf dem Wege der Verhandlungen das ersehnte Ziel zu erreichen. Denn, weshalb sollten die preußischen Befehlshaber in Gotha und Eisenach angesichts überlegener feindlicher Streitkräfte, nicht lieber den friedlichen Durchzug gestatten, anstatt sich einem aussichtslosen Kampfe auszusetzen, wenn die hannoversche Armee sich verpflichtete, eine längere Zeit hindurch den Feindseligkeiten fern zu bleiben?

Ihre Vorstellungen machten jedoch auf den König, der bald selbst bei Höngeda eintraf, lange keinen Eindruck. Er wollte vielmehr den Hauptmann von Zielberg, der sich nur durch Vorzeigung einer Abschrift des ersten Passus des Moltke'schen Telegramms**) in seiner Brieftasche

*) Flügeladjutant von Kohlrausch an den Archivrat Klopp d. d. 26. Januar 1869.

**) Das Telegramm, wie es Oberst Cordemann kopiert hat, lautete:

Oberst von Fabeck Eisenach, Kommandeur des Regts. Gotha.

Sie haben sogleich durch Parlamentär mit dem bei Heiligenstadt kommandierenden hannoverschen General dahin zu unterhandeln, daß derselbe die Waffen streckt, weil er von allen Seiten umstellt sei.

Dabei ist anzufragen, ob der König bei den Truppen anwesend.

Unterzeichnet: Moltke.

legitimieren konnte, bis auf weiteres als Kriegsgefangenen zurückhalten*). Allein Arentsschildt und Cordemann redeten so lange auf ihn ein, man dürfe die Gelegenheit, Verhandlungen anzuknüpfen, nicht zurückweisen, gerade die mangelhafte Legitimation des Parlamentärs böte einen vortrefflichen Anlaß, um selbst einen Offizier nach Gotha zu entsenden, — der dort die wünschenswerten Nachrichten über Stellung und Stärke des Feindes einziehen könnte, — daß er sich zuletzt im Princip mit der Sendung einverstanden erklärte. Schließlich verpflichtete eine solche zu nichts, und es wurde bestimmt, daß die näheren Modalitäten der Mission nach dem Eintreffen in Langensalza festgestellt werden sollten.

Auf dem Weiterritt dahin kam der Generaladjutant dem Könige mit der Meldung entgegen, daß er dem Stellvertreter des Bürgermeisters — der sich selbst entfernt hatte — die sofortige Errichtung eines Magazins von Fleisch, Speck, Wurst, Gemüse und Fourage für 20 000 Mann und 3000 Pferde auf zwei Tage, sowie die Beschaffung von Quartier und Verpflegung für den größeren Teil der Armee aufgegeben habe. Außerdem hatte er 30 bespannte leere Wagen requiriert, welche um 1 Uhr bereit stehen sollten, um das zur Expedition nach Eisenach bestimmte Bataillon zu befördern. Die Ausführung dieser Disposition wurde Dammers jedoch nicht gestattet, weil man erst das Ergebnis der anzuknüpfenden Verhandlungen abwarten wollte**).

Nachmittags 2 Uhr traf der König in Langensalza ein und nahm in dem vor dem Mühlhausener Thore in einem schattigen Garten gelegenen Schützenhause Quartier. Das Armee-Kommando installierte sich in dem Gasthause „Zum Mohren“ im südöstlichen Teile der Stadt am Ausgange nach Gotha.

Hier wurden dem General von Arentsschildt einige gefangene preußische Landwehrreiter vorgeführt, welche von einem Zuge Königin-Husaren eingebracht waren. Sie gehörten zu der Besatzungs-Eskadron Stendal des 7. Westfälischen Landwehr-Dragonerregiments unter dem Rittmeister z. D. von Wydenbrügk und hatten am frühen Morgen von Erfurt aus einen Aufklärungsritt über Gräfentonna nach Langensalza unternommen. Im Gegensatz zu den in der Stadt geflissentlich

*) Zielberg verblieb im hannoverschen Hauptquartier bis nach dem Abschluß des Alvenslebenschen Waffenstillstandes. Dann wurde er nach Gotha entlassen, und später, als die Armee nach der Kapitulation die Stadt passierte, auch seines Ehrenworts entbunden (v. d. Wengen a. a. O. S. 724).

**) P. M. des Generaladjutanten Oberst Dammers d. d. 20. September 1866.

verbreiteten Nachrichten von großen Truppenmassen, die bei Gotha stehen sollten, sagten sämtliche Gefangene übereinstimmend aus, daß sie noch keinen Mann Infanterie gesehen hätten.

Diese Kunde klang jedoch zu günstig, als daß man ihr ohne weiteres Glauben schenken konnte. Um sich über den wirklichen Thatbestand zu vergewissern, nahm daher der General das Anerbieten des dem königlichen Hauptquartier attachierten Grafen O. Hardenberg gern an, der sich erbot, sofort zur Rekognoszierung der feindlichen Stellungen vorzureiten. Schon nach wenigen Stunden, gegen 3 Uhr nachmittags, kehrte er zurück und berichtete, nach Angaben der Landeseinwohner ständen 60 000 Preußen, von denen er zwar selbst nichts gesehen hatte, zwischen Langensalza und Gotha. Namentlich Jacobi setzte in die Glaubwürdigkeit der Nachricht keinen Zweifel. Nun war die Ratlosigkeit groß, denn auch von den Verhältnissen bei Eisenach wußte man nichts Zuverlässiges. Bald nachher aber erfuhr man von einem hannoverschen Urlauber, der von Süden her zur Armee gelangt war, daß nur etwa 5 Bataillone nebst Artillerie und 2 Schwadronen Landwehrkavallerie eine halbe Meile vor Gotha bei Warza, in der Stadt selbst gar keine feindliche Truppen ständen*).

Es wurde daher der bestimmte Entschluß gefaßt, sich am nächsten Tage Gothas durch Waffengewalt — noch lieber aber durch Verhandlungen zu bemächtigen. Hierauf gründete sich die nachmittags ausgegebene Disposition, welche bestimmte, daß die Brigaden Knesebeck und de Vaux mit dem Garde-Husarenregiment, der Reserveartillerie und einer Pionierkompagnie am nächsten Morgen 5 Uhr in einer Rendezvousstellung aufmarschiert vor dem Gothaer Thore stehen, die Brigade Bothmer diesen Abteilungen beim Vormarsch auf der Straße nach Gotha folgen sollte. Der Brigade Bülow bei Osterbehringen endlich wurde aufgegeben, 1 Bataillon und 1 Schwadron in die Gegend von Fröttstedt zur Zerstörung der Eisenbahn zu detachieren, denn es ließ sich vorher sagen, daß die Tags zuvor befohlene nächtliche Expedition eines Pionier-Detachements und einer Schwadron Kavallerie nicht glücken konnte, wenn die Eisenbahn vom Feinde besetzt war.

Nachdem sie diese Anordnungen getroffen hatten, eilten Arentsschildt und Cordemann zum König, um die definitive Genehmigung zu der am Vormittage in Anregung gebrachten Absendung eines Parlamentärs nach Gotha zu erwirken. Statt des zuerst für diese Sendung in Aussicht ge-

*) Offizieller Bericht I. T. S. 30.

nommenen Obersten von Bock, Kommandeurs des 3. Jägerbataillons, eines anerkannt tüchtigen, einsichtigen Offiziers, aber brachten sie den Major von Jacobi in Vorschlag. Rudorff, der nicht ahnen konnte, welche verhängnisvolle Folgen diese Sendung haben sollte, hatte ihnen denselben als besonders geeignet empfohlen — um den gefährlichen Schwarzseher für kurze Zeit aus dem Hauptquartier zu entfernen*).

Nun stellten Arentsschildt und Cordemann dem Könige vor, daß ein Generalstabsoffizier besser als andere in der Lage wäre, die militärische Situation zu erkunden und zu beurteilen. Ausschließlich zu diesem Zwecke einen Parlamentär zu entsenden, gestattete der König. Auch mit dem Personenwechsel erklärte er sich einverstanden, von irgendwelchen Unterhandlungen aber wollte er nichts wissen.

Rudorff war bei der Beratung nicht zugegen. Der Kommandierende und sein Stabschef aber legten dem Könige dar, daß der Zustand der Armee ohnehin einen Zeitraum von sechs bis acht Wochen erfordere, um sie schlagfertig und operationsfähig zu machen. Das wollte ihm jedoch ebensowenig einleuchten, wie daß es, namentlich, im Fall der Feind über hinlängliche Streitkräfte verfüge, möglich wäre, die Konzession des freien Durchmarsches nach dem Süden zu erlangen, wenn man dagegen versprach, sich längere Zeit der Feindseligkeiten zu enthalten.

Nach lebhafter Diskussion gelangte sodann der Entwurf einer Jacobi von dem General von Arentsschildt mitzugebenden Vollmacht an den Truppenkommandeur in Gotha zur Verlesung, welche in ihrer ganzen Fassung große Spuren der Uebereilung und Flüchtigkeit trägt und am Ende die bedenkliche Wendung enthielt, daß der Parlamentär beauftragt wäre, „die Mitteilungen des Generals von Moltke zu vernehmen und eventuell darüber in Verhandlung zu treten**)“. Ob der König mit dieser Vollmacht in allen Punkten einverstanden gewesen, ist nicht ganz klar.

*) Persönliche Mitteilung des Oberstlieutenant Rudorff an mich.

**) Das Aktenstück lautet nach Wengen (a. a. O. S. 561) folgendermaßen:

„Es ist heute ein Herzogl. Sachsen-Coburg-Gothaischer Hauptmann von Ziel bei einer meinem Befehle unterstellten Kgl. hannoverschen Truppenabteilung mit der Angabe eingetroffen, daß er als Parlamentär komme, um eine Depesche des preußischen Chefs des Generalstabes, General von Moltke, mir mitzuteilen. Es fehlte diesem Offizier jede Legitimation und wende ich mich daher an Ew. Hochwohlgeboren mit der Anfrage, ob der Hauptmann von Ziel in der legitimen Funktion eines Parlamentärs entsandt worden ist? worauf nach erfolgter Bejahung dessen einstweilige Sistierung sofort aufhören wird. Um aber Gewißheit zu erhalten, ob eine Anfrage des Königl. Preußischen Generals von Moltke an mich ergangen ist, und um eventuell dieselbe zu

Jedenfalls muß er den Schlußpassus überhört haben, denn er hat später auf das Allerbestimmteste versichert, er erinnere sich nicht, die Ermächtigung zu Unterhandlungen gegeben zu haben*).

Nachdem man sich sodann noch darüber verständigt hatte, daß man, im Fall Jacobi nicht vor der bestimmten Abmarschzeit zurückgekehrt wäre, daraus den Schluß ziehen würde, daß in Gotha nur schwache feindliche Streitkräfte ständen, trat er abends zwischen 6 und 7 Uhr seine folgenschwere Reise an.

Dem König aber lag vor allem daran, die süddeutschen Heerführer über das Verbleiben der hannoverschen Armee zuverlässig zu unterrichten und sie zum schleunigsten Vorgehen zu veranlassen. Um dieses herbeizuführen, erhielt der Archivrat Klopp, welcher sich vor der preußischen Occupation der Stadt Hannover nach Göttingen geflüchtet hatte und dem königlichen Hauptquartier gefolgt war, Auftrag, dem Grafen Mensdorff in Wien und dem Bundes-Präsidialgesandten von Kübeck in Frankfurt Depeschen des Grafen Ingelheim zu überbringen, damit von beiden Orten aus mit Entschiedenheit das Vorrücken der Bayern zur Vereinigung mit der hannoverschen Armee verlangt werde. Klopp fuhr gegen Mitternacht in der Richtung nach Gotha ab. Von dem Ergebnis seiner Sendung ist aber ebensowenig wie von der Duve's jemals eine Kunde an das Hauptquartier gelangt**).

Dagegen war kurz nach der Abreise Jacobi's ganz unerwartet der

---

beantworten, habe ich den Königl. Hannoverschen Major im Generalstabe, Jacobi, beauftragt, die Mitteilungen des Generals von Moltke zu vernehmen und eventuell darüber in Verhandlung zu treten.

(Unterz.:) von Arentsschildt
General-Lieutenant und kommandierender General.

*) Archivrat Klopp an den Generaladjutanten Dammers d. d. 29. Juni 1869.

**) Klopp passierte in den frühen Morgenstunden, ohne angehalten zu werden, glücklich Gotha. Der Herzog, der eine königlich hannoversche Equipage in schärfster Gangart an seinem Palais vorüberfahren sah, öffnete freilich das Fenster, um nach der Wache zu rufen, aber bevor sich die Soldaten schußfertig machen konnten, war der Wagen schon fort. Klopp dagegen traf am 24. abends 8 Uhr in Lichtenfels ein, wo er die ersten bayrischen Truppen fand. Coburg hatten sie zu seiner Enttäuschung nicht besetzt. Nun telegraphierte er sofort seine Ankunft sowohl nach Frankfurt, wie nach München und Wien. Am 25. früh schon erhielt er Antwort, daß der Bundes-Präsidial-Gesandte dem Prinzen Carl von Bayern und dem Prinzen Alexander von Hessen von seinem Auftrage Kenntnis gegeben habe, und daß es ratsam erschiene, wenn er sich schleunigst in das bayrische Hauptquartier nach Bamberg begäbe, um persönlich nähere Mitteilungen über die Lage der Hannoveraner zu machen. Wegen des ge-

russische Gesandte am hannoverschen Hofe, Persiani, in Langensalza eingetroffen. Er hatte vom Zaren den Auftrag erhalten, sich schleunigst

störten Eisenbahnverkehrs aber konnte Klopp die Reise dahin erst 1¾ Uhr nachmittags antreten. Bei seiner Ankunft traf er zunächst den Generalstabschef Freiherrn von der Tann, welcher ihn mit der niederschlagenden Nachricht empfing, daß nach allen eingegangenen Meldungen ein Waffenstillstand zwischen den Hannoveranern und Preußen abgeschlossen sei und Unterhandlungen stattfänden. Man habe daher, da die Operationen nach dieser Richtung keinen Erfolg versprächen, eine Konzentrierung der Armee vorwärts Schweinfurt angeordnet, um dem VIII. Bundescorps näher zu sein.

Den Versicherungen Klopps, daß der König eher alles über sich ergehen lassen würde, als zu kapitulieren, schenkte Tann keinen Glauben, und weigerte sich, die bereits getroffenen Anordnungen abzuändern. Doch fuhr er mit dem hannoverschen Abgesandten nach dem Bahnhofe, um telegraphisch weitere Erkundigungen einzuziehen, die indes weder eine Bestätigung noch eine Dementierung der umlaufenden Gerüchte brachten. Inzwischen traf der Prinz Carl selbst auf dem Bahnhofe ein. Auch diesem gegenüber stellte Klopp die Gerüchte von einer abgeschlossenen Kapitulation entschieden in Abrede. Sein Hilfegesuch aber wurde von dem bayrischen Oberbefehlshaber sehr kühl aufgenommen. Nach den abfälligsten Betrachtungen über die Fehler der hannoverschen Armeeleitung meinte er schließlich: „Sie müssen sich selbst helfen. Mit 19 000 Mann schlägt man sich durch". Trotz der ihm bereits am Morgen zugegangenen telegraphischen Aufforderung des Kaisers von Oesterreich, die Hannoveraner zu unterstützen, wurde Klopp mit den Worten: „Ich werde thun, was in meinen Kräften steht", entlassen, während der Prinz nach Schweinfurt fuhr, wo er mit dem Prinzen Alexander den Plan für einen gemeinsamen Vormarsch auf Fulda entwarf, der am 29. Juni angetreten werden sollte.

Am Tage vorher gingen jedoch neue telegraphische Meldungen ein, welche von einer furchtbaren Niederlage der Preußen bei Langensalza am 27. berichteten und dringend um rasche Kooperation baten. Vom Inselsberg gemachte Beobachtungen sowie Mitteilungen des Ministers v. d. Pfordten bestätigten diese Nachrichten. Und nun endlich entschloß sich der Feldmarschall, die Armee über den Thüringer Wald auf Gotha—Mechterstädt zu führen. Der Marsch sollte am 30. angetreten werden.

Aber es war bereits zu spät. Auch Klopp, der seine Reise nach Wien fortgesetzt hatte, wo er am 27. morgens eintraf, konnte nichts mehr ausrichten. Zwar erhielt er vom Kaiser, der ihn am 28. äußerst zuvorkommend empfing, den Auftrag, sich mit dem hannoverschen Gesandten, General v. d. Knesebeck, in das bayrische Hauptquartier zu begeben, das er auch am 29. in Neustadt a. d. Saale erreichte. Hier erfuhr er, daß in der That eine Offensivbewegung zur Rettung der Hannoveraner angeordnet war. Als er aber am nächsten Morgen nach Meiningen kam, begegneten ihm der österreichische Gesandte Graf Ingelheim und der Flügeladjutant von Kohlrausch mit der Hiobspost von der mittlerweile abgeschlossenen Kapitulation. —

Vergl. über die Mission Klopps dessen eigenhändigen Bericht in Meding a. a. O. II. T. S. 145 ff., v. d. Wengen a. a. O. S. 577 ff., von Lettow-Vorbeck a. a. O. I. T. S. 296 ff. und Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit" 3. Band S. 565.

ins Hauptquartier des Königs Georg, das er noch in Göttingen vermutete, zu begeben, um Sr. Majestät für den Eintritt etwaiger Verhandlungen seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Stockhausen drängte ihn, möglichst rasch dem Könige zu folgen, „schon um den andern Mächten zu zeigen, daß er nicht ganz verlassen sei*)", und am 21. nachmittags machte er sich auf die Reise. In Göttingen, wohin er auf dem Umwege über Braunschweig, Goslar und den Harz gelangte, traf er am 22. jedoch nicht den König, sondern die daselbst eingerückten preußischen Truppen. In der Nacht noch fuhr er über Heiligenstadt weiter und kam am 23. gegen Mittag in Eisenach an, wo er erfuhr, daß er die hannoversche Armee in der Umgegend von Langensalza finden würde. Bei seinem Eintreffen dort aber war er von der meist mit Extrapostpferden zurückgelegten fast ununterbrochenen Reise so abgemattet, daß er erst längerer Stärkung und Erholung bedurfte, bevor er vor dem Könige erscheinen konnte. Dann teilte er dem Monarchen mit thränenden Augen und zitternder Stimme seinen Auftrag mit, sowie daß er unterwegs erfahren, am 22. habe eine starke feindliche Abteilung in 29 Extrazügen in östlicher Richtung Hannover verlassen. Daß er im stande sein würde, dem Königlichen Hauptquartier zu folgen, bezweifelte er selbst auf das Entschiedenste.

Zunächst zog sich der alte Herr auf den dringenden Wunsch des Königs zur nochmaligen Ruhe und Erholung zurück, während man darüber beriet, was in dieser schwierigen Lage zu thun sei. Ohne weiteres zurückweisen durfte man die angebotene russische Vermittelung nicht. Politische Verhandlungen aber waren, wie man glaubte, in der nächsten Zeit kaum zu erwarten. Dagegen konnte der Aufenthalt des geistig und körperlich völlig erschöpften Diplomaten im Hauptquartier möglicherweise eine Quelle peinlichster Verlegenheiten werden.

Nach einer Besprechung mit Graf Platen und Meding übernahm es Graf Ingelheim, seinem russischen Kollegen eine so abschreckende Schilderung der Entbehrungen und Anstrengungen des Lebens im Hauptquartier einer im Felde befindlichen Armee zu geben, daß der arme Herr von immer größerem Entsetzen erfaßt wurde. Er war daher überglücklich, als der König ihn wieder rufen ließ und ihm unter Bezeugung der innigsten Dankbarkeit für den Beweis der teilnehmenden Freundschaft des Kaisers Alexander erklärte, daß er an den Eintritt und Erfolg weiterer diplomatischer Verhandlungen mit Preußen nicht glaube und ihm nicht

*) Stockhausen an Graf Platen d. d. 21. Juni 1866.

zumuten wolle, sich den Anstrengungen eines Feldzuges auszusetzen. Vielmehr bäte er ihn, nach Hannover zurückzukehren, um dort der Königin und den Prinzessinnen nahe zu sein.

Tiefgerührt dankte der alte Persiani dem Könige für die gnädigst erteilte Erlaubnis und begab sich am andern Morgen über Gotha auf die Rückreise. Mit seiner Entfernung gab man eine große politische Chance aus der Hand. Denn es ist wohl unbestreitbar, daß die ausdrücklich vom Zaren gewünschte Anwesenheit des russischen Gesandten im Hauptquartier die demnächstigen Verhandlungen günstig beeinflußt haben würde. Daß man ihn ziehen ließ, bekundet aber einen bedauerlichen Mangel an Voraussicht von seiten des Grafen Platen — und vielleicht einen umso größeren Scharfblick Medings*).

Der Postsekretär Denker, der Persiani hergeführt hatte und ihn auch auf der Rückfahrt begleitete, mußte eine Botschaft für den Bundestagsgesandten von Kübeck auswendig lernen, da es gefährlich schien, ihm etwas Schriftliches mitzugeben. Sie lautete dahin, daß die hannoversche Armee sich in einer höchst gefährdeten Lage befände, da sie nicht im stande sei, den Uebergang über die Eisenbahn mit Erfolg zu versuchen und außerdem von Norden her große preußische Truppenmassen heranrückten. Dennoch hoffe man, sich mit äußerster Anstrengung acht bis vierzehn Tage behaupten zu können, wenn die Alliierten von Süden her zu Hilfe kämen, und bäte um schleunigste Auskunft, ob und wann man auf den ersehnten Beistand rechnen dürfe. Auch auf diese Botschaft ist jedoch niemals eine Antwort eingelaufen.

Im Hauptquartier des kommandierenden Generals war an demselben Abend gleichfalls eine Nachricht eingegangen, welche die eben erwachten Hoffnungen wieder niederschlug. Dort berichtete nämlich der Rittmeister W. Freiherr von Wangenheim von der Garde du Corps, dessen Bruder in der Gegend begütert war, daß seine Mutter und Schwester nach-

---

*) Meding (a. a. O. S. 157 ff.) und nach ihm Wengen (a. a. O. S. 565) legen ganz ohne Grund der Zurückweisung Persianis eine politische Tendenz, die Absicht, jede mögliche Verständigung mit Preußen auszuschließen, unter. Der letztere beschuldigt sogar ziemlich deutlich den König Georg der Doppelzüngigkeit, weil er, im Begriff, in Gotha Verhandlungen — die doch rein militärischer Natur waren — einzuleiten, erklärt habe, daß er sich von weiteren Negoziationen mit Preußen keinen Erfolg verspreche. Ein solches Verhalten aber würde nur dann einen Sinn gehabt haben, wenn man hätte befürchten müssen, daß der Zar mit den preußischen Eroberungsplänen sympathisierte. Bekanntlich war aber gerade das Gegenteil der Fall.

mittags im Bivouac des Regiments bei Tüngeda gewesen wären, um die vielen alten Freunde noch einmal vor den kommenden Ereignissen zu sehen und Erfrischungen zu bringen. Natürlich wären sie tüchtig ausgefragt und hätten von großen Massen preußischer Truppen erzählt, die in der Gegend angesagt und erwartet würden. Auch wären auf der Eisenbahn Gotha=Eisenach den ganzen 22. und 23. fortwährend Truppen befördert, an ein Durchkommen sei deshalb nicht zu denken. Aeltere Offiziere aber hätten diese Nachrichten für wichtig genug gehalten, um sie zur Kenntnis des Hauptquartiers zu bringen, und durch sie seien er und der Rittmeister Prinz Solms veranlaßt worden, zu diesem Zweck einen Ritt nach Langensalza zu unternehmen. Arentsschildt und Cordemann sahen nun in der Meldung Wangenheim's lediglich eine Bestätigung der ihnen auf anderm Wege zugegangenen Nachrichten. Jede Möglichkeit, sich mit Waffengewalt nach Süden Bahn zu brechen, hielten sie für ausgeschlossen und ihre letzten Hoffnungen klammerten sich an die von Jacobi eingeleiteten Verhandlungen. Prinz Solms überbrachte die Schauermär persönlich dem Könige, auf den sie, im Verein mit den Nachrichten Persiani's, einen tiefen Eindruck machte. Dann ritten die beiden Offiziere ins Bivouac zurück. Wangenheim aber erhielt Befehl, sich am andern Morgen wieder beim General von Arentsschildt zu melden, da man sich von seiner Ortskenntnis großen Nutzen versprach*).

Da fand Oberstlieutenant Rudorff abends spät im Büreau die Meldung eines Lieutenants von Ahlefeldt vom Königin=Husarenregiment, die man anscheinend gar nicht beachtet hatte. Dieser schneidige junge Offizier war mit der 1. Schwadron dem Detachement beigegeben, das man morgens bei Felchta mit dem Auftrage zurückgelassen hatte, gegen den Hainich zu demonstrieren. Das von dem Oberst Wyneken, Kommandeur des Garde=Jägerbataillons, befehligte kleine Corps hatte nach dreistündigem Marsche das Städtchen Langula erreicht, ohne etwas vom Feinde gesehen zu haben.

*) (Mitteilungen des Rittmeisters a. D. W. Freiherrn von Wangenheim d. d. 29. August 1900.) Der Rittergutsbesitzer G. Freiherr von Wangenheim auf Sonneborn war tags zuvor mit Bekannten in Eisenach gewesen, hatte aber, bevor er wieder abreiste, sein Ehrenwort verpfänden müssen, über dort Erfahrenes, bezw. Gesehenes nichts zu äußern. Infolgedessen hatte er seinem Bruder, den er auf dem Marsche nach Tüngeda traf, ebensowenig Mitteilungen gemacht, wie seiner Mutter und Schwester. Dennoch wurde er auf Denunziation eines Sonneborner Einwohners als der Spionage verdächtig von einer preußischen Husarenpatrouille aus seinem Hause geholt, weggeführt und nicht sehr glimpflich behandelt. Auf Fürsprache höherer Offiziere, namentlich des Obersten von Fabeck, die sich für ihn verbürgten, ward er jedoch bald wieder entlassen.

Von hier aus sandte er den Lieutenant von Ahlefeldt mit einer Patrouille von 18 Pferden auf der großen Straße nach Eisenach zur Rekognoszierung vor. Ohne sich zu bedenken, ritt der junge Offizier weiter und weiter durch den Wald und trabte endlich gegen Mittag zum Schrecken der Einwohner in die Stadt ein, die er gänzlich unbesetzt fand. Nur ein Depot des nach Mainz abgerückten Weimarschen Regiments lag noch dort, dessen Kommandeur sich indes neutral erklärte. Seinen Husaren vorauseilend, traf Ahlefeldt gegen 6 Uhr abends in Langensalza ein, wo er dem General v. d. Knesebeck, als seinem Brigadier, Bericht abstattete. Nach dem kurz zuvor von Wangenheim überbrachten Nachrichten glaubte Rudorff anfänglich, die ganz entgegengesetzt lautende Meldung Ahlefeldts beruhe auf einem Irrtum. Nach weiterer Ueberlegung aber sagte er sich, daß sie zu bestimmt war, um falsch sein zu können. Er ließ sich also den Lieutenant selber kommen und dieser bekräftigte die Richtigkeit seiner Aussagen in jedem Punkt.

Nun eilte Rudorff zum kommandierenden General und bewog diesen, daß er ihm gestattete, andern morgens früh (am 24.) mit der bei Oster-Behringen lagernden Brigade Bülow gegen Eisenach zu rücken und diesen wichtigen Punkt zu besetzen*).

Während sich diese Vorgänge in Langensalza abspielten, war die Stadt Gotha der Schauplatz unbeschreiblicher Angst und Verwirrung**). Am 22. nachmittags hatte sich plötzlich die Schreckenskunde verbreitet, daß starke feindliche Abteilungen sich südlich Mühlhausens gezeigt hätten. Einen Reitertrupp, den man vom Schlosse aus auf den Höhen vor Warza bemerkte, hielt man anfänglich für hannoversche Cambridge-Dragoner, bis es sich herausstellte, daß er zur Besatzungs-Eskadron Stendal gehörte, die am Morgen von Erfurt abgeritten war. Am Tage vorher hatte man bereits die aus Mühlhausen eingetroffene Postkasse sowie die Pferde und Wagen des herzoglichen Marstalls nach Erfurt überführt.

Endlich gelangte gegen Mitternacht noch die Nachricht von der bereits erfolgten Besetzung von Langensalza durch die Hannoveraner und ihrem

---

*) Oberstlieutenant Rudorff an den Archivrat Klopp d. d. 24. März 1869.

**) Für das Folgende benutzte ich die kleine Schrift Kehnerts: „Die Kriegsereignisse des Jahres 1866 im Herzogtum Gotha und die Gothaischen Turner zur Zeit des Treffens von Langensalza“. S. daselbst S. 8 ff. Wengen erwähnt merkwürdigerweise den „Feldzug nach dem Köllerstädter Grund“ gar nicht, obgleich er damals in Gotha lebte.

Vormarsch über Gräfentonna auf Dollstedt an den Herzog. Daß sie am folgenden Tage vor den Thoren seiner von jeder Besatzung entblößten Hauptstadt erscheinen würden, war daher so gut wie gewiß. Auf seinen Befehl mußte nun der Stadtrat durch Ausschellen die Einwohner aus dem Schlafe wecken und ihnen aufgeben, ihre Pferde und Wagen schleunigst in Sicherheit zu bringen. Die direkte Straße nach Erfurt aber schien zu gefährdet. Man wies sie daher an, sich auf dem Umwege über Schwabhausen, Wechmar, Wandersleben und Dietendorf dahin zu dirigieren. Der Wagenkolonne schlossen sich die in Gotha zurückgebliebenen Lazarettfuhrwerke an, sowie ein langer Troß von Trainfahrzeugen, beladen mit Gewehren, Munition und dem zurückgelassenen Gepäck der Mannschaften und Offiziere des herzoglichen Regiments. Dann folgten die Burschen mit den Pferden der letzteren, desgleichen die Hoboisten und Handwerker. Zum Unglück verfehlte nun noch die Kolonne, welche unter Führung des Stadtkommandanten Hauptmann von Wangenheim stand, in der Dunkelheit den Weg. Statt in Schwabhausen links von der großen Straße nach Ohrdruf abzubiegen, erblickte man, als es hell wurde, dies Städtchen und den Thüringer Wald gerade vor sich. Man wäre also auf diesem Wege geradezu den Bayern, die man im Anmarsch auf Suhl wähnte, in die Arme gelaufen. Nun wurde in der größten Eile Kehrt gemacht, um auf schlechtem Feldweg durch den Köllerstädter Grund Wechmar zu erreichen. Die Hemmzeuge versagten den Dienst und viele der schwer bepackten Wagen stürzten in der steilen Schlucht um. Schließlich aber gelangte man doch glücklich nach Dietendorf und erholte sich allmählich von den ausgestandenen Schrecknissen. Und als man hier erfuhr, daß die dringendste Gefahr durch die Rückkehr des Fabeck'schen Detachements von Eisenach beseitigt war, fuhr die Kolonne mit dem Extrazuge, welcher die erste der von Dresden herbeorderten preußischen Batterien brachte, am 23. abends 6 Uhr nach Gotha zurück.

Hier war indessen angesichts der die Depots in Sicherheit bringenden Soldaten und der im Trabe durch die Straßen eilenden Geschirre die Aufregung der Einwohner von Minute zu Minute gestiegen. Viele schafften ihre Betten und Kleidungsstücke in die Keller und verbargen sich selbst darin. Andere vergruben, versenkten und vermauerten ihre Wertsachen. Die Geschäfte und Läden wurden geschlossen, viele Hausthüren verrammelt.

Der Herzog selbst war morgens 2 Uhr auf einer Lokomotive nach Eisenach gefahren, um das Detachement Fabeck von dort zurückzuholen.

Der Oberst ließ sofort alarmieren und schon am Vormittag führte der Landesherr die Truppen selbst in seine Residenz ein, wo sie zunächst am nördlichen Stadtausgang ein Lager bezogen. Allein als nachmittags neue bedrohliche Nachrichten von der Ankunft des Feindes in Wangenheim und Tüngeda einliefen, ließ der Herzog von neuem Alarm blasen und die Truppen bis zum „Grenzberg" bei Warza vorrücken. Dahin führte er auch persönlich die gegen 7 Uhr abends von Dresden eintreffende preußische reitende Batterie. Die zweite, welche gegen 11 Uhr nachts ankam, verblieb vorläufig auf dem Kasernenplatz.

Das Füsilierbataillon des 4. Preußischen Garderegiments aus Berlin war mittags nach kurzer Rast nach Eisenach weiter befördert worden. Das 1., welches unterwegs einen unerwünschten Aufenthalt gehabt hatte*), gelangte erst um 1 Uhr nachts nach Gotha, folgte dann aber sofort den vorausgegangenen Füsilieren.

Pünktlich zur befohlenen Zeit marschierten die zwei Brigaden Knesebeck und de Vaux mit der ihnen zugeteilten Artillerie und Kavallerie Sonntag, den 24. Juni, in der Frühe auf den ihnen angewiesenen Rendezvousplätzen am südlichen Ausgang von Langensalza auf. Unter den Offizieren und Soldaten herrschte eine gehobene zuversichtliche Stimmung. Sie sahen sich dem Ziele ihrer unerhörten Mühen und Anstrengungen nahe.

Auch der Rittmeister von Wangenheim war bereits eingetroffen, um dem kommandirenden General beim weiteren Vormarsch Führerdienste zu leisten. Vor seinem Abreiten aus dem Bivouac hatte ihm der Major von Arentsschildt, vom Garde-Kürassierregiment, der die nächtliche Unternehmung zur Zerstörung der Eisenbahn befehligt hatte und eben ins Lager zurückgekehrt war, mitgeteilt, daß der Versuch mißglückt sei. Die mit der Aufgabe betraute kleine Pionierabteilung unter dem Premierlieutenant Goetze, die man auf Wagen gesetzt hatte, war nämlich abends gegen 7 Uhr mit der ihr als Bedeckung beigegebenen Schwadron Kürassiere von Tüngeda aufgebrochen. In der Gegend von Friedrichswerth stieß sie zunächst auf preußische Husarenpatrouillen, die jedoch mit

*) Das Bataillon hatte auf Befehl des Kommandanten von Erfurt, General von Stuckradt, einige Stunden in Weimar verbleiben müssen, um das Entkommen des Königs von Hannover zu verhindern, von dem das Gerücht ging, daß er versuchen wollte, mit seinem Gefolge in dieser Richtung nach Süddeutschland zu gelangen. Allein am Nachmittage schon wurde es durch das mittlerweile eingetroffene Ersatzbataillon des 26. Regiments abgelöst und setzte seine Fahrt fort (v. d. Wengen a. a. O. S. 555 ff.).

leichter Mühe zurückgedrängt wurden. Hier erhielt der Detachementsführer die Nachricht, daß bei Mechterstaedt feindliche Infanterie eingetroffen sei. Dennoch rückte er bei Eintritt der Dunkelheit weiter vor und erblickte endlich in der Gegend von Burla die Bahn vor sich. Da aber hier auf dem hohen Bahndamm zeitweise Infanteriepatrouillen sichtbar wurden, so hielt man es für ratsam, weiter östlich, nach Mechterstaedt zu, das Zerstörungswerk zu versuchen. Auf dem Ritte dahin glückte es dem Major, in dem hohen Korn eine drei Mann starke preußische Patrouille zu überraschen und gefangen zu nehmen. Die Soldaten sagten einstimmig aus, daß sie zum 4. Garderegiment gehörten und erst in der vergangenen Nacht von Berlin abgefahren wären. 1½ Bataillone sollten Eisenach besetzt halten, ½ Bataillon, zu dem sie gehörten, bei Sättelstedt am Fuße des Hörselberges stehen.

Inzwischen war es dem Premierlieutenant Goetze gelungen, sich mit seinen Pionieren den Bahndamm hinaufzuschleichen und die Sprengungsarbeiten zu beginnen. Bald aber erhielten sie von einer herankommenden preußischen Abteilung Schnellfeuer. Die Pioniere, welche in Hannover überhaupt nicht mit Gewehren versehen waren und in der Dunkelheit die Schwäche des Feindes nicht erkennen konnten, zogen sich daher schleunigst mit Zurücklassung einer Tonne Pulver und einigen Handwerkszeuges wieder zurück und erreichten gegen Morgen wieder das Bivouac der Brigade bei Oster-Behringen.

Die Meldung von diesen Vorfällen überbrachte Wangenheim dem Oberst Cordemann, der darin lediglich eine Bestätigung der tags zuvor eingegangenen Nachrichten sah. Er war nunmehr fest überzeugt, daß am Thüringer Wald eine große preußische Heeresmacht stände, welche Vortruppen an die Eisenbahn vorgeschoben hätte. Mit desto größerer Spannung sah er der Rückkehr des Majors von Jacobi entgegen, dessen Ankunft man jeden Augenblick erwarten mußte.

Endlich gegen ½6 Uhr morgens erschien er in einer verhängten Droschke. Kreidebleich, mit schlotternden Knieen stieg er aus dem Wagen, und wer den unglücklichen Mann sah, mußte sich sagen, daß alles verloren war. Der Kommandierende und sein Chef des Stabes nahmen ihn bei Seite in den Chausseegraben, wo er ihnen mit leiser Stimme mitteilte, was er in Gotha gesehen und gehört hatte. Dann eilten Arentsschildt und Jacobi zum Könige, der sofort eine Konferenz zusammenberief, zu der außer dem Kronprinzen noch Graf Platen, der Generaladjutant und der Kriegsminister zugezogen wurden. Zunächst ward Jacobi zur Bericht-

erstattung aufgefordert, und was er vortrug, klang entmutigend genug. Er war bei Warza auf eine preußische Dragoner-Vedette gestoßen, die ihn, nachdem man ihm die Augen verbunden hatte, zu dem Obersten von Fabeck geleitete, der sich bei Remstedt aufhielt. Dieser erklärte sich zur Vermittlung der Verhandlungen mit dem General von Moltke bereit und führte ihn zu dem herzoglichen Orangeriegebäude, dem Bahnhofe gegenüber, wo sich damals die Telegraphenstation befand. Hier wurde 10 Uhr abends ein von Fabeck und Jacobi vereinbartes Telegramm zur Absendung gebracht, welches den preußischen Generalstabschef von der Ankunft des hannoverschen Parlamentärs in Kenntnis setzte und ihm mitteilte, daß Se. Majestät der König zwar die Aufforderung zur Waffenstreckung auf das Bestimmteste zurückweise, der Unterhändler aber doch ermächtigt sei, anknüpfend an den, eventuelle Verhandlungen betreffenden Passus der Moltkeschen Depesche solche auf der Grundlage besserer Bedingungen einzuleiten. Er wünsche aber die Angelegenheit umgehend, spätestens in zwei Stunden, zu beendigen.

In der Zwischenzeit begab sich Jacobi in den in der Nähe befindlichen Gasthof „Zur Stadt Coburg", um dort etwas zu genießen. Hier benutzte er die kurze Frist, während deren man ihn allein ließ, um den Kellner über die Verhältnisse in Gotha auszufragen. Und dieser teilte ihm mit, daß an den vorhergehenden Tagen große Besorgnis vor den Hannoveranern geherrscht habe, was ja der Wahrheit entsprach. In der vergangenen Nacht aber sei ein Eisenbahnzug nach dem andern angekommen und jetzt wären etwa 10 000 Mann eingetroffen und in die Umgegend gerückt, die unter einem General Namens Goeben stehen sollten. Die eigenen Wahrnehmungen Jacobis schienen diese Angaben zu bestätigen, denn die Truppen, die er in der Stellung bei Warza gesehen und auf etwa 4 Bataillone und 1 Batterie geschätzt hatte, waren inzwischen wieder in ihre Quartiere in der Stadt gerückt, und so wurde er durch eine verhältnismäßig große Anzahl verschiedener Uniformen in den Straßen getäuscht. Er beobachtete Mannschaften des coburger Regiments, preußische Infanteristen mit den Nummern 32, 27, 71, Artilleristen mit den Nummern 4 und 7, Dragoner und Husaren*). Endlich sah er noch gegen 11 Uhr eine Batterie auf dem Bahnhofe ankommen und nach der Kaserne marschieren. Außerdem versicherte ihn der Oberst von Fabeck, er sei zwar zu detaillierten Eröffnungen nicht autorisiert, könne aber doch soviel sagen,

*) von Lettow a. a. O. I. T. S. 231, Anmerkung.

daß Streitkräfte in genügender Zahl vorhanden wären, um den Durchbruch der hannoverschen Armee zu verhindern*).

Jacobis Gemütsverfassung war daher angesichts aller dieser Wahrnehmungen bereits eine äußerst deprimierte, als um 12 Uhr 33 Minuten nachts das ersehnte Telegramm Moltkes eintraf. Darin wurde von der ursprünglichen Forderung einer Waffenstreckung im freien Felde abgesehen. Fabeck erhielt dagegen die Ermächtigung, abzuschließen, wenn der König und der Kronprinz sich verpflichteten, mit einem von ihnen zu wählenden Gefolge sich nach einem Aufenthaltsorte außerhalb Hannovers zu begeben, und wenn der kommandierende General versprach, die hannoverschen Truppen nach Göttingen zurückzuführen, wo sie in die Heimat entlassen werden sollten, nachdem sie die Pferde, Waffen und sonstiges Kriegsmaterial an preußische Kommissarien übergeben hatten.

Daß Jacobi diese Vorschläge nicht sofort rund ablehnte und die Verhandlungen abbrach, beweist, in welchem Zustand körperlicher Abspannung und geistiger Erregung er sich damals schon befand. Nur so erklärt es sich, daß er um 1 Uhr 5 Minuten morgens an den General Moltke telegraphierte: „Seine Majestät der König will Allerhöchstihrer Truppen Schicksal teilen. Es wird darum nachgesucht, daß den Truppen ein Weg nach dem Süden Deutschlands geöffnet werde, woselbst sie längere Zeit den Feindseligkeiten fern bleiben können".

Bismarck, dem Moltke die Frage vorlegte, ob der König Wilhelm voraussichtlich auf diesen Vorschlag eingehen würde, erwiderte sofort: „Ich glaube nicht." Daraufhin erging 3 Uhr morgens an Jacobi die telegraphische Antwort, daß nach der Ueberzeugung Moltkes der König über die schon gemachten wesentlichen Zugeständnisse hinaus nicht noch etwas bewilligen werde, die Allerhöchste Entscheidung aber erst um 7 oder 8 Uhr früh herbeigeführt werden könne. Zugleich wurde Fabeck beauftragt, alle vorhandenen Streitkräfte zu konzentrieren und ihm mitgeteilt,

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 573. Nachher hat Jacobi Wengen mitgeteilt, daß Fabeck diese Beteuerung auf Ehrenwort gemacht habe. Allein vor dem Ehrengericht, das noch im Sommer 1866 zusammentrat, um über Jacobi abzuurteilen, hat er diese Angabe, die ihn einigermaßen entlastet haben würde, nicht gemacht. Dort hat er sich vielmehr ausschließlich auf die Aeußerungen des Oberkellners berufen, und zu seiner Entschuldigung hinzugefügt, er hätte doch unmöglich glauben können, daß die Teilnehmer an der Beratung derartigen Nachrichten solchen Wert beilegen würden, „um sich dadurch ins Bockshorn jagen zu lassen". (Oberst Dammers an den General von Arentsschildt d. d. 26. September 1866.)

„daß der Feind, dessen Zustand erschüttert sei, etwa über 10 Bataillone mit viel Kavallerie und Artillerie verfüge*).“

Das Moltkesche Telegramm erhielt Jacobi, als er eben seine Rückfahrt nach Langensalza antreten wollte. Es schlug seine letzten Hoffnungen nieder. Nun sah er kein Mittel mehr, die Waffenstreckung abzuwenden, und telegraphierte zurück:

„Es wird darum nachgesucht, daß einem hannoverschen Offizier gestattet werde, sich von der Uebermacht, welche die völlige Umschließung bilden soll, durch Augenscheinnahme zu überzeugen. Nur dann werden Truppen, die bis dahin allgemein geachtet sind, zur Kapitulation im freien Felde veranlaßt werden können, wenn Gegenwehr unmöglich ist.

Ich bin beauftragt, die gestellten Bedingungen ad referendum zu nehmen**).“

Alle diese Telegramme legte nun Jacobi der zusammenberufenen Konferenz vor. Arentsschildt aber, der in seine Mitteilungen unbedingten Glauben setzte, gab zu bedenken, man stehe offenbar vor äußerst verteidigungsfähigen und stark besetzten feindlichen Positionen. Beim weiteren Vorrücken würde es also bald zu Gefechten kommen, während deren die Armee wahrscheinlich durch das Manteuffelsche Corps in den Flanken und im Rücken angegriffen werden würde***). Sei aber erst Blut geflossen, so wäre alles vorbei. Deshalb bäte er, die von ihm bereits vorläufig angeordnete Sistierung des Vormarsches und die Fortsetzung der Verhandlungen zu genehmigen. Die Meldung des Lieutenants von Ahlefeldt und die Entsendung des Oberstlieutenants Rudorff nach Eisenach aber erwähnte er nicht. Jacobi bestätigte und verstärkte die Darstellung des Generals durch die Beschreibung der furchtbaren Stellungen und der zahlreichen Truppen, die er selbst gesehen haben wollte.

---

*) Vergl. von Lettow a. a. O. I. T. S. 228 ff.

**) Wengen, der (S. 575) als Zeitpunkt der Ankunft des Moltkeschen Telegramms 3 Uhr 19 Minuten angiebt, stellt die Sache so dar, als ob das zweite Telegramm Jacobis bereits vorher abgeschickt wäre, was offenbar den Thatsachen widerspricht.

Lettow (a. a. O. I. T. S. 229) aber giebt an, daß das Telegramm Jacobis erst 6 Uhr 5 Min. morgens expediert wäre. Wenn hier kein Schreibfehler vorliegt, muß man annehmen, daß, nachdem Jacobi abgereist war, man sich mit der Expedierung nicht beeilt hat.

***) Das folgende ist im Wesentlichen nach Dammers „Erinnerungen und Erlebnisse“ S. 126 ff. Die Angaben stimmen genau mit den unmittelbar nach den Ereignissen von ihm niedergeschriebenen amtlichen Berichten, die mir vorgelegen haben, überein.

Seine Auseinandersetzungen machten auf die Versammelten einen äußerst niederschlagenden Eindruck. Auch Graf Platen, dessen Votum in dem entscheidenden Konseil vom 15. Juni die Armee zumeist ihre jetzige verzweifelte Lage verdankte, sah nun die einzige Rettung in der Anknüpfung von Verhandlungen und die Andern stimmten ihm bei. Dammers allein widersprach. Er erklärte auf das Bestimmteste, daß er nur annehmen könne, der Major von Jacobi hätte sich täuschen lassen. Er vermöchte nicht einzusehen, woher eine so starke feindliche Truppenmacht bei Gotha kommen könnte. Wenn eine solche aber wirklich dort stände, bliebe nichts anderes übrig, wie sie zu schlagen. Jeder Stillstand in den Operationen sei gleichbedeutend mit dem Untergang. Selbst wenn man verhandeln wolle, müsse man den Marsch fortsetzen.

Arentsschildt und Jacobi aber ließen sich nicht überzeugen und drängten wiederholt auf Sistierung der Bewegungen, um die anzuknüpfenden Verhandlungen nicht durch unerwünschte bewaffnete Zusammenstöße zu beeinträchtigen. Worauf sie indes die Hoffnung auf den günstigen Ausgang dieser Verhandlungen gründeten, scheint nach der Depesche Moltkes auf den ersten Blick rätselhaft. Offenbar setzten sie aber bei dem Könige Wilhelm, dessen Entscheidung noch ausstand, dieselbe Absicht einer friedlichen Verständigung, denselben Wunsch, Blutvergießen zu vermeiden, voraus, den sie hegten.

Der König schwankte. Durch den Vortrag Jacobis war sein festes Vertrauen auf den günstigen Ausgang des Kriegszuges zum ersten Male erschüttert worden. Die Erzählungen stimmten genau mit den Nachrichten überein, die ihm Graf Hardenberg, Persiani und Prinz Solms tags zuvor überbracht, und die Wangenheim noch denselben Morgen bestätigt hatte. Sogar, daß die Division Goeben bereits in Gotha eingetroffen wäre, klang höchst wahrscheinlich, denn der russische Gesandte hatte am 22. starke preußische Abteilungen Hannover ostwärts verlassen sehen. Daß dies nur das Detachement Korth gewesen war, welches über Braunschweig nach Seesen transportiert wurde, konnte man nicht wissen.

Nach langer Diskussion kam die Mehrheit zu der Ansicht, daß die von Jacobi eingeleiteten Verhandlungen fortgesetzt und die Operationen währenddem eingestellt werden müßten. Man sah in der Forderung des freien Durchmarsches nach dem Süden eine annehmbare Basis und glaubte durch das Zugeständnis, längere Zeit den Feindseligkeiten fern zu bleiben, deren Annahme erreichen zu können. Falls aber Preußen auf dem Verlangen einer Kapitulation beharrte, hielt man es für

ratsam, die Jacobische Forderung einer Einsichtnahme der feindlichen Aufstellungen zu wiederholen. Um endlich ganz sicher zu gehen, daß man wirklich eine überlegene Streitmacht vor sich habe, wurde beschlossen, dem Unterhändler eine Vollmacht für „den kommandierenden preußischen General in Gotha“ mitzugeben.

Von alledem wollte der König anfänglich nichts wissen. Aber Graf Platen und Arentsschildt stellten ihm so lange vor, es wäre der einzige Ausweg, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, und selbst eine Waffenstreckung präjudiziere den demnächstigen politischen Verhandlungen nicht, daß er schließlich, wenn auch mit Widerstreben, nachgab. Ja, er erklärte sich am Ende damit einverstanden, daß, wenn es nicht anders ginge und man eine Kapitulation dadurch abwenden könne, die Frist, während deren man sich der kriegerischen Operationen zu enthalten habe, von 6 bis 8 Wochen auf ein Jahr ausgedehnt werden dürfe*).

Ganz überzeugt aber war der König doch nicht. Er befahl, daß zur Fortsetzung der Verhandlungen Dammers, der allein dagegen gesprochen hatte, nach Gotha fahren sollte. Vergeblich bat dieser, einen andern Offizier mit dem Auftrage zu betrauen, da er sich durchaus nicht dazu eigne, und gegen alles Unterhandeln, alles Kapitulieren sei. „Gerade deswegen sollen Sie hin“, entschied Se. Majestät**). Als er aber im Begriff war abzureisen, ließ ihn der König nochmals zu sich hereinrufen, um ihm zu sagen, „er solle auf keinen Fall abschließen, wenn er sich nicht von der Stärke des Feindes überzeugt hätte***).“ Auch die Ratifikation der Abmachungen behielte er sich auf jeden Fall vor.

Begreiflicherweise trug Dammers jedoch Bedenken, die Verantwortung für seine Sendung allein zu übernehmen. Auf den Vorschlag Graf Platens wurde ihm daher der Major v. Jacobi beigegeben, während er selbst darum nachsuchte, daß ihn außerdem der auf der General-Adjutantur beschäftigte, höchst tüchtige und besonnene Hauptmann Krause vom Generalstabe begleiten dürfe. Dieses Gesuch genehmigte der König

*) Nachher hat sich der König dieses Zugeständnisses — auf das übrigens wenig ankommt — nicht mehr entsonnen, und Dammers hat mit hoher Selbstverleugnung die Verantwortung für diese Konzession auf sich genommen. Die betreffende mit Bleifeder auf einen Briefbogen von Dr. Lex niedergeschriebene vom König eigenhändig unterzeichnete Instruktion aber hat er mir später selbst gezeigt. Sonst hat er gegen jedermann bis zu seinem Tode unverbrüchliches Stillschweigen über diesen Vorfall bewahrt.

**) Oberst Dammers an den Archivrat O. Klopp d. d. 25. Januar 1869.

***) P. M. des Oberst Dammers d. d. 20. September 1866.

bereitwillig und gegen $7^1/_2$ Uhr morgens fuhren Dammers und Jacobi in einem mit vier Kurierpferden bespannten Wagen in der Richtung nach Gotha ab.

Vor dem südlichen Thore von Langensalza harrten indessen die Truppen auf ihren Sammelplätzen stundenlang mit Ungeduld des Befehls zum Vormarsch. Auch die Brigade Bothmer war gegen 6 Uhr eingetroffen. Man kann sich daher die Enttäuschung denken, als der Wagen der Parlamentäre auf der Chaussee hielt, und es nach einer kurzen Besprechung Cordemanns mit Jacobi verlautete, daß jede Angriffsbewegung zu unterbleiben hätte, die Truppen wieder in ihre Kantonnements abrücken und heute ruhen sollten. Ein kurzer Armeebefehl Arentsschilds erläuterte diese wundersame Maßregel mit der Phrase: „Ich habe eine Rekognoszierung angeordnet, deren Resultat abgewartet werden muß.“ Auch der Brigade Bülow vor Eisenach mußte ein Ordonnanz-Offizier den verhängnisvollen Befehl überbringen. Mit tiefem Mißmut zogen die Truppen ab. Unter den Offizieren hörte man bittere Klagen, daß man, statt sie gegen den Feind zu führen, sich auf diplomatische Verhandlungen eingelassen habe, und das Schwankende in den Entschließungen des kommandierenden Generals erweckte allgemeines Mißtrauen.

Indessen rollten die Unterhändler, zu denen auf dem Rendezvous-Platz noch der Hauptmann Krause in den Wagen gestiegen war, nach Gotha weiter. Noch diesseits Westhausen trafen sie den Abteilungs-Kommandeur der eben in Gotha angekommenen zwei Batterien, Major Petzel, der auf einem Rekognoszierungsritte begriffen war. Ihm eröffnete Dammers, daß er zur Fortsetzung der Verhandlungen entsandt sei, und verlangte, zu dem kommandierenden General geführt zu werden. Petzel bezeichnete den Oberst von Fabeck als Kommandanten der preußischen Avantgarde, und als Dammers auf seinem Verlangen bestand, verwies er ihn an den Herzog von Koburg, der als Kommandierender anzusehen sei. Zu diesem ging also die Fahrt weiter. Auf dem Wege erreichte es Dammers durch brüskes Auftreten, daß man ihm die Augen nicht verband. Er erkannte daher bald, daß bei Warza etwa vier Bataillone und einige Geschütze standen. Auch die von Jacobi als „formidabel“ bezeichneten Positionen machten ihm gar nicht diesen Eindruck. Nun überlegte er sich die Sachlage genauer. Wenn auch die Abteilung vor Gotha nicht sehr stark war, so verfügte der Feind hier doch über Artillerie und konnte jedenfalls hartnäckigeren Widerstand leisten, als die zwei Bataillone in Eisenach. Darauf baute er seinen Plan.

Ob er später Gelegenheit haben würde, Krause ohne Zeugen zu sprechen, war höchst ungewiß. Er instruierte diesen daher, während Petzel neben dem Wagen herritt, schon jetzt dahin, daß, wenn die Verhältnisse so wären, wie er vermutete, er ihm in Gotha den Befehl erteilen würde, zurückzureisen, um den Beginn weiterer Unterhandlungen zu berichten. Das habe zu bedeuten, er solle sofort zu Sr. Majestät eilen und ihm melden, der Feind schiene nur schwach zu sein. Dammers ließe deshalb den König ersuchen, die Armee unverzüglich wieder in Marsch zu setzen, und zwar riete er, eine Brigade in Langensalza zu behalten, mit einer zweiten gegen Gotha zu demonstrieren, und die beiden übrigen auf Eisenach zu dirigieren. Er selbst würde um 12 Uhr, wenn er sich über die feindlichen Aufstellungen noch näher unterrichtet hätte, mit vier frischen Kurierpferden abreisen und bäte Seine Majestät, bis zu seiner Rückkehr Langensalza nicht verlassen zu wollen*).

An den Vorposten bei Warza wurden die drei Unterhändler wieder von dem Obersten von Fabeck empfangen, der sich sehr höflich als Vorposten-Kommandant vorstellte und erklärte, er sei mit der Fortsetzung der von Jacobi eingeleiteten Verhandlungen beauftragt. Diesen aber hatte er in der verflossenen Nacht so fest von der Unmöglichkeit eines Durchbruchs nach dem Süden überzeugt, daß er mit Bestimmtheit erwartet hatte, Jacobi würde mit der Vollmacht zum Abschluß der Kapitulation zurückkehren. Er war daher einigermaßen überrascht, als er neben ihm noch zwei andere hannoversche Offiziere im Wagen erblickte, zweifelte indes nicht, daß es sich trotzdem im wesentlichen um nichts anderes handelte. Außerdem hatte ihn Moltke über die Stärke und Stimmung der hannoverschen Armee getäuscht. Auch dieser scheint geglaubt zu haben, daß die Waffenstreckung nahe bevorstände. An Falckenstein hatte er telegraphiert, er solle die den Rückzug der Hannoveraner sperrenden Abteilungen mit der Eisenbahn über Magdeburg verstärken, während man die Verhandlungen zu trainieren suchen würde. Oberst von Osten-Sacken aber war angewiesen worden, der Division Beyer, die man bei Oetmannshausen vermutete, den Allerhöchsten Befehl zum sofortigen Weitermarsch auf Eisenach zu übermitteln.

Mit Fabeck zu verhandeln aber lehnte Dammers mit aller Entschiedenheit ab, da seine Vollmacht ihn an den kommandierenden General wiese. Wenn man ihn nicht zu diesem geleitete, würde er unverzüglich

*) P. M. des Obersten Dammers d. d. 20. September 1866.

umkehren, sagte er. Dies Verlangen brachte Fabeck in einige Verlegenheit. Wenn er verriet, daß ein solcher gar nicht da war, ließ sich die Täuschung einer vorhandenen großen Truppenmacht nicht länger aufrecht erhalten. Er erklärte daher, er sei in der That nur der Vorposten-Kommandeur, der Oberkommandierende aber wäre augenblicklich abwesend. Deshalb wäre der Herzog von Coburg-Gotha als der einzige anwesende preußische General unzweifelhaft die richtige Persönlichkeit, an die sich Dammers zu wenden habe*).

Dahin erbot er sich, die Unterhändler zu führen und stieg zu ihnen in den Wagen. Unterwegs beobachtete Dammers, daß in den Straßen fast gar keine Soldaten zu sehen waren, und die Ueberzeugung, daß man es mit einer Kriegslist zu thun habe, befestigte sich bei ihm immer mehr. Zunächst fuhren die vier Offiziere beim Telegraphenbureau vor, um zu fragen, ob auf die gestern nach Berlin gerichteten Depeschen weitere Antwort eingegangen sei, was man verneinte. Ein kurz vorher an ihn ergangenes Telegramm erwähnte Fabeck wohlweislich nicht. Moltke hatte nämlich angefragt, ob ein Eingehen auf das Verlangen Jacobis, sich von der Stärke der umschließenden Truppen zu überzeugen, ratsam sei. Fabeck blieb deshalb hier zurück und erwiderte: „Gegen den Antrag des Major Jacobi, Truppen zu sehen, nichts zu entgegnen. Wir haben jetzt viel herangezogen und können mit Leichtigkeit noch mehr heranziehen. Flügeladjutant des Königs eben einpassiert, wartet dringend auf königliche Entscheidung**)."

Gegen 10 Uhr morgens fuhren sodann die drei hannoverschen Offiziere

---

*) Oberst Dammers an den Archivrat O. Klopp d. d. 25. Januar 1869.

Es hat sich nachher ein ziemlich müssiger Streit darüber erhoben, ob der Herzog die späteren Verhandlungen als Souverän oder als kommandierender General geführt hat. Dammers aber hatte unzweifelhaft recht, ihn als Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte in Gotha zu betrachten. Der Major Petzel hielt ihn dafür, denn er hatte die eine seiner Batterien persönlich in die Stellung bei Warza geführt, die andere auf dem Bahnhof empfangen. Auch Fabeck konnte das Verhältnis kaum anders auffassen. Der Herzog hatte ohne höhere Autorisation sein Detachement aus Eisenach zurückgeholt und war an dessen Spitze in seine Residenz eingezogen. Ebenso hatte er die Stellung bei Warza selbst ausgesucht und die Thore der Stadt verrammeln lassen. Endlich hat er bei den späteren Verhandlungen über eine Waffenruhe nach seinen eigenen Angaben die Zusicherung gegeben, daß während derselben keine neue — d. h. preußische — Truppen herangezogen werden sollten.

**) Vergl. von Lettow a. a. O. S. 229 ff. und 233 ff., der zum ersten Male authentische Nachrichten über die Verhandlungen auf preußischer Seite bringt, dessen Zeitangaben aber nicht immer ganz korrekt sind.

beim Palais des Herzogs vor. Dammers und Jacobi wurden in das im ersten Stock belegene Audienzzimmer geführt, während Krause, der erhaltenen Instruktion entsprechend, unten zurückblieb. Der Herzog empfing die Herren in dem Interimsrock seines preußischen Kürassierregiments mit den Generalsabzeichen im Beisein des Ministers von Seebach. Ob auch der Oberst von Fabeck gegenwärtig gewesen ist, erscheint trotz der Angabe des Herzogs: („Aus meinem Leben und aus meiner Zeit“, III, S. 555) zweifelhaft. Wenigstens hat er selbst nachher zu Protokoll gegeben, daß er mit Krause erst später ins Palais gekommen und bei dem Anfang der Verhandlungen nicht zugegen gewesen sei*).

Doch auf diese Nebendinge kommt im ganzen wenig an. Jedenfalls war der Herzog, der am 15. Juni einen Allianzvertrag mit Preußen geschlossen und sein Kontingent dem Könige Wilhelm zur Verfügung gestellt hatte, nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, die Unterhandlungen im preußischen Sinne zu führen. Nicht einmal die Sorge um seine Unterthanen, die von einem feindlichen Einfall bedroht waren, durfte ihn davon zurückhalten. Und daß er dieser Verpflichtung mit großem Geschicke und Erfolg nachgekommen ist, hat man preußischerseits durch die Dotation des Schmalkaldener Waldes gebührend anerkannt. Weshalb aber später der Minister von Seebach unter den gehässigsten Verleumdungen gegen Dammers versucht hat, diesen einfachen Thatbestand zu verdunkeln, ist nicht ersichtlich.

Dammers dagegen war von vornherein fest überzeugt, daß man ihn durch falsche Vorspiegelungen zum Abschluß einer Kapitulation drängen wollte. Dennoch beschloß er, zum Schein auf die Verhandlungen einzugehen, weil er während derselben Gelegenheit zu haben hoffte, einen klareren Einblick in die Verhältnisse auf feindlicher Seite zu gewinnen**).

Der Herzog, der das „An den kommandierenden Herrn General der Königlich Preußischen Truppen in Gotha“ gerichtete Legitimationsschreiben annahm, erbrach und las — aber nicht zurückgab, erklärte sich bereit, die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu übernehmen, und gab seiner Freude und Genugthuung darüber Ausdruck, daß Se. Majestät der

*) „Offenes Sendschreiben an den Archivrat O. Klopp“ von Camillo von Seebach, Anlage A, Erklärung des Generalmajors von Fabeck d. d. 10. November 1868.

**) Für das Folgende vergl. v. d. Wengen a. a. O. S. 641 ff., Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 557 ff., v. Lettow a. a. O. I. T. S. 233 und die verschiedenen Streitschriften des Archivrats Klopp und des Ministers von Seebach.

König Georg sich, wie er aus der Sendung seines General-Adjutanten schlösse, seiner Intervention bedienen wollte. Dammers erwiderte mit einigen höflichen Worten, daß sein königlicher Herr es gewiß dankbar erkennen würde, wenn Se. Hoheit sich dieser Mühe unterzöge.

Dann trat man in die eigentlichen Verhandlungen ein. Wenn nun aber auch der Herzog erklärte, er führe nicht das Kommando, und fühle sich nur als nächstbeteiligter Landesherr bewogen, sein eigenes Land vor den Leiden des Krieges zu bewahren, so konnte es dennoch nach seinen späteren Aeußerungen für Dammers nicht zweifelhaft sein, daß er lediglich als Preußischer Unterhändler und Preußischer General ihm gegenüber stand. Zunächst erging er sich in politischen Betrachtungen und suchte die hannoverschen Offiziere davon zu überzeugen, daß sich ihre Armee, für die er große Sympathie äußerte, in einer verzweifelten Situation befände, aus der es ihr kaum noch möglich sein würde, zu entrinnen. Deshalb wäre es besser für den König, wenn er noch in letzter Stunde eine Verständigung mit Preußen auf Grund der vom Grafen Bismarck bezeichneten Bündnisbedingungen suchen wollte. Nach der Kapitulation würde es dazu zu spät sein.

Zu politischen Negotiationen aber erklärte sich Dammers nicht berechtigt. Er habe vielmehr auf Grund seiner Vollmacht nur den Auftrag, die von Jacobi eingeleiteten Verhandlungen über die Verhältnisse der hannoverschen Armee fortzusetzen. Nun versuchte der Herzog die Täuschung, als ob eine überlegene preußische Streitkraft den Hannoveranern gegenüber stände, aufrecht zu erhalten. „Wir können Ihnen sehr wohl den Durchbruch verwehren", sagte er. „50000 Preußen stehen am Thüringer Walde" — eine Behauptung, die er am nächsten Tage gegen den Rittmeister von Hammerstein des Garde-Kürassierregiments wiederholt hat, der die Befreiung des während des Waffenstillstandes gefangen genommenen Majors von Arentsschildt forderte*). Als er aber dann noch voll stolzer Zuversicht hinzufügte: „Wir sind mit acht Armeecorps in Böhmen eingerückt", erwiderte Dammers schlagfertig: „Dann können hier ja nicht sehr viel sein!"**) Auf die fernere Bemerkung, daß „wir" im Besitze der Eisenbahnen und Telegraphen, die Hannoveraner dagegen völlig isoliert und von ihren Hilfsquellen entfernt wären, entgegnete

*) Mitteilung des Generals z. D. E. Freiherr von Hammerstein d. d. 11. August 1888.

**) Persönliche Mitteilung des Obersten Dammers.

Dammers, daß diese Schlußfolgerung nicht zuträfe, da die Hannoveraner in der vorigen Nacht die Eisenbahnbrücke und die Telegraphenleitung bei Mechterstädt zerstört hätten.

Diese Mitteilung erschreckte den Herzog nicht wenig. Wenn sie sich als begründet erwies, war ihm die Möglichkeit abgeschnitten, aus Eisenach Verstärkungen heranzuziehen. Er entsandte daher seinen Flügel-Adjutanten nach der Telegraphenstation, um den Sachverhalt aufzuklären, und schon nach kurzer Zeit kam dieser mit der Nachricht zurück, daß Eisenbahn und Telegraph unversehrt, eine Zerstörung zwar versucht, aber nicht gelungen wäre. Unter Mitteilung dieser Thatsache konnte der Herzog also dabei beharren, die Situation der preußischen Truppen sei unverändert günstig, die der Hannoveraner dagegen verzweifelt. Allein auch diese Behauptungen verfehlten ihren Eindruck. Dammers versicherte vielmehr auf Ehrenwort, die hannoversche Armee zähle 18000 Mann mit 52 Kanonen, und verstärkte sich durch einkommende Beurlaubte jeden Tag. „Wahrlich eine solche tapfere Armee schlägt sich durch“, setzte er mit erhobener Stimme hinzu. Nun war die Gefahr dringend geworden, denn selbst der Herzog mußte die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit des Durchbruchs zugeben. Dammers erklärte zudem noch, der König wünsche die Operationen fortzusetzen. Er selbst aber würde um 12 Uhr wieder abreisen, wenn bis dahin keine Uebereinkunft zu stande gekommen sei.

Die Perspektive des Angriffs einer weit überlegenen Streitmacht stand also in naher Aussicht. Es war die größte Eile geboten, wenn man das Unheil noch durch ein Abkommen abwenden wollte. Der Herzog erklärte daher dem Oberst Dammers, daß er bereit wäre, die hannoversche Forderung des freien Durchmarsches in Berlin zu befürworten, meinte aber, daß die von Jacobi zugesicherte „längere Zeit“ der Enthaltung von den Feindseligkeiten noch näher festgestellt werden müsse. Dammers konnte nach seiner Vollmacht es nicht wohl ablehnen, auf dahin zielende Unterhandlungen überhaupt einzugehen, und nach lebhafter Diskussion gestand er schließlich die Frist eines ganzen Jahres zu und begründete dieses mit der Erklärung, daß es keinenfalls den Neigungen seines Königs entspräche, in den Krieg gegen Preußen verwickelt zu sein.

Daß es Dammers mit seinen Zusicherungen nicht ernst war, bedarf keines weiteren Beweises. Er glaubte vielmehr, sich einer Kriegslist gegenüber zu befinden, — schon Oberst von Fabeck hatte, indem er sich als Vorposten-Kommandeur vorstellte, sich für etwas ausgegeben, was er

nicht war — und handelte demgemäß. Seiner eigenen Angabe nach war er fest überzeugt, daß Preußen, wenn es nicht „ganz bethört" war, diesen Vorschlag wenigstens ohne weitere Unterhandlungen gar nicht annehmen konnte*). Dennoch war das Zugeständnis unvorsichtig und übereilt. Denn, traf das Antworts-Telegramm vor seiner Abreise ein, so konnte er es nicht ablehnen, den darin angekündigten General von Alvensleben zu erwarten, mit ihm zu verhandeln und währenddem in eine allgemeine Waffenruhe zu willigen. In dem Sinne hat auch der „Offizielle Bericht" recht, wenn er (I. Teil, S. 37, Anm.) sagt, daß die betreffende Frist „gegen die bestimmt ausgesprochene Intention Sr. Majestät des Königs von 6—8 Wochen auf ein Jahr ausgedehnt worden sei", was Dammers nach seiner Instruktion nur für den äußersten Notfall gestattet war.

Der Herzog dagegen war über das Zugeständnis äußerst erfreut. Auch der Minister von Seebach war der Ansicht, daß die so gefaßte Forderung von Preußen wohl bewilligt werden würde, und meinte, daß alsdann das Verlangen einer Einsichtnahme der preußischen Streitkräfte fallen gelassen werden könne. Dementsprechend entwarf nun Jacobi das bekannte Telegramm, das, von Dammers durchgesehen und genehmigt, folgendermaßen lautete:

„Herrn General von Moltke.

Auf Aufforderung Seiner Hoheit des Herzogs von Coburg-Gotha präzisiert der General-Adjutant des Königs von Hannover, der hier eingetroffen ist, zum Abschluß der Verhandlungen die Depesche von heute Morgen dahin, daß die hannoverschen Truppen, wenn ihnen der Durchmarsch nach näher zu bestimmenden Punkten im Süden gestattet wird, ein Jahr lang sich verpflichten, nicht an den Feindseligkeiten teil zu nehmen.

In diesem Falle würde die in der letzten Depesche gemachte Bedingung bez. Einsicht der Streitkräfte wegfallen.

v. Jacobi, Major."

Während die beiden Offiziere diese Depesche redigierten, hatte sich der Herzog in sein Arbeits-Kabinett zurückgezogen, um seine bedrängte Lage dem Könige von Preußen und dem General von Moltke zu schildern. Dem letzten telegraphierte er**):

„Hannoveraner stehen 18000 Mann vor uns. Beyer und Goeben

*) P. M. des Obersten Dammers d. d. 20. September 1866.

**) Vergl. v. Lettow a. a. O. I. T. S. 235.

nicht zur Stelle. Angriff heute, empfehle bei Sachlage Annahme der Bedingungen. Habe Sr. Majestät auf Wunsch des Königs von Hannover telegraphiert."

Noch dringender befürwortete er das Eingehen auf diese Forderungen beim Könige Wilhelm. Davon aber, daß die hannoverschen Offiziere ihm vergeblich durch die Schilderung der Schlagfertigkeit ihrer Truppen mehr als einmal zu imponieren versucht hätten, wie er nachher behauptet hat („Aus meinem Leben und aus meiner Zeit" III. Teil, S. 558), findet sich in dem Telegramme keine Spur. Vielmehr schilderte er die Stellung „unserer operierenden Truppen" als eine prekäre. General Beyer stehe weit zurück. General Glümer sei nicht gefunden. Die hannoversche Armee dagegen, „nach Ehrenwort des Oberst Dammers 18000 Mann mit 52 Geschützen", sei in keiner Weise demoralisiert und stehe eng konzentriert „vor uns". Den Durchbruch der Truppen auf der Strecke Gotha-Eisenach würden „wir" danach nicht zu verhindern vermögen, „zumal wir über Kavallerie nicht disponieren können. Der Angriff wird noch heute erfolgen, wenn Kapitulation nicht zu stande kommt. Oberst Dammers erwartet deshalb in möglichster Zeitkürze Antwort".

Als der Minister von Seebach nach Abfassung dieses Notschreis in das Audienzzimmer zurückkehrte, hatte Jacobi auf Befehl des Oberst Dammers sich in das Telegraphenbureau begeben, um das von ihnen vereinbarte Telegramm zu expedieren. Der Herzog, den er von diesem Vorfall in Kenntnis setzte, sandte daher seinen Adjutanten Jacobi nach, um den Abgang der Depesche so lange zu inhibieren, bis er davon Einsicht genommen hätte. Nun entspann sich im Telegraphenbureau ein ziemlich lebhafter Wortwechsel, der noch erregter wurde, als von der einen Seite Dammers, von der anderen Seebach hinzukamen. Dem letzteren aber gelang es bald, die beiden hannoverschen Offiziere davon zu überzeugen, daß die Forderung des Herzogs vollkommen berechtigt war, und alle begaben sich ins Palais zurück. Vorher aber — etwa um ½11 Uhr — hatte Dammers dem Hauptmann Krause durch Jacobi befehlen lassen, „er möge sofort zu Sr. Majestät abreisen". Was das bedeutete, wußte Jacobi genau, denn er hatte die Instruktion, die Dammers auf der Hinfahrt an Krause gegeben hatte, mit angehört*). Zwar

*) Nachher hat er freilich gegen Wengen sich mit der Behauptung zu rechtfertigen gesucht, daß er währenddem geschlafen habe (vergl. S. 639). Allein diese Angabe, die schon an und für sich unglaubwürdig ist, hat er vor dem über ihn eingesetzten Kriegsgericht nicht gemacht.

hat er sich nachher der Ausrede bedient, er sei der Meinung gewesen, Dammers habe wirklich ernstlich unterhandeln wollen, und er habe außerdem Krause **vor** Abfassung der Depesche den Befehl überbracht, allein er ist durch dessen Zeugnis gerichtlich des Gegenteils überführt worden*). Ueber die wirkliche Sachlage konnte er daher nicht im Zweifel sein.

Durch die Diskussion im Telegraphenbureau hatte sich die Absendung der Depeschen fast eine halbe Stunde verzögert, und es war 11 Uhr geworden, als sie zum Abgang kamen. Dieser Zwischenfall aber war die Veranlassung, daß die von dem Herzog eingeleiteten Verhandlungen in unerwünschter Weise durchkreuzt wurden. Moltke nämlich, der nun von der neuesten Wendung noch keine Kenntnis hatte, war nach dem Fabeckschen Telegramm der Ansicht, daß es sich nur darum handle, die Waffenstreckung der Hannoveraner zu erzwingen. Er telegraphierte daher, dessen Vorschlag gemäß, an Jacobi — Ankunft der Depesche 10 Uhr 50 Minuten —: „Ihr Verlangen, daß eine anerkannt tüchtige Truppe sich von der ihr gegenüberstehenden Uebermacht überzeuge, ist nur gerecht und billig. Sie werden sich überzeugen, daß in der Front eine genügend starke Truppenzahl in starker Stellung Ihren Vormarsch sperrt, während eine andere stärkere Abteilung aus der Richtung von Oetmannshausen her einzugreifen bereit steht.

Eine noch stärkere Truppenmacht ist im Marsch auf Heiligenstadt, ein anderes Detachement von Bleicherode im Marsch auf Mühlhausen. Die Sie umschließenden Truppen sind 54000 Mann stark."

Gleichzeitig wies er Fabeck an, dem von Jacobi zu bezeichnenden Offizier einen preußischen Offizier mitzugeben, um ihn von der von Oetmannshausen her herangerückten starken Kolonne zu überzeugen, ihm die starken Stellungen bei Gotha und Eisenach zu zeigen und Jacobi anheim zu geben, noch besondere Offiziere nach den Richtungen über Mühlhausen — Bleicherode und über Heiligenstadt hinaus zu entsenden, die die Richtigkeit der Moltkeschen Angaben bestätigen würden.

Dieses Telegramm wurde dem Herzog schleunigst zur Kenntnis gebracht, der dadurch höchst unangenehm überrascht wurde. Er hatte aber nicht die Berechtigung, dem Oberst von Fabeck zu untersagen, daß er demgemäß dem Major von Jacobi die ihm aufgegebenen Mitteilungen

*) Dammers an den Archivrat Klopp d. d. 6. Mai 1866. Woher Wengen die Nachricht hat, daß nicht der Major von Jacobi den Hauptmann Krause den fraglichen Befehl überbracht habe (Deutsche Heereszeitung Nr. 72 d. d. 8. September 1897 S. 569), weiß ich nicht.

mache. Fabeck begab sich daher nach etwa $^3/_4$ Stunden, also kurz vor Ablauf der von Dammers auf 12 Uhr festgesetzten Frist, in das sogenannte Kavalierhaus, wohin sich die beiden Offiziere zurückgezogen hatten, um die Entscheidung von Berlin abzuwarten. Dort eröffnete er ihnen zu ihrem großen Erstaunen, daß Eisenach durch zwei Bataillone des 4. Garde-Regiments besetzt wäre, bei Gotha aber sechs etwas schwächere Bataillone und drei Batterien ständen und man versteht es, daß ihm nach seinen Versicherungen in der vorigen Nacht diese Mitteilungen einigermaßen peinlich waren. Jacobi aber war aufs äußerste bestürzt. Nach Fabecks Fortgang machte er sich die größten Vorwürfe, daß er sich so hatte täuschen lassen. Dammers tröstete ihn, es sei ja noch nichts verloren, die Armee sei, wie sie wüßten, nach Krauses Meldung jetzt wahrscheinlich schon im Marsch, Eisenach würde heute Nachmittag genommen werden, sie wollten sofort abreisen*). Dann bestellte Dammers, der nunmehr wußte, was er wissen wollte, draußen seinen Wagen.

Der Herzog hatte gleich vorhergesehen, daß die beiden hannoverschen Herren auf die Eröffnungen Fabecks die Verhandlungen abbrechen und abreisen würden. Auch hat er sich wahrscheinlich vergeblich bemüht, ihn von dem bedenklichen Schritte zurückzuhalten. Wenigstens scheint sein Telegramm an den König Wilhelm darauf hinzudeuten**), worin er diesem mitteilt, daß Oberst von Fabeck, „infolge seines körperlichen Leidens auch geistig so angegriffen sei, daß er seiner Aufgabe militärisch wie auch in Betreff der Verhandlungen nicht mehr gewachsen zu sein scheine". Deshalb bäte er sofort einen gewandten Offizier per Extrazug zu senden.

Dem Herzog mag aber bei der nahen Aussicht eines feindlichen Angriffs nicht sehr wohl zu Mute gewesen sein. Er ging also in das Kavalierhaus hinüber und versuchte Dammers zu längerem Bleiben zu überreden. Wenigstens bat er ihn, so lange zu warten, bis Antwort auf seinen Vorschlag von Berlin eingetroffen wäre. Auch der Minister von Seebach war schon in derselben Absicht dagewesen. Allein Dammers wollte sich auf nichts einlassen, und wies darauf hin, daß er gleich zu Anfang 12 Uhr als den Zeitpunkt zum Abbruch der Verhandlungen festgesetzt habe. In dem Augenblick kam ein Adjutant ins Zimmer und flüsterte dem Herzog etwas ins Ohr, worauf dieser sagte: „Sehen

*) P. M. des Oberst Dammers d. d. 20. September 1866.

**) S. dasselbe in von Lettow a. a. O. I. T. S. 234. Leider findet sich dabei nicht die Zeitangabe des Abganges.

Sie, da kommt Antwort aus Berlin." Daraufhin erklärte sich Dammers bereit, diese abzuwarten, obgleich sein Wagen bereits vor der Thür stand, und Jacobi und er, die Mütze in der Hand, zur Abreise fertig waren*).

Bald nachher wurde die Depesche gebracht. Sie enthielt aber nichts, wie die Ankündigung des Generals von Moltke an den Obersten von Fabeck, daß ein Generaladjutant des Königs per Extrazug unterwegs sei, „um die Befehle Sr. Majestät des Königs von Hannover in Empfang zu nehmen." Fabeck sollte dieses dem Major von Jacobi mitteilen, damit er den Abgesandten erwartete**). Seine eigene Abreise und den Abbruch der Verhandlungen aber deswegen noch länger hinauszuschieben, lehnte Dammers bestimmt ab; doch beauftragte er auf Ersuchen des Herzogs den Major von Jacobi, zurückzubleiben, um den Generaladjutanten über Langensalza zum Könige zu führen. Etwa von Berlin noch kommende Antworten sollte er ad referendum nehmen.

Als er sodann kurze Zeit, nachdem der Herzog fortgegangen war, die Treppe herabkam, um in den Wagen zu steigen, trat der Minister von Seebach mit der Frage an ihn heran, ob er sich nicht Sr. Hoheit empfehlen wolle, Hochdieselben seien in dem Empfangszimmer des Palais unten und warteten auf ihn. Obgleich Dammers gar keine Neigung hatte, den Herzog noch einmal zu sprechen, konnte er diese Aufforderung doch nicht wohl abschlagen. In dem Zimmer befand sich auf Betreiben Seebachs auch noch der Oberst von Fabeck. Und nun wurde Dammers von allen Seiten bestürmt, er solle veranlassen, daß die Feindseligkeiten eingestellt, eine Waffenruhe abgeschlossen würde. Darauf wollte er sich aber durchaus nicht einlassen, da es der Wille Sr. Majestät sei, die Operationen fortzusetzen. Außerdem wäre er dazu nicht ermächtigt. Endlich aber gab er nach längerem Hin- und Herreden die Zusicherung, daß bis zum Eintreffen des angekündigten Generaladjutanten kein Angriff erfolgen sollte, vorausgesetzt, daß dessen Ankunft sich nicht bis zum folgenden Tage verzögerte. Dieses Versprechen durfte er mit gutem Gewissen geben, denn es ist selbstverständlich, daß es sich nur auf

*) Amtlich beglaubigte Erklärung des Obersten Dammers d. d. 29. Mai 1868.

**) Wenn sich in den Memoiren Moltkes die Abgangszeit des Telegramms mit 10 Uhr 50 Minuten angegeben findet, so möchte ich glauben, daß ein Schreibfehler vorliegt, und es 11 Uhr 50 Minuten heißen muß. Denn die Depesche scheint mir unzweifelhaft die Antwort auf das nach 11 Uhr an den König Wilhelm abgesandte Telegramm des Herzogs zu sein (vergl. von Lettow a. a. O. S. 236 ff.).

die Truppen vor Gotha beziehen konnte, an deren kommandierenden General ihn seine Vollmacht verwies. Auch der Herzog scheint es ursprünglich nicht anders und keineswegs mit auf Eisenach bezogen aufgefaßt zu haben. Wenigstens hat er kurz nachher dem Rittmeister v. d. Wense, der ihn aufforderte, er möge, um Blutvergießen zu vermeiden, die Räumung Eisenachs veranlassen, erwidert, daß er dort nichts zu befehlen habe*).

Der Oberst Dammers aber war, selbst, wenn er gewollt hätte, gar nicht im stande, für die Truppenabteilungen, welche, wie er wußte, nachmittags das über 4 Meilen entfernte Eisenach angreifen sollten, mittags 12 Uhr irgendwelche Verpflichtung zu übernehmen. Diesen Angriff hatte er selbst dem Könige durch Krause vorgeschlagen und ihm dabei anheimgegeben, gegen Gotha nur demonstrieren zu lassen. War aber die hierfür bestimmte Brigade, wie kaum anzunehmen, bereits im Marsch, so konnte er ihr bei seiner Rückfahrt leicht die entsprechenden Befehle erteilen**). Es lag also ganz im hannoverschen Interesse, wenn der Herzog durch die vorgeschlagene Uebereinkunft verhindert wurde, Verstärkungen nach Eisenach zu senden. Und diese Wirkung hat sie in der That gehabt. Auf das bald nachher von dort eingehende Hilfegesuch des Obersten von Osten-Sacken versicherte Fabeck „amtlich", daß die Feindseligkeiten eingestellt und es deshalb geraten sei, vorläufig das weitere abzuwarten***).

Daß der Herzog der Waffenruhe einen weitergehenden Sinn unterlegte, daß es ihn nicht stutzig machte, wenn ein Mann wie Dammers zu einem Abkommen die Hand bot, das offenbar nur für Preußen Vorteil hatte, befremdet auf den ersten Blick. Allein die Besorgnis vor einem Angriff auf seine Hauptstadt scheint ihn vollständig verblendet zu haben. Deshalb gab er die Zusage, daß die Zeit während der Sistierung der Feindseligkeiten nicht dazu benutzt werden sollte, neue Streitkräfte†) auf der Eisenbahn heranzuziehen. Dammers konnte es nur erwünscht sein, wenn man der Vereinbarung eine erweiterte Bedeutung

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 662.

**) Oberst Dammers an den Archivrat Klopp d. d. 25. Januar 1869.

***) Daß Wengen, der sich durch die wahrheitswidrigen Erzählungen Jacobis hat bös hinters Licht führen lassen, bei dieser Sachlage von einer „Rabulisterei sondergleichen" spricht, (Deutsche Heereszeitung Nr. 73 vom 11. September 1897 S. 575 Anmerkung) ist wohl kaum berechtigt. Die gehässige Verdächtigung des Charakters Dammers' bei diesem Anlaß aber wäre besser unterblieben.

†) In dem Werke „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit" (III. T. S. 559) steht auffallenderweise: „meine Truppen".

gab. Er bestätigte daher dem Minister von Seebach auf Befragen seine gegebene Zusicherung und auch der Herzog wiederholte die von ihm gemachte Zusage. Diese mündliche Abmachung wurde dann von Seebach in einem schriftlichen Protokoll zusammengefaßt, dem noch die Bestimmung hinzugefügt wurde, daß Major von Jacobi in Gotha zurückbleiben sollte, um den erwarteten preußischen Generaladjutanten ins hannoversche Hauptquartier zu begleiten*).

Mittlerweile war es nach $12^1/_4$ Uhr geworden, als Dammers vom Herzog entlassen wurde. Er begab sich also nochmals ins Kavalierhaus, um Jacobi mitzuteilen, daß er jetzt abreisen würde. Dabei wiederholte er den bereits früher erteilten Befehl, daß der Major zum Empfang des angekündigten Generaladjutanten und Entgegennahme der Antwort aus Berlin dazubleiben habe. Dann fuhr er ab. Mit dem befriedigenden Bewußtsein, menschlicher Voraussicht nach, das Durchkommen der Armee nach dem Süden gesichert — und den Herzog von Coburg gründlich düpiert zu haben, kehrte er zu seinem königlichen Herrn zurück.

Etwa halbwegs nach Langensalza kam ihm der Rittmeister v. d. Wense in scharfer Gangart in Begleitung eines preußischen Offiziers entgegengeritten. Er sollte ihm den Befehl überbringen, sofort die Unterhandlungen abzubrechen und ins Königliche Hauptquartier zurückzukehren. Freudig überrascht, daß die durch Krause übersandte Meldung anscheinend so raschen Erfolg gehabt hatte, unterbrach Dammers den Rittmeister mit den Worten: „Ich weiß schon, ich weiß schon," und erteilte ihm den Auftrag, mit möglichster Beschleunigung nach Gotha weiter zu reiten, dem Herzog von dem Abbruch der Verhandlungen amtlich Kenntnis zu geben, und

---

Ob hier nur ein Schreibfehler oder die Absicht vorliegt, das gegebene Zugeständnis als möglichst harmlos darzustellen, maße ich mir nicht an, zu entscheiden. Jedenfalls hat aber der Herzog nach seiner eigenen Angabe (a. a. O. S. 564) während des späteren auf seine Veranlassung von Jacobi herbeigeführten Waffenstillstandes dem General v. Alvensleben empfohlen, „beim Könige dahin zu wirken, daß weitere Truppenzüge aus Magdeburg nach Gotha vorgeschoben werden möchten", und der General ist darauf eingegangen. Er hatte sogar schon am 24. nachmittags, also während der nach seiner Angabe mit Dammers vereinbarten Waffenruhe den Lieutenant von Hochwächter vom 7. preußischen Artillerieregiment abgeschickt, um den General von Beyer aufzusuchen und um Unterstützung zu bitten. (Ebenda S. 563 ff.)

Damit erledigt sich die Bemerkung Lettows (I. T. 237), der zugleich zugiebt, daß man in „diesem letzten Teil der Verhandlungen" auf der Seite des Herzogs „doppelzüngig" gewesen ist.

*) Denkschrift des Ministers v. Seebach d. d. 4. Juli 1866.

den Major von Jacobi zurückzubeordern. Während er sodann seine Fahrt nach Langensalza fortsetzte, galoppierte Wense nach Gotha weiter, wo er gegen 1 Uhr eintraf. Hier erregte die abermalige Ankunft eines hannoverschen Offiziers, der auf schaumbedecktem Pferde direkt vor das herzogliche Palais sprengte, bei der dort versammelten neugierigen Menge gerechtes Erstaunen. Ueberdies spielte sein blutunterlaufenes geschwollenes Gesicht infolge der in dem Gefechte bei Arnstein erhaltenen Kontusion in allen Farben des Regenbogens.

Während er verlangte, zum Herzog geführt zu werden, trat dieser aus dem Palais, so daß er sich seines Auftrags sofort entledigen konnte. Der Herzog aber, dessen Konzept schon durch die plötzliche Abreise des Obersten Dammers verwirrt war, konnte sich nun nicht länger verhehlen, daß er sich vollständig hatte täuschen lassen. Dennoch suchte er Wense gegenüber die Fiktion aufrecht zu erhalten, als ob er nur den Wunsch hegte, als unparteiischer Souverän zwischen Preußen und Hannover zu vermitteln. Wiederholt erklärte er, daß er, obgleich in preußischer Uniform, ihm doch nur als Privatmann gegenüberstehe und kein Kommando führe. Außerdem behauptete er, daß die Verhandlungen bereits zu einer bestimmten Verabredung gediehen wären, von einem Abbruch derselben also nicht die Rede sein könne. Demgegenüber sei das Verhalten des Obersten Dammers ein eigentümliches. Er bäte daher Wense, sich bestimmt darüber zu äußern, ob dieser ihm von der getroffenen Uebereinkunft Mitteilung gemacht habe oder nicht, oder ob dessen Absicht etwa dahin gegangen sei, sich hiervon einseitig loszusagen.

Darüber vermochte Wense keine Auskunft zu geben, indem er, wie er sagte, nur einen militärischen Befehl zu überbringen hätte und nicht zu diplomatischen Verhandlungen autorisiert sei. Jedenfalls aber hatte die ganze noch eben so hoffnungsvolle Situation von neuem einen höchst bedenklichen Charakter angenommen und das Schreckbild eines Angriffs auf Gotha stieg abermals drohend vor dem Herzog auf.

Er entbot daher Wense in sein Arbeitszimmer und ließ auch den Minister von Seebach zu sich berufen, um zu versuchen, ob man nicht durch persönliche Einwirkung auf den neuen Unterhändler die Sachlage wieder zu seinen Gunsten wenden könnte. In „sehr nachdrücklicher Weise" sprach er diesem sein Befremden darüber aus, daß Oberst Dammers ihn nicht wieder mit ins hannoversche Hauptquartier habe zurückkehren lassen, da sein Auftrag durch das inzwischen Verhandelte bereits vollständig erledigt wäre. Das Verhalten Hannovers sei nicht loyal, ja er stehe nicht

an, es als „Felonie" zu bezeichnen, wogegen Wense energisch Verwahrung einlegte. Dann erging sich der Herzog in weiteren Betrachtungen über die bedenklichen Bahnen, in welche der König Georg unter dem Einfluß militärisch exaltierter Leute geraten sei. Ihm sei bekannt, wie dessen Politik ausschließlich von der Animosität gegen Preußen geleitet, der König Wilhelm dagegen von den aufrichtigsten Gesinnungen gegen seinen Vetter und das hannoversche Volk erfüllt wäre.

Wense entgegnete mit Entschiedenheit, daß man in Hannover ganz anders dächte, und den Ueberfall des Landes unmöglich als einen Akt der Freundschaft betrachten könne. Das hannoversche Volk jauchze vielmehr seinem Könige hinsichtlich der von ihm befolgten Politik zu. Vergeblich suchte der Herzog sodann Wense davon zu überzeugen, daß eine Waffenruhe abgeschlossen sei, die nur noch der Ratifikation durch die beiderseitigen Souveräne bedürfe, daß ein Abbruch der Verhandlungen daher nicht statthaft wäre und er unverzüglich nach Langensalza zurückkehren müsse, um das „Mißverständnis" aufzuklären. Wense ließ sich auf nichts ein. Daß Dammers ihm einen so wichtigen Umstand verschwiegen haben sollte, war völlig undenkbar. Außerdem hatte er den von Rudorff ihm auszüglich mitgeteilten Angriffsplan auf Eisenach in der Tasche und eröffnete auf seine eigene Verantwortung dem Herzog, daß um 3 Uhr die Stadt mit Güte oder Gewalt genommen werden würde*).

Dann bat Wense, dem Major von Jacobi den Befehl zur Abreise überbringen zu dürfen, der auch alsbald im Palais erschien. Dort nahm der Rittmeister Gelegenheit, ihm außerdem unter vier Augen „die Motive des Abbruchs der Verhandlungen, sowie die von Oberstlieutenant Rudorff

*) Bei dieser Sachlage ist es völlig unmöglich, daß, wie der Minister von Seebach in seiner Denkschrift vom 4. Juli 1866 behauptet, Wense sich bereit erklärt haben soll, ins hannoversche Hauptquartier zurückzukehren, „um das Mißverständnis aufzuklären". Auch bestreitet dieser auf das Bestimmteste — mit dem Erbieten, seine Aussage eventuell eidlich zu erhärten — daß die Meldung eines Angriffs auf Mechterstädt in seinem Beisein zur Sprache gekommen sei. (Rittmeister v. d. Wense an den Archivrat Klopp d. d. 29. Januar 1869.) Außerdem giebt der Herzog in seinem Briefe vom 10. September 1866 an den Fürsten von Hohenlohe-Langenburg (vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung, d. d. 17. September 1866 Nr. 260) selbst an, daß er diese Meldung erst „in den Nachmittagsstunden", nachdem Wense wieder fortgeritten war, erhalten hätte. Ebenso wird darin eine vereinbarte Waffenruhe mit keinem Wort erwähnt. Danach ist die Wengensche Darstellung (S. 656 ff.), die sich offenbar zumeist auf die Angaben Jacobis gründet, zu berichtigen.

ihm mitgeteilten, den Angriff auf Eisenach betreffenden Dispositionen für den Nachmittag des 24. Juni, wie er sie sich auf einem Zettel notiert hatte, mitzuteilen*)." Jacobi war also über die Sachlage vollständig und genau unterrichtet.

Der Herzog dagegen mußte jetzt beinahe jede Hoffnung aufgeben, den Durchzug der Hannoveraner nach dem Süden noch hindern zu können. Wense aber hatte sich durch die politische Diskussion mit ihm ganz unnötigerweise eine Stunde festhalten lassen. Darüber war es 2 Uhr geworden und beide Offiziere waren im Begriff sich zu verabschieden, da kam 1 Uhr 58 Minuten die sehnlich erwartete Antwort Bismarcks auf die herzoglichen Depeschen an den König und Moltke und erweckte neue Hoffnungen. Sie lautete:

„Seine Majestät der König genehmigt den Ew. Hoheit Telegramm von 11 Uhr beigefügten vom hannoverschen Generaladjutanten nach Angabe des Majors von Jacobi präzisierten Vorschlag unter der Bedingung, daß für die Nichtteilnahme an den Feindseligkeiten während eines Jahres Garantien festgestellt werden. Darüber zu unterhandeln ist General von Alvensleben mit Extrazug unterwegs.

Auf Allerhöchsten Befehl
Bismarck**)."

Hocherfreut trat nun der Herzog mit der Depesche auf Wense zu, und forderte ihn auf, dieselbe zu lesen, weil dadurch sein Auftrag überflüssig geworden wäre. Auch Jacobi erfüllte der Inhalt des Telegramms mit freudiger Genugthuung. Seine Hoffnung, daß der König Wilhelm versöhnlichere Gesinnungen gegen Hannover hegte, als Bismarck und Moltke, bewahrheite sich also doch, und er hielt ein friedliches Uebereinkommen schon so gut wie abgeschlossen. Daß man für die Erfüllung der Zusage noch gewisse Garantien verlangte, beachtete er entweder nicht, oder er nahm an, daß es sich nach den Zusicherungen des Königs Georg nur um die Unterschrift der beiden Souveräne handele.

Der Herzog sprach sich gleichfalls dahin aus, daß die geforderten Garantien unschwer festzustellen sein würden, und er an dem Zustandekommen des friedlichen Ausgleichs nicht mehr zweifle. Nun brannte Jacobi der Boden unter den Füßen. Mit Freuden erklärte er sich bereit, seinem

---

*) Dienstschreiben des Rittmeisters v. d. Wense an den Generaladjutanten Oberst Dammers d. d. 7. Oktober 1866.

**) S. den Wortlaut des Telegramms in v. Lettow a. a. O. S. 247.

königlichen Herrn die frohe Botschaft zu melden und womöglich den angekündigten Angriff noch zu inhibieren*).

Unglücklicherweise aber war in dem Augenblicke kein Wagen disponibel. Auf den Vorschlag Jacobis wandte sich daher der Herzog an Wense mit der Frage, ob er, um die Vergießung deutschen Blutes zu verhindern, das Telegramm dem Könige überbringen wolle. Dieser konnte den Auftrag nicht wohl ablehnen, obgleich er nicht an den Erfolg glaubte. Denn ihm war unbekannt, daß der König in die Ausdehnung der Frist auf ein Jahr gewilligt hatte, und er erklärte offen, daß seiner Ansicht nach dieser sich nicht darauf einlassen würde, meinte aber, die Feindseligkeiten ließen sich auf einfachere Weise verhindern. „Gestatten Ew. Hoheit, an Ihr deutsches Herz zu appellieren," sagte er, „geben Sie dem Kommandanten von Eisenach den Befehl, den Platz zu räumen, so wird alles vermieden werden". Der Herzog aber entgegnete in der bestimmtesten Weise, „Ich habe nichts zu befehlen**)". Dann behändigte er Wense das Telegramm, nachdem er davon Abschrift genommen hatte, und entließ ihn mit den Worten: „Reiten Sie so schnell als möglich und bringen Sie uns günstige Antwort." Dem Major von Jacobi aber setzte Seebach auseinander, daß er bei der gänzlich veränderten Sachlage nun um so mehr verpflichtet sei, in Gotha zu bleiben, um den General von Alvensleben zu empfangen. Unbegreiflicherweise gab er dem Ansinnen nach und ließ dem Könige durch Wense melden, daß er noch weitere Befehle abwarten wolle. „Hätte ich den ungehorsamen Offizier doch auf der Stelle niedergeschossen", sagte mir Wense später.

In Langensalza war nach der Abfahrt der drei Unterhändler nach Gotha die Situation eine völlig andere geworden. Der Oberstlieutenant Rudorff war, von dem ortskundigen Volontär Graf Bernstorff begleitet, morgens 5 Uhr weggeritten, um gemäß der ihm infolge der Ahlefeld'schen Meldung erteilten Befugnis die Brigade Bülow gegen Eisenach in Marsch zu setzen. Gegen 7 Uhr traf er auf deren Rendezvousplatz zwischen Oster- und Großbehringen ein und erhielt von dem Obersten von Bülow die Erlaubnis, mit einem auf Wagen beförderten Bataillon, einer Schwadron Kronprinz-Dragoner und 2 Geschützen vorauszueilen, um die Stadt zu besetzen. Alles war schon zum Aufbruch bereit, da erschien ein Ordonnanz-

---

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 661.

**) Vgl. „Offenes Sendschreiben an den Archivrat O. Klopp" von Camillo von Seebach S. 22 ff. und 59 ff.

Offizier, welcher der Brigade den Befehl überbrachte, vorläufig die Angriffsbewegungen zu sistieren, weil Major von Jacobi mit ungünstigen Nachrichten aus Gotha zurückgekehrt sei. Dennoch beschloß Rudorff auf eigene Verantwortung mit einer Schwadron nach Eisenach vorzureiten, und den wichtigen Platz, den er noch frei vom Feinde glaubte, vorläufig für die Hannoveraner zu sichern. Um $7^1/_2$ Uhr trabte die Schwadron, unter Führung des Grafen Bernstorff, durch den lachenden Sonntagmorgen nach dem etwa $1^3/_4$ Meilen entfernten Eisenach ab. In Stockhausen, dem letzten Dorf diesseits der Stadt, stieß man unerwartet auf eine 3 Mann starke Patrouille des preußischen 4. Garderegiments, die schleunigst Reißaus nahm und sich durch die den Weg einschließenden Hecken zu retten suchte. Allein ein Dragoner-Korporal, der rasch entschlossen vom Pferde sprang, verfolgte die Fliehenden und es gelang ihm, einen Gardisten gefangen zu nehmen, welcher aussagte, daß Eisenach von zwei Bataillonen besetzt wäre. Rudorff ließ sich dadurch nicht beirren, sondern ritt mit blasendem Trompeter und weißem Tuch gegen die preußische Feldwache vor, und verlangte als Parlamentär eine Unterredung mit dem Kommandanten der dortigen Truppen. Kurz vor 9 Uhr erschien denn auch der herbeigerufene Oberst von der Osten-Sacken bei den Vorposten. Rudorff eröffnete ihm, daß 6000 Mann und 12 Geschütze bereit ständen, um Eisenach in Besitz zu nehmen, das, wie er wisse, nur von 2 Bataillonen ohne Artillerie besetzt wäre. Jeder Widerstand sei offenbar nutzlos, er möge deshalb den Ort freiwillig räumen, da auch der König Georg wünsche, alles unnütze Blutvergießen vermieden zu sehen.

Dazu wollte sich der Oberst, obgleich er die Richtigkeit der Angaben über die Schwäche seiner Truppen nicht bestreiten konnte, jedoch nicht verstehen und erklärte, seine Pflicht verböte ihm, dem an ihn gestellten Ansinnen zu entsprechen. Rudorff erwiderte, er sei ermächtigt, der Stadt Eisenach eine Frist bis 3 Uhr nachmittags zu gewähren, damit die Einwohner Zeit hätten, sich vor dem alsdann beginnenden Bombardement in Sicherheit zu bringen. Diesen Zeitraum hielt er für erforderlich, um die Genehmigung des Königs für seine Maßregeln zu erwirken, und die nötige Unterstützung für die Brigade Bülow heranzuholen.

Dem preußischen Kommandierenden mag bei der Eröffnung dieser Perspektive nicht sehr wohl zu Mute gewesen sein, zumal da Rudorff ihm noch mitteilte, er habe bereits eine stärkere Truppen-Abteilung in Marsch gesetzt, welche die Eisenbahnverbindung nach Gotha unterbrechen

sollte. Er bewahrte jedoch seine feste Haltung und lehnte jede Verhandlung ab.

Darauf ritt Rudorff zurück und traf gegen 10 Uhr wieder bei Osterbehringen ein, wo dem Obersten von Bülow eben der Befehl zugegangen war, seine Truppen auf die Lagerplätze der vorigen Nacht zurückzuführen. Trotzdem erklärte er sich auf Rudorffs Vorstellungen bereit, mit dem Gros der Brigade — 4 Bataillone, 2 Schwadronen, 8 Geschütze — den Vormarsch auf Eisenach sofort anzutreten, und ein Bataillon nebst einer Abteilung Pioniere auf Wagen sowie einen Zug Dragoner und 2 Geschütze nach Mechterstädt zur Zerstörung der Eisenbahn und der Telegraphenleitung zu entsenden. Dem Detachement, welches dem Oberstlieutenant Knipping vom 4. Infanterie-Regiment unterstellt war und das gegen 11 Uhr aufbrach, wurde noch die Reserve-Kavallerie zur eventuellen Unterstützung beigegeben.

Zwischen 11 und 12 Uhr war Rudorff wieder in Langensalza und eilte sofort zum Könige, da er von der trüben hoffnungslosen Auffassung des kommandierenden Generals genügend unterrichtet war, um von ihm keine Befürwortung seines kühnen Planes zu erwarten. Der Monarch hatte sich eben nach dem Besuche der Kirche zur Ruhe begeben, aber als man ihm meldete, was Rudorff brachte, sprang er mit dem Jubelruf: „Gott sei Dank, nun kann noch alles gut werden!“ auf und genehmigte ohne Zögern alle seine Vorschläge für den Angriff auf Eisenach.

Zunächst wurde nun, wie bereits erzählt, der Rittmeister v. d. Wense beauftragt, nach Gotha zu reiten, um dem Obersten Dammers den Befehl zum Abbruch der Verhandlungen zu überbringen. In dem Augenblick, wo er sein Pferd besteigen wollte, traf auch der Hauptmann Krause mit seiner Meldung ein, welche den Bericht Rudorffs in allen Punkten bestätigte und dieselben Vorschläge zum Angriff auf Eisenach überbrachte.

Dann begab sich Rudorff ins Hauptquartier im „Mohren“, wo seine Ankunft und die Kunde, daß es nun doch vorwärts gehen sollte, unter den jüngeren Offizieren des Stabes freudigen Jubel erweckte. Arentsschildt und Cordemann dagegen waren höchst erzürnt über die Eigenmächtigkeit des Oberstlieutenants, der das Ergebnis der von ihnen eingeleiteten Verhandlungen nicht abwarten wollte. „Du übergehst den kommandierenden General, Du übergehst mich, Deinen Chef des Stabes“, hörte man Cordemann mit lauter Stimme ihm vorwerfen. Darauf eilten beide zum Könige und baten, wenn ihre Autorität nicht geschützt würde, um ihre Entlassung. Als sie diesen aber zu ihrer Enttäuschung durch-

aus nicht abgeneigt fanden, das Gesuch zu genehmigen und dem Kriegsminister das Kommando zu übergeben, erklärten sie sich nach einigem Zögern bereit, den Oberbefehl weiterzuführen*).

Die Ausarbeitung der Angriffs-Dispositionen aber überließen sie Rudorff allein, der denn auch die betreffenden Ordres ausfertigte. Ein Generalstabs-Offizier überbrachte der Brigade Bülow, welche bis über Groß-Lupnitz hinaus vorgerückt war, den schriftlichen bestimmten Befehl, um 3 Uhr nochmals die Räumung Eisenachs zu verlangen und nach $^1/_2$ Stunde Bedenkzeit zum Angriff zu schreiten. Die Brigade de Vaux sollte sofort von Langensalza aufbrechen und in derselben Richtung über Reichenbach und Osterbehringen folgen, zwei Bataillone auf Wagen vorausschickend. Die Brigade Bothmer, die eben erst wieder in Groß-Gottern angekommen war, erhielt Befehl, nachmittags 5 Uhr abermals aufzubrechen und mit der Batterie Blumenbach von der Reserve-Artillerie bis Osterbehringen zu rücken, um dort ein Bivouac zu beziehen. Um dieselbe Zeit sollte die Brigade Knesebeck mit dem ihr zugeteilten Gardehusaren-Regiment und der Batterie Hartmann von der Reserve-Artillerie auf der Straße nach Gotha vorgehen, bei Hennigsleben und Grumbach Stellung nehmen und Vortruppen soweit als möglich vorschieben. War Eisenach genommen, so hatte sie am nächsten Morgen um 5 Uhr den anderen Brigaden zu folgen. Eben dahin wurden auch die Munitions-Kolonne und das Artillerie-Depot, die abends 8 Uhr vor dem südlichen Ausgange von Langensalza parkieren sollten, beordert. Das Detachement Knipping endlich erhielt Befehl, nach Ausführung seiner Aufgabe sich in Eisenach wieder mit der Armee zu vereinigen.

Außerdem wurde die Intendantur angewiesen, noch am 24. abends möglichst große Vorräte an Lebensmitteln und Fourage in Groß- und Osterbehringen zusammenzubringen.

Daß diese Dispositionen, wie Lettow meint (I, S. 244 ff.), vielleicht nicht ganz zweckentsprechend waren, gebe ich gern zu. Allein die drängende Eile, sowie der Umstand, daß Rudorff allein die Anordnungen treffen mußte, entschuldigen die kleinen Mängel zur Genüge, und daran hat es nicht gelegen, wenn das Unternehmen nicht glückte.

Etwa um 2 Uhr, nachdem die Ordres zum Vormarsch an die

---

*) General von Arentsschildt hat am 24. mittags seinem persönlichen Adjutanten, Rittmeister von Lenthe selbst gesagt, er sei des Kommandos enthoben. (Mitteilung des Rittmeisters von Lenthe d. d. 24. Februar 1867.)

Truppen ausgegeben waren, meldete sich Dammers beim Könige zurück. Ihm war bei Hennigsleben der Hauptmann Krause begegnet, den Rudorff der Sicherheit wegen als zweiten Boten zur Notifikation des Abbruchs der Verhandlungen nach Gotha entsandt hatte. Da seine Mission überflüssig geworden zu sein schien, so veranlaßte ihn Dammers zur Umkehr nach Langensalza — eine unleugbar voreilige und in ihren Folgen geradezu verhängnisvolle Eigenmächtigkeit. Denn, kam Krause rechtzeitig nach Gotha, so konnte er in seinem Wagen Jacobi gleich mit zurückbringen und damit unabsehbares Unheil verhüten.

Der König sprach Dammers seine vollste Anerkennung für seine Thätigkeit in Gotha aus. Jetzt ritt auch General Arentsschildt, der dessen Rückkehr abgewartet hatte, gegen 3 Uhr nach Eisenach zu ab, um die Leitung der Operationen zu übernehmen. Oberst Cordemann war ihm in Begleitung des Rittmeisters von Wangenheim schon eine Stunde früher vorausgeeilt. Dammers dagegen verblieb noch etwas länger in Langensalza, um den Erfolg der Wenseschen Mission zu erfahren. Dieser traf denn auch nach einem eiligen Ritt etwa um $3^1/_2$ Uhr ein und meldete dem Könige das Ergebnis seiner Sendung.

Ueber das Verbleiben Jacobis in Gotha war der Monarch mit Recht im höchsten Grade unzufrieden. Er sah darin nicht bloß eine Auflehnung gegen seinen bestimmten Befehl, sondern ihm ahnte auch nichts gutes, so lange er den schwachen Mann unter der Beeinflussung des Herzogs wußte. Daß das Telegramm Bismarcks nur mit der Absicht der Täuschung abgefaßt war, entging ihm nicht. Das Zugeständnis des freien Durchzuges nach dem Süden, den Preußen nicht mehr hindern konnte, war um so wertloser, da es noch von Garantien abhängig gemacht war, über die General von Alvensleben erst unterhandeln sollte. Er wies daher das Ansinnen des Herzogs, einstweilen den Vormarsch zu sistieren, auf das allerentschiedenste zurück. „Ew. Hoheit werden ermessen“, schrieb er ihm, „daß ich auf solche Bedingung nicht einzugehen vermag und von den Verhandlungen darüber eine Verzögerung der militärischen Operationen nicht abhängig machen kann*).“ Dennoch erklärte er sich bereit, „um allem Blutvergießen und dem Drucke der Einwohner möglichst vorzubeugen“, mit dem General von Alvensleben über den friedlichen Durchzug in Verhandlung zu treten.

*) S. das Schreiben u. a. in v. d. Wengen a. a. O. S. 683 ff., von Lettow a. a. O. I. T. S. 242 ff. 2c.

Zugleich ersuchte er den Herzog, „Mir sofort Meinen Major von Jacobi zurückzusenden, da Ich keine erneute Verzögerung der Operationen zulassen kann“.

Zur Ueberbringung dieses Schreibens ritt der Rittmeister v. d. Wense gegen 4 Uhr abermals nach Gotha ab. Etwa eine halbe Stunde vor ihm hatte Dammers, begleitet von dem Hauptmann Krause und seinem persönlichen Adjutanten, Lieutenant von Klenck, Langensalza verlassen, um in Eisenach die nötigen Maßregeln zur Sicherung des Königlichen Hauptquartiers zu treffen, und sich zur Verfügung des kommandierenden Generals zu halten. Auch der Volontär Graf Hardenberg schloß sich ihm an. Er beschleunigte die Gangart seines Pferdes, soweit es bei der drückenden Hitze möglich war, und überholte den General von Arentsschildt jenseits Osterbehringen. Dann aber versagten ihm und dem Grafen Hardenberg die ermatteten Tiere den Dienst. Man mußte daher einen Wagen requirieren, der jedoch nicht so rasch zu beschaffen war — wiederum ein unerwünschter Zwischenfall, der ganz unerwartete Folgen haben sollte*).

Als Wense um 6¼ Uhr nachmittags zum zweiten Male in Gotha eintraf, erfuhr er zu seiner namenlosen Ueberraschung, daß Jacobi in der unverantwortlichsten und folgenschwersten Weise in die Operationen eingegriffen hatte. Kurz nachdem er mittags zum Könige zurückgeritten war, hatte nämlich ein Adjutant dem Herzog die telegraphische Nachricht überbracht, „daß die hannoversche Avantgarde jenseits Fröttstädt bei Mechterstädt die Eisenbahn besetze, und Feindseligkeiten gegen die in der Nähe dort aufgestellte Vorhut der in Eisenach stationierten zwei preußischen Garde-Bataillone beginne**).“

Der von Wense angekündigte Angriff auf Eisenach war also schon im Gange und die Partie verloren. Nur, wenn man Jacobi bewegen konnte, einen Aufschub der Operationen herbeizuführen, war noch Rettung möglich. Diesem unglücklichen Mann stellte nun der Herzog vor, daß das hannoversche Vorgehen, während die Unterhandlungen noch schwebten, gegen den Kriegsgebrauch verstieße, ja daß Oberst Dammers bei seiner Abschieds-Audienz eine Waffenruhe präzisiert habe. Daß diese letztere Behauptung nicht begründet war, wußte Jacobi, da Dammers ihm einen

*) Denkschrift des Obersten Dammers d. d. 20. September 1866.

**) Schreiben des Herzogs von Coburg an den Fürsten von Hohenlohe-Langenburg d. d. 10. September 1866.

so wichtigen Umstand unmöglich verschwiegen haben konnte. Aber als der Herzog hinzusetzte, er werde, um für die vorliegende Felonie Vergeltung zu üben, mit allen disponibeln Streitkräften zum Angriff schreiten, erwachten seine alten Besorgnisse von neuem. Er hielt es trotz allem nicht für ausgemacht, daß die hannoverschen Truppen ohne bedeutende Verluste ins Werra-Thal gelangen und sich die Marschstraße nach Bayern zu eröffnen vermöchten. Vielmehr befürchtete er, daß die preußische Heeresabteilung, welche nach Moltkes Angaben bei Oetmannshausen stehen sollte, rechtzeitig bei Eisenach eingreifen und die Hannoveraner so lange festhalten könnte, bis weitere Verstärkungen herankamen und ihnen den Weg ganz versperrten. Bei dieser Sachlage schien es ihm geraten, wenigstens bis zur Ankunft des Generals von Alvensleben, die Erfüllung der großmütigen Zusicherung des Königs Wilhelm nicht durch unzeitige Angriffsbewegungen in Frage zu stellen. Gegenüber der Aussicht, ohne Schwertstreich nach Süddeutschland zu gelangen, dünkte ihn die Forderung, die Feindseligkeiten bei Mechterstädt zu inhibieren, ziemlich belanglos. Der Herzog dagegen glaubte dadurch die ganze hannoversche Armee festzuhalten, die er im Anmarsch auf der Straße über Waltershausen gegen den Thüringer Wald wähnte, und für deren Avantcorps er die Abteilung bei Mechterstädt hielt. Daß dieses, wenn auch unter ganz anderen Verhältnissen, dennoch gelingen sollte, verdankt Preußen den vielen für Hannover unglücklichen Zufälligkeiten, an denen die Geschichte jener Tage so reich ist.

Jacobi entschloß sich also, dem Ansinnen zu entsprechen. Bevor er jedoch daran ging, mit dem Minister von Seebach die Fassung der Depesche zu vereinbaren, richtete er noch einmal an den Herzog den Appell, durch die Räumung von Eisenach die Vergießung deutschen Bruderbluts zu verhindern, wurde jedoch ebenso wie Wense bestimmt abgewiesen. Dann ward folgende Depesche ausgefertigt, vorgelesen und genehmigt, die der Minister von Seebach selbst um $2^1/_2$ Uhr mittags nach dem Bahnhofe brachte:

„Bahnhof Fröttstädt,

weiterzugeben an den Königlich hannoverschen Offizier der vorrückenden Truppen.

In den Verhandlungen sind die von Hannover gestellten Bedingungen Kgl. Preußischerseits angenommen, wonach Feindseligkeiten zu vermeiden.

Jacobi, Major.“

Ich will nun gern zugeben, daß Jacobi unter dem Einfluß der Schwermut und der düstersten Anschauungen gehandelt hat, und daß er sich der Tragweite seines Schritts nicht klar bewußt gewesen ist. Er selbst hat vielmehr später in einer öffentlichen Erklärung*) ausgesprochen, daß er nach seiner festen Ueberzeugung „nach Pflicht und Gewissen" so und nicht anders hätte handeln müssen und daß allein „in dem Erlaß dieser Depesche, wozu die Umstände nötigten, deren ungeahnte, weit nach Eisenach reichende Einwirkung ich gewiß am tiefsten beklage", die auf ihn fallende Verantwortung liege. Aber, wenn auch diese Umstände sein Verhalten bis zu einem gewissen Grade erklären, zu seiner Rechtfertigung können sie nicht gereichen. Vergeblich hat er sich später damit zu entschuldigen gesucht, daß er geglaubt habe, „der Armee einen großen Dienst zu erweisen", daß seine Nachgiebigkeit gegen den Herzog nur eine scheinbare gewesen sei**). Denn ihm stand nicht die entfernteste Befugnis zu, an den hannoverschen Befehlshaber in Mechterstädt eine Weisung, wie die von ihm abgeschickte, zu erlassen. Völlig unverzeihlich jedoch ist es, daß er nachher, als ein Kriegsgericht über ihn aburteilen sollte, sich von dem Minister eines Fürsten, der sich mit seinem königlichen Herrn im Kriege befand, ein entlastendes Zeugnis erbat, daß er sich „mit Stolz" dessen „dankbaren Verehrer" nennt, ihm schrieb: „Unter allen Umständen aber bitte ich Ew. Excellenz, sich der Ueberzeugung hinzugeben, daß Ihr edles Verfahren mein Herz mit einer Verehrung erfüllt hat, die nur mit dem letzten Pulsschlag an Wärme verlieren kann***)."

Schon gleich nach der Absendung der verhängnisvollen Depesche scheint sich Jacobi der schweren Verantwortung, die er damit auf sich geladen, bewußt geworden zu sein. Jetzt sprach er den Wunsch aus, sich in das Hauptquartier seines Königs, das er halbwegs zwischen Langensalza und Eisenach vermutete, begeben zu dürfen, um über die Sachlage persönlich Bericht zu erstatten. Und nun stellte man ihm bereitwilligst einen vierspännigen Hofwagen zur Verfügung, mit dem er, von einem

*) Hannoversche Zeitung d. d. 1. September 1866.

**) „Diese Nachgiebigkeit", so äußerte er sich gegen den Oberstlieutenant Rudorff, „konnte nach meiner Ansicht nur Einfluß auf das irrelevante Gefecht bei Mechterstädt üben; dagegen hatte sie den für unsere Sache wichtigen Erfolg, daß dadurch der Herzog beruhigt und die Streitkräfte bei Gotha festgehalten wurden." (Oberstlieutenant Rudorff an den Archivrat Klopp d. d. 6. Februar 1869.)

***) Major von Jacobi an den Minister von Seebach d. d. 20. August 1866.

preußischen Offizier begleitet, in der Richtung auf Groß-Behringen abfuhr. Allein in der Gegend war weit und breit nichts von hannoverschen Truppen zu sehen. Jacobi kehrte deshalb nach mannigfachen Irrfahrten wieder um, damit er noch rechtzeitig zum Empfang des Generals von Alvensleben wieder in Gotha war. Bald nach ihm langte der Rittmeister v. d. Wense dort an, der ihm abermals den formellen Befehl zur Rückkehr überbrachte. Er meldete sich daher mit der Erklärung, daß seine Funktionen in Gotha erloschen seien, beim Herzog ab und wurde mit einem herzlichen Händedruck und den Worten: „Sie haben sich als ein Ehrenmann mir gegenüber benommen" entlassen.

Wense dagegen blieb noch in Gotha, um die Ankunft des preußischen Generaladjutanten, der gegen 7 Uhr abends eintraf, zu erwarten, und ihn ins Königliche Hauptquartier zu geleiten. Der Herzog aber „fuhr fort, seine Kräfte in den Dienst der preußischen Sache zu stellen*)" und unterrichtete Alvensleben von der durch die Unterbrechung der Eisenbahnlinie und das Schreiben des Königs Georg gänzlich veränderten Situation. Der General war ein Vertrauter Bismarcks, der sich schon bei den Verhandlungen mit Rußland zur Zeit des polnischen Aufstandes diplomatisch bewährt hatte. (S. o. S. 37.) Auch jetzt erwies er sich als ein geschickter Unterhändler. Er erklärte sofort mit Bestimmtheit, daß er von den durch Graf Bismarck bezeichneten Bedingungen um keines Haares Breite abzuweichen vermöchte, und daher die Weiterreise zum König von Hannover für völlig nutzlos halte**). Eine Depesche Moltkes teilte ihm noch mit, daß General von Flies vom Manteuffelschen Corps mit 5 Bataillonen und 1 Batterie über Magdeburg abgefahren sei und voraussichtlich am nächsten Morgen in der Zeit von 2 bis 8 Uhr in Gotha eintreffen würde — was beiläufig ganz unmöglich war. Danach möge er seine Bedingungen stellen***). Wense erhielt demgemäß den Bescheid, daß man nur für den Fall, daß alle Bewegungen der hannoverschen Armee sistiert würden, in Unterhandlungen einzutreten vermöchte. Darüber verlangte Alvensleben binnen 6 Stunden — d. h. bis um 2 Uhr, wo er die Ankunft des Fliesschen Detachements erwartete — eine definitive Erklärung und wenn sie zustimmend lautete, die Entsendung eines

*) von Lettow a. a. O. I. S. 248.

**) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 563.

***) von Lettow a. a. O. I. S. 249.

hinlänglich legitimierten hannoverschen Generals zur Fortsetzung der Verhandlungen. Träfe dieser zur festgesetzten Frist nicht ein, so würde er sofort zum Angriff schreiten. Mit dieser kategorischen niederschlagenden Antwort eilte Wense ins Hauptquartier zurück.

Inzwischen hatte sich die hoffnungsvolle Situation vor Eisenach zu einer völlig hoffnungslosen gestaltet. Der Oberstlieutenant Knipping war gegen $1^1/_2$ Uhr mittags mit seinem Detachement bei Mechterstädt eingetroffen, das er unbesetzt fand. Während die Pioniere darangingen, die Eisenbahn und die Telegraphenleitung zu zerstören, schob er je eine Kompagnie in den drei Richtungen gegen Fröttstädt, Waltershausen und Sättelstädt vor. Die Reserve-Kavallerie, welche erst kurz vor 3 Uhr ankam, stellte Feldwachen gegen Asbach und Teutleben aus, wo sich feindliche Husaren-Patrouillen zeigten. Die gegen Sättelstädt entsandte Kompagnie stieß bald auf die dort aufgestellte Abteilung des 4. preußischen Garde-Regiments unter dem Grafen Schlieffen, und es entspann sich ein Tirailleur-Gefecht zwischen dieser und den vordringenden hannoverschen Schützen, deren Führer, Hauptmann Hartmann, durch einen der ersten Schüsse verwundet wurde.

Bald nachher traf von Eisenach noch eine zweite preußische Kompagnie als Unterstützung ein, und eben wollte Graf Schlieffen nachdrücklicher zum Angriff vorgehen, da erschien der hannoversche Lieutenant von Oldershausen von der Garde du Corps und überbrachte der Hartmannschen Kompagnie den Befehl zur Einstellung des Feuers. Es hatte sich nämlich bei dem Kommandeur der Reserve-Kavallerie, Oberstlieutenant von Geyso, gegen 3 Uhr ein uniformierter Eisenbahnbeamter gemeldet, um ihm die Jacobische Depesche zu übergeben, welche man von Fröttstädt aus auf einer Lokomotive bis in die Nähe des Gefechtsfeldes befördert hatte. Geyso benachrichtigte sofort den Oberstlieutenant Knipping, und dieser konnte nicht wohl etwas anderes thun, wie die Depesche mit möglichster Beschleunigung seinem Brigadier zustellen und ihm die Entscheidung überlassen. Mit der Ueberbringung wurde der Ordonnanzoffizier Geysos, Lieutenant von Oldershausen, beauftragt, der denn auch mit blasendem Trompeter und unter Schwenken seines weißen Taschentuchs im Galopp gegen die feindlichen Linien weiterritt. Daß er dabei zuerst in das Feuer der preußischen Schützen geriet, ist begreiflich, allein es gelang bald, dasselbe zum Schweigen zu bringen. Dann übergab er die Depesche dem mittlerweile herangekommenen Grafen Schlieffen, der natürlich gern bereit war, bis zu höherer Entscheidung

eine Waffenruhe abzuschließen und sich — zum abermaligen Unglück für Hannover — erbot, Oldershausen mit einem gerade bereitstehenden Militärzuge nach Eisenach zu befördern.

Oberst von der Osten-Sacken befand sich seit seiner Konferenz mit dem Oberstlieutenant Rudorff in keiner beneidenswerten Lage. Denn, obgleich er sofort von dessen Aufforderung dem Könige und dem General Moltke telegraphisch Kenntnis gegeben und gemeldet hatte, daß er mit 7 Kompagnien einer Uebermacht gegenüber stände, obgleich er auch nach Münden und Kassel telegraphische Hilferufe gerichtet, durfte er doch kaum hoffen, daß vor dem Ablauf der gestellten Frist Verstärkungen eintreffen könnten. Die frühere Mitteilung Moltkes, daß die Hannoveraner seit 1 Uhr nachts wegen Kapitulation verhandelten, war offenbar falsch. Auf das Gesuch nach Gotha, ihm wenigstens 2 Geschütze zu schicken, aber erwiderte ihm Fabeck abermals, daß die Feindseligkeiten bis auf weiteres eingestellt und ein Flügel-Adjutant des Königs von Preußen auf dem Wege nach Gotha sei, „um die Befehle Sr. Majestät des Königs von Hannover entgegenzunehmen".

Von der vollen Größe der Verwirrung, die damals auf preußischer Seite herrschte, hatte jedoch Oberst von Sacken keine Vorstellung. General Vogel von Falckenstein hatte bei seinem Eintreffen in Göttingen am 22. Juni abends die Verfolgung der Hannoveraner, die 48 Stunden Vorsprung hatten, als nutzlos aufgegeben. Daß die Division Beyer, die damals auf Witzenhausen marschierte, sich ihnen noch rechtzeitig vorlegen könnte, schien ihm unmöglich — und auch damit hatte er nach menschlicher Berechnung Recht. Da erhielt er am 23. morgens den bestimmten telegraphischen Befehl des Königs, „unverzüglich eine möglichst starke Abteilung aller Waffen über Kassel nach Eisenach zu schicken, um den Abzug der Hannoveraner zu verhindern*)." Falckenstein antwortete, der Sachlage entsprechend, sofort, seine Truppen ständen noch zu weit zurück — Goeben zwischen Göttingen und Nörten, Manteuffel von Nörten über Northeim hinaus, Beyer zerstreut im Gebirge — so daß weder ein Vorlegen noch ein Einholen der Hannoveraner thunlich sei. In einer zweiten um 3 Uhr 25 Minuten nachmittags aufgegebenen Depesche meldete er noch, daß die Eisenbahn nach Kassel durch Verrammelung des Tunnels gründlich zerstört und dadurch die Expedition nach Eisenach unmöglich gemacht sei. Nun verstärkte sich bei Moltke der

*) Vgl. auch für das Folgende von Lettow a. a. O. I. S. 216 ff.

Argwohn, daß Falckenstein aus üblem Willen seine Anordnungen nicht befolgen wollte. Auf dem Rande der Depesche steht da, wo von der Zerstörung des Tunnels die Rede ist, von seiner Hand die Notiz: „Wo? Unglaublich!“

Jetzt, wo man wußte, daß die Hannoveraner in drohender Nähe vor Gotha bei Langensalza standen, erteilte der König auf seinen Vorschlag dem General von Beyer, den er bei Waldkappel vermutete, den direkten Befehl, sofort gegen die Eisenbahnlinie Gotha-Eisenach abzurücken. Falckenstein, davon in Kenntnis gesetzt, befahl Beyer nun auch seinerseits, morgen (den 24.) mit allen disponibelen Truppen — die Infanterie auf Wagen — nach Eisenach zu gehen, wo es, oder eventuell in Gotha, noch möglich sein würde, wenigstens einem Teil der Hannoveraner den Weg zu verlegen. Goeben und Manteuffel sollten ihren Vormarsch auf Kassel fortsetzen, wo sie am 25. resp. 26. einzutreffen hatten.

In Berlin aber war man mit den Anordnungen Falckensteins fortwährend unzufrieden. Man nahm mit Recht an, daß der Hauptzweck seiner Operationen dahinging, auf Frankfurt vorzurücken, um zunächst das VIII. Bundesarmee-Corps zu schlagen und zu zersprengen, — was allerdings den von Moltke am 19. ihm erteilten Direktiven genau entsprach (vgl. von Lettow a. a. O. I, S. 188 ff.). Ein kurzes Handschreiben des Königs an den Chef des Generalstabes*) spricht sein Mißfallen deutlich genug aus.

Nun wurde zunächst am 24. 8 Uhr morgens telegraphisch Ordre erlassen, Verstärkungen über Magdeburg nach Gotha zu entsenden. Dies war jedoch nicht sofort ausführbar, da die Truppen bereits auf dem Marsche — die 13. Division nach Münden, Manteuffel auf dem Wege nach Göttingen — waren. Falckenstein erteilte daher Goeben den Befehl, mit Zuhilfenahme der bis Dransfeld intakten Bahn, schleunigst nach Münden weiter zu marschieren, von dort mit soviel Truppen als möglich unverzüglich sich auf der Eisenbahn nach Eisenach resp. Gotha zu begeben und dort das Kommando zu übernehmen. Vom Corps Manteuffel wollte er, wie befohlen, 6 Bataillone um 5 Uhr über Magdeburg befördern, falls ihm die Herstellung der Eisenbahn über

*) „Ich verstehe Falckenstein nicht. Läßt die seiner Rechnung nach 20 000 Hannoveraner ruhig stehen gegen höchstens 6000 Mann von uns, so daß sie sich ruhen können und dann zu den feindlichen Massen kooperierend in Falckensteins Rücken.“ (v. Lettow a. a. O. I. S. 250.)

Kassel nicht gestattete, sie diesen kürzeren Weg einschlagen zu lassen*). Und selbst diese Frist konnte er nicht inne halten. Das hannoversche Eisenbahn-Personal zeigte sich so widerspenstig, daß er Soldaten zur Zusammenstellung des Transport-Materials heranziehen mußte. Es wurde daher 8 Uhr 45 Minuten abends, bis endlich der erste Zug des Detachements Flies (5 Bataillone, 1 Batterie) zur Abfahrt gelangte. Von Beyer hoffte Falckenstein, daß er schon am Mittag des 24. mit 6 Bataillonen bei Eisenach oder Gotha sein würde.

Die Meldung von diesen Anordnungen traf erst abends gegen 9 Uhr in Berlin ein. Schon vorher hatte der König, der in dem Ausbleiben der Antwort eine Rücksichtslosigkeit sah, einen schriftlichen Befehl an den General von Falckenstein erlassen, worin er diesen bestimmt anwies, ihm und dem General von Moltke die im Laufe jedes Tages eintretenden Vorfälle abends kurz zu telegraphieren. Gleichzeitig verlangte dieser Aufklärung über die Hin- und Hermärsche Beyers. Nun glaubte der König in der verzögerten, von gewissen Voraussetzungen abhängig gemachten Ausführung seiner Befehle eine neue Widersetzlichkeit Falckensteins zu erkennen. Voller Entrüstung schrieb er auf den Rand einer zweiten, merkwürdigerweise früher — um 8 1/2 Uhr — eingegangenen Depesche, in der dieser seine getroffenen Anordnungen noch einmal kurz rekapitulierte: „Goeben nach Kassel! statt über Magdeburg. Manteuffel Göttingen, kleiner Marsch, Beyer an der Werra, wo er seit drei Tagen steht! Also keinen Schritt zur Annäherung an den Feind**)!" Vergeblich suchte Moltke den König zu beruhigen, auch hat dieser vielleicht von den verschiedenen in der Nacht eintreffenden Depeschen, welche die Sachlage völlig klar legten, keine Kenntnis erhalten. Genug, sein Vertrauen zu der Kommandoführung Falckensteins war vollständig dahin.

Mittlerweile war die Not des Obersten von Sacken in Eisenach auf den Höhepunkt gestiegen. Etwa 1 1/2 Uhr nachmittags erhielt er die Nachricht, daß die Eisenbahn nach Gotha sowie die Telegraphenleitung zerstört seien. Auf Unterstützung von dort hatte er also nicht mehr zu rechnen. Nun teilte er dem General Goeben, der ihn von seinem Eintreffen in Münden und der Uebernahme des Oberbefehls in Kenntnis gesetzt hatte, telegraphisch mit, daß die ganze hannoversche Armee vor

---

*) Die Strecke Göttingen-Cassel-Eisenach ist 127 km, die über Magdeburg nach Gotha 404 km lang (v. Lettow a. a. O. S. 252).

**) Vgl. auch für das Folgende von Lettow a. a. O. I. S. 254 ff.

Eisenach stände und man auf 3 Uhr nachmittags den Beginn des Bombardements angekündigt habe. Diese Meldung gab Goeben sofort per Ordonnanz nach Dransfeld und von da auf einer Lokomotive nach Göttingen weiter, wo sie nach 4 Uhr in die Hände des Generals von Falckenstein gelangte. Gleichzeitig mit der Benachrichtigung Goebens hatte Sacken einen Ordonnanzoffizier entsandt, um den in der Gegend von Oetmannshausen und Reichensachsen vermuteten General von Beyer aufzusuchen und dringend zu bitten, daß er sich mit möglichster Beschleunigung nach der Eisenbahnstation Herleshausen dirigieren möge, wo ein genügender Wagenpark zusammen gebracht werden sollte. Außerdem ließ er Schützengräben und Verhaue anlegen, die Brücken sowie die Stadtausgänge verbarrikadieren, und die am weitesten nach vorn gelegenen Häuser zur Verteidigung einrichten.

Gegen 3½ Uhr nachmittags debouchierte sodann die hannoversche Brigade Bülow aus Stockhausen. Die Artillerie fuhr unter dem Schutze des 2. Jägerbataillons nordwärts des Eisenacher Bahnhofes auf, während die drei Linienbataillone mit der Reiterei weiter rückwärts Stellung nahmen. Darauf meldete sich der Generalstabsoffizier der Brigade, Hauptmann Grumbrecht, bei dem Obersten von Sacken und forderte ihn auf, binnen einer halben Stunde den Platz zu räumen, widrigenfalls das Bombardement beginnen würde. Während der preußische Kommandierende die Aufforderung ablehnte und Grumbrecht ihn noch einmal auf die Aussichtslosigkeit des Widerstandes aufmerksam machte, erschien ganz unerwartet der Lieutenant von Oldershausen mit der Jacobischen Depesche. Deren Inhalt kam Grumbrecht zuerst so unglaublich vor, daß er, da ihm der Offizier nicht persönlich bekannt war, eine beabsichtigte Täuschung vermutete. Allein durch eingehendes Examinieren überzeugte er sich bald, daß Oldershausen wirklich ein hannoverscher Offizier war, und als ihm der Oberst von Sacken noch das Fabecksche Telegramm von der bevorstehenden Ankunft eines Königlich preußischen Flügeladjutanten vorlegte, konnte er an der Authentizität der Depesche nicht wohl mehr zweifeln.

Er begab sich also in Begleitung Oldershausens nach Stockhausen zurück, um dem Obersten von Bülow Bericht zu erstatten. Diesen brachte die Meldung in ein äußerst schwieriges Dilemma. Wäre er ein Charakter von der rücksichtslosen Energie Falckensteins gewesen, so hätte er vielleicht, wie dieser am nächsten Tage — aber mit mehr Recht — sagen können „Was schert mich Jacobi sein Waffenstillstand! Mein König hat mir

befohlen, Eisenach zu nehmen und ich nehme es!" Aber von dem, was in Gotha vorgegangen war, wußte er nichts und auch der Generalstabsoffizier, der ihm den Angriffsbefehl überbracht hatte, konnte darüber keinen Aufschluß geben. Dagegen lud er eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er in Unterhandlungen, die zu dem Ergebnis geführt hatten, daß „die hannoverscherseits gestellten Bedingungen Königlich preußischerseits angenommen waren", durch eigenmächtige Feindseligkeiten eingriff. Sämtliche Abteilungs-Kommandeure, die er zusammenberief, waren mit ihm einverstanden, daß unter diesen Umständen bis zum Eintreffen weiterer Instruktionen der Angriff auf Eisenach zu unterbleiben habe, und auch sein Generalstabsoffizier wagte nicht zu widersprechen. Man beschloß also, um zugleich den ermüdeten Truppen die so nötige Nachtruhe zu gewähren, dem preußischen Kommandierenden eine Waffenruhe bis zum andern Morgen vorzuschlagen.

Oberst von Sacken, der das unabwendbare Verhängnis bereits nahe vor Augen gesehen hatte, ging natürlich mit Freuden auf die Proposition ein. Mit dem Hauptmann Grumbrecht, der etwa um 5 Uhr wieder vor Eisenach eintraf, wurde nun, den hannoverschen Wünschen entsprechend, ein Waffenstillstand vereinbart, dessen Bedingungen man in einem schriftlichen Protokoll niederlegte. Darnach sollte die Waffenruhe bis Montag den 25. Juni morgens 8 Uhr Giltigkeit haben. Für den „Eintritt anderer Verhältnisse" aber ward ausdrücklich eine dreistündige Kündigungsfrist vorbehalten. Die Vorposten sollten in ihren jetzigen Stellungen stehen bleiben.

Das in zwei Exemplaren ausgefertigte Protokoll wurde von dem preußischen Kommandierenden durch Unterschrift vollzogen und sodann zu gleichem Zwecke durch den Hauptmann Grumbrecht dem Obersten von Bülow nach Stockhausen überbracht. Hier war mittlerweile — zwischen 5 und 6 Uhr — der Oberst Cordemann eingetroffen. Dem aber hatte unterwegs der Rittmeister von Wangenheim die Gerüchte von den gewaltigen preußischen Heeresmassen, die hinter Eisenach im Thüringer Walde stehen sollten, so eindringlich wiederholt, daß er, selbst wenn der Angriff gelang, den Durchbruch nach Süden für unmöglich hielt*). Er glaubte es daher nicht verantworten zu können, wenn durch ein voraussichtlich nutzloses Gefecht die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung

*) Mitteilung des persönlichen Adjutanten des Oberst Cordemann, Premier-Lieutenant Poten.

mit Preußen abgeschnitten wurde. Und doch wußte er ganz genau, daß der König den definitiven Abbruch der Verhandlungen in Gotha befohlen hatte, die Jacobische Depesche also mindestens auf einem Mißverständnis beruhen mußte. Noch wäre es Zeit gewesen, den Obersten von Bülow an der Vollziehung des Waffenstillstands-Dokuments zu hindern. In seiner beklagenswerten Unentschlossenheit aber hielt Cordemann sich nicht berechtigt, die von diesem eingeleiteten Verhandlungen zu desavouieren, „um nicht in den Augen des Feindes das Odium der Illoyalität auf die hannoversche Truppenführung zu laden*)," und ließ die Ratifikation durch den Obersten ohne Widerspruch geschehen.

Eben war der mit Grumbrecht gekommene Offizier mit dem inhaltsschweren Vertrage nach Eisenach zurückgekehrt, da erschien gegen 7 Uhr der kommandierende General selbst bei den Vortruppen. Vergeblich bestürmten ihn nun die Offiziere des Stabes, namentlich der Hauptmann Krause und der Adjutant von Klenck, er möge doch den unseligen Waffenstillstand sofort wieder kündigen. Zu diesem Entschluß aber konnte er sich nicht aufraffen. Aus dem schrillen Pfiff der Lokomotiven, der unaufhörlich vom Bahnhofe herauftönte, schloß er auf das Ankommen massenhafter preußischer Verstärkungen. Ein Angriff mit der schwachen Brigade Bülow schien ihm daher ein unnützes Wagnis. Völlig fassungslos, fast weinend, hatte er auf alle Vorstellungen nur die Erwiderung: „Wollen Sie ein Nachtgefecht riskieren?" und gab Befehl, daß die Truppen unter dem Schutze einer Vorpostenstellung bei Stockhausen, zwischen diesem Orte und Groß-Lupnitz, ein Bivouac beziehen sollten.

Gerade hatten die Bataillone sich nach ihren Lagerplätzen in Marsch gesetzt, als der Oberst Dammers in einem von dem Grafen Hardenberg kutschierten Wagen herankam. Er war aufs höchste erstaunt, die Truppen im Marsche von Eisenach her zu sehen und glaubte erst, daß sie geschlagen und auf dem Rückzuge begriffen wären. Als ihm aber einer der Stabsoffiziere erzählte, daß ein Waffenstillstand geschlossen sei und sie ihre Lagerplätze für die Nacht aufsuchen sollten, geriet er in heftigen Zorn. Da jedoch die Kolonne die schmale von Hecken eingefaßte Straße vollständig sperrte, war es ihm unmöglich, sich mit seinem Wagen nach vorn durchzuarbeiten. Er gab daher den Abteilungen durch Paßparole „im Namen des Königs" den Befehl, zu halten und unverzüglich in die alten Stellungen zurück zu marschieren. Während der momentanen

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 677.

Stockung, die dadurch entstand, kam der Oberst von Bülow herangeritten. Diesem machte nun Dammers die lebhaftesten Vorwürfe darüber, daß er entgegen der ihm erteilten schriftlichen Ordre Eisenach nicht genommen und die Eisenbahn nach Kassel nicht zerstört hätte. Der Oberst konnte sich jedoch durch Darlegung der Sachlage vollständig rechtfertigen. Als aber Dammers ihm vorstellte, daß das Telegramm aus Gotha offenbar auf einer Kriegslist, wenigstens aber auf Mißverständnissen beruhen müsse, erklärte er sich sofort bereit, dem Feinde zu eröffnen, daß der Waffenstillstand höheren Orts nicht genehmigt und daher ungiltig sei, er also unverzüglich angreifen werde.

Aber wiederum sollte dieser Entschluß nicht zur Ausführung kommen, denn nun erschien der General von Arentsschildt mit seinem Stabschef, der, als er hörte, um was es sich handelte, Dammers' Eingreifen für unberechtigt erklärte. „Ich bin der kommandierende General", sagte er, „und ich entscheide, daß der Waffenstillstand bis morgen früh um 8 Uhr zu halten ist; Sie mögen ihn selbst bei den Vorposten um diese Zeit kündigen*)."

Diese schroffe Zurechtweisung schien Dammers so unerklärlich, daß er auf die Vermutung kam, der König habe, ohne daß er es wußte, veränderte Bestimmungen getroffen. Er eilte daher zurück und fand den Monarchen im Wagen zwischen Groß-Behringen und Groß-Lupnitz. Unterwegs begegnete ihm Rudorff, der durch die Erledigung einiger sich auf den Vormarsch gegen Eisenach beziehender Geschäfte noch längere Zeit in Langensalza zurückgehalten war, und den die Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstand völlig niederschmetterte. „Alle meine schönen Hoffnungen wurden dadurch vernichtet, meine ganze zur Rettung der Armee am 24. entwickelte Thätigkeit, schon dem Ziele so nahe, erfolglos", schrieb er später an Herrn v. d. Wengen. Er war überzeugt, daß der kurze Feldzug nunmehr sein Ende erreicht habe und alles weitere nutzlos sei. Ueberdem körperlich aufs Höchste ermattet, erbat und erhielt er von dem General von Arentsschildt die Erlaubnis, für die Nacht in Groß-Lupnitz zu bleiben.

Der König war über die unerhörten Vorfälle gleichfalls aufs Höchste betroffen, erklärte sich jedoch auf Dammers' Vorstellungen mit der Ausführung des Angriffs noch in der Nacht durchaus einverstanden. Da aber jetzt wiederholt Meldungen über fortwährend eintreffende preußische Truppenzuzüge einliefen, so begab sich Dammers in Begleitung seines

*) Dammers a. a. O. S. 135.

Adjutanten und des Hauptmanns Grumbrecht selbst nach Eisenach, um sich an Ort und Stelle von den dortigen Verhältnissen zu überzeugen. Es war bereits nach 10 Uhr abends, als er bei den feindlichen Vorposten an der Nessebrücke ankam. Hier hatte er eine ergebnislose Unterredung mit dem Oberst von Sacken, der sich natürlich auf eine Verpflichtung, während der Waffenruhe keine neue Verstärkungen heranzuziehen, nicht einlassen wollte. Dammers konnte sich im Gegenteil davon überzeugen, daß dessen Mitteilung von der bereits erfolgten Ankunft einiger Abteilungen der Divisionen Goeben und Beyer auf Wahrheit beruhte. Denn in der That waren gegen 9 Uhr abends 6 Kompagnien des 70. Regiments mit der Bahn von Herleshausen her als erste Verstärkung eingetroffen, und daß während der Nacht noch mehr nachfolgen würden, konnte er mit Sicherheit voraussehen. Mit diesen niederschlagenden Nachrichten eilte er wieder zum Könige, der mittlerweile sein Hauptquartier in dem Frhr. von Trütschler'schen Schlosse in Groß-Behringen aufgeschlagen hatte.

Auf dem Wege dahin hatte sich gegen 10 Uhr der Hauptmann Jacobi zurückgemeldet, der ganz zerknirscht war, als er sah, welches Unheil er mit seiner Depesche angerichtet. Der König empfing ihn trotzdem mit seiner gewohnten Milde und Güte, und enthielt sich jedes abfälligen Urteils. Die Insinuation, als ob er freie Wahl hätte, ihn oder Dammers zu desavouieren, seinen Generaladjutanten aber nicht wohl desavouieren könne, wies er jedoch energisch zurück, und wollte das Weitere lediglich einem zu berufenden Kriegsgericht überlassen.

Eine halbe Stunde später, um 10½ Uhr abends, traf auch der Rittmeister v. d. Wense mit der Alvenslebenschen Botschaft aus Gotha ein. Natürlich war er über das Vorgefallene im höchsten Grade erstaunt. Ihm gegenüber äußerte sich der König in erregter Weise dahin, daß eine „Schweinerei" passiert sei, die in ihren Ursachen noch der Aufklärung bedürfe. Die Anheimgabe Jacobis, der sich gewissermaßen als Sühnopfer für das Geschehene angeboten hatte, war jedoch nicht ohne Eindruck auf den hochherzigen Monarchen geblieben*).

Nun berief der König, nachdem inzwischen auch Dammers zurückgekommen war, diesen, den kommandierenden General, den Generalstabschef, den Major von Jacobi und den Rittmeister v. d. Wense zu einer Beratung, an der auch der österreichische Gesandte teilnahm. Jacobi mußte

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 688.

zunächst ausführlich über die Verhandlungen in Gotha referieren. Dann berichtete Dammers, wie er die Verhältnisse in Eisenach gefunden, und danach konnte man sich nicht mehr verhehlen, daß ein Angriff noch in dieser Nacht völlig aussichtslos war. Mit Recht wies Arentsschildt außerdem auf die große Ermüdung der Truppen hin, die zum Teil noch nicht einmal ihr Marschziel erreicht hätten. Ein Verschieben des Angriffs auf den nächsten Morgen aber bot wegen der bis dahin voraussichtlich noch größer gewordenen feindlichen Uebermacht ebensowenig Aussicht auf Erfolg.

So blieb denn kein anderer Ausweg, wie auf Grund der vom Könige Wilhelm erteilten Zusage des friedlichen Durchzuges nach dem Süden dennoch mit dem General von Alvensleben in Unterhandlung zu treten. Der Gedanke, daß es vielleicht noch möglich war, über Mechterstädt den Thüringer Wald zu gewinnen, scheint niemand gekommen zu sein. Leicht mag dem bis dahin unverzagten König der Entschluß nicht geworden sein, nun abermals den Oberst Dammers nach Gotha zu entsenden, wo er dem General von Alvensleben erklären sollte, daß Se. Majestät, um auf dem Marsche nach Süden „Blutvergießen thunlichst zu verhüten, Bedrückungen zu ersparen, und Eisenach vor Beschädigungen zu bewahren", nicht abgeneigt sei, auf der alten Basis zu verhandeln, d. h. „daß die Zeit, innerhalb welcher die hannoverschen Truppen nicht gegen Preußen verwendet werden dürften, auf thunlichst kürzeste Frist (längstens auf ein Jahr) bestimmt werde."

Die Vorbedingung, hannoverscherseits die Feindseligkeiten einzustellen, war bereits erfüllt, und als selbstverständlich nahm man an, daß diese Zusicherung auf Gegenseitigkeit beruhte. Rittmeister v. d. Wense aber wurde beauftragt, sich schleunigst nach Eisenach zu begeben, um Alvensleben womöglich noch bevor um 2 Uhr die von ihm gestellte Frist ablief telegraphisch zu benachrichtigen, daß der Generaladjutant Dammers um 8 Uhr morgens zur Eröffnung der Verhandlungen in Gotha eintreffen würde. Auch gab man ihm den Befehl an Bülow mit, den Obersten von Osten-Sacken von der Fortdauer der Waffenruhe über 8 Uhr hinaus in Kenntnis zu setzen. Mit der Ausfertigung des betreffenden Schreibens Bülows, zu dessen Ueberbringung sein Brigadeadjutant Wense begleiten sollte, verging jedoch einige Zeit, sodaß die beiden Offiziere erst gegen 3½ Uhr bei den feindlichen Vorposten ankamen.

Hier gab es soviel Aufenthalt und Weitläufigkeiten, daß Wense, obgleich er wiederholt betonte, daß er „auf Minuten berechnete dringende

Depeschen" zu besorgen habe, doch nicht vor 5 Uhr 20 Minuten dazu gelangte, an den General von Alvensleben zu telegraphieren:

„Truppenbewegungen werden gegenseitig eingestellt. Heute morgen 8 Uhr trifft der Bevollmächtigte zu Unterhandlungen in Gotha ein*)."

Unterdessen hatte Wense, dem man absichtlich die Augen nicht verband, genügend Zeit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß dieses Ausfallsthor den Hannoveranern nunmehr verschlossen war. Denn sowohl auf dem Platze vor dem Bahnhofe, wie in den einmündenden Straßen biwouakierten zahlreiche preußische Truppenmassen und fortwährend liefen neue Militärzüge ein. Die Notifikation Bülows aber hatte Oberst von Sacken mit der Erklärung zurückgewiesen, daß sie für ihn nicht maßgebend sein könne, er sich vielmehr vorbehalten müsse, nach den Umständen zu handeln**). Zudem hatte er bereits dem von Dammers zur Besorgung von Depeschen in Eisenach zurückgelassenen Premierlieutenant von Klenck ein Schreiben an den Obersten von Bülow mitgegeben, in dem er seinerseits den abgeschlossenen Waffenstillstand als um 8 Uhr morgens beendet erklärte.

Wense war noch Zeuge der Ankunft des Generals von Goeben, der ihn zu einer persönlichen Besprechung auffordern ließ. Obgleich es dem Rittmeister aufs Höchste widerstrebte, unter den obwaltenden Verhältnissen seinem Landsmann als feindlichem Heerführer gegenüber zu treten, konnte er die Begegnung nicht wohl vermeiden. Goeben empfing ihn sehr freundlich und sagte, daß er, obgleich jetzt preußischer General, sich doch als geborener Hannoveraner ein warmes Herz für seine alten Landsleute bewahrt habe. Deshalb wäre er auch den Bewegungen der hannoverschen Armee mit Teilnahme gefolgt, und begriffe nicht, daß der Durchmarsch nicht gelungen sei. Wense bat, ihm eine Antwort auf die Frage, wie dieses zugegangen, erlassen zu wollen. Mißverständnis sei der gelindeste Ausdruck für die Ursachen der jetzigen beklagenswerten Lage. Erst die Geschichte würde Aufklärung über die eigentlichen Gründe bringen. Dann ritt er enttäuscht und niedergeschlagen ins Königliche Hauptquartier zurück.

Währenddem hatte der General von Alvensleben in Gotha mit der größten Spannung den Ablauf der von ihm gestellten Frist herankommen sehen, ohne daß bis 2 Uhr früh weder ein hannoverscher Unterhändler, noch die angekündigten Verstärkungen eintrafen. Jetzt wurde er besorgt,

*) von Lettow a. a. O. I. T. S. 260 Anmerkung.

**) Vgl. v. d. Wengen a. a. O. S. 716 ff.

daß der Angriff, der nach den Zusicherungen Dammers' längstens bis zum 25. früh aufgeschoben war, nun doch ausgeführt werden würde. Und das wäre in der That verhängnisvoll geworden, denn das erste Echellon des sehnlich erwarteten Detachements Flies kam erst um $5^1/_2$ Uhr nachmittags in Gotha an. Auch die beiden Landwehr-Bataillone, welche der General von Seckendorf von Magdeburg heranführte, erreichten erst wenige Stunden früher die Stadt. Von den Verhältnissen bei Eisenach aber wußte Alvensleben nichts. Die Garnison von Gotha wurde daher alarmiert; er selbst ritt mit dem Herzog um $^3/_4$ 4 Uhr früh zu den Vortruppen hinaus und überzeugte sich, daß die Stellung vollkommen unhaltbar, der Durchbruch der Hannoveraner unvermeidlich war. Auf den Wunsch des Herzogs telegraphierte er deshalb an den König um Uebersendung weiterer Verstärkungen von Magdeburg her, die jedoch voraussichtlich nicht mehr rechtzeitig ankommen konnten*).

Die nächsten Stunden vergingen daher in nicht sehr erfreulichen Betrachtungen über die militärische Lage und die Absichten des Königs Georg. Um so größer war die Freude, als man gegen 7 Uhr morgens von ferne einen Parlamentär heranreiten sah, dem ein königlicher Wagen mit dem Obersten Dammers folgte**). Bei der nun beginnenden Verhandlung fiel es diesem sofort auf, daß Alvensleben auf die von Bismarck behauptete königliche Zusage des freien Durchzuges nach dem Süden gar keinen Bezug nahm. Vielmehr sprach er, als Dammers nach den von Preußen geforderten Garantien fragte und meinte, ein schriftlicher vom Könige unterzeichneter Vertrag genüge ja vollständig, immer nur von: „Ins Land zurückmarschieren, die Waffen in die Depots abliefern***)". Auf dieser Basis zu verhandeln aber war Dammers nicht befugt. Er schlug also Alvensleben vor, mit ihm nach Groß-Behringen zu fahren, um vielleicht durch eine persönliche Konferenz mit dem Könige ein Einverständnis zu erzielen. Der General ging darauf ein, denn er war inzwischen davon unterrichtet, wie in Eisenach die Sachen standen. Durch ein Telegramm des Generals Goeben wußte er, daß dieser nunmehr $10^3/_4$ Bataillone, 3 Eskadrons und 1 Batterie, also gegen 11 000 Mann dort beisammen hatte und sich „Allem gewachsen" fühlte. Dagegen glaubte Goeben sich noch nicht im stande, angriffsweise vorzugehen, weil die Truppen zum Teil bis 26 Stunden im Marsch gewesen und furchtbar

*) Herzog von Coburg a. O. III. T. S. 564.

**) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 568.

***) Persönliche Mitteilung des Obersten Dammers.

erschöpft waren. Auch die Artillerie- und Kavalleriezuzüge waren noch nicht eingetroffen*). Alvensleben hielt es daher für geraten, die angedrohte Wiedereröffnung der Feindseligkeiten womöglich noch einen Tag hinauszuschieben, da sich bis dahin auch die Situation bei Gotha verbessern mußte.

Nach den Berichten Wenses konnte sich der König Georg nicht mehr darüber täuschen, daß das Schicksal seiner unglücklichen braven Armee endgiltig besiegelt war, wenn es ihm nicht gelang, selbst durch die weitgehendsten Zugeständnisse die Bewilligung des versprochenen Durchmarsches nach Süden zu erlangen. Dennoch verliefen die Verhandlungen mit dem General von Alvensleben, die im wesentlichen von dem Grafen Platen und dem Kriegsminister geführt wurden, resultatlos. Zwar gestand der König dessen Forderung, daß zunächst der status quo ante wiederhergestellt, also Mechterstädt geräumt werden müsse, ohne weiteres zu. Auch erklärte er sich bereit, seine Truppen aus der Nähe von Eisenach zurückzuziehen und sie in ein weitläufiges Kantonnement um Langensalza zu verlegen. Trotzdem beharrte Alvensleben auf der Entlassung der hannoverschen Armee in ihre Heimat und ihrer dortigen Entwaffnung, während dem Könige, dem Kronprinzen und sämtlichen Offizieren freier Abzug mit Pferden, Waffen und Gepäck gewährt werden sollte unter der Bedingung, nicht gegen Preußen zu fechten**). Der König dagegen erklärte, er vertraue, nachdem er alles zugestanden habe, was man von ihm verlangte, fest auf die Erfüllung der ihm gemachten königlichen Zusage, verpflichte sich aber, bis zum nächsten Morgen um 10 Uhr seine definitive Antwort nach Berlin zu übermitteln. Inzwischen wurde vereinbart, daß „bis auf weiteres“ Waffenstillstand zwischen den königlich preußischen und königlich hannoverschen Truppen bestehen und der eventuelle Wiederbeginn der Feindseligkeiten befohlen werden würde.

Nachdem sodann die beiderseitigen Generaladjutanten das Dokument durch ihre Unterschrift vollzogen hatten, reiste Alvensleben gegen Mittag über Gotha nach Berlin zurück. Er konnte mit dem Ergebnis der Verhandlungen sehr wohl zufrieden sein. Er hatte die Hannoveraner in eine Lage gebracht, daß sie am nächsten Tage den von allen Seiten heranrückenden preußischen Heeresmassen fast wehrlos gegenüberstanden, und

---

*) von Lettow a. a. O. I. S. 258.

**) Vergl. Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 568, der nach einem an Goeben gerichteten Telegramm in der That gefürchtet hatte, die Hannoveraner würden, wenn die Verhandlungen scheiterten, auf Waltershausen vordringen. (Lettow a. a. O. I. S. 263.)

dadurch „von selbst der Pflicht überhoben wurden, bloß für die Ehre der Waffen ein nutzloses Gefecht zu liefern*)."

Unter allen hannoverschen Offizieren aber, die in der Dorfstraße von Groß-Behringen auf den dort umherliegenden Baumklötzen saßen und mit Spannung den Ausgang der Verhandlungen abwarteten, war keiner, der sich nicht sagte, daß die Fristbestimmung des Waffenstillstandes „bis auf weiteres" nur eine verhüllende Form für das harte „bis zur Waffenstreckung" war. Mit tiefer Niedergeschlagenheit nahmen sie eine von dem Chef des Generalstabes unterzeichnete Ordre in Empfang, welche den Truppen anbefahl, am nächsten Morgen früh den Marsch in das vereinbarte neue Kantonnement anzutreten. Sie sollten, wie im Frieden, Quartiermacher vorausschicken, denen ausdrücklich aufgegeben war, dafür zu sorgen, daß keine Kollisionen mit den etwa in den Ortschaften befindlichen preußischen Truppen entständen. Außerdem sollten sich die Sicherheitsmaßregeln nur auf Dorfwachen u. s. w. und Patrouillen zwischen den belegten Ortschaften innerhalb des Kantonnements beschränken. Daß aber auch die Bagagewagen und die Vorspannpferde nach dem Einrücken in die Quartiere hätten entlassen werden sollen, wie Wengen (S. 723) angiebt, habe ich in dem Texte der von mir damals sofort niedergeschriebenen Ordre nicht bestätigt gefunden.

Nach der beigefügten Dislokation hatte die bei Henningsleben stehende Brigade Knesebeck auf das linke Unstrut-Ufer zurückzugehen und in den Ortschaften um Clettstädt Quartiere zu beziehen. Die Brigade de Vaux, die abends spät bis halbwegs zwischen Groß-Lupnitz und Wolfsbehringen gelangt war, sollte nach Langensalza, die Brigade Bülow westlich dieser Stadt in die Ortschaften um Weberstädt zurückmarschieren. Die Brigade Bothmer endlich, welche erst nachts 2 Uhr ganz erschöpft bei Groß-Behringen ein Bivouac bezogen hatte, erhielt Befehl, in den Dörfern südlich und östlich von Langensalza mit dem Hauptquartier in Gräfentonna zu kantonnieren. Die Reserve-Kavallerie kam nördlich der Unstrut nach Alt-Gottern und Umgegend. Die Reserve-Artillerie parkierte in Schönstädt, die Munitionskolonne, der Armeetrain u. s. w. dahinter in Groß-Gottern.

Bei den Truppen rief das Bekanntwerden dieser Dislokation dumpfe Verzweiflung hervor. Hatten sie darum unter unerhörten Strapazen und Entbehrungen das ersehnte Ziel beinahe erreicht, um angesichts der Wart-

*) Der Feldzug von 1866 in Deutschland. Redigiert von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes, S. 65.

burg Kehrt zu machen, ohne den Feind auch nur gesehen zu haben? Wer mag es tadeln, wenn sie nun hie und da glaubten, das Opfer einer Verräterei zu sein? Aber auch in dieser hoffnungslosen Lage wurde ihr schweigender Gehorsam nirgends erschüttert.

Hauptmann Gumbrecht, in dessen Begleitung sich der Volontär Graf Bernstorff befand, überbrachte der Brigade Bülow bei Stockhausen den Befehl, am andern Morgen den Rückmarsch anzutreten. Nachher lagerten sich die beiden Offiziere im Vertrauen auf den abgeschlossenen Waffenstillstand vor der Linie der Feldwache hinter einer Hecke, um die Vorgänge in Eisenach zu beobachten. Plötzlich wurden sie von einer preußischen Patrouille, die unbemerkt herangeschlichen war, überrascht, zu Gefangenen gemacht und trotz ihres Protestes nach Eisenach gebracht. Vergeblich beschwerten sie sich nun unter Bezugnahme auf die vertragsmäßige Einstellung der Feindseligkeiten gegen den eben eingetroffenen General Vogel von Falckenstein über die ihnen zu teil gewordene Behandlung. Mit den Worten: „Was schert mich Alvensleben sein Waffenstillstand, die Herren sind Kriegsgefangene!“ wurden sie schroff abgewiesen und nach Kassel transportiert*).

Zum Ueberbringer der in Aussicht gestellten Antwort des Königs über Eisenach nach Berlin wurde der Oberstlieutenant Rudorff auserfehen. Die mündliche Instruktion, wie sie sich dieser in seine Brieftasche notiert hat, lautet nach einer mir von Herrn v. d. Wengen gütigst mitgeteilten Abschrift folgendermaßen:

„Forderung: Durchzug nach dem Süden gegen die Verpflichtung, 8 Wochen nicht gegen Preußen zu kämpfen.“

„Garantien: Gegen den freien Durchzug nach dem Süden verpflichtet sich S. M. der König, weder direkt noch indirekt Feindseligkeiten gegen S. M. den König von Preußen zu unternehmen, und, falls es versucht werden sollte, Se. Majestät den König zu zwingen, diese Bedingungen zu verletzen, so wird Se. Majestät, um Sein königliches Wort zu halten, Seine Armee beurlauben.“

Welche Ueberwindung mag es den König gekostet haben, Rudorff mit einer solchen Instruktion abzuschicken!

In dieser trüben Lage gewährte die Ankunft des Depots des Kronprinz-Dragoner-Regiments, das am Abend des 25. Juni ganz unerwartet bei Groß-Behringen eintraf, einen kleinen Lichtblick. Dessen Führer,

*) Mitteilung des Landschaftsrats Grafen Bernstorff-Wehningen d. d. 7. Aug. 1900.

Lieutenant de Pottere, war mit dem Detachement, welches 55 Mann und 72 Dienstpferde zählte, am 16. Juni vormittags von Osnabrück aufgebrochen und hatte nach einem abenteuerlichen, fast ununterbrochenen Marsch von 9 Tagen und 9 Nächten, der einigemal mitten durch die feindlichen Kolonnen geführt hatte, über Loccum, Tündern bei Hameln, Uslar, Dransfeld, Obernjesa und Dingelstädt glücklich die Armee erreicht. Noch denselben Abend verfügte sich der König mit dem Kronprinzen nach dem Lagerplatz der kleinen Reiterschar und sprach dem Lieutenant seine vollste Anerkennung für die ungewöhnliche Leistung und seine umsichtige Führung aus.

Bald nachher kam der Oberstlieutenant Rudorff zurück und meldete, daß er von dem General Vogel von Falckenstein in der brutalsten, jeder Sitte unter gebildeten Männern hohnsprechenden Weise zurückgewiesen sei. Der General war, nachdem er 8 Uhr morgens sein Hauptquartier Göttingen verlassen hatte, auf der nunmehr vollständig wiederhergestellten Bahn gegen $2^1/_2$ Uhr nachmittags in Eisenach eingetroffen. Er brannte vor Begierde, das Versäumnis, das er sich durch das nicht rechtzeitig verhinderte Entkommen der Hannoveraner hatte zu schulden kommen lassen, wieder gut zu machen. Unverzüglich beschloß er, am nächsten Morgen — den 26. — mit allen disponibeln Kräften*) gegen die hannoversche Armee bei Stockhausen, Behringen und Mechterstädt zum Angriff zu schreiten, und setzte den Chef des Generalstabes von diesem Entschluß in Kenntnis, den er damit motivierte, daß die Bayern in seinem Rücken ständen, und er deshalb eine schleunige Entscheidung herbeiführen müsse.

Vergebens versuchte Goeben, der durch ein 6 Uhr 20 Minuten abends eingehendes Telegramm Moltkes von der vereinbarten 24 stündigen Bedenkzeit, — merkwürdigerweise aber nicht von der Waffenruhe „bis auf weiteres“, unterrichtet war, dem General von seinem Plan abzubringen. Diesen hatte das fortwährende Hineinreden der obersten Heeresleitung in seine Operationen schon in die übelste Laune versetzt. Als er nun noch erfuhr,

*) General von Kummer sollte mit 6 Bataillonen, $^1/_2$ Eskadron und 2 Vierpfündern gegen Waltershausen, Oberst v. d. Goltz mit 2 Bataillonen gegen Sättelstädt vorgehen. Die in Eisenach eingetroffenen Truppen des Detachements Beyer hatten mit 11 gezogenen Geschützen und $1^1/_2$ Eskadrons der Division Goeben gegen Stockhausen-Groß-Lupnitz vorzudringen, während das bei Kreuzburg eingetroffene Gros Beyers die Hannoveraner von Hötzelsroda und Bauernfeld her in die Flanke fassen sollte. (Vgl. v. Lettow a. a. O. I. T. S. 264.)

daß Alvensleben die völlige Unterwerfung der Hannoveraner, die er durch Waffengewalt erzwingen wollte, bereits durch Verhandlungen erreicht hatte, geriet er in den heftigsten Zorn*). Den Oberstlieutenant Rudorff, der etwa ³/₄7 Uhr eintraf und unter Mitteilung der Waffenstillstands-Bedingungen und Ueberreichung des hannoverschen Dislokationsentwurfs einen Extrazug erbat, um die Antwort auf die im Namen des Königs von Preußen von dem General von Alvensleben gemachten Propositionen nach Berlin zu überbringen, wies er in der schnödesten Weise ab. „Gehen Sie zum General von Alvensleben, der mag Ihnen einen Extrazug geben", herrschte er den hannoverschen Offizier an. Dieser versuchte dem Erzürnten auseinanderzusetzen, daß Alvensleben bereits nach Berlin zurückgereist sei, hatte jedoch kaum die Worte „General von Alvensleben" hervorgebracht, als er mit einem barschen: „Ich empfehle mich Ihnen" unterbrochen wurde. Noch einmal begann Rudorff höflich: „Gestatten Excellenz", wurde aber mit einem nur noch schrofferen: „Empfehle mich Ihnen" abermals abgewiesen.

Es blieb ihm also nichts anderes übrig, wie sich zurückzuziehen. Unten am Hotel „Zum Rautenkranz" traf er den General von Goeben, der ihn in zuvorkommender Weise empfangen, zum Quartier des Oberkommandierenden begleitet und das Resultat der Unterredung abgewartet hatte. Er war im höchsten Grade empört über das unqualifizierbare Benehmen des Generals von Falckenstein, ging jedoch selbst zu diesem hinauf, um ihm mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen persönlich dringende Vorstellungen zu machen. Aber alles war vergeblich. Der „alte Eisenfresser" beharrte dabei, den Waffenstillstand nicht anerkennen zu wollen, „da ihm von seinem Könige nichts darüber zugegangen sei**)." In größter Erregung, mit zornglühendem Gesicht kam Goeben zu seinem Landsmann zurück. „Der Mann ist vollkommen verrückt", sagte er, „aber als Soldat muß ich gehorchen". „Kommen Sie nur mit mir", setzte er noch hinzu, „und telegraphieren Sie direkt an den König, daß man Sie an der Fortsetzung Ihrer Reise nach Berlin gehindert habe***)." Er selbst meldete Moltke „sehr wichtig und eilig" dasselbe. Um nicht noch auf den König von Preußen den Vorwurf der Illoyalität kommen zu lassen, teilte er Rudorff außerdem im Vertrauen

*) Vgl. für das Folgende v. d. Wengen a. a. O. S. 728 ff. und dessen Aufsatz in der „Deutschen Heereszeitung" No. 74 vom 15. September 1897.

**) von Lettow a. a. O. I. T. S. 265. Anmerkung.

***) Das Telegramm, das Rudorff sofort expedierte, lautet:

mit, daß die Hannoveraner in der kommenden Nacht angegriffen werden würden.

Mit allen diesen unheilvollen Nachrichten kam Oberstlieutenant Rudorff gegen 9 Uhr abends wieder im Hauptquartier an. Unterwegs hatte er die Alarmierung der Brigade Bülow und deren Rückmarsch nach Groß-Behringen veranlaßt, um sie keinem nächtlichen Ueberfall auszusetzen. Der König war über das Benehmen des Generals von Falckenstein, namentlich aber über die Nichtanerkennung des Waffenstillstandes mit Recht im höchsten Grade erbittert. Man beschloß, den angedrohten Angriff in einer Stellung bei den Behringsdörfern zu erwarten, die mit grauendem Morgen von den Brigaden Bülow, de Vaux und Bothmer bezogen wurde. Auch das Detachement Knipping, welches um $9^1/_4$ Uhr abends den Befehl, Mechterstädt zu räumen, erhalten hatte, traf gegen 3 Uhr morgens dort ein.

Der Brigade Bülow hatte sich das 1. Jägerbataillon angeschlossen, das nach eigentümlichen Kreuz- und Querzügen am 25. Juni abends ganz unerwartet bei Stockhausen wieder zur Armee gestoßen war. Das Bataillon gehörte zu der von dem Oberst v. d. Decken befehligten Nachhut und war am 23. nachmittags 1 Uhr in Mühlhausen eingetroffen. Der veränderte Befehl, wonach die Armee an diesem Tage nach Langensalza marschieren sollte, war dem Obersten nicht rechtzeitig zugegangen. Er marschierte daher noch an demselben Abend 6 Uhr mit seinem Gros, 3 Kompagnien mit 20 Vorspann-Wagen, nach Langula an der Straße nach Eisenach weiter, während die vierte Kompagnie mit den Cambridge-Dragonern als Arrieregarde in Mühlhausen zurückblieb. Als man am nächsten Mittag in Nazza, nördlich von Mihla, aber weder von der Armee, die man vor sich geglaubt hatte, etwas erfuhr, noch auch die Nachhut sich blicken ließ, war dem Oberst v. d. Decken die Lage so bedenklich erschienen, daß er von der Chaussee rechts abbog und sich auf Kreuzburg dirigierte. Vorher ließ er die entbehrlichen Sachen dem Tornister der Mannschaft entnehmen und verbrennen. Während das Bataillon bei Uetterode rastete, hatte der Oberst zwei Offiziere in Civil-

---

An Seine Majestät den König von Preußen
Berlin.

Oberstlieutenant Rudorff ist beauftragt, die Antwort Sr. Majestät des Königs von Hannover nach Berlin zu bringen. Er wird vom Generallieutenant von Falckenstein zurückgewiesen. General von Falckenstein erkennt den mit dem General von Alvensleben abgeschlossenen Waffenstillstand nicht an.

kleidern (!!) nach Kreuzburg entsandt, um sich über die Lage zu orientieren. Abends aber war nur der sie begleitende Hornist mit der Meldung zurückgekehrt, daß das Städtchen von feindlichen Husaren besetzt sei.

Daß die hannoversche Armee, wie man zuerst angenommen, bereits durch den Thüringer Wald entkommen sei, schien nach dieser Nachricht unmöglich. Schließlich aber brachte man in Erfahrung, daß sie bei Stockhausen stehe, und ein Waffenstillstand abgeschlossen sei. Dahin setzte sich also das Bataillon unter Führung des Majors Wyneken wieder in Marsch und erreichte völlig erschöpft in den ersten Morgenstunden des 25. Juni den Lagerplatz der Brigade Bülow.

Der Oberst v. d. Decken hatte in der Nacht den auf den schlechten Feldwegen abhanden gekommenen Train aufgesucht und gefunden, — der Adjutant von Linsingen wurde bei dem gleichen Versuch von einer preußischen Husarenpatrouille erschossen — und war mit demselben am Morgen des 25. nach Großbehringen gelangt. Erst gegen Abend bei Stockhausen fand er sodann sein Bataillon wieder, als die Brigade Bülow zum Abmarsch gegen die Behringsdörfer alarmiert wurde*).

General von Falckenstein gab sich trotz des Moltkeschen Telegramms fortwährend den Anschein, als ob er an das Bestehen einer Waffenruhe nicht glaubte. Vielmehr diente ihm das unverbürgte Gerücht von dem Erscheinen der Bayern bei Vacha zum Vorwand, um zurück zu telegraphieren, daß er am anderen Morgen die Hannoveraner angreifen müsse, weil er sonst riskiere, zwischen zwei Feuer zu kommen. Dabei forderte er Moltke auf, zu veranlassen, daß die Truppen bei Gotha ebenfalls am nächsten Morgen 4 Uhr in der Richtung auf Eisenach zur Kooperation vorgingen**). Auch eine zweite ergänzende Depesche Moltkes, welche ihn davon in Kenntnis setzte, daß Alvensleben außer der Bedenkzeit eine Waffenruhe stipuliert hatte, brachte ihn nicht zur Aenderung seines Entschlusses.

---

*) Ueber den Zug des 1. Jägerbataillons vgl. v. d. Wengen a. a. O. S. 543 und 691 ff. Von den beiden zur Erkundung nach Kreuzburg entsandten Offizieren kam der eine (Lieutenant Burkhardt) glücklich wieder zum Bataillon. Der andere (Premierlieutenant von Reichmeister) wurde von Bauern in Uetterode festgehalten und an die preußischen Vorposten in Kreuzburg abgeliefert. Diese überwiesen ihn am 25. vormittags an den General von Goeben in Eisenach, der ihn gegen Ehrenwort nach Kassel entließ.

**) S. das Telegramm in von Lettow a. a. O. I. T. S. 267.

Es gelang ihm sogar, durch seine Vorstellungen bei dem Könige Wilhelm die Ueberzeugung hervorzurufen, daß die Hannoveraner die Verhandlungen absichtlich in die Länge zögen, um das Herankommen der Bayern abzuwarten. An Moltke telegraphierte er: „Alvensleben voraussichtlich gründlich getäuscht. Die verlangte Bedenkzeit nur dazu, sich mit den Bayern zu vereinigen. Hier Selbsterhaltung geboten."

In demselben Sinne faßte auch der König die etwa 9 Uhr eingehende Depesche Alvenslebens auf, der unterwegs aus Jüterbogk meldete: „Um 10 Uhr heute früh sind 24 Stunden Bedenkzeit ausgebeten und bewilligt. Waffenruhe bis auf weiteres stipuliert. Mußte diese 24 Stunden innehalten und dann mitteilen, Befehl nach Uebereinkunft verkündet werden. Ich komme heute abend noch zu B." (ismarck).

Nun erging auf Moltkes Vortrag 10 Uhr abends der telegraphische Befehl an Falckenstein: „Se. Majestät befehlen unverzüglichen Angriff auf Hannoveraner morgen früh 10 Uhr, wo Waffenruhe abläuft. General Flies in Gotha wird dasselbe thun. Oberst von Döring geht in besonderer Mission kurz vor Ablauf der Waffenruhe zum König von Hannover, um Entwaffnung zu fordern. Werden wider Erwarten (sic!) unsere Bedingungen angenommen, so wird Oberst Döring Ew. Excellenz sogleich benachrichtigen."

Erläuternd fügte Moltke 10 Uhr 25 Minuten hinzu:

„Se. Majestät der König befiehlt, daß morgen nicht vor 10 Uhr vormittags angegriffen wird. Truppenbewegungen sind vor dieser Zeit vom frühen Morgen ab gestattet"*).

Diese Depeschen erreichten Falckenstein erst um 1 Uhr nachts. Ein Umbestellen der frühzeitig zum Aufbruch befohlenen Abteilungen wäre kaum mehr möglich gewesen, war auch nach den Moltkeschen Anordnungen unnötig. — Dagegen hätte er unbedingt den Gegner sofort von den veränderten Dispositionen in Kenntnis setzen müssen. Aber erst, als er 3½ Uhr morgens mit seinem ganzen Stabe vor dem Hotel „Zum Rautenkranz" zu Pferde stieg, um sich zu den zum Angriff bereitstehenden Truppen zu begeben, entsandte er einen Parlamentär zum General von Arentsschildt mit der Anzeige, daß der Waffenstillstand nunmehr respektiert werden würde. Dicht vor der Stadt wurde ihm der Rittmeister von der Wense mit verbundenen Augen zugeführt, der einen Protest des Königs Georg wegen Nichtrespektierung des Waffenstillstandes

*) S. die drei entscheidenden Telegramme in von Lettow a. a. O. I. T. S. 267 ff.

überreichen sollte. „Ich weiß von dieser Waffenruhe nichts“, entgegnete Falckenstein ziemlich unwirsch: „Erst in dem Augenblicke, wo ich angreifen will, geht mir eine Mitteilung zu, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen ist, der übrigens um 10 Uhr abläuft.“ Dann ritt er weiter. Sein Abgesandter aber traf gegen 5 Uhr bei Großbehringen ein, wo die hannoverschen Truppen seit zwei Stunden, des Angriffs gewärtig aufmarschiert standen. Da er aber nichts davon erwähnte, daß die Waffenruhe nur bis 10 Uhr Giltigkeit haben sollte, so traten die Brigaden sofort ohne jegliche Sicherheits-Maßregeln den Marsch in das vereinbarte Kantonnement an.

In demselben Augenblick erschien gegen 5½ Uhr plötzlich von Gotha her ein neuer Parlamentär. Es war der Flügel-Adjutant des Herzogs, Oberstlieutenant von Reuter, der im Namen seines Herrn dem Könige Georg die Mitteilung machte, daß der König Wilhelm, dem bis jetzt noch keine Eröffnungen hannoverscherseits zugegangen seien, zwar befohlen habe, „daß bis heute, Dienstag, 10 Uhr vormittags keine Feindseligkeiten erfolgen sollen“, daß aber, wenn sich der Anmarsch der Bayern im Rücken der preußischen Truppen bestätigte, die Abrede als gebrochen angesehen und demgemäß verfahren werden würde*).

Ueber diese Ankündigung war der König Georg mit Recht aufs Höchste erstaunt. Er entgegnete, daß er nach wie vor auf die mit dem General von Alvensleben getroffenen Abmachungen vertraue. Der Oberstlieutenant möge sich selber überzeugen, daß seine Armee, wie vereinbart, nach Langensalza zurückmarschiere, um dort den Abschluß der Unterhandlungen abzuwarten. An der Uebersendung seiner Antwort nach Berlin, die er bereits am vorigen Nachmittage durch den Oberstlieutnant Rudorff abgeschickt habe, sei er aber durch den General von Falckenstein gehindert worden. Er beabsichtige daher, denselben Offizier noch einmal und zwar über Gotha damit nach Berlin zu entsenden. Mit diesem Bescheide wurde Reuter entlassen, der gegen 8 Uhr beim Herzog seine Meldung abstattete. Auch als während des Weitermarsches der Rittmeister v. d. Wense zurückkam und meldete, der General v. Falckenstein habe erklärt, er werde um 10 Uhr angreifen, legte man der Nachricht kein Gewicht bei, da dessen Parlamentär hiervon nichts gesagt hatte.

Gleichzeitig mit dem Angriffsbefehl an den General von Falckenstein war auf Veranlassung Bismarcks der Oberst von Döring vom Großen

*) von Lettow a. a. O. I. S. 273.

Generalstabe an den König Georg entsendet worden. Seine Instruktion*) wies ihn an, „unter allen Umständen sobald als möglich eine Entwaffnung der königlich hannoverschen Truppen herbeizuführen". Als am erwünschtesten wurde es bezeichnet, wenn dies vor Ablauf des Waffenstillstandes — der einseitig als nur 24 Stunden geltend gedeutet wurde — herbeigeführt werden könnte; und er erhielt für den Fall Ermächtigung, die „ehrenvollste" Kapitulation zu gewähren, deren Bedingungen sich übrigens ziemlich genau mit den von Alvensleben gestellten Forderungen deckten. Wäre aber eine solche nach diesen Grundzügen während des Waffenstillstandes nicht zu erreichen, so sollte sofort nach dessen Ablauf die Waffenstreckung durch jedes Mittel erzwungen werden.

„Seine Majestät der König", so heißt es in der Instruktion weiter, „ist noch immer bereit, ein Bündnis mit Hannover abzuschließen, auf der Basis einer gegenseitigen Alliance unter Anerkennung der von Preußen am 14. Juni in Frankfurt vorgeschlagenen Bundesreform und Garantie des hannoverschen Besitzstandes nach Maßgabe dieser Reform durch Preußen. Wird ein solches Bündnis vor Ablauf des Waffenstillstandes gleichzeitig mit der Kapitulation über Entwaffnung der Truppen von Hannover angenommen, so kann die Punktation darüber nach Maßgabe der obigen Grundsätze gleichzeitig mit der militärischen Kapitulation vollzogen werden. Doch darf durch die Verhandlungen über das Bündnis die Entwaffnung der Truppen unter keinen Umständen verzögert werden."

Immer von neuem aber wurde betont, daß „unter allen Umständen" „unbedingt" an der Entwaffnung entweder vor Ablauf des Waffenstillstandes durch Güte oder unmittelbar nach dessen Ablauf durch Gewalt festgehalten werden müsse. Mit dieser Instruktion reiste Oberst Döring gegen 11 Uhr abends in der Richtung auf Gotha ab.

Einige Stunden später, zwischen 1 und 2 Uhr früh, scheint der General von Alvensleben sich zurückgemeldet und Bismarck über seine Mission persönlich Bericht erstattet zu haben. Er hatte den König Georg versöhnlicher und nachgiebiger gefunden, als man in den maßgebenden Kreisen Berlins voraussetzte. Es war daher zu besorgen, daß er das ihm in der Erwartung der Ablehnung gestellte Ultimatum annehmen könnte. Eine Garantie des hannoverschen Besitzstandes aber, die ihm beim Friedensschluß die Hände band, wäre Bismarck höchst unerwünscht gewesen. Und um diese Gefahr abzuwenden, bediente sich der um die

*) S. dieselbe in von Lettow a. a. O. I. T. S. 279 ff.

Mittel niemals verlegene — „unscrupulous" nennt ihn Beust*) — Minister eines Telegramms, welches er gerade in diesem Zeitpunkt erhalten hatte oder erhalten haben wollte. Darnach berichtete der Landrat von Wintzingerode, daß, bevor er am 25. abends 9 Uhr von Gotha in Mühlhausen eingetroffen wäre, die gesamte hannoversche Armee — also vertragsbrüchigerweise — bereits durch die Stadt zurückgegangen sei.

Die Entstehung dieses Telegramms ist in ihren Ursachen und Folgen so rätselhaft, daß man bedauern muß, daß der Oberst von Lettow es nicht im Original bringt. Wie erklärt es sich, daß der Landrat von Wintzingerode, dessen Nachrichten sich stets durch Zuverlässigkeit ausgezeichnet hatten, nun das Phantasiegebilde der durch Mühlhausen durchmarschierten Hannoveraner als Wirklichkeit nach Berlin meldete, und daß er trotzdem, wenigstens soweit bekannt geworden, nicht dafür zur Verantwortung gezogen ist? Wie erklärt es sich ferner, daß Bismarck, der durch Falckenstein und Alvensleben genau wußte, wo die Hannoveraner standen, nun 2 Uhr 39 Minuten früh an den Herzog von Coburg telegraphierte:

„Ew. Hoheit werden soeben ein Telegramm Sr. Majestät bezüglich Verhalten der Truppen gegen Hannover erhalten haben (NB. das Telegramm, welches die Sendung Reuters veranlaßte). Nach Abgang desselben ging hier Meldung ein, daß alle hannoverschen Truppen durch Mühlhausen marschiert, Feindseligkeiten verübend(!) Ich darf annehmen, daß Se. Majestät das Telegramm nicht geschrieben, sondern Verhandlungen als abgebrochen betrachtet und Verfolgung des Feindes befohlen haben würde, wenn diese Thatsache bekannt gewesen wäre; der König ist mir jetzt aber in der Nacht nicht zugänglich. Sendung Dörings dadurch auch obsolet."

Jedenfalls hatte nun der Minister für seine künftige Politik wieder völlig freie Hand. Aber die kriegerischen Operationen wurden durch das Wintzingerodesche Telegramm in eine wahrhaft heillose Konfusion gebracht. „Durch das Fortlaufen mehrerer unabhängiger Handlungen neben einander steigerte sich die allgemeine Verwirrung ins Grenzenlose," schreibt Lettow**). Moltke erließ nun, — ob aus Ueberzeugung von der Richtigkeit der Nachricht, sei dahin gestellt — militärische Anordnungen, die mit den Bismarckschen diplomatischen Instruktionen in Einklang standen. Gleichzeitig mit der Benachrichtigung des Herzogs telegraphierte er an

*) „Aus drei Vierteljahrhunderten" I. T. S. 350.

**) von Lettow a. a. O. I. T. S. 270.

Falckenstein (2 Uhr 40 Min. früh), daß durch die Angabe Wintzingerodes, an der nicht zu zweifeln sei, die Basis der bisherigen Verhandlungen alteriert wäre und er nunmehr völlige Freiheit der Aktion habe. Er solle daher unverzüglich den Hannoveranern nachrücken und den General Manteuffel, der in Göttingen stand, benachrichtigen, daß er gleichzeitig vorgehe. Dabei wurde ihm empfohlen, bei seiner Ueberlegenheit „die entbehrlichen Truppen zur Beobachtung der Bayern u. s. w. und mit Rücksicht auf die demnächstigen Dispositionen bei Eisenach zu belassen“. Bei seinem Könige aber, dessen zur Versöhnung geneigten Sinn er kannte, durfte Moltke keinen Zweifel an der Vertragsbrüchigkeit der Hannoveraner aufkommen lassen. Und doch scheint ihm das schwer genug geworden zu sein. Denn der hohe Herr schrieb eigenhändig unter die Depesche, als sie ihm am andern Morgen vorgelegt wurde: „Sollte denn dieser Abmarsch unentdeckt geblieben sein von Goeben und Flies, da er noch am Tage begonnen haben muß? Es klingt unglaublich und ist zu detailliert, um unwahr zu sein.“

Wann das Telegramm Moltkes in die Hände Falckensteins gelangte, ist nicht ganz klar. Die Angabe Wengens aber*), daß es 3 Uhr 20 Min. erst von Berlin expediert sei, hat manche Wahrscheinlichkeit für sich, während Lettow behauptet, daß es um diese Zeit schon in Eisenach angekommen wäre. Jedenfalls war Falckenstein, als er es erhielt, bereits durch Rudorff und Wense vollständig davon unterrichtet, daß die Hannoveraner noch unverändert vor ihm standen. Dennoch traf er sofort die nötigen Anordnungen, um die Dispositionen der obersten Heeresleitung in Ausführung zu bringen. Ob er es gethan hat, um nicht abermals den Vorwurf des Ungehorsams auf sich zu laden, oder weshalb sonst, wage ich nicht zu entscheiden.

Um 4 Uhr 44 Minuten morgens aber teilte er dem Chef des Generalstabes telegraphisch mit**), daß Manteuffel, dessen Corps, mit Ausnahme des Detachements Flies, bei Göttingen und Kassel stand, und dem sich die zwei Garde-Bataillone aus Eisenach anschließen sollten, Befehl erhalten habe, schleunigst mit seinen gesamten Kräften in südlicher Richtung die Offensive zu ergreifen. Flies sollte von Gotha den Hannoveranern in nördlicher Richtung folgen. Die Avantgarde Beyers hatte im Werra-

*) „Deutsche Heereszeitung“ vom 15. September 1897 Nr. 74.

**) S. das Telegramm in von Lettow a. a. O. I. S. 270.

thal den Feind seitwärts zu begleiten, um ein Ausweichen nach dieser Richtung zu verhüten.

Warum aber Falckenstein von der ihm gelassenen „Freiheit der Aktion" einen so weitgehenden Gebrauch machte, daß er die Straße nach Langensalza völlig frei gab, von seinen übrigen der eigenen Meldung nach in Eisenach zu sammelnden Streitkräften das Gros Beyers nach Treffurt längs der Bahn Kassel-Eisenach zurückmarschieren ließ und die Goebensche Division wegen der angeblichen Besetzung Vachas durch die Bayern nach Gerstungen zu verlegte, ist absolut unerklärlich, wenn man nicht annehmen will, daß er sich durch das Gefühl grimmiger Schadenfreude darüber hat hinreißen lassen, daß Moltke so gründlich getäuscht war. Ja, er fühlte sich nicht einmal bewogen, das eigenmächtige Abweichen von den ihm zugegangenen Weisungen nach Berlin zu berichten und beabsichtigte sogar, sich um 1 Uhr mit seinem Hauptquartier nach Göttingen zu begeben.

General von Flies, der am Abend vorher durch ein Telegramm der obersten Heeresleitung davon unterrichtet war, daß bis 10 Uhr Waffenruhe herrschte, wurde in der Frühe des 26. durch eine Depesche Falckensteins überrascht, welche ihm aufgab, den in nördlicher Richtung abziehenden Hannoveranern zu folgen. Er ließ also 7 Uhr morgens die Truppen in Gotha alarmieren und trat gegen 8 Uhr mit allen disponibeln Kräften (7 Linien-Bataillone, 1 Ersatz-Bataillon, 5 Landwehr-Bataillone, 3 schwache Eskadronen und 22 Geschütze in 4 Batterien) den Vormarsch gegen Langensalza an. Seine Vorhut (eine Patrouille der Husaren-Eskadron Merseburg) stieß in Aschara auf die im Vertrauen auf den bestehenden Waffenstillstand ihrem Regimente vorausgeeilten Quartiermacher der hannoverschen Gardehusaren und forderte sie zur Ergebung auf. Der Führer, Rittmeister Schaumann, leistete in der Meinung, daß ein Mißverständnis vorliegen müsse, keinen Widerstand, und ließ sich zu dem General von Flies nach Westhausen führen, der sich jedoch weigerte, die Gefangenen wieder freizugeben. Ebenso erging es zwei unglücklichen Hoboisten des 6. Infanterie-Regiments, die in Wiegeleben im Dorfteiche ihre Füße wuschen. Dieselbe Patrouille, die sie dabei überraschte, hatte auch bereits den Gardehusaren-Lieutenant von der Decken gefangen genommen, dem es jedoch durch die Geschwindigkeit seines Pferdes gelang, glücklich wieder zu entkommen.

Der mittlerweile mit zwei Schwadronen eingetroffene Kommandeur des Gardehusaren-Regiments, Oberstlieutenant von der Decken, war natür-

lich über diese Vorfälle äußerst entrüstet, um so mehr, da auch ein herzukommender preußischer Generalstabsoffizier, dem er zu Fuß ohne Säbel als Parlamentär entgegenging, von keinem Waffenstillstand etwas wissen wollte. Doch gestattete man ihm, seinen Adjutanten, Rittmeister Volger, zum General von Flies zu entsenden, um weitere Aufklärungen über die Situation zu erbitten. Er wurde mit verbundenen Augen durch fünf preußische Husaren zu dem feindlichen General geführt, den er in einem Zimmer des Gasthauses von Warza traf. Dieser erklärte, ihm sei von einem Waffenstillstand nichts bekannt (?), er werde sofort angreifen. Aber „fair“ (!) solle der Krieg betrieben werden, da er nun einmal da sei. Dann fragte er: „Wieviel Zeit gebrauchen Sie, um die Meldung davon Ihrem Kommandierenden zu überbringen?“ und als Volger zwei Stunden verlangte, erklärte er sich damit einverstanden*).

Inzwischen waren dem General von Flies andere Nachrichten zugegangen, welche die Sachlage von neuem veränderten. Als der Oberst von Döring morgens 4 Uhr in Gotha eintraf, war der Oberstlieutenant von Reuter eben mit seiner Mission an den König Georg abgereist. Der Herzog teilte nun Döring die neueste Depesche Bismarcks mit, wodurch sein Auftrag thatsächlich erledigt war. Um 8 Uhr aber kehrte Reuter von Groß-Behringen zurück und berichtete, daß er die hannoverschen Truppen im friedlichen Rückmarsch auf Langensalza gesehen, und der König ihm erklärt habe, daß er ganz auf dem Standpunkt der Alvenslebenschen Verhandlungen — Waffenruhe bis zur Kündigung — sich befände. Auch Reuter hatte zugegeben, daß es dabei verbliebe, einen etwaigen Vormarsch der Bayern ausgenommen, in welchem Falle die Aktion gegen die Hannoveraner sofort beginnen würde**).

Die Nachricht, auf Grund deren Bismarck die Sendung Dörings als „obsolet“ bezeichnet hatte, war also offenbar falsch. Es traten daher die Verhältnisse wieder in Kraft, wie sie vor dessen Entsendung bestanden hatten, d. h. nach Bismarcks Auffassung galt bis 10 Uhr vormittags der Waffenstillstand und nach dessen Ablauf hatte der Angriff zu erfolgen, falls bis dahin keine Kapitulation abgeschlossen war. Daraufhin stellte Flies seinen Vormarsch an der Nesse-Linie vorläufig ein. Eben vor dem Ablauf der kurzen Frist war ihm der Oberstlieutenant Rudorff bei West-

*) Mitteilung des Oberstlieutenants Volger aus seinem Tagebuch.

**) S. das Telegramm des Herzogs von Coburg an den König von Preußen d. d. 26. Juni 8 12 Uhr morgens in von Lettow a. a. O. I. S. 274.

hausen begegnet und bald nachher der Rittmeister Volger in Warza bei ihm eingetroffen. Der erstere bat, die Antwort seines Königs auf die Alvenslebenschen Propositionen nunmehr auf dem Wege über Gotha nach Berlin überbringen zu dürfen. Seine Instruktion*) gestattete ihm, abzuschließen, wenn die ihm am Tage vorher mitgeteilten Vorschläge angenommen würden. Wollte man darauf nicht eingehen, so war er autorisiert, anderweite Vorschläge entgegenzunehmen und darüber zu berichten. Vor allem sollte er auf Anerkennung des Waffenstillstandes dringen. Da aber Oberstlieutenant Reuter die Einhaltung desselben von dem Vorrücken der Bayern abhängig gemacht hatte, so war er ermächtigt, zu erklären, daß bis jetzt wegen Aufnahme der hannoverschen Truppen mit keiner süddeutschen Regierung verhandelt sei, daß man aber beabsichtige, „der Kgl. bayerschen Regierung ein desfallsiges Arrangement vorzuschlagen". Aus diesem Auftrag ergiebt sich, daß der König keineswegs mehr unabänderlich auf der Forderung des Durchmarsches bestand. Vielmehr ist die Absicht, wenn es nicht anders ging, für eine Kapitulation möglichst günstige Bedingungen zu erhalten, unverkennbar.

General von Flies aber gestattete die Weiterreise des hannoverschen Parlamentärs ebensowenig wie der General von Falckenstein. Er berief sich darauf, daß die Waffenruhe um 10 Uhr ablaufe, und er dementsprechend vorrücken müsse. Jedoch erbot er sich, ein von Rudorff aufgesetztes Telegramm zur Weiterbeförderung nach Gotha zu schicken. Dasselbe lautete:

„An Se. Majestät den König von Preußen.

Oberstlieutenant Rudorff ist beauftragt nach Berlin zu gehen, um die Antwort Se. Majestät des Königs von Hannover an Se. Majestät den König von Preußen zu überbringen. Er findet die Truppen

---

*) Die Instruktion, die mir Herr v. d. Wengen abschriftlich mitgeteilt hat, lautet wörtlich:

„Der Oberstl. Rudorff darf nur abschließen auf Grund der ihm gestern erteilten Instruktion. Sollte man in Berlin diese Vorschläge nicht annehmen, so ist der Oberstl. R. autorisiert, anderweitige Vorschläge entgegenzunehmen.

Jedenfalls muß er darauf bestehen, daß der General Vogel von Falckenstein sofort benachrichtigt wird, den zwischen dem General von Alvensleben und dem Obersten Dammers verabredeten Waffenstillstand zu respektieren.

Auf die Anfrage, mit welcher süddeutschen Regierung wegen Aufnahme der Truppen verhandelt werden solle, wird Oberstl. R. antworten, daß bis jetzt keine desfallsigen Verhandlungen eröffnet seien, die K. hannoversche Regierung aber beabsichtigte, der K. bayerschen Regierung ein desfallsiges Arrangement vorzuschlagen."

Sr. Majestät des Königs von Preußen im Vorgehen begriffen*). Se. Majestät der König von Hannover ist der Ansicht, daß der mit dem General von Alvensleben abgeschlossene Waffenstillstand noch fortbesteht. Die Truppen haben daher bis zur Entscheidung ein Friedens-Kantonnement um Langensalza bezogen. Alle Feindseligkeiten sind untersagt. Ich bitte den kommandierenden General von Flies mit dem Abschluß der Unterhandlungen zu bevollmächtigen.

Rudorff, Oberstlieutenant."

Zu derartigen Verhandlungen aber war der preußische General durchaus nicht geneigt. Im Gegenteil erklärte er dem Oberstlieutenant, daß der Angriff sofort erfolgen werde, gab ihm jedoch bei der Rückkehr nach Langensalza seinen Adjutanten, den Lieutenant von Brösigke, mit, um eventuelle Aufträge und Anerbietungen des Königs entgegenzunehmen. Der Monarch aber lehnte es ab, den preußischen Offizier zu empfangen, da fernere Verhandlungen ausgeschlossen wären, nachdem man preußischerseits den „bis auf weiteres" geschlossenen Waffenstillstand nicht anerkennen wolle**)."

Daß König Georg über das Verhalten Preußens in höchstem Grade entrüstet war, kann man ihm nicht verdenken. Der Parlamentär, welchen er mit seiner versöhnlichen Antwort nach Berlin hatte entsenden wollen, war sowohl in Eisenach wie in Gotha zurückgewiesen worden. Auf die mit Alvensleben getroffenen Abmachungen vertrauend, deren Rechtsgiltigkeit auch von dem Oberstlieutenant von Reuter anerkannt war, hatte er seine Truppen weitläufige Friedensquartiere beziehen lassen, wo sie nun hinterlistigerweise überfallen werden sollten. Selbst Lettow muß zugeben***), daß er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse mit Recht das Verfahren Preußens als völkerrechtswidrig bezeichnen konnte.

Und noch befand sich der König in der heftigsten Erregung, als ihm gegen 1 Uhr abermals ein preußischer Sendbote gemeldet wurde. Es war der Oberst von Döring, welcher, da nach seiner Meinung der General Flies schon wegen der fehlenden Unterstützung Goebens an demselben Tage nicht mehr zum Angriff schreiten konnte, noch Zeit zu haben glaubte, „um im Sinne seiner Instruktion zu handeln". Wie er gut das verstand, sollte sich bald zeigen. Er war in die Intentionen Bismarcks völlig eingeweiht und wußte genau, daß dieser zwar eine

*) Dieser Satz fehlt bei Lettow (a. a. O. S. 276).

**) von Lettow a. a. O. I. T. S. 277.

***) von Lettow a. a. O. I. S. 282.

militärische Kapitulation wünschte, aber auf kein politisches Abkommen irgend welcher Art eingehen wollte. Danach regelte er sein Vorgehen. „Ew. Majestät“, so hub er an, „habe ich eine Depesche des Grafen Bismarck vorzutragen“ . . . „Was will der Mensch?“ unterbrach ihn der König. „Wer ist damit gemeint?“ fragte der Oberst. „Ich bitte unterthänigst zu bedenken, daß von einem preußischen Minister die Rede ist.“ „Ist er nicht so gut ein Mensch wie jeder andere?“ entgegnete der erzürnte Monarch. Die Stimmung war also schon eine ziemlich gereizte, als Döring den wesentlichen Inhalt seiner Instruktion vorzulesen begann. Er wurde mehrfach durch die Versicherung des Königs unterbrochen, daß Alvensleben auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, daß man seine Parlamentäre wider alles Völkerrecht angehalten habe, und nun, nachdem er seine Truppen im Vertrauen auf den vereinbarten Vertrag in weitläufige Quartiere verlegt, gegen ihn vorrücke. Schließlich erklärte Döring, es wäre von keinem Einfluß, ob die Vorschläge angenommen würden oder nicht. General von Falckenstein hätte Befehl, jedenfalls anzugreifen. Und um die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Dauer des Waffenstillstandes zu erledigen, hielte er sich berechtigt, denselben zu kündigen*).

Nach Gotha zurückgekehrt, meldete er 4 Uhr nachmittags die Ablehnung seiner Sommation telegraphisch nach Berlin und fügte hinzu: „Feind zieht über Langensalza, wahrscheinlich auf Kirchheiligen ab**).“ Diese letzte Nachricht war ebenso aus der Luft gegriffen — Lettow nennt sie nur „leichtfertig“ — wie die des Landrats von Wintzingerode vom vorigen Tage, denn notorisch hat sich zur Zeit der Rückkehr Dörings auf der bezeichneten Straße kein hannoverscher Soldat befunden (vergl. v. d. Wengen, „Rückblicke auf den hannoverschen Feldzug von 1866“ in der deutschen Heereszeitung Nr. 75 vom 18. September 1897); aber sie erfüllte ihren Zweck. Der König Wilhelm, dem noch eine Depesche des Regierungspräsidenten in Erfurt — der merkwürdigerweise nicht nach Gotha oder Eisenach, sondern nach Berlin berichtete — zuging, wonach die Hannoveraner seit 11 Uhr im Marsch auf Tennstädt begriffen wären***), war nunmehr fest überzeugt, daß sie die Verhandlungen absichtlich in die

*) Mitteilung des Legationsrats Rudloff, der bei der Audienz Dörings zugegen war, d. d. 12. Februar 1867.

**) von Lettow a. a. O. I. T. S. 283.

***) Die Nachricht war nicht unbegründet, denn um die angegebene Zeit hatten Abteilungen der Brigade Knesebeck die vereinbarten Kantonnements in den nahe gelegenen Ortschaften Klettstädt, Urleben und Tottleben bezogen.

Länge zögen, um sich der Umklammerung zu entziehen. Das Telegramm des Oberstlieutenant Rudorff muß er demnach nicht erhalten haben. Moltke aber, der über die Anordnungen Falckensteins noch immer keine nähere Nachrichten hatte, teilte diesem nunmehr mit, daß die Hannoveraner ihm in der Richtung auf Tennstädt und Kirchheiligen ausweichen zu wollen schienen, Se. Majestät aber dringend wünsche, vor allem die hannoversche Angelegenheit erledigt zu sehen. Ja, er veranlaßte den König, 9 Uhr 20 Minuten abends persönlich an Falckenstein zu telegraphieren: „Hannoveraner brechen nach Tennstädt und Sömmerda auf. Ich wiederhole den Befehl durch Moltke, daß Sie alles Disponibele konzentrieren per Marsch und Eisenbahn, um Kapitulation zu erzwingen coûte qui coûte. Bayern sollen in Meiningen sein. Auch dem General von Flies habe ich Mitteilung gemacht*)."

Diese Ordre brachte Falckenstein in ein arges Dilemna. Moltke war im hohen Grade unzufrieden gewesen, daß er seine letzte Instruktion zu sehr à la lettre befolgt hatte. Vielleicht argwöhnte er auch, daß man ihn in Verlegenheit bringen wollte, denn er hatte fest geglaubt, daß der General bei seiner genauen Kenntnis der wirklichen Situation, trotz der Anweisung, am 26. um 10 Uhr gleichzeitig mit Flies zum Angriff schreiten würde. Eine gewisse Scheu aber scheint ihm davon zurückgehalten zu haben, seinen Irrtum selbst zu bekennen und einzugestehen, daß die Angabe, an der „nicht zu zweifeln war", sich dennoch als falsch erwiesen hatte. Er ließ also gegen 11 Uhr vormittags durch General Podbielski an Falckenstein telegraphieren: „Reuter heute früh Hannoveraner im Friedensmarsch zwischen Gotha und Langensalza marschierend angetroffen." Abends entsandte er noch den Oberstlieutenant Veith vom Großen Generalstabe nach Eisenach, um Falckenstein noch einmal mündlich die Absichten der obersten Heeresleitung darzulegen**).

Mit Recht fürchtete dieser ernste Vorwürfe, wenn man in Berlin erfuhr, daß er die Straße nach Langensalza ganz geräumt habe. Er erteilte daher dem General von Kummer in Eisenach den Befehl, schleunigst 2 Bataillone, 1/2 Eskadron und 2 Geschütze nach Groß-Behringen vorzuschieben, die indes nur bis Stockhausen und Groß-Lupnitz gelangten. An ein Vorführen seiner übrigen Truppen zum An-

*) Herzog von Coburg a. a. O. III. T. S. 574.
**) von Lettow a. a. O. I S. 319.

griff an demselben Tage aber konnte er nicht denken. Manteuffel wurde daher angewiesen, am 27. bis Heiligenstadt, am 28. bis Mühlhausen zu marschieren. Flies sollte nicht vorrücken, so lange die Hannoveraner bei Langensalza ständen, „sonst ihnen aber an der Klinge bleiben*).“ Er selbst wollte mit 15 Bataillonen von Eisenach aus am nächsten Tage die Offensive ergreifen. Dem König meldete er, Flies stände zwischen Gotha und Langensalza, Kummer in Groß-Behringen, Goeben und Beyer in und um Eisenach, Manteuffel in Göttingen, 4 Bataillone in Kassel — was allerdings der wirklichen Sachlage nicht ganz entsprach.

Alle diese Anordnungen wurden nun durch die Meldung Dörings von neuem umgestoßen, der selbst in Begleitung des Herzogs von Coburg in der Nacht auf einer Lokomotive nach Eisenach kam, um wegen des befohlenen Angriffs das Nähere zu verabreden. Falckenstein empfing die Beiden ziemlich unwirsch. Auf die Absendung von Verstärkungen noch in der Nacht nach Gotha wollte er sich, so dringend auch der Herzog darum bat, nicht einlassen — und mit Recht.

Vergeblich stellte ihm dieser die gefährdete Lage des Detachements Flies — und seine eigene in lebhaften Farben vor; Falckenstein wies seine Hilfegesuche mit Berufung auf den Königlichen Befehl schroff zurück. Danach nahm er an, daß die Hannoveraner keine größeren Streitkräfte bei Langensalza zurückgelassen hätten, und daß zu deren Inschachhaltung die Fliessche Abteilung völlig genügte. Dementsprechend telegraphierte der Herzog noch von Eisenach aus an diesen, es sei der Wunsch des Kommandierenden, daß er „mit dem Frühesten den Hannoveranern auf den Leib rücke, um ihnen das Abrücken zu erschweren**).“

Merkwürdig aber ist es, daß Falckenstein die Meldung des Regierungspräsidenten in Erfurt für glaubwürdiger hielt, als die des Obersten von Döring, obgleich die letztere doch anscheinend auf eigenen Wahrnehmungen beruhte. Er ging von der Voraussetzung aus, daß die Hannoveraner die Straße über Tennstädt nach Sömmerda eingeschlagen hätten, in der Absicht, irgendwo ostwärts Erfurt die Eisenbahnlinie zu überschreiten und nach Süden durchzubrechen. Daß er sie alsdann auf dem direkten Wege über Langensalza nicht einholen konnte, lag auf der Hand. Die einzige Möglichkeit, sich ihnen noch rechtzeitig vor-

*) von Lettow a. a. O. I. S. 287.
**) von Lettow a. a. O. I. T. S. 288.

zulegen, bot sich ihm in der schleunigen Beförderung seiner Truppen mit der Eisenbahn über Erfurt nach Weimar. Dazu bestimmte er zunächst die Division Beyer nebst dem Detachement Kummer, das von Groß-Behringen nach Eisenach zurückkehren mußte. In derselben Richtung sollte Goeben mit Zurücklassung einer kleinen Abteilung in Gerstungen folgen. Manteuffel endlich erhielt Befehl, vorläufig bei Göttingen stehen zu bleiben, um ihn eventuell auf der Eisenbahn heranziehen zu können. Nachdem der General diese Anordnungen getroffen, telegraphierte er an den König: „Ew. Königlichen Majestät Befehl wird ausgeführt. Ob günstiger Erfolg möglich sein wird, ist nicht vorherzusehen. Oberst von Döring wird Ew. Königlichen Majestät mündlich berichten*).“

Im hannoverschen Hauptquartier rief die Nachricht, daß Rudorff abermals unverrichteter Sache zurückgekehrt war, und der Oberst von Döring den sofortigen Angriff sowohl von Gotha wie von Eisenach her in Aussicht gestellt hatte, zuerst panischen Schrecken hervor. Eine rechtzeitige Konzentrierung der Armee war unmöglich. General von Arentsschildt und sein Stabschef hielten daher einen bewaffneten Widerstand gegen die feindliche Uebermacht nicht bloß für aussichtslos, sondern für frevelhaft. Sie eilten zum König und stellten ihm vor, daß in dieser verzweifelten Lage nichts übrig bliebe, wie dem anrückenden Feinde die Bereitwilligkeit zur bedingungslosen Kapitulation zu erklären. Darauf wollte sich der hochsinnige Monarch jedoch unter keinen Umständen einlassen. In dem nunmehr zusammenberufenen Kriegsrat, an dem außer Arentsschildt und Cordemann noch der Kronprinz, Graf Platen, der Kriegsminister, der General-Adjutant und die beiden Generalstabsoffiziere Rudorff und Jacobi teilnahmen, erklärte er, daß vor allen Dingen zur Rettung der Waffenehre Widerstand geleistet werden müsse. Lieber wolle er mit der Armee das Los der Gefangenschaft teilen, ja selbst den Tod erdulden, als ohne Kampf kapitulieren. Für diese heldenmütige Auffassung hatte jedoch der kommandierende General kein Verständnis. Er meinte, ein Kampf, bei dem man nicht nur von dem General von Flies, sondern auch von dem General von Falckenstein angegriffen werden würde, könnte nur zur unausbleiblichen Vernichtung führen, und dafür vermöchte er nicht die Verantwortung zu übernehmen. Vergeblich stellte der König, unterstützt von Graf Platen, ihm vor, es sei, falls man im Laufe des Gefechts die Gewißheit von der Uebermacht des Feindes gewonnen, immer noch Zeit

*) von Lettow a. a. O. I. T. S. 289.

genug, die Bereitwilligkeit zur Waffenstreckung zu erklären — er hielt die Möglichkeit dieses Ausweges für ausgeschlossen. Als aber der Kriegsminister meinte, man müsse den Kampf aufnehmen und bis zum Aeußersten Widerstand leisten, schlimmstenfalls müsse jede Brigade für ihre eigene Rettung sorgen, — da erklärte er abermals, für einen solchen Beschluß die Verantwortung nicht übernehmen zu können, und bat um seine Enthebung vom Oberkommando. Auch der Oberst Cordemann beantragte seine Entlassung.

Der König war geneigt, diesem Wunsche zu entsprechen und den Kriegsminister an die Spitze der Armee zu stellen, damit er die Ausführung des von ihm vorgeschlagenen Planes selbst in die Hand nehmen könne. Oberstlieutenant Rudorff sollte ihm als Chef des Generalstabes zur Seite gestellt werden. Allein Brandis gab zu bedenken, daß in einem so kritischen Moment ein Kommandowechsel einen schlechten Eindruck machen würde, und diese Rücksicht bestimmte schließlich auch Arentsschildt und Cordemann, ihr Entlassungsgesuch wieder zurückzuziehen und einen bewaffneten Widerstand wenigstens zu versuchen.

Die Brigade de Vaux, die in Erwartung des angekündigten Angriffs bereits vormittags eine Verteidigungsstellung auf dem nördlich Henningsleben belegenen Pfannenhügel bezogen hatte, erhielt Befehl, eventuell Langensalza auf das äußerste zu halten. Dasselbe sollte die Brigade Bothmer in Gräfentonna thun, wo sie bereits angefangen hatte, die Ortseingänge zu verbarrikadieren und in Verteidigungszustand zu setzen. Durch diese Maßregeln hoffte man die nötige Zeit zu gewinnen, um die andern beiden Brigaden, die in vollster Unkenntnis der Sachlage in ihre Quartiere abgerückt waren, zu sammeln und den Rückzug antreten zu lassen. Sie sollten sich, wenn sie auf Widerstand stießen, in der Richtung auf Sondershausen durchzuschlagen und Nordhausen zu gewinnen suchen, wo man die ganze Armee wieder zu konzentrieren gedachte.

Der Reserve-Kavallerie wurde aufgegeben, in einer Stellung bei Sundhausen den Rückzug dieser beiden Brigaden zu decken. „Dazu wird es bereits zu spät sein“, meinte Jacobi bei der Ausfertigung der Ordre. Die Reserve-Artillerie hatte sich der nächsten Brigade anzuschließen. Die Bagage sowohl wie den Armeetrain glaubte man nicht mehr retten zu können; sie sollte nach Kirchheiligen dirigiert und nötigenfalls preisgegeben werden.

Mit diesem Befehl ritten nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr Ordonnanz-Offiziere nach den Sammelplätzen der Brigaden, die sofort alarmiert

wurden. Der kommandierende General begab sich auf die Höhe des Pfannenhügels, um die Entwickelung der Dinge abzuwarten.

Der König selbst hatte dem Regierungsrat Meding eine an den König von Preußen gerichtete versiegelte Erklärung*) übergeben, worin er aussprach, daß die preußischen Truppen, nachdem seine Armee im Vertrauen auf den bis auf weiteres abgeschlossenen Waffenstillstand zerstreute Kantonnements bezogen, einen unvorhergesehenen Ueberfall unternommen hätten. „Ich gebe mich mit meinem teuren Sohne und Kronprinzen“, fuhr er fort, „und mit meinem Heere, welches sich tapfer kämpfend zurückgezogen, nur der Uebermacht weichend, gefangen, und erkläre hiermit feierlich vor dem dreieinigen Gott und der ganzen Welt, insbesondere zur Wahrung der Rechte meiner angestammten Krone, meines Königlichen Hauses und meines Königreichs, sowie zur Rettung der Ehre meiner tapferen und treuen Armee diesen Ueberfall für einen Akt der größesten Roheit und Barbarei.“

„Ich protestiere im Namen aller Souveräne Europas, im Namen des Völkerrechts und im Namen der Ehre aller civilisierten Armeen gegen diesen unerhörten Wortbruch und mache den Urheber desselben für alles daraus entstehende Unglück vor Gott und der Welt verantwortlich.“

„Ich werde keine Gelegenheit versäumen, die mir, meinem königlichen Hause und meinem Königreiche — — — entrissenen Rechte mit der Hilfe des Allmächtigen wieder zu erlangen und vertraue dabei auf die ewige Gerechtigkeit Gottes, auf die unerschrockene Treue meiner Unterthanen, welche schon einmal den — — — gestürzten Thron wieder aufrichtete, und auf die Waffen meiner Alliierten und harre aus in der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß endlich der gerechten Sache der Sieg zu teil werden wird.“

Langensalza, den 26. Juni 1866.

(gez.) Georg R.

Diese Erklärung sollte Meding, im Fall der König während des vorauszusehenden Gefechts gefangen würde, in die Hände des die Gefangennehmung bewirkenden preußischen Offiziers legen.

Vom Feinde, dessen Herannahen man von Minute zu Minute erwartet hatte, war indessen nichts zu sehen. Staubwolken, die in der Richtung nach Gotha zu aufstiegen, erwiesen sich bald als von Schafherden

*) S. dieselbe in Meding a. a. O. II. T. S. 176 ff., der einige besonders scharfe Ausdrücke weggelassen hat.

verursacht. Nur einige Husaren-Patrouillen gewahrte man, die mit den Vorposten der Cambridge-Dragoner und Gardehusaren Schüsse wechselten.

Als bis gegen 5 Uhr nachmittags alles ruhig blieb, gewann man die Ueberzeugung, daß der noch für diesen Tag angedrohte Angriff dennoch unterbleiben würde. Man hatte also Zeit, die gesamte Armee in einer Verteidigungsstellung zu konzentrieren, wo sie am nächsten Tage in besserer Verfassung den kommenden Ereignissen entgegensehen konnte. Eine zu diesem Zwecke vorzüglich geeignete Position hatte der Oberstlieutenant Rudorff ausfindig gemacht, und dementsprechend wurde 5½ Uhr abends der nachstehende Befehl ausgegeben:

„Es soll in dieser Nacht mit der Armee eine Stellung zwischen Thamsbrück und Nägelstädt genommen werden, die Unstrut und Langensalza vor der Front.

Es marschieren:

1. Brigade Bülow und Reserve-Artillerie bis hinter Thamsbrück,
2. Brigade de Vaux hinter Merxleben,
3. Brigade Bothmer hinter Nägelstädt,
4. Brigade Knesebeck und Reserve-Kavallerie hinter die Brigade de Vaux bei Merxleben.

Um 3 Uhr morgens treffen die genannten Abteilungen auf den obgenannten Rendezvous ein; durch Fouragierung aus den Ortschaften ist für Lebensmittel in den Bivouacs zu sorgen."

Unter den obwaltenden Verhältnissen war kaum ein anderer Beschluß möglich. Zwar hatten einige Offiziere, die nach Süddeutschland beurlaubt gewesen und am Morgen glücklich wieder zur Armee gelangt waren, berichtet, daß der größte Teil der preußischen Truppen von Gotha in der Richtung auf Eisenach abmarschiert wäre, wie es auch völlig der Wahrheit entsprach. Denn von dem spät abends am 25. dort eingetroffenen Detachement Flies waren das 11. Regiment und eine Batterie noch in der Nacht unter dem Befehl des Oberst Zglinitzky nach Waltershausen entsandt worden, von wo sie erst am Morgen des 27. über Sonneborn und Tüngeda wieder nach Warza herangezogen wurden. Auch ergaben durch Offizierspatrouillen eingehende Nachrichten mit ziemlicher Sicherheit, daß auf der Straße nach Eisenach sich keine feindliche Truppen mehr befanden. Man glaubte daher die preußische Hauptmacht im Anmarsch auf Mühlhausen, um den Hannoveranern den Rückmarsch zu verlegen. Unter diesen Umständen wurde von dem Oberstlieutenant Rudorff der Vorschlag gemacht, am nächsten Morgen in aller Frühe den Feind, den

man in einer Stellung hinter dem Nessebach vermutete, anzugreifen und sich über Gotha den Weg nach dem Süden zu bahnen. Allein bei weiterer Ueberlegung mußte man sich sagen, daß die Truppen, die nun schon seit drei Nächten der Ruhe entbehrten, zu einer solchen Offensivbewegung nicht mehr im stande sein würden. Man behielt sich aber vor, den Plan, falls sich die Verhältnisse nicht änderten, 24 Stunden später in Ausführung zu bringen.

Langsam dämmerte nach einer schwülen Nacht der Morgen des 27. Juni herauf. Aber noch war es völlig finster, als von allen Seiten die hannoverschen Kolonnen heranmarschierten, von Generalstabs-Offizieren nach ihren Aufstellungsplätzen geleitet. In der Stadt Langensalza war das 1. Bataillon des 3. Infanterie-Regiments unter dem Oberst von Strube zurückgeblieben, während das Cambridge-Dragoner-Regiment unter dem Oberstlieutenant Graf Kielmannsegge nach Henningsleben vorgeschoben wurde und die Straßen nach Gotha und Eisenach durch Feldwachen beobachtete. Der König, der um Mitternacht vom Schützenhause fortgeritten war, hatte sich mit seinem Gefolge an die Sondershausener Straße begeben, wo er in der Höhe von Sundhausen auf freiem Felde inmitten seiner Truppen bivouakierte und auf einer herangeschafften Decke kurze Zeit der Ruhe genoß. Der Kommandant der kleinen Stabswache, Premierlieutenant von Reden vom Garderegiment, der noch an demselben Tage die Treue gegen seinen Kriegsherrn mit seinem Blute besiegeln sollte — er fiel beim Sturm auf die alte Kirchhofsmauer vor dem Lazarett — winkte den Herannahenden mit der Hand, den schlafenden Fürsten nicht zu stören*).

Wie ein roter leuchtender Feuerball stieg im Osten das Tagesgestirn empor und erhellte das glänzende kriegerische Bild. Zum ersten — und letzten Male war die gesamte hannoversche Armee auf einem Flecke versammelt und ihre Waffen glitzerten in den Strahlen der Morgensonne. Auf dem rechten Flügel der Stellung waren die Rekruten der Brigade Bülow unter Leitung des Oberstlieutenant Oppermann mit den Pionieren beschäftigt, am Beerberge, den sogenannten Weinbergs-Graben vor sich**), Erdwerke aufzuwerfen, in welchen die vom Artillerie-Depot mitgeführten 10 Reserve-Geschütze aufgestellt werden sollten.

Als bis gegen 7 Uhr alles ruhig blieb, erhielten die Truppen die

*) Gutbier, „Der Kampf um Langensalza am 27. Juni 1866“ S. 21.

**) Gutbier a. a. O. S. 19.

Erlaubnis abzukochen. Unbestimmte Gerüchte wollten wissen, daß die Bayern bereits bis Vacha vorgerückt wären. Damit brachte man die Unthätigkeit des Feindes in Verbindung und gedachte umsomehr am nächsten Tage den verschobenen Angriff auf Gotha zu unternehmen. Um Näheres zu erfahren, wurde der Oberstlieutenant Lüderitz — Direktor der Armee-Remonte-Kommission — als Parlamentär mit dem ostensibelen Auftrage entsandt, nachzufragen, ob auf die Rudorffsche Depesche Antwort aus Berlin eingegangen sei. Die Brigade Knesebeck, welche weiter rückwärts in Reserve gestanden hatte, wurde nun des Wassers wegen näher an die Unstrut, oberhalb Merxleben herangezogen. Das Schlachtvieh ward verteilt und bald stieg aus hunderten von Kochlöchern kräuselnder Rauch empor. Der Reserve-Kavallerie gestattete man, nach Sundhausen, wo sie bivouakiert hatte, zurückzukehren. Das Königliche Hauptquartier ging nach Thamsbrück und fand in dem auf der Höhe belegenen Bohnschen Freigute ein bescheidenes Unterkommen, während der General von Arentsschildt mit seinem Stabe nach Merxleben hineinritt, um dort einige Stunden zu ruhen.

Kurz vor 10 Uhr wurde er jedoch durch die Meldung, daß der Feind von Gotha her in Anmarsch sei, überrascht. Bald verkündete auch schon der dumpfe Schall der Kanonenschüsse, daß der Kampf begonnen hatte — zu derselben Zeit, wo von den Türmen der feierliche Klang der Kirchenglocken den vom Könige Wilhelm angeordneten allgemeinen Buß- und Bettag einläutete. Gellend ertönte das Alarmsignal, die Soldaten eilten zu den Gewehren, die kaum ans Feuer gestellten Kochkessel wurden umgestürzt und hungernd marschierten die Brigaden nach ihren früheren Aufstellungsplätzen.

General von Flies hatte sich gegen 8 Uhr morgens mit seinem Detachement von Westhausen und Warza aus in Marsch gesetzt*). An der Spitze marschierte das Coburgsche Infanterie-Regiment, dem eine Eskadron blauer Landwehr-Husaren vorausschwärmte. Dichte Staub-

---

*) Das Detachement war folgendermaßen formiert:
Avantgarde: Oberst von Fabeck.
2 Bataillone Coburg
Landwehr-Eskadron Merseburg
Batterie Blottnitz (6 gezogene Vierpfünder).
Gros: Oberst von Hanstein.
3 Bataillone des Grenadierregiments Nr. 11
2 Bataillone des Infanterieregiments Nr. 25
Landwehrbataillon Torgau

wolken hüllten die Marschkolonnen ein. Bald nach 9 Uhr fuhren die gezogene Batterie der Avantgarde und die 2 Haubitzen der Reserve zu beiden Seiten der Straße auf und feuerten auf die Vorposten der Cambridge-Dragoner bei Henningsleben, die langsam auf Langensalza zurückwichen und das Anrücken des Feindes meldeten, dessen Stärke sie — ganz richtig — zunächst auf 2 Bataillone, 1 Eskadron und 1 Batterie schätzten.

General von Arentsschildt, zu dem auch der Oberstlieutenant Lüderitz mit derselben Meldung zurückgekehrt war, glaubte es daher nur mit einer schwachen Rekognoszierungs-Abteilung zu thun zu haben, wollte aber die Stadt Langensalza wegen ihrer Bedeutung für den Unterhalt der Armee nicht gern in die Hände des Feindes fallen lassen. Deshalb beorderte er die Brigade Knesebeck, sofort durch Merxleben vorzugehen, um demselben womöglich noch in der Besetzung der Stellung am „Roten Berge“ nördlich Henningsleben zuvorzukommen.

Gleichzeitig überbrachte der Major von Jacobi dem General von Bothmer, dessen Brigade hinter Nägelstädt bivouakierte, die Weisung, hier sofort auf das rechte Unstrut-Ufer überzugehen und den Feind in der rechten Flanke anzugreifen. Allein Bothmer stellte dem Major vor, daß ein solches isoliertes Vorgehen in Hinblick auf die Möglichkeit eines Angriffs von Erfurt her zu bedenklich wäre. Zunächst müsse er sich näher an das Centrum heranziehen. Der kommandierende General möge ihn nur gewähren lassen. Wenn die Verhältnisse sich günstig gestalteten, wollte er lieber weiter oberhalb die Unstrut überschreiten und von hier aus der gegebenen Direktive entsprechend eingreifen.

Ebensowenig wie diese Weisung an Bothmer gelangte der an die Brigade Knesebeck gegebene Befehl zur Ausführung. Kaum hatten deren

Ersatz-Eskadron des 10. Husarenregiments
Reitende Batterie König (6 kurze 12-Pfünder).
Reserve: Generalmajor von Seckendorff.
Landwehrbataillon Aschersleben
„ Naumburg
„ Treuenbrietzen
„ Potsdam
Ersatzbataillon des Infanterieregiments Nr. 71.
Landwehr-Eskadron Stendal
Reitende Batterie Metting (6 kurze 12-Pfdr.)
Ausfall-Batterie Caspari (2 glatte 6-Pfdr. und 2 7-Pfdr. Haubitzen).
Total: 11 Bataillone, 3 Eskadrons, 4 Batterien, circa 9000 Mann Infanterie, 240 Reiter und 22 Geschütze, darunter 6 gezogene.

vorderste Truppen, die Königin=Husaren, das Leibregiment und die Batterie Meyer das Brücken=Defilé bei Merxleben passiert, da kam ihnen bereits das Bataillon des 3. Infanterie=Regiments entgegen, welches vor dem Gothaer Thore versucht hatte, Widerstand zu leisten. Als aber der Feind 5 bis 6 Bataillone entwickelt und aus 8 Geschützen ein lebhaftes Feuer gegen die zurückgehenden Hannoveraner eröffnet hatte, war der Versuch des Obersten von Strube, sich noch einmal auf dem Jüdenhügel festzusetzen, vergeblich gewesen. Schon erschienen hier dichte feindliche Schützenschwärme. Er mußte nach Merxleben zurück, während die beiden Bataillone des Leibregiments in einer Stellung zwischen Kallenbergs Mühle und dem Bade seinen Rückzug deckten.

Als der General von Arentsschildt um $11^1/_2$ Uhr mit seinem Stabe auf dem Kirchberge erschien, hatte Oberst de Vaux bereits die nötigen Anordnungen getroffen, um das Centrum der Stellung auf das Nachdrücklichste zu verteidigen. Dem 2. Bataillon des 3. Infanterie=Regiments war speziell die Verteidigung Merxlebens anvertraut worden, während die 4 anderen Bataillone in zwei Treffen die Höhe besetzten und Tirailleure bis an deren Saum vorschoben. Neben ihnen, in dem Wiesengrunde westlich des Dorfes, hatten die beiden Bataillone des Garde=Regiments Aufstellung genommen, mit Schützenlinien am nördlichen Ufer der Unstrut. Sie waren aus eigener Initiative zurückgeblieben, als sie beim Rückmarsch der Brigade Knesebeck durch Merxleben sahen, daß die feindlichen Tirailleure schon an der Salza erschienen. Das Regiment Cambridge=Dragoner hielt hinter dem linken Flügel der 2. Brigade, während die gezogene Batterie Laves von der Kuppe des Kirchberges aus die feindliche Artillerie und Infanterie östlich Langensalza auf weite Entfernung beschoß. Der kommandierende General konnte von seinem Standpunkt aus deutlich beobachten, daß der Feind weit stärker war, als er nach den ersten Meldungen vermutet hatte. Außer der Infanterie, welche bereits durch Langensalza und über den Jüdenhügel vorgedrungen war, stieg jetzt eine Kolonne von 5—8 Bataillonen den Hang des Pfannenhügels in gerader Richtung gegen den Siechenhof und das Badewäldchen herab. Außerdem stand eine feindliche Batterie, anscheinend 4 bis 6 Geschütze, an einer Terrainwelle gerade südlich des Badehauses und gab über dieses hinweg auf die hannoversche Aufstellung Schüsse ab. Bald nachher begann noch eine andere Batterie vom Jüdenhügel aus lebhaft zu feuern, und dann wurden sämtliche feindliche Geschütze auf diesem vereinigt.

General von Arentsschildt beschloß daher, „zunächst und bis zur

weiteren Klärung der Situation, sich in der eingenommenen Stellung defensiv zu verhalten*)." Ordonnanz-Offiziere wurden entsendet, um die Munitionskolonne näher nach Merxleben heranzuziehen und der Reserve-Kavallerie den Befehl zum sofortigen Einrücken in die Schlachtlinie zu überbringen. Auch die Brigaden Knesebeck und Bülow näherten sich dem Centrum der Aufstellung. Mittlerweile war noch die gezogene Batterie Blumenbach der Reserve auf die Höhe des Kirchberges beordert worden. Westlich neben ihr an der Südseite des Kirchhofes fuhren außerdem 3 Geschütze der Batterie Meyer auf, — für mehr war kein Platz. Deren Führer war bereits, als er am Fuße des Jüdenhügels zum Rekognoszieren vorritt, verwundet, verließ jedoch das Gefechtsfeld nicht. Nun entspann sich auf circa 2000 Schritt (1600 Meter) ein äußerst heftiger Geschützkampf. Gleich die erste in die Batterie Laves einschlagende Granate zerschmetterte dem Hauptmann das Bein derartig, daß er am 8. Juli starb, und es zeigte sich bald, daß die preußische Artillerie, wenn auch nicht an Kaliber, doch hinsichtlich ihrer Aufstellung und Zahl der hannoverschen überlegen war. Es waren 20 preußische — darunter allerdings 14 glatte — gegen 15 hannoversche Geschütze in Thätigkeit, unter letzteren freilich zwölf gezogene 6-Pfdr. Dagegen überhöhte die Kuppe des Jüdenhügels den gegenüberliegenden Kirchberg um etwa 6 Meter und gewährte einen guten Einblick in die feindliche Aufstellung. Eine einzige preußische Granate, die in die 2. Kompagnie des 5. Infanterie-Regiments einschlug, riß 7 Mann, teils tot, teils verwundet nieder**).

Eine Zeit lang war sogar das zahlreiche Gefolge des Königs, als er sich gleich nach Eröffnung der Kanonade auf die hinter Merxleben in der Nähe des Beerberges gelegene Anhöhe begab, der Zielpunkt der feindlichen Geschosse. Der dortige Standpunkt bot nicht nur einen weiten Ueberblick über das Gefechtsfeld, sondern war auf ausdrücklichen Befehl des Königs so gewählt, daß alle seine Truppen ihren Kriegsherrn sehen konnten. Sie selbst zu führen war ihm ja leider versagt, so wollte er wenigstens ihnen sichtbar sein. Vom Pferde gestiegen, wandelte er am Arme des Flügeladjutanten von Kohlrausch auf und ab, und empfing die Meldungen über den Verlauf der Schlacht. Vergeblich bat der Kronprinz, nur einmal ins Getümmel hinunterreiten zu dürfen, es wurde ihm nicht gestattet. Vielmehr hatten seine beiden Adjutanten noch am Morgen

*) Offizieller Bericht a. a. O. II. T. S. 15.
**) v. d. Wengen a. a. O. S. 887.

dem Könige von neuem durch Handschlag geloben müssen, darüber zu wachen, daß der letzte Welfensproß nicht in Gefahr komme*).

Und bald mischte sich in den Donner der Kanonen das nervenerschütternde Knattern des Kleingewehrfeuers. General von Flies ließ, ohne die Wirkung der Artillerie abzuwarten, gleichzeitig mit seinem Avant-Corps fast die gesamte Infanterie seines Gros zum Frontalangriff gegen die feindliche Stellung vorgehen. Nur 3 Kompagnien vom 11. Grenadier-Regiment verblieben zu seiner Verfügung hinter dem Jüdenhügel. Außerdem entsandte er noch 3 Kompagnien und einen Zug Husaren gegen Thamsbrück, wo man hoffte, den König gefangen nehmen zu können — eine ganze unnütze Detachierung. Denn, um entscheidend in das Gefecht einzugreifen, war diese Abteilung viel zu schwach und in der Front konnte er keinen Mann entbehren. Zwischen Gräsers Fabrik und dem Badewäldchen entwickelten sich nun 5 Bataillone und zwei einzelne Kompagnien, und drangen in zwei Treffen mit starken Schützenschwärmen vor sich zu beiden Seiten der Straße gegen Merxleben vor.

Zum ersten Male lernten die Hannoveraner die verheerende Wirkung der Zündnadelgewehre kennen. Von der Chaussee und einem vorliegenden Wiesengraben wurden die an der Höhe nur sehr mangelhaft gedeckten Bataillone mit einem Hagel von Geschossen überschüttet. Die hannoverschen Schützen aber waren völlig außer stande, das Feuer mit der gleichen Intensivität zu erwidern. Ihre Waffe machte ihnen das Laden im Liegen fast unmöglich. Sie mußten sich daher auf wenige gut gezielte Schüsse beschränken. Dennoch hielten sie wacker Stand; nur wenn der Feind zu heftig aufdrängte, warf das Salvenfeuer der Soutiens ihn in die nächste Deckung zurück. So gelangten die Preußen mit einer Ausnahme nirgends bis an das Ufer der Unstrut. Und wenn auch einzelne Kompagnien mit größter Tapferkeit bis an die Brücken vordrangen, so wurden sie doch stets durch das gut geleitete Feuer der Verteidiger zurückgewiesen. Die Artillerie auf dem Kirchberge sowohl, wie die gezogene Batterie Eggers der Brigade Bülow, welche etwa 300 Schritt östlich des Kalkberges eine günstige Aufstellung genommen hatte, unterstützten die Infanterie auf das Kräftigste. Nur einzelne kleine preußische Schützenschwärme erreichten den Uferdeich, und es glückte ihnen sogar, unterhalb der Brücken den Fluß zu durchwaten und sich für kurze Zeit am anderen Ufer festzusetzen**).

*) Mitteilung des Generals a. D. von Schnehen d. d. 11. August 1900.

**) von Lettow a. a. O. I. S. 307.

Wenn es aber den hannoverschen Bataillonen möglich war, sich durch Niederlegen einigermaßen gegen das mörderische Feuer der Preußen zu decken, so bildeten dagegen die Batterien auf der Kuppe des Berges vor der weißen Kirchhofsmauer ein kaum zu verfehlendes Ziel. Namentlich die halbe Batterie Meyer auf dem rechten Flügel erlitt binnen kurzem so empfindliche Verluste — ein Offizier wurde getötet, ein anderer verwundet, 13 Unteroffiziere und Kanoniere waren gefallen, viele Pferde lagen tot — daß sie zurückgezogen werden mußte, um ihre Bespannung und Munition wieder zu ergänzen. Auch die Batterie Blumenbach, die neben ihr stand und ebenfalls schwer gelitten hatte, erhielt Befehl, zu gleichem Zweck hinter die Höhe zurückzugehen. Endlich protzte auch noch die Batterie Laves, welche wahrscheinlich glaubte, es sei ein allgemeiner Rückzugsbefehl erteilt, auf und fuhr ab.

General von Flies hatte den Anmarsch seiner Truppen bis zum Siechenhofe geleitet. Er war aber von der drückenden Hitze so erschöpft, daß er hier vom Pferde stieg, um sich im Schatten der mächtigen Lindenbäume etwas wieder zu erholen. Von seinem Standpunkte aus konnte er nur das Centrum der hannoverschen Aufstellung bei Merxleben erkennen. Er glaubte es daher lediglich mit der feindlichen Nachhut zu thun zu haben, welche den Abzug der Armee zu decken suchte. Daß die hannoverschen Vortruppen das rechte Unstrut-Ufer so schleunig geräumt hatten, und daß nun auch das Artillerie-Feuer auf dem Kirchberg schwächer wurde, und eine Zeit lang fast ganz verstummte, bestärkte ihn in dieser Ansicht. Er vermeinte daher im Sinne seiner Instruktion zu handeln, wenn er dem abziehenden Gegner energisch auf den Leib rückte und ihm nach Möglichkeit Abbruch that. Von dem Geist und der Widerstandskraft der Hannoveraner scheint er keine zu hohe Meinung gehabt zu haben. Vielleicht hat er auch geglaubt, mit leichter Mühe einen glänzenden Sieg erfechten zu können.

So stellte er die Sachlage wenigstens dem Major von Jena vom Generalstabe dar, der kurz nach 11 Uhr, begleitet von dem Oberstlieutenant von Reuter, bei ihm erschien, um sich im Auftrage des Generals von Goeben über den Stand des Gefechts zu unterrichten. Er erklärte ihm die Absicht, den Feind zwar über die Unstrut zurückzuwerfen, den Fluß aber vorläufig nicht zu überschreiten, sondern sich auf die Verteidigung der Uebergänge zu beschränken. Unterstützungen glaubte er nicht zu bedürfen, sondern sprach nur den Wunsch aus, die nicht feld-

tüchtigen Landwehrbataillone abgelöst zu sehen. Mit dieser Nachricht eilten die beiden Offiziere nach Gotha zurück.

Nun aber veränderte sich plötzlich das Bild. Die Brigade Bothmer war bald nach $11^1/_4$ Uhr von dem Major von Jacobi begleitet, von Nägelstädt in der Richtung auf Merxleben aufgebrochen. Die reitende Batterie Mertens mit dem Gardehusaren-Regiment trabte voraus. Als sie die Niederung des in südwestlicher Richtung der Unstrut zufließenden Klingengrabens passiert hatte, sahen sie die ersten Schüsse der auf dem Jüdenhügel aufgefahrenen preußischen Geschütze aufblitzen. Die Batterie bog daher links ab und protzte auf dem Nußberge*) südlich der Straße ab. Zwar gelang es ihr von hier aus einige Infanterie-Kolonnen, die vom Bade gegen Merxleben vordrangen, wirksam zu befeuern, allein um den Geschützkampf mit der preußischen Artillerie aufnehmen zu können, war die Entfernung zu groß. Die Batterie mußte sich darauf beschränken, ihr Feuer gegen die bei der weithin sichtbaren Kallenbergs Mühle sich entwickelnden preußischen Schützenschwärme zu richten.

Unterdessen kam auch die Infanterie der Brigade Bothmer heran. Der Lauf der Unstrut in den niedrigen Wiesen ließ sich von dem Höhenzuge nördlich des Flusses nicht deutlich erkennen. Der General glaubte daher, daß einzelne Tirailleure, welche bereits die Kolonne beschossen, sich auf dem diesseitigen Ufer befänden, und erteilte dem Lieutenant von der Decken vom Gardehusaren-Regiment den Befehl, sie mit seinem Zuge zurückzutreiben. Der Angriff gelang natürlich nicht. Noch bevor die Husaren in dem weichen Wiesenboden bis ans Ufer kamen, wurden sie durch das Salvenfeuer der Preußen empfangen und mußten mit dem Verlust von 1 Toten und 1 Verwundeten wieder zurück. Decken selbst wurde die Säbelklinge vor der Hand weggeschossen.

Bothmer aber war fest überzeugt gewesen, daß die Unstrut auf der Strecke Nägelstädt-Merxleben leicht zu passieren sei, und hatte bereits gleich nach dem Abmarsch den Rittmeister Volger vorausgeschickt, um geeignete Uebergangsstellen ausfindig zu machen. Er war daher enttäuscht und entrüstet, als dieser mit der Meldung zurückkehrte, der Fluß sei wegen der großen Wassertiefe und der meist unterwaschenen Ufer, wenigstens bis zur Einmündung des Klingengrabens, sowohl für Reiter wie für Infanterie unpassierbar. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem

---

*) Gutbier a. a. O. S. 47.

Rittmeister überzeugte er sich jedoch selbst von der Richtigkeit der Meldung*).

Trotzdem wollte er sich nicht zum Rückmarsch nach Nägelstädt entschließen, sondern glaubte, noch weiter oberhalb einen passenden Uebergangspunkt finden zu können. Er zog daher seine Infanterie am rechten Ufer des Bachs in den Wiesengrund herunter, wo sie etwa 500 Schritt nördlich des Flusses Halt machte. Die gezogene Batterie Müller wurde weiter vorwärts, hart am Ufer der Unstrut, westlich der Mündung des Stiftsgrabens aufgestellt.

Von hier aus eröffnete sie ein höchst wirkungsvolles Flankenfeuer gegen die preußischen Geschütze auf dem Jüdenhügel. Eine der ersten einschlagenden Granaten tötete den Kommandeur des Coburgischen Regiments, Oberstlieutenant von Westernhagen. Der Befehlshaber der preußischen Artillerie richtete daher an den General von Flies das Ersuchen, er möge die hannoversche Batterie durch Infanteriefeuer vertreiben lassen. Die mit Zündnadeln bewaffnete Ersatz-Kompagnie des 71. Regiments rückte also nach dem Erbsberge. Dort nahm sie zu ihrer höchsten Ueberraschung plötzlich jenseits des Flusses auch die Bataillone der Brigade Bothmer wahr. Auf die Meldung von dieser gefährlichen Flankenbedrohung ließ General von Seckendorff sofort noch zwei Landwehr-Bataillone und die zwei glatten Sechspfünder der von ihm befehligten Reserve nach dem Erbsberge abrücken, denen er bald noch ein drittes Landwehr-Bataillon nachschickte.

Und es war Zeit gewesen. Denn nun traf General von Bothmer Anstalten, die Unstrut zu überschreiten. Zunächst beorderte er das 3. Jäger-Bataillon, welches an der Queue der Kolonne marschiert war, an die Tête. Und in dem Eifer, möglichst rasch an den Feind zu kommen, zog es sich längs des „Stiftrains“, eines am Rande der Niederung hinführenden Fußweges, in dem Wiesengrunde in der Richtung auf Kallenbergs Mühle weiter. Den Fluß konnte man von hieraus nicht sehen, nur gegenüber das Badewäldchen und vor sich in einem Wiesengraben eine feuernde Tirailleurkette. Bald schlugen die feindlichen Geschosse in die Kolonne. Nun gings in beschleunigtem Tempo vorwärts, bis man sich plötzlich vor der Unstrut befand, die jedoch ohne große Schwierigkeiten durchwatet wurde**).

---

*) Tagebuch des Oberstlieutenants Volger.

**) Aufklärung des Hauptmanns S. von Brandis über die Thätigkeit des 3. Jägerbataillons in der Schlacht bei Langensalza. „Deutsche Volkszeitung“ vom 27. September 1896.

Das Bataillon aber kam durch diese Bewegung gänzlich außer Verbindung mit dem Rest der Brigade, die nunmehr in zwei Treffen gegen das Unstrut-Ufer vorging. Der Versuch, eine Laufbrücke über den Fluß herzustellen, war mißglückt, da die gefällten Baumstämme sich als zu kurz erwiesen. Man mußte also womöglich denselben zu durchwaten suchen. Die Mannschaften wurden befehligt, die Tornister abzulegen, die darin befindlichen Mäntel zu rollen und über die Schulter zu hängen. Die Patronen-Pakete steckten sie in den Frühstücksbeutel und in die Hosentaschen. Allein das Unternehmen, das vielleicht hätte glücken können, wenn das jenseitige Ufer nicht vom Feinde besetzt war, mußte dem vernichtenden Feuer der preußischen Tirailleure gegenüber, die etwa 200 Schritt vor dem Flusse in dem Graben am Fuße des Erbsberges lagen, notwendig scheitern. Sogar die Batterie Müller sah sich zum Abfahren aus ihrer so lange behaupteten Stellung gezwungen, in demselben Augenblick, wo die vier Linien-Bataillone sich anschickten, in das schmutziggelbe Wasser der Unstrut hinabzusteigen. In der That gelangten einzelne Abteilungen, so namentlich ein Bataillon des 7. Infanterie-Regiments unter dem Oberstlieutenant Koch trotz der empfindlichen Verluste, die ihnen das feindliche Feuer verursachte, durch den 4 bis 5 Fuß tiefen Fluß. Jedoch mußten die Leute sich an dem jenseitigen steilen Ufer einzeln an den Gewehren heraufziehen, und ihre Munition war größtenteils durchnäßt und unbrauchbar geworden. Andere, so z. B. die Kompagnien des 6. Infanterie-Regiments, stießen auf eine Stelle, wo das Wasser eine Tiefe von 6 bis 7 Fuß hatte. Dennoch kamen einzelne Mannschaften, sich gegenseitig helfend, auf das rechte Ufer hinüber, die Patronentasche mit der linken Hand auf das Käppi legend, mit der rechten das Gewehr hochhaltend. Aber alle diese heroischen Anstrengungen führten zu nichts. Vergeblich drang Oberstlieutenant Koch, der weiter oberhalb den Uebergang des 3. Jäger-Bataillons über die Unstrut bemerkte, mit seinem Bataillon, ohne einen Schuß zu thun, im Schnelltritt gegen den Erbsberg vor. Ohne genügende Munition mußte er weichen und über den Fluß zurückgehen. General von Bothmer, der sich nunmehr von der Nutzlosigkeit aller weiteren Uebergangsversuche überzeugte, ordnete daher gegen $2^1/_2$ Uhr den Rückzug der Brigade aus der Unstrut-Niederung an und ließ sie am südlichen Abhange des Höhenzuges in einer gedeckten Stellung aufmarschieren. Nur ein kleiner Schützenschwarm des 6. Infanterie-Regiments unter dem Lieutenant von Bülow verblieb auf dem rechten Ufer und schloß sich später dem gegen das Badewäldchen vordringenden

3. Jäger-Bataillon an. Der nutzlose Kampf an der Unstrut aber hatte schwere Opfer gekostet. Allein das tapfere Bataillon Koch hatte 9 Offiziere, darunter 3 Kompagniechefs, die ganze Brigade 14 Offiziere und 119 Mann verloren.

Indessen war auf der ganzen Linie der Kampf mit erneuter Heftigkeit entbrannt. Oberst Dammers hatte von seinem Standpunkt in der Umgebung des Königs nicht sobald das befremdliche Abfahren der Batterien vom Kirchberge bemerkt, als er vorsprengte und ihnen befahl, sofort in ihre alte Stellung zurückzukehren. Auch die 24-Pfdr. Haubitz-Batterie (von Hartmann) fuhr auf seine Anordnung bald nachher links neben ihnen auf. Dann ritt er selbst auf die Kuppe der Anhöhe, um Umschau zu halten.

Um dieselbe Zeit hatte sich General von Arentsschildt zu seinen Reserven hinter Merxleben begeben. Diese schon jetzt einzusetzen, erschien ihm jedoch zu früh. Er vermochte sich nicht zu erklären, weshalb der Gegner die Uebermacht, über die er nach allem Vorhergegangenen unzweifelhaft verfügte, nicht ins Gefecht brachte, und erwartete jeden Augenblick, die Spitzen anderer preußischer Heersäulen von Eisenach oder Erfurt her erscheinen zu sehen. Daß er sich damals mit Rückzugsgedanken getragen hätte, kann ich nach eigener Erinnerung als ausgeschlossen bezeichnen. Dammers aber, der bald wieder vom Kirchberge zurückkehrte, hatte außer der offenbar numerisch schwächeren feindlichen Abteilung, die von Gotha herangekommen war, soweit das Auge reichte, nichts von sonstigen preußischen Kolonnen wahrgenommen. Er schlug daher dem kommandierenden General vor, sofort mit allen verfügbaren Kräften zum Angriff zu schreiten. Dieser erklärte sich damit einverstanden, wenn der Chef des Generalstabes, dem er den Befehl gab, mit Dammers auf den Kirchberg zurückzureiten, dieselbe Ueberzeugung gewönne. Cordemann bestätigte die Richtigkeit der Ansichten und Wahrnehmungen des General-Adjutanten, und der Kommandierende eilte selbst auf die Höhe, um die nötigen Anordnungen zu treffen*).

Etwa $1^1/_4$ Uhr ließ er der Brigade Bülow durch den Oberstlieutenant Rudorff den Befehl zum unverzüglichen Vorgehen gegen Langensalza überbringen. Major von Jacobi, der sich während des Gefechts durch persönlichen Mut und Entschlossenheit auszeichnete, — „die Kugel, die ich suchte, hat mich nicht gefunden", schrieb er in einem für das Kriegs-

*) Vergl. Dammers a. a. O. S. 143 ff.

gericht bestimmten Memoire, das er mir zur Einsicht vorgelegt hat — ritt zum General von Bothmer, um ihn zu abermaligem Angriff zu bewegen. Ich selbst habe der Brigade Knesebeck — die übrigens nur noch aus 3 Bataillonen bestand — die Ordre überbracht, mit einem Teil den Obersten de Vaux im Centrum zu unterstützen und mit dem Rest dicht östlich von Merxleben und eventuell durch das Dorf vorzudringen.

Kurz nachher, etwa um $1^1/_2$ Uhr, traf auch die Reserve-Kavallerie hinter Merxleben ein und saß dort vorläufig ab. Sie hatte in ihrem Bivouac bei Sundhausen durch den Adjutanten des Obersten Dammers in demselben Augenblick den Befehl zum Aufbruch erhalten, als sie infolge des von Langensalza herüberschallenden Kanonendonners bereits anfing zu satteln. Von der Garde du Corps waren jedoch nur zwei Schwadronen vollzählig zur Stelle. Die 2. und 4. waren größtenteils zu Fouragierungen und Rekognoszierungen entsendet. Doch kam ein Teil der 2. Schwadron und ein Zug der 4. noch eben rechtzeitig zurück und wurde unter dem Kommando des Premierlieutenants Grafen von Wedel zu einer kombinierten 2. Schwadron in der Stärke von etwa 75 Pferden vereinigt.

Dammers wollte nun in seinem Feuereifer die Reserve-Kavallerie sofort über Nägelstädt dem Feinde in Flanke und Rücken gehen lassen. Allein Arentsschildt konnte sich — wohl mit Recht — nicht entschließen, seine letzte intakte Truppe schon jetzt aus der Hand zu geben.

Auf preußischer Seite hatte man mit wachsender Besorgnis das immer mächtiger anschwellende hannoversche Geschützfeuer wahrgenommen. Es konnte keinem Zweifel mehr unterliegen, daß man nicht bloß die Arrieregarde, sondern die ganze hannoversche Armee vor sich hatte. Noch wäre es Zeit gewesen, das Gefecht abzubrechen und den Rückzug auf Gotha anzutreten. Die Befehlshaber des Gros und der Avantgarde, die sich über ihre gefährliche Lage nicht länger täuschen konnten, schickten ihre Adjutanten zu dem kommandierenden General, um neue Instruktionen zu erbitten. Derselbe war jedoch nirgends zu finden. Wie sich nachher herausstellte, war er in den Feldern beim Siechenhofe unter dem Einflusse der Sonnenglut von heftigen Kongestionen befallen und ohnmächtig geworden. Die Obersten von Hanstein und von Fabeck aber wagten nicht, auf eigene Verantwortung den Rückzug anzutreten und beschlossen, den begonnenen Angriff vorläufig fortzusetzen. Gegen 1 Uhr ordneten sie sogar noch einen erneuten Vorstoß gegen das feindliche Centrum an. Der Kommandeur des 2. Bataillons des 25. Regiments hielt den Mo-

ment für gekommen, um einen Bajonettangriff auf das Brückendefilé zu versuchen. Unter Trommelschlag und Hurra mit wehender Fahne brach eine geschlossene Kompagnie mit Schützen-Schwärmen in der Flanke aus ihrer gedeckten Stellung bei Kallenbergs Mühle vor. Allein sie wurde bald durch das vernichtende Feuer der hannoverschen Tirailleure und einige Shrapnellschüsse der Batterie Mertens auf dem Nußberge zur Umkehr genötigt und gezwungen, am Westrande der Chaussee und in dem tiefen Salzabette Schutz zu suchen*).

Der Brigade Bülow war ein hartes Stück Arbeit zugefallen. Sie sollte im wirksamsten Bereich des feindlichen Feuers die Unstrut durchschreiten und über eine offene Wiesenebene gegen die festen preußischen Stellungen hinter dem Salzabach mit stürmender Hand vorgehen. Was das, einem mit überlegener Waffe ausgerüsteten Gegner gegenüber, selbst wenn er sich in der Minderzahl befindet, sagen will, haben die Engländer im Burenkriege zu ihrem Schaden erfahren. Schon dem Generalstabs-Offizier der Brigade, Premierlieutenant von Bülow, wurde, als er zum Rekognoszieren vorritt, das Pferd unter dem Leibe erschossen. Doch konnte er die Passierbarkeit der Unstrut für Infanterie konstatieren — sie war hier etwa 3—4 Fuß tief — und gegen $1^1/_2$ Uhr trat die Brigade ihren Vormarsch an. Dem rechten Flügel war der Turm der Marktkirche von Langensalza als Direktionspunkt angegeben worden. Die Batterie Eggers erhielt Befehl, aus ihrer vorzüglichen Stellung auf dem „Anthüttenberge"**) das Vorgehen möglichst lange zu unterstützen und sodann über Merxleben zu folgen. In demselben Augenblick erschien am östlichen Ausgang des Städtchens Thamsbrück die Spitze einer feindlichen Abteilung. Man beschränkte sich aber darauf, ihr gegenüber das Kronprinz-Dragoner-Regiment und das von den Schanzarbeiten herangezogene Arbeitskommando stehen zu lassen und die Batterie Eggers, die eben hinter dem Unstrutdamm eine neue günstige Position einnehmen wollte, gleichfalls in der Richtung auf Thamsbrück heranzuziehen.

„Es war ein erhebender Anblick, als die Bataillone der Brigade, drei im ersten, zwei im zweiten Treffen, antraten und ruhigen festen Schritts, ohne einen Schuß zu thun, den Abhang hinunter avancierten***)." Lautlos, in bester Ordnung wie auf dem Exerzierplatz ging es weiter

*) von der Wengen a. a. O. S. 905.
**) Gutbier a. a. O. S. 59.
***) Vergl. von Diebitsch a. a. O. S. 276.

durch hohe Kornfelder und Kartoffelstücke. Granaten flogen, wenn auch meist unschädlich, über die Kolonnen hinweg und bald ließ sich auch das eigentümliche Singen der preußischen Zündnadelkugeln hören. Immer stärker wurde das feindliche Feuer. Allenthalben in der Niederung sah man Pickelhauben blitzen und Rauchwolken aufsteigen. Nun gab's kein Halten mehr. „Die vordere Linie fällte die Bajonnette, ein donnerndes Hurra aus 2000 hannoverschen Kehlen erfüllte die Luft und in rasendem Lauf stürzten die braven Bataillone, über die ein Schauer von Kugeln hinwegpfiff, den Abhang herunter, um endlich an den Feind zu kommen." Plötzlich standen sie vor der Unstrut, die sie vorher der hohen Ufer wegen garnicht hatten sehen können. Doch die Preußen waren aus der Nähe verschwunden, und wenn sie auch aus den deckenden Stellungen hinter der Salza ein desto stärkeres Feuer unterhielten, so ging es trotzdem ohne zu stocken vorwärts. Zwar färbte sich das Wasser des Flusses mit dem Blute manches braven Soldaten, aber die Bataillone erstiegen die steilen Ufer, formierten sich jenseits rasch von neuem und stürmten, lebhaft feuernde Schützenschwärme vorwerfend, unaufhaltsam weiter.

Dem linken Flügel der Brigade schlossen sich die beiden Bataillone des Garderegiments an, die oberhalb Merxleben am linken Ufer gelegen hatten, und von Rudorff gleichfalls zum Vorgehen beordert waren. „Die Grenadiere brannten vor Begier, die Unstrut zu durchschreiten. Aus ihren Reihen hörte man wiederholt den alten Schlachtruf: „Man druf! man to!", mit welchem die hannoversche Garde 1759 bei Minden die französische Kavallerie angegriffen und unter dem Verlust von 6 Standarten in die Flucht geschlagen hatte*)."

Dem übermächtigen Anlauf waren die 6 bis 7 preußischen Kompagnien an der Salzalinie nicht gewachsen. Nach tapferem Widerstande fielen Gräsers Fabrik, die Rasenmühle, Arnoldis Ziegelei und das Lazarett in die Hände der Hannoveraner. Vor diesem letzteren hatten die Preußen die alte Friedhofsmauer der ehemaligen Liebfrauenkirche mit Schützen besetzt, welche das vorliegende offene Feld vollständig beherrschten. Aber trotz schwerer Verluste drang ein Bataillon Garde und eins des 4. Infanterie-Regiments unaufhaltsam vor, und als dann noch das 2. Bataillon des 5. Regiments unbeirrt durch das feindliche Flankenfeuer unter Trommelwirbel gegen den nordöstlichen Stadtsaum heranstürmte, gaben die

*) Gutbier a. a. O. S. 66.

Verteidiger der Salzalinie den Widerstand auf und wurden größtenteils zu Gefangenen gemacht.

Am hartnäckigsten gestaltete sich der Kampf um Kallenbergs Mühle, gegen die gleichzeitig neben dem 2. Jäger-Bataillon ein Garde-Bataillon vorging, während die Scharfschützen und andere Tirailleur-Abteilungen des 3. Regiments von Südwesten gegen sie herankrochen. Aber erst, als 2 Geschütze der Batterie Meyer abermals auf dem Kirchberge erschienen und das Gebäude mit Vollkugeln beschossen, stürzten die Verteidiger in hellen Haufen heraus und suchten in der Richtung nach dem Jüdenhügel zu entkommen. Nun aber stürmten auf der Chaussee noch zwei andere Kompagnien des 3. Infanterie-Regiments heran und schnitten ihnen den Rückweg ab. Da ergab sich der Rest, etwa 100 Mann, meistens vom 25. Regiment, darunter 1 Offizier, den Hannoveranern. Um $2^1/_4$ Uhr war hier alles entschieden.

Am südlichen Ausgang von Merxleben hatte der Brigadier, Oberst von Bülow, mit Ungeduld das siegreiche Vordringen seiner Truppen beobachtet. Jetzt sprengte er, ohne sich durch das heftige Feuer der preußischen Tirailleure aufhalten zu lassen, über das Brückendefilé vorwärts, um selbst die weitere Führung zu übernehmen. Der Brigade-Adjutant, Premierlieutenant von Diebitsch, war bereits dicht vor der ersten Brücke unmittelbar neben ihm erschossen worden.

Als General von Flies sich von seiner Ohnmacht wieder erholt hatte, stiegen schon die dunklen Angriffskolonnen der Hannoveraner zur Unstrut-Niederung herab. Nun eilte er in der Richtung nach dem Jüdenhügel vorwärts, um einen besseren Ueberblick zu gewinnen*). Allein als er in die Gegend des Erfurter Thores von Langensalza gelangte, sah er, daß auf seinem linken Flügel die Schlacht bereits vollständig verloren war. Zwar hielt ein Teil der Verteidiger von Kallenbergs Mühle eine Zeitlang noch Rümplers Garten am Fuße des Jüdenhügels besetzt und beschützte die dort postierte preußische Artillerie, aber bald mußten auch sie weichen, als die Hannoveraner durch die Stadt bis zur Gasanstalt am Klager Thore vordrangen. Die gezogene Batterie Blottnitz war bereits infolge des belästigenden Flankenfeuers der Batterie Müller abgefahren und hatte weiter rückwärts südlich vom Klinggraben zwischen dem oberen

*) Daß General von Flies „im Galopp nach dem Jüdenhügel geeilt" sei, wie Lettow (a. a. O. S. 309) behauptet, ist unwahrscheinlich. Wengen führt (Deutsche Heereszeitung Nr. 77 vom 27. September 1897) Zeugen dafür an, daß er dort nicht gesehen ist.

und mittleren Illebener Wege eine neue Aufstellung genommen. Ihr folgte bald die Erfurter Haubitzbatterie, die sich verschossen hatte. Die letzten beiden intakten Kompagnien des 11. Regiments hatte Oberst von Hanstein schon zur Unterstützung des linken Flügels in die Stadt gezogen, aber als er sah, daß alles vergeblich war, ließ er sie am Erfurter Thore bei Hartungs Maschinenfabrik eine Aufnahmestellung besetzen.

Immer mehr löste sich nun der Rückzug der Preußen in wilde Flucht auf. Alles Zureden der Offiziere war vergeblich. Eine Gothaische Kompagnie eilte sinnlos vor Schrecken davon, erst nach dem Riedsgraben, dann nach der Tonnaer Chaussee, dann nach der Höhe des Pfannenhügels. Sogar der Hauptmann von Zielberg wurde, obgleich er anfangs drohte, die Ausreißer niederzustechen, doch von dem Strom der Flüchtigen mit fortgerissen. Eine andere Abteilung Gothaer bemächtigte sich der Wagen, die zum Transport der Verwundeten bestimmt waren, und jagte, von einer wilden Panik ergriffen, davon, bis sie von preußischen Offizieren angehalten und zum Absteigen gezwungen wurde*).

In diesem Augenblick kam der Herzog von Coburg herangeritten. Er hatte nach dem Bericht des Oberstlieutenants von Reuter über den Verlauf des Gefechts eine zuversichtliche Depesche nach Berlin gesandt und sich dann selbst nach dem Schlachtfeld begeben, um Zeuge des Triumphs seiner Truppen zu sein. Bis Henningsleben hatte er sich des Wagens bedient. Dann stieg er zu Pferde und sprengte den „Roten Berg“ hinauf. Hier überzeugte er sich vermittelst des Feldstechers bald, daß das Gefecht ungünstig stand. Er schickte daher Reuter nach Gotha zurück, um das 53. Regiment heranzuholen, das bei seiner Abfahrt noch auf dem Bahnhofe gerastet hatte, mittlerweile aber infolge der Meldung des Hauptmanns von Jena wieder nach Eisenach abgefahren war. Als der Herzog weiter gegen Langensalza vorritt, kamen ihm in der Gegend von Straubes Garten immer größere Haufen von Flüchtigen, meist vom 25. und 11. Regiment, entgegen. Aber bald genug sah er auch seine eigenen Soldaten in großer Anzahl aufs höchste erschöpft davonlaufen, und bemühte sich nach Möglichkeit, sie wieder zu sammeln und zu ordnen. Den General von Flies, mit dem er bald nachher zusammentraf, fuhr er mit den harten Worten an: „Sind Sie denn verrückt geworden? Ist das der Befehl, der Ihnen gegeben ist, daß Sie die Leute ins Feuer werfen! Sie sollten den Feind festhalten und beschäftigen, bis Verstärkung ein-

*) Gutbier a. a. O. S. 85 ff.

getroffen war." Dem Oberst von Fabeck gegenüber verstieg er sich in seiner Erbitterung sogar zu dem widersinnigen Ausruf: „Das ist nun die hannoversche Dankbarkeit. Mit den gezogenen Geschützen, die der König von Hannover vom Könige Wilhelm geschenkt bekommen hat (!), schießt er ihm die Leute tot!*)"

Als die Niederlage seines linken Flügels unvermeidlich erschien, glaubte General von Flies nichts besseres thun zu können, wie zur Deckung des Rückzuges die Stellung zwischen dem Jüdenhügel und dem Erbsberge aufs äußerste zu verteidigen. Kurz nach $1^1/_2$ Uhr schickte er daher von seinen Reserven am Siechenhofe noch das Landwehr-Bataillon Potsdam und die 2. Ersatz-Kompagnie des 71. Regiments zur Verstärkung der dort kämpfenden Truppen nach dem Badewäldchen hinunter. Er verfügte also nur noch über ein einziges Landwehr-Bataillon als letzten Rückhalt.

Und nun ging auch das Centrum der Hannoveraner energisch zum Angriff vor. Schon, als das 3. Jäger-Bataillon bei seinem Vormarsch in der Richtung auf Kallenbergs Mühle aus der letzten Baumreihe auf die freie Wiesenebene heraustrat, hatte der Chef der am Hange des Kirchberges liegenden 4. Kompagnie des 1. Jäger-Bataillons den Moment für gekommen erachtet, um die preußischen Schützen, welche sich am Fuße der Anhöhe auf dem linken Unstrut-Ufer eingenistet hatten, zu vertreiben. Die Kompagnie wurde jedoch von einem so verheerenden Schnellfeuer überschüttet, daß sie wieder umkehren mußte. Auch ihr tapferer Führer, Hauptmann Dammers, ein Bruder des General-Adjutanten, sank von zwei Kugeln getroffen vom Pferde.

Um die lästigen feindlichen Tirailleure in den Wiesen zu verjagen, erteilte nun Oberst de Vaux dem rückwärts vom Kirchberge haltenden Cambridge-Dragoner-Regiment den Befehl, flußabwärts die Unstrut zu überschreiten und sie im Rücken zu fassen. Er glaubte, die Batterie Müller, welche damals gerade lebhaft feuerte, befinde sich bereits am jenseitigen Ufer und vermutete deshalb in der Gegend einen Uebergang. Das Kommando des Regiments hatte an Stelle des Oberstlieutenants Graf Kielmannsegge**) der Major J. Frhrr. von Hammerstein übernommen. Unter

*) Gutbier a. a. O. S. 87 ff.

**) Es ist mir nicht möglich gewesen, die Umstände völlig aufzuklären, welche es verhindert haben, daß Graf Kielmannsegge in der Schlacht sein Regiment selbst geführt hat. Nach seinem eigenen Bericht d. d. 6. August 1866 waren die Schwadronen beim Rückzug über das Brücken-Defilé auseinander gerissen. Kielmannsegge, der bei

dessen Führung trabte das Regiment am linken Flügel der Brigade vorbei entschlossen nach der Niederung herunter. Als es aber etwa dem Badewäldchen gegenüber in die freie Ebene gelangte, geriet es in das Schnellfeuer der feindlichen Schützenschwärme. Auch war von einer Furth nichts zu entdecken. Das Regiment machte daher Kehrt und trabte in guter Ordnung in seine frühere Stellung zurück. Daß es dabei nur geringe Verluste erlitt, verdankte es dem Umstande, daß man die Reiter auf feindlicher Seite für preußische gehalten hatte.

Jetzt befahl Oberst de Vaux, der sich nunmehr davon überzeugt hatte, daß vor seiner Front sich kein geeignetes Feld für die Thätigkeit der Kavallerie bot, dem Regiment, weiter unterhalb, wo es auch sei, den Fluß zu überschreiten, in die rechte Flanke des Feindes vorzugehen und anzugreifen, was ihm vor die Klinge kam. Major von Hammerstein ritt also mit seinen $3^1/_8$ Schwadronen auf dem Wege nach Nägelstädt ab. Unterwegs erfuhr er von den am Hange des Nußberges haltenden Gardehusaren, daß die Unstrut bis zu diesem Dorfe unpassierbar sei. Er trabte also bis dahin weiter und gelangte über die dortige Brücke und die breite Wiesen-Niederung an den Höhenzug, der sich von Illeben gegen die Chaussee nach Gräfentonna herabsenkt.

Oberst de Vaux hatte voller Ungeduld gewartet, daß die Brigade Bothmer dem 3. Jäger-Bataillon folgen und von Osten her sein Vorgehen unterstützen sollte. Aber Major von Jacobi hatte sich vergeblich bemüht, den General zu einem neuen Vorstoß zu bewegen. Er war durch den Mißerfolg seines ersten Versuchs so niedergeschlagen, daß er einen abermaligen Angriff für aussichtslos hielt. Trotzdem ihn Jacobi von der befohlenen allgemeinen Offensive in Kenntnis setzte, erklärte er, nur einem bestimmten schriftlichen Befehl Folge leisten zu wollen. Auch den späteren Vorstellungen des Oberstlieutenants Rudorff gab er kein Gehör, obgleich zu der Zeit bereits der siegreiche Erfolg des rechten Flügels deutlich sichtbar war. „Die vorauszusehenden Verluste schienen ihm nicht im Verhältnis der zu erreichenden Vorteile zu stehen," sagte er*). Nur dem Gardehusaren-Regiment erteilte er den Auftrag, über Nägelstädt den Cambridge-Dragonern zu folgen.

der 2. an der Straße nach Clettstädt sich befand, ritt fort, um die beiden andern aufzusuchen. Wahrscheinlich infolge seiner großen Kurzsichtigkeit gelang ihm dieses jedoch nicht, und auch sein Regiment fand er erst am Abend im Bivouac bei Nägelstädt wieder.

*) Offizieller Bericht II. T. S. 27.

Oberst de Vaux ließ sich durch das Ausbleiben der Unterstützung vom linken Flügel her nicht abhalten, selbst zum Angriff zu schreiten. Schon als die Verteidiger des Dorfes Merxleben das siegreiche Vordringen der Garde und der 3. Brigade bemerkten, war der Oberstlieutenant Flöcker mit einigen Kompagnien des 2. Regiments über beide Brücken zum Sturm gegen Kallenbergs Mühle vorgebrochen. Jetzt, gegen 2 Uhr, führte der tapfere Brigadier — mitten im Kugelregen in offenem Waffenrock mit weißer Weste — das 1. Jäger-Bataillon und das 1. Bataillon des 2. Regiments ungeachtet der schwersten Verluste persönlich von der Höhe des Kirchberges herab nach der Unstrut.

Um dem Angriff möglichsten Nachdruck zu geben, stürmten nun auch die drei letzten Bataillone der Brigade Knesebeck links am Dorfe vorbei gegen das Brückendefilé vor. Allein nur zwei gelangten glücklich hinüber und fanden ostwärts hinter dem hohen Damm einigermaßen Schutz gegen das feindliche Feuer. Das dritte — das 2. Bataillon des Leibregiments — aber geriet, als es auf dem Kamme des Kirchberges erschien, in ein mörderisches Geschütz- und Gewehrfeuer. Dazu geboten die steilen Wände eines bis dahin durch das hohe Korn versteckten Steinbruchs dem weiteren Vordringen Halt. In wenigen Minuten wurden 6 Offiziere verwundet, 2 andere getötet. Der Kommandeur, Major von Pufendorf, führte das Bataillon daher hinter die Höhe zurück und ließ es im Dorfe eine Reserve-Aufstellung nehmen.

Vor den immer zahlreicher von Merxleben vordringenden Hannoveranern, namentlich als auch das 3. Jäger-Bataillon in ihrer rechten Flanke auftauchte, räumten die preußischen Schützenschwärme endlich das linke Ufer der Unstrut, und gingen durch die Wiesen nach dem Badewäldchen zurück, wobei sie erhebliche Verluste erlitten. Um dieselbe Zeit sah man die letzten Verteidiger von Kallenbergs Mühle herausströmen und über die Chaussee nach dem Jüdenhügel flüchten. Major Cordemann vom Königin-Husaren-Regiment, der am Dorfausgang gehalten hatte, glaubte daher den günstigen Augenblick zum Eingreifen gekommen. Rasch entschlossen führte er seine beiden Schwadronen auf der Chaussee zum Angriff vor. Er erhielt jedoch vom Jüdenhügel und von der Badeallee her so heftiges Feuer, daß er zwischen der Straße und der Salza hinter einem hohen Erdwall Schutz suchen mußte, wo man durch einzelne aufragende Pappeln dem Einblick einigermaßen entzogen war. Kurz darauf erhielten auch die beiden anderen Schwadronen des Regiments vom General v. d. Knesebeck, der das Mißglücken des ersten Versuchs nicht sehen

konnte, den Befehl, über die Unstrut vorzugehen. Unter persönlicher Führung des Obersten Freiherrn von Halkett ritten sie an dem General von Arentsschildt und dem Obersten de Vaux vorüber durch das Dorf und passierten trotz des sich gegen sie entladenden Kugelregens die Brücken. Bald jedoch mußten sie einsehen, daß sie ebensowenig wie ihre Kameraden auf das jenseitige freie Feld gelangen konnten. Nur ein Teil fand noch neben den anderen Schwadronen hinter dem schützenden Erdwall Platz. Der Haltruf an der Tête der Kolonne aber wurde an der Queue nicht vernommen. Dabei war der Staub so dicht, daß die Reiter kaum die Ohren des Pferdes sahen. So kam es, daß, die hinten ritten, nicht erkennen konnten, was vorn vorging und noch energisch vorwärts drängten, als die Spitze bereits Kehrt gemacht hatte. Gerade auf der Brücke prallte alles aufeinander. Ein Gewirr ohnegleichen entstand. Schnaubende stöhnende Pferde, dröhnende Hufschläge, dazwischen Haltrufe, Kommandoworte und nun — ein grausiger Moment — bot die schmale Rampe keinen genügenden Schutz mehr und ein wirrer Knäuel von etwa 20 Reitern stürzte kopfüber in die circa 4 Meter darunter fließende Unstrut. Daß hierbei nur ein einziger Husar ertrank, ist fast ein Wunder. Die anderen Leute und Pferde wurden, zum Teil schwer verletzt, von den Gardejägern aufs Trockene gebracht*).

Gegen 3 Uhr wurde die Niederlage des Feindes immer erkennbarer. Man sah von dem Kirchberge deutlich, wie die Schützen am Erbsberge zusammenliefen, als hinter ihnen am Hange der Höhen jenseits der Gräfentonnaer Straße die Cambridge-Dragoner auftauchten. Das allmähliche Schweigen der Geschütze auf dem Jüdenhügel und dichte Staubwolken, die sich auf der Chaussee nach Gotha rasch entfernten, verkündeten den eiligen Rückzug des Gegners. Durch das mörderische Feuer der hannoverschen Infanterie, welche von der Rasenmühle gegen die Merxlebener Chaussee vordrang, waren die letzten preußischen Batterien — die 3. und 4. reitende — welche noch Stand gehalten, bereits zum Abfahren gezwungen, als der Abteilungs-Kommandeur, Major Petzel, sie noch einmal in ihre alte Stellung zurückführte. Allein, als nun in ihrem Rücken der Hauptmann Brinckmann vom 5. Regiment mit seiner Kompagnie von der Gasanstalt aus zum Bajonett-Angriff gegen den Jüdenhügel vorging, war kein Halten mehr. Sie fuhren ab, zunächst in eine

*) Vgl. Gutbier a. a. O. S. 103 ff.; v. d. Wengen a. a. O. S. 966ff.

Aufnahmestellung hinter Hartungs Maschinenfabrik. Dann schlossen sie sich dem Rückzug der Reserve an.

Eben waren die preußischen Truppen unter den Augen des Höchstkommandierenden vom Jüdenhügel abgezogen, da erschien der General von Seckendorff bei ihm am Siechenhofe, um zu melden, daß er auch den Erbsberg habe räumen müssen. Das Erscheinen der Cambridge-Dragoner hatte bei den Landwehr-Bataillonen einen solchen Schrecken hervorgerufen, daß er, um Schlimmeres abzuwenden, den Rückzug anordnete, der auch in ziemlicher Ordnung ausgeführt wurde. Flies überhäufte nun den halbblinden alten Herrn mit den heftigsten Vorwürfen, doch konnte dieser sich mit offener Darlegung der Situation rechtfertigen. Und alsbald nachher die Bataillone herankamen, überzeugte sich der Kommandierende selbst, daß auf sie für das fernere Gefecht nicht mehr zu rechnen war, und hieß sie gegen 3½ Uhr den Rückzug nach der Gothaer Straße fortsetzen. Dann ritt er nach dem Badewäldchen vor und erteilte persönlich dem Kommandeur des 1. Bataillons des 11. Regiments, Oberstlieutenant des Barres, den Befehl, bis zum Eingang weiterer Ordre das Gehölz zu behaupten*).

Indessen waren die Cambridge-Dragoner, 3 Schwadronen, zusammen kaum 260 Pferde stark, — ein Zug war zur Beobachtung in Nägelstädt zurückgeblieben — mit vorgeschobenen Plänklern längs der Terrainwellen südlich der Gräfentonnaer Straße im Vorrücken geblieben. Einen Angriff auf die vom Erbsberge abziehende Infanterie konnte man ohne Artillerie-Unterstützung nicht wagen. Man mußte sich also auf eine Flankenbedrohung beschränken und ritt in einer Art Echellonform in der Richtung gegen die Gothaer Chaussee weiter. In dem welligen Gelände zwischen dem oberen und unteren Illebener Wege aber ging in dem hohen Korn die gegenseitige Fühlung verloren, und die Schwadronen agierten ziemlich selbständig.

Plötzlich sah der Führer der 4. Schwadron, Rittmeister von Einem, die beiden Sechspfünder der Erfurter Ausfalls-Batterie vor sich, welche den Rückzug der Reserve vom Siechenhofe decken sollten. Sie hatten die Richtung auf die noch am Klinggraben stehende Batterie Blottnitz genommen, und befanden sich in dem tiefen Einschnitt, den der mittlere Illebener Weg hier bildet. Ohne sich einen Augenblick zu besinnen, ritt der Rittmeister gegen die Geschütze an, die eben noch Zeit

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 973.

hatten, abzuprotzen und mit Kartätschen auf die ansprengenden Reiter zu feuern. Aber weder die Geschützsalve noch das Schnellfeuer der Infanterie-Bedeckung hielt sie auf. Der Rittmeister mit den ihm zunächst folgenden Dragonern stürmte mitten zwischen die Kanonen. Sein Pferd fällt, aber er kämpft zu Fuß weiter, und durchhaut die Stränge des rechten Flügelgeschützes. Ein Kanonier packt ihn vor der Brust und fordert ihn zur Ergebung auf, aber statt der Antwort erhält er einen Säbelhieb über den Arm. Dann folgt ein wildes Ringen und der Bajonettstoß eines hinzukommenden Infanteristen macht dem Leben des tapferen Mannes ein Ende*). Zwischen den beiden umgestürzten Geschützen fanden wir abends seine Leiche. Jahrelang hat ein Steinkreuz, welches der Besitzer des Ackergrundstücks errichten ließ, die Stätte seines Heldentodes bezeichnet. Später aber wurde es an den 30 Schritt entfernten Weg versetzt, weil die Besucher das Feld zertraten**).

Die Dragoner, welche ihrem todesmutigen Führer gefolgt waren, konnten sich in der Batterie nicht behaupten. Die Kanoniere und Bedeckungs-Mannschaften leisteten so verzweifelten Widerstand, daß sie schließlich weichen mußten. Andere Gruppen waren in der Richtung der Batterie Blottnitz weitergejagt, wurden aber von dem rechten Flügelgeschütz durch einen Kartätschschuß abgewiesen. Die vom General von Flies zur Unterstützung der bedrohten Batterie vorgeschickte Landwehr-Husaren-Eskadron Merseburg dagegen wurde von der 3. Schwadron der Cambridge-Dragoner mit leichter Mühe zurückgetrieben. Alle Versuche der Preußen, die beiden Geschütze zu retten, mißlangen. Die eine Protze zwar kam trotz einiger durchhauenen Stränge glücklich aus dem Hohlwege heraus, aber nur um mit der anderen eiligst davonzujagen. Die Kanonen selbst blieben liegen, wo sie waren, und wurden von dem Lieutenant von Hochwächter, der sie mit einigen Gespannen der reitenden Batterien aufsuchen und holen sollte, nicht gefunden.

Die 4. Schwadron der Cambridge-Dragoner hatte bei ihrem ruhmvollen Angriff außer dem Rittmeister, 1 Wachtmeister, 2 Trompeter, 1 Korporal und 24 Dragoner an Toten und Verwundeten eingebüßt; reichlich ein Dritteil ihres Bestandes. Der Rest sammelte sich hinter der 2. Schwadron.

General von Flies war auf seinem Standpunkte am Pfannenhügel

*) Gutbier a. a. O. S. 93 ff.

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 983 Anmerkung.

Zeuge des kühnen Reiterangriffs gewesen, und fürchtete, daß die Dragoner nur die Avantgarde einer größeren feindlichen Heeresabteilung wären, die von Nägelstädt her seine Flanke bedrohte. Er trat daher gegen $4^1/_2$ Uhr mit allen Truppen, die er hatte sammeln können, den Rückzug gegen Westhausen an, und ließ durch einen Unteroffizier der Stabswache dem Oberstlieutenant des Barres den Befehl zur Räumung des Badewäldchens überbringen*).

Auch hier war mittlerweile die Stellung unhaltbar geworden. Gegen 4 Uhr war nämlich dem General von Arentsschildt die Meldung des Obersten von Bülow zugegangen, daß das Defilé vor Merxleben nunmehr vollständig in seiner Gewalt sei. Das Hauptquartier begab sich also an den südlichen Ausgang des Dorfes. Von dort gewahrte man deutlich, daß die preußischen Batterien vom Jüdenhügel abgefahren waren. Heftiges Tirailleurfeuer vom Bade her aber bewies, daß der Feind das Gehölz noch besetzt hielt. Zunächst wurde nun die Reserve-Kavallerie, welche mit der reitenden Batterie Röttiger hinter dem Dorfe längst mit Ungeduld den Befehl zum Vorgehen erwartet hatte, näher herangezogen, um im gegebenen Augenblick zum Vorbrechen bereit zu sein. Dann wurde der allgemeine Angriff gegen das vom Feinde noch hartnäckig verteidigte Badewäldchen befohlen.

Hier hatte das 3. Jäger-Bataillon, nachdem es die Unstrut durchwatet, in ein Glied zusammengedrängt, vor sich den 8—10 Fuß hohen Uferrand, hinter sich den Fluß, ein stehendes Feuergefecht gegen die preußischen Schützen in den Wiesen unterhalten. Der Kommandeur, Oberstlieutenant Bock von Wülfingen, hatte das Bataillon persönlich bis an den Fluß vorgeführt, war dann aber zum Gros der Brigade zurückgeritten, um den gemeinsamen Uebergang des ersten Treffens einzuleiten. Er kehrte jedoch noch einige Male zu den Jägern zurück, um sich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Der Major von Anderten war abgesessen durch den Fluß gewatet, erhielt aber, als er sich auf der Wiese emporrichtete, einen Schuß und mußte das Kommando an den Hauptmann Schütz**) von Brandis abgeben.

Ein und eine halbe Stunde hatte das Schießgefecht, das von den

---

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 986.

**) Den Vornamen Schütz hatte er deshalb erhalten, weil das gesamte Offiziercorps des Garde-Jäger-Bataillons, bei dem sein Vater, der nachherige General-Postdirektor, als Hauptmann stand, den beliebten Kameraden durch Uebernahme der Patenstelle bei seinem Erstgeborenen besonders hatte ehren wollen.

Hannoveranern wegen der größtenteils durchnäßten Munition nur schwach unterhalten werden konnte, ohne sichtbaren Erfolg gedauert, da wurde dem tapferen Hauptmann die Zeit zu lang. Er verständigte also die rechts neben ihm hinter einem deckenden Aufwurf liegenden Offizieren des 1. Jäger-Bataillons von seiner Absicht, zum Angriff vorzugehen. Dann kletterte er am Ufer empor und trat auf die freie Wiese heraus, um seine Mannschaften zum sprungweisen Vorgehen zu instruieren. „Die zuerst herauskommen", rief er ihnen zu, „bilden die Kette; die nachher herauskommen, bilden das gleichfalls aufgelöste Soutien. Wenn ich mich niederwerfe, thut Ihr das auch; während wir liegen, feuert niemand, wenn's weiter gehen soll, wird gerufen." Dann stürmten auf seinen weithin schallenden Anruf: „3. Jäger-Bataillon mir nach! Es lebe Se. Majestät der König! Hep, Hep, Hurra!" die Leute gleichfalls mit lautem Hurra vorwärts, während ein lebhaftes Schnellfeuer sich gegen sie entlud. Nach etwa 110 Schritten warf sich Brandis im hohen Grase nieder. Die nacheilenden Schützenketten folgten seinem Beispiel*). Er wartete eine halbe Stunde, und als dann das feindliche Feuer nachließ, erhob er sich mit seinen Jägern zu einem zweiten Anlauf, welcher sie abermals 120 Schritte weiter führte, während hinter ihnen nun auch das 1. Jäger-Bataillon und das 1. Bataillon des 2. Regiments den etwa 4 Fuß tiefen Fluß durchschritten und, dichte Tirailleurketten voraus, in den Wiesen vordrangen.

Zum dritten Male stürmte Brandis vorwärts bis an den etwa 110 Schritt von dem Badewäldchen entfernten Bewässerungsgraben, den die Schützen der 11er unter Hinterlassung einer Anzahl von Toten geräumt hatten. Dort warf er sich bis zum letzten entscheidenden Angriff nieder. Es war ungefähr $3^3/_4$ Uhr**).

Bald nachher überschütteten die hannoverschen Geschütze auf dem Kirchberge, denen sich die Batterien Mertens und Müller vom linken Flügel angeschlossen hatten, das Badewäldchen mit Vollkugeln und Hohlgeschossen. Die dichten Schützenschwärme in den Wiesen feuerten unaufhörlich und es ließ sich voraussehen, daß die preußischen Truppen trotz des tapfersten Widerstandes bald zum Rückzuge genötigt werden würden.

Um den richtigen Moment nicht zu versäumen, aber doch etwas zu früh, brach jetzt die Reserve-Kavallerie, begrüßt von dem tausendstimmigen

*) v. d. Wengen a. a. O. S. S. 946 ff.

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 966.

Jubel der Bataillone, die das Dorf während des heißen Tages verteidigt hatten, und sich nun in den Straßen sammelten, über das Brückendefilé vor. An ihrer Spitze ritt der Oberstlieutenant von Geyso mit seinem Stabe, dem Major von Jacobi die Instruktion gab: „Reiten Sie alles nieder, Infanterie, Kavallerie, Artillerie — alles, was sich Ihnen in den Weg stellt!“ Die Tête der Kolonne bildete die 1. Schwadron der Garde du Corps, dann folgte die reitende Batterie Röttiger mit ihrer Bedeckung, einer Schwadron Gardekürassiere. Kaum war die Spitze ins Freie gelangt, so wurde sie vom Bade her mit Gewehrschüssen begrüßt. Als sie aber im dichten Staube eben die zweite Brücke passiert hatte, erhielt sie unerwartet heftiges Schnellfeuer, so daß mehrere Leute und Pferde getroffen zusammenbrachen. Dazu beengten die hinter und neben dem Erdwall haltenden Königin-Husaren der Garde du Corps-Schwadron den Weg und es trat eine kurze Stockung ein. Die reitende Batterie Röttiger aber, die infolgedessen auch nicht weiter konnte, protzte auf Befehl ihres entschlossenen Führers auf dem schmalen steilen Straßendamm zwischen den beiden Brücken ab, und gab sechs bis acht Kartätschschüsse gegen das Badewäldchen. Zwei von den Protzen sowie ein Teil der Reitpferde fanden mit Mühe noch oben Platz, indem sie sich in die Garde du Corps hineinschoben. Die anderen beiden kletterten, so gut es ging, die steile Böschung hinab in die Niederung. Sie konnten aber nachher nicht rasch genug wieder flott gemacht werden, um dem Vorgehen der Reserve-Kavallerie zu folgen.

Der Rest der Kolonne war somit auch zum Halten gebracht, kehrte also vorläufig wieder zum Nordausgang des Dorfes zurück, um erst das Freiwerden des Defilés abzuwarten.

Inzwischen befand sich der Oberstlieutenant des Barres im Badewäldchen in der äußersten Bedrängnis. Unter dem Krachen der einschlagenden Granaten und dem Kleingewehrfeuer der immer mehr sich verstärkenden feindlichen Tirailleurlinie löste sich die Ordnung unter seiner kleinen Abteilung nach und nach auf. Immer näher kam die unvermeidliche Katastrophe. Schon fingen größere und kleinere Gruppen der Verteidiger an, das Holz zu verlassen und den rückwärtigen steilen Hang zu ersteigen. Er entsandte daher seinen Adjutanten an den General von Flies, um weitere Verhaltungsbefehle zu erbitten. Jedoch noch ehe dieser zurückgekehrt war, überbrachte ihm der Unteroffizier der Stabswache den Befehl des Kommandierenden zur Räumung des Bades. Es war die höchste Zeit gewesen. Denn nun erhob sich die ganze von

Kallenbergs Mühle bis unterhalb des Brückendefilés liegende Truppenmasse (2. Infanterie-Regiment, 1. Jäger-Bataillon, Gardejäger-Bataillon und eine Kompagnie des 2. Jäger-Bataillons) und stürmte unaufhaltsam wie eine Flutwoge unter brausendem Hurra über die Wiesen gegen das Wäldchen an*). Allen voran das 3. Jäger-Bataillon auf dem linken Flügel. Durch Paßparole hatte Hauptmann von Brandis seine Leute avertiert, daß der Anlauf diesmal bis ins Holz gehen sollte. Dann sprang er abermals auf die Wiese und rief: „3. Jäger-Bataillon mir nach! Es lebe der König! Hep, Hep, Hurra!" Im Nu waren die Jäger aus dem schützenden Graben und mit Hurra ging's auf den Waldsaum los. Brandis war der erste im Gehölz, gegen das jetzt von allen Seiten die hannoverschen Bataillone herandrängten. Nun hörte jeder Widerstand auf. In wilder Hast flüchteten die letzten Verteidiger aus dem Wäldchen heraus. Von der Reserve war nichts mehr zu sehen. Der tapfere Oberstlieutenant des Barres konnte daher nichts anderes thun, wie den in aufgelöster Ordnung weichenden Abteilungen den Siechenhof als allgemeinen Sammelplatz anweisen.

Aber nur die wenigsten gelangten dorthin. Das Königin-Husaren-Regiment hatte nun endlich seinen unbequemen Aufstellungsplatz zwischen dem schützenden Erdwall und der Salza verlassen können, und sich auf dem freien Felde westlich der Chaussee zwischen Kallenbergs- und Rasenmühle in zwei Linien formiert. Als der Oberst von Halkett die zerstreuten Gruppen der Nachzügler bemerkte, die aus dem Badewäldchen flohen, führte er persönlich die vorderen beiden Schwadronen en débandade zum Angriff vor. Vergeblich bemühte sich die ermattete preußische Infanterie, Knäuel zu formieren. Sie wurde niedergeritten und zu Gefangenen gemacht. In wilder Jagd fegten die Königin-Husaren das ganze Gelände von der Badehöhe bis zur Niederung rein. Die letzten beiden Schwadronen gingen gleichfalls in Schwärmattacke vor, und jagten in einzelne Gruppen aufgelöst bis zum Riedsgraben weiter. Auch ihnen fielen viele Gefangene in die Hände, deren Zahl, als die Jäger aus dem Badewäldchen herauskamen und sie unterstützten, auf etwa 120 anwuchs.

Nachdem Hauptmann von Brandis sein Bataillon notdürftig wieder geordnet hatte, ging er weiter gegen den Siechenhof vor, gegen den nunmehr auch die Batterie Müller ein wohlgezieltes Feuer richtete. Die Jäger waren in gehobener Stimmung. Sie sangen die Volkshymne

---

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 992.

„Heil unserm König Heil" und ein Mann schlug den Takt dazu auf einer Trommel, die er einem preußischen Tambour abgenommen hatte*). Zu einem Angriff aber sollte es nicht mehr kommen. Als das Bataillon sich dem Gebäude, gegen dessen westliche Seite zugleich ein Bataillon des Leibregiments anrückte, auf einige hundert Schritt genähert hatte, wurde aus einem Fenster ein weißes Laken herausgehängt, und die Besatzung — 1 Offizier und 185 Mann — ergab sich zu Gefangenen.

Bald nachher, gegen $5^1/_2$ Uhr, sammelte sich hier auch die Reserve-Kavallerie. Sobald sie an den Geschützen der Batterie Röttiger und den den Weg versperrenden toten Pferden vorbei konnte, waren die 5 Schwadronen vom Nordausgang des Dorfes über die Brücken vorgetrabt und hatten, hinter der Badeallee von der Chaussee links abbiegend, bald die vorausgeeilte 1. Schwadron der Garde du Corps eingeholt. Ihnen schloß sich auch ein Zug der reitenden Batterie unter dem Premierlieutenant von Sichart mit der Bedeckungs-Schwadron an; der andere konnte nicht rechtzeitig wieder manövrierfähig gemacht werden.

Es waren die ruhmvollen Regimenter von Garzia-Hernandez und Waterloo, die nun, das Herz von stolzer Zuversicht geschwellt, vorsprengten, um die Früchte des Sieges zu ernten, den ihre Kameraden erkämpft hatten. Mit einer ebenso glänzenden Waffenthat wie die, mit der sie ihre kriegerische Thätigkeit begonnen, sollten sie sie auch beschließen. Zwischen der Stadt Langensalza und dem Jüdenhügel in der Richtung auf die hohen Pappeln der Gothaer Chaussee avancierend, entwickelte sich die Brigade in zwei Treffen, im ersten die 3 Schwadronen der Garde du Corps in Linie, dahinter die Gardekürassiere in Kolonne. Eklaireure vor der Front mußten passende Uebergänge über etwaige Hindernisse ausfindig machen. So hatte die Garde du Corps ohne besondere Schwierigkeiten den Riedsgraben und die beiden Gräben der Gräfentonnaer Chaussee passiert und war auf der Kuppe des Höhenzuges angelangt, der von der Gothaer Straße nach dem Siechenhofe zu abfällt, als sie plötzlich am Hange des Pfannenhügels in einer muldenförmigen Vertiefung ein feindliches Carré**) und ostwärts davon ein zweites erblickte. Dahinter, weiter oben am Hange, bewegte sich Ka-

*) Gutbier a. a. O. S. 125.

**) Das Carré bestand aus Mannschaften des 11. Grenadierregiments mit der Fahne, zwei Kompagnieen des Landwehrregiments Potsdam und einer kleinen Abteilung des 25. Regiments. Es wurde von dem Hauptmann von Rosenberg befehligt, und zählte nach Lettow (S. 313) etwa 200 Mann.

vallerie, in der man bald eine Schwadron Cambridge-Dragoner erkannte. Oberstlieutenant von Geyso hielt es für geraten, nicht sofort zu attackieren, sondern vorläufig wieder hinter die schützende Kuppe zurückzugehen und das Herankommen der Geschütze abzuwarten, während er einen Adjutanten abschickte, um sie heranzuholen. Noch war diese Bewegung in der Ausführung begriffen, als die Cambridge-Dragoner gegen die rechte Flanke des Carrés anritten. Zu ihrer Unterstützung wurde nun auch die Garde du Corps zur Attacke befehligt. Daß die erschütterte preußische Infanterie dem kombinierten Angriff stand halten würde, hatte wohl niemand geglaubt. Der Regiments-Kommandeur, Major H. v. d. Decken, dirigierte die kombinierte 2. Schwadron — Prem.-Lieutenant Graf Wedel — gegen die nördliche, die 3., Rittmeister von Anderten — gegen die östliche Flanke des Carrés. Die erste sollte als Reserve folgen. Vom Flecke aus ritten die tapferen Schwadronen im Galopp an. Graf Wedel beorderte durch das Kommando „zur Parade rangiert“ noch rasch seine Offiziere vor die Front ihrer Züge*). Nun folgte ein spannender Moment. Immer näher kamen die Reiter dem Carré, das den Ansturm ruhig und entschlossen erwartete. Jetzt erkrachten auf etwa 70 Schritt zwei Salven, auf die ein rollendes Schnellfeuer folgte. Eine bläuliche Rauchwolke hüllte für einen Augenblick das Ganze ein, aber als sie sich verzog, sah man die beiden vorderen Schwadronen der Garde du Corps in nächster Nähe an den Flanken des Carrés vorüberjagen und über die Kuppe des Pfannenhügels dem Blicke entschwinden. Die 1. Schwadron war von ihrem Chef, dem Rittmeister Prinz Solms, nicht mit dem gleichen Elan vorgeführt. Sie zog sich zu weit rechts, und als Major v. d. Decken sie mehr links an das Carré zu führen suchte, ward sein Pferd unter ihm erschossen. Dann machte die Schwadron, als sie in das furchtbare Schnellfeuer geriet, Kehrt, wurde jedoch bald wieder zum Halten gebracht und saß ab. Desto näher waren die beiden andern Schwadronen dem felsenfest stehenden Viereck gekommen. Dem Rittmeister von Anderten ward der Stiefel mit dem Bajonett durchstochen. Der Lieutenant von Marschalck war gleich bei der ersten Salve von sieben Kugeln tödlich getroffen samt seinem Pferde dicht vor dem Carré zusammengestürzt. Der ritterliche Graf Wedel lag durch zwei

*) Reglementsmäßig hatte bei der Gefechtsstellung in Linie der Rittmeister seinen Platz drei Schritt vor der Mitte, die beiden Premierlieutenants an den Flügeln, und die Sekondelieutenants als „Schließende“ hinter der Front.

Schüsse schwer verwundet mit seinem erschossenen Rotschimmel unmittelbar vor den feindlichen Gewehren. Aber der Angriff war gescheitert. 16 Mann des Regiments außer den genannten Offizieren blieben tot und verwundet; von seinen 230 königlichen Pferden waren 28 tot und 14 verwundet*). Auch die Cambridge-Dragoner-Schwadron (die 3. des Rittmeisters v. d. Decken-Offen) kam nicht ans Carré. Nach den Berichten des Premierlieutenants Freiherr v. Wangenheim und des Rittmeisters erhielt sie von diesem etwa 100 Schritt davor den Befehl zum Halten, bekam hier eine mörderische Salve und vermischte sich auf das Kommando Offens, „Kehrt, Schritt, Marsch“ in Gruppen aufgelöst mit den über den Pfannenhügel weiter jagenden Garde du Corps**).

Um die Kürassiere nicht der Gefahr eines ähnlichen Mißerfolges auszusetzen, ließ Oberstlieutenant von Geyso die sehnlichst erwartete Artillerie durch einen Adjutanten abermals zum schleunigen Herankommen beordern. Dem Regiment aber übersandte er den Befehl, bis dahin keinen Angriff zu unternehmen. Mit diesem Auftrage bin ich in schärfster Pace zu den Kürassieren geritten. Aber bevor ich diese, die sich ziemlich weit links gezogen hatten, erreichen konnte, sah ich sie schon gegen das östliche Carré anreiten, und eine knatternde Salve, die fast gleichzeitig herüber tönte, belehrte mich, daß es zu spät war.

Dies Carré bestand, wie sich später herausstellte, aus dem größten Teil des 1. Bataillons 11. Grenadier-Regiments, 70 bis 75 Wehrmännern des Landwehrbataillons Potsdam mit der Fahne, 20 bis 30 Mann des 25. und etwa 10 Mann der Ersatz-Kompagnie des 71. Regiments und wurde von dem Oberstlieutenant des Barres befehligt***). Bei seinem

*) Offizieller Bericht II T. S. 44.

**) Die Darstellung v. d. Wengens (S. 1001 ff.) ist nicht genau. Ich habe, als die beiden Kürassierregimenter über die Brücken vorgingen, von dem General von Arentsschildt den Befehl erhalten, mich zum Oberstlieutenant von Geyso zu begeben und mich in der Höhe des Jüdenhügels bei ihm gemeldet. Ferner erinnere ich mich bestimmt, — und bedaure es noch heute — daß für mich das Anreiten der Cambridge-Dragoner gegen das Carré das Motiv gewesen ist, um ihm mit den Worten: „Jetzt kann es nicht helfen, jetzt müssen wir auch attackieren“, den Rat zu geben, nunmehr gleichfalls anzugreifen. Noch heute sehe ich auf dem rechten Flügel der Dragoner einen Reiter auf einem Schimmel — ob es ein Offizier oder ein Dragoner war, konnte ich nicht erkennen — bei der ersten Salve stürzen. Nach Wengen, dem das Journal der Garde du Corps vorgelegen hat, scheint man bei dieser geglaubt zu haben, daß ich den Befehl zum Angreifen „coûte qui coûte“ von Arentsschildt überbracht hätte, was aber durchaus nicht der Fall ist.

***) v. d. Wengen a. a. O. S. 999.

Rückzuge vom Siechenhofe war es auf dem „langen Hög" zwischen dem „Bettler-Thal" und dem „Illebener Grund" angelangt*), da sah der Oberstlieutenant etwa 400 Schritt hinter sich in der Richtung von Nägelstaedt auf dem Kamme der Bodenwelle über Illeben eine Abteilung Dragoner herantraben.

Es war die 2. Schwadron des Cambridge-Dragoner-Regiments, bei der sich der Kommandeur, Major Freiherr von Hammerstein, befand. Ihm hatten sich bereits mehrere Abteilungen der 1. Ersatz-Kompagnie des 71. Regiments und des Landwehrbataillons Aschersleben ergeben, welche beim Abzug der Reserve vom Erbsberge in der Gegend der „Schinderei" in den Wiesengräben liegen geblieben waren. Von anderen Gefangenen, die er nach dem Rückzuge der Preußen vom Siechenhofe gemacht hatte, erfuhr er, daß auch die Kolonne, die er nunmehr am Hange der Höhe abziehen sah, geneigt sei, zu kapitulieren. Zugleich sah er, daß von dort mit weißen Tüchern gewinkt wurde. Er ließ also die Schwadron halten und ritt selbst, von seinem Adjutanten und einem Trompeter mit Parlamentärflagge begleitet, weiter vor. Etwa 50 Schritt vor dem Carré kam ihm der Oberstlieutenant des Barres entgegen. Er hatte mit so großer Selbstaufopferung den Rückzug der Seinen gedeckt, daß nun, soweit das Auge reichte, keine preußische Abteilung mehr zu erblicken war. Seine Aufgabe hatte er also glänzend gelöst. Dafür sah er sich selbst nun nahezu abgeschnitten und verloren. Denn hinter den Cambridge-Dragonern erschienen jetzt noch von Nägelstaedt her die Gardehusaren und jeden Augenblick mußte er das Eingreifen der Artillerie erwarten, die ihn im Badewäldchen so belästigt hatte. Ermattet von der drückenden Hitze waren immer zahlreichere Mannschaften zurückgeblieben. Namentlich die 2. Ersatz-Kompagnie des 71. Regiments, die sich an ihn hatte anschließen sollen, war bis auf einen geringen Rest, in verschiedene größere und kleinere Schwärme aufgelöst, abhanden gekommen. Die Fahne seines eigenen Bataillons hatte er vergeblich suchen lassen, und bei den im höchsten Grade erschöpften Mannschaften lockerten sich allmählich die Bande der Disciplin. Was Wunder, daß der tapfere Mann einen Augenblick dem Gedanken Raum gab, durch eine Kapitulation dem unentrinnbaren Verderben zu entgehen und nutzloses Blutvergießen zu vermeiden. Er erklärte also dem Major von Hammerstein seine Bereitwilligkeit, die Waffen niederzulegen. Als dieser aber unter

*) Gutbier a. a. O. S. 117.

Hinweis auf die an seinem Handgelenk hängenden Degen der drei vorher gefangenen Offiziere auch ihn mit den Worten: „Herr Kamerad, dann bitte ich um Ihren Degen“ zur Abgabe der Waffe aufforderte, wurde des Barres wieder unschlüssig. Während man noch darüber verhandelte, schallte von Westen her die Salve des Rosenbergschen Carrés herüber. Es wurde also doch noch gekämpft und er war nicht ganz verlassen. Er brach daher die Unterhaltung kurz ab und ritt zu seiner Truppe zurück. Mit wenigen kernigen Worten sprach er ihr Mut zu, ließ sie das Gewehr wieder aufnehmen und fertig machen. Dann begab er sich selbst in die Mitte des Carrés*).

In demselben Augenblicke wurden schon die Helmspitzen der Kürassiere, die von Norden her im Bettler-Thale verdeckt herangekommen waren, über dem hohen Korn sichtbar. Der Adjutant der Cambridge-Dragoner, der ihnen entgegengeschickt war, um sie anzuhalten, hatte sich in dem Staub und Getümmel nicht mehr verständlich machen können. Dem Regimente war vielmehr, als es eben den Riedsgraben überschritt, was einigen Aufenthalt verursachte, von dem General von Arentsschildt, der sich die momentane Stockung nicht zu erklären vermochte, der direkte Befehl zur energischen Fortsetzung der Verfolgung zugegangen. Auch konnte der General von seinem Standpunkte am Jüdenhügel die beiden Carrés ebensowenig sehen, wie der Kommandeur der Kürassiere. Die 1. und 4. Schwadron ritten also, nachdem sie den Graben passiert hatten, durch die Niederung und das Bettler-Thal aufwärts langsam weiter, ohne das Herankommen der 3. Schwadron und der Geschütze, die noch darin festsaßen, zu erwarten. Zahlreiche Nachzügler, die im Korn liegen geblieben waren, bezeichneten die Richtung, die die abziehenden Preußen eingeschlagen hatten. Sie lagen meistens so todmatt am Boden, daß der Chef der 4. Eskadron, Rittmeister E. Frhr. v. Hammerstein, verschiedentlich einzelne Rotten abbrechen ließ, um die Wehrlosen, die mit erhobenen Händen um Schonung flehten, nicht niederzureiten**). Eben hatte er die Kuppe der Terrainwelle des „Langen Hög“ erreicht, da sah er auf einige hundert Schritt Entfernung die preußische Kolonne selbst vor sich, die gerade im Begriff war, Carré zu formieren. Um sie womöglich dabei zu überraschen, ging er unverzüglich zum Angriff vor.

*) Die Erzählung dieser Verhandlung ist nach einer persönlichen Mitteilung des Majors Freiherr von Hammerstein vom 15. Februar 1896.

**) Gutbier a. a. O. S. 118 Anmerkung.

Mit hochgeschwungenem Pallasch unter dem lautem Ruf „Vorwärts! Vorwärts!“ führte er seine Schwadron im Galopp gegen das feindliche Viereck. Zwei Salven ergossen sich auf die anstürmenden Reiter. Gleich bei der ersten erhielt der tapfere Rittmeister einen so gefährlichen Schuß durch den Unterleib, daß er monatelang zwischen Tod und Leben schwebte. Auf dem erschossenen Schimmel des gleichfalls getöteten Wachtmeisters der Mitte*) liegend, wurde er nachher ohnmächtig gefunden. Auf die erste Salve folgte eine zweite, und dann aus nächster Nähe ein Schnellfeuer von wahrhaft furchtbarer Wirkung — die Leute haben nachher erzählt, sie hätten die Hitze förmlich gefühlt —; aber nichts vermochte die todesmutigen Reiter aufzuhalten. Im Pulverdampf und Staub hatten sie sich jedoch etwas zu weit rechts gezogen, und so kam es, daß nur der linke Flügel der Schwadron mit etwa 20 Pferden die Nordwestecke des Carrés durchbrach und der rechte auf die Mitte der nunmehr auch herangekommenen 1. Schwadron stieß, welche eben im Begriff war, links zu schwenken, um sich gegen die Westseite des Carrés zu werfen. Zwar versuchte deren rechter Flügel, sobald er wieder freies Feld vor sich hatte, gleichfalls einzudringen, wurde aber abgewiesen und jagte in südlicher Richtung weiter.

Die 4. Schwadron aber hatte bei ihrem heldenmütigen Angriff sämtliche Offiziere mit Ausnahme von einem verloren. Außer ihrem Chef wurden der Rittmeister 2. Klasse Meyer und der Sekonde-Lieutenant Freiherr Knigge schwer verwundet, der letztere starb 14 Tage später. Auch der Regimentsbereiter, Rittmeister Wolters, — ein Bauerssohn aus Intschede bei Verden — der auf seinen Wunsch die Attacke als schließender Offizier mitgeritten hatte, wurde durch einen Schuß in den Kopf und einen durch den Hals auf der Stelle getötet**).

---

*) Der „Wachtmeister der Mitte“ hatte die Aufgabe, dem Rittmeister immer auf drei Schritt Entfernung zu folgen und dadurch der Schwadron die Direktion anzugeben.

**) Die Einzelheiten dieses Angriffs verdanke ich der gütigen Mitteilung des Generalmajors z. D. Freiherrn von Hammerstein d. d. 11. August 1888. Daß von seiten des Generalkommandos ein Befehl zum sofortigen Angriff an den Regimentskommandeur gelangt sei, nimmt er bestimmt in Abrede.

Die Wunde des Rittmeisters von Hammerstein aber war so schwer, daß der Kammerherr von Ompteda, als er einige Tage später nach Langensalza kam, sich einem gerade vorbeipassierenden militärischen Leichenbegängnis in der Meinung anschloß, Hammerstein das letzte Geleit zu geben.

Indessen hatte der Chef der 2. Schwadron der Cambridge-Dragoner, Rittmeister B. von Schnehen, mit Ungeduld auf den Ausgang der Unterhandlung des Majors von Hammerstein gewartet. Der Zurückkommende, dem er eine kurze Strecke entgegenritt, rief ihm schon von weitem zu: „Bodo, wir müssen drauf! Bist du bereit?" „Mit Freuden", war die Antwort des Rittmeisters, der sofort zurückgaloppierte, das Kommando zur Attacke gab und seiner Schwadron weit voraus auf das Carré lossprengte. Etwa auf 80 Schritt Entfernung erhielt er durch die erste Salve einen Schuß in den Unterschenkel, blieb jedoch im Anreiten, die Schwadron geschlossen hinter ihm. Ganz nahe vor dem Carré, so nahe, daß er nach seiner Angabe „das Gesicht des Infanteristen, der auf ihn zielte, zeichnen könnte" streckte ein zweiter Schuß in die Brust ihn nieder. Als die beiden an den Flügeln reitenden Offiziere den Führer fallen sahen, sprengte von rechts der Rittmeister 2. Klasse Dörrbecker, von links der Premier-Lieutenant von Stoltzenberg vor die Front, und unaufhaltsam brauste der Reitersturm weiter. Stoltzenberg, der sich die Fahne des Bataillons Potsdam zum Zielpunkt genommen zu haben scheint, war zuerst am Carré. Der Helm flog ihm vom Kopfe, aber mit hochgeschwungenem Säbel setzte er mit einem gewaltigen Satz mitten in den starrenden Wald der Bajonette. Zu Tode getroffen stürzte er nieder. Sein gleichfalls tödlich verwundetes Roß wälzte sich in die Reihen hinein und riß eine Lücke, durch die die Dragoner eindrangen. Fast gleichzeitig war der Rittmeister Dörrbecker in das Carré gesprengt. Dort aber brach sein verwundetes Pferd zusammen. Er selbst schlug sich, trotz eines Schusses in den Oberschenkel und einiger Bajonettstiche, glücklich wieder heraus, erhielt jedoch nachher einen zweiten Schuß in die Brust, der ihn kampfunfähig machte. Den Major von Hammerstein dagegen, der, die Schwadron auf dem rechten Flügel kotoyierend, die Attacke mitgeritten hatte, trug sein Fuchs mit ein paar gewaltigen Sätzen mitten in das Carré hinein, und auf der anderen Seite gesund wieder heraus. Als er dann sein Pferd herumwarf, sah er ein entsetzliches Bild von sich wälzenden Rossen, kämpfenden Dragonern und Infanteristen wild durcheinander.

Was in den nächsten Momenten folgte, ist schwer zu beschreiben. Hier suchten einzelne sich in dem hohen Korn dem Schwerte der Reiter zu entziehen. Dort half ein selbst Verwundeter dem gleichfalls getroffenen Kameraden aus dem Getümmel. Eine Abteilung von 2 Offizieren und 52 Mann ergab sich der bald nachher herankommenden Bedeckungs-

schwadron der Artillerie. An andern Punkten kämpften Flinte und Bajonett einen erbitterten Kampf gegen hochgeschwungene Säbel. Wie hartnäckig diese Einzelkämpfe Mann gegen Mann waren, beweisen nach den offiziellen Verlustlisten die große Zahl der Mannschaften, welche Säbelhiebe über den Kopf davon getragen hatten. Vom 11. Regiment waren 2 Offiziere sowie 54 Unteroffiziere und Grenadiere, vom 25. Regiment 9 und vom 20. Landwehrregiment ebenfalls 9 Mann durch Säbelhiebe verwundet*). Am andern Tage habe ich die sogenannte Kantine**) eines Cambridge-Dragoners gesehen, in welcher noch die abgebrochene Spitze eines hineingestoßenen Bajonetts feststeckte. Der tapferen Schwadron aber hatte ihr kühner Angriff sämtliche Offiziere sowie 9 tote und 15 verwundete Mannschaften gekostet, denn auch der Lieutenant Graf Ahlefeldt, der gleichzeitig mit zwei Dragonern in das Carré hineingesprungen, aber wieder hinausgesetzt war, blieb jenseits schwer verwundet liegen. Rittmeister von Schnehen starb am 11. Juli***).

Der von dem heldenmütigen Oberst des Barres rasch wieder gesammelte Rest-Klumpen der Infanterie hatte nur kurze Zeit auf seine Formierung verwenden können und war kaum hundert Schritt weiter gekommen, als er von neuem von den Garde-Kürassieren attackiert wurde. Es waren die abgesprengten Züge der 1. Schwadron unter dem Lieutenant Prinz Wittgenstein und die Trümmer der 4. unter dem allein übrig gebliebenen Lieutenant Prötzel, die sich im Illebener Grunde zusammen gefunden hatten, und, schnell wieder geordnet, von den beiden jungen Offizieren mit Ungestüm vorgeführt wurden. Man

*) Gutbier a. a. O. S. 129 ff.

**) Kantinen hießen die hölzernen Wassertönnchen, welche die hannoverschen Soldaten statt der Feldflasche an der Seite trugen.

***) v. d. Wengens Erzählung (S. 1009 Anmerk.), daß Dörrbecker die Schwadron geführt und Rittmeister von Schnehen bereits vor der Attacke verwundet sei, ist irrig. Nach dessen eigenen Angaben, die er seinem Bruder auf dem Totenbette gemacht hat, sowie denen des Majors von Hammerstein, die genau damit übereinstimmen, steht es unzweifelhaft fest, daß Schnehen selbst seine Schwadron zum Angriff vorgeführt hat. von Diebitsch ist es sogar gelungen, zwei lebende Zeugen ausfindig zu machen, von denen der eine neben, der andere hinter Dörrbecker geritten ist, und die beide gleichmäßig aussagen, daß Schnehen selbst den Befehl zur Attacke gegeben hat, während Dörrbecker sich beim Anreiten am rechten Flügel befand. Dagegen ist es richtig, daß dieser vor der Schwadron in das Carré eingebrochen ist. Vielleicht hat aber der Umstand, daß der Rittmeister dem Major von Hammerstein entgegengeritten war, und nachher nicht in der reglementsmäßigen Entfernung (drei Schritt), sondern weiter vorweg vor der Front gegen das Viereck ansprengte, es veranlaßt, daß er ihn in dem Getümmel und dem Staub nicht

weiß nicht, was man mehr bewundern soll, den todverachtenden Reitermut der Kürassiere, die unmittelbar nach der verlustreichen ersten Attacke eine zweite wagten, oder die unerschütterliche Standhaftigkeit der Grenadiere, die nun zum dritten Male dem Ansturm der feindlichen Geschwader die Stirn boten. Dieser zweite Angriff gelang jedoch nicht. Einzelne Reiter, darunter der Fechtmeister Bode mit der Standarte, der sich jedoch glücklich wieder heraushieb, drangen zwar in das Carré. Aber die feindliche Kolonne blieb geschlossen und marschierte nach Illeben weiter. Die Kürassiere aber ließen bei ihren beiden Attacken 4 Offiziere, 19 Unteroffiziere — der Korporal Gronemann bekam allein 7 Schüsse — und Mannschaften, sowie 40 königliche Pferde tot und verwundet auf der Wahlstatt.

Kaum hatte Oberstlieutenant des Barres den Kamm des Höhenzuges überschritten, der sich in südlicher Richtung gegen die Niederung des Herzbaches herabsenkt, da drohte ihm eine neue Gefahr. Denn nun erschienen vom Illebener Grunde her die Gardehusaren. Sie hatten sich nach Passierung der Unstrut links von den Cambridge-Dragonern auf die weithin sichtbare Kuppe des „Roten Berges“ dirigiert, und bekamen nunmehr, als sie die Terrainwelle hinaufritten, die abziehende preußische Kolonne zu Gesicht. Eben wollten sie gegen diese zum Angriff vorgehen, da kam ihnen in der Richtung von der Gothaer Chaussee her eine Abteilung Reiter im Galopp entgegen. In der Meinung, Feinde vor sich zu haben, ritten die Husaren dagegen an. Im letzten Augenblicke erst erkannten sie die eigene Garde du Corps, welche nach ihrem mißlungenen Angriff, wie oben erzählt, vermischt mit den Dragonern über die Kuppe des Pfannenhügels in südlicher Richtung abgeschwenkt waren. Die dunkeln Uniformen und das Fehlen der Kürasse hatten den Irrtum veranlaßt. Bis die Husaren sich wieder gesammelt hatten, gewann das Bataillon indes Zeit, seinen Rückzug fortzusetzen und war bereits in die Nähe des schützenden Dorfes Illeben gelangt, ehe sie zum

gesehen hat. Nicht einmal Dörrbeckers eigene Meldung steht mit seinen späteren Erzählungen im Einklang. Er berichtet am 30. Juli 1866 an das Regimentskommando:

. . . „Hierauf“ — NB. nach den Kapitulationsverhandlungen mit des Barres — „griff die Schwadron sofort das Bataillon an, welches Carré formierend die Schwadron mit einer tüchtigen Salve aus nächster Nähe empfing, die indes nicht vermochte, die Schwadron abzuhalten, tüchtig aufs Carré einzuhauen.“

„Gehorsamst Unterzeichneter wurde hierbei schwer verwundet und ist daher außer stande, zu seinem großen Bedauern weiteres hinzuzufügen . .“

zweitenmal anreiten konnten. Damit war der günstige Moment zum Angriff verpaßt.

Nun endlich wähnten sich die Preußen einigermaßen in Sicherheit. Für kurze Zeit lösten sich alle Bande der Ordnung. „Die Leute stürzten aus den Gliedern, warfen sich auf den Boden und schlürften gierig das schmutzige Wasser des Herzbaches, durch welches die Kavallerie gegangen war*).“ Andere eilten in die Häuser, um sich auszuruhen und zu erfrischen. Hier ergaben sie sich dem Rittmeister Volger, der kurze Zeit nachher mit 12 Husaren in das Dorf einritt, widerstandslos zu Gefangenen. Die Gesunden schickte er zu Fuß, die Verwundeten zu Wagen nach Langensalza. Eine Menge von Gewehren, welche die Flüchtigen fortgeworfen hatten, sandte er gleichfalls auf zwei Fuhrwerken dorthin**).

Es gelang dem Oberstlieutenant des Barres jedoch, den größten Teil seiner Mannschaften wieder zu ordnen und weiter zu führen. Trotzdem mehrere Leute der Kolonne durch die wohlgezielten Schüsse der inzwischen auf der Höhe des oberen Illebener Weges erschienenen Batterie Röttiger verwundet, die Fahne des Bataillons Potsdam durchlöchert wurde und sogar einzelne Unglückliche vor Erschöpfung tot niederstürzten, erreichte er südlich Henningsleben das Füsilier-Bataillon seines Regiments, welches General von Flies zu seiner Aufnahme zurückgelassen hatte. Das Rosenbergsche Carré war bereits vorher dort eingetroffen.

Oberstlieutenant von Geyso hätte gern die Verfolgung noch weiter fortgesetzt, namentlich als nun endlich die beiden Geschütze aus dem Riedsgraben, die nur mit Hilfe abgesessener Mannschaften der Bedeckungsschwadron wieder hatten flott gemacht werden können, erschienen. Aber von den beiden schönen Regimentern, die er ins Gefecht geführt hatte, waren nur noch aufgelöste Trümmer vorhanden. Die 2. und 3. Schwadron der Garde du Corps hatten noch nicht wieder gesammelt werden können. Auch die direkt abgewiesene 1. war kaum mehr gefechtsfähig. Nicht besser stand es bei den Garde-Kürassieren. Auf die beiden Schwadronen, welche zweimal attackiert hatten, konnte er kaum mehr zählen. Nur eine einzige, die 2., war noch nicht im Feuer gewesen. Dazu war bei der glühenden Hitze des ganzen Tages der höchste Grad von Abspannung und Erschöpfung erreicht. In den Gliedern stürzten mehrere Pferde,

---

*) Gutbier a. a. O. S. 127.

**) Tagebuch des Oberstlieutenants Volger.

die während der zwei vorhergehenden Nächte stets auf dem Marsche gewesen waren, vor Ermattung zur Erde. Auch das des Oberstlieutenant von Geyso brach zusammen. Sämtliche Offiziere erklärten ein weiteres Vorgehen für unmöglich. Man konnte daher nichts weiter thun wie die Versprengten beim „Siechenhofe" sammeln, wo die schwere Brigade ihr letztes Bivouac bezog. Durch das Zusammentreffen mit den Gardehusaren verzögerte sich die Ralliierung noch mehr, und es wurde gegen ½6 Uhr, ehe die Regimenter einigermaßen wieder geordnet werden konnten. Einen eigentümlichen Anblick gewährten einzelne Reiter, welche mit den, den im Korn liegen gebliebenen Preußen abgenommenen Gewehren auf der Schulter zurückkamen und sie nun in der Freude ihres Herzens in die Luft abschossen.

Nach 4½ Uhr gaben die beiden Geschütze des Premier-Lieutenants von Sichart, welche, begleitet von ihrer Partikular-Bedeckung und der 2. Schwadron der Garde-Kürassiere, auf den Höhen nördlich Illeben erschienen, die letzten Schüsse auf die immer eiliger zurückweichenden Abteilungen des Feindes*). Damit endete die Verfolgung. Die reitende Batterie Mertens, welche den Gardehusaren über Nägelstädt gefolgt war, traf erst später ein und trat nicht mehr in Aktion. Die Gardehusaren aber stellten Vorposten etwa in derselben Gegend aus, wo die Cambridge-Dragoner am Morgen gestanden hatten**).

Auch bei der Infanterie dauerte es eine geraume Zeit, bis die vielfach durcheinander gekommenen Abteilungen wieder geordnet werden konnten. Die Brigade Bülow sammelte sich am Gothaer Thore vor Langensalza, die Brigaden Knesebeck und de Vaux am südlichen Hange des Jüdenhügels unter den Augen des kommandierenden Generals. Doch ach, wie Mancher fehlte beim Aufruf! Nur ein einziges Bataillon, das 2. des Leibregiments, war noch intakt.

Jetzt endlich hatte der Kronprinz von seinem königlichen Vater die Erlaubnis erhalten, vorzureiten und den General von Arentsschildt persönlich zu dem glänzenden Waffenerfolg zu beglückwünschen. Er fand

---

*) Offizieller Bericht II. T. S. 47.

**) Wie bei dieser Sachlage Lettow (I. T. S. 315) behaupten kann, 17 hannoversche Schwadronen hätten keinen erneuten Angriff auf die preußischen Kolonnen gewagt, verstehe ich nicht. Disponibel waren nur noch 1 Schwadron Gardekürassiere und 3½ Schwadronen Gardehusaren und als diese auf den Höhen über Illeben erschienen, waren die preußischen Kolonnen verschwunden; die Königinhusaren aber sammelten sich zu der Zeit erst östlich des Siechenhofes.

diesen aber durchaus nicht siegesfroh, sondern völlig niedergeschlagen. Denn Arentsschildt war bis zuletzt fest überzeugt gewesen, daß Preußen in Wirklichkeit eine friedliche Verständigung mit Hannover wünsche und diese Aussicht schiene ihm nun, nachdem einmal Blut geflossen war, unwiederbringlich dahin. Ja, er äußerte die Absicht, die eroberten Geschütze wieder nach Gotha zurückzuschicken, um seine friedfertigen versöhnlichen Gesinnungen zu dokumentieren!! —, ein Plan, der jedoch noch rechtzeitig vom Könige inhibiert wurde.

Allmählich aber ward es still auf dem weiten Plan, wo eben noch die beiden Gegner, — leider Deutsche gegen Deutsche! — so heiß gerungen. Ein Bataillon nach dem andern rückte unter rauschender Musik in die Stadt und die Meisten suchten ihre alten Quartiere wieder auf. Dann senkten sich die Schatten der Nacht herab auf die blutgetränkte Wahlstatt und

„Nun deckt ein Heldengrab der heiße Sand,
Auf den der thränenschwere Lorbeer fiel".

Seit Jena hatten die Preußen eine solche Niederlage nicht erlitten. Von dem ganzen Detachement, das General von Flies am Morgen siegesgewiß nach Langensalza geführt hatte, kehrten am Abend fast nur ungeordnete Haufen nach Westhausen und Warza zurück. „Zu den erschöpft liegen gebliebenen Leuten stellte besonders die Landwehr ein erhebliches Kontingent. In den Chausseegräben bei Henningsleben lagen die Erschöpften wie gesäet und zwar vielfach bewußtlos oder in einem totenähnlichen Schlaf" erzählt ein Augenzeuge*). Viele hatten ihre Gewehre weggeworfen. Nur das 2. Bataillon des 11. Regiments bewahrte noch eine einigermaßen feste Haltung. Das furchtbar mitgenommene 1. und das Landwehrbataillon Torgau dagegen sowie die ganze Reserve mußten nach Goldbach und Remstedt in Erholungsquartiere gelegt werden. Das Regiment Coburg-Gotha bezog mit den Merseburger Husaren an der Nesselinie Vorposten. „Wenn ich kommandiert hätte, so wäre so etwas nicht vorgekommen", rief ihnen der Herzog im Vorbeireiten zu**).

Von den drei nach Thamsbrück entsandten Kompagnien, die man schon verloren gegeben hatte, traf nur eine abends in Westhausen ein, die andern beiden erreichten das Detachement erst am nächsten Morgen. Sie hatten, nachdem sie die Besetzung von Langensalza erfahren, den Rückzug

*) v. d. Wengen in der „Deutschen Heereszeitung" Nr. 77 vom 25. Septbr. 1897.
**) Gutbier a. a. O. S. 728.

in der Richtung auf Ufhoven und Grumbach angetreten, von den Kronprinz-Dragonern und der Batterie Eggers verfolgt. Allein trotz Anspannung aller Kräfte vermochte diese die Abziehenden nicht mehr zu erreichen und mußte sich darauf beschränken, ihnen auf 1400 Schritt einige Granatschüsse von sichtlicher Wirkung nachzusenden. Die völlig erschöpften Zugpferde konnten bald querfeldein nicht weiter. Ein Munitionswagen blieb im Chausseegraben liegen, beim Hinausschaffen eines andern sprangen einem Pferde vor Anstrengung die Halsadern. Um 6 Uhr endete auch hier die Verfolgung.

897 unverwundete Unteroffiziere und Soldaten, außerdem 10 Offiziere waren in die Hände der Hannoveraner gefallen. Ueber 2000 eingebrachte Gewehre und andere Waffen lagen aufgetürmt vor dem Gasthause „zum Mohren“. Die zwei eroberten Geschütze standen vor dem Quartier des Königs im Schützenhause. Es ist aber ungerecht, in der Ueberzahl der Hannoveraner, die Lettow (S. 301) — reichlich hoch — auf das Doppelte der Preußen schätzt, die alleinige Ursache der Niederlage zu sehen. Daß diese numerische Ueberlegenheit bei der Artillerie und Kavallerie vorhanden war, läßt sich nicht bestreiten. Bei der Infanterie dagegen darf man sie nur mit großen Einschränkungen gelten lassen. Zunächst hatte die ganze Brigade Bothmer bei der Entscheidung nicht mitgewirkt. Sodann waren von den $12^3/_4$ Bataillonen des Generals von Flies $8^3/_4$ mit Zündnadelgewehren ausgerüstet und von diesen hatten an der Salzalinie etwa 1500 Mann den 2900 Angreifern der Brigade Bülow und der Garde gegenüber gestanden. Daraus erklärt es sich auch, daß die Sieger an Zahl weit größere Verluste erlitten als die Besiegten*). Beispielsweise hatte das 1. Bataillon des 25. Regiments 18500, das 2. 22000 Patronen verfeuert**).

Unter ganz ähnlichen Verhältnissen aber — auch die Hannoveraner

---

*) Die Hannoveraner verloren:
an Toten: 32 Offiziere und 346 Unteroffiziere und Soldaten,
an Verwundeten: 70 Offiziere, von denen viele noch nachträglich starben, 981 Unteroffiziere und Soldaten,
im ganzen 1429, circa 7,8 Prozent des Bestandes.
Die Preußen und Gothaer verloren:
an Toten oder an ihren Wunden gestorbenen: 11 Offiziere und 185 Mann,
verwundet: 33 Offiziere und 601 Mann,
im ganzen 830, also etwa 9 Prozent ihres Bestandes.
Bei der Linien-Infanterie allein bezifferte sich der Verlust sogar auf 10,6 Prozent (vgl. von Lettow a. a. O. I S. 316).

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 1026.

hatten es versäumt, den linken Flügel zu umgehen — haben die Buren hinter dem Tugela=Fluß und dem Modder=River die angreifenden Engländer mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Man geht also kaum fehl, wenn man in der größeren inneren Tüchtigkeit und der besseren Führung der Hannoveraner die Hauptursache ihres glänzenden Schlachterfolges sieht*).

Und doch war es der tragischste Sieg, den die Geschichte kennt. Schon am nächsten Tage kam das jammervolle Ende.

Den König hatte die durch Dammers überbrachte Meldung mit stolzer Freude erfüllt. In einem Schreiben an den General von Arentsschildt**) sprach er diesem für die Führung der Armee, sowie den sämtlichen Offizieren „für das schöne Beispiel, mit dem sie in der Schlacht vorangingen", seinen innigen Dank aus. „Seinem tapferen Kriegsheer" bezeugte der fromme König in einem besonderen Erlaß seine Anerkennung dafür, daß „Ihr mit einer in der Geschichte beispiellosen Willigkeit Euch auf Meinen Ruf und freiwillig in den südlichen Provinzen Meines Königreichs um Eure Fahnen versammelt ..... und heute habt Ihr, in Meiner und Meines teuren Sohnes und Thronfolgers Gegenwart mit dem Heldenmute Eurer Väter kämpfend, unter dem gnädigen Beistande des Allmächtigen für unsere gemeinsame geheiligte Sache an dem Schlachttage zu Langensalza einen glänzenden Sieg erfochten."

„Die Namen der todesmutig gefallenen Opfer werden in unserer Geschichte mit unauslöschlichen Zügen prangen und unser göttlicher Heiland wird ihnen dort oben den himmlischen Lohn dafür verleihen ...."

Graf Platen und Meding aber, die von der militärischen Lage nur eine höchst unklare Vorstellung hatten, knüpften an den Schlachterfolg die weitgehendsten Erwartungen. Sie stellten dem Könige vor, daß man „unverzüglich und ohne jeden Aufschub" nach Gotha weiter marschieren müsse. Selbst wenn einige tausend Mann unterwegs liegen blieben, könnte dies im Hinblick auf die Wichtigkeit des Zweckes — die Rettung der Armee — nicht in Betracht kommen. Der Weg nach Gotha wäre jetzt frei und „unmittelbar dahinter müßten schon die Vorposten der bayrischen Armee stehen, mit welcher sich zu vereinigen jetzt die dringendste Aufgabe sei" ***).

*) Zwei Jahre später äußerte Moltke gegen den Prinzen Albrecht von Preußen: „Wer hat denn dem General von Flies geheißen von da oben (Höhen bei Henningsleben) herunterzugehen? Er mußte sich angreifen lassen." Gutbier a. a. O. S. 141.

**) S. dasselbe im Offiziellen Bericht I. T. unter Anlage 19. S. 94.

***) Meding, Memoiren a. a. O. II. T. S. 183.

Kaum war der König über das einen grausigen Anblick gewährende Schlachtfeld, zwischen gräßlich verstümmelten Leichen und durch Blutlachen hindurch wieder in das Schützenhaus vor Langensalza zurückgeritten, so ließ er den General von Arentsschildt, den Oberst Cordemann und die Brigadiere zu einer Beratung hierüber in sein Hauptquartier entbieten. Aber sämtliche Militärs erklärten einen Vormarsch auf Gotha nicht sowohl für unmöglich, wie für nutzlos. Oberst Cordemann machte geltend, daß die Armee wegen der verschossenen Munition, der mangelnden Verpflegung und der großen Ermüdung der Truppen — die seit drei Nächten nicht geruht hatten —, sowie wegen der Unmöglichkeit, die fehlenden Bestände zu ersetzen, nicht im stande sei, gegen Preußen isoliert einen zweiten Kampf zu bestehen, und die übrigen stimmten ihm bei.

Und auch wenn ein Blücher die Armee kommandiert hätte und ein Gneisenau sein Stabschef gewesen wäre, so würden sie wohl kaum anders geurteilt haben. Die Verhältnisse lagen hier ganz anders wie am Abend des Schlachttages von Waterloo. Dort war das gesamte feindliche Heer überwunden, hier nur ein kleines Detachement. Freilich wußte man von den Verhältnissen auf feindlicher Seite ebensowenig Genaues wie die Preußen am Abend von Königgrätz. Aber, daß man nicht die gegnerische Hauptmacht geschlagen hatte, war zweifellos. Und wenn man auch über deren Aufstellung genauer unterrichtet gewesen wäre, so hätten sich dadurch die Aussichten kaum hoffnungsvoller gestaltet. Die Gelegenheit zum Durchbruch nach dem Süden war vielmehr seit dem 24. unwiederbringlich dahin. Denn die beiden völlig intakten Divisionen Goeben und Beyer standen bei Eisenach bereit, den Hannoveranern, hätten sie selbst Gotha genommen, den Weitermarsch durch den Thüringer Wald zu versperren. Die Bayern aber erreichten erst am 29. mit dem Hauptquartier Neustadt, um am 30. nach Meiningen weiter zu marschieren. Es drohten also neue aussichtslose Kämpfe. Dagegen war die militärische Ehre glänzend gewahrt, und die Entscheidung des Krieges lag nicht hier, sondern auf den böhmischen Schlachtfeldern.

So konnte denn der König schließlich nicht umhin, die Einwendungen der Truppen-Kommandeure gegen den Vormarsch auf Gotha als berechtigt anzuerkennen. Eine Vollmacht, nach seinem Ermessen eine Kapitulation abzuschließen, aber wollte er dem kommandierenden General nicht erteilen. Nach einer lebhaften Diskussion beauftragte er vielmehr abends spät den Oberstlieutenant Rudorff, dem General von Flies einen mehrtägigen Waffenstillstand zur Beerdigung der Toten und Fürsorge für die

Verwundeten vorzuschlagen. Auch autorisierte er ihn, nochmals den freien Durchmarsch der Armee gegen die Verpflichtung, acht Wochen an den Feindseligkeiten nicht teilzunehmen, zu proponieren.

Dammers war bei der entscheidenden Beratung nicht zugegen gewesen. Der Kommandierende hatte ihn, als der Sieg entschieden war, auf sein Ansuchen beauftragt, die nötigen Anordnungen für die Verwundeten und die Hospitäler sowie für die Sicherstellung der Verpflegung zu treffen. Diesen Geschäften widmete er sich mit der größten Energie und Umsicht. Als er sodann spät in der Nacht in das Hauptquartier des Königs zurückkam, fand er dort zu seiner größten Ueberraschung den Oberstlieutenant von Geyso, den er mit seiner Brigade auf der Verfolgung des Feindes nach Gotha begriffen wähnte. Aber, obgleich er diesem die lebhaftesten Vorwürfe machte*), war er doch ein zu erfahrener Offizier, um sich nicht zu sagen, daß „ein endliches Gelingen des Durchbruches nach dem Süden nicht mehr zu hoffen war**)."

Rudorff fand bei seiner Ankunft in Warza den General von Flies in einer unbeschreiblich niedergeschlagenen Stimmung. „Er bot das bemitleidenswerte Bild eines vollkommen gebrochenen Mannes, der unter der Last eines schweren Unglückes seufzte und zwar war dies in solchem Maße der Fall, daß es ihm nicht gelang, die Thränen zurückzuhalten***)." Auch aus den gelegentlichen Gesprächen mit Soldaten konnte Rudorff entnehmen, welche Entmutigung in den Reihen der Gegner herrschte. Er trat daher einigermaßen peremptorisch auf. Aber umsonst wies er auf die traurigen Folgen hin, welche eine Ablehnung des Waffenstillstandes für die unglücklichen Verwundeten haben würde, die unversorgt zurückgelassen werden müßten. Vergeblich stellte er dem General vor, daß der König, so sehr es ihm auch widerstrebe, den Befehl zu weiterem Blutvergießen zu geben, dennoch nicht werde umhin können, am andern Morgen zum Angriff zu schreiten. Flies wollte von nichts hören. Ebenso vergeblich bemühte sich Rudorff, ihn davon zu überzeugen, daß die Gestattung des freien Durchzuges nach dem Süden für Preußen vorteilhaft wäre, da binnen acht Wochen die Entscheidung des Krieges erfolgt sein und die gegen Hannover aufgestellten Streitkräfte für andere Zwecke disponibel werden würden. Der preußische General weigerte sich, einen

*) Dammers a. a. O. S. 145.

**) Offizieller Bericht I. T. S. 51.

***) v. d. Wengen „Rückblicke" ꝛc. in der „Deutschen Heereszeitung", Nr. 77 vom 25. September 1897.

Waffenstillstand zu bewilligen — und war auch nicht dazu befugt. Er versprach jedoch, Rudorffs Eröffnung nach Berlin zu melden und sobald Antwort einträfe, sie ins hannoversche Hauptquartier zu übermitteln.

Gegen 9 Uhr morgens am 28. traf sodann ein preußischer Parlamentär in Langensalza mit der Nachricht ein, daß sämtliche Vorschläge in Berlin zurückgewiesen wären. Damit war alles vorbei. Denn daß eine Fortsetzung der Operationen, der von allen Seiten heranrückenden feindlichen Uebermacht gegenüber, völlig aussichtslos war, konnte man sich nicht verhehlen. Der kommandierende General, der Chef des Generalstabes, der General-Adjutant sowie die Brigade-Kommandeure und der Kommandeur der Artillerie erklärten daher am 28. vormittags dem Könige schriftlich „auf unsere militärische Ehre und den unserem Könige und Kriegsherrn geleisteten Eid vor Gott und unserem Gewissen"*), daß sie unter den vorliegenden Umständen jeden Kampf „für ein gänzlich unnützes und erfolgloses Blutvergießen" halten müßten. Sie könnten daher „nach pflichtmäßiger Ueberzeugung Seiner Majestät dem Könige nur anraten, den Widerstand aufzugeben und eine Kapitulation anzunehmen".

Schwer genug mag es den tapferen Männern geworden sein, ihrem Kriegsherrn mit einer solchen Erklärung entgegenzutreten. Und noch schwerer wurde es dem Könige, sich von der Notwendigkeit der Waffenstreckung zu überzeugen. Nicht eher wollte er sich dazu verstehen, als bis auch der letzte Hoffnungsschimmer verblaßt war. Kaum hatte Rudorff, der gegen Mittag zu ihm kam, um wegen Abfertigung des preußischen

*) Die Erklärung lautet:

Wir Unterzeichneten erklären hierdurch auf unsere militärische Ehre und den unserm Könige und Kriegsherrn geleisteten Eid vor Gott und unserm Gewissen:

1) daß die Mannschaften und Pferde der hannoverschen Armee durch die seit dem 19. d. Mts. mit ursprünglich mangelhafter Ausrüstung, ununterbrochenen großen Marschstrapazen, bei meistens mangelhafter Verpflegung, sowie durch den gestern stattgehabten hartnäckigen Kampf, welcher einen die Diensttüchtigkeit beeinträchtigenden Verlust an Offizieren und Unteroffizieren herbeigeführt hat, in hohem Grade erschöpft sind, sodaß ohne vorhergegangene Ruhe eine Fortsetzung der Operationen nicht zulässig ist;

2) daß die Munition bei gänzlichem Ausschluß allen weiteren Ersatzes nur noch zu etwa einem ernstlichen Gefechte ausreicht;

3) daß es nach den gemachten Erfahrungen und nach den Mitteilungen der Intendantur unmöglich ist, die nötigen Lebensmittel in ausreichender Weise herbeizuschaffen;

Parlamentärs Instruktionen zu erbitten, sich dahin geäußert, daß man nicht alles verloren zu geben brauche, so lange der Weg nach Norden nicht versperrt sei, daß man vielleicht noch die Heimat mit ihren Hilfsquellen — die man niemals hätte verlassen sollen — wieder erreichen könnte, so faßte er neuen Mut. Daß freilich ein Stehenbleiben bei Langensalza wegen der Verpflegungsschwierigkeiten ebenso unmöglich war, wie eine Offensive gegen Gotha, mußte er dem Oberstlieutenant zugeben. So blieb nur der sofortige Aufbruch nach Mühlhausen und der König beauftragte Rudorff, den Befehl hierzu unverzüglich dem kommandierenden General zu überbringen. Aber als er im Hauptquartier ankam, war eben eine Meldung des Lieutenants v. d. Knesebeck vom Königinhusaren-Regiment eingetroffen, der am frühen Morgen mit einer Patrouille von 25 Mann bis Stockhausen vorgeritten war, jetzt aber vor den anrückenden feindlichen Kolonnen bis Reichenbach hatte zurückweichen müssen. Gleichzeitig berichteten die Vortruppen der Gardehusaren, daß man vom Kirchturm von Großgottern aus den allmählichen Anmarsch eines Corps aller Waffen gegen Thamsbrück und Langensalza beobachtet habe, dessen Stärke man ungefähr auf 8—9000 Mann schätze*). Aufs tiefste erschüttert eilte Rudorff mit diesen Hiobsposten selbst zum Könige zurück. Schluchzend, mit von Thränen erstickter Stimme konnte er nur die Worte hervorbringen: „Majestät, nun ist alles aus, jetzt ist die Kapitulation nicht mehr zu vermeiden**).“

---

4) daß von mehreren Seiten feindliche Truppen in bedeutender Uebermacht herangezogen sind, die hannoversche Armee umzingelt haben und auf eine baldige Aenderung der militärischen Lage durch Succurs befreundeter Truppen nicht zu rechnen ist.

Unter diesen Umständen müssen wir jeden Kampf und Widerstand für ein gänzliches nutzloses und erfolgloses Blutvergießen halten und können nach pflichtmäßiger Ueberzeugung Seiner Majestät dem Könige nur anraten, den Widerstand aufzugeben und eine Kapitulation anzunehmen.

Langensalza, den 28. Juni 1866.

von Arentsschildt, General-Lieutenant. — von Wrede, General-Major. — von dem Knesebeck, General-Major.

von Bothmer, General-Major. — von Bülow-Stolle, Oberst. — de Vaux, Oberst. — Dammers, Oberst u. Gen.-Adj.

von Stoltzenberg, Oberst. — von Geyso, Oberstlieutenant. — Cordemann, Oberst.

*) Tagebuch des Oberstlieutenants Volger.

**) v. d. Wengen a. a. O. S. 1080 ff.

Und so war es in der That. Ein Ausweichen nach Osten hätte die Katastrophe höchstens um einige Tage verzögert. Es gab kein Entrinnen mehr, das Schicksal der unglücklichen Armee war besiegelt.

So teilte denn eine zweite Proklamation*) des Königs dem Heere mit, daß er den General von Arentsschildt beauftragt habe, eine militärische Kapitulation abzuschließen, „indem eine überwältigende Uebermacht sich gegenüber befindet". . . . . „Schwere Tage hat die unerforschliche Zulassung Gottes wie über Mich, Mein Haus und Mein Königreich so auch über Meine Armee verhängt. Die Gerechtigkeit des Allmächtigen bleibt unsere Hoffnung und mit Stolz kann jeder Krieger auf die Tage des Unglücks zurückblicken, denn um so heller strahlt in ihnen die Ehre und der Ruhm der hannoverschen Waffen. Ich habe mit Meinem teuren Sohne, dem Kronprinzen, bis zum letzten Augenblick das Los Meiner Armee geteilt und werde es stets bezeugen und ihr nie vergessen, daß sie des Ruhmes der Vergangenheit sich auch in der Gegenwart wert gezeigt hat."

„Die Zukunft befehle Ich voll gläubiger Zuversicht in die Hand des allmächtigen und gerechten Gottes." . . .

Um 4 Uhr nachmittags gab General von Arentsschildt durch einen Tagesbefehl bekannt, daß alle Feindseligkeiten gegen die Königlich Preußischen Truppen sofort einzustellen seien. Die unverwundeten Gefangenen, die in der Berg- und Gottesackerkirche interniert waren, wurden nun, nachdem ihnen Jacobi noch eine Rede voll Versicherungen deutsch-patriotischer Bruderliebe gehalten hatte, freigelassen und nach Gotha in Marsch gesetzt, wo ihr Herannahen noch einen kurzen Schrecken hervorrief. Dann sandte man den anrückenden preußischen Kolonnen in den drei Hauptrichtungen höhere Offiziere entgegen, welche den kommandierenden Generälen die Bereitwilligkeit der Hannoveraner zum Eingehen einer militärischen Kapitulation erklären sollten.

Freilich hatte man auf hannoverscher Seite keine Ahnung davon, bis zu welchem Grade in eben diesen Tagen die Verwirrung in den strategischen Anordnungen der preußischen Heeresleitung gediehen war. Infolge der in der Nacht getroffenen Dispositionen hatte am Morgen des 27. der Eisenbahntransport der Division Goeben nach Erfurt-Weimar begonnen. Als aber der vorangeschickte Hauptmann von Jena aus Gotha meldete, daß nach Ansicht der Kommandantur von Erfurt ein

*) S. dieselbe im „Offiziellen Bericht" I. Teil Anlage 21. S. 96.

Marsch der Hannoveraner auf Tennstädt „nicht recht wahrscheinlich“ sei, wurden zunächst die beiden in Gotha angekommenen Bataillone des 53. Regiments angehalten, und bis zum Eingang weiterer Nachrichten das Verladen der übrigen Truppen eingestellt. Ja, als bis Mittag noch keine bestimmte Meldung über die Stellung des Feindes eingegangen war, berief Goeben die ersteren sogar wieder nach Eisenach zurück.

Endlich um 1 Uhr 27 Minuten kam eine Depesche des Hauptmanns von Jena, welche die erste Kunde von dem sich bei Langensalza entspinnenden Gefecht brachte. Sie meldete, daß der Feind noch zwischen der Stadt und Merxleben stände und die Unstrut-Defileen hartnäckig verteidigen zu wollen schiene*). Von der Notwendigkeit einer Unterstützung aber war keine Rede. Nach der ganzen Fassung des Telegramms nahm man vielmehr an, daß es sich nur um ein Arrieregarde-Gefecht mit dem im Abzug befindlichen Gegner handle. Der Gedanke aber, daß Flies in Verlegenheit geraten könne, lag sowohl dem General von Falckenstein wie seinem Stabschef völlig fern, so fern, daß er sich trotz des noch andauernden Kampfes entschloß, einem ihm am Vormittag zugegangenen Handschreiben des Königs Folge zu leisten, welches ihm aufgab, sich sofort nach Kassel zu begeben und interimistisch das Militär-Gouvernement von Hessen zu übernehmen. Zwar war dieser Erlaß bereits am 25. Juni ausgefertigt, zu einer Zeit, wo man in Berlin mit Falckensteins Befehlsführung unzufrieden war, und ihn unter einem plausiblen Vorwande vom Ober-Kommando entfernen wollte. Aber es war eine bis jetzt nicht widerrufene politische Maßnahme, die durch die nachher ergangene militärische Ordre, die Hannoveraner coûte qui coûte anzugreifen, nicht ungiltig wurde. Die Adresse der letzteren ließ es außerdem zweifelhaft, ob man ihn noch in Eisenach vermutete**). Falckenstein reiste daher, so „im höchsten Grade mal à propos“ ihm auch der Befehl kam, um 3 Uhr nachmittags nach Kassel ab. Kurz vorher traf noch der Hauptmann von Jena bei ihm ein und meldete, daß Flies nicht beabsichtige, die Vorposten über die Unstrut vorzuschieben. Es lag also kein Anlaß vor, gegen die Hannoveraner, von denen er nur eine geringe Meinung hatte, noch weitere Maßregeln zu treffen. Dagegen erfüllte ihn das von allen Seiten gemeldete Vorrücken der Bayern mit großer Besorgnis. Er erteilte daher, während Manteuffel und Flies mit

*) S. die Depesche in Lettow a. a. O. I S. 324.

**) „General von Falckenstein oder Kommandant in Eisenach, Ersterem nachzusenden“ (von Lettow a. a. O. I. S. 285).

der Verfolgung der Hannoveraner beauftragt wurden, Goeben den Befehl, mit allen zwischen Gerstungen und Eisenach vereinigten Truppen seine Aufmerksamkeit allein auf die Süddeutschen zu richten, „was mich sehr beglückt", schrieb dieser an seine Gemahlin*) und fügte hinzu: „Ich glaube, daß die Hannoveraner, wenn sie richtig operieren, durch den Harz wieder nach Hannover gelangen, natürlich nur auf kurze Zeit." Da erhielt er zu seiner Ueberraschung um 8 Uhr 5 Minuten abends ein Telegramm des Herzogs von Coburg, welcher ihm die erlittene Niederlage mitteilte und dringend um Unterstützung bat, da die Hannoveraner immer mehr nachdrängten und wahrscheinlich mit dem Frühesten angreifen würden. Eben (7 Uhr) hatte er noch an Falckenstein telegraphiert, daß nichts Wesentliches vorgefallen sei. Auch gegen den Hauptmann v. Jena, den er zur persönlichen Information abermals nach Gotha gesandt hatte, bestätigte General v. Flies, daß er sich zum Rückzuge auf Erfurt genötigt sehen würde, falls am nächsten Morgen ein Angriff erfolge. Dennoch lehnte Goeben zunächst die Unterstützung ab, weil er sich selbst in einer bedrängten Lage zu befinden glaubte. „Ich lasse alarmieren", telegraphierte er abends 8 Uhr 35 Minuten an General Beyer in Gerstungen. „Feindliche Kolonnen marschieren auf die gegenüberliegenden Höhen, steigen herunter**)." Erst nach einigen Stunden klärte sich die Grundlosigkeit des Alarms auf und nun gingen sofort Verstärkungen nach Gotha ab. Noch in der Nacht wurden 2 Bataillone und 1 Batterie von Eisenach dahin befördert, denen am folgenden Morgen weitere 5 Bataillone und 1 Batterie von Gerstungen her folgten. Sie wurden zu einer kombinierten Brigade unter dem General von Kummer vereinigt und besetzten mit dem Detachement Flies eine Verteidigungsstellung am „Galberg" dicht vor Gotha. Die Stadteingänge sowie die vorliegenden Dörfer wurden durch Errichtung von Barrikaden, Einschlagen von Schießscharten u. s. w. in Verteidigungszustand gesetzt, und damit der Durchbruch in dieser Richtung unmöglich gemacht.

Der König Wilhelm hatte 8 Uhr 35 Minuten abends die erste Nachricht von der Niederlage des General Flies durch ein Telegramm des Herzogs von Coburg erhalten***). Jetzt erließ er um 11 Uhr nachts an Falckenstein den telegraphischen Befehl, „mit allen verfügbaren Streitkräften direkt und unverzüglich gegen die Hannoveraner vorzugehen, auf Bayern

*) von Lettow a. a O. I. S. 330 Anmerkung.

**) von Lettow a. a. O. I. S. 331.

***) S. das Telegramm in von Lettow a. a. O. I. S. 328.

und Süddeutsche vorerst keine Rücksicht zu nehmen, sondern nach Meiner schon ausgesprochenen Willensmeinung die vollständige Entwaffnung der Hannoveraner zu bewirken".

Unverzüglich gab nun der Oberkommandierende telegraphisch an Goeben Weisung, am nächsten Morgen so früh wie möglich anzugreifen, Flies und Manteuffel sollten nach Möglichkeit den Goebenschen Angriff unterstützen. Dann trat Falckenstein, der sich mittlerweile überzeugt hatte, daß sein Aufenthalt in Kassel völlig unnötig war, mit einem Sonderzuge zwischen 2 und 3 Uhr morgens die Rückreise an und war um 7 Uhr wieder in Eisenach. Hier hatte Goeben bereits alle erforderlichen Anordnungen getroffen und die Division Beyer gegen Eisenach in Marsch gesetzt, um gemeinsam mit ihm gegen Langensalza vorzugehen. Falckenstein erklärte sich mit allem einverstanden, worauf Goeben sich zu seinen Truppen begab und in dem Schlosse Friedrichswerth, etwa in der Mitte zwischen Eisenach und Gotha, sein Hauptquartier nahm.

Als er nachmittags zum Rekognoszieren über Großbehringen gegen Langensalza vorritt, kam ihm der hannoversche General v. Wrede, dem der Verfasser Dieses beigegeben war, zu Wagen entgegen. Sie stellten sich ihm als die Ueberbringer eines Schreibens des Generals v. Arentsschildt an den in Eisenach kommandierenden preußischen General vor, worin hannoverscherseits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Bereitwilligkeit zur Waffenstreckung erklärt wurde. „Auf dieser Linie kommandiere ich," erwiderte Goeben und nahm das Schreiben in Empfang. Er sprach sich sehr befriedigt über das Ende des Blutvergießens aus, und forderte die Parlamentäre auf, mit ihm in sein Hauptquartier zu kommen, wo die Angelegenheit formell erledigt werden sollte. An seiner Legitimation war nicht wohl zu zweifeln, und nachdem er ihnen ein schriftliches Dokument ausgestellt hatte, daß auch seinerseits die Feindseligkeiten aufhören sollten, versprach er, sofort nach Gotha zu reiten, um das Vorgefallene höheren Orts zu melden. Außerdem gab er den beiden Unterhändlern, die sodann nach Langensalza zurückfuhren, den Hauptmann von Jena mit, damit dieser den General von Manteuffel von der angeordneten Waffenruhe verständigte.

Es ist nicht zu leugnen, daß Goeben sich durch das Mitgefühl für seine Landsleute hatte bewegen lassen, seine Befugnisse zu überschreiten, allein nach den Vorfällen in Eisenach bei der Begegnung mit Rudorff am 25. fürchtete er, daß der General von Falckenstein den Hannoveranern solche Bedingungen stellen würde, die sie selbst in ihrer verzweifelten Lage

nicht annehmen könnten — eine Besorgnis, die sich nachher als unbegründet erwies. Als ihm deshalb bald nachher durch den Ordonnanzoffizier Graf Wedel der Befehl des — mittlerweile selbst in Groß-Behringen angekommenen — Oberkommandierenden überbracht wurde, die beiden Unterhändler zu ihm zu führen, war Goeben froh, daß dieses nicht mehr möglich war. Er trug jedoch dem Adjutanten, gleichfalls einem geborenen Hannoveraner, auf, den alten Herrn möglichst zu beschwichtigen. Das gelang ihm denn auch soweit, daß Falckenstein, der sich mit Recht als allein befugt zum Abschluß einer Kapitulation ansah, abends 7 Uhr seinem Könige meldete, er sei bereit, auf denselben Bedingungen abzuschließen, die Se. Majestät den Kurhessen gestellt habe. „Ueberhaupt bin ich zweifelhaft, ob nicht wieder eine Kriegslist beabsichtigt," fügte er jedoch hinzu*).

General v. d. Knesebeck, welcher das Schreiben „an den kommandierenden General der Königlich Preußischen Truppen in Gotha"**) mit der Erklärung, daß Widerstand nicht mehr geleistet werden würde, überbringen und sich dann zum Könige von Preußen begeben sollte, traf in Warza nur den General von Flies, der seine Weiterreise nach Berlin nicht gestatten wollte, sich aber bereit erklärte, den Inhalt der Mission dorthin zu melden. Das Schriftstück beförderte er an den General von Falckenstein, als den richtigen Adressaten.

Am schlechtesten erging es dem Rittmeister Volger, welcher Auftrag hatte, ein gleichlautendes offenes Schreiben an den General von Manteuffel auszuhändigen. Ob dieser den Befehl, am 27. bei Göttingen stehen zu bleiben, rechtzeitig erhalten hat, läßt sich nicht klar erkennen. Jedenfalls marschierte er, ohne sich daran zu kehren, an diesem Tage nach Heiligenstadt und Dingelstädt weiter. Er brannte überhaupt vor Begier, möglichst rasch an den Feind zu kommen und hatte sich seiner Zeit sogar vergeblich um die Erlaubnis bemüht, das Fliessche Detachement selbst nach Gotha zu führen. Auf Empfang der Nachricht von dem Gefecht bei Langensalza und dessen Ausgang beschloß er nun, seinen Weitermarsch derartig zu beschleunigen, daß er bereits am 28. die Hannoveraner angreifen könnte. Nach einer kurzen Mittagsrast in Mühlhausen ließ er daher seine durch die Hitze stark ermüdeten Truppen abermals aufbrechen und hatte Altgottern erreicht, als ihm der hannoversche

*) von Lettow a. a. O. I. S. 329.

**) S. dasselbe in v. d. Wengen a. a. O. S. 1086.

Parlamentär gemeldet wurde. Diesem war es erst nach einigen Weitläufigkeiten gelungen, einen Dragoneroffizier zu finden, der es übernahm, ihn zum Kommandierenden zu geleiten. Manteuffel selbst aber empfing ihn in höchst unwirscher Weise. Mit zornbebender Stimme, beide zur Faust geballten Hände schüttelnd, rief er ihm zu: „Mein Herr, daß Sie hier vor mir stehen, ist ein Mißverständnis. Ich kann mit keinem hannoverschen Offizier mehr parlamentieren, seitdem preußisches Blut geflossen ist!" „Herr General," suchte Volger in ruhigem Tone zu erwidern. „Bitte: Exzellenz!" fiel ihm Manteuffel ins Wort. „Also, Exzellenz," fuhr der Rittmeister fort, „ich habe die Ehre, im Auftrage Sr. Majestät des Königs ein Schreiben des Generals von Arentsschildt mit dem Erbieten einer Kapitulation zu überreichen." Manteuffel nahm zwar das Schriftstück und las es, erklärte aber, sich hoch aufrichtend, mit fast schreiender Stimme: „Melden Sie Sr. Majestät, Ihrem Allergnädigsten Könige, daß ich dem Verlangen eines Waffenstillstandes nicht entsprechen kann und noch heute angreifen werde, — angreifen — angreifen*)."

Mit diesem Bescheid eilte Volger ins Hauptquartier des Königs zurück. Daß die Drohung nicht ausführbar und der General mit den Truppen, die vor Erschöpfung nicht mehr weiter konnten, nicht imstande war, an demselben Abend noch anzugreifen, konnte er indeß gleichfalls berichten. Als er aber seine Meldung dem General von Arentsschildt überbrachte, war eben der Hauptmann von Jena eingetroffen, der sich sofort erbot, Manteuffel von der durch Goeben zugesicherten Waffenruhe in Kenntnis zu setzen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

In Berlin war nunmehr die Abberufung Falckensteins eine fest beschlossene Sache. In der wiederholten Nichtbefolgung der ihm von der obersten Heeresleitung gegebenen Direktiven sah man nicht sowohl ein Mißverstehen, wie eine absichtliche Renitenz. Am 27. abends hatte er an Moltke gemeldet, daß, statt „coûte qui coûte" gegen die Hannoveraner vorzugehen, die Beyerschen und Goebenschen Truppen unverändert zwischen Gerstungen und Eisenach, Manteuffel in der Gegend von Heiligenstadt stände. Und dazu war diese Meldung aus Kassel datiert**). Man nahm also an, daß die energischen Dispositionen, welche Goeben und Manteuffel getroffen und die sie nach Berlin berichtet hatten, ein

*) Tagebuch des Oberstlieutenants Volger.

**) „Hat man eine Idee und ist Falckenstein in Kassel! und beide Divisionen in Gerstungen! also diese direkt von hier aus zu dirigieren?" schrieb der König eigenhändig auf die Rückseite der Depesche (von Lettow a. a. O. I. S. 329).

Ausfluß ihrer eigenen Initiative wären. Endlich erfuhr der König noch das Erbieten der Hannoveraner zur Waffenstreckung zuerst durch die Telegramme Goebens und Flies'. Moltke erteilte daher dem letzteren 8 Uhr 30 Minuten abends — vor Ankunft des Falkensteinschen Telegramms, worin dieser seine Bereitwilligkeit zum Eingehen einer Kapitulation meldete — Anweisung, dem General v. Arentsschildt zu erwidern, daß am nächsten Morgen General von Manteuffel im hannoverschen Hauptquartier eintreffen würde, „um der hannoverschen Armee in Anerkennung ihrer tapferen Haltung eine ehrenvolle Kapitulation anzubieten". Inzwischen hatte Falckenstein das durch Flies ihm übermittelte Schreiben des Generals von Arentsschildt erhalten, das an der aufrichtigen Absicht zu kapitulieren keinen Zweifel ließ. Infolgedessen schickte er den Major Wiebe von seinem Generalstabe nach Langensalza mit dem Antwortschreiben*), er sei auf Grund seiner Instruktionen ermächtigt, unter den den kurfürstlich hessischen Truppen gewährten Bedingungen abzuschließen. Demnach sollten die Mannschaften — selbstredend ohne Waffen und Kriegsausrüstung — in ihre Heimat entlassen, die Offiziere unter Beibehalt ihrer Waffe mit vollem Gehalt und Kompetenzen bis auf weiteres beurlaubt werden.

Mitternacht war bereits vorüber, als Major Wiebe das Schreiben dem General von Arentsschildt übergab, und eben wollte dieser seinen Namen unter das verhängnisvolle Dokument setzen, welche die bedingungslose Unterwerfung unter die preußischen Stipulationen erklärte**), da erschien gegen 1³/₄ Uhr morgens der Lieutenant von Brösigke, ein Adjutant des Generals von Flies, mit der obigen telegraphischen Instruktion Moltkes und der Anmeldung Manteuffels. Begreiflicherweise wurde man nun auf hannoverscher Seite zweifelhaft, ob General von

*) S. dasselbe im Offiziellen Bericht I. T. Anlage 22 S. 97.

**) Das Schreiben lautet nach von Lettow a. a. O. S. 343, folgendermaßen:

Sr. Excellenz
dem Königlich Preußischen kommandierenden General
Herrn Freiherrn Vogel von Falckenstein
zu
Groß-Behringen.

Ew. Excellenz habe ich die Ehre, den Empfang eines Schreibens gehorsamst anzuzeigen, welches mich von den Bedingungen unterrichtet, unter denen die von mir kommandierten Truppen eine militärische Kapitulation einzugehen haben.

Die Königlich Hannoverschen Truppen haben sich bedingungslos unterworfen, ich habe daher die von Sr. Majestät dem Könige von Preußen geschehenen Fest-

Falckenstein wirklich Vollmacht zu Unterhandlungen besäße. Allein Major Wiebe trat so entschieden auf und drohte so energisch mit dem sofortigen Angriff, daß Arentsschildt dennoch unterzeichnete. Um 2 Uhr schon konnte der Unterhändler seinem Chef das Schreiben übersenden und ihm melden, daß alles geordnet sei und um 6 Uhr früh der Abmarsch der Hannoveraner auf das rechte Unstrutufer beginnen werde. Von einer schriftlichen Formulierung der Ausführungs=Bedingungen wurde bis zur Ankunft Manteuffels abgesehen. Wiebe nahm jedoch die Wünsche des kommandierenden Generals bezüglich der Entwaffnung, Heimkehr, Entlassung u. s. w. der Truppen entgegen, und versprach, sie bei dem General von Falckenstein zu befürworten.

Dann ritt er zu diesem zurück, um über alles mündlich zu berichten. In der Nähe der Haartberge zwischen Zimmern und Reichenbach traf er den Höchstkommandierenden, der bereits mit einem Teil der Goeben=schen Division im Anmarsch auf Langensalza war. Jetzt erhielten sämtliche im Vorgehen begriffenen Truppen Befehl zum Haltmachen. Ein Tagesbefehl teilte ihnen mit, daß „unbedingte Waffenruhe" mit den Königlich hannoverschen Truppen vereinbart sei. Es gehört aber zu den vielen Unbegreiflichkeiten dieses Feldzuges, daß diese Ordre von Langensalza datiert war. Denn Falckenstein selbst kehrte nach Groß=Behringen zurück, während Wiebe sich von neuem in das hannoversche Hauptquartier begab, um als Kommissar bei der weiteren Ausführung der Kapitulation und der Uebernahme der Waffen zu fungieren.

Ein Telegramm benachrichtigte Moltke von der bereits erfolgten Kapitulation. Auch Flies und Manteuffel wurden in Kenntnis gesetzt, daß der Abschluß schon vor dem Eintreffen Brösigkes erfolgt sei. Die Sendung Manteuffels war also vollständig überflüssig geworden.

Dieser ehrgeizige Mann war jedoch durchaus nicht gewillt, auf die Mission zu verzichten, mit der sein König ihn betraut hatte. Als er aber gegen 8½ Uhr vormittags in Langensalza ankam, fand er den Major Wiebe bereits in voller Thätigkeit, um mit dem hannoverschen

---

stellungen einfach anzuerkennen, wie hierdurch geschieht. Eine inständige Bitte habe ich nur hinzuzufügen, diejenige, daß der schmerzliche Moment der Abgabe der Waffen, Fahnen u. s. w. und Pferde in möglichst schonender Weise geschehen möge.

Langensalza, den 29. Juni 1866.

(gez.) von Arentsschildt
Generallieutenant.

Generalstabe die näheren Festsetzungen wegen der Entwaffnung der Truppen und ihrer Rückbeförderung in die Heimat zu vereinbaren. Es blieb also für ihn nichts weiter übrig, wie der bereits abgeschlossenen Kapitulation noch gewisse „Zusätze und Erläuterungsbestimmungen" hinzuzufügen und dieselben in einem neuen Vertragsinstrument niederzulegen*). Um hierfür die Genehmigung einzuholen und sich mit seinem Oberkommandierenden wegen des ihm gewordenen Auftrages auseinander zu setzen, begab er sich also zunächst nach Groß-Behringen. Begreiflicherweise fand er den alten Herrn in der übelsten Laune. Durch eine Depesche Moltkes war er in der Nacht, nachdem Wiebe sich eben ins hannoversche Hauptquartier begeben hatte, davon unterrichtet worden, daß Manteuffel und nicht er mit dem Abschluß der Kapitulation beauftragt sei. Daß diese verletzende Anordnung nur das Ergebnis der geheimen Intriguen Manteuffels war, der als persona gratissima fortwährend hinter seinem Rücken direkt mit dem Könige korrespondierte, war für ihn nicht zweifelhaft. Er sah deshalb keine Veranlassung, die Wiebesche Sendung zu inhibieren, und meldete sofort, daß er es nicht gethan habe, „um keine Verwirrung zu veranlassen".

Um 4½ Uhr früh (7 Uhr von Gotha) hatte er sodann den Abschluß der Kapitulation telegraphisch nach Berlin gemeldet. Man kann sich also seinen Grimm und seine Enttäuschung denken, als Manteuffel dennoch bei ihm erschien, und auf Grund der Königlichen Vollmacht verlangte, auch seinerseits das Unterwerfungs-Dokument zu vollziehen.

Mit aller Energie legte Falckenstein nun Verwahrung dagegen ein, daß es Arentsschildt, der sich bedingungslos seinen Anforderungen gefügt

---

*) S. dasselbe im Offiziellen Bericht I. T. unter Anlage 22 II S. 98.

Mit Ausnahme des § 1:

„Seine Majestät der König von Hannover können mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen und einem durch Seine Königlich Hannoversche Majestät auszuwählenden Gefolge Allerhöchstihren Aufenthalt nach freier Wahl außerhalb des Königreichs Hannover nehmen. Seiner Majestät Privatvermögen bleibt zu Allerhöchstdessen Verfügung".

und des § 5:

„Auf speziellen Wunsch Seiner Excellenz des Herrn kommandierenden Generals von Arentsschildt wird auch die Beibehaltung des Gehalts der Unteroffiziere der Königlich Hannoverschen Armee speziell zugesagt".

sagt es nur mit anderen Worten dasselbe wie die in Falckensteins Schreiben an Arentsschildt gestellten Bedingungen.

habe, und der also nur noch als „beurlaubter hannoverscher Offizier" zu betrachten sei, gestattet werden sollte, seinen Namen unter die „Zusatzbestimmungen" zu setzen, — es half ihm nichts. Ebenso vergeblich machte er geltend, daß diese — mit Ausnahme der §§ 1 und 5 — eigentlich nur eine Wiederholung der bereits von ihm zugestandenen Bedingungen enthielten. Manteuffel beharrte dabei, daß er Auftrag habe, im Namen seines Königlichen Herrn gemeinsam mit dem General von Arentsschildt zu unterzeichnen, und fuhr nach Langensalza zurück.

Daß nicht der kommandierende General, sondern einer seiner Unterführer mit der Vollziehung der Kapitulation beauftragt wurde, ist ein so eklatanter Beweis des Königlichen Mißfallens, daß nur die gleichzeitige Abberufung die Maßregel einigermaßen erklärlich machen würde. Und es scheint in der That, als ob eine solche in der Absicht der obersten Heeresleitung gelegen hätte. Wahrscheinlich aber hat man im letzten Augenblick, als die Angelegenheit dennoch zu einem befriedigenden Ende geführt war, Anstand genommen, die betreffende Ordre auszufertigen. Daß sie, wie Wengen (Deutsche Heereszeitung Nr. 78 vom 29. Septbr. 1897) meint, aus Versehen unvollzogen auf dem Schreibtisch des Königs liegen geblieben sei, ist nicht recht wahrscheinlich. Es gelang aber bekanntlich Falckenstein nicht, die gegen ihn herrschende Mißstimmung zu beseitigen. Major Wiebe, den er ins Große Hauptquartier nach Böhmen entsandte, um die Beweggründe seines Handelns darzulegen, fand eine „animose, fast feindselige Stimmung" vor*) und empfand deutlich, daß die Enthebung des Generals vom Kommando der Main-Armee wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben war.

Nach der Rückkehr des Generals von Manteuffel ins hannoversche Hauptquartier kamen die Kapitulations-Verhandlungen, die während seiner Abwesenheit geruht hatten, rasch zum Abschluß. In einer kurzen persönlichen Unterredung mit dem General von Arentsschildt wurde ohne Schwierigkeiten alles Nötige geregelt und schon am Nachmittage begann der Abmarsch der Truppen in das vereinbarte Kantonnement zwischen Langensalza und Gotha. Uebrigens ward bei der Ausführung der Bestimmungen preußischerseits alle mögliche Rücksicht geübt. Pferde und Waffen wurden unter der Bewachung kleiner Detachements auf den Bivouacplätzen zurückgelassen und dort von den preußischen Kommissaren

---

*) von Lettow a. a. O. I S. 344.

übernommen. 52 Geschütze, 15800 Gewehre, 2700 Säbel, 2680 Pferde, 27 Pontons und 250 verschiedene Wagen kamen zur Ablieferung*).

Nachdem Manteuffel dies traurige Geschäft erledigt hatte, erbat er vom Könige eine Audienz, um die abgeschlossene Kapitulation zu melden. Der kurze Empfang war ernst und traurig. Den Kronprinzen zur Seite, hochaufgerichtet, jeder Zoll ein König, stand der unglückliche Monarch dem preußischen General gegenüber, der mit bewegter Stimme sein Bedauern aussprach, unter diesen Verhältnissen vor Sr. Majestät erscheinen zu müssen. In seiner gewohnten Milde erwiderte der König, daß seine persönlichen Gesinnungen gegen einen pflichttreuen General durch die beklagenswerten Umstände nicht verändert werden könnten. Mit ungeheuchelter Aufrichtigkeit gab Manteuffel noch seiner Bewunderung über die unvergleichliche Haltung der hannoverschen Armee Ausdruck. Dann wurde er entlassen. Den schon mit so manchen diplomatischen Sendungen betrauten General aber hatte die tragische Größe dieses Unglückes so erschüttert, daß er nur mit Mühe seine Fassung bewahren konnte.

Später nahm er noch an der Mittagstafel des Generals von Arentsschildt teil. Seine auch hier wiederholte Bewunderung für die Truppen bewies er dadurch, daß er auch den Unteroffizieren der Reserve-Kavallerie die Beibehaltung ihrer Pallasche gewährte.

Es ist unmöglich, sich einen Begriff von der verzweiflungsvollen Stimmung zu machen, die in der Armee herrschte, als es in ihren Reihen bekannt wurde, daß sie vor demselben Gegner, den sie am Tage vorher aufs Haupt geschlagen hatte, kapitulieren sollte. Wer aber diese traurigen Stunden mit durchlebt und durchlitten hat, dem sind sie für immer mit brennenden Lettern in die Seele geschrieben. Manche Reiter zerbrachen ihre Säbel oder versenkten sie in die Unstrut, um sie nicht in Feindes Hand fallen zu lassen. Ja, einzelne, welche die Schmach der Abgabe ihrer Waffen nicht glaubten ertragen zu können, erschossen sich, als sie im Bivouac erfuhren, daß die Kapitulation beschlossen war.

Den Oberst Hesse, Kommandeur des 5. Infanterieregiments, übermannte beim Verlesen der Abschieds-Proklamation des Königs an sein Heer derartig der Schmerz, daß er unter Thränen abbrechen mußte. Auch sein Adjutant vermochte nur schluchzend das Schriftstück zu Ende zu lesen**).

Mit Sehnsucht hatten die Soldaten am Morgen nach der Schlacht,

*) v. d. Wengen a. a. O. S. 1105.

**) Gutbier a. a. O. S. 154.

ja schon am Abend des heißen Tages, den Befehl zum Vormarsch auf Gotha erwartet. Sie konnten es nicht fassen, daß man ihnen nicht gestatten wollte, den überwundenen Gegner gänzlich zu Paaren zu treiben, und sahen darin ein Zeichen der Unentschlossenheit, wenn nicht gar der Zaghaftigkeit des kommandierenden Generals. „Wie möt marschieren, — hen nah Gotha — wie hebbt noch Afrecknung for Rendsburg“ — rief ein Soldat des 3. Infanterie-Regiments, mit den Fäusten drohend, dem Rittmeister Volger zu, als er am 27. bei Einbruch der Dunkelheit durch das Bivouac der 2. Brigade ritt*). Und nun sollten sie die siegreichen Waffen niederlegen, ohne sich noch einmal mit dem verhaßten Feinde gemessen zu haben. Aber auch diese schwerste Probe, die ihrem willigen Gehorsam und ihrer unerschütterlichen Disziplin gestellt wurde, bestanden sie glänzend. Kein Exzeß trübte die letzten Stunden des Daseins der ruhmvollen hannoverschen Armee. Ebenso musterhaft wie auf dem Kampfplatze bewährte sie sich auch in ihrer Todesstunde. Innerlich kochend vor Wut, aber ohne Murren setzte die Infanterie schweigend die Gewehre zusammen, hing das Armaturlederzeug und die Käppis daran und marschierte, den Stecken in der Hand, in die angewiesenen Quartiere. Viele Soldaten lösten jedoch vor der Ablieferung das weiße Sachsenroß von der Kopfbedeckung, um es als letztes Andenken an ihre frühere Dienstzeit mit in die Heimat zu nehmen.

Am schmerzlichsten war es für die Kavallerie und Artillerie, von ihren schönen Pferden zu scheiden. Die Trennung von seinem treuen Roß, mit dem er sein letztes Stück Brot geteilt hatte, ließ die Thränen manches alten ergrauten Kriegers fließen. Manchen sah man, bittere Zähren vergießend, es noch einmal umhalsen; mancher wandte den letzten Thaler aus eigener Tasche an, um dem armen hungerigen Tier, das ihn so treu getragen und das jetzt verwahrlost zurückblieb, noch einmal recht reichlich Futter zu geben.

Ja, einzelne Reiter, denen der Gedanke, ein Preuße solle künftig ihr Pferd besteigen, unerträglich war, schossen es mit eigener Hand nieder, — und bewahrten es dadurch vor noch größerem Leiden. Denn die zurückgelassenen Tiere konnten nicht rechtzeitig übernommen werden, weil keine genügende Anzahl von Wärtern zur Hand war. So standen sie tagelang unter freiem Himmel, bei ungenügender Verpflegung den kalten Regenschauern preisgegeben. Es ist also erklärlich, daß ein Teil von

*) Tagebuch des Oberstlieutnants Volger.

ihnen elend zu Grunde ging und nur wenige die preußische Armee in Böhmen, der sie nachgeführt werden sollten, erreichten.

Ueber die Fahnen war nichts ausgemacht. Die meisten Infanterie-Regimenter nahmen sie daher mit nach Hannover zurück und lieferten sie dort an das Armee-Kommando ab, das sie in übertriebener Gewissenhaftigkeit dem preußischen General-Gouverneur übergab. Von diesem wurden sie im Jahre 1867 mit einer Anzahl älterer Fahnen nach Berlin in das dortige Zeughaus abgegeben. Die Feldzeichen der Garde und des Leibregiments dagegen wurden Ihrer Majestät der Königin überreicht. Die Garde-Jäger hatten die ihrige in Uffhofen verbrannt. Die Standarten der Kavallerie entgingen sämtlich der feindlichen Besitznahme; die des Gardehusaren-Regiments brachte der Rittmeister Volger unter seiner Uniform versteckt nach Verden zurück und legte sie in Herrenhausen in die Hände der Königin. Auch das Fahnentuch der Königin-Husaren, sowie die Standarten der Garde du Corps, der Gardekürassiere und der beiden Dragoner-Regimenter wurden der hohen Frau zur Aufbewahrung übergeben und jetzt hängen sie sämtlich im Schlosse des Herzogs von Cumberland in Gmunden.

Auch in ihren letzten Quartieren in Thüringen hatten sich die hannoverschen Soldaten durch ihr bescheidenes, gesittetes Betragen rasch Freunde erworben. Namentlich der Anblick der armen pferdelosen Reiter, die mit dem Stock in der Hand unter strömendem Regen nach Gotha marschieren mußten, ergriff die ehrlichen Bauern so, daß sie sich kaum der Thränen enthalten konnten, und freiwillig spannten sie an, um sie zur Bahn zu fahren*).

In 16 Eisenbahnzügen wurden die Truppen sodann zur Hälfte nach Hildesheim, zur Hälfte nach Celle zurückbefördert und dort kapitulationsmäßig abgelohnt und entlassen. Am 5. Juli war die Auflösung der hannoverschen Armee vollendet.

Nur die Sanitäts-Kompagnie und eine Anzahl Aerzte unter dem Generalstabsarzt Dr. Stromeyer blieben in Langensalza zurück, um sich der Pflege der Verwundeten zu widmen, deren nicht weniger wie 1344 in den dort sowie in Merxleben und Kirchheiligen in aller Eile hergerichteten Hospitälern aufgenommen wurden. In Heynemanns Kaffeehause allein lagen 193, in der höheren Bürgerschule 150. Das Elend, das in den ersten Tagen hier herrschte, spottet aller Beschreibung. Es fehlte so gut wie

*) Gutbier a. a. O. S. 165.

an allem. Nicht einmal Stroh war in genügender Menge vorhanden, Leinewand zum Verbinden überhaupt nicht. Aber durch die umsichtige und aufopfernde Hilfe der städtischen Behörden und der Bürger von Langensalza wurde den dringendsten Bedürfnissen abgeholfen. Zahlreiche Damen der Stadt und Umgegend widmeten sich dem Samariterdienst, und eine Menge Verwundeter fand Aufnahme in den Bürgerfamilien. Und bald kamen auch aus der hannoverschen Heimat lange Wagenzüge mit Lebensmitteln, Wein, Eis und sonstigen Gegenständen zur Krankenpflege in Langensalza an. Schon am 2. Juli fanden sich sieben barmherzige Schwestern aus Hildesheim ein, die von den Aerzten in die einzelnen Lazarette verteilt wurden. Auch viele hannoversche Damen waren herbeigeeilt, um am Schmerzenslager ihrer Landsleute das Werk der Liebe zu üben.

Und so wurde von Tage zu Tage die Pflege in den Lazaretten vollkommener, der Raum für die einzelnen Kranken reichlicher, denn die Geheilten wurden in die Heimat entlassen und der Tod evakuierte rasch. Am 8. Juli betrug die Zahl der Verwundeten nur noch 764, am 1. August 338, am 1. September 183*).

Der König hatte tief ergriffen mit dem Kronprinzen am 28. Juni nachmittags der Beerdigung von 43 seiner Krieger beigewohnt, die man in einem einzigen großen Massengrabe auf dem Gottesacker von Langensalza zur letzten Ruhe bettete. Heiße Thränen entstürzten den lichtlosen Augen des Monarchen, als eine Leiche nach der andern in die Gruft gesenkt wurde, und tiefer Ernst lagerte auf seinen Zügen. Auch der Kronprinz war bleich von innerer Bewegung. In tiefer Stille verließen alle Anwesenden nach dem Vaterunser und dem Segen das Grab.

Im Dunkel des Abends besuchte der König noch mehrere Lazarette, und hatte für jeden der freiwilligen Pfleger freundliche Worte der Anerkennung. Und hier konnte man fast der göttlichen Barmherzigkeit danken, daß den Blicken des schwergeprüften Monarchen all der Jammer verborgen blieb, der ihm entgegengrinste. „Wurden ihm aber bekannte Namen aus der Zahl der Verwundeten und Gefallenen genannt, dann kam wohl ein Seufzer auf seine Lippen, oder der Ausruf: „Ach, mein Gott!**)“

Am Sonnabend den 30. Juni spät nachmittags verließ Georg V. die Stätte seines kurzen Triumphs und das Grab seines Königtums.

*) Gutbier a. a. O. S. 225.

**) Gutbier a. a. O. S. 167.

Nach den Bestimmungen der Kapitulation durfte er mit einem von ihm selbst auszuwählenden Gefolge seinen Wohnsitz nach freier Wahl außerhalb des Königreichs Hannover nehmen. Die Einladung des Herzogs von Coburg, der ihm sein Residenzschloß in Gotha zur Verfügung gestellt hatte, lehnte der König begreiflicherweise ab. Er begab sich vielmehr mit dem Kronprinzen zunächst nach dem in tiefer Waldeinsamkeit zwischen Kahla und Neustadt a. d. Orla belegenen Jagdschlößchen „Fröhliche Wiederkunft“ seines Schwiegervaters, des Herzogs Joseph von Sachsen-Altenburg. In Erfurt trennten sich Graf Platen, der Kriegsminister, der österreichische Gesandte, der Flügeladjutant von Kohlrausch und der Regierungsrat Meding von dem Gefolge, um über Regensburg nach Linz zu reisen, und ihn dort zu erwarten.

In der Heimat hoffte die entwaffnete Armee während der Sommermonate fest auf die Erhaltung des engeren Vaterlandes. Auch als der Herbst die Nachricht brachte, daß alles vorbei sei, wollte man den Glauben nicht fahren lassen, daß wenigstens das Heer, dessen Wert selbst der Feind hatte schätzen lernen, für würdig gehalten werde, um als ein Ganzes in die große preußische Armee eingefügt zu werden. Aber auch diese Hoffnung erwies sich als eitel. Die Auflösung wurde beschlossen, und von den tapfern glänzenden Regimentern ist nichts geblieben als ihre Geschichte und ihr ruhmvoller Name. Nur manchmal mag auf dem Bauernhofe in einsamer Heide eine alte Uniform und eine Medaille mit dem Bildnis des Königs noch daran erinnern, daß ihr Besitzer auch teil hatte an der letzten Waffenthat der hannoverschen Armee.

Nicht einmal die Ehre eines gemeinsamen Denkmals auf dem Kirchberge bei Merxleben wurde ihr gegönnt, während gegenüber auf dem Jüdenhügel sich ein hoher adlergekrönter Obelisk erhebt, der die Nachwelt an die Thaten ihrer nicht minder braven, aber überwundenen Gegner erinnern soll. Auf den Friedhöfen von Langensalza, Merxleben und Kirchheiligen sowie im Badewäldchen erzählen jedoch die Inschriften der den dort Begrabenen errichteten Monumente von den tapfern Söhnen Hannovers, die am 27. Juni 1866 treu ihrem Könige im Kampfe für ihres Landes Ehre gefallen sind.

„Still sind die Gräber rings, es salutiert
Hannovers Heldenstamm bei Waterloo.“

Dreizehntes Kapitel.

Das Ende.

Noch einmal, Herrgott, laß mich träumen
Von meinem teuren Vaterland,
Vom Land, wo Elb' und Weser schäumen,
Wo einst auch meine Wiege stand.

Noch flattert ja der Royal Standard
Auf unsrer Könige altem Schloß,
Noch winkt von seinen Zinnen nieder
Das altgeliebte weiße Roß.

Erwach' ich, ach, dann schaut nicht wieder
Das treue weiße Pferd herab,
Gelöscht ist dann der liebe Name,
Der einst ein Vaterland uns gab.

(„Gedanken am Vorabend der Verkündigung des Einverleibungs-Patents" vom Staatsminister a. D. W. Freiherr von Hammerstein.)

Mit der dringenden Einladung des Kaisers Franz Joseph an den König Georg, nach Wien zu kommen, und dem Kommandeur-Kreuz des Maria-Theresien-Ordens für den heldenmütigen Monarchen sowie dem Ritterkreuz für den Kronprinzen, kehrte der nach Wien entsandte Flügeladjutant von Kohlrausch in den ersten Tagen des Juli nach dem Schlößchen „Fröhliche Wiederkunft" zurück. Die Abreise des Königs verzögerte sich indes durch unvorhergesehene Zwischenfälle in unerwünschter Weise. Inzwischen verbreitete sich die Nachricht von der verhängnisvollen Niederlage der österreichischen Nord-Armee bei Königgrätz und es ließ sich voraussehen, daß bald Friedens-Unterhandlungen eröffnet werden würden. Denn schon unmittelbar nach der Schlacht hatte der Kaiser Franz Joseph Venetien an Napoleon abgetreten und sich bereit erklärt, dessen Vermittlung anzunehmen, um dem Kriege ein Ziel zu setzen. Während nun Graf Platen mit seinen Begleitern in Linz mit Ungeduld auf die Ankunft des Königs wartete, war dieser in seinen Entschlüssen wieder schwankend geworden. Er hatte nämlich auf Umwegen erfahren, daß nach Ansicht des

dem preußischen Königshause nahe verwandten Großherzogs von Weimar sein Besuch in Wien „den unversöhnlichen Haß seines Gegners hervorrufen“ und er dadurch seine Rechte in die größte Gefahr bringen würde*).

Die erste Aufforderung Graf Platens, sofort abzureisen, beantwortete er daher zunächst ablehnend mit der Begründung, daß er fürchte, die Preußen würden ihn trotz des von dem General von Manteuffel ausgestellten Reisepasses in Hof nicht durchlassen. Auf ein zweites noch dringenderes Telegramm des Ministers setzte er zwar vorläufig die Abreise auf die Nacht vom 9. zum 10. Juli fest, telegraphierte aber gleichzeitig an Platen, er möge zuvor mit dem Kriegsminister nach „Fröhliche Wiederkunft“ kommen und dann mit ihm nach Wien zurückkehren. Darauf wollten und konnten sich diese nicht einlassen. Jede weitere Verzögerung der Abreise schien ihnen „eine schwere Gefährdung der Interessen Sr. Majestät“. Sie wiederholten daher ihre früheren Vorstellungen und baten um die Erlaubnis, wenigstens sich selbst nach Wien begeben zu dürfen, um die Sache des Königs zu vertreten.

Bevor der Monarch einen bestimmten Entschluß gefaßt hatte, kamen am 9. Juli abends unerwartet der Erblandmarschall Graf Münster und der Graf Bremer aus Hannover in „Fröhliche Wiederkunft“ an. Auch der englische Gesandte Sir Charles Wyke hatte sich ihnen angeschlossen. Sie überbrachten dringende Vorstellungen „aller korrekt Gesinnten“, nicht etwa von „Piepmeier- und Pfahlbürger-Politikern“ aus dem Lande**), welche vor einer Fahrt nach Wien warnten, und daraus böse Folgen für Hannovers Zukunft fürchteten.

Graf Münster selbst war der bestimmten Ansicht, daß „mit dem Augenblick, wo der König nach Wien ging, wo er sich dem gefallenen besiegten Oesterreich in die Arme warf, sein Thron verloren war“. „Bis dahin wäre er, davon sind wir fest überzeugt, zu retten gewesen“, schrieb er***). Mit des Kaiserstaats Macht stehe es nicht gut, und in Beziehung auf seine Treue könne man versucht sein an das Wort Napoleons zu erinnern: „l'Autriche triche!“, stellte er dem Könige vor. „Wollen Ew. Majestät Ihre Krone retten, so müssen Sie mit dem Könige von Preußen Frieden geschlossen haben, ehe die Verhandlungen mit

*) Gräfin Wedel an ihren Sohn, den Flügeladjutanten Graf Wedel d. d. 5. Juli 1866.

**) König Georg an Graf Platen d. d. 11. Juli 1866.

***) „Hannovers Schicksal von Juni bis September 1866“ (von Graf Münster) S. 15 ff.

Oesterreich beginnen*)." Ja er gab sich der seltsamen Illusion hin, daß es im Anfang Juli möglich gewesen wäre, Separat-Verhandlungen mit Preußen anzuknüpfen, daß der König zwar hätte Opfer bringen müssen, die Dynastie aber gerettet worden wäre. Sogar von einem Ministerwechsel in dieser Krisis, wo Preußen die Geschicke Deutschlands nach seinen alleinigen Interessen neu regelte, versprach er sich einen weittragenden Erfolg. Er glaubte, wenn der König seine alten verhaßten Ratgeber entfernte, sich nach Pyrmont oder nach Blankenburg, wo ihm der Herzog von Braunschweig sein Schloß zur Verfügung stelle, begäbe und dorthin Männer beriefe, die das Vertrauen der Bevölkerung besäßen, so würde es noch möglich sein, zu einem Uebereinkommen mit Preußen zu gelangen. Zu diesem Zwecke riet er, den Kronprinzen zum Könige von Preußen und wenn dies nicht geschehen solle, nach St. Petersburg zu schicken.

Der König vermochte sich indes nicht davon zu überzeugen, daß alle diese Maßregeln von irgend welchem Erfolg sein würden. Auch fürchtete er, daß, wenn er jetzt, wo der Kaiser Franz Joseph im Unglück war, nicht bei ihm erschiene, es geradezu aussehen würde, als wenn er sich nun von ihm abwenden wollte und sich nur, solange er im Glück war, an ihn angeschlossen hätte. Aber da, wie er an Graf Platen schrieb, „in Hannover auch bei den einsichtsvollsten Menschen allgemein und übereinstimmend eine so entsetzliche Besorgnis vor meiner Reise nach Wien herrscht**)", wollte er die Verantwortung für diesen folgenschweren Schritt nicht allein übernehmen, sondern entsandte den Grafen Bremer mit einem ausführlichen Schreiben nach Wien, um den Minister, „in dessen Urteil er das unbedingteste Vertrauen setzte", zur Abgabe einer schriftlichen Meinungs-Aeußerung in dieser Angelegenheit aufzufordern. Dem Grafen Münster aber sagte er, er habe die Reise nach Wien vorläufig aufgegeben. Platen, der „die Lage der Dinge nur von dem Gesichtspunkte der Wohlfahrt und der Ehre Hannovers und seines Königshauses pflichtmäßig erwog", stimmte den Ausführungen des Monarchen in allen Punkten bei. Ihm schien die Besorgnis vor einer unversöhnlichen Erbitterung des Königs von Preußen ebenso unbegründet, wie vor einer ungünstigen Stimmung im Lande. „Denn Preußens Politik," so schrieb er***), „bestimmt sich nach

*) Vgl. die als Manuskript gedruckte kleine Schrift: „Mein Anteil an den Ereignissen von 1866 in Hannover" von Graf Münster.

**) König Georg an Graf Platen d. d. 10. Juli 1866.

***) Graf Platen an den König Georg d. d. 14. Juli 1866.

den Interessen, welche Graf Bismarck ohne Rücksicht auf Recht, Ehre und Treue verfolgt. Preußen wird versuchen, womöglich Hannover zu erwerben oder doch wenigstens die Militärkräfte des Königreichs in seine Hand zu nehmen. Von diesen Forderungen wird Preußen nichts ablassen, wenn es die Macht behält, sie durchzusetzen und die persönlichen Beziehungen Ew. Majestät zum Könige von Preußen werden dabei ganz gleichgiltig sein."

Deshalb riet er dringend, den Aufenthalt in Wien „bei Sr. Majestät dem Kaiser, Ihrem einzigen festen Verbündeten, zu nehmen, zumal da ein glücklicher Schlag auch jetzt noch die ganze Situation ändern könnte".

In den sonstigen wohlmeinenden Vorstellungen der patriotischen Männer aber witterte Graf Platen „eine große politische Intrigue". Er meinte, man wolle Se. Majestät „mit Männern umgeben, welche den Grundsätzen des Nationalvereins huldigen und dabei zugleich durch konstitutionelles Regiment Allerhöchstihre eigenen und selbständigen Entschließungen verhindern und unwirksam machen. Preußen will dies im Wege der Verhandlungen und Intrigue erreichen, vor der Endentscheidung über die Geschicke Deutschlands, um sozusagen Hannover für alle Fälle vorweg zu nehmen." Wenn nämlich Graf Münster und Sir Charles Wyke Sr. Majestät dringend empfohlen hätten, das Ministerium zu ändern und mit dem Grafen Bennigsen über die Bildung eines neuen Kabinetts zu unterhandeln, so bewiese das nur, daß Graf Münster vollständig unter dem Einfluß des Abgeordneten Rudolf v. Bennigsen stände. Auch Sir Charles Wyke sei eng liiert mit dem Grafen Bennigsen und dieser wieder sei politisch vollständig abhängig von seinem Vetter, dem Präsidenten des National-Vereins. „Alle Fäden führen hiernach auf Rudolf von Bennigsen und somit auf den Grafen Bismarck zurück."

Unter diesen Umständen besorgte Graf Platen, daß Preußen, wenn es erkenne, daß sein fein angelegter Plan gescheitert wäre, der Reise des Königs Schwierigkeiten in den Weg legen könnte. Er riet daher Sr. Majestät dem Grafen Bremer zu sagen, und auch sonst gegen jedermann auszusprechen, daß die Fahrt nach Wien aufgegeben sei, er vielmehr die mitgeteilten Ansichten in Erwägung ziehen, und sich dazu in die Schweiz oder in die Bayrischen Alpen begeben wolle. Dahin sollte ihm Graf Bremer später die genauer präcisierten Vorschläge über Ministerveränderungen pp. überbringen.

Graf Münster aber war mit der Ueberzeugung, das Vaterland gerettet zu haben, am 10. abends nach Hannover zurückgekehrt. Er berief die Präsidenten sämtlicher Land- und Ritterschaften zu einer Besprechung,

worin er sie zur Absendung einer Adresse an Se. Majestät zu bewegen suchte, die dem schweren Mißtrauen gegen die Ratgeber des Königs Ausdruck gab und die von diesen verfolgte Politik aufs Schärfste verurteilte. Daran war der dringendste Wunsch geknüpft, daß Se. Majestät „gewisse Personen, von denen man glaubt, daß sie einen unberechtigten Einfluß ausgeübt und das Vertrauen Ew. Majestät gemißbraucht haben", entfernen und sich mit Männern umgeben möge, die imstande seien, unbehindert durch fremde Einflüsse ihre Pflicht zu erfüllen und eine kräftige Regierung zu führen. Da aber der Präsident der Bremischen Ritter- und Landschaft, Staatsminister a. D. von der Decken, Widerspruch erhob, weil man nach seiner Meinung durch einen solchen Schritt in das Lager des National-Vereins überginge, so wurde beschlossen, den Mitgliedern der Ritterschaften einzeln die Adresse zu Unterzeichnung vorzulegen.

227 Rittergutsbesitzer erklärten sich auch dazu bereit. Als aber Graf Münster anfangs August von Berlin, wo er sich, wie er schreibt, „leider vergeblich bemüht hatte, für die Erhaltung unsers alten Herrscherhauses zu wirken", nach Hannover zurückkehrte, machte er die Erfahrung, daß man preußischerseits nicht einmal eine Versöhnung des Königs mit seinem Volke für wünschenswert hielt. Ihm wurde vielmehr von dem preußischen Civil-Kommissarius Frhr. von Hardenberg eröffnet, „daß er den bestimmten Befehl habe, ihn mit Gewalt und unter Androhung der Landesverweisung zu verhindern, die Erklärung abzusenden oder bekannt zu machen," und Münster mußte das Versprechen geben, beides zu unterlassen*).

Indessen war der König mit dem Kronprinzen am 17. Juli abends von „Fröhliche Wiederkunft" abgereist und am 19. in Wien angekommen, wo er zunächst in dem vom Gesandten v. d. Knesebeck bewohnten Hause der Gräfin Wilczek an der Wallner Straße in der inneren Stadt seinen Aufenthalt nahm. Zu der Zeit waren die Verhandlungen über die demnächstigen Friedensgrundlagen und einen Waffenstillstand zwischen Preußen und Oesterreich bereits dem Abschluß nahe gerückt. Deren Verlauf ist im allgemeinen bekannt. Wieder bewährte sich die Wahrheit des alten Ausspruchs Napoleons I. „L'Autriche est toujours en rétard d'une idée, d'une année et d'une armée". Als Beust, der vom Kaiser Franz Joseph nach Paris entsandt war, um die bewaffnete Intervention Frankreichs anzurufen, am 12. Juli dort ankam, war bereits zwei Tage vor

*) Vertrauliche Mitteilung des Grafen Münster an die Unterzeichner der Adresse d. d. 10. August 1866.

ihm der Prinz Heinrich VII. Reuß mit einem eigenhändigen Briefe des Königs Wilhelm eingetroffen, und hatte die Zustimmung Napoleons III. zu „einer Konsolidierung und Kräftigung Preußens innerhalb seiner natürlichen Machtsphäre in Norddeutschland, d. h. eine unmittelbare und reale Verbindung zwischen den bisher getrennten Teilen der Monarchie" erlangt. Schon am 14. wurden zwischen Napoleon und Goltz die Grundlagen für den zu schließenden Frieden festgestellt. Darin war außer der Erhaltung der Integrität Oesterreichs mit Ausnahme Venetiens nur von der Bildung eines norddeutschen Bundes unter dem militärischen Oberbefehl Preußens und einer Einverleibung der Elbherzogtümer die Rede. Außerdem wurde die Bildung eines süddeutschen Bundes mit international unabhängiger Stellung in Aussicht genommen. Beusts Vorstellungen, doch wenigstens 100,000 Mann an die Grenze, die Flotte in die Nordsee zu senden, hatten keinen Eindruck auf den Kaiser gemacht, dessen natürliche Unentschlossenheit durch seine Krankheit noch vermehrt wurde.

Der Bericht des sächsischen Ministers beseitigte die letzten Zweifel Oesterreichs. Am 19. Juli reiste der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, ins preußische Hauptquartier in Nikolsburg zurück mit der Erklärung, daß das Wiener Kabinett grundsätzlich den Vorschlägen Napoleons zustimme, aber außer der Integrität seines Gebiets auf der Unantastbarkeit Sachsens, das am treuesten zu ihm gehalten habe, bestehen müsse. Es ist ungerecht, dem Kaiser Franz Joseph einen Vorwurf daraus zu machen, daß er schon so bald auf die Fortsetzung des Krieges verzichtete. Denn zu der Energie des Widerstandes, die Frankreich, selbst nach der Katastrophe von Sedan, befähigte, den Kampf noch monatelang fortzusetzen, ließen sich die Völker Oesterreichs nicht entflammen. Paris nahm mit opfermütigem Patriotismus die Leiden und Entbehrungen einer Belagerung auf sich. Der Wiener Gemeinderat dagegen hielt den Moment für geeignet, um an den Kaiser schwere Anklagen gegen das herrschende System zu richten, und zu bitten, daß man die Stadt, die eine offene sei, vor einem feindlichen Angriff bewahren möge.

Bei dieser Sachlage war die Ankunft des Königs von Hannover eher eine Ursache der Verlegenheit wie ein Gewinn. Auch empfand er deutlich genug die Zurücksetzung, die darin lag, daß Franz Joseph ihn nicht persönlich auf dem Bahnhofe empfing, wie er kurz vorher bei der Ankunft des Königs von Sachsen gethan hatte. Bei dem Besuch, den er unmittelbar nachher in der Hofburg abstattete, sprach der Kaiser zwar seine höchste Bewunderung über die Haltung des Königs und der Armee bei

Langensalza aus, aber er vermied geflissentlich jede Aeußerung über die politische Lage, jede ermutigende Versicherung*).

So hatte sich denn die düstere Vorhersagung Stockhausens, daß, wenn am grünen Tisch die Geschicke Europas geregelt würden, nur derjenige gewiß wäre, Verbündete zu finden, der entschieden Partei ergriffen hätte (S. o. S. 328ff.), rasch genug erfüllt. Nun rächte es sich schwer, daß man die kühne entschlossene Politik, die der König gewollt, nicht adoptiert, sondern sich durch die Ratschläge des alten Jacobi und Zimmermanns hatte bewegen lassen, die von Oesterreich entgegengestreckte hilfreiche Hand zurückzuweisen. Dem König, der seine Armee unter österreichischen Oberbefehl stellte, der im Verein mit österreichischen Hilfstruppen im Norden Deutschlands gegen Preußen kämpfte, konnte der Kaiser seine Fürsprache nicht versagen. Für den unglücklichen Fürsten aber, dessen Land bis zum letzten Fetzen in Feindes Hand war, und der ohne Armee in Wien ankam, durfte und konnte er bei aller Sympathie nichts thun.

Auch die Hoffnung, daß sich Preußen mit der Gründung eines norddeutschen Bundes unter seiner Leitung, dem Erwerb Schleswig-Holsteins, Oesterreichisch-Schlesiens, Ostfrieslands und der Ersetzung der feindlichen Souveräne durch ihre Nachfolger begnügen würde, wie es anfangs die Absicht gewesen zu sein scheint**), erwies sich bald als eitel. Wenige Tage später schon sprach der König Wilhelm den Wunsch nach der Erwerbung geeigneter Stücke von Sachsen, Hannover und Hessen aus. Besonders aber lag ihm bei „seinem starken und berechtigten Familiengefühl der Rückerwerb der fränkischen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth nahe“. Für seinen geraden militärischen Sinn aber war es unfaßbar, daß das zu Lande und zu Wasser geschlagene Italien Venetien erhalten sollte, während man ihm, dessen siegreiches Heer vor Wien stand, nicht gestatten wollte, gewisse Teile Böhmens zu annektieren. Er meinte, „der Verführer könne doch nicht ungestraft ausgehen, die Verführten könnten wir dann leichter davon kommen lassen“. Ja er dachte sogar daran, seinem Schwiegersohn, dem Großherzog von Baden, eine Gebietsvergrößerung zuzuwenden. Lange bemühte sich Bismarck vergeblich, seinen königlichen Herrn davon zu überzeugen, daß er, nachdem man einmal die Vermittlung Frankreichs angerufen, keine freie Hand mehr habe, daß man durch Ablehnung der vereinbarten Bedingungen einen europäischen Krieg

---

*) Meding a. a. O. II. T. S. 239.

**) Vgl. für das folgende Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ II. T. S. 38 ff.

heraufbeschwören würde. Dem Gesandten von der Goltz machte der König den Vorwurf, daß er die großen Landerwerbungen, die er gewünscht, mit dem Kaiser nicht besprochen habe. Am 20. Juli mußte Bismarck ihm telegraphieren: „Der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaats geringer an, als ich, und legt demgemäß vor allem Wert auf Annexionen .... Er hat geäußert, er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb nach Preußen zurückkehren." Der Gesandte möge den Kaiser bewegen, in diesem Sinne einen Zusatz zu den Punktationen vom 14. Juli zu bewilligen. Und in der That ging der kranke schwache Napoleon darauf ein, die Annexion von 3 bis 4 Millionen Norddeutschen an Preußen anzuerkennen und zu unterstützen — in der Meinung, daß man ihm für seine Liebesdienste eine Entschädigung gewähren würde. Sogar gegen die Einverleibung eines Teils von Sachsen hatte er nichts einzuwenden.

Mit diesen weitgehenden Zugeständnissen Frankreichs in der Tasche glaubte Bismarck die Nachgiebigkeit Oesterreichs erzwingen zu können. Man vereinbarte daher zunächst eine Waffenruhe von fünf Tagen für den Abschluß der Verhandlungen. Sie begann am 22. Juli mittags und dauerte bis zur selben Stunde des 27. Juli. Da machten sich im letzten Augenblick neue unerwartete Schwierigkeiten geltend. Im einem Konseil am 23. Juli bestand der König abermals auf der Angliederung österreichischer Gebietsteile. Auch fand er, daß es zu viel Großmut sei, Sachsen, dem er die meiste Schuld an der Erklärung des Bundeskrieges beimaß, heil aus seiner Niederlage hervorgehen zu lassen. Daher schien es ihm durchaus unangemessen, den Siegeslauf seiner Armee schon jetzt zu unterbrechen, und seine Generäle stimmten ihm bei. Bismarcks Widerspruch, seine Warnung vor den von seiten der neutralen Mächte drohenden Gefahren, „führten eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war*)" und der Minister zog sich mit der Ueberzeugung, seine Auffassung sei abgelehnt, in sein Zimmer zurück, wo sich der Sturm seiner Nerven in einem erschütternden Weinkrampf entlud**). Voller Verzweiflung, in einer Stimmung, daß „ihm der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden vier Stock hohen Fenster zu fallen", wurde er durch einen Besuch des Kronprinzen überrascht, der es übernahm, seine Meinung dennoch beim

*) Gedanken und Erinnerungen II. S. 47.

**) Friedjung a. a. O. II. Th. S. 498.

Könige zur Geltung zu bringen. Nach einer kleinen halben Stunde kam er zurück und verkündete ihm mit den Worten: „Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt“, daß die Schwierigkeit beseitigt sei. Auf dem Rand einer seiner letzten Eingaben aber las Bismarck: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außer stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“

Umgekehrt sahen sich die österreichischen Bevollmächtigten den riesenhaft gewachsenen Forderungen Preußens gegenüber in einer schwierigen Lage. Das herrische Auftreten Bismarcks glich einigermaßen dem des Generals Bonaparte bei den Verhandlungen von Campo Formio im Jahre 1797. Was der preußische Minister jetzt verlangte, ging so weit über die mit Frankreich vereinbarte Friedensbasis hinaus, daß man in Wien mehr als einmal zweifelhaft wurde, ob man nicht besser thäte, von neuem an die Entscheidung der Waffen zu appellieren. Nur mit Mühe gelang es, sich über die Schonung Sachsens und die Höhe der Kriegskosten zu verständigen. Als aber die österreichischen Bevollmächtigten noch den Wunsch aussprachen, es möge diesem gestattet werden, dem süddeutschen Bunde beizutreten, da fuhr Bismarck mit der Drohung von seinem Sitze auf, die Verhandlung sei abgebrochen, wenn Oesterreich auf dieser Forderung beharre, er würde sogar selbst sofort seine Entlassung nehmen, wenn der König ihm die Annahme dieser Bedingung befähle*).

Mittlerweile war die Süd-Armee herangekommen. Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, hatte das Oberkommando über sämtliche österreichischen Streitkräfte übernommen. Er verfügte im ganzen über 214000 Mann Infanterie, 20900 Reiter und 800 Geschütze, von denen der größte Teil zwischen der Donau und dem Neusiedler See konzentriert waren. Dazu wußte man, daß die Cholera in dem preußischen Heere wütete. Aber doch war der Eindruck der erlittenen Niederlagen so groß, daß man sich nicht entscheiden mochte, den Kampf noch einmal aufzunehmen. Am 26. Juli nachmittags 5 Uhr gab der Kaiser den Befehl, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen. Oesterreich gab darin „seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne

*) Friedjung a. a. O. II. T. S. 499.

Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates." Es war aber von vornherein klar, daß Preußen sich nicht mehr mit der Vereinigung der Staaten nördlich der Mainlinie zu einem norddeutschen Bunde begnügen würde.

Auch die Süddeutschen waren in einer schlimmen Lage. Zwar war in den Präliminarien von einer süddeutschen Union die Rede, der es eventuell gestattet werden sollte, selbständige Bündnisse einzugehen; aber Bismarck dachte nicht daran, einen derartigen Plan zu fördern. Oesterreich aber gab, ohne einen Finger zu rühren, die Staaten, die für die Erhaltung seiner Vormachtstellung im alten Bunde das Schwert gezogen hatten, der Gnade des Siegers preis. Nicht einmal in die Waffenruhe wurden sie mit einbezogen. Der bayersche Minister Pfordten, der im Vertrauen auf den Vertrag vom 14. Juni, wonach Oesterreich und Bayern nur gemeinsam Frieden schließen durften, nach Nikolsburg kam, wurde von Bismarck mit den harten Worten angelassen: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?"

Erst nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich wurde auch mit den Süddeutschen ein Waffenstillstand vereinbart. Es blieb ihnen aber nichts anders übrig, wie sich, so gut sie konnten, einzeln mit Preußen zu verständigen. Und sie waren froh, daß ihr mächtiger Gegner keine Gebietsabtretungen von irgend welcher Bedeutung verlangte, sondern sich mit der Zahlung einer Kriegskosten-Entschädigung begnügte*). Außerdem benutzte Bismarck aber ihre Notlage und die Kompensationsforderungen Napoleons dazu, um jeden einzelnen von ihnen zum Abschluß eines geheimen Schutz- und Trutzbündnisses zu bewegen, kurz bevor seine Unterhändler in Prag mit Oesterreich vereinbarten, daß sie zunächst gehalten werden sollten, sich zu einem selbständigen Bunde zusammenzuschließen**).

Noch mehr Schwierigkeiten bot die Neuregelung der Verhältnisse in Norddeutschland. Bismarck wußte nur zu wohl, daß der König Wilhelm auf eine bedeutende territoriale Vergrößerung seines Landes niemals verzichten würde. Er wußte aber auch, daß die Herstellung eines nord-

*) Bayern mußte 30 Millionen Gulden, Württemberg 8 Millionen, Baden 6 Millionen und Hessen 3 Millionen zahlen.

**) „Wir möchten nicht den Schein entstehen lassen, als würde der Widerspruch nicht von uns erkannt, welcher zwischen dem Art. IV des Prager Friedensvertrages und den Schutz- und Trutzbündnissen Preußens mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen unleugbar besteht. Eine nicht auf bestimmte Zwecke beschränkte, sondern permanent für jeden Kriegsfall abgeschlossene Allianz zweier Staaten namentlich eines schwächeren Staats mit einem stärkeren, hebt ohne Zweifel zum Nachteil des ersteren den Begriff

deutschen Bundes, selbst wenn die Bundesgenossen ganz unter dem militärischen Oberbefehl Preußens standen, durchaus nicht nach dem Geschmack seines königlichen Herrn war. „Er hatte an praktische Effekte von Verfassungsparagraphen keinen besseren Glauben, wie an den alten Bundestag*).“ Bismarck verstand es nun, ihn davon zu überzeugen, daß man nicht des Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben hätte. Diese aber bestände in der „Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen**).“

Daher müsse er sich für das, was er von Oesterreich nicht erlangen konnte, an den Gebieten seiner nächsten Nachbarn und Verwandten schadlos halten. Und doch mag der König sich nicht leichten Herzens entschlossen haben, seinen blinden Vetter zu entthronen, zumal, da ihm gleichzeitig angesonnen wurde, Sachsen, das während der ganzen Krisis am feindseligsten gegen ihn aufgetreten war, zu schonen. Aber der Minister stellte ihm so eindringlich vor, „daß die Haltung Hannovers im letzten Kriege das Bedürfnis eines unbedingt in einer Hand befindlichen territorialen Zusammenhanges im Norden von neuem anschaulich gemacht habe“, daß man sich „der Möglichkeit, bei künftigen österreichischen oder anderen Kriegen ein oder zwei feindliche Corps von guten Truppen im Rücken zu haben, nicht von neuem aussetzen dürfe“, und „die Besorgnis, daß die Dinge sich einmal so gestalten könnten, durch die überschwängliche Auffassung König Georgs V. von seiner und seiner Dynastie Mission noch verschärft würde“, bis er schließlich nachgab. Die letzten Bedenken des Königs überwand Bismarck mit der Auseinandersetzung, daß „die völkerrechtliche Politik und das Recht der deutschen Nation, ungeteilt als solche zu leben und zu atmen, nicht nach privatrechtlichen Grundsätzen beurteilt werden“ könne, „daß man nicht gemütliche, sondern politische Gesichtspunkte im Auge zu halten hätte“ und daß der Staatsmann, der die sich bietende Gelegenheit nicht benutzte, um einer gefährlichen Situation abzuhelfen, eine große Verantwortlichkeit auf sich nehme. In eigentüm-

---

einer unabhängigen internationalen Existenz fast völlig auf, und in dem Prager Traktate konnte daher, nachdem ihm die Berliner Bündnisse vorausgegangen waren, die Bestimmung, daß ein süddeutscher Staatenverein in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen sollte, nicht mehr mit Fug eine Stelle finden.“

(Erlaß des österreichischen Reichskanzlers von Beust an den Gesandten in Berlin, Graf Wimpffen d. d. 28. März 1867.)

*) Gedanken und Erinnerungen a. a. O. II. T. S. 46.

**) Vergl. für das Folgende „Gedanken und Erinnerungen“ a. a. O. S. 70 ff.

lichem Widerspruch mit sich selber verstieg er sich sogar zu der Behauptung, daß „die Selbständigkeit des — NB. ganz von Preußen umklammerten — Königreichs Hannover, mit der völkerrechtlichen Befugnis, seine Truppen nach dem jedesmaligen Ermessen des Souveräns gegen oder für Preußen ins Feld führen zu können, mit der Durchführbarkeit deutscher Einheit unvereinbar wäre", — während er gleichzeitig dem an der Grenze Oesterreichs belegenen Sachsen diese Selbständigkeit gewährte.

Der König Georg hatte mit täglich wachsender Spannung und Besorgnis den Ausgang der Nikolsburger Verhandlungen abgewartet. Und als er erfuhr, daß der Norden Deutschlands bedingungslos an Preußen ausgeliefert war, beschloß er, direkt an die verwandtschaftlichen Gesinnungen seines Vetters zu appellieren, um zu retten was noch zu retten war. Am 27. Juli, also noch bevor die Ratifikationen des verhängnisvollen Vertrages ausgetauscht waren, entsandte er seinen Flügeladjutanten von Heimbruch mit einem Handschreiben an den König Wilhelm*) nach Nikolsburg. „Im Vertrauen auf Dein Gefühl für Recht und Billigkeit", so schrieb er, „reiche ich Dir die Hand zum Frieden, den Du selber willst. Von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, daß fortan allen unsern Beziehungen jede Trübung fern bleiben möge, um so mehr, da wir ja auch durch die Bande des Bluts uns so nahe stehen, bitte ich Dich, lieber Wilhelm, mir Deine Entschließungen in Betreff des Friedens baldgeneigtest kundgeben zu wollen."

Ein ausführliches Schreiben Graf Platens an Bismarck**) entwickelte den Gedanken des Königs näher, nach dem Ende des traurigen Bruderkrieges „direkt und ohne Zwischenvermittelung auch zwischen Preußen und Hannover ein dauerndes und festes Band des Friedens und Vertrauens zu knüpfen." .... „An Ihrem königlichen Herrn ist es, die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen der Frieden und — ich wiederhole es — auch das Vertrauen wieder hergestellt werden kann. Wenn ich Ihnen dabei die Bitte ausspreche, Ihrem Herrn solche Bedingungen anzuraten, welche die Krone und das Land meines Königs nicht niederdrücken, so glaube ich den beiderseitigen Interessen zu dienen. . ." „Ich werde aufrichtig und ehrlich das Meinige thun, um auf Grundlage des gegenseitigen Vertrauens ein festes und dauerndes Bündnis herzustellen." ...

Als Heimbruch mit den beiden Schreiben in Nikolsburg ankam,

*) Siehe dasselbe in Beilage V.

**) Siehe dasselbe in Beilage VI.

wurde ihm durch den Flügel-Adjutanten Graf Finkenstein eröffnet, der König Wilhelm könne ihn augenblicklich nicht empfangen, weil er eben im Begriff sei, sich mit seinem Generalstabe photographieren zu lassen. Seiner, Finkensteins, Ansicht nach wäre es daher das zweckmäßigste, die Briefe zunächst dem Grafen Bismarck, der momentan disponibel sei, zu übergeben. Heimbruch befolgte — fast möchte ich sagen, leider — diesen Rat. In das Zimmer des Ministerpräsidenten geführt, händigte er diesem die beiden Schreiben aus und wurde entlassen. Nach etwa einer Stunde Wartens kam sodann Graf Finkenstein zu ihm ins Hotel mit der Botschaft, daß der König von Preußen sowohl die Annahme des Briefes verweigere, wie es auch ablehne, den Abgesandten zu empfangen. Graf Bismarck würde jedoch dem Grafen Platen gelegentlich antworten. Mit diesem wenig tröstlichen Bescheid mußte Heimbruch abreisen und legte in Wien den unerbrochenen Brief in die Hände seines königlichen Herrn zurück*).

Dennoch wollte Georg V. dem Gedanken nicht Raum geben, daß die Vernichtung seines Königreichs schon jetzt eine fest beschlossene Sache sein könnte. Ihm war es unfaßbar, daß für die älteste deutsche Dynastie in dem neuen Bunde kein Raum sein sollte. Er hatte bis zuletzt das menschenmöglichste gethan, um im Frieden mit seinem mächtigen Nachbar zu leben. Den preußenfeindlichen Bestrebungen der süddeutschen Regierungen hatte er sich stets ferngehalten, und nur gezwungen — aber dann nicht ohne Ruhm das Schwert gezogen. Auch jetzt noch wäre er mit Freuden bereit gewesen, für die Erhaltung einer wenn auch nur beschränkten Selbständigkeit seines teuren Landes die größten Opfer zu bringen, sogar, wenn es sein mußte, zu Gunsten seines Sohnes die Krone niederzulegen. Für eine Gewalt-Politik, die gegen jedes Recht und Gerechtigkeit das Königreich nur um seiner geographischen Lage willen von der Landkarte verschwinden lassen wollte, während die Gebiete der früheren Rheinbundsfürsten, die ihre Königs- und Herzogskronen sämtlich Napoleon I. verdankten, ungeschmälert blieben, hatte er absolut kein Verständnis.

Auch ließ ihm die Aussicht auf eine schriftliche Aeußerung Bismarcks noch einen Schimmer von Hoffnung, daß man sich doch schließlich zu irgend welchen Verhandlungen herbeilassen würde. Mittlerweile aber war der König Wilhelm in seine Residenz zurückgekehrt und sein Minister-

*) Die Erzählung der Heimbruchschen Sendung ist nach dessen persönlicher Mitteilung an mich d. d. 16. Februar 1895.

präsident hüllte sich fortwährend in ein ominöses Stillschweigen. Da erhielt König Georg am 11. August durch den Grafen Münster, der an maßgebender Stelle in Berlin Erkundigungen eingezogen hatte, die authentische Nachricht, daß die Annexion unumstößlich gewiß sei. Er entsandte also den Kultusminister von Hodenberg, der sich zufällig in Wien befand, nach Berlin, um durch den Grafen Bismarck diese Absicht offiziell dementieren oder konstatieren zu lassen, und ihn namentlich zu befragen, welches die von ihm behaupteten vergeblichen Verständigungsversuche sein sollten. Dem König sei von solchen nichts bekannt.

Am 15. August abends 10 Uhr wurde Hodenberg denn auch von Bismarck empfangen, der sich mit anerkennenswerter Offenheit über die Ziele seiner Politik aussprach. „Mit dem Könige Georg und dem Grafen Platen", sagte er, „könne man nicht mehr unterhandeln. Nach der geographischen Lage und der bisherigen Haltung Hannovers könnte Preußen dasselbe nicht länger in seinem Rücken in selbständiger Unabhängigkeit dulden. Die Politik des Königs, die den Bestrebungen Preußens immer feindselig gewesen, habe erwiesen, daß Hannover niemals ein zuverlässiger Nachbar gewesen sei." Vergeblich wies Hodenberg darauf hin, daß Hannover weder gegen Preußen noch gegen Oesterreich besondere Verpflichtungen übernommen, sich vielmehr nur streng an die Bundesgesetze gehalten, ja, daß es nicht einmal, wie viele im Lande verlangt, gerüstet habe. „Das hätte auch nichts genützt, wir wären nur früher eingeschritten", erwiderte Bismarck. „Die Gesinnungen der hannoverschen Regierung sind vielmehr noch in den letzten Verhandlungen und militärischen Maßnahmen als so unzuverlässig dokumentiert, daß auch für einen zukünftigen Bündnisvertrag auf ihre Treue und Zuverlässigkeit nicht zu rechnen wäre." „Diese bei der gefährlichen Sachlage und den verschiedenen Ansichten im Lande erklärlichen Schwankungen", versuchte Hodenberg zu entgegnen, „gäben doch immer noch keinen Anlaß, darauf den Vorwurf des Unrechts und das Recht der Vernichtung Hannovers zu begründen", wurde aber mit den Worten zurückgewiesen: „In einem Kampfe, wo es sich um die Existenz, um die heiligsten Interessen Preußens handelt, kenne ich kein Recht!" Auf den ferneren Einwurf aber, daß Bismarck durch ein solches Vorgehen die Grundlagen jeder konservativen Politik untergraben werde, daß kein Konservativer in Preußen, der dem zustimme, sich künftig noch für die Principien des göttlichen und konservativen Rechts aussprechen könne, erwiderte er: „Wo es sich um die Existenz Preußens handelt, alliiere ich mich mit der Revolution und wo ich sonst Hilfe finde". Die Frage

Hodenbergs, ob der König seine Dynastie durch Niederlegung seiner Krone zu Gunsten des Kronprinzen noch retten könne, wie Graf Münster angedeutet habe, beantwortete der Minister mit der Behauptung, ein solches Ansinnen sei von der preußischen Regierung gar nicht gestellt, Münster müsse ihn mißverstanden haben. In Nikolsburg sei es vielleicht dazu noch Zeit gewesen, jetzt sei es zu spät. Ueberall seien die Schwierigkeiten mit jedem Könige von Hannover für die preußische Aktion zu groß, wie schon das Beispiel Sachsens lehre, wo ein wahrscheinlich unhaltbarer Zustand hergestellt werde. „Ich bedaure", so ergänzte er diesen Ausspruch zwei Tage später im Landtage, „daß wir genötigt sein werden, dies Experiment mit Sachsen zu machen." Die Annexion sei das einzige Mittel, darüber weg zu kommen. Umsonst versuchte Hodenberg darzulegen, daß ein Bundes-Verhältnis, bei dem die militärische und diplomatische Aktion in die Hände Preußens zusammengefaßt würde, der einzige heilversprechende Ausgang der jetzigen Krisis sein, daß die Annexion das hannoversche Volk in die größte Verzweiflung, in die furchtbarsten Gewissenszweifel treiben würde, in einen moralischen Kampf, von dessen Bedeutung der zehnjährige Widerstand, den Hannover der französischen Herrschaft am Anfang des Jahrhunderts entgegengesetzt, ein Vorbild gäbe. Graf Bismarck entgegnete: „Ich verkenne diese Schwierigkeiten nicht, ich achte die Treue und Zähigkeit des hannoverschen Volkes, welches ich kenne. Ich habe sogar Sympathie für dasselbe; ich bin selbst plattdeutsch erzogen. Ich bedaure, daß ein solcher Widerstand, den ich indes vorhergesehen, stattfinden muß. Indessen, mit einer Generation wird das zu Ende gehen." Damit schloß die Besprechung.

Von Preußen zurückgewiesen, von Oesterreich verlassen, blieb dem Könige Georg nichts anderes übrig, wie der Versuch, durch Fürsprache auswärtiger Mächte die Annexion abzuwenden. Freilich hatte England allein vielleicht ein politisches Interesse daran, daß Preußen sein Gebiet nicht bis an die Nordsee ausbreitete. Allein, daß von dort keine Einsprache, geschweige denn aktiver Beistand zu erwarten war, ließ sich mit Sicherheit vorhersehen. Die Königin Victoria hatte vielmehr keinen sehnlicheren Wunsch, wie ihre Tochter dermaleinst auf dem deutschen Kaiserthrone zu sehen.

Dagegen war der Abscheu des Zaren gegen die Revolutions- und Annexions-Politik Bismarcks bekannt. Er war der Hort der Legitimität und schon über den Verhandlungen von Nikolsburg hatte das Gespenst einer Einmischung Rußlands geschwebt. Von Petersburg aus war das

Verlangen der Berufung eines Kongresses nach Paris gestellt, da Preußen nicht berechtigt wäre, eigenmächtig die Karte Europas abzuändern, der deutsche Bund vielmehr von den Großmächten in der Wiener Kongreß-Akte vereinbart sei und nur mit deren gemeinsamer Einwilligung geändert werden könne.

Nun aber rächte es sich schwer, daß man den alten Persiani von Langensalza wieder hatte nach Hannover zurückreisen lassen. Ja, der König mußte es sogar büßen, daß er seine Hoffnungen an erster Stelle auf die verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gesinnungen seines Vetters gesetzt hatte, anstatt, wie die Regenten von Württemberg und Hessen, zuerst die Hilfe des russischen Kaisers anzurufen. In einem persönlichen Schreiben teilte er jetzt dem Zaren die schroffe Abweisung seiner Friedensanerbietungen mit und bat um seine mächtige Unterstützung*). Als aber der mit der Ueberbringung betraute Gesandte von dem Knesebeck am 20. August nachmittags in St. Petersburg ankam, ersah er bereits aus den deutschen Zeitungen die königliche Botschaft, wodurch die preußische Regierung beiden Häusern des Landtages am 17. die Absicht der Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und der freien Stadt Frankfurt angekündigt hatte, „welche durch ihre beharrliche Ablehnung der von Preußen vorgeschlagenen Reform des Deutschen Bundes und durch den offenen mit dem Zwecke der Vereitelung derselben unternommenen Krieg(!!!) bewiesen, daß auf ihre Mitwirkung zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse und berechtigten Wünsche des deutschen Volkes nicht zu rechnen ist." Noch mehr erfüllte es ihn mit bösen Ahnungen, als er auf seine schriftliche Anmeldung bei dem Fürsten Gortschakoff einige Tage ohne Antwort blieb und erfuhr, daß der von Bismarck entsendete General von Manteuffel noch in Peterhof weile. Erst nach dessen Abreise, am 24. nachmittags, wurde er zur Audienz befohlen. Zuerst aber empfing ihn der russische Staatskanzler in seinem Arbeitszimmer mit der größten Zuvorkommenheit. „C'est ainsi que nous nous revoyons" sagte er, ihm zum Willkommen die Hand drückend. Dann auf die politische Lage übergehend, beklagte er, daß der Kaiser, der sich lebhaft für die vertriebenen deutschen Fürsten verwendet, damit keinen Erfolg erzielt habe. Sogar Manteuffel, „der auf demselben Stuhle gesessen wie jetzt Knesebeck," hätte sich sehr gemäßigt ausgesprochen und geäußert, er habe bei dem Ab-

*) Das Folgende ist dem Bericht des Gesandten v. d. Knesebeck d. d. 24. August 1866 entnommen.

schluß der Kapitulation von Langensalza nicht entfernt daran gedacht, daß Se. Majestät nicht wieder in sein Land zurückkehren würde. Dennoch merkte Knesebeck sofort, daß sein Besuch dem Fürsten Gortschakoff durchaus nicht gelegen kam. „Die Verhältnisse hätten sich durchaus nicht seinen, des Staatskanzlers, persönlichen Wünschen gemäß gestaltet“, fuhr dieser fort. „Krieg gegen Preußen zu führen, liege durchaus nicht im Interesse Rußlands. „Nous sommes bien avec la Prusse“; deshalb wäre es gewiß besser gewesen, Knesebeck nach England zu schicken, wo, wie er wisse, die Königin Victoria die größte Sympathie für ihren unglücklichen Vetter hege“. . . . Die Frage, ob Rußland demnächst noch einen hannoverschen Gesandten annehmen würde, aber beantwortete er ausweichend. Und um was es sich eigentlich handelte, erfuhr Knesebeck bald genug.

Der Kaiser Napoleon war bekanntlich am 5. August plötzlich mit der Forderung der Grenzen von 1814 hervorgetreten. Infolgedessen hatte Bismarck den General Manteuffel mit Allianz-Anerbietungen nach Petersburg entsandt und als Preis des Bündnisses die Unterstützung Preußens für eine große russische Aktion in der Türkei in Aussicht gestellt. Nicht weniger wie die Suzeränität über die Donaufürstentümer, Serbien, Bosnien und die Herzegowina, sowie über Montenegro hatte er dem Zaren anbieten lassen. Zu dem Kriege gegen die Pforte, der zur Erreichung dieses Zieles unvermeidlich war, aber sollte der Prinz Karl von Hohenzollern das Signal geben, den Bismarck in weiser Voraussicht der kommenden Dinge auf den Thron von Rumänien gesetzt hatte. Bei diesem Kriege würde die Pforte, wie man voraussah, an Frankreich und England und vielleicht auch an Oesterreich Alliierte finden, während auf der anderen Seite das mit Preußen verbündete Rußland stände, dem sich wahrscheinlich auch Italien und — die europäische Revolutionspartei anschließen würden.

Es war eine ungemein kühne Kombination, deren Bedeutung noch durch die gleichzeitige Anwesenheit der nordamerikanischen Flotte in Kronstadt erhöht wurde, und Gortschakoff war offenbar schon halb dafür gewonnen.

Ganz außerordentlich huldvoll aber war der Empfang Knesebecks bei dem Zaren Alexander selber und was dieser sagte, war unzweifelhaft aufrichtig gemeint. Er reichte dem Gesandten die Hand und ließ ihn an seinem Schreibtische sich gegenüber Platz nehmen. „Vous venez un peu tard“, begann er; dann aber sprach er von dem Verfahren des Königs von Preußen gegen Se. hannoversche Majestät „mit dem Gefühl eines

Ehrenmannes, dessen Begriffe von Ehre und Recht verletzt sind". Ja er las ihm den „sehr merkwürdigen langen" Brief des Königs Wilhelm vor, den dieser an ihn gerichtet hatte. Nur „aus Rücksicht für seinen lieben Neffen", so hatte er geschrieben, „habe er die Friedensbedingungen für Württemberg und Hessen so außerordentlich gelinde gestellt. „C'est pour me captiver", bemerkte der Kaiser. „Der Hauptwunsch der Hannoveraner aber sei, nicht getrennt zu werden, deshalb hätte er aus Rücksicht für die Wünsche seines Volkes und seiner Armee das ganze Königreich nehmen müssen." „Was die Wünsche des Volkes betrifft", unterbrach er sich abermals, „so bezweifle ich sehr, daß sie einstimmig sind; was aber die Wünsche der Armee angeht, so sind sie die Soldaten des Königs, welche seinen Befehlen zu gehorchen und sich nicht in die Politik zu mischen haben." Auch Kurhessen müsse Preußen, so lautete der Brief weiter, ganz nehmen. Um aber dennoch den Dynastien eine Territorialhoheit zu lassen, wolle man, wenn der König Georg abdizierte, dem Kronprinzen Braunschweig, dem Nachfolger des Kurfürsten Hessen-Homburg überlassen.

Als er soweit in der Lektüre gekommen, brach die Indignation des Zaren los. „Ich glaube, der König will sich über mich lustig machen", sagte er, „ich schäme mich eigentlich, Ihrem Könige einen solchen Vorschlag zu machen. Aber Sie mögen ihm telegraphieren und dann noch einmal zu mir kommen und mir seine Antwort mitteilen..." „Von Nassau und Frankfurt ist in dem Briefe nicht einmal die Rede", fuhr er fort, „dagegen steht darin eine lange konfuse Abhandlung über das deutsche Parlament. Dieser Herr, der nicht mit seinen eigenen Ständen hat fertig werden können, und derselben noch lange nicht Meister geworden ist, glaubt nun ein deutsches zum Theil aus Nichtpreußen bestehendes Parlament lenken zu können. Ein König von Preußen, der seine Krone vom Tische des Herrn genommen und sich jetzt an die Spitze der Revolution stellt, der in seinem hohen Alter alle Principien seiner besseren Jahre verleugnet, — es ist unerhört!" —

Dann sprach der Kaiser mit voller Bewunderung von der heroischen Haltung, die der König Georg trotz des fehlenden Augenlichts bewährt habe, und äußerte seine hohe Achtung vor der braven hannoverschen Armee. „Meine Sympathien gehören Ihrem Könige", setzte er hinzu, „aber ich kann leider nicht viel thun" und fast mit Thränen in den Augen entließ er den Gesandten.

Knesebeck gewann daher den Eindruck, daß der Zar bis jetzt den Lockungen Bismarcks widerstanden hatte. Auch erfuhr er, daß Man-

teuffel unbefriedigt abgereist sei. Am 25. ließ der Kaiser sogar noch dem König Georg telegraphisch mitteilen, daß er zur Ablehnung des Antrages bezüglich der Abdikation und der Thronfolge in Braunschweig riete. Das kaiserliche Antwortschreiben*) aber, welches der Gesandte am 26. erhielt, ließ keinen Zweifel darüber, daß der Zar den Vorstellungen Gortschakoffs nachgegeben und daß das vermeintliche Staatsinteresse Rußlands über seine persönlichen Gefühle den Sieg davongetragen hatte. „Nichts bliebe ihm übrig", so schrieb er, „wie der innige Wunsch, daß die gesellschaftliche Ordnung und der Frieden Europas nicht durch die Folgen der eben überstandenen Krisis erschüttert würden."

Somit war die Annexion Hannovers unabwendbar geworden, denn auch Napoleon verschob, als er von der Anbahnung eines preußisch-russischen Einverständnisses Kunde erhielt, die Geltendmachung seiner Kompensations-Ansprüche auf eine gelegenere Zeit. Der Minister Drouyn de l'Lhuys aber, der stets einer energischen Interventions-Politik das Wort geredet hatte, trat zurück, als der Kaiser in dem bekannten Schreiben an den Marquis von La Valette vom 12. August alle Schuld für den unerwünschten diplomatischen Zusammenstoß auf ihn schob.

Die Bevölkerung Preußens ward jetzt von einem förmlichen Eroberungstaumel ergriffen. Der seit Jahren geschmähte und verspottete Bismarck war nun der gefeierte Mann des Tages. Mit wenigen Ausnahmen stimmten beide Häuser des Landtages jubelnd der Vergewaltigung der Bundesgenossen und Verwandten ihres Königs zu. „Stolz war das Selbstgefühl", so äußerte sich der Berichterstatter der Kommission im Abgeordnetenhause in der entscheidenden Sitzung vom 7. September „als wir vor drei Wochen die königliche Botschaft empfingen, welche die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und der freien Stadt Frankfurt ankündigte. Der preußische Staat übernimmt die ethisch politische Pflicht, den neuen Staatsgenossen ein Vaterland wiederzugeben, welches wohnlicher, reicher und freier (!!) ist, als das, welches sie verloren."

Vergeblich hatte der Abgeordnete Jacoby in einer früheren Sitzung bereits darauf hingewiesen, daß Einheit ohne Freiheit nur eine Sklaven-Einheit sei, die weder Wert noch Bestand habe, daß der Ministerpräsident in der Kommission erklärt habe, alles käme darauf an, die Hausmacht Preußens zu stärken, niemand hörte auf ihn. Was half's, daß der Abgeordnete Harkort das Verfahren Preußens gegen die Stadt Frankfurt

*) Siehe dasselbe in Beilage VII.

mit den Worten geißelte: „Der Kaiser Tiberius sagte schon: ein guter Schäfer schert seine Schafe, aber er verschlingt sie nicht. Wir sind auf dem umgekehrten Wege. Wir haben eine exorbitante außerordentliche Leistung gefordert, und dann die Stadt genommen. Das ist ungefähr die Methode der Helden des 30 jährigen Krieges, aber nicht die einer civilisierten Nation im gegenwärtigen Zeitalter!“ Er erzielte jedoch damit keinen Eindruck. Der Abgeordnete Waldeck knüpfte sogar an die Verlesung einer der vielen Petitionen aus Hannover, die um Erhaltung des unveränderten Bestandes des Königreichs unter dem ihm angehörigen Fürstenhause baten und sich mit der Beschränkung der Hoheitsrechte desselben, „wie sie sich als notwendige Folge des neuzubildenden Bundes ergiebt“, einverstanden erklärten, unter dem Beifall des Hauses die schnöde Bemerkung: „Wie in aller Welt können sich die Bittsteller jetzt beklagen, daß, nachdem sie das, was sie jetzt annehmen wollen, hartnäckig abgelehnt haben, nun mit ihnen selbst ein Ende gemacht wird. Das Königreich Hannover repräsentiert gar kein Volk, sondern nur einen kräftigen Volksstamm. Seine Existenz ist der allergrößte Zufall von der Welt. Nur durch den Neid Englands und die Schwäche Hardenbergs hat es 1815 preußische Landesteile: Ostfriesland, Hildesheim, Lingen und die Reichsstadt Goslar bekommen.“

Bei dieser Stimmung des Hauses ist es nicht zu verwundern, daß die Vorlage mit 273 gegen 14 Stimmen angenommen wurde, während 16 (die Polen) sich der Abstimmung enthielten.

Im Herrenhause aber fand sich unter allen den Männern, die sich bei jeder Gelegenheit ihrer monarchisch konservativen Gesinnung rühmten, die im Jahre 1861 dem König Franz von Neapel einen silbernen Ehrenschild gestiftet hatten, nur ein einziger, der gegen der Entthronung des ältesten deutschen Fürstengeschlechts Verwahrung einlegte. Vor Eintritt in die eigentliche Beratung, am 10. September, erhob sich der Freiherr von dem Bussche-Streithorst, ein Edelmann in des Worts schönster und bester Bedeutung, mit den Worten*): „Ich kann ein sogenanntes Eroberungsrecht, kraft dessen ein deutscher Fürst den andern von Land und Leuten verjagen könnte, nicht anerkennen. Deshalb spreche ich auch dem Landtage, also auch diesem hohen Hause, das Recht ab, über das fernere Geschick der in dem vorliegenden Gesetzentwurf genannten Länder zu beschließen. Ich bin gleichzeitig Preuße und Hanno-

*) Stenographische Berichte der Sitzungen des Herrenhauses de 1866 S. 83.

veraner, habe gleichmäßig Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Majestät dem Könige von Hannover den Huldigungseid geleistet, und protestiere vor Gott und diesem hohen Hause gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen. Mag auch dieses unglückliche Land jetzt der Gewalt weichen müssen, so weiß ich doch, daß es seinem angestammten Herrscherhause treu bleiben wird, und auf Gott vertraut, der Hilfe zur rechten Zeit sendet." Dann verließ er den Sitzungssaal und hat ihn nicht wieder betreten.

Das Schicksal seines teuren Heimatlandes aber konnte er nicht abwenden. Am 20. September verkündete ein Gesetz die Vereinigung des Königreichs Hannover mit der preußischen Monarchie, und am 3. Oktober nahm der König Wilhelm durch ein Patent förmlich davon Besitz. Am 6. Oktober wurde sodann im Beisein des Generalgouverneurs, General von Voigts-Rhetz, und des Civilkommissärs Landrats Freiherrn von Hardenberg vor den Beamten und den Vertretern des Magistrats das Dokument im Empfangssaale des königlichen Schlosses durch den Major Grafen von Waldersee feierlich verlesen, während auf dem Waterloo-Platze die Kanonen donnerten und die Glocken der Stadtkirchen zu läuten begannen.

In dem Patent stand abermals die falsche Behauptung, daß „nachdem infolge eines von Hannover im Bunde mit Oesterreich und in Verletzung des damals geltenden Bundesrechts begonnenen, von Uns in gerechter Abwehr siegreich geführten Krieges die zum Königreich Hannover früher vereinigten Lande von Uns eingenommen sind", der König sich zu deren Einverleibung mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit entschlossen habe. In einer gleichfalls verlesenen Proklamation von demselben Tage sprach er die Hoffnung aus, daß seine neuen Unterthanen die Notwendigkeit des Geschehenen erkennen würden, denn „nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben", und später „werdet auch Ihr den Augenblick segnen, der Euch mit einem größeren Vaterlande vereinigt hat."

Mit einem von dem Generalgouverneur ausgebrachten Hoch auf Se. Majestät den König Wilhelm I., „der diesen neuen Bau mit fester Hand zusammengefügt hat, zum Segen Seiner Lande und Völker", schloß die Feierlichkeit.

Angesichts dieses Gewaltakts blieb dem König Georg nichts anders übrig, wie im Lande den Wunsch nach einer Wiederherstellung der früheren Zustände lebendig zu erhalten und durch einen an alle

europäischen Höfe gerichteten Protest vom 23. September gegen die Wegnahme seiner ihm von Gott verliehenen Krone feierlich Verwahrung einzulegen. Er wies darauf hin, daß er die angebotene Hilfe Oesterreichs nicht angenommen habe. „Aber voll Vertrauen auf die Loyalität der preußischen Regierung ließen Wir Seiner Kaiserlichen Majestät antworten, daß Wir diese Hilfe nicht zu bedürfen glaubten.“ . . . „Wir sind überzeugt, alle Unparteiische werden Unsere Ansicht teilen, daß die preußische Regierung schon geraume Zeit den vorgefaßten und wohlbedachten Plan hegte, sich Unseres Landes zu bemächtigen, daß der Vorschlag neutral zu bleiben, der Uns gemacht wurde, nur den Zweck hatte, Uns in falsche Sicherheit zu wiegen, daß das Berliner Kabinett Uns absichtlich erniedrigende Allianzbedingungen stellte, wohl wissend, daß Wir dieselben nicht annehmen **könnten** und daß es Uns schließlich — welche Haltung Wir auch immer angenommen hätten, sehr schwer, wenn nicht unmöglich geworden wäre, Uns den Gewaltthätigkeiten der preußischen Regierung zu entziehen.“ . . . „Der einzige Grund, welchen die preußische Regierung zur Rechtfertigung dieses in den Annalen der Geschichte Deutschlands unerhörten Aktes der Willkür anführt, ist dasjenige, welches sie in dem Rechte der Eroberung zu finden glaubt. Aber das Recht der Eroberung setzt einen Krieg nach den Principien des Völkerrechts voraus, allein es gab niemals zwischen Uns und dem Könige von Preußen einen solchen Krieg.“ . . .

„Wir erklären schließlich, daß Wir niemals auf die Souveränetätsrechte über Unser Land verzichten werden, und daß Wir stets für ungesetzlich, null und nichtig alle jene Akte ansehen werden, welche die preußische Regierung oder ihre Agenten daselbst vollzogen haben oder noch vollziehen werden infolge der Usurpation, deren Verantwortlichkeit Wir auf denjenigen zurückwerfen, der ihr Urheber ist.“ . . .

In „landesväterlicher Erwägung der peinlichen, die Gewissen beängstigenden Lage, worin viele der getreuesten Unterthanen geraten sind“, entband der König jedoch alle Staatsdiener von den ihm schuldigen und durch den Dienst- und Huldigungseid bekräftigten Verpflichtungen bis dahin, „wo Se. Majestät der König Georg V. oder einer Ihrer successionsberechtigten Nachfolger zur Ausübung der Regierung im Königreich wieder gelangen würde*).“

*) Bekanntmachung der Generalsekretäre der königlichen Departementsministerien d. d. 6. Oktober 1866.

Die politische Aufgabe, die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus in der Bevölkerung nicht aussterben zu lassen, war leicht zu erfüllen. In den verflossenen Monaten hatte das Land bereits einen Vorgeschmack davon bekommen, was es heißt, unter dem straffen preußischen Militär-Regiment zu stehen. Suspendierungen sowie Verhaftungen von Beamten, die sich durch hannoversche Sympathien bemerklich machten, und deren Abführung nach preußischen Festungen standen jetzt auf der Tagesordnung. Schon am 28. Juni wurde der Landdrost Nieper in Aurich, der eine agitatorische Thätigkeit entwickelt haben sollte, durch eine Husaren-Escadron aufgehoben und nach Wesel gebracht*). Der Bade-Kommissär von Norderney, Bock von Wülfingen, hatte dasselbe Schicksal.

Dann wurde eine interimistische Verwaltung für Ostfriesland eingesetzt mit dem Auftrage, für Preußen Stimmung zu machen. Und diese arbeitete mit solchem Erfolg, daß bereits Ende Juli von Emden, Leer, Norden und anderen Städten, die erst vor einem halben Jahre dem Welfenhause unverbrüchliche Treue und Anhänglichkeit gelobt hatten (S. o. S. 226 ff.), eine Adresse an den König Wilhelm zu stande kam, welche den Wunsch einer Vereinigung von ganz Hannover mit Preußen aussprach. Mit Recht schrieb die Kreuzzeitung dazu: „Zur Ehre der Ostfriesen sei es gesagt, sie sind in ihrer Mehrzahl heute so gut hannoversch wie sie einst gute Preußen gewesen sind. Den Preußen aber kann an den Sympathien solcher Leute nichts gelegen sein, die von ihrem Landesherrn abfallen, weil die preußische Occupation ihnen den Mut dazu giebt.“ Der Verleger der „Auricher Nachrichten“ aber mußte eine Geldbuße von 50 Thalern erlegen, weil er eine Erklärung des Grafen von Knyphausen aufgenommen hatte, worin dieser sich gegen die Annexionsbestrebungen seiner Landsleute aussprach. Ein Buchdrucker in Aurich wurde bestraft, weil er den Bürgern von Leer ihre politische Charakterlosigkeit in einem Spottgedicht**) vorhielt.

Den Unterzeichnern der Adresse aber übermittelte Bismarck in einem Schreiben aus Brünn vom 2. August im Namen des Königs nicht bloß

---

*) Nieper, ein jovialer Mann, war naiv genug, den Rittmeister zunächst nach seiner Legitimation zu fragen. Dieser öffnete nur das Fenster, wies auf seine unten haltende Schwadron und sagte: „Hier ist meine Legitimation!“ (v. d. Wengen a. a. O. S. 1120 Anmerkung.)

**) „Leer wird Eure Stadt geheißen,
Leer und kalt ist Euer Herz,
Die Ihr vor den Schwarz und Weißen
Wedelt mit dem Hundesterz.“

den Dank für die geäußerten Gesinnungen, sondern auch die Zuversicht, daß „die von Ihnen in so beredten Worten ausgedrückten Wünsche ihrer Erfüllung entgegengehen".

Am 22. Juli wurde trotz des Protestes des Generalsekretärs Hartmann das Archiv des Auswärtigen Ministeriums versiegelt, das Ministerialgebäude selbst militärisch besetzt, weil man — freilich vergeblich — hoffte, darin die Beweise für die Behauptung zu finden, daß Hannover vor dem Bundesbeschluß Allianzverhandlungen mit Oesterreich gepflogen habe.

Am 3. August suspendierte der Lieutenant zur See und Kommandant des Kanonenboots Basilisk, Prinz von Sondershausen, den ersten Beamten in Lehe, Regierungsrat Schönian, vom Amt, weil er sein Staunen darüber aussprach, daß der Prinz eine Versammlung von Leher Bürgern erlaubt habe, ohne ihm davon Anzeige zu machen. In dieser Versammlung kam denn auch der Beschluß zu stande, Sr. Majestät dem König von Preußen eine Adresse mit der Bitte um die Einverleibung Hannovers zu übersenden. Freilich betrug die Zahl der Unterschriften kaum 40, und die Deputation, welche die Adresse zu überreichen hatte, bestand aus drei ziemlich übelbeleumundeten Personen, einem Schullehrer aus Wremen, einem in Konkurs stehenden Kothsassen aus Spaden und einem Winkelagenten aus Lehe. Auch mußten sie in Hannover erst von dem Civil-Kommissar mit den nötigen Barmitteln und Kleidungsstücken versehen werden. Nachdem sie einigermaßen salonfähig gemacht waren, wurden sie zugleich mit einer Deputation aus Ostfriesland am 17. August vom Könige Wilhelm aufs Huldvollste empfangen.

Der Nationalverein war längst mit fliegenden Fahnen ins preußische Lager übergegangen. Schon wenige Tage nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz, am 12. Juli, traten unter der Leitung Rudolfs von Bennigsen die sogenannten norddeutschen Liberalen, darunter viele Mitglieder der Zweiten Kammer, in Hannover zusammen. Dort wurde die sogenannte „Bennigsensche Erklärung" beschlossen, welche es als einen „schweren Mißgriff" der Regierung bezeichnete, daß sie sich der süddeutschen Koalition gegen Preußen angeschlossen habe, und es beklagte, daß Hannover nicht gleich seinen Nachbarn die geschichtlich und geographisch allein gerechtfertigte Stellung an der Seite Preußens eingenommen hätte. Jetzt stimmten die Liberalen dem von Preußen aufgestellten Verfassungsplane „vorbehältlich der innerhalb der Reichsversammlung zu erledigenden Aenderungen" unbedenklich zu. „Die Gewinnung dieser Güter", so heißt es wörtlich, „ist erst möglich nach dem schweren Kampfe, welchen Preußen

um sie und seine Existenz **gottlob** (!) siegreich kämpft, sie sind möglich auf Grund des nunmehr ausführbaren preußischen Reformplanes".

„Ueber das Einheitsbedürfnis hinaus wollen wir bleiben was wir sind — Hannoveraner mit selbständiger innerer Finanz-, Kultus- und Justizverwaltung unter unserm durch Jahrhunderte mit uns verbundenen wenn auch vorübergehend unglücklich beratenen Fürstenhause."

Eine gleichzeitige Ansprache an die Süddeutschen forderte sie auf, von Habsburg loszulassen, „welches den Erbfeind deutscher Nation zu seiner Rettung herbeiholt". „Ist die Wahl gestellt zwischen der Schmach, welche Eure Väter, gekettet an den Triumphwagen Napoleons, im Rheinbund erdulden mußten, — und dem begeisterten Kampf für Deutschlands Macht und Herrlichkeit, so kann Eure Wahl nicht zweifelhaft sein."

Für die Beglückungstheorien des National-Vereins hatte jedoch die Mehrzahl der Bevölkerung Hannovers kein Verständnis. In Celle kam es sogar zu einem förmlichen Aufruhr, als es bekannt wurde, daß mehrere der angesehensten Bürger die Erklärung mit unterzeichnet hatten, und daß eine Versammlung nach dem Schützenhause berufen werden sollte, um die Angelegenheit zu besprechen. Mit Wehmut und innigem Mitgefühl hatten die Einwohner vor wenigen Tagen den traurigen Einzug der tapferen entwaffneten Armee erlebt. In ihren Mauern hatte sich für die Hälfte derselben der schwere Akt der Ablohnung und Entlassung vollzogen. Und gerade ihre frühere Garnison, die Cambridge-Dragoner und das 2. Infanterie-Regiment, hatte am tapfersten gekämpft und am schwersten gelitten. Der Gedanke an eine Neugestaltung Deutschlands, die mit der Abschaffung der Bundeskriegsverfassung, mit dem Verzicht auf die diplomatische und militärische Selbständigkeit beginnen sollte, lag allen damals noch zu fern. Schon am Abend des 18. Juli kam es daher zu bedauerlichen Excessen. Der Advokat Gerding, einer der Unterzeichner der Erklärung, wurde gezwungen in einer von Vorwürfen, Drohungen und Hochs auf Hannover ꝛc. unterbrochenen Rede sein politisches Programm zu entwickeln. Eine tobende und schreiende Menge begleitete ihn nach Hause und nur mit Mühe entging er der Gefahr, in die Aller geworfen zu werden. Dann wurden noch einigen als Anhänger der liberalen Partei bekannten Personen die Fenster eingeworfen, die Tumultuanten indes durch Einschreiten der Gendarmen und der Feuerwehr bald zerstreut.

Am nächsten Tage wiederholten sich jedoch die Vorfälle in verstärktem Maße. Bei Einbruch der Dunkelheit zog ein Haufen von Arbeitern, denen sich eine große Anzahl von entlassenen Soldaten an-

geschlossen hatte, unter Hochrufen auf den König Georg und den Kronprinzen nach den Häusern der Unterzeichner der Bennigsenschen Adresse und der sonstigen Preußenfreunde. Die Feuerwehr, welche Ruhe stiften wollte, wurde mit Steinwürfen zurückgetrieben, und die Häuser der verhaßten Männer demoliert und geplündert. Am schlechtesten erging es dem Commerzienrat Capelle, von dem es bekannt geworden, daß er in angeheiterter Stimmung gelegentlich des Durchzuges der preußischen Truppen sich in beleidigender Weise über die hannoversche Armee ausgesprochen hatte. Ihm wurden sämtliche Scheiben und Fensterläden zerschlagen und über 100 Flaschen Wein entwendet. Eine Depesche des Polizeidirektors nach Hannover mit der Bitte um militärische Hilfe wurde durch den Ueberbringer unterschlagen, erst nachdem er selbst eine zweite befördert hatte, kamen 3 Uhr morgens 300 Mann Landwehr-Infanterie an. Inzwischen war aber die Ruhe bereits wieder hergestellt.

Von der trüben Stimmung aber, die in den nächsten Wochen hier und im ganzen Lande herrschte, kann man sich heutzutage kaum einen richtigen Begriff machen. Wie ein Alp lastete die Ungewißheit über das künftige Schicksal des Königreichs auf den Gemütern. Auch als die Kunde von der Niederlage Oesterreichs und dem Beginn der Friedensverhandlungen sich verbreitete und man das Verhängnis, das seit 50 Jahren über dem Lande geschwebt hatte, näher und näher kommen sah, glaubte man noch immer an die Erhaltung einer wenn auch beschränkten staatlichen Selbständigkeit. Selbst nach dem Erlaß der Königlichen Botschaft an den Landtag, als man erfuhr, daß Hannover künftig nur eine preußische Provinz sein sollte, wollte man sich nicht davon überzeugen, daß die Einverleibung eine unabwendbare Thatsache geworden war. Vergeblich arbeitete die preußische Agitationsmaschine mit Hochdruck, um Kundgebungen zu Gunsten der Annexionen hervorzurufen. Die Druckerei von Weichelt in Nienburg wurde militärisch geschlossen, weil sie eine Adresse im hannoverschen Sinne gedruckt haben sollte, und der Besitzer sich weigerte, den Namen des Einsenders anzugeben. Auf Befehl des Civil-Kommissars mußte das Ministerium des Innern alle Aemter, Polizei-Direktionen, Magistrate und Kirchspielsgerichte anweisen, „bei Vermeidung der strengsten persönlichen Verantwortung“ nicht nur „jeder Hinderung der Kundgebung preußischer Sympathien sich zu enthalten, sondern auch jedem Versuch Dritter, die Bevölkerung durch Einschüchterung davon abzuhalten, entgegen zu treten“. Weiter verbot der Civil-Kommissar die Verbreitung von zwei Druckschriften, welche eine Verteidigung der hannoverschen Politik gegen-

über der von dem Kgl. preußischen Staatsanzeiger gebrachten Darstellung zum Vorwurf hatten. Den Postbeamten endlich wurden unter Androhung der sofortigen Dienstentlassung befohlen, stets darüber zu wachen, daß nicht durch die Post selbst aufrührerische (!) Schriften im Lande verbreitet würden.

Durch alle diese Gewalt-Maßregeln aber ließ sich der loyale Sinn der Bevölkerung nicht einschüchtern. Die Königin, welche fast täglich Deputationen von Hoch und Niedrig aus allen Teilen des Landes empfangen hatte, die sie ihrer unerschütterlichen Anhänglichkeit versicherten, war nun der Gegenstand doppelt begeisterter Ovationen. Vor einem Hause an der Georgstraße, wo eine Adresse an die hohe Frau zur Unterzeichnung auslag, waren die Zurufe und das Gedränge, als sie vorüberfuhr, so arg, daß die preußische Polizei wegen des „Aufstandes“ besondere Maßregeln ergriff. Der Magistrat wurde durch Erlaß vom 22. September angewiesen, „fernere Demonstrationen der Schuljugend, die sich in den letzten Tagen wiederholt durch Züge nach Herrenhausen kundgegeben“, zu verhindern. Starke Patrouillen durchzogen abends die Stadt, die Truppen waren in den Kasernen konsigniert, um etwaigen Ruhestörungen vorzubeugen.

Am 30. August begab sich eine Deputation, bestehend aus dem Staasminister a. D. von Münchhausen, dem O.-A.-G.-Vicepräsidenten von Schlepegrell und dem Schatzrat von Rössing nach Berlin, um in einer Bittschrift an den König Wilhelm „unsere, das Schicksal des Königreichs Hannover, unseres engeren Vaterlandes betreffenden Wünsche an den Stufen Allerhöchstihres Thrones niederzulegen*).“

Sie beriefen sich darauf, daß in diesen Tagen bereits zahlreiche mit mehr als 64000 Unterschriften bedeckte Adressen in demselben Sinne an Se. Majestät abgegangen, daß es leicht gewesen sein würde, diese Unterschriften binnen kurzem noch vielfach zu steigern, „wenn nicht Ew. Majestät Civil-Kommissar gegen Verbreitung der lediglich die fast einstimmigen Wünsche des Landes in bescheidenster Form vortragenden Adressen mit den strengsten polizeilichen Maßregeln eingeschritten wäre“. Es sei deshalb vielfach der Zweifel laut geworden, ob jene Eingaben wirklich zu Händen Sr. Majestät gelangt wären, „während die Zeitungen tagtäglich von gnädigen Antworten berichten, die Ew. Majestät auf Bittschriften entgegengesetzten Sinnes, deren Unterzeichner weder ihrer Zahl noch

*) Siehe den Wortlaut dieser Adresse sowie die Antwort des Königs und die Erwiderung des Ministers von Münchhausen u. a. in der Beilage zum „Hannoverschen Tageblatt“ Nr. 241 vom 2. September 1866.

ihrer persönlichen Bedeutung nach als Stimmführer des hannoverschen Volkes betrachtet werden dürfen, zu erteilen geruht haben".

Aber vergeblich wiesen sie darauf hin, daß schon die auf die preußische Krone übergehenden militärhoheitlichen Befugnisse genügen würden, um jede aus der gefürchteten Unzuverlässigkeit Hannovers entstehende Gefahr zu beseitigen, daß schon durch die geographische Lage beider Länder, durch die Aehnlichkeit ihres Volks-Charakters, durch die Gleichartigkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen eine völlig ausreichende Garantie für die Bundestreue des schwächeren Nachbars gegeben wäre. Umsonst machten sie geltend, daß die politische Frage sich einfach so zu stellen schiene, „ob es für die Krone Preußen ersprießlicher wäre, etwa 2 Millionen treuer abhängiger Bundesgenossen oder fast ebenso viele widerwillig unterjochte Unterthanen zu gewinnen", daß viele dem Königtum aufrichtig Ergebene sich unmutig von dem öffentlichen Leben zurückziehen würden; ihre Vorstellungen fanden kein Gehör.

In einer längeren Rede entwickelte der König beim Empfang der Deputation die Gründe, welche ihn, „wahrlich gegen Meine ursprüngliche Absicht und nach wiederholten schweren Kämpfen mit Meinem Wunsche, die Selbständigkeit Meiner früheren Bundesgenossen im deutschen Bunde bestehen zu lassen", zu dem unwiderruflichen Beschlusse der Annexion genötigt hätten.

Sein früheres Wort, „keine andern als nur moralische Eroberungen" zu machen, „sei vielfach belächelt, bespöttelt, ja verhöhnt worden". „Und doch erteile Ich Ihnen noch heute die feste Versicherung, daß Meine Pläne nie darüber hinaus gegangen sind, und daß — wenn Ich als 70jähriger Mann zu gewaltthätigen Eroberungen übergehe — Ich dies nur thue, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse, durch die unablässigen Anfeindungen Meiner angeblichen Bundesgenossen und die Pflichten gegen das Meiner Führung anvertraute Preußen."

Dann beschwerte sich der König über die unfreundliche Haltung Hannovers, welche ohne Veranlassung von preußischer Seite während der Komplikationen der letzten Jahre häufig in eine feindliche übergegangen sei. Er ging näher auf die Entwickelung der holsteinischen Frage ein, deren Verlauf ihm die Ueberzeugung verschafft habe, daß er den Kampf um den überwiegenden Einfluß in Deutschland beginnen müsse, wenn er nicht Preußens Existenz opfern wollte. Ueber die Neutralitäts-Verhandlungen mit Hannover, das „jeder Begründung durch das Bundes-Recht entbehrende" Votum am Bundestage, sowie die „wiederholte vergebliche Auf-

forderung zum Nordbündnis in der Nacht zum 15. Juni", die Katastrophe von Langensalza, „in der Ich Mich zwar nicht als Sieger hinstelle", glitt er jedoch mit einigen allgemeinen Redewendungen hinweg, und schloß mit den Worten, daß „die reiflichste, wegen Meiner verwandschaftlichen Verhältnisse zum Hause Hannover schmerzlichste Prüfung" ihn zu dem Beschlusse der Annexion hätte kommen lassen, „als einer Pflicht, Mein Preußen für die von ihm gebrachten schweren Opfer zu entschädigen, und die wahrscheinliche Wiederkehr der durch die unfreundliche Haltung Hannovers auch in Zukunft zu besorgenden Gefahren zu beseitigen".

Auf dieses die letzten Hoffnungen niederschlagende Exposé des Königs konnte Münchhausen nur erwidern, daß er, seit längerer Zeit ohne nähere Beziehungen zur hannoverschen Regierung, sich zwar außer stande sähe, deren Verhalten gegenüber Preußen zu beurteilen, daß aber die Antwort Sr. Majestät daheim ebenso tief und erschütternd wirken würde, wie in seinem Herzen. Die Hoffnung auf die Erhaltung einer wiewohl nur bedingten Selbständigkeit aber habe er an erster Stelle darauf gebaut, „daß die Erinnerung an die unwandelbar treue Anhänglichkeit des hochseligen Königs Ernst August — meines allergnädigsten Herrn — an Preußens Königshaus Ew. Königl. Majestät abhalten würde Höchstdessen Sohn und Enkel aus der Reihe der deutschen Regenten zu streichen".

„Von heute ab", so schloß er, „bleibt aber dem loyalsten und besonnensten Hannoveraner keine andere Aufgabe, als der Versuch, die durch die Annexions-Absichten erzeugte teilweise erbitterte Stimmung in die Empfindung hoffnungsloser Ergebung in die unvermeidlichen Fügungen der Vorsehung hinüber zu leiten."

Und diese Vorhersagung des Eindrucks, den die Kunde von der unwiderruflich beschlossenen Annexion im Lande hervorrufen würde, bewahrheitete sich rasch. Ich kann aber die Gefühle, welche sich aller Kreise bei dem Bekanntwerden des Ausgangs der Münchhausenschen Sendung und nach der Verkündigung des Einverleibungs-Patents bemächtigten, nicht besser schildern wie mit den Worten des katholischen Pfarrers Schlaberg*), der am Sonntag den 7. Oktober im Anschluß an das Evangelium von dem Vater, der den Heiland anfleht, seinen kranken Sohn zu heilen und Erhörung findet, seiner Gemeinde zurief:

„Wir, christliche Zuhörer, wir waren in unserm Gebete nicht so glücklich. Dem Herrn hat es nicht gefallen, den Kranken, um dessen Rettung wir ihn

---

*) „Ein Abschiedswort ans Vaterland" von Pastor Schlaberg.

seit Monaten angerufen, vor dem Tode zu bewahren. Gestern war sein Sterbetag. Gestern verkündeten unsere Glocken unser für uns so jammervolles Ende. Gestern stieg ein tausendjähriges Reich in die Gruft hinab, gestern wurde unser Vaterland begraben — und mit ihm unser angestammtes Fürstenhaus und die ruhmvolle Vergangenheit unserer Väter und unsere Selbständigkeit und unsere glorreiche Geschichte und unser Name. Am Rande dieser Grube, in die soviel was uns unvergeßlich ist, hinabgesenkt wurde, stehen wir in Thränen aufgelöst, ja festgebannt; wer kann es uns verargen? . . . . Ja Vielgeliebte, wir sind besiegt — aber nicht überwunden, gebeugt — aber nicht gebrochen, gedemütigt — aber nicht beschämt. Denn, haben wir gleich viel, unendlich viel verloren, so haben wir doch unsere ganze Ehre noch, und wer die Ehre hat, ist reicher, als ein ehrloser König . . . O, Du, dessen Namen wir nur noch in stillem Gebete nennen dürfen, vertraue auch ferner Deinem Stern, oder besser dem, der über den Sternen thront, und vergiß uns nicht, wie wir Deiner gedenken wollen. Dies Versprechen weihen wir Dir aus weiter Ferne, nimm es gütig an als einen schwachen Dankeszoll für all das Gute, das wir unter Deinem väterlichen Scepter genossen, und kannst Du nicht mehr in Deinem Lande weilen, ein Plätzchen muß man Dir lassen, was man nicht annektieren kann, in unserm Herzen" . . . .

Immer von neuem wurde die Bevölkerung daran erinnert, daß sie von dem teuren Hannoverland wie es gewesen war, und in dem sie und ihre Väter so glücklich und zufrieden gelebt, nun für immer Abschied nehmen mußten. Jetzt verließ auch die Königin das Schloß Herrenhausen, in dem sie so glanzvolle und so traurige Tage gesehen, für immer, und siedelte nach ihrem Privatbesitz, der Marienburg bei Nordstemmen über. Es war ihr aber bedeutet worden, daß sie bei der Abreise, um Ruhestörungen zu vermeiden, ihren Weg nicht durch die Stadt nehmen möchte. In Linden dagegen wurden zur Aufrechthaltung der Ordnung bei der Durchfahrt besondere Vorkehrungen getroffen.

Auch die Geistlichkeit mußte sich dem neuen Regiment fügen. Senior Bödeker wurde auf Denunziation eines preußischen Offiziers wegen einer am 7. Oktober in der Marktkirche gehaltenen Rede zur Verantwortung gezogen. Pastor Schlaberg, dessen „Abschiedswort ans Vaterland" schon am 16. Oktober konfisziert war, brachte sich durch die Flucht vor weiteren Verfolgungen in Sicherheit. Am 14. Oktober verfügte sodann ein Erlaß des Landeskonsistoriums, daß in dem Kirchengebete Sr. Majestät des Königs Georg und dessen Familie nicht mehr Erwähnung gethan

werden sollte, und am 27. Oktober ordnete die höchste geistliche Behörde das neue Kirchengebet an, welches die Gnade Gottes auf den jetzigen König „unsern Herrn“ herabflehte. Am 8. Oktober ward das Justiz-Ministerium in Hannover aufgehoben und der General-Polizeidirektor von Engelbrechten auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Der Betrieb der königlichen Münze war schon am 10. September sistiert worden. Durch eine Bekanntmachung vom 28. Oktober wurde befohlen, daß die hannoverschen Hoheitszeichen an den Grenzen zu entfernen seien, und an allen bis dahin mit dem hannoverschen Gelb und Weiß versehenen Gegenständen binnen vier Wochen die preußischen Landesfarben angebracht werden sollten. Uebereifrige Offiziere aber hatten schon im August die Schilderhäuser, Flaggenstangen u. s. w. schwarzweiß anstreichen lassen. Durch eine Verfügung vom 31. Oktober endlich wurden alle hannoverschen Konsulatsposten aufgehoben. Der Generalkonsul Wehner in London war bereits am 20. Juli infolge seiner Aufforderung, für verwundete hannoversche Soldaten zu sammeln, seines Amts entsetzt.

Begreiflicherweise aber erregte es ganz besonders den Zorn der preußischen Behörden, daß am 7. November 114 Mitglieder der verschiedenen Ritterschaften des Landes — nur die Osnabrücker hatte sich ausgeschlossen, weil sie es für unangemessen erachtete, sich irgendwie den preußischen Regierungs-Organen zu nähern — beschlossen, eine Erklärung zu veröffentlichen, welche aussprach, daß, „nachdem unter Nichtbeachtung der Rechte des angestammten Königshauses und des Landes und gegen dessen dringendste Wünsche die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen ausgesprochen ist“, in dem öffentlichen Rechtszustande „nichts weiter geändert werden dürfe, als was sich als unvermeidliche Folge der Annexion darstellt“. Jedenfalls dürften diese Aenderungen „nicht anders als unter Mitwirkung einer wahren Vertretung des Landes geschehen,“ und als solche Organe könnten die Unterzeichner nur die allgemeine Stände-Versammlung und die Provinziallandschaften betrachten.

Gegen diese Erklärung erhob sich nun in den offiziösen preußischen Blättern ein wahrer Sturm der Entrüstung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wies die „Prätensionen“ der Ritterschaften mit scharfen Worten zurück. „Die Anschauung der antipreußischen Ritterschaft läßt sich logisch nur durch Aufstellung einer notorisch unmöglichen Behauptung verteidigen“, meinte sie. Andere öffentliche Blätter beriefen sich einfach auf das Recht der Eroberung. Bis die preußische Verfassung eingeführt würde, „hat das Land überhaupt gar keine Verfassung, keine allgemeine

und keine Provinzialstände, sondern nur einen unumschränkten König, der Wilhelm der Erste von Preußen heißt und bei dem man nicht fordert, sondern bittet." Erst die nach dem preußischen Gesetz gewählten Vertreter des Landes im Berliner Herren- oder Abgeordnetenhause wären demnächst befugt, die Volkswünsche in gültiger Weise zur Kenntnis der Regierung zu bringen.

Den Beamten aber, welche sich an dieser Manifestation beteiligt hatten, wurde bei Androhung sofortiger Dienstentlassung aufgegeben, ihre Unterschrift zu widerrufen.

Durch alle diese Maßnahmen aber ließ sich die treue Anhänglichkeit der Hannoveraner an ihren angestammten Landesherrn nicht erschüttern. Der traurigen Irrungen, welche in den letzten Jahren das gegenseitige Vertrauen zwischen Fürst und Volk untergraben hatten, gedachte in dem allgemeinen Unglück niemand mehr. Eine auch vom Kronprinzen unterzeichnete Proklamation des Königs an sein Volk, d. d. 5. Oktober*) wurde trotz der Wachsamkeit und der Drohungen der preußischen Behörden in einer Nacht fast an allen Kirchen und öffentlichen Gebäuden angeschlagen und zugleich in Tausenden von Exemplaren auf die Straßen und Wege geworfen**). Ein an die Großmächte gerichteter Protest der Hannoveraner gegen die Einverleibung***), der selbst in den entlegensten Ortschaften im Geheimen zirkulierte, entging gleichfalls den preußischen Polizeiorganen und gelangte, bedeckt mit mehr als einer halben Million Unterschriften, glücklich zur Weiterbeförderung in die Hände des Königs. Sein Schluß lautete: „Aber indem wir uns einstweilen beugen müssen vor der rohen Gewalt, geben wir nicht die Hoffnung auf, und erheben darum unsere flehenden Stimmen, nämlich, daß die Hohen Regierungen der Großmächte von Europa dieses an unserem Könige und seinem Hause, und an uns, seinen Unterthanen, verübte Unrecht nicht als Recht anerkennen werden."

Immer einsamer wurde es nun um den unglücklichen vertriebenen Monarchen. Er war in den letzten Tagen des August mit dem Kronprinzen nach der Villa des Herzogs von Braunschweig in Hietzing übergesiedelt, die ihm dieser mit größter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt hatte. Dorthin kam auf seinen besonderen Wunsch nach der Annexion

*) Siehe dieselbe in der Schrift: „Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover" von Onno Klopp S. 10 ff.

**) Meding a. a. O. II. T. S. 382.

***) Siehe denselben in O. Klopp a. a. O. S. 13 ff.

auch seine älteste Tochter Friederike, um ihm während der traurigen Tage des Exils nahe zu sein. Die jüngere, Prinzessin Mary, die gleich nach der Katastrophe zu ihm nach „Fröhliche Wiederkunft" geeilt war, blieb nun bei ihrer hohen Mutter auf der Marienburg.

Und leider wurden jetzt nach und nach die treuesten Anhänger des Königs durch ehrgeizige Projektenmacher und selbstsüchtige Intriganten aus seiner Umgebung verdrängt. Sie stellten ihm vor, daß wenn er die Intervention Napoleons anriefe, seine Zurückführung auf den verlorenen Thron schon in nächster Zeit fast gewiß wäre, daß die beurlaubte Armee, namentlich aber die jüngeren Offiziere, mit Ungeduld des Augenblicks harrten, wo er sie wieder zu den Fahnen rufen würde und daß man nicht frühzeitig genug Unterhandlungen mit dem Pariser Hofe anknüpfen könne, um den richtigen Moment nicht zu verpassen. Der König griff freudig nach diesem Rettungsanker. „Die lebhafte Phantasie des Blinden überwog seine sonst so klare Einsicht*)." Der Gesandte v. d. Knesebeck aber, der es gewagt hatte, den Gedanken an ein Anrufen des Napoleoniden zu perhorreszieren, fiel in Ungnade, und kehrte tief im Innersten verwundet nach Hannover zurück.

Statt seiner betraute der König seinen Stiefbruder, den Prinzen Carl zu Solms-Braunfels, mit der delikaten Mission, in Paris für künftige Eventualitäten eine Annäherung anzubahnen. Der Kaiser hatte ihn durch den Herzog von Gramont wissen lassen, daß er ihm von der Badener Zusammenkunft her ein „sentiment de sympathie sincère" bewahrt habe, daß er aber zu seinem Bedauern nichts für ihn thun könne. Jetzt schrieb der König ihm**), daß er seinen Bruder beauftragt habe, ihm „seine Dankbarkeit für diesen Beweis des Wohlwollens und der Freundschaft zu bezeugen" und ihn von der Aversion in Kenntnis zu setzen, welche seine getreuen Unterthanen der ihnen aufgedrungenen Herrschaft entgegenbrächten, und wie sie mit „Entzücken den Tag begrüßen würden, wo es ihnen gestattet wäre, ihr gutes Recht und ihre Unabhängigkeit wieder zu erobern". Prinz Solms wurde am 23. September in Biarritz vom Kaiser und der Kaiserin mit besonderer Zuvorkommenheit empfangen. Mit großer Aufmerksamkeit las Napoleon den Brief des Königs, und die Erzählungen des Prinzen von dem Verfahren der Preußen in Hannover, von der Nichtauslieferung des Königlichen Vermögens erweckten sein

*) Dr. Hasse, „Erinnerungen aus meinem Leben" S. 210 ff.

**) König Georg V. an den Kaiser Napoleon d. d. 17. September 1866.

höchstes Interesse. „Aber glauben Sie mir", sagte er, „so sehr ich auch die traurigen Folgen dieses unglücklichen Krieges beklage, so kann ich doch für den Augenblick nichts thun, um so mehr da England, das die Sache zunächst angeht, sich teilnahmslos verhält." Dorthin müsse der König gehen. Dort würde er mit offenen Armen von der ganzen Nation empfangen werden, und das Ministerium könne unmöglich die Stimme des Volks unbeachtet lassen.

Noch einmal hatte der Prinz Gelegenheit, Napoleon zu sprechen. Am 26. September abends begegnete er ihm am Strande und schon von weitem kam der Kaiser auf ihn zu, um Abschied zu nehmen. Die Kaiserin ließ sogar den preußischen Gesandten „bouche béante" stehen, um Solms Lebewohl zu sagen und ihm Komplimente für Se. Majestät aufzutragen. Der Prinz kam aber mit dem Eindruck nach Hietzing zurück, daß in Frankreich bereits die großartigsten Vorbereitungen für den Krieg getroffen würden, und riet dringend, jemand nach Paris zu schicken, um die Presse zu beeinflussen*). Die eigenhändige Antwort Napoleons beschränkte sich jedoch auf einige allgemeine Versicherungen der Sympathie und der persönlichen Freundschaft.

Diejenigen aber, die es nicht hart genug zu tadeln wissen, daß der König, den alle legitimen Fürstenhäuser und seine nächsten Verwandten verlassen hatten, sich nun um Hilfe an den Parvenu auf dem Throne Frankreichs wandte, mögen sich der Worte Friedrich Wilhelm III., des Vaters des Königs Wilhelm, erinnern, der einst von Napoleon I. sagte, „er weiß nicht, was es heißt, angestammte Lande zu verlieren".

Unter den Männern, welche dem Könige Georg die Wiederaufrichtung seines Thrones in der nächsten Zukunft in Aussicht stellten, meinte es der Hauptmann von Düring anfangs wohl aufrichtig. Er war ein begeisterter Bewunderer der französischen Armee, deren Eigentümlichkeiten er während eines längeren Aufenthalts im Lager von Châlons eingehend studiert hatte, und ihre Ueberlegenheit über die preußische Streitmacht schien ihm unzweifelhaft. Nach der Auflösung seines kleinen Corps in Mainz war er sofort nach Hietzing geeilt und hatte dem Könige in einer Denkschrift seine Zukunftshoffnungen in so überzeugender Weise entwickelt, daß er ihn zu seinem Flügel-Adjutanten ernannte und ihn beauftragte,

---

*) Bericht des Prinzen Solms über seine Mission an den Kaiser Napoleon d. d. 8. Oktober 1866.

dieselben Ansichten nach Möglichkeit unter den hannoverschen Offizieren zu verbreiten.

Auch der Schloßhauptmann Graf Wedel, der im Spätsommer 1866 nach Hietzing kam, um die Leitung des Hofhalts zu übernehmen, schloß sich aus voller Ueberzeugung dieser exaltierten Partei an. Dagegen ist es heute kaum mehr zweifelhaft, daß der Regierungsrat Meding auch bei dieser Gelegenheit von vornherein ein verräterisches Spiel getrieben hat. Im Auftrage Bismarcks hat er nicht bloß das Berliner Kabinett von den geheimsten Vorgängen am Hietzinger Hofe auf dem Laufenden erhalten, sondern auch, wie er den König durch seine politischen Ratschläge vor der Katastrophe ins Verderben gerissen hat, ihn nachher finanziell zu Grunde zu richten gesucht, um ihn zur Abdikation zu bewegen. Wie Dammers berichtet*), hatte der General-Gouverneur von Voigts-Rhetz schon bei seiner Ankunft in Hannover die Weisung, Medings Frau mit Geld zu unterstützen. Ganz abgesehen von den wiederholten Fingerzeigen Bismarcks in seinen „Gedanken und Erinnerungen" ist es aber besonders auffallend, daß Meding in dem Hochverratsprozesse vor dem Staatsgerichtshofe im April 1868 nicht mit verurteilt ist, obgleich gegen ihn weit gravierendere Indizien vorlagen wie gegen die anderen.

Den Grafen Platen endlich trifft der schwere Vorwurf, daß er alle diese Umtriebe geduldet, und lieber, wie seine eigene Stellung zu opfern, es gelitten hat, daß sich immer mehr zweifelhafte Existenzen in die Nähe des Königs drängten, und zu Beratungen über die geheimsten Dinge zugezogen wurden. Er ist es auch gewesen, der der Uebersiedelung des Königs nach England stets widersprochen hat, denn er sah voraus, daß seine eigene Gegenwart infolge des unangenehmen Aufsehens, das seine Unterhaltungen mit dem früheren Gesandten Sir Henry Howard im Jahre 1864 (S. o. S. 204ff.) hervorgerufen hatten, dort nicht erwünscht sein würde.

Im Lande bildeten sich nun allenthalben geheime Komitees, welche die Erinnerungen an die alten glücklichen Zeiten pflegten und die Hoffnung auf einen baldigen Umschwung wach hielten. Sie suchten gegenüber den offiziösen preußischen Darstellungen durch Wort und Schrift die Bevölkerung über die eigentlichen Ursachen der Katastrophe und ihren Verlauf aufzuklären. Als aber einmal der König Wilhelm gegen eine Deputation aus der Stadt Osnabrück geäußert hatte, „daß er noch vor

*) Erinnerungen und Erlebnisse S. 167.

Langensalza, als die Schwerter schon gezückt waren, in betreff des Eintritts in den norddeutschen Bund und Beobachtung der Neutralität dem König Georg vergebens seine früheren Anerbietungen wiederholt hätte", sah sich dieser veranlaßt, in einem Schreiben an den Landdrost Freiherrn von Hammerstein*) durch eine authentische Darstellung der Verhandlungen mit dem Obersten von Döring am 25. Juni gegen diese Behauptungen Verwahrung einzulegen.

Die Leitung der ganzen Agitation aber lag in den Händen des Staatsministers a. D. Bacmeister, dem sich eine große Anzahl patriotischer junger Offiziere zur Ausführung seiner Anordnungen zur Verfügung stellten. Uebrigens sorgte die preußische Regierung selbst durch manche ungeschickte Maßregel der untern Organe dafür, daß die Unzufriedenheit mit den neuen Verhältnissen von Tage zu Tage wuchs. Namentlich richtete sich der Haß der Bevölkerung gegen die bewaffnete Macht und machte sich oft durch kleinliche Verhöhnungen und Beleidigungen Luft. Einzeln durch die Straßen gehende Soldaten wurden von Kindern und Erwachsenen durch den den preußischen Adler persiflierenden Ruf „Kuckuck" verspottet, und die Renitenz gegen die Anordnungen der neuen Regierung war schließlich so allgemein, daß der König sich durch eine Kabinettsordre vom 3. Dezember 1866 veranlaßt sah, den Generalgouverneur zu ermächtigen, wo er es im Interesse des Dienstes für erforderlich hielte, jeden Beamten ohne weitere Rückfrage vom Amte zu suspendieren. Hannoversche Militärpersonen aber, welche sich „an Agitationen und Demonstrationen gegen Meine Regierung mittelbar oder unmittelbar beteiligten", sowie solche Individuen, welche sich Beleidigungen gegen uniformierte preußische Militärs zu schulden kommen ließen, sollten sofort aufgegriffen und nach Minden abgeführt werden.

Infolge dieser drakonischen Verfügung wurden nun auch höhere Offiziere, wie z. B. der Oberst von Bülow-Stolle, der Oberstlieutenant Graf Kielmannsegge u. a. ohne Angabe jedes Grundes nach Minden gebracht, und ebenso nach einigen Wochen wieder entlassen, da man ihnen keine strafbare Handlung nachweisen konnte.

Ganz besonders aber verletzte es das Rechtsgefühl und die tief eingewurzelte Achtung der Bevölkerung vor dem Gesetz, daß auch Civilpersonen, nur auf den Verdacht hin, daß sie sich an Agitationen beteiligt hätten, ohne jeden Richterspruch durch preußische Patrouillen abgeholt

*) König Georg an den Landdrost Freiherrn von Hammerstein d. d. 26. November 1866.

und in die Kasematten von Minden transportiert wurden, obgleich ihnen gegenüber diese Maßregel nur für Insulten preußischer Militärpersonen vorgesehen war. Ja, volle drei Jahre später, nachdem der König Wilhelm längst anerkannt hatte*), „daß die Zustände in der Provinz Hannover sich allmählich immer günstiger gestalten und daß der Uebergang in ruhige normale Verhältnisse überall zweckmäßig eingeleitet worden ist“, scheuten sich seine Generale nicht, durch einen empörenden Gewaltakt, der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus das peinlichste Aufsehen erregte, die Gefühle der Hannoveraner aufs Tiefste zu verwunden.

In Celle war am 4. Oktober 1869 auf dem Rasenplatze im sogenannten „Kreise“ ein einfaches aber würdiges Denkmal enthüllt worden, welches eine Anzahl Bürger „ihren auf dem Felde der Ehre gefallenen Landsleuten“ vom 2. Infanterie- und Cambridge-Dragoner-Regiment gewidmet hatten. Am Mittwoch den 13. Oktober ging dem Komitee eine Aufforderung des Garnison-Kommandos zu, „das auf ihre Veranlassung auf dem früheren Kanonenplatze ohne Genehmigung der Militär-Behörde errichtete Denkmal binnen 24 Stunden wieder zu entfernen“. Sollte aber dieses nicht bis Donnerstag den 14. mittags 12 Uhr geschehen sein, so würde das Garnison-Kommando zufolge erhaltenen Befehls die Forträumung selbst veranlassen. Dabei bemerkte der Kommandant, Oberstlieutenant von Rex, ausdrücklich, daß ihm keine sachkundigen Kräfte zu Gebote ständen, er daher für etwaige Beschädigungen nicht einstehen könne. Wie man nachher erfuhr, hatte derselbe bereits am 3. Oktober sich vergeblich bemüht, die Aufrichtung des Denkmals durch Vermittlung der Polizei und der Landdrostei zu verhindern. Auch der Oberpräsident hatte es abgelehnt, sich in diese Angelegenheit zu mischen.

Aufs höchste überrascht und erschreckt, wandten sich die Komitee-Mitglieder um Schutz an die Gerichte. Die Behauptung, daß der Denkmalsplatz Eigentum der Militärbehörden sei, war derartig erstaunlich, daß der Amtsrichter von Bülow, dem sie den Fall vortrugen, nach Anhörung von Zeugen eine Verfügung erließ, wonach bis zum Austrag der Sache sich bei einer Geldstrafe von 100 Thaler niemand an dem Denkmal vergreifen dürfe. Von diesem Entscheid wurden das Generalkommando des 10. Armeecorps und das Garnisonkommando noch denselben Abend

*) Allerhöchste Kabinettsordre an den Generallieutenant von Voigts-Rhetz d. d. 14. September 1867.

in Kenntnis gesetzt. Dem Oberstlieutenant von Rex ward bei dieser gerichtlichen Verfügung denn doch etwas bedenklich zu Mute. Er telegraphierte also am nächsten Morgen 10 Uhr an den kommandierenden General von Schwarzkoppen und bat um Verhaltungsbefehle. Trotzdem dieser außerdem noch, wie gerichtlich bezeugt ist, die schriftliche Insinuation des Urteils bereits 11 Uhr 37 Min. in Händen hatte, entsandte er seinen Stabschef, den Obersten Graf Waldersee, mit dem bestimmten Befehl nach Celle, die Demolierung auf jeden Fall auszuführen. Um $2^1/_2$ Uhr nachmittags erschien denn auch ein Kommando des dort garnisonierenden Infanterie-Regiments und riß mit Brechstangen und sonstigen Werkzeugen das Denkmal nieder. Und dies geschah in der denkbar rücksichtslosesten Weise. Der Bruder eines bei Langensalza gefallenen Offiziers mußte, obgleich er nicht du jour hatte, bei der Demolierung zugegen sein. Zwei frühere hannoversche Sergeanten vom 3. und 4. Regiment wurden sogar befehligt, bei dem Zerstörungswerk mit Hand anzulegen.

Bei der Interpellation über diese Angelegenheit im preußischen Landtage am 25. November griffen Redner aller Parteien den Kriegsminister von Roon aufs heftigste an. Aber vergeblich betonte Windthorst, daß vor der Majestät des Rechts sich die sämtlichen Fahnen und Standarten der Armee zu beugen hätten. Vergeblich tadelte Graf Schwerin, daß man Gewalt vor Recht gesetzt, daß man preußische Soldaten herangezogen habe, um zu diesem Unrecht behülflich zu sein, daß die Regierung kein besseres Mittel wählen könne, um die Agitation zu fördern. Vergeblich äußerte Miquel, daß derjenige, der einem solchen gerichtlichen Urteil nicht Folge leistet, das Urteil bricht und das Recht leugnet; der unerhörte Rechtsbruch blieb ungesühnt.

Zwar behauptete Roon, die königliche Regierung wisse „bei jeder Gelegenheit den Grundsatz gleiches Recht für alle zu wahren“, die Militärbehörde hätte sich zu ihrem Vorgehen berechtigt gehalten, weil auf dem „Kanonenplatz“ bis 1715 ein militärisch-fiskalisches Stockhaus gestanden hätte (!) aber, in die Enge getrieben, mußte er doch zugeben, daß Schwarzkoppen die Zustellungsurkunde rechtzeitig erhalten hatte. „Die Bedeutung eines solchen Professoren-Urteils war jedoch den preußischen Generälen nicht ganz geläufig“, fügte er hochmütig hinzu.

Mit der Entscheidung des Amtsgerichts vom 24. Dezember, welche sowohl das Generalkommando wie das Garnisonkommando zur Zahlung einer Geldstrafe von 100 Thaler verurteilte, hielt man preußischerseits die Sache für abgethan. „Wie würde man wohl gegen eine Privatperson

verfahren, die in einem solchen Falle mit bewaffneter Hand eingeschritten wäre?" fragte der Abgeordnete Schulz-Berlin im Landtage.

Die Trümmer des Denkmals aber lagen, achtlos beiseite geworfen, lange Zeit im Holzstall des Polizeidirektions-Gebäudes. Dann brachte es ein Celler Bürger an sich und richtete es in seinem Garten wieder auf, wo es noch heute steht.

Unter den Fragen, die nach der Annexion erledigt werden mußten, war, nachdem König Georg die Civilbeamten ihrer Verpflichtungen gegen ihn enthoben hatte, die Regelung des künftigen Verhältnisses der hannoverschen Offiziere eine der dringendsten. Daß sie einen juristisch begründeten Anspruch auf Weiterzahlung der ihnen zugesicherten Gehaltskompetenzen besaßen, läßt sich kaum bestreiten. „Eine Zeit, mit welcher diese Verabredungen ihr Ende erreichen sollten, war nicht festgesetzt*)." Der Natur der Sache nach blieben also die Bestimmungen der Langensalzaer Kapitulation so lange in Kraft, als der Krieg dauerte. Daß aber kein Friedensschluß zu stande gekommen war, hatten weder sie, noch ihr unglücklicher Kriegsherr verschuldet. Sogar die preußische Regierung war sich dieses Rechtsverhältnisses nur zu wohl bewußt. Ich weiß, daß sie in einem, wenn nicht in mehreren Fällen einem Offizier eine bedeutend höhere Pension, als ihm sonst zukam, zugesichert und gezahlt hat, um ihn von der Anstrengung eines Prozesses abzuhalten. Anfänglich scheint sie sogar bereit gewesen zu sein, sämtlichen Offizieren gegen die allgemeine Entbindung vom Fahneneide die Kompetenzen weiter zu zahlen**). Der Einwand, daß „die Regierung sich nicht berechtigt halten könne, dem Lande neben den Kosten eines aktiven Offiziercorps noch die gleich hohen Kosten eines zweiten Offiziercorps aufzuerlegen, welches dem Könige und Vaterlande nicht aktiv dienen wolle und könne", ist durchaus hinfällig. Ebensowenig war die Besorgnis begründet, daß diese Offiziere jemals zu einer Gefahr für den preußischen Staat werden konnten, denn sie waren auf Ehrenwort verpflichtet, nicht gegen Preußen zu dienen, und von niemand war die Meinung ausgesprochen, daß sie ihr Ehrenwort beliebig wieder zurücknehmen könnten.

Jedenfalls aber kamen sie nun, so lange ihr bisheriger Kriegsherr

*) Vorstellung der Kommission zur Vertretung der Rechte der vormalig hannoverschen Armee an den General-Gouverneur von Voigts-Rhetz d. d. 26. November 1866.

**) Vergl. das Schreiben des Staatssekretärs von Keudell d. d. 29. September 1866 in Dammers a. a. O. S. 161.

sie nicht ihres Fahneneides entbunden hatte, in eine schwierige Lage, als sie durch eine Kabinettsordre des Königs Wilhelm vom 20. November aufgefordert wurden, sich darüber zu erklären, ob sie den Wunsch hegten, in die preußische Armee überzutreten oder beabsichtigten, um ihre Pensionierung einzukommen. „Die Entbindung von ihren bisherigen Verpflichtungen nachzusuchen und zu erwirken muß den betreffenden Offizieren überlassen werden," fügte der Generalgouverneur hinzu, und eröffnete ihnen zugleich, daß Zahlungen auf Grund der Kapitulation von Langensalza über den 1. Januar 1867 hinaus nicht in Aussicht gestellt werden könnten.

Für diesen Erlaß ist offenbar die Besorgnis maßgebend gewesen, daß sich freiwillig nicht genug Offiziere zum Uebertritt melden würden, deren man wegen der Neuformationen dringend bedurfte.

Inzwischen hatte sich eine Kommission von höheren hannoverschen Offizieren gebildet, welche es übernahmen, die Rechte ihrer Kameraden zu vertreten. Ihre Vorstellungen aber wurden von dem General von Voigts-Rhetz entschieden zurückgewiesen und ihnen anheimgegeben, „ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um Se. Majestät den König Georg zu veranlassen, daß er seine früheren Offiziere vom Eide entbindet und dadurch ihre Zukunft sichert".

Die Kommission entsandte daher den General v. d. Knesebeck nach Wien, um die Allerhöchste Entschließung zu erbitten. Der König war indes durchaus nicht geneigt, auf den Vorschlag einer allgemeinen Entbindung vom Fahneneide einzugehen. Freilich verhehlte er sich nicht, daß eine große Anzahl, namentlich jüngerer Offiziere, die sich einmal der militärischen Laufbahn gewidmet hatten, in die preußische Armee eintreten würden. Aber auf die andern, die sich nicht dazu entschließen konnten, sollte, soviel an ihm lag, kein moralischer oder pekuniärer Zwang ausgeübt werden. Ihnen wollte er die Vorteile dauernd zusichern, welche ihnen die Kapitulation von Langensalza gewährte. Mit diesem Bescheid reiste Knesebeck nach Berlin ab, wohin sich mittlerweile auch der General von Arentsschildt und die Obersten Cordemann und von Geyso begeben hatten. Auch der englischen Regierung gab der König von diesem Entschluß Kenntnis, denn sie hatte versucht, ihn zu Konzessionen in der Armeefrage zu bewegen, um dadurch Preußen zu einer für ihn günstigeren Abwickelung der Vermögens-Verhandlungen zu veranlassen, und sie versprach, eine solche Lösung der Angelegenheit in Berlin zu befürworten*).

*) Schreiben des Kabinettsrats Dr. Lex an den hannoverschen Gesandten in London, Baron von Blome, d. d. 26. Dezember 1866 (Meding a. a. O. II. T. S. 364 ff.).

Ich unterlasse es, die Gefühle der hannoverschen Offiziere beim Bekanntwerden der königl. preußischen Kabinettsordre zu schildern. Man begreift es indes, daß der Schmerz und die Erbitterung über die Kapitulation von Langensalza von neuem geweckt wurde, als man erfuhr, daß das altgewohnte Band der Kameradschaft zerrissen, die Offiziercorps aufgelöst und nach allen Richtungen der Windrose zerstreut werden sollten. Welche folternden Seelenqualen aber mit ganz wenigen Ausnahmen diejenigen durchgemacht haben, die nun um Aufnahme in die Armee bitten sollten, der sie noch vor einem halben Jahre feindlich gegenübergestanden hatten, kann nur der ermessen, der damals unter ihnen gelebt hat. Man versteht es, daß Einzelne in ihrer Erregung erklärten, sie wollten künftig lieber durch Steineklopfen an den Landstraßen oder durch Droschkenfahren ihr Brot verdienen, als in preußische Dienste treten, aber es war doch von vornherein klar, daß die meisten, da es sich um ihre Existenz und die ihrer Familien handelte, gezwungen sein würden, die preußischen Anerbietungen anzunehmen. Die Minderzahl dagegen, — über 100 — ließ den König durch einen Abgeordneten ersuchen, sie nicht ihres Diensteides zu entbinden, da sie sich für seine baldigst erhoffte Rückkehr nach Hannover zu seiner Verfügung zu halten wünschten. Gleichzeitig mit diesem Sendboten erschienen die drei Obersten von Stoltzenberg, von Geyso und Cordemann in Hietzing, um über den Erfolg der Berliner Verhandlungen Bericht zu erstatten. Die Deputierten waren nicht bloß von dem Grafen Bismarck, sondern auch von dem Kriegsminister von Roon und dem Könige selbst empfangen worden, aber alle ihre Vorschläge — z. B. möglichst eine größere Anzahl von Offizieren bei der Einteilung in preußische Regimenter zusammenzulassen — hatte man mit der Begründung zurückgewiesen, daß der in Hannover hergestellte Zustand als definitiv angesehen werden müsse, „daß **staatsrechtlich** der Fahneneid der hannoverschen Offiziere überall nicht mehr zu Recht bestehe, weil der König Georg nicht mehr Landesherr und ein Eid ungiltig sei, sobald die Unmöglichkeit ihn zu erfüllen, vorliege*).“ Ein Schreiben des Generalgouverneurs setzte sie sodann von den Bedingungen in Kenntnis, unter denen die darum Nachsuchenden in die preußische Armee aufgenommen werden sollten. Den aktiven Offizieren wurde die Beibehaltung ihrer Charge und ihres Patents zugesichert. Diejenigen, welche um ihre Pensionierung ein-

*) Aufzeichnung über die Audienz der Deputation am 12. Dezember 1866 bei Sr. Excellenz dem Herrn Kriegsminister von Roon (Bericht der Kommission zur Vertretung der Rechte der Offiziere der vormalig hannoverschen Armee ꝛc. S. 30 ff.).

kämen, sollten, wenn sie dem Könige Wilhelm den Diensteid leisteten, nach dem höheren preußischen, die anderen nach dem hannoverschen Tarif pensioniert werden. Den jüngeren Offizieren endlich, welchen auf Grund ihrer Dienstzeit noch keinerlei Pensionsanspruch zur Seite stand, sollte in Notfällen eine näher zu bestimmende Unterstützung für die Dauer von sechs Monaten bewilligt werden.

Dem König Georg schienen diese Zugeständnisse nicht genügend, um eine allgemeine Entbindung vom Fahneneide auszusprechen, obgleich die Kommission, der sich auch der General-Adjutant Dammers anschloß, eine solche dringend befürwortete. Es dünkte ihn ungerecht, daß in dem Abkommen nur für die Offiziere gesorgt war, die in preußische Dienste treten wollten, während die übrigen, ebenso wie die Unteroffiziere unberücksichtigt geblieben waren.

Dennoch ermächtigte er durch einen gnädigen Erlaß vom 24. Dezember 1866 den Generallieutenant von Arentsschildt, denjenigen, welche um ihre Entlassung einkämen, in seinem Namen den Abschied zu erteilen. Von dieser Erlaubnis machten 425 Offiziere Gebrauch, welche aktiv in preußische Dienste traten. Außerdem wurden 70 Offiziere nach preußischem, 62 nach hannoverschem Tarif pensioniert. Besonders schmerzlich aber berührte es den König, daß auch die Obersten Cordemann und von Geyso, die der Vermittelungs-Kommission angehört hatten, nun in den aktiven preußischen Dienst übertraten*).

Noch schwieriger war es, die Verhältnisse der Offiziere zu regeln, die sich auch ferner zur Disposition des Königs halten wollten, und da war es Meding, der die zufällige Abwesenheit des Grafen Platen benutzte, um den edelmütigen Monarchen für einen höchst zweifelhaften politischen Zweck zur Zusicherung einer immerwährenden Gehaltszahlung an diese treuen opferwilligen Männer zu bewegen. Jeder von ihnen mußte angeben, wieviel jährliche Einnahmen er aus seinem Vermögen oder dem Ertrage irgend welcher Beschäftigung bezöge, und der König verpflichtete sich, so viel zuzuschießen, daß ihnen ein jährliches Einkommen von 500 Thalern gesichert wäre**). Glücklicherweise verminderte sich diese Belastung der königlichen Kasse bald dadurch, daß, nachdem die Listen für die Aufnahme in die preußische Armee geschlossen waren, auch die anderen Bundesregierungen die Erlaubnis erhielten, in ihren Kontingenten

*) Dammers a. a. O. S. 174.

**) Meding a. a. O. II. T. S. 377 ff., dessen Angaben ich in diesem Falle aus eigener Erinnerung bestätigen kann.

vormalige hannoversche Offiziere anzustellen. Infolgedessen traten noch 68 Offiziere in kgl. sächsische, 6 in braunschweigische, 5 in mecklenburg-schwerinsche und 1 in sachsen-altenburgische Dienste; 3 fanden eine Anstellung in der österreichischen Armee*).

In denselben Tagen, wo alle diese Offiziere die Heimat verließen, um sich in ihre neuen Garnisonen zu begeben, stieg die luxemburgische Frage drohend am politischen Horizonte auf. Am 21. März 1867 hatte der König der Niederlande das Großherzogtum durch einen geheimen Vertrag an Frankreich verkauft, und es ließ sich voraussehen, daß Napoleon in der nächsten Zeit an Preußen das Verlangen stellen würde, die frühere Bundesfestung zu räumen, in der die preußische Besatzung nach dem Ende des Krieges verblieben war.

Bismarck jedoch, der sich noch nicht ganz schlüssig gemacht hatte, wie er sich zu der Sache stellen wollte, wußte den Grafen Benedetti mit großem Geschick an der Uebergabe der Depesche, die den Kauf notifizieren sollte, und den Krieg unmittelbar im Gefolge gehabt haben würde, zu verhindern. Am 24. Februar aber war der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes zusammengetreten, und nun veranlaßte er Rudolf von Bennigsen am 1. April durch eine Interpellation eine patriotische Kundgebung gegen „jeden Versuch ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterlande loszureißen“, hervorzurufen, und zu betonen, „daß die preußische Regierung im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen sei, das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin sicher zu stellen“. Am nächsten Tage teilte Bismarck sodann noch — als Warnung für Frankreich — dem Reichstage die mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse mit, und die Dinge schienen sich immer mehr zum Kriege zuzuspitzen.

In Hannover rief die Nachricht von einem in naher Aussicht stehenden neuen Kampfe gegen Preußen eine leicht begreifliche Aufregung hervor. Die jungen Offiziere, welche sich zur Disposition des Königs gestellt hatten, teilten den beurlaubten Unteroffizieren und Soldaten die frohe Kunde mit, daß der Tag der Rache nahe sei, ihr rechtmäßiger Landesherr bald in seine Residenz zurückkehren würde, und sie ihm dazu behilflich sein sollten. In Hietzing wiegte man sich auch in diesen Zukunftsträumen. Graf Platen war bereit, 500000 Thaler flüssig zu machen, um die Soldaten aus dem Lande zu bringen, wenn er die Gewißheit

*) Dammers a. a. O. S. 174.

einer französischen Allianz hätte*). Zunächst aber schien es ihm erforderlich, eine geeignete Persönlichkeit nach Hannover zu entsenden, um die geplante Aktion vorzubereiten und einheitlich zu organisieren. Mit dieser Aufgabe betraute er einen gewissen Baron Holle, der früher im Cambridge-Dragoner-Regiment gedient hatte und eine besondere Vorliebe für Verschwörungen und geheime Komplotte hegte. Dieser trat nach seiner Ankunft mit allen ihm bekannten früheren Offizieren in Verbindung und teilte jedem in der Umgebung seines Wohnortes einen bestimmten Distrikt zu, innerhalb dessen er die von der Zentralleitung ihm zugehenden Befehle an die früheren hannoverschen Soldaten befördern und sie auffordern mußte, sich des Rufs ihres Königs gewärtig zu halten. In Holles Zimmer hing an der Wand eine große Karte des Königreichs, auf der die Aufenthaltsorte seiner Untergebenen mit Stecknadeln bezeichnet waren.

Die nächsten Wochen vergingen in immer zunehmender Spannung und Ungeduld. Auch unter den waffenfähigen Mannschaften zeigte sich ein wachsender Drang zur Auswanderung und Holle mahnte immer dringender, sie endlich über die Grenze zu schaffen. Die Nachrichten, ob es wirklich zum Kriege kommen würde, aber lauteten noch immer ungewiß. Er entsandte daher vertraute Offiziere nach Wien, Luxemburg und Paris, um näheres zu erfahren, und alle kamen mit der Nachricht zurück, daß eine friedliche Verständigung in Aussicht stände, da die Preußen sogar schon begännen, das Kriegsmaterial aus Luxemburg fortzuschaffen. In der That hatte Bismarck es bei weiterer Ueberlegung nicht für geraten gehalten, den Fehde-Handschuh aufzunehmen. Es waren aber nicht bloß die unfertigen Zustände in Deutschland, die ihn davon zurückhielten, sondern vor allem der Einspruch des Zaren, der nicht wünschte, daß Preußen sich außer den Eroberungen in Norddeutschland auch noch das Großherzogtum Luxemburg angliederte. Schon am 26. April erklärte Bismarck sich daher bereit, auf den Vorschlag einer Konferenz einzugehen, am 7. Mai trat eine solche in London zusammen und am 11. kam ein Vertrag zu stande, welcher die Neutralität Luxemburgs und die Räumung der Festung durch die preußischen Truppen festsetzte.

Von dieser friedlichen Wendung mußte Meding, der als politischer Agent des Königs seit Anfang April in Paris weilte — und in unverantwortlicher Weise das Geld seines Allerhöchsten Herrn vergeudete, — seit der Erklärung des Staatsministers Rouher im gesetzgebenden

*) Graf Platen an Meding d. d. 29. April 1867 in Memoiren rc. S. 186 ff.

Körper am 27. April unbedingt Kenntnis haben. Auch Holle hatte mittlerweile von dem Grafen Platen den bestimmten Befehl bekommen, die Emigration anzuhalten. Aber Meding, an den er sich telegraphisch um Auskunft wandte, ob die politische Situation noch dieselbe sei, antwortete am 6. Mai nicht bloß bejahend, sondern mit dem Zusatz, daß sie noch gespannter geworden sei, — während Marquis de Moustier schon am 3. Mai im „Corps législatif“ erklärt hatte, daß am 7. eine Konferenz zusammenträte, welche „durch ihre Verhandlungen den europäischen Frieden befestigen würde“.

Auf das Telegramm Medings hin hielt es nun Holle für geboten, die Emigration in Bewegung zu setzen, und wenige Tage später gingen auf seinen Befehl eine gewisse Anzahl junger waffenfähiger Mannschaften und gedienter Soldaten über die holländische Grenze. Ihnen war Arnheim als Sammelpunkt angewiesen und dort fanden sich freilich nicht soviel wie man geglaubt hatte, sondern nur etwa 150 Mann zusammen. Das ist der Anfang der vielbesprochenen „Welfen-Legion“, die in den nächsten Jahren durch Zuzüge aus dem Lande, namentlich durch junge Leute, die sich der preußischen Militärpflicht entziehen wollten, auf etwa 1000 Mann anwuchs und das Budget des Königs auf das schwerste belastete. Meding selbst giebt (III. T., S. 454) an, daß der jährliche Betrag dieser Kosten sich schließlich auf 350000 Thaler belaufen habe.

Holle wurde kurz nach dem Erlaß seines Auswanderungsbefehls verhaftet und im Gebäude des Polizei-Präsidiums in Gewahrsam gebracht. Es gelang ihm jedoch nach einigen Tagen mit Hilfe einiger junger Offiziere, von denen ihm einer sein Pferd zur Verfügung stellte, zu entkommen und nach Paris zu flüchten.

Das Verhalten Medings in dieser Angelegenheit läßt nur eine Deutung zu. Er handelte im Auftrage Bismarcks, dem daran lag, den König Georg durch finanzielle und politische Verlegenheiten für die Vermögensverhandlungen und insbesondere für die Forderung der Abdication gefügig zu machen. Auch die Gründung einer großen politischen Zeitschrift („La Situation“) in Paris, zu welcher Meding seinen hohen Herrn zu überreden wußte, hatte wohl kaum einen andern Zweck. Man machte ihn glauben, daß hinter dem Unternehmen, das ein gewisser Holländer in Vorschlag brachte, die französische Regierung stände, und bewog ihn, nicht bloß ein Gründungskapital von 1500000 Franken für dies Unternehmen zu opfern, sondern auch das starke monatliche Deficit aus seinen Mitteln zu decken. Glücklicherweise starb der Redakteur sehr

bald, aber die Abwickelung der Verhältnisse des Blattes, dessen Eingehen dadurch unvermeidlich geworden war, verschlang von neuem wahre Unsummen. Einem der Redakteure allein mußten 60000 Franks Entschädigung gezahlt werden*).

Während dieser Vorgänge verlebte die Königin auf der Marienburg traurige und doch herzerhebende Tage. Täglich kamen auf dem Bahnhofe in Nordstemmen einzelne Personen und ganze Deputationen an, um ihre Huldigung darzubringen. Ja, als in der Umgegend das Gerücht kursierte, die preußischen Behörden hätten der Königin alle Einnahmequellen abgeschnitten, kamen die treuen Bauern sofort mit Speck, Schinken und Vorräten aller Art herbei, um ihre geliebte Landesmutter nicht Not leiden zu lassen. Sogar eine bare Summe von 15000 Thalern hatten sie unter sich gesammelt, die aber natürlich von der hohen Frau nicht angenommen wurde, so sehr diese Opferwilligkeit sie auch rührte.

Die preußische Regierung aber glaubte, daß sich in der Umgebung der Königin die Mittelspersonen befänden, durch welche der Hietzinger Hof die Agitationen im Lande lenkte. Alle Boten von dort wurden daher aufs strengste überwacht. Als nun in den letzten Tagen des Februar 1867 der Adjutant des Kronprinzen, Major von Klenck, mit einem Briefe des Königs an seine Gemahlin auf dem Bahnhofe in Nordstemmen eintraf, wurde er unter den Augen der Königin von zwei Geheimpolizisten verhaftet und in das Offizier-Arrestlokal der Marktwache in Hannover abgeführt, wo man auch seine Effekten auf das genaueste durchsuchte. Das königliche Schreiben nahm man ihm ab und obgleich er auf sein Ehrenwort versicherte, daß sein Inhalt durchaus nicht politischer Natur sei, erhielt er es erst bei seiner Freilassung nach 18stündiger Haft erbrochen und mit zwei preußischen Siegeln wieder verschlossen durch den Grafen Waldersee zurück. Die Eröffnung des Briefes war, wie der General-Gouverneur selbst zugestand, auf telegraphische Anordnung des Grafen Bismarck geschehen, der sich indeß einige Tage später auf Befehl seines Königs durch den Geheimen Rath von Stockhausen schriftlich bei Ihrer Majestät wegen dieses Vorgehens entschuldigen mußte**).

Am 11. März brachte der Staatsminister von Münchhausen, der bei den Wahlen zum Reichstage in der Residenz mit großer Majorität über seinen Gegenkandidaten R. von Bennigsen gesiegt hatte, die An-

*) Vergl. über diese Angelegenheit Meding a. a. O. III. T. S. 97 ff.
**) Mitteilung des Oberstallmeisters von Klenck d. d. 15. Januar 1901.

gelegenheit zugleich mit einer Schilderung der allgemeinen Zustände in Hannover zur Sprache*). Bismarck erwiderte mit einer donnernden Philippika, worin er seine Politik vor und nach dem Kriege zu rechtfertigen suchte. „Wenn das Blut, wenn die Freiheit Preußens aufs Spiel gesetzt wird", sagte er unter anderm, „wenn das ganze Königreich, wie es war, aufs Spiel gesetzt wird, wenn die Kroaten unser Land mit Plünderung bedrohen, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht wie lange, uns bedroht, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite giebt, dann soll man sich nachher nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen." Was speciell die Beschwerde über die Abführung von Personen nach der Festung Minden anbeträfe, so wäre das geschehen, weil sich im hannoverschen Gebiete keine Festung befände, sonst wäre es korrekter gewesen, sie dahin zu bringen. In der Thatsache aber, daß J. M. die Königin Marie es vorziehe, in diesem Augenblick in dem preußischen Lande zu verweilen, „trotz der fortgesetzten Weigerung ihres Herrn Gemahls, Frieden mit uns zu schließen", sah er lediglich einen „Beweis des Schutzes, welchen Fürsten und Fürstinnen auch dann, wenn sie unsere Feinde sind, jederzeit in Preußen finden". Dagegen gab er zu, daß das Erbrechen eines Briefes S. M. des Königs an die Königin Marie nicht mit den Intentionen S. M. des Königs Wilhelm übereinstimme, scheute sich aber nicht, zu behaupten, die Instruktion sei mißverstanden, der Auftrag überschritten, (??) „wie das häufig in gespannten Verhältnissen vorkommt". Man habe Proklamationen und dergleichen saisieren wollen; „an die Königin Marie kann ihr Herr Gemahl schreiben, was er will".

„Ich rate aber Ihnen und Ihren Freunden auf das dringendste, uns nicht herauszufordern. Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind!"

Und diese Drohung setzte er bald genug in Thaten um. Am 15. Mai glückte es einem preußischen Polizisten, in Frankfurt einen Hietzinger Courier festzunehmen, der außer einem Privatbrief des Königs an seine Gemahlin noch „hochverräterische Korrespondenzen" bei sich führte. Zwar fand sich in diesen letzteren nicht der geringste Hinweis auf die Königin, ihren Wohnsitz, die Marienburg, oder eine Persönlichkeit ihrer Umgebung. Trotzdem richtete der König Wilhelm am 25. Mai an die

*) Vergl. für das folgende den stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstags des norddeutschen Bundes vom Jahre 1867 S. 141 ff

hohe Frau einen Brief*), welcher unwiderleglich bezeugt, daß er von dem Inhalt des Schreibens des Grafen Platen an den Ministerpräsidenten von Bismarck vom 27. Juli 1866 keine Kenntnis erhalten haben kann. Denn, obgleich er damals den ihm gleichzeitig durch Heimbruch überbrachten Brief des Königs Georg unerbrochen zurückgeschickt und den Empfang des Gesandten verweigert hatte, schrieb er jetzt an die Königin, ihr Königlicher Gemahl hätte „keine Schritte gethan, um persönlich friedliche Beziehungen mit mir anzuknüpfen, sodaß wir uns noch als im Kriegszustande befindlich gegenüber stehen". Deshalb läge es „in der Natur der Umstände, daß Ew. Majestät Aufenthalt auf Ihrem Schlosse, der Marienburg, der der Mittelpunkt zur Ausbreitung der Verbindungen geworden ist," welche König Georg im Lande Hannover unterhielte. Um nun dem gegenseitig gleich peinlichen Verhältnis ein Ziel zu setzen, welches die Folge der unumgänglich notwendig gewordenen Regierungsmaßregeln sein würde, gab er der Königin anheim, „außerhalb meiner Staaten Ihren Aufenthalt zu nehmen. Sollten Ew. Majestät sich zu einem solchen Wechsel nicht entschließen, so würde ich mich veranlaßt sehen müssen, Ihnen als erhabenen Gast in meinen Staaten den Hof-Ehren-Dienst zuzuweisen, der einer Königin gebührt." Selbstverständlich lehnte die Königin dies Anerbieten auf das Allerentschiedenste ab und fügte die Versicherung hinzu, daß ihre Burg niemals der Sitz politischer Agitationen gewesen sei, daß sie in ihrer Nähe niemand dulden würde, der möglicherweise damit in Verbindung stehen könnte. Aber ihre Bitte, in stiller Zurückgezogenheit auf ihrem Privatbesitz weiter leben zu dürfen, fand kein Gehör.

Nun mußte der General-Gouverneur die Angelegenheit weiterführen und es entspann sich ein höchst unerquicklicher Briefwechsel zwischen ihm und dem Kammerherrn Ihrer Majestät, Grafen von Linsingen, der schließlich zu der Aufforderung an diesen führte, sich mit dem übrigen Hofstaat sofort von der Marienburg zu entfernen, um durch einen neuen dorthin zu sendenden preußischen Hofstaat ersetzt zu werden. Nur, wenn die Abreise der Königin binnen drei Tagen erfolgte, könnte der Eintritt der angeführten Maßregel „für den Moment noch sistiert werden". Diese kurze Frist wurde schließlich noch bis Mittwoch den 24. Juli verlängert. Einen von dem Grafen Linsingen überreichten Protest gegen diese Gewaltmaßregel aber sandte General von Voigts-Rhetz zurück, da er die hohe

---

*) Siehe diesen Brief sowie die ganze sich daran knüpfende Korrespondenz in Meding a. a. III. T. S. O. 299 ff.

Frau darin als „Ihre Majestät die Königin von Hannover" bezeichnet hatte. Es gehört jedoch eine dreiste Stirn dazu, in demselben Schreiben zu konstatieren, „daß gegen J. M. die Königin Marie kein Zwang angewendet worden ist, sondern daß der Entschluß, die Marienburg zu verlassen, ein durchaus freiwilliger gewesen ist*)."

Seitdem steht die Marienburg öde und verlassen und für all' die Tausende, die auf der Reise nach dem Süden alljährlich an ihr vorüberfahren, ist das stolze Schloß ein Gegenstand der Neugierde und der mitfühlenden Bewunderung. Die Königin aber nahm mit ihrer Umgebung ihre vorläufige Residenz in dem sogenannten „Kaiser-Stöckl" im Park von Schönbrunn, das ihr der Kaiser Franz Joseph zum Aufenthalt angeboten hatte.

Ebenso wie in der Armeefrage suchte sich nun die preußische Regierung den Verpflichtungen zu entziehen, welche sie in der Kapitulation von Langensalza hinsichtlich des Privatvermögens des König Georg übernommen hatte**). Der hochsinnige Monarch dagegen hatte nicht sobald erfahren, daß man im Lande die nach London geretteten Staatsschuldbriefe ꝛc. als Staatsgelder ansähe, und daß die Preußen unter der Androhung, die laufenden Einnahmen der Kron-Kasse mit Beschlag zu belegen, deren Auslieferung verlangten, als er am 13. Juli, noch von „Fröhliche Wiederkunft" aus, den Befehl erließ, daß bis zur Herstellung des Friedens diese Kapitalien unantastbar bleiben sollten. „Er wollte auch nicht einmal den Schein auf sich laden, als ob er nun, nachdem er aus seinem Lande vertrieben, die Gelder, die aus den Taschen seiner Unterthanen kamen und dem Staate angehörten, für seine Haus- und Privatzwecke verwenden wollte."

Und zu der Zeit war die preußische Drohung nicht einmal mehr ausführbar, denn die Bestände der königlichen Kron- und Schatullkasse befanden sich dazumal auch schon auf englischem Boden in Sicherheit. Der Oberhofmarschall von Malortie hatte es noch in den letzten Tagen vor der Kriegs-Erkärung wiederholt für ganz unnötig erklärt, diese Gelder zugleich mit der Generalkasse nach England zu überführen, obgleich der Geh. Finanzrat von Klenck sich bereit erklärt hatte, sie mitzunehmen.

*) Generallieutenant von Voigts-Rhetz an den Kammerherrn Grafen von Linsingen d. d. 24. Juli 1867.

**) Für das folgende benutze ich im wesentlichen die im Jahre 1869 erschienene kleine Schrift O. Klopps „Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover."

Als nun aber am Sonntag den 17. Juni der Einmarsch der Preußen jeden Augenblick erfolgen konnte, trat an Stelle der bisherigen Zuversicht eine große Aengstlichkeit und Unentschlossenheit. Daß das Gewölbe, in dem die Kronkasse sich gewöhnlich befand, bei den jetzigen Zeitläuften kein geeigneter Aufenthaltsort blieb, war klar. Man schaffte also die Barbestände, in sogenannte Akten-Kasten verpackt, in die Fürstengruft unter der Schloßkirche und verbarg sie hinter den dort noch von der provisorischen Beisetzung der Königin Friederike her hängenden Trauerdraperien. Die Kronjuwelen dagegen brachte der Kassenbote Menze ohne jegliche weitere Begleitung mittelst Droschke nach Herrenhausen und übergab sie der Obhut der Königin. Vierzehn Tage blieben die Gelder in ihrem stillen Verstecke in der Fürstengruft. Dann aber hielt man sie dort nicht mehr für sicher. Denn als einer der Kassenbeamten sich mit einem Licht in das Gewölbe begab, um die fälligen Coupons abzuschneiden, wurde der Lichtschimmer von vorbeipassierenden Jungen bemerkt, die sich ihre Beobachtungen laut zuriefen. Nun glaubte man die Sache verraten und trug also die Gegenstände durch den unter der Leinstraße befindlichen Gang in die Sterbezimmer des Königs Ernst August im sogenannten Palais.

Etwa vier Wochen später gelangte durch Vermittelung des Geh. Finanzrats von Klenck die königliche Weisung nach Hannover, auch diese Werte bei der ersten sicheren Gelegenheit nach London zu überführen. Hierzu erbot sich ein junger Banquier Coppel, der es wagen wollte, die Papiere, in verschiedene Koffer verpackt, als einfache Reiseeffekten mit sich zu nehmen. Die Abholung der Kasten aus dem Palais aber konnte nicht wohl geschehen, ohne Aufsehen zu erregen. Man steckte sie daher in große leinene Säcke und schaffte sie, auf einem Handwagen verladen, nächtlicherweile in die Privatwohnung des Oberkommerzienrats Hahn an der Brühlstraße, der sich mit größter Bereitwilligkeit zu ihrer Aufnahme erboten hatte. Wieder besorgte der Kassenbote Menze die Ueberführung, die auch glücklich unbemerkt gelang. obgleich einmal während der Fahrt ein Rad ablief — man denke sich den Schrecken der treuen Männer — und erst wieder hergestellt werden mußte. Schon am nächsten Tage reiste Coppel sodann mit den Wertpapieren nach Hamburg ab und lieferte seinen Schatz in London glücklich in die Hände des Geheimen Finanzrats von Klenck.

Mittlerweile war es den preußischen Machthabern mit leichter Mühe gelungen, die Nummern der im Juni nach London geretteten Obligationen

festzustellen. Gegen Klencks bestimmten Rat hatte man die abgetrennten Coupons in Hannover zurückbehalten, um damit die laufenden Ausgaben zu bestreiten, und ebensowenig fand man jetzt, nachdem das ganze Land in Feindeshand war, den Mut, diese Zinsscheine nachträglich zu beseitigen, oder sie ihm, wie er wiederholt verlangte, zuzuschicken. So konnte der preußische Civil-Kommissarius Freiherr von Hardenberg schon am 11./15. August die gesamten Wertpapiere namhaft machen und dekretieren, daß bis auf weiteres weder Zinszahlungen noch Rückzahlungen an Kapital darauf erfolgen sollten.

Eine zweite Verfügung vom 27. November dehnte diese Bestimmung auch auf die Depotpapiere aus, welche zur Sicherheit für aus dem Domanial-Ablösungsfonds empfangene Darlehn bei der Generalkasse deponiert waren. Diese Anordnungen würden getroffen, obgleich der preußischen Regierung der Erlaß des Königs Georg vom 13. Juli bekannt war, worin er sich verpflichtet hatte, die Kapitalien bis zum Frieden nicht zu verwenden. Sie schädigten also nicht ihn, sondern das Land.

Klenck aber, der längst vorausgesehen hatte, daß es so kommen würde, fand einen Ausweg, dem vorzubeugen. Er schloß auf eigene Verantwortung mit Pariser und Londoner Bankhäusern einen Vertrag ab, wodurch diesen die hannoverschen Obligationen gegen andere Wertpapiere ausgeliefert werden sollten. Dann begab er sich persönlich nach Hietzing, um die Genehmigung des Königs zu diesem Abkommen einzuholen. Der hohe Herr beharrte jedoch bei der Ansicht, daß diese Obligationen Staatsgelder seien, die er sich nicht berechtigt hielte, für seine persönlichen Zwecke zu verwenden.

Zur Bestreitung seiner Bedürfnisse blieb er also vorläufig auf die nach England geflüchteten Barbestände angewiesen, zu denen später noch die gleichfalls gerettete Kron- und Schatullkasse kam. Mit der Verwaltung dieses Vermögensrestes hatte der König zuerst den Banquier Ezechiel Simon beauftragt, einen der uneigennützigsten, geschäftskundigsten und vorsichtigsten Finanzmänner Hannovers, der seine glänzende Existenz, sein fürstliches Palais verlassen und seinen Wohnsitz nach Wien verlegt hatte, um nicht unter preußischer Herrschaft in seiner Heimat zu leben. Dieser wollte nun die Kapitalien in Papieren belegen, die seiner Meinung nach vollkommene Sicherheit boten, aber dabei einen verhältnismäßig höheren Zinsertrag versprachen, als die bisherigen. In dem Konseil, wo diese Angelegenheit beraten wurde, widersprach Klenck allein aufs heftigste. Ja, als Simon zur Begründung seiner Ansicht äußerte: „Die Börse beurteilt die von mir in

Anregung gebrachten Papiere in meinem Sinne und in solchen Dingen ist die Börse maßgebend", fuhr er heftig auf mit den Worten: „Was ist denn die Börse! Eine Versammlung von Juden, welche sich bemühen, in ihrem Interesse die Kurse zu beeinflussen!" Die Sitzung wurde aufgehoben. Simon aber legte natürlich sofort sein Amt nieder, und an seiner Stelle betraute der König den Legations-Kanzlisten Dr. Elster von der früheren Gesandschaft in Berlin mit der Verwaltung seines Vermögens — der sich bald zu den schwindelhaftesten Spekulationen bereden ließ.

Im August 1866 bot nun die englische Regierung zur Sicherung der Ansprüche der Agnaten aus freien Stücken ihre Vermittelung in der Vermögenssache an und der König acceptierte sie unter der ausdrücklichen Bedingung, daß in der Reklamation der Vermögens-Objekte niemals ein Verzicht auf seine politischen Rechte gefunden werden dürfe. Für die Krone ihres Vetters einzutreten aber fand die letzte Fürstin Englands aus dem Welfenhause nicht den Entschluß. Desto bereitwilliger kam Preußen ihren finanziellen Wünschen entgegen. Schon am 5. September konnte der hannoversche Gesandte Baron Blome berichten, daß Bismarck in der zuvorkommendsten Weise dem britischen Gesandten Lord Loftus versichert habe, dem Könige Georg würde von der preußischen Regierung ein Einkommen zugestanden werden, welches dem der reichsten englischen Pairs gleichkomme. „Vermutlich wäre Graf Bismarck nicht vollkommen über das Einkommen der reichsten englischen Pairs unterrichtet", fügte der Minister Lord Stanley hinzu. „Man dürfe dies Versprechen daher nicht ganz au pied de la lettre nehmen."

Nachdem dann aber England die rücksichtslose Annexion des Stammlandes seines Herrscherhauses unthätig hatte geschehen lassen, wurde die Haltung der Preußischen Regierung eine andere. Trotz der liberalen Versprechungen und der bereitwilligen Auskunft, welche hannoverscherseits über den Bestand des Vermögens gegeben wurde, und trotzdem sowohl der König Georg wie der König Wilhelm bereits im September ihre Bevollmächtigten ernannt hatten, verzögerte sich der Beginn der Verhandlungen von Monat zu Monat. Die preußische Regierung legte sogar Beschlag auf die in der englischen Bank liegenden Stocks von 600000 Pfd. Sterling*), deren Zinsen bislang an die „Lords of the

*) Dieser Fonds verdankt seinen Ursprung einem Darlehn von 3500000 Thaler, welches die hannoversche Regierung in den Jahren 1745—1754 nach und nach dem Kur-

Royal Hanoverian Regency" — die Minister — ausgezahlt waren, mit dem Vorgeben, daß nach dem Wortlaut der Stiftung seit der Annexion sie der berechtigte Empfänger wäre.

Am 13. November erklärte sodann Lord Stanley dem hannoverschen Gesandten, daß der König von Preußen als Vorbedingung eines Vermögensvertrages die Entbindung der hannoverschen Offiziere vom Fahneneide verlange. Nun lehnte es zwar der König Georg auf das allerentschiedenste ab, sich durch eigene Rücksichten irgendwie in der Armeefrage beeinflussen zu lassen. Aber durch seinen Erlaß an den General von Arentsschildt vom 24. Dezember ward diese Sache dennoch in einer für Preußen günstigen Weise geregelt. Trotzdem rückte die Vermögensangelegenheit nicht vom Fleck. Vielmehr wurden durch eine Verordnung vom 10. Dezember die sämtlichen nach London geschafften Wertpapiere amortisiert und durch Königliche Verfügung vom 20. Dezember dem Haus-Ministerium zunächst die Verwaltung der Jagden, der Königlichen Schlösser, Gärten und Gebäude genommen und sodann das Ministerium selbst aufgehoben.

Endlich, am 17. Januar 1867, ließ Lord Stanley den Baron Blome wissen, daß die preußische Regierung sich zur Eröffnung der Verhandlungen bereit erklärt habe. Infolgedessen begaben sich die Bevollmächtigten des Königs Georg, die Staatsminister Windthorst und Erxleben, nach Berlin, mußten aber monatelang warten, ehe ihnen irgend welche Mitteilung in dieser Angelegenheit zuging. Es gewann vielmehr den Anschein, als ob man preußischerseits überhaupt nicht daran dächte, die Zusicherungen der Langensalzaer Konvention zu erfüllen. Am 11. März 1867 wagte sogar Bismarck im Reichstage zu behaupten, dem König Georg sei damals „natürlich nur die Sicherheit desjenigen Privateigentums, das sich im Lager und bei ihm befand", zugesichert worden*).

fürsten von Sachsen gewährt hatte. Die Zinsen desselben wurden zunächst zur Unterhaltung des Militäretats verwandt. Nach Zurückzahlung des Kapitals am Ende des 18. Jahrhunderts legte man die Gelder in 3% englischen Stocks an, und sammelte mit anderen Zuschüssen allmählich eine Summe von 1100000 Pfd. Sterling, die nach Auflösung des „Kriegsgewölbes" der Generalkasse überwiesen wurden. Hiervon sind etwa die Hälfte zur Zinsreduktion der Schulden der General-Steuerkasse und ähnlichen Zwecken verkauft. Die Zinsen des Rests von 600000 Pfd. Sterling aber bildeten nach dem Staatsgrundgesetze und der Verfassung vom 5. September 1848 einen Teil der Krondotation.

*) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 S. 143 ff.

Dazu kam es Windthorst zu Ohren, daß man mit den Gegenständen des sequestrierten Vermögens sehr eigenmächtig verführe. Er hielt es daher für dringend erforderlich, die Kronjuwelen vor einer etwaigen Beschlagnahme in Sicherheit zu bringen. Im Februar erschien demnach der Geheimrat von Stockhausen bei dem Minister a. D. Grafen Kielmannsegge in Blumenau mit der Anfrage, ob er, resp. seine Gemahlin es übernehmen wolle, die Wertgegenstände nach England in die Obhut des Herzogs von Cambridge zu bringen. Als treue Diener ihres Königs erklärten Beide sich mit Freuden zur Uebernahme dieses gefährlichen Auftrages bereit.

Es wurde verabredet, daß am nächsten Abend eine Kammerfrau der Königin den Kronschatz in einem Reisewagen von der Marienburg über Linden und Herrenhausen der Hannover-Wunstorfer Chaussee zuführen sollte. Dort sollte eine Kielmannseggesche von dem Minister selbst geführte Equipage dem königlichen Wagen entgegen kommen und die Sachen in Empfang nehmen. Alles gelang nach Wunsch und am Abend lag der Schatz sicher im Keller von Blumenau.

Vierzehn Tage vergingen mit der Ueberlegung, wie die zahllosen Schmuckgegenstände am sichersten fortgepackt werden könnten. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, wie einen Teil der Diamanten aus der Fassung zu nehmen und, in kleine Säckchen verpackt, in den Reiseanzug der Gräfin einzunähen. In einer Handtasche führte die kluge Frau die kleine englische Juwelenkrone, in einem Wollknäuel verborgen, als Strickzeug mit sich, ein Strahlendiadem flach eingenäht als Ohrenwärmer unter dem Hut, mehrere Perlen-Halsbänder um den Nacken, Armbänder an den Armen. „Ich war so schwer mit Diamanten bepanzert", schreibt sie selber*), „allein acht Rivieren von Solitärs um mich herum, daß ich nicht bequem sitzen konnte." Der Graf nahm die großen Juwelen-Schleifen und die Steine aus der englischen Tiara an sich. Nur das Szepter und drei mit Edelsteinen besetzte Kronen ließ man aus Vorsicht zurück. Sie wurden aber im Sommer der Prinzessin Louise von Hessen in Rumpenheim übergeben, die sie später ihrer Schwester, der Herzogin von Cambridge, auslieferte. Mit den übrigen Gegenständen kam das gräfliche Paar glücklich ohne Fährlichkeiten nach London, und übergab die Juwelen dem Herzog von Cambridge, der sie im Tresor-

*) Aufzeichnung der Gräfin Kielmannsegge geb. von Zesterfleth über die Rettung der Kronjuwelen im Familienarchiv auf Schloß Gültzow in Lauenburg.

gewölbe von Coutts deponierte. Dort lagen sie bis zum Jahre 1869. Dann wurden sie auf Wunsch der Königin aus ihrem Gewahrsam genommen und abermals durch die Gräfin Kielmannsegge nach Wien gebracht, wobei ihr dieses Mal ihr Sohn, der österreichische Marineattaché in London, hilfreiche Hand leistete und namentlich die Schwierigkeiten der vielen Zollrevisionen geschickt zu beseitigen wußte.

Endlich in der zweiten Hälfte des April 1867 bequemte sich die preußische Regierung, den hannoverschen Bevollmächtigten eine Proposition in der Vermögenssache zu übergeben. Es war die Zeit, als die Luxemburgische Krisis ihren Höhepunkt erreicht hatte und man fürchtete, daß sich eine französisch-englisch-russische Allianz gegen Preußen bilden könnte. Der Vorschlag aber enthielt im § 1 die Bestimmung, daß der König Georg die Einverleibung des ehemaligen Königreichs Hannover in die preußische Monarchie anerkennen sollte. Er wurde daher von ihm sofort mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen. Auf die Gegenvorschläge der hannoverschen Kommissarien aber erfolgte monatelang keine Antwort. Endlich am 3. September traten die preußischen Bevollmächtigten mit einem neuen Entwurf hervor, die sie ausdrücklich als Ultimatum bezeichneten. Er war offenbar das Ergebnis der in der Zwischenzeit mit der englischen Regierung gepflogenen Verhandlungen. Darin war festgesetzt, daß zur Ausgleichung des Ertrags der Vermögensobjekte, welchen der König Georg bisher aus den Domänen und Forsten, den oberlehnsherrlichen Rechten u. s. w. bezogen hatte, sowie als Ersatz für die Schlösser, Gärten und alles sonstige Grundeigentum die Summe von 11 Millionen Thaler Courant in $4^1/_2$ prozentigen preußischen Staatspapieren nach dem Nennwert und fünf Millionen Thaler bar gewährt werden sollten. Zur dauernden Sicherstellung dieses Kapitalvermögens hatte Se. Majestät der König auf hausgesetzlichem Wege diejenigen besonderen Anordnungen zu treffen, welche ihm für diesen Zweck geeignet erschienen. Außerdem wurde ihm das in 3 prozent. englischen Stocks angelegte Kapital von 600000 Pfd. Sterl. nebst sämtlichen Zinsen zugesprochen. Für den Fall aber, daß „Se. Majestät der König Georg V. auf die hannoversche Königskrone für Sich und Seine Erben ausdrücklich verzichtet“, wurde ihm auch noch der Besitz des Schlosses Herrenhausen und der Domäne Calenberg zugesichert.

Mit diesen Vorschlägen erklärte sich der König in jeder Beziehung einverstanden und ließ am 20. September zugleich den Entwurf eines Hausgesetzes im Sinne des § 11 des Ultimatums überreichen. Da erhoben, als der Vertrag formell ratifiziert werden sollte, die preußischen

Bevollmächtigten neue Schwierigkeiten. Angesichts der notorisch feindseligen Haltung des Königs Georg gegen Preußen, so sagten sie, müsse die Bestimmung, daß die Ausgleichssumme vier Wochen nach der Ratifikation gezahlt werden solle, wieder gestrichen werden. Außerdem verlangten sie, daß diese Summe nicht dem Könige, sondern einem in Hannover einzusetzenden Kuratorium überantwortet und von diesem verwaltet werden sollte. Alle Bemühungen, wenigstens die erstere Bestimmung des ursprünglichen Vertrages aufrecht zu erhalten, waren vergeblich. Die Zeit aber drängte. Denn mit dem 30. September erlosch die Diktatur, welche der König von Preußen in Hannover ausübte und er war an die Zustimmung des Landtages gebunden. Und da man preußischerseits sich schließlich zu ferneren Verhandlungen über die Sicherstellung des Fidei-Kommiß-Vermögens bereit erklärte und nicht auf der in Aussicht genommenen Kuratel bestand, die der König Georg auf das Entschiedenste ablehnte, so wurde der Vertrag am 29. September 1867 von den Bevollmächtigten beider Kontrahenten unterzeichnet.

Zunächst schienen nun alle Schwierigkeiten geebnet. Die Ratifikation des Königs von Preußen erfolgte ohne alle und jede Bedingung irgend welcher Art. Die nach England geflüchteten Wertpapiere wurden, der getroffenen Vereinbarung gemäß, im November nach Hannover zurückgebracht und an die preußischen Kommissarien abgeliefert. Der Beschlag auf das Vermögen des Königs Georg wurde aufgehoben und man hielt in Hietzing die Angelegenheit so definitiv erledigt, daß man gewisse Vermögensobjekte, Pferde, Weinlager, Inventarienstücke, die wertvollsten Familienkostbarkeiten u. s. w., die nachher der abermaligen Beschlagnahme anheimfielen, vertrauensvoll in Hannover ließ.

Aber bald genug zeigte es sich, wie wenig begründet dies Vertrauen war. Am 20. November 1867 brachte der Finanzminister von der Heydt ohne die geringste zwingende Veranlassung im Abgeordnetenhause — in dem zum ersten Male auch hannoversche Deputierte saßen — eine Vorlage ein, um die Genehmigung zu den finanziellen Maßregeln nachzusuchen, welche zur Erfüllung des Vertrages notwendig waren. Auch weigerte er sich nicht, den Vertrag selbst dem Landtage vorzulegen, obgleich er nach dessen eigenem Anerkenntnis nicht dazu verpflichtet war.

Schon in der Kommission hatte Bismarck große Mühe, die Begehrlichkeit der Abgeordneten einigermaßen in Schranken zu halten, die am liebsten den ganzen Vertrag annulliert und dem Könige Georg gar nichts gegeben hätten. Innerlich freilich war auch er derselben Ansicht,

daß der unglückliche Monarch keinen Pfennig von den ihm versprochenen Millionen erhalten sollte, aber um dieses Ziel zu erreichen, wollte er andere Mittel und Wege einschlagen wie sie. Wenn er sich nicht den gefährlichsten äußern Komplikationen aussetzen wollte, durfte er gegen die Rechtsgiltigkeit des eben geschlossenen Vertrages keine Zweifel aufkommen lassen. Er erklärte sich aber mit einem von Rudolf von Bennigsen eingebrachten Zusatz zu dem Gesetzentwurf einverstanden, wonach die Zustimmung des Landtages zu den „im § 4 des Vertrages vorgesehenen besonderen — finanziellen — Anordnungen und definitiven Vereinbarungen" für erforderlich erklärt wurde.

Dennoch gab es im Abgeordnetenhause noch harte Kämpfe, bis Bismarck die Genehmigung durchsetzte. Er hielt es sogar für nötig, für den Fall, daß er von der Landesvertretung desavouiert werden würde, die Kabinettsfrage zu stellen, und den neuen Leuten, die dann die Regierung übernehmen müßten, zuzurufen: „Dann werden Sie nach sechs Monaten alle diejenigen Gründe erkannt haben, die zum Abschluß des Vertrages bestimmten, und die ich auf der Tribüne nicht öffentlich erwähnen will". Merkwürdigerweise bezog er sich aber in seinen Ausführungen nirgends auf die Kapitulation von Langensalza. Er meinte vielmehr, die Einverleibung des Königreichs Hannover, „dessen Gemeinschädlichkeit für Deutschland sich bewährt habe", sei eine Art Expropriation. Dann zog er geschichtliche Analogien heran, die Depossedierung Heinrichs des Löwen durch Friedrich Barbarossa, diejenige des Kurfürsten von Sachsen durch Carl V., um zu beweisen, daß im Gegensatz zu Frankreich und Italien in Deutschland in solchen Fällen stets eine Abfindung gewährt sei. „Ich hätte noch 10 Millionen mehr gegeben", sagte er ferner, „wenn ich die Unterschrift des Königs Georg nicht anders hätte erreichen können". „Ein reicher Prätendent hat noch nie seine Prätensionen durchgesetzt; ein armer, der mit seinen Genossen nichts zu verlieren hat, wagt mehr, und hat sie deshalb bisweilen durchgesetzt." Da aber Preußen durch die Annexion Hannovers sein Aktivvermögen um 250—300 Millionen Kapital vermehrt habe, so wäre die Frage der Herausgabe der 16 Millionen eine Kleinigkeit. In namentlicher Abstimmung wurde sodann am 1. Februar der Bennigsensche Gesetzentwurf mit 254 gegen 113 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Geschichtsschreibers von Sybel, der das Vermögen des Königs Georg einfach als preußisches Staatseigentum erklären wollte, wenn er einen Versuch machte, seine Krone wieder zu erobern, wurde von Bismarck als **überflüssig** zurückgewiesen.

Noch krasser wie im Abgeordnetenhause trat der Wunsch, die 16 Millionen nicht herauszugeben, im Herrenhause hervor. In der Sitzung vom 18. Februar äußerte der Baron von Senfft-Pilsach, „er verstehe die erhobenen Bedenken nicht; die Welt sei zu zart geworden. Früher habe der Sieger den besiegten König in einen vergitterten Wagen gesetzt und auf seinen Märschen mitgeführt“. Erst der Berichterstatter von Brünneck lenkte die Diskussion auf den Punkt, den die Regierung im Auge hatte. Er machte darauf aufmerksam, daß Georg V., „dieser in Hietzing übel geleitete Fürst“, alles in Bewegung setzte, um „sein von Gott und Rechtswegen verlorenes früheres Land“ aufzuwiegeln. Redner könne es deshalb vor seinem Gewissen nicht verantworten, „diesem Fürsten die Mittel zu geben, um Pläne, wie sein fortgesetzter Haß, seine fortgesetzte Feindschaft gegen unsern König ihm diktieren mögen, zu verwirklichen“. Und unter allgemeinem Bravo des hohen Hauses erklärte der Minister von der Heydt, daß das Ministerium auf diese Machinationen bereits ein aufmerksames Auge gerichtet habe. „Wenn aber der König Georg Mißbrauch macht von dem ihm gewährten Aufenthalt in Hietzing, so würde die Regierung zunächst verpflichtet sein, sein Vermögen von neuem mit Sequester zu belegen, und keinen Thaler von der Rente zu geben, bis auch der andere Teil ebenso ehrlich wie wir den Vertrag zu halten entschlossen ist.“

Infolgedessen fühlte sich auch das Abgeordnetenhaus bewogen, die Regierung zu einer ähnlichen Kundgebung zu veranlassen. Am 26. Februar brachte der Abgeordnete von Kardorff eine Interpellation ein, um dem königlichen Staatsministerium Gelegenheit zu geben, die irrige Meinung nämlich, daß man dem Könige eine „exorbitante“ Summe um nichts und wieder nichts ohne Gegenleistung bewilligt habe, zu berichtigen. Es sei eine Art Selbstüberwindung für das Haus gewesen, sagte er, „16 Millionen für einen Fürsten zu bewilligen, bei dessen bloßem Namen im Jahre 1866 das Blut in unsern Adern kochte, wenn wir des unnützen Gemetzels von Langensalza gedachten“. Und dann fügte er hinzu, der Eindruck der Erklärung des Ministers v. d. Heydt im Herrenhause würde wesentlich durch den Umstand abgeschwächt, daß der König Georg unmittelbar nachher einer Massendeputation gegenüber gesagt habe, er hoffe binnen kurzem ein unabhängiges freies Welfenreich wiederhergestellt zu sehen, während zu gleicher Zeit sich die Agitationen in Hannover, die Werbungen für die unglückliche hannoversche Legion verdoppelten und verdreifachten.

Das Ereignis, auf das er anspielte, war die Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares am 18. Februar 1868. Trotz aller Schwierigkeiten, welche die preußische Regierung der Abfertigung eines Extrazuges von Hannover nach Wien entgegensetzte, fanden sich über 2000 Hannoveraner aller Volksklassen zur festgesetzten Zeit in Leipzig ein, und reisten von dort in zwei Sonderzügen nach Wien weiter, wo sie am 17. Februar morgens eintrafen. Viele hatten nur mit größter Aufopferung die Mittel zu einer solchen Fahrt erschwingen können, lediglich um ihrer Liebe und Treue zu ihrem angestammten Herrscherhause Ausdruck zu geben. Am 18. wurde eine Deputation nach der andern von dem erlauchten Paare empfangen. Die Packträger von Hannover überreichten ein fein geschnitztes Kästchen aus Cedernholz, darin ein Baum, an dessen Fuß in zwei Silberplättchen die Namen des Königs und der Königin eingraviert waren. Eine arme Witwe brachte einen silbernen Myrtenkranz, aus dem drei Blüten sproßten. Sie hatte jahrelang sich das tägliche Weißbrot versagt, um das nötige Geld für diese Gabe zusammen zu bringen*). Am meisten Aufsehen erregte das silberne springende Pferd, das Wahrzeichen des Welfenhauses und des niedersächsischen Stammes, zu dem die Bewohner aller Gaue Hannovers beigesteuert hatten.

Abends gab der König seinen aus der Ferne herbeigeströmten Unterthanen ein großes Fest. Auf der Tafel erglänzten die eben wieder aus ihrem Versteck hervorgeholten Prunkstücke der Silberkammer. Für jeden, der ihm vorgestellt wurde, hatte der König ein freundliches Wort. Dann ließ er sich den silbernen Pokal reichen, den die nicht in preußische Dienste getretenen Offiziere ihm dargebracht hatten, und sprach seinen Landeskindern, die zum letzten Male so zahlreich um ihn versammelt waren, seinen Dank aus, daß sie die weite Reise nicht gescheut hätten, um ihre Teilnahme und ihre Wünsche zu überbringen. „Durch Euer Kommen habt Ihr Balsam des Trostes in unsere wunden Herzen geträufelt .... Bauen wir mit unerschütterlicher Zuversicht auf die allwaltende und nie endende Gerechtigkeit des dreieinigen Gottes .... Erflehen wir ohne Unterlaß von Ihm die baldige Wiederherstellung unseres geliebten hannoverschen Vaterlandes, meines Welfenreiches und Thrones und meine Rückkehr zu meinem von mir so über alles geliebten und so beispiellos treu bewährten Volke, als König in alter Selbständigkeit und Unabhängigkeit."

*) Siehe die Schrift: „Die silberne Hochzeit des Königspaares von Hannover am 18. Februar 1868", S. 19.

Hatte der unglückliche Fürst damit seine Getreuen auch nur zum Gebet für seine Wiederkehr aufgefordert, so waren diese Worte es doch, welche Herrn von Kardorff Anlaß gaben, zu konstatieren, der König habe durch seine provokatorischen Aeußerungen den Anstand, die geschäftliche Loyalität verletzt. Wenn also die Regierung „selbst einen solchen Exzeß machte“ und dem Könige den zerrissenen Vertrag vor die Füße würfe, so würde ein solcher Akt allgemeinen Jubel im preußischen Lande hervorrufen.

Diesem Appell kam der Finanzminister v. d. Heydt auf das bereitwilligste entgegen. Er erklärte es für eine gebieterische Pflicht der Regierung, über die Ruhe des Landes und den Frieden Europas zu wachen. Wenn der in Aussicht genommene Moment einträte, so würde sie „das gesamte Vermögen der Königs Georg für die Kosten der Ueberwachung und der Abwehr, sowie aller Konsequenzen der staatsgefährlichen Unternehmungen dieses Fürsten und seiner Agenten haftbar machen“.

Der Zustimmung des Landtages für diese Maßregeln war also Bismarck gewiß. Aber er durfte den übrigen Mächten keine Zeit lassen, Einspruch zu erheben. Deshalb wurden die Stände am 29. Februar vertagt und am 3. März verkündete der Staats-Anzeiger das Gesetz betreffend die Bestreitung der dem König Georg gewährten Ausgleichssumme und in derselben Nummer auf Grund des Artikels 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 eine sogenannte Notverordnung, welche „sämtliche nicht dem Staate Preußen verbliebenen Wertobjekte“ desselben von neuem mit Beschlag belegte.

Wegen der Freigebung der in der englischen Bank lagernden 600 000 Pfund Sterling mußte Klenck infolgedessen noch einen weitläufigen Prozeß anstrengen, der jedoch am 8. Mai 1869 zu Gunsten des Königs entschieden wurde. Am 9. Juli wurde sodann die Umschreibung dieser Summe auf die vier Agnaten des Welfenhauses vorgenommen und am 17. lieferte Klenck den Rest der noch in London verbliebenen Gelder in Hietzing ab.

Um seinen Gewaltakt vor der Welt zu rechtfertigen und eine auswärtige Intercession zu verhindern, setzte nun Bismarck einen politischen Monstre-Prozeß in Scene. Am 8. April 1868 wurden acht ehemalige hannoversche Offiziere, darunter der Schloßhauptmann Graf Wedel, der Hauptmann von Düring und der Baron Holle, deren Namen man durch die im Mai 1867 saisierten Briefe erfahren hatte, von dem Staatsgerichtshofe wegen Staats- und Hochverrat in contumaciam zu zehnjähriger

Zuchthaus-Strafe und Polizei-Aufsicht von gleicher Dauer verurteilt. Diese Anklage wurde einige Wochen später auf den Minister Graf Platen ausgedehnt, dem vorgeworfen wurde, er habe als „königlich preußischer Unterthan" in den Jahren 1867/68 Hochverrat begangen. Es half ihm nichts, daß er, gestützt auf die Gutachten namhafter Rechtsgelehrten, die Kompetenz des Staatsgerichtshofes bestritt, weil er niemals preußischer Unterthan gewesen sei, und sich weigerte, persönlich vor dem Gerichte zu erscheinen. Am 8. Juli wurde er „wegen der besonderen Gefährlichkeit des Unternehmens und der außerordentlichen und sehr hohen Geldsummen", welche dazu aufgewendet seien, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Stellung unter Polizei-Aufsicht verurteilt. Die Auffassung des Gerichtshofes aber kennzeichnet sich am besten dadurch, daß man ihm, der doch damals als aktiver hannoverscher Minister gehandelt hatte, vorwarf, er sei es gewesen, „von dem die Noten herrührten, welche in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1866 dem preußischen Gesandten Prinzen Ysenburg überreicht worden seien, welche die Kriegserklärung zur Folge gehabt hätten".

Ein Protest, den der König Georg am 8. April 1868 wegen des gegen ihn beliebten Verfahrens an alle Souveraine Europas erließ, hatte natürlich keinen Erfolg. Graf Bismarck legte vielmehr im Januar 1869 die Verordnung vom 2. März 1868 dem Landtage zur Genehmigung vor. Am 29. Januar kam die Angelegenheit im Plenum des Abgeordneten-Hauses zur Verhandlung. In den Reden Windthorsts und Bismarcks über diese Sache aber spiegelt sich deutlich die Verschiedenheit in der Auffassung des großen Rechtsgelehrten und des großen Staatsmannes. Windthorst wandte sich an „die Vertreter einer ritterlichen Nation, an die Sieger, die die Gebote der Hochherzigkeit kennen". Er machte darauf aufmerksam, daß die Anträge der Kommission dem § 63 der Verfassung zuwiderliefern, daß durch die Vorlage der Landtag zugleich Kläger, Beweisführer, Beweismittel, Urteilsfinder, Gesetzgeber alles in einer Person werden würde, daß man von keinem Notstande, von keiner Gefahr sprechen könne, die nicht schon zur Zeit des Abschlusses des Vertrages thatsächlich bekannt gewesen wäre. Es sei falsch, daß durch diesen Vertrag der König Georg stillschweigend abdiciert habe. Das Gebiet dieses Vertrages sei ausdrücklich das Vermögen, von politischen Dingen sei nicht die Rede gewesen; wie man nachträglich diese hinein interpretieren könne, sei unverständlich. Völlig unzulässig aber sei es, sich hinsichtlich des Bestehens einer Legion auf „teilweise Notorietät" dieser Thatsache zu berufen. „Und ich sage Ihnen, geben Sie mir ein unabhängiges und unparteiisches Ge-

richt und die Versicherung der Exekution, und ich werde, wenn ich es vermöchte, den Vertrag zerreißen, und Sie auf Herausgabe der Domainen verklagen." . . . „Meine Herren, es ist klar, daß nach der Verordnung der König Georg schlimmer behandelt wird, als ein verurteilter Hochverräter. Nach unseren Gesetzen wird das Vermögen eines Hochverräters mit Beschlag belegt; es wird aber unter Aufsicht der Gerichte verwaltet, es wird ein Kurator bestellt, der die Verwaltung führt, und es kann keine Ausgabe gemacht werden ohne das Gericht; es muß also die strengste Rechnungs-Ablage erfolgen. Wie steht das alles hier? Ist das ein entfernt analoges Verhältnis, ist es nicht ein viel schlimmeres Verhältnis?"

Bismarck stellte den juristischen Theorien Windthorsts den „Standpunkt der politischen Realität" gegenüber. Er gab zunächst genaue Notizen über den Bestand der sogenannten hannoverschen Legion, von der er nach den Mitteilungen seiner Agenten behauptete, daß sie nicht bloß militärisch organisiert, sondern auch bewaffnet in Frankreich sich aufhielte. Welches die „intime Quelle" gewesen ist, aus der er seine Nachrichten über den Betrag der Summe, den diese Legion dem König Georg kostete, die exakten Mitteilungen über den Aufenthalt und das Traktament dieser Leute geschöpft hat, läßt sich nur vermuten. Dann behauptete er, er hätte mit Gewißheit erwartet, König Georg würde mit dem Abschluß des Vertrages „auf die traurige Rolle eines Fürsten verzichten, der den Krieg fortgesetzt an der Spitze von 1000 oder 1400 verführten Leuten". Das Auftreten der Emigration, „welches sich an die Häuser Este und Brabant gekettet hat", aber hielte genauen Schritt mit der Steigerung der Kriegsgefahr. Dieses Faktum allein gebe der Staatsregierung das unzweifelhafte Recht der Notwehr gegenüber einer Bestrebung, sie möge groß oder klein sein. Am zweiten Tage der Debatte (30. Januar) schloß er seine Rede mit den ewig denkwürdigen Worten: „Ueberall wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit Glacéhandschuhen anfassen kann. Ich bin nicht zum Spion geboren, meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben." Der Antrag der Kommission aber wurde mit 256 gegen 70 Stimmen angenommen.

Am 13. Februar stand diese Angelegenheit auf der Tagesordnung des Herrenhauses*). Unter den wenigen, die sich gegen den Antrag der

*) Vergl. für das Folgende stenographische Berichte über die Verhandlungen des Herrenhauses vom 4. November 1868 bis 6. März 1869 S. 305 ff.

Kommission, das ganze Vermögen zu sequestrieren, aussprachen, verdienen Graf Münster und der Stadtdirektor Rasch eine lobende Erwähnung. Münster legte dar, daß durch den Vertrag und nach dem Vertrage das ausgesetzte Vermögen nicht bloß Privateigentum des Königs Georg, sondern Fideikommiß des braunschweig-lüneburgischen Hauses geworden sei. „Ist das richtig, so kenne ich keine Bestimmung, weder im preußischen Landrecht, noch im gemeinen Recht, die das Privatvermögen eines Fürsten anders behandelt, als das Privatvermögen jedes andern". . . . „Ich bedaure es, daß der König Georg in den Händen von Ratgebern ist, die den Landesverrat für erlaubt halten; die Legion verabscheue ich, halte sie aber nicht für so gefährlich, wie sie von vielen Vorrednern dargestellt ist". . . . Daß die Regierung dieses Treiben nicht erlauben könne, erkannte er an, aber mit der Anwendung der Mittel, die sie gebrauchen wolle, erklärte er sich nicht einverstanden. Ein Specialgesetz mit der Unterschrift des Justizministers aber hielt er für unzulässig und stimmte mit voller Ueberzeugung dagegen.

Bismarck rechtfertigte das Verfahren damit, daß ein Vertrag mit der Unterschrift zweier Könige, gegengezeichnet von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten unzweifelhaft ein Staatsvertrag sei. Um zu beweisen, daß Preußen „ein Beispiel der Großmut im Interesse des Friedens" gegeben habe, „wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht vorgekommen ist", zog er geschichtliche Parallelen herbei, — die sich nicht gerade durch historische Richtigkeit und Genauigkeit auszeichneten. „Ich habe nicht gehört", sagte er, „daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten (??), diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert, der königlichen Armee bei Culloden entgegenzutreten". Dann wiederholte er die alte Beschuldigung, daß die hannoversche Regierung 1866 „auf die erste Aufforderung Oesterreichs — ich glaube am 16. März (!!)" — jedenfalls viel früher gerüstet hätte, als die preußische, und auf die Anfrage nach der Ursache dieser Rüstungen die „mehr scherzhafte als politische Antwort gegeben habe: wegen der voraussichtlich schlechten (?) Ernte beabsichtige man das übliche Herbstmanöver im Frühjahr abzuhalten". . . . „Ich danke jetzt Gott, daß unsere Gegner die Gewährung der Neutralität verblendet ablehnten. Es wäre ein norddeutscher Bund in der heutigen Gestalt ja kaum möglich geblieben, wenn der König von Hannover damals eingewilligt hätte, sich die völlige Unabhängigkeit durch Staatsvertrag verbürgen zu lassen." . . . „Jetzt wollten wir uns dem

Vorwurfe nicht aussetzen, die preußische Regierung hätte eine unwürdige Komödie mit dieser Sache gespielt und wäre vor dem gesetzlichen Abschluß zurückgetreten. Wir waren aber überzeugt, daß, wenn uns das Vertrauen täuschte, welches wir in fürstliches Ehrgefühl setzten, das Vertrauen, daß auch die stillschweigenden Bedingungen und Voraussetzungen des Vertrages gehalten werden würden, die Gesetzgebung des preußischen Staats bereit und im stande sein würde, den Schaden, den der Bruch dieses Vertrauens dem Lande zufügen konnte, von diesem Lande abzuwehren. Wir legten deshalb Gewicht darauf, unsern guten Willen außer Zweifel zu stellen, und wir wollten zugleich eine gesetzlich gesicherte Basis für zukünftige Verhandlungen schaffen, sobald König Georg oder seine Erben Bürgschaft für ihr Verhalten gewähren würden."

Die Erwartung Bismarcks, daß hiernach auch das Herrenhaus die Verordnung vom 2. März 1868 mit großer Majorität genehmigen würde, täuschte ihn denn auch nicht. Sie erfolgte sogar mit dem Zusatz, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz geschehen dürfe. Zwar versuchte der König Georg in einem persönlichen Schreiben an den König Wilhelm Protest gegen diese Vergewaltigung einzulegen, aber auch dieser Brief wurde ihm uneröffnet zurückgeschickt.

Daß indes die preußische Regierung berechtigt, ja sogar bis zu einem gewissen Grade verpflichtet war, so vorzugehen, wie sie es gethan hat, läßt sich kaum bestreiten. Denn „das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären". Völlig unerhört aber ist es, daß Bismarck im Widerspruch mit seinen eigenen Zusicherungen die Beschlagnahme auch dann noch aufrecht erhielt, als die Ursachen dazu längst fortgefallen waren, — und daß die englische Regierung, unter deren Auspizien der Vertrag abgeschlossen war, auch dann nicht auf dessen Erfüllung drang. Ganz allein dem Gerechtigkeitssinn des Kaisers Wilhelm II. verdankt es der Herzog von Cumberland, daß man die Revenuen des welfischen Fideikommiß-Vermögens wieder freigegeben und ihn sogar ohne Gegenleistung wieder in den Besitz der Schlosses Herrenhausen eingesetzt hat.

Die eigentümliche Verwendung des Welfenfonds während der Sequestration ist sattsam bekannt. Daß man aus den bereit gestellten Mitteln die Regierungspresse subventionierte, daß man davon eine neue Garnisonkirche in Hannover baute, daß man aus diesem Fonds die Offiziere der sogenannten Welfenlegion pensionierte, ist mit dem angegebenen Zwecke allenfalls vereinbar. Aber daß man daraus dem Schwiegervater des Staats-

ministers von Bötticher ein Darlehn gewährte, daß man den altkatholischen Bischof Reinkens daraus besoldete, läßt sich kaum rechtfertigen.

Unzweifelhaft aber ist es Meding gewesen, der Bismarck die Waffe in die Hand gedrückt hat, um dem König Georg finanziell den Todesstoß zu versetzen. Er hat den großmütigen Monarchen überredet, den Offizieren, welche sich zu seiner Disposition halten wollten, fortlaufende Zuschüsse zu bewilligen. Er hat die Emigration über die holländische Grenze ins Werk gesetzt, als die Kriegsgefahr bereits vorüber war. Er hat seinem königlichen Herrn den Glauben beigebracht, daß die Unterhaltung nicht bloß dieser Flüchtlinge, sondern auch derer, die sich später zu ihnen gesellten, für ihn eine Ehrenpflicht wäre, daß er aus ihnen ein Corps bilden könnte, das im Bedarfsfalle durch das Zuströmen seiner früheren Krieger leicht auf 20000 Mann gebracht werden würde.

Mit der Erzählung der kleinlichen Intriguen, deren Schauplatz in den letzten Jahren vor dem französischen Kriege der Hietzinger Hof wurde, will ich indes den Leser nicht ermüden. Immer mehr zweifelhafte Existenzen verschafften sich Zutritt zu dem Könige Georg und erfüllten sein Herz mit phantastischen Hoffnungen. Sie stellten ihm vor, daß er die politischen Emigranten, die zuerst von Holland nach der Schweiz und von da im Januar 1868 nach Frankreich abgeschoben waren, militärisch organisieren müsse, schon um einen Kern zu bilden, an den sich die Tausende früherer hannoverscher Soldaten, die, wie sie ihm vorspiegelten, jenseits des Oceans seines Rufes zu den Waffen gewärtig wären, schließen könnten. Ja, er entsandte daraufhin sogar eine Kommission von Offizieren nach Amerika, um über die dortigen Verhältnisse nähere Erkundigungen einzuziehen und womöglich eine Centralstelle einzurichten, durch die er den treuen Anhängern seine Weisungen zugehen lassen könne. Natürlich kamen die Abgesandten ohne jeglichen Erfolg zurück. Medings Helfershelfer Holle aber verschaffte sich vom König den Auftrag, wie er es schon im Jahre 1865 für den Herzog von Augustenburg gethan, für seine Zukunfts-Armee ein Waffen- und Uniform-Depot zu bilden. Freilich hatte die französische Regierung dafür, daß sie den Emigranten ein Asyl gewährte, die Forderung gestellt, daß die Offiziere von den Mannschaften getrennt werden müßten. Aber man wußte es doch so einzurichten, daß diese letzteren unter Aufsicht ihrer Unteroffiziere in ihren früheren Regimentsverbänden vereinigt blieben.

Graf Platen aber, der die Machinationen von Meding und Genossen jetzt durchschaute, wußte manches zu verschleppen und schließlich ganz zu verhindern. Er durfte aber dem König über die Hirngespinnste des

gewissenlosen Mannes nicht klaren Wein einschenken, denn damit würde er seine eigene Stellung unmöglich gemacht und den Monarchen vollständig in die Hände dieses Intriguanten geliefert haben.

Von der Gründung der berüchtigten Wiener Bank dagegen scheint er nicht unterrichtet gewesen zu sein. Zur Beteiligung an diesem schwindelhaften Unternehmen hat ein gewisser Staatsrat Klindworth, dessen politische Vergangenheit durchaus nicht makellos war, den König verlockt. Er wußte ihn für das Bankprojekt mit der Begründung zu interessieren, daß man damit eine finanzielle Basis für eine künftige Aktions-Politik schaffen könnte. Ja, er wußte ihm ein Memoire in die Hände zu spielen, worin er ihm die Wiederaufrichtung des Reichs Heinrichs des Löwen in Aussicht stellte, — ließ sich aber selbst einen Wechsel über eine Million ausstellen, „zahlbar in Herrenhausen am Tage des siegreichen Einzuges des Königs in das wiederaufgerichtete Welfenreich"*). Wie der ritterliche König einem so groben Schwindel hat zum Opfer fallen können, ist fast unbegreiflich. Aber greift nicht der Ertrinkende nach einem Strohhalm? Auch der Schloßhauptmann Graf Wedel und Dr. Elster wurden für den Plan gewonnen. In der That nahm die Bank zuerst einen raschen Aufschwung, dann aber brach der schwindelhafte Bau mit rapider Geschwindigkeit zusammen. Graf Platen verhinderte zum Glück den König, zu den verlorenen Hunderttausenden noch eine Million, die man von ihm verlangte, in das Unternehmen zu stecken. Der Krach war nicht mehr zu vermeiden. Graf Wratislaw, der Präsident der Bank, erschoß sich. Graf Wedel rettete das von ihm persönlich eingezahlte Kapital noch rechtzeitig und zog sich nach Hannover zurück. Dr. Elster und sein Assistent Wippern wurden entlassen.

Unterdessen lebte Meding in Paris herrlich und in Freuden. Er bewohnte ein reizendes Hotel, das er ganz ähnlich dem von Thiers mit großer Eleganz eingerichtet hatte**). Hier empfingen er und seine in die kostbarsten Toiletten gekleidete Gattin zahlreiche Gäste und bei den mit vollendeter Pracht hergerichteten Diners servierten Diener in Escarpins und seidenen Strümpfen. Die Mitteilung, daß der König wegen der erlittenen Verluste beschlossen habe, die Legion aufzulösen, überraschte ihn daher nicht sehr angenehm. Er suchte also zunächst seinen hohen Herrn zu überreden, daß er die Emigranten zur Gründung einer Militärkolonie

*) Meding a. a. O. III.

**) Dammers a. a. O. S. 203.

nach Algier versetze. Allein, als er zur Ausführung dieses Planes die Bewilligung einer Summe von 2—3000 Franken pro Kopf verlangte, — ein Betrag, der den König vollständig an den Bettelstab gebracht haben würde — begann dieser endlich Argwohn gegen das Treiben seiner Agenten zu schöpfen. „Ernst, jetzt sehe ich klar", sagte er zu dem Kronprinzen, und entsandte im Januar 1870 den Generaladjutanten Dammers und den Oberstlieutenant von Landesberg nach Paris, um die Angelegenheit der Legion an Ort und Stelle zu untersuchen. Ihnen wurde noch der frühere Rittmeister Cl. v. d. Decken beigegeben, der in den 40er Jahren in der französischen Fremdenlegion gedient, sich das Kreuz der Ehrenlegion erworben hatte und die Verhältnisse in Algier genau kannte. Später begab sich auch noch der Staatsminister von Münchhausen nach Paris, um die politische Seite der Frage zu erörtern.

Die Untersuchung ergab bald die nutzloseste Zeit- und Geldverschwendung für die Emigration, sowie die völlige Unausführbarkeit der gehegten weiteren Absichten*). Das Kolonisationsprojekt wurde aufgegeben, die Kommissare zahlten jedem der Emigranten 400 Franken und entließen sie, wohin sie wollten. Schwieriger war es, die Ansprüche der Offiziere zu befriedigen. Insbesondere weigerten sich Meding und Düring, der in der letzten Zeit immer mehr unter einer Decke mit diesem gespielt und stets steigende Gehaltsanforderungen gemacht hatte, dem erhaltenen Befehl Folge zu leisten. Es kam zu so großen Widersetzlichkeiten, daß Düring seiner Geschäfte enthoben und gegen einige andere eine förmliche kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet werden mußte. Noch war diese nicht zum Abschluß gekommen, da brach der französisch-preußische Krieg aus. Damit war endlich das Ereignis eingetreten, auf das die jungen exaltierten Offiziere der Legion seit Jahren gehofft, um dessenwillen sie ihre Heimat und ihre militärische Laufbahn geopfert hatten. Was ist natürlicher, als daß sie nun den König bestürmten, nach Paris zu kommen und mit Napoleon einen Allianz- und Subsidien-Vertrag abzuschließen. Auch Platen wurde durch Meding für diese Auffassung gewonnen, und begab sich selbst nach Paris.

Glücklicherweise ließ sich der König jedoch nicht zu einem Schritte fortreißen, der ihn für immer kompromittiert haben würde. Dammers aber gelang es, durch zweckentsprechende Maßregeln die jungen erregten Herrn und die Mannschaften, die sich in Paris wieder zusammengefunden

---

*) Dammers a. a. O. S. 204.

hatten, aus Frankreich herauszubekommen und die Auflösung der Legion durchzuführen. Sodann begaben sich die Offiziere, nachdem sie die ihnen gestellten Bedingungen schriftlich angenommen hatten, auf neutralen Boden nach der Schweiz. Auch Graf Platen, der sich zu tief in die Angelegenheit eingelassen hatte, wurde nun pensioniert.

Meding und Holle aber gaben ihrem verräterischen Treiben dadurch einen würdigen Abschluß, daß sie — der letztere wegen der über ihn verhängten Zuchthausstrafe mit einem Geleitschein des preußischen Gesandten in Bern versehen — nach Berlin reisten, um für sich eine höhere Pension zu erwirken. Sie wurden von Bismarck unmittelbar vor seiner Abreise auf den Kriegsschauplatz am 30. Juli abends empfangen. Nach seinen eigenen Angaben*) war er durch „Eingeweihte“ von den in Hannover getroffenen Vorbereitungen bis ins einzelne unterrichtet. Er versprach daher den Unterhändlern, welche die Sicherung der Bezüge ihrer früheren hannoverschen Stellung verlangten, die Erfüllung ihrer Wünsche, wenn sie sich verpflichteten, welfische Unternehmungen, so weit es an ihnen lag, zu verhindern. Sie überredeten denn auch einen Teil der Offiziere zur Annahme der ihnen gebotenen Pension von 1200 Thaler jährlich. Für sich selbst, sowie für Düring hatten sie weit höhere Beträge erwirkt.

Nach dem französischen Kriege fügte sich der König mit christlicher Ergebung in sein unverschuldetes herbes Geschick, obgleich er die Hoffnung auf die Wiederherstellung seines Thrones bis zum Tode nicht aufgegeben hat. Niemals kam ein hartes Wort gegen die, die so namenloses Leid über ihn gebracht hatten, über seine Lippen. Er erkannte in dem, was geschehen war, nur die Fügungen eines unerforschlichen göttlichen Ratschlusses. Bismarck aber schien ihm ein zweiter Attila, der in die Welt gesandt sei, um die legitime Staatenordnung Europas in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Seit dem Frühlinge des Jahres 1868 verlebte der König die Sommermonate in dem idyllischen Gmunden am Traunsee, wo er die bescheidene Villa gemietet hatte, die Ihre Majestät die Königin noch heute als ihr Eigentum bewohnt. Für den Winteraufenthalt ließ er sich 1870 das von ihm gekaufte sogenannte „Lothringer Haus“ in Penzing einrichten.

Im Winter 1873/74 machten sich zuerst die Spuren eines inneren Leidens bemerkbar, dessen wirkliche Ursachen man jedoch nicht rechtzeitig

*) Gedanken und Erinnerungen II. T. S. 75 ff.

erkannte, so daß ein operativer Eingriff wohl Linderung, nicht aber wirkliche Heilung bringen konnte. Als Dammers ihn im Jahre 1876 wiedersah, hatte das Leiden den hochgewachsenen schönen Mann bereits in einen müden Greis verwandelt*). Die Krankheit aber machte den König besonders empfindlich für Witterungswechsel; er entschied sich daher, von nun an seinen dauernden Aufenthalt in dem milden Klima Frankreichs zu nehmen. Im Sommer suchte er die Heilquellen von Barrèges und nachher das Seebad von Biarritz auf. Im eigentlichen Winter begab er sich sodann nach Paris und lebte dort hauptsächlich den Genüssen, welche die Musik ihm bot.

Im Mai 1876 entschloß er sich zu einem Besuche in England, namentlich um seine ehrwürdige Tante, die verwitwete Herzogin von Cambridge, noch einmal zu sehen. Auch wollte er die früher so herzlichen Bande der Verwandtschaft und Freundschaft mit der Königin und ihren Kindern wieder enger knüpfen. Teils wegen seines Gesundheitszustandes, teils wegen des am englischen Hofe angemeldeten Besuches der Kaiserin Augusta, mußte er jedoch seine Abreise etwa 14 Tage verschieben. In England trat dem entthronten Fürsten auf Schritt und Tritt die Sympathie und die Hochachtung des Volkes entgegen. Die Königin jedoch hatte ihm keins ihrer vielen Schlösser zur Verfügung gestellt, sondern litt es, daß er in Claridges Hotel sein Absteigequartier nahm. An seinem Geburtstage, den 27. Mai, besuchte er das liebliche Kew, wo er einst, noch im Besitze seines Augenlichts, so glückliche Tage verlebt hatte. Mit dem Kronprinzen, der ihn begleitete, durchschritt er das Haus Cumberland Lodge und die Gärten und beschrieb ihm jede Einzelheit des Aufenthalts seiner Jugendjahre**).

Noch einmal konnte der König im nächsten Jahre (1877) sein Geburtstagsfest in Gmunden feiern. Dann wurde es schlimmer und schlimmer mit ihm. Im Februar 1878 mußte er sich in Paris einer neuen schmerzhaften Operation unterziehen. Im Mai kamen bereits höchst bedenkliche Anfälle. Schon war in seinen Gesichtszügen eine große Abspannung zu bemerken, doch konnte er an seinem Geburtstage noch die Hannoveraner empfangen, die ihm Grüße aus der Heimat brachten. Am 12. Juni 1878 hatte der königliche Dulder ausgelitten. Um 6 Uhr

---

*) Dammers a. a. O. S. 246.

**) Vergl. hierfür und für das Folgende „König Georg V." von O. Klopp S. 86 ff.

10 Minuten morgens verschied er, umgeben von seiner Familie, sanft und schmerzlos. Er war eben in sein 60. Lebensjahr getreten.

Kurz nach seinem Ableben trafen der Prinz von Wales und der Herzog von Cambridge zur Kondolenz im Sterbehause ein. Der erstere folgte auch als Hauptleidtragender mit dem Kronprinzen dem Sarge bei der feierlichen Ueberführung in die protestantische Kirche de la Redemption am 18. Juni. Der Hofstaat und eine große Zahl aus der Heimat herbeigeeilte Hannoveraner schritten vor dem Leichenwagen einher. Die Cordons des Bahrtuches wurden von ehemaligen hannoverschen Ministern und Standesherrn, die zahllosen Kränze von circa 50 Langensalzakämpfern getragen. Eine französische Armee-Division bildete Spalier, und in den Straßen standen zu beiden Seiten des Weges unzählige Menschen, die in lautloser ehrfurchtsvoller Ergriffenheit beim Herannahen des Trauerzuges schweigend das Haupt entblößten.

Eine Bestattung in heimatlicher Erde war durch die daran geknüpften Bedingungen der preußischen Regierung unmöglich gemacht. Am Montag den 24. Juni morgens 11 Uhr fand deshalb die definitive Beisetzung in der Gruft der St. Georges Chapel in Windsor statt. Dort ruht der unglückliche Fürst inmitten seiner königlichen Vorfahren. Die Königin Viktoria war den Wünschen ihrer hohen Verwandten für seine Ueberführung dorthin aufs Bereitwilligste entgegengekommen. Sie hatte eigenhändig einen Kranz am Sarge ihres entschlafenen Vetters niedergelegt, und wohnte mit den Gliedern ihrer Familie der Trauerfeier in der Kapelle bei.

Daheim in Hannover wurde hoch und niedrig durch die sich in den Nachmittagsstunden des 12. Juni verbreitende, gänzlich unerwartete Todesbotschaft aufs Tiefste erschüttert. In der Residenz, wo man die kurze telegraphische Mitteilung der Abendblätter anfangs kaum glauben wollte, sahen die bestürzt auf die Straßen Hinauseilenden die Bestätigung in den schwarz geränderten Maueranschlägen: „Se. Majestät der König ist soeben 6 Uhr 10 Minuten nach langen und schweren Leiden sanft entschlafen.“ Selbst die lautesten Gegner des Heimgegangenen, sie, die nicht verstummt waren vor der Majestät des Unglücks, sie verstummten vor der Majestät des Todes. Ueberall erweckte die Trauer-Kunde aufs neue die Gefühle der Liebe zu der Dynastie, welche seit fast tausend Jahren in guten und bösen Tagen mit dem Lande Hannover verwachsen gewesen war, zu dem Könige, der auf fremder Erde, fern von der Heimat, an der bis zum letzten Atemzuge sein ganzes Herz gehangen, dahingeschieden war. Kein

Oberhofmarschallamt erließ eine Traueransage, kein schwarzumrandetes Regierungsblatt verkündete die offizielle Landestrauer und doch sah man in den Straßen aller, auch der kleinsten Städte die Damen in schwarzen Kleidern, die Herren mit Flor um den Hut und Arm. In allen Kirchen der Residenz und des Landes fand am Sonntag den 16. Juni ein feierlicher Trauergottesdienst statt. Nie seit langer Zeit waren die Gotteshäuser so überfüllt gewesen wie bei dieser Gelegenheit. Wer in der nächsten Kirche keinen Platz finden konnte, eilte nach einer zweiten und dritten, um die ergreifende Feier nicht zu versäumen. Allerorten erschallte von den Türmen allmittäglich ein einstündiges Trauergeläute. In der Christuskirche, deren Patron Georg V. gewesen war, erklangen sechs Wochen lang mittags von 12 bis 1 Uhr die Glocken zu seinem Gedächtnis.

Tausende und aber tausende seiner hannoverschen Landeskinder aber gedenken noch heute mit unveränderter Liebe und Verehrung ihres unglücklichen verbannten Monarchen, den bis zuletzt die Hoffnung nicht verlassen hat, in sein Land zurückkehren zu können. Und wenn es ihnen auch nicht gestattet wurde, ihm in seiner Residenzstadt, die er so sehr geliebt, ein Denkmal zu setzen, so lebt er doch unverändert fort in den Herzen seiner Unterthanen. Auch sie halten die Hoffnung auf die einstige Wiederherstellung der Selbständigkeit ihres Vaterlandes fest,

„Denn nein, was einst ein Selbst gewesen,
Es kann nicht völlig untergehn;
Es kann ein Land voll treuer Herzen
Nicht spurlos wie der Wind verwehn."

Beilage V.

Lieber Wilhelm!

Das Kriegsglück hat gegen mich entschieden. Aber als Besiegter vor Dir zu erscheinen gereicht mir nicht zur Unehre.

Darum reiche ich, im Vertrauen auf Dein Gefühl für Recht und Billigkeit, Dir die Hand zum Frieden, den Du selber willst.

Von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, daß fortan allen unseren Beziehungen jede Trübung fern bleiben möge, um so mehr, da wir ja auch durch die Bande des Bluts uns so nahe stehen, bitte ich Dich, lieber Wilhelm, mir Deine Entschließungen in Betreff des Friedens baldgeneigtest kund thun zu wollen.

Ich bitte Dich ferner, den Ort zu bestimmen, wo die näheren Verabredungen gepflogen werden können und werde dahin meinen Minister des Aeußern, den Grafen von Platen-Hallermund, absenden, dessen Person, wie ich weiß, Dir genehm und der von der Notwendigkeit fester und dauernder Freundschafts-Beziehungen zwischen uns durchdrungen ist.

Ich verbleibe, lieber Wilhelm,

Dein treuer Vetter

Georg R.

Wien, den 27. Juli 1866.

Beilage VI.

Verehrtester Graf!

Der König, mein Allergnädigster Herr, hat sich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem Se. Majestät der König von Preußen dem traurigen deutschen Bruderkriege Einhalt zu thun beschlossen hat, direkt und ohne Zwischenvermittlung an Allerhöchstdesselben Billigkeitsgefühl gewendet, um auch zwischen Preußen und Hannover ein dauerndes und festes Band des Friedens und Vertrauens zu knüpfen.

Auch ich muß diesen Anlaß ergreifen, um Ihnen gegenüber auszusprechen, daß ich diesen Schritt mit Freuden begrüßt habe.

Sie wissen, verehrtester Graf, daß ich tief den Konflikt beklage, welcher Deutschland zerriß und daß ich alles Mögliche gethan habe, um durch die Politik des Bundes eine auf der Achtung aller berechtigten Ansprüche begründete Ausgleichung desselben zu erreichen.

Die Bemühungen Hannovers in diesem Sinne sind unter der heftigen Bewegung der erregten Leidenschaften vergeblich geblieben, und durch eine beklagenswerte Wendung der Dinge die von mir stets in ihrem vollen Umfange gewürdigten freundnachbarlichen Beziehungen zu Preußen gelöst worden.

Wir sind in diesem Kampfe mit Ehren dem Mächtigeren unterlegen und dürfen des Einen wenigstens gewiß sein, die Achtung derer nicht verloren zu haben, denen wir zu unserm Bedauern als Feinde gegenüberstehn mußten.

An Ihrem Königlichen Herrn ist es, die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen der Friede und — ich wiederhole es — auch das Vertrauen wiederhergestellt werden kann.

Wenn ich Ihnen dabei die Bitte ausspreche, Ihrem Herrn solche Bedingungen anzuraten, welche die Krone und das Land meines Königs nicht niederdrücken, so glaube ich den beiderseitigen Interessen zu dienen.

Worauf es ankommt, das ist nach meiner Ueberzeugung zwischen Hannover und Preußen ein ehrenvolles Band wirklicher und dauernder Freundschaft zu knüpfen.

Wenn vom Auslande dem neu konstituierten Deutschland Gefahren drohen, so wird die gemeinsame Abwehr derselben freudiger und darum kräftiger erfolgen, wenn ein festes Band des Vertrauens Hannover und Preußen vereint, als wenn König und Land unter harten Bedingungen widerwillig die Fesseln des Siegers tragen

Auch haben wir in der Demokratie, welche nach dem Ende des Kampfes sich von neuem gegen die Monarchie erheben wird, einen gemeinsamen Feind.

Um diesen Kampf erfolgreich aufzunehmen, dürfen Sie das monarchische Recht im Innern Hannovers nicht kränken, und müssen den antimonarchischen Elementen bei uns die Hoffnung nehmen, bei Ihnen eine Stütze in ihrer inneren Opposition zu finden.

Ich werde aufrichtig und ehrlich das Meinige thun, um auf Grundlage des gegenseitigen Vertrauens ein festes und dauerndes Bündnis herzustellen.

Es wäre thöricht, zu verkennen, daß von Ihnen allein die Bedingungen des Friedens abhängen, aber ich vertraue darauf, daß Sie meine Anschauungen würdigen und in den Friedensbedingungen die Bürgschaft einer für uns ehrenvollen und für die gemeinsamen Interessen heilsamen Zukunft schaffen werden.

Ich hoffe, daß bald der Frieden geschlossen werde und daß auch unsere persönlichen Beziehungen so wiederhergestellt werden, wie ich sie nach den Ihnen bekannten Gesinnungen aufrichtigster Hochachtung wünsche, unter deren erneuter Versicherung ich bin

Ihr

ganz ergebener

Platen.

Wien, den 27. Juli 1866.

Beilage VII.

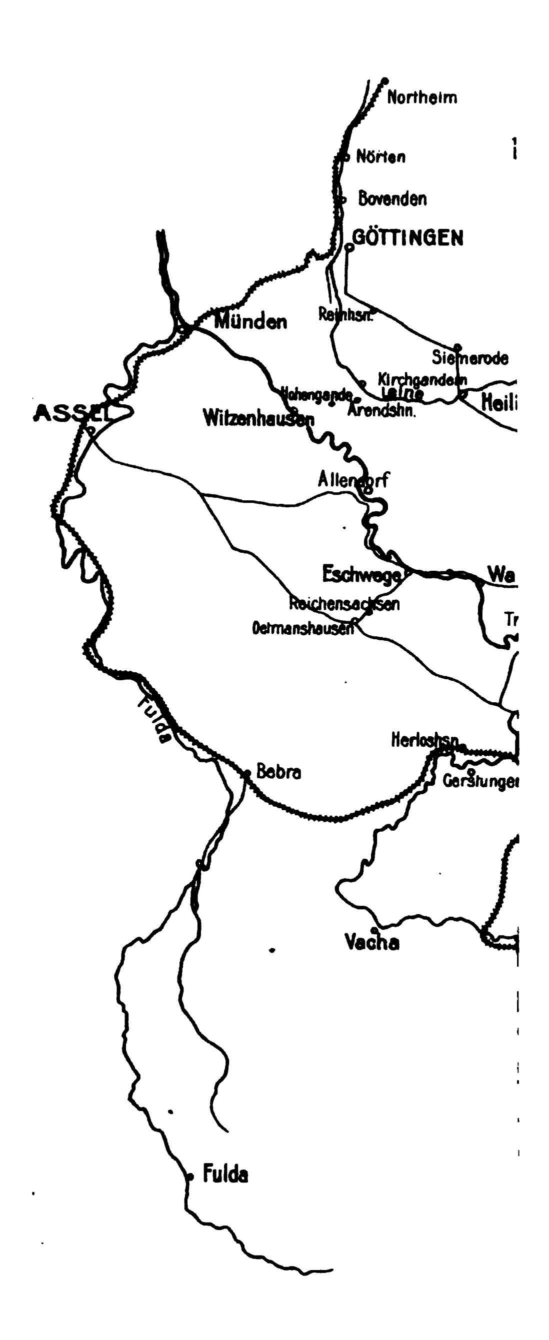
Monsieur mon frère!

Le lieutenant-général Baron de Knesebeck m'a remis la lettre de Votre Majesté et s'est acquitté des communications verbales dont Elle l'avait chargé. Venant de Sa part il pouvait être assuré du plus cordial accueil. Mais la mission que Vous lui avez confiée a été dévancée par les faits actuellement accomplis. Ces faits je les regrette de toutes mes convictions. — Je regrette surtout qu'ils atteignent une antique dynastie et la personne de Votre Majesté à laquelle j'ai voué une vive affection. Je n'ai rien négligé de ce qui dépendait de moi pour faire connaître au Roi de Prusse mes sentiments sur ses résolutions. Le Roi croit obéir à ses devoirs et des nécessités dont je ne suis pas juge. Il ne me reste donc qu'à faire des vœux pour que l'ordre social et la paix de l'Europe ne soient pas ébranlés par les conséquences de cette crise et à prendre une part sympathétique au sort des princes qu'elle a frappés. Votre Majesté ne peut pas douter de mes sentiments. Je les ai exprimés au lieutenant-général de Knesebeck. Il Lui rendra fidèlement ma pensée. Elle part du plus profond de mon cœur. Je prie Votre Majesté d'y croire ainsi qu'à la haute estime et à l'invariable amitié avec lesquels je suis

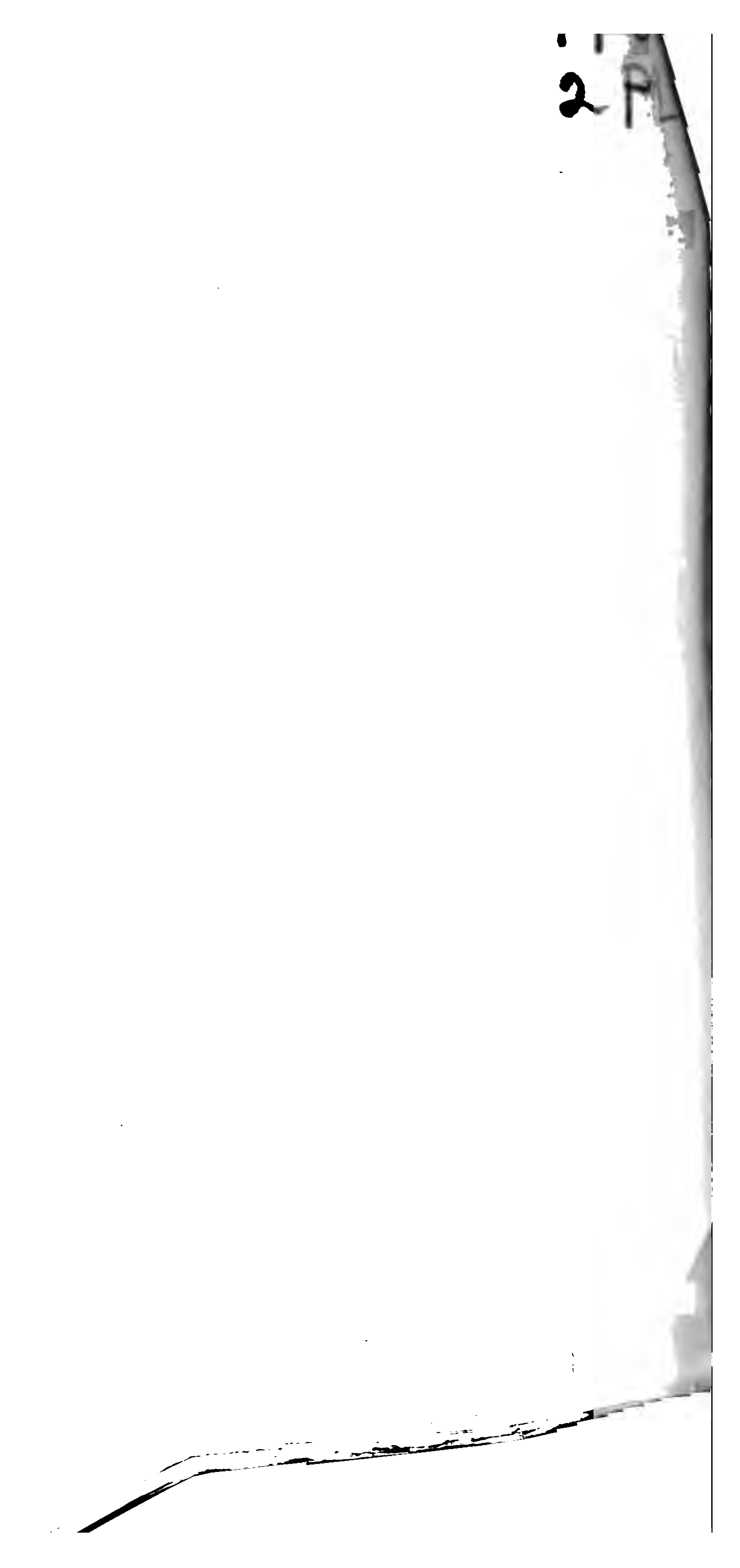
Monsieur mon frère
de Votre Majesté le bon-frère
Alexandre.

Peterhof, le 26 août 1866.

Druck von C. G. Röder, Leipzig.



Kartenskizze zu den
vom



Druck von C. G. Röder, Leipzig.